36. Parteitag der CDU Deutschlands

Zukunft gemeinsam gewinnen.

6. bis 8. Mai 2024 | Estrel Berlin

CDU

#cdupt24

Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission

Foto: Peopleimages - AI/adobe.stock.com

Inhalt

Gliederungspunkt	*Seite*
A – Leitantrag des Bundesvorstands: Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands	**4**
Auf einen Blick: Das ist CDU	**6**
I. Wo wir stehen	**82**
II. Was uns ausmacht	**105**
Das christliche Menschenbild	105
Unsere Grundwerte – Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit	111
Unsere Wurzeln – christlich-sozial, liberal und konservativ	119
Unser Selbstverständnis	131
III. Wo wir hinwollen	**149**
Ein Land, das frei und sicher ist	149
Eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet	342
Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft	563
Ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist	725
Ein Staat, der funktioniert und vorangeht	879
Mit unseren Werten in die Zukunft	**928**

ZA – Sonstige Anträge zum Leitantrag des Bundesvorstands 932

Statut- und Parteianträge **938**

B – Anträge zum Statut 938

C – Anträge zu Parteiangelegenheiten 955

Sonstige Anträge **956**

D – Innenpolitik und Justiz 956

F – Ehrenamt, Sport und Kommunales 961

G – Verkehr und Infrastruktur, Bauen und Wohnen 964

H – Familie, Frauen, Jugend und Senioren 964

J – Wirtschaft und Finanzen 967

K – Arbeit, Soziales und Teilhabe 981

L – Asyl, Flucht, Zuwanderung und Integration 989

M – Außenpolitik, Europa, Verteidigung, Entwicklung 991

N – Klima, Energie und Umwelt 994

P – Ernährung, Landwirtschaft, Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land 1011

Q – Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation 1013

R – Gesundheit und Pflege 1023

S – Digitales, Medien und Kultur 1026

Antrag A001: Zeile 0: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

1 **In Freiheit leben.**
2 **Deutschland sicher in die Zukunft führen**

Antrag A001-Ä001

Änderungsantrag zu A001

Antragsteller/in:	KV Lueneburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1 - 2

1 ~~**In Freiheit leben.**~~
2 ~~**Deutschland sicher in die Zukunft führen**~~

Sicherheit-Freiheit-Entschlossenheit.
Deutschland sicher in die Zukunft führen

Begründung

Sicherheit ist den Menschen sehr wichtig. Dieser Begriff zieht sich wie ein roter Faden durch das Programm und sollte deshalb auch im Titel auftauchen.

Antrag A001-Ä002

Änderungsantrag zu A001

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1 - 2

1 ~~**In Freiheit leben.**~~
2 ~~**Deutschland sicher in die Zukunft führen**~~

Freiheit in Verantwortung.

Deutschland sicher in die Zukunft führen

Antrag A001-Ä003

Änderungsantrag zu A001

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1 - 2

1 ~~**In Freiheit leben.**~~
2 ~~**Deutschland sicher in die Zukunft führen**~~

Freiheit in Verantwortung

Begründung

Bis 1994 hatten die Grundsatzprogramme stets den Ort der Verabschiedung im Titel. Die beiden Programme danach hatten jeweils das Wort Freiheit im Titel. Es ist daher durchaus sinnvoll, bei diesem begriff zu bleiben. Anders bislang ist die Balance der Freiheit zu Sicherheit und Verantwortung stets im Titel einbezogen worden. Sicherheit steht im vorliegenden Entwurf in der Unterzeile. Einer konservativen Partei steht es gut zu Gesicht, ihre Überschriften nicht unnötig zu modernisieren, sondern darin unser traditionelles Verständnis von Werten und ihrer Stellung zueinander beizubehalten. Deshalb sollte der Titel von 1994 gerade bewusst wiederholt werden.

Antrag A001-Ä004

Änderungsantrag zu A001

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden, KV Essen, KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1 - 2

1 ~~**In Freiheit leben.**~~
2 ~~**Deutschland sicher in die Zukunft führen**~~

Freiheit in Verantwortung
Deutschland sicher in die Zukunft führen

Begründung

Bis 1994 hatten die Grundsatzprogramme stets den Ort der Verabschiedung im Titel.

Die beiden Programme danach hatten jeweils das Wort Freiheit im Titel. Es ist daher durchaus

sinnvoll, bei diesem Begriff zu bleiben.

Anders bislang ist die Balance der Freiheit zu Sicherheit und Verantwortung stets im Titel einbezogen worden. Sicherheit steht im vorliegenden Entwurf in der Unterzeile.

Einer konservativen Partei steht es gut zu Gesicht, ihre Überschriften nicht unnötig zu modernisieren, sondern darin unser traditionelles Verständnis von Werten und ihrer Stellung zueinander beizubehalten.

Deshalb sollte der Titel von 1994 gerade bewusst wiederholt werden. Er passt sehr genau auch heute.

Antrag A001-Ä005

Änderungsantrag zu A001

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1 - 2

1 ~~**In Freiheit leben.**~~
2 ~~**Deutschland sicher in die Zukunft führen**~~

Die in diesem Grundsatzprogramm verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich immer gleichermaßen auf weibliche und männliche Personen. Auf eine Doppelnennung und gegenderte Bezeichnungen wird zugunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Antrag A002: Zeile 1 - 14: Auf einen Blick: Das ist CDU

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 3 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1 **Auf einen Blick: Das ist CDU**

2 Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Wir übernehmen jeden Tag
3 Verantwortung für ~~unser Land~~Deutschland. Wir wollen eine Gesellschaft, die frei, sicher
4 und solidarisch zusammenlebt. Unser Kompass ist das christliche Bild vom
5 Menschen.

6 Aus diesem Menschenbild leiten wir einen Dreiklang ab: Wir sehen immer
7 zuerst den einzelnen Menschen mit seiner unantastbaren Würde und seinen

individuellen Fähigkeiten. Wir verbinden die Freiheit des Einzelnen mit seiner Verantwortung für die Gemeinschaft. Wir begegnen der Welt in Demut, weil wir wissen, dass wir nicht die letzte Wahrheit kennen.

Aus diesem Dreiklang ergibt sich für uns Christdemokraten der Auftrag, mit Neugier, Zuversicht und Vertrauen in den Menschen nach der bestmöglichen Lösung zu suchen.

In der heutigen Zeit bedeutet dies für uns vor allem:

Antrag A002-Ä001

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, KV Baden-Baden, KV Essen, KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2

Unsere Politik beruht auf der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Wir übernehmen jeden Tag

Begründung

In allen bisherigen Grundsatzprogrammen der CDU (1978, 1994 und 2007) wurde zuallererst die Verantwortung vor Gott und den Menschen benannt und bekannt, die unser christdemokratisches Grundverständnis von Politik seit Gründung der Partei im Jahre 1945 kennzeichnet. Diese für unsere C-Identität so unverzichtbare Bekenntnisformel darf auch im Jahre 2024 nicht fehlen. Sie gehört darum auch wieder direkt an den Anfang des neuen Grundsatzprogrammes, um an diesem entscheidenden Punkt unseres politischen Selbstverständnisses die volle Kontinuität zu den alten Grundsatzprogrammen zu unterstreichen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das mit denselben Worten eingeleitet wird, feiert in diesem Jahr sein 75. Jubiläum.

Antrag A002-Ä002

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2

In unserem Staat geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Als Partei wirken wir bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Das tun wir in der Überzeugung, dass die Politik und der Staat bei weitem nicht für alles zuständig sind, was das Leben ausmacht. Wir Christdemokraten wissen aber auch: Der Staat muss funktionieren, um die Entfaltung der Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen für sich und seine Familie zu ermöglichen. Unser Grundsatzprogramm beschreibt unsere Politik. Wir sagen auch, und an welchen Stellen wir nicht die Politik oder den Staat für zuständig erachten, sondern es bei der Freiheit jedes Einzelnen für sich, seine Familie und in

seiner weiteren sozialen Verbundenheit (Arbeitsplatz, Vereine und so weiter) belassen wollen. Als Christdemokraten teilen wir auch jenseits von Politik und Staat viele Vorstellungen vom guten Leben und haben gemeinsame Ziele, ohne dass diese sich in staatlichen Vorgaben ausdrücken sollen oder dürfen.

3 Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Wir übernehmen jeden Tag

Begründung

Wir wollen in Freiheit leben. Freiheit meint in unserem demokratischen Rechtsstaat zuvörderst die Abwesenheit staatlichen Zwangs und ein klares Nein zu der Idee einer Allzuständigkeit der Politik und des Staates. Dieser Grundgedanke muss auch unser Verständnis unserer Aufgabe als Partei prägen. Dem Entwurf des Grundsatzprogramms vom 13. Januar 2024 sind dazu noch keine klaren Worte zu entnehmen, deshalb bedarf es der oben benannten Ergänzung.

Antrag A002-Ä003

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2

2 Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Unsere Politik beruht auf der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Wir übernehmen jeden Tag

Antrag A002-Ä004

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2

2 Die CDU ist die einzige Volkspartei der Mitte. Wir übernehmen jeden Tag

Begründung

Wir erkennen an, dass es neben der CDU noch andere Volksparteien geben mag. Aber in der Mitte des politischen Spektrums gibt es nur die CDU. Damit grenzen wir und zu den anderen Parteien nach links und rechts ab.

Antrag A002-Ä005

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2 - 4

2 Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Wir übernehmen ~~jeden Tag~~
3 Verantwortung für unser Land. Wir wollen eine Gesellschaft, die frei, sicher
4 und solidarisch zusammenlebt. Unser Kompass ist das christliche Bild vom

Antrag A002-Ä006

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	KV Goettingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2

Wir Christliche Demokraten gestalten Politik in dem Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen.

2 Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Wir übernehmen jeden Tag

Begründung

In allen bisherigen Grundsatzprogrammen der CDU (1978, 1994 und 2007) wurde zuallererst die Verantwortung vor Gott und den Menschen bekannt, die unser christdemokratisches Grundverständnis von Politik seit Gründung der Partei im Jahre 1945 kennzeichnet. Diese für unsere C-Identität so unverzichtbare Bekenntnisformel darf auch im Jahre 2024 nicht fehlen. Sie gehört darum auch wieder direkt an den Anfang des neuen Grundsatzprogrammes, um an diesem entscheidenden Punkt unseres politischen Selbstverständnisses die volle Kontinuität zu den alten Grundsatzprogrammen zu unterstreichen.

Antrag A002-Ä007

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	KV Main-Taunus
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2

2 Unsere Politik beruht auf der Verantwortung vor Gott und den Menschen.
Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Wir übernehmen jeden Tag

Begründung

In allen bisherigen Grundsatzprogrammen der CDU (1978, 1994 und 2007) wurde zuallererst die Verantwortung vor Gott und den Menschen benannt und bekannt, die unser christdemokratisches Grundverständnis von Politik seit Gründung der Partei im Jahre 1945 kennzeichnet. Diese für unsere C-Identität so unverzichtbare Bekenntnisformel darf auch im Jahre 2024 nicht fehlen. Sie gehört darum auch wieder direkt an den Anfang des neuen Grundsatzprogrammes, um an diesem entscheidenden Punkt unseres politischen Selbstverständnisses die volle Kontinuität zu den alten Grundsatzprogrammen zu

unterstreichen. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das mit denselben Worten eingeleitet wird, feiert in diesem Jahr sein 75. Jubiläum.

Antrag A002-Ä008

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 3

3 Verantwortung für unser Land~~.~~, denn uns geht es um Deutschland! Wir wollen eine Gesellschaft, die frei, sicher

Begründung

Das erste Mal findet sich die Bezeichnung „Deutschland“ in Zeile 32 in Bezug auf eine interessen- und wertegeleitete Außenpolitik.

Das Wohl Deutschlands sowie seiner Bürgerinnen und Bürger steht jedoch im Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Deswegen brauchen wir, auch mit Blick eines stärker werdenden Rechtsextremismus, prominent auf der ersten Seite unseres Grundsatzprogramms ein klares und positives Bekenntnis zu unserem Land.

Wir dürfen uns das Bekenntnis zu unserem Land nicht durch Rechtsextremisten wegnehmen und von Linksextremisten schlecht machen lassen.

Antrag A002-Ä009

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 3

3 Verantwortung für unser Land. Wir wollen eine Gesellschaft, die in Wohlstand frei, sicher

Begründung

Als CDU bekennen wir uns zur sozialen Marktwirtschaft und zu Wohlstand für alle. Natürlich leben dabei nicht alle Menschen im gleichen materiellen Wohlstand. Das hängt von der eigenen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft ab. Für die gesamte Gesellschaft streben wir aber ein Zusammenleben in Wohlstand an.

Antrag A002-Ä010

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 3 - 4

3 Verantwortung für unser Land. Wir wollen eine Gesellschaft, die frei, sicher
4 , demokratisch
und solidarisch zusammenlebt. Unser Kompass ist das christliche Bild vom

Antrag A002-Ä011

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	KV Main-Taunus
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 4 - 5

4 und solidarisch zusammenlebt. Unser Kompass ist ~~das christliche~~am christlichen Bild vom
5 Menschen ausgerichtet.

Begründung

Sprachliche Korrektur in der Einleitung

Antrag A002-Ä012

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	KV Vogtland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 5

5 Menschen und die Verantwortung vor Gott.

Antrag A002-Ä013

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 6 - 10

6 Aus ~~diesem~~dem christlichen Menschenbild leiten wir einen Dreiklang ab: ~~Wir sehen immer~~
7 ~~zuerst den einzelnen Menschen mit seiner unantastbaren~~Jeder Mensch hat eine unantastbare
Würde ~~und seinen~~
8 ~~individuellen Fähigkeiten. Wir verbinden die Freiheit des Einzelnen mit~~
9 ~~seiner Verantwortung für die Gemeinschaft. Wir begegnen~~. Er hat das Recht auf freie Entfaltung
seiner Persönlichkeit. Und er steht in seinem Handeln in der ~~Welt in Demut,~~
10 ~~weil wir wissen, dass wir nicht die letzte Wahrheit kennen~~Verantwortung vor Gott und den
Menschen. Unser Bild vom Menschen ist das eines Individuums und eines Sozialwesens.

Antrag A002-Ä014

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 9

9 seiner unmittelbar spürbaren Verantwortung für die Gemeinschaft. Wir begegnen der Welt in Demut,

Begründung

Nur wenn Förderung und positives Verhalten sich direkt auf die Betroffenen auswirken lässt sich verantwortungsbewusstes Handeln erreichen.

Antrag A002-Ä015

Änderungsantrag zu A002

Antragsteller/in:	KV Vogtland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 12

12 Neugier, Zuversicht und im Vertrauen ~~in den Menschen~~auf Gott und seinen Beistand nach der bestmöglichen

Antrag A003: Zeile 15 - 21: Wir wählen die Freiheit

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

15 **Wir wählen die Freiheit!** Unser freiheitlicher Rechtsstaat schützt das Recht
16 des Einzelnen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Voraussetzung
17 für Freiheit ist Sicherheit. Wir verstehen Sicherheit umfassend, als innere
18 und äußere, wirtschaftliche, soziale und ökologische Sicherheit. Unser
19 Sozialstaat gibt Sicherheit in wesentlichen Lebensrisiken, gleicht
20 Benachteiligungen aus und zielt dabei auf Hilfe zur Selbsthilfe, die Chancen
21 auf Teilhabe und Eigenverantwortung eröffnet.

Antrag A003-Ä001

Änderungsantrag zu A003

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 15 - 21

15 **Wir wählen die Freiheit!**Christdemokraten glauben, dass Gott einen jeden Menschen geschaffen und ihm ein unveräußerliches Recht auf Leben, Freiheit und ein Streben nach Glück verliehen hat. Unser freiheitlicher Rechtsstaat ~~schützt das Recht~~
16 ~~des Einzelnen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Voraussetzung~~
17 ~~für Freiheit ist Sicherheit. Wir verstehen Sicherheit umfassend,~~muss deshalb die Grundrechte des Einzelnen achten und schützen, die wir zuvörderst als ~~innere~~
18 ~~und äußere, wirtschaftliche, soziale und ökologische Sicherheit. Unser~~
19 ~~Sozialstaat gibt Sicherheit in wesentlichen Lebensrisiken, gleicht~~
20 ~~Benachteiligungen aus und zielt dabei auf Hilfe zur Selbsthilfe, die Chancen~~
21 ~~auf Teilhabe und Eigenverantwortung eröffnet~~Abwehrrechte gegen den Staat verstehen. Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit, auf freie Religionsausübung und freie Äußerung und Verbreitung seiner Meinung und mehr. Diese Freiheiten des Einzelnen sind für uns Christdemokraten im demokratischen Miteinander unverzichtbar. Die historische Erfahrung lehrt uns, dass wir Einschränkungen dieser individuellen Freiheiten stets skeptisch gegenüberstehen und sie auf ein Mindestmaß beschränken oder besser noch unterlassen müssen.

Begründung

Wir wollen in Freiheit leben. Freiheit meint in unserem demokratischen Rechtsstaat zuvörderst die Abwesenheit staatlichen Zwangs, wie sie im klassischen Verständnis der Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat zum Ausdruck kommt. Dem Entwurf des Grundsatzprogramms vom 13. Januar 2024 ist dazu nichts zu entnehmen, deshalb bedarf es dazu der Änderung. Die bisherige Fassung der Zeilen 15 bis 21 im Entwurf des Grundsatzprogramms vom 13. Januar 2024 muss geändert werden. Freiheit ist die Antithese von Sicherheit. Freiheit setzt Sicherheit **nicht** voraus. Freiheit ist auch nicht bedingt durch den Sozialstaat. Freiheit setzt nichts voraus außer den Menschen, den Gott geschaffen hat!

Antrag A003-Ä002

Änderungsantrag zu A003

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 15 - 21

15 **Wir wählen die Freiheit!** Unser freiheitlicher Rechtsstaat schützt das Recht
16 des Einzelnen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. ~~Voraussetzung~~
17 ~~für Freiheit ist Sicherheit. Wir verstehen Sicherheit umfassend, als innere~~
18 ~~und äußere, wirtschaftliche, soziale und ökologische Sicherheit. Unser~~
19 ~~Sozialstaat gibt Sicherheit in wesentlichen Lebensrisiken, gleicht~~
20 ~~Benachteiligungen aus und zielt dabei auf Hilfe zur Selbsthilfe, die Chancen~~
21 ~~auf Teilhabe und Eigenverantwortung eröffnet~~Wir sind überzeugt, dass die Bürger und Bürgerinnen berufen sind, in Freiheit und eigener Verantwortung ihr Leben zu gestalten und nach

ihren Prioritäten und Überzeugungen Aufgaben in Gesellschaft und Staat zu übernehmen. So tragen sie am besten zum eigenen Glück und zum Allgemeinwohl bei.

Begründung

Freiheit sollte in diesem Abschnitt näher beschrieben werden!

Antrag A003-Ä003

Änderungsantrag zu A003

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 18 - 21

18 und äußere, wirtschaftliche, soziale und ökologische Sicherheit. Unser
19 Sozialstaat gibt Sicherheit ~~in~~durch Absicherung von wesentlichen Lebensrisiken~~, gleicht~~
20 ~~Benachteiligungen aus und zielt dabei auf Hilfe zur Selbsthilfe, die Chancen~~
21 ~~auf Teilhabe und Eigenverantwortung eröffnet.~~. Zugleich aber müssen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch als gesellschaftliche Grundüberzeugungen lebendig sein, denn „der freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“

Begründung

Im Originaltext, macht Ausführung nicht wirklich Sinn, weil Sicherheit und Risiko in ihrer Bedeutung zu sehr auseinander sind. Man hat das eine oder das andere. Es geht hier eher um Absicherung von Lebensrisiken. Zudem erscheint das sog. Böckenförde-Diktum („der freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“) hier gut aufgehoben anstatt im Kapitel Religion.

Antrag A003-Ä004

Änderungsantrag zu A003

Antragsteller/in:	KV Hagen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 19

19 der im Grundgesetz verankerte Sozialstaat gibt Sicherheit in wesentlichen Lebensrisiken, gleicht

Begründung

Sozialleistungen sind keine „Almosen“, sondern ein Rechtsanspruch. Der Sozialstaat ist eine tragende Säule, die unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat sichert. Über die Sozialgesetzgebung werden Grenzen zwischen staatlicher Verantwortung und Eigenverantwortung definiert und ein Beitrag sozialen Frieden und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt unseres Landes geleistet

Antrag A003-Ä005

Änderungsantrag zu A003

Antragsteller/in:	LV Saar
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 21

21 auf Teilhabe und Eigenverantwortung eröffnet. Die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit als Teilhabegerechtigkeit, vor allem aber als Chancengleichheit, bleibt wesentlich für unser Leitbild einer freiheitlichen und soziale gerechten Ordnung.

Begründung

Die CDU Saar plädiert dafür, in Anlehnung und Fortschreibung bisheriger Programmaussagen „soziale Gerechtigkeit“ als wichtigen Grundwert der CDU Deutschlands stärker zu betonen, als dies im vorliegenden Entwurf der Fall ist.

Antrag A004: Zeile 22 - 25: Für ein freies und sicheres Land

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 22 - 25 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

22 **Für ein freies und sicheres Land!** Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden
23 ~~und~~und die Justiz. Wir dulden keine rechtsfreien Räume. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße
24 folgen. Wir bekämpfen jede Form des Extremismus mit voller Härte. Dies gilt
25 auch für den politischen Islam. Nur ein wehrhafter Rechtsstaat kann Freiheit und Sicherheit gewährleisten.

Antrag A004-Ä001

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 22 - 23

22 **Für ein freies und sicheres Land!** Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden
23 und die Justiz
und dulden keine rechtsfreien Räume. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße

Antrag A004-Ä002

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 22 - 25

22 **Für ein freies und sicheres Land!** Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden
23 und dulden keine rechtsfreien Räume. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße
24 folgen. Wir bekämpfen jede Form des Extremismus, ob politisch oder religiös, mit voller Härte.~~ Dies gilt~~
25 ~~auch für den politischen Islam.~~

Begründung

Es sollen in einem Grundsatzprogramm, insbesondere im einleitenden Teil „Auf einen Blick: Das ist CDU“, lediglich Grundsätze beschrieben werden, die später im Programm ausführlich behandelt werden. Die Herausstellung einer Form des Extremismus widerspricht der richtigen Forderung in Zeile 561: "Es braucht einen 360-Grad-Blick gegen Extremismus." Mit Blick auf RAF-Terroristen, linksextreme Anschläge auf unsere Infrastruktur, die Gruppe Reuß, den sog. NSU und den Mord an Walter Lübcke sowie verschiedene religiös-fundamentalistische Bedrohungen ist die gesonderte Nennung des zudem schwammigen Begriffs "politischer Islam" an dieser Stelle fehl am Platze.

Antrag A004-Ä003

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 22 - 25

22 **Für ein freies und sicheres Land!** ~~Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden~~
23 ~~und dulden keine rechtsfreien Räume. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße~~
24 ~~folgen. Wir bekämpfen jede Form des Extremismus mit voller Härte. Dies gilt~~
25 ~~auch~~Voraussetzung für ~~den politischen Islam~~Freiheit ist Sicherheit. Wir verstehen Sicherheit umfassend, als innere und äußere, wirtschaftliche, soziale und ökologische Sicherheit. Unser Sozialstaat gibt Sicherheit in wesentlichen Lebensrisiken, gleicht Benachteiligungen aus und zielt dabei auf Hilfe zur Selbsthilfe, die Chancen auf Teilhabe und Eigenverantwortung eröffnet. Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden und dulden keine rechtsfreien Räume. Wir bekämpfen jede Form des Extremismus.

Begründung

Die Aussagen zur Sicherheit sind in diesem Abschnitt zusammengefügt. Der Satz aus Z 23 f wird gestrichen, da zu detailliert für die großen Grundsatzaussagen an dieser Stelle. Der letzte Satz in Z 24

wird gestrichen, da der Kampf gegen Islamismus bereits im Kampf gegen „jede Form des Extremismus“ enthalten ist und keiner weiteren, ausdrücklichen Erwähnung bedarf. Sie schadet vielmehr, indem sie Distanz gegenüber Muslimen zu Ausdruck bringt und bewirkt. Dies kann von unserer Volkspartei nicht gewollt sein.

Antrag A004-Ä004

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 22 - 25

22 ~~**Für ein freies und sicheres Land!** Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden~~
23 ~~und dulden keine rechtsfreien Räume. Die Strafe~~Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss ~~der Tat auf dem Fuße~~
24 ~~folgen. Wir bekämpfen jede Form des Extremismus mit voller Härte. Dies gilt~~
25 ~~auch für den politischen Islam~~unverzüglich bestraft werden.

Begründung

Korrespondiert mit Zeile 447/448

Antrag A004-Ä005

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	KV Goettingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 22 - 25

22 Streichung von:~~**Für ein freies und sicheres Land!** Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden~~
23 ~~und dulden keine rechtsfreien Räume. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße~~
24 ~~folgen. Wir bekämpfen jede Form des Extremismus mit voller Härte. Dies gilt~~
25 „Dies gilt auch für den politischen Islam.“

Neue Formulierung: "Dies gilt auch für jeden religiös begründeten Extremismus."

Begründung

Das explizite betonen des Islam ist diskriminierend und unzutreffend. Daher ist diese Zeile zu streichen oder wie folgt zu ändern.

Antrag A004-Ä006

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 23

23 und dulden keine rechtsfreien Räume. Die Strafe muss der schnellen Aufklärung der Tat auf dem Fuße

Begründung

Bei aller Notwendigkeit die Verfahren zu beschleunigen, darf nicht der Verdacht aufkommen, dass dies zu Lasten der Aufklärung von Straftaten geht.

Antrag A004-Ä007

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 24 - 25

24 folgen. Wir bekämpfen jede Form des Extremismus mit voller Härte. ~~Dies gilt~~
25 ~~auch für den politischen Islam.~~

Begründung

Warum den politischen Islam zu betonen? Wir sind gegen jede Form des Extremismus.

Antrag A004-Ä008

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land, KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 24 - 25

24 folgen. Wir bekämpfen jede Form des Extremismus mit voller Härte. ~~Dies gilt~~
25 ~~auch für den politischen Islam.~~

Begründung

Wird im weiteren Text ohnehin gefordert.

Antrag A004-Ä009

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 25

25 auch für den politischen Islam. Nur ein wehrhafter Rechtsstaat kann Freiheit und Sicherheit

gewährleisten.

Antrag A004-Ä010

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 25

25 auch für den politischen Islamismus.

Begründung

Der Austausch des Begriffs „Islam“ gegen „Islamismus“ soll sicherstellen, dass wir den extremistischen Islamismus meinen

Antrag A004-Ä011

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 25

25 sowohl für politisch als auch für ~~den politischen Islam~~religiös begründeten Extremismus.

Begründung

Der Islam sollte hier nicht alleine genannt werden. Auch andere Ansichten können extremistische Strömungen entwickeln, die wir nicht gutheißen.

Antrag A004-Ä012

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 25

25 auch für ~~den politischen Islam~~religiös und ideologisch motivierten Extremismus.

Begründung

Das Thema sollte nicht zu sehr auf den Islam fokussiert werden. Es gibt ihn in allen Religionen.

Antrag A004-Ä013

Änderungsantrag zu A004

Antragsteller/in:	KV Herzogtum Lauenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 25

25 selbstverständlich auch für Antisemitismus und den politischen Islam.

Antrag A005: Zeile 26 - 29: Unser Herz schlägt für Europa

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 26 - 29 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

26 **Unser Herz schlägt für Europa!** Die Europäische Union ist eine Friedens- und Freiheitsgemeinschaft. Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa
27 einen konkreten Mehrwert schafft. Wir wollen die Sicherheit in Europa und
28 den Binnenmarkt stärken. Eine Schulden- und Haftungsunion lehnen wir ab.
29 Solide Finanzen sind die Grundlage für eine stabile EU.

Antrag A005-Ä001

Änderungsantrag zu A005

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 26

26 ~~**Unser**~~**Mit Herz** ~~**schlägt für Europa!**~~**und Verstand für Europa**! Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa

Antrag A005-Ä002

Änderungsantrag zu A005

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 26 - 27

26 **Unser Herz schlägt für Europa!**~~Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa~~
27 ~~einen konkreten~~Der Mehrwert ~~schafft~~von Europa lässt sich nicht allein in Geld quantifizieren. Europa ist der Garant für Frieden und Freiheit und gegen den Rückfall in Nationalismen. Wir wollen die Sicherheit in Europa und

Antrag A005-Ä003

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 26 - 29

26 **Unser Herz schlägt für Europa!** Wir wollen ~~mehr Europa dort~~die europäische Einigung voranbringen, ~~wo Europa~~
27 ~~einen konkreten~~damit der konkrete Mehrwert ~~schafft. Wir wollen die~~für die heutige und zukünftige Generationen ausgebaut wird. Wir wollen Europas Sicherheit ~~in Europa und~~
28 und den Binnenmarkt stärken. ~~Eine Schulden- und Haftungsunion lehnen wir ab.~~
29 Solide Finanzen und nicht eine Schulden- und Haftungsunion sind die Grundlage für eine ~~stabile~~ EU in Frieden und Freiheit.

Begründung

Es ist in der aktuellen Fassung unklar, für wen Mehrwert entstehen soll und was „mehr Europa“ bedeutet. Die Neufassung konkretisiert die grundsätzliche Haltung zur EU im Geiste Adenauers und Kohls und ergänzt die nun positive Aussage zum europäischen Projekt mit der Perspektive der christlichen Verantwortung für die Zukunft.

Antrag A005-Ä004

Änderungsantrag zu A005

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 26

26 **Unser Herz schlägt für Europa!**Die EU nützt uns politisch und wirtschaftlich. Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft. Wir wollen dort ein handlungsfähiges Europa, wo es einen konkreten Mehrwert schafft. Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa

Antrag A005-Ä005

Änderungsantrag zu A005

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 27 - 29

27 einen konkreten Mehrwert schafft. Wir wollen die Sicherheit in Europa und
28 den Binnenmarkt in seiner Wettbewerbsfähigkeit und im internationalen Wettbewerb stärken. Eine Schulden- und Haftungsunion lehnen wir ab.
29 Solide Finanzen sind die Grundlage für eine stabile EU. Wir fordern die nachhaltige Vereinfachung des EU-Gesetzgebungsbestandes und die Einführung des Diskontinuitätsprinzips auch bei EU-

Gesetzgebungsverfahren.

Antrag A005-Ä006

Änderungsantrag zu A005

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 29

29 Solide Finanzen sind die Grundlage für eine stabile EU.

Die Europäische Union ist eine Friedens- und Freiheitsgemeinschaft.

Begründung

Der Friedensaspekt als größte Frucht der EU fehlt. Ohne diesen Zusatz zeichnen Zeile 26-29 ein sehr materialistisches Bild der EU.

Antrag A006: Zeile 30 - 34: Für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 30 - 34 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

30 **Für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt!** Die ~~neue~~ Weltlage
31 erfordert es, die geopolitische Handlungsfähigkeit und die
32 strategischen Interessen Deutschlands und Europas wieder stärker in den Fokus zu
33 rücken. Unsere Freiheit ist nicht selbstverständlich und muss immer wieder
34 aufs Neue verteidigt werden. Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und die Kampffähigkeit der Bundeswehr sind für uns daher Priorität staatlichen Handelns.

Antrag A006-Ä001

Änderungsantrag zu A006

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 30

30 **Für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt!** Die ~~neue~~
Weltlage

Begründung

Diese Weltlage ist nicht neu, sondern hat sich langsam und stetig entwickelt. Nur weil wir nicht hinschauen, heißt es nicht, dass die Dinge nicht da sind. Wir haben sie lediglich nicht wahrgenommen.

Antrag A006-Ä002

Änderungsantrag zu A006

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 30 - 32

30 **Für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt!** Die neue
Weltlage
31 erfordert es, die geopolitische Handlungsfähigkeit und die
32 strategischen Interessen Deutschlands und Europas wieder stärker in den Fokus zu

Antrag A006-Ä003

Änderungsantrag zu A006

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 30 - 32

30 **Für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt!** Die neue
Weltlage
31 erfordert es, die geopolitische Handlungsfähigkeit und die
32 strategischen Interessen Deutschlands und der Europäischen Union wieder stärker in den Fokus
zu

Begründung

Die CDU ist die Europapartei. Wir denken die Interessen Deutschlands nicht alleine sondern stets gemeinsam mit den Interessen unserer Europäischen Partner.

Antrag A006-Ä004

Änderungsantrag zu A006

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 30 - 34

30 **Für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt!** Die neue Weltlage
31 erfordert es, die geopolitische Handlungsfähigkeit und die
32 strategischen Interessen Deutschlands wieder stärker in den Fokus zu
33 rücken. Unsere Freiheit ~~ist~~und unsere Demokratie sind nicht selbstverständlich und ~~muss~~müssen immer wieder
34 aufs Neue verteidigt werden~~.~~.

Begründung

Der gesamte Absatz 30-34 erfasst in seiner Kürze sehr gut die interessengeleitete Politik, doch wirkt er ein bisschen schwach mit den Werten. Zur Freiheit müsste angesichts der Weltlage dringend die Demokratie als schützenswert hinzukommen.

Antrag A006-Ä005

Änderungsantrag zu A006

Antragsteller/in:	KV Aachen-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 30 - 34

30 **Für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt!** Die neue Weltlage
31 erfordert es, die geopolitische Handlungsfähigkeit und die
32 strategischen Interessen Deutschlands wieder stärker in den Fokus zu
33 rücken. Unsere Freiheit ist nicht selbstverständlich und muss immer wieder
34 aufs Neue verteidigt werden. Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und die Bündnisfähigkeit der Bundeswehr sind für uns daher Priorität staatlichen Handelns.

Begründung

Die Betonung der geopolitischen Handlungsfähigkeit zur strategischen Interessenvertretung Deutschlands ist gut und richtig. Doch diese Absichtserklärung muss auch mit Leben gefüllt werden. Die kann nur erfolgen, wenn auch die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und die Bündnisfähigkeit der Bundeswehr als Kernziele benannt werden.

Antrag A006-Ä006

Änderungsantrag zu A006

Antragsteller/in:	Junge Union, KV Koeln
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 30 - 34

30 **Für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt!** Die neue Weltlage
31 erfordert es, die geopolitische Handlungsfähigkeit und die
32 strategischen Interessen Deutschlands wieder stärker in den Fokus zu
33 rücken. Unsere Freiheit ist nicht selbstverständlich und muss immer wieder
34 aufs Neue verteidigt werden. Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr sind für uns daher Priorität staatlichen Handelns.

Begründung

Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr sollten zwingend in den Kernthesen thematisiert werden.

Antrag A006-Ä007

Änderungsantrag zu A006

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 30 - 34

30 **Für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt!** Die neue Weltlage
31 erfordert es, die geopolitische Handlungsfähigkeit und die
32 strategischen Interessen Deutschlands wieder stärker in den Fokus zu
33 rücken. Unsere Freiheit ist nicht selbstverständlich und muss immer wieder
34 aufs Neue verteidigt werden. Hierfür sollen der Bundeswehr und den Sicherheitsbehörden die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie brauchen, um unsere Freiheit zu verteidigen.

Begründung

In dem Abschnitt für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt fehlt eine Erwähnung der Bundeswehr. Da die Bundeswehr trotz enormer Bedeutung der Sicherheitspolitik in keinem der Leitsätze erwähnt wird, sollte eine Erwähnung bereits an dieser prominenten Stelle erfolgen. Das ist nach wie vor eines unserer Markenzeichen!

Antrag A007: Zeile 35 - 42: Mut zur Leitkultur

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 35 - 42 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

35 **Mut zur Leitkultur!** Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Alle, die
36 hier leben wollen, müssen unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber
37 anerkennen. Zu unserer Leitkultur gehören die Achtung der Würde jedes
38 einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
39 unser Rechtsstaat, demokratische Grundprinzipien, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und
40 Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Sprache und Geschichte sowie die Anerkennung
41 des Existenzrechts Israels. Nur wer sich zu unserer Leitkultur und damit auch zu unseren Werten bekennt, kann
42 sich integrieren und deutscher Staatsbürger werden.

Antrag A007-Ä001

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 35

35 **Mut zur Leitkultur!**(s. Z. 874ff.) Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Alle, die

Begründung

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel

Der Begriff Leitkultur muss näher definiert werden. Dies geschieht in den Z. 874 ff. Daher sollte an dieser Stelle ein Klammerhinweis ergänzt werden.

Antrag A007-Ä002

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Darmstadt-Stadt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 39

39 unser Rechtsstaat, die demokratischen Prinzipien, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und

Antrag A007-Ä003

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Muenster
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 35 - 42

~~**Mut zur Leitkultur!** Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Alle, die hier leben wollen, müssen unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber anerkennen. Zu unserer Leitkultur gehören die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte, unser Rechtsstaat, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Geschichte sowie die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Nur wer sich zu unserer Leitkultur bekennt, kann sich integrieren und deutscher Staatsbürger werden.~~

Wir führen zusammen. Unser Wesenskern ist das Zusammenführen. Wir bauen auf ein starkes Fundament und gestalten so Politik für eine Gesellschaft, die zusammenhält. Grundlage dafür sind die Achtung der unantastbaren Menschenwürde und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte, wie sie unser Grundgesetz für alle in Deutschland lebenden Menschen garantiert. Den für alle verbindlichen Rahmen steckt unser Rechtsstaat ab. Das Zusammenführen erfordert gegenseitigen Respekt und Toleranz. Heimat bedeutet Sich-zu-Hause-Fühlen und dazuzugehören. Das wollen wir fördern. Israel fühlen wir uns besonders verbunden. Wir erwarten von allen deutschen Staatsbürgern, dass sie das Existenzrecht Israels anerkennen.

Begründung

Es hat in den letzten 20 Jahren, immer wieder Versuche gegeben, den Begriff „Leitkultur“ einzuführen. Eine deutsche „Leitkultur“ solle den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Angesichts zunehmender Vielfalt in einer Einwanderungsgesellschaft werde eine „Leitkultur“ erforderlich. Das Bekenntnis zur Verfassung und Rechtsgehorsam reichten nicht aus, sagt man.

Der Begriff einer „Leitkultur“, das hat auch die Debatte im Jahr 2017 wieder gezeigt, ist mehrdeutig, missverständlich und missbrauchsanfällig. Er spaltet, statt zusammenzuführen.

1. „Leitkultur“ ist mehrdeutig. Es bleibt offen, ob sich „Leitkultur“ von Kultur unterscheidet und worin. Es bleibt offen, ob die Aufzählung dessen, was dazugehören soll, abschließend oder beispielhaft gemeint ist. Es bleibt offen, wer das Recht hat, zu definieren, was zur „Leitkultur“ gehört. Es bleibt offen, worauf sich dieses Recht gründen soll.
2. „Leitkultur“ ist missverständlich. Soll „Leitkultur“ verbindlich sein? Dafür sprechen die Passagen im Programmentwurf im Zusammenhang mit der Einbürgerung oder Formulierungen wie „ohne Wenn und Aber“. Aber verbindlich in einem Rechtsstaat ist nur das Recht. Was soll daraus folgen, wenn jemand sich nicht an die „Leitkultur“ hält? Das Recht regelt, was aus Verstößen gegen Regeln folgt. Das Grundgesetz schützt kulturelle und weltanschauliche Vielfalt in unserer pluralistischen Gesellschaft. Inwieweit wird diese grundgesetzlich garantierte kulturelle Freiheit durch eine „Leitkultur“ eingeschränkt? Und auf welcher Rechtsgrundlage?
3. „Leitkultur“ ist missbrauchsanfällig. „„Deutsche Leitkultur - Islamfreie Schulen“ hat ein AfD-Plakat mit fröhlichen Kindern getextet. Weil der Begriff mehrdeutig und missverständlich ist, kann er von Verfassungsfeinden so missbraucht werden. Der Begriff „Leitkultur“ wäre aber auch Einfallstor und „Ermächtigungsgrundlage“ für weniger übergriffige Versuche, die kulturelle Freiheiten einzuschränken. „Leitkultur“ spaltet, statt zusammenzuführen.

„Der freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, lautet das berühmte Böckenförde-Diktum. Das CDU-Grundsatzprogramm sollte diese Einsicht nicht durch eine

„Leitkultur“ ignorieren, die vor- und übergesetzliche Verbindlichkeit beansprucht. Der Begriff sollte im Grundsatzprogramm nicht verwendet werden. Die damit verknüpften Erwartungen - das Stiften von gesellschaftlichem Zusammenhalt - lassen sich mit dem nachfolgenden Änderungsantrag besser erreichen.

Antrag A007-Ä004

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Grafschaft-Bentheim
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 35 - 42

35 ~~**Mut zur Leitkultur!** Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Alle, die~~
36 ~~hier leben wollen, müssen unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber~~
37 ~~anerkennen. Zu unserer Leitkultur gehören~~Wir führen zusammen.
Grundlage dafür sind die Achtung der ~~Würde jedes~~
38 ~~einzelnen Menschen~~ unantastbaren Menschenwürde und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
39 wie sie unser Grundgesetz für alle in Deutschland lebenden Menschen garantiert. Den für alle verbindlichen Rahmen steckt unser Rechtsstaat~~,~~ ab. Das Zusammenführen erfordert gegenseitigen Respekt und Toleranz~~, das Bewusstsein von~~ . Heimat ~~und~~
40 ~~Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Geschichte sowie die Anerkennung~~
41 ~~des Existenzrechts Israels. Nur wer sich~~ bedeutet Sich-zu~~ unserer Leitkultur bekennt, kann~~
42 ~~sich integrieren und deutscher Staatsbürger werden.~~-Hause-Fühlen und dazuzugehören. Das wollen wir fördern. Israel fühlen wir uns besonders verbunden. Wir erwarten von allen deutschen Staatsbürgern, dass sie das Existenzrecht Israels anerkennen.

Antrag A007-Ä005

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 35 - 39

35 **Mut ~~zur Leitkultur~~zu unseren Werten!** Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Alle, die
36 hier leben wollen, müssen unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber
37 anerkennen. Zu unserer Leitkultur gehören die Achtung der Würde jedes
38 einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
39 unser Rechtsstaat, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und

Antrag A007-Ä006

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 35 - 42

35 **Mut zur Leitkultur~~!~~.** Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. ~~Alle, die~~
36 ~~hier leben wollen, müssen unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber~~
37 ~~anerkennen~~Die deutsche Leitkultur gibt allen Orientierung, die in Deutschland zusammenleben. Zu unserer Leitkultur gehören die Achtung der Würde jedes
38 einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
39 unser Rechtsstaat, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz, Pflege der deutschen Sprache, das Bewusstsein von Heimat ~~und~~
40 ~~Zugehörigkeit~~, Kenntnis der deutschen Geschichte sowie die Anerkennung
41 des Existenzrechts Israels. Nur ~~wer sich zu unserer Leitkultur bekennt,~~im Einklang mit diesen kulturellen Grundwerten kann
42 ~~sich integrieren und deutscher Staatsbürger werden~~Sozialisation und Integration in unserem Land als Voraussetzung zur Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft gelingen.

Begründung

Unsere deutsche Leitkultur gibt allen Orientierung, die in Deutschland zusammenleben, nicht nur denjenigen, die ins Land kommen, sondern auch denjenigen, die hier geboren wurden. Laut Wikipedia bedeutet Leitkultur nichts anderes als eine Hausordnung für Menschen aus verschiedenen Kulturen in einem werteorientierten Gemeinwesen. Leitkultur bezeichnet als „verbindende Rahmenkultur“, „nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern das Fundament unseres Zusammenlebens. (Bassam Tibi)“. Im Sinne des "C": *No Othering!*

Noch zu klären ist, durch wen und durch welches Verfahren die Merkmale der Leitkultur so definiert werden, dass ein eindeutiges Bekenntnis möglich ist (z. B. könnte unsere Leitkultur vom Deutschen Ethikrat vorformuliert und vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden; alle 5 Jahre erfolgt ein Update).

Dieser Absatz sollte konsistent zu den Z873ff. „Unser einigendes Band“ sowie zu den Z874ff. (...Orientierung für uns alle), den Z896ff. (...weltoffener Patriotismus) und Z1068ff. (Wir wollen Zugewanderten die Möglichkeit geben, bei uns Heimat zu finden.) sein.

Antrag A007-Ä007

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Bergstrasse
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 35 - 41

35 **Mut ~~zur Leitkultur~~zu unseren Werten!** Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Alle, die
36 hier leben wollen, müssen unsere ~~Leitkultur~~Werteordnung ohne Wenn und Aber
37 anerkennen. Zu ~~unserer Leitkultur~~unseren Werten gehören die Achtung der Würde jedes

38 einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
39 unser Rechtsstaat, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und
40 Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Geschichte sowie die Anerkennung
41 des Existenzrechts Israels. Nur wer sich zu unserer ~~Leitkultur~~Werteordnung bekennt, kann

Antrag A007-Ä008

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Berlin-Tempelhof/Schoeneberg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 35 - 42

35 ~~**Mut zur Leitkultur!**~~Mut zur Leitkultur! Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Alle, die
36 hier leben wollen,
müssen ~~unsere Leitkultur~~die Leitkultur unseres Landes ohne Wenn und Aber
37 anerkennen. Zu ~~unserer Leitkultur~~ dieser Leitkultur
gehören die Achtung der Würde jedes
38 einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und
Menschenrechte,
39 unser Rechtsstaat, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und
40 Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Geschichte sowie die Anerkennung
41 des Existenzrechts Israels.
Nur wer sich zu unserer Leitkultur bekennt, kann
42 sich integrieren und deutscher Staatsbürger
werden.

Begründung

Der Text ist das Grundsatzprogramm der CDU. Die Leitkultur Deutschlands geht jedoch über unsere gesellschaftspolitischen Positionen innerhalb der CDU hinaus. Sie umfasst, so, wie es die Definition auch darstellt, die gemeinsame Basis, auf der unsere vielfältige Demokratie steht. An der dritten Stelle bleibt die Formulierung „unsere Leitkultur“, weil dadurch eine enge Verbindung und Parallelität zwischen der Leitkultur Deutschlands und den Werten der CDU zum Ausdruck gebracht wird.

Antrag A007-Ä009

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 35 - 42

~~35 **Mut zur Leitkultur!** Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Alle, die~~
~~36 hier leben wollen, müssen unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber~~
~~37 anerkennen. Zu unserer Leitkultur gehören die Achtung der Würde jedes~~

38 ~~einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,~~
39 ~~unser Rechtsstaat, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und~~
40 ~~Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Geschichte sowie die Anerkennung~~
41 ~~des Existenzrechts Israels. Nur wer sich zu unserer Leitkultur bekennt, kann~~
42 ~~sich integrieren und deutscher Staatsbürger werden.~~

Mut zu einer Leitkultur! Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenführt. Geleitet von einer Kultur der Achtung der Würde jedes Einzelnen, den daraus folgenden Grund- und Menschenrechten, und unserem Rechtsstaat. Einer Kultur von Respekt und Toleranz, die ein Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit schafft. Diese Toleranz endet, wo das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wird. Deutscher Staatsbürger kann nur werden, wer es in Kenntnis der deutschen Geschichte anerkennt.

Antrag A007-Ä010

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	BezV Ruhr
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 36

36 hier leben wollen, müssen unsere Leitkultur ~~ohne Wenn und Aber~~

Begründung

Das Bekenntnis zur Leitkultur wird durch Rigorismus nicht stärker. Wir haben jedenfalls manches wenn und aber. Der Zweifel gehört zu einer aufgeklärten Leitkultur.

Antrag A007-Ä011

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 36

36 hier leben und leben wollen, müssen unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber

Begründung

Die Aussage sollte sich nicht nur auf die, die hier leben wollen beziehen, sondern auch auf diejnigen, die hier bereits leben.

Antrag A007-Ä012

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 37 - 42

37 anerkennen und leben. Zu unserer Leitkultur gehören die Achtung der Würde jedes
38 einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
39 ~~unser~~der Respekt vor dem Rechtsstaat, Respekt und Toleranz im Miteinander, das Bewusstsein von Heimat und
40 Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Geschichte sowie die ~~Anerkennung~~
41 ~~des Existenzrechts Israels~~spezielle Verantwortung für die Juden in Deutschland und den Staat Israel. Nur wer sich zu unserer Leitkultur bekennt, kann
42 sich integrieren und deutscher Staatsbürger werden.

Begründung

Wir würden zunächst das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung betonen und das im Anschluss operationalisieren. Des Weiteren wäre es wünschenswert, wenn zwischen der universellen Leitkultur einer liberalen Demokratie (wie für andere Länder auch) und einer genuin deutschen Kultur unterschieden würde (z.B. deutsche Geschichte oder besondere Verantwortung für den Staat Israel und jüdische Menschen).

Antrag A007-Ä013

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 38

38 einzelnen Menschen sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,

Begründung

Die Gleichberechtigung der Geschlechter vor dem Gesetz muss besonders betont werden.

Antrag A007-Ä014

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 39

39 unser wehrhafter und verlässlicher Rechtsstaat, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und

Antrag A007-Ä015

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Darmstadt-Stadt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 39

39 unser Rechtsstaat, demokratische Grundprinzipien, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und

Antrag A007-Ä016

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 39

39 unser Rechtsstaat und unsere demokratische Grundordnung, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und

Begründung

An dieser Stelle, wo es um zentrale Werte geht, die unsere Leitkultur ausmachen, reicht der Verweis auf den Rechtsstaat m.E. nicht, die demokratische Ordnung als Kernelement unserer Ordnung sollte explizit genannt werden.

Antrag A007-Ä017

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 39

39 unser Rechtsstaat, die freiheitliche demokratische Grundordnung, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und

Antrag A007-Ä018

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	LV Oldenburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 40

40 Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Sprache und Geschichte sowie die Anerkennung

Begründung

Auch an dieser Stelle zur Leitkultur ist der Hinweis auf die deutsche Sprache wichtig. Die Kenntnis der

deutschen Sprache ist für das gute Zusammenleben in Deutschland unerlässlich.

Der Antrag wird gemeinsam gestellt und gestützt vom:

- CDU Landesverband Oldenburg
- CDU Kreisverband Cloppenburg

Antrag A007-Ä019

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 40

40 Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Geschichte und deutscher Sprache sowie die Anerkennung

Antrag A007-Ä020

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 41

41 des Existenzrechts Israels. Nur wer sich zu unserer Leitkultur und unseren Werten bekennt, kann

Antrag A007-Ä021

Änderungsantrag zu A007

Antragsteller/in:	KV Leverkusen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 42

42 sich integrieren und deutscher Staatsbürger werden. Deshalb fordern wir die Abschaffungder doppelten Staatsbürgerschaft in ihrerjetzigen Form.

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A008: Zeile 43 - 45: Zusammenhalt stärken

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

43 **Zusammenhalt stärken!** Wir wollen die Bindekräfte in der Gesellschaft
44 fördern und unterschiedliche Milieus zusammenführen. Dazu setzen wir auf
45 ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr und die Stärkung des Ehrenamtes.

Antrag A008-Ä001

Änderungsantrag zu A008

Antragsteller/in:	KV Grafschaft-Bentheim
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 45

45 ~~ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr und~~ die Stärkung des Ehrenamtes.

Begründung

Wir lehnen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr ab. Der Sinn hinter dieser Maßnahme ist verständlich, schränkt aber zu viele junge Menschen ein. Viele Schulabgänger haben einen genauen Plan von ihrer (beruflichen) Zukunft. Eine verpflichtende Zwangspause würde eine Art Verlängerung der Schulpflicht bedeuten.

Zudem ist die Umsetzung mit einem enormen Aufwand verbunden. Zum einen werden Fachkräfte für die Betreuung und Ausbildung der jungen Menschen gebunden, zum anderen ist die Finanzierung der Maßnahme vollkommen offen.

Wir setzen auf eine Stärkung der freiwilligen Dienste wie Bundesfreiwilligendienst, FSJ, ÖSJ, etc.

Antrag A008-Ä002

Änderungsantrag zu A008

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 44 - 45

44 fördern und unterschiedliche Milieus zusammenführen. Dazu setzen wir auf
45 Anreize für ein ~~verpflichtendes~~ Gesellschaftsjahr und die Stärkung des Ehrenamtes.

Begründung

Ein Gesellschaftsjahr sollte aus bekannten Gründen heraus grundsätzlich freiwillig sein.

Antrag A008-Ä003

Änderungsantrag zu A008

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 45

45 ~~ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr~~einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst und die Stärkung des Ehrenamtes.

Begründung

Offenere Formulierung vor dem Hintergrund einer Diskussion hinsichtlich der Gleichsetzung: Pflichtdienste gehen einher mit Grundrechtseinschränkungen!

Antrag A008-Ä004

Änderungsantrag zu A008

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 45

45 ein zunächst attraktives und falls notwendig im nächsten Schritt verpflichtendes Gesellschaftsjahr und die Stärkung des Ehrenamtes.

Antrag A009: Zeile 46 - 51: Familien vermitteln Werte

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A009-Ä013
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 46 - 51 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

46 **Familien vermitteln Werte!** Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie.
47 Wir wollen Familien dabei unterstützen, Werte zu vermitteln. Familien sind
48 die Keimzelle der Gesellschaft und Grundlage für deren Zusammenhalt.
49 ~~Gerade~~ In Ehe und Familie übernehmen Menschen Verantwortung füreinander, für Kinder und für älter werdende Eltern. Wir stehen für ein gleichberechtigtes Verständnis von Partnerschaft und wertschätzen die vielfältigen Leistungen von Familien im Lebenslauf.
Alleinerziehende müssen wir stärker unterstützen. Kinder aus
50 bildungsfernen und einkommensschwachen Familien brauchen besondere
51 Aufmerksamkeit.

Antrag A009-Ä001

Änderungsantrag zu A009

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 46 - 51

46 **Familien vermitteln Werte!** Wir ~~stehen zum Leitbild von~~erkennen an, wenn Menschen in Ehe und Familie~~.~~
47 ~~Wir wollen Familien dabei unterstützen, Werte zu vermitteln. Familien sind~~
48 ~~die Keimzelle der Gesellschaft und Grundlage für deren Zusammenhalt.~~
49 ~~Gerade Alleinerziehende müssen wir stärker unterstützen.~~ Verantwortung füreinander, für Kinder ~~aus~~
50 ~~bildungsfernen und einkommensschwachen~~und für älter werdende Eltern übernehmen. Wir stehen für ein gleichberechtigtes Verständnis von Partnerschaft und wertschätzen die vielfältigen Leistungen von Familien im Lebenslauf. Getrennt oder allein erziehende Eltern, einkommensarme und bildungsferne Familien brauchen besondere
51 ~~Aufmerksamkeit~~Unterstützung.

Antrag A009-Ä002

Änderungsantrag zu A009

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 46 - 50

46 **Familien vermitteln Werte!** Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie.
47 Wir wollen Familien dabei unterstützen, Werte zu vermitteln. ~~Familien sind~~
48 In Ehe und Familie übernehmen Menschen Verantwortung füreinander, für Kinder und für älter werdende Eltern. Wir stehen für ein gleichberechtigtes Verständnis von Partnerschaft und wertschätzen die ~~Keimzelle der Gesellschaft und Grundlage für deren Zusammenhalt.~~
49 vielfältigen Leistungen von Familien im Lebensverlauf. Gerade Alleinerziehende müssen wir stärker unterstützen. Kinder aus
50 bildungsfernen und einkommensschwachen Familien brauchen besondere

Antrag A009-Ä003

Änderungsantrag zu A009

Antragsteller/in:	KV Cloppenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 47 - 50

47 Wir wollen Familien dabei unterstützen, Werte zu vermitteln. ~~Familien sind~~
48 Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft~~ und Grundlage für deren~~, in der Kinder ihre grundlegende Entwicklung und frühe Bildung erfahren, die Kindern Geborgenheit gibt und in der Zusammenhalt~~.~~
49 ~~Gerade~~ gelebt wird. Die in der Familie vermittelten elementaren Kompetenzen sind maßgeblich

für unsere künftige Generation. Alleinerziehende müssen wir stärker unterstützen. Kinder aus
50 bildungsfernen und einkommensschwachen Familien brauchen besondere

Begründung

Die Wichtigkeit und Wertschätzung der Arbeit in den Familien für die Zukunft unserer Gesellschaft kommt mit dieser Beschreibung viel besser zum Ausdruck.

Antrag A009-Ä004

Änderungsantrag zu A009

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 48

48 ~~die Keimzelle~~das Fundament der Gesellschaft und Grundlage für deren Zusammenhalt.

Begründung

Das Wort Keimzelle soll durch Fundament ersetzt werden, weil Keimzelle negativ belastet ist.

Antrag A009-Ä005

Änderungsantrag zu A009

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 49

49 Gerade Alleinerziehende und Getrennterziehende müssen wir stärker unterstützen. Kinder aus

Begründung

Unter Getrennterziehenden versteht man Eltern, die getrennt leben und Verantwortung für Kinder übernehmen. Mit dieser Differenzierung gegenüber Alleinerziehenden tragen wir der Lebensrealität von Hunderttausenden in Deutschland Rechnung.

Antrag A009-Ä006

Änderungsantrag zu A009

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 49

49 ~~Gerade~~ Alleinerziehende müssen wir stärker unterstützen. Kinder aus

Antrag A009-Ä007

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 49

49 ~~Gerade~~Dazu gehören auch Alleinerziehende ~~müssen wir stärker unterstützen~~und unverheiratete Eltern. Sie alle
verdienen unsere Unterstützung, ebenso wie alleinstehende Menschen. Kinder aus

Begründung

Begründung: Familien werden in dem Programm vielfach erwähnt – zu recht, denn sie sind unsere Zukunft. Allerdings ist für Familien in den letzten Jahren sehr viel bewegt worden und auch für Alleinerziehende. Wichtig ist für die Außenwirkung der CDU als moderne, unverkrampfte Partei gerade auch eine Offenheit gegenüber unverheirateten Eltern. Deshalb sollte man den Punkt erwähnen.

Daneben müssen alleinlebende Menschen einen Platz in dem Programm finden. In Großstädten wie Hannover bestehen mehr als die Hälfte der Haushalte aus Einzelpersonen, denen sich derzeit niemand politisch zuwendet. Diese Lücke sollten wir erkennen und schließen.

Antrag A009-Ä008

Änderungsantrag zu A009

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 51

51 Aufmerksamkeit.

Kinder sind unsere Zukunft. Kinder bedürfen unseren besonderen Schutz und eine gesamtgesellschaftliche Förderung. Wir bekennen uns ausdrücklich zur UN-Konvention über die Rechte des Kindes. Kinderarmut gilt es gleichermaßen weiter aktiv zu bekämpfen, wie auch die Kindermitbestimmung weiterhin aktiv gefördert werden muss. Kinderrechte ernst nehmen und das Wohl der Kinder zu schützen, stehen für uns ebenfalls im Mittelpunkt des Handelns.

Antrag A009-Ä009

Änderungsantrag zu A009

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 51

51 Aufmerksamkeit. Die älteren Generationen, jene, die viel für ihre Familien, unsere Gesellschaft

und unser Land geleistet haben und leisten, verdienen unsere Anerkennung.

Antrag A009-Ä010

Änderungsantrag zu A009

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 51

51 Aufmerksamkeit. Dabei soll der Staat soviel eingreifen wie nötig, aber so wenig wie möglich.

Begründung

Familien sollen in ihrer Freiheit leben dürfen und selbst entscheiden, welche Werte sie wie vermitteln. Eingreifen sollte nur dort passieren, wo es wirklich vonnöten ist.

Antrag A009-Ä011

Änderungsantrag zu A009

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 51

51 Aufmerksamkeit.

Füge einen neuen Absatz ein

„Kinder sind unsere Zukunft. Kinder bedürfen unseres besonderen Schutzes und eine gesamtgesellschaftliche Förderung. Wir bekennen uns ausdrücklich zur UN-Konvention über die Rechte des Kindes. Kinderarmut gilt es gleichermaßen weiter aktiv zu bekämpfen, wie auch die Kindermitbestimmung weiterhin aktiv gefördert werden muss. Wir müssen Kinderrechte ernst nehmen und das Wohl der Kinder schützen."

Antrag A009-Ä012

Änderungsantrag zu A009

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 51

51 Aufmerksamkeit. Wir wollen, dass die Menschen dank guter Präventionsmaßnahmen möglichst lange gesund bleiben und bei Erkrankung in ihrer Nähe eine gute ärztliche und pflegerische Versorgung finden, auch in ihrem letzten Lebensabschnitt.

Antrag A009-Ä013

Antragsteller/in:	KV Berlin-Tempelhof/Schoeneberg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A009, A015 und A085

Zeile 51

51 Aufmerksamkeit. Wir erkennen aber auch die Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft. Diese Herausforderungen nehmen wir mit einer generationenübergreifenden Politik an und nehmen insbesondere auch die Potentiale und Bedürfnisse älterer Menschen in den Blick.

Antrag A009-Ä014

Änderungsantrag zu A009

Antragsteller/in:	LV Oldenburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 51

51 Aufmerksamkeit. Wir wertschätzen und anerkennen die Erziehungsleistung und Sorgearbeit von Familien. Wir werden Deutschland familienfreundlicher machen.

Begründung

Nach den Wörtern „..brauchen besondere Aufmerksamkeit...“ werden folgende Sätze hinzugefügt:

„Wir wertschätzen und anerkennen die Erziehungsleistung und Sorgearbeit von Familien. Wir werden Deutschland familienfreundlicher machen.“

Begründung:

Die CDU ist eine Familienpartei. Der CDU war es immer wichtig, dass Familien Freiräume haben, um über ihr Familienmodell, die Kindererziehung und die Balance von Familien- und Erwerbsarbeit frei entscheiden zu können. Dazu gehören eine verlässliche, gute und flächendeckende Infrastruktur zur Kinderbetreuung und Pflegeunterstützung ebenso wie die Wertschätzung von Familienarbeit durch Mütter und Väter. In den Jahren der CDU-geführten Bundesregierung wurde viele erfolgreiche familienpolitische Maßnahmen umgesetzt. Mit der Ampel verzeichnen wir nicht nur einen Stillstand in der Familienpolitik; in Teilen werden wichtige familienpolitische Errungenschaften Schritt für Schritt zurückgefahren. Dies gilt es aufzuhalten und eine an den Bedürfnissen der Familien orientierte pragmatische Familienpolitik umzusetzen.

Wir als CDU wollen erreichen, dass die enorme Leistung, die Familien mit Kindern erbringen, auch gesellschaftlich noch stärker anerkannt wird.

Vor diesem Hintergrund ist diese Ergänzung ein wichtiges Zeichen an die Familien in unserem Land - die CDU Deutschlands ist DIE Familienpartei in Deutschland.

Antrag A010: Zeile 52 - 56: Aufstieg und Integration durch

Bildung

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

52 **Aufstieg und Integration durch Bildung!** Wir wollen gemeinsam mit den
53 Eltern jedem Kind die Chance auf bestmögliche Bildung und Qualifikation für
54 die Persönlichkeitsentwicklung, die demokratische Teilhabe und ein
55 erfolgreiches Berufsleben ermöglichen. Leistung und Bildungsgerechtigkeit
56 denken wir zusammen. Sozial ist, was Bildung ermöglicht.

Antrag A010-Ä001

Änderungsantrag zu A010

Antragsteller/in:	KV Cloppenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 52 - 55

52 **Aufstieg und Integration durch Bildung!**~~Wir~~Mit qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und Schulsystemen wollen ~~gemeinsam mit den~~
53 wir Eltern ~~jedem Kind die Chance auf~~dabei unterstützen, dass ihre Kinder die bestmögliche ~~Bildung und Qualifikation für~~
54 ~~die~~ Persönlichkeitsentwicklung~~, die demokratische Teilhabe und~~ und Bildung erfahren. Damit schaffen wir die Grundlage für ein
55 erfolgreiches Berufsleben ~~ermöglichen~~und demokratische Teilhabe. Leistung und Bildungsgerechtigkeit

Begründung

Diese Formulierung stellt nicht den Staat in den Vordergrund und bezeichnet die Aufgabenstellung zutreffender.

Antrag A010-Ä002

Änderungsantrag zu A010

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 55

55 erfolgreiches Berufsleben ermöglichen. Auch Eltern sollen sich ein Leben lang bilden und qualifizieren können. Leistung und Bildungsgerechtigkeit

Begründung

Zusatz hinsichtlich lebenslangen Lernens und Unterstützungsmöglichkeiten für Ihre Kinder.

Antrag A010-Ä003

Änderungsantrag zu A010

Antragsteller/in:	KV Diepholz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 56

56 denken wir zusammen. Sozial ist, was Bildung ermöglicht. Jeder Mensch soll unabhängig von seiner sozialen Herkunft gleiche Bildungschancen erhalten und seine individuellen Fähigkeiten entfalten können. Leistung soll der entscheidende Maßstab für beruflichen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe sein.

Antrag A011: Zeile 57 - 60: Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 57 - 60 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

57 **Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft!** Kinder, die kein Deutsch
58 können, müssen wir stärker unterstützen. Alle Kinder mit Förderbedarf wollen
59 wir zur Teilnahme an einem vorschulischen Programm in einer
60 Kindertagesstätte, einem Kindergarten oder einer Vorschule verpflichten.

Antrag A011-Ä001

Änderungsantrag zu A011

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 57

57 **Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft!**~~Kinder~~Menschen, die kein Deutsch

Begründung

Das Wort Kinder soll durch Menschen ersetzt werden, denn wir müssen ALLE stärker unterstützen die kein Deutsch sprechen, die Sprache ist der Schlüssel für alles andere.

Antrag A011-Ä002

Änderungsantrag zu A011

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 57 - 60

57 **Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft!**~~Kinder, die kein Deutsch~~
58 ~~können, müssen wir stärker unterstützen. Kinder mit Förderbedarf wollen~~
59 ~~wir zur Teilnahme an einem vorschulischen Programm~~Dies gilt für alle Menschen, die in ~~einer~~
60 ~~Kindertagesstätte, einem Kindergarten oder einer Vorschule verpflichten.~~unser Land kommen, um hier zu leben und zu arbeiten. Wer keine Grundkenntnisse unserer Sprache hat, soll verpflichtend entsprechende Angebote wahrnehmen. Kinder, die kein Deutsch können, müssen wir beim Spracherwerb stärker unterstützen

Begründung

Der neue Vorschlag soll das Ziel der Unterstützung nennen.

Antrag A011-Ä003

Änderungsantrag zu A011

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 58

58 können, müssen wir stärker unterstützen. Alle Kinder mit Förderbedarf wollen

Begründung

Es muss deutlich werden, das diese Forderung alle Kinder betrifft.

Antrag A011-Ä004

Änderungsantrag zu A011

Antragsteller/in:	KV Uelzen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 60

60 Kindertagesstätte, einem Kindergarten, einer Einrichtung in freier Trägerschaft oder einer Vorschule verpflichten.

Begründung

Zusätzliche Aufgaben überlasten unsere sowieso schon personell gebeutelten Grundschulen und Kindergärten. Stattdessen wollen wir – wenn möglich - bestehende Angebote in freier Trägerschaft, etwa bei der evangelischen Familienbildungsstätte, ausbauen.

Antrag A011-Ä005

Änderungsantrag zu A011

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 60

60 Kindertagesstätte, einem Kindergarten oder einer Vorschule ~~verpflicht~~ermutigen.

Begründung

Die rechtliche Grundlage für eine Verpflichtung ist nicht gegeben und wäre bundesweit kaum zu implementieren. Die Freiwilligkeit in „ermutigen“ ist für beide Seiten angemessen. (s. auch Zeile 1245).

Antrag A012: Zeile 61 - 65: Wachstum statt Stillstand

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A017-Ä016
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 61 - 65 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

61 **Wachstum statt Stillstand!** Wir stehen für nachhaltiges wirtschaftliches
62 Wachstum. Wir wollen eine Wachstumsagenda mit einer attraktiven
63 Unternehmensteuer, schnelleren ~~Planungsverfahren~~Planungs- und Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und Regulierung
64 ~~und~~sowie mehr Zukunftsinvestitionen. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Fach-
65 und Arbeitskräfte und wollen insbesondere das inländische Potenzial heben.

Digitalisierung vorantreiben! Die Digitalisierung ist ein Schlüsselfaktor für den Standort Deutschland. Sie fördert Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Mit neuen Technologien können nicht nur Arbeitsprozesse optimiert, sondern auch neue Märkte erschlossen und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir müssen deutlich mehr in Digitalisierung und Forschung investieren, um die Zukunft unseres Landes zu sichern. Wir wollen alle Menschen zu einem selbstbestimmten Umgang mit digitalen Technologien befähigen.

Antrag A012-Ä001

Änderungsantrag zu A012

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 61 - 62

61 **Wachstum statt Stillstand!** Wir stehen für ein nachhaltiges wirtschaftliches
62 Wachstum~~.~~, das die natürlichen Ressourcen schont.Wir wollen eine Wachstumsagenda mit einer attraktiven

Begründung

Wirtschaftliches Wachstum ist auch mit der Schonung der natürlichen Ressourcen möglich. Das sollte sich auch in der Formulierung widerspiegeln, bevor sich Widerspruch von denen regt, die bei wirtschaftlichem Wachstum noch an rauchende Schornsteine denken.

Antrag A012-Ä002

Änderungsantrag zu A012

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 61

61 *Wirtschaft für den Menschen!* Die CDU ist seit ihrer Gründung die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb gilt für uns bis heute das Versprechen: „Wohlstand für alle“. Für eine freie, gerechte und nachhaltige Wirtschaftsordnung mit klaren Regeln und fairem Wettbewerb. Wir wollen die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft erhalten und dabei aktiv weiterentwickeln - national und international.
62 **Wachstum statt Stillstand!** Wir stehen für nachhaltiges wirtschaftliches

Begründung

Die Soziale Marktwirtschaft ist bis heute ein wesentlicher Bestandteil des CDU-Markenkerns - wenn nicht sogar ***der*** Markenkern unserer Partei. Daher sollte der Begriff im Grundsatzprogramm so weit vorne wie möglich, ganz konkret namentlich erwähnt und in seiner Essenz für unsere Programmatik beschrieben werden.

Antrag A012-Ä003

Änderungsantrag zu A012

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 61

61 **Wachstum statt Stillstand!** Wir stehen für nachhaltiges ~~wirtschaftliches~~

Begründung

Ein *nachhaltiges* Wachstum vollzieht sich in der Balance von Wirtschaft, Sozialem und Ökologie.

Ein *nachhaltiges wirtschaftliches* Wachstum ist irgendwie doppelt gemoppelt.

Antrag A012-Ä004

Änderungsantrag zu A012

Antragsteller/in:	KV Darmstadt-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 62 - 64

62 Wachstum. Wir wollen eine Wachstumsagenda mit ~~einer attraktiven~~
63 ~~Unternehmensteuer, schnelleren Planungsverfahren, weniger Regulierung~~
64 ~~und~~ mehr Zukunftsinvestitionen, schnelleren Planungsverfahren, weniger Regulierung und einer attraktiven Unternehmensteuer. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Fach-

Antrag A012-Ä005

Änderungsantrag zu A012

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 62 - 64

62 Wachstum auf der Grundlage unserer sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen eine Wachstumsagenda mit ~~einer attraktiven~~
63 ~~Unternehmensteuer~~einem Fokus auf Innovation und Investition, auf Forschung und Bildung, einem neuen Gründergeist, schnelleren Planungsverfahren, weniger Regulierung
64 und ~~mehr Zukunftsinvestitionen.~~ fairen Steuern für alle am Wirtschaftsleben Beteiligten. Wir treten ein für eine breite Steuerbasis mit niedrigen Sätzen und wenigen Ausnahmen.
65 Wir brauchen mehr gut ausgebildete Fach-

Begründung

In der Wachstumsagenda sollte nicht mit „Unternehmenssteuern“ begonnen werden. Das ist sehr speziell und schreckt viele ab. Wir meinen, hier sollte auf all die Faktoren eingegangen werden, die starkes Wachstum begünstigen.

Antrag A012-Ä006

Änderungsantrag zu A012

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 63

63 Unternehmenssteuer, schnelleren Planungsverfahren, weniger Regulierung

Antrag A012-Ä007

Änderungsantrag zu A012

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 63

63 Unternehmensteuer, schnelleren ~~Planungsverfahren~~Planungs- und Genehmigungsverfahren, weniger Regulierung

Antrag A012-Ä008

Änderungsantrag zu A012

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 65

65 und Arbeitskräfte ~~und wollen insbesondere das inländische Potenzial heben~~aus dem In- und Ausland.

Antrag A012-Ä009

Änderungsantrag zu A012

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 65

65 und Arbeitskräfte und wollen insbesondere das inländische Potenzial heben.

Digitalisierung vorantreiben! Die Digitalisierung ist ein Schlüsselfaktor für den Standort Deutschland, indem sie Effizienz, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit fördert. Neue Technologien werden nicht nur Arbeitsprozesse optimieren, sondern auch neue Märkte erschließen und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schaffen. Eine kontinuierliche Investition in die Digitalisierung und Forschung ist unerlässlich, um die Zukunft unseres Gemeinwesens langfristig zu sichern.

Begründung

Die Digitalisierung ist für unsere Wirtschaft schon jetzt von entscheidender Bedeutung. Dieser Entwicklung dürfen wir uns als Gesellschaft nicht verschließen, sondern müssen die nötigen Bedingungen schaffen, damit unsere Wirtschaft Schritt hält und von der Digitalisierung profitieren kann.

Wir möchten die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und Wirtschaft aktiv mitgestalten und vorantreiben. Maßgeblich hierfür ist die Digitalisierung. Das sollte sich daher auch in dem Kapitel “Das ist CDU” wiederfinden.

Antrag A012-Ä010

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 65

65 und Arbeitskräfte und wollen insbesondere das ~~inländische~~vorhandene Potenzial heben.

Antrag A012-Ä011

Änderungsantrag zu A012

Antragsteller/in:	KV Main-Taunus
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 65

65 und Arbeitskräfte und wollen insbesondere das inländische Potenzial heben.
Die Wirtschaft muss wachsen, damit der Wohlstand bleibt.

Begründung

Absage gegen linke "Degrowth"-Bewegungen. Nur in einer Wirtschaft, die wächst, kann Wohlstand erhalten werden.

Antrag A013: Zeile 66 - 68: Gute Löhne für gute Arbeit

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 66 - 68 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

66 **Gute Löhne für gute Arbeit!** Das ist eine Frage des Respekts~~. Die~~
67 und der Wertschätzung. Die
Lohnfindung muss in der Hand der Tarifpartner bleiben. Die Politik darf hier
68 keinen direkten Einfluss haben.

Antrag A013-Ä001

Änderungsantrag zu A013

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 66 - 67

66 **Gute Löhne für gute Arbeit!** Das ist eine Frage ~~des Respekts. Die~~

67 der gesellschaftlichen Anerkennung. Die
Lohnfindung muss in der Hand der Tarifpartner bleiben. Die Politik darf hier

Begründung

Der Begriff „Respekt“ ist politisch durch die SPD belegt und sollte deshalb gemieden werden.

Antrag A013-Ä002

Änderungsantrag zu A013

Antragsteller/in:	KV Oldenburg-Stadt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 66 - 67

66 **Gute Löhne für gute Arbeit!** Das ist eine Frage des Respekts~~. Die~~
67 und der Wertschätzung.
Die Lohnfindung muss in der Hand der Tarifpartner
bleiben. Die Politik darf hier

Begründung

Respekt und Wertschätzung sind grundlegende Werte, die in einer Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Durch die Hervorhebung dieser Aspekte wird deutlich gemacht, dass die Gewährleistung angemessener Löhne nicht nur eine ökonomische Frage ist, sondern auch eine Frage der Anerkennung und Würdigung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Ergänzung unterstreicht die Bedeutung von angemessenen Löhnen nicht nur als wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch als moralische Verpflichtung.

Antrag A013-Ä003

Änderungsantrag zu A013

Antragsteller/in:	KV Main-Taunus
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 66 - 67

66 **Gute Löhne für gute Arbeit!**~~Das~~Unser Land ist ~~eine Frage des Respekts. Die~~
67 auf starke Fach- und Arbeitskräfte angewiesen und hat starke Gewerkschaften, die sich für die Interessen der Arbeitnehmer einsetzen. Die
Lohnfindung muss in der Hand der Tarifpartner bleiben. Die Politik darf hier

Begründung

Wir füllen diese eher sozialdemokratische Floskel mit substanziellerer Wertschätzung unserer Arbeitnehmer.

Antrag A013-Ä004

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 67

67 Lohnfindung, die sich in den vergangenen Jahrzehnten sehr erfolgreich an der Produktivitäts- und Inflationsentwicklung orientiert hat, muss in der Hand der Tarifpartner bleiben. Die Politik darf hier

Antrag A014: Zeile 69 - 73: Leistung muss sich lohnen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 69 - 73 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

69 **Leistung muss sich lohnen!** Wir brauchen eine Agenda für die Fleißigen: Wer
70 mehr leistet, muss sich mehr leisten können. Wir werden kleine und mittlere
71 Einkommen entlasten und arbeitende Rentner steuerlich besserstellen.
72 Niedrigere Steuern und ~~Abgaben~~Beiträge sorgen für höhere Löhne, mehr Jobs und
73 stärkeres Wachstum.

Antrag A014-Ä001

Änderungsantrag zu A014

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 69

69 *Leben mit KI gestalten* Es gilt die Einführung und Verbreitung von KI zu begleiten, um einerseits eine Optimierung von Prozessen zu erreichen, andererseits aber die Menschen mitzunehmen, die sich als Folge neu orientieren müssen. Dafür bedarf es international abgestimmter Regeln.

70 **Leistung muss sich lohnen!** Wir brauchen eine Agenda für die Fleißigen: Wer

Antrag A014-Ä002

Änderungsantrag zu A014

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 69

69 **Leistung muss sich lohnen!** Wir brauchen eine Agenda für die ~~Fleißigen:~~Produktiven: Wer

Begründung

"Fleißig sein" ist nur eine Seite der Leistungsmedaille. Die andere ist "produktiv sein". Wenn man strategisch ist und/oder zum rechten Zeitpunkt die richtige Idee hat, dann muss man nicht zwingend 16 Std. pro Tag arbeiten. Gerade auch, wenn wir den Einfluss von KI und Machine-Learning auf uns bedenken. - Produktivität wäre ein Alternativvorschlag.

Antrag A014-Ä003

Änderungsantrag zu A014

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 71 - 72

71 Einkommen entlasten und arbeitende Rentner steuerlich besserstellen.

72 Aber auch Lebensleistung muss sich lohnen, deshalb lehnen wir eine Umverteilung innerhalb der Rentenversicherung zulasten von guten Renten ab. Niedrigere Steuern und Abgaben sorgen für höhere Löhne, mehr Jobs und

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A014-Ä004

Änderungsantrag zu A014

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 72

72 Niedrigere Steuern und ~~Abgaben~~Beiträge sorgen für ~~höhere Löhne~~ein höheres Nettoeinkommen, mehr Jobs und

Antrag A014-Ä005

Änderungsantrag zu A014

Antragsteller/in:	KV Herzogtum Lauenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 72

72 Niedrigere Steuern und Abgaben sorgen für höhere ~~Löhne~~Nettolöhne, mehr Jobs und

Antrag A014-Ä006

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 73

73 stärkeres Wachstum. Der Unterschied zwischen Arbeitseinkommen und Sozialleistungen muss fühlbar sein.

Begründung

Siehe Bürgergeld-Diskussion!

Antrag A014-Ä007

Änderungsantrag zu A014

Antragsteller/in:	KV Diepholz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 73

73 stärkeres Wachstum. Die CDU bekennt sich dazu, dass die Anerkennung und Wertschätzung von Leistung eine zentrale Säule unserer Gesellschaft darstellen. Es ist unabdingbar, dass sich individuelle Anstrengungen und Erfolge in angemessener Weise auszahlen, sei es durch finanzielle Entlohnung, berufliche Anerkennung oder gesellschaftliche Wertschätzung.

Begründung

Die CDU ist eine Partei, die sich nicht nur der Mitte, sondern auch den Leistungsträgern der Gesellschaft verpflichtet fühlt. Deshalb sollte das Leistungsprinzip als grundlegendes Element in ihrem Grundsatzprogramm fest verankert werden. Leistung in Form von entgeltlicher und ehrenamtlicher Arbeit ist nicht nur ein selbstverständlicher Teil des Lebens für viele Bürgerinnen und Bürger, sondern auch ein wesentlicher Motor für den gesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand. Unabhängig von allen gesellschaftlichen Veränderungen kann nur Leistung die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft sichern.

Indem die CDU das Leistungsprinzip als festen Bestandteil ihres Grundsatzprogramms verankert, zeigt sie ihre Verbundenheit mit den Leistungsträgern der Gesellschaft und setzt ein klares Zeichen für eine zukunftsorientierte, leistungsorientierte Politik.

Antrag A015: Zeile 74 - 77: Wer arbeiten kann, soll arbeiten

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A009-Ä013

Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 74 - 77 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

74 **Wer arbeiten kann, soll arbeiten!** Der Staat muss für alle da sein, die Hilfe
75 brauchen - gezielt und mit voller Kraft. Wer Sozialleistung erhält und
76 arbeiten kann, der soll arbeiten. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss
77 immer gelten.

Zukunftsversprechen für die nächste Generation! Den nächsten Generationen soll es mal besser gehen. Dieses Versprechen galt Jahrzehnte lang und wir stehen dafür, dass das so bleibt. Dafür braucht es nachhaltige Politik, die auch in einer älter werdenden Gesellschaft den nachfolgenden Generationen Spielräume lässt, unser Land und ihre Zukunft zu gestalten. Das geht nur mit soliden Finanzen und einem klaren Bekenntnis zur Schuldenbremse.

Antrag A015-Ä001

Änderungsantrag zu A015

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A141

Zeile 74 - 76

74 **Wer arbeiten kann, soll arbeiten!**~~Der Staat muss für alle da sein~~In unserer älter werdenden Gesellschaft wird jede und jeder am Arbeitsmarkt gebraucht. Für die, die Hilfe
75 brauchen~~.~~, muss er Staat gezielt und mit voller Kraft da sein. Wer Sozialleistung erhält und
76 arbeiten kann, der soll arbeiten. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss

Begründung

Der bisherige Text fokussiert sich auf Sozialleistungsbeziehende. Mit diesem Aspekt wird nur ein Teil, des in der Überschrift genannten Handlungsbedarfs, abdeckt.

Mit zunehmendem Ausscheiden der sogenannten Babyboomer aus dem Arbeitsmarkt entstehen große Bedarfe an Arbeitskräften, die dringend gedeckt werden müssen. Die „stillen Reserven“ bezogen auf die gesamte Bevölkerung müssen aktiviert werden, hier liegt ein großes Potenzial. Eine hohe Beschäftigungsquote ist auch bedeutsam für die Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme und reduziert den Bedarf an Fachkräften, die im Ausland angeworben werden müssen.

Antrag A015-Ä002

Änderungsantrag zu A015

Antragsteller/in:	Senioren Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 74 - 76

74 **Wer arbeiten kann, ~~soll~~muss arbeiten!** Der Staat muss für alle da sein, die Hilfe
75 brauchen - gezielt und mit voller Kraft. Wer Sozialleistung erhält und
76 arbeiten kann, der ~~soll~~muss arbeiten. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss

Antrag A015-Ä003

Änderungsantrag zu A015

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 75 - 76

75 brauchen - gezielt und mit voller Kraft. Wer ~~Sozialleistung erhält und~~
76 ~~arbeiten kann, der soll arbeiten~~nicht arbeiten kann, erhält Sozialleistung. Wer arbeiten kann, erhält keine Sozialleistung. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss

Begründung

Der Satz ist so zu verkürzt. Es soll doch eigentlich heißen – dem Narrativ nach: Nur diejenigen, die wirklich nicht arbeiten können, sollen Sozialhilfe erhalten. Wer arbeiten kann, nicht. – Hier könnte man reinlesen: Jemand kann Sozialhilfe erhalten, soll aber zusätzlich arbeiten

Antrag A015-Ä004

Änderungsantrag zu A015

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 76

76 arbeiten kann, ~~der~~ soll arbeiten. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss

Begründung

Redaktionelle Änderung, das Wort der ist doppelt.

Antrag A015-Ä005

Änderungsantrag zu A015

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 76

76 arbeiten kann, der ~~soll~~muss arbeiten. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss

Antrag A015-Ä006

Änderungsantrag zu A015

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 77

77 immer gelten.

Zukunftsversprechen für die nächste Generation! Den nächsten Generationen soll es mal besser gehen. Dieses Versprechen galt Jahrzehnte lang und wir stehen dafür, dass das so bleibt. Dafür braucht es nachhaltige Politik, die auch in einer älter werdenden Gesellschaft den nachfolgenden Generationen Spielräume lässt, unser Land und ihre Zukunft zu gestalten. Das geht nur mit soliden Finanzen und einem klaren Bekenntnis zur Schuldenbremse.

Antrag A015-Ä007

Änderungsantrag zu A015

Antragsteller/in:	KV Diepholz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 74

74 *Förderung von Eliten!* In einem gesunden Gemeinwesen wird niemand zurückgelassen. Der Sozialstaat und das Fördern bedürftiger Personen stehen für uns nicht zur Disposition. Auf der anderen Seite erkennt die CDU jedoch, dass herausragende Leistungen in verschiedenen Bereichen, sei es in Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur oder anderen gesellschaftlichen Bereichen, genauso gefördert werden müssen. Die Partei strebt an, ein Umfeld zu schaffen, das unter dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ Spitzenleistungen ermöglicht und Talente ermutigt, ihr volles Potenzial auszuschöpfen.

75 **Wer arbeiten kann, soll arbeiten!** Der Staat muss für alle da sein, die Hilfe

Begründung

Die CDU ist eine Partei, die sich nicht nur der Mitte, sondern auch den Leistungsträgern der Gesellschaft verpflichtet fühlt. Deshalb sollte das Leistungsprinzip als grundlegendes Element in ihrem Grundsatzprogramm fest verankert werden. Leistung in Form von entgeltlicher und ehrenamtlicher Arbeit ist nicht nur ein selbstverständlicher Teil des Lebens für viele Bürgerinnen und Bürger, sondern auch ein wesentlicher Motor für den gesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand. Unabhängig von allen gesellschaftlichen Veränderungen kann nur Leistung die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft sichern.

Indem die CDU das Leistungsprinzip als festen Bestandteil ihres Grundsatzprogramms verankert, zeigt sie ihre Verbundenheit mit den Leistungsträgern der Gesellschaft und setzt ein klares Zeichen für eine zukunftsorientierte, leistungsorientierte Politik.

Antrag A015-Ä008

Änderungsantrag zu A015

Antragsteller/in:	KV Herzogtum Lauenburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 77

77 immer gelten. Das Bürgergeld als Vorstufe zum bedingungslosen Grundeinkommen werden wir wieder wieder abschaffen.

Antrag A015-Ä009

Änderungsantrag zu A015

Antragsteller/in:	LV Oldenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 77

77 immer gelten. Die Solidarität in einem Sozialstaat soll ausdrücklich nur jenen Menschen gelten, die Hilfe brauchen. Wer arbeiten kann aber sich verweigert, muss schlechter stehen, als jene, die bereit sind sich einzubringen.

Begründung

Die Solidarität in einem Sozialstaat soll ausdrücklich nur jenen Menschen gelten, die Hilfe brauchen. Wer arbeiten kann aber sich verweigert muss schlechter stehen, als jene, die bereit sind sich einzubringen. Eine Formulierung mit „soll“ ist hier zu schwach. Außerdem handelt es sich bei diesem Grundsatz um einen wichtigen Kernsatz unseres Verständnisses von Solidarität. Wir halten es daher für geboten, diesen Satz bei den wichtigen zusammenfassenden Thesen zu Beginn des Programms zu erwähnen.

Der Antrag wird gemeinsam gestellt und gestützt vom:

- CDU Landesverband Oldenburg
- CDU Kreisverband Ammerland

Antrag A016: Zeile 78 - 82: Rente langfristig sichern

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

78 **Rente langfristig sichern!** Die Rente muss für alle Generationen gerecht und
79 zuverlässig sein. Uns leitet der Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit: Wer
80 gearbeitet hat und Beiträge gezahlt hat, muss mehr haben als jemand, der
81 dies nicht getan hat. Wir wollen die gesetzliche Rente durch eine
82 verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge ergänzen.

Antrag A016-Ä001

Änderungsantrag zu A016

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 80

80 gearbeitet hat und Beiträge gezahlt hat, muss signifikant mehr haben als jemand, der

Begründung

Zur Verdeutlichung

Antrag A016-Ä002

Änderungsantrag zu A016

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 81 - 82

81 dies nicht getan hat. ~~Wir wollen die gesetzliche Rente durch eine~~
82 ~~verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge ergänzen.~~

Begründung

Wir Christdemokraten verwechseln den Sozialstaat nicht mit Solidarität. Christliche Nächstenliebe gehört nicht ins Gesetzbuch, sondern zum Glaubensbekenntnis. Den Sozialstaat wollen und pflegen wir als Ausdruck des Mindestmaßes an Fürsorge für andere Menschen, die wir jedem zwangsweise abringen. Diesen Zwang wollen wir auf das absolute Mindestmaß beschränken. Nur dann verbleiben dem Einzelnen ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten, um dem Glaubensgebot der christlichen Nächstenliebe überhaupt folgen zu können. Wir Christdemokraten wollen deshalb den Sozialstaat auf seine Kernaufgabe zurückbauen, Menschen, die in unserem Land in Not geraten, mit dem Existenzminimum zu versorgen, solange sie und ihre Familie es nicht eigenständig schaffen können.

Eine umfassende Rentenreform ist unausweichlich, auch die übrigen Sozialleistungen müssen grundlegend überarbeitet werden. Die Sozialbeiträge müssen sinken, es braucht es mehr Freiheit für alle, damit Leistung sich mehr lohnt und der Aufbau von Vermögen über Generationen für möglichst viele Menschen möglich ist.

Eine „verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge“ ist nichts anderes als eine staatlich erzwungene Abgabe und letztlich eine Erhöhung der Rentenbeiträge, die direkt an die Vermögensverwalter weitergeleitet wird. Blackrock und andere Vermögensverwalter reiben sich die Hände, wenn der Staat so die Menschen zur Kapitalanlage zwingt. Freiheitsfeindlich! Lassen wir die Menschen mit ihrem Geld machen, was sie wollen! Wer eine kapitalgedeckte Altersvorsorge will, dem steht es frei, diese zu kaufen. Wer stattdessen lieber Land kauft und viele Kinder hat, dem muss auch das freistehen, ohne dass ihm trotzdem mit staatlichem Zwang Geld weggenommen und in eine kapitalgedeckte

Altersvorsorge gesteckt wird. .

Antrag A016-Ä003

Änderungsantrag zu A016

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 81

81 dies nicht getan hat. Für Generationengerechtigkeit müssen wir der steigenden Lebenserwartung der Menschen ebenso Rechnung tragen wie der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte. Wir wollen die gesetzliche Rente durch eine

Antrag A016-Ä004

Änderungsantrag zu A016

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 82

82 verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge ergänzen und langfristig sichern.

Antrag A016-Ä005

Änderungsantrag zu A016

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A145

Zeile 82

82 verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge dort ergänzen, wo noch keine zusätzliche Vorsorge vorhanden ist.

Begründung

Richtig und wichtig ist, dass die Kapitaldeckung gestärkt werden muss und jeder Bürger das im Rahmen seiner Möglichkeiten machbare tun muss, um eigenes Vermögen zur Sicherung der eigenen Altersversorgung aufzubauen.

Falsch ist, dass Bürger, die bereits über alternative und umfänglich ausreichende Vermögen verfügen, gezwungen werden, in weitere Anlagen zu investieren. Hier muss es Opt-Out geben.

Antrag A016-Ä006

Änderungsantrag zu A016

Antragsteller/in:	KV Rheingau-Taunus

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 82

82 verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge und eine verpflichtende betriebliche Altersvorsorge ergänzen.

Begründung

Die Alterssicherung beruht in Deutschland traditionell auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen Altersversorgung (bAV) und der privaten Altersvorsorge.
Die gesetzliche Rente bietet eine Grundversorgung. Sie allein kann eine auskömmliche Altersabsicherung nicht garantieren. Um den Lebensstandard im Alter zu halten, sind weitere Bausteine nötig. Der bAV kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.
Nach dem Alterssicherungsbericht 2020 liegt die Verbreitungsquote in der bAV um die 50 Prozent. Dies variiert nach Wirtschaftszweigen, Unterschiede gibt es bei Großunternehmen (hohe bAV-Quote) und kleinen und mittleren Unternehmen. Nur 48 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen zwischen 50 bis 249 Personen haben eine bAV, in Unternehmen zwischen 10 und 49 Beschäftigten sind es 40 Prozent, und in Kleinunternehmen mit bis zu 9 Beschäftigten sogar erst lediglich 29 Prozent.
Aktuell gibt es keine verpflichtende bAV, keine Opting-Out-Funktion (verbindlicher Abschluss einer bAV so weit nicht widersprochen wird), sondern ausschließlich freiwillige Absicherungen unterstützt durch tarifliche Regelungen, Hausverträge und betriebliche Übungen.
Dies ist schnellstmöglich durch eine verpflichtende betriebliche Altersversorgung zu ändern. Jeder, der arbeitet, sollte automatisch eine verpflichtende betriebliche Altersversorgung erhalten. Dies entspricht dem Leistungsprinzip und schließt schnell und unkompliziert eine Lücke in der Altersabsicherung. Die Wahl des Produktes sollte individuell möglich sein.
Zusätzlich sollten neu zu schaffende steuerliche Anreize es dem Arbeitgeber ermöglichen, diese individuell gezahlten Beiträge seiner Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen für die betriebliche Altersvorsorge mindestens zu verdoppeln. Denn die aktuelle Förderung - Entgeltumwandlung mit Arbeitgeberzuschuss i.H.v. 15 Prozent des in die bAV per Entgeltumwandlung eingezahlten Betrages, die Förderung nach § 3 Nr. 63 EStG, Geringverdienerförderung nach § 100 EStG - reicht nicht aus, um die Altersarmut aktiv zu bekämpfen. Das gilt insbesondere für Geringverdiener. Diese erhalten oft nur eine niedrige gesetzliche Rente und haben regelmäßig nicht die Möglichkeit, privat für ihr Alter vorzusorgen.
Damit ist eine verpflichtende betriebliche Altersvorsorge eine wichtige Säule, um eine auskömmliche Altersabsicherung zu garantieren. Sie ergänzt sinnvoll die gesetzliche Rentenversicherung und eine private Altersvorsorge.

Antrag A016-Ä007

Änderungsantrag zu A016

Antragsteller/in:	KV Rhein-Neckar-Kreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 82

82 verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge ergänzen. Der Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge darf nicht weiterhin durch Steuern auf deren Erträge erheblich erschwert werden.

Begründung

Eine ausreichende kapitalgedeckte Altersvorsorge erfordert einen Kapitalstock von ca. 0,5 - 1 Mio. € zum Renteneintrittsalter. Um bei 2% Inflation diesen Stock zu erhalten Bedarf es Erträge von 10.000 - 20.000 Euro im Jahr. Steuern auf diese Beträge muss die betreffende Person in der Ansparphase also zunächst erbringen, bevor sie tatsächlich weiter für ihr Alter spart.

Antrag A017: Zeile 83 - 87: Klimaschutz geht nur marktwirtschaftlich

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

83 **Klimaschutz geht nur marktwirtschaftlich!** Dem Klimawandel begegnen
84 wir technologieoffen und setzen auf Anreize. Der Emissionshandel ist dafür
85 unser zentrales Instrument. Wir achten darauf, dass Energie sicher, sauber
86 und bezahlbar ist. Wir richten unser politisches Handeln an den in Paris
87 vereinbarten Klimazielen aus.

Antrag A017-Ä001

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	BezV Ruhr
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 83

83 **Klimaschutz ~~geht nur marktwirtschaftlich~~braucht Wettbewerb!** Dem Klimawandel begegnen

Begründung

Die Behauptung, Klimaschutz gehe nur marktwirtschaftlich ist falsch, mindestens stark übertrieben. Die Alternativformulierung ist kaum angreifbar und hinreichend selbstbewusst.

Antrag A017-Ä002

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	KV Paderborn
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 83

83 **Klimaschutz ~~geht nur marktwirtschaftlich~~braucht Marktwirtschaft! Dem Klimawandel** begegnen

Begründung

Es geht rein theoretisch auch ohne Marktwirtschaft, funktioniert dann aber nicht und wäre sehr schlecht. Vorgeschlagene Änderung optimiert die Formulierung entsprechend.

Antrag A017-Ä003

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 83

83 **~~Klimaschutz~~Die Eindämmung der Erderwärmung geht nur marktwirtschaftlich!** Dem Klimawandel begegnen

Begründung

Klima ist in der Meteorologie als statisches Mittel der Witterung von mindestens 30 (zurückliegenden) Jahren definiert und kann daher nicht geschützt werden.

Antrag A017-Ä004

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 83

83 **Klimaschutz geht ~~nur~~vor allem marktwirtschaftlich!** Dem Klimawandel begegnen

Antrag A017-Ä005

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 83 - 86

83 **Klimaschutz ~~geht nur marktwirtschaftlich~~sozial gestalten! Dem Klimawandel begegnen**
84 wir entschlossen, technologieoffen und setzen auf Anreize. Der Emissionshandel ist dafür
85 unser zentrales Instrument, dessen Steuerungswirkung wir sozial flankieren. Wir achten darauf, dass Energie sicher, sauber
86 und bezahlbar ist. Wir richten unser politisches Handeln an den in Paris

Antrag A017-Ä006

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 83 - 87

83 **Klimaschutz geht nur marktwirtschaftlich!** Dem menschengemachten Klimawandel begegnen
84 wir technologieoffen und setzen auf Anreize. Der Emissionshandel ist dafür
85 unser zentrales Instrument. Wir achten darauf, dass Energie sicher, sauber
86 und bezahlbar ist. Wir richten unser politisches Handeln an den in Paris
87 vereinbarten Klimazielen aus und sorgen dafür, dass die eingesetzten Mittel effizient verwendet werden.

Begründung

Bekenntnis zum menschengemachten Klimawandel und wir setzen uns dafür ein, die knappen Haushaltsmittel möglichst effizient zu nutzen und die maximale CO2-Einsparung pro eingesetzten Euro zu erreichen. Wir sind gegen eine „Gießkannen"-Förderung und gegen Symbolpolitik.

Antrag A017-Ä007

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 83 - 86

83 **Klimaschutz ~~geht nur marktwirtschaftlich~~marktwirtschatlich und sozial gestalten!** Dem Klimawandel begegnen
84 wir entschlossen, technologieoffen und setzen auf Anreize. Der Emissionshandel ist dafür
85 unser zentrales Instrument, dessen Steuerungswirkung wir sozial flankieren. Wir achten darauf, dass Energie sicher, sauber
86 und bezahlbar ist. Wir richten unser politisches Handeln an den in Paris

Antrag A017-Ä008

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	KV Stade
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 83 - 87

83 **Klimaschutz geht nur marktwirtschaftlich!**Klimaschutz geht nur marktwirtschaftlich!Dem Klimawandel begegnen
84 wir technologieoffen und ~~setzen auf Anreize~~stellen bei der Auswahl der Technologien sicher, dass

die Wirtschaft nicht geschädigt wird. Wir wollen die Entwicklung zusätzlicher und neuer Technologien fördern, um eine zusätzliche Belastung der Bürger zu vermeiden und die Wirtschaft zu schonen. Der Emissionshandel ist dafür
85 unser zentrales Instrument. Wir achten darauf, dass Energie sicher, sauber
86 und bezahlbar ist. Wir richten unser politisches Handeln an den in Paris
87 vereinbarten Klimazielen aus.

Antrag A017-Ä009

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 84 - 86

84 wir technologieoffen und setzen auf Anreize. Der europaweite, sektorenübergreifende und letztlich auch globale Emissionshandel ist dafür
85 unser zentrales Instrument. Wir achten darauf, dass Energie sicher, sauber
86 und bezahlbar ist. Wir richten unser politisches Handeln nicht national, sondern europäisch an den in Paris

Antrag A017-Ä010

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 84 - 85

84 wir technologieoffen und setzen auf Anreize. ~~Der~~Ein weltweiter Emissionshandel ist dafür
85 ~~unser zentrales Instrument~~eines unserer zentralen Instrumente. Wir achten darauf, dass Energie sicher, sauber

Begründung

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist eine Fokussierung nur auf Deutschland nicht sinnvoll. Ein weltweiter Emissionshandel ist eines unserer zentralen Instrumente, da er eine effektive Möglichkeit bietet, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und den Klimawandel einzudämmen.

Antrag A017-Ä011

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 85 - 86

85 unser zentrales Instrument. Wir achten darauf, dass Energie sicher, sauber
86 , nachhaltig
und bezahlbar ist. Wir richten unser politisches Handeln an den in Paris

Antrag A017-Ä012

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 85 - 86

85 unser zentrales Instrument. Wir achten darauf, dass Energie sicher, sauber
86 , verfügbar
und bezahlbar ist. Wir richten unser politisches Handeln an den in Paris

Antrag A017-Ä013

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 87

87 vereinbarten Klimazielen aus und sorgen dafür, dass die eingesetzten Mittel effizient verwendet werden.

Begründung

Wir setzen uns als KlimaUnion dafür ein, die knappen Haushaltsmittel möglichst effizient zu nutzen und die maximale CO2-Einsparung pro eingesetzten Euro zu erreichen. Wir sind gegen eine „Gießkannen“-Förderung und gegen Symbolpolitik.

Antrag A017-Ä014

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 87

87 vereinbarten Klimazielen aus. Diese zu erreichen ist unser Ehrgeiz und unsere Verantwortung.

Begründung

Verbindlicher

Antrag A017-Ä015

Antragsteller/in:	KV Diepholz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 86 - 87

86 und bezahlbar ist. Wir achten darauf, dass Energie gesichert und sauber ist. Trotz der Anreizsysteme des Emissionshandels muss die Energie für die Bürger, Bürgerinnen und Unternehmen bezahlbar sein. Wir richten unser politisches Handeln an den in Paris
87 vereinbarten Klimazielen aus.

Begründung

Der Emissionshandel wird zu Mehrkosten für die Bürger, Bürgerinnen und Unternehmen führen. Dies kommt über die bisherige Fassung nicht deutlich zum Tragen, muss aber aus Transparenzgründen deutlich gesagt werden.

Antrag A017-Ä016

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A012

Zeile 87

87 vereinbarten Klimazielen aus.

Zusätzlicher Absatz:

Digitales Deutschland. Die Digitalisierung verändert die Welt. Sie sichert den Wohlstand von Morgen. Wer sich nicht ständig entwickelt, fällt zurück. Die Chancen der Digitalisierung sind mannigfaltig und betreffen alle Lebensbereiche. Digitalisierung schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze, eine effiziente Verwaltung, einen funktionierenden schlanken Staat, leichte Zugangsmöglichkeiten für die Bevölkerung zu den Diensten der Verwaltung, innere Sicherheit durch Identifikation von Verbrechern, zeitgemäße Schulbildung, lebenslange Weiterbildung, und rasche Reaktion auf neue Krankheiten. Unser Wohlstand hängt von davon ab und daher benötigt Deutschland braucht ein neues Mindset für die Digitalisierung und muss hier eine führende Rolle anstreben. Wir haben großen Nachholbedarf, um in der Digitalisierung zu führen, statt mitzulaufen.

Digitalisierung ist keine Einbahnstraße. Wir wollen, dass alle gesellschaftlichen Gruppen an der Digitalisierung partizipieren. Das erfordert eine kontinuierlich wachsende digitale Kompetenz, die von der Schule ausgehend in alle Berufsbilder und Gruppen führt. Dabei sind Datenschutz und die verantwortliche Nutzung der IT wichtig, dürfen aber Innovationen nicht blockieren.

Begründung

Die Vision und wesentlichen Ziele zu Digitalisierung müssen als Anker im vorderen Teil des Grundsatzprogramms greifbar zusammengefasst werden, statt nur "Digitalisierung" als Allheilmittel in fast jedem Abschnitt zu wiederholen. Die Digitalisierung Deutschlands muss ein Markenkern der CDU werden, nur so können wir unseren Wohlstand retten.

- Es muss explizit klar sein, dass die CDU ein "digitales Deutschland" will, so wie es viele anderen Länder der OECD bereits sind.

- Statt sofort an Regeln und Begrenzung zu denken, müssen die Chancen und der Nutzen der Digitalisierung zusammengefasst werden.

- Da das Grundsatzprogramm hierzu derzeit kein eigenes Kapitel hat, bringt diese Erweiterung in der Einführung einen klaren Fokus zum Thema Digitalisierung und der großen Relevanz für Deutschland und unsere Zukunft.

Antrag A017-Ä017

Änderungsantrag zu A017

Antragsteller/in:	KV Goettingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 87

87 vereinbarten Klimazielen aus und setzen alle Kraft auf die Erreichung dieser Ziele.

Begründung

Diese Klimaziele sind auch durch die Bundesrepublik Deutschland unterschrieben und ganz wesentlich durch die gesamte Bevölkerung gewünscht und gefordert.

Antrag A018: Zeile 88 - 94: Wirtschaft, Energie und Klima zusammen denken

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 88 - 94 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

88 **Wirtschaft, Energie und Klima zusammen denken!** Wir verstehen
89 Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern sehen
90 Klimaschutztechnologien als Chance und wollen damit Vorbild für andere
91 Länder sein. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Wir
92 können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik
93 immer nachhaltig, machen Politik ~~für nachfolgende~~immer auch im Sinne der nachfolgenden Generationen und wollen

94 die Schöpfung bewahren.

Antrag A018-Ä001

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 88 - 94

88 ~~**Wirtschaft, Energie und Klima zusammen denken**~~**Wir schaffen die Energie- und Rohstoffunabhängigkeit!**~~Wir verstehen~~
89 ~~Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern sehen~~
90 ~~Klimaschutztechnologien als Chance und wollen~~Unabhängigkeit ist die Freiheit der Wahl zwischen vielen Möglichkeiten. Deutsche Unternehmen können Energie oder Rohstoffe im Ausland einkaufen. In Deutschland können wir aber auch eigene Rohstoffe abbauen und sie veredeln. Gerade Niedersachsen hat noch beachtliche Erdöl- und Erdgasvorkommen. In Deutschland haben wir auch die Voraussetzungen für den Bau und den Betrieb von Kraftwerken aller Art. Wir Christdemokraten sorgen dafür, dass juristische und bürokratische Hürden abgebaut werden, damit ~~Vorbild für andere~~
91 ~~Länder sein. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Wir~~
92 ~~können zurzeit nicht~~Unternehmen die sich bietenden Chancen besser nutzen können. Dazu gehören auch die Stärkung des privaten Grundeigentums und dessen Ausweitung auf ~~die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik~~
93 ~~immer nachhaltig, machen Politik für nachfolgende Generationen und wollen~~
94 ~~die Schöpfung bewahren~~Wasser und Bodenschätze und der Wiedereinstieg in die Kernenergie.

Begründung

Deutschland braucht Technologieoffenheit und Energieunabhängigkeit, damit wir als Industrienation im Wettbewerb mithalten können.

Antrag A018-Ä002

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 88 - 94

88 **Wirtschaft, Energie und Klima zusammen denken!** Wir ~~verstehen~~
89 ~~Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern sehen~~
90 ~~Klimaschutztechnologien als Chance und wollen damit Vorbild für andere~~
91 ~~Länder sein. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Wir~~
92 ~~können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik~~
93 denken Politik

immer nachhaltig, machen Politik für nachfolgende Generationen und wollen
94 die Schöpfung bewahren. Wir verstehen
Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern wollen mit Klimaschutz Made in Germany das technologische Potential unserer Wirtschaft nutzen. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Dazu gehören auch Geothermie und andere natürliche Energiequellen.

Begründung

Nachhaltige Politik und die Bewahrung der Schöpfung sollten die oberste Maxime sein und gehören daher an den Anfang des Absatzes. Wir entwickeln gute Lösungen für Deutschland, aber beanspruchen nicht, Vorbild zu sein. Wir freuen uns aber, wenn andere Länder Ideen von uns übernehmen. Wir wollen mit in Deutschland entwickelten Technologien auch global den Klimaschutz voranbringen. Die Energieversorgung in Deutschland ist auch ohne herkömmliche Kernenergienutzung möglich. Diese kann aus ökonomischen und zeitlichen Gründen kein Lösungsbeitrag sein. Die Forschung zur Kernfusion muss allerdings weiter vorangetrieben werden.

Antrag A018-Ä003

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 88 - 94

88 **Wirtschaft, Energie und Klima zusammen denken!** Wir verstehen
89 Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern sehen
90 Klimaschutztechnologien als Chance und wollen damit Vorbild für andere
91 Länder sein. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Wir
92 können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik
93 immer nachhaltig, machen Politik für nachfolgende Generationen und ~~wollen~~
94 ~~die~~nehmen unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung ~~bewahre~~an.

Begründung

Es ist nicht möglich, die Schöpfung, welche ein dynamisches System ist, bei gleichzeitiger Nutzung im Sinne der Konservierung zu bewahren. Aufgabe des Menschen ist es, die ihm für seine kurze Lebenszeit anvertraute Schöpfung zu nutzen, zu entwickeln, zu pflegen und diese Nutzungschancen im Sinne der Nachhaltigkeit für künftige Generationen zu erhalten. Dass der Schutz der Natur und der ökologische Funktionserhalt ggf. auch konservierende Maßnahmen erfordert, ist darunter subsumierbar.

Antrag A018-Ä004

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 88 - 94

88 ~~**Wirtschaft, Energie und Klima zusammen denken!** Wir verstehen~~
89 ~~Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern sehen~~
90 ~~Klimaschutztechnologien als Chance und wollen damit Vorbild für andere~~
91 ~~Länder sein. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Wir~~
92 ~~können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik~~
93 ~~immer nachhaltig, machen Politik für nachfolgende Generationen und wollen~~
94 ~~die Schöpfung bewahren.~~

Politik immer nachhaltig denken! Wir machen Politik für nachfolgende Generationen und wollen die Schöpfung bewahren. Wir verstehen Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern wollen mit Klimaschutz Made in Germany das technologische Potential unserer Wirtschaft nutzen. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Dazu gehören auch Geothermie und andere natürliche Energiequellen.

Begründung

Nachhaltige Politik und die Bewahrung der Schöpfung sollten die oberste Maxime sein und gehören daher an den Anfang des Absatzes. Wir entwickeln gute Lösungen für Deutschland, aber beanspruchen nicht, Vorbild zu sein. Wir freuen uns aber, wenn andere Länder Ideen von uns übernehmen. Wir wollen mit in Deutschland entwickelten Technologien auch global den Klimaschutz voranbringen. Die Energieversorgung in Deutschland ist auch ohne herkömmliche Kernenergienutzung möglich. Diese kann aus ökonomischen und zeitlichen Gründen kein Lösungsbeitrag sein. Die Forschung zur Kernfusion muss allerdings weiter vorangetrieben werden.

Antrag A018-Ä005

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 88

88 **Wirtschaft, Energie, Umwelt und Klima zusammen denken!** Wir verstehen

Antrag A018-Ä006

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Reutlingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 88 - 93

88 **Wirtschaft, Energie und Klima zusammen denken!** Wir verstehen
89 Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern sehen
90 Klimaschutztechnologien als Chance und wollen damit Vor~~bild~~reiter für andere
91 Länder sein. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Wir

können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik
immer nachhaltig, machen Politik für nachfolgende Generationen und wollen

Begründung

Der Begriff Vorbild birgt die Gefahr, eine Überlegenheit anderen Ländern gegenüber zu vermitteln. Dies lehnen wir ab. Wir wollen Vorreiter sein, aber nicht belehrend oder von oben herab.

Antrag A018-Ä007

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Herzogtum Lauenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 88 - 93

Wirtschaft, Energie und Klima zusammen denken! Wir verstehen
Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern sehen
Klimaschutztechnologien als Chance und wollen damit Vorbild für andere
Länder sein. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Wir
können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten~~. Wir denken Politik~~
und prüfen den Wiedereinstieg in die klimafreundliche Kernkraft. Wir denken Politik immer nachhaltig, machen Politik für nachfolgende Generationen und wollen

Antrag A018-Ä008

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 89 - 93

Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern ~~sehen~~
~~Klimaschutztechnologien als Chance und wollen damit Vorbild für andere~~
~~Länder sein~~wollen Klimaschutz mit Made in Germany das technologische Potenzial unserer Wirtschaft nutzen. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. ~~Wir~~
~~können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik~~
Dazu gehören auch Geothermie und andere natürliche Energiequellen. Wir denken Politik immer nachhaltig, machen Politik für nachfolgende Generationen und wollen

Begründung

Nachhaltige Politik und die Bewahrung der Schöpfung sollten die oberste Maxime sein und gehören daher an den Anfang des Absatzes.

Wir entwickeln gute Lösungen für Deutschland, aber beanspruchen nicht, Vorbild zu sein. Wir freuen uns aber, wenn andere Länder Ideen von uns übernehmen. Wir wollen mit in Deutschland entwickelten Technologien auch global den Klimaschutz voranbringen.

Die Energieversorgung in Deutschland ist auch ohne herkömmliche Kernenergienutzung möglich. Diese kann aus ökonomischen und zeitlichen Gründen kein Lösungsbeitrag sein. Die Forschung zur Kernfusion muss allerdings weiter vorangetrieben werden.

Antrag A018-Ä009

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	LV Sachsen-Anhalt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 91 - 92

91 Länder sein. Wir wollen die ~~Erneuerbaren Energien deutlich~~Energiebereitstellung aus erneuerbaren Quellen ausbauen~~. Wir~~
92 und durch weitere Energieträger ergänzen. So können ~~zurzeit~~wir derzeit nicht auf die Option der Kernkraft verzichten. Wir denken Politik

Begründung

Energie ist aus physikalischer Sicht nicht erneuerbar. Man sollte deshalb richtigerweise von erneuerbaren Energieträgern oder – quellen sprechen. Wegen des diskontinuierlichen Anfalls aus solchen Quellen werde sog. Back –up – Systeme mit stabiler Energielieferung und hoher Energiedichte erforderlich sein, um die Energieversorgungssicherheit und Netzstabilität zu gewährleisten, zumindest solange keine großtechnischen Langzeitenergiespeicher zur Verfügung stehen. Eine Möglichkeit hierfür ist die Kernenergie, insbesondere die neuen Generationen von Kernkraftwerken (z. B. des salt - fluid- Reaktors), die abgebrannte Kernbrennstäbe zur Energiegewinnung nutzen und somit die Endlagerproblematik entlasten können. Weitere Möglichkeiten wären Gas- und Kohlekraftwerke mit CO2 – Abscheidung.

Antrag A018-Ä010

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 91 - 92

91 Länder sein. Wir wollen die ~~Erneuerbaren Energien deutlich~~Energiebereitstellung aus erneuerbaren Quellen ausbauen~~. Wir~~
92 und durch weitere Energieträger ergänzen. So können ~~zu~~derzeit nicht auf die Option der Kernkraft verzichten. Wir denken Politik

Begründung

Energie ist aus physikalischer Sicht nicht erneuerbar. Man sollte deshalb richtigerweise von erneuerbaren Energieträgern oder – quellen sprechen. Wegen des diskontinuierlichen Anfalls aus solchen Quellen werden immer sog. Back –up – Systeme mit stabiler Energielieferung und hoher

Energiedichte erforderlich sein, um die Energieversorgungssicherheit und Netzstabilität zu gewährleisten. Eine Möglichkeit hierfür ist die Kernenergie, insbesondere die neuen Generationen von Kernkraftwerken (z. B. des salt - fluid- Reaktors), die abgebrannte Kernbrennstäbe zur Energiegewinnung nutzen und somit die Endlagerproblematik entlasten können. Weitere Möglichkeiten wären Gas- und Kohlekraftwerke mit CO2 – Abscheidung.

Antrag A018-Ä011

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 91

91 Länder sein. Wir wollen die ~~Erneuerbaren~~"erneuerbaren" Energien deutlich ausbauen. Wir

Begründung

Begründung: „Erneuerbare Energien“ ist ein physikalisch unsinniger politischer Kampfbegriff. Auch wenn andere es tun, sollten wir uns nicht gegen die Grundlagen der Physik positionieren

Antrag A018-Ä012

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	Senioren Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 91 - 92

91 Länder sein. Wir wollen die ~~Erneuerbaren Energien deutlich~~Energiebereitstellung aus erneuerbaren Quellen ausbauen~~. Wir~~
92 und durch weitere Energieträger ergänzen. Wir
können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik

Antrag A018-Ä013

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Braunschweig
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission A158

Zeile 91 - 92

91 Länder sein. Wir wollen die Erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz deutlich ~~ausbauen. Wir~~
92 voranbringen. Wir
können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik

Begründung

Energieeffizienz ist die 2. tragende Säule der Energiewende und trägt ganz entscheidend zur Defossilisierung bei. Sie ist Schlüssel zu effektivem Klimaschutz, bezahlbarer Energie, Städten und Gebäuden mit hoher Lebensqualität, smarten und sauberen Unternehmen und einer resilienten Infrastruktur. Sie ist entscheidend für nachhaltigen Wohlstand.

Energieeffizienz ist zutiefst marktwirtschaftlich. Sie fördert neue Geschäftsmodelle sowie innovative Technologien und Dienstleistungen, mit denen deutsche Unternehmen auf internationalen Märkten erfolgreich agieren. Energieeffizienz steigert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Antrag A018-Ä014

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich, KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 91 - 93

91 Länder sein. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Wir
92 ~~können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik~~
93 denken Politik
immer nachhaltig, machen Politik für nachfolgende Generationen und wollen

Antrag A018-Ä015

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Peine
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 92

92 können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft mit neuerster Technik und gegebenfalls durch Wiederverwendung der gelagerten radioaktiven Abfälle verzichten. Wir denken Politik

Antrag A018-Ä016

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 92

92 können ~~zurzeit~~und wollen nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik

Antrag A018-Ä017

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Saalekreis

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 92 - 94

92 können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir ~~denken Politik~~
93 gestalten Politik immer nachhaltig~~, machen Politik für nachfolgende~~ für die nachfolgenden Generationen und wollen
94 die Schöpfung ~~bewahren~~als verantwortungsvolle Haushälter Gottes funktionsfähig erhalten.

Begründung

Die Schöpfung verhält sich ökologisch nicht statisch, sondern ist ständigem Wandel unterworfen, weswegen wir sie bewahren können. Vielmehr müssen wir sie als „treue Haushälter“ nachhaltig funktionsfähig erhalten.

Antrag A018-Ä018

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 92

92 können zurzeit nicht auf die Option Kern~~kraft~~energie verzichten. Wir denken Politik

Begründung

Mit dem Wort „Kernkraft“ identifizieren die Bürger i.d.R. die alten, abgeschalteten Kraftwerke. Das Wort „Kernenergie“ umfasst alle, auch künftige Formen der Energiegewinnung in diesem Bereich (z.B. Kernfusion).

Antrag A018-Ä019

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz, KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 92

92 können ~~zurzeit~~ nicht auf die ~~Option Kernkraft~~Kerntechnologie verzichten. Wir denken Politik

Antrag A018-Ä020

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 93

93 immer ideologiefrei und nachhaltig, machen Politik auch für nachfolgende Generationen und wollen

Antrag A018-Ä021

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 94

94 die Schöpfung bewahren.

Klimaschutz und Klimaanpassung finden vor Ort statt: Gemeinden, Städte und Landkreise müssen beispielsweise Konzepte entwickeln, wie in Zukunft im Mikroklima Temperaturen gesenkt, der Wasserhaushalt ausgeglichen bleibt, Ackerland genutzt, Grün- und Waldflächen erhalten oder ausgebaut werden. Deshalb wollen wir Klimaschutz und Klimaanpassung in die Raum- und Regionalplanung integrieren.

Begründung

Im Gegensatz zu den Grünen wollen wir eine ganzheitliche Planung und die Integration in die bestehenden Planungssysteme; immer wieder müssen alle Aspekte des Zusammenlebens gegeneinander abgewogen werden. Klimaschutz und Klimaanpassung haben keinen ideologischen Vorrang.

Antrag A018-Ä022

Änderungsantrag zu A018

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 94

94 die Schöpfung bewahren. Der Klimawandel muss auch als Herausforderung für unsere Sicherheit begriffen werden. Die für die innere und äußere Sicherheit zuständigen Behörden wie auch die Bundeswehr müssen hierzu Mindset und Wirkungsmöglichkeiten entwickeln.

Begründung

Der Klimawandel ist auch ein Sicherheitsproblem. Zugang zu frischem Wasser, in noch gemäßigte Klimazonen etc. sind eminent wichtige Themen der äußeren Sicherheit. Dieses Bewusstsein ist in den bisherigen Formulierungen nicht erkenn-bar, daher sollte eine Ergänzung erfolgen.

Antrag A019: Zeile 95 - 100: Staat muss funktionieren

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 95 - 96 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

95 **Staat muss funktionieren!** Deutschland braucht eine umfassende Staats-
96 und Verwaltungsreform mit starken Ländern und Kommunen. Wir müssen staatliche Prozesse schneller und
97 effizienter machen. Dafür brauchen wir neue Strukturen und Arbeitsweisen:
98 leistungsfähige Parlamente, digitale Behörden und weniger Bürokratie. Mit
99 einer Föderalismusreform wollen wir die Bund-Länder-Beziehungen neu
100 regeln.

Antrag A019-Ä001

Änderungsantrag zu A019

Antragsteller/in:	LV Baden-Wuerttemberg, LV Niedersachsen, LV Nordrhein-Westfalen, LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 96

96 und Verwaltungsreform mit starken Ländern und Kommunen. Wir müssen staatliche Prozesse schneller und

Antrag A019-Ä002

Änderungsantrag zu A019

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 100

100 regeln. Verwaltungsverfahren und -entscheidungen müssen effizient, schnell und transparent erfolgen.

Antrag A019-Ä003

Änderungsantrag zu A019

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 100

100 regeln.

Zu umfangreiche Staatstätigkeit, Misstrauen gegenüber den Bürgern und der Wirtschaft, Mischfinanzierung mit der Beteiligung mehrerer Verwaltungsebenen, zu breite Verfahrensrechte

von Nichtbetroffenen und Betroffenen in Planungsverfahren sowie unterschiedliche Einkommensbegriffe für verschiedene Sozialleistungen als Quellen der Bürokratie müssen zurückgeschnitten werden.

Begründung

Ohne Benennung der konkreten Ansatzpunkte für die Beseitigung der Bürokratie bleibt die Forderung zu theoretisch und nicht greifbar.

Antrag A019-Ä004

Änderungsantrag zu A019

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 100

100 regeln und NGOs nicht weiter aus Steuermitteln subventionieren.

Begründung

Wenn die staatlichen Institutionen die politische Arbeit machen sollen, müssen die NGOs keine Staatsunterstützung bekommen, den sie sind "non-governmental", also muss der Staat nicht dafür zahlen.

Antrag A020: Zeile 101 - 103: Demokratie braucht Demokraten

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 101 - 103 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

101 **Demokratie braucht Demokraten!** Wir wollen zum Mitmachen in Staat und
102 Gesellschaft ermutigen, politische Beteiligung auch jenseits von Wahlen
103 ~~ermöglichen~~attraktiver gestalten und dazu Engagement in Vereinen und Initiativen sowie innerparteiliche Willensbildung stärken. Dazu gehört, zuzuhören und aufzunehmen, was aus Partei und Bevölkerung eingebracht wird.

Antrag A020-Ä001

Änderungsantrag zu A020

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 103

103 ermöglichen und dazu innerparteiliche Willensbildung stärken. Dazu gehört zuzuhören und aufzunehmen, was aus der Mitte von Partei und Bevölkerung eingebracht wird.

Antrag A020-Ä002

Änderungsantrag zu A020

Antragsteller/in:	KV Darmstadt-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 103

103 ~~ermöglichen~~fördern und dazu innerparteiliche Willensbildung stärken.

Antrag A020-Ä003

Änderungsantrag zu A020

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 103

103 ermöglichen und dazu Engagement in Vereinen und Initiativen und innerparteiliche Willensbildung stärken.

Begründung

Es ist ein Manko, politische Beteiligung auf politische Parteien zu reduzieren, so wie es in diesem Abschnitt erscheint. Er spricht zwar von „Staat und Gesellschaft“ in diesem Abschnitt. Doch wenn es mit Bezug auf das Mittel konkret wird, wird nur von „innerparteilicher Willensbildung“ gesprochen. Doch auch und gerade die Teilnahme in zivilgesellschaftlichen Organisationen – sei es auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene – ist für politische Beteiligung und damit zum Erhalt der Demokratie wichtig.

Antrag A020-Ä004

Änderungsantrag zu A020

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 103

103 ~~ermöglichen~~attraktiver gestalten und dazu innerparteiliche Willensbildung stärken.

Antrag A020-Ä005

Änderungsantrag zu A020

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 103

103 ermöglichen und dazu innerparteiliche Willensbildung stärken.

Ergänze: „Wir verteidigen die Unantastbarkeit der Gewaltenteilung gegen extremistische Angriffe.“

Begründung

Die Demokratie wird angegriffen und muss verteidigt werden.

Antrag A021: Zeile 104 - 107: Einfach mal machen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

104 **Einfach mal machen!** Unser Land braucht mehr Freiheit, Mut, Aufbruch und
105 Optimismus. Wer eine Idee hat, soll einfach mal loslaufen dürfen. Wir wollen
106 Experimentierräume einführen, damit Ideen getestet werden können. Was
107 floppt, wird gestoppt – und was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt.

Antrag A021-Ä001

Änderungsantrag zu A021

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 104 - 107

104 **Einfach mal machen!** Unser Land braucht mehr Freiheit~~, Mut, Aufbruch und~~
105 ~~Optimismus. Wer eine Idee hat, soll einfach mal loslaufen dürfen. Wir wollen~~
106 ~~Experimentierräume einführen, damit Ideen getestet werden können. Was~~
107 ~~floppt, wird gestoppt~~ - ~~und was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt~~weniger staatliche Einmischung in Unternehmen und Privates, weniger Bürokratie und staatliche Verwaltung, weniger Regulierung und weniger staatliche Vorgaben. Mehr Freiheit bringt Mut, Zukunftsorientierung, Leistungsfähigkeit für Menschen und Unternehmen, Aufbruch und Optimismus und in der Folge den wirtschaftlichen Aufschwung. Wir Christdemokraten sorgen für umfassende Änderungen der Gesetzeslage in Deutschland und in der Europäischen Union zwecks

Rückbau der Überregulierung und Abbau der Bürokratie, damit Menschen und Unternehmen diese Freiheit bekommen.

Begründung

Mehr Freiheit für Unternehmen zu schaffen, erfordert einen weitreichenden Abbau der Überregulierung und Bürokratie. Notwendig ist dafür eine Abschaffung möglichst vieler Vorschriften, die Wirtschaft und Bürger in ihren Freiheiten einschränken.

Einfach mal machen – das gelingt nur, wenn der Staat sich weniger einmischt. Wir Christdemokraten wollen deshalb für mehr Freiheit sorgen. Dazu bedarf es Abschaffung der überbordenden staatlichen Einmischung durch Vorschriften und Behörden – aber mit gleicher Geltung für alle! Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz sind im freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat unauflöslich miteinander verbunden.

Antrag A021-Ä002

Änderungsantrag zu A021

Antragsteller/in:	KV Zollernalb
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 104 - 107

104 ~~**Einfach mal machen!** Unser Land braucht mehr Freiheit, Mut, Aufbruch und~~
105 ~~Optimismus. Wer eine Idee hat, soll einfach mal loslaufen dürfen. Wir wollen~~
106 ~~Experimentierräume einführen, damit Ideen getestet werden können. Was~~
107 ~~floppt, wird gestoppt – und was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt.~~

Begründung

Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen ohne inhaltliche Aussagekraft in gewollt gezwungen-moderner Sprache.

Antrag A021-Ä003

Änderungsantrag zu A021

Antragsteller/in:	KV Goettingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 107

107 ~~floppt, wird gestoppt - und was~~ gut läuft, wird bundesweit ausgerollt und nach erfolgreichen Tests auch bundesweit ausgerollt werden.

Begründung

Wieso sollte man etwas stoppen, das noch nicht einmal begonnen wurde? Ein missglückter Test muss nicht zwingend das Ende einer guten Idee sein.

Antrag A022: Zeile 108 - 143: Wo wir stehen. Der Anfang

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 116 - 123 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 124 - 134 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

I. Wo wir stehen

Der Anfang

Unser Land ist das Werk mutiger Frauen und Männer. Als Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs politisch, wirtschaftlich und moralisch als Ganzes in Trümmern lag, glaubten sie an eine bessere Zukunft für alle. Sie glaubten an ein gemeinsames Leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit. Jeder wusste: Jetzt ist die Zeit, anzupacken und dieses Land wieder aufzubauen, zu versöhnen und eine freiheitliche Republik zu gründen.

Überall im Land - von Köln bis Vechta und Berlin, von Frankfurt bis Goslar und Greifswald - fanden sich Demokratinnen und Demokraten in diesem Geist zusammen und gründeten die Christlich Demokratische Union. Was sie einte: das christliche Menschenbild, die demokratische Überzeugung und das Ziel, alle gesellschaftlichen Schichten und erstmals die Konfessionen in einer Union zu versammeln. Auch in schwierigen Zeiten Verantwortung zu übernehmen und Zuversicht, Vertrauen und Glauben zu haben, ist seit Anbeginn Wesenskern der CDU.

Und diese Zuversicht brauchte es, um nach ~~der Katastrophe und dem~~ dem Verbrechen und dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus an ein Leben in Freiheit ~~und~~ , Frieden und Sicherheit zu glauben. Unter der Führung von vier Bundeskanzlern und einer Bundeskanzlerin hat die CDU seitdem unser Land maßgeblich geprägt: Grundgesetz und Rechtsstaat, wehrhafte Demokratie und Bundesstaat, Soziale Marktwirtschaft und Wohlstand für alle, Westbindung und Aussöhnung - insbesondere mit Frankreich, ~~Israel und~~ Polen und Israel -, Einigung Europas und Deutsche Einheit, internationale Verantwortung und Zusammenarbeit waren entscheidende Weichenstellungen. Genauso wichtig waren die Friedliche Revolution und die Überwindung des totalitären Regimes in der DDR.

All diese Erfolge waren nur möglich, weil die CDU immer wieder den Mut und die Zuversicht bewies, die notwendigen Weichen auch gegen Kritik und Widerstände zu stellen. Wie groß waren damals die Zweifel an der

Westbindung, wie groß das Misstrauen gegenüber Markt und Wettbewerb, wie groß der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss, wie groß die Bedenken gegen die Kosten der Wiedervereinigung, wie groß die Abgesänge auf den Zusammenhalt Europas und den Erhalt der Eurozone. Und doch waren all diese Weichenstellungen so entscheidend für unser heutiges Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

Antrag A022-Ä001

Änderungsantrag zu A022

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 112 - 113

Ganzes in Trümmern lag, glaubten sie an eine bessere Zukunft für alle. ~~Sie glaubten~~In Verantwortung vor Gott und den Menschen glaubten sie an ein gemeinsames Leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit.

Begründung

Der vorhergehende Absatz bzw. Satz bezieht sich auf den Neuaufbau Deutschlands auf den - moralischen und tatsächlichen - Trümmern der nationalsozialistischen Diktatur. Die Rückbindung an die Verantwortung vor Gott und den Menschen zur Einhaltung der Menschenwürde wurde bewusst aus Gründen der moralischen Verfehlung in die Präambel des Grundgesetzes aufgenommen. Dieser Bezug sollte sich analog auch an dieser Stelle des Grundsatzprogrammes wiederfinden.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A022-Ä002

Änderungsantrag zu A022

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 115

aufzubauen, zu versöhnen und eine freiheitliche Republik zu gründen.

Geeint vom unbedingten Willen eine starke demokratische Struktur zu erschaffen, gründete sich in Vechta am 19.07.1945 der erste Kreisverband der CDU.

Begründung

Hier werden historische Orte mit Bezug zur CDU genannt, da darf die Nennung des 1. CDU Kreisverbandes in Deutschland nicht fehlen. Gerade auch ländliche Regionen müssen hier genannt werden und nicht nur Städte.

Antrag A022-Ä003

Änderungsantrag zu A022

Antragsteller/in:	KV Darmstadt-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 116 - 117

116 Überall im Land - von ~~Köln bis Berlin~~Stuttgart bis Kiel, von Frankfurt bis Goslar und
117 Köln bis Greifswald
- fanden sich Demokratinnen und Demokraten in diesem Geist

Begründung

In der ursprünglichen Fassung wird Baden-Württemberg ausgeklammert.

Antrag A022-Ä004

Änderungsantrag zu A022

Antragsteller/in:	BezV Ruhr, KV Bochum
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 116

116 Überall im Land - von Köln und Bochum bis Berlin, von Frankfurt bis Goslar und

Begründung

Das Grundsatzprogramm weist richtiger Weise auf die unterschiedlichen Gründungsorte der CDU hin. Der Landesverband CDU Westfalen wurde am 2. September 1945 im noch heute bestehenden Bochumer Parkhaus gegründet. Im Landesverband NRW betrachtet man sowohl die Gründung im Rheinland (Köln) als auch die Gründung in Westfalen (Bochum) gleichberechtigt. Auch eine Arbeiterstadt im Ruhrgebiet, wie Bochum, ist einer der wichtigen Gründungsorte der CDU und stellt somit eine gute Ergänzung für die Vielfalt unserer Volkspartei dar.

Antrag A022-Ä005

Änderungsantrag zu A022

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 116

116 ~~Überall im Land~~Landauf, landab - von Köln bis Berlin, von Frankfurt bis Goslar und

Begründung

Das „Land“ im rechtlichen Sinne existierte zu diesem Zeitpunkt (1945) noch nicht.

Antrag A022-Ä006

Änderungsantrag zu A022

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 124 - 125

124 Und diese Zuversicht brauchte es, um nach ~~der Katastrophe und dem~~
125 dem Verbrechen und dem
Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus an ein Leben in Freiheit und

Begründung

Eine Katastrophe impliziert etwas ohne menschliches Zutun Entstandenes. Damit würden die NS-Verbrechen verharmlost.

Antrag A022-Ä007

Änderungsantrag zu A022

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 124 - 125

124 Und diese Zuversicht brauchte es, um nach der Katastrophe ~~und dem~~
125 ~~Zivilisationsbruch des~~ des Nationalsozialismus und dem
Zivilisationsbruch des Holocaust an ein Leben in Freiheit und

Begründung

Treffender

Antrag A022-Ä008

Änderungsantrag zu A022

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 125

125 Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus an ein Leben in Frieden, Freiheit und

Antrag A022-Ä009

Änderungsantrag zu A022

Antragsteller/in:	LV Sachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 132 - 134

132 Zusammenarbeit waren entscheidende Weichenstellungen. ~~Genauso wichtig~~
133 ~~waren die~~Die Friedliche Revolution ~~und die Überwindung des totalitären~~
134 ~~Regimes~~von 1989 in der DDR als Teil einer gelungenen Freiheitsrevolution, die die Spaltung Deutschlands und Europas überwand, und die erfolgreiche Wiedervereinigung sind identitätsstiftend für die Bundesrepublik Deutschland.

Antrag A022-Ä010

Änderungsantrag zu A022

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 135 - 143

135 ~~All diese Erfolge waren nur möglich, weil die~~Die CDU hat immer wieder den Mut und
136 die Zuversicht ~~bewies~~gezeigt, die notwendigen Weichen auch gegen Kritik und
137 Widerstände zu stellen.~~ Wie groß waren damals die Zweifel an der~~
138 ~~Westbindung, wie groß das Misstrauen gegenüber Markt und Wettbewerb,~~
139 ~~wie groß der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss, wie groß die~~
140 ~~Bedenken gegen die Kosten der Wiedervereinigung, wie groß die Abgesänge~~
141 ~~auf den Zusammenhalt Europas und den Erhalt der Eurozone. Und doch~~
142 ~~waren all diese Weichenstellungen so entscheidend für unser heutiges Leben~~
143 ~~in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.~~

Begründung

Hier wird die Geschichtsschreibung undeutlich wiedergegeben. "All diese Erfolge“ würde auch die „Friedliche Revolution“ und die „Überwindung des totalitäten Regimes in der DDR“ beinhalten (siehe Absatz vorher). Doch gerade in der Friedlichen Revolution – wenn wir ihr Ende im Dezember 1989 datieren - da hat ja nun die CDU nicht eine so zentrale Rolle gespielt. Sie hatte zwar ihre Rolle (z.B. Kohl in Dresden), doch die Revolution ging von der Zivilgesellschaft respektive den Kirchen aus. Was die weiteren Prozesse zur Wiedervereinigung angeht, so sieht das natürlich anders aus. Gerade vor dem Hintergrund der Rolle der Ost-CDU in der DDR sollten wir uns nicht verleiten lassen, zu behaupten, dass die Friedliche Revolution nur mit der CDU möglich war. Das stimmt leider nicht und wurde auch von ihr nicht erwartet.

Antrag A022-Ä011

Änderungsantrag zu A022

Antragsteller/in:	KV Oberbergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 136 - 143

136 die Zuversicht bewies, die notwendigen Weichen verantwortungsbewusstauch gegen Kritik und

137 Widerstände zu stellen. ~~Wie groß waren damals die Zweifel an der~~
138 ~~Westbindung, wie groß das Misstrauen gegenüber Markt und Wettbewerb,~~
139 ~~wie groß der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss, wie groß die~~
140 ~~Bedenken gegen die Kosten der Wiedervereinigung, wie groß die Abgesänge~~
141 ~~auf den Zusammenhalt Europas und den Erhalt der Eurozone. Und doch~~
142 ~~waren all diese Weichenstellungen so entscheidend für unser heutiges Leben~~
143 ~~in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.~~

Begründung

"Verantwortungsbewusst" ergänzen und den Folgesatz streichen, um nicht über Gebühr historische Ereignisse hervorzuheben, die von einer tiefen Spaltung der Gesellschaft geprägt waren. Denn so wie hier intoniert, wirkt es, als ob die CDU über jedwede andere Meinung erhaben hinweggehe und sich der Rechthaberei rühme. Auch wenn dies nicht gemeint ist, könnte man es so verstehen. Die vorhergehenden Passagen reiche völlig aus, um positiv darzustellen, wie die CDU in der Vergangenheit ihrer Verantwortung zum Wohle Deutschlands und den Menschen gerecht geworden ist.

Antrag A022-Ä012

Änderungsantrag zu A022

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 143

143 in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Wir lernen aus Gelungenem und aus Fehlern und machen so Politik auch für unsere Kinder, Enkelkinder und kommende Generationen.

Begründung

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel

Es ist richtig, auf die Fehleranfälligkeit politischer Entscheidungen einzugehen. Dies passt jedoch besser bezogen auf die Vergangenheit in das Kapitel „Der Anfang“ als in das Kapitel „Das Morgen“

Antrag A023: Zeile 144 - 166: Das Heute

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 148 - 152 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 161 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

144 **Das Heute**

145 Für das, was wir gemeinsam erreicht haben, dieses Leben in Freiheit,
146 Sicherheit und Wohlstand, müssen wir heute wieder mehr Verantwortung

147 übernehmen. Wir sind durch die Krisen der Gegenwart und die Aufgaben, die
148 uns die Zukunft stellt, herausgefordert: durch Krieg, durch wachsende
149 Zweifel an der freiheitlichen Demokratie und ihren Institutionen, durch
150 Extremismus und Fundamentalismus, durch Skepsis gegenüber Europa und Multilateralismus, durch wirtschaftliche Krisen, durch
151 den demografischen Wandel, durch ungesteuerte Migration, durch
152 Klimawandel und Umweltzerstörung.

153 Angst vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg, Überforderung durch
154 Wandel und Beschleunigung in allen Lebensbereichen verunsichern unsere
155 Gesellschaft und gefährden den Zusammenhalt.

156 Als Menschen haben wir ein Bedürfnis nach Orientierung, nach Halt in
157 Vertrautem, nach einem Lebenstempo, das uns nicht überfordert und Zeit
158 lässt für uns und das Zusammenleben mit anderen. Und wir haben den
159 Wunsch nach einer besseren Zukunft für unsere Kinder und ihre Familien.
160 Die Menschen streben nach Freiheit und Sicherheit.

161 Freiheit und Sicherheit ~~können nicht isoliert voneinander existieren~~bedingen einander. Sie
162 ergänzen und stärken sich gegenseitig. Frei und sicher zu leben bedeutet,
163 einen Platz zu finden, an dem man wachsen kann, mutig Neues zu wagen, und
164 nach dem eigenen Glück zu streben. Das geht nur gemeinsam. Es ist die
165 Erfahrung von Millionen Menschen in unserem Land, dass dieser deutsche
166 Traum gelingen kann.

Antrag A023-Ä001

Änderungsantrag zu A023

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 148 - 152

148 uns die Zukunft stellt, herausgefordert: durch Krieg, durch wachsende
149 Zweifel an der freiheitlichen Demokratie und ihren Institutionen, durch
150 ~~Extremismus und Fundamentalismus, durch wirtschaftliche Krisen, durch~~
151 ~~den demografischen Wandel, durch ungesteuerte Migration, durch~~
152 Klimawandel und Umweltzerstörung, durch Extremismus und Fundamentalismus, durch wirtschaftliche Krisen, durch den demografischen Wandel und durch ungesteuerte Migration.

Begründung

Man könnte hier ohne eine Umstellung eine Priorisierung vermuten (i.e. an letzter Stelle), die der Bedeutung des Themas nicht gerecht wird.

Antrag A023-Ä002

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 150 - 151

150 Extremismus und Fundamentalismus, durch Skepsis gegenüber der europäischen Zusammenarbeit und unser Verständnis von Multilateralismus, durch wirtschaftliche Krisen, durch
151 den demografischen Wandel, durch ~~ungesteuerte~~ Migration, durch

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A023-Ä003

Änderungsantrag zu A023

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 153

153 ~~Angst~~Sorge vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg, Überforderung durch

Begründung

Angst ist bekanntlich immer ein schlechter Berater

Antrag A023-Ä004

Änderungsantrag zu A023

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 153 - 155

153 ~~Angst~~Sorge vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg, Überforderung durch
154 Wandel und Beschleunigung in allen Lebensbereichen verunsichern unsere
155 Gesellschaft und gefährden den Zusammenhalt. Wir haben den Mut, die Krisen und Herausforderungen in unserem Land und unserer Gesellschaft anzusprechen. Nur, wer den Mut hat, sie zu benennen und ihre Ursachen zu erforschen, hat eine Chance, sie zu lösen.

Antrag A023-Ä005

Änderungsantrag zu A023

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 153 - 154

153 Angst vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg, Überforderung durch
154 stetigen Wandel ~~und~~, Beschleunigung und ein Überangebot an Möglichkeiten in allen Lebensbereichen verunsichern unsere

Begründung

("Beschleunigung" als überforderndes Phänomen allein ist für die heutige Zeit nicht charakteristisch genug. Das Phänomen trat schon im 19. J. mit der Industrialisierung ein. Nicht umsonst machte sich damals der medizinische Begriff der Hysterie als Symptom der gesellschaftlichen Beschleunigung breit, die von einem jungen Mann namens Sigmund Freud behandelt wurde. Ja, Wandel und Beschleunigung überfordern Menschen auch heute. Allerdings anders, den sie treten zusammen mit einem Überangebot an Möglichkeiten auf (Wie ich Geld machen kann? Wohin ich reisen kann? Wo ich was buchen kann? Welche Sprachen ich lernen kann? Wo ich leben kann? etc.). Dieses Triumvirat verunsichert und überfordert die Menschen.

Antrag A023-Ä006

Änderungsantrag zu A023

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 154

154 Wandel und Regulierung sowie Beschleunigung in allen Lebensbereichen verunsichern unsere

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A023-Ä007

Änderungsantrag zu A023

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 154

154 Wandel und Beschleunigung in allen Lebensbereichen verunsichern Teile unsere

Begründung

Präzisierung

Antrag A023-Ä008

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 157 - 160

157 Vertrautem~~, nach~~ und einem ~~Lebenstempo, das uns nicht überfordert und Zeit~~
158 ~~lässt für uns und das~~guten Zusammenleben mit anderen. Und wir haben den
159 Wunsch nach einer besseren Zukunft für unsere Kinder und ihre Familien.
160 ~~Die Menschen streben~~Der Mensch strebt nach Freiheit und Sicherheit.

Begründung

Hier wird ein sehr zaghaftes Menschenbild gezeichnet, das im Widerspruch zu unserem Anspruch steht, die Eigenverantwortung zu stärken. Der Begriff Lebenstempo sollte deshalb gestrichen werden.

Antrag A023-Ä009

Änderungsantrag zu A023

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 160

160 ~~Die Menschen streben nach Freiheit und Sicherheit.~~

Begründung

Semantische Anpassung zur Verbesserung des Leseflusses. Übertragung in Zeile 161.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A023-Ä010

Änderungsantrag zu A023

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 160

160 Die Menschen streben nach Freiheit, Frieden und Sicherheit.

Antrag A023-Ä011

Änderungsantrag zu A023

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 161 - 162

161 Die Menschen streben nach Freiheit und Sicherheit ~~können nicht isoliert voneinander existieren~~. Sie
162 ~~ergänzen und~~können nicht isoliert voneinander existieren, stärken und ergänzen sich gegenseitig. Frei und sicher zu leben bedeutet,

Begründung

Semantische Anpassung zur Verbesserung des Leseflusses. Übertragung des Satzes "Die Menschen streben nach Freiheit und Sicherheit" aus Zeile 160.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A023-Ä012

Änderungsantrag zu A023

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 161 - 164

161 Freiheit und Sicherheit ~~können nicht isoliert voneinander existieren. Sie~~
162 ~~ergänzen und~~ stärken und ergänzen sich ~~gegenseitig~~, wenn ihnen gleichermaßen Raum gegeben wird. Frei und sicher zu leben bedeutet,
163 seinen Platz selbst zu finden, an dem man wachsen kann, mutig Neues zu wagen, und
164 nach dem eigenen Glück ~~zu~~ streben kann. Das geht nur gemeinsam. Es ist die

Begründung

Es wird nicht deutlich, sondern wird nur behauptet, dass Freiheit und Sicherheit nicht isoliert voneinander existieren. Das stimmt natürlich nicht. Frei sein kann man auch in der Anarchie. Ob es da sicher ist, ist eine andere Frage. – Deshalb folgender Vorschlag, der eine kurze Voraussetzung der gegenseitigen Abhängigkeit von Freiheit und Sicherheit zum Wohle der Menschen hervorhebt.

Antrag A023-Ä013

Änderungsantrag zu A023

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 162 - 163

162 ergänzen und stärken sich gegenseitig. Frei und sicher zu leben bedeutet,
163 in eigener Verantwortung einen Platz zu finden, an dem man wachsen kann, mutig Neues zu wagen, und

Antrag A023-Ä014

Änderungsantrag zu A023

Antragsteller/in:	KV Darmstadt-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 165 - 166

165 Erfahrung von Millionen Menschen in unserem Land, dass dieser ~~deutsche~~
166 Deutsche
Traum gelingen kann.

Antrag A024: Zeile 167 - 203: Das Morgen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 168 - 169 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 170 - 172 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 191 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

167 **Das Morgen**

168 Für uns als CDU beginnt die Zukunft mit einem selbstbewussten „Ja zu
169 Deutschland“. Wir sind stolz auf unser schönes Land.

170 Wir sind eine gefestigte Demokratie im Herzen Europas, wir sind eine der erfolgreichsten
171 Volkswirtschaften der Welt, wir sind ein sozialer, verlässlicher Rechtsstaat, wir sind eine
172 Kulturnation, wir sind ein Land der Tüftler, Macherinnen und Arbeiter.

173 Die CDU ist überzeugt, dass die Menschen in diesem Land miteinander
174 Zukunft gestalten wollen. Damit wir eine starke Gemeinschaft bleiben,
175 braucht es eine politische Kraft, die gemeinsame Werte und Ziele formuliert.
176 Diese Kraft wollen wir auch in Zukunft sein. Und wir laden alle ein
177 mitzumachen.

178 Die Welt verändert sich, unsere christdemokratischen Grundwerte aber
179 bleiben: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Es ist die Aufgabe dieses
180 vierten Grundsatzprogramms zu zeigen, wie wir mit diesen Grundwerten die
181 Zukunft gewinnen.

182 Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes wollen wir weiterhin
183 scheinbar Gegensätzliches miteinander versöhnen: marktwirtschaftliche
184 Freiheit und soziale Sicherheit, Freiheit des Einzelnen und Verantwortung
185 für die Gemeinschaft, Ökonomie und Ökologie, Wohlstandsversprechen und
186 Klimaneutralität, Bewahrung des demokratischen Nationalstaats,
187 europäische Integration und internationale Einbindung, Liebe des eigenen
188 Landes und Offenheit für die Welt, Gestaltung der Heimat und Einsatz für die

Welt, Werteorientierung und Realpolitik.

Wir gestalten den Wandel so, dass er allen Menschen zugutekommt. Die CDU ist Volkspartei der Mitte ~~und~~ , Partei des Gemeinwohls und Kraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Wir verbinden Vertrauen und Zuversicht mit Realismus und Demut: Die Menschen sind nicht Schöpfer der Welt, aber wir tragen Verantwortung für unsere Erde. Wir lernen aus Gelungenem und aus Fehlern und machen so Politik auch für unsere Kinder, Enkelkinder und kommende Generationen.

Wir arbeiten für ein Land, das frei und sicher ist; für eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet; für eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft; für ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist; für einen Staat, der funktioniert und vorangeht.

Diese Aufgabe gehen wir mutig und entschlossen an. Wir haben allen Grund, optimistisch und zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Die CDU kann Herausforderung und Zukunft, Aufbruch und Erneuerung.

Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Antrag A024-Ä001

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 169

Deutschland“. Wir sind stolz auf unser schönes Land.

Antrag A024-Ä002

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 169

~~Deutschland“~~Deutschland und ja zu Europa“. Wir sind stolz auf unser Land.

Begründung

Deutschland und Europa können nicht losgelöst voneinander sein.

Antrag A024-Ä003

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	LV Oldenburg

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 169

169 Deutschland“. Wir sind stolz auf unser Land und bekennen uns zu unseren Farben Schwarz-Rot-Gold.

Begründung

Das Bekenntnis zu unserem Land macht sich auch in seinen Symbolen deutlich. Das Zeigen der Nationalflagge bei fröhlichen und feierlichen Anlässen ist ein Ausdruck der Zugehörigkeit und Verbundenheit mit unserer demokratischen, rechtsstaatlichen und liberalen Demokratie. Ein Deutschland, auf das die Menschen zurecht stolz sein können.

Der Antrag wird gemeinsam gestellt und gestützt vom:

- CDU Landesverband Oldenburg
- CDU Kreisverband Ammerland

Antrag A024-Ä004

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 170

170 Wir ~~sind~~wollen eine gefestigte Demokratie im Herzen Europas bleiben, wir sind eine der erfolgreichsten

Antrag A024-Ä005

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 171

171 Volkswirtschaften der Welt, wir sind ein sozialer, verlässlicher Rechtsstaat, wir sind eine

Antrag A024-Ä006

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 171 - 172

171 Volkswirtschaften der Welt, wir sind ein sozialer Rechtsstaat, wir sind eine

172 ~~Kulturnation~~Kultur- und Wissenschaftsnation, wir sind ein Land der Tüftler, Macherinnen und Arbeiter.

Antrag A024-Ä007

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	LV Saar
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 171 - 172

171 Volkswirtschaften der Welt, wir sind ein sozialer Rechtsstaat, wir sind ~~eine~~
172 verlässlicher Partner des europäischen Projekts, wir sind eine Kulturnation, wir sind ein Land der Tüftler, Macherinnen und Arbeiter.

Begründung

Das Grundsatzpapier nimmt eine richtige Standortbestimmung für unser Land, wie wir Christdemokraten entwickelt haben und weiterführen wollen, vor. Dabei darf jedoch unser Bekenntnis zur Rolle Deutschlands in der EU nicht fehlen.

Antrag A024-Ä008

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen, KV Mettmann, KV Warendorf-Beckum
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 172

172 Kulturnation, wir sind ein Land der Tüftler, Macher~~innen~~ und Arbeiter.

Antrag A024-Ä009

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 172

172 Kulturnation, wir sind ein Land der ~~Tüftler,~~ Macherinnen und ~~Arbeit~~Macher.

Antrag A024-Ä010

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 172

172 Kulturnation, wir sind ein Land der Erfinder, Tüftler, Macherinnen und Arbeiter.

Begründung

Ergänzung um „Erfinder“. Tüftler hört sich sehr nach „trial-and-error“ an, „Erfinder“ steht m.E. für ein strukturiertes Herangehen an anspruchsvollere Aufgaben, sollte deshalb hier ergänzt werden.

Antrag A024-Ä011

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 172

172 Kulturnation, wir sind ein Land der Tüftler, Macherinnen und Arbeiter, wir sind eine Kultur- und Wissenschaftsnation.

Antrag A024-Ä012

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 172

172 Kulturnation, wir sind ein Land der Gründer, Tüftler~~, Macherinnen~~ und ~~Arbeit~~Erfinder.

Antrag A024-Ä013

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 172

172 Kulturnation, wir sind ein Land der ~~Tüftler~~Forscherinnen, Erfinder, Ingenieure, Macherinnen und Arbeiter.

Begründung

Begründung: Es fehlten bisher die Forscher. Für Tüftler werden als eleganter Formulierung die Begriffe Erfinder und Ingenieure vorgeschlagen

Antrag A024-Ä014

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 174

174 die Zukunft gestalten wollen. Damit wir eine starke Gemeinschaft bleiben,

Begründung

Ohne Artikel vor „Zukunft“ hat der Satz einen Hauch von Jugendsprache.

Antrag A024-Ä015

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	Lesben und Schwule in der Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 177

177 mitzumachen, unabhängig davon, wer sie sind, woher sie stammen, was sie glauben oder wen sie lieben.

Begründung

Viele Jahrzehnte war die CDU nicht als Vorreiterin für LSBTIQ-Rechte bekannt, sondern im Gegenteil: sie hat sich über Jahrzehnte gegen die rechtliche Gleichstellung gestellt und erst kürzlich die LSU offiziell in die Parteifamilie aufgenommen. Viele Jahrzehnte gehörten LSBTIQ-Menschen in der Partei eben nicht dazu; bis 2022 war die CDU daher nicht #VollständigVolkspartei. Und so lobenswert die allgemeine Miteinbeziehung nun ist, bedarf es gerade aufgrund des historischen Umgangs der Partei mit LSBTIQ-Menschen einer deutlicheren Klarstellung, erst recht im ersten Kapitel.

Antrag A024-Ä016

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 179

179 bleiben: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Das waren die Grundsätze unserer vorangegangenen drei Grundsatzprogramme und es bleibt auch die Aufgabe dieses vierten Grundsatzprogramms. Es ist die Aufgabe dieses

Antrag A024-Ä017

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 179

179 bleiben: Freiheit, Sicherheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Es ist die Aufgabe dieses

Begründung

Oben ist von "Freiheit und Sicherheit" die Rede. Hier gesellen sich „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ zu Freiheit — das wirkt ein wenig inkohärent. Um die Inkohärenz zu vermeiden, hier auch "Sicherheit" hinzufügen.

Antrag A024-Ä018

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 179

179 bleiben: Die Würde des Menschen, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Es ist die Aufgabe dieses

Antrag A024-Ä019

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 180

180 vierten Grundsatzprogramms, zu zeigen, wie wir mit diesen Grundwerten die

Begründung

Zwingendes Komma, da der Hauptsatz das Bezugswort "es" enthält

Antrag A024-Ä020

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 182 - 183

182 ~~Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes wollen wir weiterhin~~

183 ~~scheinbar Gegensätzliches~~Das christliche Menschenbild ermöglicht es uns, Unterschiedliches miteinander ~~versöhnen:~~zu einer Einheit zu verbinden: marktwirtschaftliche

Begründung

Manches in der folgenden Aufzählung ist nicht einmal ein scheinbarer Gegensatz. Gegensätzlichkeit

erweckt als Begriff zudem den Eindruck, es handele sich um sich gegenseitig (scheinbar) ausschließende Positionen. Es handelt sich indessen aber um unterschiedliche und gar nicht gegensätzliche Auffassungen.

Antrag A024-Ä021

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 185

185 für die Gemeinschaft, Privateigentum und Sozialbindung, Ökonomie und Ökologie, Wohlstandsversprechen und

Antrag A024-Ä022

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 186

186 Klimaneutralität, Stabilität und Entwicklung,Bewahrung des demokratischen Nationalstaats,

Antrag A024-Ä023

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 190

190 Wir gestalten den Wandel so, dass er allen Menschen zugutekommt. Zudem wollen wir den Wandel so gestalten, dass wir die Menschen in unserem Land auf diesen Weg mitnehmen. Eine klare, offene und frühzeitige Information ist die Basis für jede erfolgreiche Veränderung.Die CDU

Antrag A024-Ä024

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	Senioren Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 190

190 Wir gestalten den Wandel so, dass er allen Menschen zugutekommt. Wir wenden uns an alle Generationen und deren spezifische Lebenslagen - unabhängig davon, ob die Menschen jung oder alt sind, in der Stadt, auf dem Land, im Norden, Süden, Osten oder Westen leben. Wir richten uns

an den jeweiligen Lebenswirklichkeiten aus. Die CDU

Begründung

Den unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen in Deutschland muss Rechnung getragen werden.

Antrag A024-Ä025

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 190

190 Wir gestalten den Wandel so, dass er allen Menschen zugutekommt. Uns treibt dabei unser Mut zur und die Kultur der Veränderung. Die CDU

Begründung

Für erfolgreiche Digitalisierung aber auch die verschiedensten Ansätze im Grundsatzprogramm braucht es eine entsprechende Kultur. Die steht nicht im Widerspruch zu unserem konservativen Kern, sondern passt hierzu und sollte dediziert benannt werden.

Antrag A024-Ä026

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 191

191 ist Volkspartei der Mitte ~~und~~ , Partei des Gemeinwohls und Kraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Begründung

Als Volkspartei der Mitte liegt uns nicht nur am Gemeinwohl, sondern auch am gesellschaftlichen Zusammenhalt als Ausdruck politischer Stabilität.

Antrag A024-Ä027

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 193

193 Menschen sind nicht die ursprünglichen Schöpfer der Welt, aber wir tragen Verantwortung für

Begründung

Die Schöpfung ist weitaus älter als die Menschheit, aber menschliche Gesellschaften gestalten diese Welt immer stärker mit. Menschen sind somit Mitschöpfer und tragen deshalb auch die im Folgesatz genannte Verantwortung für ihr Handeln.

Antrag A024-Ä028

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 194 - 195

194 unsere Erde. ~~Wir lernen aus Gelungenem und aus Fehlern und machen so~~
195 ~~Politik auch für unsere Kinder, Enkelkinder und kommende Generationen.~~

Begründung

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel

Es ist richtig, auf die Fehleranfälligkeit politischer Entscheidungen einzugehen. Dies passt jedoch besser bezogen auf die Vergangenheit in das Kapitel „Der Anfang“ als in das Kapitel „Das Morgen“

Antrag A024-Ä029

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Cloppenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 194

194 unsere Erde. Wir lernen aus Gelungenem und aus Fehlern, besonders aus eigenen, und machen so

Begründung

Deutlichere Herausstellung, dass auch wir als CDU eigene "Fehler" gemacht haben und diese selbstkritisch und mit Demut zum Wohle der Menschen dieses Landes annehmen, um daraus zu lernen und Dinge besser zu machen.

Antrag A024-Ä030

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder, KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 194

194 unsere Erde. Wir setzen unsere finanziellen, gesellschaftlichen und ökologischen Ressourcen bestmöglich ein, lernen aus Gelungenem und aus Fehlern und machen so

Begründung

Der Einschub verweist noch einmal auf den Leitgedanken des effizienten Mitteleinsatzes für Nachhaltigkeitsziele.

Antrag A024-Ä031

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	Senioren Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 195

195 Politik auch für unsere Kinder, Enkelkinder und kommende Generationen, dazu gehört auch die Erfahrung und das Wissen der älteren Generation einzubeziehen.

Antrag A024-Ä032

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	LV Saar
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 198

198 alle schafft; für ein Europa, das den Frieden sichert, für ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist; für einen

Begründung

Das Papier benennt in diesem Abschnitt zentrale grundsätzliche Ziele christdemokratischer Politik für unser Land: Wohlstand, Nachhaltigkeit, Souveränität sind sicherlich wichtige Ziele. Mindestens diese Rolle spielt jedoch das Ziel, durch das europäische Projekt den Frieden zu sichern.

Antrag A024-Ä033

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 199

199 Staat, der effizient funktioniert und vorangeht.

Antrag A024-Ä034

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 202

202 Herausforderung und Zukunft, Aufbruch und Erneuerung gestalten.

Begründung

Ganze Sätze!

Antrag A024-Ä035

Änderungsantrag zu A024

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 203

203 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Damit das Morgen möglich bleibt bedarf es einer nachhaltigen Finanzpolitik, die sicherstellt, daß jede Generation nur so viel finanzielle Ressourcen verbraucht, wie sie erwirtschaftet. Um dies sicherzustellen sind die Strukturen zu reformieren. Dazu bedarf es der Umsetzung von drei Grundsätzen: Das Geld folgt der Aufgabe, damit ist unvereinbar, daß die Kommunen rund 20 % der Aufgaben und damit der gesellschaftlichen Kosten zu bewältigen haben, aber nur 14 % des Steueraufkommens zur Verfügung haben und deshalb in zu großem Umfang auf Zuschüsse der Länder angewiesen sind Finanz- und Handlungsverantwortung gehören in eine Hand, dazu gehört, daß sich jede Ebene Auge in Auge die Finanzmittel selbst von den Bürgern abschöpfen muß. Wer etwas fordert, muß auch unmittelbar die Finanzierungslast spüren.

Begründung

Kredite an sich sind wertfrei, sie dürfen aber nicht dazu missbraucht werden, um Lasten auf künftige Generationen abzuwälzen. Große Lücke bei den Gemeinden und Landkreisen zwischen der Aufgabenlast und den Steueranteil führt zur Notwendigkeit von Finanztransfers von den Ländern an die Gemeinden. Das führt zu Abhängigkeiten und zu überflüssiger Bürokratie. Außerdem untergräbt es die Eigenverantwortung. Deshalb muss diese Lücke vertikal zwischen Ländern und Kommunen so wie horizontal zwischen den unterschiedlichen Kommunen beseitigt werden. Jede Ebene muss die für eine Finanzierung der durch sie geschaffenen öffentlichen Leistungen erforderlichen Mittel direkt und Zurechenbar selbst abschöpfen. Nur dann ist ein verantwortlicher Umgang mit öffentlichen Finanzen durchsetzbar. Es kann nicht angehen, dass die Länder und die Landkreise als Finanzierer großer Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge den Bürgern gegenüber von dieser Notwendigkeit befreit sind. Nur wenn Betroffene durch einen Eigenanteil an der Finanzierung von öffentlichen Leistungen beteiligt

werden oder wenn zumindest auf der Gemeindeebene ein Zwangszusammenhang zwischen Forderungen nach neuen Leistungen und deren Finanzierung hergestellt wird, lassen sich die Ansprüche auf das Machbare begrenzen.

Antrag A025: Zeile 204 - 240: Was uns ausmacht. Das christliche Menschenbild

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

II. Was uns ausmacht

Das christliche Menschenbild

Grundlage christdemokratischer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen. Im Zentrum steht die unantastbare Würde des Menschen in jeder Phase seiner Entwicklung. Jeder Mensch ist als von Gott geschaffenes Wesen einzigartig, unverfügbar und soll frei und selbstbestimmt leben. Dieses Menschenbild leitet unser politisches Handeln. Zugleich ist die CDU den Traditionen der Aufklärung verpflichtet und steht allen Menschen offen, die – unabhängig von der eigenen religiösen Überzeugung – ihre Grundwerte teilen.

Wir stellen uns allen Bestrebungen entgegen, Menschen aufgrund welcher Merkmale auch immer unterschiedliche Wertigkeiten zuzuschreiben. Die Liebe zum Menschen vom Anfang bis zum Ende des Lebens ist der grundlegende Anspruch unserer Politik.

Wir erkennen die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit als gleichwertig an. Wir bejahen Pluralismus und Vielfalt und treten für die freie Selbstentfaltung und Gleichberechtigung ein. Allen Menschen faire und reale Chancen – vor allem auf Bildung, sichere und gute Arbeitsplätze und sozialen Aufstieg – zu eröffnen, ist ein zentrales Anliegen unserer Politik und unser Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft.

Aus dem christlichen Menschenbild wird für uns gute Politik, wenn sie von der einzelnen Person ausgeht und individuelle Freiheit mit Verantwortung für andere verbindet. Diese Vorstellung unterscheidet uns von einem libertären Individualismus, bei dem allein der individuelle Freiheitsanspruch im Vordergrund steht. Sie unterscheidet uns ebenso von einer identitätspolitischen Betrachtungsweise, die ein Gemeinwesen in sich gegenüberstehende Gruppen aufspaltet sowie von sozialistischem, nationalistischem und völkischem Denken, das dem ideologisch begründeten Kollektiv den Vorrang vor den einzelnen Menschen gibt. Für uns ist der Staat um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.

234 Wir wissen um die Stärken und die Schwächen des Menschen und leben
235 deshalb mit gelassener Skepsis gegenüber verabsolutierenden Ideen,
236 vermeintlichen Eindeutigkeiten und radikalen Lösungen. Denn wir wissen:
237 Politik gibt immer nur vorletzte Antworten. Wir setzen auf Alltagsvernunft,
238 die Auseinanderstrebendes verbindet und in Zielkonflikten pragmatisch und
239 verantwortlich abwägt. Denn wir sind überzeugt: Darin liegt der Kern einer
240 menschenfreundlichen Politik, die eine gerechte Mitte sucht.

Antrag A025-Ä001

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 207

207 Menschen. Für uns ist der Mensch nach Gottes Ebenbild geschaffen. Im Zentrum steht die unantastbare Würde des Menschen in jeder

Antrag A025-Ä002

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, KV Baden-Baden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 207

207 Menschen. Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Im Zentrum steht die unantastbare Würde des Menschen in jeder

Begründung

Dieser zentrale Gedanke unseres Christlichen Menschenbildes, der auch bereits wortgleich im Grundsatzprogramm von 2007 (dort in Ziffer 5) erscheint, darf auf keinen Fall im neuen CDU-Grundsatzprogramm fehlen. Der Schutz der Menschenwürde (und Menschenrechte) wurzelt nämlich genau in diesem universalen jüdisch-christlichen Gedanken der Gottesebenbildlichkeit. Mit der Gottesebenbildlichkeit des Menschen und der Menschwerdung Gottes in Jesus Christus überwindet das Christentum übrigens auch die unendliche Distanz zwischen Gott und dem Menschen, die z. B. der Koran betont (Sure 2,163; Sure 4, 171). Ohne das Bekenntnis der Erschaffung des Menschen durch Gott zu seinem Bilde (Gen 1,27) wird das Menschenbild nicht mehr unterscheidbar von dem Menschenbild des Korans.

Antrag A025-Ä003

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 210 - 211

210 Menschenbild leitet unser politisches Handeln. Zugleich ist die CDU ~~den~~
211 ~~Traditionen~~ dem Geist
der Aufklärung verpflichtet und steht allen Menschen offen, die

Begründung

Sprachlich besser geeignet.

Antrag A025-Ä004

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Vogtland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 210

210 Menschenbild und unsere Verantwortung vor Gott und den Menschen leitet unser politisches Handeln. Zugleich ist die CDU den

Antrag A025-Ä005

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 212

212 - unabhängig von der eigenen religiösen Überzeugung - ~~ih~~unsere Grundwerte

Begründung

Wir erwarten von den Menschen, dass sie jene Grundwerte teilen, die uns wichtig sind. Daher ist „unsere“ der bessere Begriff.

Antrag A025-Ä006

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 218

218 Wir erkennen die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit als gleich~~wertig~~berechtigt an.

Begründung

Der Mensch kann nicht nach einem Wert bemessen werden. Der Begriff „gleichberechtigt“ ist hier passender.

Antrag A025-Ä007

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 219

219 Wir bejahen Pluralismus und ~~Vielfalt und~~ treten für die freie Selbstentfaltung

Begründung

Der Begriff doppelt sich mit „Pluralismus“.

Antrag A025-Ä008

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 224 - 225

224 ~~Aus dem christlichen~~Das christliche Menschenbild ~~wird für uns gute~~ist für uns der Ausgangspunkt guter Politik, ~~wenn sie von~~
225 die von der einzelnen Person ausgeht und individuelle Freiheit mit Verantwortung

Begründung

Unmittelbare Folgerung von christlichem Menschenbild zu guter Politik ist nicht nachvollziehbar.

Antrag A025-Ä009

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Zollernalb
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 225 - 226

225 der einzelnen Person ausgeht und individuelle Freiheit mit Verantwortung
226 für sich und für andere verbindet. Diese Vorstellung unterscheidet uns von einem

Begründung

Freiheit ist konstitutiver Bestandteil der Menschenwürde. Zur Menschenwürde gehört, dass der Mensch dank seiner Geisthaftigkeit sich selbst bestimmen und sich und die Umwelt gestalten kann. Insofern bedeutet Freiheit im christlichen Sinne, dass sie vor allem aus Pflichten besteht.

Antrag A025-Ä010

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 230

230 gegenüberstehende Gruppen aufspaltet, sowie von sozialistischem,

Begründung

Zwingendes Komma, da Ende des Einschubes.

Antrag A025-Ä011

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Zollernalb
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 233

233 um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen. Demokratie und Freiheit sind so stark, wie wir uns für sie stark machen.

Begründung

Der größte Feind der Demokratie und der Freiheit ist der Rückzug ins Private und in die Gleichgültigkeit. Dies hat mit zu den katastrophalen Kapiteln der Geschichte beigetragen. Demokratie erfordert von uns allen, sich einzubringen und teilzuhaben.

Antrag A025-Ä012

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 234 - 236

234 Wir wissen um die Stärken und die Schwächen des Menschen und ~~leben~~
235 begegnen deshalb ~~mit gelassener Skepsis gegenüber~~ verabsolutierenden Ideen,
236 vermeintlichen Eindeutigkeiten und radikalen Lösungen mit gebotener Skepsis. Denn wir wissen:

Begründung

Gelassenheit ist ein lobenswerter Charakterzug. Es reicht aber sicherlich nicht, mit gelassener Skepsis Fehlentwicklungen zu begegnen. Geschweige denn mit ihnen zu leben.

Antrag A025-Ä013

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 234 - 239

234 Wir wissen um die Stärken und ~~die~~ Schwächen des Menschen ~~und leben~~
235 ~~deshalb mit gelassener Skepsis gegenüber verabsolutierenden~~. Verabsolutierende Ideen,
236 vermeintliche~~n~~ Eindeutigkeiten und radikale~~n~~ Lösungen~~. Denn wir wissen:~~
237 ~~Politik gibt immer nur vorletzte Antworten. Wir~~ finden zu viele Anhänger. Wir verfolgen die Entwicklung wachsam und wollen durch Fakten, bessere Argumente und im Gespräch überzeugen und gewinnen. Dabei setzen wir auf Alltagsvernunft,
238 die Auseinanderstrebendes verbindet und in Zielkonflikten pragmatisch ~~und~~
239 ~~verantwortlich~~, verantwortungsvoll und mit Blick auf unsere Grundwerte abwägt. Denn wir sind überzeugt: Darin liegt der Kern einer

Antrag A025-Ä014

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Oberbergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 235 - 237

235 deshalb mit gelassener Skepsis gegenüber ~~verabsolutierenden~~kompromissloser Ideen,
236 vermeintlichen Eindeutigkeiten und radikalen Lösungen. ~~Denn wir wissen:~~
237 ~~Politik gibt immer nur vorletzte Antworten.~~ Wir setzen auf Alltagsvernunft,

Begründung

Das Wort "verabsolutierend" ist sperrig. Die vorgeschlagene Änderung erhellt den Sinn der Aussage und macht den Absatz leichter verständlich und besser lesbar. Der anschließende Satz kann gestrichen werden. Die Aussage ist eher verwirrend, als erhellend. Die Streichung des Satzes verstärkt die Aussage des Absatzes.

Antrag A025-Ä015

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 237 - 238

237 Politik gibt immer nur vorletzte Antworten. Wir setzen auf ~~Alltagsvernunft,~~
238 Vernunft,

die Auseinanderstrebendes verbindet und in Zielkonflikten pragmatisch und

Begründung

„Alltagsvernunft“ ist kein geläufiges Wort; ohne nähere Erläuterung ist hier unverständlich, welchen Gewinn dieser Begriff gegenüber der Vernunft an sich hat.

Antrag A025-Ä016

Änderungsantrag zu A025

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 240

240 menschenfreundlichen Politik~~, die eine gerechte Mitte sucht~~.

Begründung

Unnötiger Nebensatz, dessen Bedeutung unklar bleibt. Was ist eine gerechte Mitte? Ist politische Mitte oder eine andere gemeint? Stilistisch bleibt der Hauptsatz hierdurch zudem aussagekräftiger.

Antrag A026: Zeile 241 - 251: Unsere Grundwerte – Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

241 **Unsere Grundwerte – Freiheit, Solidarität,**
242 **Gerechtigkeit**

243 Die CDU versteht sich als die Kraft, die Menschen wertschätzt und für das
244 Morgen begeistert. Wir wollen den Herausforderungen der Zeit mit
245 Vertrauen, Gestaltungskraft und Zuversicht begegnen. Die CDU will
246 Sicherheit und Orientierung geben und die Menschen für die Zukunft
247 gewinnen. Wir übernehmen Verantwortung zum Wohle aller. Wir bauen
248 heute wie damals auf ein bleibendes und beständiges Wertefundament.
249 Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind auch im 21. Jahrhundert die
250 Grundwerte unserer Politik, die uns in Verantwortung vor Gott und den
251 Menschen leiten:

Antrag A026-Ä001

Änderungsantrag zu A026

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 246 - 247

246 Sicherheit und Orientierung geben ~~und die Menschen für die Zukunft~~
247 ~~gewinnen.~~ .
Wir übernehmen Verantwortung zum Wohle aller. Wir bauen

Begründung

Wir wollen die Zukunft politisch gestalten, nicht Menschen für eine abstrakte Zukunft „gewinnen“. Dass wir Sicherheit und Orientierung geben wollen, wird hierdurch noch einmal hervorgehoben.

Antrag A026-Ä002

Änderungsantrag zu A026

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 248

248 ~~heute wie damals~~ auf ein bleibendes und beständiges Wertefundament.

Begründung

Der zeitliche Bezug ist überflüssig, dies schwächt wiederum die Aussage des Satzes ab, dass wir auf ein bleibendes und beständiges Wertefundament bauen.

Antrag A027: Zeile 252 - 258: Freiheit

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

252 **Freiheit** ist für uns Freiheit in Verantwortung für sich selbst, die
253 Gemeinschaft und die Natur. Sie verbindet die Entfaltung der Individuen mit
254 der Verpflichtung auf das Gemeinwohl und der Verantwortung zwischen den
255 Generationen. Sie bringt Leistungsbereitschaft hervor und führt zu
256 verschiedensten Lebensentwürfen, deren Vielfalt wir achten und schützen.
257 Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss stets aufs Neue verteidigt
258 werden.

Antrag A027-Ä001

Änderungsantrag zu A027

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 252 - 257

252 **Freiheit** ist für uns ~~Freiheit in Verantwortung für sich selbst, die~~
253 ~~Gemeinschaft und die Natur. Sie verbindet die Entfaltung der Individuen mit~~
254 ~~der Verpflichtung auf~~ das ~~Gemeinwohl und der Verantwortung zwischen den~~
255 ~~Generationen. Sie bringt Leistungsbereitschaft hervor und führt zu~~
256 ~~verschiedensten Lebensentwürfen, deren Vielfalt wir achten und~~ Recht, in Ruhe gelassen zu werden und zu tun und zu lassen, was einem beliebt. Freiheit bedeutet auch Eigenverantwortung. Mit den Konsequenzen seines eigenen Handelns muss der freie Mensch selbst und allein klarkommen. Im freiheitlichen Rechtsstaat prägt sich die Freiheit zuvörderst in Gestalt der Grundrechte aus, die als Abwehrrechte die Freiheit des Einzelnen gegen den Staat schützen.
257 Freiheit bringt Leistungsbereitschaft hervor und führt zu verschiedensten Lebensentwürfen, deren Vielfalt wir achten und unangetastet lassen. Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss stets aufs Neue verteidigt

Begründung

Die bisherige Fassung der Zeilen 252 bis 258 im Entwurf des Grundsatzprogramms vom 13. Januar 2024 muss geändert werden. Freiheit ist nicht Verantwortung (für die Gemeinschaft, die Natur), Freiheit ist nicht Verpflichtung (auf das Gemeinwohl, zwischen Generationen). Freiheit ist das Gegenteil von Unfreiheit/Pflicht, erst recht in der Tradition der Aufklärung; auch die Grundrechte des Grundgesetzes unterscheiden zwischen Freiheit und Zwang (Pflicht).

Wir wollen in Freiheit leben. Freiheit meint in unserem demokratischen Rechtsstaat zuvörderst die Abwesenheit staatlichen Zwangs, wie sie im klassischen Verständnis der Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat zum Ausdruck kommt. Freiheit meint das Recht, in Ruhe gelassen zu werden und zu tun und zu lassen, was einem beliebt. Diese positive Definition von Freiheit muss im Grundsatzprogramm zu finden sein, damit klar ist, was gemeint ist.

Antrag A027-Ä002

Änderungsantrag zu A027

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 252

252 **Freiheit** ist für uns Freiheit in Verantwortung vor Gott und für sich selbst, die

Antrag A027-Ä003

Änderungsantrag zu A027

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 253

253 Gemeinschaft und die Natur. Sie achtet die Freiheit anderer und verbindet die Entfaltung der Individuen mit

Antrag A027-Ä004

Änderungsantrag zu A027

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 256

256 verschiedensten Lebensentwürfen, ~~deren Vielfalt~~die wir achten und schützen.

Begründung

Der Begriff „Vielfalt“ taucht häufig auf, bleibt aber nichtssagend. Es braucht hier diese Dopplung nicht, da der Bezug auf „verschiedenste Lebensentwürfe“ bereits ausreichend klarmacht, dass es um eine ganze Bandbreite geht.

Antrag A027-Ä005

Änderungsantrag zu A027

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 257

257 Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss stets aufs Neue errungen und verteidigt

Begründung

Freiheit kann auch verloren gehen, und wenn sie verloren ist, muss sie wieder neu errungen werden.

Antrag A027-Ä006

Änderungsantrag zu A027

Antragsteller/in:	KV Goettingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 257 - 258

257 Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss stets aufs Neue im Innern und nach Außen verteidigt
258 werden. In Freiheit zu leben, ist mit allen Mitteln zu gewährleisten und auch durch jeden Mitbürger mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Die Freiheit hat höchste Priorität.

Begründung

Freiheit ist die Basis unserer Demokratie und unserer gesamten Gesellschaft. Sie sollte allerhöchste Priorität haben. Verlust von Freiheit ist „unmenschlich“. Alle anderen Werte stehen dahinter zurück.

Antrag A027-Ä007

Änderungsantrag zu A027

Antragsteller/in:	KV Stormarn
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 258

258 werden.

Das Prinzip der **Eigenverantwortung** ist für die Christdemokratie und für unser Verständnis vom mündigen Bürger elementar. Das Subsidiaritätsprinzip, dass besagt, dass jeweils die kleinstmögliche Einheit so viel regelt wie nur eben möglich, baut genau auf dieser Grundüberzeugung auf. Die kleinste Einheit unseres Staates ist der Bürger selber, dem wir ein hohes Grundvertrauen in seine Fähigkeiten und Selbstverantwortung entgegenbringen. Es geht uns elementar darum, Eigenverantwortung zu stärken, wo immer es geht. Die Stärkung von Eigenverantwortung sorgt dafür, dass bürgerliche Freiheit erhalten bleibt und das Sozialsystem nur dort unterstützt, wo es wirklich unterstützen muss.

Begründung

Der Grundwert der Eigenverantwortung ist genau der Wert, der uns elementar von anderen Parteien (mit Ausnahme der FDP) unterscheidet. In Kombination mit unserem Verständnis von Freiheit sowie Solidarität für die Schwächeren (das ist der wesentliche Unterschied zur FDP) und Gerechtigkeit ist er ein wesentlicher Teil unserer DNA. Die Nennung der drei Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ist daher unzureichend, da das wesentliche Element „Eigenverantwortung“, das aus der katholischen bzw. christlichen Soziallehre und der dort überragenden Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips als Ausdruck von Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, fehlt.

Antrag A028: Zeile 259 - 266: Solidarität

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

259 **Solidarität** ist ein Gebot der Nächstenliebe und entspricht der sozialen Natur
260 des Menschen. Sie beruht auf Wechselseitigkeit und begründet Ansprüche
261 ebenso wie Pflichten. Solidarität wird vor allem im unmittelbaren
262 Miteinander der Menschen gelebt – in den Familien, dem vielfältigen
263 gesellschaftlichen Leben vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden.
264 Solidarität durch die Gemeinschaft bedarf es dort, wo nur gesamtstaatliches

265 Handeln sozialen Herausforderungen gerecht werden kann oder wo dies den
266 Einzelnen und den kleinen Gemeinschaften nicht mehr angemessen gelingt.

Antrag A028-Ä001

Änderungsantrag zu A028

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 259 - 266

259 ~~**Solidarität** ist~~Solidarität ist für uns Christdemokraten ein ~~Gebot der Nächstenliebe und entspricht der sozialen Natur~~
260 ~~des Menschen. Sie beruht auf Wechselseitigkeit und begründet Ansprüche~~
261 ~~ebenso wie Pflichten. Solidarität wird vor allem~~Glaubensgebot, das von jedem Einzelnen in seiner individuellen Verantwortung vor Gott, aber im ~~unmittelbaren~~
262 ~~Miteinander der Menschen gelebt - in den Familien, dem vielfältigen~~
263 ~~gesellschaftlichen Leben vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden.~~
264 ~~Solidarität durch die Gemeinschaft bedarf es dort, wo nur gesamtstaatliches~~
265 ~~Handeln sozialen Herausforderungen gerecht~~Verhältnis zum Staat und seinen Zwangsmöglichkeiten freiwillig zu befolgen ist. Solidarität lässt sich nicht erzwingen und darf nicht vom Staat erzwungen werden ~~kann oder wo dies den~~
266 ~~Einzelnen und den kleinen Gemeinschaften nicht~~, es wäre keine Solidarität und christliche Nächstenliebe mehr ~~angemessen gelingt~~, sondern nur noch Unterworfenheit unter die Gewalt des Staates. Solidarität verwechseln wir Christdemokraten deshalb auch nicht mit dem Sozialstaat. Christliche Nächstenliebe gehört nicht ins Gesetzbuch, sondern zum Glaubensbekenntnis. Den Sozialstaat wollen und pflegen wir als Ausdruck des Mindestmaßes an Fürsorge für andere Menschen, die wir jedem zwangsweise abringen. Diesen Zwang wollen wir auf das absolute Mindestmaß beschränken. Nur dann verbleiben dem Einzelnen ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten, um dem Glaubensgebot der christlichen Nächstenliebe überhaupt folgen zu können. Wir Christdemokraten wollen deshalb den Sozialstaat auf seine Kernaufgabe zurückbauen, Menschen, die in unserem Land in Not geraten, mit dem Existenzminimum zu versorgen, solange sie und ihre Familie es nicht eigenständig schaffen können.

Begründung

Wir Christdemokraten verwechseln den Sozialstaat nicht mit Solidarität. Christliche Nächstenliebe gehört nicht ins Gesetzbuch, sondern zum Glaubensbekenntnis. Den Sozialstaat wollen und pflegen wir als Ausdruck des Mindestmaßes an Fürsorge für andere Menschen, die wir jedem zwangsweise abringen. Diesen Zwang wollen wir auf das absolute Mindestmaß beschränken. Nur dann verbleiben dem Einzelnen ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten, um dem Glaubensgebot der christlichen Nächstenliebe überhaupt folgen zu können. Wir Christdemokraten wollen deshalb den Sozialstaat auf seine Kernaufgabe zurückbauen, Menschen, die in unserem Land in Not geraten, mit dem Existenzminimum zu versorgen, solange sie und ihre Familie es nicht eigenständig schaffen können.

Eine umfassende Rentenreform ist unausweichlich, auch die übrigen Sozialleistungen müssen

grundlegend überarbeitet werden. Die Sozialbeiträge müssen sinken, es braucht es mehr Freiheit für alle, damit Leistung sich mehr lohnt und der Aufbau von Vermögen über Generationen für möglichst viele Menschen möglich ist.

Antrag A029: Zeile 267 - 272: Gerechtigkeit

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

267 **Gerechtigkeit** ermöglicht allen Menschen, ihre Fähigkeiten zu entfalten und
268 angemessen am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben: Frauen und Männer,
269 Junge und Alte, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige. Eine
270 gerechte Gesellschaft würdigt die Leistungen und sieht die Bedürfnisse des
271 einzelnen Menschen und sorgt für eine angemessene Verteilung des
272 Erwirtschafteten, auch über die Generationen hinweg.

Antrag A029-Ä001

Änderungsantrag zu A029

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 268 - 269

268 angemessen am gesellschaftlichen Leben ~~teilzuhaben: Frauen und Männer,~~
269 ~~Junge und Alte, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige~~teilzuhaben. Eine

Begründung

Durch die abschließende Aufzählung werden Personengruppen exkludiert.

Antrag A029-Ä002

Änderungsantrag zu A029

Antragsteller/in:	LV Sachsen, BezV Aachen, KV Heinsberg, KV Koeln, BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 269

269 Junge und Alte, Menschen mit Behinderungen, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige. Eine

Begründung

In dieser Aufzählung sollten gerade auch Menschen mit Behinderungen aufgenommen werden, wenn es um Gerechtigkeit geht. Auch wenn die Formulierung vielleicht nicht in dem formulierten Zweiklang erfolgt, so dürfen hier die Menschen mit Behinderungen nicht fehlen.

Antrag A029-Ä003

Änderungsantrag zu A029

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 269

269 Junge und Alte, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige sowie Menschen mit Behinderungen. Eine

Antrag A029-Ä004

Änderungsantrag zu A029

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 269

269 Junge und Alte, Menschen mit und ohne Behinderungen, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige. Eine

Antrag A029-Ä005

Änderungsantrag zu A029

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 269

269 Junge und Alte, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige. Gerechtigkeit heißt Chancengerechtigkeit und nicht Gleichheit der Ergebnisse. Eine

Begründung

Dies ist der wesentliche Unterschied zwischen Sozialismus und christlichem Menschenbild.

Antrag A029-Ä006

Änderungsantrag zu A029

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 269

269 Junge und Alte, Menschen mit und ohne Behinderung, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige. Eine

Antrag A029-Ä007

Änderungsantrag zu A029

Antragsteller/in:	LV Saar
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 269

269 Junge und Alte, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige. Jeder soll die gleiche Möglichkeit haben, sich in Freiheit so zu entfalten, wie es seinen persönlichen Fähigkeiten entspricht.

270 Eine

Begründung

Die CDU Saar plädiert dafür, in Anlehnung und Fortschreibung bisheriger Programmaussagen „soziale Gerechtigkeit“ als wichtigen Grundwert der CDU Deutschlands stärker zu betonen, als dies im vorliegenden Entwurf der Fall ist.

Antrag A029-Ä008

Änderungsantrag zu A029

Antragsteller/in:	LV Saar
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 272

272 Erwirtschafteten, auch über die Generationen hinweg. Gerechtigkeit erfordert zudem, Belastungen angemessen zu verteilen. Deshalb ist es gerecht, dass stärkere Schultern in unserem Gemeinwesen mehr tragen als schwächere.

Begründung

Die CDU Saar plädiert dafür, in Anlehnung und Fortschreibung bisheriger Programmaussagen „soziale Gerechtigkeit“ als wichtigen Grundwert der CDU Deutschlands stärker zu betonen, als dies im vorliegenden Entwurf der Fall ist.

Antrag A030: Zeile 273 - 278: Unsere Wurzeln – christlich-sozial, liberal und konservativ

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

273 **Unsere Wurzeln – christlich-sozial, liberal**
274 **und konservativ**

275 Auf der Basis des christlichen Menschenbildes vereint die CDU christlich-
276 soziale, liberale und konservative Haltungen und Anliegen. Sie sind die
277 Wurzeln für das Selbstverständnis der Union. Sie immer wieder miteinander
278 in Einklang zu bringen, führt zu einer Politik von Maß und Mitte.

Antrag A030-Ä001

Änderungsantrag zu A030

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, KV Baden-Baden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 273 - 274

~~273 **Unsere Wurzeln – christlich-sozial, liberal**~~
~~274 **und konservativ**~~

Das C verbindet sozial, liberal und konservativ

Begründung

Das Christliche ist bei uns nicht auf das Soziale beschränkt. Das christliche Menschenbild – das im Grundsatzprogramm erfreulich klar beschrieben und begründet wird – ist die Grundlage für unser gesamtes politisches Handeln, nicht nur für eine Ausprägung davon. Mehr noch: Würde das Christliche ausdrücklich nur auf eine der drei Wurzeln beschränkt sein, dann wäre der Widerstreit zwischen den drei Strömungen bzw. Wurzeln nicht auf Dauer zu zähmen. Dass Soziale, Liberale und Konservative überhaupt in einer Volkspartei zusammenarbeiten und aus einer gemeinsamen Grundüberzeugung heraus handeln können, gelingt nur auf der gemeinsamen Grundlage bzw. durch die Klammer des C. Die Überschrift ist deshalb nicht nur unzutreffend. Sie verleugnet auch den Grund, warum wir mit diesen drei Strömungen eine starke und einzigartige Partei sein können!

Antrag A030-Ä002

Änderungsantrag zu A030

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 273 - 274

~~273 **Unsere Wurzeln – christlich-sozial, liberal**~~
~~274 **und konservativ**~~

Das C ist die Klammer um unsere sozialen, liberalen und konservativen Wurzeln

Antrag A030-Ä003

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 273

273 **Unsere Wurzeln - christlich~~-sozial~~, liberal**

Begründung

Weitergehende Begrifflichkeit

Antrag A030-Ä004

Änderungsantrag zu A030

Antragsteller/in:	KV Stormarn
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 274

274 **und konservativ, basierend auf den Regeln sozialen Marktwirtschaft**

Antrag A030-Ä005

Änderungsantrag zu A030

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, KV Baden-Baden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 275 - 277

275 ~~Auf der Basis des christlichen Menschenbildes vereint die CDU christlich-~~
276 ~~soziale, liberale und konservative~~Das C ist Grundlage und Klammer für unsere sozialen, liberalen und konservativen Haltungen und Anliegen. Sie sind die
277 Wurzeln für das Selbstverständnis der Union. Sie immer wieder miteinander

Begründung

Das Christliche ist bei uns nicht auf das Soziale beschränkt. Das christliche Menschenbild – das im Grundsatzprogramm erfreulich klar beschrieben und begründet wird – ist die Grundlage für unser gesamtes politisches Handeln, nicht nur für eine Ausprägung davon. Mehr noch: Würde das Christliche ausdrücklich nur auf eine der drei Wurzeln beschränkt sein, dann wäre der Widerstreit zwischen den drei Strömungen bzw. Wurzeln nicht auf Dauer zu zähmen. Dass Soziale, Liberale und Konservative überhaupt in einer Volkspartei zusammenarbeiten und aus einer gemeinsamen Grundüberzeugung heraus handeln können, gelingt nur auf der gemeinsamen Grundlage bzw. durch die Klammer des C. Die Überschrift ist deshalb nicht nur unzutreffend. Sie verleugnet auch den Grund, warum wir mit diesen drei Strömungen eine starke und einzigartige Partei sein können!

Antrag A030-Ä006

Änderungsantrag zu A030

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 275 - 276

275 Auf der Basis des christlichen Menschenbildes vereint die CDU ~~christlich-~~
276 ~~sozial~~christliche, liberale und konservative Haltungen und Anliegen. Sie sind die

Antrag A030-Ä007

Änderungsantrag zu A030

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 276

276 soziale, liberale und konservative ~~H~~Grundhaltungen und Anliegen. Sie sind die

Begründung

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel

Antrag A031: Zeile 279 - 287: Wir als CDU sind christlich-sozial

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

279 **Wir als CDU sind christlich-sozial**, weil wir den Menschen als Person und als
280 soziales Wesen begreifen. Die Verantwortung für sich selbst und die
281 Mitverantwortung für unsere Mitmenschen, die Gemeinschaft und die Natur
282 sowie der Einsatz gerade für diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen
283 sind, ergeben sich aus den Prinzipien der Subsidiarität, der Solidarität und
284 des Gemeinwohls. Sie sind Grundlage christdemokratischen
285 Gesellschaftsdenkens. Es bringt individuelle Freiheit und gesellschaftliche
286 Solidarität, Eigenverantwortung gepaart mit Leistungsbereitschaft und
287 Sozialstaat in eine Balance.

Antrag A031-Ä001

Änderungsantrag zu A031

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 279

279 **Wir als CDU sind christlich~~-sozial~~**, weil wir den Menschen als Person und als

Antrag A031-Ä002

Änderungsantrag zu A031

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 284

284 ~~des Gemeinwohls~~der Personalität. Sie sind Grundlage christdemokratischen

Antrag A031-Ä003

Änderungsantrag zu A031

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 284

284 des Gemeinwohls und der Nachhaltigkeit. Sie sind Grundlage christdemokratischen

Antrag A032: Zeile 288 - 295: Wir als CDU sind liberal

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

288 **Wir als CDU sind liberal**, weil wir an die Freiheit und Eigenverantwortung
289 der Menschen glauben. Wir schätzen und fördern ihre Kreativität, die Tag für
290 Tag das Leben der Menschen verbessert. Wir wollen die Menschen nicht
291 bevormunden, sondern ihre freie Entfaltung ermöglichen. Aus liberalem
292 Selbstverständnis heraus bekennen wir uns zum Primat des Rechts und zur
293 Gewaltenteilung, zu gesellschaftlichem Pluralismus und Vielfalt sowie zur
294 Freiheit in Verantwortung in Sozialer Marktwirtschaft, Wissenschaft, Kultur
295 und Gesellschaft.

Antrag A032-Ä001

Änderungsantrag zu A032

Antragsteller/in:	BezV Niederrhein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 288

288 **Wir als CDU sind christlich-liberal**, weil wir an die Freiheit und Eigenverantwortung

Begründung

Die Basis, aus denen die drei ideellen Wurzeln unserer CDU hervorgehen ist das christliche Menschenbild. Diese ideelle Klammer verbindet die sozialen, liberalen, und konservativen Stränge unserer Partei. Die Relevanz des Christlichen gilt aber für alle diese programmatischen Wurzeln und nicht nur für die soziale. Unser Verständnis von Liberalität und Konservatismus ist eben auch spezifisch christlich geprägt. Es wäre daher ein schiefes Bild, wenn man im Grundsatzprgramm lediglich eine dieser drei Wurzeln begrifflich mit dem „Christlichen“ in Verbindung brächte. Der Wortzusatz „christlich-“ muss daher auch für „liberal“ und „konservativ“ gelten; alternativ müsste die Wortverbindung auch beim Attribut „soziales“ gestrichen werden.

Antrag A032-Ä002

Änderungsantrag zu A032

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 288 - 294

288 **Wir als CDU sind liberal,** ~~-~~weil wir an die Freiheit ~~und Eigenverantwortung~~
289 ~~der~~in Verantwortung vor Gott und den Menschen glauben. Wir schätzen und fördern ihre Kreativität, die Tag für
290 Tag das Leben der Menschen verbessert. Wir wollen die Menschen nicht
291 bevormunden, sondern ihre freie Entfaltung in Eigenverantwortung ermöglichen. Aus liberalem
292 Selbstverständnis heraus bekennen wir uns zum Primat des Rechts und zur
293 Gewaltenteilung, zu gesellschaftlichem Pluralismus und Vielfalt sowie zur
294 Freiheit in Verantwortung in Sozialer Marktwirtschaft, Wissenschaft, Kultur

Begründung

Das Besondere des Christlichen Freiheitsverständnisses ist gerade keine völlig autonom-selbstbezogene und eigenverantwortliche Freiheit, sondern gerade die Freiheit in Bindung, also eine verantwortete Freiheit sowohl gegenüber Gott als auch den Mitmenschen (Nächsten). Es gilt deshalb eine Formulierung zu wählen, die diese besondere Balance aus Autonomie und Angewiesenheit wahrt und ausdrückt. Deshalb formuliert das Grundsatzprogramm von 2007 auch präziser: „Freiheit verwirklicht sich im praktischen Leben durch Selbstverantwortung und Mitverantwortung.“ („Freiheit und Sicherheit“, Ziffer 15, S. 10).

Antrag A032-Ä003

Änderungsantrag zu A032

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 288 - 289

288 **Wir als CDU sind liberal**, weil wir ~~an die~~von der Freiheit und Eigenverantwortung
289 der Menschen ~~glauben~~überzeugt sind. Wir schätzen und fördern ihre Kreativität, die Tag für

Antrag A032-Ä004

Änderungsantrag zu A032

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 289

289 der Menschen glauben. Wir schätzen und fördern ihre Kreativität und Leistungsbereitschaft, die Tag für

Antrag A032-Ä005

Änderungsantrag zu A032

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 292

292 Selbstverständnis heraus bekennen wir uns zum ~~Primat~~Vorrang des Rechts und zur

Begründung

Ist in seiner Bedeutung nicht allen Mitgliedern und externen Zielgruppen ein Begriff. Alternativ kurz erklären.

Antrag A032-Ä006

Änderungsantrag zu A032

Antragsteller/in:	LV Bremen, KV Baden-Baden, KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 294

294 Freiheit in Verantwortung in ~~Sozialer~~Sozial-Ökologischer Marktwirtschaft, Wissenschaft, Kultur

Begründung

Schon unter Helmut Kohl wurde im CDU-Grundsatzprogramm “Freiheit und Verantwortung” 1994 der Begriff “Soziale Marktwirtschaft” zu dem Begriff “Soziale und Ökologische Marktwirtschaft” erweitert. Wir müssen auch in Zukunft die soziale Marktwirtschaft mit der ökologischen Marktwirtschaft zu einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept verbinden. Die CDU Deutschlands hat auch in Ihrem Grundsatzprogramm den Mut die Soziale Marktwirtschaft um eine ökologische Dimension zu erweitern. Diese Konzeptualisierung wird im aktuellen Grundsatzprogramm insbesondere in den

Zeilen 1377 bis 1381 deutlich. Zur Verdeutlichung sollte der Begriff der Sozial-Ökologischen Marktwirtschaft an den entscheidenden Stellen auch klar benannt werden.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A032-Ä007

Änderungsantrag zu A032

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 294

294 Freiheit in Verantwortung in ~~Sozialer~~Sozial-ökologischer Marktwirtschaft, Wissenschaft, Kultur

Begründung

Schon unter Helmut Kohl wurde im CDU-Grundsatzprogramm “Freiheit und Verantwortung” 1994 der Begriff “Soziale Marktwirtschaft” zu dem Begriff “Soziale und Ökologische Marktwirtschaft” erweitert. Wir müssen auch in Zukunft die soziale Marktwirtschaft mit der ökologischen Marktwirtschaft zu einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept verbinden.

Antrag A032-Ä008

Änderungsantrag zu A032

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 295

295 und Gesellschaft. Für uns gilt weiter der Grundsatz: Soviel Freiheit wie möglich, soviel Staat wie nötig!

Begründung

Wir sind davon überzeugt, dass die Menschen in Freiheit und Selbstverantwortung zumeist zu den besten Ergebnissen finden. Diese brauchen aber einen Rahmen, den der Staat vorgibt; nicht immer ist der Markt der beste Weg, um die volkswirtschaftlich optimale Lösung zu finden. Hier braucht es auch verbindliche Vorgaben, wie wir sie z.B. aus vielen Regeln des Ordnungsrechts kennen. Wir haben ein positives Bild vom Staat, der plant und gestaltet und dies im Rahmen der Verhältnismäßigkeit auch mit Mitteln des Ordnungsrechts regeln und durchsetzen kann.

Antrag A033: Zeile 296 - 314: Wir als CDU sind konservativ

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

296 **Wir als CDU sind konservativ**, weil wir Gegenwart und Zukunft im Wissen
297 um Traditionen, kulturelle Prägung und Erfahrungen unserer Zivilisation
298 denken. Wir folgen Prinzipien und wägen immer wieder neu ab, wo wir uns
299 verändern müssen. Mit dieser Grundhaltung können wir das Bewährte
300 bewahren, ohne zu erstarren, und die Zukunft gestalten, ohne übereilt dem
301 Zeitgeist zu folgen. Aus diesem Verständnis setzen wir uns für Recht und
302 Ordnung, für Nachhaltigkeit und Klimaschutz, für Bildung, sozialen
303 Ausgleich und Aufstiegschancen für alle ein. Denn so bewahren wir für die
304 Menschen Freiheit, Sicherheit, Natur und Heimat. Wir stehen für einen
305 weltoffenen Patriotismus, der zum Mitmachen einlädt, statt ausgrenzt.

306 Christlich-sozial, liberal und konservativ verbinden sich zu etwas Eigenem,
307 das christdemokratische Politik ausmacht und von anderen Politikentwürfen
308 unterscheidet. Unsere Politik verbindet Selbstverantwortung und
309 Subsidiarität, Freiheit und Pluralismus, Solidarität und Gerechtigkeit,
310 Rechtsstaatlichkeit und Wertschätzung der Institutionen, Soziale
311 Marktwirtschaft und Ordnungspolitik, Ökonomie und Ökologie,
312 Wettbewerbsorientierung und Technologieoffenheit. Damit stehen wir als
313 CDU für eine Politik, die im besten Sinne bürgerlich, weltoffen und
314 zukunftsorientiert ist.

Antrag A033-Ä001

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	BezV Niederrhein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 296

296 **Wir als CDU sind christlich-konservativ**, weil wir Gegenwart und Zukunft im Wissen

Begründung

Die Basis, aus denen die drei ideellen Wurzeln unserer CDU hervorgehen ist das christliche Menschenbild. Diese ideelle Klammer verbindet die sozialen, liberalen, und konservativen Stränge unserer Partei. Die Relevanz des Christlichen gilt aber für alle diese programmatischen Wurzeln und nicht nur für die soziale. Unser Verständnis von Liberalität und Konservatismus ist eben auch spezifisch christlich geprägt. Es wäre daher ein schiefes Bild, wenn man im Grundsatzprgramm lediglich eine dieser drei Wurzeln begrifflich mit dem „Christlichen“ in Verbindung brächte. Der Wortzusatz „christlich-“ muss daher auch für „liberal“ und „konservativ“ gelten; alternativ müsste die Wortverbindung auch beim Attribut „soziales“ gestrichen werden.

Antrag A033-Ä002

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	KV Zollernalb

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 299 - 301

299 verändern müssen. ~~Mit dieser Grundhaltung~~Bewährtes und Erreichtes bewahren können wir ~~das Bewährte~~
300 ~~bewahren, ohne zu erstarren, und die Zukunft gestalten, ohne übereilt dem~~
301 ~~Zeitgeist zu folgen.~~ nur, wenn wir bereit sind, zu verändern.
302 Aus diesem Verständnis setzen wir uns für Recht und

Begründung

Es ist wissenschaftlich belegt, dass Negativformulierungen nicht in gewünschter Weise verstanden werden und damit ihre Wirkung verfehlen.

Antrag A033-Ä003

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 299

299 verändern müssen oder verbessern können. Mit dieser Grundhaltung können wir das Bewährte

Antrag A033-Ä004

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 302

302 Ordnung, für Nachhaltigkeit und ~~Klimaschutz~~Klima- und Umweltschutz, für Bildung, sozialen

Begründung

Klimaschutz ohne Umweltschutz ist nicht ganzheitlich gedacht.

Antrag A033-Ä005

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 305

305 weltoffenen Patriotismus, der zum Mitmachen einlädt, statt aus~~grenzt~~zugrenzen.

Begründung

redaktionell

Antrag A033-Ä006

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 310 - 311

310 Rechtsstaatlichkeit und Wertschätzung der Institutionen, ~~Soziale~~
311 Sozial-Ökologische
Marktwirtschaft und Ordnungspolitik, Ökonomie und Ökologie,

Begründung

Schon unter Helmut Kohl wurde im CDU-Grundsatzprogramm “Freiheit und Verantwortung” 1994 der Begriff “Soziale Marktwirtschaft” zu dem Begriff “Soziale und Ökologische Marktwirtschaft” erweitert. Wir müssen auch in Zukunft die soziale Marktwirtschaft mit der ökologischen Marktwirtschaft zu einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept verbinden. Die CDU Deutschlands hat auch in Ihrem Grundsatzprogramm den Mut die Soziale Marktwirtschaft um eine ökologische Dimension zu erweitern. Diese Konzeptualisierung wird im aktuellen Grundsatzprogramm insbesondere in den Zeilen 1377 bis 1381 deutlich. Zur Verdeutlichung sollte der Begriff der Sozial-Ökologischen Marktwirtschaft an den entscheidenden Stellen auch klar benannt werden.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A033-Ä007

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 310 - 312

310 Rechtsstaatlichkeit und Wertschätzung der Institutionen, ~~Soziale~~
311 Nachhaltige
Marktwirtschaft und Ordnungspolitik, die Ökonomie, Soziales und Ökologie~~,~~
312 gleichrangig miteinander verbindet, Wettbewerbsorientierung und Technologieoffenheit. Damit stehen wir als

Begründung

Die Soziale Marktwirtschaft ist zu 'eng' geworden. Sie umfasst und bezeichnet nicht mehr adäquat unser aktuelles deutsches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Die Soziale Marktwirtschaft bedarf dringend der Erweiterung um die ökologische Dimension. Siehe Z1377ff. Unter Beibehalt ihrer

'irenischen' Grundidee (siehe nach Z 1364) ist die Soziale Marktwirtschaft in der Kontinuität und Tradition von Röpke, Eucken, Müller-Armack und Ludwig Erhard weiterzuentwickeln. Wir wollen die Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft in einer (erweiterten) Nachhaltigen Marktwirtschaft fortsetzen.

Antrag A033-Ä008

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 310 - 311

310 Rechtsstaatlichkeit und Wertschätzung der Institutionen, ~~Soziale~~
311 Sozial-ökologische
Marktwirtschaft und Ordnungspolitik, Ökonomie und Ökologie,

Begründung

Schon unter Helmut Kohl wurde im CDU-Grundsatzprogramm “Freiheit und Verantwortung” 1994 der Begriff “Soziale Marktwirtschaft” zu dem Begriff “Soziale und Ökologische Marktwirtschaft” erweitert. Wir müssen auch in Zukunft die soziale Marktwirtschaft mit der ökologischen Marktwirtschaft zu einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept verbinden.

Antrag A033-Ä009

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden, KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 310 - 311

310 Rechtsstaatlichkeit und Wertschätzung der Institutionen, ~~Soziale~~
311 Sozial-Ökologische
Marktwirtschaft und Ordnungspolitik, Ökonomie und Ökologie,

Begründung

Schon unter Helmut Kohl wurde im CDU-Grundsatzprogramm “Freiheit und Verantwortung” 1994 der Begriff “Soziale Marktwirtschaft” zu dem Begriff “Soziale und Ökologische Marktwirtschaft” erweitert. Wir müssen auch in Zukunft die soziale Marktwirtschaft mit der ökologischen Marktwirtschaft zu einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept verbinden.

Antrag A033-Ä010

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	KV Bielefeld

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 312 - 313

312 Wettbewerbsorientierung und Technologieoffenheit. Damit stehen wir als
313 ~~CDU~~Volkspartei für eine Politik der Mitte, die ~~im besten Sinne bürgerlich,~~ weltoffen und

Antrag A033-Ä011

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 313

313 CDU für eine Politik, die ~~im besten Sinne~~pragmatisch, bodenständig, ideologiefrei, bürgerlich, weltoffen und

Antrag A033-Ä012

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 313

313 CDU für eine Politik~~,~~ die ~~im besten Sinne bürgerlich,~~ weltoffen und

Antrag A033-Ä013

Änderungsantrag zu A033

Antragsteller/in:	KV Essen, KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 313

313 CDU für eine Politik, die im besten Sinne ~~bürgerlich~~christdemokratisch, weltoffen und

Antrag A034: Zeile 315 - 359: Unser Selbstverständnis. Wir als CDU sind im besten Sinne bürgerlich

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

315 **Unser Selbstverständnis**

316 **Wir als CDU sind im besten Sinne bürgerlich**, weil wir für eine offene

Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern eintreten. Sie beruht auf der Idee des modernen Staatsbürgers in der Tradition der Aufklärung. Sie wird getragen von der Bereitschaft und dem Willen, unserem Land und seinen Werten zuzugehören. Bürgerliche Politik lädt ein und schließt nicht aus. Sie steht für ein Versprechen, in Deutschland mitwirken, seine Talente und Begabungen einbringen und aufsteigen zu können, für gesellschaftliche Integration und Selbstbestimmung, für Familienorientierung und die Unterstützung menschlicher Bindungen. Sie entfaltet besondere Kraft durch eine starke politische Verwurzelung vor Ort in Städten, Gemeinden und Kreisen.

Dieses Versprechen bürgerlicher Politik geht allerdings noch nicht für alle Menschen in Erfüllung, wenn sie aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, wegen ihres Glaubens oder ihres Alters, wegen einer Behinderung oder wegen anderer Merkmale benachteiligt werden. Wir in der CDU treten solchen Benachteiligungen entgegen, denn sie widersprechen unseren Überzeugungen von Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit. Wir sind überzeugt, dass gleiche Rechte und faire Chancen für alle der Schlüssel zur Gerechtigkeit sind.

Bürgerliche Politik verbindet Individualismus und Gemeinwohlverpflichtung, Weltoffenheit und Heimatverbundenheit. Sie vertraut den Menschen und stiftet Zuversicht für die Gestaltung der Zukunft. Denn eine freiheitliche Gesellschaft benötigt sowohl demokratisch gewählte Parlamente, politisch verantwortliche Regierungen und umsetzungsstarke Verwaltungen als auch eine aktive Bürgergesellschaft, wie sie in Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Vereinen und Initiativen gelebt und von vielen Ehrenamtlichen getragen wird. Das eine kann und darf das andere nicht ersetzen.

Bürgerliche Politik achtet und stärkt staatliche Institutionen und ihre Aufgaben, aber sie überhöht den Staat nicht als Alleinversorger oder alleinigen Problemlöser. Sie will das Leistungsversprechen des Staates vital erhalten, wo nötig erneuern und setzt dabei auf haushaltspolitische Nachhaltigkeit. Sie erwartet von den Menschen, dass sie das Ihrige zum Gelingen unseres Gemeinwesens beitragen, jeder nach seinen Kräften.

Unsere Werte, unsere Überzeugungen und unsere Zuversicht bewahren uns vor Endzeitstimmung und Absolutheitsansprüchen. Sie geben uns die notwendige Gelassenheit, um die Herausforderungen unserer Zeit zu analysieren, durchdachte und nachhaltige Lösungen zu finden und diese dann entschieden umzusetzen. Den Gefährdungen von innen und außen setzen wir Selbstbewusstsein und Wehrhaftigkeit entgegen, unsere Offenheit und innere Wertegebundenheit sind dabei nicht verhandelbar. Wir können die Krisen der Gegenwart meistern und eine bessere Zukunft gestalten. Wir

359 glauben an unser Land und die Kraft seiner Menschen.

Antrag A034-Ä001

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 315

315 **Unser Selbstverständnis als Volkspartei**

Antrag A034-Ä002

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 315

~~315~~ ~~**Unser Selbstverständnis**~~

Begründung

Der Inhalt und die Aussagen über die CDU in diesem Textteil sind redundant. Die Redundanz ist zum Teil fast wörtlich, wie im Folgenden dargelegt jedoch zumindest sinngemäß erkennbar. Im Einzelnen finden sich die Aussagen zur offenen, wertebasierten Gesellschaft und der Bindung zur Familie (Zeilen 316-326) in den Zeilen 252-266, die Aussagen zu Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit (Zeilen 327-335) in den Zeilen 218-223 und 267-272, die Aussagen zur freiheitlichen Gesellschaft, zum gesellschaftlichen Engagement und zum Gemeinwesen (Zeilen 336–350) in Zeilen 224–232 und 279–287 sowie die Aussagen zur Wehrhaftigkeit und Werteverbundenheit (Zeilen 351–359) in den Zeilen 224–273 und 296–305. Da die vorherigen Textteile bis einschließlich Zeile 314 konsequent, nachvollziehbar und eingängig aus dem christlichen Menschenbild hervorgehen und gut begründet sind, entsteht aus der beantragten Streichung kein Nachteil, sondern sie stärkt die Klarheit des Grundsatzprogramms und liefert einen besseren Anknüpfungspunkt für den Abschnitt „Die CDU ist und bleibt Volkspartei“ ab Zeile 360.

Antrag A034-Ä003

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 316 - 326

~~316~~ ~~**Wir als CDU sind im besten Sinne bürgerlich**, weil wir für eine offene~~
~~317~~ ~~Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern eintreten. Sie beruht auf der Idee~~

~~des modernen Staatsbürgers in der Tradition der Aufklärung. Sie wird getragen von der Bereitschaft und dem Willen, unserem Land und seinen Werten zuzugehören. Bürgerliche Politik lädt ein und schließt nicht aus. Sie steht für ein Versprechen, in Deutschland mitwirken, seine Talente und Begabungen einbringen und aufsteigen zu können, für gesellschaftliche Integration und Selbstbestimmung, für Familienorientierung und die Unterstützung menschlicher Bindungen. Sie entfaltet besondere Kraft durch eine starke politische Verwurzelung vor Ort in Städten, Gemeinden und Kreisen.~~

Wir als CDU treten als Volkspartei für eine offene Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern ein.

Antrag A034-Ä004

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 316

316 **Wir als CDU sind ~~im besten Sinne~~ bürgerlich**, weil wir für eine offene

Begründung

Bürgerlichkeit brauch keine Rechtfertigung. Sie ist vielmehr Ausgangspunkt unseres politischen Handelns. Durch die Wendung „im besten Sinne“ bekommt dieser Ausgangspunkt jedoch einen negativen Beigeschmack, da suggeriert wird, dass es auch eine schlechte Form von Bürgerlichkeit gibt.

Als CDU agieren wir von Europa bis in die Kommunen bürgerlich und damit pragmatisch, bodenständig und ideologiefrei bei der Suche nach den besten Lösungen für die Probleme Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger.

Die CDU ist die bürgerliche Kraft unseres Landes!

Antrag A034-Ä005

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 316

316 **Wir als CDU sind im besten Sinne ~~bürgerlich~~christlich-demokratisch**, weil wir für eine offene

Antrag A034-Ä006

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 316 - 326

316 ~~**Wir als CDU sind im besten Sinne bürgerlich**, weil wir für eine offene~~
317 ~~Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern eintreten. Sie beruht auf der Idee~~
318 ~~des modernen Staatsbürgers in der Tradition der Aufklärung. Sie wird~~
319 ~~getragen von der Bereitschaft und dem Willen, unserem Land und seinen~~
320 ~~Werten zuzugehören. Bürgerliche Politik lädt ein und schließt nicht aus. Sie~~
321 ~~steht für ein Versprechen, in Deutschland mitwirken, seine Talente und~~
322 ~~Begabungen einbringen und aufsteigen zu können, für gesellschaftliche~~
323 ~~Integration und Selbstbestimmung, für Familienorientierung und die~~
324 ~~Unterstützung menschlicher Bindungen. Sie entfaltet besondere Kraft durch~~
325 ~~eine starke politische Verwurzelung vor Ort in Städten, Gemeinden und~~
326 ~~Kreisen.~~

Begründung

Der Inhalt und die Aussagen über die CDU in diesem Textteil sind redundant. Die Redundanz ist zum Teil fast wörtlich, wie im Folgenden dargelegt jedoch zumindest sinngemäß erkennbar. Im Einzelnen finden sich die Aussagen zur offenen, wertebasierten Gesellschaft und der Bindung zur Familie (Zeilen 316-326) in den Zeilen 252-266, die Aussagen zu Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit (Zeilen 327-335) in den Zeilen 218-223 und 267-272, die Aussagen zur freiheitlichen Gesellschaft, zum gesellschaftlichen Engagement und zum Gemeinwesen (Zeilen 336–350) in Zeilen 224–232 und 279–287 sowie die Aussagen zur Wehrhaftigkeit und Werteverbundenheit (Zeilen 351–359) in den Zeilen 224–273 und 296–305. Da die vorherigen Textteile bis einschließlich Zeile 314 konsequent, nachvollziehbar und eingängig aus dem christlichen Menschenbild hervorgehen und gut begründet sind, entsteht aus der beantragten Streichung kein Nachteil, sondern sie stärkt die Klarheit des Grundsatzprogramms und liefert einen besseren Anknüpfungspunkt für den Abschnitt „Die CDU ist und bleibt Volkspartei“ ab Zeile 360.

Antrag A034-Ä007

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 316 - 320

316 **Wir als CDU sind im besten Sinne ~~bürgerlich~~christlich-demokratisch**, weil wir für eine offene
317 Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern eintreten. Sie beruht auf der Idee
318 des modernen Staatsbürgers in der Tradition der Aufklärung. Sie wird
319 getragen von der Bereitschaft und dem Willen, unserem Land und seinen
320 Werten zuzugehören. ~~Bürgerliche~~Christlich-demokratische Politik lädt ein und schließt nicht aus.

Sie

Begründung

Ein Grundsatzprogramm soll das Profil der CDU schärfen und nicht verwässern. Der Begriff „bürgerlich“ ist jedoch ein Allerweltsbegriff, der von vielen und für vieles verwandt wird. Das, was die CDU jedoch von anderen unterscheidet, ist das „C“. Deshalb wird vorgeschlagen, in diesem Kapitel den Begriff „bürgerlich“ durch „christlich-demokratisch“ zu ersetzen.

Antrag A034-Ä008

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 316

316 **Wir als CDU sind im besten Sinne ~~bürgerlich~~christdemokratisch**, weil wir für
317 eine offene

Antrag A034-Ä009

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 316 - 320

316 **Wir als CDU sind im besten Sinne ~~bürgerlich~~christdemokratisch**, weil wir für eine offene
317 Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern eintreten. Sie beruht auf der Idee
318 des modernen Staatsbürgers in der Tradition der Aufklärung. Sie wird
319 getragen von der Bereitschaft und dem Willen, unserem Land und seinen
320 Werten zuzugehören. ~~Bürgerliche~~Christdemokratische Politik lädt ein und schließt nicht aus. Sie

Begründung

Der Begriff „bürgerlich“ ist schwammig und inhaltsleer. Er taugt nicht dazu, unser Selbstverständnis zu definieren. Unser Selbstverständnis wird weiterhin durch die zuvor beschriebenen Werte und unsere drei Wurzel mit christlich-sozial, liberal und konservativ umfassend ausgefüllt. Wir sind Christdemokraten! Daher braucht es keinen neuen Begriff, der in keiner Weise mit den politisch, historisch und philosophisch bedeutenden Begriffen christlich-sozial, liberal und konservativ mithalten kann, der missverständlich ist und viele negative, exkludierende Deutungen und Zuschreibungen ermöglicht.

Antrag A034-Ä010

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Oldenburg-Stadt

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 318 - 320

318 des modernen Staatsbürgers in der Tradition der Aufklärung. Sie wird
319 getragen von der Bereitschaft und dem Willen, ~~unserem~~für unser Land und~~ seinen~~
320 ~~Werten zuzugehören~~
seine Werte einzustehen. Bürgerliche Politik lädt ein und schließt nicht aus. Sie

Begründung

Die bisherige Formulierung ist zu allgemein und zu wenig inspirierend. Sie impliziert lediglich eine passive Zugehörigkeit, ohne die aktive Verpflichtung, für diese Werte aktiv einzustehen. In unserer heutigen Zeit, in der Werte und demokratische Prinzipien herausgefordert werden, ist es entscheidend, dass wir nicht nur dazu gehören, sondern auch aktiv und dynamisch für unsere Werte eintreten.

Die vorgeschlagene Änderung betont genau dies: die Bereitschaft und den Willen, aktiv für unser Land und seine Werte einzustehen. Diese Formulierung verdeutlicht unsere Entschlossenheit und Verpflichtung, uns aktiv für die Erhaltung und Förderung unserer Werte einzusetzen. Es drückt aus, dass wir nicht nur passive Beobachter sind, sondern aktive Gestalter und Verteidiger unserer Gesellschaft und ihrer Grundwerte

Antrag A034-Ä011

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 319 - 320

319 getragen von der Bereitschaft und dem Willen, sich zu unserem Land und seinen
320 Werten ~~zuzugehören~~zu bekennen. Bürgerliche Politik lädt ein und schließt nicht aus. Sie

Begründung

Eine reine Zugehörigkeit wollen wir nicht, sondern ein klares Bekenntnis. Insbesondere wenn das Grundsatzprogramm auch das Konzept einer Leitkultur verankern möchte, ist ein bloßes „Zugehören“ im Sinne einer lockeren Verbindung nicht ausreichend.

Antrag A034-Ä012

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 320

320 Werten zuzugehören. ~~Bürgerliche~~Christdemokratische Politik lädt ein und schließt nicht aus. Sie

Antrag A034-Ä013

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, Mittelstands- und Wirtschaftsunion, LV Nordrhein-Westfalen, LV Sachsen, BezV Aachen, BezV Suedbaden, KV Essen, KV Heinsberg, KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 323

323 Integration, Inklusion und Selbstbestimmung, für Familienorientierung und die

Begründung

Integration ist nicht mit Inklusion gleichzusetzen. Inklusion ist allerdings mit Integration und Selbstbestimmung in einem zu nennen. Daher sollte der Begriff Inklusion an dieser Stelle ergänzt werden, da Menschen mit Behinderungen in diesem Kontext nicht erwähnt werden, obwohl sie hier eindeutig hingehören und genannt werden müssen.

Antrag A034-Ä014

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 327

327 Dieses Versprechen ~~bürgerlicher Politik~~ geht allerdings noch nicht für alle

Antrag A034-Ä015

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 327 - 335

~~327 Dieses Versprechen bürgerlicher Politik geht allerdings noch nicht für alle~~
~~328 Menschen in Erfüllung, wenn sie aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer~~
~~329 sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, wegen ihres~~
~~330 Glaubens oder ihres Alters, wegen einer Behinderung oder wegen anderer~~
~~331 Merkmale benachteiligt werden. Wir in der CDU treten solchen~~
~~332 Benachteiligungen entgegen, denn sie widersprechen unseren~~
~~333 Überzeugungen von Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit. Wir sind~~

334 ~~überzeugt, dass gleiche Rechte und faire Chancen für alle der Schlüssel zur~~
335 ~~Gerechtigkeit sind.~~

Begründung

Der Inhalt und die Aussagen über die CDU in diesem Textteil sind redundant. Die Redundanz ist zum Teil fast wörtlich, wie im Folgenden dargelegt jedoch zumindest sinngemäß erkennbar. Im Einzelnen finden sich die Aussagen zur offenen, wertebasierten Gesellschaft und der Bindung zur Familie (Zeilen 316-326) in den Zeilen 252-266, die Aussagen zu Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit (Zeilen 327-335) in den Zeilen 218-223 und 267-272, die Aussagen zur freiheitlichen Gesellschaft, zum gesellschaftlichen Engagement und zum Gemeinwesen (Zeilen 336–350) in Zeilen 224–232 und 279–287 sowie die Aussagen zur Wehrhaftigkeit und Werteverbundenheit (Zeilen 351–359) in den Zeilen 224–273 und 296–305. Da die vorherigen Textteile bis einschließlich Zeile 314 konsequent, nachvollziehbar und eingängig aus dem christlichen Menschenbild hervorgehen und gut begründet sind, entsteht aus der beantragten Streichung kein Nachteil, sondern sie stärkt die Klarheit des Grundsatzprogramms und liefert einen besseren Anknüpfungspunkt für den Abschnitt „Die CDU ist und bleibt Volkspartei“ ab Zeile 360.

Antrag A034-Ä016

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 327

327 Dieses Versprechen ~~bürgerlicher~~christlich-demokratischer Politik geht allerdings noch nicht für alle

Antrag A034-Ä017

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 327

327 Dieses Versprechen ~~bürgerlicher~~christdemokratischer Politik geht allerdings noch nicht für alle

Antrag A034-Ä018

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Goettingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 334 - 335

334 überzeugt, dass gleiche Rechte und faire Chancen für alle d~~er~~ie Schlüssel ~~zur~~
335 ~~Gerechtigkeit~~zum gerechten Miteinander sind.

Begründung

Ich denke, dass Gerechtigkeit an dieser Stelle eine undefinierte Phrase ist.

Antrag A034-Ä019

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 336

336 ~~Bürgerliche~~Unsere Politik verbindet Individualismus und

Antrag A034-Ä020

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 336 - 344

~~336 Bürgerliche Politik verbindet Individualismus und~~
~~337 Gemeinwohlverpflichtung, Weltoffenheit und Heimatverbundenheit. Sie~~
~~338 vertraut den Menschen und stiftet Zuversicht für die Gestaltung der Zukunft.~~
~~339 Denn eine freiheitliche Gesellschaft benötigt sowohl demokratisch gewählte~~
~~340 Parlamente, politisch verantwortliche Regierungen und umsetzungsstarke~~
~~341 Verwaltungen als auch eine aktive Bürgergesellschaft, wie sie in Kirchen und~~
~~342 Glaubensgemeinschaften, Vereinen und Initiativen gelebt und von vielen~~
~~343 Ehrenamtlichen getragen wird. Das eine kann und darf das andere nicht~~
~~344 ersetzen.~~

Begründung

Der Inhalt und die Aussagen über die CDU in diesem Textteil sind redundant. Die Redundanz ist zum Teil fast wörtlich, wie im Folgenden dargelegt jedoch zumindest sinngemäß erkennbar. Im Einzelnen finden sich die Aussagen zur offenen, wertebasierten Gesellschaft und der Bindung zur Familie (Zeilen 316-326) in den Zeilen 252-266, die Aussagen zu Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit (Zeilen 327-335) in den Zeilen 218-223 und 267-272, die Aussagen zur freiheitlichen Gesellschaft, zum gesellschaftlichen Engagement und zum Gemeinwesen (Zeilen 336–350) in Zeilen 224–232 und 279–287 sowie die Aussagen zur Wehrhaftigkeit und Werteverbundenheit (Zeilen 351–359) in den Zeilen 224–273 und 296–305. Da die vorherigen Textteile bis einschließlich Zeile 314 konsequent, nachvollziehbar und eingängig aus dem christlichen Menschenbild hervorgehen und gut begründet sind, entsteht aus der beantragten Streichung kein Nachteil, sondern sie stärkt die Klarheit des

Grundsatzprogramms und liefert einen besseren Anknüpfungspunkt für den Abschnitt „Die CDU ist und bleibt Volkspartei“ ab Zeile 360.

Antrag A034-Ä021

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 336

336 ~~Bürgerliche~~Christlich-demokratische Politik verbindet Individualismus und

Antrag A034-Ä022

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 336

336 ~~Bürgerliche~~Christdemokratische Politik verbindet Individualismus und

Antrag A034-Ä023

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 345

345 ~~Bürgerliche~~Unsere Politik achtet und stärkt staatliche Institutionen und ihre

Antrag A034-Ä024

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 345 - 350

~~345 Bürgerliche Politik achtet und stärkt staatliche Institutionen und ihre~~
~~346 Aufgaben, aber sie überhöht den Staat nicht als Alleinversorger oder~~
~~347 alleinigen Problemlöser. Sie will das Leistungsversprechen des Staates vital~~
~~348 erhalten, wo nötig erneuern und setzt dabei auf haushaltspolitische~~
~~349 Nachhaltigkeit. Sie erwartet von den Menschen, dass sie das Ihrige zum~~
~~350 Gelingen unseres Gemeinwesens beitragen, jeder nach seinen Kräften.~~

Begründung

Der Inhalt und die Aussagen über die CDU in diesem Textteil sind redundant. Die Redundanz ist zum Teil fast wörtlich, wie im Folgenden dargelegt jedoch zumindest sinngemäß erkennbar. Im Einzelnen finden sich die Aussagen zur offenen, wertebasierten Gesellschaft und der Bindung zur Familie (Zeilen 316-326) in den Zeilen 252-266, die Aussagen zu Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit (Zeilen 327-335) in den Zeilen 218-223 und 267-272, die Aussagen zur freiheitlichen Gesellschaft, zum gesellschaftlichen Engagement und zum Gemeinwesen (Zeilen 336–350) in Zeilen 224–232 und 279–287 sowie die Aussagen zur Wehrhaftigkeit und Werteverbundenheit (Zeilen 351–359) in den Zeilen 224–273 und 296–305. Da die vorherigen Textteile bis einschließlich Zeile 314 konsequent, nachvollziehbar und eingängig aus dem christlichen Menschenbild hervorgehen und gut begründet sind, entsteht aus der beantragten Streichung kein Nachteil, sondern sie stärkt die Klarheit des Grundsatzprogramms und liefert einen besseren Anknüpfungspunkt für den Abschnitt „Die CDU ist und bleibt Volkspartei“ ab Zeile 360.

Antrag A034-Ä025

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 345

345 ~~Bürgerliche~~Christlich-demokratische Politik achtet und stärkt staatliche Institutionen und ihre

Antrag A034-Ä026

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 345

345 ~~Bürgerliche~~Christdemokratische Politik achtet und stärkt staatliche Institutionen und ihre

Antrag A034-Ä027

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 347

347 ~~allein~~vorrangigen Problemlöser. ~~Sie~~Ein ausufernder Staat erstickt Freiheit, Kreativität und Wohlstand. Bürgerliche Politik will das Leistungsversprechen des Staates verbunden mit dem Grundsatz der Subsidiarität vital

Antrag A034-Ä028

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 351 - 359

351 ~~Unsere Werte, unsere Überzeugungen und unsere Zuversicht bewahren uns~~
352 ~~vor Endzeitstimmung und Absolutheitsansprüchen. Sie geben uns die~~
353 ~~notwendige Gelassenheit, um die Herausforderungen unserer Zeit zu~~
354 ~~analysieren, durchdachte und nachhaltige Lösungen zu finden und diese~~
355 ~~dann entschieden umzusetzen. Den Gefährdungen von innen und außen~~
356 ~~setzen wir Selbstbewusstsein und Wehrhaftigkeit entgegen, unsere Offenheit~~
357 ~~und innere Wertegebundenheit sind dabei nicht verhandelbar. Wir können~~
358 ~~die Krisen der Gegenwart meistern und eine bessere Zukunft gestalten. Wir~~
359 ~~glauben an unser Land und die Kraft seiner Menschen.~~

Begründung

Der Inhalt und die Aussagen über die CDU in diesem Textteil sind redundant. Die Redundanz ist zum Teil fast wörtlich, wie im Folgenden dargelegt jedoch zumindest sinngemäß erkennbar. Im Einzelnen finden sich die Aussagen zur offenen, wertebasierten Gesellschaft und der Bindung zur Familie (Zeilen 316-326) in den Zeilen 252-266, die Aussagen zu Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit (Zeilen 327-335) in den Zeilen 218-223 und 267-272, die Aussagen zur freiheitlichen Gesellschaft, zum gesellschaftlichen Engagement und zum Gemeinwesen (Zeilen 336–350) in Zeilen 224–232 und 279–287 sowie die Aussagen zur Wehrhaftigkeit und Werteverbundenheit (Zeilen 351–359) in den Zeilen 224–273 und 296–305. Da die vorherigen Textteile bis einschließlich Zeile 314 konsequent, nachvollziehbar und eingängig aus dem christlichen Menschenbild hervorgehen und gut begründet sind, entsteht aus der beantragten Streichung kein Nachteil, sondern sie stärkt die Klarheit des Grundsatzprogramms und liefert einen besseren Anknüpfungspunkt für den Abschnitt „Die CDU ist und bleibt Volkspartei“ ab Zeile 360.

Antrag A034-Ä029

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Vogtland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 357 - 358

357 und innere Wertegebundenheit sind dabei nicht verhandelbar. ~~Wir~~Nur mit Gottes Hilfe können
358 wir die Krisen der Gegenwart meistern und eine bessere Zukunft gestalten. Wir

Antrag A034-Ä030

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	BezV Niederrhein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 359

359 ~~glauben an~~vertrauen auf unser Land und die Kraft seiner Menschen.

Begründung

Als C-Partei gehen wir davon aus, dass unsere Mitglieder an Gott glauben. Die Vokabel „Glauben“ sollten wir dafür reservieren und nicht auf Menschen oder unser Land beziehen. Hier passt das Wort „vertrauen“ deutlich besser.

Antrag A034-Ä031

Änderungsantrag zu A034

Antragsteller/in:	KV Hagen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 359

359 glauben an unser Land und die Kraft seiner Menschen.

Privates Engagement genießt Vorrang vor staatlichen Eingriffen“. Da wo das Gemeinwohl gefährdet ist, ist der Staat aber zum Handeln aufgefordert.

Begründung

Subsidiarität ordnet Solidarität. Initiativen der Menschen haben Vorfahrt, nicht der Staat soll Gesellschaftstätigkeit organisieren, sondern einen Rahmen bilden. Da wo dieses Prinzip versagt, ist der Staat zum Eingreifen aufgefordert.

Antrag A035: Zeile 360 - 393: Die CDU ist und bleibt Volkspartei

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

360 **Die CDU ist und bleibt Volkspartei.** Wir vertrauen auf die Idee der
361 Volkspartei und ihre Bedeutung für unsere Demokratie – heute und in der
362 Zukunft. Gerade im digitalen Zeitalter, in dem die Foren der
363 Meinungsäußerungen und die Formen der Meinungsbildung immer
364 unübersichtlicher werden, ist es wichtig, unterschiedliche Stimmen und
365 Interessen zusammenzuführen und Orientierung zu geben. Mehr denn je
366 sind Volksparteien daher der Ort, an dem der verfassungsrechtliche Auftrag

zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung erfüllt werden kann.

Wir sind davon überzeugt, dass starke Volksparteien vor Zersplitterung, Populismus und Polarisierung bewahren. Wir sind weder einem einzelnen Milieu noch einem speziellen Thema verpflichtet. Wir sehen unseren Auftrag und unsere Verpflichtung für die Demokratie und den Rechtsstaat vielmehr darin, auf der Basis unserer Grundwerte als Volkspartei der Mitte ein einigendes Band für die Vielfalt der Interessen zu schaffen. Wir führen Menschen verschiedener Geschlechter, verschiedener Herkunft und vielfältiger Berufe, unterschiedlicher Bildung und Religion, mit oder ohne Behinderungen, jeden Alters und aus verschiedenen Milieus, vom Land und aus der Stadt zusammen und tragen so zur Stabilität unseres Gemeinwesens und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Es ist unser Anspruch als Volkspartei, sinnstiftende politische Heimat zu sein und allen offenzustehen, die sich auf der Grundlage unserer Werte an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen möchten. Das geschieht in besonderer Weise durch das Engagement unserer Mitglieder sowie das Engagement unserer Amts- und Mandatsträger vor Ort. In diesem Sinne versteht sich die CDU als Kommunalpartei.

Wir wollen auch in Zukunft Volkspartei mit einem Gestaltungsanspruch für unser Land und Europa sein. Es ist und bleibt unsere Aufgabe, die Breite und Vielfalt der Gesellschaft in unserer Partei abzubilden. Die Berücksichtigung unterschiedlicher Talente und Persönlichkeiten, offene und transparente Prozesse der Meinungsbildung sowie der faire und gleichberechtigte Umgang miteinander sind Voraussetzung dafür. Unser Anspruch ist, dass in der CDU Frauen und Männer – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Alter – selbstverständlich und partnerschaftlich Politik gestalten und ihre Interessen einbringen.

Antrag A035-Ä001

Änderungsantrag zu A035

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 364

vielfältiger und unübersichtlicher werden, ist es wichtig, unterschiedliche Stimmen und

Antrag A035-Ä002

Änderungsantrag zu A035

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 365

365 Interessen zusammenzuführen ~~und~~. Insbesondere dort, wo „Fake News“, so genannte „alternative Fakten“ und Unwahrheiten um sich greifen, ist es wichtig, Orientierung zu geben. Mehr denn je

Begründung

Es geht nicht nur um Meinungen – Meinungsäußerung und Meinungsbildung. Genauso geht es im digitalen Raum um vermeintliche Fakten und um Unwahrheiten. Gerade hierbei braucht es Orientierung – damit Meinungsbildung und Meinungsäußerung geschützt sind.

Antrag A035-Ä003

Änderungsantrag zu A035

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 374

374 Menschen ~~verschieden~~beider Geschlechter, verschiedener Herkunft und

Begründung

Ergibt sich aus Zeile 391 „Frauen und Männer“ i. V. m. Zeilen 1007 ff.

Antrag A035-Ä004

Änderungsantrag zu A035

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 374

374 Menschen verschiedener Geschlechter und sexueller Orientierung, verschiedener Herkunft und

Antrag A035-Ä005

Änderungsantrag zu A035

Antragsteller/in:	KV Limburg-Weilburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 390

390 miteinander sind Voraussetzung dafür. Wir möchten die Mitglieder an den wesentlichen inhaltlichen und personellen Entscheidungen direkt mitwirken lassen. Unser Anspruch ist, dass in der CDU

Begründung

Um die innerparteiliche Demokratie im Sinne Artikel 21 Absatz 1 Satz 3 des Grundgesetzes zu

stärken, erachten wir es für sinnvoll, basisdemokratische Entscheidungsmechanismen bei wesentlichen Fragestellungen einzuführen. Dadurch stärken wir die Bindung der Mitglieder an unsere Partei.

Antrag A035-Ä006

Änderungsantrag zu A035

Antragsteller/in:	KV Goettingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 390 - 391

390 miteinander sind Voraussetzung dafür. Unser Anspruch ist, dass in der CDU
391 ~~Frauen und Männer~~alle - unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft und ihrem Alter -

Begründung

Da nach heutigem Verständnis es auch weitere Geschlechter gibt, würde die Differenzierung nur in Mann und Frau ausgrenzen.

Antrag A035-Ä007

Änderungsantrag zu A035

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 391

391 ~~Frauen und Männer~~alle Menschen - unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Alter -

Begründung

Der Geschlechterbezug ist hier fehl am Platz, es sollte ein umfassender Aufruf zur Mitarbeit sein.

Antrag A035-Ä008

Änderungsantrag zu A035

Antragsteller/in:	KV Kleve, KV Zollernalb
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 391

391 ~~Frauen und Männer~~Menschen - unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Alter -

Begründung

Die bestehende Formulierung schließt Menschen aus. Als Befürworter der Inklusion ist das für die CDU nicht akzeptabel. Es ist angesichts der Akzeptanz vielfältiger biologischer und selbst gewählter geschlechtlicher Zuordnung ein Anachronismus und Ausdruck des Denkens in Kategorien des 20.

Jahrhunderts, von Frauen und Männern zu reden.

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel

Antrag A035-Ä009

Änderungsantrag zu A035

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 392 - 393

392 selbstverständlich und partnerschaftlich Politik gestalten und ihre
393 ~~Interessen~~persönlichen Erfahrungen einbringen.

Antrag A035-Ä010

Änderungsantrag zu A035

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 392

392 selbstverständlich ~~und~~, partnerschaftlich und gleichberechtigt Politik gestalten und ihre

Antrag A035-Ä011

Änderungsantrag zu A035

Antragsteller/in:	KV Bochum
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 393

393 Interessen einbringen.

Wir arbeiten für ein Land, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht ist. Unsere freiheitliche Gesellschaft fußt auf den Errungenschaften der Aufklärung und Emanzipation. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau und der gegenseitige Respekt voreinander folgen aus unserem Bild vom Menschen und prägen unser Verständnis von Partnerschaft im Zusammenleben in Ehe, Familie und Gesellschaft. Wir wollen eine moderne Gesellschaft, in der Frauen wie Männer gleichermaßen mitwirken, ihre Stärken und Kompetenzen entfalten können und wertgeschätzt werden. Sie müssen die besten Chancen auf eine gute Bildung, faire und gleiche Löhne, sichere Arbeitsplätze und beruflichen Aufstieg erhalten.

Begründung

Die Zeilen 947-958 des Grundsatzprogramms beinhalten Ausführungen zur Gleichberechtigung der Geschlechter. Dieser Teil gehört aus unserer Sicht daher nicht in den Unterbereich „Familien

Sicherheit geben“, da dies zu kurz greift. Vielmehr gehört er in das Kapitel „Was uns ausmacht“ und sollte dort Teil unseres Selbstverständnisses sein.

Antrag A036: Zeile 394 - 412: Wo wir hinwollen. Ein Land, das frei und sicher ist

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 405 - 408 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

394 ## III. Wo wir hinwollen

395 **Ein Land, das frei und sicher ist**

396 Wir Christdemokraten werden geleitet von der Idee der Freiheit. Frei kann
397 nur sein, wer in Sicherheit lebt. Sicherheit ist eine Voraussetzung für ein
398 friedliches Zusammenleben und das Vertrauen in unser Land.

399 Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Wir sind eine starke
400 Demokratie. Wir haben leistungsfähige Sicherheitsbehörden und ein
401 funktionierendes Rechtssystem. Wir sind Teil internationaler Bündnisse und
402 Partnerschaften.

403 Freiheit und Sicherheit stehen heute unter Druck, werden von alten wie
404 neuen Akteuren, von innen wie von außen bedroht.

405 Wir Christdemokraten werden allen Bedrohungen für unser Land und seine
406 Menschen entschlossen entgegentreten. Wer unsere Grundwerte wie
407 Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenwürde bekämpft, dem
408 begegnen wir mit aller Härte.

409 Wir Christdemokraten wissen um unsere Verantwortung in Europa und der
410 Welt. Wir wollen, dass Deutschland dieser Verantwortung gerecht wird und
411 sie mit Leben füllt.

412 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Antrag A036-Ä001

Änderungsantrag zu A036

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 396 - 398

396 Wir Christdemokraten werden geleitet von der Idee der Freiheit. ~~Frei kann~~
397 ~~nur sein, wer in Sicherheit lebt. Sicherheit ist eine Voraussetzung~~Wir sorgen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ihr Leben in Freiheit gestalten und ihre Lebensentwürfe nach eigenem Belieben wählen können. Freizeit, Eheleben und Kindererziehung, Fürsorge für ~~ein~~
398 ~~friedliches Zusammenleben und~~Eltern und Verwandte und besonders auch das ~~Vertrauen in unser Land~~Erwerbsleben, ob als Unternehmer oder als Angestellter, sind vor allem und zu allererst Sache jedes Einzelnen. Wir Christdemokraten wollen, dass jeder die Freiheit hat, seine eigenen Entscheidungen zu treffen und zu verantworten.

Begründung

Änderung zwecks Klarstellung.

Antrag A036-Ä002

Änderungsantrag zu A036

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 396

396 Wir Christdemokraten werden geleitet von der Idee ~~der~~von Frieden und Freiheit. Frei kann

Antrag A036-Ä003

Änderungsantrag zu A036

Antragsteller/in:	LV Saar
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 402

402 Partnerschaften. Wir verstehen uns auf der Basis der deutsch-französischen Freundschaft als Motor der europäischen Integration, die einen Raum des Rechts, der Freiheit und der Sicherheit schafft.

Begründung

Das Grundsatzpapier benennt zurecht die nationale und die internationale Ebene in ihrer Bedeutung für die Verwirklichung von Freiheit und Sicherheit. Dabei fehlen jedoch die europäische Ebene und die Rolle des deutsch-französischen Motors hierbei. Beides darf bei der Verwirklichung einer Politik, die Recht, Freiheit und Sicherheit durchsetzen will, nicht fehlen.

Antrag A036-Ä004

Änderungsantrag zu A036

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 406 - 408

406 Menschen entschlossen entgegentreten. Wer unsere Grundwerte wie
407 Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenwürde bekämpft, dem
408 begegnen wir mit ~~aller Härte~~Entschlossenheit.

Antrag A036-Ä005

Änderungsantrag zu A036

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 407

407 Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenwürde bekämpft, dem

Begründung

Der Absatz behandelt die Frage, wie man Bedrohungen für unser Land entgegentritt. Der Rechtsstaat ist der Maßstab, an dem Bedrohungen zu messen sind. Als Grundwert ist Rechtsstaatlichkeit auch als Staatsstrukturprinzip in Art. 20 Abs. 3 GG verfassungsrechtlich verbürgt.

Antrag A036-Ä006

Änderungsantrag zu A036

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 408

408 ~~begegn~~treten wir mit aller Härte entgegen.

Antrag A036-Ä007

Änderungsantrag zu A036

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 408

408 begegnen wir mit aller ~~Härte~~Entschiedenheit.

Begründung

Da AFD-Sprechweise

Antrag A037: Zeile 413 - 433: Sicherheit für alle

Antragsteller/in:	Bundesvorstand

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 414 - 415 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 416 - 417 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 420 - 426 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 427 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 428 - 433 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

413 **Sicherheit für alle**

414 **Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille.** Sicherheit ist
415 eine Vor~~rau~~aussetzung für Freiheit. Nur wer tatsächlich sicher in unserem Land lebt und sich zu Hause und in der Öffentlichkeit auch sicher fühlt, kann seine Freiheitsrechte in Anspruch nehmen. Kernaufgabe des demokratischen
416 Rechtsstaates ist es, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten sowie Recht und Gesetz durchzusetzen -
417 in der analogen wie in der digitalen Welt. Wir wollen einen starken Staat, der
418 die Menschen in Deutschland schützt und ihnen so viele Freiräume wie
419 möglich lässt.

420 **Für ein sicheres Leben braucht es starke Sicherheitsbehörden im Innern.**
421 Leistungsfähige Sicherheitsbehörden schützen unseren Rechtsstaat und
422 ermöglichen Freiheit. ~~Ihnen~~Der Polizei obliegt die Durchsetzung des staatlichen
423 Gewaltmonopols. Wir brauchen starke Sicherheitsbehörden für ein sicheres
424 Leben und um die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu stärken. Dazu
425 setzen wir auf ausreichend und qualifiziertes Personal, eine gute Ausstattung und
426 entsprechende Befugnisse für unsere Polizei und den Verfassungsschutz
427 sowie eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung aller Sicherheitsbehörden auch mit internationalen Partnern.

428 **Sicherheit muss man fühlen können.**~~Unsere~~Sicherheit beginnt an der Haustür. Im Alltag und in der Nachbarschaft ist sie für die Menschen besonders wichtig und spürbar. Polizei ~~muss~~und Ordnungskräfte müssen deshalb noch
429 sichtbarer auf den Straßen und Plätzen, sowohl in der Stadt als auch in
430 ländlichen Räumen sein. Der Einsatz intelligenter Videosicherheitstechnik
431 an Gefahrenorten muss ausgebaut werden. ~~D~~Einer Verwahrlosung des
432 öffentlichen Raums treten wir entgegen, denn sie ist oft Anfangspunkt für
433 Kriminalität.

Antrag A037-Ä001

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 414 - 419

414 ~~**Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille.** Sicherheit ist~~
415 ~~eine Vorrausetzung für Freiheit. Kernaufgabe des demokratischen~~
416 ~~Rechtsstaates ist es, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten –~~
417 ~~in der analogen wie in der digitalen Welt. Wir wollen einen starken Staat, der~~
418 ~~die Menschen in Deutschland schützt und ihnen so viele Freiräume wie~~
419 ~~möglich lässt.~~

Wir Christdemokraten streben ein Leben in Freiheit und in Sicherheit an. Freiheit und Sicherheit wollen wir in die bestmögliche praktische Konkordanz bringen. Dafür brauchen wir den lebendigen demokratischen Prozess und starke individuelle Freiheitsrechte. Wir brauchen einen schlanken Staat, der seine wesentlichen Aufgaben wirkungsvoll wahrnimmt. Dazu gehören insbesondere die Landesverteidigung, die Polizei und ein funktionierendes Rechtssystem mit fairen und unabhängigen Gerichten.

Begründung

Änderung zwecks Klarstellung.

Antrag A037-Ä002

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 415

415 eine Vor~~rau~~aussetzung für Freiheit. Kernaufgabe des demokratischen

Antrag A037-Ä003

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 415

415 eine Vorrausetzung für Freiheit. Nur wer tatsächlich sicher in unserem Land lebt und sich zu Hause und in der Öffentlichkeit auch sicher fühlt, kann seine Freiheitsrechte in Anspruch nehmen. Kernaufgabe des demokratischen

Begründung

Betonung der Bedeutung des subjektiven Sicherheitsempfindens.

Antrag A037-Ä004

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 416

416 Rechtsstaates ist es, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten und durchzusetzen -

Begründung

Eine wesentliche Legitimationsgrundlage des Rechtsstaates ist nicht nur, dass er Recht und Sicherheit gewährleistet, sondern auch durchsetzt. Sonst akzeptieren die Bürgerinnen und Bürger den Rechtsstaat irgendwann nicht mehr.

Antrag A037-Ä005

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 417 - 419

417 in der analogen wie in der digitalen Welt. Wir wollen einen starken Staat, der
418 die Menschen in Deutschland schützt und ~~ihnen so viele~~ihre Freiräume ~~wie~~
419 ~~möglich lässt~~nur dort einschränkt, wo nötig.

Begründung

Der umgekehrte Blickwinkel auf die Freiräume der Menschen ist als Formulierung für die CDU vorzuziehen, da unser Staats- und Menschenverständnis von Freiheit und Freiräumen geprägt ist.

Antrag A037-Ä006

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Stormarn
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 420 - 421

420 **Für ein sicheres Leben braucht es starke ~~Sicherheitsbehörden~~ Sicherheitsinfrastruktur im Innern.**

423 Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe unter Einbeziehung Behörden.
Leistungsfähige Sicherheitsbehörden schützen unseren Rechtsstaat und

Antrag A037-Ä007

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Lippe

Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 426 - 427

426 entsprechende Befugnisse für unsere Polizei und den Verfassungsschutz
427 ~~sowie eine engere Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden~~. Dazu gehört auch, die massiven Einschnitte und überzogenen Kontrollfunktionen für Sicherheitsbehörden in eine praktikable Form zurückzuführen um so eine erfolgreiche Gefahrenabwehr von Innen und Außen zu ermöglichen.

Begründung

Bürokratieabbau in den Sicherheitsbehörden muss oberste Priorität haben - Bundesweit und Länderübergreifend!

Antrag A037-Ä008

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 422 - 425

422 ermöglichen Freiheit. ~~Ihnen~~Der Polizei obliegt die Durchsetzung des staatlichen
423 Gewaltmonopols. Wir brauchen starke Sicherheitsbehörden für ein sicheres
424 Leben und um die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu stärken. Dazu
425 setzen wir auf ausreichend qualifiziertes Personal, eine gute Ausstattung und

Begründung

Nur der Staat hat in Deutschland das Gewaltmonopol, nur er darf Gewalt anwenden. Polizei gehört zum Staat und hat damit das Vorrecht Gewalt auszuüben. Da unter den Sammelbegriff „Sicherheitsbehörden“ auch der Verfassungsschutz fällt, wäre diese Einordnung irreführend, denn die Verfassungsschutzbehörden besitzen keine Exekutivvollmachten. Kritiker kämen sonst auf die Idee zu behaupten, die CDU wolle das Trennungsgebot aufweichen!

Wir brauchen vor allem gut qualifiziertes Personal!!

Antrag A037-Ä009

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 424 - 425

424 Leben und um die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu stärken. ~~Dazu~~

425 ~~setzen wir auf~~Wir sorgen für ausreichend Personal, eine gute Ausstattung und

Begründung

Dazu setzen wir auf ausreichendes Personal ist hier zu unverbindlich. Wir sorgen für ausreichend Personal ist hier die verbindliche und richtige Formulierung.

Antrag A037-Ä010

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 425 - 426

425 setzen wir auf ausreichend Personal, eine gute Ausstattung und
426 Ausbildung, sowie entsprechende Befugnisse für unsere Polizei und den Verfassungsschutz

Begründung

Der wichtigste Garant für leistungsstarke Sicherheitskräfte ist eine gute Ausbildung. Sie sollte daher in der Liste unserer Forderungen nicht fehlen.

Antrag A037-Ä011

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 425

425 setzen wir auf ausreichend gutes Personal, eine gute Ausstattung und

Antrag A037-Ä012

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Uelzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 427

427 sowie eine engere Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden.**Dazu gehört es auch, den europäischen und deutschen Datenschutz an die heutigen Realitäten der Sicherheitsbehörden anzupassen.**

Begründung

Der Datenschutz schränkt die Arbeitsfähigkeit insbesondere der Nachrichtendienste, aber auch

anderer Sicherheitsbehörden massiv ein. Viele Terroranschläge können nur dank ausländischer Geheimdienste mit niedrigerem Datenschutz vereitelt werden. Im Sinne einer Unabhängigkeit gilt es hier, Abhilfe zu schaffen.

Antrag A037-Ä013

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 427

427 sowie eine engere Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden auch internationaler Partner.

Begründung

Die nationale Sicherheit ist häufig durch internationale Kriminalität gefährdet. Zur effektiven Bekämpfung bedarf es auch einer Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden aus den europäischen Nachbarländern. (Verbessertes Netzwerk, Zusammenarbeit der Polizeibehörden).

Antrag A037-Ä014

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 427

427 sowie eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung aller Sicherheitsbehörden.

Begründung

Oftmals haben die einzelnen Bundesländer unterschiedliche Sicherheits- und Einsatzkonzepte. Es ist wichtig die Erfahrungswerte miteinander auszutauschen, um Konzepte zu optimieren.

Antrag A037-Ä015

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 427

427 sowie eine engere Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden, auch grenzüberschreitend.

Antrag A037-Ä016

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 427

427 sowie eine engere Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden.

Sicherheit im öffentlichen Raum ist eine grundlegende hoheitliche Aufgabe: Wir wollen eine starke Präsenz der Polizei auch im ländlichen Raum, eine bestmögliche Ausstattung und fordern den notwendigen gesellschaftlichen Rückhalt ein. Wir stehen an der Seite der Polizistinnen und Polizisten, der Feuerwehren, der Sanitäter und Helferinnen und Helfer in den Blaulicht-Organisationen. Wo immer es nötig ist, unterstützen wir eine Stärkung der kommunalen Ordnungsdienste.

Begründung

In Zeiten der Anfeindungen und der sogar tätlichen Übergriffe müssen wir ein Zeichen der Solidarität und des Anerkennens setzen.

Antrag A037-Ä017

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in Fassung der AK und Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands

Zeile 428 - 433

~~428 **Sicherheit muss man fühlen können.** Unsere Polizei muss deshalb noch~~
~~429 sichtbarer auf den Straßen und Plätzen, sowohl in der Stadt als auch in~~
~~430 ländlichen Räumen sein. Der Einsatz intelligenter Videosicherheitstechnik~~
~~431 an Gefahrenorten muss ausgebaut werden. Der Verwahrlosung des~~
~~432 öffentlichen Raums treten wir entgegen, denn sie ist oft Anfangspunkt für~~
~~433 Kriminalität.~~

Sicherheit muss man fühlen können. Polizei und Ordnungskräfte müssen deshalb noch sichtbarer auf den Straßen und Plätzen, sowohl in der Stadt als auch in ländlichen Räumen sein. Kommunale Ordnungsdienste sind heutzutage mehr denn je Teil der Sicherheitsbehörden, insbesondere in mittleren und großen Städten. Auch sie brauchen die notwendigen Befugnisse, ausreichend Personal, und moderne Einsatzmittel.

434

DerEinsatz intelligenter Videosicherheitstechnik an Gefahrenortenmuss ausgebaut werden. Die Befugnis für eine Videobeobachtung im öffentlichen Raum darf dabei nicht nur der Polizei zustehen, sondern auch den Städten und Gemeinden. Der Verwahrlosung des öffentlichen Raums treten wir entgegen, denn sie ist oft Anfangspunkt für Kriminalität. Brennpunkte und Angsträume können dabei schon bei der städtebaulichen Planung verhindert werden, in dem die Polizei bei Bauprojekten bereits in der Planungsphase eingebunden wird.

Antrag A037-Ä018

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 428 - 432

428 **Sicherheit muss man fühlen können.**Sicherheit beginnt an der Haustür. Im Alltag und in der Nachbarschaft ist sie für die Menschen besonders wichtig und spürbar. Unsere Polizei muss deshalb in die Lage versetzt werden, noch
429 sichtbarer auf den Straßen und Plätzen, sowohl in der Stadt als auch in
430 ländlichen Räumen präsent sein zu können, ohne dadurch Kapazitäten zur repressiven Verbrechensbekämpfung einzubüßen. Wichtig hierfür ist zum einen die Effizienzsteigerung durch die Nutzung technisch modernster Einsatzmittel aber auch ein auskömmlicher Personalkörper. Der Einsatz intelligenter Videosicherheitstechnik
431 an Gefahrenorten muss ausgebaut werden. Der Verwahrlosung des
432 öffentlichen Raums treten wir entgegen, denn sie ist oft Anfangspunkt für

Begründung

Betonung des Grundsatzes „Sicherheit jederzeit und überall zu gewährleisten“, insbesondere dort, wo es für die Menschen am spürbarsten ist: in ihrer unmittelbaren Umgebung.

Antrag A037-Ä019

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Cloppenburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 431

431 an Gefahrenorten muss ausgebaut werden. ~~D~~Einer Verwahrlosung des

Begründung

Unbestimmter Artikel hier sinnvoller, weil sonst die Leser denken könnten, dass der öffentliche Raum in Deutschlands bereits heute großflächig verwahrlost ist. Diese negative Sichtweise auf unser Land sollten wir nicht teilen.

Antrag A037-Ä020

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Muelheim/Ruhr
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 431

431 an Gefahrenorten muss ausgebaut und hierbei die grundrechtlich geschützten Persönlichkeitsrechte der Betroffenen gewahrt werden. Der Verwahrlosung des

Begründung

Der Einsatz intelligenter Videosicherheitstechnik, unter Berücksichtigung der Persönlichkeitsrechte, muss an Gefahrenorten ausgebaut werden. Diese Technologie bietet eine Reihe von Vorteilen, darunter eine verbesserte Überwachung und schnellere Reaktion auf potenzielle Bedrohungen, sowie eine schnellere Strafverfolgung. Durch den gezielten Ausbau der Technik können wir die Sicherheit an Gefahrenorten erhöhen und die Gefahr von kriminellen Aktivitäten sowie anderen Risiken deutlich reduzieren.
Jedoch ist es wichtig, dass dieser Ausbau unter Beachtung der grundrechtlich geschützten Persönlichkeitsrechte der Betroffenen erfolgt. Dies bedeutet, dass bei der Einführung intelligenter Videosicherheitstechnik strenge Datenschutzrichtlinien befolgt werden müssen. Dies umfasst unter anderem die anonyme Erfassung von Daten, die Begrenzung des Zugriffs auf die gesammelten Informationen und die Einhaltung klar definierter Aufbewahrungsfristen.
Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Betroffenen über die Installation und Nutzung dieser Technologie informiert werden und die Möglichkeit haben, Bedenken oder Beschwerden bezüglich des Datenschutzes zu äußern. Transparenz und Offenheit sind entscheidend, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Einsatz intelligenter Videosicherheitstechnik zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen respektiert werden.
Insgesamt bietet der gezielte Ausbau der intelligenten Videosicherheitstechnik an Gefahrenorten eine effektive Möglichkeit, die Sicherheit zu verbessern und gleichzeitig die grundrechtlich geschützten Persönlichkeitsrechte der Betroffenen zu wahren. Durch die Einhaltung strenger Datenschutzrichtlinien und die Förderung von Transparenz und Offenheit können wir sicherstellen, dass diese Technologie verantwortungsbewusst eingesetzt wird und einen positiven Beitrag zur Sicherheit unserer Gesellschaft leistet.

Antrag A037-Ä021

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 431

431 an Gefahrenorten sowie in Zentren größerer Städte muss ausgebaut werden. Der Verwahrlosung des

Antrag A037-Ä022

Änderungsantrag zu A037

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A037

Zeile 433

433 Kriminalität. Deshalb setzen wir wo nötig auch auf den personellen Ausbau unserer Sicherheitskräfte.

Begründung

Moderne Technik alleine wird das im Absatz gewünschte Ergebnis nicht erreichen können, auch die personelle Ausstattung muss erwähnt werden.

Antrag A038: Zeile 434 - 437: Wir setzen auf eine Gesellschaft, die aufeinander achtet

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 434 - 435 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 436 - 437 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

434 **Wir setzen auf eine Gesellschaft, in der die Menschen aufeinander achte~~t~~n.** Wir wollen eine
435 Kultur des Hinsehens, mehr Respekt füreinander und mehr Zivilcourage.
436 Unser Ziel ist eine verantwortungsvolle Bürgergesellschaft, in der die
437 Menschen einander achten und füreinander da sind.

Antrag A038-Ä001

Änderungsantrag zu A038

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 434

434 **Wir setzen auf eine Gesellschaft, ~~die~~in der die Menschen aufeinander achte~~t~~n.** Wir wollen eine

Begründung

Eine Gesellschaft kann nicht aufeinander achtgeben, es sind Menschen, die aufeinander achten.

Antrag A038-Ä002

Änderungsantrag zu A038

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 434

434 **Wir setzen auf eine Gesellschaft, ~~die~~in der man aufeinander achtet.** Wir wollen eine

Begründung

Der ursprüngliche Satz ist grammatikalisch falsch (**eine** Gesellschaft ist eine singuläre Einheit; „auf einander achten“ erfordert zwei separate Handelnde).

Antrag A038-Ä003

Änderungsantrag zu A038

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 436

436 Unser Ziel ist eine verantwortungsvolle ~~Bürgergesellschaft~~Gesellschaft, in der die

Begründung

Durch das Wort Bürgergesellschaft bekommt man in diesem Kontext schnell eine Assoziation mit einer Bürgerpolizei/ Scharia. Das sollte nicht in unserem Interesse sein.

Antrag A038-Ä004

Änderungsantrag zu A038

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 437

437 Menschen einander achten und füreinander da sind.

Begründung

Unter Einbeziehung der Überschrift ist die Formulierung sprachlich klarer.

Antrag A038-Ä005

Änderungsantrag zu A038

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 437

437 Menschen füreinander da sind. Vereine, Stiftungen und Wohlfahrtsverbände sind unverzichtbare Akteure einer achtsamen Gesellschaft.

Begründung

Schon zu Beginn des Grundsatzprogrammes sollte die CDU die wichtige Funktion nichtstaatlicher Akteure hervorheben.

Antrag A039: Zeile 438 - 445: Unsere Einsatzkräfte verdienen mehr Wertschätzung

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 438 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 439 - 440 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 441 - 442 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

438 **Unsere Einsatzkräfte verdienen Vertrauen und mehr Wertschätzung.** Wir stehen fest an
439 der Seite derjenigen, die täglich alles dafür geben, um unsere Sicherheit zu
440 verteidigen. ~~Für uns als CDU gilt seit jeher: Null Toleranz bei Gewalt gegen~~
441 Einsatz- und Rettungskräfte~~. Durch eine Weiterentwicklung des Strafrechts~~
442 ~~wollen wir sie besser~~ sind konsequent gegen Angriffe zu schützen, auch durch weitere strafrechtliche Verschärfungen. Von unschätzbarem Wert sind Respekt, Rückhalt, Hilfe
443 und Unterstützung, die unsere Polizei, unsere Feuerwehr, unser Technisches
444 Hilfswerk, die Hilfsorganisationen und unsere Rettungsdienste aus der
445 Bevölkerung erhalten.

Antrag A039-Ä001

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 438 - 444

438 **Unsere Einsatzkräfte verdienen mehr Wertschätzung.** Wir stehen fest an
439 der Seite derjenigen, die täglich alles dafür geben, um unsere Sicherheit zu
440 verteidigen. Für uns als CDU gilt seit jeher: Null Toleranz bei Gewalt gegen
441 Einsatz- und Rettungskräfte. Durch eine konsequente Anwendung und Weiterentwicklung des Strafrechts
442 wollen wir sie besser schützen. Von unschätzbarem Wert sind Rückhalt, Hilfe
443 und Unterstützung, die unsere Polizei, unsere Feuerwehr, unser Technisches
444 Hilfswerk, die Hilfsorganisationen und unsere Rettungsdienste aus der

Begründung

Mit der Einführung des § 3232 c STGB hat der Gesetzgeber eine Grundlage geschaffen, Helferinnen und Helfer sowie unsere Einsatzkräfte besser zu schützen. Dieser führt in der Praxis jedoch final meistens zur Einstellung des Verfahrens. Neben einer Weiterentwicklung ist insbesondere die Anwendung bestehender Vorschriften von eklatanter Bedeutung.

Antrag A039-Ä002

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	KV Oberbergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 438

438 **Unsere Einsatzkräfte verdienen mehr Wertschätzung und Schutz.** Wir stehen fest an

Begründung

Wertschätzung und Schutz der Einsatzkräfte sind zwei gleichermaßen wichtige Themen. Beide werden in dem Abschnitt behandelt und daher sollte der einleitende erste Satz auch beide Themen aufgreifen.

Antrag A039-Ä003

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	KV Dortmund
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 438 - 444

438 **Unsere Einsatzkräfte verdienen mehr Wertschätzung.**
Wir stehen fest an
439 der Seite derjenigen, die täglich alles dafür geben, um unsere Sicherheit und das Gemeinwohl zu
440 verteidigen. Für uns als CDU gilt seit jeher: Null Toleranz bei Gewalt gegen
441 Einsatz- und Rettungskräfte. Durch eine Weiterentwicklung des Strafrechts
442 wollen wir ~~sie~~alle Kräfte gleich besser schützen. Von unschätzbarem Wert sind Rückhalt, Hilfe
443 und Unterstützung, die unsere Polizei, unsere Feuerwehr, unser Technisches
444 Hilfswerk~~, die Hilfsorganisationen~~ und unsere Rettungsdienste aus der

Begründung

Wir wollen alle Sicherheits- und Rettungskräfte gleichermaßen besser schützen

Antrag A039-Ä004

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 438 - 444

438 **Unsere Einsatzkräfte verdienen Vertrauen und mehr Wertschätzung~~.~~.** Wir stehen fest an
439 der Seite derjenigen, die täglich alles dafür geben, um unsere Sicherheit zu
440 verteidigen. Für uns als CDU gilt seit jeher: Null Toleranz bei Gewalt gegen

441 Einsatz- und Rettungskräfte. ~~Durch eine Weiterentwicklung des Strafrechts~~
442 ~~wollen wir sie besser~~Sie sind konsequent gegen Angriffe zu schützen, auch durch weitere strafrechtliche Verschärfungen und die Vereinfachung einer konsequenten Verfolgung zivilrechtlicher Ansprüche durch die jeweiligen Dienstherren. Von unschätzbarem Wert sind Rückhalt, Hilfe
443 und Unterstützung, die unsere Polizei, unsere Feuerwehr, unser Technisches
444 Hilfswerk, die Hilfsorganisationen und unsere Rettungsdienste aus der

Begründung

Kontrastpunkt zu Generalverdacht und Misstrauenskultur, wie dies seitens der politischen Linken immer wieder intoniert wird. „Null Toleranz“ kommt einen Absatz später als allgemeines Prinzip/Strategie; wäre insofern eine Doppelung. Wir wollen nicht nur den strafrechtlichen Schutz weiter verbessern, sondern auch die Ausrüstung Vorschläge Grundsatzprogramm. Deshalb wäre Reduzierung auf strafrechtliche Weiterentwicklung eine Verengung des gebotenen Schutzes.

Antrag A039-Ä005

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	LV Oldenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 439 - 440

439 der Seite derjenigen, die täglich alles dafür geben, ~~um~~dass unser Staat funktioniert und insbesondere unsere Sicherheit ~~zu~~
440 verteidigen.
Für uns als CDU gilt seit jeher: Null Toleranz bei Gewalt gegen

Begründung

Ergänzung eines Bekenntnisses zu allen Menschen, die im öffentlichen Bereich dafür sorgen, dass wir gut und sicher in Deutschland leben können.

Streiche dazu in Zeile 439 hinter dem Wort „geben,“ den Halbsatz und ersetze ihn durch die Wörter „dass unser Staat funktioniert und insbesondere unsere Sicherheit verteidigen.“, sodass es heißt: „Wir stehen fest an der Seite derjenigen, die täglich alles dafür geben, dass unser Staat funktioniert und insbesondere unsere Sicherheit verteidigen.“

Der Antrag wird gemeinsam gestellt und gestützt vom:

- CDU Landesverband Oldenburg
- CDU Kreisverband Cloppenburg

Antrag A039-Ä006

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 441 - 442

441 Einsatz- und Rettungskräfte. Durch eine Weiterentwicklung des Strafrechts
442 , der rechtlichen Befugnisse im Einsatz und zeitgemäße Ausstattung
wollen wir sie besser schützen. Von unschätzbarem Wert sind Rückhalt, Hilfe

Begründung

Wir unterstützen eine breitere Formulierung, die auch auf die Rechte von Einsatzkräften im Einsatz Zwang anzuwenden sowie die dafür nötigen Mittel wie Elektroimpulsgeräte (Taser) eingeht.

Antrag A039-Ä007

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 441

441 Einsatz- und Rettungskräfte. Durch eine konsequente Anwendung und Weiterentwicklung des Strafrechts

Begründung

Die bisherigen und bestehenden Rechtsvorschriften und Normen müssen eine konsequente Anwendung erfahren und dann hinsichtlich neuer Problemstellungen weiterentwickelt werden.

Antrag A039-Ä008

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Mitte
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 442

442 wollen wir sie besser schützen. Wir vertrauen unseren Einsatzkräften und unserer Justiz. Wo es Vorwürfe gegen die Polizei gibt, müssen diese mit rechtsstaatlichen Mitteln aufgeklärt werden. Dies ist bei strafrechtlichen Vorwürfen ausschließlich Aufgabe unserer Staatsanwaltschaften und der Gerichte. „Sonderermittler“ gegen die Polizei lehnen wir ab. Von unschätzbarem Wert sind Rückhalt, Hilfe

Begründung

Als „Polizeibeauftragte“ werden (Polizei Berlin und Bundespolizei) zunehmend Ermittlungsbehörden gegründet, die den ausdrücklichen Auftrag haben, parallel zu Staatsanwaltschaften und Disziplinarermittlern gegen Polizeibeschäftigte vorzugehen. Dazu werden ihnen umfangreiche

Befragungs- Akteneinsichts- und andere Ermittlungsbefugnisse gegeben, es dürfen personenbezogene Daten der Beschäftigten erhoben, gespeichert und ausgewertet werden, mehr als bei „normalen Beschuldigten“. Der Grund ist mangelhaftes Vertrauen linker Politik gegen unsere Staatsanwaltschaften, die angeblich zu viele Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeschäftigte einstellen. Linker Politik kommt nicht in den Sinn, dass Vorwürfe ungerechtfertigt sein können.

Die Verfahrensdauer darf der Polizei nicht angelastet werden, auch der Justiz nicht, sie ist regelmäßig das Ergebnis unzureichender Personal- und Technikausstattung. Gegen Polizeibeauftragte als Zentralstelle für Beschwerden und Entgegennahme von Vorschlägen ist prinzipiell nichts einzuwenden, obgleich die Strukturen des öffentlichen Dienstes durchaus imstande sind, diese Aufgaben in ihrer Zuständigkeit zu meistern.

Antrag A039-Ä009

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 442

442 wollen wir ~~si~~diese besser schützen. Von unschätzbarem Wert sind Rückhalt, Hilfe

Antrag A039-Ä010

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 442

442 wollen wir sie besser schützen. Wo es Vorwürfe gegen die Polizei gibt, müssen diese durch die Staatsanwaltschaften und Gerichte aufgeklärt werden. Sogenannte „Sonderermittler“ gegen die Polizei lehnen wir ab. Von unschätzbarem Wert sind Rückhalt, Hilfe

Antrag A039-Ä011

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	KV Warendorf-Beckum
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 442

442 wollen wir sie besser schützen. Wir vertrauen unseren Einsatzkräften und unserer Justiz. *Wo es Vorwürfe gegen die Polizei gibt, müssen diese mit rechtsstaatlichen Mitteln aufgeklärt werden. Dies ist bei strafrechtlichen Vorwürfen ausschließlich Aufgabe unserer Staatsanwaltschaften und der Gerichte. „Sonderermittler“ gegen die Polizei lehnen wir ab*Von unschätzbarem Wert sind Rückhalt, Hilfe

Begründung

Als „Polizeibeauftragte“ werden (Polizei Berlin und Bundespolizei) zunehmend Ermittlungsbehörden gegründet, die den ausdrücklichen Auftrag haben, parallel zu Staatsanwaltschaften und Disziplinarermittlern gegen Polizeibeschäftigte vorzugehen. Dazu werden ihnen umfangreiche Befragungs- Akteneinsichts- und andere Ermittlungsbefugnisse gegeben, es dürfen personenbezogene Daten der Beschäftigen erhoben, gespeichert und ausgewertet werden, mehr als bei „normalen Beschuldigten“. Der Grund ist mangelhaftes Vertrauen linker Politik gegen unsere Staatsanwaltschaften, die angeblich zu viele Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeschäftigte einstellen. Linker Politik kommt nicht in den Sinn, dass Vorwürfe ungerechtfertigt sein können.

Die Verfahrensdauer darf der Polizei nicht angelastet werden, auch der Justiz nicht, sie ist regelmäßig das Ergebnis unzureichender Personal- und Technikausstattung. Gegen Polizeibeauftragte als Zentralstelle für Beschwerden und Entgegennahme von Vorschlägen ist prinzipiell nichts einzuwenden, obgleich die Strukturen des öffentlichen Dienstes durchaus imstande sind, diese Aufgaben in ihrer Zuständigkeit zu meistern.

Antrag A039-Ä012

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 442

442 wollen wir sie besser schützen. Von unschätzbarem Wert sind Respekt, Rückhalt, Hilfe

Begründung

Die Sicherheits- und Hilfsorganisationen werden seit einiger Zeit häufig durch Schaulustige und Gaffer bei ihrer Arbeit gestört. Selbst wenn diese aufgefordert werden, den Einsatzort zu verlassen, reagieren sie teilweise mit Unverständnis oder sogar mit Aggressivität. Diesen Menschen fehlt es an dem notwendigen Respekt gegenüber den Organisationen.

Antrag A039-Ä013

Änderungsantrag zu A039

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 444

444 Hilfswerk, die Hilfsorganisationen ~~und unsere~~. die Rettungsdienste und die Bundeswehr aus der

Begründung

Der Absatz stellt zwar auf den Einsatz in Inneren ab, die Bundeswehr ist aber ebenfalls in der Öffentlichkeit sichtbar. Zudem ist es sinnvoll und von uns auch gewollt, dass die Bundeswehr auch

leichter im Inneren eingesetzt werden kann

Antrag A040: Zeile 446 - 452: Unsere Sicherheitsstrategie heißt: Null Toleranz

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 446 - 452 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

446 **Unsere Sicherheitsstrategie heißt: Null Toleranz!** Wir dulden keine
447 rechtsfreien Räume. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss
448 umgehend bestraft werden. Wir ~~kämpfen weiter gegen organisierte~~
449 ~~Kriminalität und die Clankriminalität. Insbesondere Serientäter~~ wollen ~~wir~~
450 insbesondere Intensiv- und Serientäter
härter bestrafen, kämpfen gegen organisierte Kriminalität, Banden- und Clankriminalität und setzen dabei dort an, wo es den Kriminellen am meisten weh tut: beim Geld. Delikte wie das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole
451 sowie ~~verfassungsfeindliche und~~ antisemitische und volksverhetzende Äußerungen
müssen mit der
452 ganzen Konsequenz des Rechtsstaates verfolgt und geahndet werden.

Antrag A040-Ä001

Änderungsantrag zu A040

Antragsteller/in:	KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 446 - 451

446 **Unsere Sicherheitsstrategie heißt: Null Toleranz!** Wir dulden keine
447 rechtsfreien Räume. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss
448 umgehend ~~bestraft werden~~verurteilt, wer eine Haftstrafe erhält, diese umgehend antreten. Hierfür werden wir für bestimmte Straftaten besondere Schnellverfahren einrichten. Wir
kämpfen weiter gegen organisierte
449 Kriminalität und die Clankriminalität. Insbesondere Serientäter wollen wir
450 härter bestrafen. Delikte wie das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole
451 sowie verfassungsfeindliche und antisemitische Äußerungen müssen mit der

Begründung

Umgehende Bestrafung muss zwischen zeitnahen Strafverfahren und Strafantritt in Fragen von Haftstrafen deutlich differenziert werden. In den sogenannten Bagatellverfahren im Bereich der Serienkriminalität müssen Schnellverfahren hier Abschreckungspotential generieren.

Antrag A040-Ä002

Änderungsantrag zu A040

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 446 - 447

446 **Unsere Sicherheitsstrategie heißt:** ~~**Null Toleranz!** Wir dulden keine~~
447 Null Toleranz gegenüber rechtsfreien ~~Räume.~~Räumen! Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss

Begründung

In der ursprünglichen Fassung liest es sich in Satz 1 so als stünden wir generell für "Null Toleranz".

Antrag A040-Ä003

Änderungsantrag zu A040

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 446 - 451

446 **Unsere Sicherheitsstrategie heißt: Null Toleranz!** Wir dulden keine
447 rechtsfreien Räume. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss
448 umgehend bestraft werden. Wir ~~kämpfen weiter gegen organisierte~~
449 ~~Kriminalität und die Clankriminalität. Insbesondere~~wollen insbesondere Intensiv- und Serientäter ~~wollen wir~~
450 härter bestrafen. Wir kämpfen weiter gegen organisierte Kriminalität und die Clankriminalität und setzen dabei genau dort an, wo es den Kriminellen am meisten weh tut: beim Geld. Hierfür wollen wir weitere rechtliche Grundlagen schaffen und staatliche Strukturen so modernisieren, dass sie die Globalisierung inkriminierter Geldströme abbilden können. Delikte wie das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole
451 sowie verfassungsfeindliche und antisemitische Äußerungen müssen mit der

Begründung

Wichtige Ergänzung mit Blick auf Kampf gegen Geldwäsche/illegale Finanzströme. Zentrales Ziel einer wirksamen Strafverfolgung und gesamtgesellschaftlichen Prävention ist die konsequente Verfolgung und Abschöpfung illegaler Gelder.

Antrag A040-Ä004

Änderungsantrag zu A040

Antragsteller/in:	KV Frankfurt/Main
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 448

448 umgehend ein Gerichtsverfahren erleben und entsprechend bestraft werden. Wir kämpfen weiter gegen organisierte

Begründung

Die Strafe soll der Tat im besten Fall umgehend folgen, dazwischen muss aber immer ein rechtsstaatliches Verfahren liegen, das diese Strafe im Ergebnis anordnet.

Antrag A040-Ä005

Änderungsantrag zu A040

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 448

448 ~~umgehend~~zeitnah bestraft werden. Wir kämpfen weiter gegen organisierte

Antrag A040-Ä006

Änderungsantrag zu A040

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 449

449 Kriminalität und die Clankriminalität, auch mit den Mitteln des Aufenthaltsrechts. Insbesondere Serientäter wollen wir

Begründung

Der Änderungsantrag macht deutlich, dass wir nicht nur auf konsequente strafrechtliche Verfolgung setzen, sondern andere wichtige Werkzeuge des Rechtsstaats ausschöpfen wollen.

Antrag A040-Ä007

Änderungsantrag zu A040

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 449 - 450

449 Kriminalität und die Clankriminalität. Insbesondere ~~Serientäter~~bei Serientätern wollen wir
450 ~~härter bestrafen~~einen härteren Rahmen zur Bestrafung ansetzen. Delikte wie das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole

Begründung

Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, wir wollten infrage stellen, dass die Strafzumessung Aufgabe der Gerichte ist.

Antrag A040-Ä008

Änderungsantrag zu A040

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 449

449 Kriminalität ~~und~~sowie die Banden- und Clankriminalität. Insbesondere Serientäter wollen wir

Begründung

Ein funktionierender Clan ist eigentlich eine Großfamlie, die einem traditionellen Familienbild entspricht. Dies weren durch die besondere Hervorhebung des Wortes etwas diskriminiert. Mit dem Wort "Bandenkriminalität" werden auch Gruppierungen, wie Rockerbanden oder radikale Fanclubs erfasst.

Antrag A040-Ä009

Änderungsantrag zu A040

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 449 - 450

449 Kriminalität und die Clankriminalität. ~~Insbesondere Serientäter wollen wir~~
450 ~~härter bestrafen~~Wir schützen die Gesellschaft besser vor Menschen, die immer wieder straffällig werden. Delikte wie das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole

Begründung

Streiche: „Insbesondere Serientäter müssen härter bestraft werden.“ Ersetze: „Wir schützen die Gesellschaft besser vor Menschen, die immer wieder straffällig werden.“

Wir wollen den Schutzgedanken betonen.

Antrag A040-Ä010

Änderungsantrag zu A040

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 450

450 härter bestrafen und im Falle von nichtdeutschen Staatsbürgern umgehend abschieben. Delikte wie das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole

Begründung

Bei nichtdeutschen Staatsbürgern ist die Abschiebung häufig das effektivere Instrument als die Bestrafung.

Antrag A040-Ä011

Änderungsantrag zu A040

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 450 - 451

450 härter bestrafen. Delikte wie das Zeigen verfassungsfeindlicher, antisemitischer und volksverhetzender Symbole

451 ~~sowie verfassungsfeindliche und antisemitische~~oder Äußerungen müssen mit der

Begründung

Nach der ursprünglichen Aufzählung sollen zwar verfassungsfeindliche Symbole und Äußerungen aber lediglich antisemitische Äußerungen verfolgt werden. Das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass antisemitische Symbole toleriert werden. Das ist sicher nicht gemeint.

Antrag A040-Ä012

Änderungsantrag zu A040

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 452

452 ganzen Konsequenz des Rechtsstaates verfolgt und geahndet werden.

Keine Legalisierung weiterer Drogen. Wir stellen uns der organisierten Kriminalität insbesondere im Bereich des Handels mit Betäubungsmitteln entgegen und stärken unsere Polizei im Kampf gegen grenzüberschreitend agierende Banden. Die Legalisierung von weiteren Drogen und Aufweichungen des Betäubungsmittelrechts lehnen wir ab. Gleichzeitig wollen wir die Rehabilitationsangebote stärken.

Antrag A041: Zeile 453 - 457: Gerichtsverfahren müssen schneller werden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 453 - 457 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

453 **Gerichtsverfahren müssen schneller werden.** Unsere Justiz schützt die Freiheit der Menschen in unserem Land und sorgt für deren Sicherheit. Wir ~~woll~~brauchen eine bessere
454 personelle Ausstattung~~, weniger Instanzen~~ und einen Digitalisierungsschub
455 für die Gerichte~~. Dazu~~ sowie weniger Instanzen. Darüber hinaus muss das Personal entlastet werden, vor allem ~~durch~~
456 ~~den Einsatz~~mit Hilfe geeigneter technischer Prozesse und Unterstützung von Künstlicher Intelligenz. Beschleunigte Verfahren müssen
457 häufiger angewendet werden.

Antrag A041-Ä001

Änderungsantrag zu A041

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 453 - 456

453 **Gerichtsverfahren müssen schneller werden**~~.~~. Unsere Justiz schützt die Freiheit der Menschen in unserem Land und sorgt für deren Sicherheit. Wir wollen das Vertrauen in das Schutzversprechen unseres Rechtsstaates stärken. Wir wollen eine bessere
454 personelle Ausstattung~~, weniger Instanzen~~ und einen Digitalisierungsschub
455 für die Gerichte. ~~Dazu muss das Personal entlastet werden, vor allem durch~~
456 ~~den Einsatz von Künstlicher Intelligenz~~Justizregister- und Datenbanken müssen vereinheitlicht und bundesweit für alle Justiz- und Strafverfolgungsbehörden einsehbar sein, um eine bundesweite effiziente Rechtspflege und Strafverfolgung zu gewährleisten. Beschleunigte und besonders beschleunigte Verfahren müssen

Begründung

Es fehlt ein Obersatz zur grundsätzlichen Rolle und Bedeutung der Justiz. Konkret könnten die doppelten Instanzenwege bei der Ablehnung von Asyl mehr Transparenz schaffen durch Klagen gegen die Entscheidung des BAMF und dann in den Bundesländern. Das beschleunigte Verfahren mit weniger Instanzen ist eine heikle Sache, wie wir hier z.B. bei den Klima-Klebern gesehen haben.

Antrag A041-Ä002

Änderungsantrag zu A041

Antragsteller/in:	KV Stade
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 453 - 457

453 ~~**Gerichtsverfahren müssen schneller werden.**~~ **Wir bauen auf eine effiziente unabhängige Justiz.**~~Wir wollen eine bessere~~
454 ~~personelle Ausstattung, weniger Instanzen und einen Digitalisierungsschub~~
455 ~~für die Gerichte. Dazu muss~~ Eine funktionierende Justiz ist das Aushängeschild unseres demokratischen Rechtsstaats und dient der Sicherheit aller. Gerichtsverfahren müssen effizient, zeitnah und zuverlässig erledigt werden. Wir wollen eine bessere personelle Ausstattung, weniger Instanzen und einen Digitalisierungsschub für die Gerichte. Das Personal muss entlastet werden, vor allem durch
456 den Einsatz von Künstlicher Intelligenz.~~Beschleunigte Verfahren müssen~~
457 ~~häufiger angewendet werden.~~

Antrag A041-Ä003

Änderungsantrag zu A041

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 454

454 personelle Ausstattung,~~weniger~~eine Straffung der Instanzen und einen Digitalisierungsschub

Begründung

Begründung: Die größten Potentiale zur Beschleunigung der Rechtspflege liegt nicht in der Verkürzung des Instanzenzuges, sondern in der Beschleunigung der Verfahren innerhalb der Instanzen

Antrag A041-Ä004

Änderungsantrag zu A041

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 455 - 456

455 für die Gerichte. Dazu muss das Personal entlastet werden, vor allem durch
456 ~~den Einsatz~~ die Hilfe
von Künstlicher Intelligenz. Beschleunigte Verfahren müssen

Begründung

Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass wir wesentliche Entscheidungen auf künstliche Intelligenz verlagern wollen. Künstliche Intelligenz soll nur ein Hilfsmittel sein, damit Personal schnellere und zugleich bessere Entscheidungen fällen kann.

Antrag A041-Ä005

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 455 - 456

455 für die Gerichte. Dazu muss das Personal entlastet werden, vor allem mit Unterstützung durch
456 ~~den Einsatz von Künstlicher~~Künstliche Intelligenz. Beschleunigte Verfahren müssen

Begründung

Die aktuelle Formulierung klingt als sollte KI richterliche Entscheidungen übernehmen.

Antrag A041-Ä006

Änderungsantrag zu A041

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 455

455 für die Gerichte. Dazu muss das Personal entlastet werden, ~~vor allem~~unter anderem durch

Antrag A041-Ä007

Änderungsantrag zu A041

Antragsteller/in:	KV Goslar
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 456

456 den Einsatz von geeigneten technischen Prozessen, darunter auch von Künstlicher Intelligenz. Beschleunigte Verfahren müssen

Begründung

Es kann auch außerhalb von KI eine Prozessbeschleunigung stattfinden

Antrag A041-Ä008

Änderungsantrag zu A041

Antragsteller/in:	LV Oldenburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 456

456 ~~den Einsatz von Künstlicher Intelligenz~~digitalgestützte Prozessoptimierung und Bürokratieabbau. Beschleunigte Verfahren müssen

Begründung

Die vorgeschlagene Änderung zielt darauf ab, den Fokus des Grundsatzprogramms auf eine ganzheitliche Optimierung der Gerichtsverfahren zu lenken. Während die Verwendung von Künstlicher Intelligenz zweifellos ein wichtiger Aspekt der Digitalisierung und Prozessoptimierung ist, wäre es unangebracht, sich ausschließlich auf diese Technologie zu konzentrieren.

Es ist entscheidend, dass alle digitalgestützten Prozessoptimierungen berücksichtigt werden, um eine effiziente und schnelle Justiz zu gewährleisten. Dazu gehören nicht nur Künstliche Intelligenz, sondern auch andere Technologien und Strategien zur Digitalisierung, Automatisierung und Bürokratieabbau. Diese breitere Perspektive ermöglicht es, verschiedene Ansätze zu kombinieren und Synergieeffekte zu nutzen, um die Effizienz der Gerichtsverfahren zu maximieren.

Des Weiteren ist es wichtig anzuerkennen, dass neben der Digitalisierung auch andere Faktoren eine Rolle spielen, um die Gerichtsverfahren zu beschleunigen. Dazu gehört eine angemessene personelle Ausstattung der Gerichte sowie die Schaffung schlanker und effizienter Verfahrenswege, um bürokratische Hürden abzubauen.

Insgesamt trägt die vorgeschlagene Änderung dazu bei, den Blick auf die vielfältigen Möglichkeiten der Prozessoptimierung zu lenken und sicherzustellen, dass das Grundsatzprogramm einen umfassenden Ansatz zur Verbesserung der Gerichtsverfahren verfolgt.

Der Antrag wird gemeinsam gestellt und gestützt vom:

- CDU Landesverband Oldenburg
- CDU Kreisverband Oldenburg-Stadt

Antrag A041-Ä009

Änderungsantrag zu A041

Antragsteller/in:	KV Lueneburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 457

457 häufiger angewendet werden. Das Verbandsklagerecht soll auf zwei Instanzen beschränkt werden.

Begründung

Zur Zeit ist es in Deutschland kaum möglich ein größeres Projekt (BAB, Brücke-Neu Darchau, etc) umzusetzen, da
jede Bürgerinitiative, die sich mit großer Sicherheit jeweils bildet, sich bis zum Bundesgerichtshof hochklagen kann und somit durch die
dadurch erreichte Zeitverzögerung nahezu alle Projekte zum erliegen zwingen kann. Ursache für diese Möglichkeit ist das in Deutschland installierte Verbandsklagerecht. In seinem Urteil zum Verbandsklagerecht hat der EuGH die Verbände in diesem Recht gestärkt, sodass es nicht mit einem Federstrich
abgeschafft werden kann.Da wie oben beschrieben eine Abschaffung nicht möglich sein dürfte, sollte

im o.a. Punkt des Grundsatzprogramms das Verbandsklagerecht auf zwei Instanzen beschränkt werden. Eine Klage Instanz und eine einmalig zugelassene Revisionsinstanz um die Entscheidungszeiten deutlich zu verkürzen.

Antrag A041-Ä010

Änderungsantrag zu A041

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 457

457 häufiger angewendet werden. Damit Planungsverfahren beschleunigt werden, dürfen künftig in Gerichtsverfahren nur solche Einwendungen erhoben werden, die bereits Gegenstand von Anhörungsverfahren waren.

Begründung

Hierdurch wird sichergestellt, das bereits alle maßgeblichen Gesichtspunkte bereits in der ersten Verfahrensstufe vorgetragen werden müssen. Damit kann eine Verfahrensbeschleunigung erreicht werden.

Antrag A042: Zeile 458 - 463: Opferschutz geht vor Täterschutz

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 461 - 462 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

458 **Opferschutz geht vor Täterschutz.** Opfer von Straftaten sind oft
459 traumatisiert und leiden oftmals lebenslang unter deren Folgen. Wir wollen
460 die Opferhilfe verbessern und die Rechte der Opfer stärken. In der Aus- und
461 Weiterbildung von Polizei und Justiz muss die psychosoziale
462 Prozessbegleitung ~~verbessert~~ein fester Bestandteil sein und dem Opferschutz mehr Gewicht gegeben
463 werden.

Antrag A042-Ä001

Änderungsantrag zu A042

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 458

458 **Opferschutz ~~geht vor Täterschutz~~stärken.** Opfer von Straftaten sind oft

Begründung

Man erweckt den Eindruck, dass die Unschuldsvermutung keine Rolle mehr spielt.

Antrag A042-Ä002

Änderungsantrag zu A042

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 462

462 Prozessbegleitung ~~verbessert~~ein fester Bestandteil sein und dem Opferschutz mehr Gewicht gegeben

Begründung

Eine bessere psychosoziale Prozessbegleitung ist das Ziel. Es kann erreicht werden, wenn sie als Thema fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung ist.

Antrag A042-Ä003

Änderungsantrag zu A042

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 463

463 werden. Die Zusammenarbeit der Behörden mit etablierten ehrenamtlichen Opferschutz-Organisationen muss intensiviert werden.

Begründung

Es ist geboten auf die jahrzehntelange Erfahrung der etablierten Opferschutz-Organisationen zurückzugreifen.

Antrag A043: Zeile 464 - 470: Wir wollen den Schutz vor häuslicher Gewalt und Missbrauch verbessern

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 464 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 465 - 470 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

464 ~~Wir wollen den Schutz vor~~**Null Toleranz bei häuslicher Gewalt~~ und~~, sexuellem Missbrauch ~~verbessern~~und Ausbeutung.**

465 Wir dürfen ~~vor allem Frauen und Kinder bei~~Opfer häuslicher Gewalt, vor allem Frauen und Kinder, nicht allein

466 lassen. ~~Der Schutz aller Betroffenen~~ Ihr Schutz muss absolute Priorität haben. Wir

467 müssen deutlich härter gegen Täter vorgehen. Genauso wichtig ist es, den

468 ~~Opfer~~Betroffenen Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen~~. Auch im öffentlichen Raum~~

469 und ausreichend präventiven Schutz zu gewähren. Insbesondere Frauen und Kinder müssen sich ~~insbesondere Frauen und Kinder~~, auch im öffentlichen und digitalen Raum, sicher bewegen können und

470 vor sexualisierter Gewalt und sexuellem Missbrauch geschützt werden. Sexuelle Ausbeutung, Menschenhandel und Prostitution sind mit der Würde von Menschen nicht vereinbar. Deshalb unterstützen wir ein Sexkaufverbot und Hilfen beim Ausstieg aus der Prostitution.

Antrag A043-Ä001

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 464 - 467

464 **Wir ~~wollen den Schutz vor häuslicher Gewalt und~~tolerieren weder häusliche Gewalt noch Missbrauch ~~verbessern~~.**

465 ~~Wir dürfen vor allem Frauen und Kinder bei häuslicher Gewalt nicht allein~~

466

Wir lassen~~.~~ vor allem Frauen und Kinder bei häuslicher Gewalt nicht allein.
Der Schutz aller Betroffenen ~~muss~~hat absolute Priorität ~~haben. Wir~~

467 ~~müssen~~. Wir
gehen deutlich härter gegen Täter vor~~gehen~~. Genauso wichtig ist es, den

Antrag A043-Ä002

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 464

464 **Wir wollen den Schutz vor häuslicher Gewalt und ~~Missbrauch~~Übergriffen verbessern.**

Begründung

Der Entwurf beschränkt sich auf die Formulierung "Missbrauch", was aber zu kurz greift. Wichtig ist, schon Übergriffe zu vermeiden, bevor es zu Missbrauch kommt.

Antrag A043-Ä003

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 464 - 470

464 ~~**Wir wollen den Schutz vor häuslicher Gewalt und Missbrauch verbessern.**~~
465 ~~Wir dürfen vor allem Frauen und Kinder bei häuslicher Gewalt nicht allein~~
466 ~~lassen. Der Schutz aller Betroffenen muss absolute Priorität haben. Wir~~
467 ~~müssen deutlich härter gegen Täter vorgehen. Genauso wichtig ist es, den~~
468 ~~Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen. Auch im öffentlichen Raum~~
469 ~~müssen sich insbesondere Frauen und Kinder sicher bewegen können und~~
470 ~~vor sexualisierter Gewalt geschützt werden.~~

Null Toleranz bei häuslicher Gewalt, sexuellem Missbrauch und Ausbeutung: Wir wollen vor allem Frauen und Kinder vor häuslicher Gewalt und Missbrauch schützen und die Prävention stärken. Der Schutz aller Betroffenen muss hierbei absolute Priorität haben und verbessert werden. Dafür müssen die unterschiedlichen Akteure und Institutionen im Hilfesystem enger zusammenarbeiten und sich verbindlich vernetzen. Dieses Netzwerk ist bereits im Verdachtsfall zu aktivieren. Schutzeinrichtungen wie Frauenhäuser sollen flächendeckend zur Verfügung stehen. Wir müssen deutlich härter gegen Täter vorgehen. Genauso wichtig ist es, den Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen. Auch im öffentlichen Raum müssen sich insbesondere Frauen und Kinder sicher bewegen können und vor sexualisierter Gewalt geschützt werden. Sexuelle Ausbeutung, Menschenhandel und Prostitution sind mit der Würde von Menschen nicht vereinbar. Deshalb wollen wir ein Sexkaufverbot in der Prostitution einführen und beim Ausstieg unterstützen.

Antrag A043-Ä004

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz, KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 464 - 470

464 ~~**Wir wollen den Schutz vor häuslicher Gewalt und Missbrauch verbessern**~~ **Kinderschutz braucht höchste Aufmerksamkeit und konsequentes Handeln.**
467 ~~Wir dürfen vor allem Frauen und Kinder bei häuslicher Gewalt nicht allein~~
468 ~~lassen. Der Schutz aller Betroffenen muss absolute Priorität haben. Wir~~
469 ~~müssen deutlich härter gegen Täter vorgehen. Genauso wichtig ist es, den~~

470 ~~Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen. Auch im öffentlichen Raum~~
471 ~~müssen sich insbesondere Frauen und Kinder sicher bewegen können und~~
472 ~~vor sexualisierter Gewalt geschützt~~Es braucht flächendeckend verbindliche und standardisierte Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder betreut werden. Qualitätsstandards für die Arbeit der Jugendämter und interdisziplinäre regionale Netzwerke sind unverzichtbar. Im Bedarfsfall muss die aufsuchende Arbeit bei Kindern, Jugendlichen und Eltern schnell und entschlossen sein. Wir wollen den Kinderschutz vor allem auch in der digitalen Welt weiterentwickeln. Dafür nehmen wir uns des Problems ganzheitlich an: Wir setzen auf Prävention und Opferschutz, stärken die Ermittlungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden und verbessern die Hilfsstrukturen.

Antrag A043-Ä005

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 465

465 Wir dürfen ~~vor allem Frauen und Kinder bei~~Opfer von häuslicher Gewalt nicht allein

Begründung

Es sind auch Männer Opfer häuslicher Gewalt, deshalb sollte hier die Einschränkung von Frauen und Kindern herausgenommen werden.

Antrag A043-Ä006

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, KV Heinsberg, KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 465

465 Wir dürfen vor allem Frauen und Kinder und auch Menschen mit Behinderungen bei häuslicher Gewalt nicht allein

Begründung

Wenn es um Gewaltanwendung gegen Menschen geht, so sind auch Menschen mit Behinderungen davon betroffen. Daher sollten sie auch in diesem Absatz nicht vergessen werden.

Antrag A043-Ä007

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 465

465 Wir dürfen vor allem Frauen und Kinder, und auch Menschen mit Behinderungen, bei häuslicher Gewalt nicht allein

Antrag A043-Ä008

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 465

465 Wir dürfen vor allem Frauen und Kinder und auch Menschen mit Behinderungen, bei häuslicher Gewalt nicht allein

Antrag A043-Ä009

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	BezV Aachen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 465 - 469

465 Wir dürfen vor allem Frauen und Kinder und Menschen mit Behinderung bei häuslicher Gewalt nicht allein
466 lassen. Der Schutz aller Betroffenen muss absolute Priorität haben. Wir
467 müssen deutlich härter gegen Täter vorgehen. Genauso wichtig ist es, den
468 Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen. Auch im öffentlichen Raum
469 müssen sich insbesondere Frauen und Kinder und Menschen mit Behinderung sicher bewegen können und

Begründung

Wenn es um Gewaltanwendung gegen Menschen geht, so sind auch Menschen mit Behinderungen davon betroffen. Daher sollten sie auch in diesem Absatz nicht vergessen werden.

Antrag A043-Ä010

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	LV Sachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 465

465 Wir dürfen vor allem ~~Frauen und Kinder~~Menschen mit besonderem Schutzbedürfnis bei

häuslicher Gewalt nicht allein

Antrag A043-Ä011

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Goettingen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 465

465 Wir dürfen niemanden, aber vor allem Frauen und Kinder bei häuslicher Gewalt nicht allein

Begründung

Bei der aktuellen Formulierung ist häusliche Gewalt gegen Männer nicht eingeschlossen.

Antrag A043-Ä012

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 466 - 467

466 lassen. Der Schutz aller Betroffenen muss absolute Priorität haben. ~~Wir~~

467 Um Kinder besser vor häuslicher Gewalt zu schützen, sind eine starke Polizei und hoch spezialisierte Gerichte wichtig. Wir
müssen deutlich härter gegen Täter vorgehen. Genauso wichtig ist es, den

Begründung

Um den Schutz der Betroffenen weiter zu erhöhen, muss der Staat durch Polizei und Justiz noch schlagkräftiger werden.

Antrag A043-Ä013

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Stormarn
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 466

466 lassen. Wir vergessen nicht, dass auch Männer Opfer häuslicher Gewalt sein können.

467 Der Schutz aller Betroffenen muss absolute Priorität haben. Wir

Antrag A043-Ä014

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	LV Oldenburg

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 467 - 468

467 müssen deutlich härter gegen Täter vorgehen. Genauso wichtig ist es, ~~den~~
468 ~~Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen.~~ganzheitliche Konzepte zu entwickeln, die einen präventiven, bedarfsgerechten Schutz vor häuslicher Gewalt gewährleisten.
Auch im öffentlichen Raum

Begründung

In Zeile 467f. den folgenden Satz zu streichen: „Genauso wichtig ist es, den Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen“
In Zeile 467 den Text, um folgenden Zusatz zu ergänzen: „Genauso wichtig ist es, ganzheitliche Konzepte zu entwickeln, die einen präventiven, bedarfsgerechten Schutz vor häuslicher Gewalt gewährleisten.“

Häusliche Gewalt hat viele Facetten. Betroffene gibt es in allen gesellschaftlichen Schichten und allen Altersklassen. Wir müssen uns als CDU noch stärker dafür einsetzen, dass häusliche Gewalt in unserer Gesellschaft keinen Platz hat. Dies können wir nur erreichen, wenn wir das Phänomen ganzheitlich betrachten und bekämpfen. Eine umfassende Präventions- und Aufklärungsarbeit ist dafür ein ebenso wichtiger Bestandteil wie langfristige Hilfs- und Beratungsangebote und die Bereitstellung von unmittelbaren Gewaltschutzangeboten, die für alle Betroffenen zugänglich und erreichbar sind. Ebenso wichtig ist es, dass alle beteiligten Akteuren von Bund, Länder und Kommunen in diesem Bereich koordiniert zusammenarbeiten.

Die Betroffenen befinden sich in einer besonders sensiblen und schwierigen Lage. Es reicht nicht, ihnen Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen, sie brauchen gezielten Schutz und Unterstützung. Ihnen ist es in der Regel nicht möglich, sich sofort selbstbestimmt aus dieser Lage zu befreien. Wirtschaftliche und emotionale Abhängigkeiten, Schamgefühl und familiärer Druck sind nur einige von vielen Faktoren, die insbesondere Frauen von dem Verlassen ihres gewalttätigen Partners abhalten. Die Opfer dürfen nicht in die Verantwortung für die anhaltenden Gewalttaten gegen sie genommen werden.

Antrag A043-Ä015

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 468 - 469

468 Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen. ~~Auch im öffentlichen Raum~~
469 Insbesondere Frauen und Kinder müssen sich ~~insbesondere Frauen und Kinder~~, auch im öffentlichen Raum,
sicher und ohne Nachstellung bewegen können und

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung erweckt zum einen die scheinbare Verengung auf den öffentlichen Raum, in dem sich Frauen und Kinder sicher bewegen können müssen. Unser Ziel muss aber sein, dass sich Frauen und Kinder überall sicher bewegen können. Es geht aber auch um den Schutz vor psychischer Gewalt zumeist in Form des Stalkings, vor dem insbesondere Frauen geschützt werden sollten.

Antrag A043-Ä016

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 468

468 Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen und ausreichende Strukturen für Prävention und Schutz bereit zu stellen. Auch im öffentlichen Raum

Begründung

Nach wie vor reichen die Strukturen nicht aus, Plätze in „Frauenhäusern“ sind kaum zu bekommen.

Antrag A043-Ä017

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Warendorf-Beckum
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 468

468 Opfern Wege aus der Gewalt~~spirale~~ aufzuzeigen. Auch im öffentlichen Raum

Begründung

Opfer drehen nicht an der Gewaltspirale, sondern müssen vor Gewalt geschützt werden.

Antrag A043-Ä018

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 468

468 Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen und präventive Maßnahmen sowie die Aufklärungsarbeit weiter auszubauen. Auch im öffentlichen Raum

Begründung

Um häusliche Gewalt und Missbrauch gegen Frauen und Kinder wirksam zu

bekämpfen, bedarf es eines gesamtgesellschaftlichen Gegenentwurfes. Der Abschnitt in seiner jetzigen Fassung konzentriert sich jedoch primär auf repressive Maßnahmen. Aspekte der Prävention und der Täterarbeit bleiben außen vor. Diese sollen durch den vorliegenden Antrag ergänzt werden. Dieser Antrag folgt der Beschlusslage der Jungen Union Hessen.

Antrag A043-Ä019

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 468

468 Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen. Wir unterstützen die Arbeit der Frauenhäuser der freien Träger.
Auch im öffentlichen Raum

Antrag A043-Ä020

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Bergstrasse
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 468

468 Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen und präventive Maßnahmen sowie die Aufklärungsarbeit weiter auszubauen. Auch im öffentlichen Raum

Antrag A043-Ä021

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 468

468 Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen und Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Auch im öffentlichen Raum

Antrag A043-Ä022

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 468

468 Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen. Auch im öffentlichen und digitalen Raum

Antrag A043-Ä023

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 470

470 vor ~~sexualisierter Gewalt~~sexualisierten Übergriffen geschützt werden.

Begründung

Unter Gewalt versteht man im juristischen Sinne eine körperliche Zwangswirkung auf den Körper des Opfers unter Kraftanwendung durch den Täter. Im Bereich der Sexualdelikte ist dies vom Tatbestand des ehemaligen Vergewaltigungsparagraphen § 177 Abs. 1 StGB erfasst, heute ist es der schwere sexuelle Übergriff nach § 177 Abs. 5 StGB. Legt man diese Definition zugrunde, wird durch die Forderung das eigentliche Problem nicht erfasst.

Sexualisierte Gewalt findet überwiegend im persönlichen Nahbereich durch dem Opfer bekannte Täter statt. Schwere sexuelle Übergriffe im öffentlichen Raum sind sehr selten[1]. Der eigentliche Problembereich den öffentlichen Raum betreffend bilden das sog. CatCalling[2] und die sexuelle Belästigung im Sinne von § 184i StGB. Insbesondere Frauen, aber auch queere Menschen werden durch anzügliche, sexualbezogene Zurufe belästigt, es werden so bedrohliche Situationen geschaffen, die strafrechtlich aber bislang nicht verfolgt werden können. Im Bereich der Belästigung nach § 184i StGB handelt es sich um unerwünschte sexualbezogene Berührungen ohne Gewaltanwendung. Hier gibt es eine sehr hohe Dunkelziffer. Ausweislich der Dunkelfeldstudie des Nds. LKA stieg die Zahl der im diesem Sinne sexuell bedrängten Menschen in der jüngsten Vergangenheit signifikant.[3]

Mit der Verwendung der Formulierung „Gewalt“ werden die Opfer dieser Taten jedoch ausgegrenzt und die Taten unbeabsichtigt verharmlost, obwohl hier der größte Handlungsbedarf besteht. Gleichzeitig entsteht der so sicherlich gleichsam nicht beabsichtigte Eindruck, die Parolen der AfD[4] von Gruppenvergewaltigungen in der Öffentlichkeit würden aufgegriffen und diese Parolen seien zutreffend.

Mit der Verwendung der Formulierung „sexuelle Übergriffe“ werden alle Kategorien von Sexualstraftaten (auch die Gewalt) erfasst und aufgezeigt, dass der hier bestehende Handlungsbedarf erkannt und aufgegriffen wird.

[1] s. hierzu insbes. BKA - SKiD - Sicherheit und Kriminalität in Deutschland

[2] s, z,B, Catcalling: "Seitdem ich zwölf bin, werde ich auf der Straße sexualisiert" | ZEIT Campus

[3] Befragung_zu_Sicherheit_und_Kriminalitaet_in_Niedersachsen_-_Kernbefundebericht_FINAL (1).pdf

[4]19-03134-gruppenvergewaltigungen-in-niedersachsen.pdf (afd-landtagsfraktion-niedersachsen.de)

Antrag A043-Ä024

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 470

470 vor sexualisierter Gewalt geschützt werden. Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution, insbesondere in Form von Zwangsprostitution, Ausbeutung und Menschenhandel wollen wir beenden.

Antrag A043-Ä025

Änderungsantrag zu A043

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 470

470 vor sexualisierter Gewalt geschützt werden. Hierzu bedarf es einer Reform des Sexualstrafrechts.

Begründung

Der besonderen Schutzbedürftigkeit von Opfern wird, angesichts der schwerwiegenden insbesondere psychischen Folgen, nach wie vor unzureichend Rechnung getragen. Mit der aktuellen Gesetzeslage wird der hohen Fallzahl und dem hohen Dunkelfeld (Schätzungen bei 1 zu 100 für Vergewaltigungen) nicht angemessen begegnet. Es bedarf angesichts der hohen Fallzahlen und Anzahl an Wiederholungstätern insbesondere eines höheren Strafrahmens. Das Sexualstrafrecht muss auch im digitalen Raum Opfer angemessen schützen.

Antrag A044: Zeile 471 - 480: Kinderschutz braucht höchste Aufmerksamkeit und konsequentes Handeln

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 471 - 480 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

471 **Kinderschutz braucht höchste Aufmerksamkeit und konsequentes**
472 **Handeln.** Es braucht flächendeckend verbindliche und standardisierte
473 Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder betreut werden. Qualitätsstandards
474 für die Arbeit der Jugendämter und interdisziplinäre regionale Netzwerke
475 sind unverzichtbar. Im Bedarfsfall muss die aufsuchende Arbeit bei Kindern,
476 Jugendlichen und Eltern schnell und entschlossen sein. Wir wollen den
477 Kinderschutz vor allem auch in der digitalen Welt konsequent weiterentwickeln

und die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken. Dafür
478 nehmen wir uns des Problems ganzheitlich an: Wir setzen auf Prävention und
479 Opferschutz, stärken die Ermittlungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden
480 und Ämter, statten diese mit ausreichenden Ressourcen aus
und verbessern die Hilfsstrukturen.

Antrag A044-Ä001

Änderungsantrag zu A044

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz, KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 471 - 480

471 ~~**Kinderschutz braucht höchste Aufmerksamkeit und konsequentes**~~
~~**Handeln.** Es braucht flächendeckend verbindliche und standardisierte~~
473 ~~Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder betreut werden. Qualitätsstandards~~
474 ~~für die Arbeit der Jugendämter und interdisziplinäre regionale Netzwerke~~
475 ~~sind unverzichtbar. Im Bedarfsfall muss die aufsuchende Arbeit bei Kindern,~~
476 ~~Jugendlichen und Eltern schnell und entschlossen sein. Wir wollen den~~
477 ~~Kinderschutz vor allem auch in der digitalen Welt weiterentwickeln. Dafür~~
478 ~~nehmen wir uns des Problems ganzheitlich an: Wir setzen auf Prävention und~~
479 ~~Opferschutz, stärken die Ermittlungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden~~
480 ~~und verbessern die Hilfsstrukturen.~~

Wir wollen den Schutz vor häuslicher Gewalt und Missbrauch verbessern. Wir dürfen vor allem Frauen und Kinder bei häuslicher Gewalt nicht allein lassen. Der Schutz aller Betroffenen muss absolute Priorität haben. Wir müssen deutlich härter gegen Täter vorgehen. Genauso wichtig ist es, den Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen. Auch im öffentlichen Raum müssen sich insbesondere Frauen und Kinder sicher bewegen können und vor sexualisierter Gewalt geschützt werden.

Antrag A044-Ä002

Änderungsantrag zu A044

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 472

472 **Handeln.** Es darf beim Frauen- und Kinderschutz nicht weggeguckt werden. Es braucht
flächendeckend verbindliche und standardisierte

Antrag A044-Ä003

Änderungsantrag zu A044

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 473 - 475

473 Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder betreut werden. ~~Qualitätsstandards~~
474 ~~für die Arbeit der Jugendämter und interdisziplinäre regionale Netzwerke~~
475 ~~sind unverzichtbar.~~ Im Bedarfsfall muss die aufsuchende Arbeit bei Kindern,

Begründung

Wird bereits durch den Satz davor impliziert und ist deshalb entbehrlich.

Antrag A044-Ä004

Änderungsantrag zu A044

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 473

473 Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder betreut werden. Verbesserte Qualitätsstandards

Begründung

Damit die Jugendämter noch besser ihren Aufgaben nachkommen können, sollten die Qualitätsstandards für deren Arbeit erhöht werden.

Antrag A044-Ä005

Änderungsantrag zu A044

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 473

473 Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder und Jungendliche betreut werden. Qualitätsstandards

Begründung

Der Entwurf beschränkt sich auf Kinder, der Schutz darf aber bei jugendlichen nicht aufhören.

Antrag A044-Ä006

Änderungsantrag zu A044

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 475

475 sind unverzichtbar. Im Bedarfsfall muss die ~~aufsuchende~~ Arbeit bei Kindern,

Begründung

Dieses Wort ist schwammig und entbehrlich.

Antrag A044-Ä007

Änderungsantrag zu A044

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 477

477 Kinderschutz vor allem auch in der digitalen Welt konsequent weiterentwickeln und die Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen stärken. Dafür

Begründung

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel

Antrag A044-Ä008

Änderungsantrag zu A044

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 479 - 480

479 Opferschutz, stärken die Ermittlungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden
480 und ~~verbessern die Hilfsstrukturen~~Ämter und statten diese mit ausreichenden Ressourcen aus.

Begründung

Durch die neue Formulierung wird Aussage Verbindlicher.

Antrag A044-Ä009

Änderungsantrag zu A044

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 480

480 und Ämter und statten diese mit ausreichenden Ressourcen aus und verbessern die Hilfsstrukturen.

Begründung

Durch die neue Formulierung wird Aussage Verbindlicher.

Antrag A044-Ä010

Änderungsantrag zu A044

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 480

480 und verbessern die Hilfsstrukturen.

Um dem Grundsatz, die Strafe folgt auf dem Fuße, Rechnung zu tragen, soll es in Zukunft möglich sein, einzelne einfach beweisbare Teile von umfangreichen und komplexen strafbaren Handlungen abgetrennt vorab gerichtlich zu beurteilen und später im Wege einer Gesamtstrafen Bildung mit einzubeziehen.

Begründung

Komplexe Sachverhalte und umfangreiche kriminelle Tätigkeit führen regelmäßig zu schwierigen Beweislagen. Das wiederum führt dazu, das besonders kriminelle Straftäter lange auf freiem Fuße sind, während der Normalbürger sofort durch Bußgelder zur Ordnung gerufen wird. Der Diesel-Skandal von Volkswagen ist ein beredtes Beispiel dafür. Er erzeugt bei den Bürgern den Eindruck, die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen. Deshalb muss es möglich sein, offensichtliche Komplexe abzutrennen und vorab abzuurteilen, damit auch solche Kriminelle schnell einer Strafe zugeführt werden.

Antrag A045: Zeile 481 - 496: Grundrechte sind auch im digitalen Raum zu wahren

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A124-Ä001
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 481 - 486 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 490 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 493 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 494 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

481 **Grundrechte sind auch im digitalen Raum zu wahren.** Die Wahrung und
482 Durchsetzung der Grundrechte sowie rechtsstaatlicher Prinzipien sind
483 Voraussetzung dafür, dass Digitalisierung Vertrauen und Akzeptanz findet.

Unseren Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden stellen wir zeitgemäße, effektive Werkzeuge zur Verfügung, die den Grundsätzen der ~~Anlassbezogenheit und~~ Verhältnismäßigkeit entsprechen.

Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Der Schutz der Menschen und die Sicherheitsinteressen unseres Staates müssen Vorrang vor Datenschutzinteressen des Einzelnen haben. Die Befugnisse in der analogen Welt müssen g~~enauso~~leichwertig auch in der digitalen Welt zur Verfügung stehen. Diese müssen maßvoll und rechtsstaatlich kontrolliert eingesetzt werden. Niemand, der gegen unsere Gesetze verstößt, darf durch die Anonymität des Netzes falschen Schutz erlangen. ~~Um~~Im Kampf gegen schwerste Straftaten wie sexuellen Kindesmissbrauch oder um Terroranschläge zu verhindern, muss es möglich sein, Verbindungsdaten für eine Mindestdauer zu speichern und nach richterlicher Anordnung auszulesen.

Antrag A045-Ä001

Änderungsantrag zu A045

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 485 - 486

effektive Werkzeuge zur Verfügung, die den Grundsätzen der ~~Anlassbezogenheit und~~ Verhältnismäßigkeit entsprechen.

Antrag A045-Ä002

Änderungsantrag zu A045

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 486

Anlassbezogenheit und Verhältnismäßigkeit entsprechen. Dazu gehören insbesondere auch die Nutzung von Anwendungen zur Datenanalyse - auch unter Nutzung von Künstlicher Intelligenz. Bei Hard- und Software für kritische Sicherheitsinfrastruktur sind europäische Entwicklungen zu fördern.

Antrag A045-Ä003

Änderungsantrag zu A045

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 489 - 495

489 Datenschutzinteressen des Einzelnen haben. Die ~~Befugnisse in der analogen~~
490 ~~Welt müssen genauso auch in der~~den Sicherheitsbehörden zu Gefahrenabwehr und Straftatbekämpfung im digitalen ~~Welt zur Verfügung stehen~~Raum eingeräumten Befugnisse müssen genauso umfangreich und effektiv nutzbar sein wie vergleichbare Befugnisse aus der analogen Welt. Vergleichbares gilt für Nachrichtendienste, BSI und Streitkräfte in ihren Aufgabenbereichen. Die Befugnisse müssen maßvoll und rechtsstaatlich kontrolliert eingesetzt werden. Diese
491 ~~müssen maßvoll und rechtsstaatlich kontrolliert eingesetzt werden.~~
492 müssen maßvoll und rechtsstaatlich kontrolliert eingesetzt werden. Niemand, der gegen unsere Gesetze verstößt, darf durch die Anonymität des
493 Netzes falschen Schutz erlangen. Um schwerste Straftaten wie sexuellen
494 Kindesmissbrauch oder Terroranschläge zu verhindern, muss es möglich
495 sein, Verbindungsdaten für eine Mindestdauer zu speichern und nach

Begründung

Präzision - der bisherige Text klingt nach eins-zu-eins-Übertragung, was lachhaft aussehen kann (z.B. unmittelbarer Zwang durch körperliche Gewalt, etc.) sowie Ergänzung der Nachrichtendienste und Streitkräfte, die ebenfalls Befugnisse im Cyberraum benötigen.

Antrag A045-Ä004

Änderungsantrag zu A045

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 493 - 494

493 Netzes falschen Schutz erlangen. Um schwerste Straftaten ~~wie sexuellen~~
494 ~~Kindesmissbrauch oder Terroranschläge~~ zu verhindern, muss es möglich

Begründung

Die Beispiele schränken den Umfang der möglichen Straftaten zu sehr ein.

Antrag A045-Ä005

Änderungsantrag zu A045

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 493

493 Netzes falschen Schutz erlangen. Wir wollen Hass, Anfeindungen und Verwahrlosungen im digitalen Raum wirksam Einhalt gebieten. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass jeder

Nutzer eine eindeutig identifizierbare IP-Adresse erhält. Wie beim Kennzeichen im Straßenverkehr oder bei der Nutzung von SIM-Karten, muss klar und schnell nachvollziehbar sein, wenn es digital Gesetzesüberschreitungen gibt. Um schwerste Straftaten wie sexuellen

Begründung

Ohne eindeutige Identifizierung der Nutzerinnen und Nutzer werden wir das Problem nicht lösen. Bei den Prepaid-Handyverträgen wurde nachgesteuert, damit wir wissen wer Telekommunikation nutzt. IP-Adressen müssen in der heutigen Zeit nachvollziehbar sein.

Antrag A045-Ä006

Änderungsantrag zu A045

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 493 - 496

493 Netzes falschen Schutz erlangen. ~~Um schwerste Straftaten wie sexuellen~~
494 ~~Kindesmissbrauch oder Terroranschläge zu verhindern, muss es möglich~~
495 ~~sein,~~ Internetprovider müssen verpflichtet werden, Verbindungsdaten für eine Mindestdauer ~~zu speichern und~~ von mindestens sechs Monaten - bei konkretem Anfangsverdacht länger - zu speichern; zur Verfolgung von Straftaten muss es möglich sein, nach
496 richterlicher Anordnung ~~auszulesen~~die Logdaten der Server, auf die zugegriffen wurde, und die Verbindungsdaten der Zugangsprovider zusammenzuführen.

Begründung

So wie Autos mit sichtbarem Nummernschild auf den Straßen unterwegs sind, um im Fall eines Vergehens jedenfalls den Halter ausfindig machen zu können, sollten Nutzer (bzw. die Accountinhaber, über die ggf. die eigentlichen Nutzer aufzufinden sind) über ihre IP-Adresse identifizierbar sein. Eine reine IP-Speicherung – anders als etwa die Speicherung der Headerdaten von E-Mails – ist ein sehr niedriger Eingriff; vor einigen Jahren wurden diese Daten ja noch zu Abrechnungszwecken erhoben und konnten auch problemlos zur Strafverfolgung verwendet werden.

Antrag A045-Ä007

Änderungsantrag zu A045

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 494

494 Kindesmissbrauch oder Terroranschläge ~~zu verhindern~~aufzuklären, muss es möglich

Begründung

Die Vorratsdatenspeicherung insbesondere hier im genannten Kontext des sexuellen Missbrauchs von Kindern ist vornehmlich ein Instrument, um Straften aufzuklären.

Antrag A045-Ä008

Änderungsantrag zu A045

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 495

495 sein, Verbindungsdaten für eine Mindestdauer europarechtskonform zu speichern und nach

Antrag A046: Zeile 497 - 502: Wir bekämpfen Manipulationen im digitalen Raum

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A053-Ä006, A053-Ä008
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 497 - 502 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

497 **Wir bekämpfen Manipulationen im digitalen Raum.** Wir müssen uns besser
498 schützen vor Desinformationskampagnen von jeglichen, insbesondere ausländischen staatlichen
499 Akteuren und Terrororganisationen, die unsere Demokratie destabilisieren
500 wollen. Von Künstlicher Intelligenz generierte Desinformationsphänomene
501 ~~wie~~, zum Beispiel in Form von Deep Fakes, sind ein gefährliches Instrument für Manipulation und damit
502 eine Gefahr für die Demokratie. Regierungen, Unternehmen und Zivilgesellschaft müssen Maßnahmen ergreifen, um digitale Einflussnahme und Desinformation einzudämmen und die Integrität demokratischer Prozesse zu schützen.

Antrag A046-Ä001

Änderungsantrag zu A046

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 497 - 502

~~497 **Wir bekämpfen Manipulationen im digitalen Raum.** Wir müssen uns besser~~
~~498 schützen vor Desinformationskampagnen von ausländischen staatlichen~~

499 ~~Akteuren und Terrororganisationen, die unsere Demokratie destabilisieren~~
500 ~~wollen. Von Künstlicher Intelligenz generierte Desinformationsphänomene~~
501 ~~wie Deep Fakes sind ein gefährliches Instrument für Manipulation und damit~~
502 ~~eine Gefahr für die Demokratie.~~

Begründung

Die Zeilen 497 bis 502 beinhalten in der bisherigen Fassung des Entwurfs des Grundsatzprogramms vom 13. Januar 2024 freiheitsfeindliche Vorschläge, die ersatzlos gestrichen werden müssen . Beinahe nichts braucht der freiheitliche demokratische Rechtsstaat so dringend wie die Meinungsfreiheit. Der erwachsene freie Bürger kann selbst entscheiden, wie er mit Informationen umgeht. Beispielsweise ist bekannt, dass es Deep Fakes gibt, so dass jeder auch weiß oder wissen kann, dass Bildinformationen mit Vorsicht aufzunehmen sind.

Antrag A046-Ä002

Änderungsantrag zu A046

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 497

497 **Wir bekämpfen Manipulationen und Kriminalität im digitalen Raum.** Wir müssen uns besser

Antrag A046-Ä003

Änderungsantrag zu A046

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 498 - 499

498 schützen vor Desinformationskampagnen von ~~ausländischen~~ staatlichen
499 und nichtstaatlichen Akteuren ~~und~~ sowie
Terrororganisationen, die unsere Demokratie destabilisieren

Begründung

Die Beschränkung auf ausländische Akteuere und Terrororganisationenen ist sachlich nicht richtig bzw. zu beschränkt.

Antrag A046-Ä004

Änderungsantrag zu A046

Antragsteller/in:	KV Goslar
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 498 - 501

498 schützen vor Desinformationskampagnen von ~~ausländischen staatlichen~~
499 jeglichen Akteuren und Terrororganisationen, die unsere Demokratie destabilisieren
500 wollen. Von Künstlicher Intelligenz generierte Desinformationsphänomene
501 wie Deep Fakes sind ein gefährliches Instrument für Manipulation und damit

Begründung

Einschränkungen auf ausländische oder staatliche Akteure sind zu eingrenzend.

Antrag A046-Ä005

Änderungsantrag zu A046

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 498

498 schützen vor Desinformationskampagnen auch von ausländischen staatlichen

Begründung

Der Entwurf beschränkt sich auf Aktivitäten ausländischer staatlicher Akteure. Mit der Ergänzung "auch"

errecht man eine mehr generelle Aussage, die eben auch nationale und nicht-staatliche Eingriffe einbezieht.

Antrag A046-Ä006

Änderungsantrag zu A046

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 498 - 499

498 schützen vor Desinformationskampagnen ~~von ausländischen staatlichen~~
499 ~~Akteuren und Terrororganisationen~~jeglicher Art, die unsere Demokratie destabilisieren

Antrag A046-Ä007

Änderungsantrag zu A046

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 498 - 499

498 schützen vor Desinformationskampagnen von in- und ausländischen, staatlichen
499 wie privaten

Akteuren ~~und~~bis hin Terrororganisationen, die unsere Demokratie destabilisieren

Begründung

Ersetze durch: „...Desinformationskampagne von in- und ausländischen, staatlichen wie privaten Akteuren bis hin zu Terrororganisationen, die...“

Zu enge Vorstellung der Akteurslandschaft.

Antrag A046-Ä008

Änderungsantrag zu A046

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 500

500 wollen. Dafür setzen wir insbesondere auf ein koordiniertes Vorgehen innerhalb der Europäischen Union, um unsere europäischen Werte im 21. Jahrhundert zu schützen. Von Künstlicher Intelligenz generierte Desinformationsphänomene

Antrag A046-Ä009

Änderungsantrag zu A046

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 500 - 502

500 wollen. Von Künstlicher Intelligenz generierte ~~Desinformationsphänomene~~
501 ~~wie Deep Fakes sind~~,Deep Fakes‘ können für Desinformationskampagnen genutzt werden und dann ein gefährliches Instrument für Manipulation und damit
502 eine Gefahr für die Demokratie sein.

Begründung

Es gibt auch „Deep Fakes“, die eindeutig der Unterhaltung dienen und keine Gefahr darstellen. Wir sollten keine Panikmache gegen KI-Phänomene betreiben, sondern beachten, wo und wie sie eingesetzt werden.

Antrag A046-Ä010

Änderungsantrag zu A046

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 502

502 eine Gefahr für die Demokratie. Selbstverstärkende Algorithmen verschärfen das Problem. Dies kann zu einem Anstieg von Hass und Gewalt führen und den sozialen Zusammenhalt gefährden. Dies haben wir als Gesellschaft in den letzten Jahren durch die Corona-Pandemie und den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine erlebt.

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft Maßnahmen ergreifen, um demokratiefeindliche digitale Einflussnahme und Desinformation einzudämmen und die Integrität demokratischer Prozesse zu schützen. Dies erfordert eine stärkere Regulierung durch die zuständigen Parlamente. Wir prüfen vor diesem Hintergrund legislative Maßnahmen, um der Gefahr für unsere Demokratie zu begegnen. Gleichzeitig rufen wir alle staatlichen Ebenen auf, Desinformation und staatlich gesteuerter digitaler Manipulation aktiv entgegenzutreten und diese bei der Gefahrenabwehr in den Ländern und Kommunen mit zu berücksichtigen

Begründung

Die Gefahr von digitaler Manipulation, wie sie etwa bei Cambridge Analytica im Zusammenhang mit den US-Wahlen aufgedeckt wurde, liegt vor allem darin, dass sie die demokratischen Prozesse und die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen kann. Durch gezielte Manipulation von Informationen und gezielte Ansprache bestimmter Zielgruppen können politische Akteure versuchen, Wahlen zu beeinflussen und die öffentliche Meinung zu manipulieren. Dem müssen wir uns für ein zukunftsfähiges Gemeinwesen entgegenstellen.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A046-Ä011

Änderungsantrag zu A046

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 502

502 eine Gefahr für die Demokratie. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt zur verlässlichen Information in Zeiten sozialer Medien eine besondere Verantwortung zu.

Antrag A046-Ä012

Änderungsantrag zu A046

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 502

502 eine Gefahr für die Demokratie. Deshalb setzen wir auch auf Aufklärung und Bildung der Bevölkerung und insbesondere heranwachsendener Generationen zur eigenverantwortlichen und reflektierten Mediennutzung. Die Grundhaltung und das kritische Hinterfragen sind in Zeiten von

Desinformation und manipulierten Medieninhalten die Grundvoraussetzung für eine aufgeklärte Demokratie.

Begründung

Ergänzung des Kapitels um eine Schlussfolgerung, wie wir in unserer Grundhaltung mit der nachvollziehbaren Problemstellung umgehen wollen.

Antrag A047: Zeile 503 - 512: Wir wollen die Sicherheitsarchitektur unseres Staates modernisieren

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

503 **Wir wollen die Sicherheitsarchitektur unseres Staates modernisieren.**
504 Unser Ziel ist ein bundesweit gleichermaßen hoher Standard bei allen
505 Maßnahmen der Gefahrenabwehr. Dabei halten wir an der
506 Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen fest. Der
507 Austausch von sicherheitsrelevanten Informationen muss deutlich
508 verbessert werden: zwischen dem Bundeskriminalamt (BKA) und der
509 Bundespolizei, zwischen den Polizeibehörden der Länder und auch zwischen
510 den Verfassungsschutzbehörden. Wir wollen das BKA beim
511 länderübergreifenden, polizeilichen Informationsaustausch als Zentralstelle
512 stärken und auch die Zusammenarbeit mit Europol weiter verstärken.

Antrag A047-Ä001

Änderungsantrag zu A047

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 507

507 Austausch von ~~sicherheitsrelevanten~~ Informationen muss deutlich

Begründung

Ausschließlich Fokus auf "sicherheitsrelevanz" unnötig konkret und nicht praktikabel. Oftmals kann die Landespolizei durch eine Abfrage nicht feststellen, ob eine Person in einem anderen Bundesland bereits straffällig wurde, da nicht alle Straftaten in das bundesweite Informationssystem (Inpol) eingepflegt werden. Dies erschwert die Polizeiarbeit.

Antrag A047-Ä002

Änderungsantrag zu A047

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 512

512 ~~stärken~~ausbauen und auch die Zusammenarbeit mit Europol weiter verstärken.

Begründung

Das Wort ausbauen ist verbindlicher als stärken.

Antrag A047-Ä003

Änderungsantrag zu A047

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 512

512 stärken und auch die Zusammenarbeit mit Europol weiter verstärken. Den BND wollen wir mit weiteren Kompetenzen zur Nachrichtenbeschaffung ausstatten und dessen Erkenntnisse verstärkt zur Grundlage unseres außenpolitischen Regierungshandelns machen; militärische Aspekte der Außenpolitik sollten von verteidigungspolitischen Erwägungen geleitet werden.

Begründung

Der BND leistet seit jeher herausragende Dienste für die Bundesregierung. Gleichwohl wurden seine Erkenntnisse in Vergangenheit zu häufig nicht zur Grundlage von Regierungshandel gemacht, da diese – vermeintlich – nicht in das politische Überzeugungsbild der Regierenden passte. Künftig bekennen wir uns ausdrücklich zu den außen- und sicherheitspolitischen Lagebildern der Experten des BND. Um den BND dazu angemessen zu befähigen, wollen wir dessen Rechtsgrundlagen weiterentwickeln und neue Befugnisse zur Nachrichtenbeschaffung und Aufklärung schaffen. Die zentrale Rolle des BND innerhalb unserer Sicherheitsarchitektur, als einzigen Auslandsnachrichtendienst mit zivilem und militärischem Aufklärungsauftrag, soll so gestärkt werden.

Zudem soll die deutsche Außensicherheitspolitik in Abkehr der bisherigen Staatspraxis nicht mehr ausschließlich durch rein außen-diplomatische Erwägungen getragen, sondern verstärkt auch eine verteidigungspolitische Dimension geleitet werden. Dazu soll das Bundesministerium der Verteidigung (gleichberechtigt neben dem Auswärtigen Amt) die Außensicherheitspolitik verantworten. Bei Meinungsverschiedenheiten ist eine Entscheidung im Nationalen Sicherheitsrat herbeizuführen.

Antrag A047-Ä004

Änderungsantrag zu A047

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 512

512 stärken und auch die Zusammenarbeit mit Europol und Interpol weiter verstärken.

Antrag A047-Ä005

Änderungsantrag zu A047

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 512

512 stärken und ~~auch die~~die justizielle Zusammenarbeit ~~mit Europol weiter verstärken~~in Strafsachen in der Europäischen Union vertiefen, um grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus effektiv zu bekämpfen.

Antrag A047-Ä006

Änderungsantrag zu A047

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 512

512 stärken und auch die Zusammenarbeit mit Europol weiter verstärken. Wir setzen außerdem auf eine angemessene Einbindung kommunaler Behörden in den nötigen Datenaustausch.

Begründung

Ergänzung in Anlehnung an die vorgenannte, wichtige Rolle der Kommunen.

Antrag A047-Ä007

Änderungsantrag zu A047

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 512

512 stärken und auch die internationale Zusammenarbeit ~~mit Europol~~ weiter verstärken.

Antrag A047-Ä008

Änderungsantrag zu A047

Antragsteller/in:	KV Koeln

Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 512

512 stärken und auch die Zusammenarbeit mit Europol weiter verstärken. Den BND wollen wir mit weiteren Kompetenzen zur Nachrichtenbeschaffung ausstatten und dessen Erkenntnisse verstärkt zur Grundlage unseres außenpolitischen Regierungshandelns machen; militärische Aspekte der Außenpolitik sollten von verteidigungspolitischen Erwägungen geleitet werden.

Begründung

Der BND leistet seit jeher herausragende Dienste für die Bundesregierung. Gleichwohl wurden seine Erkenntnisse in Vergangenheit zu häufig nicht zur Grundlage von Regierungshandel gemacht, da diese – vermeintlich – nicht in das politische Überzeugungsbild der Regierenden passte. Künftig bekennen wir uns ausdrücklich zu den außen- und sicherheitspolitischen Lagebildern der Experten des BND. Um den BND dazu angemessen zu befähigen, wollen wir dessen Rechtsgrundlagen weiterentwickeln und neue Befugnisse zur Nachrichtenbeschaffung und Aufklärung schaffen. Die zentrale Rolle des BND innerhalb unserer Sicherheitsarchitektur, als einzigen Auslandsnachrichtendienst mit zivilem und militärischem Aufklärungsauftrag, soll so gestärkt werden.

Zudem soll die deutsche Außensicherheitspolitik in Abkehr der bisherigen Staatspraxis nicht mehr ausschließlich durch rein außen-diplomatische Erwägungen getragen, sondern verstärkt auch eine verteidigungspolitische Dimension geleitet werden. Dazu soll das Bundesministerium der Verteidigung (gleichberechtigt neben dem Auswärtigen Amt) die Außensicherheitspolitik verantworten. Bei Meinungsverschiedenheiten ist eine Entscheidung im Nationalen Sicherheitsrat herbeizuführen.

Antrag A048: Zeile 513 - 519: Der Bund muss die Länder bei der inneren Sicherheit unterstützen können

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

513 **Der Bund muss die Länder bei der inneren Sicherheit unterstützen**
514 **können.** Bedrohungen durch Extremismus, Terrorismus, Cyber-Angriffe
515 oder Katastrophenfälle nehmen keine Rücksicht auf Ländergrenzen oder auf
516 Grenzen von Bundesländern. Da nicht jedes Bundesland dagegen im gleichen
517 Maße wehrfähig sein kann, muss in hochspezialisierten Sicherheitsbereichen
518 eine freiwillige Übertragung von Kompetenzen der Gefahrenabwehr auf den
519 Bund oder auf andere Bundesländer ermöglicht werden.

Antrag A048-Ä001

Änderungsantrag zu A048

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 514

514 **können.** Bedrohungen durch Extremismus, Terrorismus, Spionage, Cyber-Angriffe

Begründung

Auch Spionage ist ein grenzüberschreitendes Bedrohungsphänomen.

Antrag A049: Zeile 520 - 529: Deutschland muss besser vor Cyber-Angriffen geschützt werden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 520 - 529 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

520 **Deutschland muss besser vor Cyber-Angriffen geschützt werden.** Wir
521 wollen unsere Sicherheitsbehörden bei der Cyber-Sicherheit mit den
522 notwendigen Befugnissen, mit Fachpersonal und moderner Infrastruktur
523 ausstatten. Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung müssen im
524 Cyber-Raum genauso effektiv möglich sein wie im analogen Leben. Wo der Staat nicht
525 selbst tätig sein darf, muss er die Bevölkerung verstärkt aufklären und
526 informieren. Zusätzlich zu den Gefahrenabwehrkompetenzen der Länder
527 wollen wir die Fähigkeiten des Bundes stärken, mit den erforderlichen
528 Ressourcen auch hochspezialisierte und gemeingefährliche Cyber-Angriffe
529 durch aktive Gegenmaßnahmen abzuwehren.

Antrag A049-Ä001

Änderungsantrag zu A049

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 520

520 **Deutschland muss ~~besser~~ umgehend und wirksam vor Cyber-Angriffen besser geschützt**

werden. Wir

Begründung

Das Wort besser muss hier durch umgehend und wirksam ersetzt werden, damit die Wichtigkeit dieser Maßnahme unterstrichen wird.

Antrag A049-Ä002

Änderungsantrag zu A049

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 524

524 Cyber-Raum genauso effektiv möglich sein wie im analogen Leben. Wo der Staat nicht

Antrag A049-Ä003

Änderungsantrag zu A049

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 526 - 529

526 informieren. ~~Zusätzlich zu den Gefahrenabwehrkompetenzen~~Hierbei sind explizit die Kommunen als Teil der Länder
527 ~~wollen wir die Fähigkeiten des Bundes stärken, mit den erforderlichen~~
528 ~~Ressourcen auch hochspezialisierte und gemeingefährliche Cyber-Angriffe~~
529 ~~durch aktive Gegenmaßnahmen abzuwehren~~zu nennen, die einer besonderen Gefährdungslage ausgesetzt sind.

Antrag A049-Ä004

Änderungsantrag zu A049

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 527

527 wollen wir die Fähigkeiten ~~des Bundes~~aller staatlicher Stellen stärken, mit den erforderlichen

Begründung

Streiche: „des Bundes“
Setze: „aller staatlicher Stellen“

Begründung: Notwendige Erweiterung

Antrag A049-Ä005

Änderungsantrag zu A049

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 529

529 durch aktive Gegenmaßnahmen abzuwehren. Dabei sehen wir insbesondere auch das gesteigerte Gefahrenpotential aus China und Russland, dem wir begegnen müssen.

Antrag A049-Ä006

Änderungsantrag zu A049

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 529

529 durch aktive Gegenmaßnahmen abzuwehren.

Resilienz und operative Abwehrbereitschaft im Cyberraum! Wir brauchen einen klaren rechtlichen Rahmen für die Durchführung von Cyberoperationen durch Bundeswehr und Nachrichtendienste auch außerhalb des Verteidigungsfalles. Mit dieser Fähigkeit wollen wir im Cyberraum abschrecken und die Bundesrepublik durch diese höhere Wehrhaftigkeit zu einem unattraktiven Ziel machen.

Antrag A050: Zeile 530 - 536: Die Bundeswehr muss bei Bedarf auch im Inland eingesetzt werden dürfen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 530 - 536 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

530 **Die Bundeswehr muss bei Bedarf auch im Inland eingesetzt werden**
531 **dürfen.** Bereits heute sieht das Grundgesetz vor, dass die Bundeswehr für
532 bestimmte Aufgaben auch im Landesinneren herangezogen werden kann.
533 Der Rahmen ist jedoch zu eng definiert. Das wollen wir zum Schutz der
534 Bevölkerung ändern. Bei besonderen Bedrohungslagen, in denen nur die
535 Bundeswehr über die spezifischen Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr verfügt,
536 muss sie auch eingesetzt werden dürfen.

Antrag A050-Ä001

Antragsteller/in:	KV Stormarn
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 530 - 531

530 **Die Bundeswehr muss bei Bedarf auch im Inland ~~eingesetzt werden~~ verfassungsgemäß eingesetzt werden dürfen.** Bereits heute sieht das Grundgesetz vor, dass die Bundeswehr für

Antrag A050-Ä002

Änderungsantrag zu A050

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 530 - 536

530 **Die Bundeswehr muss ~~bei Bedarf auch im Inland eingesetzt werden dürfen~~auch weiterhin im Rahmen der Amtshilfe im Innern eingesetzt werden können.**~~Bereits heute sieht das Grundgesetz vor, dass die Bundeswehr für~~
532 ~~bestimmte Aufgaben auch im Landesinneren herangezogen werden kann.~~
533 ~~Der Rahmen ist jedoch zu eng definiert. Das wollen wir zum Schutz der~~
534 ~~Bevölkerung ändern. Bei besonderen Bedrohungslagen, in denen nur die~~
535 ~~Bundeswehr über die spezifischen Fähigkeiten~~ Die zur Landes- und Bündnisverteidigung vorgehaltenen Fähigkeiten - etwa der Pionier- und ABC-Abwehrtruppe - müssen auch zu Zwecken der Amtshilfe genutzt werden können. Dies dient der Gefahrenabwehr ~~verfügt,~~
536 ~~muss sie auch eingesetzt werden dürfen~~im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit und der Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft.

Begründung

Die Darstellung des bisherigen Entwurfes ist schief. Die Bundeswehr darf im Innern handeln - neben den im Text angesprochenen Art. 35 GG-Fällen gibt es ja auch Aufgaben im Spannungs- und Verteidigungsfall. Darüber hinaus gibt es die nicht hinreichend genutzten Befugnisse aus dem UZwGBw (Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen).

Die Bundeswehr als in eigener Zuständigkeit handelnde Gefahrenabwehrbehörde - so klingt die Passage "spezifische Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr" - ist freilich ein Irrweg. Gefahrenabwehr erfolgt auf der Grundlage einer ganz anderen Taktik und ihr liegt eine völlig andere Einsatzführungsdoktrin zugrunde als den Aufgaben der Streitkräfte, die vom Krieg her zu denken sind.

Resilienz in der Zeitenwende bedeutet, dass die Landespolizeien und ggf. die Bundespolizei passende Fähigkeiten brauchen. Wenn diese fehlen, kann man die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit anders gestalten. Vielleicht wäre sinnvoll, zu fordern, dass die Zusammenarbeit

zwischen Bundeswehr und zivilen Sicherheitsbehörden in besonderen Bedrohungslagen nicht mehr dem einengenden Konstrukt der Amtshilfe unterliegen soll. Dann freilich ist die Bundeswehr nicht als Gefahrenabwehrbehörde gefragt, für die der Dreiklang "Aufgabe-Befugnis-Mittel" gilt, sondern dann gilt der Grundsatz "Wer kann, der macht'".

Antrag A050-Ä003

Änderungsantrag zu A050

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 534 - 535

534 Bevölkerung ändern. Bei besonderen Bedrohungslagen, in denen ~~nur die~~
535 die Bundeswehr über die spezifischen Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr verfügt,

Antrag A050-Ä004

Änderungsantrag zu A050

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 534 - 536

534 Bevölkerung ändern. Bei besonderen ~~Bedrohungs~~Katastrophenlagen, in denen nur die
535 Bundeswehr über die spezifischen Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr verfügt,
536 muss sie auch vom Parlament in festgelegtem Rahmen eingesetzt werden dürfen.

Begründung

Das Verbot des Einsatzes der Bundeswehr im Landesinneren ist ein hohes Gut. Die Formulierung sollte daher ausreichend konkret und die Einsatzbedingung auch hier bereits klar definiert werden, um keine Missverständnisse bei der Interpretation des CDU-Grundsatzprogrammes zu ermöglichen.

Antrag A050-Ä005

Änderungsantrag zu A050

Antragsteller/in:	KV Herzogtum Lauenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 534 - 536

534 Bevölkerung ändern. Bei besonderen Bedrohungslagen, wie z.B. schweren Terroranschlägen, in denen nur die
535 Bundeswehr über die spezifischen Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr verfügt,
536 muss sie auch eingesetzt werden dürfen. Eine grundsätzliche Vermischung von Aufgaben der Polizei und der Streitkräfte wird es mit der CDU Nicht geben.

Antrag A050-Ä006

Änderungsantrag zu A050

Antragsteller/in:	KV Lueneburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 536

536 muss sie auch im Rahmen der Amtshilfe eingesetzt werden dürfen.

Begründung

Es muss deutliche werden, dass die CDU nicht das Grundgesetz (Notstandsgesetzgebung Art. ... GG) ändern bzw. erweitern will, es vielmehr um die Klarstellung und Absicherung der Amtshilfe geht.

Antrag A050-Ä007

Änderungsantrag zu A050

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zeile 536

536 muss sie auch eingesetzt werden dürfen.

Artikel 87b Grundgesetz wird ersatzlos aufgehoben

Begründung

Diese Norm wurde bei dem Aufbau der Bundeswehr geschaffen, um eine Entwicklung der Streitkräfte als Staat im Staate zu verhindern. Es hat sich gezeigt, das diese Gefahr in der Bundesrepublik Deutschland nicht besteht. Deshalb ist diese Norm überflüssig geworden. Da sie einer Verschlankung der Bundeswehrverwaltung im Wege steht, soll sie gestrichen werden. Alle Kräfte im Bereich der Streitkräfte müssen auf den eigentlichen Punkt der Verteidigung konzentriert werden.

Antrag A051: Zeile 537 - 543: Wir wollen den Bevölkerungsschutz stärken und enger vernetzen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 537 - 543 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

537 **Wir wollen den Bevölkerungsschutz stärken und enger vernetzen.** Zur
538 Modernisierung des Zivil- und Katastrophenschutzes setzen wir auf einen

539 Dreiklang aus gut ausgebildeten haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften,
540 zielgerichteten Einsatzkonzepten und einer moderneren Einsatzausstattung.
541 Die Bürger müssen sich auf ein gut aufgestelltes Warnsystem verlassen
542 können, sie sind aber auch selbst gefordert vorzusorgen. Der Bund muss im
543 Bevölkerungsschutz lageabhängig handeln können. Auch die zivile Verteidigung für den Spannungs- oder Verteidigungsfall muss wieder gestärkt werden.

Antrag A051-Ä001

Änderungsantrag zu A051

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 537 - 543

537 ~~**Wir wollen den Bevölkerungsschutz stärken und enger vernetzen.** Zur~~
538 ~~Modernisierung des Zivil- und Katastrophenschutzes setzen wir auf einen~~
539 ~~Dreiklang aus gut ausgebildeten haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften,~~
540 ~~zielgerichteten Einsatzkonzepten und einer moderneren Einsatzausstattung.~~
541 ~~Die Bürger müssen sich auf ein gut aufgestelltes Warnsystem verlassen~~
542 ~~können, sie sind aber auch selbst gefordert vorzusorgen. Der Bund muss im~~
543 ~~Bevölkerungsschutz lageabhängig handeln können.~~

Wir wollen die Bevölkerung besser dabei unterstützen, sich für Naturkatastrophen und andere Unglückslagen vorzubereiten und zu wappnen. Dafür setzen wir auf verbesserte Information zur Vorsorge und zum Verhalten in Notlagen in den Schulen, Berufsschulen und Universitäten. Wir wollen Informationsabende des Technischen Hilfswerks und der Kommunen, bei denen die Menschen sich vor Ort über die empfehlenswerte Bevorratung von Nahrungsmitteln und Medikamenten und Ausrüstung (Kleidung, Decken und ähnliches) und das Verhalten im Not- und Katastrophenfall unterrichten lassen können, und ein verbessertes Angebot von Erste-Hilfe-Kursen. Außerdem setzen wir uns für Gesetzesänderungen ein, die den Einkauf notwendiger medizinischer Ausrüstung (z.B. Infusionsmaterial, Schmerzmittel, Antibiotika, Virostatika) für den hauseigenen Bedarf der Familie als Bevorratung und Vorsorgemaßnahme für den Not- und Katastrophenfall ermöglicht.

Begründung

Wir brauchen weniger Staat, nicht mehr! Auch der Katastrophenschutz muss deshalb nicht durch mehr staatliche Aufgaben oder Aufgabenerfüllung verbessert werden, sondern durch die Erweiterung der Befähigung der Bevölkerung, sich selbst zu helfen und vorzusorgen.

Antrag A051-Ä002

Änderungsantrag zu A051

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 537 - 541

537 **Wir wollen den Bevölkerungsschutz stärken und enger vernetzen.** Deutschland muss krisenfester und resilienter werden, um für Terrorangriffe, Cyber-Attacken auf kritische Infrastrukturen, Pandemien und Naturkatastrophen besser gerüstet zu sein. Zur
538 Modernisierung des Zivil- und Katastrophenschutzes setzen wir auf einen
539 Dreiklang aus gut ausgebildeten haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften,
540 zielgerichteten Einsatzkonzepten und einer moderneren Einsatzausstattung.
541 Jede Maßnahme zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes steigert dabei zugleich unsere gesamtgesellschaftliche Resilienz.
Die Bürger müssen sich auf ein gut aufgestelltes Warnsystem verlassen

Begründung

Auch hier fehlt ein Obersatz mit Zielbeschreibung. gesamtgesellschaftlicher Resilienz fehlt bislang. Verknüpfung mit gesamtgesellschaftlicher Resilienz fehlt bislang.

Antrag A051-Ä003

Änderungsantrag zu A051

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 543

543 Bevölkerungsschutz lageabhängig handeln können. Auch die zivile Verteidigung für den Spannungs- und Verteidigungsfall muss wieder gestärkt werden. Schwerpunkte müssen hierbei auf die Aufrechterhaltung der Energieversorgung, der Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln und der Krisenkommunikation gelegt werden.

Antrag A052: Zeile 544 - 551: Wir wollen die innere und äußere Sicherheit durch einen Nationalen Sicherheitsrat gebündelt in den Blick nehmen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

544 **Wir wollen die innere und äußere Sicherheit durch einen Nationalen**
545 **Sicherheitsrat gebündelt in den Blick nehmen.** Innere und äußere
546 Sicherheit lassen sich nicht voneinander trennen. Dementsprechend müssen
547 die institutionellen Strukturen angepasst werden. Es braucht einen zentralen
548 Ort der Koordination, der strategischen Vorausschau, der Krisenprävention
549 und der Bündelung relevanter Erkenntnisse des Bundes und der Länder.
550 Hierzu wollen wir einen Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt

551 einrichten.

Antrag A052-Ä001

Änderungsantrag zu A052

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 544 - 551

544 ~~**Wir wollen die innere und äußere Sicherheit durch einen Nationalen Sicherheitsrat gebündelt in den Blick nehmen.** Innere und äußere~~
546 ~~Sicherheit lassen sich nicht voneinander trennen. Dementsprechend müssen~~
547 ~~die institutionellen Strukturen angepasst werden. Es braucht einen zentralen~~
548 ~~Ort der Koordination, der strategischen Vorausschau, der Krisenprävention~~
549 ~~und der Bündelung relevanter Erkenntnisse des Bundes und der Länder.~~
550 ~~Hierzu wollen wir einen Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt~~
551 ~~einrichten.~~

Wir wollen die innere und äußere Sicherheit durch einen Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt gebündelt in den Blick nehmen. Innere und äußere Sicherheit lassen sich nicht voneinander trennen. Dementsprechend müssen die institutionellen Strukturen angepasst werden. Dabei ist darauf zu achten, dass Dopplungen vermieden werden und auf bereits Bewährtem aufgebaut wird. Es braucht einen zentralen Ort der Koordination, der Lagefeststellung und strategischen Vorausschau, der Krisenprävention und -reaktion. Durch die Bündelung relevanter Erkenntnisse des Bundes und der Länder, einschließlich nachrichtendienstlicher Informationen, sollen Entscheidungen vorbereitet werden und die Positionierung der Bundesregierung ermöglicht werden.

Antrag A052-Ä002

Änderungsantrag zu A052

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 545

545 **Sicherheitsrat ~~gebündelt in den Blick nehmen~~bündeln.** Innere und äußere

Begründung

Wenn etwas geändert werden soll, sollte man das nicht nur „in den Blick nehmen“, sondern sollte es tun.

Antrag A052-Ä003

Änderungsantrag zu A052

Antragsteller/in:	KV Meppen

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 551

551 einrichten, ohne die Rechte von Judikative und legislative zu verändern.

Begründung

Die Ergänzung der beiden Instanzen halten wir für wichtig, um deutlich zu machen, dass wir an den im
Grundgesetz verankerten Instrumenten unbedingt festhalten, ohne eines davon einzuschränken oder in seiner Funktion zu schwächen.

Antrag A052-Ä004

Änderungsantrag zu A052

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 551

551 einrichten. Auf europäischer Ebene fordern wir als Ergänzung einen europäischen Sicherheitsrat, der dem Europäischen Rat als Steuerungs- und Lenkungsinstrument für die Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Entwicklungs-, Innen- und Wirtschaftspolitik dient.

Begründung

Ein besonderes Defizit besteht in der fehlenden regulären Entscheidungsfindung der Außen-, Innen- und Justizminister zu Fragen der inneren und äußeren Sicherheit der EU, z.B. Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegale Migration, Cyber- und Hybridattacken. Daher fordern wir, die zivil-militärischen Fähigkeiten der EU auf höchster Ebene zu planen.

Antrag A053: Zeile 552 - 572: Für eine wehrhafte Demokratie

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 553 - 560 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 561 - 572 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

552 **Für eine wehrhafte Demokratie**

553 **Der Staat muss Feinde unserer Demokratie ~~har~~konsequent bekämpfen.** Deutschland
554 ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Doch Toleranz und Weltoffenheit
555 sollte niemand als Schwäche missverstehen. Extremisten gefährden unsere
556 Sicherheit und den Frieden in unserem Land. Sie zu bekämpfen und unsere

Freiheit und offene Gesellschaft zu verteidigen, sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir antworten mit schlagkräftigen, vernetzten Sicherheitsbehörden, einer funktionsfähigen Justiz und ~~starken~~ wirksamen Nachrichtendiensten.

Es braucht einen 360-Grad-Blick gegen Extremismus. Wir brauchen Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Extremismus, von Gewalt und Terror - unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremismus, Islamismus und auslandsbezogenen Extremismus handelt. Der Staat muss Gefährder früher identifizieren und ~~mit allen~~im Rahmen aller gesetzlichen Möglichkeiten überwachen können. Radikalisierungsprozesse müssen bereits in den Anfängen erkannt und unterbunden werden. Hierfür müssen Präventionsprogramme ~~müssen~~insbesondere in der schulischen und außerschulischen Bildung und in den Medien gestärkt und ausgebaut werden. ~~Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden müssen konsequent den finanziellen Unterbau und Finanzströme von extremistischen Gruppen aufklären.~~ Mittel für ~~die~~ politische Bildung dürfen ~~nicht~~weder einseitig noch an extremistische Gruppen verteilt werden. Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden müssen konsequent deren finanziellen Unterbau und deren Finanzströme aufklären.

Antrag A053-Ä001

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 552

Für eine wehrhafte Demokratie

Die wichtigste Säule unserer Demokratie sind mündige Bürgerinnen und Bürger. Sie sind die Garanten für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Möglichst große Entscheidungsspielräume vor Ort, ein den Menschen zugewandtes staatliches Handeln und politische Bildung fördern das Engagement mündiger Bürgerinnen und Bürger für eine wehrhafte Demokratie.

Begründung

Bevor man sich der Bekämpfung der Feinde der Demokratie widmet, sollte man positiv das Engagement der mündigen Bürgerinnen und Bürger für eine wehrhafte Demokratie hervorheben.

Antrag A053-Ä002

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 553 - 560

553 ~~**Der Staat muss Feinde unserer Demokratie hart bekämpfen.** Deutschland~~
554 ~~ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Doch Toleranz und Weltoffenheit~~
555 ~~sollte niemand als Schwäche missverstehen. Extremisten gefährden unsere~~
556 ~~Sicherheit und den Frieden in unserem Land. Sie zu bekämpfen und unsere~~
557 ~~Freiheit und offene Gesellschaft zu verteidigen,~~Wir Christdemokraten lassen nicht zu, dass die freiheitlich demokratische Grundordnung beseitigt oder beeinträchtigt wird. Wir sind ~~zwei Seiten derselben~~
558 ~~Medaille. Wir antworten mit schlagkräftigen, vernetzten~~
559 ~~Sicherheitsbehörden, einer funktionsfähigen Justiz und starken~~
560 ~~Nachrichtendiensten~~überzeugt: Dafür braucht es keine neuen Straftatbestände und keine neuen staatlichen Befugnisse, sondern die konsequente Durchsetzung bestehender Gesetze. Außerdem setzen wir Christdemokraten uns im öffentlichen Diskurs fortwährend für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung ein.

Begründung

Änderung zwecks Klarstellung.

Antrag A053-Ä003

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Zollernalb
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 553

553 **Der Staat muss Feinde unserer Demokratie ~~hart~~ konsequent bekämpfen.** Deutschland

Begründung

Das Wort „hart“ insinuiert einen besonderen Grad der Bestrafung. Darum geht es nicht. Das Strafmaß ist allein die Entscheidung der Judikative. Insofern ist das Wort „hart“ nicht angebracht. Es geht vielmehr darum, dass die Feinde der Demokratie und unserer Verfassung konsequent bekämpft werden. Das entspricht auch dem Geist des Parlamentarischen Rates von Herrenchiemsee.

Antrag A053-Ä004

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	Lesben und Schwule in der Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 558

558 Medaille. Gegenüber kriminellen Handlungen, die aufgrund von rassistischen, antisemitischen, geschlechtsspezifischen, gegen die sexuelle Orientierung gerichteten oder anderen menschenverachtenden Motiven begangen werden, zeigen wir Null Toleranz. Wir antworten mit schlagkräftigen, vernetzten

Begründung

Hassgewalt und antisemitische Straftaten nehmen in erschreckender Weise zu. Die explizite Auflistung
der in § 46 StGB genannten Merkmale ist aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung zur stärken Sichtbarmachung
dringend geboten.

Antrag A053-Ä005

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 559 - 560

559 Sicherheitsbehörden, einer funktionsfähigen Justiz und ~~starken~~
560 effizienten Nachrichtendiensten.

Begründung

MdB Roderich Kiesewetter (PKGr) geht in seinem offenen Brief vom 05.02.2024: „Eine ganzheitliche ‚Zeitenwende' erfordert smarte Nachrichtendienste mit weniger Fesseln" gezielt auf dieses Thema ein.

Antrag A053-Ä006

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A046

Zeile 560

560 Nachrichtendiensten.

Wehrhafte Demokratie heißt auch, digitaler Manipulation aktiv entgegenzutreten: Digitale Einflussnahme autoritärer Staaten und Desinformation sind eine große Bedrohung, da sie die Demokratie untergraben und das Vertrauen der Menschen in politische Prozesse und Institutionen erschüttern können. Darüber hinaus werden durch die digitale Einflussnahme auch gesellschaftliche Spaltungen verstärkt, da Menschen
gezielt mit polarisierenden Inhalten konfrontiert werden, die ihre Meinungen und Einstellungen weiter radikalisieren. Selbstverstärkende Algorithmen verschärfen das Problem. Dies kann zu

einem Anstieg von Hass und Gewalt führen und den sozialen Zusammenhalt gefährden. Dies haben wir als Gesellschaft in den letzten Jahren durch die Corona-Pandemie und den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine erlebt. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft Maßnahmen ergreifen, um demokratiefeindliche digitale Einflussnahme und Desinformation einzudämmen und die Integrität demokratischer Prozesse zu schützen. Dies erfordert eine stärkere Regulierung durch die zuständigen Parlamente. Wir prüfen vor diesem Hintergrund legislative Maßnahmen, um der Gefahr für unsere Demokratie zu begegnen. Gleichzeitig rufen wir alle staatlichen Ebenen auf, Desinformation und staatlich gesteuerter digitaler Manipulation aktiv entgegenzutreten und diese bei der Gefahrenabwehr in den Ländern und Kommunen mit zu berücksichtigen.

Antrag A053-Ä007

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 560

560 Nachrichtendiensten auf Bundes- und Landesebene. Darüber hinaus ist unser Anspruch, den hohen Wert der Nachrichtendienste der Bevölkerung zu verdeutlichen.

Begründung

Hervorheben der existierenden föderalen Strukturen.

Antrag A053-Ä008

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A046

Zeile 560

560 Nachrichtendiensten.

Wehrhafte Demokratie heißt auch, digitaler Manipulation aktiv entgegenzutreten: Digitale Einflussnahme autoritärer Staaten und Desinformation sind eine große Bedrohung, da sie die Demokratie untergraben und das Vertrauen der Menschen in politische Prozesse und Institutionen erschüttern können. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft Maßnahmen ergreifen, um demokratiefeindliche digitale Einflussnahme und Desinformation einzudämmen und die Integrität demokratischer Prozesse zu schützen. Wir prüfen vor diesem Hintergrund legislative Maßnahmen, um der Gefahr für unsere Demokratie zu begegnen. Gleichzeitig rufen wir alle staatlichen Ebenen auf, Desinformation und staatlich gesteuerter digitaler Manipulation aktiv entgegenzutreten und diese bei der Gefahrenabwehr in den Ländern und Kommunen mit zu berücksichtigen

Antrag A053-Ä009

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Diepholz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 560

560 Nachrichtendiensten.

Ergänzung zu Zeile 558 im Entwurf des Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands: „Sie zu bekämpfen und unsere Freiheit und offene Gesellschaft zu verteidigen, sind zwei Seiten derselben Medaille. Unsere Werte anzuerkennen, wird von allen Menschen, egal welcher Herkunft und Religion gefordert. Migranten haben die Anerkennung der Werte in geeigneter Weise nachzuweisen."

Begründung

Es kann nicht genügen, zugezogenen Menschen guten Willen bei der Anerkennung unserer Lebensweise und Grundwerte zu unterstellen. Integration ist keine Holschuld, sondern eine Bringschuld. Deutschland muss hier stärker und klarer darauf achten, ob Migranten bereit sind, dies zu akzeptieren. Parallelgesellschaften werden nicht länger geduldet.

Antrag A053-Ä010

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Stormarn
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 561 - 562

561 ~~**Es braucht einen 360-Grad-Blick gegen Extremismus.**~~**Kein Platz für Gegner unserer Verfassung.** Wir brauchen
562 Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Extremismus, von Gewalt und

Antrag A053-Ä011

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 561 - 572

561 ~~**Es braucht einen 360-Grad-Blick gegen Extremismus.** Wir brauchen~~
562 ~~Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Extremismus, von Gewalt und~~
563 ~~Terror - unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremismus,~~
564 ~~Islamismus und auslandsbezogenen Extremismus handelt. Der Staat muss~~
565 ~~Gefährder früher identifizieren und~~Wir Christdemokraten unterscheiden aber auch zwischen der

wehrhaften Demokratie, bei der die freiheitlich demokratische Grundordnung von den staatlichen Institutionen mit ~~allen gesetzlichen Möglichkeiten~~
566 ~~überwachen können. Radikalisierungsprozesse müssen bereits in den~~
567 ~~Anfängen erkannt und unterbunden werden. Präventionsprogramme~~
568 ~~müssen in der schulischen und außerschulischen Bildung gestärkt und~~
569 ~~ausgebaut werden. Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden~~
570 ~~müssen konsequent den finanziellen Unterbau und Finanzströme von~~
571 ~~extremistischen Gruppen aufklären. Mittel für die politische Bildung~~Eingriffsmaßnahmen hart verteidigt wird, und den ganzen anderen Sachbereichen der politischen Auseinandersetzung und des öffentlichen und privaten Meinungsaustauschs. Wir wissen, die Demokratie lebt in besonderem Maße von der Meinungsfreiheit, bei der die Meinungen auch Extrempositionen erreichen dürfen
572 ~~nicht einseitig verteilt werden~~. Nur so lassen sich alle Möglichkeiten diskutieren und abwägen und schließlich die richtigen Entscheidungen für unser Gemeinwesen finden. Unter allen Umständen treten wir deshalb für die Meinungsfreiheit ein.

Begründung

Änderung zwecks Klarstellung.

Antrag A053-Ä012

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 563 - 564

563 Terror - unabhängig davon, ob es sich um ~~Recht~~Links- oder ~~Linksextremismus,~~
564 Rechtsextremismus,
Islamismus und auslandsbezogenen Extremismus handelt. Der Staat muss

Begründung

Die Reihenfolge ist alphabetisch seit jeher von uns als CDU so gewählt und sollte aus falsch verstandener Zurückhaltung gerade im aktuellen Kontext des aufflammenden Linksterrorismus in Berlin/Brandenburg und der aktuellen Debatte um die Aufklärung der RAF-Straften nicht geändert werden.

Antrag A053-Ä013

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 564

564 Islamismus und auslandsbezogenen Extremismus oder neue Formen von Extremismus handelt. Der Staat muss

Begründung

z.B. Öko-Extremismus

Antrag A053-Ä014

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 564

564 ~~Islamismus~~religiösen Extremismus und auslandsbezogenen Extremismus handelt. Der Staat muss

Begründung

Zur Verdeutlichung

Antrag A053-Ä015

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 564

564 Islamismus ~~und auslandsbezogenen~~oder andere Formen des Extremismus handelt. Der Staat muss

Begründung

Streiche: „und auslandsbezogenen“
Setze: „oder andere Formen des“

Begründung:

Erweiterter Blickwinkel

Antrag A053-Ä016

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 565

565 Gefährder früher identifizieren und ~~mit allen~~im Rahmen aller gesetzlichen Möglichkeiten

Begründung

Sprachliche Verfeinerung.

Antrag A053-Ä017

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 567 - 569

567 Anfängen erkannt und unterbunden werden. Hierfür müssen Präventionsprogramme
568 ~~müssen in der schulischen und außerschulischen Bildung~~ gestärkt und
569 ausgebaut werden.
Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden

Begründung

Auch in anderen Lebensbereichen gibt es Präventionsprogramme. Auch diese müssen nachhaltig gestärkt werden.

Antrag A053-Ä018

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 568

568 müssen in der schulischen und außerschulischen Bildung und den Medien gestärkt und

Begründung

Zur Verdeutlichung und Ergänzung

Antrag A053-Ä019

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Giessen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 569 - 572

569 ausgebaut werden. ~~Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden~~
570 ~~müssen konsequent den finanziellen Unterbau und Finanzströme von~~
571 ~~extremistischen Gruppen aufklären.~~ Mittel für die politische Bildung dürfen

572 nicht einseitig verteilt werden. Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden müssen konsequent den finanziellen Unterbau und Finanzströme von extremistischen Gruppen aufklären.

Begründung

Die beiden Sätze sollten getauscht werden. In den vorangehenden Zeilen 567 bis 569 wird bereits die Bildungsarbeit beleuchtet. Es ist deshalb kontextual stimmiger, wenn sich die Mittelvergabe für eben jene Bildungsarbeit direkt anschließt.

Antrag A053-Ä020

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 571 - 572

571 extremistischen Gruppen aufklären. Mittel für ~~die~~ politische Bildung dürfen
572 ~~nicht~~weder einseitig noch an extremistische Gruppierungen und diesen nahestehende Organisationen verteilt werden.

Antrag A053-Ä021

Änderungsantrag zu A053

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 572

572 nicht einseitig verteilt werden. Auch die Förderung von linksextremistischen und linkspopulistischen Organisationen oder von Organisationen mit ungeklärtem Verhältnis zum Linksextremismus und Antisemitusmus müssen auf allen Ebenen eingestellt werden.

Begründung

Die Förderung von Organisationen aus dem linksextremen Milieu oder ihre Vorfeldorganisationen ist leider auf unterschiedlichen Ebenen über Jahre gewachsen. Hier bedarf es einer klaren Haltung, entsprechende Förderungen und Bevorzugungen abzubauen und perspektivisch vollständig einzustellen.

Antrag A054: Zeile 573 - 577: Rechtsextremismus und Linksextremismus dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 573 - 577 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

573 **Rechtsextremismus und Linksextremismus dürfen keinen Platz in**
574 **unserer Gesellschaft haben.** Sie sind Gift für unsere offene Gesellschaft und
575 widersprechen unserem christlichen Menschenbild fundamental. Wir treten
576 jeglicher Verharmlosung entschieden entgegen und bekämpfen ~~jede Form~~
577 diese Formen
des Extremismus mit voller Härte.

Antrag A054-Ä001

Änderungsantrag zu A054

Antragsteller/in:	KV Stormarn
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 573 - 577

~~573 **Rechtsextremismus und Linksextremismus dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.** Sie sind Gift für unsere offene Gesellschaft und~~
~~575 widersprechen unserem christlichen Menschenbild fundamental. Wir treten~~
~~576 jeglicher Verharmlosung entschieden entgegen und bekämpfen jede Form~~
~~577 des Extremismus mit voller Härte.~~

Wir treten jeglicher Verharmlosung entschieden entgegen und bekämpfen jede Form des Extremismus mit voller Härte. Rechtsextremismus und Linksextremismus dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Sie sind Gift für unsere offene Gesellschaft und widersprechen unserem christlichen Menschenbild fundamental.

Antrag A054-Ä002

Änderungsantrag zu A054

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 573 - 577

~~573 **Rechtsextremismus und Linksextremismus dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.** Sie sind Gift für unsere offene Gesellschaft und~~
~~575 widersprechen unserem christlichen Menschenbild fundamental. Wir treten~~
~~576 jeglicher Verharmlosung entschieden entgegen und bekämpfen jede Form~~
~~577 des Extremismus mit voller Härte.~~

Im politischen Kampf und dem Meinungsaustausch kennen wir Christdemokraten dabei unsere Positionen und vertreten diese mit der Kraft und dem Mut unserer Überzeugung. Wir bekennen uns zu unseren christlichen Werten, zu Demokratie und individueller Freiheit und Eigenverantwortung. Ganz klar “Nein!” sagen wir zu Sozialismus, Kommunismus, Kollektivismus und totalem Staat. Auch jede Form staatlicher Planwirtschaft lehnen wir ab. Der Staat muss sich darauf beschränken, die Rahmenbedingungen für ein freies Wirtschaften und ein freies Leben seiner Bürger zu setzen. Unternehmerfreiheit, Berufsfreiheit und privates Eigentum sind die staatlich gewährleisteten Grundlagen der Wirtschaft und der freien Entfaltung der Menschen. In dieser Freiheit kann jeder Einzelne in Eigenverantwortung für sich und seine Familie mit eigener Tatkraft, Fleiß und Geschick den Lebensunterhalt erarbeiten, Vermögen aufbauen und mehren und sein Leben nach den eigenen Vorstellungen gestalten. Wir Christdemokraten stehen deshalb für die Soziale Marktwirtschaft.

Begründung

Änderung zwecks Klarstellung.

Antrag A054-Ä003

Änderungsantrag zu A054

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 574 - 577

574 **unserer Gesellschaft haben.**~~Sie sind Gift für unsere offene Gesellschaft und~~
575 ~~widersprechen unserem christlichen Menschenbild fundamental. Wir treten~~
576 ~~jeglicher Verharmlosung entschieden entgegen und bekämpfen jede Form~~
577 ~~des~~Der Staat unterstützt in einer sich ändernden Welt die Fähigkeit von Menschen und Gruppen zur
Anpassung an Weiterentwicklungs- und Wandelbedarfe, um der Entwicklung von Extremismus ~~mit voller Härte~~entgegenzuwirken.

Begründung

Wir wollen uns für eine Bekämpfung von Extremismus jedweder Art einsetzen und diesen bekämpfen. Ein Beschränken auf Lager (links oder rechts)
wird diesem Anspruch nicht gerecht.

Antrag A054-Ä004

Änderungsantrag zu A054

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 577

577 des Extremismus mit voller Härte. Ein "Bündnis gegen jeglichen Extremismus" zu gründen, wäre zielführend zur Bekämpfung des Extremismus.

Begründung

Nur zu schreiben, wir bekämpfen Extremismus, löst das Problem nicht. Schon jetzt hätte man Möglichkeiten gehabt durch öffentliche und sachliche Auseinandersetzung.

Antrag A054-Ä005

Änderungsantrag zu A054

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 577

577 des Extremismus mit ~~voller Härte~~allen uns zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln.

Begründung

Konkretisierung. Wie genau wird diese „volle Härte“ definiert?

Antrag A054-Ä006

Änderungsantrag zu A054

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 577

577 des Extremismus mit ~~voller Härte~~aller Entschiedenheit.

Antrag A055: Zeile 578 - 585: Islamistischer Terrorismus und politischer Islam sind unterschätzte Gefahren

Antragsteller/in:	Bundesvorstand	
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission	
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A065-Ä002	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 580 Zeile 584 - 585	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

578 **Islamistischer Terrorismus und politischer Islam sind unterschätzte**
579 **Gefahren.** Unser Kampf gilt denen, die Hass und Gewalt schüren und eine
580 islamistische Ordnung auf Basis der Scharia anstreben. Denen sagen wir: Die

Scharia gehört nicht zu Deutschland.
581 Den ideologischen Nährboden dieses religiösen Extremismus müssen wir
582 viel intensiver in den Blick nehmen. Wir dulden dabei keinerlei
583 Rückzugsräume. Islamische Organisationen, die unter Beobachtung des
584 Verfassungsschutzes stehen, dürfen weder Gesprächs- noch Vertragspartner
585 sein. Sie dürfen nicht staatlich gefördert werden. Wir dulden nicht, dass Frauen im Namen der Religion entrechtet oder benachteiligt werden.

Antrag A055-Ä001

Änderungsantrag zu A055

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 578

578 **Islamistischer Terrorismus und politischer Islamismus sind unterschätzte**

Antrag A055-Ä002

Änderungsantrag zu A055

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 578 - 584

578 **Islamistischer Terrorismus und politischer Islam sind unterschätzte Gefahren.** Unser Kampf gilt denen, die Hass und Gewalt schüren und eine
580 islamistische Ordnung anstreben. ~~Die Scharia gehört nicht zu Deutschland.~~
581 Den ideologischen Nährboden dieses religiösen Extremismus müssen wir
582 viel intensiver in den Blick nehmen. Wir dulden dabei ~~keinerlei~~
583 keine Rückzugsräume, keine Selbstjustiz und keine mit unserer Rechtsordnung unvereinbaren religiösen Rechtsauffassungen, wie die Scharia. Islamische Organisationen, die unter Beobachtung des
584 Verfassungsschutzes stehen, dürfen weder Gesprächs- noch Vertragspartner

Begründung

Der Begriff „Scharia“ als „islamisches Recht“ ist mehrdeutig und unterscheidet sich in seiner Interpretation je nach Lesart, kultureller und religiöser Perspektive oder konfessionellen Unterschieden. In islamischen Rechtstexten sind u.a., wie auch in Tora oder Bibel, mit unserer Rechtsordnung vereinbare Verhaltens- und Speiseregeln gefasst (z. B. zum Ramadan), die hier unter einen Generalverdacht gestellt werden. Der neue ergänzte Satz macht klar, worum es geht, und ist gleichzeitig umfassender. Der vorherige Satz ist eine Pauschalisierung, von der die CDU Abstand nehmen sollte.

Antrag A055-Ä003

Änderungsantrag zu A055

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 578 - 585

578 **Islamistischer Terrorismus und politischer Islamismus sind unterschätzte Gefahren.** ~~Unser Kampf gilt denen, die Hass und Gewalt schüren und eine~~
580 ~~islamistische Ordnung anstreben. Die Scharia gehört nicht zu Deutschland.~~
581 ~~Den ideologischen Nährboden dieses religiösen Extremismus müssen wir~~
582 ~~viel intensiver in den Blick nehmen.~~ Wir ~~dulden dabei keinerlei~~
583 ~~Rückzugsräume. Islamische Organisationen, die unter Beobachtung des~~
584 ~~Verfassungsschutzes stehen, dürfen weder Gesprächs- noch Vertragspartner~~
585 ~~sein. Sie dürfen nicht staatlich gefördert werden~~treten denjenigen entschlossen entgegen, die Hass und Gewalt schüren und die unsere Rechtsordnung ihren religiösen Überzeugungen unterwerfen wollen. Vorstellungen von der Scharia als Maßstab einer politischen Ordnung sind mit dem Grundgesetz unvereinbar.

Begründung

Es geht darum, dass der extremistische Islamismus nicht mit unserem Grundgesetz und den darin beschriebenen Werten vereinbar ist.

Antrag A055-Ä004

Änderungsantrag zu A055

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 579 - 581

579 **Gefahren.**~~Unser Kampf gilt denen~~Wir treten denjenigen entschlossen entgegen, die Hass und Gewalt schüren und ~~eine~~
580 ~~islamistische Ordnung anstreben. Die~~die unsere Rechtsordnung ihren religiösen Überzeugungen unterwerfen wollen. Vorstellungen von der Scharia ~~gehört nicht zu Deutschland.~~
581 als Maßstab einer politischen Ordnung sind mit dem Grundgesetz unvereinbar. Den ideologischen Nährboden dieses religiösen Extremismus müssen wir

Antrag A055-Ä005

Änderungsantrag zu A055

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 579 - 581

579 **Gefahren.**~~Unser Kampf gilt denen~~Wir treten denjenigen entschlossen entgegen, die Hass und Gewalt schüren und ~~eine~~
580 ~~islamistische Ordnung anstreben. Die~~die unsere Rechtsordnung ihren religiösen Überzeugungen unterwerfen wollen. Vorstellungen von der Scharia ~~gehört nicht zu Deutschland.~~
581 als Maßstab einer politischen Ordnung sind mit dem Grundgesetz unvereinbar.
Den ideologischen Nährboden dieses religiösen Extremismus müssen wir

Antrag A055-Ä006

Änderungsantrag zu A055

Antragsteller/in:	BezV Ostfriesland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 580

580 islamis~~tis~~che Ordnung anstreben. Die Scharia gehört nicht zu Deutschland.

Begründung

Zeile 580
Der Bundesparteitag möge beschließen:
Streiche: „islamistische Ordnung“
Setze: „islamische Ordnung“
Begründung: Zwar handelt es sich bei den genannten extremistischen Gruppierungen um islamistische Organisationen. Ihr Ziel ist es aber, eine islamische Ordnung nach den Regeln der Scharia anstelle unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu errichten.

Antrag A055-Ä007

Änderungsantrag zu A055

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 584

584 Verfassungsschutzes stehen, dürfen ~~weder Gesprächs- noch~~kein Vertragspartner

Begründung

Nach unserer Überzeugung muss ein Gesprächsfaden immer möglich bleiben, auch mit islamistischen Organisationen die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen.

Antrag A055-Ä008

Änderungsantrag zu A055

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 585

585 sein. Sie dürfen nicht staatlich gefördert werden. Die Einflussnahme ausländischer Akteure werden wir an keiner Stelle dulden.

Begründung

Naheliegende Ergänzung, da das dahinterstehende Problem im Absatz nicht vollständig klar mitangesprochen wird aber inhaltsverwandt ist.

Antrag A055-Ä009

Änderungsantrag zu A055

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 585

585 sein. Sie dürfen nicht staatlich gefördert werden. Es darf keinen unkontrollierten, fachlich nicht einwandfreien Religionsunterricht geben.

Antrag A055-Ä010

Änderungsantrag zu A055

Antragsteller/in:	KV Steinburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 585

585 sein. Sie dürfen nicht staatlich gefördert werden.**Wir werden vor allem nicht dulden, dass Frauen in Deutschland im Namen der Religion entrechtet oder benachteiligt werden.**"

Begründung

Es sind Frauen, die unter religiös oder kulturell bedingten Menschenrechtskonflikten in aller Regel besonders zu leiden haben. Das zeigt sich im Inland, wo es immer noch viel zu oft zu Verfolgung von Frauen bis hin zum sogenannten "Ehrenmord" im Namen von Religion und Familienehre kommt. Mädchen und Frauen wird die Integration vielfach erschwert, weil in bestimmten Gruppen archaische Familienstrukturen weitergeführt werden und die offene Gesellschaft in Deutschland nur bedingt akzeptiert wird. Der besondere Schutzbedarf von Frauen zeigt sich auch außerhalb Deutschlands vor allem dort, wo Frauen systematisch aus Politik und Gesellschaft ferngehalten werden oder sogar grausame Rituale wie die Beschneidung von Frauen noch erfolgen. Deswegen muss es ein Anliegen der CDU sein, Frauen in besonderem Maße Schutz angedeihen zu lassen.

Antrag A056: Zeile 586 - 594: Judenhass und Antisemitismus

haben in Deutschland keinen Platz

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 586 - 594 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

586 **Judenhass und Antisemitismus ~~haben~~dürfen in Deutschland keinen Platz haben.**
587 Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland sicher und angstfrei leben
588 können. Wir bekämpfen Judenhass und Antisemitismus, auch
589 israelbezogenen Antisemitismus, mit aller Entschlossenheit - immer und überall~~,~~ ~~auf unseren öffentlichen Plätzen,~~
590 ~~in Schulen oder im Internet~~. Dazu reichen ~~nicht nur~~ harte Maßnahmen der
591 Strafverfolgung alleine nicht aus. Es braucht ein Signal der Gesellschaft: Wir stehen an der
592 Seite der Jüdinnen und Juden. Wir lassen uns in Deutschland nicht
593 einschüchtern von antisemitischen Gefährdern. Wir kämpfen gegen
594 Gleichgültigkeit, Geschichtsvergessenheit und Relativismus.

Antrag A056-Ä001

Änderungsantrag zu A056

Antragsteller/in:	Junge Union, KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 586

586 **Judenhass und Antisemitismus ~~haben~~dürfen in Deutschland keinen Platz haben.**

Begründung

Leider ist diese Änderung notwendig, weil ansonsten die Aussage falsch wäre.

Antrag A056-Ä002

Änderungsantrag zu A056

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 588 - 590

588 können. Wir bekämpfen Judenhass und Antisemitismus~~, auch~~
589 ~~israelbezogenen Antisemitismus,~~ immer und überall~~, auf unseren öffentlichen Plätzen,~~
590 ~~in Schulen oder im Internet~~ mit aller Entschlossenheit. Dazu reichen nicht nur harte Maßnahmen der

Antrag A056-Ä003

Änderungsantrag zu A056

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 588 - 589

588 können. Wir bekämpfen Judenhass und Antisemitismus, ~~auch~~
589 ~~israelbezogenen Antisemitismus,~~ überall, auf unseren öffentlichen Plätzen,

Begründung

Wir sprechen uns gegen Antisemitismus in jeglicher Form aus - ein erweiterter Hinweis ist entbehrlich.

Antrag A056-Ä004

Änderungsantrag zu A056

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 589

589 israelbezogenen Antisemitismus, überall, insbesondere auf unseren öffentlichen Plätzen,

Antrag A056-Ä005

Änderungsantrag zu A056

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 590 - 591

590 in Schulen oder im Internet. Dazu reichen ~~nicht nur~~ harte Maßnahmen der
591 Strafverfolgung alleine nicht aus. Es braucht ein Signal der Gesellschaft: Wir stehen an der

Antrag A056-Ä006

Änderungsantrag zu A056

Antragsteller/in:	KV Bergstrasse, KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 590

590 in Schulen, an Universitäten oder im Internet. Dazu reichen nicht nur harte Maßnahmen der

Begründung

Die Vorkommnisse der letzten Wochen haben bundesweit deutlich gemacht, dass insbesondere auch an Universitäten der Antisemitismus ein ernst zu nehmendes Problem darstellt. Sofern an der exemplarischen Aufzählung im Grundsatzprogramm festgehalten wird, sollten daher die Universitäten mit aufgenommen werden. Dieser Antrag folgt der Beschlusslage der Jungen Union Hessen.

Antrag A057: Zeile 595 - 605: Humanität und Ordnung

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 595 - 605 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

595 **Humanität und Ordnung**

596 **Die Außengrenzen der EU müssen besser geschützt werden.** Wir in Europa
597 müssen jederzeit wissen und Kontrolle darüber haben, wer warum über
598 unsere Grenzen zu uns kommen will, wer sich bei uns aufhält und wer uns
599 wieder verlässt. Die Einreise muss an den Außengrenzen der EU umfassend
600 elektronisch überwacht werden. Zu ihrer Sicherung gehört auch der bauliche
601 und technische Grenzschutz, wo immer es nötig ist. Frontex muss eine echte
602 Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen werden. Unser
603 Ziel ist es, die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam
604 europäisch zu schützen. Bis zu einem funktionierenden Außengrenzschutz
605 müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben. Diese müssen prinzipiell mit der Zurückweisung von Personen verbunden werden, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder des Schengen-Raums bereits Aufnahme gefunden haben oder die einen Asylantrag auch in einem Staat, aus dem sie einreisen wollen, stellen können.

Antrag A057-Ä001

Änderungsantrag zu A057

Antragsteller/in:	KV Herzogtum Lauenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 596 - 604

596 **Die Außengrenzen der EU müssen besser geschützt werden.**Die große Mehrheit der Deutschen erwartet von der Politik, die Migrationskrise zu beenden. Sie erwartet eine nachhaltige Reduzierung der illegalen Einreisen. Die anhaltende Migrationskrise gefährdet den gesellschaftlichen Frieden in vielen Ländern Europas. Wir in Europa
597 müssen jederzeit wissen und Kontrolle darüber haben, wer warum über
598 unsere Grenzen zu uns kommen will, wer sich bei uns aufhält und wer uns

599 wieder verlässt. Die Einreise muss an den Außengrenzen der EU umfassend
600 elektronisch überwacht werden. Zu ihrer Sicherung gehört auch der bauliche
601 und technische Grenzschutz, wo immer es nötig ist. Frontex muss eine echte
602 Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen werden. Unser
603 Ziel ist es, die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam
604 europäisch zu schützen. Wir werden Schlepper und Menschenhändler noch stärker bekämpfen. Bis zu einem funktionierenden Außengrenzschutz

Antrag A057-Ä002

Änderungsantrag zu A057

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 600

600 elektronisch überwacht werden. Wir müssen diese Grenzen lückenlos sichern und damit die irreguläre Migration beenden. Zu ihrer Sicherung gehört auch der bauliche

Antrag A057-Ä003

Änderungsantrag zu A057

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 600

600 elektronisch überwacht werden. Alle Einreisende müssen biometrisch erfasst werden, um Missbrauch wirksam zu bekämpfen. Zu ihrer Sicherung gehört auch der bauliche

Begründung

Außengrenzen schützen ist gut, muss aber konkret werden. Heute gibt es zu viele Mehrfacheinreisen und Sozialmissbrauch, da niemand erfasst wird. Die Konsequenzen von Missbrauch müssen flexibel durchgesetzt werden – wo es unmittelbar weh tut.

Antrag A057-Ä004

Änderungsantrag zu A057

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 602

602 Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen werden, die strukturell und finanziell ausgebaut und gestärkt wird, um eine zielgerichtete Einsatzmöglichkeit zu gewährleisten. Unser

Antrag A057-Ä005

Änderungsantrag zu A057

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 604 - 605

604 europäisch zu schützen. ~~Bis zu einem funktionierenden Außengrenzschutz~~
605 ~~müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben.~~

Begründung

Die Krisensituationen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Möglichkeit der Grenzkontrollen auch im Schengen-Raum nötig ist. Eine Aufhebung dieser Möglichkeit auch nach Abschluss der aktuellen Krisensituation ist nicht anzustreben.

Antrag A057-Ä006

Änderungsantrag zu A057

Antragsteller/in:	LV Saar
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 604 - 605

604 europäisch zu schützen. ~~Bis zu einem~~Durch einen funktionierenden Außengrenzschutz
605 ~~müssen~~wollen wir Grenzkontrollen an den Binnengrenzen ~~möglich bleiben~~überflüssig machen.

Begründung

Die Umformulierung macht klar, dass wir die Zielvorstellung des Schengener Abkommens teilen: Wir wollen einen Schutz unserer Außengrenzen, gerade damit wir an den Binnengrenzen keine Grenzkontrollen mehr erdulden müssen.

Antrag A057-Ä007

Änderungsantrag zu A057

Antragsteller/in:	BezV Niederrhein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 605

605 müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben. Diese müssen prinzipiell mit der Zurückweisung von Personen verbunden werden, die in einem anderen Mitgliedsstaat der EU oder des Schengen -Raums bereits Aufnahme gefunden haben oder die einen Asylantrag auch in einem Staat, aus dem sie einreisen wollen, stellen können.

Begründung

Grenzkontrollen führen nur dann zu einer signifikanten Reduktion illegaler Zuwanderung, wenn sie mit Zurückweisungen verbunden sind. Nur so haben sie auch die wichtige Signalwirkung, dass Menschen sich erst gar nicht auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa machen. Solche Zurückweisungen an den deutschen Binnengrenzen sind auch gerechtfertigt, weil sie die Menschen vor Deutschlands Grenzen lediglich auf ein Asyl- bzw. Dublin-Zuständigkeitsverfahren in einem unmittelbaren Nachbarland verweisen. Dieses ist nach europäischen Recht auch zuständig.

Antrag A057-Ä008

Änderungsantrag zu A057

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 605

605 müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben. Ohne zweifelsfrei echte Ausweisdokumente wird niemand ins Land gelassen.

Begründung

Missbräuchliche Identitätsverschleierung von Asylbewerbern darf nicht erfolgreich sein. Um das zu verhindern, ist ein Ausweisdokument Voraussetzung für das Asylverfahren.

Antrag A058: Zeile 606 - 621: Das Leitmotiv unserer Asylpolitik lautet: Humanität und Ordnung

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 606 - 614 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 615 - 621 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

606 **Das Leitmotiv unserer Asylpolitik lautet: Humanität und Ordnung.** Das
607 europäische Asylrecht ist in der Praxis inhuman: Wer zu alt, zu schwach, zu
608 arm ~~oder~~, zu krank oder behindert ist, kann sich nicht auf den gefährlichen Weg nach Europa
609 machen. Das jetzige europäische Asylrecht führt somit zu einem Recht des
610 Stärkeren. Zudem müssen wir feststellen: Es gelingt Europa nicht länger,
611 zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen zu unterscheiden.
612 Wer es nach Europa geschafft hat, sucht sich das Land seines Aufenthaltes
613 frei aus und bleibt - gleichgültig ob er unseres Schutzes bedarf oder unter
614 dem Vorwand der Asylsuche illegal einwandert.

Wir wollen die Kontrolle über die Migration zurückerlangen. Wir wollen einen Stopp der unkontrollierten Migration und eine Begrenzung der humanitären Migration auf ein Maß, das die ~~Integrationsfähigkeit~~ Möglichkeiten Deutschlands nicht überfordert und zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht wird. Wir wollen mehr Humanität bei der Aufnahme von Schutzbedürftigen schaffen. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts ein.

Antrag A058-Ä001

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Lueneburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 606 - 607

Das Leitmotiv unserer Asylpolitik lautet: Humanität und Ordnung. ~~Das~~ Wer politisch verfolgt wird, kann in Deutschland Asyl erhalten. Aber das europäische Asylrecht ist in der Praxis inhuman: Wer zu alt, zu schwach, zu

Begründung

Wir müssen zum eigentlichen Asylrecht zurückkehren und das auch offensiv vertreten.

Antrag A058-Ä002

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 606 - 611

Das Leitmotiv unserer Asylpolitik lautet: Humanität und Ordnung. ~~Das europäische Asylrecht ist in der Praxis inhuman: Wer zu alt, zu schwach, zu arm oder zu krank ist, kann sich nicht auf den gefährlichen Weg nach Europa machen. Das~~Der jetzige ~~europäische Asylrecht~~Zugang zum europäischen Asylsystem führt ~~somit~~ zu einem Recht des Stärkeren. Zudem müssen wir feststellen: Es gelingt Europa nicht ~~länger,~~ , zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen zu unterscheiden.

Antrag A058-Ä003

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 606 - 611

606 **Das Leitmotiv unserer Asylpolitik lautet: Humanität und Ordnung.** ~~Das~~
607 ~~europäische Asylrecht~~Flucht per se ist in der Praxis meist inhuman: Wer zu alt, zu schwach, zu
608 arm oder zu krank ist, kann sich nicht auf den gefährlichen Weg nach Europa
609 machen. ~~Das jetzige europäische Asylrecht führt somit zu einem Recht des~~
610 ~~Stärkeren. Zudem müssen wir feststellen: Es~~Diesen Umstand kann auch ein europäisches Asylrecht nicht ändern. Doch es kann so geändert werden, dass es der EU und ihren Mitgliedsländern gelingt ~~Europa nicht länger,~~
611 , zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen zu unterscheiden.

Antrag A058-Ä004

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, LV Nordrhein-Westfalen, LV Sachsen, BezV Aachen, BezV Suedbaden, KV Heinsberg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 608

608 arm ~~oder~~, zu krank oder behindert ist, kann sich nicht auf den gefährlichen Weg nach Europa

Begründung

Menschen mit Behinderungen haben es besonders schwer, aus Krisengebieten fliehen zu können. Ihre Beeinträchtigungen erschweren eine Flucht ganz besonders. Im Wahlkreis Heinsberg hat sich daher zu Beginn des Ukraine-Kriegs eine Gruppe Freiwilliger mit Spezialfahrzeugen auf den Weg gemacht, um besonders schwer behinderte Menschen aus den Kriegsgebieten rauszuholen und in anderen Ländern in Sicherheit zu bringen. Daher sind sie auch in diesem Absatz zu erwähnen.

Antrag A058-Ä005

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 608

608 arm oder zu krank oder behindert ist, kann sich nicht auf den gefährlichen Weg nach Europa

Antrag A058-Ä006

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 614

614 dem Vorwand der Asylsuche illegal einwandert.

Die Grenzen müssen streng bewacht werden. Auch die illegale Zuwanderung von Menschen in die EU und nach Deutschland muss durch die Bewachung der Grenzen so weit wie möglich verhindert werden.

Begründung

Ergänzung zwecks Klarstellung.

Antrag A058-Ä007

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A060

Zeile 614

614 dem Vorwand der Asylsuche illegal einwandert. Die EU wird aber nicht das Leid der Welt auffangen können. Zu einer humanitären Asylpolitik gehört daher auch, Fluchtursachen zu bekämpfen. Insbesondere Migrationsabkommen mit anderen Staaten müssen zusätzliche Regelungen enthalten, um durch unterstützende Leistungen in den jeweiligen Staaten die Anreize für Fluchtbewegungen zu nehmen.

Antrag A058-Ä008

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 615 - 616

615 **Wir wollen die Kontrolle über die Migration zurückerlangen.**~~Wir wollen~~

616 Unabhängig von
den Erfolgsaussichten gestattet das Unionsrecht jedem, der es an die EU-Außengrenzen geschafft hat, ein Einreise- und Aufenthaltsrecht für die jahrelange Dauer seines Asylverfahrens. Außerdem ist der ursprüngliche Schutzanspruch durch die Rechtssprechung des EuGH und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte immer stärker ausgeweitet worden. Damit geht das Unionsrecht weit über internationale Rechtsnormen hinaus.
Wir wollen einen Stopp der unkontrollierten Migration und eine Begrenzung der

Begründung

In einem Grundsatzprogramm sollten Grundsätze, nicht aber konkrete Lösungswege formuliert werden. Dieses ist dem Wahlprogramm vorbehalten. Da derzeit höchst fraglich ist, ob das Konzept der

sicheren Drittstaaten überhaupt rechtlich zu realisieren ist, sollte das jetzt nicht die Leitlinie für die mindestens zehnjährige Geltungsdauer des Grundsatzprogramms sein.

Antrag A058-Ä009

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 615 - 620

615 **Wir wollen die Kontrolle über die Migration ~~zurückerlangen.~~zurückerlangen:** ~~Wir wollen~~
616 Daher gilt es, Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl geltend machen können und sich nicht in Deutschland im Sinne von Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes, Akzeptanz der Rechtsnormen und Erwerb der Sprache integriert haben konsequent in die Heimatländer zurückzuführen. Wir wollen einen Stopp der unkontrollierten Migration und eine Begrenzung der
617 humanitären Migration auf ein Maß, das die Integrationsfähigkeit
618 Deutschlands nicht überfordert und zugleich unserer humanitären
619 Verantwortung gerecht wird. Wir wollen mehr Humanität bei der Aufnahme
620 von Schutzbedürftigen schaffen. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen

Begründung

Neben der zukünftigen Frage des Umgangs mit der Migration muss es ein klares Bekenntnis zum Status Quo geben, wie verfahren wir mit ausreisepflichtigen, abgelehnten Asylbewerbern?

Antrag A058-Ä010

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 615 - 620

615 **Wir wollen die Kontrolle über die Migration zurückerlangen.** ~~Wir wollen~~
616 Wir wollen einen Stopp der unkontrollierten Migration ~~und eine Begrenzung der~~
617 ~~humanitären Migration auf ein Maß~~. Wir möchten sicherstellen, dass die Integrationsfähigkeit
618 Deutschlands nicht überfordert ~~und zugleich unserer humanitären~~
619 ~~Verantwortung gerecht~~ wird und wir zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht werden. Wir wollen mehr Humanität bei der Aufnahme
620 von Schutzbedürftigen schaffen. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen

Begründung

Humanitäre Migration, im Sinne des vorliegenden Textes gleichbedeutend mit der Aufnahme Asylberechtigter, zu begrenzen, widerspricht fundamental der nicht zuletzt aus der Shoa und dem

Nationalsozialismus hervorgegangenen Verantwortung Deutschlands, Verfolgten sicherer Hafen zu sein. Es ist wichtig, dass die CDU diesen Anspruch weiter vertritt und zwischen Einwanderungsgründen unterscheidet.

Antrag A058-Ä011

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 615

615 **Wir wollen die Kontrolle über die Migration ~~zurückerlangen~~gewährleisten.** Wir wollen

Begründung

Zeitlosere und grundsätzlichere Formulierung, die nicht auf aktuelle Situation rekurriert.

Antrag A058-Ä012

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 616 - 621

616 einen Stopp der unkontrollierten Migration und eine Begrenzung der
617 ~~humanitären~~ Migration auf ein Maß, das die Integrationsfähigkeit
618 Deutschlands nicht überfordert und zugleich unserer humanitären
619 Verantwortung gerecht wird. Wir wollen mehr Humanität bei der Aufnahme
620 von Schutzbedürftigen schaffen. Aus ~~diesem Grund~~diesen Gründen setzen wir uns für ~~einen~~
621 ~~grundlegenden Wandel~~eine diesen Anforderungen entsprechenden Ausgestaltung des europäischen Asylrechts ein.

Begründung

Bei der Gestaltung der Migration muss insgesamt die Integrationsfähigkeit Deutschlands berücksichtigt werden.

Antrag A058-Ä013

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 617

617 ~~humanitären~~ Migration auf ein Maß, das die Integrationsfähigkeit

Begründung

Das Wort „humanitären“ sollte hier gestrichen werden.

Antrag A058-Ä014

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 617 - 618

617 humanitären Migration auf ein Maß, das die ~~Integrationsfähigkeit~~
618 Möglichkeiten
Deutschlands nicht überfordert und zugleich unserer humanitären

Begründung

Die Aufnahme von Asylbewerbern ist eine Aufnahme auf Zeit, d. h. so lange, bis die Gefährdung im Heimatland nicht mehr besteht. Daher kann bei den Asylanten die umfassende Integration nicht im Vordergrund stehen, insbesondere nicht für die Lösung unseres Fachkräftebedarfs (ca. 40% der Bürgergeldempfänger sind Migranten!). Vielmehr sollte die Einwanderung und Integration von Fachkräften gesetzlich durch ein Einwanderungsgesetz vom Asylrecht getrennt werden.

Antrag A058-Ä015

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Northeim
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A079

Zeile 617 - 621

617 humanitären Migration auf ein Maß, das die Integrationsfähigkeit
618 , die Sozialsysteme und den Rechtsstaat Deutschlands nicht überfordert und zugleich unserer humanitären
619 Verantwortung gerecht wird. Wir wollen mehr Humanität bei der Aufnahme
620 von Schutzbedürftigen schaffen. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen
621 grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts ein. Zudem wollen wir die Parameter für den Erhalt einer doppelten Staatsbürgerschaft auf nationaler Ebene klarer definieren.

Begründung

Die CDU spricht sich ganz klar für die Integration von nichtdeutschen Mitbürgern aus, die auf Dauer in Deutschland leben. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geht jedoch nicht zwangsläufig mit einer bewussten Entscheidung, sich integrieren zu wollen, einher. Wir möchten ausländische Mitbürger ermutigen, sich aktiv am Arbeitsmarkt einzubringen und stellen hierfür die erforderlichen Weichen unter gleichzeitigem Bürokratieabbau. Wir fördern integrationswillige Mitbürger und fordern

ihre Bereitschaft ein, sich beim Erhalt unseres erwirtschafteten Wohlstands zu beteiligen. Eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme darf es nicht mehr unkontrolliert geben. Die finanziellen Belastungen Deutschlands vor dem Hintergrund aktueller Krisen macht dies umso mehr deutlich.

Darüber hinaus müssen ausländische Intensivtäter nach Straftaten schneller und konsequenter abgeschoben werden, um dem Sicherheitsgefühl und Rolle des Rechtsstaats weiterhin gerecht zu werden. Ein verfrühter Erhalt der doppelten Staatsbürgerschaft steht diesem entgegen und hebelt die Möglichkeiten nach dem AufenthG aus.

Antrag A058-Ä016

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Reutlingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 620 - 621

620 von Schutzbedürftigen schaffen. Aus diesem Grunde setzen wir uns für einen
621 grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts und dessen konsequente Umsetzung ein.

Begründung

Unsere Wählerinnen und Wähler wollen nicht nur Worte hören, sondern auch sehen, dass wir Taten folgen lassen wollen. Eine Änderung des europäischen Asylrechts allein ist nicht ausreichend, wenn wir es nicht schaffen, dessen konsequente Umsetzung einzufordern und ggf. bei uns im Land auch durchzusetzen.

Viele Bürgerinnen und Bürger sehen eine Überforderung unseres Landes durch die aktuelle Situation. Wir wollen mit dieser Ergänzung ein Signal setzen, dass wir eine Änderung wollen und diese auch umsetzen werden.

Antrag A058-Ä017

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 621

621 grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts ein. Dazu gehört, dass wir wie beim deutschen Asylrecht jeden, der über einen sicheren Drittstaat oder aus einem sicheren Herkunftsstaat in die EU kommt, zurückweisen können. Dazu streben wir umfassende vertragliche Vereinbarungen mit sicheren Drittstaaten an.

Begründung

In einem Grundsatzprogramm sollten Grundsätze, nicht aber konkrete Lösungswege formuliert werden. Dieses ist dem Wahlprogramm vorbehalten. Da derzeit höchst fraglich ist, ob das Konzept der

sicheren Drittstaaten überhaupt rechtlich zu realisieren ist, sollte das jetzt nicht die Leitlinie für die mindestens zehnjährige Geltungsdauer des Grundsatzprogramms sein.

Antrag A058-Ä018

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Leverkusen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 621

621 grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts ein. Deutschland benötigt schnellstmöglich eine personell und materiell gut ausgestattete Reserve, die den Aufwuchs im Verteidigungsfall sicherstellen kann.

Begründung

Kriege werden mit der aktiven Truppe begonnen und mit der Reserve beendet. Aufgrund des imperialen Auftretens Russlands schließen viele westliche Länder und auch interne Analysen der Bundeswehr einen bewaffneten Konflikt Russlands mit der NATO in den kommenden Jahren nicht mehr aus. Die Bundeswehr muss daher aufwuchsfähig sein, um Deutschland und das Bündnisgebiet verteidigen zu können. Dies gelingt nur mit einer Reserve, die entsprechend personell und materiell ausgestattet und trainiert wird.

Antrag A058-Ä019

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Lippe
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 621

621 grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts ein. Ziel muss es sein, die nicht berechtigten Menschen zeitnah in ihre Heimatländer zurückzuschicken. Herkunftsländer, die die Rücknahme ihrer Bürger verweigern, können nicht länger mit Geldern oder sonstigen Hilfen aus Mitteln des Bundes und der EU rechnen.

Antrag A058-Ä020

Änderungsantrag zu A058

Antragsteller/in:	KV Diepholz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 621

621 grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts ein.Aus diesem Grund setzen wir uns für

einen grundlegenden Wandel des europäischen und des deutschen Asylrechts ein. Die Ableistung eines Wehrdienstes oder eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres für alle bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres für alle Migranten wird als besonderer Integrationswunsch gesehen und ist verpflichtend.

Begründung

Es kann nicht genügen, zugezogenen Menschen guten Willen bei der Anerkennung unserer Lebensweise und Grundwerte zu unterstellen. Integration ist keine Holschuld, sondern eine Bringschuld. Deutschland muss hier stärker und klarer darauf achten, ob Migranten bereit sind, dies zu akzeptieren. Wie schon unter 2. gesagt, muss der Integrationswille seitens der Migranten nachdrücklich bewiesen und gezeigt werden. Ein Weg ist die Bereitschaft, sich über den Dienst in der Bundeswehr einen Platz in der Gesellschaft zu eigen zu machen und zu signalisieren, hier sein zu wollen und auch Pflichten zu tragen.

Antrag A059: Zeile 622 - 632: Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

622 **Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren.** Jeder, der in
623 Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und
624 dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der
625 sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Dazu wird mit
626 dem sicheren Drittstaat eine umfassende vertragliche Vereinbarung
627 getroffen. Die Anforderungen an sichere Drittstaaten sind auf den Kern der
628 Verpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen
629 Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu
630 beziehen. Beide Konventionen beinhalten nicht das Recht, sich das Land des
631 Schutzes frei auszusuchen, und gewähren keinen Schutzanspruch aufgrund
632 einer wirtschaftlichen Schwäche des Herkunftslandes.

Antrag A059-Ä001

Änderungsantrag zu A059

Antragsteller/in:	KV Lueneburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 622 - 632

622 ~~**Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren.** Jeder, der in~~
623 ~~Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und~~

~~dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Dazu wird mit dem sicheren Drittstaat eine umfassende vertragliche Vereinbarung getroffen. Die Anforderungen an sichere Drittstaaten sind auf den Kern der Verpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu beziehen. Beide Konventionen beinhalten nicht das Recht, sich das Land des Schutzes frei auszusuchen, und gewähren keinen Schutzanspruch aufgrund einer wirtschaftlichen Schwäche des Herkunftslandes.~~

Wir fordern, dass bei den Asylverfahren das Dublin-Verfahren im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) konsequent angewandt wird.

Begründung

1. Das Dublin-Verfahren ist ein bewährtes System, das leider nicht immer konsequent angewandt worden ist.
2. Das Konzept der sicheren Drittstaaten ist juristisch umstritten und erfordert umfangreiche Überwachungspflichten in den Drittstaaten durch die Bundesrepublik Deutschland, die weder finanziell noch personell dazustellen sind.
3. Die Realisierungs-Chancen dieses Konzeptes sind gering, weil wir keine Drittstaaten finden werden, die diese Aufgabe für uns übernehmen werden. Das Konzept ist theoretisch verlockend, aber praktisch nicht umsetzbar. Für ein solches Vorgehen in der Politik war sich die CDU bisher zuschade.
4. Die Erfahrungen anderer Länder mit diesem System wie in Großbritannien oder Australien sind eher abschreckend als motivierend.

Antrag A059-Ä002

Änderungsantrag zu A059

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 622 - 627

Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren. ~~Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Dazu wird mit dem sicheren Drittstaat eine umfassende vertragliche Vereinbarung getroffen~~Asylsuchende, die aus sicheren Drittstaaten zu uns kommen, müssen in diese zurückkehren. Die Anforderungen an sichere Drittstaaten sind auf den Kern der

Antrag A059-Ä003

Änderungsantrag zu A059

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf, KV Lingen

Empfehlung der AK: Ablehnung

Zeile 622 - 632

622 ~~**Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren.** Jeder, der in~~
623 ~~Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und~~
624 ~~dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der~~
625 ~~sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Dazu wird mit~~
626 ~~dem sicheren Drittstaat eine umfassende vertragliche Vereinbarung~~
627 ~~getroffen. Die Anforderungen an sichere Drittstaaten sind auf den Kern der~~
628 ~~Verpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen~~
629 ~~Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu~~
630 ~~beziehen. Beide Konventionen beinhalten nicht das Recht, sich das Land des~~
631 ~~Schutzes frei auszusuchen, und gewähren keinen Schutzanspruch aufgrund~~
632 ~~einer wirtschaftlichen Schwäche des Herkunftslandes.~~

Begründung

Mit dem Konzept der sicheren Drittstaaten würde die CDU einen fundamentalen Kurswechsel in der Asylpolitik vornehmen: Menschen, die vor Kriegen und Verfolgung fliehen, könnten auf dieser Basis in Deutschland bzw. Europa keinen Schutz mehr bekommen.

In der aktuellen Diskussion werden vor allem zwei Modelle benannt: Das „Ruanda-Modell“ aus Großbritannien und das „Albanien-Modell“ aus Italien. Beide setzen auf eine Überführung in mögliche Drittstaaten, in denen dann die Asylverfahren durchgeführt werden. Nach dem „Ruanda-Modell“ soll Ruanda sowohl für die Durchführung der Asylverfahren und damit einhergehende Verpflichtungen aus der GFK und der EMRK sowie die Schutzgewährung zuständig sein. Demgegenüber ist der Drittstaat im „Albanien-Modell“ lediglich für die Unterbringung und Versorgung der Schutzsuchenden zuständig, während das Asylverfahren in der Verantwortung des Entsendestaates – hier Italien – liegt; bei einer Schutzgewährung würden die Betroffenen nach Italien gebracht werden. Insbesondere das „Ruanda-Modell“ zielt darauf ab, dass Schutzsuchende die einen Staat oder die EU erreichen, dauerhaft in einen Drittstaat überführt werden, auch wenn es keinen direkten Bezug zu diesem Land gibt. Dieser Regelung steht aber die gültige Rechtslage entgegen.

Denn eine Überstellung in einen sicheren Drittstaat ist auch nach einer Reform des GEAS nur möglich, wenn eine Verbindung zwischen dem Asylsuchenden und dem Drittstaat existiert. Der bloße Transit reicht hierfür nicht aus.

Des Weiteren zeigt die Bewertung beider Modelle, dass sie kein gangbarer Weg sind, um die aktuellen Herausforderungen von Asyl und Flucht zu bewältigen. Dazu ist schon die Annahme, dass die Rückführung einiger weniger Personen zu einem generellen Rückgang der Zugangszahlen führen wird, fraglich.

In einem Statement der beiden großen christlichen Kirchen heißt es hierzu:

„Der Umgang mit Geflüchteten ist eine Frage der Würde, auch unserer eigenen. In einer Welt, in der mehr als 110 Millionen Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, kann unsere Antwort nicht Abweisung lauten. [...] Sich der Verantwortung zu entledigen, ist für uns keine Option.“

Genauso wie die christlichen Kirchen, sollte sich die CDU, für alternative Ansätze und humane Lösungen einsetzen, die den Schutz der Menschenwürde, der Menschenrechte und die Einhaltung internationaler Abkommen sicherstellen.

Aus kirchlicher und christlicher Sicht ist klar: Jede Person, die in einem EU-Land Schutz erbittet, hat Anspruch auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren. Dazu gehört, die Integration der Menschen zu fördern, denen bereits Schutz gewährt wurde, ihnen einen schnellen und unbürokratischen Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren und legale Zuwanderungswege zu schaffen, anstatt auf Abschottung, Abschreckung und Auslagerung des Asylverfahrens zu setzen.

Antrag A059-Ä004

Änderungsantrag zu A059

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 622 - 623

622 **Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren.** Jeder, der ~~in~~
623 aus einem sicheren Drittstaat in die EU einreisen will und an einer EU-Außengrenze Asyl beantragt, ist ohne Asylverfahren zurückzuweisen. Jeder, der in
Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und

Begründung

Hier wird vorgeschlagen, die geltende Regelung aus dem Asylkompromiss von CDU/CSU, SPD und FDP unter der Führung von Helmut Kohl aus dem Jahr 1993 gemäß Artikel 16a Absatz 2 Grundgesetz in Verbindung mit Paragraph 18 Absatz 2 Asylgesetz auf die EU-Außengrenze zu übertragen. Wer bereits in einem anderen Staat sicher ist, braucht kein EU-Asylverfahren. Die Regelung entspricht im Übrigen Artikel 39 der geltenden EU-Asylverfahrensrichtlinie 2013/32/EU, der bedauerlicherweise im neuen Migrationspakt wegfallen soll. Es wäre wünschenswert, die gegenwärtige Praxis der Grenzsicherung an den EU-Außengrenzen in Spanien, Griechenland, Polen und Finnland europarechtlich abzusichern. Das bisher im Entwurf für das Grundsatzprogramm enthaltene „Ruanda-Modell“ eignet sich zur Ergänzung eines effektiven Außengrenzschutzes, aber nicht als alleinige Lösung. Aus rechtlichen und logistischen Gründen werden nur eine relativ kleine Zahl von Asylbewerbern, die bereits in die EU eingereist sind, in einen sicheren Drittstaat verbracht werden können. Das zeigen die Planungen für das britische „Ruanda-Modell“ oder das italienische „Albanien-Modell“. Großbritannien will bis 2027 maximal 1000 Personen nach Ruanda überstellen. Das Abkommen Italiens mit Albanien sieht 3000 Plätze für fünf Jahre vor. Insgesamt registrierte die EU im Jahr 2023 mehr als 1,1 Millionen Asylanträge. Somit erscheint es nicht als gute Idee, zunächst alle Asylbewerber in die EU einreisen zu lassen, wenn es später nur gelingt, eine sehr kleine Anzahl für die Bearbeitung ihres Asylverfahrens in einen sicheren Drittstaat zu verbringen.

Antrag A059-Ä005

Änderungsantrag zu A059

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 622 - 623

622 **Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren.** Jeder, der ~~in~~
623 auf dem Mittelmeer oder anderen Gewässern an den EU-Außengrenzen gerettet wird und Asyl beantragt, wird unmittelbar in einen sicheren Drittstaat gebracht und durchläuft dort ein Verfahren nach dem Recht des sicheren Drittstaats („australisches Modell"). Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und

Begründung

Wer auf dem Mittelmeer oder anderen Gewässern an der EU-Außengrenze gerettet wird, sollte in den nächsten sicheren Hafen außerhalb der EU gebracht werden und anschließend in einem sicheren Drittstaat ein Asylverfahren nach nationalem Recht durchlaufen. Das würde massiv den Anreiz senken, sich für viel Geld und unter Lebensgefahr in einem Boot auf die Reise nach Europa zu machen. Im Ergebnis würde das zu deutlich weniger Todesfällen auf dem Mittelmeer sowie zu deutlich weniger illegaler Migration über das Mittelmeer führen, wie das erfolgreiche Beispiel aus Australien zeigt. Kriminelle Schleuser dürfen nicht mehr darüber entscheiden, wer in die EU einreist.

Antrag A059-Ä006

Änderungsantrag zu A059

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 622 - 632

~~622 **Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren.** Jeder, der in~~
~~623 Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und~~
~~624 dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der~~
~~625 sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Dazu wird mit~~
~~626 dem sicheren Drittstaat eine umfassende vertragliche Vereinbarung~~
~~627 getroffen. Die Anforderungen an sichere Drittstaaten sind auf den Kern der~~
~~628 Verpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen~~
~~629 Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu~~
~~630 beziehen. Beide Konventionen beinhalten nicht das Recht, sich das Land des~~
~~631 Schutzes frei auszusuchen, und gewähren keinen Schutzanspruch aufgrund~~
~~632 einer wirtschaftlichen Schwäche des Herkunftslandes.~~

Wir wollen für die Durchführung der Asylverfahren das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort das Asylverfahren durchlaufen. Dazu wird mit dem sicheren Drittstaat eine umfassende vertragliche Vereinbarung getroffen. Als Grundlage für die Anforderungen an sichere Drittstaaten gelten die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Konvention zum Schutz der

Menschenrechte und Grundfreiheiten. Im Falle eines positiven Ausgangs des Asylverfahrens gewährt Europa dem Antragsteller Schutz. Dafür soll es einen fairen Verteilungsschlüssel geben, so dass kein europäisches Land mit der Aufnahme überfordert wird. Wer sich auf Artikel 16a des Grundgesetzes berufen kann, weil er nicht aus einem EU-Mitgliedstaat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland eingereist ist, soll nach dem im sicheren Drittstaat positiv durchlaufenen Asylverfahren Schutz in Deutschland erhalten. Als Christdemokraten standen und stehen wir zu unserer Verantwortung für Menschen, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden. Wer zurückkehren muss, soll dies mit einem guten Eindruck von Deutschland, von Demokratie und Rechtsstaat tun und diese Erkenntnisse in sein Heimatland mitnehmen. Wir wollen die Rückkehr erleichtern, ohne dadurch Anreize zur Flucht nach Deutschland zu setzen.

Antrag A059-Ä007

Änderungsantrag zu A059

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden, LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 625

625 sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Im Rahmen von humanitären europäischen Kontingenten soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, diese Antragsteller in einem Land der europäischen Union aufzunehmen. Dazu wird mit

Begründung

Dieser Antrag stellt die Drittstaatenlösung in den Kontext der Forderungen im direkt folgenden Abschnitt ab Zeile 641 ff. Die Aufnahme an festen Kontingenten für Asylsuchenden ist eine wichtige Maßnahme für eine gerechtere Verteilung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten zu sowie eine bessere Steuerung, Ordnung und Begrenzung der Migration. Durch diese Maßnahme soll nicht nur die Belastung für einzelne Länder reduziert werden, sondern auch eine bessere Integration und Unterstützung für die Schutzbedürftigen gewährleistet werden. Im Rahmen dieses Vorschlages soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass erfolgreiche Asylantragsteller in die Länder der EU im Rahmen der verfügbaren Kontingente aufgenommen werden können und nicht ausschließlich in dem Drittstaat verbleiben müssen. Es ist ein wichtiger Schritt, um Solidarität und Zusammenhalt innerhalb der EU zu stärken und den Schutz von Menschenrechten und humanitären Werten zu gewährleisten.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A059-Ä008

Änderungsantrag zu A059

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 632

632 einer wirtschaftlichen Schwäche des Herkunftslandes. Diese Regelung ist auch auf diejenigen

anzuwenden, die illegal nach Deutschland eingereist sind.

Antrag A060: Zeile 633 - 647: Wir wollen Schutzbedürftige durch humanitäre Kontingente aufnehmen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 634 - 635 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 636 - 647 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

633 **Wir wollen Schutzbedürftige durch humanitäre Kontingente aufnehmen.**
634 Als Christdemokraten standen und stehen wir zu unserer humanitären
635 Verantwortung. Fluchtursachen wollen wir vor Ort bekämpfen. Vorrangiges Ziel ist es, Menschen in ihrer Heimat Lebensperspektiven zu eröffnen sowie Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge vornehmlich in der Nachbarschaft ihres Heimatlandes zu schützen. Wir haben in der Vergangenheit Menschen Schutz und
636 Aufenthalt in Deutschland geboten und wollen das auch in Zukunft tun. Wer
637 ~~sich auf Artikel 16a Grundgesetz beruft, weil er nicht aus einem EU-~~
638 nicht aus einem EU-Mitgliedstaat ~~oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland~~
639 nach Deutschland einreist, ~~und dies~~in seinem Herkunftsland politisch verfolgt wird und sich erfolgreich ~~tut,~~ auf Artikel 16a Grundgesetz beruft, soll Schutz in unserem Land finden. Wer in Deutschland Schutz sucht und die Sicherheit unseres Landes genießt, diese aber selbst gefährdet, darf nicht in Deutschland bleiben. Das
640 Konzept der sicheren Drittstaaten soll nicht dazu führen, dass Europa sich
641 aus seiner humanitären Verantwortung stiehlt. Wir sprechen uns deshalb
642 dafür aus, dass nach der erfolgreichen Einrichtung des Drittstaatenkonzeptes
643 ~~eine Koalition der Willigen innerhalb der~~die EU jährlich ein Kontingent
644 schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnimmt und auf ~~die~~
645 ~~Koalitionäre~~ihre Mitgliedstaaten gerecht verteilt. Falls eine gemeinsame Einigung nicht möglich ist, sollte eine Koalition der Willigen vorangehen. Im Rahmen dieser Kontingente wollen wir uns gezielt an
646 die Schwächsten wenden und im Auswahlprozess Sicherheits- und
647 Integrationsanforderungen gleichermaßen Rechnung tragen.

Antrag A060-Ä001

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 633 - 646

633 **Wir wollen Schutzbedürftige, die aus einem EU-Mitgliedsstaat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreisen, ausschließlich durch humanitäre Kontingente aufnehmen.**
634 Als Christdemokraten standen und stehen wir zu unserer humanitären
635 Verantwortung. Wir haben in der Vergangenheit Menschen Schutz und
636 Aufenthalt in Deutschland geboten und wollen das auch in Zukunft tun. Wer
637 sich auf Artikel ~~16a~~16 a Grundgesetz beruft, weil er nicht aus einem EU-
638 Mitgliedstaat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland
639 einreist, und dies erfolgreich tut, soll Schutz in unserem Land finden. ~~Das~~
640 ~~Konzept der sicheren Drittstaaten soll nicht dazu führen, dass Europa sich~~
641 ~~aus seiner humanitären Verantwortung stiehlt. Wir sprechen uns deshalb~~
642 ~~dafür aus, dass nach der erfolgreichen Einrichtung des Drittstaatenkonzeptes~~
643 ~~eine Koalition der Willigen innerhalb der EU jährlich ein Kontingent~~
644 Darüber hinaus ist Deutschland ausschließlich im Rahmen der europäischen Solidarität bereit, zusätzliche Kontingente schutzbedürftiger Menschen ~~aus dem Ausland aufnimmt und auf die~~
645 ~~Koalitionäre verteilt~~aufzunehmen. Im Rahmen dieser Kontingente wollen wir uns gezielt an
646 die Schwächsten wenden und im Auswahlprozess Sicherheits- und

Begründung

Formulierung des Grundgedankens so, dass er nicht zwingend von einer bestimmten Einzelmaßnahme (Drittstaatenkonzept) abhängt.

Antrag A060-Ä002

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	KV Lueneburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 636 - 638

636 Aufenthalt in Deutschland geboten und wollen das auch in Zukunft tun. Wer
637 ~~sich auf Artikel~~in seinem Herkunftsland politisch verfolgt wird und sich deshalb auf Art. 16a Grundgesetz ~~beruft, weil~~berufen kann und er nicht aus einem EU-
638 Mitgliedsstaat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland

Begründung

Wir müssen zum eigentlichen Asylrecht zurückkehren und das auch offensiv vertreten.

Antrag A060-Ä003

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 636 - 639

636 Aufenthalt in Deutschland geboten und wollen das auch in Zukunft tun. Wer
637 ~~sich auf Artikel 16a Grundgesetz beruft, weil er nicht aus einem EU-~~
638 ~~Mitgliedstaat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland~~
639 ~~einreist, und dies~~sich erfolgreich ~~tut,~~ auf Artikel 16a Grundgesetz berufen kann, weil er nicht aus einem EU-Mitgliedstaat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, soll Schutz in unserem Land finden. Das

Begründung

Bezug der gestrichenen Formulierung war unklar.

Antrag A060-Ä004

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 636 - 638

636 Aufenthalt in Deutschland geboten und wollen das auch in Zukunft tun. Wer
637 sich auf Artikel 16a Grundgesetz ("Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.") beruft, weil er nicht aus einem EU-
638 Mitgliedstaat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland

Begründung

Der Satz ist unverständlich formuliert. Es sollte konkret genannt werden, worauf sich dieser Artikel des GG bezieht.

Antrag A060-Ä005

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 637 - 645

637 sich auf Artikel 16a Grundgesetz ~~beruft, weil er nicht aus einem EU-~~
638 ~~Mitgliedstaat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland~~
639 ~~einreist, und dies erfolgreich tut~~berufen kann, soll Schutz in unserem Land finden. Das
640 Konzept ~~der~~umfassender vertraglicher Vereinbarungen mit sicheren Drittstaaten soll nicht dazu führen, dass Europa sich
641 aus seiner humanitären Verantwortung stiehlt. Wir sprechen uns deshalb

642 dafür aus, dass ~~nach der erfolgreichen Einrichtung des Drittstaatenkonzeptes~~
643 ~~eine Koalition der Willigen innerhalb der~~die EU jährlich ein Kontingent
644 schutzbedürftiger
Menschen aus dem Ausland aufnimmt und ~~auf die~~
645 ~~Koalitionäre~~ verteilt. Im Rahmen dieser Kontingente wollen wir uns gezielt an

Begründung

In einem Grundsatzprogramm sollten Grundsätze, nicht aber konkrete Lösungswege formuliert werden. Dieses ist dem Wahlprogramm vorbehalten. Da derzeit höchst fraglich ist, ob das Konzept der sicheren Drittstaaten überhaupt rechtlich zu realisieren ist, sollte das jetzt nicht die Leitlinie für die mindestens zehnjährige Geltungsdauer des Grundsatzprogramms sein.

Antrag A060-Ä006

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	KV Lingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 639 - 647

639 einreist, und dies erfolgreich tut, soll Schutz in unserem Land finden. ~~Das~~
640 ~~Konzept der sicheren Drittstaaten soll nicht dazu führen, dass Europa sich~~
641 ~~aus seiner humanitären Verantwortung stiehlt. Wir sprechen uns deshalb~~
642 ~~dafür aus, dass nach der erfolgreichen Einrichtung des Drittstaatenkonzeptes~~
643 ~~eine Koalition der Willigen innerhalb der EU jährlich ein Kontingent~~
644 ~~schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnimmt und auf die~~
645 ~~Koalitionäre verteilt. Im Rahmen dieser Kontingente wollen wir uns gezielt an~~
646 ~~die Schwächsten wenden und im Auswahlprozess Sicherheits- und~~
647 ~~Integrationsanforderungen gleichermaßen Rechnung tragen.~~

Begründung

Mit dem Konzept der sicheren Drittstaaten würde die CDU einen fundamentalen Kurswechsel in der Asylpolitik vornehmen: Menschen, die vor Kriegen und Verfolgung fliehen, könnten auf dieser Basis in Deutschland bzw. Europa keinen Schutz mehr bekommen.

In der aktuellen Diskussion werden vor allem zwei Modelle benannt: Das „Ruanda-Modell“ aus Großbritannien und das „Albanien-Modell“ aus Italien. Beide setzen auf eine Überführung in mögliche Drittstaaten, in denen dann die Asylverfahren durchgeführt werden. Nach dem „Ruanda-Modell“ soll Ruanda sowohl für die Durchführung der Asylverfahren und damit einhergehende Verpflichtungen aus der GFK und der EMRK sowie die Schutzgewährung zuständig sein. Demgegenüber ist der Drittstaat im „Albanien-Modell“ lediglich für die Unterbringung und Versorgung der Schutzsuchenden zuständig, während das Asylverfahren in der Verantwortung des Entsendestaates – hier Italien – liegt; bei einer Schutzgewährung würden die Betroffenen nach Italien gebracht werden. Insbesondere das „Ruanda-Modell“ zielt darauf ab, dass Schutzsuchende die einen Staat oder die EU erreichen, dauerhaft in einen Drittstaat überführt werden, auch wenn es keinen direkten Bezug zu diesem Land

gibt. Dieser Regelung steht aber die gültige Rechtslage entgegen.

Denn eine Überstellung in einen sicheren Drittstaat ist auch nach einer Reform des GEAS nur möglich, wenn eine Verbindung zwischen dem Asylsuchenden und dem Drittstaat existiert. Der bloße Transit reicht hierfür nicht aus.

Des Weiteren zeigt die Bewertung beider Modelle, dass sie kein gangbarer Weg sind, um die aktuellen Herausforderungen von Asyl und Flucht zu bewältigen. Dazu ist schon die Annahme, dass die Rückführung einiger weniger Personen zu einem generellen Rückgang der Zugangszahlen führen wird, fraglich.

In einem Statement der beiden großen christlichen Kirchen heißt es hierzu:

„Der Umgang mit Geflüchteten ist eine Frage der Würde, auch unserer eigenen. In einer Welt, in der mehr als 110 Millionen Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, kann unsere Antwort nicht Abweisung lauten. [...] Sich der Verantwortung zu entledigen, ist für uns keine Option.“

Genauso wie die christlichen Kirchen, sollte sich die CDU, für alternative Ansätze und humane Lösungen einsetzen, die den Schutz der Menschenwürde, der Menschenrechte und die Einhaltung internationaler Abkommen sicherstellen.

Aus kirchlicher und christlicher Sicht ist klar: Jede Person, die in einem EU-Land Schutz erbittet, hat Anspruch auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren. Dazu gehört, die Integration der Menschen zu fördern, denen bereits Schutz gewährt wurde, ihnen einen schnellen und unbürokratischen Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren und legale Zuwanderungswege zu schaffen, anstatt auf Abschottung, Abschreckung und Auslagerung des Asylverfahrens zu setzen.

Antrag A060-Ä007

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 641 - 643

641 aus seiner humanitären Verantwortung stiehlt. Wir sprechen uns deshalb
642 dafür aus, dass nach der erfolgreichen Einrichtung des Drittstaatenkonzeptes
643 ~~eine Koalition der Willigen~~ein Bündnis für Sicherheit innerhalb der EU jährlich ein Kontingent

Antrag A060-Ä008

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	LV Oldenburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 643 - 645

643 ~~eine Koalition der Willigen innerhalb der~~die EU jährlich ein Kontingent
644 schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnimmt und ~~auf die~~
645 ~~Koalitionäre~~gerecht auf alle EU-Staaten verteilt. Falls eine gemeinsame Einigung nicht möglich

ist, sollte eine Koalition der Willigen vorangehen. Im Rahmen dieser Kontingente wollen wir uns gezielt an

Begründung

Die Forderung sollte nicht schon zu Beginn zu sehr abgeschwächt werden. Es geht um programmatische Aussagen, wo wir hinwollen: Zu einer gerechteren Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der gesamten EU.

Der Antrag wird gemeinsam gestellt und gestützt vom:

- CDU Landesverband Oldenburg
- CDU Kreisverband Cloppenburg

Antrag A060-Ä009

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 643 - 645

643 ~~eine Koalition der Willigen~~unter Beteiligung aller Staaten innerhalb der EU jährlich ein Kontingent
644 schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland ~~aufnimmt und auf die~~
645 ~~Koalitionäre~~aufgenommen und verteilt wird. Im Rahmen dieser Kontingente wollen wir uns gezielt an

Begründung

Die unterschiedliche Herangehensweise der einzelnen EU-Staaten hat sich seit 2015 aus Problem erwiesen. Eine neuerliche Regelung zur Aufnahme von Flüchtlingen ohne Beteiligung ausnahmslos aller Staaten ist daher nicht anzustreben, um die aktuelle Problemlage nicht zu wiederholen.

Antrag A060-Ä010

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 645 - 646

645 Koalitionäre verteilt. Ziel muss gleichzeitig sein, eine stärkere Zusammenarbeit auf der europäischen Ebene unter allen Mitgliedstaaten sicherzustellen. Gleichzeitig müssen wir die Aufnahme schutzbedürftiger Menschen als gesamteuropäische Aufgabe behandeln. Zu diesem Zweck muss eine stärkere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene angestrebt werden, um auf lange Sicht alle Mitgliedstaaten in den Prozess einbinden zu können. Die zentrale Koordinierung der Kontingente muss deshalb über die Europäische Agentur für Asylpolitik organisiert werden.

Im Rahmen dieser Kontingente wollen wir uns gezielt an
646 die Schwächsten wenden und im Auswahlprozess Sicherheits- und

Antrag A060-Ä011

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	BezV Niederrhein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 647

647 Integrationsanforderungen gleichermaßen Rechnung tragen.Zugleich sind wir der Überzeugung, dass Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge vornehmlich in der Nachbarschaft ihres Heimatlandes Aufnahme finden müssen und sehen es als unsere vorrangige humanitäre Aufgabe an, den Menschen dort in ihrer Heimatregion materiell zu helfen.

Begründung

Das Grundsatzprogramm plädiert richtigerweise für die geregelte Aufnahme von Flüchtlingskontingenten statt ungeregelter, illelager Zuwanderung. Aber auch die Kontingentaufnahme kann keinesfalls der Regelfall der Flüchtlings-Unterstützung. Vor allem müssen wir die Nachbarstaaten in den Konfliktregionen vor Ort bei der angemessen, menschenwürdigen Versorgung von Flüchtlingen unterstützen. Dieser wichtige Grundsatz muss unbedingt auch Eingang ins Grundsatzprogramm finden.

Antrag A060-Ä012

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	KV Duesseldorf
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 647

647 Integrationsanforderungen gleichermaßen Rechnung tragen.

Integration in den Arbeitsmarkt

Wir bieten Menschen Schutz vor Krieg und Verfolgung. Wir erwarten aber das Einbringen in unsere Gesellschaft. In Anbetracht der geringen Rückführungsquoten ist es zentral, dass unmittelbar nach Ankunft die Aufnahme von Arbeit zum Standard wird und soziale Leistungen zur Ausnahme.

Ausweisungen bei Extremisten und Straftätern besonders konsequent betreiben

In Anbetracht der Schwierigkeiten bei Rückführungen muss eine klare und konsequente Rückführung vor allem bei denjenigen erfolgen, die sich als Extremisten und/oder Straftäter erweisen.

Antrag A060-Ä013

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	Oliver Häusler, und 748 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Annahme in Fassung der AK und Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 647

647 Integrationsanforderungen gleichermaßen Rechnung tragen.

Wer die Sicherheit unserer Gesellschaft genießt, aber selbst gefährdet, darf nicht in Deutschland bleiben. Um die Sicherheit und Ordnung in Deutschland weiterhin zu gewährleisten, wollen wir straffällig gewordene Nicht-EU-Bürger nicht nur ausweisen, sondern auch konsequent abschieben. Insbesondere Straftaten, gegen die sich Deutschland vor dem Hintergrund seiner Geschichte besonders wehren muss, die anderweitig schwer wiegen oder die den gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders beeinträchtigen, müssen unbedingt zur Ausweisung und Abschiebung führen. In diesen schweren Fällen soll eine abgeschwächte Definition eines sicheren Herkunftslandes verwendet werden, die Abschiebung also vereinfacht werden. Für alle anderen Straftatbestände soll, unter Berücksichtigung der Schwere der Tat und der Vorstrafen des Täters, definiert werden, wann die Ausweisung erfolgt. Bereits vorhandene Hürden zur Ausweisung sollen abgesenkt werden, die Verhältnismäßigkeit aber gewahrt bleiben.

Um die gesellschaftliche Einheit und das Vertrauen der Bürger in unsere Migrationspolitik, in die Gewährleistung der inneren Sicherheit und in den deutschen Rechtsstaat zu bewahren, und — wo nötig — wiederherzustellen, muss die Abschiebung Ausreisepflichtiger mit Nachdruck vorangetrieben werden. Die Menschenwürde ist dabei immer zu wahren. Dazu schaffen wir geeignete Strukturen, sowohl um Verfahren zeitnah zu bearbeiten als auch um die Entscheidungen des Rechtsstaats konsequent durchzusetzen.

Für den Fall, dass die Abschiebung in das Herkunftsland aufgrund fehlender Möglichkeiten zur Feststellung der Identität, aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen nicht möglich sein sollte, streben wir Aufnahmeabkommen mit Drittstaaten an, die abzuschiebende Ausländer gegen Entschädigung aufnehmen. Will ein Herkunftsstaat seine Staatsbürger nicht mehr einreisen lassen, soll auf dieses Land außenpolitischer Druck ausgeübt werden, bis eine Übereinkunft erreicht wurde, um es zur Einhaltung seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen anzuhalten. Als Instrument wollen wir hierzu unter anderem auch die vollständige Streichung von Entwicklungshilfen in Betracht ziehen. Dieses Instrument wollen wir auch anwenden, wenn uns ein Staat bei der Identitätsfeststellung von Ausländern nicht ausreichend unterstützt.

Begründung

Besonders wer in Deutschland Schutz sucht, muss auch selbst dazu beitragen, dass Deutschland ein sicheres und lebenswertes Land bleibt. Wer dies nicht macht und straffällig wird, schädigt den Ruf aller anderen Ausländer und treibt die Spaltung der Gesellschaft voran. Wer die Grundwerte einer Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens missachtet, obwohl er genau deswegen hier ist, darf diese Privilegien nicht länger genießen.Besonders, wenn sich Straftaten gegen elementare Werte wie beispielsweise Religionsfreiheit, körperliche Unversehrtheit oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten, ist die Ausweisung dringend geboten.Eine solche Verschärfung ist auch angebracht, denn relativ betrachtet werden Ausländer mehr als doppelt so oft straffällig wie Deutsche: 2022 waren mehr als 35 % der in Deutschland verurteilten Straftäter Ausländer, der Ausländeranteil in der Gesamtbevölkerung betrug aber nur 14 %.Mit der bloßen Definition scharfer Sanktionen ist es aber nicht getan: Wenn der Rechtsstaat seine Entscheidungen nicht durchsetzen kann, dann ist er obsolet. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass nach der Ausweisung auch der tatsächliche Aufenthalt in Deutschland beendet wird. Geeignete Strukturen beschleunigen nicht nur die Ausweisung und Abschiebung krimineller Ausländer, sondern schaffen auch Kapazitäten in den bearbeitenden Behörden und Gerichten.Weiterhin entsteht durch konsequente Abschiebungen auch eine gewünschte Außenwirkung: In Deutschland bleiben darf nur, wer den Rechtsstaat akzeptiert und nicht bekämpft, die Grundrechte anderer schätzt und die Sicherheit in Deutschland nicht gefährdet.Abschiebungen scheitern häufig auch daran, dass das Herkunftsland seine Bürger nicht wieder aufnehmen möchte oder daran, dass die Abschiebung aufgrund der Situation im Herkunftsland nicht vertretbar ist. Hier müssen bessere Werkzeuge und Alternativen geschaffen werden: Mit Entwicklungshilfen unterstützen wir andere Staaten unter anderem beim Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Verhindern Staaten, dass diese Werte in Deutschland erhalten bleiben, sollten wir diese Länder nicht auch noch unterstützen.Die finanziellen Einbußen von Ländern, denen wir Entwicklungshilfen streichen, stellen für Verhandlungen ein wirksames Druckmittel dar, welches dazu beiträgt, eine Übereinkunft in unserem Sinne zu erzielen.Daraus resultierende Einsparungen im Bundeshaushalt können wiederum zur Finanzierung von Abkommen zur Aufnahme von aus Deutschland ausgewiesenen Ausländern genutzt werden. Mit diesen Abkommen ergibt sich für andere Länder nicht nur die Möglichkeit finanzielle Mittel zu erhalten, sondern ermöglicht ihnen auch Fachkräfte zu ersetzen, die dort unter anderem durch Migration fehlen.Wenn wir zeigen, dass wir als CDU unseren Kurs neu ausrichten und den Willen haben, diesen auch durchzusetzen, aber gleichzeitig auch klarstellen, dass die pauschale Abschiebung aller Ausländer nicht der richtige Weg sein kann, füllen wir eine entstandene Lücke im politischen Spektrum. Ohne eindeutige Korrektur in der Migrationspolitik werden wir die Bürger, die die AfD nur aus Protest, Enttäuschung oder scheinbarer Alternativlosigkeit wählen, nicht zurückgewinnen können.Bleibt diese Kurskorrektur aus, dann verlieren wir diese Bürger möglicherweise für immer an extreme Parteien, die mit Populismus auf Stimmenfang gehen. Das sollten und müssen wir verhindern.

Antrag A060-Ä014

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen

Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 647

647 Integrationsanforderungen gleichermaßen Rechnung tragen.

Pull-Faktoren reduzieren
Finanzielle Leistungen, die Deutschland als Zielland besonders wirtschaftlich attraktiv erscheinen lassen, wollen wir europäisch harmonisieren, um Fehlanreize zu vermeiden. Wir wollen Fluchtursachen engagierter vor Ort bekämpfen.

Antrag A060-Ä015

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	KV Leverkusen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 647

647 Integrationsanforderungen gleichermaßen Rechnung tragen. Wir arbeiten konsequent daran die enorm hohe Zahl an
vollziehbar Ausreisepflichtigen deutlich zu reduzieren. Dazu ist es notwendig Abschiebehindernisse zu beseitigen sowie Migranten, die die Kooperation mit den Behörden im Identitätsfeststellungsverfahren behindern, stärker zu sanktionieren. Ebenfalls ist eine konsequente Streichung von Entwicklungshilfe für Herkunftsländer zu prüfen, die sich weigern ihre Staatsbürger aufzunehmen.

Begründung

Im Themenfeld Migration fehlt der Aspekt der Rückführungleider vollständig. In Deutschland befinden sich knapp300.000 vollziehbar Ausreisepflichtige, die aus verschiedenenGründen nicht rückgeführt werden können. Für die Akzeptanz des Asylsystems durch die Bevölkerung ist abereine konsequente Rückführung essentiell. Abschiebehindernisse gilt es zu beseitigen und konsequentergegen Migranten vorzugehen, die keinen Pass mit sich führen,ihre Identitätsfeststellung aber behindern. Ebenfalls können Länder, die ihre Staatsbürger gar nicht oder nur schleppendwiederaufnehmen nicht mit deutscher Entwicklungshilferechnen. Deutschland darf kein Verhalten belohnen, das demeigenen Land schadet!

Antrag A060-Ä016

Änderungsantrag zu A060

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 647

Integrationsanforderungen gleichermaßen Rechnung tragen.

Maßgeblich für eine erfolgreiche Integration ist nämlich auch die Integrationswilligkeit, welche im Rahmen des Aufnahmeprozesses durch die Einhaltung wesentlicher Kriterien sichergestellt werden muss. Hierzu gehören neben einer Sicherheitsüberprüfung auch ein Bekenntnis zu unseren europäischen Werten, dem Grundgesetz und dem Existenzrecht Israels als deutsche Staatsräson.

Antrag A061: Zeile 648 - 658: Deutschland in der Welt

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 649 - 650 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 651 - 658 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

Deutschland in der Welt

~~Unsere~~**Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik verlangt einen fundamentalen Perspektivwechsel.** Die ~~neue~~ Weltlage erfordert es, unsere geopolitische Handlungsfähigkeit wieder stärker in den Fokus zu rücken. Unsere Partnerschaften sollen sich stärker an unseren strategischen Interessen ausrichten. Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern innerhalb von EU, NATO und G7 müssen wir weiter pflegen. Deutschland soll sich noch enger mit seinen ~~Wertep~~Partnern abstimmen und in der Lage sein, gemeinsame Interessen mit ~~sein~~diesen Partnern auch durchzusetzen. Eine starke transatlantische Freundschaft muss weiterhin das Fundament ~~deutscher~~ unserer Außenpolitik sein. Atlantisch bleiben, europäischer werden, ist Grundlage unserer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wir setzen uns für eine Reform des UN-Sicherheitsrates ein.

Antrag A061-Ä001

Änderungsantrag zu A061

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 649 - 652

Unsere Außen-~~ und Sicherheitspolitik~~, Sicherheits- und Entwicklungspolitik verlangt einen fundamentalen Perspektivwechsel. Die neue Weltlage erfordert es, unsere geopolitische Handlungsfähigkeit wieder stärker in den Fokus zu rücken~~. Unsere~~ und diese Politikfelder strategisch auszurichten. Unsere Partnerschaften sollen sich stärker an unseren strategischen Interessen

Begründung

Nicht erst seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 befindet sich die Welt in einem Umbruch. Die Beziehungen zwischen Staaten und Staatengruppen ordnen sich grundlegend neu. Nicht-staatliche Akteure werden immer wichtiger. Daraus resultierende Konflikte müssen in Zukunft dauerhaft gemanaged und im besten Fall vor ihrem Ausbrechen vermieden werden. Diese Situation wird die Welt noch für eine ganze Zeit prägen. Daher ist es zentral, dass wir alle Politikfelder strategisch darauf ausrichten und stärken. Die vorgeschlagene Formulierung unterstreicht, dass die Entwicklungspolitik in diesem System eine eigene, wichtige Säule darstellt, neben der Außen- und Sicherheitspolitik stärker strategisch ausgerichtet und im europäischen Kontext gedacht werden muss.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A061-Ä002

Änderungsantrag zu A061

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 649 - 658

649 **Unsere Außen- und Sicherheitspolitik verlangt einen fundamentalen Perspektivwechsel.** Die neue Weltlage erfordert es, unsere geopolitische
651 Handlungsfähigkeit wieder stärker in den Fokus zu rücken. Unsere
652 Partnerschaften sollen sich stärker an unseren strategischen Interessen
653 ausrichten. Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern innerhalb von
654 EU, NATO und G7 müssen wir weiter pflegen. Deutschland soll sich noch
655 enger mit seinen Wertepartnern abstimmen und in der Lage sein,
656 gemeinsame Interessen mit seinen Partnern auch durchzusetzen. Eine
657 starke ~~transatlantische~~ Freundschaft mit den USA muss das Fundament deutscher
658 Außenpolitik bleiben. Unsere produktive Beziehung zu China als einem unserer größten Handelspartner zu pflegen, bleibt ebenso im Zentrum deutscher Außenpolitik.

Begründung

Die USA und China werden die dominanten Player in den kommenden 50 Jahren bleiben und werden. Die sehr guten politischen und daraus abgeleiteten ökonomischen Beziehungen dürfen auf keinen Fall aufgrund teilweise unterschiedlicher Ansichten oder aufgrund handelnder Personen beschnitten werden. Unsere Außenpolitik muss immer die Interessen Deutschlands priorisieren.

Antrag A061-Ä003

Änderungsantrag zu A061

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 650 - 658

650 **Perspektivwechsel.** Die ~~neue~~ Weltlage ~~erfordert es, unsere geopolitische~~
651 ~~Handlungsfähigkeit wieder stärker in den Fokus zu rücken. Unsere~~
652 ~~Partnerschaften sollen sich stärker an unseren strategischen Interessen~~
653 ~~ausrichten. Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern innerhalb~~fordert von
654 ~~EU, NATO und G7 müssen wir weiter pflegen. Deutschland soll~~Deutschland eine gestärkte Handlungsfähigkeit. Für Naivität ist kein Platz, Deutschland muss seine Ziele und Interessen kennen und konsequent verfolgen. Deutschland muss sich noch
655 enger mit seinen Wertepartnern abstimmen und in der Lage sein,
656 gemeinsame Interessen mit seinen Partnern in EU, NATO und G7 auch durchzusetzen. Eine
657 starke, belastbare transatlantische Freundschaft ~~muss~~ und ein wiedererstarktes Weimarer Dreieck müssen das Fundament deutscher
658 Außenpolitik bleiben. Uns feindlich gegenüberstehende Akteure kann Deutschland nicht einfach ignorieren, sondern ihrer destabilisierenden Politik treten wir bewusst entgegen. Dafür brauchen Deutschland und die EU eine tragfähige und realistische Nationale Sicherheitsstrategie und einen Nationalen Sicherheitsrat.

Antrag A061-Ä004

Änderungsantrag zu A061

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 650

650 **Perspektivwechsel.** Die neue Weltlage, insbesondere seit dem russischen Angriff auf die Ukraine, erfordert es, unsere geopolitische

Antrag A061-Ä005

Änderungsantrag zu A061

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 651 - 654

651 Handlungsfähigkeit wieder stärker in den Fokus zu rücken. Unsere
652 Partnerschaften sollen sich stärker an unseren strategischen Interessen
653 ausrichten, wobei unser vorrangiges Interesse, dem christlichen Menschenbild folgend, einer Welt in Frieden, Freiheit und Nachhaltigkeit gilt. Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern innerhalb von
654 EU, NATO und G7 müssen wir weiter pflegen. Deutschland soll sich noch

Antrag A061-Ä006

Änderungsantrag zu A061

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 655 - 656

655 enger mit seinen ~~Wertep~~Partnern abstimmen und in der Lage sein,
656 gemeinsame Interessen mit ~~sein~~diesen Partnern auch durchzusetzen. Eine

Begründung

Nicht jeder Partner, mit dem Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik zusammenarbeitet, teilt zwingend unsere Werte.

Antrag A061-Ä007

Änderungsantrag zu A061

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 656 - 658

656 gemeinsame Interessen mit seinen Partnern auch durchzusetzen. ~~Eine~~
657 ~~starke transatlantische Freundschaft muss das Fundament deutscher~~
658 ~~Außenpolitik~~Atlantisch bleiben, europäischer werden, ist Grundlage unserer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Begründung

Die Stärkung der europäischen Säule in der NATO muss ein vorrangiges Anliegen deutscher Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein. Im übrigen entspricht der Vorschlag dem EU-Wahlprogramm der CDU/CSU von 2024.

Antrag A061-Ä008

Änderungsantrag zu A061

Antragsteller/in:	KV Leverkusen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 658

658 Außenpolitik bleiben. Wir setzen uns für eine Reform des UN-Sicherheitsrates ein.

Begründung

Ein Verweis auf den UN-Sicherheitsrat fehlt im Teil der multinationalen Organisationen komplett. Der Sicherheitsrat ist aktuell dysfunktional. Ob angesichts der veränderten Weltlage dieses Gremium künftig noch Relevanz erhält, ist maßgeblich von einer Reform abhängig. Auch wenn es nicht allein in deutscher Hand liegt hier etwas zu erreichen, so war doch eine Reform im Verbund mit großen Staaten

wie Indien oder Brasilien seit Jahren Konsens der deutschen Außenpolitik. Hieran sollten wir weiter anknüpfen.

Antrag A062: Zeile 659 - 670: Deutschland muss unabhängiger von autokratischen Staaten werden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 659 - 670 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

659 **Deutschland muss unabhängiger von autokratischen Staaten werden.** Wir
660 setzen bei unserer Außenpolitik auf die gestaltende Kraft der multilateralen
661 Zusammenarbeit. Zugleich nehmen wir mit Sorge wahr, dass sich
662 insbesondere China zunehmend von uns entfernt und als Systemrivale
663 auftritt. Auf die~~se~~ geopolitischen Herausforderungen ~~wollen wir~~ werden wir angemessen
664 reagieren und unsere Interessen schützen, ohne Wohlstand zu gefährden.
665 ~~Dafür verringern wir~~ Deshalb wollen wir wirtschaftliche Abhängigkeiten ~~- insbesondere bei~~
666 verringern - insbesondere bei strategischen Wirtschaftsgütern, der Energieversorgung und kritischen Rohstoffen ~~durch~~
667 . Dies erreichen wir durch Diversifizierung von Lieferketten und Produktion, durch den Schutz
668 sicherheitsrelevanter Technologien~~,~~ und digitaler Infrastrukturen sowie durch
669 eine stärkere politische Kooperation mit Nord- und Südamerika ~~und den~~
670 , Partnern auf dem afrikanischen Kontinent und den Ländern des Indopazifiks und Zentralasiens.

Antrag A062-Ä001

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 659 - 669

659 **Deutschland muss unabhängiger von autokratischen Staaten werden.** Wir
660 setzen bei unserer Außenpolitik auf die gestaltende Kraft der multilateralen
661 Zusammenarbeit. Zugleich nehmen wir mit Sorge wahr, dass sich
662 insbesondere China zunehmend von uns entfernt und als Systemrivale
663 auftritt. Auf diese ~~geopolitischen Herausforderungen~~geopolitische Herausforderung wollen wir angemessen

reagieren und unsere Interessen schützen, ohne Wohlstand zu gefährden. Dafür verringern wir wirtschaftliche Abhängigkeiten - insbesondere bei strategischen Wirtschaftsgütern und kritischen Rohstoffen durch Diversifizierung von Lieferketten und Produktion, durch den Schutz sicherheitsrelevanter Technologien, digitaler Infrastrukturen sowie durch eine stärkere politische Kooperation mit Nord- und Südamerika und den

Antrag A062-Ä002

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 659 - 669

Deutschland muss unabhängiger von autokratischen Staaten werden. Wir setzen bei unserer Außenpolitik auf die gestaltende Kraft der multilateralen Zusammenarbeit. Zugleich nehmen wir mit Sorge wahr, dass sich insbesondere China zunehmend von uns entfernt und als Systemrivale auftritt. Gleichwohl ist die Volksrepublik China für Deutschland aus kulturhistorischem wie auch aus wirtschaftlichem Interesse von großer Bedeutung. Auf diese geopolitischen Herausforderungen wollen wir angemessen reagieren und unsere Interessen schützen, ohne Wohlstand zu gefährden. Dafür verringern wir wirtschaftliche Abhängigkeiten - insbesondere bei strategischen Wirtschaftsgütern und kritischen Rohstoffen durch Diversifizierung von Lieferketten und Produktion, durch den Schutz sicherheitsrelevanter Technologien, digitaler Infrastrukturen sowie durch eine stärkere politische Kooperation mit Nord- und Südamerika und den

Begründung

Die USA und China werden die dominanten Player in den kommenden 50 Jahren bleiben und werden. Die sehr guten politischen und daraus abgeleiteten ökonomischen Beziehungen dürfen auf keinen Fall aufgrund teilweise unterschiedlicher Ansichten oder aufgrund handelnder Personen beschnitten werden. Unsere Außenpolitik muss immer die Interessen Deutschlands priorisieren.

Antrag A062-Ä003

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 660

setzen bei unserer ~~Außenpolitik~~Außen- und Entwicklungspolitik auf die gestaltende Kraft der multilateralen

Begründung

Nicht erst seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 befindet sich die Welt in einem Umbruch. Die Beziehungen zwischen Staaten und Staatengruppen ordnen sich grundlegend neu. Nicht-staatliche Akteure werden immer wichtiger. Daraus resultierende Konflikte müssen in Zukunft dauerhaft gemanaged und im besten Fall vor ihrem Ausbrechen vermieden werden. Diese Situation wird die Welt noch für eine ganze Zeit prägen. Daher ist es zentral, dass wir alle Politikfelder strategisch darauf ausrichten und stärken. Die vorgeschlagene Formulierung unterstreicht, dass die Entwicklungspolitik in diesem System eine eigene, wichtige Säule darstellt, neben der Außen- und Sicherheitspolitik stärker strategisch ausgerichtet und im europäischen Kontext gedacht werden muss.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A062-Ä004

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 661 - 663

661 Zusammenarbeit. ~~Zugleich nehmen wir mit Sorge wahr, dass sich~~
662 ~~insbesondere China zunehmend von uns entfernt und als Systemrivale~~
663 ~~auftritt.~~ Auf diese geopolitischen Herausforderungen wollen wir angemessen

Begründung

Internationale Verbindungen und Geschäfte sind der Eckpfeiler des Exportlandes Deutschland. Auch wenn das Verhältnis zu einem internationlen Partner
gelitten hat, sollten wir in unserem Grundsatzprogramm nicht explizit auf ein Land - hier: China eingehen.
In der Reihe der wirschaftlichen Verbündetetn wären vor diesem hintergrund auch andere Länder zu nennen.
Wir sollten uns in diesem Bereich unsres Programmes nicht einschränken oder präjudizieren.

Antrag A062-Ä005

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 664 - 665

664 reagieren und unsere Interessen schützen, ohne Wohlstand zu gefährden.
665 Dies fängt damit an, Deutschland und Europa als attraktiven Investitions- und Industriestandort zu erhalten und zu erneuern. Dafür verringern wir wirtschaftliche Abhängigkeiten - insbesondere

bei

Begründung

Wir erachten die chinesische Außen- und Handelspolitik als eine große Herausforderung für die regionale Stabilität und die globalen Handelsbeziehungen. Mittelfristig wird das Wachstumsmodell der kommunistischen Regierung Chinas aufgrund der demographischen Entwicklung und der sozialen Verwerfungen an seine Grenzen stoßen. Dies bietet die Möglichkeit, Deutschland und die EU aus der selbstverschuldeten Abhängigkeit von China zu befreien und die wirtschaftliche Interdependenz zu unseren Gunsten zu gestalten.

Antrag A062-Ä006

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 665 - 666

665 ~~Dafür verringern wir~~Deshalb wollen wir unsere Unternehmen dabei unterstützen, wirtschaftliche Abhängigkeiten ~~- insbesondere bei~~
666 zu verringern - insbesondere bei
strategischen Wirtschaftsgütern und kritischen Rohstoffen durch

Antrag A062-Ä007

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden, LV Bremen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 665 - 669

665 Dafür verringern wir wirtschaftliche Abhängigkeiten - insbesondere bei
666 strategischen Wirtschaftsgütern, der Energieversorgung und kritischen Rohstoffen ~~durch~~
667 - und schützen uns so über strategische Partnerschaften stärker vor sicherheitspolitischen Bedrohungen: Durch Diversifizierung von Lieferketten und Produktion, durch den Schutz
668 sicherheitsrelevanter Technologien, den Ausbau der Erneuerbaren Energien, digitaler Infrastrukturen sowie durch
669 eine stärkere politische Kooperation mit Nord- und Südamerika und den

Begründung

Die Unabhängigkeit Deutschlands ist sowohl mit Blick auf Rohstoffe und Wirtschaftsgüter als auch mit Blick auf die Energieversorgung von entscheidender Bedeutung. Insbesondere der letzte Punkt ist im derzeitigen Abschnitt noch nicht angemessen berücksichtigt. Der Ausbaue erneuerbarer Energien in Deutschland und Europa führt zu einer größeren Unabhängig von fossilen Energieträgern, die häufig in autoritären Staaten vorkommen. Mit den vorgeschlagenen Ergänzungen machen wir deutlich, dass

wir eine veränderte Energiepolitik auch als Sicherheitspolitik begreifen.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A062-Ä008

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 666 - 669

666 strategischen Wirtschaftsgütern, der Energieversorgung und kritischen Rohstoffen ~~durch~~
667 - und stärken unsere Versorgungssicherheit über strategische Partnerschaften: durch Diversifizierung von Lieferketten und Produktion, durch den Schutz
668 sicherheitsrelevanter Technologien, digitaler Infrastrukturen sowie durch
669 eine stärkere politische Kooperation mit Nord- und Südamerika und den

Begründung

Wir wollen deutlich machen, dass die wirtschaftlichen Abhängigkeiten bei der Energieversorgung insbesondere durch den Ausbau von erneuerbaren Energien reduziert und damit auch sicherheitspolitische Bedrohungen verringert werden.

Antrag A062-Ä009

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	KV Neumuenster
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 666

666 strategischen Wirtschaftsgütern, Arzneimitteln, Medizinprodukten und kritischen Rohstoffen durch

Begründung

Die Corona-Pandemie hat unsere Abhängigkeit im Bereich Arzneimittel und Medizinprodukte deutlich gemacht. Allein diese Erfahrungen sind Anlass genug, die Lieferketten und Abhängigkeiten einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Zu unsicher erscheint die bisherige Handelsstruktur und das Risiko, dass einzelne wichtige Lieferanten ausfallen. Im Bereich der Arzneimittel und Medizinprodukte hat die Konzentration bei den Produktionsstätten zur Folge, dass Lieferengpässe bei wichtigen Medikamenten und Medizinprodukten mittlerweile häufiger auftreten. Wir halten es daher für sinnvoll Arzneimittel und Medizinprodukte in der Passage explizit zu bennnen.

Antrag A062-Ä010

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 666 - 668

666 strategischen Wirtschaftsgütern, der Energieversorgung und kritischen Rohstoffen ~~durch~~
667 - und schützen uns so über strategische Partnerschaften stärker vor sicherheitspolitischen Bedrohungen: Durch
Diversifizierung von Lieferketten und Produktion, durch den Schutz
668 sicherheitsrelevanter Technologien, den Ausbau der Erneuerbaren Energien, digitaler Infrastrukturen sowie durch

Begründung

Wir wollen deutlich machen, dass die wirtschaftlichen Abhängigkeiten bei der Energieversorgung insbesondere durch den Ausbau von erneuerbaren Energien reduziert und damit auch sicherheitspolitische Bedrohungen verringert werden.

Antrag A062-Ä011

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Annahme in Fassung der AK und Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands

Zeile 667

667 Diversifizierung von Lieferketten und Produktion von kritischen Wirtschaftsgütern ins Inland, durch den Schutz

Begründung

Neben der richtigen Emanzipierung von grundlegenden Abhängigkeiten gegenüber Systemrivalen und mehr Diversifizierung ist es eklatant wichtig, systemrelevante Güter wie z.B. Arzneimittel, Technologien im Bereich Erneuerbare Energien pp. wieder im Inland zu produzieren und Abhängigkeiten zu verringern.

Antrag A062-Ä012

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 669 - 670

669 eine stärkere politische Kooperation mit Nord- und Südamerika ~~und den~~
670 , Partnern
auf dem afrikanischen Kontinent und den Ländern des Indopazifiks

und Zentralasiens.

Antrag A062-Ä013

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 669 - 670

669 eine stärkere ~~politische~~ Kooperation mit ~~Nord- und Südamerika und den~~
670 Ländern ~~des Indopazifiks~~, die unser Wertesystem teilen.

Antrag A062-Ä014

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 670

670 Ländern des Indopazifiks. Unser Ziel bleibt eine multipolare Welt mit vielen starken, gleichgesinnten Partnern.

Begründung

Als Deutsche ist für uns klar, dass wir nur mit einem starken Europa in einer transatlantischen Partnerschaft bestehen können. Gleichzeitig wissen wir auch, dass wir an einer bipolaren Welt kein Interesse haben können. Viel mehr muss es unser strategisches Ziel sein eine multipolare Welt mit mehreren Hubs aufzubauen und möglichst viele starke "like minded partner" zu haben.

Antrag A062-Ä015

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 670

670 Ländern des Indopazifiks. Unser Ziel bleibt eine multipolare Welt mit vielen starken, gleichgesinnten Partnern.

Begründung

Als Deutsche ist für uns klar, dass wir nur mit einem starken Europa in einer transatlantischen Partnerschaft bestehen können. Gleichzeitig wissen wir auch, dass wir an einer bipolaren Welt kein Interesse haben können. Vielmehr muss es unser strategisches Ziel sein eine multipolare Welt mit

mehreren Hubs aufzubauen und möglichst viele starke „like minded partner“ zu haben.

Antrag A062-Ä016

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	KV Braunschweig
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 670

670 Ländern des Indopazifiks. Wir wollen die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Demokratien und freien Gesellschaften der Welt ausbauen und Handel mit Diktaturen und ausbeuterischen Regimen kritisch bewerten und reglementieren

Begründung

Die Anzahl der Demokratien schrumpft entgegen den Erwartungen am Anfang des Jahrtausends immer weiter (Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung 2024). Einige Autokratien und Nicht-Demokratische Regime sind dabei auch auf dem Weltmarkt äußerst und zunehmend erfolgreich und stabilisieren mit den Handel Unterdrückung und Menschrechtsverletzungen im eigenen Land. Eine radikale Abkehr des Handels mit solchen Ländern ist weder praktikabel noch kurzfristig vorteilhaft für Deutschland oder die durch die Regime unterdrückten Menschen.
Ein anderer Ansatzpunkt ist aber, den (Binnen-)Handel innerhalb der freien, demokratischen Welt zu forcieren und zu stärken, um auch das demokratische Regierungssystem als globales Modell selbst zu stärken. In Zeile 665 wird bereits die Verringerung von wirtschaftlichen Abhängigkeiten und einer stärkeren Kooperation mit Nord- und Südamerika und den Ländern des Indopazifiks gesprochen. Die Ergänzung soll aber klarstellen, dass der Handel innerhalb der Gruppe von Staaten die demokratisch organisiert sind insgesamt den Vorzug erhalten soll und dazu auch geeignete Mittel zu einer Verschiebung des Handels zu dieser Gruppe gefunden werden sollen.

Antrag A062-Ä017

Änderungsantrag zu A062

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 670

670 Ländern des Indopazifiks.

Gleichzeitig müssen wir eine gemeinsame China-Strategie festlegen mit dem Ziel, Beziehungen auf Augenhöhe zu garantieren. Dabei müssen auch klare Grenzen einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit definiert werden, wo die Gefahr einer wirtschaftlichen Abhängigkeit besteht. Hierzu gehört ein Verbot von Investitionen in kritische Infrastruktur und Industrie. Ziel einer solchen Strategie muss es ebenfalls sein, in Zusammenarbeit mit unseren Partnern durch den

Ausbau der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit durch eine transatlantische Freihandelszone einen Gegenpol zur Wirtschaftsmacht Chinas zu setzen.

Antrag A063: Zeile 671 - 687: Wir müssen zur Linderung der Not gerade in den ärmsten Ländern der Welt beitragen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 671 - 687 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

671 **Wir müssen zur Linderung der Not gerade in den ärmsten Ländern der**
672 **Welt beitragen.** Diese ethische Verpflichtung entspringt unserer christlichen
673 Überzeugung von der gleichen Würde aller Menschen. Wir finden uns nicht
674 damit ab, dass weltweit jeder zehnte Mensch unter Hunger und bitterer
675 Armut leidet. Wir setzen auf Hilfe zur Selbsthilfe, die sich an den UN-
676 Nachhaltigkeitszielen ausrichtet. Erfolgreiche Entwicklungspartnerschaften
677 sind in unserem eigenen Interesse, etwa wenn es um Friedenssicherung und
678 Konfliktlösungen, um die Verringerung von Fluchtursachen oder den
679 globalen Klima- und Gesundheitsschutz geht. Sie muss zugleich besser
680 gebündelt und mit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit
681 abgestimmt sein, um damit auch der Investitionsförderung im Rahmen der
682 „Global Gateway Initiative“ der EU strategische Wirksamkeit zu verleihen. Sie
683 soll strategischer an unseren wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen
684 ausgerichtet und mit klaren Erwartungen und überprüfbaren Ergebnissen
685 eingesetzt werden. Die Mittel Deutschlands und der EU dürfen nicht in Länder und Organisationen fließen, die die Ziele Deutschlands und der EU nicht teilen oder eingegangene Verpflichtungen missachten. Damit begrenzen wir den Einfluss geopolitischer Rivalen
686 und Wettbewerber. Darüber hinaus wollen wir privatwirtschaftliche
687 Initiativen stärker unterstützen~~ - gerade auch bei grünen Technologien~~.

Antrag A063-Ä001

Änderungsantrag zu A063

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 671 - 687

~~671~~ ~~**Wir müssen zur Linderung der Not gerade in den ärmsten Ländern der Welt beitragen.** Diese ethische Verpflichtung entspringt unserer christlichen~~
~~673~~ ~~Überzeugung von der gleichen Würde aller Menschen. Wir finden uns nicht~~

~~damit ab, dass weltweit jeder zehnte Mensch unter Hunger und bitterer Armut leidet. Wir setzen auf Hilfe zur Selbsthilfe, die sich an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausrichtet. Erfolgreiche Entwicklungspartnerschaften sind in unserem eigenen Interesse, etwa wenn es um Friedenssicherung und Konfliktlösungen, um die Verringerung von Fluchtursachen oder den globalen Klima- und Gesundheitsschutz geht. Sie muss zugleich besser gebündelt und mit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit abgestimmt sein, um damit auch der Investitionsförderung im Rahmen der „Global Gateway Initiative“ der EU strategische Wirksamkeit zu verleihen. Sie soll strategischer an unseren wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen ausgerichtet und mit klaren Erwartungen und überprüfbaren Ergebnissen eingesetzt werden. Damit begrenzen wir den Einfluss geopolitischer Rivalen und Wettbewerber. Darüber hinaus wollen wir privatwirtschaftliche Initiativen stärker unterstützen – gerade auch bei grünen Technologien.~~

Die Entwicklungszusammenarbeit muss stärker wirtschaftlich und geopolitisch ausgerichtet werden. Wir müssen zur Linderung der Not gerade in den ärmsten Ländern der Welt beitragen. Dies geschah in der Vergangenheit vor allem durch wirtschaftliche Partizipation. Erfolgreiche Entwicklungspartnerschaften sind in unserem eigenen Interesse, etwa wenn es um Friedenssicherung und Konfliktlösungen, um die Verringerung von Fluchtursachen oder den globalen Klima- und Gesundheitsschutz geht. Diese Entwicklungszusammenarbeit soll jedoch besser gebündelt und in den „Team Europe“-Ansatz sowie die „Global Gateway“-Initiative integriert werden. Sie soll strategischer an unseren Interessen ausgerichtet, mit klaren Erwartungen und überprüfbaren Ergebnissen eingesetzt werden, um den Einfluss geopolitischer Rivalen und Wettbewerber zu begrenzen. Darüber hinaus wollen wir privatwirtschaftliche Initiativen stärker unterstützen – auch mit dem Ziel der Nachhaltigkeit.

Antrag A063-Ä002

Änderungsantrag zu A063

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 680 - 686

gebündelt und mit der europäischen ~~Entwicklungszusammenarbeit~~ Entwicklungspolitik abgestimmt sein, um damit auch der Investitionsförderung im Rahmen der „Global Gateway Initiative“ der EU strategische Wirksamkeit zu verleihen. Sie soll strategischer an unseren wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen ausgerichtet und mit klaren Erwartungen und überprüfbaren Ergebnissen eingesetzt werden. Damit begrenzen wir den Einfluss geopolitischer Rivalen und Wettbewerber. Darüber hinaus wollen wir die marktwirtschaftliche Ordnung und privatwirtschaftliche

Begründung

Nicht erst seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 befindet sich die Welt in einem Umbruch. Die Beziehungen zwischen Staaten und Staatengruppen ordnen sich grundlegend neu. Nicht-staatliche Akteure werden immer wichtiger. Daraus resultierende Konflikte müssen in Zukunft dauerhaft gemanaged und im besten Fall vor ihrem Ausbrechen vermieden werden. Diese Situation wird die Welt noch für eine ganze Zeit prägen. Daher ist es zentral, dass wir alle Politikfelder strategisch darauf ausrichten und stärken. Die vorgeschlagene Formulierung unterstreicht, dass die Entwicklungspolitik in diesem System eine eigene, wichtige Säule darstellt, neben der Außen- und Sicherheitspolitik stärker strategisch ausgerichtet und im europäischen Kontext gedacht werden muss.

Die zweite Änderung betrifft das Ergebnis von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Wir wollen nicht nur privatwirtschaftliche Initiativen fördern, sondern auch eine marktwirtschaftliche Entwicklung fördern, die aus Sicht der CDU ein wesentlicher Teil des Erfolgsrezepts für freie Gesellschaften ist.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A063-Ä003

Änderungsantrag zu A063

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 685

685 eingesetzt werden. Die Mittel Deutschlands und der EU dürfen nicht in Länder und Organisationen fließen, die die Ziele Deutschlands und der EU nicht teilen oder eingegangene Verpflichtungen missachten. Damit begrenzen wir den Einfluss geopolitischer Rivalen

Begründung

In der Außen- und Sicherheitspolitik stehen wir Europäer weiterhin vor der Aufgabe, unsere gemeinsame Weltpolitikfähigkeit herzustellen. Das grundlegend veränderte Umfeld erfordert eine Steigerung unseres Durchsetzungsvermögens, unserer Reaktionsfähigkeit und unserer Agilität. Bislang gelingt es nicht, die hohen Investitionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in auswärtiges Handeln im Umfang von 70,2 Mrd. Euro ausreichend in politische Geltung umzusetzen.

Antrag A063-Ä004

Änderungsantrag zu A063

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen, KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 686

686 und Wettbewerber. Mit uns gibt es eine Partnerschaft auf Augenhöhe und keine Ausbeutung. Darüber hinaus wollen wir privatwirtschaftliche

Begründung

Es ist genau unser Gegenmodell zu autokratischen Staaten, dass wir Angebote auf Augenhöhe machen wollen und uns gegen Ausbeutung und einseitige langfristige Abhängigkeiten stellen. Dies sollte als grundsätzliche Unterscheidung noch einmal betont werden.

Antrag A063-Ä005

Änderungsantrag zu A063

Antragsteller/in:	KV Reutlingen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 687

687 Initiativen stärker unterstützen~~ - gerade auch bei grünen Technologien~~.

Begründung

An mehreren Stellen unseres Grundsatzprogrammes betonen wir unsere Technologieoffenheit. Die Ergänzung in diesem Satz ist kontraproduktiv und daher beantragen wir die Streichung.

Antrag A064: Zeile 688 - 697: Die Verbindung zu unserem Nachbarkontinent Afrika muss strategisch ausgebaut werden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 688 - 697 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

688 **Die Verbindung zu unserem Nachbarkontinent Afrika muss strategisch**
689 **ausgebaut werden.** Wir bilden im Rahmen der EU Partnerschaften mit den afrikanischen
690 Ländern und unterstützen so den Weg zu wirtschaftlicher, gesellschaftlicher
691 und nachhaltiger Entwicklung. Wir begegnen ihnen auf Augenhöhe und
692 stellen klare Erwartungen an die Zusammenarbeit. Wir lassen nicht zu, dass an der europäischen Südflanke auf dem afrikanischen Kontinent mittel- bis langfristig eine Einflusszone systemischer Konkurrenten entsteht. Wir wollen die
693 Afrikanische Union und andere regionale Zusammenschlüsse stärken, damit
694 die afrikanischen Staaten für ihre eigene Sicherheit und wirtschaftliches
695 Wachstum sorgen können und das Ziel der kontinentalen Freihandelszone
696 gelingt. Die Gesellschaften der afrikanischen Staaten sind für uns dafür

697 unverzichtbare Partner.

Antrag A064-Ä001

Änderungsantrag zu A064

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 688 - 693

688 ~~**Die Verbindung zu unserem Nachbarkontinent Afrika muss strategisch ausgebaut werden.**~~**Wir intensivieren die Verbindungen zu neuen strategischen Partnern.** ~~Wir bilden Partnerschaften mit den afrikanischen~~
690 ~~Ländern und unterstützen so den Weg zu wirtschaftlicher, gesellschaftlicher~~
691 ~~und nachhaltiger Entwicklung. Wir begegnen ihnen~~Dabei soll insbesondere die Beziehung zur Republik Indien, aber auch zu den Demokratien in Südamerika gestärkt werden. Unser Ziel ist ein verstärkter Austausch von Know-how, Technologien und Innovationen, um nachhaltiges, gegenseitiges Wachstum und Wohlstand auf Augenhöhe ~~und~~
692 ~~stellen klare Erwartungen an die Zusammenarbeit~~zu fördern. Wir wollen ~~die~~
693 zudem die
Afrikanische Union und andere regionale Zusammenschlüsse stärken, damit

Antrag A064-Ä002

Änderungsantrag zu A064

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 689

689 **ausgebaut werden.** Wir bilden im Rahmen der EU Partnerschaften mit den afrikanischen

Begründung

Die deutsche Afrikapolitik sollte im EU-Rahmen erfolgen, um gemeinsam mit den europäischen Partnern und den EU-Institutionen vor Ort eine größere Wirkung erreichen zu können.

Antrag A064-Ä003

Änderungsantrag zu A064

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 692

692 stellen klare Erwartungen an die Zusammenarbeit. Wir lassen nicht zu, dass an der europäischen Südflanke auf dem afrikanischen Kontinent mittel- bis langfristig eine Einflusszone systemischer

Konkurrenten entsteht. Wir wollen die

Begründung

Das Scheitern der EU-Afrika-Strategie und der Sahelstrategie sind ein warnendes Beispiel für unzureichendes sicherheitspolitisches Handeln. Die EU darf trotz des Scheiterns dieser Strategien nicht zulassen, dass an ihrer Südflanke auf dem afrikanischen Kontinent mittel- bis langfristig eine Einflusszone systemischer Konkurrenten entsteht. Als besonders kritisch sehen wir in der Sahelzone das Handeln Russlands und die negativen Entwicklungen in Mali, Niger und Burkina Faso. Die Folgen wären unübersehbar. Deshalb gilt es, unser Engagement in Afrika schnellstmöglich neu aufzustellen.

Antrag A064-Ä004

Änderungsantrag zu A064

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zeile 692

692 stellen klare Erwartungen an die Zusammenarbeit. Wir anerkennen unsere Mitverantwortung für die fortwirkenden Folgen des Kolonialismus und verurteilen alle Arten des Rassismus. Wir wollen die

Antrag A065: Zeile 698 - 707: Wir setzen uns für den Schutz universeller Menschenrechte ein

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 698 - 707 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

698 **Wir setzen uns für den Schutz universeller Menschenrechte ein.** Die
699 Universalität, Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte ist
700 für unser Handeln unverrückbares Fundament. Wir lehnen jede Form der
701 kulturellen, historischen oder sonstigen Relativierung dieser Rechte ab. Wir
702 setzen uns für eine effektive und nicht nur symbolische Verteidigung der
703 Menschenrechte ein. Wir machen uns für den Schutz von
704 Menschenrechtsverteidigern, ethnischen Minderheiten und marginalisierten
705 Gruppen, für das Recht auf Religionsfreiheit und den Schutz religiöser
706 Minderheiten stark. ~~Die Lage der verfolgten~~Der Schutz verfolgter Christen ist uns dabei ein
707 besonderes Anliegen.

Antrag A065-Ä001

Änderungsantrag zu A065

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 701 - 702

701 kulturellen, historischen oder sonstigen Relativierung dieser Rechte ab. ~~Wir~~
702 Eine durch religiöse oder politische Auffassungen begründete Einschränkung der Rechte von Frauen akzeptieren wir in keinem Fall. Wir
setzen uns für eine effektive und nicht nur symbolische Verteidigung der

Antrag A065-Ä002

Änderungsantrag zu A065

Antragsteller/in:	KV Steinburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A055

Zeile 701 - 702

701 kulturellen, historischen oder sonstigen Relativierung dieser Rechte ab. ~~Wir~~
702 **Der Schutz von Frauen, die von religiöser Verfolgung oder körperlicher Verstümmelung bedroht sind, ist uns dabei ein besonders wichtiges Anliegen.**
Wir setzen uns für eine effektive und nicht nur symbolische Verteidigung der

Begründung

Es sind Frauen, die unter religiös oder kulturell bedingten Menschenrechtskonflikten in aller Regel besonders zu leiden haben. Das zeigt sich im Inland, wo es immer noch viel zu oft zu Verfolgung von Frauen bis hin zum sogenannten "Ehrenmord" im Namen von Religion und Familienehre kommt. Mädchen und Frauen wird die Integration vielfach erschwert, weil in bestimmten Gruppen archaische Familienstrukturen weitergeführt werden und die offene Gesellschaft in Deutschland nur bedingt akzeptiert wird. Der besondere Schutzbedarf von Frauen zeigt sich auch außerhalb Deutschlands vor allem dort, wo Frauen systematisch aus Politik und Gesellschaft ferngehalten werden oder sogar grausame Rituale wie die Beschneidung von Frauen noch erfolgen. Deswegen muss es ein Anliegen der CDU sein, Frauen in besonderem Maße Schutz angedeihen zu lassen.

Antrag A065-Ä003

Änderungsantrag zu A065

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 706

706 Minderheiten stark. ~~Die Lage der verfolgten~~Der Schutz verfolgter Christen ist uns dabei ein

Begründung

„Schutz“ ist die präzisere Formulierung zu dem, was der Satz inhaltlich aussagen soll.

Antrag A065-Ä004

Änderungsantrag zu A065

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 706 - 707

706 Minderheiten stark. Die ~~Lage der verfolgten Christen~~Bekämpfung von Christenverfolgung ist uns dabei ein
707 besonderes Anliegen und eine Richtschnur unseres außenpolitischen Handelns.

Begründung

Angesichts von über 200 Millionen verfolgten Christen weltweit muss der Kampf für Glaubens- und Gewissensfreiheit neuen Stellenwert für christdemokratische Außenpolitik gewinnen. Daher beantragen wir hier eine deutlichere Formulierung.

Antrag A066: Zeile 708 - 721: Die Wahrung des Völkerrechts und der Schutz der multilateralen Ordnung sind für uns unverhandelbar

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 710 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 711 - 713 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 714 - 719 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 720 - 721 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

708 **Die Wahrung des Völkerrechts und der Schutz der multilateralen**
709 **Ordnung sind für uns unverhandelbar.** Wir stehen ohne Wenn und Aber zu
710 unseren Partnern, auch im Krisenfall. ~~Ein~~So kann ein Russland, das einen
711 verbrecherischen Angriffskrieg führt und die europäische Friedensordnung
712 sowie die Integrität souveräner Nationen gewaltsam infrage stellt, ~~kann~~ kein
713 Partner sein. Vielmehr muss der verbrecherische Angriffskrieg mit aller Konsequenz gerichtlich geahndet werden. Wir hoffen, dass ein anderes Russland eines Tages als
714 kalkulierbarer politischer und wirtschaftlicher Partner zurückgewonnen
715 werden kann. Dafür muss Russland vor allem das Existenzrecht seiner
716 Nachbarstaaten uneingeschränkt akzeptieren und auch so handeln. Bis dahin kann

europäische
717 Sicherheit nur gegen Russland organisiert werden. Die Ukraine, die Opfer
718 dieses Angriffskrieges ist, muss beim Kampf für ihre Freiheit und territoriale
719 Integrität ~~weiterhin~~ die umfassende Unterstützung Deutschlands und der
720 freien Demokratien des Westens haben. Das gilt auch auf ihrem Weg zur
721 Mitgliedschaft in der EU und der NATO. Wir machen uns für wirkungsvolle Instrumente zur Durchsetzung des Völkerrechts stark.

Antrag A066-Ä001

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	BezV Niederrhein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 709

709 **Ordnung sind für uns unverhandelbar.**

710 **Dazu gehört die gerichtliche Ahndung des Verbrechens des Angriffskrieges. Der Internationale Strafgerichtshof muss die Befugnis erhalten, künftig auch über das Verbrechen des Angriffskrieges zu urteilen. In der Zwischenzeit müssen die Urheber des russischen Angriffskrieges von einem völkerrechtlichen Sondertribunal zur Verantwortung gezogen werden.**Wir stehen ohne Wenn und Aber zu

Begründung

Wenn der Abschnitt mit dem Völkerrecht beginnt, sollten wir nicht sogleich zu allgemein politischen Ausführungen übergehen, sondern die eklatante Lücken adressieren, die bislang im Völkerstrafrecht klafft. Putin und die weiteren Verursacher des russischen Angriffskrieges werden bislang von keiner internationalen Strafgerichtsbarkeit erfasst. Wir sollten uns klar zum Ziel bekennen, diese Lücke alsbald zu schliessen. Langfristig muss dies über den Internationalen Strafgerichtshofes gelöst werden. Da dies aber wohl erst in Jahrzehnten zu verwirklichen sein wird, brauchen wir aktuell ein internationales Sondergericht, um die dauerhafte Straffreiheit der russischen Führungsspitze zu verhindern.

Antrag A066-Ä002

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 709

709 **Ordnung sind für uns unverhandelbar.** Wir stehen ~~ohne Wenn und Aber~~ zu

Antrag A066-Ä003

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 710

710 unseren Partnern, auch im Krisenfall. ~~Ein~~Zum Beispiel ein Russland, das einen

Begründung

Ergänzung zwecks Klarstellung.

Antrag A066-Ä004

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	KV Dortmund
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 710 - 712

710 unseren Partnern, auch im Krisenfall. ~~Ein~~So kann ein Russland, das einen
711 verbrecherischen Angriffskrieg führt und die europäische Friedensordnung
712 sowie die Integrität souveräner Nationen gewaltsam infrage stellt, ~~kann~~ kein

Begründung

Russland ist aktuell das Beispiel einer Nation, die einen verbrecherischen Angriffskrieg führt. Das in die Zukunft gerichtete Grundsatzprogramm sollte jedoch mit Blick auf eben jene Zukunft auch Staaten, die künftig verbrecherische Angriffskrieg beginnen, nicht als Partner sehen und miteinschließen.

Antrag A066-Ä005

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	Senioren Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 710

710 unseren Partnern, auch im Krisenfall. ~~Ein Russland~~Jedes Land, das einen

Antrag A066-Ä006

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 714 - 715

714 kalkulierbarer politischer und wirtschaftlicher Partner ~~zurückgewonnen~~
715 ~~werden kann~~
zurückkehrt. Dafür muss Russland vor allem das Existenzrecht seiner

Begründung

Die Frage, ob Russland eines Tages wieder Partner sein kann, entscheidet Russland selbst. Daher ist eine Formulierung im Aktiv präziser.

Antrag A066-Ä007

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 716

716 Nachbarstaaten uneingeschränkt akzeptieren und auch so handeln. Bis dahin kann europäische

Begründung

Mit der Ergänzung „und auch so handeln“ wird deutlich das das nicht nur theoretisch und auf dem Papier, sondern auch praktisch erwarten.

Antrag A066-Ä008

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 716 - 717

716 Nachbarstaaten uneingeschränkt akzeptieren. Bis dahin kann europäische
717 Sicherheit nur gegen Russland organisiert werden. Unser Ziel bleibt aber eine gesamteuropäische Friedensordnung. Die Ukraine, die Opfer

Begründung

In eine gesamteuropäische Friedensordnung ist Russland einzubeziehen.

Antrag A066-Ä009

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 716

716 Nachbarstaaten uneingeschränkt akzeptieren und für verursachte Schäden durch Verletzung

dieses Existenzrechts einstehen. Bis dahin kann europäische

Antrag A066-Ä010

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 716 - 717

716 Nachbarstaaten uneingeschränkt akzeptieren. ~~Bis dahin kann europäische~~
717 ~~Sicherheit nur gegen Russland organisiert werden~~Unser Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung. Die Ukraine, die Opfer

Antrag A066-Ä011

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	KV Boerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 717 - 721

717 Sicherheit nur gegen Russland organisiert werden. ~~Die Ukraine, die Opfer~~
718 ~~dieses Angriffskrieges ist, muss beim Kampf für ihre Freiheit und territoriale~~
719 ~~Integrität weiterhin die umfassende Unterstützung Deutschlands und der~~
720 ~~freien Demokratien des Westens haben. Das gilt auch auf ihrem Weg zur~~
721 ~~Mitgliedschaft in der EU und der NATO.~~

Begründung

Das Grundsatzprogramm der CDU ist für uns die Richtschnur für die nächsten 10 bis 15 Jahre.

Der furchtbare, russische Angriffskrieg in der Ukraine hat aus unserer Sicht nichts mit den Grundsätzen einer christlich-demokratischen Partei, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, in Deutschland zu tun.

An anderer Stelle des Grundsatzprogramms werden die Grundsätze der allgemeinen internationalen Zusammenarbeit beschrieben, die wir für gelungen, aber auch für ausreichend halten.

Wir wollen uns nicht festlegen, welche Ziele wir in diesem Konflikt verfolgen, zumal die weitere Entwicklung des Krieges nicht absehbar ist. Auch das zukünftige, nicht vorhersehbare Handeln einzelner Protagonisten kann dazu führen, dass wir diesen Passus im Nachhinein bitter bereuen.

Des Weiteren weisen wir darauf hin, dass es in den Bundesländern sehr unterschiedliche Auffassungen zu diesem Thema gibt. Eine gewisse Rücksichtnahme gerade im Hinblick auf die anstehenden Wahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg erscheint uns auch taktisch sinnvoll. Der Krieg und die Positionierung einzelner Parteien dazu beeinflussen die Stimmung und damit das zu erwartende Wahlverhalten. Als christdemokratische Partei sollten wir uns für Friedensverhandlungen einsetzen.

Auch der Umgang mit EU-Beitrittskandidaten wird an anderer Stelle des Parteiprogramms grundsätzlich behandelt. Deshalb erscheint es uns auch nicht sinnvoll, die Ukraine an dieser Stelle explizit zu erwähnen und damit Erwartungen zu wecken, die wir später vielleicht gar nicht mehr erfüllen wollen. Was wäre, wenn eine Bedingung für die Beendigung der kriegerischen Handlungen die Beibehaltung des Status quo (keine Mitgliedschaft in der EU und der NATO) wäre?

Die bedingungslose Unterstützung der Ukraine können und wollen wir nicht im Grundsatzprogramm formulieren. Das ist der falsche Ort. Unsere derzeitige Position in dem Konflikt ist eine Momentaufnahme, die sich aus den aktuellen Umständen ergibt. Wir wollen ein Grundsatzprogramm, das auch inhaltlich langfristig Bestand hat. Die Entwicklung dieses Konfliktes und der beteiligten Parteien können wir nicht beeinflussen. Wir sollten uns hier die notwendige Flexibilität für die Zukunft bewahren.

Antrag A066-Ä012

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 719

719 Integrität ~~weiterhin~~ die umfassende Unterstützung Deutschlands und der

Antrag A066-Ä013

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 719

719 Integrität ~~weiterhin~~ die umfassende und notwendige Unterstützung Deutschlands und der

Antrag A066-Ä014

Änderungsantrag zu A066

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 721

721 Mitgliedschaft in der EU und der NATO. Wir machen uns dabei für wirkungsvolle Instrumente zur Durchsetzung des Völkerrechts stark. Dies gilt gegenüber Staaten, ihren Institutionen und den persönlich für Völkerrechtsverletzungen Verantwortlichen.

Begründung

Der Abschnitt heißt „Die Wahrung des Völkerrechts“. Dann sollte die Durchsetzung des Völkerrechts

dort auch vorkommen.

Antrag A067: Zeile 722 - 726: Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 722 - 726 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

722 **Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.** Israels Existenzrecht und
723 die Sicherheit der israelischen Bürgerinnen und Bürger sind für uns nicht
724 verhandelbar. Israel hat ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt
725 zu leben. Für die Sicherheit Israels und eine Entwicklung hin zur Zweistaatenlösung zu sorgen, bedeutet auch, sich für die
726 Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens einzusetzen.

Antrag A067-Ä001

Änderungsantrag zu A067

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A067-Ä005

Zeile 725

725 zu leben. Für die Sicherheit Israels und eine Entwicklung hin zur Zweistaatenlösung zu sorgen, bedeutet auch, sich für die

Antrag A067-Ä002

Änderungsantrag zu A067

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 725

725 zu leben. Gegenüber Iran als existenzielle Gefahr für Israel braucht es eine entschiedene Herangehensweise. Unsere diplomatische Strategie zielt darauf ab, nicht nur die Sicherheit in der Region zu stabilisieren, sondern auch darauf, das iranische Regime sowie Akteure in seiner Einflusssphäre zur Verantwortung zu ziehen. Für die Sicherheit Israels zu sorgen, bedeutet auch, sich für die

Antrag A067-Ä003

Änderungsantrag zu A067

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 726

726 Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens einzusetzen.

Die Arbeit des Goethe-Institutes wird von uns unterstützt und soll weiter ausgebaut werden. Gleiches gilt für schulische und universitäre Austauschprogramme (z.B. des Deutsche Akademische Austauschdienstes (DAAD).

Begründung

Die aktuelle Bundesregierung beabsichtigte Mittel beim Goethe-Institut und beim Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) zu streichen und beabsichtigt weiterhin Goethe-Institute zu schließen. Das Gegenteil ist erforderlich, wenn wir die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland fördern, den kulturellen Austausch weiter pflegen und ein umfassendes Deutschlandbild international vermitteln wollen.

Antrag A067-Ä004

Änderungsantrag zu A067

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 726

726 Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens einzusetzen. Es ist sicherzustellen, dass Hilfsgelder nicht zur Unterstützung von Terror gegen Israel missbraucht werden.

Begründung

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel

Antrag A067-Ä005

Änderungsantrag zu A067

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission A067-Ä001

Zeile 726

726 Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens einzusetzen. Dazu gehört auch ein existenzfähiger

palästinensischer Staat.

Begründung

Diese Formulierung entspricht dem letzten Grundsatzprogramm (S. 108). Eine Zwei-Staaten-Lösung - Israel in sicheren Grenzen, ein palästi9nensischer Staat in sicheren Grenzen, friedlich nebeneinander, muss das Ziel bleiben.

Antrag A067-Ä006

Änderungsantrag zu A067

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 726

726 Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens einzusetzen sowie sich zu verteidigen.

Antrag A067-Ä007

Änderungsantrag zu A067

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 726

726 Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens einzusetzen. Dazu gehört ferner die Unterstützung Israels bei der Ausübung seines naturgegebenen Rechts auf Selbstverteidigung, das in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen anerkannt ist.

Antrag A068: Zeile 727 - 746: Wir wollen eine starke, verteidigungs- und kampffähige Bundeswehr

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 728 - 734 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 735 - 746 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

727 **Wir stehen zur Bundeswehr**

728 **Wir wollen eine starke, verteidigungs- und kampffähige Bundeswehr.**
729 Deutschland muss sich den Realitäten der veränderten Weltlage stellen und
730 dabei auch seiner Führungsverantwortung gerecht werden. Dafür müssen
731 wir wieder in der Lage sein, das eigene Land, die Partner in der EU und das
732 NATO-Bündnis gemeinsam mit unseren Partnern zu verteidigen. Wir

brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte und eine gut ausgebildete Reserve. Die Jahrzehnte der Friedensdividende sind vorbei.

Die Bundeswehr muss grundlegend reformiert werden. Die militärischen und zivilen Strukturen müssen neu aufgestellt und auf den militärischen Zweck und Nutzen fokussiert werden. Personell und materiell muss die Bundeswehr deutlich gestärkt werden. Das Beschaffungswesen und die rüstungsindustrielle Basis müssen neu und strategisch ausgerichtet werden. Ziel muss sein, die gravierenden Fähigkeitslücken auf hohem technologischem Niveau und wo immer möglich mit gemeinsamen europäischen Rüstungsprojekten innerhalb von maximal zehn Jahren zu schließen. Deutschland muss wieder zu einem attraktiven Partner für gemeinsame europäische Rüstungsprojekte werden, indem es gemeinsame Regelungen für den Export solcher Rüstungsgüter ermöglicht. Eine wirkliche Zeitenwende braucht mehr als nur ein einmaliges, zeitlich begrenztes Sondervermögen. Zur Finanzierung des Umbaus des Systems Bundeswehr und kampffähiger Streitkräfte wollen wir den EU- und NATO-Verpflichtungen umfassend entsprechen.

Antrag A068-Ä001

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 727

~~**Wir stehen zur**~~**Die Bundeswehr ist Grundlage für unsere Freiheit und Sicherheit.**

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung ist sehr defensiv. Die Bundeswehr ist hingegen elementarer Bestandteil unserer Freiheit, dies sollte entsprechend zum Ausdruck kommen.

Antrag A068-Ä002

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 728 - 734

Wir wollen eine starke, ~~verteidigungs- und kampffähige~~verteidigungsfähige Bundeswehr. Deutschland muss sich den Realitäten der ~~veränderten~~jeweiligen Weltlage stellen~~ und dabei auch seiner Führungsverantwortung gerecht werden. Dafür~~. Wir müssen unsere Bundeswehr so ertüchtigen, dass wir wieder in der Lage ~~sein, das eigene Land, die Partner~~

~~in der EU und das~~
732 ~~NATO-Bündnis gemeinsam mit unseren Partnern zu verteidigen. Wir~~
733 ~~brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte. Die~~
734 ~~Jahrzehnte der Friedensdividende~~ sind ~~vorbei.~~ , das eigene Land, die Partner in der EU und das NATO-Bündnis gemeinsam mit unseren Partnern zu verteidigen. Dafür brauchen wir modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte. Parallel zu einer angemessenen Erhöhung unserer Wehrfähigkeit werden wir (ähnlich wie beim NATO-Doppelbeschluss von 1979) unsere nicht-militärischen Anstrengungen für Frieden und Nachhaltigkeit in der Welt intensivieren (*peace building*). Wir setzen uns für die Wiederaufnahme globaler Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen auf Augenhöhe ein.

Begründung

Deutschland ist ein friedliches, aber wehrhaftes Land.

Antrag A068-Ä003

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 730 - 732

730 dabei auch seiner Führungsverantwortung gerecht werden. Aufgrund der Bevölkerungszahl, des ökonomischen Gewichts und nicht zuletzt aufgrund der geographischen Zentrallage in Europa kann sich Deutschland - auch im Interesse der europäischen Nachbarn - nicht auf eine Zuschauerrolle beschränken. Dafür müssen
731 wir wieder in der Lage sein, das eigene Land, die Partner in der EU und das
732 NATO-Bündnis gemeinsam mit unseren Partnern zu verteidigen. Wir

Antrag A068-Ä004

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 731 - 733

731 wir ~~wieder~~kurzfristig in der Lage sein, das eigene Land, die Partner in der EU und das
732 NATO-Bündnis gemeinsam mit unseren Partnern zu verteidigen. Wir
733 brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte.
Die

Antrag A068-Ä005

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 732 - 733

732 NATO-Bündnis gemeinsam mit unseren Partnern zu verteidigen. ~~Wir~~
733 Bei einer sich weiter verschärfenden Bedrohungslage darf auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht kein Tabu sein. Wir brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte. Die

Begründung

Die Wehrpflicht ist ein geeignetes Instrument, bei einer sich verschärfenden Bedrohungslage Aggressoren abzuschrecken und die Wehrfähigkeit Deutschlands zu erhöhen.

Antrag A068-Ä006

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 732 - 733

732 NATO-Bündnis gemeinsam mit unseren Partnern zu verteidigen. ~~Wir~~
733 Zugleich muss die Bundeswehr in der Lage sein, zum Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung auch überall dort beitragen zu können, wo dies zur Verteidigung unserer geostrategischen Interessen erforderlich ist sowie unsere Verbündeten und Partner stärkt. Wir brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte. Die

Antrag A068-Ä007

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 732 - 733

732 NATO-Bündnis gemeinsam mit unseren Partnern zu verteidigen. ~~Wir~~
733 Zugleich muss die Bundeswehr in der Lage sein, zum Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung auch überall dort beitragen zu können, wo dies zur Verteidigung unserer geostrategischen Interessen erforderlich ist sowie unsere Verbündeten und Partner stärkt. Wir brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte. Die

Begründung

Neben der Landes- und Bündnisverteidigung bleibt das internationale Krisenmanagement eine wichtige Aufgabe für die Bundeswehr, beispielsweise zum Schutz der internationalen Seewege.

Antrag A068-Ä008

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Lueneburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 733 - 734

733 brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte.
Die
734 Jahrzehnte der Friedensdividende sind vorbei. Das Heer muss mit zusätzlichen modernsten Kampfpanzern (Leopard 2 A7V Schützenpanzern (Puma) und Flugabwehrkanonenpanzer (Skyranger) und Artilleriegeschützen ausgerüstet werden. Die Bundeswehr muss unter Berücksichtigung ihrer Personalstärke für die Landes- und Bündnisverteidigung zur Vollausstattung zurückkehren. Langfristig ist darauf hinzuwirken, dass im Verbund mit anderen NATO-Partnern eine gemeinsame Fahrzeugplattform geschaffen wird, um bei der Produktion Synergieeffekte zu erreichen.

Begründung

Wenn es sich auch um ein Grundsatzprogramm handelt, muss hier konkret ausgeführt werden, was wir benötigen. Die bisherigen kryptischen Formulierungen im Programmentwurf mögen für Sachkundige verständlich sein, sie sind auch richtig, aber eben nicht konkret genug. Hier muss mal deutlich „Butter bei die Fische“ .... Es muss deutlich werden, dass die Einführung des „dynamischen Verfügbarkeitsmangements“ falsch war und die Verteidigungsfähigkeit nicht nur beeinträchtigt hat.

Antrag A068-Ä009

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 733

733 brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte~~.~~ und erfüllen das 2% Ziel der Nato.
Die

Begründung

Das 2% Ziel sollte hier zwingend mit aufgenommen werden.

Antrag A068-Ä010

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 733

733 brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte. Wir werden die Aussetzung der Wehrpflicht schrittweise zurücknehmen und eine Wehrpflicht für alle einführen. Die

Antrag A068-Ä011

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 733 - 734

733 brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte. ~~Die~~
734 ~~Jahrzehnte der Friedensdividende sind vorbei.~~

Begründung

Der Satz hat keinen inhaltlichen Mehrwert.

Antrag A068-Ä012

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 733

733 brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke~~,~~ und durchhaltefähige Streitkräfte. Die

Begründung

Redaktionell

Antrag A068-Ä013

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	LV Oldenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 733

733 brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte und erfüllen das 2% Ziel der Nato. Die

Begründung

Das 2% Ziel sollte hier zwingend mit aufgenommen werden.

Der Antrag wird gemeinsam gestellt und gestützt vom:

- CDU Landesverband Oldenburg
- CDU Kreisverband Vechta

Antrag A068-Ä014

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 733

733 brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte und die dafür benötigte Logistik. Die

Begründung

Zur Verdeutlichung und Ergänzung.

Antrag A068-Ä015

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Herzogtum Lauenburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 733

733 brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte. Dazu gehört auch eine starke und gut ausgebildete Reserve. Die

Antrag A068-Ä016

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 734

734 Jahrzehnte der Friedensdividende sind vorbei. Die Bundesrepublik stellt Streitkräfte zur Landes- und Bündnisverteidigung auf - dieses muss die Kernkompetenz der Bundeswehr sein. Gleichzeitig ist es notwendig, auch weiterhin Fähigkeiten für das internationale Krisenmanagement vorzuhalten. Beide Kompetenzen müssen parallel bestehen und ausgebaut werden.

Antrag A068-Ä017

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 735 - 742

735 **Die Bundeswehr muss grundlegend reformiert werden.**~~Die militärischen~~
736 Auf Dauer muss die Bundeswehr als wesentlicher Teil in eine europäische Verteidigungsarmee integriert werden. Das ist die konsequente Entwicklung unserer geschichtlichen und geografischen Situation. Die militärischen
und zivilen Strukturen müssen neu aufgestellt und auf den ~~militärischen~~
737 gemeinsamen europäischen militärischen
Zweck und Nutzen fokussiert werden. Personell und materiell muss die
738 Bundeswehr deutlich gestärkt werden. Das Beschaffungswesen und die
739 rüstungsindustrielle Basis müssen neu und strategisch ausgerichtet werden.
740 Ziel muss sein, die gravierenden Fähigkeitslücken auf hohem
741 technologischem Niveau und wo immer möglich mit gemeinsamen
742 europäischen Rüstungsprojekten ~~innerhalb von zehn Jahren~~auch in Zusammenarbeit mit der European Defence Agency (EDA) so schnell wie möglich zu schließen.

Antrag A068-Ä018

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 735 - 737

735 **Die Bundeswehr muss grundlegend reformiert werden.**~~Die militärischen~~
736 ~~und zivilen Strukturen müssen neu aufgestellt und auf den militärischen~~
737 ~~Zweck und Nutzen fokussiert werden~~Eine schlagkräftige Bundeswehr erfordert ein leistungsfähiges, stringent organisiertes Ministerium, eine auf Erfordernisse der Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtete Struktur des nachgeordneten Bereichs unter größtmöglicher Straffung von Stäben und Dienststellen sowie die Wahrnehmung ziviler Aufgaben durch die zivile Wehrverwaltung. Personell und materiell muss die

Begründung

Der Vorschlag des Bundesvorstands zu Strukturreformen bleibt zu vage und könnte angesichts der derzeit laufenden Umorganisation des BMVg bzw. der laufenden Prüfungen der Projektgruppe "Struktur Bundeswehr" im Grunde bald überholt sein. Zugleich ist bereits erkennbar, dass die geplanten Änderungen nicht weit genug gehen. Daher sollte eine genauere Formulierung gefunden werden.

Antrag A068-Ä019

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 736 - 737

736 und zivilen Strukturen müssen neu aufgestellt ~~und auf den militärischen~~
737 , angepasst, umgebaut und auf den militärischen
Zweck und Nutzen fokussiert werden. Personell und materiell muss die

Antrag A068-Ä020

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 737 - 738

737 Zweck und Nutzen fokussiert werden. Personell und materiell ~~muss die~~
738 wird die
Bundeswehr deutlich gestärkt werden. Das Beschaffungswesen und die

Begründung

Mit dem Wort wird statt muss erreichen wir eine deutliche Stärkung der Aussage.

Antrag A068-Ä021

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 738

738 Bundeswehr deutlich gestärkt werden. Die Aussetzung der Wehrpflicht muss überdacht werden.
Das Beschaffungswesen und die

Begründung

Seit Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 hat sich die Sicherheitslage massiv verändert – siehe Zeile 729 ff.. Eine Einbeziehung von mehr Menschen in die Bundeswehr hilft bei der Personalrekrutierung und führt zur Erhöhung der Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung.

Antrag A068-Ä022

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 738

738 Bundeswehr deutlich gestärkt werden. Die jederzeitige Personalverstärkung aus der Reserve muss vereinfacht werden. Das Beschaffungswesen und die

Antrag A068-Ä023

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 738

738 Bundeswehr deutlich gestärkt werden. Es ist erforderlich, die Aussetzung der Wehrpflicht aufzuheben und sie auf Frauen auszudehnen. Wir streben ein Modell an, in dem alle jungen Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit gemustert werden und die Geeignetsten ein Angebot für den Dienst in der Bundeswehr erhalten. Zusätzlich soll eine allgemeine Dienstpflicht auch für Menschen ohne deutschen Pass eingeführt werden, um im Ernstfall für die Verteidigung Deutschlands gewappnet zu sein. Alle, die in Deutschland leben, sind verpflichtet, zur Verteidigung beizutragen, sei es innerhalb der Streitkräfte, zum Schutz der Zivilbevölkerung oder zur Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen wie Zivil- und Katastrophenschutz, Gesundheitswesen, Transport, Stromversorgung oder Kinderbetreuung. (Schwedisches Modell). Das Beschaffungswesen und die

Begründung

Spätestens seit 2014, mit der Annexion der Krim und dem Abschuss eines malaysischen Flugzeugs über von Russland besetztem Gebiet in der Ukraine, bei dem 298 junge Menschen, hauptsächlich Niederländer, ums Leben kamen, hat sich die Bedrohungslage für Europa in existenzieller Weise verändert und verschärft. Das gilt besonders nach dem Totalangriff Russlands auf die Ukraine 2022. Dies erfordert drastische Maßnahmen, um die Verteidigungsfähigkeit des Kontinents und unseres Landes wiederherzustellen. Neben Waffen und Munition sind einsatzfähige Soldaten und Soldatinnen sowie gut ausgebildete Kräfte im Zivil- und Katastrophenschutz erforderlich. Die Wehrpflicht wurde einst ausgesetzt, da nach dem Ende des Kalten Krieges keine unmittelbare Bedrohung mehr wahrgenommen wurde. Die reale Lage hat sich seither grundlegend geändert, wenn sie denn jemals Bestand hatte.

Antrag A068-Ä024

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 739

739 rüstungsindustrielle Basis müssen unter stärkerer Berücksichtigung der nationalen Wehrindustrie neu und strategisch ausgerichtet werden.

Antrag A068-Ä025

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Diepholz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 739 - 740

739 rüstungsindustrielle Basis müssen neu und strategisch ausgerichtet werden.
740 Dazu ist das Beschaffungswesen aus dem Vergaberecht der EU herauszulösen und als rein nationale Rechtsnorm aufzustellen.
Ziel muss sein, die gravierenden Fähigkeitslücken auf hohem

Begründung

Deutschland wird die Anstrengung der Wehrertüchtigung nicht schaffen, wenn das Vergaberecht für Rüstungsbeschaffungen in dem EU-Ungetüm mit den starren, langwierigen und komplizierten Vergaberegeln verhaftet bleibt. Schnelle, unbürokratische Vergaberegeln sind unerlässlich, auch um der Rüstungsindustrie Planungssicherheit für neue Entwicklungen zu sichern, die ansonsten über Jahre kompliziert und starr eine Planungsunsicherheit unterliegen und neue Entwicklung verhindern. Aussichtsreiche und effektive Verteidigungswaffen blieben möglicherweise unrealisiert in den Schubladen oder müssten teuer aus anderen Ländern dazugekauft werden. Firmen, wie Rheinmetall und Krauss-Maffei benötigen schnellere Absicherungen über Finanzierungszusagen, ohne langwierig die EU-Vergabeverfahren abzuwarten, die zudem Sicherheitsaspekte verletzen könnte, da die Leistungsbeschreibungen für alle sichtbar in den EU-Ausschreibungsorganen lesbar sind.

Antrag A068-Ä026

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 740

740 Ziel muss sein, die ~~gravier~~bestehenden Fähigkeitslücken auf hohem

Antrag A068-Ä027

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 742

742 europäischen Rüstungsprojekten innerhalb von maximal zehn Jahren zu schließen.

Begründung

Die Bedrohung Deutschlands und anderer Staaten der Europäischen Union ist sehr real. Wir sollten unsere Streitkräfte so schnell wie möglich modernisieren. Der Zeitraum von 10 Jahren kann daher nur die maximale Dauer sein.

Antrag A068-Ä028

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 735 - 746 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Zeile 742 - 743

742 europäischen Rüstungsprojekten innerhalb von zehn Jahren zu schließen.
743 Deutschland muss wieder zu einem attraktiven Partner für gemeinsame europäische Rüstungsprojekte werden, indem es gemeinsame Regelungen für den Export solcher Rüstungsgüter ermöglicht. Eine wirkliche Zeitenwende braucht mehr als nur ein einmaliges, zeitlich

Begründung

Ein Viertel des US-Budgets geben die Europäer für Verteidigung aus, aber erhalten dafür nicht annähernd ein Viertel der Kampfkraft. Dies ist Ressourcenverschwendung, die nur über gemeinsame Rüstungsprojekte behoben werden kann.

Antrag A068-Ä029

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 742

742 europäischen Rüstungsprojekten ~~innerhalb von zehn Jahren~~schnellstmöglich zu schließen.

Antrag A068-Ä030

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 742 - 743

742 europäischen Rüstungsprojekten innerhalb von zehn Jahren zu schließen.
743 Neben der Beschaffung von Waffensystemen gehört zur Schließung von Fähigkeitslücken auch eine weiterentwickelte Doktrin, Organisation, Training, Material, Führung und Bildung, Personal

und Infrastruktur.
Eine wirkliche Zeitenwende braucht mehr als nur ein einmaliges, zeitlich

Begründung

Mit Rüstungsprojekten alleine lassen sich keine Fähigkeitslücken schließen.

Antrag A068-Ä031

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 742 - 745

742 europäischen Rüstungsprojekten innerhalb von zehn Jahren zu schließen.
743 ~~Eine wirkliche Zeitenwende braucht mehr als nur ein einmaliges, zeitlich~~
744 ~~begrenztes~~Wir setzen uns für einen auskömmlich gestalteten Einzelplan des BMVg ein. Sofern es zur Wahrung der nationalen Sicherheit und Souveränität erforderlich ist, kann ein weiteres Sondervermögen aufgelegt werden, das auf die Realisierung genau definierter Großvorhaben gerichtet sein muss. Zur Finanzierung des Umbaus des Systems
745 Bundeswehr und kampffähiger Streitkräfte wollen wir den NATO-

Begründung

Die Ausführungen zum Sondervermögen bedürfen einer Konkretisierung.

Antrag A068-Ä032

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 745

745 Bundeswehr und kampffähiger Streitkräfte wollen wir den EU- und NATO-

Begründung

Nicht nur innerhalb der NATO, sondern auch innerhalb der EU sind die Mitgliedstaaten und Deutschland Verpflichtungen eingegangen, die umzusetzen sind. Dies sind: u.a. schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union; diese führt zu einer gemeinsamen Verteidigung, sobald der Europäische Rat dies einstimmig beschlossen hat (Art. 42 EUV); Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Art. 42, 46 EUV und Protokoll Nr. 10); Prioritäten für die Entwicklung der erforderlichen Fähigkeiten (EU Capability Development Plan).

Antrag A068-Ä033

Antragsteller/in:	Junge Union, LV Nordrhein-Westfalen, KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 746

746 Verpflichtungen umfassend entsprechen, insbesondere mindestens das 2%-Ziel jährlich erfüllen.

Antrag A068-Ä034

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 746

746 Verpflichtungen umfassend entsprechen.

Der Verteidigungsfall muss neu gedacht werden. Für den Fall des Ausbruchs eines Krieges gegen Deutschland oder seine Verbündeten hat der Staat umfassend vorzusorgen. Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Spannungs- und Verteidigungsfall reformieren, um eine entschlossene Reaktion auf eine Aggression von außen, auch gegen unsere Verbündeten, zu ermöglichen. Dazu werden wir auch die Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze reformieren, um das Land zügig in den Krisenmodus zu bringen, die Versorgung der Bundeswehr und den Zivilschutz in Zeiten des Krieges sicherzustellen und die erfolgreiche Verteidigung unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

Begründung

Deutschland ist kein Frontstaat der NATO mehr. Damit sind Verteidigungs- und Bündnisfall nicht mehr gleichgesetzt. Dies erfordert eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen, um die Handlungsfähigkeit der BRD in Krise und Krieg zu erhalten.

Antrag A068-Ä035

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Aachen-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 746

746 Verpflichtungen umfassend entsprechen **und insbesondere mindestens das 2%-Ziel jährlich erfüllen**.

Begründung

Die Absichtserklärung zu Umbau und Finanzierung der Bundeswehr ist gut und richtig. Im Zuge dessen sollte diese korrekt festgehalten werden in der notwendigen Klarstellung im Bekenntnis zum 2%-Ziel der NATO.

Antrag A068-Ä036

Änderungsantrag zu A068

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 746

746 Verpflichtungen umfassend entsprechen~~.~~, einschließlich der dauerhaften Bereitstellung von mindestens 2% vom BIP für die Verteidigung im Bundeshaushalt

Antrag A069: Zeile 747 - 762: Wir stehen zu den Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A099-Ä004, A099-Ä008
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 749 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

747 **Wir stehen zu den Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr.** Sie
748 dienen unserem Land. Als Staatsbürger in Uniform sind sie bereit, ihr Leben
749 für unsere Freiheit einzusetzen. Dafür gebührt ihnen ~~unser aller höchste~~ unsere allerhöchste
750 Anerkennung und ein sichtbarer Platz in der Mitte unserer Gesellschaft. Wir
751 unterstützen öffentliche Gelöbnisse, einen nationalen Ehrentag für die im
752 Dienst verwundeten oder gefallenen Soldatinnen und Soldaten und für
753 unsere Veteranen. Wir sind für eine regelmäßige Präsenz von Soldatinnen
754 und Soldaten im täglichen Leben und auch zur Nachwuchsgewinnung an
755 unseren Schulen. Wir wollen, dass herausragende militärische Leistungen
756 deutlich höhere Anerkennung erfahren. Die Soldatinnen und Soldaten
757 verdienen es, dass die Bundeswehr als Arbeitgeber auch materiell attraktive
758 Rahmenbedingungen bietet. Um den Personal- und Kompetenzbedarf der
759 Streitkräfte langfristig zu sichern, darf es auch nach der Aussetzung der
760 Wehrpflicht keine Denkverbote für die Zukunft geben. Das Konzept eines
761 verpflichtenden Gesellschaftsjahres soll auch den Streitkräften unseres
762 Landes zugutekommen.

Antrag A069-Ä001

Änderungsantrag zu A069

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 747

747 *Der Verteidigungsfall muss neu gedacht werden.* Für den Fall des Ausbruchs eines Krieges gegen Deutschland oder seine Verbündeten hat der Staat umfassend vorzusorgen. Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Spannungs- und Verteidigungsfall reformieren, um eine entschlossene Reaktion auf eine Aggression von außen, auch gegen unsere Verbündeten, zu ermöglichen. Dazu werden wir auch die Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze reformieren, um das Land zügig in den Krisenmodus zu bringen, die Versorgung der Bundeswehr und den Zivilschutz in Zeiten des Krieges sicherzustellen und die erfolgreiche Verteidigung unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

748 **Wir stehen zu den Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr.** Sie

Antrag A069-Ä002

Änderungsantrag zu A069

Antragsteller/in:	KV Diepholz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 758 - 761

758 Rahmenbedingungen bietet. Um den Personal- und Kompetenzbedarf der
759 Streitkräfte langfristig zu sichern, ~~darf es auch nach der~~wird die Aussetzung der
760 Wehrpflicht ~~keine Denkverbote für die Zukunft geben~~oder eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres für alle bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres aufgehoben. Die Wehrpflicht erstreckt sich auch auf Migranten. Das Konzept eines
761 verpflichtenden Gesellschaftsjahres soll auch den Streitkräften unseres

Begründung

Deutschland wird die Anstrengung der Wehrertüchtigung nicht schaffen, wenn die Wehrpflicht ausgesetzt bleibt. Daher ist eine Wiedereinführung geboten, die sich auch auf Personenkreise bezieht, die nicht oder noch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Der Vorteil ist eine Anhebung der Mannschaftsstärke der Bundeswehr und eine deutlich stärkere Integrationsleistung von Migranten, die bei der Bundeswehr eine Schule der deutschen Grundwerte und einen staatsbürgerlichen Unterricht durchläuft, der für diese Personengruppe sonst nicht erreicht würde.

Antrag A069-Ä003

Änderungsantrag zu A069

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 748

748 dienen unserem Land~~. Als Staatsbürger in Uniform sind sie~~ und sind bereit~~,~~ als Staatsbürger in Uniform ihr Leben

Begründung

Sprachliche Verbesserung.

Antrag A069-Ä004

Änderungsantrag zu A069

Antragsteller/in:	KV Lueneburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 758 - 762

758 Rahmenbedingungen bietet. ~~Um den Personal- und Kompetenzbedarf der~~
759 ~~Streitkräfte langfristig zu sichern, darf es auch nach der~~Die Aussetzung der
760 Wehrpflicht ~~keine Denkverbote für die Zukunft geben. Das Konzept~~ist aufzuheben, im Rahmen eines
761 ~~verpflichtenden Gesellschaftsjahres soll auch den Streitkräften unseres~~
762 ~~Landes zugutekommen~~Gesellschaftsdienstes ist den jungen Bürgern die Wahl zu ermöglichen, ob sie Wehrdienst oder einen anderen soziaalen Dienst für die Gesellschaft ableisten möchten.

Begründung

Die CDU sollte sich eindeutig positionieren. Die Forderung, es dürfe im Hinblick auf Personal und Kompetenzbedarf der Bundeswehr hinsichtlich der Wehrpflicht bzw. deren Aussetzung keine Denkverbote geben, mag zwar richtig sein, ist aber letztlich eine Worthülse. Die CDU muss sich klar zur Aufhebung der Aussetzung der Wehrpflicht artikulieren, damit die Mensch wissen, wo sie bei der CDU dran sind. Der Zusammenhang mit dem geforderten Gesellschaftsdienst (Zeile 1102) ist entsprechend herzustellen

Antrag A069-Ä005

Änderungsantrag zu A069

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 759 - 762

759 Streitkräfte langfristig zu sichern~~, darf es auch nach der Aussetzung der~~
760 unterstützen wir die Wiedereinführung einer allgemeinen und bei Bedarf kontigentierten Wehrpflicht ~~keine Denkverbote für die Zukunft geben. Das Konzept~~im Rahmen eines
761 ~~verpflichtenden Gesellschaftsjahres soll auch den Streitkräften unseres~~
762 ~~Landes zugutekommen~~Konzepts für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr.

Begründung

Angesichts der Bedrohungslage durch den russischen Imperialismus, muss die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr kurzfristig gestärkt werden. Dafür sollten wir uns im Grundsatz für eine allgemeine Wehrpflicht einsetzen, die nach den Bedürfnissen der Bundeswehr und Vorbildern in Skandinavien kontigentiert werden kann.

Antrag A069-Ä006

Änderungsantrag zu A069

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 759 - 762

759 Streitkräfte langfristig zu sichern, ~~darf es auch nach der Aussetzung der~~
760 sind zeitgemäße Modelle der Wehrpflicht ~~keine Denkverbote für die Zukunft geben. Das Konzept eines~~
761 ~~verpflichtenden Gesellschaftsjahres soll auch den Streitkräften unseres~~
762 ~~Landes zugutekommen~~zu entwickeln und einzuführen.

Begründung

Die Wehrpflicht auszusetzen war ein Fehler. Die reine Rekrutierung von Freiwilligen in Deutschland ist gescheitert, trotz der massiven Verkleinerung der Streitkräfte, erheblichen Verbesserungen bei Besoldung und Unterbringung sowie Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen kann der aktuelle Personalbedarf nicht einmal in Friedenszeiten gedeckt werden. Gleichzeitig wissen wir aus historischen und aktuellen Beispielen (Israel, Ukraine), dass die gelichmäßige Verpflichtung von Soldaten einen erheblichen Einfluss auf die Moral der Truppe hat. Auch aus Gesichtspunkten der Sicherung der Demokratie ist eine Wehrpflichtigen Armee immer einer Berufsarmee vorzuziehen. Durch den kontinuierlichen Durchlauf von Wehrdienstleistenden wird außerdem das Wehrpotenzial durch ausgebildete Reservisten deutlich gesteigert.

Antrag A069-Ä007

Änderungsantrag zu A069

Antragsteller/in:	KV Herzogtum Lauenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 759 - 762

759 Streitkräfte langfristig zu sichern, ~~darf es auch nach der Aussetzung der~~
760 setzen wir uns für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ~~keine Denkverbote für die Zukunft geben. Das Konzept eines~~
761 ~~verpflichtenden Gesellschaftsjahres soll auch den Streitkräften unseres~~
762 ~~Landes zugutekommen~~ein. Sie muss an den Anforderungen der Bundeswehr ausgerichtet werden

und gerecht für alle Männer und Frauen ab dem 18. Lebensjahr umgesetzt werden.

Antrag A069-Ä008

Änderungsantrag zu A069

Antragsteller/in:	KV Grafschaft-Bentheim
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 760 - 762

760 Wehrpflicht keine Denkverbote für die Zukunft geben. ~~Das Konzept eines~~
761 ~~verpflichtenden Gesellschaftsjahres soll auch den Streitkräften unseres~~
762 ~~Landes zugutekommen.~~

Begründung

Wir lehnen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr ab. Der Sinn hinter dieser Maßnahme ist verständlich, schränkt aber zu viele junge Menschen ein. Viele Schulabgänger haben einen genauen Plan von ihrer (beruflichen) Zukunft. Eine verpflichtende Zwangspause würde eine Art Verlängerung der Schulpflicht bedeuten.

Zudem ist die Umsetzung mit einem enormen Aufwand verbunden. Zum einen werden Fachkräfte für die Betreuung und Ausbildung der jungen Menschen gebunden, zum anderen ist die Finanzierung der Maßnahme vollkommen offen.

Wir setzen auf eine Stärkung der freiwilligen Dienste wie Bundesfreiwilligendienst, FSJ, ÖSJ, etc.

Antrag A069-Ä009

Änderungsantrag zu A069

Antragsteller/in:	BezV Niederrhein, KV Main-Taunus
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 761

761 verpflichtenden Gesellschaftsjahres soll ~~auch~~insbesondere den Streitkräften unseres

Begründung

Die CDU Deutschlands hat sich auf dem Bundesparteitag 2022 in Hannover mehrheitlich für ein „verpflichtendes Gesellschaftsjahr“ ausgeprochen. Der Schwachpunkt dieser Positionierung ist aber, dass gerade viele junge Menschen bisher nur verstehen, dass ihnen für ein Jahr lang die Verfügung über ihr Leben genommen wird. Wenn wir erfolgreich für dieses (nach wie vor nicht unumstrittene) Konzept werben wollen, müssen wir deutlich machen, dass es sich hier nicht um eine „Erziehungsmaßnahme“ handelt, die wir jungen Menschen auferlegen wollen, weil es ihnen schon „gut tun wird“, sondern dass es Zwecke und Aufgaben für unsere staatliche Gemeinschaft gibt, die (nur) durch ein solches Jahr erfüllt werden sollten. Das „positive Wofür“ des Pflichtjahres muss also in den Mittelpunkt gerückt werden. Und angesichts der neuen militärischen und geopolitischen

Herausforderungen ist die vorrangigste Aufgabe, die mit dem Pflichtjahr gestärkt werden könnte, ganz offensichtlich die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes. Wenn wir das mit „insbesondere“ so klar benennen stellt das natürlich nicht in Abrede, dass mit diesem Jahr darüber hinaus auch eine Reihe ziviler Aufgaben gestärkt werden können.

Antrag A069-Ä010

Änderungsantrag zu A069

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 761

761 ~~verpflichtend~~freiwilligen Gesellschaftsjahres soll auch den Streitkräften unseres

Begründung

Ein Gesellschaftsjahr sollte aus bekannten Gründen grundsätzlich freiwillig sein.

Antrag A069-Ä011

Änderungsantrag zu A069

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 761

761 verpflichtenden Gesellschafts~~jahr~~dienstes soll auch den Streitkräften unseres

Begründung

Offenere Formulierung.

Antrag A069-Ä012

Änderungsantrag zu A069

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 762

762 Landes zugutekommen und dabei helfen, die notwendigen Reserven für den Ernstfall zu generieren. Der Aufbau resilenter Verteidigungsfähigkeiten ist oberstes Gebot.

Begründung

Zur Verdeutlichung und Ergänzung.

Antrag A070: Zeile 763 - 779: Wir müssen den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO stärken

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 763 - 779 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

763 **Wir müssen den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO stärken.** Die
764 europäischen Partner innerhalb der NATO müssen eigenständig militärisch
765 handeln können, wenn dies für die NATO als Ganzes nicht möglich ist. Die
766 sicherheitspolitische und militärische Eigenständigkeit Europas im NATO-
767 und EU-Rahmen wollen wir stärken. Die militärischen Strukturen
768 europäischer NATO-Partner müssen noch stärker integriert werden,
769 militärische Ausrüstung muss wo immer sinnvoll und möglich gemeinsam mit europäischen Partnern
770 entwickelt und beschafft werden. Wir wollen, dass die Kooperation der
771 wehrtechnischen Industrie in Europa länderübergreifend noch konsequenter
772 und zielgerichteter vorangetrieben wird, um langfristig wirtschaftlich und
773 technologisch wettbewerbsfähig zu sein. Damit Deutschland auf
774 europäischer Ebene anschlussfähig bleibt, muss sicherheits- und
775 verteidigungsrelevante Forschungskooperation mit Hochschulen ermöglicht
776 und gestärkt werden. Zivilklauseln müssen abgeschafft werden. Auch die nukleare
777 Teilhabe als wichtiges Element der nuklearen Abschreckung soll mit unseren
778 europäischen Partnern wie Frankreich und dem Vereinigten Königreich zu
779 einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm weiterentwickelt werden. Im Bereich der äußeren Sicherheit ist unser langfristiges Ziel eine europäische Armee.

Antrag A070-Ä001

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	LV Saar
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 763 - 764

763 **Wir müssen den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO stärken.** ~~Die~~
764 Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden. Wir stehen für ein Europa, das sein Friedens- und Sicherheitsversprechen erneuert und sich die Mittel gibt, dies gemeinsam einzuhalten. Wir verfolgen daher das Ziel europäischer Streitkräfte. Dafür braucht es eine gestärkte europäische Verteidigungsunion, eingebettet in die Strukturen der NATO, um gemeinsam verteidigungsfähig zu sein. Die europäischen Partner innerhalb der NATO müssen eigenständig militärisch

Begründung

Der Änderungsantrag übernimmt die richtigen und wegweisenden Vorstellungen des Europawahlprogramms von CDU und CSU zur europäischen Verteidigungspolitik. Bisher bildet der Entwurf des Grundsatzprogramms das Ziel europäischer Streitkräfte im Sinne einer Verteidigungsunion nicht genügend ab. Gerade in einem Grundsatzpapier, das über den Tag hinaus Geltung haben soll, braucht es jedoch Ziele, die den Menschen eine langfristige Orientierung geben. Dazu sind die Aussagen des jüngst verabschiedeten Europawahlprogramms der Union geeignet und sollten daher Eingang in das Grundsatzprogramm finden.

Änderungsantrag des CDU Kreisverbands Neunkirchen: Eingereicht durch den CDU Landesverband Saarland nach Annahme des Antrags in der Landesvorstandssitzung am 21. März 2024.

Antrag A070-Ä002

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 764

764 europäischen Partner innerhalb der NATO müssen auf Grundlage geltender Verträge und Vereinbarungen eigenständig militärisch

Antrag A070-Ä003

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 765 - 766

765 handeln können~~, wenn dies für die NATO als Ganzes nicht möglich ist. Die~~
766 . Die sicherheitspolitische und militärische Eigenständigkeit Europas im NATO-

Begründung

Die Grundsätze des NATO-Vertrags sollen nicht in Frage gestellt werden.

Antrag A070-Ä004

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 766

766 sicherheitspolitische und militärische Eigenständigkeit und Interoperabilität Europas im NATO-

Begründung

Mit der Ergänzung des Wortes Interoperabilität wird folgendes ausgedrückt: die Fähigkeit von Anwendungen und Systemen, Daten sicher und automatisch auszutauschen, unabhängig von geografischen, politischen oder organisatorischen Grenzen.

Antrag A070-Ä005

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 767 - 769

767 und EU-Rahmen wollen wir stärken. ~~Die militärischen Strukturen~~
768 ~~europäischer NATO-Partner müssen~~Wir verfolgen das Ziel, Verteidigungsfähigkeiten innerhalb der EU noch stärker ~~integriert werden,~~
769 zu integrieren, um eingebettet in die bestehenden NATO-Strukturen eine europäische Armee aufzubauen. Als Grundlage hierfür muss militärische Ausrüstung ~~muss~~ gemeinsam mit europäischen Partnern

Antrag A070-Ä006

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 767 - 770

767 und EU-Rahmen wollen wir stärken. Hierzu wollen wir eine Interessengruppe der EU-Staaten in der NATO gründen und der Europäischen Union einen Beobachterstatus in der NATO einräumen, um eine stärkere Koordinierung der gemeinsamen Interessen und Ziele der EU-Mitgliedstaaten in der NATO zu gewährleisten. Die militärischen Strukturen
768 europäischer NATO-Partner müssen noch stärker integriert werden,
769 militärische Ausrüstung muss gemeinsam mit europäischen Partnern
770 entwickelt und beschafft werden, und es muss eine fortschreitende Harmonisierung von Standards auf europäischer Ebene, die die Grundlage für die Rüstungspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten bilden, erfolgen. Wir wollen, dass die Kooperation der

Antrag A070-Ä007

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 768 - 769

768 europäischer NATO-Partner müssen noch stärker ~~integriert werden,~~
769 verknüpft werden,
militärische Ausrüstung muss gemeinsam mit europäischen Partnern

Antrag A070-Ä008

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 769

769 militärische Ausrüstung muss wo immer sinnvoll und möglich gemeinsam mit europäischen Partnern

Antrag A070-Ä009

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 770

770 entwickelt und beschafft werden. Unser Ziel ist die Herstellung einer originär europäischen Verteidigungsfähigkeit. Wir wollen, dass die Kooperation der

Begründung

Das Grundsatzprogramm sollte die Zielvorstellung europäischer Verteidigungszusammenarbeit nicht auslassen. Wir möchten Verteidigungsfähigkeit herstellen, in dessen Rahmen die Union als Ganzes Bündnisverteidigung zu Lande, zu Wasser und in der Luft leisten kann. Nur so können wir das Bündnisversprechen des Lissabon-Vertrags effektiv einlösen.

Antrag A070-Ä010

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 770 - 773

770 entwickelt und beschafft werden. Die Fähigkeitsprofile der Armeen europäischer Mitgliedsstaaten müssen zueinander komplementär gestaltet werden.
771 Wir wollen, dass die Kooperation der
772 wehrtechnischen Industrie in Europa länderübergreifend noch konsequenter
773 und zielgerichteter vorangetrieben wird, um langfristig wirtschaftlich und

774 technologisch wettbewerbsfähig zu sein. Hierfür braucht es einen integrierten Verteidigungsbinnenmarkt.

775 Damit Deutschland auf

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A070-Ä011

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 773 - 776

773 technologisch wettbewerbsfähig zu sein. Damit Deutschland auf
774 europäischer Ebene anschlussfähig bleibt, muss sicherheits- und
775 verteidigungsrelevante Forschungskooperation mit Hochschulen ermöglicht
776 und gestärkt werden. Zivilklauseln müssen abgeschafft werden. Auch die nukleare

Begründung

Neben der grundlegenden Ermöglichung benötigen wir eine Stärkung bestehender Forschungskooperationen.

Antrag A070-Ä012

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 776 - 779

776 werden. Zivilklauseln ~~müssen abgeschafft~~sollten im Verständnis einer friedlich ausgerichteten Verteidigungspolitik neu formuliert werden. Auch die nukleare
777 Teilhabe als wichtiges Element der nuklearen Abschreckung soll mit unseren
778 europäischen Partnern wie Frankreich und dem Vereinigten Königreich zu
779 einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm weiterentwickelt werden. Wir wollen uns dabei weiterhin weltweit für eine nukleare Abrüstung einsetzen.

Begründung

Zur Neuformulierung der Zivilklauseln an den Universitäten und Hochschulen: Jan Wörner, acatech, 6/2022

Auch bei der bei nuklearen Teilhabe als wichtiges Element der nuklearen Abschreckung mit unseren europäischen Partnern wie Frankreich und dem Vereinigten Königreich ist **doppelgleisig** zu

verfahren: Zum einen ist der NATO- bzw. der europäische atomare Schutzschirm zu organisieren, wodurch jedoch die Wahrscheinlichkeit atomarer Konflikte nicht erhöht werden darf. Denn nukleare Abschreckung und globale Nachhaltigkeitstransformation passen nicht zusammen. Wir müssen vielmehr in Richtung einer weltweiten nuklearen Abrüstung denken. Ein „Frieden" unter dem Schirm atomarer Abschreckung ist kein echter Frieden.

Es muss alles dafür getan werden, dass atomare Waffen nie wieder und nirgends zum Einsatz kommen. Mit diesem Ziel werden wir intensiv weiterarbeiten (*non-proliferation, peace building, nuclear disarmament*). Die Welt mit ihren bald 10 Mrd. Menschen hat etwas Dringenderes zu tun, als sich gegenseitig nuklear in Schach zu halten.

Antrag A070-Ä013

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 776 - 779

776 werden. Zivilklauseln müssen abgeschafft werden. ~~Auch die~~Die nukleare
777 Teilhabe ~~als wichtiges Element der nuklearen Abschreckung~~ soll ~~mit unseren~~
778 ~~europäischen Partnern wie Frankreich und dem Vereinigten Königreich zu~~
779 ~~einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm~~als wichtiges Element der Abschreckung innerhalb der NATO unter Einbindung europäischer Optionen weiterentwickelt werden.

Antrag A070-Ä014

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 776

776 und gestärkt werden. Zivilklauseln müssen abgeschafft werden. Auch die nukleare

Antrag A070-Ä015

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 776 - 779

776 werden. Zivilklauseln müssen abgeschafft werden. ~~Auch die nukleare~~
777 ~~Teilhabe als wichtiges Element der~~Eine glaubwürdige nukleare Abschreckung ist nur innerhalb des transatlantischen Bündnisses darstellbar. Den richtigen Rahmen für den deutschen Beitrag zur nuklearen Abschreckung ~~soll mit unseren~~

778 ~~europäischen Partnern wie Frankreich und dem Vereinigten Königreich zu~~

779 ~~einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm weiterentwickelt werden~~bildet daher unverändert die nukleare Teilhabe innerhalb der NATO. Die Beiträge aller hieran beteiligten Staaten begrüßen wir als Zeichen der Geschlossenheit und gerechten Lastenverteilung innerhalb des Bündnisses.

Begründung

Der zu streichende Satz steht zwar im Absatz „Wir müssen den europäischen Pfeiler der NATO stärken“, doch erscheint angesichts aktueller Diskussionen eine unmissverständliche Klarstellung ratsam, in welchem Rahmen die nukleare Abschreckung zukünftig realisiert werden soll.

Dies kann nur die NATO sein: Nur sie besitzt eine etablierte Nuklearplanung (Nuclear Planning Group), die notwendigen Kommandostrukturen und bezieht die angesichts der Anzahl und Bandbreite der vorhandenen Nuklearwaffen weiterhin unverzichtbare Nuklearmacht USA ein.

Angesichts französischer Angebote einer – wie auch immer gearteten – nuklearen Teilhabe außerhalb der NATO darf keinesfalls der Eindruck entstehen, ein „gemeinsamer atomarer Schutzschirm“ „mit unseren europäischen Partnern wie Frankreich und dem Vereinigten Königreich“ könne außerhalb der NATO aufgebaut werden.

Die wünschenswerte Einbeziehung der britischen und französischen Nuklearwaffen in die Nuklearplanungen der NATO sollte nicht Gegenstand des CDU-Grundsatzprogramms sein; die Entscheidung hierüber obliegt alleine diesen beiden souveränen Staaten.

Stattdessen sollten wir die Chance nutzen, uns zum deutschen Beitrag zur nuklearen Teilhabe zu bekennen und allen an der nuklearen Teilhabe beteiligten Staaten zu danken. Selbstverständlich gilt dieser Dank auch Großbritannien und Frankreich, sollten sie sich der nuklearen Teilhabe mit Trägermitteln anschließen oder gar eigene Nuklearwaffen einbringen.

Antrag A070-Ä016

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 779

779 einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm weiterentwickelt werden. Im Bereich der äußeren Sicherheit ist unser langfristiges Ziel eine europäische Armee.

Antrag A070-Ä017

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 779

779 einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm weiterentwickelt werden, wobei wir ausdrücklich

nicht die bestehende nukleare Teilhabe in Kooperation mit den USA ersetzen wollen. Unser Anspruch ist es, sie im Optimalfall zu ergänzen. Solange es Atomwaffen auf der Erde gibt, sehen wir das Konzept der nuklearen Teilhabe als eine tragende Säule unserer nationalen Sicherheit.

Antrag A070-Ä018

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 779

779 einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm weiterentwickelt werden.

Wir treten dafür ein, dass ein EU-Verteidigungshaushalt aufgestellt wird und dass mindestens 15 Prozent der nationalen Verteidigungsausgaben in gemeinsame Vorhaben und Verbände im Rahmen der EU investiert werden. Wir fordern, eine Verteidigungsstrategie und gemeinsam zu entwickelnde Fähigkeiten in einem Weißbuch als interinstitutionelle Vereinbarung der EU festzulegen. Wir drängen darauf, die Idee einer Europäischen Armee und das Verhältnis zur NATO zu konkretisieren und verbindlich zu vereinbaren, wie mit den Fragen nach Souveränität, Befehlsgewalt und politischer Kontrolle und Verfügbarkeit über Nuklearwaffen umzugehen ist.

Begründung

Die Mitgliedstaaten, die NATO und die EU haben die elementare Aufgabe, für die Sicherheit unserer Bürger zu sorgen. Die Sicherheit der Bürger legt die Basis für Frieden in Europa, unsere Demokratie und unseren Wohlstand. Diese Sicherheit ist aber leider keine Selbstverständlichkeit mehr, sondern sogar direkt in Gefahr. Daher fordern wir, jetzt zügig und bestimmt zu handeln, um unsere Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeiten mittelfristig zu erzielen. Innerhalb der EU müssen hierzu in der nächsten Legislaturperiode richtungsweisende Entscheidungen getroffen und Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Antrag A070-Ä019

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 779

779 einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm weiterentwickelt werden.

Ziel muss es sein, eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu gewährleisten. Neben dem Aufbau eines gemeinsamen Rüstungsmarktes müssen wir deshalb auch gemeinsame Strategien entwickeln. Unser Ziel muss es sein, eine stärkere Zusammenarbeit auf militärischer Ebene weiter auszubauen, um unsere gemeinsamen außenpolitischen Strategiern effektiver umzusetzen, wozu als langfristiges Ziel auch die

Einrichtung einer Europäischen Armee gehört.

Antrag A070-Ä020

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	LV Oldenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 779

779 einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm weiterentwickelt werden.

Wie setzen uns für eine europäische schnelle Einsatztruppe ein, welche nicht in Konkurrenz zur NATO steht.

Begründung

Ergänzung eines Satzes am Ende des Absatzes: Wie setzen uns für eine europäische schnelle Einsatztruppe ein, welche nicht in Konkurrenz zur NATO steht.

Die CDU Deutschlands bekennt sich klar zur Westbindung und zur NATO. Trotzdem sollte die Europäische Union unter dem gemeinsamen Dach des Verteidigungsbündnisses in der Lage sein schnell auf Krisensituationen in der Welt reagieren zu können. Dies sollte auch gelten, wenn unserer nordamerikanischen Partner sich nicht an einen Einsatz beteiligen wollen. Es bedarf daher einer europäischen Einsatztruppe.

Der Antrag wird gemeinsam gestellt und gestützt vom:

- CDU Landesverband Oldenburg
- CDU Kreisverband Ammerland

Antrag A070-Ä021

Änderungsantrag zu A070

Antragsteller/in:	BezV Ostfriesland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A130

Zeile 779

779 einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm weiterentwickelt werden.

Wir müssen unsere Handelswege schützen.

Seine starken internationalen Handelsbeziehungen tragen erheblich zum Wohlstand Deutschlands bei. Er leistet damit auch einen wichtigen Beitrag unter anderem zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, der schulischen, beruflichen und universitären Bildung sowie der Sicherheits- und Rechtsorgane unseres Landes. Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung des internationalen Handels für unser Land ist die Gewähr der Sicherheit und Offenheit der Handelswege, wenn notwendig auch mit militärischen Mitteln, somit ein elementares Interesse Deutschlands, für das wir aktiv einstehen müssen. Wir treten daher dafür ein, die Bundeswehr

auch mit Blick auf die Sicherheit des internationalen Handels so zu ertüchtigen, dass sie im Bündnis mit unseren Partnern effizient und kurzfristig Blockaden der Seehandelswege oder Angriffe auf die internationale Handelsflotte abwehren und die Sicherheit unserer Handelsschiffe gewährleisten kann.

Begründung

Zeile 779
Der Bundesparteitag möge beschließen: Ergänze nach Zeile 779: „Wir müssen unsere Handelswege schützen. Seine starken internationalen Handelsbeziehungen tragen erheblich zum Wohlstand Deutschlands bei. Er leistet damit auch einen wichtigen Beitrag unter anderem zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, der schulischen, beruflichen und universitären Bildung sowie der Sicherheits- und Rechtsorgane unseres Landes. Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung des internationalen Handels für unser Land ist die Gewähr der Sicherheit und Offenheit der Handelswege, wenn notwendig auch mit militärischen Mitteln, somit ein elementares Interesse Deutschlands, für das wir aktiv einstehen müssen. Wir treten daher dafür ein, die Bundeswehr auch mit Blick auf die Sicherheit des internationalen Handels so zu ertüchtigen, dass sie im Bündnis mit unseren Partnern effizient und kurzfristig Blockaden der Seehandelswege oder Angriffe auf die internationale Handelsflotte abwehren und die Sicherheit unserer Handelsschiffe gewährleisten kann.“

Begründung: Die Angriffe der Huthi-Milizen auf Schiffe im Roten Meer zeigen einmal mehr, dass wie anfällig die internationalen Handelswege für militärische und paramilitärische Angriffe sind. Solche Angriffe, aber auch Blockaden von Handelswegen, wie aktuell durch Russland im Schwarzen Meer gegen die Ukraine, gefährden Leib und Leben der Schiffsbesatzungen und machen die betroffenen Länder zugleich erpressbar. Deutschland darf als eine der führenden Handelsnationen die Sicherheit der internationalen Handelswege nicht anderen Ländern überlassen, sondern muss sich dauerhaft und im partnerschaftlichen Verbund mit anderen Handelsnationen für sichere und offene Handelswege einsetzen. Dafür ist auch militärische Abschreckung notwendig. Die Bundeswehr muss dafür einen Beitrag leisten und personell wie materiell entsprechend aufgestellt werden. Ihr Einsatz sollte für diesen Zweck sollte in eine internationale Sicherheitsarchitektur für die Offenheit der Handelswege eingebettet sein.

Antrag A071: Zeile 780 - 795: Politik für Europa in Frieden und Freiheit

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

780 **Politik für Europa in Frieden und Freiheit**

781 **Wir sind die deutsche Europapartei.** Die europäische Idee hat Versöhnung
782 über die Grenzen hinweg geschaffen und den Grundstein für die dauerhafte
783 Friedensordnung in Europa gelegt. Europapolitik war und ist immer zuerst

784 eine Politik für den Frieden in Freiheit. Wir stehen für ein nach innen und
785 außen starkes, sicheres, demokratisches, geopolitisch handlungsfähiges,
786 zukunftsorientiertes, wettbewerbsfähiges, soziales und bürgernahes Europa.
787 Gerade weil die großen Herausforderungen unserer Zeit von keinem
788 Nationalstaat allein bewältigt werden können, müssen wir die
789 geostrategische Handlungsfähigkeit der EU und die Durchsetzung ihrer
790 gemeinsamen Interessen stärken. Der deutsch-französische Motor und das
791 Weimarer Dreieck mit Polen sind dabei für uns elementar. Vor dem
792 Hintergrund des zunehmenden internationalen Systemwettbewerbs und der
793 anhaltenden Blockbildung setzen wir uns für eine starke europäische Stimme
794 in der Welt ein. Die EU muss ein geopolitischer und weltpolitikfähiger Akteur
795 werden.

Antrag A071-Ä001

Änderungsantrag zu A071

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 795

795 werden.

Erforderlich ist deshalb auch eine Änderung der konkreten Politik auf EU-Ebene, auch dort müssen die immer weiter fortschreitende Einschränkung individueller Freiheiten und die grüne Planwirtschaft beendet werden und braucht es stattdessen die Ausrichtung auf die Freiheit, Entfaltungsmöglichkeit und Eigenverantwortung des Individuums. Das Subsidiaritätsprinzip muss ernstgenommen und umgesetzt werden, die EU muss sich zurücknehmen und mehr Vielfalt in den Mitgliedstaaten zulassen.

Begründung

Wir Christdemokraten wollen, dass die Europäische Union nach dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung und dem Subsidiaritätsprinzip funktioniert.

Antrag A071-Ä002

Änderungsantrag zu A071

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 795

795 werden. Dazu muss sie den Weg der Eigenstaatlichkeit einschlagen.

Begründung

Ein starkes Bekenntnis zu einer EU-Vision.

Antrag A071-Ä003

Änderungsantrag zu A071

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 795

795 werden. Hierzu gehört in erster Linie, ein schnelles abgestimmtes Handeln der EU-Mitgliedstaaten zu organisieren und angesichts vielfältiger Krisen und Konflikte umzusetzen. Dies und in zweiter Linie die Abstimmung mit gleichgesinnten Demokratien, wie den USA, Großbritannien, Kanada, Australien, Japan oder Taiwan werden der Stärke des Rechts weltweit zum Erfolg verhelfen.

Begründung

In Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern müssen wir die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) erneuern, um so die Weltpolitikfähigkeit der EU zu verbessern. Diese bedingt, intern die Verfahren besser zu organisieren und mit gleichgesinnten Kräften stärker zusammenzuarbeiten.

Antrag A072: Zeile 796 - 809: Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa konkreten Mehrwert schafft

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A072-Ä017, A170-Ä002, A170-Ä004, A170-Ä005, A170-Ä006, A170-Ä008
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 797 - 802 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 803 - 805 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 806 - 809 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

796 **Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa konkreten Mehrwert schafft.**
797 Dazu gehören vor allem die großen Fragen des Binnenmarkts, die Stärkung
798 der Wettbewerbsfähigkeit, eine stabile Währungsunion, Forschung und
799 Innovation, Klimaschutz, Energie, eine ambitionierte Außenhandelspolitik,
800 Migration, Digitalisierung, Freiheit und Sicherheit sowie Verteidigung. Die
801 Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind bei der Realisierung unser
802 Leitmotiv, Deregulierung und Bürokratieabbau unsere Pflicht. Wir setzen uns für eine bessere grenzüberschreitende
803 Zusammenarbeit ein, denn so wird Europa für die Menschen erfahrbar. Wir
804 verstehen die EU als starke Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten und ihrer

Interessen mit
supranationalen Merkmalen. Wir ~~streben~~stehen für eine klare Ordnung der Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten nach den Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit ~~an~~. Daraus leiten wir ab, dass wir europäisches Recht eins zu eins in nationales Recht umsetzen. Die Länder der
EU müssen auch in Zukunft über die Verteilung der Zuständigkeiten entscheiden.

Antrag A072-Ä001

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 796 - 808

Wir ~~wollen mehr Europa dort, wo Europa konkreten Mehrwert schafft.~~bringen die europäische Einigung voran.

Dazu gehören vor allem die großen Fragen des Binnenmarkts, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, eine stabile Währungsunion, Forschung und Innovation, Klimaschutz, Energie, eine ambitionierte Außenhandelspolitik, Migration, Digitalisierung, Freiheit und Sicherheit sowie Verteidigung. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind bei der Realisierung unser Leitmotiv. Wir setzen uns für eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein, denn so wird Europa für die Menschen erfahrbar. Wir verstehen die EU als starke Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten mit supranationalen Merkmalen. Wir streben eine klare Ordnung der Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten nach den Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit an. Die Länder der EU müssen auch in Zukunft über die Verteilung der Zuständigkeiten

Begründung

Die CDU ist „die“ Europapartei und sollte sich klar zum Projekt der europäischen Einigung bekennen. Ein rein wirtschaftliches Kalkül im Sinne des Mehrwerts greift beim großen Friedens- und Freiheitsprojekt EU zu kurz. Es entfremdet die Partei von den tragenden und segensreichen Beiträgen von Adenauer und Kohl. Ihnen war klar, dass die europäische Einigung mehr ist als eine „Clubmitgliedschaft“. Dabei werden von Deutschland auch Dinge nötig sein, die sich kurzfristig nachteilig auf nationale Zusammenhänge auswirken können, langfristig aber das sichern, was Europa für Jahrhunderte nicht hatte: Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Antrag A072-Ä002

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 797 - 807

797 Dazu gehören vor allem die großen Fragen des Binnenmarkts, ~~die Stärkung~~
798 ~~der Wettbewerbsfähigkeit, eine stabile Währungsunion, Forschung und~~
799 ~~Innovation, Klimaschutz, Energie, eine ambitionierte Außenhandelspolitik,~~
800 ~~Migration,~~ wie die Schaffung eines gemeinsamen digitalen Marktes, um die Chancen der Digitalisierung~~,~~ für alle nutzbar zu machen. Eine Vertiefung der wirtschaftlichen Integration dient der Wettbewerbsfähigkeit der EU und Deutschlands. Für uns geht es darum, faire Wettbewerbsbedingungen zu sichern und bürokratische Hürden abzubauen, indem die bestehenden Regulierungsvorschriften überprüft und angepasst werden. Wir wollen die Innovationskraft in der EU und in Deutschland erhalten. Wir wollen sicher stellen, dass europäische Vorschriften effizient, verständlich und praxistauglich sind. Von Bedeutung sind zudem eine stabile Währungsunion, Forschung und Innovation, Klimaschutz, Energie, eine ambitionierte Außenhandelspolitik, Migration, Freiheit und Sicherheit sowie Verteidigung. Die
801 Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind bei der Realisierung unser
802 Leitmotiv. Wir setzen uns für eine bessere grenzüberschreitende
803 Zusammenarbeit ein, denn so wird Europa für die Menschen erfahrbar. Wir
804 verstehen die EU als starke Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten mit
805 supranationalen Merkmalen. Wir streben eine klare Ordnung der
806 Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten nach dem Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung sowie den
807 Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit an. Die Länder der

Antrag A072-Ä003

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 797

797 Dazu gehören vor allem die ~~großen~~notwendigen Fragen des Binnenmarkts, die Stärkung

Antrag A072-Ä004

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	BezV Niederrhein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 800 - 801

800 Migration, Digitalisierung, Freiheit und Sicherheit sowie Verteidigung. ~~Die~~

801 Zugleich muss die EU nicht notwendige Regulierungen unterlassen und bürokratische Vorgaben zurücknehmen. Die
Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind bei der Realisierung unser

Begründung

Auch und speziell im EU-Abschnitt sollten wir uns zum Ziel der Deregulierung und des Bürokratieabbaus bekennen. Ca. 60 % aller Bürokratielasten in Deutschland haben ihren Ursprung in EU-Normen.

Antrag A072-Ä005

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 800 - 801

800 Migration, Digitalisierung, Freiheit und Sicherheit sowie Verteidigung. ~~Die~~
801 Gleichzeitig müssen wir eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten vorantreiben und in bestimmten Produktionsbereichen, insbesondere bei "sensiblen Gütern" wie bspw. Medikamenten übergreifend die Ansiedlung von Industrie fördern, um einer wirtschaftliche Abhängigkeit insbesondere auch von China entgegenzuwirken. Die
Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind bei der Realisierung unser

Antrag A072-Ä006

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	LV Bremen, KV Baden-Baden, KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 801

801 Prinzipien der ~~Sozialen~~Sozial-Ökologischen Marktwirtschaft sind bei der Realisierung unser

Begründung

Schon unter Helmut Kohl wurde im CDU-Grundsatzprogramm “Freiheit und Verantwortung” 1994 der Begriff “Soziale Marktwirtschaft” zu dem Begriff “Soziale und Ökologische Marktwirtschaft” erweitert. Wir müssen auch in Zukunft die soziale Marktwirtschaft mit der ökologischen Marktwirtschaft zu einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept verbinden. Die CDU Deutschlands hat auch in Ihrem Grundsatzprogramm den Mut die Soziale Marktwirtschaft um eine ökologische Dimension zu erweitern. Diese Konzeptualisierung wird im aktuellen Grundsatzprogramm insbesondere in den Zeilen 1377 bis 1381 deutlich. Zur Verdeutlichung sollte der Begriff der Sozial-Ökologischen Marktwirtschaft an den entscheidenden Stellen auch klar benannt werden.

Antrag A072-Ä007

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 801

801 Prinzipien ~~der~~einer zur Nachhaltigen Marktwirtschaft weiterentwickelten Sozialen Marktwirtschaft sind bei der Realisierung unser

Begründung

(Vgl. Z310ff.) Die Soziale Marktwirtschaft ist zu 'eng' geworden. Sie umfasst und bezeichnet nicht mehr adäquat unser aktuelles deutsches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Die Soziale Marktwirtschaft bedarf dringend der Erweiterung um die ökologische Dimension. Siehe Z1377ff. Unter Beibehalt ihrer 'irenischen' Grundidee (siehe nach Z 1364) ist die Soziale Marktwirtschaft in der Kontinuität und Tradition von Röpke, Eucken, Müller-Armack und Ludwig Erhard weiterzuentwickeln. Wir wollen die Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft in einer (erweiterten) Nachhaltigen Marktwirtschaft fortsetzen.

Antrag A072-Ä008

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 801

801 Prinzipien ~~der~~einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft sind bei der Realisierung unser

Antrag A072-Ä009

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 801

801 Prinzipien der ~~Sozialen~~Sozial-ökologischen Marktwirtschaft sind bei der Realisierung unser

Begründung

Schon unter Helmut Kohl wurde im CDU-Grundsatzprogramm “Freiheit und Verantwortung” 1994 der Begriff “Soziale Marktwirtschaft” zu dem Begriff “Soziale und Ökologische Marktwirtschaft” erweitert. Wir müssen auch in Zukunft die soziale Marktwirtschaft mit der ökologischen Marktwirtschaft zu einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept verbinden.

Antrag A072-Ä010

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion, KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 802

802 Leitmotiv. In der europäischen Sozialpolitik setzen wir uns für die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips ein. Wir setzen uns für eine bessere grenzüberschreitende

Antrag A072-Ä011

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 803 - 807

803 Zusammenarbeit ein, denn so wird Europa für die Menschen erfahrbar. ~~Wir~~
804 ~~verstehen die EU als starke Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten~~Die Mitgliedsstaaten sind die Träger der EU. Dort, wo sie der EU Zuständigkeiten übertragen haben, handelt diese zumeist mit
805 supranationalen ~~Merkmalen~~Institutionen und Verfahren. Wir streben eine klare Ordnung der
806 Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten nach den
807 Prinzipien der Solidarität, Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit an. Die Länder der

Antrag A072-Ä012

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 803 - 805

803 Zusammenarbeit ein, denn so wird Europa für die Menschen erfahrbar. ~~Wir~~
804 ~~verstehen die EU als starke Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten~~Die Mitgliedsstaaten sind die Träger der EU. Dort, wo die EU die Kompetenzen hat, arbeitet sie mit
805 supranationalen ~~Merkmalen~~Institutionen und Verfahren. Wir streben eine klare Ordnung der

Antrag A072-Ä013

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	KV Bergstrasse, KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 803 - 805

803 Zusammenarbeit ein, denn so wird Europa für die Menschen erfahrbar. Wir

804 ~~verstehen die EU als starke Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten mit~~
805 ~~supranationalen Merkmalen. Wir~~ streben eine klare Ordnung der

Antrag A072-Ä014

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 804

804 verstehen die EU als starke Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten und ihrer Interessen mit

Antrag A072-Ä015

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 805

805 supranationalen Merkmalen. Wir erkennen jedoch auch die Notwendigkeit, dass die Europäische Union mit einer Stimme nach außen auftreten muss. Wir streben eine klare Ordnung der

Antrag A072-Ä016

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 806 - 809

806 Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten nach dem Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung sowie den
807 Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit an. Die Länder der
808 EU müssen auch in Zukunft über die Verteilung der Zuständigkeiten
809 mitentscheiden.

Antrag A072-Ä017

Änderungsantrag zu A072

Antragsteller/in:	KV Cloppenburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A072 und A129

Zeile 809

809 entscheiden. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass europäische Regeln nicht noch durch

zusätzliche nationale Vorgaben überfrachtet werden.

Begründung

Ergänzung zur häufig auch von Fachleuten geäußerten Kritik, dass Deutschland bei der Umsetzung von EU-Vorgaben häufig über das Ziel hinausschießt und vereinbarte Regelungen freiwillig übererfüllt ("Gold plating").

Antrag A073: Zeile 810 - 814: Wir wollen ein Europa mit klaren Kompetenzen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 810 - 814 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

810 **Wir wollen ein Europa mit klaren Kompetenzen.** Wir sind offen für eine
811 sinnvolle Übertragung von weiteren Hoheitsrechten auf die EU. Zugleich
812 erwarten wir einen Schutz des Identitätskerns unserer deutschen
813 Verfassung und wollen sicherstellen, dass die vertragliche Kompetenzverteilung stetig überprüft und die Einhaltung wirksam kontrolliert wird. Wir wollen deshalb, dass die nationalen Verfassungsgerichte
814 innerhalb des europäischen Verfassungsgerichtsverbunds gestärkt werden.

Antrag A073-Ä001

Änderungsantrag zu A073

Antragsteller/in:	KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 810 - 811

810 **Wir wollen ein Europa mit klaren Kompetenzen.**~~Wir sind offen für eine~~
811 ~~sinnvolle Übertragung von weiteren Hoheitsrechten auf die EU.~~ Zugleich

Begründung

In der notwendigen Frage der Reform der EU auch im Hinblick auf zukünftig mögliche Differenzierung bilateraler Vereinbarungen innerhalb der Staatengemeinschaft auch betreffend die unionsrechtlichen Kompetenzbereiche ist eine solche generalisierte Aussage kritisch zu sehen. Dazu kommt, dass die Tendenz der Staaten der EU in einzelnen Reihen gegenseitige Haltungen zeigt. Es wird daher in wirklich großen Fragen kaum durchzusetzen sein, im Staatenverbund. Es besteht die Gefahr, dass dies in der Wahrnehmung der Bürger und Bürgerinnen als Scheitern der deutschen Kommissionspräsidentin (von Wiederwahl gehen wir aus) wahrgenommen wird.

Antrag A073-Ä002

Änderungsantrag zu A073

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 811 - 813

811 sinnvolle Übertragung von weiteren Hoheitsrechten auf die EU. Zugleich
812 ~~erwarten~~ müssen
wir ~~einen Schutz des Identitätskerns unserer deutschen~~
813 ~~Verfassung~~die bisherige Kompetenzregelungen dahingehend überprüfen, ob eine Rückübertragung auf nationale Ebenen sinnvoll ist. Wir wollen deshalb, dass die nationalen Verfassungsgerichte

Begründung

Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips kann ergeben, dass sowohl die Übertragung auf die EU-Ebene als auch die Rückübertragung auf die Ebene der Mitgliedsstaaten geboten ist.

Antrag A073-Ä003

Änderungsantrag zu A073

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 812

812 erwarten wir einen Schutz der Grundrechte des Grundgesetzes und des Identitätskerns unserer deutschen

Antrag A073-Ä004

Änderungsantrag zu A073

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 813 - 814

813 Verfassung. Wir wollen deshalb, dass ~~die nationalen Verfassungsgerichte~~
814 ~~innerhalb des europäischen Verfassungsgerichtsverbunds gestärkt~~ der Dialog zwischen dem Europäischen Gerichtshof, dessen Richter von den nationalen Regierungen benannt werden, und den nationalen Verfassungsgerichten gestärkt wird.

Antrag A073-Ä005

Änderungsantrag zu A073

Antragsteller/in:	Junge Union

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 813

813 Verfassung und wollen sicherstellen, dass die vertragliche Kompetenzverteilung stetig überprüft und die Einhaltung wirksam kontrolliert wird. Wir wollen deshalb, dass die nationalen Verfassungsgerichte

Antrag A073-Ä006

Änderungsantrag zu A073

Antragsteller/in:	BezV Niederrhein
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 814

814 innerhalb des europäischen Verfassungsgerichtsverbunds gestärkt werden~~.~~ und die Einrichtung eines europäischen Kompetenzgerichtshofes, der mit Richtern nationaler Verfassungsgerichte und Richtern des Europäischen Gerichtshofes besetzt ist und europäische Rechtsakte auf Kompetenzverletzungen prüft.

Begründung

Es ist weitgehend unstreitig, dass der Europäische Gerichtshof seiner Aufgabe, EU-Rechtsakte darauf zu überprüfen, ob die EU für sie überhaupt eine Kompetenz hat, kaum nachkommt. Wenn wir die Akzeptanz der europäischen Integration erhalten wollen und vermeiden wollen, dass immer mehr nationale Gerichte europäische Normen und Entscheidungen als „ultra vires“ einfach ignorieren, braucht es eine neue Prüfungsinstanz, die aufgrund ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür bietet, dass hier eine ernsthafte Zuständigkeitprüng stattfindet.

Antrag A073-Ä007

Änderungsantrag zu A073

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 814

814 innerhalb des europäischen Verfassungsgerichtsverbunds gestärkt werden. Dabei wissen wir: Die Respektierung des gemeinsamen europäischen Rechts ist ein hohes Gut. Das Recht sichert den Frieden. Dies ist die wichtigste erfahrung aus der europäischen Geschichte und die größte Errungenschaft der europäischen Einigung, die zur Europäischen Union geführt hat - als einer Rechtsgemeinschaft, die sich gründet auf Frieden und Freiheit.

Begründung

Die Begründung ergibt sich aus der Formulierung.

Antrag A073-Ä008

Änderungsantrag zu A073

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 814

814 innerhalb des europäischen Verfassungsgerichtsverbunds gegenüber dem Europäischen Gerichtshof gestärkt werden.

Antrag A074: Zeile 815 - 827: Wir wollen die Handlungsfähigkeit der EU substanziell stärken

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 815 - 827 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

815 **Wir wollen die Handlungsfähigkeit der EU substanziell stärken.** Dazu
816 wollen wir die EU und ihre inneren Prozesse reformieren.
817 Entscheidungsverfahren sollen vereinfacht und beschleunigt werden, unter
818 anderem durch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und
819 Sicherheitspolitik. Zur Stärkung der Demokratie fordern wir ein Initiativrecht
820 des Europäischen Parlaments; Gesetzesvorschläge, die am Ende einer
821 Legislaturperiode nicht beschlossen sind, verfallen und müssen
822 gegebenenfalls neu eingebracht werden. Die Europäische Kommission soll
823 spürbar verkleinert werden. Die Instrumente der „verstärkten
824 Zusammenarbeit“ sollen im Sinne eines Europas der Pioniere häufiger
825 genutzt werden. Wir wollen die Europäische Politische Gemeinschaft
826 weiterentwickeln, um den Dialog über die Mitgliedstaaten der EU hinaus zu
827 vertiefen und die Nachbarschaftspolitik zu stärken.

Antrag A074-Ä001

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 815 - 827

~~815 **Wir wollen die Handlungsfähigkeit der EU substanziell stärken.** Dazu~~

816 ~~wollen wir die EU und ihre inneren Prozesse reformieren.~~
817 ~~Entscheidungsverfahren sollen vereinfacht und beschleunigt werden, unter~~
818 ~~anderem durch Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und~~
819 ~~Sicherheitspolitik. Zur Stärkung der Demokratie fordern wir ein Initiativrecht~~
820 ~~des Europäischen Parlaments; Gesetzesvorschläge, die am Ende einer~~
821 ~~Legislaturperiode nicht beschlossen sind, verfallen und müssen~~
822 ~~gegebenenfalls neu eingebracht werden. Die Europäische Kommission soll~~
823 ~~spürbar verkleinert werden. Die Instrumente der „verstärkten~~
824 ~~Zusammenarbeit“ sollen im Sinne eines Europas der Pioniere häufiger~~
825 ~~genutzt werden. Wir wollen die Europäische Politische Gemeinschaft~~
826 ~~weiterentwickeln, um den Dialog über die Mitgliedstaaten der EU hinaus zu~~
827 ~~vertiefen und die Nachbarschaftspolitik zu stärken.~~

Wir wollen die Handlungsfähigkeit der EU verbessern. Deshalb muss die Europäische Union sich nach dem Subsidiaritätsprinzip ausrichten und zurückhalten, wo die Mitgliedstaaten eigenständig handeln können. Zur Stärkung der Demokratie fordern wir ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments; Gesetzesvorschläge, die am Ende einer Legislaturperiode nicht beschlossen sind, verfallen und müssen gegebenenfalls neu eingebracht werden. Die Europäische Kommission soll spürbar verkleinert werden. Die Instrumente der „verstärkten Zusammenarbeit“ sollen im Sinne eines Europas der Pioniere häufiger genutzt werden. Wir wollen die Europäische Politische Gemeinschaft weiterentwickeln, um den Dialog über die Mitgliedstaaten der EU hinaus zu vertiefen und die Nachbarschaftspolitik zu stärken.

Begründung

Wir Christdemokraten wollen, dass die Europäische Union nach dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung und dem Subsidiaritätsprinzip funktioniert.

Antrag A074-Ä002

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 816 - 819

816 wollen wir die EU und ihre inneren Prozesse reformieren.
817 Entscheidungsverfahren sollen vereinfacht und beschleunigt werden, unter
818 anderem durch ~~Mehrheitsentscheidungen in~~die vermehrte Anwendung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit. In der Außen- und
819 Sicherheitspolitik sollen Mehrheitsentscheidungen die Regel werden. Zur Stärkung der Demokratie fordern wir ein Initiativrecht

Antrag A074-Ä003

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen, KV Hannover-Land, KV Main-Taunus
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 818

818 anderem durch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und

Begründung

Es ist richtig zu betonen, dass wir wegkommen müssen vom Einstimmigkeitsprinzip in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Allerdings sollte vielmehr der Mechanismus der qualifizierten Mehrheit anstatt der einfachen Mehrheit genutzt werden. Damit würde auch der Größe der Mitgliedsstaaten Rechnung getragen. Gerade mit Blick auf eine erweiterte Europäische Union sollten wir als Deutsche daran ein großes Interesse haben.

Antrag A074-Ä004

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	KV Duesseldorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 819 - 820

819 Sicherheitspolitik. ~~Zur Stärkung der Demokratie fordern wir ein Initiativrecht~~
820 ~~des Europäischen Parlaments;~~
Gesetzesvorschläge, die am Ende einer

Begründung

Begründung: 1.) Ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments wurde die Europäisierung vieler Politikfelder angesichts des sehr diffusen und dehnbaren Kompetenzkatalogs zulasten des Subsidiaritätsprinzips noch beschleunigen. 2.) Die jetzige Aufgabenteilung der Organe ist nicht demokratiewidrig, sondern folgt einer Gewaltenteilungslehre, die zwischen Debattieren/Initiative (Kommission), Entscheiden (Parlament und Rat) und Ausführen (Kommission/Nationalstaaten) unterscheidet. 3.) Ein Initiativrecht dient nicht der Demokratieförderung, sondern verlangt als Voraussetzung der Durchsetzung des Demokratieprinzips durch die gleichberechtigte Repräsentation der Bürger aller Mitgliedstaaten. Derzeit besteht ein hohes Maß an Ungleichheit zwischen den Bürgern verschiedener Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Zahl der Abgeordneten. Insofern ist das Europäische Parlament nicht z.B. mit dem Bundestag vergleichbar.

Antrag A074-Ä005

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 819

819 Sicherheitspolitik. Der Parlamentsvorbehalt beim Einsatz der Bundeswehr im Ausland steht auch in diesem Fall nicht zur Disposition. Zur Stärkung der Demokratie fordern wir ein Initiativrecht

Begründung

Es sollte hier klargestellt werden, dass der Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee, der konstitutiv für das Selbstverständnis auch der Bundeswehr selbst ist, von uns nicht in Frage gestellt wird.

Antrag A074-Ä006

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 820 - 822

820 des Europäischen ~~Parlaments; Gesetzesvorschläge, die am Ende einer~~
821 ~~Legislaturperiode nicht beschlossen sind, verfallen und müssen~~
822 ~~gegebenenfalls neu eingebracht werden~~Parlaments. Die Europäische Kommission soll

Begründung

Ist bereits durch GO des EU-Parlaments hinreichend in Art. 240 geregelt.

Antrag A074-Ä007

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 822 - 823

822 gegebenenfalls neu eingebracht werden. ~~Die Europäische Kommission soll~~
823 ~~spürbar verkleinert werden~~An dem Prinzip, dass jeder Mitgliedsstaat mit Stimmrecht in der EU-Kommission vertreten ist, wollen wir festhalten. Wir können uns eine Weiterentwicklung in Richtung Senior und Junior Kommissare vorstellen, um insgesamt eine stärkere Fokussierung innerhalb der EU-Kommission zu ermöglichen. Die Instrumente der „verstärkten

Antrag A074-Ä008

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 822 - 823

822 gegebenenfalls neu eingebracht werden. ~~Die Europäische~~Die Strukturen der Europäischen Kommission ~~soll~~

823 , insbesondere des Beamtenapparats, sollen spürbar ~~verkleinert werden~~verschlankt und besser vernetzt werden, um die Arbeit effizienter und transparenter zu gestalten. Die Instrumente der „verstärkten

Antrag A074-Ä009

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zeile 822

822 gegebenenfalls neu eingebracht werden. Mittelfristig benötigen wir auf dem Weg zu einer stärkeren Europäischen Einigung eine deutlich höhere Orientierung der Sitze, die den einzelnen Staaten im Europäischen Parlament zustehen, an den Bevölkerungszahlen. Perspektivisch sollen am Ende europäische Parteien in einem echten Parlament nach dem Prinzip „one man, one vote“ antreten. Die Europäische Kommission soll

Begründung

Die massive Ungleichheit des Stimmwertes ist undemokratisch und kann daher nur eine „Brückentechnologie“ sein, die mit einer Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments zurückgefahren werden muss. Ziel muss ein Parlament sein, dass am Ende des Prozesses komplett unabhängig von Nationalstaaten ist; deren Interessen werden weiterhin in anderen europäischen Gremien, insbesondere dem Rat der Europäischen Union, vertreten.

Antrag A074-Ä010

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 824

824 Zusammenarbeit“ sollen im Sinne eines Europas der ~~Pioniere~~Gründer häufiger

Antrag A074-Ä011

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 825 - 826

825 genutzt werden. Wir wollen die Europäische Politische Gemeinschaft

826 mit einer

parlamentarischen Vertretung weiterentwickeln, um den Dialog über die Mitgliedstaaten der EU hinaus zu

Begründung

Die Europäische Politische Gemeinschaft ist ein gutes Modell um die Europäische Nachbarschaftspolitik auf neue Beine zu stellen. Allerdings sollte für uns klar sein, dass dieser Austausch nicht nur auf Ebene der Staats- und Regierungschefs erfolgt, sondern auch mit einer parlamentarischen Vertretung untermauert werden muss. Dies ist für uns essentiell im Rahmen der Weiterentwicklung.

Antrag A074-Ä012

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 825

825 genutzt werden. Zu Verwirklichung substantieller Reformvorschläge unterstützen wir die Einberufung eines europäischen Konvents. Wir wollen die Europäische Politische Gemeinschaft

Begründung

Viele der im Grundsatzprogramm vorgeschlagenen Reformideen benötigen eine Änderung der Verträge, die über die Aktivierung von Passarelle-Klauseln hinaus gehen. Daher greifen wir die Forderung des Europäischen Parlaments für einen neuen Konvent auf.

Antrag A074-Ä013

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 827

827 vertiefen und die Nachbarschaftspolitik zu stärken. Diese neue Nachbarschaftspolitik wollen wir mit konkreten Partnerschaften auf Augenhöhe in den Bereichen Migration, Energie und Sicherheit ausbauen.

Begründung

Wollen wir eine neue Nachbarschaftspolitik prägen, gilt es die Partnerschaft auf Augenhöhe mit einem Geben und Nehmen zu prägen. Dies werden wir nur schaffen, wenn wir auch konkret benennen, welche Themen für uns hierzu im nächsten Jahrzehnt essentiell sind und von der Europäischen Union nur mit ihren Nachbarstaaten gelöst werden können.

Antrag A074-Ä014

Änderungsantrag zu A074

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 827

827 vertiefen und die Nachbarschaftspolitik zu stärken. Diese neue Nachbarschaftspolitik wollen wir mit konkreten Partnerschaften auf Augenhöhe in den Bereichen Migration, Energie und Sicherheit ausbauen.

Begründung

Wollen wir eine neue Nachbarschaftspolitik prägen gilt es die Partnerschaft auf Augenhöhe mit einem Geben und Nehmen zu prägen. Dies werden wir nur schaffen, wenn wir auch konkret benennen welche Themen für uns hierzu im nächsten Jahrzehnt essenziell sind und von der Europäischen Union nur mit ihren Nachbarstaaten gelöst werden können.

Antrag A075: Zeile 828 - 835: Das Versprechen der europäischen Integration für Beitrittskandidaten muss realistisch sein

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

828 **Das Versprechen der europäischen Integration für Beitrittskandidaten**
829 **muss realistisch sein.** Es darf keine Abstriche bei den Beitrittskriterien
830 geben. Der Weg sollte schrittweise und mehrstufig über den Zugang zum
831 Binnenmarkt, die Gewährung der vier Grundfreiheiten, die Teilnahme an
832 europäischen Programmen sowie die Gewährung des Beobachterstatus hin
833 zur Mitgliedschaft in der EU führen. Jeder Schritt soll auch für sich
834 genommen als dauerhafter Status im Sinne einer engeren
835 nachbarschaftlichen Partnerschaft möglich sein.

Antrag A075-Ä001

Änderungsantrag zu A075

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 835

835 nachbarschaftlichen Partnerschaft möglich sein. Dies gilt insbesondere für die Türkei, für die es jenseits einer EU-Vollmitgliedschaft um den Aufbau einer neuen partnerschaftlichen Zusammenarbeit gehen muss.

Begründung

Die Gespräche mit der Türkei sind schon seit Jahren festgefahren. Die Entwicklungen in diesem Kandidatenland gipfelten in der neuen türkischen Verfassung, die dem Präsidenten alle Staatsmacht zuspricht. Damit wurden Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weitgehend abgeschafft. Mit einem Land, in dem Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ausgehebelt wird und wo Oppositionelle, Regierungskritiker und Journalisten verfolgt, erhaftet und zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt werden, kann die EU nicht über einen Beitritt verhandeln.

Gleichzeitig ist die Türkei ein wichtiger Nachbarstaat, mit dem die EU eine ganze Reihe von Interessen teilt, wie etwa den Kampf gegen den islamistischen Terror und das Bestreben um Energieversorgungssicherheit. Die insgesamt gut funktionierende Zollunion, ist eine denkbare Basis für die künftigen EU-Türkeibeziehungen. Allerdings wollen wir auch diese wirtschaftliche Zusammenarbeit an strenge Kriterien knüpfen: Die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und von Rechtsstaatlichkeit sind für uns unabdingbar.

Antrag A075-Ä002

Änderungsantrag zu A075

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 835

835 nachbarschaftlichen Partnerschaft möglich sein. Wir wissen, dass wir geopolitische Erweiterungen brauchen, um die Stärke Europas zu erhalten. Die Idee eines Europas mehrerer Geschwindigkeiten ist bereits heute Realität und muss vor diesem Hintergrund weitergedacht werden.

Begründung

Bereits seit mehr als einem Jahrzehnt geben wir den Staaten des westlichen Balkans eine Perspektive in der Europäischen Union und stellen doch fest, dass neben den langwierigen Beitrittsprozessen andere autokratische Akteure in der Region Fuß fassen. Immer häufiger heißt es in politischen Gesprächen "When we talk to china we get an airport. When we talk to the EU we get a lecture.".

Was es daher braucht ist eine Vision für Europa und eine echte Beitrittsperspektive. Das Grundsatzprogramm sollte daher deutlich machen, dass wir geopolitische Erweiterungen (Westbalkan, Moldau, Ukraine) brauchen, aber auch wissen, dass die Beitrittsprozesse zu lange

dauern. Es braucht daher eine Vorstufe als "assoziierte Mitgliedschaft" oder "Mitgliedschaft light", mit weniger Rechten aber auch Pflichten als die Vollmitglieder, um die Staaten auf dem Weg in die Europäische Union stärker an uns zu binden und den Einfluss anderer Akteure in der Region zu begrenzen. Denn russische oder chinesische Satelliten in der direkten Nachbarschaft oder sogar mitten in der EU können nicht in unserem Interesse sein.

Während wir bei Vertiefungsprozessen, wie selbstverständlich, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten (Schengen, Euro, PESCO, etc.) bleiben wir beim Einstieg in die Europäische Union bei unseren sehr hohen Hürden. Es gilt hier neu zu denken.

Antrag A075-Ä003

Änderungsantrag zu A075

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 835

835 nachbarschaftlichen Partnerschaft möglich sein. Die EU muss durch notwendige Reformen erweiterungsfähig gemacht werden noch.

Antrag A075-Ä004

Änderungsantrag zu A075

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 835

835 nachbarschaftlichen Partnerschaft möglich sein. Nur europäische Länder sollten Vollmitglied der EU werden können. Einen Beitritt der Türkei lehnen wir ab.

Begründung

Der Änderungsantrag folgt der Positionierung des letzten Grundsatzprogramms von 2007. Unsere Ablehnung eines Türkei-Beitritts hat sich seither bestätigt.

Antrag A075-Ä005

Änderungsantrag zu A075

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 835

835 nachbarschaftlichen Partnerschaft möglich sein. Wir wissen, dass wir geopolitische Erweiterungen brauchen, um die Stärke Europas zu erhalten. Die Idee eines Europas mehrerer Geschwindigkeiten ist bereits heute Realität und muss vor diesem Hintergrund weitergedacht

werden.

Begründung

Bereits seit mehr als einem Jahrzehnt geben wir die Staaten des westlichen Balkans eine Perspektive in der Europäischen Union und stellen doch fest, dass neben den langwierigen Beitrittsprozessen andere autokratische Akteure in der Region Fuß fassen. Immer häufiger heißt es in politischen Gesprächen „When we talk to china we get an airport. When we talk to the EU we get a lecture.“Was es daher braucht, ist eine Vision für Europa und eine echte Beitrittsperspektive. Das Grundsatzprogramm sollte daher deutlich machen, dass wir geopolitische Erweiterungen (Westbalkan, Moldau, Ukraine) brauchen, aber auch wissen, dass die Beitrittsprozesse zu lange dauern. Es braucht daher eine Vorstufe als „assoziierte Mitgliedschaft“ oder „Mitgliedschaft light“, mit weniger Rechten, aber auch Pflichten als die Vollmitglieder, um die Staaten auf dem Weg in die Europäische Union stärker an uns zu binden und den Einfluss anderer Akteure in der Region zu begrenzen. Denn russische oder chinesische Satelliten in der direkten Nachbarschaft oder sogar mitten in der EU können nicht in unserem Interesse sein. Während wir bei Vertiefungsprozessen, wie selbstverständlich, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten (Schengen, Euro, PESCO, etc.) agieren, bleiben wir beim Einstieg in die Europäische Union bei unseren sehr hohen Hürden. Es gilt hier neu zu denken.

Antrag A075-Ä006

Änderungsantrag zu A075

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 835

835 nachbarschaftlichen Partnerschaft möglich sein. Für uns muss klar sein, dass ein Beitritt in die Europäische Union erst vollzogen werden darf, wenn alle Kopenhagener Kriterien erfüllt sind. Um gleichzeitig eine stärkere Einbindung von Beitrittskandidaten zu ermöglichen und diese zur Vorbereitung eines Beitritts in gemeinsame politische und wirtschaftliche Abstimmungsprozesse bereits während des Beitrittsverfahrens besser einbinden zu können, wollen wir ein abgestuftes Beitrittsverfahren einrichten. Beitrittskandidaten, die noch nicht alle Kriterien eines Beitritts erfüllt haben, sollen in den EU-Gremien einen Beobachterstatus erhalten und an den Entscheidungsprozessen mit beratender Stimme teilnehmen.

Antrag A076: Zeile 836 - 849: Wir treten entschieden für eine Stabilitäts- und Wachstumsunion ein

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 847 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

Wir treten entschieden für eine Stabilitäts- und Wachstumsunion ein. Wir wollen eine verantwortungsvolle Finanzpolitik in Europa. Eine Schulden- und Haftungsunion lehnen wir kategorisch ab. Den Stabilitätsmechanismus wollen wir zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln. Auch Mittel aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus und einem zukünftigen Europäischen Währungsfonds können nur unter eindeutigen Konditionen vergeben werden. Weitere Ziele sind die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion, die Weiterentwicklung der europäischen Fiskalregeln im Sinne einer vorsorgenden Haushaltspolitik, die konsequente Sanktionierung von Verstößen gegen die Stabilitätskriterien und die Einführung von Insolvenzverfahren für Mitgliedstaaten. Die Europäische Zentralbank muss unabhängig bleiben. Sie darf keine monetäre Staatsfinanzierung betreiben. Eine Weiterentwicklung des einmaligen europäischen Wiederaufbaufonds zu einer Transferunion lehnen wir ab.

Antrag A076-Ä001

Änderungsantrag zu A076

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 838 - 842

Haftungsunion lehnen wir kategorisch ab. ~~Den Stabilitätsmechanismus wollen wir zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln. Auch Mittel aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus und einem zukünftigen Europäischen Währungsfonds können nur unter eindeutigen Konditionen vergeben werden~~Wir wollen den europäischen Stabilitätsmechanismus erhalten. Weitere Ziele sind die Vollendung der

Antrag A076-Ä002

Änderungsantrag zu A076

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 843 - 844

Banken- und Kapitalmarktunion~~, die Weiterentwicklung der europäischen~~ unter Beachtung der Interessen der Sparkassen und Genossenschaftsverbände, die Weiterentwicklung der europäischen Fiskalregeln im Sinne einer vorsorgenden Haushaltspolitik, die konsequente

Begründung

Sparkassen und Genossenschaftsverbände sind in der EU ein Solitär und den "normalen" Geschäftsbanken ein Dorn im Auge. Sie erfüllen aber einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag vor Ort.

Antrag A076-Ä003

Änderungsantrag zu A076

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 845 - 846

845 Sanktionierung von Verstößen gegen die Stabilitätskriterien ~~und die~~
846 ~~Einführung von Insolvenzverfahren für Mitgliedstaaten~~. Die Europäische

Begründung

Die positive Entwicklung Griechenlands hat gezeigt, dass diese Forderung falsch ist. Sie bietet Finanzhaien nur Angriffsflächen.

Antrag A076-Ä004

Änderungsantrag zu A076

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 849

849 wir ab.

Die EZB darf aus Gründen der Stabilität nicht zum Instrument von Staatsfinanzierung werden, auch nicht indirekt. Deshalb lehnen wir künftig Kaufprogramm von Staatsanleihen auch aus zweiter Hand ab.

Begründung

Die Programme haben in letzter Zeit zu einer erheblichen Steigerung der Geldmenge und damit zur Inflationsgefahr beigetragen, wie die Bilanzentwicklung der EZB zeigt.

Antrag A076-Ä005

Änderungsantrag zu A076

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 849

849 wir ab.

Wir wollen Europa sozial gestalten. Gute Arbeit und sozialer Friede sind elementar für die

Wettbewerbsfähigkeit. Der europäische Binnenmarkt kann nur mit einem europäischen Arbeitsmarkt und mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erfolgreich sein. Wir glauben an das europäische Sozialmodell als Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Ein wirksamer sozialer Dialog ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Sozialpolitik. Wir wollen soziale Mindeststandards, um gleiche Ausgangsbedingungen für EU-Bürger und Unternehmen sicherzustellen und den sozialen Zusammenhalt in Europa zu stärken. Die Transformation der europäischen Wirtschaft gelingt dann, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Entscheidungen beteiligt werden.

Antrag A077: Zeile 850 - 856: Wir brauchen eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

850 **Wir brauchen eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur.** Die
851 Staaten der EU müssen auf dem Feld der inneren Sicherheit enger
852 zusammenrücken. Die für die Prävention und Strafverfolgung relevanten
853 Daten müssen zwischen den Polizei- und Sicherheitsbehörden so umfassend
854 und schnell wie möglich ausgetauscht werden können. Wir wollen Europol zu
855 einem „europäischen FBI“ weiterentwickeln. Die operativen polizeilichen
856 Befugnisse sollen weiter bei den Mitgliedstaaten liegen.

Antrag A077-Ä001

Änderungsantrag zu A077

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 854 - 855

854 und schnell wie möglich ausgetauscht werden können. Wir wollen Europol ~~zu~~
855 ~~einem „europäischen FBI“~~dementsprechend weiterentwickeln. Die operativen polizeilichen

Begründung

Der Begriff „europäischer FBI“ ist entbehrlich und sollte daher gestrichen werden. Er würde in der Bevölkerung möglicherweise kontraproduktiv wirken.

Antrag A078: Zeile 857 - 872: Eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet

Antragsteller/in:	Bundesvorstand

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

857 **Eine Gesellschaft, die zusammenhält und**
858 **Chancen eröffnet**

859 Wir Christdemokraten lassen uns leiten von dem Respekt vor der
860 Individualität der Person. Wir schätzen die Vielfalt der Menschen. Aus dieser
861 Vielfalt Zusammenhalt und Gemeinschaft zu schaffen, das ist seit jeher unser
862 Anspruch, aus ihr ergibt sich unsere Stärke als Volkspartei.

863 Wir vertrauen den Menschen und wir trauen ihnen etwas zu.

864 Unsere Welt wird immer unübersichtlicher und schneller. Menschen sehnen
865 sich in ihr nach Geborgenheit und Sicherheit. Wir leben aber auch in einer
866 Welt, die Freiheiten gibt und voller Möglichkeiten ist. Unsere Politik will
867 Orientierung und Zuversicht geben. Unsere Politik will ermutigen. Unsere
868 Politik will zusammenführen.

869 Wir bieten ein Leitbild für eine Gemeinschaft, in der niemand allein gelassen
870 wird und in der jeder Mensch Respekt erfährt. Wir bieten ein Leitbild für eine
871 Gesellschaft, die gemeinsam in eine bessere Zukunft geht.

872 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Antrag A078-Ä001

Änderungsantrag zu A078

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 859

859 Wir Christdemokraten lassen uns leiten von ~~dem Respekt~~der Achtung vor der

Begründung

Der Begriff „Respekt“ ist von der SPD im letzten Bundestagswahlkampf okkupiert und sollte deshalb nicht verwendet werden.

Antrag A078-Ä002

Änderungsantrag zu A078

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 865 - 866

865 sich in ihr nach Geborgenheit und Sicherheit. Wir leben ~~aber auch in einer~~
866 ~~Welt~~in einem
Land, d~~ie~~as Freiheiten gibt und voller Möglichkeiten ist. Unsere Politik will

Begründung

In großen Teilen der Welt gibt es keine Freiheiten.

Antrag A078-Ä003

Änderungsantrag zu A078

Antragsteller/in:	BezV Ostfriesland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 866 - 867

866 Welt, die Freiheiten gibt und voller Möglichkeiten ist. Unsere Politik ~~will~~
867 gibt Orientierung und Zuversicht ~~geben~~. Unsere Politik will ermutigen. Unsere

Begründung

Zeile 866-867
Der Bundesparteitag möge beschließen:
Streiche: „Unsere Politik will Orientierung und Zuversicht geben."
Setze: „Unsere Politik gibt Orientierung und Zuversicht."
Begründung: Wir haben nicht nur die Absicht, den Menschen Orientierung und Zuversicht zu geben, sondern wir tun dies mit unserer Politik.

Antrag A078-Ä004

Änderungsantrag zu A078

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 867 - 868

867 Orientierung und Zuversicht geben. Unsere Politik will und muss ermutigen. Unsere
868 Politik will und muss zusammenführen.

Antrag A078-Ä005

Änderungsantrag zu A078

Antragsteller/in:	KV Hagen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 871

871 Gesellschaft, die gemeinsam in eine bessere Zukunft geht. Wenn der gesellschaftliche

Zusammenhalt gefährdet wird und privates Engagement diese Lücken nicht füllen kann, sorgt der Staat als Mitgestalter des Wandels für die Zukunftsfähigkeit

Begründung

Der Staat wirkt mit seinen Gliederungen im Auftrag und zum Wohle der Menschen. Besonders an den Stellen, wo Subsidiarität nicht mehr hinreichend ordnend wirkt da globale Rahmenbedingungen die Wirkmacht nationaler Akteure limitieren, ist staatliches Handeln gefragt.

Antrag A078-Ä006

Änderungsantrag zu A078

Antragsteller/in:	LV Saar
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A142

Zeile 871

871 Gesellschaft, die gemeinsam in eine bessere Zukunft geht. Dabei stehen wir in der Tradition vieler sozialpolitischer Entscheidungen, die maßgeblich zur Ausgestaltung unserer sozialen Ordnung beigetragen haben. Auch für die Zukunft gilt es, soziale Gerechtigkeit in unserem Land zu verwirklichen. Dabei müssen sozialpolitische Leistungen immer wieder auf ihre Wirksamkeit hin überprüft, Fehlentwicklung vermieden und neue Prioritäten benannt werden, um Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Zeitgemäße Sozialpolitik reicht weit hinaus über den Aspekt finanzieller Transferleistung.

Begründung

Die CDU Saar plädiert dafür, in Anlehnung und Fortschreibung bisheriger Programmaussagen „soziale Gerechtigkeit“ als wichtigen Grundwert der CDU Deutschlands stärker zu betonen, als dies im vorliegenden Entwurf der Fall ist.

Antrag A079: Zeile 873 - 895: Unser einigendes Band

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A058-Ä015
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 874 - 895 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

873 **Unser einigendes Band**

874 **Deutschland braucht Mut zu seiner Leitkultur.** Je vielfältiger und pluraler
875 eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes, das
876 diejenigen miteinander verbindet, die in ein und demselben Land leben. Zu

unserer Leitkultur gehören insbesondere die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und der daraus folgenden Grund- und Menschenrechte, das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und zur Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der Schutz von Minderheiten. Unsere Leitkultur umfasst mehr als das Grundgesetz. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche, des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur und Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung gelingen. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Wer diese Leitkultur lebt und die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, den laden wir ein. Wir erwarten ein ausdrückliches Bekenntnis zu unseren Werten, Grundsätzen und Regeln. ~~Eine über Generationen hinweg vererbte~~Die doppelte ~~Staatsbürgerschaft lehnen wir ab und~~Staatsbürgerschaft muss die Ausnahme bleiben, insbesondere soll sie künftig nicht mehr über Generationen weitervererbt werden. Wir sprechen uns für einen Generationenschnitt aus~~, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt~~.

Antrag A079-Ä001

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Muenster
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 874 - 895

~~**Deutschland braucht Mut zu seiner Leitkultur.** Je vielfältiger und pluraler eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes, das diejenigen miteinander verbindet, die in ein und demselben Land leben. Zu unserer Leitkultur gehören insbesondere die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und der daraus folgenden Grund- und Menschenrechte, das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und zur Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der Schutz von Minderheiten. Unsere Leitkultur umfasst mehr als das Grundgesetz. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche, des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur~~

~~und Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung gelingen. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Wer diese Leitkultur lebt und die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, den laden wir ein. Wir erwarten ein ausdrückliches Bekenntnis zu unseren Werten, Grundsätzen und Regeln. Eine über Generationen hinweg vererbte doppelte Staatsbürgerschaft lehnen wir ab und sprechen uns für einen Generationenschnitt aus, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt.~~

Das Bekenntnis zu den Verfassungswerten des Grundgesetzes ist das Bekenntnis zum Menschen in seiner ganzen Andersartigkeit und Vielfalt. Freiheit, Recht, die Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Religion, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Schutz von Minderheiten und Respekt vor der Freiheit der anderen sind die wichtigsten Elemente einer Kultur, die unsere Gesellschaft zusammenhält. Wir alle tragen staatsbürgerliche Verantwortung dafür, dass sie gelebt werden kann.

Das Grundgesetz gewährleistet Pluralität und Verschiedenheit innerhalb der Wertordnung der Verfassung. Es garantiert in Art. 4 GG die Religionsfreiheit. Insofern gehören alle in Deutschland gelebten Religionen zu Deutschland. Für das Zusammenleben gilt das für alle verbindliche Recht. Das Recht geht im Konfliktfall religiös oder kulturell begründeten Verhaltensanforderungen vor. Für den erforderlichen Rechtsgehorsam gibt es keinen Kultur- oder Religionsrabatt.

Wir haben viele Möglichkeiten, Gemeinsamkeiten zu entdecken. Damit wir das können, ist Deutsch als gemeinsame Sprache so wichtig. Die allgemeine Schulpflicht verbindet alle Kinder und Jugendlichen. Sportvereine verbinden Menschen unterschiedlicher Religionen oder Konfessionslose. So wird der Rahmen des Grundgesetzes mit vielen Netzen gefüllt, die untereinander durch unzählige Überlappungen miteinander verknüpft sind. Weil wir auf mannigfaltige Weise verschieden sind, haben wir untereinander genügend Gemeinsamkeiten für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Besonders wichtig dabei sind Menschen, die sich ehrenamtlich für andere und die Gemeinschaft engagieren. Als CDU wollen wir die Verknüpfungen zwischen den Unterschiedlichen fördern. Denn ein Wir-Gefühl und gegenseitiges Vertrauen entsteht nur durch gemeinsame Gespräche und gemeinsames Tun. Ohne Wir-Gefühl kein Heimatgefühl. Verordnen lässt sich beides nicht.

Mit Israel verbindet Deutschland eine besondere Verantwortung. Wir erwarten deshalb von allen deutschen Staatsbürgern und von allen, die das werden wollen, dass sie sich zum Existenzrecht Israels bekennen.

Wer deutscher Staatsbürger werden will, muss sich zu unserer Verfassung bekennen und sich verpflichten, Recht und Gesetz einzuhalten. Eine über Generationen hinweg vererbte doppelte Staatsbürgerschaft lehnen wir ab und sprechen uns für einen Generationenschnitt aus, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt.

Begründung

Es hat in den letzten 20 Jahren, immer wieder Versuche gegeben, den Begriff „Leitkultur“

einzuführen. Eine deutsche „Leitkultur“ solle den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Angesichts zunehmender Vielfalt in einer Einwanderungsgesellschaft werde eine „Leitkultur“ erforderlich. Das Bekenntnis zur Verfassung und Rechtsgehorsam reichten nicht aus, sagt man.

Der Begriff einer „Leitkultur“, das hat auch die Debatte im Jahr 2017 wieder gezeigt, ist mehrdeutig, missverständlich und missbrauchsanfällig. Er spaltet, statt zusammenzuführen.

1. „Leitkultur“ ist mehrdeutig. Es bleibt offen, ob sich „Leitkultur“ von Kultur unterscheidet und worin. Es bleibt offen, ob die Aufzählung dessen, was dazugehören soll, abschließend oder beispielhaft gemeint ist. Es bleibt offen, wer das Recht hat, zu definieren, was zur „Leitkultur“ gehört. Es bleibt offen, worauf sich dieses Recht gründen soll.
2. „Leitkultur“ ist missverständlich. Soll „Leitkultur“ verbindlich sein? Dafür sprechen die Passagen im Programmentwurf im Zusammenhang mit der Einbürgerung oder Formulierungen wie „ohne Wenn und Aber“. Aber verbindlich in einem Rechtsstaat ist nur das Recht. Was soll daraus folgen, wenn jemand sich nicht an die „Leitkultur“ hält? Das Recht regelt, was aus Verstößen gegen Regeln folgt. Das Grundgesetz schützt kulturelle und weltanschauliche Vielfalt in unserer pluralistischen Gesellschaft. Inwieweit wird diese grundgesetzlich garantierte kulturelle Freiheit durch eine „Leitkultur“ eingeschränkt? Und auf welcher Rechtsgrundlage?
3. „Leitkultur“ ist missbrauchsanfällig. „„Deutsche Leitkultur - Islamfreie Schulen“ hat ein AfD-Plakat mit fröhlichen Kindern getextet. Weil der Begriff mehrdeutig und missverständlich ist, kann er von Verfassungsfeinden so missbraucht werden. Der Begriff „Leitkultur“ wäre aber auch Einfallstor und „Ermächtigungsgrundlage“ für weniger übergriffige Versuche, die kulturelle Freiheiten einzuschränken. „Leitkultur“ spaltet, statt zusammenzuführen.

„Der freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, lautet das berühmte Böckenförde-Diktum. Das CDU-Grundsatzprogramm sollte diese Einsicht nicht durch eine „Leitkultur“ ignorieren, die vor- und übergesetzliche Verbindlichkeit beansprucht. Der Begriff sollte im Grundsatzprogramm nicht verwendet werden. Die damit verknüpften Erwartungen - das Stiften von gesellschaftlichem Zusammenhalt - lassen sich mit dem nachfolgenden Änderungsantrag besser erreichen.

Antrag A079-Ä002

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Lingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 874 - 895

874 ~~**Deutschland braucht Mut zu seiner Leitkultur.** Je vielfältiger und pluraler~~
875 ~~eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes, das~~
876 ~~diejenigen miteinander verbindet, die in ein und demselben Land leben. Zu~~
877 ~~unserer Leitkultur gehören insbesondere die Achtung der Würde jedes~~
878 ~~einzelnen Menschen und der daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,~~
879 ~~das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und zur~~
880 ~~Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die~~
881 ~~Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der~~

~~Schutz von Minderheiten. Unsere Leitkultur umfasst mehr als das Grundgesetz. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche, des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur und Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung gelingen. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Wer diese Leitkultur lebt und die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, den laden wir ein. Wir erwarten ein ausdrückliches Bekenntnis zu unseren Werten, Grundsätzen und Regeln. Eine über Generationen hinweg vererbte doppelte Staatsbürgerschaft lehnen wir ab und sprechen uns für einen Generationenschnitt aus, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt.~~

Begründung

Die Bedeutung des Grundgesetzes sollte nicht geschmälert werden. Es ist Grundlage unserer Staatsordnung und unserer Identität. Die darüber hinausgehende Leitkultur fußt auf dem Grundgesetz. Daraus entsteht das Wertefundament Deutschlands. Aus diesem Grunde sollte auch nicht die Leitkultur im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die daraus entstehenden Werte, an denen sich alle Mitbürgerinnen und Mitbürger halten und mit denen wir uns identifizieren wollen.

Antrag A079-Ä003

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Lingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 874 - 883

Deutschland braucht ~~Mut zu seiner Leitkultur~~gemeinsame Werte. Je vielfältiger und pluraler eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes, das diejenigen miteinander verbindet, die in ein und demselben Land leben. ~~Zu unserer Leitkultur gehören~~Dazu gehört insbesondere die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und der daraus folgenden Grund- und Menschenrechte, das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und zur Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der Schutz von Minderheiten. Unsere Leitkultur ~~umfasst mehr als das~~ fußt auf dem Grundgesetz. ~~Sie umfasst~~Dies ist die Grundlage deutscher Werte. Wir brauchen aber auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und

Begründung

Die Bedeutung des Grundgesetzes sollte nicht geschmälert werden. Es ist Grundlage unserer Staatsordnung und unserer Identität. Die darüber hinausgehende Leitkultur fußt auf dem Grundgesetz. Daraus entsteht das Wertefundament Deutschlands. Aus diesem Grunde sollte auch nicht die Leitkultur im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die daraus entstehenden Werte, an denen sich alle Mitbürgerinnen und Mitbürger halten und mit denen wir uns identifizieren wollen.

Antrag A079-Ä004

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 874 - 895

874 ~~**Deutschland braucht Mut zu seiner Leitkultur.**~~**Wir setzen auf einen weltoffenen Patriotismus.** ~~Je vielfältiger und pluraler~~
875 ~~eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes, das~~
876 ~~diejenigen miteinander verbindet, die in ein und demselben Land leben. Zu~~
877 ~~unserer Leitkultur gehören insbesondere die Achtung der Würde jedes~~
878 ~~einzelnen Menschen und der daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,~~
879 ~~das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und zur~~
880 ~~Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die~~
881 ~~Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der~~
882 ~~Schutz von Minderheiten. Unsere Leitkultur umfasst mehr als das~~
883 ~~Grundgesetz. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von~~Wir sind stolz auf Deutschland. Deutschland ist unsere Heimat ~~und~~
884 , die uns Zugehörigkeit~~, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine~~
885 ~~unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche~~
886 ~~Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche,~~
887 ~~des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur~~
888 ~~und Sprache sowie unserer~~ und Orientierung, Vertrautheit und Geborgenheit gibt. Wir sind stolz auf unser vielfältiges kulturelles Erbe, die abwechslungsreiche Natur- und Kulturlandschaft, das lebendige Brauchtum. Wir stehen für einen weltoffenen Patriotismus, der selbstbewusst unsere reiche parlamentarische Geschichte und ~~der daraus resultierenden~~
889 ~~Verantwortung gelingen. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört~~
890 ~~ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Wer diese Leitkultur lebt und die~~
891 ~~deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, den laden wir ein. Wir~~
892 ~~erwarten ein ausdrückliches Bekenntnis zu unseren Werten, Grundsätzen~~
893 ~~und Regeln. Eine~~ Freiheitstradition pflegt, aber im Wissen um unsere historische Schuld nicht das eigene Land über ~~Generationen hinweg vererbte doppelte~~
894 ~~Staatsbürgerschaft lehnen wir ab und sprechen uns für einen~~
895 ~~Generationenschnitt aus, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt~~andere stellt. Für uns sind Schwarz, Rot und Gold die Farben des Hambacher Festes, der Paulskirche und der Deutschen Einheit, die Farben unserer Demokratie und Republik. Sie stehen für Einigkeit und Recht und

Freiheit als prägende Leitideen unseres Staates. Unsere nationalen Symbole wollen wir im öffentlichen Leben stärken. Der 23. Mai als Tag des Grundgesetzes soll nationaler Gedenktag mit einer „Rede zur Lage der Nation“ werden.

Begründung

Absätze Z 896ff. und Z 874ff. tauschen: Weltoffener Patriotismus vor Leitkultur.

Antrag A079-Ä005

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 876 - 877

876 diejenigen miteinander verbindet, die in ein und demselben Land leben. ~~Zu~~
877 ~~unserer~~Zur deutschen Leitkultur gehören insbesondere die Achtung der Würde jedes

Begründung

Wer genau ist mit „uns“ gemeint? Zur Verständlichkeit sollte hier klar auf die deutsche Leitkultur hingewiesen werden, damit dies auch in den folgenden Passagen klar wird.

Antrag A079-Ä006

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Bochum
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 878 - 879

878 einzelnen Menschen und der daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
879 der selbstverständliche Gebrauch der Deutschen Sprache,
das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und zur

Begründung

Der gemeinsame Gebrauch der Deutschen Sprache ist Teil der Leitkultur und sollte entsprechend mit aufgenommen werden.

Antrag A079-Ä007

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 880 - 891

Meinungs- und Religionsfreiheit, die ~~Trennung von Staat und Kirche, die~~ religiöse und weltanschauliche Neutralität des Staates, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der Schutz von Minderheiten. Unsere Leitkultur ~~umfasst mehr als das~~ spiegelt sich im Grundgesetz~~. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche, des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur und Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung gelingen. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Wer diese Leitkultur~~ und lebt ~~und die~~ von Voraussetzungen, die unser Staat nicht selbst schaffen kann. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche, des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur und Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung gelingen. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Wer diese Leitkultur achtet und die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, den laden wir ein. Wir

Begründung

- Die Verkürzung des Satzes „Es besteht keine Staatskirche“ des Artikels 137 Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung in Verbindung mit Artikel 140 des Grundgesetzes mit der Formulierung „Trennung zwischen Kirche und Staat“ wird der vom Bundesverfassungsgericht beschriebenen „hinkenden“ Trennung von Staat und Kirche (BVerfGE 42, 312) nicht gerecht. Die Fortgeltung der Eigenschaft von Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts nach Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 137 Absatz 5 Satz 1 der Weimarer Reichsverfassung passt nicht zu dem Bild einer strikten Trennung zwischen Staat und Kirche.

- Im strengen Sinne kann es nur eine Verpflichtung auf das Grundgesetz (GG) geben. Hoheitliches Handeln des Staates in einem Rechtsstaat bedarf im Übrigen immer einer gesetzlichen Grundlage. Die heutigen Voraussetzungen einer Einbürgerung auf Antrag sind in § 10 des Staatsangehörigkeitsgesetzes geregelt. Das Bekenntniswird nach Absatz 1 Nummer 1 auf die „freiheitlich demokratische Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland“ konzentriert. Nach Nummer 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes werden aus gutem Grund bloße „Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland“ als eine Voraussetzung für eine Einbürgerung verlangt. Begriffe, wie „Bewusstsein von Heimat“, werden möglicherweise sehr unterschiedlich beschrieben und können auch deshalb auch nicht bekenntnismäßig eingefordert werden. Dabei soll es auch bleiben.

- Der Begriff der "Achtung" in dem Änderungsvorschlag ist mehr als bloße "Kenntnis", aber weniger als "Bekenntnis".

Antrag A079-Ä008

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 882 - 883

882 Schutz von Minderheiten. Unsere ~~Leitkultur umfasst mehr als das~~
883 europäisch geprägte Leitkultur spiegelt sich im Grundgesetz wider. Sie lebt vor allem von Voraussetzungen, die unser Staat nicht selbst schaffen kann. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und

Antrag A079-Ä009

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 882 - 895

882 Schutz von Minderheiten. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Unsere Leitkultur umfasst mehr als das
883 Grundgesetz. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und
884 Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine
885 unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche
886 Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche,
887 des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur
888 und Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden
889 Verantwortung gelingen. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört
890 ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Wer diese Leitkultur lebt und die
891 deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, den laden wir ein. Wir
892 erwarten ein ausdrückliches Bekenntnis zu unseren Werten, Grundsätzen
893 und Regeln. ~~Eine über Generationen hinweg vererbte~~Die dauerhafte doppelte
894 ~~Staatsbürgerschaft lehnen wir ab und sprechen uns für einen~~
895 ~~Generationenschnitt aus, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt~~Staatsbürgerschaft muss die Ausnahme bleiben. Sie soll künftig nicht mehr über viele Generationen weitervererbt werden.

Antrag A079-Ä010

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 882 - 886

882 Schutz von Minderheiten. ~~Unsere Leitkultur umfasst mehr als das~~
883 ~~Grundgesetz. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und~~
884 ~~Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine~~
885 ~~unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche~~
886 Eine deutsche
Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche,

Begründung

Der Leitkulturbegriff soll integrierend wirken. Dafür muss er sich an den Werten des Grundgesetzes orientieren.

Antrag A079-Ä011

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 882 - 888

882 Schutz von Minderheiten. ~~Unsere Leitkultur umfasst mehr als das~~
883 ~~Grundgesetz. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und~~
884 ~~Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine~~
885 ~~unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche~~
886 Eine deutsche
Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer ~~Traditionen und Bräuche,~~
887 ~~des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur~~
888 ~~und~~ Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden

Begründung

Der verkürzte Satz betont die beiden entscheidenden Aspekte für gelingende Integration: Eine gemeinsame Sprache sprechen und ein gemeinsam

Antrag A079-Ä012

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 883 - 884

883 Grundgesetz. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat ~~und~~
884 ~~Zugehörigkeit,~~ ,
das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine

Begründung

Antrag A079-Ä013

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 886 - 888

886 Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer ~~Traditionen und Bräuche,~~
887 ~~des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur~~
888 ~~und~~ Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden

Begründung

Der verkürzte Satz betont die beiden entscheidenden Aspekte für gelingende Integration: Eine gemeinsame Sprache sprechen und ein gemeinsames historisches Bewusstsein entwickeln. Der Satz heißt dann: „Eine deutsche Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung gelingen.

Antrag A079-Ä014

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Main-Taunus
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 890 - 891

890 ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Wer diese Leitkultur ~~lebt und die~~
891 achtet und die
deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, den laden wir ein. Wir

Begründung

Der Begriff der Leitkultur umfasst nach den Zeilen 882ff „mehr als das Grundgesetz“ und auch etwas, „das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann“. Hoheitliches Handeln des Staates in einem Rechtsstaat bedarf aber immer einer gesetzlichen Grundlage. Die heutigen Voraussetzungen einer Einbürgerung auf Antrag sind in § 10 des Staatsangehörigkeitsgesetzes geregelt. Das Bekenntnis wird nach Absatz 1 Nummer 1 auf die „freiheitlich demokratische Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland“ konzentriert. Nach Nummer 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes werden aus gutem Grund bloße „Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland“ als eine Voraussetzung für eine Einbürgerung verlangt. Begriffe, wie „Bewusstsein von Heimat“, werden möglicherweise sehr unterschiedlich beschrieben und können auch deshalb auch nicht bekenntnismäßig eingefordert werden. Dabei soll es auch bleiben. Der Begriff der „Achtung“

in dem Änderungsvorschlag ist mehr als bloße „Kenntnis“, aber weniger als „Bekenntnis“.

Antrag A079-Ä015

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 893 - 895

893 und Regeln. Eine ~~über Generationen hinweg vererbte~~ doppelte
894 Staatsbürgerschaft lehnen wir ab ~~und sprechen uns für einen~~
895 ~~Generationenschnitt aus, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt~~. Ausnahmen sind nur restriktiv zuzulassen und auf individuelle Einzelfallentscheidungen zu beschränken.

Antrag A079-Ä016

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 893 - 895

893 und Regeln. Eine über Generationen hinweg vererbte doppelte
894 Staatsbürgerschaft lehnen wir ebenso ab ~~und~~wie eine staatlich geförderte für Nicht-EU-Ausländer. Wir sprechen uns für einen
895 Generationenschnitt aus, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt. Doppelte EU-Staatsbürgerschaften bleiben hiervon unberührt.

Antrag A079-Ä017

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 894 - 895

894 Staatsbürgerschaft lehnen wir ab und sprechen uns für ~~einen~~
895 ~~Generationenschnitt~~die Wiedereinführung der Optionspflicht aus~~, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt~~. Kinder ausländischer Eltern müssen sich mit Vollendung des 21. Lebensjahrs für einen Pass entscheiden.

Antrag A079-Ä018

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 895

895 Generationenschnitt aus, der spätestens bei der ~~Enkelgeneration~~hier geborenen Generation ansetzt.

Antrag A079-Ä019

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 895

895 Generationenschnitt aus, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt. Dies muss sich auf alle Formen der doppelten Staatsbürgerschaft beziehen, auch solche, die EU-Doppelstaatsbürgerschaften oder anderweitige betreffen.

Begründung

Eine Staatsbürgerschaft ist etwas Wichtiges und Heiliges, das ein klares Bekenntnis zu unserem Land erfordert.

Die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft muss aus unserer Sicht konsequenterweise alle Formen beziehungsweise Länder umfassen. Ausnahmeregelung für EU-Bürger oder Menschen mit einer US-Staatsbürgerschaft stehen im Widerspruch zum Gleichbehandlungsgebot.

Aus Rücksicht und Respekt vor der Lebens- und Integrationsleistung – die mehr zählen sollte, als die räumliche Herkunft - vieler Menschen, vor allem der Gastarbeitergenerationen, die seit Jahrzehnten hier leben und zum Wohl dieser Gesellschaft beitragen, muss die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft alle betreffen und nicht einige privilegieren.

Antrag A079-Ä020

Änderungsantrag zu A079

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 895

895 Generationenschnitt aus~~, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt~~.

Begründung

Integration muss sofort mit Zuzug beginnen. Jedes Aufweichen dieser Regeln macht die Integration schwieriger.

Antrag A080: Zeile 896 - 909: Wir setzen auf einen weltoffenen Patriotismus

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 896 - 909 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

896 **Wir setzen auf einen weltoffenen Patriotismus.** Wir sind stolz auf
897 Deutschland. Deutschland ist unsere Heimat, die uns Zugehörigkeit und
898 Orientierung, Vertrautheit und Geborgenheit gibt. Wir sind stolz auf unsere vielfältige Kultur und unser
899 ~~vielfältiges~~ kulturelles Erbe, die abwechslungsreiche Natur- und
900 Kulturlandschaft, unsere christlichen Traditionen und das lebendige Brauchtum. Wir stehen für einen weltoffenen
901 Patriotismus, der selbstbewusst unsere reiche parlamentarische Geschichte
902 und Freiheitstradition pflegt, aber im Wissen um unsere historische Schuld
903 und die daraus resultierende Verantwortung nicht das eigene Land über andere stellt. Für uns sind Schwarz, Rot und Gold
904 die Farben des Hambacher Festes, der Paulskirche und der Deutschen
905 Einheit, die Farben unserer Demokratie und Republik. Sie stehen für
906 Einigkeit und Recht und Freiheit als prägende Leitideen unseres Staates.
907 Unsere nationalen Symbole wollen wir im öffentlichen Leben stärken. Der 23.
908 Mai als Tag des Grundgesetzes soll nationaler Gedenktag mit einer „Rede zur
909 Lage der Nation“ werden.

Antrag A080-Ä001

Änderungsantrag zu A080

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, KV Main-Taunus
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 896 - 908

896 **Wir setzen auf einen weltoffenen Patriotismus.** Wir sind stolz auf
897 Deutschland. Deutschland ist unsere Heimat, die uns Zugehörigkeit und
898 Orientierung, Vertrautheit und Geborgenheit gibt. Wir sind stolz auf unser
899 vielfältiges kulturelles Erbe, die abwechslungsreiche Natur- und
900 Kulturlandschaft, **die christlichen Traditionen und** das lebendige Brauchtum. Wir stehen für einen weltoffenen
901 Patriotismus, der selbstbewusst unsere reiche parlamentarische Geschichte
902 und Freiheitstradition pflegt, aber im Wissen um unsere historische Schuld
903 nicht das eigene Land über andere stellt. Für uns sind Schwarz, Rot und Gold
904 die Farben des Hambacher Festes, der Paulskirche und der Deutschen
905 Einheit, die Farben unserer Demokratie und Republik. Sie stehen für
906 Einigkeit und Recht und Freiheit als prägende Leitideen unseres Staates.

907 Unsere nationalen Symbole wollen wir im öffentlichen Leben stärken. Der 23.
908 Mai als Tag des Grundgesetzes soll nationaler Gedenktag mit einer „Rede zur

Begründung

An dieser Stelle sollte bekräftigt werden, dass die christlichen Traditionen, die auch und gerade das Feiertagsrecht in den Ländern prägen, eine besondere Bedeutung haben [siehe beispielsweise Regelungen zu den „stillen Feiertagen“ (wie z.B. Karfreitag).

Antrag A080-Ä002

Änderungsantrag zu A080

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 896 - 909

896 ~~**Wir setzen auf einen weltoffenen Patriotismus**~~**Deutschland braucht Mut zu seiner Leitkultur**.~~Wir sind stolz auf~~
897 ~~Deutschland. Deutschland ist unsere Heimat, die uns Zugehörigkeit und~~
898 ~~Orientierung, Vertrautheit und Geborgenheit gibt. Wir sind stolz auf unser~~
899 ~~vielfältiges kulturelles Erbe, die abwechslungsreiche Natur- und~~
900 ~~Kulturlandschaft, das lebendige Brauchtum. Wir stehen für einen weltoffenen~~
901 ~~Patriotismus, der selbstbewusst unsere reiche parlamentarische Geschichte~~
902 ~~und Freiheitstradition pflegt, aber im Wissen um unsere historische Schuld~~
903 ~~nicht das eigene~~Je vielfältiger und pluraler eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes, das diejenigen miteinander verbindet, die in ein und demselben Land ~~über andere stellt. Für uns sind Schwarz, Rot und Gold~~
904 ~~die Farben des Hambacher Festes, der Paulskirche und der Deutschen~~
905 ~~Einheit, die Farben unserer Demokratie und Republik~~leben. Zu unserer Leitkultur gehören insbesondere die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und der daraus folgenden Grund- und Menschenrechte, das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und zur Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der Schutz von Minderheiten. Unsere Leitkultur umfasst mehr als das Grundgesetz. Sie ~~stehen für~~
906 ~~Einigkeit und Recht und Freiheit als prägende Leitideen unseres Staates.~~
907 ~~Unsere nationalen Symbole wollen wir im öffentlichen Leben stärken. Der 23.~~
908 ~~Mai als Tag des Grundgesetzes soll nationaler Gedenktag mit einer „Rede zur~~
909 ~~Lage der Nation“ werden~~umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche, des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur und Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung gelingen. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Unsere Leitkultur ist nichts Beliebiges, aber auch nicht in Stein gemeißelt.

Es noch zu regeln, durch wen und durch welches Verfahren die Merkmale der Leitkultur so definiert werden, dass ein eindeutiges Bekenntnis möglich ist. Unsere Leitkultur könnte z. B. vom Deutschen Ethikrat vorformuliert und im Parlament debattiert und verabschiedet werden; mindestens alle 5 Jahre wäre eine Überprüfung und ggf. Aktualisierung vorzunehmen. Unsere Leitkultur gibt uns allen Orientierung, uns bei unserer eigenen Sozialisation und den Zugewanderten bei ihrer Integration. Wer diese Leitkultur lebt und die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, den laden wir ein. Eine über Generationen hinweg vererbte doppelte Staatsbürgerschaft lehnen wir ab.

Begründung

Absätze Z 896ff. und Z 874ff. tauschen: Weltoffener Patriotismus vor Leitkultur.

Keine Leitkultur ist in Stein gemeißelt, ist etwas Statisches. Die Weltoffenheit unseres Patriotismus (siehe Absatz davor) führt zwangsläufig dazu, dass sich auch unsere Leitkultur, dass wir Deutschen uns immer mal wieder wandeln/neu erfinden; manches Mal merken wir es, manchmal nicht...

Ein ausdrücklich abverlangtes Bekenntnis zur deutschen Leitkultur bleibt solange hohl, wie es nicht wirklich verstanden und verinnerlicht wurde. Es bleibt es ein reichlich wertfreies Lippenbekenntnis; vielleicht bloß um einer Formalie zu genügen. Welchen Wert hätte das für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Ein solches „ausdrückliches Bekenntnis“ wird man Zusammenhalt fördernd nicht um-/durchsetzen können. Jedem Zugewanderten, ist der jeweils aktuelle Text der deutschen Leitkultur auszuhändigen (auch in seiner Sprache). Man kann sich ‚feierlich‘ als symbolischen Akt den Erhalt quittieren lassen. Man kann sich auch bestätigen lassen, dass der Empfänger den Inhalt verstanden hat; falls nicht, sollte man Fragen erklären bzw. weitere Informationen (FAQs, auch auf einer website, auch in mehreren Sprachen) anbieten/nachreichen.

Antrag A080-Ä003

Änderungsantrag zu A080

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 898 - 903

898 Orientierung, Vertrautheit und Geborgenheit gibt. Wir sind stolz auf ~~unser~~
899 ~~vielfältiges~~unsere
vielfältige Kultur und kulturelles Erbe, die abwechslungsreiche Natur- und
900 Kulturlandschaft, das lebendige Brauchtum. Wir stehen für einen weltoffenen
901 Patriotismus, der selbstbewusst unsere reiche parlamentarische Geschichte
902 und Freiheitstradition pflegt, aber im Wissen um unsere historische Schuld
903 und die daraus resultierende Verantwortung
nicht das eigene Land über andere stellt. Für uns sind Schwarz, Rot und Gold

Antrag A080-Ä004

Änderungsantrag zu A080

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 902 - 903

902 und Freiheitstradition pflegt, ~~aber~~ im Wissen um unsere historische ~~Schuld~~
903 Verantwortung
nicht das eigene Land über andere stellt. Für uns sind Schwarz, Rot und Gold

Begründung

Die jetzt lebenden Generationen sind von Schuld nicht betroffen. Der Begriff der Verantwortung appelliert dagegen dauerhaft auch an jetzige und zukünftige Generationen. (Vergleiche dazu auch die Formulierung in Zeile 1045)

Antrag A081: Zeile 910 - 920: Deutschland lebt vom Ehrenamt

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 910 - 915 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 916 - 920 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

910 **Deutschland lebt vom Ehrenamt.** Ohne Ehrenamt ist in Stadt und Land kein
911 Staat zu machen. Die gesellschaftliche Leistung ist keine
912 Selbstverständlichkeit. Es wird Zeit, Kraft und Herzblut geschenkt - im Sport,
913 in Freiwilligen Feuerwehren, Technischem Hilfswerk und
914 Hilfsorganisationen, im sozialen Bereich, bei der Integration, für den Umwelt- und Naturschutz, für die Kultur, die Kirchen, die Heimat und in der Politik.
915 Ehrenamtlich tätige Frauen und Männer gehören zu den wertvollsten Stützen
916 einer lebendigen Demokratie. Wir wollen, dass ihre Leistung Respekt, Unterstützung und größere
917 gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Wir wollen ihre Arbeit erleichtern,
918 indem wir insbesondere Rechtsvorschriften und die Förderlandschaft vereinfachen und
919 ~~übertriebene~~zu weitreichende Haftungsregeln abbauen. Der Mensch gehört in den
920 Mittelpunkt, nicht das Ausfüllen von Formularen.

Antrag A081-Ä001

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 910 - 917

910 **Deutschland lebt vom Ehrenamt.** ~~Ohne Ehrenamt ist in Stadt und Land kein~~
911 ~~Staat zu machen. Die gesellschaftliche Leistung ist keine~~
912 ~~Selbstverständlichkeit. Es wird Zeit, Kraft und Herzblut geschenkt - im Sport,~~
913 ~~in Freiwilligen Feuerwehren, Technischem Hilfswerk und~~
914 ~~Hilfsorganisationen, im sozialen Bereich, für die Kultur und in der Politik.~~
915 Ehrenamtlich ~~tätige Frauen und Männer~~Tätige gehören zu den wertvollsten Stützen
916 einer lebendigen Demokratie. Ohne Ehrenamt ist in Stadt und Land kein Staat zu machen. Wir wollen, dass ihre unschätzbare Leistung größere
917 gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Wir wollen ihre Arbeit erleichtern,

Begründung

Die Aufzählung schließt weitere Ehrenämter u.U. ungewollt aus.

Antrag A081-Ä002

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 910 - 919

910 **Deutschland lebt vom Ehrenamt.** Ohne Ehrenamt ist in Stadt und Land kein
911 Staat zu machen. Die gesellschaftliche Leistung ist keine
912 Selbstverständlichkeit. Es wird Zeit, Kraft und Herzblut geschenkt - im Sport,
913 in Freiwilligen Feuerwehren, Technischem Hilfswerk und
914 Hilfsorganisationen, ~~im~~**im kirchlichen und** sozialen Bereich, für ~~die~~ Kultur und in der Politik.
915 Ehrenamtlich tätige Frauen und Männer gehören zu den wertvollsten Stützen
916 einer lebendigen Demokratie. Wir wollen, dass ihre Leistung größere
917 gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Wir wollen ihre Arbeit erleichtern,
918 indem wir Rechtsvorschriften und die Förderlandschaft vereinfachen und
919 übertriebene Haftungsregeln abbauen. Der Mensch gehört in den

Begründung

Der Beitrag von Kirche, Caritas und Diakonie wird im Abschnitt „Religionen geben Halt“ (Zeilen 1034) zwar ausführlich gewürdigt. Der hohe Stellenwert, der dem Ehrenamt dort zukommt, wird aber nicht beschrieben. Die dort beschriebenen Tätigkeiten werden teilweise oder ganz hauptberuflich ausgeübt. Deshalb ist eine Erwähnung des kirchlichen Bereichs im Abschnitt „Deutschland lebt vom Ehrenamt“ geboten.

Antrag A081-Ä003

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 913

913 in Freiwilligen Feuerwehren, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Technischem Hilfswerk und

Antrag A081-Ä004

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 914

914 Hilfsorganisationen, im sozialen Bereich, für die Kultur, im Naturschutz, bei der Integration und in der Politik.

Begründung

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel

Antrag A081-Ä005

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 914

914 Hilfsorganisationen, im sozialen Bereich, für die Kultur, Kirchen und in der Politik.

Antrag A081-Ä006

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 914

914 Hilfsorganisationen, im sozialen Bereich, für die Kultur und natürlichen Lebensgrundlagen und in der Politik.

Antrag A081-Ä007

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 914

914 Hilfsorganisationen, im sozialen und kirchlichen Bereich, für die Kultur und in der Politik.

Begründung

Auch das kirchliche Ehrenamt sollte hier genannt werden.

Antrag A081-Ä008

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	KV Siegen-Wittgenstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 914

914 Hilfsorganisationen, im sozialen Bereich, für die Heimat, die Kultur und in der Politik.

Begründung

angesichts der hohen Anzahl und Bedeutung von Heimatvereinen

Antrag A081-Ä009

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	KV Main-Taunus
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 914

914 Hilfsorganisationen, im kirchlichen und sozialen Bereich, für die Kultur und in der Politik.

Begründung

Der Beitrag von Kirche, Caritas und Diakonie wird im Abschnitt „Religionen geben Halt“ (Zeilen 1034) zwar ausführlich gewürdigt. Der hohe Stellenwert, der dem Ehrenamt dort zukommt, wird aber nicht beschrieben. Die dort beschriebenen Tätigkeiten werden teilweise oder ganz hauptberuflich ausgeübt. Deshalb ist eine Erwähnung des kirchlichen Bereichs im Abschnitt „Deutschland lebt vom Ehrenamt“ geboten.

Antrag A081-Ä010

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 915

915 Ehrenamtlich ~~tätige Frauen und Männer~~Tätige gehören zu den wertvollsten Stützen

Antrag A081-Ä011

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 916

916 einer lebendigen Demokratie. Wir wollen~~, dass~~ ehrenamtliche Arbeit erleichtern, sodass ihre Leistung größere

Antrag A081-Ä012

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	BezV Ostfriesland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 916

916 einer lebendigen Demokratie. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft, das Miteinander und Füreinander in unserem Land, sind wesentlich bestimmt und ermöglicht, durch den ehrenamtlichen und freiwilligen Einsatz und das Engagement von Millionen von Männern und Frauen. Sie verdienen Respekt und Unterstützung. Wir wollen, dass ihre Leistung größere

Begründung

Zeile 916
Der Bundesparteitag möge beschließen:
Ergänze nach: „... einer lebendigen Demokratie.“
Setze: „Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft, das Miteinander und Füreinander in unserem Land, sind wesentlich bestimmt und ermöglicht, durch den ehrenamtlichen und freiwilligen Einsatz und das Engagement von Millionen von Männern und Frauen. Sie verdienen Respekt und Unterstützung. “
Begründung: Das ehrenamtliche Engagement ist, neben der Familie, ein wesentlicher Faktor für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dies sollte das Grundsatzprogramm benennen. Da vielen ehrenamtlich tätigen nicht mehr der notwendige Respekt entgegengebracht, sondern ihr Tun als selbstverständliche Dienstleistung angesehen und sie zunehmender Kritik und Anfeindung ausgesetzt sind, sollte das Grundsatzprogramm auch den notwendigen für ihre Arbeit klar benennen.

Antrag A081-Ä013

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 917

917 gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung erfährt. Wir wollen ihre Arbeit erleichtern,

Begründung

Begründung: Die Formulierungen des Entwurfs sind nicht neu und es hat sich in den letzten Jahrzehnten an der Sachlage nichts Wesentliches geändert. Das ist umso schlimmer, als Ehrenamtliche unsere Gesellschaft am Laufen halten und unverzichtbare Leistungsträger neben den Hauptamtlichen darstellen. Oft arbeiten sie sogar flexibler und engagierter als bezahlte Arbeitskräfte.

Dennoch befinden sie sich auf einer abgeschlagenen Hierarchiestufe, was im Alltag oftmals deutlich wird. Stattdessen wären Respekt und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe dringend erforderlich, um das Potential angemessen zu nutzen.

Neben bürokratischen Erleichterungen, die bisher trotz vieler Versprechen nicht spürbar sind, muss an vielen Stellen auch über eine angemessene finanzielle Anerkennung neu nachgedacht werden, damit die Schere nicht noch weiter auseinander geht.

Dies gilt insbesondere auch für die ehrenamtliche politische Arbeit auf lokaler Basis.

Antrag A081-Ä014

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 918 - 919

918 indem wir Rechtsvorschriften und die Förderlandschaft vereinfachen ~~und~~
919 ~~übertriebene~~, zu weitreichende Haftungsregeln abbauen und Entlastungsmöglichkeiten für Unternehmen, die Angestellte für Ehrenämter freistellen, schaffen. Der Mensch gehört in den

Begründung

Im Vergleich zum öffentlichen Dienst erleben Unternehmen im privaten Sektor finanzielleBenachteiligungen für die Freistellung ehrenamtlich tätiger Arbeitnehmer. Diese Ungleichbehandlung wollen wir beenden.

Antrag A081-Ä015

Änderungsantrag zu A081

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 920

920 Mittelpunkt, nicht das Ausfüllen von Formularen.

Wir werden für den Bund einheitliche Förderrichtlinien erlassen, die die finanzielle Förderung von Organisationen, die sich nicht zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen, verbieten. Jede zu fördernde Organisation muss eine Demokratieerklärung unterschreiben, in der sie sich zum Grundgesetz sowie zum Existenzrecht Israels bekennt. Wenn sich

Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer einer geförderten Organisation extremistisch oder antisemitisch betätigen oder äußern, sollte keine öffentliche Förderung möglich sein. Doppelförderungen von Organisationen sind zu unterlassen, es wird dazu einFördertransparenzregister errichtet, in dem alle Förderungen des Bundes erfasst werden.

Antrag A082: Zeile 921 - 930: Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 921 - 930 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

921 **Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.**~~Wir verstehen~~
922 ~~Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als~~
923 ~~gesamtgesellschaftliche Aufgabe.~~ Dafür brauchen wir Teilhabe und Barrierefreiheit in allen
924 Lebensbereichen. ~~Dazu gehört für uns politische Partizipation und~~
925 ~~Selbstvertretung, auch im Ehrenamt. Wir sprechen uns für die~~
926 ~~Selbstbestimmung und das~~Die UN-Behindertenrechtskonvention ist dabei für uns Grundlage und Leitfaden. Das Wunsch- und Wahlrecht ~~von Menschen mit~~
927 ~~Behinderungen aus. Sie müssen an Bildung und am Arbeitsleben~~
928 ~~gleichberechtigt teilhaben können~~sowie individuelle Fähig- und Fertigkeiten wollen wir für ein selbst bestimmtes Leben weiter stärken. Die Belange der Eltern und Angehörigen von Menschen mit Behinderungen wollen wir unterstützen. Wir schätzen die professionelle Arbeit ~~in~~
929 ~~Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in~~
930 ~~Behindertenwerkstätten~~aller, die Menschen mit Behinderungen den Alltag erleichtern. Letztlich kann Inklusion nur gelingen, wenn sie in den Köpfen aller Menschen angekommen ist.

Antrag A082-Ä001

Änderungsantrag zu A082

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion, KV Heinsberg, KV Kiel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 921 - 930

921 **Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.**~~Wir verstehen~~
922 ~~Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als~~

~~gesamtgesellschaftliche Aufgabe.~~ Dafür brauchen wir Teilhabe und Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. ~~Dazu gehört für uns politische Partizipation und Selbstvertretung, auch im Ehrenamt. Wir sprechen uns für die Selbstbestimmung und das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen aus. Sie~~Menschen mit Behinderungen müssen insbesondere an Bildung und am Arbeitsleben gleichberechtigt teilhaben können. Dazu gehört auch eine bessere Durchlässigkeit in den ersten Arbeitsmarkt. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist für uns Grundlage und Leitfaden. Das Wunsch- und Wahlrecht sowie individuelle Fähig- und Fertigkeiten wollen wir für ein selbstbestimmtes Leben weiter stärken. Wir setzen uns für die Belange der Eltern und Angehörigen von Menschen mit Behinderungen ein. Wir schätzen die professionelle Arbeit ~~in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in Behindertenwerkstätten~~aller, die Menschen mit Behinderungen im Alltag unterstützen. Letztlich kann Inklusion nur gelingen, wenn sie in den Köpfen aller Menschen angekommen ist.

Begründung

Die Originalversion ist zwar nicht falsch, aber missverständlich. Vor allem vergisst sie die Angehörigen. Die Familien leisten eine unschätzbare und unbezahlbare Arbeit und müssen daher zwingend erwähnt werden. Stattdessen im Ausgangstext nur die Werkstätten für behinderte Menschen und deren Mitarbeiter zu erwähnen und ihnen zu danken, springt zu kurz. Es gibt noch viele andere Einrichtungen, die keine Werkstätten für behinderte Menschen sind, sich aber ebenfalls aufopferungsvoll um Menschen mit Behinderung kümmern. Zudem muss in diesem Absatz, der speziell den Bereich der Menschen mit Behinderungen beschreibt, zwingend die UN-Behindertenrechtkonvention genannt werden. Es wäre in diesem Absatz ein großer Fehler, diese nicht zu erwähnen.

Antrag A082-Ä002

Änderungsantrag zu A082

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, LV Nordrhein-Westfalen, LV Sachsen, BezV Aachen, KV Koeln
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 921 - 930

Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.~~Wir verstehen Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.~~ Dafür brauchen wir Teilhabe und Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. ~~Dazu gehört für uns politische Partizipation und Selbstvertretung, auch im Ehrenamt. Wir sprechen uns für die Selbstbestimmung und das~~Die UN-Behindertenrechtskonvention ist dabei für uns Grundlage und Leitfaden. Das Wunsch- und Wahlrecht ~~von Menschen mit Behinderungen aus. Sie müssen an Bildung und am Arbeitsleben~~

928 ~~gleichberechtigt teilhaben können~~sowie individuelle Fähig- und Fertigkeiten wollen wir für ein selbstbestimmtes Leben weiter stärken. Wir setzen uns für die Belange der Eltern und Angehörigen von Menschen mit Behinderungen ein. Wir schätzen die professionelle Arbeit ~~in~~
929 ~~Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in~~
930 ~~Behindertenwerkstätten~~aller, die Menschen mit Behinderungen im Alltag unterstützen. Letztlich kann Inklusion nur gelingen, wenn sie in den Köpfen aller Menschen angekommen ist.

Antrag A082-Ä003

Änderungsantrag zu A082

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 921 - 930

921 **Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.** ~~Wir verstehen~~
922 ~~Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als~~
923 ~~gesamtgesellschaftliche Aufgabe.~~ Dafür brauchen wir Teilhabe und Barrierefreiheit in allen
924 Lebensbereichen. ~~Dazu gehört für uns politische Partizipation und~~
925 ~~Selbstvertretung, auch im Ehrenamt. Wir sprechen uns für die~~
926 ~~Selbstbestimmung und das~~Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist dabei für uns Grundlage und Leitfaden. Das Wunsch- und Wahlrecht ~~von Menschen mit~~
927 ~~Behinderungen aus. Sie müssen an Bildung und am Arbeitsleben~~
928 ~~gleichberechtigt teilhaben können~~sowie individuelle Fähigkeiten und Fertigkeiten wollen wir für ein selbstbestimmtes Leben weiter stärken. Wir setzen uns für die Belange der Eltern und Angehörigen von Menschen mit Behinderungen ein. Wir schätzen die professionelle Arbeit ~~in~~
929 ~~Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in~~
930 ~~Behindertenwerkstätten~~aller, die Menschen mit Behinderungen im Alltag unterstützen. Letztlich kann Inklusion nur gelingen, wenn sie in den Köpfen aller Menschen angekommen ist.

Antrag A082-Ä004

Änderungsantrag zu A082

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 921 - 930

921 **Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.**~~Wir verstehen~~
922 ~~Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als~~
923 ~~gesamtgesellschaftliche Aufgabe.~~ Dafür brauchen wir Teilhabe und Barrierefreiheit in allen
924 Lebensbereichen. ~~Dazu gehört für uns politische Partizipation und~~
925 ~~Selbstvertretung, auch im Ehrenamt. Wir sprechen uns für die~~

926 ~~Selbstbestimmung und das~~
Die UN-Behindertenrechtskonvention ist dabei für uns Grundlage und Leitfaden. Das Wunsch- und Wahlrecht ~~von Menschen mit~~
927 ~~Behinderungen aus. Sie müssen an Bildung und am Arbeitsleben~~
928 ~~gleichberechtigt teilhaben können~~sowie individuelle Fähig- und Fertigkeiten wollen wir für ein selbstbestimmtes Leben weiter stärken. Wir setzen uns für die Belange der Eltern und Angehörigen von Menschen mit Behinderungen ein. Wir schätzen die professionelle Arbeit ~~in~~
929 ~~Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in~~
930 ~~Behindertenwerkstätten~~aller, die Menschen mit Behinderungen im Alltag unterstützen. Letztlich kann Inklusion nur gelingen, wenn sie in den Köpfen aller Menschen angekommen ist.

Antrag A082-Ä005

Änderungsantrag zu A082

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 921 - 930

921 **Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe~~.~~! ~~Wir verstehen~~**
922 ~~Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als~~
923 ~~gesamtgesellschaftliche Aufgabe.~~ Dafür brauchen wir Teilhabe und Barrierefreiheit in allen
924 Lebensbereichen. ~~Dazu gehört für uns politische Partizipation und~~
925 ~~Selbstvertretung, auch im Ehrenamt. Wir sprechen uns für die~~
926 ~~Selbstbestimmung und das~~Die UN-Behindertenrechtskonvention ist dabei für uns Grundlage und Leitfaden. Das Wunsch- und Wahlrecht ~~von Menschen mit~~
927 ~~Behinderungen aus. Sie müssen an Bildung und am Arbeitsleben~~
928 ~~gleichberechtigt teilhaben können~~sowie individuelle Fähig- und Fertigkeiten wollen wir für ein selbst bestimmtes Leben weiter stärken. Wir setzen uns für die Belange der Eltern und Angehörigen von Menschen mit Behinderungen ein. Wir schätzen die professionelle Arbeit ~~in~~
929 ~~Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in~~
930 ~~Behindertenwerkstätten~~aller, die Menschen mit Behinderungen im Alltag unterstützen. Letztlich kann Inklusion nur gelingen, wenn sie in den Köpfen aller Menschen angekommen ist.

Antrag A082-Ä006

Änderungsantrag zu A082

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 927 - 928

927 Behinderungen aus. Sie müssen an Bildung und am Arbeitsleben
928 , in der Freizeit und am Alltagsgeschehen gleichberechtigt teilhaben können. Wir schätzen die

professionelle Arbeit in

Begründung

Eine Reduzierung der Inklusion auf Bildung und Arbeit ist unzureichend.

Antrag A082-Ä007

Änderungsantrag zu A082

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 928 - 930

928 gleichberechtigt teilhaben können. ~~Wir schätzen die professionelle Arbeit in~~
929 ~~Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in~~
930 ~~Behindertenwerkstätten.~~

Begründung

In diesem Kapitel geht es um die Inklusion von Menschen mit Behinderungen - und nicht um das Engagement von jenen, die in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen arbeiten. Der kurz gehaltene Abschnitt zur Inklusion sollte auch nur Menschen mit Behinderungen vorbehalten sein.

Antrag A082-Ä008

Änderungsantrag zu A082

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 928 - 930

928 gleichberechtigt teilhaben können. Wir fördern die immer bessere Umsetzung der UN Konvention der Rechte der Menschen mit Behinderung in Deutschland. Wir schätzen die professionelle Arbeit in
929 den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in
930 ~~Behindertenwerkstätten~~den Werkstätten für behinderte Menschen. Hier setzen wir uns besonders für ein faires Lohnsystem für die Mitarbeitenden mit Behinderung ein. Außerdem unterstützen wir den Aufbau von Inklusionsunternehmen, in denen Menschen mit und ohne Behinderung unter den gleichen tariflichen Bedingungen arbeiten.

Begründung

1. In dem Grundsatzprogramm sollte es einen Bezug zur UN Konvention geben. Hier sind die umfassenden Rechte der Menschen mit Behinderung festgelegt. Die Umsetzung in Deutschland wird immer wieder über Staatenberichte gefördert. Diese geben eine gute Orientierung für die Förderung der Inklusion in Deutschland.

2. Der Begriff Behindertenwerkstätte ist altbacken und sollte hier nicht verwendet werden. Das klingt unprofessionell.
3. Das Programm sollte auch die geplante Reform des Lohnsystems für Mitarbeitende mit Behinderung eingehen. Die CDU hat in der Großen Koalition dazu ein Forschungsprojekt in Auftrag gegeben, in dem die Frage nach dem Mindestlohn für diese Personengruppe geprüft wurde. Die Ergebnisse und Empfehlungen zur Umsetzung liegen vor. Ohne hier zu viel vorweg zu nehmen sollte dieses Thema mit dem Versprechen aufgenommen werden, dass die CDU sich für ein faires Lohnsystem einsetzt.
4. In Inklusionsunternehmen arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung im gleichen Tarifsystem zusammen. Der Anteil der Mitarbeitenden mit Behinderung muss mindestens 40% betragen, damit diese als gemeinnützig anerkannt werden. Für den Minderleistungsausgleich gibt es für diese Unternehmen einen Zuschuss aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe. Dies ist ein gutes System, in dem vor allem Menschen mit nicht so hohen Hilfebedarfen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können.

Antrag A082-Ä009

Änderungsantrag zu A082

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 928 - 929

928 gleichberechtigt teilhaben können. Wir schätzen die professionelle Arbeit ~~in~~
929 innerhalb und außerhalb von
Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in

Antrag A082-Ä010

Änderungsantrag zu A082

Antragsteller/in:	KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 930

930 Behindertenwerkstätten. Inklusion muss vom Betroffenen her gedacht werden.

Begründung

In Fragen von Abschaffung von Förderschulen wie z.B. in Niedersachsen wurde gegen die Forderungen von Betroffenen, der Eltern und entsprechenden Pädagogen gehandelt, und sich auf europarechtliche, verpflichtende Vorgaben zurückgezogen.

Antrag A083: Zeile 931 - 946: Familien geben Sicherheit

Antragsteller/in:	Bundesvorstand

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 931 - 946 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

931 **Familien geben Sicherheit**

932 **Ehe und Familie sind Keimzelle unserer Gesellschaft.** Wir stehen zum
933 Leitbild von Ehe und Familie. Wir bekennen uns zu der Ehe als rechtlich
934 verbindliche und auf Dauer angelegte Ver~~antwortungsgemeinschaft~~bindung zweier
935 Menschen, die unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes steht.
936 Familien in Deutschland sind vielfältig~~. Dazu~~, dazu gehören auch
937 gleichgeschlechtliche Ehen, Alleinerziehende oder Patchworkfamilien. Jede
938 Familie ist einzigartig. Familie ist überall dort, wo Menschen miteinander
939 dauerhaft verbunden oder verwandt sind und verbindlich - auch über
940 Generationen hinweg - Verantwortung füreinander übernehmen. Familie ist
941 dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft füreinander
942 einstehen. In Familien werden Werte vermittelt und soziales Miteinander,
943 Partnerschaft und Solidarität ~~eingeübt~~geleistet. Hier wird der Sinn für Gerechtigkeit
944 geschärft und die Übernahme von Verantwortung für sich und andere ~~erlernt.~~
945 praktisch gelebt.
Damit sind Familien die Grundlage für den Zusammenhalt ~~unserer~~
946 ~~Gesellschaft. Familien geben Sicherheit.~~und die Zukunft unserer Gesellschaft.
Familien geben Sicherheit.

Antrag A083-Ä001

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 931

931 **Familien sollen geben Sicherheit**

Antrag A083-Ä002

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 932

932 **Ehe und Familie sind ~~Keimzelle~~das Fundament unserer Gesellschaft.** Wir stehen zum

Begründung

Das Wort Keimzelle soll durch Fundament ersetzt werden, weil Keimzelle negativ belastet ist.

Antrag A083-Ä003

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 933

933 Leitbild von Ehe und Familie. Wir bekennen uns ~~zu~~zum Ideal der Ehe als rechtlich

Begründung

Der Zusatz des Begriffs des „Ideals“ verdeutlicht, dass es in der Realität vielen Paaren leider nicht gelingt, diesem Ideal gerecht zu werden. Trennungen sind dann nicht selten ultima ratio. Manchmal sind Trennungen sogar eine Voraussetzung, um die gemeinsame Sorge für Kinder wieder herzustellen.

Antrag A083-Ä004

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 933 - 937

933 Leitbild von Ehe und Familie. Diese gilt es zu fördern. Wir bekennen uns zu der Ehe als rechtlich
934 verbindliche und auf Dauer angelegte Verantwortungsgemeinschaft zweier
935 Menschen, die unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes steht.
936 Familien in Deutschland sind vielfältig. ~~Dazu gehören auch~~
937 ~~gleichgeschlechtliche Ehen, Alleinerziehende oder Patchworkfamilien.~~ Jede

Antrag A083-Ä005

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 934

934 verbindliche und auf Dauer angelegte Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft zweier

Antrag A083-Ä006

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 936

936 Familien in Deutschland sind vielfältig~~. Dazu~~, dazu gehören auch

Antrag A083-Ä007

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 936 - 937

936 Familien in Deutschland sind vielfältig. ~~Dazu~~Insoweit gehören ~~auch~~
937 neben dem traditionellen Ehe- und Familienbild Vater, Mutter, Kind/Kinder auch gleichgeschlechtliche Ehen, Alleinerziehende oder Patchworkfamilien. Jede

Antrag A083-Ä008

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 937

937 gleichgeschlechtliche Ehen, Alleinerziehende, eheähnliche Lebensgemeinschaften oder Patchworkfamilien. Jede

Antrag A083-Ä009

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Stormarn
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 938 - 939

938 Familie ist einzigartig. Familie ist überall dort, wo Menschen ~~miteinander~~
939 ~~dauerhaft verbunden oder~~ verwandt und dauerhaft miteinander verbunden sind und verbindlich - auch über

Antrag A083-Ä010

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Braunschweig
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 942

942 einstehen. Ziel unserer Politik ist es, das "Ja" zu Kindern zu erleichtern. In Familien werden Werte vermittelt und soziales Miteinander,

Begründung

Die Zahl der Geburten in Deutschland ist im internationalen Vergleich sehr gering (Rang 199/228 in 2023). Die langen Jahre an geburtenschwachen Jahrgängen haben auch auf dem Arbeitsmarkt deutliche Spuren hinterlassen und zu einem gravierenden Fachkräftemangel geführt. Der Fachkräftemangel wird durch die Migration leicht gemindert, jedoch nicht behoben (vg. Verdi: „Fachkräftebedarf: Ausländische Fachkräfte nicht die Lösung, 8.4.2028; Institut der Deutschen Wirtschaft: Die IW-Arbeitsmarktfortschreibung, 27.01.2023). Trotz steigender Migration hat sich die Fachkräfteproblematik immer weiter verschärft. Eine steigende Geburtenrate hätte daher vielfältige positive Auswirkungen auf die Gesellschaft. Im Entwurf des Grundsatzprogramms sind einige Aspekte zur Verbesserung der Bedingungen für eine Entscheidung von Paaren für Kinder benannt (Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Kindern und Beruf, etc...) über diese selbstverständlichen und unbestritten notwendigen Maßnahmen sollten jedoch auch weitere Maßnahmen erwogen werden. Der Diskurs sollte auch von dem Framing Kinder wären schlecht für den Klimaschutz wieder entfernt werden (vgl. Handelsblatt: Keine Kinder fürs Klima? 8.5.2023). Vielmehr ist es geboten auch staatlicherseits zu unterstützen und zu fördern wenn die Entscheidung für Kinder honoriert wird. So hat Dänemark es mit einer „Do it for Denmark“ Kampagne geschafft die Geburtenrate wieder zu steigern und zeigt so, dass auch unübliche und weitergehende Maßnahmen betrieben werden sollten und erfolgreich sein können.

Antrag A083-Ä011

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 942

942 einstehen. Erziehungs- und Care-Arbeit ist gemeinsame Arbeit. In Familien werden Werte vermittelt und soziales Miteinander,

Antrag A083-Ä012

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 943 - 945

943 Partnerschaft und Solidarität ~~eingeübt~~geleistet. Hier wird der Sinn für Gerechtigkeit
944 geschärft und die Übernahme von Verantwortung für sich und andere ~~erlernt.~~
945 praktisch gelebt.

Damit sind Familien die Grundlage für den Zusammenhalt unserer

Antrag A083-Ä013

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 945 - 946

945 Damit sind Familien die Grundlage für den Zusammenhalt ~~unserer~~
946 und die Zukunft unserer
Gesellschaft. Familien geben Sicherheit.

Antrag A083-Ä014

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 945 - 946

945 Damit ~~sind Familien die Grundlage für~~fördern Familien den Zusammenhalt unserer
946 Gesellschaft. Familien ~~geben Sicherheit~~sollen
da Unterstützung erhalten, wo sie benötigt wird.

Begründung

Begründung: Familien sind selbstverständlich unverzichtbar und herzerwärmend, aber man sollte sie auch nicht durch die rosarote Brille sehen. Die Überschrift ist schon deshalb falsch, weil sich ja die Hälfte der Ehepaare scheiden lassen, wodurch die Familie für alle Beteiligten zerbricht. Auch in den übrigen Familien wird es nicht immer sicherzugehen, wenn man die Statistik der Gewalttaten in Familien betrachtet. Die CDU wirkt an dieser Stelle weltfremd. Es ist niemandem geholfen, wenn Politik Legenden bildet, anstatt die Realität der Menschen zu betrachten.

Richtig ist dagegen der (folgende) erste Satz dieses Absatzes, der als Überschrift fungieren kann.

Die Änderung und der Zusatz in Zeile 946 sind notwendig, um die Verantwortung von Politik deutlich zu machen, wenn Familie scheitert - konkret und zuverlässig.

Antrag A083-Ä015

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 946

946 Gesellschaft. Familien geben Sicherheit.

Familien sind die Zukunft. Eltern, die sich heute für Kinder entscheiden, leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Ihre Kinder sind die Fachkräfte von morgen, die mit ihrer Arbeit die Zukunft unseres Rentensystems sichern. Daher sollte der Beitrag der Eltern auch in unserem Rentensystem stärker berücksichtig werden. Analog zur Pflegeversicherung müssen auch Eltern von Kindern durch geringere Rentenbeiträge entlastet werden, so wie es auch bereits vom Bundesverfassungsgericht gefordert wurde.

Begründung

Die CDU ist die Familienpartei. Unsere Gesellschaft altert. Leider entscheiden sich viele Menschen heute gegen Kinder. Eltern stecken häufig im Beruf zurück und müssen zudem (trotz aller finanziellen Entlastungen) mit ihrem Einkommen die gesamten Familienausgaben stemmen. Durch den Kinderfreibetrag u. ä. sind die finanziellen "Belastungen" durch Kinder bei weitem nicht abgegolten. Mehrere hundert Euro für Klassenfahrten, 700 Euro für das Schul-Ipad und den teuren Urlaub in den Schulferien bezahlen Eltern aus ihrem Einkommen. Die CDU möchte eine gute und verlässliche Politik für Familien und ihre Kinder machen. Eltern, die sich heute für Kinder entscheiden, leisten einen wichtigen Beitrag, den wir und die Gesellschaft anerkennen sollten.

Antrag A083-Ä016

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 946

946 Gesellschaft. Familien geben Sicherheit. Wir tragen daher dafür Sorge, dass Eltern in ihrer bedeutsamen Erziehungsaufgabe auf qualifizierte und erreichbare Unterstützungsleistungen und Hilfen zurückgreifen können.

Begründung

Richtigerweise wird die Bedeutung von Familie in diesem Absatz des Grundsatzprogramms sehr betont. Eltern kommt eine sehr verantwortungsvolle und sehr bedeutsame Aufgabe zu. Die äußeren Rahmenbedingungen, Entwicklungen in der Familie und einzelner Familienmitglieder sowie konkrete Problemstellungen unterschiedlicher Art müssen von Eltern bewältigt werden. Damit dies im Sinne der Kinder gut gelingt, sind neben den im Programm genannten Handlungsbereichen wie Gleichberechtigung, Freiräume für Entwicklungsoptionen junger Menschen und Kinderbetreuung weitere sehr vielfältige Angebote von der Familienbildung bis hin zu konkreten Unterstützungen in Konfliktlagen erforderlich.

Antrag A083-Ä017

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	Senioren Union

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A085

Zeile 946

946 Gesellschaft. Familien geben Sicherheit.

Lebensleistung anerkennen, Solidarität erweisen

Ältere Menschen haben maßgeblich zum Wirtschaftswachstum in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg beigetragen. Sie sind mit ihrer Erfahrung ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Das Ehrenamt ist ohne sie um vieles ärmer. Ältere wollen an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben, technologischer Fortschritt darf nicht zur Ausgrenzung führen. Sinnstiftende Beschäftigungsmöglichkeiten, eine gute medizinische Versorgung genauso wie ein altersgerechtes Wohnumfeld sind Teilhabemöglichkeiten und beugen Einsamkeit im Alter vor. Eine angemessene finanzielle Absicherung im Alter ebenso wie bezahlbare Pflege verhindern Altersarmut und fördern ein eigenverantwortliches Leben. Wir werden unsere Handlungsansätze an den jeweiligen Lebenswirklichkeiten der verschiedenen Altersgruppen ausrichten und Generationengerechtigkeit als ausgewogenes Miteinander, das die Leistungen der älteren Generation genauso wertschätzt, wie die Handlungsnotwendigkeiten der nachwachsenden Generationen anerkennt, ausrichten.

Begründung

Die Lebensleistung und der Beitrag der älteren Generation sollen im Sinne von Würdigung, Mitgestaltung und Generationengerechtigkeit gesondert aufgegriffen werden.

Antrag A083-Ä018

Änderungsantrag zu A083

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 946

946 Gesellschaft. Familien geben Sicherheit. Ihr grundgesetzlicher Schutz darf nicht angetastet werden.

Antrag A084: Zeile 947 - 958: Wir arbeiten für ein Land, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht ist

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 949 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

Wir arbeiten für ein Land, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht ist. Unsere freiheitliche Gesellschaft fußt auf dem christlichen Verständnis vom Menschen, den Errungenschaften der Aufklärung und Emanzipation. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau und der gegenseitige Respekt voreinander folgen aus unserem Bild vom Menschen und prägen unser Verständnis von Partnerschaft im Zusammenleben in Ehe, Familie und Gesellschaft. Wir wollen eine moderne Gesellschaft, in der Frauen wie Männer gleichermaßen mitwirken, ihre Stärken und Kompetenzen entfalten können und wertgeschätzt werden. Sie müssen die besten Chancen auf eine gute Bildung, faire und gleiche Löhne, sichere Arbeitsplätze und beruflichen Aufstieg erhalten.

Antrag A084-Ä001

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	Lisa Schäfer, und 627 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 947 - 949

Wir arbeiten für ein Land, in dem die Gleichberechtigung ~~der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau~~ von Mann und Frau verwirklicht ist. Unsere freiheitliche Gesellschaft fußt auf den

Begründung

Die CDU Deutschlands tritt für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein. Gleichstellung lehnt die CDU Deutschland als Identitätspolitik ab, denn sie entwertet individuelle Stärken und Kompetenzen.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist nicht nur ein Verfassungsauftrag, sondern Grundlage einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft. Damit Menschen sich frei entfalten können, brauchen sie gleiche Startchancen (Gleichberechtigung) und keine vorgegebene Gleichheit im Ergebnis (Gleichstellung).

Gleichstellungspolitik ist Identitätspolitik. Sie reduziert Menschen auf Gruppenidentitäten und entwertet die Vielfalt individueller Perspektiven. Diese Sichtweise steht im Gegensatz zu den Werten der CDU als konservative, liberale und christlich-soziale Volkspartei. Als CDU nehmen wir Menschen so wie sie sind – mit ihren unterschiedlichen Begabungen und Interessen.

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin," so steht es im Artikel 3 des Grundgesetzes und das ist

unser Ziel als CDU Deutschlands.

Als konservative, liberale und christlich-soziale Volkspartei fördern wir Chancengerechtigkeit und ermöglichen Wahlfreiheit für verschiedene Lebensmodelle, ohne Bewertung oder Präferenzen.

Die Aufnahme des Gedankens der Gleichstellung in das neue Grundsatzprogramm würde die Diskurshoheit der politischen Mitbewerber links der Mitte akzeptieren. Stattdessen müssen wir ihnen auf Grundlage unserer Werte konsequent und argumentativ klar entgegentreten.

Antrag A084-Ä002

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 947 - 949

947 **Wir arbeiten ~~für ein~~in einem Land, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die ~~tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau~~ Chancengleichheit von Frau und Mann verwirklicht ist.** Unsere freiheitliche Gesellschaft fußt auf dem christlichen Verständnis vom Menschen, den

Begründung

1. Eine wesentliche Grundlage unserer Gesellschaft muss aus Sicht der CDU die christliche Ethik sein.
2. Eine zahlenmäßige, paritätische Gleichstellung von Frau und Mann in allen Teilen der Arbeitswelt wie auch der gesamten Gesellschaft lässt sich auch durch Quotierung nicht erreichen, weswegen Chancengleichheit der bessere Terminus ist.

Antrag A084-Ä003

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 947 - 949

947 **Wir arbeiten für ein Land, in dem ~~die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht ist.~~Männer und Frauen gleichberechtigt sind.** Unsere freiheitliche Gesellschaft fußt auf den

Antrag A084-Ä004

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 947 - 957

947 **Wir arbeiten für ein Land, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht ist.** Unsere freiheitliche Gesellschaft fußt auf dem christlichen Verständnis vom Menschen, den
950 Errungenschaften der Aufklärung und Emanzipation. Die
951 Gleichberechtigung von Mann und Frau und der gegenseitige Respekt
952 voreinander folgen aus unserem Bild vom Menschen und prägen unser
953 Verständnis von Partnerschaft im Zusammenleben in Ehe, Familie und
954 Gesellschaft. Wir wollen eine moderne Gesellschaft, in der Frauen wie
955 Männer gleichermaßen mitwirken, ihre Stärken und Kompetenzen entfalten
956 können und wertgeschätzt werden. Sie müssen die besten Chancen auf eine
957 gute Bildung, faire und gleiche Löhne, sichere Arbeitsplätze und beruflichen

Begründung

Eine wesentliche Grundlage unserer Gesellschaft drückt sich aus Sicht der CDU in den grundlegenden und bleibenden Prägungen durch die christliche Ethik aus.

Antrag A084-Ä005

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 947 - 949

947 **Wir arbeiten für ein Land, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter ~~und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht ist.~~ gelebt wird.** Unsere freiheitliche Gesellschaft fußt auf den

Begründung

Gleichstellung ist ein linkes Konzept, welches aus dem Rahmen der Identitätspolitik stammt. So reduziert Gleichstellungspolitik Menschen auf Gruppenidentitäten und entwertet die Vielfalt individueller Perspektiven. Diese Sichtweise steht im Gegensatz zu den Werten der CDU als konservative, liberale und christlich-soziale Volkspartei. Als CDU nehmen wir Menschen so wie sie sind – mit ihren unterschiedlichen Begabungen und Interessen.

Antrag A084-Ä006

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 947 - 950

947 **Wir arbeiten für ein Land, in dem die Gleichberechtigung der**

Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung ~~von Mann und Frau~~ dieser verwirklicht ist. Unsere freiheitliche Gesellschaft fußt auf den
950 Errungenschaften der Aufklärung und Emanzipation. Die

Begründung

Es gibt drei Geschlechter, nicht nur die beiden benannten.

Antrag A084-Ä007

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 947 - 958

947 **Wir ~~arbeit~~stehen für ein Land~~, in dem die Gleichberechtigung der~~ der Gleichberechtigung der Geschlechter~~ und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht ist.~~.** Unsere freiheitliche Gesellschaft fußt auf den
950 Errungenschaften der Aufklärung und Emanzipation. Die
951 Gleichberechtigung von Mann und Frau und der gegenseitige Respekt
952 voreinander folgen aus unserem Bild vom Menschen und prägen unser
953 Verständnis von Partnerschaft im Zusammenleben in Ehe, Familie und
954 Gesellschaft. Wir wollen eine moderne Gesellschaft, in der Frauen wie
955 Männer ~~gleichermaßen mitwirken~~gleiche Mitwirkungschancen haben, ihre Stärken und Kompetenzen entfalten
956 können und wertgeschätzt werden. Sie müssen die besten Chancen auf eine
957 gute Bildung, faire und gleiche Löhne, sichere Arbeitsplätze und beruflichen
958 Aufstieg erhalten. Gleichzeitig akzeptieren wird, dass individuelle Lebensentscheidungen von Frauen und Männern einer Geschlechterparität in allen Lebensbereichen im Wege stehen. Frauen und Männer weisen als Gruppen unterschiedliche Fähigkeiten und Präferenzen auf, die sich auch in unterschiedlichen Lebensentwürfen niederschlagen können. Dem Staat steht es nicht an, diese Lebensentwürfe moralisch zu bewerten. Staatliche Vorgaben zu Geschlechterquoten lehnen wir ab.

Begründung

Oft versteht man unter „Gleichstellung der Geschlechter“ einen Zustand der Parität der Geschlechter in allen Lebensbereichen, der durch Geschlechterquoten erzwungen werden muss. Dies ist eine urgrüne Forderung, die unvereinbar mit den individuellen Freiheitsrechten ist.

Antrag A084-Ä008

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion, KV Goettingen

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 948

948 **Geschlechter** ~~**und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau**~~

Begründung

Gleichstellung und Gleichberechtigung sind grundlegende Gegensätze und nicht miteinander vereinbar. Gleichberechtigung meint, dass der Staat die Unterschiedlichkeit und einzigartige Personalität der Menschen anerkennt und sie deshalb vor dem Recht gleichbehandelt. Gleichstellung meint, dass der Staat die Unterschiedlichkeit der Menschen nicht akzeptiert und gezielt eine Ergebnisgleichheit herstellen will. Dies ist mit einer offenen, regelbasierten Gesellschaftsordnung nicht vereinbar.

Antrag A084-Ä009

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	KV Dortmund, KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 948 - 949

948 **Geschlechter** ~~**und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau**~~
von Mann und Frau
verwirklicht ist. Unsere freiheitliche Gesellschaft fußt auf den

Begründung

Zweifelhaft wegen der Frage der weiteren Geschlechter und Festschreibung von Ergebnissen statt von Chancengleichheit, wie es den Grundsätzen der CDU entspricht. Das unterscheidet uns von der „Gleichheit“ im Sinne linker Kräfte.

Antrag A084-Ä010

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 958

958 Aufstieg erhalten. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Frauenerwerbsquote weiter steigt. Angesichts der demographischen Entwicklung und des Fach- und Arbeitskräftemangels ist dies nicht nur eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, sondern ein wirksames Mittel gegen Altersarmut, von der Frauen heute weiterhin überproportional betroffen sind.

Begründung

Dass Ziel die Frauenerwerbsquote zu steigern, ist für die Zukunft unserer Gesellschaft von so entscheidender Bedeutung, dass es einen Platz im Grundsatzprogramm verdient.

Antrag A084-Ä011

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 958

958 Aufstieg erhalten.

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Frauen tragen nach wie vor den größten Teil der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit. Sie stecken in ihrer beruflichen Entwicklung oft zugunsten der Familie, der Kinder oder der Sorge um die Eltern und Schwiegereltern zurück. Diese Arbeit muss mehr geschätzt, anerkannt und für den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben von Vorteil und nicht von Nachteil sein. Nur eine Gesellschaft, die das Wissen, die Kompetenzen und Erfahrungen aller für ihre Entwicklung achtet und nutzt, wird eine lebenswerte Gesellschaft für alle sein.

Kinder sind unser größter Schatz. Kinder sind unsere Zukunft. Sie beleben und verjüngen unsere Gesellschaft, treiben und fordern die Modernisierung und wachsen in die Verantwortung der nächsten Generation. Sie haben das Recht, von uns allen die besten Startchancen zu bekommen. Wir wollen Eltern dabei unterstützen, ihre Vorstellung von Familie leben zu können.

Antrag A084-Ä012

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 958

958 Aufstieg erhalten. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Frauenerwerbsquote weiter steigt. Angesichts der demografischen Entwicklung und des Fach- und Arbeitskräftemangels ist dies nicht nur eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, sondern ein wirksames Mittel gegen Altersarmut, von der Frauen heute weiterhin überproportional betroffen sind.

Antrag A084-Ä013

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 958

958 Aufstieg erhalten. Für eine tatsächliche Gleichstellung muss den Denkmustern und Strukturen

begegnet werden, die diesem Ziel entgegenstehen.

Begründung

Vielen Ausprägungen einer noch nicht voll gleichgestellten Gesellschaft, wie ungleiche Bezahlung, liegen schwer quantifizierbare Denkmuster und Strukturen zugrunde. Für eine tatsächliche Gleichstellung müssen diese als ursächlich für darauf fußende Symptome angegangen werden. Die messbaren Ungleichstellungen, sind häufig eine Erscheinungsform dieses tiefen liegenden Problems

Antrag A084-Ä014

Änderungsantrag zu A084

Antragsteller/in:	KV Reutlingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 958

958 Aufstieg erhalten.

Familien brauchen unsere vielfältige Unterstützung, insbesondere auch junge Familien, um die Entscheidung für Kinder treffen zu können. Unser Respekt gilt der individuellen Entscheidung über ein gelebtes Familienmodell. Ehepartner entscheiden autonom darüber, wie sie die Aufgaben in der Familie verteilen wollen und wie stark sie hierfür Unterstützung des Staates in Anspruch nehmen wollen oder wie weit auch nicht. Kinder dürfen kein Risiko für die wirtschaftliche Basis der Familie werden.

Begründung

Die CDU ist die Partei, die Ehe und Familie in besonderem Maße in den Mittelpunkt der Gesellschaft rückt. Im Gegensatz zu unseren politischen Mitbewerbern, die einst „die Lufthoheit über die Kinderbetten“ zum Ziel hatte, wollen wir Familien besonders unterstützen, selbst darüber zu entscheiden, wie viel staatliche Unterstützung in ihrem familiären Alltag gewollt ist. Als Staat machen wir ein Angebot, aber in Fragen der Betreuung keine Verpflichtung. In Anbetracht zurückgehender Geburtenraten sehen wir eine besondere Aufgabe in der Förderung von Familien.

Antrag A085: Zeile 959 - 973: Wir geben jungen Menschen den Freiraum, sich zu entfalten

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A009-Ä013, A083-Ä017
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 959 - 973 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

Wir geben jungen Menschen den Freiraum, sich zu entfalten. Junge Menschen brauchen Mut, sich ohne Angst vor Fehlern auszuprobieren, zu widersprechen, das Hergebrachte infrage zu stellen, neue Wege zu gehen. Wir schätzen den Wert der Erfahrung genauso wie den frischen Blick auf die Dinge. Beides braucht es, damit eine Gesellschaft in eine bessere Zukunft gehen kann. Die jungen Menschen in diesem Land treten gemeinsam ein reiches Erbe an, aber sie stehen auch vor großen Herausforderungen. Die Verlängerung der Lebenszeit, der demografische Wandel und der Klimawandel machen es notwendig, erprobte Modelle des Arbeitens, Wirtschaftens und solidarischen Zusammenlebens weiterzuentwickeln. Junge Menschen dürfen mit diesen großen Aufgaben nicht allein gelassen werden. Wir stehen für ein Miteinander der Generationen, in dem das Versprechen gegenseitiger Fürsorge gelebt wird. Jede Generation hat das Recht, Zukunft in Freiheit zu gestalten. Wir wollen, dass jede Generation dabei auf einem sicheren Fundament stehen kann.

Die Lebensleistung älterer Menschen anerkennen. Ältere Menschensind mit ihrer Erfahrung ein großer Schatz für unsere Gesellschaft. Das Ehrenamt ist ohne sie um vieles ärmer. Ältere Menschen sind bereit, sich einzubringen. Wir wollen mehr und bessere Angebote, um sie einzuladen, mit Kindern, Jugendlichen, Eltern und Erwerbstätigen ein lebendiges Miteinander zu gestalten. Technologischer Fortschritt darf nicht zur Ausgrenzung führen.

Antrag A085-Ä001

Änderungsantrag zu A085

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 959 - 973

Wir geben jungen Menschen ~~den Freiraum, sich zu entfalten.~~Raum für Entwicklung und Entfaltung. ~~Junge Menschen brauchen Mut, sich ohne Angst vor Fehlern auszuprobieren, zu widersprechen, das Hergebrachte infrage zu stellen, neue Wege zu gehen. Wir schätzen den Wert der Erfahrung genauso wie den frischen Blick auf die Dinge. Beides braucht es, damit eine Gesellschaft in eine bessere Zukunft gehen kann. Die jungen Menschen in diesem Land treten gemeinsam ein reiches Erbe an, aber sie stehen auch vor großen Herausforderungen. Die Verlängerung der Lebenszeit, der demografische Wandel und der Klimawandel machen es notwendig, erprobte Modelle des Arbeitens, Wirtschaftens und solidarischen Zusammenlebens weiterzuentwickeln. Junge Menschen dürfen mit diesen großen Aufgaben nicht allein gelassen~~

Kindheit und Jugend sind eigenständige Lebensphasen. Sie sind gleichzeitig gesellschaftliche Schutzräume für die Entwicklung und Entfaltung junger Menschen. Kinder werden~~. Wir stehen~~

~~für ein Miteinander der Generationen, in dem das~~
~~Versprechen gegenseitiger Fürsorge gelebt wird. Jede Generation hat das~~
~~Recht, Zukunft in Freiheit zu gestalten~~ in Rahmenbedingungen geboren, die sie sich weder ausgesucht noch mitgestaltet haben. Sie verdienen bedingungslose Liebe, familiäre Geborgenheit sowie den Schutz und die Förderung von Staat und Gesellschaft. Wir wollen~~, dass jede Generation~~
~~dabei auf einem sicheren Fundament stehen kann~~ jungen Menschen durch entwicklungsangemessene, gesellschaftliche Rahmenbedingungen, altersentsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten, durch Erziehung, Bildung und Förderung die Werkzeuge für ein Leben in Mit- und Selbstbestimmung, in Würde und Teilhabe, Solidarität und Verantwortung an die Hand geben. Grundsätzlich gilt: Entscheidungsfähigkeit bedingt Entscheidungsfreiheit. Entscheidungsfreiheit bedingt Verantwortungsfähigkeit. Wir stehen in der Verantwortung, die dafür notwendigen, bestmöglichen Rahmenbedingungen für heranwachsende Menschen zu verwirklichen. Im Ergebnis profitiert davon jeder Einzelne und wir als Gesellschaft insgesamt. Gleichzeitig schaffen wir die Voraussetzungen für gesellschaftliche Resilienz, die Stärkung unserer offenen und demokratischen Gesellschaft und des Für- und Miteinanders der Generationen.

Antrag A085-Ä002

Änderungsantrag zu A085

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 959 - 973

Wir geben jungen Menschen den Freiraum, sich zu entfalten. Junge Menschen brauchen Mut, sich ohne Angst vor Fehlern auszuprobieren, zu widersprechen, das Hergebrachte infrage zu stellen, neue Wege zu gehen. Wir schätzen den Wert der Erfahrung genauso wie den frischen Blick auf die Dinge. Beides braucht es, damit eine Gesellschaft in eine bessere Zukunft gehen kann. Die jungen Menschen in diesem Land treten gemeinsam ein reiches Erbe an, aber sie stehen auch vor großen Herausforderungen. Die Verlängerung der Lebenszeit~~,~~ und der demografische Wandel ~~und der~~
~~Klimawandel~~(Kinderarmut) machen es notwendig, ~~erprobte Modelle des Arbeitens,~~
~~Wirtschaftens und solidarischen Zusammenlebens weiterzuentwickeln.~~
~~Junge Menschen dürfen mit diesen großen Aufgaben nicht allein gelassen~~
~~werden. Wir stehen für ein Miteinander der Generationen, in dem das~~
~~Versprechen gegenseitiger Fürsorge gelebt wird. Jede Generation hat das~~
~~Recht, Zukunft in Freiheit zu gestalten. Wir wollen, dass jede Generation~~
die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflege- und Arbeitslosenversicherung grundlegend zu reformieren. Wir Christdemokraten folgen dabei ~~auf einem sicheren Fundament stehen kann.~~den Grundsätzen der Freiheit und Eigenverantwortung und der freiwilligen innerfamiliären Solidarität. Den Reformen stellen wir die Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge gegenüber. Jeder Mensch muss über das von ihm Erwirtschaftete weit überwiegend selbst und frei

verfügen können, dies begrenzt angesichts der sonstigen Steuern (Einkommensteuer, sonstige Steuerarten) auch den Höchstbetrag der Sozialversicherungsbeiträge. Erforderlich ist deshalb auch Ausgabendisziplin, die Sozialkassen (Rente, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung) dürfen nicht mehr ausgeben, als sie einnehmen (ohne Kredite), sachfremde Leistungen dürfen nicht gewährt werden.

Begründung

Wir Christdemokraten verwechseln den Sozialstaat nicht mit Solidarität. Christliche Nächstenliebe gehört nicht ins Gesetzbuch, sondern zum Glaubensbekenntnis. Den Sozialstaat wollen und pflegen wir als Ausdruck des Mindestmaßes an Fürsorge für andere Menschen, die wir jedem zwangsweise abringen. Diesen Zwang wollen wir auf das absolute Mindestmaß beschränken. Nur dann verbleiben dem Einzelnen ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten, um dem Glaubensgebot der christlichen Nächstenliebe überhaupt folgen zu können. Wir Christdemokraten wollen deshalb den Sozialstaat auf seine Kernaufgabe zurückbauen, Menschen, die in unserem Land in Not geraten, mit dem Existenzminimum zu versorgen, solange sie und ihre Familie es nicht eigenständig schaffen können.

Eine umfassende Rentenreform ist unausweichlich, auch die übrigen Sozialleistungen müssen grundlegend überarbeitet werden. Die Sozialbeiträge müssen sinken, es braucht es mehr Freiheit für alle, damit Leistung sich mehr lohnt und der Aufbau von Vermögen über Generationen für möglichst viele Menschen möglich ist.

Antrag A085-Ä003

Änderungsantrag zu A085

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 963 - 964

963 Dinge. Beides braucht es, damit eine Gesellschaft in eine ~~bessere Zukunft~~
964 sichere und gute Zukunft
gehen kann. Die jungen Menschen in diesem Land treten gemeinsam ein

Antrag A085-Ä004

Änderungsantrag zu A085

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 964 - 965

964 gehen kann. Die jungen Menschen in diesem Land ~~treten gemeinsam ein~~
965 ~~reiches Erbe an, aber sie stehen auch~~stehen vor großen Herausforderungen. Die

Antrag A085-Ä005

Änderungsantrag zu A085

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 973

973 dabei auf einem sicheren Fundament stehen kann. Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund des Lebensalters.

Antrag A085-Ä006

Änderungsantrag zu A085

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 973

973 dabei auf einem sicheren Fundament stehen kann.

Wir schätzen die Lebensleistung unserer Eltern und Großeltern wert. Sie hat ein friedliches, freiheitliches, sicheres und erfolgreiches Zusammenleben in unserem Land überhaupt erst möglich gemacht. Daher betonen wir die besondere Verantwortung gegenüber älteren Generationen in unserem Land. Für uns ist generationenübergreifendes Zusammenleben Voraussetzung für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es ist unsere Verpflichtung für verfügbare, bezahlbare und menschenfreundliche Lebensverhältnisse in jedem Alter zu sorgen. Dazu gehören insbesondere auch die Unterstützung von generationenübergreifenden familiären Lebens- und Versorgungsgemeinschaften sowie die Ermöglichung und Förderung von altersunabhängiger sinnstiftender Teilhabe.

Begründung

Der gesamte Abschnitt „Unser einigendes Band“ ab Zeile 873 stellt auf die Bedeutung von Familien für das gesellschaftliche Zusammenleben ab. Die Bedeutung von älteren Generationen wird im Entwurf allerdings nicht hervorgehoben. Das wird der herausragenden Bedeutung dieser Menschen für unsere Gesellschaft nicht gerecht. Es bedarf daher einer gesonderten Betonung, welchen Stellenwert ältere Generationen für uns haben und wie wir das Zusammenleben insgesamt gestalten wollen.

Antrag A086: Zeile 974 - 988: Familien brauchen Freiräume

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A136-Ä007, A141-Ä006
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 974 - 988 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

Familien brauchen Freiräume. Die meisten Familien wünschen sich mehr Zeit. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle für verschiedene Lebensphasen ermöglichen. Wir bekennen uns ~~zum~~zu Elternzeit und Elterngeld als familienpolitische~~r~~ Leistung. Am steuerlichen Ehegattensplitting halten wir fest und wollen zukünftig eine stärkere Berücksichtigung der Kinder. Wir wollen finanzielle Spielräume für Familien sichern und gerade auch alleinerziehende Mütter und Väter und kinderreiche Familien stärker unterstützen. Kinder aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien brauchen besondere Aufmerksamkeit. Kinderarmut wollen wir aktiv bekämpfen.

Familien brauchen verlässliche Kinderbetreuung. Qualitativ hochwertige Kindertagesstätten und Kindergärten sind neben der Familie die zentralen Orte, wo unsere Kleinsten Bildung erfahren. Dies ist vor allem für Kinder aus bildungsfernen und nicht-deutschsprachigen Familien wichtig, um ihnen die besten Startchancen zu geben und den Grundstein für den sozialen Aufstieg zu legen. Voraussetzung hierfür ist gut ausgebildetes und engagiertes Personal.

Antrag A086-Ä001

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 977

977 Lebensphasen ermöglichen. Dazu gehört auch eine Reform des Mutterschutzes für Gründerinnen und Selbständige, deren Beitrag zum Wirtschaftsstandort Deutschland mehr Unterstützung verdient. Wir bekennen uns zum Elterngeld als

Antrag A086-Ä002

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 977 - 978

977 Lebensphasen ermöglichen. Wir bekennen uns zum Elterngeld als
978 erfolgreicher
familienpolitischer Leistung. Wir wollen finanzielle Spielräume für Familien

Antrag A086-Ä003

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 977

977 Lebensphasen ermöglichen. Daher sprechen wir uns für eine begrenzte Wochenarbeitszeit anstelle einer Höchst-Tagesarbeitszeit aus. Wir bekennen uns zum Elterngeld als

Antrag A086-Ä004

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 977 - 978

977 Lebensphasen ermöglichen. Wir bekennen uns zur Elternzeit und zum Elterngeld als
978 ~~familienpolitischer Leistung~~familienpolitische Leistungen. Wir wollen finanzielle Spielräume für Familien

Antrag A086-Ä005

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	KV Cloppenburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 978

978 familienpolitische~~r~~ Leistung. Wir wollen finanzielle Spielräume für Familien

Begründung

Grammatikfehler

Antrag A086-Ä006

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 978 - 980

978 familienpolitischer Leistung für Mütter und Väter. Wir wollen finanzielle Spielräume für Familien
979 sichern und gerade auch alleinerziehende Mütter und Väter und kinderreiche
980 Familien stärker unterstützen. Wir setzen uns für den Ausbau früher Hilfen für Familien ein.

Kinder aus bildungsfernen und

Antrag A086-Ä007

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	LV Thueringen, KV Soemmerda
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 978

978 familienpolitischer Leistung. Am steuerlichen Ehegattensplitting halten wir fest.Wir wollen finanzielle Spielräume für Familien

Begründung

Das Ehegattensplitting ist Ausdruck des besonderen Schutzes der Ehe. Vor allem Familien profitieren von der Regelung, aber auch nach der Familienphase schafft es Entlastung, wenn beipielsweise ein Partner Angehörige pflegt und Einkommenseinbußen hinnimmt. Die Argumentation, dass Frauen durch die Abschaffung profitieren, verfängt schon lange nicht mehr. Die Realität und Statistiken zeigen, dass (gerade in den neuen Ländern) in immer mehr Familien Frauen ein höheres Einkommen haben, als ihre Partner. Familien brauchen keine steuerliche Lenkung für stärkere Erwerbstätigkeit, sondern Unterstützung für ihr gewähltes Lebensmodell während der Familienphase und die Freiheit, so zu leben, wie sie es wollen.

Antrag A086-Ä008

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	KV Duesseldorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 980

980 Familien stärker unterstützen. Dazu gehört, dass beide Elternteile auch nach einer Trennung ihrer Verantwortung gerecht werden. Kinder aus bildungsfernen und

Begründung

Begründung: Wir stellen gerade die Verantwortung in der Familie positiv heraus. Doch was gilt, wenn sich eine Familie auflöst? Nicht immer ist es so, dass anschließend beide Elternteile tatsächlich weiter ihrer Verantwortung gerecht werden. Ohne hier konkrete Maßnahmen aufzuführen soll hier das Verantwortungsprinzip auch bei Trennung hinzugefügt werden.

Antrag A086-Ä009

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 980

980 Familien stärker unterstützen. Insbesondere wollen wir auch selbstständige Frauen im Zeitraum des Mutterschutzes finanziell absichern. Kinder aus bildungsfernen und

Antrag A086-Ä010

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 980

980 Familien stärker unterstützen. Wir setzen uns für den Ausbau früher Hilfen und Lotsendienste für junge Familien ein. Kinder aus bildungsfernen und

Antrag A086-Ä011

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	KV Lingen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 980 - 981

980 Familien stärker unterstützen. Priorität muss aber die frühkindliche Bildung haben, so dass sämtliche finanzielle Ressourcen zielgerichtet (u.a. in den Ausbau der Infrastruktur) investiert werden und bei den Kindern direkt ankommen. Kinder aus bildungsfernen und
981 einkommensschwachen Familien brauchen besondere Aufmerksamkeit. Die Kinderarmut müssen wir aktiv bekämpfen.

Antrag A086-Ä012

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	KV Oldenburg-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 980 - 981

980 Familien stärker unterstützen. Kinder aus bildungsfernen und
981 einkommensschwachen Familien ~~brauchen~~benötigen eine besondere ~~Aufmerksamkeit~~Förderung.

Begründung

Die Formulierung "brauchen besondere Aufmerksamkeit" impliziert lediglich, dass eine erhöhte Wachsamkeit erforderlich ist, um die Bedürfnisse von Kindern aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien zu erkennen.

Allerdings reicht Aufmerksamkeit allein nicht aus, um die Herausforderungen, mit denen diese Kinder konfrontiert sind, zu bewältigen. Was sie benötigen, ist eine gezielte und wirksame Förderung, die auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnitten ist.

Die neue Formulierung betont die Notwendigkeit einer aktiven und zielgerichteten Unterstützung für diese Kinder. Eine bessere und nachhaltigere Förderung ist entscheidend, um die Chancenungleichheit zu verringern und allen Kindern gleiche Bildungschancen zu ermöglichen.

Antrag A086-Ä013

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 982 - 983

982 **Familien brauchen verlässliche Kinderbetreuung.**~~Qualitativ hochwertige~~
983 Verlässliche
Kindertagesstätten und Kindergärten sind neben der Familie die zentralen

Antrag A086-Ä014

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 982 - 987

982 **Familien brauchen verlässliche Kinderbetreuung.** Qualitativ hochwertige
983 Kindertagesstätten, Kindertagespflege und Kindergärten sind neben der Familie die zentralen
984 Orte, wo unsere Kleinsten Bildung und liebevolle Betreuung erfahren. Dies ist ~~vor allem für Kinder aus~~
985 ~~bildungsfernen und nicht-deutschsprachigen Familien~~ für alle Kinder wichtig und vor allem für Kinder aus bildungsfernen und nicht-deutschsprachigen Familien eine Grundlage, um ihnen die
986 besten Startchancen zu geben und den Grundstein für den sozialen Aufstieg
987 zu legen. Deshalb ist unser Ziel ein flächendeckender bedarfsorientierter Ausbau der Kinderbetreuung, der unsere Kommunen finanziell nicht überfordert. Deshalb wollen wir, dass sich alle Ebenen auf klare Verantwortlichkeiten und deren Finanzierung einige. Voraussetzung hierfür ist mehr gut ausgebildetes und engagiertes

Begründung

Die Kindertagespflege ist insbesondere im ländlichen Raum ein wichtiger Teil der Kinderbetreuung. Sie darf in unserem Programm nicht vernachlässigt werden.

Dieser Absatz sollte zudem ehrgeiziger sein: Wir setzen uns eine flächendeckende Kinderbetreuung als Ziel, eine faire Verteilung der Lasten zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie einheitliche Standards und eine vergütete Ausbildung.

Antrag A086-Ä015

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 982 - 984

982 **Familien brauchen verlässliche Kinderbetreuung.**~~Qualitativ hochwertige~~
983 Tagespflegestellen, Kindertagesstätten und ~~Kindergärten~~Schulen sind neben der Familie ~~die zentralen~~
984 ~~Orte, wo~~wichtige Lebens-, Erziehungs- Förder- und Bildungsorte für unsere ~~Kleinsten Bildung erfahren~~Kinder. Dies ist vor allem für Kinder aus

Antrag A086-Ä016

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	KV Bochum
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 983

983 Kindertagesstätten, Kindertagespflegeeinrichtungen und Kindergärten sind neben der Familie die zentralen

Begründung

Einbindung unterschiedlicher Modelle und Begriffe der Kinderbetreuung.

Antrag A086-Ä017

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 983

983 Kindertagesstätten ~~und~~, Kindergärten und Kindertagespflegeeinrichtungen sind neben der Familie die zentralen

Begründung

Auch die wertvolle Arbeit der Tageseltern sollte hier genannt werden.

Antrag A086-Ä018

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 983 - 988

983 Kindertagesstätten, Kindertagespflege und Kindergärten sind neben der Familie die zentralen
984 Orte, wo unsere Kleinsten Bildung und Betreuung erfahren. Dies ist vor allem für Kinder aus
985 bildungsfernen und nicht-deutschsprachigen Familien wichtig, um ihnen die
986 besten Startchancen zu geben und den Grundstein für den sozialen Aufstieg
987 zu legen. Verlässliche, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist Voraussetzung ~~hierfür ist~~für die Erwerbschancen der Eltern und damit Dreh- und Angelpunkt einer Politik gegen Armut, für Integration und Gleichstellung. Dazu bedarf es genügend, gut ~~ausgebildetes und engagiertes~~
988 ~~Personal~~ausgebildeter, fair bezahlter und engagierter Beschäftigter in der Kinderbetreuung. Wir streben bundeseinheitliche Standards für die Erzieherausbildung und eine flächendeckende Vergütung in der Ausbildung an.

Antrag A086-Ä019

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	KV Goettingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 983

983 ~~Kindertagesstätten und Kindergärten~~Kinderbetreuungseinrichtungen sind neben der Familie die zentralen

Begründung

Kindertagespflege ist durch Kindertagesstätten und Kindergärten nicht repräsentiert.

Antrag A086-Ä020

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 984 - 988

984 Orte, wo unsere Kleinsten Bildung erfahren. ~~Dies ist vor allem für Kinder aus~~
985 ~~bildungsfernen und nicht-deutschsprachigen Familien wichtig, um ihnen die~~
986 Wir wollen Kindern die besten Startchancen ~~zu geben~~bieten und den Grundstein für den sozialen Aufstieg
987 ~~zu~~ legen. Voraussetzung hierfür ist gut ausgebildetes und engagiertes

988 Personal, sowie ausreichende Ressourcen.

Begründung

Alle Kinder sollten uns gleich wichtig sein. Hier eine Einschränkung auf Kinder aus bildungsfernen und nicht-deutschsprachigen Familien vorzunehmen halten für falsch.

Antrag A086-Ä021

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 987

987 zu legen. Verlässliche Kinderbetreuung ist Voraussetzung für die Erwerbschancen der Eltern und damit Dreh- und Angelpunkt einer Politik gegen Armut, für Integration und Gleichstellung. Dazu bedarf es genügend gut ausgebildeter, fair bezahlter und engagierter Beschäftigter in den Kitas. Voraussetzung hierfür ist gut ausgebildetes und engagiertes

Antrag A086-Ä022

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 987

987 zu legen. Deshalb setzten wir uns für ein verpflichtendes, kostenfreies letztes Kindergartenjahr ein. Voraussetzung hierfür ist gut ausgebildetes und engagiertes

Antrag A086-Ä023

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 988

988 Personal. Wir wollen Chancen eröffnen ohne die grundsätzliche Freiheit von Familien, ihr Leben und auch die Erziehung eigenständig zu gestalten, durch staatliches Handeln in Frage zu stellen oder die Eltern aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Begründung

Als CDU sollten wir bei aller Notwendigkeit der im Absatz beschriebenen Punkte durchaus auch betonen, dass wir Kindererziehung nicht grundsätzlich als staatliche Aufgabe sehen, sondern – im

Einklang mit Artikel 6 Abs. 2 GG – als Recht und Pflicht der Eltern.

Antrag A086-Ä024

Änderungsantrag zu A086

Antragsteller/in:	KV Herzogtum Lauenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 988

988 Personal.

Wir wollen Chancen eröffnen, ohne die grundsätzliche Freiheit von Familien, ihr Leben und auch die Erziehung eigenständig zu gestalten, durch staatliches Handeln in Frage zu stellen oder die Eltern aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Antrag A087: Zeile 989 - 994: Wir bekämpfen Einsamkeit

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

989 **Wir bekämpfen Einsamkeit.** Die soziale Isolation in Deutschland nimmt zu.
990 Dabei sind neben Älteren zunehmend junge Menschen davon betroffen. Die
991 körperlichen, psychischen und gesellschaftlichen Auswirkungen werden
992 jedoch vielfach unterschätzt. Wir wollen die Forschung zu Einsamkeit
993 verstärken und begreifen die Bekämpfung von Einsamkeit als eine der
994 großen sozialen Aufgaben der Zukunft.

Antrag A087-Ä001

Änderungsantrag zu A087

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 989 - 994

~~989 **Wir bekämpfen Einsamkeit.** Die soziale Isolation in Deutschland nimmt zu.~~
~~990 Dabei sind neben Älteren zunehmend junge Menschen davon betroffen. Die~~
~~991 körperlichen, psychischen und gesellschaftlichen Auswirkungen werden~~
~~992 jedoch vielfach unterschätzt. Wir wollen die Forschung zu Einsamkeit~~
~~993 verstärken und begreifen die Bekämpfung von Einsamkeit als eine der~~
~~994 großen sozialen Aufgaben der Zukunft.~~

Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen brauchen verlässliche Unterstützung. Die Zahl älterer Menschen, die pflegebedürftig sind, steigt in den nächsten Jahren weiter an. Die meisten

von ihnen wollen so lange wie möglich zuhause leben. Das gelingt sehr häufig nur, indem Partner, Kinder und Schwiegerkinder umfangreiche Unterstützungsleistungen erbringen. Sie brauchen für diesen wertvollen Dienst für die Gesellschaft ihrerseits Entlastung - zum Beispiel durch Beratung und Begleitung aber auch durch ambulante Pflegedienste oder Tagespflegen. Wir entwickeln diese Angebote für Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen weiter und setzen uns für faire Regelungen für im Haushalt lebende ausländische Pflegekräfte (live-in-Care) ein. Die finanzielle Belastung pflegender Angehöriger muss für die gesamte Zeit der Pflegebedürftigkeit begrenzt und verlässlich geregelt sein.

Wir bekämpfen Einsamkeit. Die soziale Isolation in Deutschland nimmt zu. Dabei sind neben Älteren zunehmend junge Menschen davon betroffen. Die körperlichen, psychischen und gesellschaftlichen Auswirkungen werden jedoch vielfach unterschätzt. Wir wollen die Forschung zu Einsamkeit verstärken und begreifen die Bekämpfung von Einsamkeit als eine der großen sozialen Aufgaben der Zukunft.

Begründung

Einfügen eines neuen Abschnitts

Antrag A087-Ä002

Änderungsantrag zu A087

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 992 - 993

992 jedoch vielfach unterschätzt. Wir wollen die Forschung ~~zu Einsamkeit~~
993 und Translation zu Einsamkeit
verstärken und begreifen die Bekämpfung von Einsamkeit als eine der

Begründung

Die Forschung zu Einsamkeit zu verstärken ist das richtige Ziel. Aber auch die Translation in die Gesellschaft muss dann verstärkt angegangen werden. Nur Ergebnisse bringen uns nicht weiter.

Antrag A087-Ä003

Änderungsantrag zu A087

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 994

994 großen sozialen Aufgaben der Zukunft. Das Thema Einsamkeit soll im Sozialministerium als Fachbereich eingesetzt werden.

Begründung

In Berlin-Reinickendorf gibt es seit 01.02.24 eine Beauftragte für Einsamkeit, deshalb sollte das Thema eine besondere Bedeutung erlangen.

Antrag A087-Ä004

Änderungsantrag zu A087

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 994

994 großen sozialen Aufgaben der Zukunft. Deshalb werden wir auf allen politischen Ebenen innovative Maßnahmen gegen
Einsamkeit einführen und die konkrete Umsetzung fördern.

Begründung

Der Absatz zur Einsamkeit ist gut und wichtig. Aber er reicht inhaltlich nicht über das hinaus, was die Ampel in ihrer Strategie formuliert hat. Das Thema hat nach Corona eine große Bedeutung gewonnen. Deshalb ist es jetzt wichtig, dass wir es forcieren, nachdem wir es als erste Partei auf die Agenda gesetzt hatten.

Sinnvoll sind – neben der Forschung – konkrete Maßnahmen auf allen politischen Ebenen, die für die Menschen sofort erkennbar sind. Das ist nicht simpel, aber lohnenswert.

Richtig ist dagegen der (folgende) erste Satz dieses Absatzes, der als Überschrift fungieren kann.

Die Änderung und der Zusatz in Zeile 946 sind notwendig, um die Verantwortung von Politik deutlich zu machen, wenn Familie scheitert - konkret und zuverlässig.

Antrag A088: Zeile 995 - 1006: Wir sind für Lebensschutz

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 995 - 1006 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

995 **Wir sind für Lebensschutz.** Der Schutz des Lebens in allen Lebenslagen hat
996 für uns Christdemokraten eine überragende Bedeutung. Das ungeborene
997 Leben bedarf unseres besonderen Schutzes. Die geltende Rechtslage zum
998 Schwangerschaftsabbruch bildet einen mühsam gefundenen
999 gesellschaftlichen Kompromiss ab, der das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Kindes berücksichtigt. Zu dieser Rechtslage stehen wir. Um es

1000 Frauen und Männern in Konfliktsituationen zu erleichtern, sich für das Leben
1001 zu entscheiden, setzen wir uns für gute Hilfsangebote ~~und ein~~
1002 , Prävention und ein
entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. Mit der hohen Zahl an
1003 Abtreibungen finden wir uns nicht ab. ~~Auch bei alten oder schwer erkrankten~~
1004 ~~Menschen achten wir ihre unantastbare~~Der unantastbaren Würde ~~und räumen der~~
1005 des Menschen und Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens räumen wir auch bei alten und schwer erkrankten Menschen den höchsten Stellenwert ein.
1006 ~~Aktive~~Geschäftsmäßige Sterbehilfe lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für den Ausbau der ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativversorgung ein.

Antrag A088-Ä001

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	KV Dortmund
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 995 - 1006

995 **Wir sind für Lebensschutz.** Der Schutz des Lebens in allen Lebenslagen hat
996 für uns Christdemokraten eine überragende Bedeutung. Das ungeborene
997 Leben bedarf unseres besonderen Schutzes. ~~Die geltende Rechtslage zum~~
998 ~~Schwangerschaftsabbruch bildet einen mühsam gefundenen~~
999 ~~gesellschaftlichen Kompromiss ab. Zu dieser Rechtslage stehen wir.~~ Um es
1000 Frauen und Männern in Konfliktsituationen zu erleichtern, sich für das Leben
1001 zu entscheiden, setzen wir uns für gute Hilfsangebote und ein
1002 entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. ~~Mit der hohen Zahl an~~
1003 ~~Abtreibungen finden wir uns nicht ab.~~ Auch bei alten oder schwer erkrankten
1004 Menschen achten wir ihre unantastbare Würde und räumen der
1005 Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens den höchsten Stellenwert ein.
1006 ~~Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab.~~

Begründung

1. Mühsamkeit des gefundenen Kompromisses ist unerheblich.

2. Keine grundsätzliche Ablehnung aktiver Sterbehilfe.

Antrag A088-Ä002

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	KV Braunschweig
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 995 - 1006

995 **Wir sind für Lebensschutz.** Der Schutz des Lebens in allen Lebenslagen hat

996 für uns Christdemokraten eine überragende Bedeutung. Das ungeborene
997 Leben bedarf unseres besonderen Schutzes. Frauen in Schwangerschaftskonflikten verdienen unsere Unterstützung. Ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung gilt es zu wahren. Diese beiden hohen Güter hat eine jede gesetzliche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch zu berücksichtigen. Die geltende Rechtslage zum
998 Schwangerschaftsabbruch bildet einen mühsam gefundenen
999 gesellschaftlichen Kompromiss ab. Zu dieser Rechtslage ~~stehen wir. Um es~~
1000 ~~Frauen und Männern in Konfliktsituationen zu erleichtern, sich für das Leben~~
1001 ~~zu entscheiden, setzen wir uns für gute Hilfsangebote und ein~~
1002 ~~entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. Mit der hohen Zahl an~~
1003 ~~Abtreibungen finden wir uns nicht ab. Auch~~, die eine Verankerung im Strafrecht, aber eine Straffreiheit bei ~~alten oder schwer erkrankten~~
1004 ~~Menschen achten wir ihre unantastbare Würde und räumen der~~
1005 ~~Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens den höchsten Stellenwert ein.~~
1006 ~~Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab.~~Schwangerschaftsabbrüchen bis zur 12. Woche vorsieht, stehen wir. Um es Frauen und Männern in Konfliktsituationen zu erleichtern, sich für das Leben zu entscheiden, setzen wir uns für gute Hilfsangebote und fördern ein entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. Mit einer hohen Zahl an Abtreibungen finden wir uns nicht ab

Begründung

Im Bedarfsfall mündlich.

Antrag A088-Ä003

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	KV Stade
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 995 - 1005

995 **Wir sind für Lebensschutz.** ~~Der Schutz des Lebens in allen Lebenslagen hat~~
996 ~~für uns Christdemokraten eine überragende Bedeutung. Das ungeborene~~
997 ~~Leben bedarf unseres besonderen Schutzes. Die geltende Rechtslage zum~~
998 ~~Schwangerschaftsabbruch bildet einen mühsam gefundenen~~
999 ~~gesellschaftlichen Kompromiss ab. Zu dieser Rechtslage stehen wir. Um es~~
1000 Frauen ~~und Männern in Konfliktsituationen zu erleichtern, sich für das Leben~~
1001 ~~zu entscheiden, setzen wir uns für gute Hilfsangebote und ein~~
1002 ~~entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. Mit der~~in Schwangerschaftskonflikten verdienen unsere Unterstützung. Ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung gilt es zu wahren. Ebenso sind wir für Lebensschutz. Der Schutz des Lebens in allen Lebenslagen hat für uns Christdemokraten eine überragende Bedeutung. Das ungeborene Leben bedarf unseres besonderen Schutzes. Diese beiden hohen ~~Zahl an~~
1003 ~~Abtreibungen finden wir uns nicht ab.~~ Güter hat eine jede gesetzliche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch zu berücksichtigen. Die geltende Rechtslage zum

Schwangerschaftsabbruch bildet einen mühsam gefundenen gesellschaftlichen Kompromiss ab. Zu dieser Rechtslage, die eine Verankerung im Strafrecht, aber eine Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbrüchen bis zur 12. Woche vorsieht, stehen wir. Auch bei alten oder schwer erkrankten

1004 Menschen achten wir ihre unantastbare Würde und räumen der

1005 Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens den höchsten Stellenwert ein.

Antrag A088-Ä004

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	KV Bochum
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 998

998 Schwangerschaftsabbruch bildet einen ~~mühsam~~ gefundenen

Begründung

Durch das Wort „mühsam“ wird eine negative Bewertung des Prozesses vorgenommen. Deshalb sollte darauf verzichtet werden.

Antrag A088-Ä005

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 998 - 999

998 Schwangerschaftsabbruch ~~bildet einen mühsam gefundenen~~

999 ~~gesellschaftlichen Kompromiss ab~~schützt die Entscheidungsfreiheit der schwangeren Frau ebenso wie das Lebensrecht des Kindes. Zu dieser Rechtslage stehen wir. Um es

Begründung

Bitte nicht nur die Textänderung berücksichtigen, sondern auch den zusätzlichen Absatz zur gedanklichen Abgrenzung des Schutzes am Lebensanfang vom Schutz des Lebens am Lebensende.

Antrag A088-Ä006

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	LV Baden-Wuerttemberg, LV Niedersachsen, LV Nordrhein-Westfalen, LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 999

999 gesellschaftlichen Kompromiss ab, der das Selbstbestimmungsrecht der Frau mit dem Schutz des ungeborenen Kindes in Einklang bringt. Zu dieser Rechtslage stehen wir. Um es

Antrag A088-Ä007

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 999 - 1003

999 gesellschaftlichen Kompromiss ab. Zu dieser Rechtslage stehen wir. ~~Um es~~
1000 ~~Frauen und Männern in Konfliktsituationen zu erleichtern, sich für das Leben~~
1001 ~~zu entscheiden, setzen wir uns für gute Hilfsangebote und ein~~
1002 ~~entsprechendes gesellschaftliches Klima ein.~~ Mit der hohen Zahl an
1003 Abtreibungen finden wir uns nicht ab. Um es Frauen und Männern deshalb in Konfliktsituationen zu erleichtern, sich für das Leben zu entscheiden, setzen wir uns für gute Hilfsangebote und ein entsprechendes gesellschaftliches Klima ein, welches die persönliche Entscheidung aber respektiert. Auch bei alten oder schwer erkrankten

Antrag A088-Ä008

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 999 - 1006

999 gesellschaftlichen Kompromiss ab~~. Zu dieser Rechtslage stehen wir. Um es~~
1000 ~~Frauen und Männern in Konfliktsituationen zu erleichtern, sich für~~, der auch das ~~Leben~~
1001 ~~zu entscheiden, setzen wir uns für gute Hilfsangebote und ein~~
1002 ~~entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. Mit der hohen Zahl an~~
1003 ~~Abtreibungen finden wir uns nicht ab.~~ wichtige Selbstbestimmungsrecht von Frauen berücksichtigt. Zu dieser Rechtslage stehen wir. Auch bei alten oder schwer erkrankten
1004 Menschen achten wir ihre unantastbare Würde und räumen der
1005 Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens den höchsten Stellenwert ein.
1006 Aktive Sterbehilfe ~~lehnen wir ab~~muss angemssen geregelt werden.

Antrag A088-Ä009

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1002 - 1006

1002 entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. Mit der hohen Zahl an

1003 Abtreibungen finden wir uns nicht ab. Auch bei alten oder schwer erkrankten
1004 Menschen achten wir ihre unantastbare Würde und räumen der
1005 Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens den höchsten Stellenwert ein.
1006 ~~Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab.~~

Begründung

Das Thema der aktiven Sterbehilfe ist ethisch äußerst kompliziert, die Rechtslage ungewiss und diese ultimative Aussage daher anmassend, zumal die „Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens“ im vorherigen Satz bereits verdeutlicht ist. Er genügt. Seit dem Urteil des BGH vom 28.06.2022 sind Verfassungsbedenken ggf. ebenfalls relevant.

Antrag A088-Ä010

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	KV Celle, KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1002 - 1003

1002 entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. ~~Mit der hohen Zahl an~~
1003 ~~Abtreibungen finden wir uns nicht ab.~~ Auch bei alten oder schwer erkrankten

Begründung

Wenn wir uns zur geltenden Rechtslage bekennen, ist unsere Empfindung zur Anzahl der Abtreibungen nicht relevant bzw. höchst individuell. Die Formulierung „hohe Zahl an Abtreibung“ lädt im Übrigen zur Nachfrage über eine „angemessene Zahl“ ein, eine Diskussion, die nicht gewollt sein kann.

Antrag A088-Ä011

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1002 - 1003

1002 entsprechendes gesellschaftliches Klima ein~~. Mit der hohen Zahl an~~
1003 ~~Abtreibungen finden wir uns nicht ab~~, welches die persönliche Entscheidung aber respektiert.
Auch bei alten oder schwer erkrankten

Antrag A088-Ä012

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1002

1002 entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. Wir setzen uns für mehr Prävention ungewollter Schwangerschaften und mehr sexuelle Aufklärung sowie Aufklärung zur Übertragbarkeit sexueller Krankheiten ein. Mit der hohen Zahl an

Antrag A088-Ä013

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1002 - 1006

1002 entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. Gleichzeitig dürfen Frauen in einer solch belastenden Situation nicht alleine gelassen werden. Mit der hohen Zahl an
1003 Abtreibungen finden wir uns nicht ab. Auch bei alten oder schwer erkrankten
1004 Menschen achten wir ihre unantastbare Würde und räumen der
1005 Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens den höchsten Stellenwert ein.
1006 ~~Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab.~~

Begründung

Die Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch stellt für die meisten Frauen eine große psychische Belastung dar. Auch diesem Umstand sollte Rechnung getragen werden. Die Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch muss gut überlegt sein. Dazu soll der vorher notwendige Prozess diesen. Die aktuelle defizitäre Versorgungslage sorgt für zusätzliche große Belastungen, die letztlich nicht die Anzahl der Abbrüche reduziert, sondern unnötig die Lage für Frauen erschwert.

Antrag A088-Ä014

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1003

1003 Abtreibungen finden wir uns nicht ab. Zugleich respektieren wir die informierte Entscheidung der Frau. Auch bei alten oder schwer erkrankten

Antrag A088-Ä015

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1003 - 1006

1003 Abtreibungen finden wir uns nicht ab. ~~Auch bei alten oder schwer erkrankten~~
1004 ~~Menschen achten wir ihre unantastbare~~Der unantastbaren Würde ~~und räumen der~~
1005 des Menschen und Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens räumen wir auch bei alten und schwer erkrankten Menschen den höchsten Stellenwert ein.
1006 ~~Aktive Sterbehilfe~~ Daher lehnen wir aktive Sterbehilfe ab.

Antrag A088-Ä016

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	Junge Union, KV Goslar, KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1005 - 1006

1005 Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens den höchsten Stellenwert ein.
1006 ~~Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab.~~

Begründung

Den letzten Satz bitten wir zu streichen. Diese Aussage steht im Widerspruch zur Selbstbestimmung und zum freiheitlichen Menschenbild.

Antrag A088-Ä017

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1006

1006 Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab. Wir werden uns für eine Stärkung und Verbesserung der stationären
und ambulanten Hospiz- und Palliativangebote einsetzen.

Begründung

Die wichtigen Anliegen der Hospiz- und Palliativdienste werden in unserem Grundsatzprogramm bisher an keiner
Stelle erwähnt. In einer älter werdenden Gesellschaft sollten wir uns für eine würdevolle letzte Lebensphase aussprechen.

Antrag A088-Ä018

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1006

1006 Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab. Umso mehr setzen wir uns für eine gute palliative Begleitung und Hospizversorgung in der letzten Lebensphase ein.

Antrag A088-Ä019

Änderungsantrag zu A088

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1006

1006 Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab. Wir tolerieren passive Sterbehilfe und setzen uns für eine Lagaldefinition von Sterbehilfe ein.

Begründung

Wenn man sich die zum Teil menschenunwürdigen Lebensherhältnisse in Pflegeheimen oder anderen Einrichten anschaut, die mit dem demoskopischen Wandel zunehemen werden, sollte man sich schon Gedanken machen, wie der Einezeln selbstbestimmt Ableben kann.

Antrag A089: Zeile 1007 - 1015: Wir respektieren die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identität, aber lehnen Genderideologie ab

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1007 - 1015 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1007 **Wir respektieren die Vielfalt sexueller Orientierungen und**
1008 **geschlechtlicher Identität~~, aber~~. Einen ideologischen Genderbegriff lehnen ~~Genderideologie~~wir ab.** Das
1009 biologische Geschlecht ist eine naturwissenschaftliche Tatsache und nicht
1010 veränderbar. Deshalb halten wir an der rechtlichen Unterscheidung der
1011 beiden biologischen Geschlechter fest. Zugleich wollen wir intersexuelle und
1012 transsexuelle Menschen besser unterstützen. Daneben leben Menschen
1013 heute in vielfältiger Form auch eine soziale Geschlechtlichkeit oder eine
1014 abweichende Geschlechtsidentität im Rahmen ihrer persönlichen Freiheit.
1015 Wir stellen uns jeglicher Diskriminierung entgegen.

Antrag A089-Ä001

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	Lesben und Schwule in der Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1007 - 1015

1007 ~~**Wir respektieren die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identität, aber lehnen Genderideologie ab.** Das~~
1009 ~~biologische Geschlecht ist eine naturwissenschaftliche Tatsache und nicht~~
1010 ~~veränderbar. Deshalb halten wir an der rechtlichen Unterscheidung der~~
1011 ~~beiden biologischen Geschlechter fest. Zugleich wollen wir intersexuelle und~~
1012 ~~transsexuelle Menschen besser unterstützen. Daneben leben Menschen~~
1013 ~~heute in vielfältiger Form auch eine soziale Geschlechtlichkeit oder eine~~
1014 ~~abweichende Geschlechtsidentität im Rahmen ihrer persönlichen Freiheit.~~
1015 ~~Wir stellen uns jeglicher Diskriminierung entgegen.~~

Wir wertschätzen die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identität, ohne dabei beliebig zu werden. Respekt und Toleranz gehören zu den Grundfesten der Christdemokratie. Jeder Mensch ist ein Abbild Gottes und seine Würde unantastbar. Wir bekennen uns zur rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung. Zugleich wollen wir intersexuelle und transsexuelle Menschen besser unterstützen. Gewalttaten gegen Menschen mit anderer sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Wir stellen uns jeglicher Diskriminierung und Hass entgegen.

Begründung

Respekt und Wertschätzung verdienen kein „ja, aber...“. Es bedarf eines klaren Bekenntnisses der CDU zu Menschen mit anderen sexuellen Orientierungen und geschlechtlicher Identität. Hinsichtlich der Aussage zur Geschlechteranzahl verweisen wir mit Nachdruck auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Entscheidung zur dritten Option.

Antrag A089-Ä002

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1008 - 1014

1008 **geschlechtlicher Identität**~~**, aber lehnen Genderideologie ab.**~~. ~~Das~~
1009 ~~biologische Geschlecht ist eine naturwissenschaftliche Tatsache und nicht~~
1010 ~~veränderbar. Deshalb halten wir an der rechtlichen Unterscheidung der~~
1011 ~~beiden biologischen Geschlechter fest. Zugleich wollen wir intersexuelle und~~
1012 ~~transsexuelle Menschen besser~~Wir möchten alle Menschen unterstützen~~. Daneben~~, ob hetero-, homo-, bi-, inter- oder transsexuell. Viele Menschen leben ~~Menschen~~
1013 heute in ~~vielfältiger Form~~ vielfältige Formen, auch eine ~~soziale~~Form der sozialen Geschlechtlichkeit ~~oder eine~~

1014 aus oder eine abweichende Geschlechtsidentität im Rahmen ihrer persönlichen Freiheit.

Begründung

Der alte Absatz ist zu polemisch, nicht wertschätzend gegenüber Menschen, die der heteronorm nicht entsprechen, passt somit nicht zum christlichen Menschenbild. Gleichzeitig wirkt der Absatz wie eine Reaktion auf die aktuelle Diskussion in linken Kreisen bzw. rechtsextremen Kreisen und eignet sich nicht für das Grundsatzprogramm, welche für lange Zeit gelten soll.

Antrag A089-Ä003

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1008 - 1015

1008 **geschlechtlicher Identität~~, aber lehnen Genderideologie ab~~.** ~~Das~~
1009 ~~biologische Geschlecht ist eine naturwissenschaftliche Tatsache und nicht~~
1010 ~~veränderbar. Deshalb halten wir an der rechtlichen Unterscheidung der~~
1011 ~~beiden biologischen Geschlechter fest. Zugleich wollen wir intersexuelle und~~
1012 ~~transsexuelle Menschen besser unterstützen. Daneben leben Menschen~~
1013 ~~heute in vielfältiger Form auch eine soziale Geschlechtlichkeit oder eine~~
1014 ~~abweichende Geschlechtsidentität im Rahmen ihrer persönlichen Freiheit.~~
1015

Wir stellen uns jeglicher Diskriminierung entgegen.

Begründung

Zur Auseinandersetzung mit der Frage der individuellen Geschlechtlichkeit bzw. Geschlechtsidentität gehört differenziertere Information als hier möglich ist. Wichtig ist, dass sich die CDU dem Thema mit Respekt und ohne Diskriminierung nähert. Die Erläuterungsversuche im Text dienen dieser Wahrnehmung nicht.

Antrag A089-Ä004

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1008 - 1011

1008 **geschlechtlicher Identität~~, aber lehnen Genderideologie ab~~.** Das
1009 biologische Geschlecht ist eine naturwissenschaftliche Tatsache und nicht
1010 veränderbar. ~~Deshalb~~Wir halten ~~wir~~ an der rechtlichen Unterscheidung ~~der~~
1011 ~~beiden biologischen Geschlechter~~ fest. Zugleich wollen wir intersexuelle und

Antrag A089-Ä005

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1008

1008 **geschlechtlicher Identität, aber wir lehnen ~~Genderideologie~~die genderspezifische Überfrachtung unserer Sprache ab.** Das

Antrag A089-Ä006

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1008 - 1012

1008 **geschlechtlicher Identität~~, aber lehnen Genderideologie ab~~.** Das
1009 biologische Geschlecht ist eine naturwissenschaftliche Tatsache ~~und nicht~~
1010 ~~veränderbar~~. Deshalb halten wir an der rechtlichen Unterscheidung der
1011 ~~beiden~~ biologischen Geschlechter fest. ~~Zugleich wollen wir intersexuelle und~~
1012 Die Forschung zu den Unterschieden der Geschlechter und eine darauf abgestimmte Gesundheitsvorsorge und Behandlung wollen wir verstärken. Intersexuelle, transsexuelle ~~Menschen~~und nicht-binäre Menschen wollen wir besser unterstützen. Daneben leben Menschen

Antrag A089-Ä007

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1010 - 1011

1010 veränderbar. ~~Deshalb halten wir an der rechtlichen Unterscheidung der~~
1011 ~~beiden biologischen Geschlechter fest. Zugleich~~Wir wollen ~~wir~~ intersexuelle und

Antrag A089-Ä008

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1010 - 1011

1010 veränderbar. ~~Deshalb halten wir an~~Wir stehen zu der rechtlichen Unterscheidung der

1011 ~~beiden biologischen~~drei Geschlechter ~~fest~~. Zugleich wollen wir intersexuelle und

Begründung

Der Tatsache, dass es drei Geschlechter gibt, wird Rechnung getragen.

Antrag A089-Ä009

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	KV Stormarn
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1011

1011 beiden biologischen Geschlechter fest. Zugleich wollen wir nicht-binäre, intersexuelle und

Antrag A089-Ä010

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1011 - 1012

1011 beiden biologischen Geschlechter fest. ~~Zugleich wollen wir intersexuelle und~~
1012 ~~transsexuelle Menschen besser unterstützen.~~ Daneben leben Menschen

Antrag A089-Ä011

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1011

1011 beiden biologischen Geschlechter fest. Wir wollen sprachlich Frauen und Männer gleichermaßen benennen, lehnen aber eine sprachliche Überfrachtung mit allen möglichen Geschlechteridentitäten ab. Zugleich wollen wir intersexuelle und

Antrag A089-Ä012

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1012

1012 transsexuelle Menschen ~~besser~~ unterstützen. Daneben leben Menschen

Begründung

In einer Demokratie entscheidet die Mehrheit und alle sind gleich. Warum sollten dann einzelne Minoritäten besser unterstützt werden?

Antrag A089-Ä013

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1015

1015 Wir stellen uns jeglicher Diskriminierung entgegen. Die staatliche Finanzierung und Förderung von "Genderwissenschaften" lehnen wir ab.

Antrag A089-Ä014

Änderungsantrag zu A089

Antragsteller/in:	KV Berlin-Tempelhof/Schoeneberg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1015

1015 Wir stellen uns jeglicher Diskriminierung entgegen. Dafür wollen wir Art. 3 Abs. 3 GG um das Merkmal des Schutzes der sexuellen Identität ergänzen.

Begründung

Zuletzt haben homophobe Übergriffe zugenommen. Deswegen brauchen wir ein klares Signal: Kein Mensch darf aufgrund seiner sexuellen Identität ausgegrenzt, verfolgt oder diskriminiert werden. Die Ergänzung des Gleichheitsartikels um den Schutz der sexuellen Identität wäre ein deutliches Bekenntnis zu einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft, in der LGBTIQ selbstverständlich dazugehören und ein Recht darauf haben, angst- und diskriminierungsfrei zu leben. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgericht bietet Betroffenen zwar bereits heute Schutz, mit der Ergänzung von Art. 3 Abs. 3 GG würden wir diesen aber auch verfassungsrechtlich absichern. Damit erteilen wir reaktionären Tendenzen und rechtspopulistischen Strömungen, die unsere Gesellschaft spalten wollen, eine klare Absage.

Antrag A090: Zeile 1016 - 1023: Wir wollen Zusammenhalt statt Identitätspolitik

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

1016 **Wir wollen Zusammenhalt statt Identitätspolitik.** Es entspricht unserem
1017 historischen Selbstverständnis als Volkspartei, die vielfältigen berechtigten
1018 Interessen und Sichtweisen gesellschaftlicher Gruppen anzuerkennen und
1019 sie, wo notwendig, zu einem Ausgleich zu bringen und damit zum
1020 gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen. Ein identitätspolitisches
1021 Politikverständnis, das Gruppeninteressen verabsolutiert und damit zur
1022 Fragmentierung unserer Gesellschaft beiträgt, entspricht nicht unserem
1023 Menschenbild.

Antrag A090-Ä001

Änderungsantrag zu A090

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1023

1023 Menschenbild, in dem der einzelne Menschen mit seinen individuellen Begabungen und seinem individuellen Recht auf persönliche Entfaltung im Mittelpunkt steht.

Begründung

Präzisierung, dass wir Identitätspolitik nicht nur aufgrund der Auswirkungen auf die Gesellschaft ablehnen (Fragmentierung), sondern auch, weil in einer Gesellschaft, in der Menschen nach äußeren Merkmalen Gruppen „zugeordnet“ werden, deren Individualität und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten jenseits von „Gruppenzuordnungen“ in Frage gestellt bzw. behindert werden.

Antrag A090-Ä002

Änderungsantrag zu A090

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1021 - 1022

1021 Politikverständnis, das zu stark Gruppeninteressen ~~verabsolutiert und damit zur~~
1022 ~~Fragmentierung unserer~~in den Mittelpunkt stellt und dazu führt, dass unsere Gesellschaft ~~beiträgt,~~ auseinanderbricht,
entspricht nicht unserem

Begründung

Umformulierung zur besseren Verständlichkeit.

Antrag A091: Zeile 1024 - 1033: Religionen geben Halt

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1025 - 1026 (Änderungsempfehlung) - Streichung Zeile 1027 - 1033 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1024 **Religionen geben Halt**

1025 **Wir erkennen die Kraft von Religionen an.** Wir bekennen uns zum
1026 Gottesbezug unseres Grundgesetzes~~,~~ und wissen ~~aber~~ zugleich, dass unser
1027 freiheitlicher Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren
1028 kann. Werte und Überzeugungen müssen gelebt werden und lassen sich nicht
1029 staatlich verordnen. Daher bekennen wir uns ausdrücklich zur
1030 Religionsfreiheit und zum geltenden Religionsverfassungsrecht, das
1031 ~~die Trennung von Staat und Religion~~die religiöse und weltanschauliche Neutralität des Staates umsetzt und gleichzeitig Kooperationen
1032 ermöglicht. Religionen stehen nicht über dem Grundgesetz ~~und sind kein~~
1033 , sind kein Freibrief zur Verbreitung intoleranter Ideen und kein Rechtfertigungsgrund für die Begehung von Straftaten. Das friedliche Zusammenleben der Religionen und der interreligiöse Dialog sind uns wichtig.

Antrag A091-Ä001

Änderungsantrag zu A091

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1025 - 1032

1025 **Wir erkennen die Kraft von Religionen an.** Wir bekennen uns zum
1026 Gottesbezug unseres Grundgesetzes, wissen aber zugleich, dass unser
1027 freiheitlicher Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren
1028 kann. Werte und Überzeugungen müssen gelebt werden und lassen sich nicht
1029 staatlich verordnen. Daher bekennen wir uns ausdrücklich zur
1030 Religionsfreiheit und zum geltenden Religionsverfassungsrecht, das
1031 ~~die Trennung von Staat und Religion~~**die religiöse und weltanschauliche Neutralität des Staates** umsetzt und gleichzeitig Kooperationen
1032 ermöglicht. Religionen stehen nicht über dem Grundgesetz und sind kein

Begründung

(s.o. Anpassungsänderung entsprechend Zeile 880)

Die Verkürzung des Satzes „Es besteht keine Staatskirche“ des Artikels 137 Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung in Verbindung mit Artikel 140 des Grundgesetzes mit der Formulierung „Trennung

zwischen Kirche und Staat“ wird der vom Bundesverfassungsgericht beschriebenen „hinkenden“ Trennung von Staat und Kirche (BVerfGE 42, 312) nicht gerecht. Die Fortgeltung der Eigenschaft von Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts nach Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 137 Absatz 5 Satz 1 der Weimarer Reichsverfassung passt nicht zu dem Bild einer strikten Trennung zwischen Staat und Kirche.

Antrag A091-Ä002

Änderungsantrag zu A091

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1025 - 1029

1025 **Wir erkennen die Kraft von Religionen an.** Wir bekennen uns zum
1026 Gottesbezug unseres Grundgesetzes~~, wissen aber zugleich~~. Zugleich ist uns bewusst, dass unser
1027 freiheitlicher Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren
1028 kann. ~~Werte und Überzeugungen müssen gelebt werden und lassen sich nicht~~
1029 ~~staatlich verordnen.~~ Daher bekennen wir uns ausdrücklich zur

Begründung

Die Verknüpfung von Gottesbezug einerseits und Böckenförde-Dictum durch ein „aber“ ist unlogisch und missverständlich.

Antrag A091-Ä003

Änderungsantrag zu A091

Antragsteller/in:	KV Duesseldorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1026

1026 Gottesbezug unseres Grundgesetzes~~,~~ und wissen ~~aber~~ zugleich, dass unser

Begründung

Begründung: Es ist kein Widerspruch, den Gottesbezug des Grundgesetzes anzuerkennen und zu wissen, dass ein freiheitlicher Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann.

Antrag A091-Ä004

Änderungsantrag zu A091

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1026 - 1028

1026 Gottesbezug unseres Grundgesetzes~~, wissen aber zugleich, dass unser~~
1027 ~~freiheitlicher Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren~~
1028 ~~kann~~. Werte und Überzeugungen müssen gelebt werden und lassen sich nicht

Begründung

Böckenförder-Diktum hier an falscher Stelle sondern stattdessen lieber in 15ff (siehe Änderungsantrag zu A003 -Laufende Nummer 1750)

Antrag A091-Ä005

Änderungsantrag zu A091

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1032 - 1033

1032 ermöglicht. Religionen stehen nicht über dem Grundgesetz ~~und~~, sind kein
1033 Freibrief zur Verbreitung intoleranter Ideen und kein Rechtfertigungsgrund für die Begehung von Straftaten.

Begründung

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel.

Antrag A091-Ä006

Änderungsantrag zu A091

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zeile 1032

1032 ermöglicht. Es ist zu prüfen, ob die Erhebung der Kirchensteuer künftig mit der Neutralitätspflicht des Staates vereinbar ist. Religionen stehen nicht über dem Grundgesetz und sind kein

Begründung

Mit dem Wachsen anderer Religionsgruppen und der Gruppe der Menschen, die keiner Religion angehören, erwächst ein Neutralitätsproblem, das gelöst werden muß.

Antrag A091-Ä007

Änderungsantrag zu A091

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1033

1033 Freibrief zur Verbreitung intoleranter Ideen. Das friedliche Zusammenleben der Religionen und der interreligiöse Dialog sind uns wichtig.

Antrag A092: Zeile 1034 - 1042: Deutschland ist ein christlich geprägtes Land

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1034 - 1042 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1034 **Deutschland ist ein christlich geprägtes Land.** Unsere Kirchen und
1035 Gemeinden sind wichtige Partner bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens.
1036 Sie sind gesellschaftspolitische Stabilitätsanker, die Menschen Orientierung
1037 geben, Sinn stiften und Seelsorge betreiben. ~~Sie~~Die Kirchen und christlichen Wohlfahrtsverbände übernehmen - ebenso wie ihre nicht-konfessionellen Partner - mit
1038 ~~Krankenhäusern,~~ Pflegediensten, Kindertagesstätten und Kindergärten, Schulen, Einrichtungen der
1039 ~~Obdachlosenhilfe und für~~ Wohnungslosenhilfe, Krankenhäusern, Senioren ~~sowie der~~ - und Familienservices, der Bahnhofsmission und der Militär- und Telefonseelsorge eine wichtige
1040 Rolle in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Christliche Symbole und Traditionen müssen im
1041 öffentlichen Raum sichtbar bleiben, sie sind ebenso zu schützen wie der
1042 Sonntag und die christlichen Feiertage.

Antrag A092-Ä001

Änderungsantrag zu A092

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1034 - 1041

1034 **Deutschland ist ein christlich geprägtes Land.** Unsere Kirchen ~~und~~
1035 ~~Gemeinden~~ sind wichtige Partner bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens.
1036 Sie sind gesellschaftspolitische Stabilitätsanker, die Menschen Orientierung
1037 geben, Sinn stiften und Seelsorge betreiben. Sie übernehmen ~~mit~~
1038 beispielsweise in Krankenhäusern, Pflegediensten, Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen der

1039 Obdachlosenhilfe und für Senioren sowie in der Militär- und der Telefonseelsorge eine wichtige
1040 Rolle in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Christliche Symbole müssen im
1041 öffentlichen Raum sichtbar bleiben, sie sind ebenso zu schützen wie der

Begründung

Aus dem Kontext ergibt sich, dass mit „Gemeinden“ kirchliche und nicht kommunale Gemeinden gemeint sind. Sie sind somit im Begriff „Kirchen“ bereits miterfasst. Das gilt nicht nur für die evangelischen Landeskirchen und die katholische Kirche, sondern auch für Freikirchen.

Gerade in den neuen Bundesländern gibt es zahlreiche Schulen in kirchlicher Trägerschaft, die sehr stark nachgefragt werden und die von großer bildungs- und gesellschaftspolitischer Bedeutung sind, sodass sie unbedingt mit aufgeführt werden sollten.

Antrag A092-Ä002

Änderungsantrag zu A092

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1037 - 1039

1037 geben, Sinn stiften und Seelsorge betreiben. ~~Sie übernehmen mit~~
1038 ~~Krankenhäusern, Pflegediensten, Kindertagesstätten, Einrichtungen der~~
1039 Die Wohlfahrtsverbände übernehmen mit Pflegediensten, Kindertagesstätten, Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, Krankenhäusern, Senioren- und Familienservices, der Bahnhofsmission und der Telefonseelsorge eine wichtige Rolle in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie übernehmen mit
Krankenhäusern, Pflegediensten, Kindertagesstätten, Einrichtungen der
Obdachlosenhilfe und für Senioren sowie der Telefonseelsorge eine wichtige

Antrag A092-Ä003

Änderungsantrag zu A092

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1037 - 1039

1037 geben, Sinn stiften und Seelsorge betreiben. ~~Sie~~Die Wohlfahrtsverbände übernehmen mit
1038 Krankenhäusern, Pflegediensten, Kindertagesstätten, Einrichtungen der
1039 ~~Obdachlosenhilfe und für~~Wohnungslosenhilfe, Senioren- und Familienservices sowie der Telefonseelsorge eine wichtige

Antrag A092-Ä004

Änderungsantrag zu A092

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1037 - 1039

1037 geben, Sinn stiften und Seelsorge betreiben. ~~Sie~~Die christlichen Wohlfahrtsverbände übernehmen- ebenso wie ihre nicht-konfessionellen Partner - mit
1038 ~~Krankenhäusern,~~ Pflegediensten, Kindertagesstätten, Einrichtungen der
1039 ~~Obdachlosenhilfe und für~~ Wohnungslosenhilfe, Krankenhäusern, Senioren ~~sowie~~- und Familienservices, der Bahnhofsmission und der Telefonseelsorge eine wichtige

Begründung

Im Programm sollte bei der Erwähnung der Kirchen unbedingt auch deren soziale Arbeit hervorgehoben werden.

Antrag A092-Ä005

Änderungsantrag zu A092

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1038

1038 Religionsunterricht und Konfessionsschulen, Krankenhäusern, Pflegediensten, Kindertagesstätten, Einrichtungen der

Antrag A092-Ä006

Änderungsantrag zu A092

Antragsteller/in:	KV Limburg-Weilburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1040

1040 Rolle in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Christliche Symbole **und Traditionen**müssen im

Begründung

Neben den christlichen Symbolen wie dem Kreuz oder unsere Kirchen prägen auch christliche Traditionen seit Jahrhunderten unsere Heimat. So sind vielerorts Fronleichnams- oder St. Martinsumzüge oder auch das Glockengeläut fester Bestandteil der kulturellen Identität. Diese Traditionen wollen wir bewahren und lehnen Anpassungen aus falsch verstandener Toleranz - wie beispielsweise Umbenennungen von St. Martinsumzügen in Laternenfeste – entschieden ab.

Antrag A092-Ä007

Änderungsantrag zu A092

Antragsteller/in:	KV Luebeck

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1040

1040 Rolle in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Christliche Symbole gehören seit der Spätantike zu unserer Geschichte und müssen deshalb im

Antrag A092-Ä008

Änderungsantrag zu A092

Antragsteller/in:	KV Lingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1040

1040 Rolle in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die finanzielle Unterstützung dieser kirchlichen Arbeit wollen wir sichern. Christliche Symbole müssen im

Begründung

Immer mehr kirchliche Träger ziehen sich aus den beschriebenen Aufgaben zurück. Sinkende Kirchensteuern werden dazu führen, dass Kirche immer weniger wirken kann. Die Diskussion über eine Reform der Kirchensteuer und ggf. Umwandlung in eine allgemeine Steuer für caritative Bereiche müssen wir führen. Dieser Satz kann als Grundlage dafür dienen.

Antrag A092-Ä009

Änderungsantrag zu A092

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1042

1042 Sonntag und die christlichen Feiertage. Christliche Träger müssen daher mindestens gleichwertig zu allen anderen Trägern unterstützt werden.

Begründung

In der Praxis zeigt sich, dass durch Zuschüsse und Sonderregelungen kirchliche Träger z. T. in den Erstattungssetzen benachteiligt sind. Diese Benachtiligung kann nicht im Sinne des Grundsatzprogramms sein und ist daher hier zu erwähnen.

Antrag A092-Ä010

Änderungsantrag zu A092

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission zu A091

Zeile 1042

1042 Sonntag und die christlichen Feiertage. Wir begrüßen die Ökumene und den konstruktiven Gedankenaustausch zwischen den Menschen verschiedener Religionen.

Antrag A093: Zeile 1043 - 1048: Jüdisches Leben gehört zu Deutschland

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1043 - 1048 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1043 **Jüdisches Leben gehört zu Deutschland.** Das Judentum ~~hat die deutsche~~
1044 prägt unsere
Kultur und Geschichte seit 1.700 Jahren ~~geprägt~~. Deutschland trägt
1045 besondere Verantwortung für ein lebendiges und sicheres jüdisches Leben.
1046 Wir sind dankbar, dass es heute wieder ein reiches jüdisches Leben in
1047 unserem Land gibt. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, jüdisches Leben zu
1048 schützen und in Deutschland im Alltag wieder sichtbarer zu machen.

Antrag A093-Ä001

Änderungsantrag zu A093

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1048

1048 schützen und in Deutschland im Alltag ~~wieder~~noch sichtbarer zu machen. Ebenso achten wir unsere Mitbürger jedweder Religion, die unsere Werte und Weltanschauungen mit uns teilen.

Antrag A093-Ä002

Änderungsantrag zu A093

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1043 - 1047

1043 **Jüdisches Leben gehört zu Deutschland.**
Das Judentum ~~hat die deutsche~~
1044 prägt unsere Kultur und Geschichte seit 1.700 Jahren ~~geprägt~~. Deutschland trägt
1045 besondere Verantwortung für ein lebendiges und sicheres jüdisches Leben.

1046 Wir sind dankbar, dass es heute wieder ein reiches jüdisches Leben in
1047 unserem Land gibt. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, jüdisches Leben zu

Begründung

Heutiges jüdisches Leben mit Nutzung des Perfekts abzuschneiden, ist nicht nachvollziehbar. Von „deutscher“ Kultur im 4. Jahrhundert nach Christus zu schreiben, widerspricht dem Stand der Forschung.

Antrag A094: Zeile 1049 - 1061: Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1049 - 1061 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1049 **Muslime~~, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.~~ sind Teil der religiösen Vielfalt Deutschlands und unserer Gesellschaft** ~~Rund sechs~~
1050 ~~Millionen Muslime leben in unserem Land~~. Viele von ihnen haben in
1051 Deutschland schon seit Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden. Ein Islam, der unsere Werte nicht teilt und unsere freiheitliche Gesellschaft ablehnt, gehört nicht zu Deutschland. Die
1052 wenigsten von ~~ihnen~~den in Deutschland lebenden Muslimen sind in den großen islamischen Verbänden organisiert.
1053 Wir unterstützen ~~deutsche Muslime~~sie dabei, sich in Deutschland zu
1054 organisieren. Unser Ziel ist ein lebendiges Gemeindeleben auf dem Boden
1055 des Grundgesetzes und seiner Werte. Dazu gehört der weitere Ausbau von Forschung und
1056 Lehre der islamischen Theologie und die Ausbildung von deutschsprachigen
1057 Imamen an deutschen Hochschulen. Es müssen Alternativen zur
1058 Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden und zur Entsendung von
1059 Imamen aus dem Ausland gefunden werden. Es darf keine ~~unmittelbare~~
1060 Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige Moscheegemeinden,
1061 Islamverbände, muslimische Organisationen und deutsche Muslime geben.

Antrag A094-Ä001

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Lueneburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1049

1049 **Muslime, die ~~unsere Werte teilen~~unser wertebasiertes Recht akzeptieren, gehören zu Deutschland.** Rund sechs

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung im Programmentwurf kollidiert mit Art 4 GG. Die Religionsfreiheit erlaubt auch einen Glauben, der nicht dem christlichen Glauben, dem wir uns zugehörig fühlen oder dem humanistischen Grundgedanken entspricht. Auch der Islam fällt in den Schutzbereich von Art 4 GG, auch wenn Muslime Allah zu dienen haben, was in Teilbereichen mit unserem Recht in Konflikt steht. Aber da, wo der Glauben zu einem Verhalten führt, das mit dem deutschen Recht, insbesondere dem Strafrecht, nicht vereinbar ist, ziehen wir die Grenze (z. B. fehlende Gleichberechtigung von Mann und Frau, freie Partnerwahl, Genitalienverstümmelung, Zwangsverheiratungen, Hasspredigten, Aufforderung zu Gewalt gegen Ungläubige u. Ä).

Antrag A094-Ä002

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, LV Bremen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1049

1049 ~~**Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland**~~**Muslimisches Leben ist Teil unserer Gesellschaft.** Rund sechs

Begründung

Der vorgeschlagene Satz vermeidet sowohl den Verdacht der pauschalen Ausgrenzung einer ganzen Religionsgemeinschaft und schafft gleichzeitig auch den Vorteil, dass er parallel und wertgleich zum vorhergehenden Abschnitt „Jüdisches Leben gehört zu Deutschland“ (Zeile 1043) ist. Religiöser Extremismus und Radikalisierung sollten innerhalb der Gesellschaft keinerlei Platz finden. Das Grundsatzprogramm macht bereits in Zeile 1055 deutlich, dass das Gemeindeleben und die Ausübung des Islams in Einklang mit den Werten unsers Grundgesetzes stattfinden. Diese Zeile und der Hinweis bleiben zentran, denn wir müssen die friedliche und tolerante Auslegung der Religionen fördern und somit zu einem positiven Miteinander beitragen. Ein Islam, der als Religion mit dem Grundgesetz in Einklang ist, stellt einen wichtigen Beitrag zur Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland dar. Es ist wichtig, dass alle religiösen Gemeinschaften und ihre Anhänger in unserem Land die Werte und Prinzipien unseres demokratischen Systems respektieren und fördern, um eine pluralistische und offene Gesellschaft zu erhalten. Die bisherige Formulierung bezieht sich hingegen ausschließlich auf die Menschen, welche die Religion ausüben und weniger auf die notwendigerweise zu vermittelnden Werte.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A094-Ä003

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1049 - 1051

1049 ~~**Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.**~~Rund sechs
1050 Millionen Muslime leben in unserem Land. ~~Viele von ihnen haben in~~
1051 ~~Deutschland schon seit Jahrzehnten eine neue~~Für die Meisten von ihnen ist Deutschland Heimat ~~gefunden~~und sie teilen unsere Werte. Die

Antrag A094-Ä004

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Cloppenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1049 - 1050

1049 **Muslime und Angehörige aller Religionen, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.**~~Rund sechs~~
1050 ~~Millionen Muslime~~In Deutschland leben ~~in unserem Land~~Menschen aus unterschiedlichsten Religionen friedlich und im gegenseitigen Respekt zusammen. Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung gehört derzeit der christlichen Kirche an, gefolgt vom Islam mit rund sechs Millionen Muslimen. Viele von ihnen haben in

Begründung

Klarstellung, dass Angehöriger aller Religionen, die unsere Werte teilen, zu Deutschland gehören - nicht nur begrenzt auf den Islam bzw. Muslime. Das gilt insofern auch für den Hinduismus, Buddhismus und andere Religionsgemeinschaften. Jüdisches Leben wurde im oberen Abschnitt separat erfasst. Die Begrenzung nicht nur auf Muslime ist von erheblicher Bedeutung, weil aktuellen Erhebungen zufolge beispielsweise drei Mal mehr Buddhisten und mehr als vier Mal so viele Hinduisten in Deutschland leben als Menschen jüdischen Glaubens. An dieser Stelle ist auch eine neue Einleitung notwendig, die weiter gefasst ist, um alle Religionsangehörigen zu erfassen und dann im Besonderen wieder auf das muslimische Leben in Deutschland zurückzukommen.

Antrag A094-Ä005

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Goslar
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1049

1049 **M~~uslime~~enschen, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.** Rund sechs

Begründung

Begrenzung auf Muslime steht im Widerspruch zu anderen Weltansichten und Religionen

Antrag A094-Ä006

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1049

1049 ~~**Muslime**~~**Alle Menschen, die unsere Werte teilen und berechtigterweise im Inland leben, gehören zu Deutschland.** Rund sechs

Begründung

Die Neufassung dient der Klarstellung, daß es nicht nur um die Muslimen geht.

Antrag A094-Ä007

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1049

1049 **Religionen und Religionsgemeinschaften, insbesondere Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.** Rund sechs

Begründung

Es sollte keine Fokussierung alleine aus muslimisches Leben geben.

Antrag A094-Ä008

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Aachen-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1049 - 1060

1049 **Muslime~~, die unsere Werte teilen,~~ gehören zu Deutschland.** ~~Rund~~Muslimischer Glaube und Kultur, die unsere Werte teilen, sind ein fester Bestandteil unserer gesellschaftlichen Vielfalt. Denn rund sechs
1050 Millionen Muslime leben in unserem Land. Viele von ihnen haben in
1051 Deutschland schon seit Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden. Die
1052 wenigsten von ihnen sind in den großen islamischen Verbänden organisiert.

Wir unterstützen deutsche Muslime dabei, sich in Deutschland zu organisieren. Unser Ziel ist ein lebendiges Gemeindeleben auf dem Boden des Grundgesetzes. Dazu gehört der weitere Ausbau von Forschung und Lehre der islamischen Theologie und die Ausbildung von deutschsprachigen Imamen an deutschen Hochschulen. Es müssen Alternativen zur Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden und zur Entsendung von Imamen aus dem Ausland gefunden werden. Es darf keine unmittelbare Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige Moscheegemeinden,

Begründung

Es ist richtig, dem wohlgemeinten, aber historisch falschen und unterkomplexen Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ eine andere Formulierung entgegenzustellen. Denn weniger der Islam als vielmehr das Judentum, das Christentum, die griechische Philosophie, das römische Recht und die Aufklärung waren über Jahrhunderte hinweg wesentlich prägende Faktoren für unsere europäische Kultur. Dennoch ist es auch richtig, deutlich zu machen, dass man eine eigene und aktive Integrationsanstrengung des Islams in Deutschland und Europa fordert. Dabei kann schwerlich von „dem Islam“ gesprochen werden, da es auch im Islam verschiedene Strömungen gibt. Dabei sind bspw. orthodoxe und traditionalistische Ansichten nur schwerlich mit einer modernen westlichen Gesellschaft kompatibel: z.B. zur Trennung von Religion und Staat, zur Gleichberechtigung von Frau und Mann, zur Ablehnung jeglichen Antisemitismus, zur Freiheit von Kunst und Wissenschaft, zur Religionsfreiheit und dem Recht, eine Religion auch wechseln zu dürfen. Leider sind diese Strömungen keineswegs nur Sekten innerhalb der islamischen Welt, sondern gehören zum Teil zu großen Bewegungen, wie bspw. der sunnitische Wahhabismus in der arabischen Welt oder die iranischen Schiiten, die Chomeini folgen. Es ist notwendig, sich von der naiven Idee zu lösen, dass nur der Islamismus ein Feind der westlichen Welt ist; auch andere zum Teil weit verbreitete Strömungen im Islam teilen unsere Werte nicht. Daher ist der Satz, wie er jetzt im Grundsatzprogramm formuliert ist, äußert unglücklich und sehr missverständlich. Denn er zielt auf ein Kollektiv, die „einfachen Gläubigen“, und stellt damit alle hier lebenden Muslime unter Generalverdacht. So ist leicht zu verstehen, wenn Muslime beklagen, die CDU würde sie damit alle über einen Kamm scheren. Zum Beispiel leben 500.000 türkischstämmige Aleviten in Deutschland, die die Scharia ablehnen und mit einem modernen, säkularen Staatsverständnis kein Problem haben. Die alevitischen Gemeinden können gar als „Integrationsvorbilder“ herangezogen werden (aus: „Aleviten – die anderen Türken in Deutschland“, WELT vom 04.03.2011; https://www.welt.de/politik/deutschland/article12703157/Aleviten-die-anderen-Tuerken-in-Deutschland.html). Somit ist eine differenzierte Sichtweise i.B. auf den Islam unabdingbar, der in dieser Formulierung Ausdruck findet, auch um dem Islam als Religion zu achten und in seinen unterschiedlichen Strömungen ernst zu nehmen. Denn damit werden nicht die „einfachen Gläubigen“ unter Generalverdacht gestellt, aber deutlich signalisiert, dass wir einerseits den Islam nicht über einen Kamm scheren, aber genau wissen, dass es Interpretationen des Islam gibt, die für uns nicht akzeptabel sind. Als CDU senden wir damit den Imamen, Verbandsfunktionären, Gemeindevorsitzenden und Rechtsgelehrten der verschiedenen Glaubensauslegungen ein deutliches Signal: Ihr habt in Eurer Gemeinde, in Eurer Glaubensströmung eine führende Rolle, mit der ihr Integration fördern oder verhindern könnt. Wir erwarten, dass ihr Integration fördert. Wenn ihr sie verhindert, könnt ihr nicht Teil unserer Gesellschaft sein. Unser

Signal als CDU muss aber zugleich sein: Wir haben Respekt vor der Lebensleistung von Menschen, die zum Beispiel als Gastarbeiter kamen, hier eine Familie gründet haben, oft unter schwierigen Bedingungen, und unser Land mitaufgebaut haben. Diese Menschen gehören zu Deutschland. Sie sind ein fester Teil unserer Gesellschaft. Wir werden uns schützend vor sie stellen gegen jede Art von Rassismus, Diskriminierung und den völkischen Vertreibungsfantasien der AfD.

Antrag A094-Ä009

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1049

1049 ~~Muslime~~**Alle Menschen weiterer Religionen, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.** Rund sechs

Antrag A094-Ä010

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1049 - 1060

1049 ~~**Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.**~~**Muslimisches Leben gehört zu Deutschland.**
~~Rund sechs~~
1050 ~~Millionen Muslime leben in unserem Land.~~ Viele ~~von ihnen~~Menschen muslimischen Glaubens haben in
1051 Deutschland ~~schon seit Jahrzehnten eine neue~~ihre Heimat gefunden und Millionen Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens leben hier. Die
1052 wenigsten ~~von ihnen~~ sind in den großen islamischen Verbänden organisiert~~.~~
1053 , viele leben ihren Glauben entweder nicht, säkular oder privat. Wir unterstützen ~~deutsche~~gläubige Muslime dabei, sich in Deutschland ~~zu~~
1054 ~~organisieren. Unser Ziel ist ein lebendiges Gemeindeleben~~im Einklang mit den grundlegenden gesellschaftlichen Werten und auf dem Boden
1055 des Grundgesetzes~~.~~ zu organisieren. Dazu gehört der weitere Ausbau von Forschung und
1056 Lehre der islamischen Theologie und die Ausbildung von deutschsprachigen
1057 Imamen an deutschen Hochschulen. Es müssen Alternativen zur
1058 Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden und zur Entsendung von
1059 Imamen aus dem Ausland gefunden werden. Es darf keine unmittelbare
1060 Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige Moscheegemeinden,

Begründung

Hier bereits durch die Überschrift eine unterschiedliche Bewertung verschiedener, gleichberechtigter Personengruppen (Juden, Muslime) zu treffen, ist nicht gerecht und widerspricht dem der "Union" zugrundeliegenden Gedanken. Die Nutzung der dritten Person Singular bzw. Plural gegenüber muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern hat eine abgrenzende Wirkung („die und wir“). Die Gleichheit vor Recht und Gesetz wird damit gerade in diesem religiösen Kontext nicht ausgedrückt. Man darf auch fragen, was denn mit Christen oder Gläubigen anderer Religionen ist, die nicht einer den großen Kirchen ähnlichen Organisation angehören. Was ist mit jeglichen Mitbürgern, die „unsere Werte“ nicht oder nur teilweise teilen? Dieser Abschnitt schürt durch die allgemeine Gleichsetzung einer Menge an Menschen als „die Muslime“ einen pauschalisierenden Generalverdacht gegenüber jenen, die sich als Muslime bezeichnen, nimmt aber zugleich überhaupt keinen Bezug zur Vielfalt der muslimischen Religionspraxis oder der Lebenswirklichkeit der Deutschen muslimischen Glaubens.

Antrag A094-Ä011

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1049 - 1061

1049 ~~**Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.** Rund sechs~~
1050 ~~Millionen~~Viele Muslime leben ~~in unserem Land~~gut integriert in Deutschland. Viele von ihnen haben in
1051 Deutschland schon seit Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden. Die
1052 wenigsten von ihnen sind in den großen islamischen Verbänden organisiert.
1053 Wir unterstützen deutsche Muslime dabei, sich in Deutschland zu
1054 organisieren. Unser Ziel ist ein lebendiges Gemeindeleben auf dem Boden
1055 des Grundgesetzes. Dazu gehört der weitere Ausbau von Forschung und
1056 Lehre der islamischen Theologie und die Ausbildung von deutschsprachigen
1057 Imamen an deutschen Hochschulen. Es müssen Alternativen zur
1058 Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden und zur Entsendung von
1059 Imamen aus dem Ausland gefunden werden. Es darf keine unmittelbare
1060 Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige Moscheegemeinden,
1061 Islamverbände und deutsche Muslime geben. Politischen Islamismus, der sich gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung wendet, lehnen wir ab. Er ist mit unseren Werten nicht vereinbar. Auch Menschen anderer Religionen, die in ihrer Religionsausübung auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, unterstützen wir in ihrem Gemeindeleben. Wir setzen uns für mehr Austausch und Dialog zwischen den Religionen ein.

Antrag A094-Ä012

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1049 - 1054

1049 ~~**Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland**~~**Muslimisches Leben ist Teil unserer Gesellschaft.** Rund sechs
1050 Millionen Muslime leben in unserem Land. Viele von ihnen haben in
1051 Deutschland schon seit Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden. Die
1052 wenigsten von ihnen sind in den großen islamischen Verbänden organisiert.
1053 Wir unterstützen deutsche Muslime dabei, sich in Deutschland zu
1054 organisieren und einen Islam im Einklang mit unserem Grundgesetz auszuüben. Unser Ziel ist ein lebendiges Gemeindeleben auf dem Boden

Begründung

Der vorgeschlagene Satz vermeidet sowohl den Verdacht der pauschalen Ausgrenzung einer ganzen Religionsgemeinschaft und schafft gleichzeitig auch den Vorteil, dass er parallel und wertgleich zum vorhergehenden Abschnitt „Jüdisches Leben gehört zu Deutschland“ (Zeile 1043) ist. Religiöser Extremismus und Radikalisierung sollten innerhalb der Gesellschaft keinerlei Platz finden. Das Grundsatzprogramm sollte klar machen, dass es um diese Strömungen geht, die wir als Gesellschaft und Politik nicht akzeptieren können. Wir müssen die friedliche und tolerante Auslegung der Religionen fördern und somit zu einem positiven Miteinander beitragen. Ein Islam, der als Religion mit dem Grundgesetz in Einklang ist, stellt einen wichtigen Beitrag zur Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland dar. Es ist wichtig, dass alle religiösen Gemeinschaften und ihre Anhänger in unserem Land die Werte und Prinzipien unseres demokratischen Systems respektieren und fördern, um eine pluralistische und offene Gesellschaft zu erhalten. Indem der Islam die Werte und Prinzipien des Grundgesetzes respektiert, wird er dazu beitragen, dass alle Muslime in Deutschland sich als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft fühlen. Die bisherige Formulierung bezieht sich hingegen ausschließlich auf die Menschen, welche die Religion ausüben und weniger auf die notwendigerweise zu vermittelnden Werte.

Antrag A094-Ä013

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf, KV Frankfurt/Main
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1049

1049 **Muslime~~, die unsere Werte teilen,~~ gehören zu Deutschland.** Rund sechs

Begründung

Zu Deutschland gehören die hier lebenden deutschen Staatsangehörigen, EU-Bürger und alle hier rechtmäßig lebenden Ausländer. Hierbei ist es unbeachtlich, ob und wenn ja, welcher Religionsgemeinschaft sie angehören. Wer gegen die Grundrechte des Grundgesetzes oder das Existenzrecht Israels verstößt, hat unabhängig von seiner Staats- oder Religionsangehörigkeit mit harten staatlichen Konsequenzen zu rechnen.

Antrag A094-Ä014

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Berlin-Tempelhof/Schoeneberg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1049 - 1061

1049 ~~**Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.**~~Rund sechs
1050 Millionen Muslime leben in unserem Land. Viele von ihnen haben in
1051 Deutschland schon seit Jahrzehnten eine neue Heimat ~~gefunden. Die~~
1052 ~~wenigsten von ihnen sind in den großen islamischen Verbänden organisiert.~~
1053
gefunden. Viele Muslime und Menschen, die aus muslimisch geprägten Ländern stammen, leben die Werte des Grundgesetzes und lehnen islamistische Bestrebungen ab. Wir unterstützen deutsche Muslime dabei, sich in Deutschland zu
1054 organisieren. Unser Ziel ist ein lebendiges Gemeindeleben auf dem Boden
1055 des Grundgesetzes. Dazu gehört der weitere Ausbau von Forschung und
1056 Lehre der islamischen Theologie und die Ausbildung von deutschsprachigen
1057 Imamen an deutschen Hochschulen. Es müssen Alternativen zur
1058 Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden und zur Entsendung von
1059 Imamen aus dem Ausland gefunden werden. Es darf keine unmittelbare
1060 Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige Moscheegemeinden,
1061 Islamverbände und
deutsche Muslime geben.

Antrag A094-Ä015

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1049 - 1061

1049 ~~**Muslime, die unsere Werte teilen, gehören**~~**Muslimisches Leben gehört zu Deutschland.** Rund sechs
1050 Millionen Muslime leben in unserem Land. Viele von ihnen haben in
1051 Deutschland schon seit Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden. Die
1052 wenigsten von ihnen sind in den großen islamischen Verbänden organisiert.
1053 Wir unterstützen deutsche Muslime dabei, sich in Deutschland zu
1054 organisieren. Unser Ziel ist ein lebendiges Gemeindeleben auf dem Boden
1055 des Grundgesetzes. Dazu gehört der weitere Ausbau von Forschung und
1056 Lehre der islamischen Theologie und die Ausbildung von deutschsprachigen
1057 Imamen an deutschen Hochschulen. ~~Es müssen~~ Wir wollen Alternativen ~~zur~~
1058 ~~Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden und zur Entsendung von~~

1059 ~~Imamen aus dem Ausland gefunden~~der Finanzierung von muslimischen Organisationen und Moscheegemeinden schaffen. Imame und Geistliche müssen die deutsche Sprache beherrschen und an europäischen Fakultäten ausgebildet werden. Es darf keine unmittelbare
1060 Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige ~~Moscheegemeinden,~~
1061 ~~Islamverbände und deutsche Muslime~~muslimische Organisationen und Moscheegemeinden geben. Ein offener Dialog mit den Verbänden muss zu jeder Zeit geführt werden.

Begründung

Präzisere Formulierung, da im Urtext die muslimischen Organisationen komplett vergessen wurden.

Antrag A094-Ä016

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1049

1049 ~~**Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland**~~**Muslimisches Leben ist ein Teil unserer Gesellschaft.** Rund sechs

Begründung

Muslimisches Leben ist ein Teil unserer Gesellschaft.

Antrag A094-Ä017

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Northeim
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1049

1049 **Muslime, die unsere Werte teilen und unsere Gesetze beachten, gehören zu Deutschland.** Rund sechs

Begründung

Wenngleich der Passus „unsere Werte und unsere Gesetze achten“ unter dem Abschnitt Integration (Zeile 1084 ff)

aufgeführt ist, so bedarf es einer gesonderten Hervorhebung durch Aufnahme in die Überschrift dieses Absatzes.

Nicht alle religiösen Gruppen halten deutsches Recht für bindend. Zur konsequenten Eindämmung von Clanstrukturen und Parallelgesellschaften ist es unvermeidbar, dass unsere Gesetze geachtet und als verbindlich anerkannt werden. Es darf sich nicht der Eindruck manifestieren, dass bspw.

selbsternannte „Friedensrichter“ geltendes deutsches Recht aushebeln und Konflikte nach den Regeln ihres Glaubens lösen. Unsere deutschen Gesetze dienen auch dem Opferschutz. So gilt es insbesondere, den vermeintlich Schwächeren, wie Kindern und Frauen den bestmöglichen Rechtsschutz zu gewähren und ihnen ein sicheres Leben in Deutschland zu ermöglichen. Das Bekenntnis zu unseren Werten und Gesetzen ist die Grundvoraussetzung für ein friedliches und tolerantes Miteinander.

Antrag A094-Ä018

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1051 - 1060

1051 Deutschland schon seit Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden.

1052 **Der Islam muss in Deustchland auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.** Die
1053 wenigsten ~~von ihnen~~der in Deutschland lebenden Muslime sind in den großen islamischen Verbänden organisiert.
1054 Wir unterstützen ~~deutsche~~ Muslime dabei, sich in Deutschland ~~zu~~
1055 auf dem Boden des Grundgesetzes zu organisieren. ~~Unser Ziel ist ein lebendiges Gemeindeleben auf dem Boden~~
1056 ~~des Grundgesetzes.~~ Dazu gehört der weitere Ausbau von Forschung und
1057 Lehre der islamischen Theologie und die Ausbildung von deutschsprachigen
1058 Imamen an deutschen Hochschulen. Es müssen Alternativen zur
1059 Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden und zur Entsendung von
1060 Imamen aus dem Ausland gefunden werden. Es darf keine unmittelbare
1061 Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige Moscheegemeinden,

Begründung

Diese sinnvollen Gedanken sollten in einen eigenen Abschnitt stehen.

Antrag A094-Ä019

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1052 - 1053

1052 wenigsten von ihnen sind in den großen islamischen Verbänden organisiert~~.~~
1053 auch für sie gilt, dass die Religionszugehörigkeit nicht stets mit Religiosität einhergeht.“ Wir unterstützen deutsche Muslime dabei, sich in Deutschland zu

Begründung

Wir sollten auch im Kontext des Folgesatzes, wonach wir Muslime dabei unterstützen wollen, sich zu organisieren, durch diese Ergänzung verdeutlichen, dass es auch Muslime in Deutschland gibt, die nicht oder nur wenig religiös sind und dass uns diese Tatsache bewusst ist und wir niemand „zwingen“, sich im wesentlich als „muslimisch“ zu definieren und entsprechend zu organisieren.

Antrag A094-Ä020

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde, LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1053

1053 Wir unterstützen ~~deutsche~~in Deutschland lebende Muslime dabei, sich in Deutschland zu

Begründung

Die Staatsangehörigkeit kann dabei keine Rolle spielen. Es geht um die dauerhaft in Deutschland lebenden Muslime.

Antrag A094-Ä021

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1055

1055 des Grundgesetzes und seiner Werte. Dazu gehört der weitere Ausbau von Forschung und

Begründung

Zur Verdeutlichung!

Antrag A094-Ä022

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1055

1055 des Grundgesetzes und unserer Werteordnung. Dies fordert eine Kultur von Toleranz, gegenseitigem Respekt und Wertschätzung von Vielfalt auf allen Seiten. Dazu gehört es, die Rechte von Mädchen, Frauen und queeren Menschen zu wahren. Zu einem lebendigen muslimischen Leben in Deutschland gehören der weitere Ausbau von Forschung und

Antrag A094-Ä023

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1056

1056 Lehre der islamischen Theologie und die zwingende Ausbildung von deutschsprachigen

Antrag A094-Ä024

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1057 - 1058

1057 Imamen an deutschen Hochschulen. ~~Es müssen Alternativen zur~~

1058 Die Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden ~~und zur~~ muss verboten und Alternativen zur Entsendung von

Antrag A094-Ä025

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	Junge Union, KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1059

1059 Imamen aus dem Ausland gefunden werden. Es darf keine ~~unmittelbare~~

Antrag A094-Ä026

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1061

1061 Islamverbände und deutsche Muslime geben. Den Bau von Moscheen unter Beteiligung von Organisationen oder Personen, die durch den Verfassungsschutz dem islamistischen Umfeld zugeordnet werden oder unter ausländischem Einfluss stehen, lehnen wir ab.

Antrag A094-Ä027

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1061

1061 Islamverbände und deutsche Muslime geben. Unter Beobachtung von Sicherheitsbehörden stehende Institutionen können keine Partner für Bildung und Wissenschaft sein.

Antrag A094-Ä028

Änderungsantrag zu A094

Antragsteller/in:	KV Leer
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1061

1061 Islamverbände und deutsche Muslime geben. Muslimische Gottesdienste sollten auch in deutscher Sprache abgehalten oder zumindest ins Deutsche übersetzt werden.

Begründung

Das Verstehen von Predigten und Auslegungen des Korans in deutscher Sprache ist für nur deutschsprachige Besucher wichtig. Transparenz über die Zusammenkünfte ist gegeben. Durch das Verstehen der Predigt oder einer Auslegung kann es zu einem Dialog für das gemeinsame Gehörte zwischen Deutschen und Muslimen kommen. Sprache und Verstehen ist ein wesentlicher Grundstein zum Verständigen und Zusammenleben in einer vielfältigen religiösen Gesellschaft.

Antrag A095: Zeile 1062 - 1071: Heimat verbindet

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1063 - 1071 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1062 **Heimat verbindet**

1063 **Wir wissen um die Bedeutung von Heimat.** Heimat ist Lebensgefühl.
1064 Menschen brauchen Heimat. Ein Ort, an dem sie sich geborgen, geschützt und
1065 sicher fühlen. Er wird geschaffen von Menschen und geformt von Natur ~~und~~
1066 , Kultur und gemeinsamen Werten. Heimat verbindet nicht nur die Generationen, sondern auch Tradition
1067 und Moderne. In ihr entwickeln sich Sprache, Brauchtum und Normen und
1068 damit entscheidende Zutaten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir
1069 wollen ~~Zugewanderten~~Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen, die Möglichkeit geben, bei uns Heimat zu finden. Dies
1070 kann nur gelingen, wenn sie bereit sind, sich im Sinne unserer Leitkultur an
1071 unsere Art zu leben anzupassen und sich zu integrieren.

Antrag A095-Ä001

Änderungsantrag zu A095

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1065 - 1066

1065 sicher fühlen. Er wird geschaffen von Menschen und geformt von Natur ~~und~~
1066 , Kultur und gemeinsam geteilten Werten. Heimat verbindet nicht nur die Generationen, sondern auch Tradition

Antrag A095-Ä002

Änderungsantrag zu A095

Antragsteller/in:	KV Siegen-Wittgenstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A100

Zeile 1066

1066 Kultur und ist ebenso geprägt durch seine Denkmäler und Kulturlandschaften. Heimat verbindet nicht nur die Generationen, sondern auch Tradition

Begründung

„Menschen brauchen Heimat. Ein Ort, an dem sie sich geborgen, geschützt und sicher fühlen. Er wird geschaffen von Menschen und geformt von Natur und Kultur und ist ebenso geprägt durch seine Denkmäler und Kulturlandschaften. Heimat verbindet nicht nur die Generationen, sondern auch Tradition und Moderne“.

Antrag A095-Ä003

Änderungsantrag zu A095

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1068 - 1069

1068 damit entscheidende Zutaten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. ~~Wir~~
1069 Diese Vielfalt von regionalen Sprachen und Dialekten gilt es zu erhalten. Wir wollen Zugewanderten die Möglichkeit geben, bei uns Heimat zu finden. Dies

Antrag A095-Ä004

Änderungsantrag zu A095

Antragsteller/in:	KV Goettingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1068 - 1071

1068 damit entscheidende Zutaten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft~~. Wir~~
1069 ~~wollen Zugewanderten die Möglichkeit geben, bei uns Heimat zu finden. Dies~~
1070 ~~kann nur gelingen, wenn sie bereit sind, sich im Sinne unserer~~ und der Leitkultur ~~an~~
1071 ~~unsere Art zu leben anzupassen und sich zu integrieren.~~. Wir
wollen Zugewanderten die Möglichkeit geben, bei uns Heimat zu finden.

Begründung

Heimat beinhaltet das Bekenntnis zur Leitkultur (wie in Z. 874ff. beschrieben ist). Ein Zwang auf „unsere Art“ zu leben, ist nicht hilfreich und widerspricht der Einladung, Heimat zu finden.

Antrag A095-Ä005

Änderungsantrag zu A095

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1069

1069 wollen ~~Zu~~Eingewanderten die Möglichkeit geben, bei uns Heimat zu finden. Dies

Begründung

Semantik:
Zuwanderung ungleich Einwanderung
Der Gebrauch der Wörter „Zuwanderung (ungesteuert) und Einwanderung (gesteuert) werden unterschiedlich verwendet und sollten sprachlich eindeutig verwendet werden.

Antrag A095-Ä006

Änderungsantrag zu A095

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1069 - 1071

1069 wollen Zugewanderten die Möglichkeit geben, bei uns Heimat zu finden. Dies
1070 ~~kann nur gelingen~~gelingt nur, wenn sie ~~bereit sind, sich im Sinne unserer Leitkultur an~~
1071 unsere ~~Art zu leben anzupassen und sich zu~~Grundwerte achten und sie sich in unser gesellschaftliches Leben aktiv integrieren.

Antrag A095-Ä007

Änderungsantrag zu A095

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1070 - 1071

1070 kann nur gelingen, wenn sie bereit sind, sich im Sinne unserer Leitkultur ~~an~~
1071 ~~unsere Art zu leben anzupassen~~zu verhalten und sich zu integrieren.

Begründung

Doppelung. Unsere Leitkultur = unsere Art zu leben.

Antrag A095-Ä008

Änderungsantrag zu A095

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A137 und A146

Zeile 1071

1071 unsere Art zu leben anzupassen und sich zu integrieren.

Heimat ist für viele Menschen ganz besonders ihr eigener Grund und Boden. Unsere Land-, Forst- und Viehwirte und ihre Familien bewirtschaften teils seit Jahrhunderten dieselben Grundstücke. Die Weitergabe von Grundstücken über Generationen hinweg gehört auch für viele andere Menschen zu den wichtigsten Möglichkeiten innerfamiliären Zusammenhalts. Wir Christdemokraten sorgen deshalb dafür, das private Grundeigentum natürlicher Personen besser zu schützen. Auch die Steuerbelastungen für Grundeigentum und für dessen Weitergabe innerhalb der Familie müssen drastisch gesenkt oder besser noch abgeschafft werden.

Begründung

Ergänzung zwecks Klarstellung.

Antrag A096: Zeile 1072 - 1083: Das Recht auf die Heimat gilt fort

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1081 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1083

Der Parteitag möge beschließen

1072 **Das Recht auf die Heimat gilt fort.** Wir treten in unserer historischen
1073 Verantwortung für ein internationales und europäisches Volksgruppen- und
1074 Minderheitenrecht und für das fortwährende Recht auf die Heimat, eigene
1075 Sprache und Kultur ein. Auch in einem vereinten Europa mit zunehmend

1076 offenen Grenzen erfüllen Heimatvertriebene und Volksgruppen eine wichtige
1077 Brückenfunktion zwischen den Nationen. Auch die Deutschen, die in ihrer
1078 Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblieben sind, können
1079 diese wichtige Funktion zwischen Deutschland und seinen Nachbarn beim
1080 weiteren Zusammenwachsen Europas wahrnehmen. Vertreibungen jeder Art
1081 müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden. Wir stehen an der Seite der Aussiedler und Spätaussiedler, die in ihre historische Heimat zurückgekehrt sind, weil sie Deutsche sind. An
1082 unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger
1083 Verbesserung der Lebengrundlagen in den Herkunftsgebieten halten wir fest und bleiben Garant dafür, dass das Tor nach Deutschland offen bleibt.

Antrag A096-Ä001

Änderungsantrag zu A096

Antragsteller/in:	BezV Westhessen, KV Berlin-Wuhletal, KV Hamburg-Mitte
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1081 - 1083

1081 müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden. Wir stehen an der Seite der Aussiedler und Spätaussiedler, die in ihre historische Heimat zurückgekehrt sind, weil sie Deutsche sind. Ihre vorbildliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration ist eine der größten Erfolge der deutschen Nachkriegsgeschichte. An
1082 unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger
1083 Verbesserung der Lebengrundlagen in den Herkunftsgebieten halten wir fest und bleiben Garant dafür, dass das Tor nach Deutschland offen bleibt.

Antrag A096-Ä002

Änderungsantrag zu A096

Antragsteller/in:	BezV Westhessen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1081 - 1083

1081 müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden. ~~An~~
1082 ~~unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger~~
1083 Wir stehen an der Seite der Aussiedler und Spätaussiedler, die in ihre historische Heimat zurückgekehrt sind, weil sie Deutsche sind. Ihre vorbildliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration ist eine der größten Erfolge der deutschen Nachkriegsgeschichte. An unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebengrundlagen in den Herkunftsgebieten halten wir fest und bleiben Garant dafür, dass das Tor nach Deutschland offen bleibt. An unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebengrundlagen in den Herkunftsgebieten halten wir fest.

Begründung

Wir unterstützen die Änderungsanträge des KV Hamburg-Mitte mit den laufenden Nummern 567 + 568.

Es geht darum, die Verbundenheit der Union mit dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe stärker zum Ausdruck zu bringen.

Antrag A096-Ä003

Änderungsantrag zu A096

Antragsteller/in:	KV Rheingau-Taunus
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1081 - 1083

1081 müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden. ~~An~~
1082 ~~unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger~~
1083 Wir stehen an der Seite der Aussiedler und Spätaussiedler, die in ihre historische Heimat zurückgekehrt sind, weil sie Deutsche sind. Ihre vorbildliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration ist eine der größten Erfolge der deutschen Nachkriegsgeschichte. An unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebengrundlagen in den Herkunftsgebieten halten wir fest und bleiben Garant dafür, dass das Tor nach Deutschland offen bleibt. An
unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger
Verbesserung der Lebengrundlagen in den Herkunftsgebieten halten wir fest.

Begründung

Wir treten dem Antrag des Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes Hamburg-Mitte vom 15.02.2024 bei.
Zweiter Änderungsantrag zum Entwurf des Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands
Kapitel: III. Wo wir hinwollen

Antrag A097: Zeile 1084 - 1095: Integration muss gefördert und eingefordert werden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A141-Ä031
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1085 - 1087 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1088 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1089 - 1095 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1084 **Integration muss gefördert und eingefordert werden.** Es ist unsere
1085 gemeinsame politische Aufgabe, Migration und Integration zu gestalten. Die
1086 gelungene Einwanderungs- und Integrationsgeschichte vieler Menschen ~~ist~~
1087 ~~ein Beleg dafür~~zeigt, dass Integration in Deutschland zu einer Bereicherung
1088 werden kann. Wer sich bei uns voll integriert und seinen Beitrag zu unserem Gemeinwesen leistet, verdient unseren Respekt. Es kommt nicht darauf an, woher jemand kommt, sondern darauf, was er mit uns gemeinsam erreichen will. Dabei ist uns bewusst, dass die zu unternehmenden
1089 Anstrengungen zu einer gelungenen Integration umso größer sind, ~~desto~~
1090 je mehr der bisher für ~~den Zugewanderten~~die zu uns kommenden Menschen prägende Kulturraum sich in seinen
1091 Werten, seinem Staats- und Religionsverständnis sowie seiner Alltagskultur
1092 von unserem westlich geprägten unterscheidet. Wir haben die klare
1093 Erwartung, dass die zugewanderten Menschen sich einbringen, unsere Werte
1094 leben und unsere Gesetze achten. Nur ~~dadurch erreichen wir~~ auf diesem Weg gelingt ein gutes Miteinander.
1095 ~~Wir~~Für eine erfolgreiche Integration wollen wir bestmögliche Bedingungen schaffen. Wir setzen dazu auf verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen.

Antrag A097-Ä001

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1084

1084 **Integration muss gefördert und eingefordert werden, wobei die gezielte Einwanderung von Fachkräften gesetzlich vom Asylrecht zu trennen ist.** Es ist unsere

Begründung

Die Aufnahme von Asylbewerbern ist eine Aufnahme auf Zeit, d. h. so lange, bis die Gefährdung im Heimatland nicht mehr besteht. Daher kann bei den Asylanten die umfassende Integration nicht im Vordergrund stehen, insbesondere nicht für die Lösung unseres Fachkräftebedarfs (ca. 40% der Bürgergeldempfänger sind Migranten!). Vielmehr sollte die Einwanderung und Integration von Fachkräften gesetzlich durch ein Einwanderungsgesetz vom Asylrecht getrennt werden.

Antrag A097-Ä002

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1084 - 1088

1084 **Integration muss gefördert und eingefordert werden.**~~Es ist unsere~~
1085 ~~gemeinsame politische Aufgabe, Migration und Integration zu gestalten.~~ Die
1086 gelungene Einwanderungs- und ~~Integrationsgeschichte~~Migrationserfahrung vieler Menschen ~~ist~~
1087 ~~ein Beleg dafür, dass Integration in Deutschland zu einer Bereicherung~~
1088 ~~werden kann~~gehört zur Erfolgsgeschichte Deutschlands. Wer sich bei uns voll integriert und seinen Beitrag zu unserem Gemeinwesen leistet, verdient unseren Respekt. Es kommt nicht darauf an, woher jemand kommt, sondern darauf, was er mit uns gemeinsam erreichen will. Dabei ist uns bewusst, dass die zu unternehmenden

Antrag A097-Ä003

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	LV Sachsen-Anhalt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1085

1085 gemeinsame politische Aufgabe, Migration und Integration zu gestalten, wobei die gezielte Einwanderung von Fachkräften gesetzlich vom Asylrecht zu trennen ist. Die

Begründung

Die Aufnahme von Asylbewerbern ist eine Aufnahme auf Zeit, d. h. so lange, bis die Gefährdung im Heimatland nicht mehr besteht. Daher kann bei den Asylanten die umfassende Integration nicht im Vordergrund stehen, insbesondere nicht für die Lösung unseres Fachkräftebedarfs (ca. 40% der Bürgergeldempfänger sind Migranten!). Vielmehr sollte die Einwanderung und Integration von Fachkräften gesetzlich durch ein Einwanderungsgesetz vom Asylrecht getrennt werden.

Antrag A097-Ä004

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1085 - 1088

1085 gemeinsame politische Aufgabe, Migration und Integration zu gestalten. Die
1086 gelungene Einwanderungs- und ~~Integrationsgeschichte~~Migrationserfahrung vieler Menschen ~~ist~~
1087 ~~ein Beleg dafür, dass Integration in Deutschland zu einer Bereicherung~~
1088 ~~werden kann~~gehört zur Erfolgsgeschichte Deutschlands. Wer sich bei uns voll integriert und seinen Beitrag zu unserem Gemeinwesen leistet, verdient unseren Respekt. Es kommt nicht darauf an, woher jemand kommt, sondern darauf, was er mit uns gemeinsam erreichen will. Dabei

ist uns bewusst, dass die zu unternehmenden

Antrag A097-Ä005

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1085 - 1095

1085 gemeinsame politische Aufgabe, Migration und Integration zu gestalten. Die
1086 gelungene Einwanderungs- und ~~Integrationsgeschichte~~Migrationserfahrung vieler Menschen ~~ist~~
1087 ~~ein Beleg dafür, dass Integration in Deutschland zu einer Bereicherung~~
1088 ~~werden kann. Dabei ist uns bewusst, dass die zu unternehmenden~~
1089 ~~Anstrengungen zu einer gelungenen Integration umso größer sind, desto~~
1090 ~~mehr der bisher für den Zugewanderten prägende Kulturraum sich in~~gehört zur Erfolgsgeschichte Deutschlands. Wer sich bei uns voll integriert und seinen
1091 ~~Werten, seinem Staats- und Religionsverständnis sowie seiner Alltagskultur~~
1092 ~~von~~Beitrag zu unserem ~~westlich geprägten unterscheidet. Wir haben die klare~~
1093 ~~Erwartung, dass die zugewanderten Menschen sich einbringen, unsere Werte~~
1094 ~~und unsere Gesetze achten. Nur dadurch~~Gemeinwesen leistet, verdient unseren Respekt. Es kommt nicht darauf an, woher jemand kommt, sondern darauf, was er mit uns gemeinsam erreichen ~~wir ein gutes Miteinander.~~
1095 ~~Wir wollen dazu verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen~~will.

Antrag A097-Ä006

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	LV Baden-Wuerttemberg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1085 - 1088

1085 gemeinsame politische Aufgabe, Migration und Integration zu gestalten. Die
1086 gelungene Einwanderungs- und ~~Integrationsgeschichte~~Migrationserfahrung vieler Menschen ~~ist~~
1087 ~~ein Beleg dafür, dass Integration in Deutschland zu einer Bereicherung~~
1088 ~~werden kann~~gehört zur Erfolgsgeschichte Deutschlands. Wer sich bei uns voll integriert und seinen Beitrag zu unserem Gemeinwesen leistet, verdient unseren Respekt. Es kommt nicht darauf an, woher jemand kommt, sondern darauf, was er mit uns gemeinsam erreichen will. Dabei ist uns bewusst, dass die zu unternehmenden

Antrag A097-Ä007

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1087 - 1088

1087 ein Beleg dafür, dass Integration in Deutschland ~~zu einer Bereicherung~~
1088 ~~werden kann~~bereichert. Dabei ist uns bewusst, dass die zu unternehmenden

Begründung

Verständlichkeit. Hier wird auf die positiven Beispiele abgestellt.

Antrag A097-Ä008

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1088 - 1095

1088 werden kann. ~~Dabei ist uns bewusst, dass die zu unternehmenden~~
1089 ~~Anstrengungen zu einer gelungenen Integration umso größer sind, desto~~
1090 ~~mehr der bisher für den Zugewanderten prägende Kulturraum sich in seinen~~
1091 ~~Werten, seinem Staats- und Religionsverständnis sowie seiner Alltagskultur~~
1092 ~~von unserem westlich geprägten unterscheidet. Wir haben die klare~~
1093 ~~Erwartung, dass die zugewanderten Menschen sich einbringen, unsere Werte~~
1094 ~~und unsere Gesetze achten. Nur dadurch erreichen wir ein gutes Miteinander.~~
1095 ~~Wir~~Für eine erfolgreiche Integration wollen ~~dazu~~wir optimale Bedingungen schaffen. Dazu gehört ein Vertrag auf Gegenseitigkeit, basierend auf dem unverhandelbaren Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Wir setzen auf verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen. Zu einer Kultur der Anerkennung und des Miteinanders gehört der Anspruch auf bedarfsgerechte Integrationsleistungen des Staates aber auch die Bereitschaft und der Wille zur Integration der Zugewanderten. Auf dieser Grundlage werden Anreize zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit geschaffen und gleichzeitig einer Überforderung der gesellschaftlich-integrativen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Staates entgegengewirkt.

Antrag A097-Ä009

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1088 - 1095

1088 werden kann. ~~Dabei ist uns bewusst, dass die zu unternehmenden~~
1089 ~~Anstrengungen zu einer gelungenen Integration umso größer sind, desto~~
1090 ~~mehr der bisher für den Zugewanderten prägende Kulturraum sich in seinen~~
1091 ~~Werten, seinem Staats- und Religionsverständnis sowie seiner Alltagskultur~~
1092 ~~von unserem westlich geprägten unterscheidet. Wir haben die klare~~

1093 ~~Erwartung, dass die zugewanderten Menschen sich einbringen, unsere Werte~~
1094 ~~und unsere Gesetze achten. Nur dadurch erreichen wir ein gutes Miteinander.~~
1095 ~~Wir~~Für eine erfolgreiche Integration wollen ~~dazu~~wir optimale Bedingungen schaffen. Dazu gehört ein Vertrag auf Gegenseitigkeit, basierend auf dem unverhandelbaren Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Wir setzen auf verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen mit einem Bekenntnis zu unseren Werten und Gesetzen. Zu einer Kultur der Anerkennung und des Miteinanders gehört der Anspruch auf bedarfsgerechte Integrationsleistungen des Staates aber auch die Bereitschaft und der Wille zur Integration der Zugewanderten. Auf dieser Grundlage werden Anreize zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit geschaffen und gleichzeitig einer Überforderung der gesellschaftlich-integrativen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Staates entgegengewirkt.

Antrag A097-Ä010

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1088 - 1095

1088 werden kann. ~~Dabei ist uns bewusst, dass die zu unternehmenden~~
1089 ~~Anstrengungen zu einer gelungenen Integration umso größer sind, desto~~
1090 ~~mehr der bisher für den Zugewanderten prägende Kulturraum sich in seinen~~
1091 ~~Werten, seinem Staats- und Religionsverständnis sowie seiner Alltagskultur~~
1092 ~~von unserem westlich geprägten unterscheidet. Wir haben die klare~~
1093 ~~Erwartung, dass die zugewanderten Menschen sich einbringen, unsere Werte~~
1094 ~~und unsere Gesetze achten. Nur dadurch erreichen wir ein gutes Miteinander.~~
1095 ~~Wir~~Für eine erfolgreiche Integration wollen ~~dazu~~wir optimale Bedingungen schaffen. Dazu gehört ein Vertrag auf Gegenseitigkeit, basierend auf dem unverhandelbaren Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir setzen auf verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen mit einem Bekenntnis zu unseren Werten und Gesetzen. Zu einer Kultur der Anerkennung und des Miteinanders gehört der Anspruch auf bedarfsgerechte Integrationsleistungen des Staates aber auch die Bereitschaft und der Wille zur Integration der Zugewanderten. Auf dieser Grundlage werden Anreize zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit geschaffen und gleichzeitig einer Überforderung der gesellschaftlich-integrativen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Staates entgegengewirkt.

Antrag A097-Ä011

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1089 - 1090

1089 Anstrengungen zu einer gelungenen Integration umso größer sind, ~~desto~~
1090 je
mehr der bisher für den Zugewanderten prägende Kulturraum sich in seinen

Antrag A097-Ä012

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1090

1090 mehr der bisher für den ~~Zu~~Eingewanderten prägende Kulturraum sich in seinen

Antrag A097-Ä013

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1092

1092 von unserem westlich geprägten unterscheidet. Integration ist keine Einbahnstraße. Wir haben die klare

Begründung

Die Gegenseitigkeit muß stärker herausgehoben werden.

Antrag A097-Ä014

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	KV Leverkusen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1093 - 1094

1093 Erwartung, dass die zugewanderten Menschen sich einbringen, unsere Werte
1094 leben
und unsere Gesetze ~~ach~~einhalten. Nur dadurch erreichen wir ein gutes Miteinander.

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A097-Ä015

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1094

1094 und unsere Gesetze achten. ~~Nur dadurch~~Dadurch erreichen wir ein gutes Miteinander.

Begründung

Integration kann nicht NUR dadurch gelingen.

Antrag A097-Ä016

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1094 - 1095

1094 und unsere Gesetze achten. ~~Nur dadurch erreichen wir ein gutes Miteinander.~~
1095 ~~Wir~~Um dies zu stärken, müssen wir gegenüber den Neuzuwanderern unsere Erwartungshaltung klar und unmissverständlich kommunizieren. Das wollen ~~dazu verpflichtende~~wir durch individuelle Integrationsvereinbarungen~~.~~ untermauern. Nur dadurch gelingt ein gutes Miteinander.

Antrag A097-Ä017

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach, KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1095

1095 ~~Wir wollen dazu verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen.~~

Begründung

Wie sollen diese "individuellen Integrationsvereinbarungen" in der Praxis aussehen?

Antrag A097-Ä018

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	KV Landau-Stadt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1095

1095 Wir wollen dazu verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen. Integration soll durch eine rasche Arbeitsaufnahme beschleunigt werden.

Antrag A097-Ä019

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	KV Germersheim
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1095

1095 Wir wollen dazu verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen.

Integration soll durch eine rasche Arbeitsaufnahme beschleunigt werden.

Begründung

Die Motivation und den Willen sich zu integrieren sollten wir nicht durch bürokratische Hürden erschweren. Eine rasche Arbeitsaufnahme ermöglicht auch das lebendige Erlernen von Sprache.

Antrag A097-Ä020

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1095

1095 Wir wollen dazu verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen. Integration soll durch eine rasche Arbeitsaufnahme beschleunigt werden.

Antrag A097-Ä021

Änderungsantrag zu A097

Antragsteller/in:	KV Mainz-Stadt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1095

1095 Wir wollen dazu verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen. Gleichzeitig müssen bürokratische Hemmnisse bei der Integration, besonders im beruflichen Bereich, abgebaut werden.

Antrag A098: Zeile 1096 - 1101: Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1096 - 1100 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1101 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1096 **Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft.** Wir erwarten, dass jeder,
1097 der dauerhaft bei uns lebt oder leben will, die deutsche Sprache spricht. Nur
1098 so können Menschen in unserer Gesellschaft ankommen und sich
1099 einbringen. Eine gemeinsame Sprache bildet die Grundlage für lebendige
1100 soziale Beziehungen und den erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt.
1101 Daher setzen wir auf verpflichtende Sprachkurse und den praktischen Spracherwerb am Arbeitsplatz.

Antrag A098-Ä001

Änderungsantrag zu A098

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen, KV Leverkusen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1097

1097 der dauerhaft bei uns lebt oder leben will, die deutsche Sprache ~~spri~~beherrscht. Nur

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A098-Ä002

Änderungsantrag zu A098

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1100

1100 soziale Beziehungen, Bildung und den erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt.

Begründung

Sprache ist der Schlüssel zur Bildung.

Antrag A098-Ä003

Änderungsantrag zu A098

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den

	Regierungsprogrammprozess

Zeile 1101

1101 Daher setzen wir auf ~~verpflichtende~~verpflichtend erfolgreiche Sprachkurse.

Begründung

Ein Sprachkurs soll nicht nur mit einer Teilnahme abgeschlossen werden. Viel mehr soll es festgelegte Bedingungen für den erfolgreichen Abschluss und eine Notwendigkeit dazu geben.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A098-Ä004

Änderungsantrag zu A098

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung, KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1101

1101 Daher setzen wir auf verpflichtende erfolgreiche Sprachkurse.

Begründung

Nicht die Teilnahme ist entscheidend, sondern die erfolgreiche Teilnahme. Erfolg muß belohnt oder bzw. der Mißerfolg sanktioniert werden.

Antrag A098-Ä005

Änderungsantrag zu A098

Antragsteller/in:	KV Oldenburg-Stadt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1101

1101 Daher setzen wir auf verpflichtende Sprachkurse und den praktischen Spracherwerb am Arbeitsplatz.

Begründung

Neben den verpflichtenden Sprachkursen ist es für zugewanderte Menschen von großer Bedeutung, am Arbeitsplatz den praktischen Spracherwerb zu erreichen. Durch soziale Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen sowie die regelmäßige Anwendung der mit dem Arbeitsplatz zusammenhängenden Sprache wird die schnellere Integration der zugewanderten Menschen erheblich gefördert. Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern haben hier bereits erfolgreiche Konzepte entwickelt, um die Umsetzung von Integration durch Arbeit zu ermöglichen.

Antrag A098-Ä006

Änderungsantrag zu A098

Antragsteller/in:	KV Stade
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1101

1101 Daher setzen wir auf verpflichtende Sprachkurse. Dafür wollen wir das Angebot an Sprachkursen ausbauen und die Voraussetzungen, um Sprachkurse unterrichten zu dürfen, vereinfachen

Begründung

Das Angebot für Sprachkurse ist oftmals, gerade im ländlichen Bereich, nicht ausreichend.

Die Voraussetzungen für die Personen, die die Sprachkurse geben, sind zu umfangreich.

Antrag A099: Zeile 1102 - 1107: Ein Gesellschaftsjahr verbindet

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1102 - 1107 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1102 **Ein Gesellschaftsjahr verbindet.** Ein Gesellschaftsjahr für alle
1103 Schulabgänger ist eine große Chance, den Zusammenhalt in unserer
1104 Gesellschaft zu stärken. Dieser Dienst für das Gemeinwohl bringt Menschen
1105 aus unterschiedlichen Milieus, Religionen und Generationen zusammen. Wir wollen, dass möglichst viele sozial-gesellschaftliche Bereiche und auch die Bundeswehr davon profitieren. Für
1106 das verpflichtende Gesellschaftsjahr benötigen wir eine einheitliche
1107 Regelung im ganzen Bundesgebiet.

Antrag A099-Ä001

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Grafschaft-Bentheim, KV Herzogtum Lauenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1102 - 1107

~~1102 **Ein Gesellschaftsjahr verbindet.** Ein Gesellschaftsjahr für alle~~
~~1103 Schulabgänger ist eine große Chance, den Zusammenhalt in unserer~~

~~1104 Gesellschaft zu stärken. Dieser Dienst für das Gemeinwohl bringt Menschen~~
~~1105 aus unterschiedlichen Milieus, Religionen und Generationen zusammen. Für~~
~~1106 das verpflichtende Gesellschaftsjahr benötigen wir eine einheitliche~~
~~1107 Regelung im ganzen Bundesgebiet.~~

Begründung

Wir lehnen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr ab. Der Sinn hinter dieser Maßnahme ist verständlich, schränkt aber zu viele junge Menschen ein. Viele Schulabgänger haben einen genauen Plan von ihrer (beruflichen) Zukunft. Eine verpflichtende Zwangspause würde eine Art Verlängerung der Schulpflicht bedeuten.

Zudem ist die Umsetzung mit einem enormen Aufwand verbunden. Zum einen werden Fachkräfte für die Betreuung und Ausbildung der jungen Menschen gebunden, zum anderen ist die Finanzierung der Maßnahme vollkommen offen.

Wir setzen auf eine Stärkung der freiwilligen Dienste wie Bundesfreiwilligendienst, FSJ, ÖSJ, etc.

Antrag A099-Ä002

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1102 - 1106

1102 **Ein Wehrpflichts- und Gesellschaftsjahr verbindet.**
Ein Gesellschaftsjahr für alle
1103 Schulabgänger ist eine große Chance, den Zusammenhalt in unserer
1104 Gesellschaft zu stärken. Dieser Dienst für das Gemeinwohl bringt Menschen
1105 aus unterschiedlichen Milieus, Religionen und Generationen zusammen. Für
1106 das verpflichtende Gesellschaftsjahr benötigen wir eine einheitliche

Begründung

Das Gesellschaftsjahr als solches ist wahrscheinlich mit dem Europarecht unvereinbar. Daher müsste ein solches Jahr zwingend mit einem Wehrpflichtsjahr verbunden werden.

Antrag A099-Ä003

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1103

1103 Schulabgänger mit entsprechenden Anreizen ist eine große Chance, den Zusammenhalt in

unserer

Begründung

Das Gesellschaftsjahr muss für eine Akzeptanz mit Anrechenbarkeit auf dienliche Studienabschlüsse, notwendige Praktika oder aber Möglichkeiten der entsprechenden Kürzung von Ausbildung verbunden werden, wenn wir hier die meisten Jugendlichen nicht verlieren wollen.

Antrag A099-Ä004

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A069

Zeile 1104

1104 Gesellschaft zu stärken. Dieser Dienst für das Gemeinwohl und für unsere Streitkräfte bringt Menschen

Begründung

Das Gesellschaftsjahr sollte ausdrücklich auch unsere Streitkräfte inkludieren. Dieses gelingt durch eine besondere Hervorhebung. Darüber hinaus ist die Bundeswehr ein äußerst attraktiver Arbeitgeber, der jungen Menschen gute berufliche Perspektiven bietet.

Antrag A099-Ä005

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1104

1104 Gesellschaft zu stärken. Dieser Dienst für das Gemeinwohl in Deutschland bringt Menschen

Begründung

Das Gesellschaftsjahr soll nur innerhalb Deutschlands abgeleistet werden.

Antrag A099-Ä006

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Duesseldorf
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1105

1105 aus unterschiedlichen Milieus, Religionen und Generationen zusammen. Das Gesellschaftsjahr soll modular aufgebaut werden, auch Berufsorientierung ermöglichen und erworbene Kompetenzen bei einer Berufsbildung anerkannt werden. Für

Begründung

Begründung: 12 Monate in der gleichen Tätigkeit – das passt heute nicht mehr. Junge Menschen sollen die Möglichkeit bekommen, unterschiedliche Berufsbilder testen zu können, dazu gehört auch der Wehrdienst, bspw. im Rahmen eines 3-monatigen-Basiswehrdienstes. Erworbene Kompetenzen sollen auch anerkannt werden bei einer anschließenden Berufsausbildung um den Nutzen weiter zu erhöhen.

Antrag A099-Ä007

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Annahme in Fassung der AK und Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands

Zeile 1105 - 1106

1105 aus unterschiedlichen Milieus, Religionen und Generationen zusammen. Für
1106 die rasche Umsetzung des verpflichtenden Gesellschaftsjahrs setzen wir uns mit Nachdruck ein. Wir wollen, dass möglichst viele sozial-gesellschaftliche Bereiche - aber eben auch die Bundeswehr- davon profitieren. Dafür benötigen wir eine bundeseinheitliche Regelung, die auch die europaweite Ausübung dieses Dienstes ermöglicht. Für
das verpflichtende Gesellschaftsjahr benötigen wir eine einheitliche

Antrag A099-Ä008

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A069 und Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands

Zeile 1105 - 1107

1105 aus unterschiedlichen Milieus, Religionen und Generationen zusammen. Der Wehrdienst ist integraler Bestandteil des Gesellschaftsjahres. Für
1106 das verpflichtende Gesellschaftsjahr benötigen wir eine einheitliche
1107 Regelung im ganzen Bundesgebiet, in der bereits geleistete Stunden für die Gesellschaft angerechnet werden können.

Begründung

Streitkräfte sind für das Gesellschaftsjahr wichtig, da sie bei humanitären Einsätzen und in Kriegsgebieten helfen, das Wohl der Gesellschaft zu sichern.

Antrag A099-Ä009

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Stadt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1106 - 1107

1106 das ~~verpflichtende~~ Gesellschaftsjahr benötigen wir eine einheitliche
1107 Regelung im ganzen Bundesgebiet. Wir führen das freiwillige soziale und das freiwillige ökologische Jahr im allgemeinen Gesellschaftsjahr zusammen.

Begründung

Die Debatte über ein Gesellschaftsjahr sollte ergebnisoffen und unter Einbeziehung der jungen Generation geführt werden.

Antrag A099-Ä010

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1106

1106 das ~~verpflichtend~~freiwillige Gesellschaftsjahr benötigen wir eine einheitliche

Begründung

Ein Gesellschaftsjahr sollte aus bekannten Gründen grundsätzlich freiwillig sein.

Antrag A099-Ä011

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Darmstadt-Stadt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1107

1107 Regelung im ganzen Bundesgebiet. Dabei erkennen wir an, dass unzählige Menschen sich, teilweise bereits von Kindesbeinen an, im Brand- und Katastrophenschutz und im Rettungswesen engagieren. Dieser Einsatz zeichnet unser Land aus und sichert die Zukunft. Dieses Engagement ist bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsjahres selbstverständlich zu würdigen und als Dienst anzuerkennen.

Begründung

Wir erkennen an, dass viele Jugendliche sich in ihrer Freizeit in Freiwilligen Feuerwehren, dem THW, oder als Rettungsdienst-Unterstützer engagieren. Angelegt an den früheren Wehrersatzdienst soll dieses Engagement gewürdigt werden.

Antrag A099-Ä012

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Landau-Stadt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1107

1107 Regelung im ganzen Bundesgebiet. Der Dienst sollte entweder in Deutschland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union geleistet werden können.

Begründung

Durch diese Möglichkeit, den Dienst in einem anderen EU-Land leisten zu können, könnte – dringend benötigte – identitätsstiftende Wirkung auf europäischer Ebene erzielt werden.

Antrag A099-Ä013

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Germersheim
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1107

1107 Regelung im ganzen Bundesgebiet.

Der Dienst sollte entweder in Deutschland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union geleistet werden können.

Begründung

Durch diese Möglichkeit, den Dienst in einem anderen EU-Land leisten zu können, könnte – dringend benötigte – identitätsstiftende Wirkung auf europäischer Ebene erzielt werden.

Antrag A099-Ä014

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Mainz-Stadt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1107

1107 Regelung im ganzen Bundesgebiet. Eine Anrechnung des Gesellschaftsjahr auf einschlägige Ausbildungen streben wir an.

Antrag A099-Ä015

Änderungsantrag zu A099

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1107

1107 Regelung im ganzen Bundesgebiet. Der Verpflichtung ist eine Förderung der Attraktivität bisheriger
Freiwilligendienste durch eine Erhöhung der Vergütung und eine Einführung von Berufsorientierungsprogrammen voranzustellen.

Begründung

„Eine Verpflichtung zu einem Gesellschaftsjahr sollte erst der zweite Schritt sein. Zunächst sollten die Freiwilligendienste attraktiver gestaltet werden durch eine bessere Vergütung und auch eine Ankerkennung des Dienstes bei der Berufswahl. Dies führt zu deutlich engagierteren Bewerbern, da diese sich bewusst für einen

Freiwilligendienst entscheiden. Denn nur wer sich aus eigenem Entschluss dafür entscheidet, hilft auch tatsächlich der Gesellschaft, indem er motiviert mitarbeitet. Viele können es sich bisher auch schlichtweg nicht leisten eine Freiwilligendienst zu leisten, denn verpflichtend muss nur ein Taschengeld gezahlt werden. Die Vergütung müsste beispielsweise an die Höhe von Sozialleistungen angepasst werden. Zudem stellt sich bei der Verpflichtung die Frage, wie mit der Verweigerung umgegangen wird Ob also unmittelbarer Zwang angewandt wird. Es bestehen zudem auch verfassungsrechtliche und menschenrechtliche"

Antrag A100: Zeile 1108 - 1123: Gesellschaft braucht Ankerpunkte

Antragsteller/in:	Bundesvorstand	
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission	
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A095-Ä002, A101-Ä008, A128-Ä035, A129-Ä005, A134-Ä011	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1110 Zeile 1113 - 1123	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1108 **Gesellschaft braucht Ankerpunkte**

1109 **Deutschland muss Kulturnation bleiben.** Unsere kulturelle Identität wird

1110 gleichermaßen geprägt von großartigen Denkmälern und Museen, fantastischen Orchestern
1111 und Theatern, Bibliotheken, weltbekannten Bands, Künstlerinnen, gefeierten
1112 Autoren, renommierten Architektinnen, einer kreativen Filmwirtschaft und
1113 einer innovativen Gamer-Community wie durch eine lebendige
1114 Breitenkultur. Kunst und Kultur bringen Farbe in unser Land, ~~spenden~~
1115 fördern Kreativität, und Wissen, ~~Kraft,~~ bereichern die Freizeit, und spenden Kraft, Freude und Ideen. Sie bereichern uns und
1116 unser Leben - und sie sind auch ein enormer Standort- und Wirtschaftsfaktor in
1117 Stadt und Land. Sie machen Deutschland zu einem attraktiven Tourismusstandort. Wir definieren unseren politischen Auftrag darin, gute
1118 Rahmenbedingungen zu schaffen, ohne in die Freiheit des kulturellen
1119 Schaffens einzugreifen. Eine ideologische Kulturpolitik lehnen wir ab.
1120 Leitlinie unserer Politik bleibt der Schutz der Freiheit der Kunst und des
1121 geistigen Eigentums. ~~Wir~~Deshalb wollen ~~deshalb~~wir auch aus urheberrechtlichen
1122 Gründen Transparenz schaffen, wenn Inhalte unter Verwendung von Künstlicher Intelligenz
1123 erstellt und veröffentlicht werden.

Antrag A100-Ä001

Änderungsantrag zu A100

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1110

1110 gleichermaßen geprägt von unserem kulturellen Erbe, wie unseren Denkmalen undgroßartigen Museen, fantastischen Orchestern

Begründung

Das kulturelle Erbe, insbesondere unsere Denkmale, hat keinen geringeren Stellenwert für unsere Identität und Kultur als die anderen Kultureinrichtungen, die jetzt schon im Entwurf genannt werden.

Antrag A100-Ä002

Änderungsantrag zu A100

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1110

1110 gleichermaßen geprägt von anerkannten Universitäten, großartigen Museen, fantastischen Orchestern

Begründung

Notwendige Ergänzung, denn Kultur gehört auch zur Bildung.

Antrag A100-Ä003

Änderungsantrag zu A100

Antragsteller/in:	KV Leverkusen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1111 - 1121

1111 und Theatern, Bibliotheken, weltbekannten Bands, Künstlerinnen und Künstlern, gefeierten
1112 Autoren, renommierten Architektinnen und Architekten, einer kreativen Filmwirtschaft und
1113 einer innovativen Gamer-Community wie durch eine lebendige
1114 Breitenkultur. Kunst und Kultur bringen Farbe in unser Land, spenden
1115 Kreativität, Wissen, Kraft, Freizeit, Freude und Ideen. Sie bereichern uns und
1116 unser Leben - und sie sind ein enormer Standort- und Wirtschaftsfaktor in
1117 Stadt und Land. Wir definieren unseren politischen Auftrag darin, gute
1118 Rahmenbedingungen zu schaffen, ohne in die Freiheit des kulturellen
1119 Schaffens einzugreifen. Eine ideologische Kulturpolitik lehnen wir ab.
1120 Leitlinie unserer Politik bleibt der Schutz der Freiheit der Kunst und des
1121 geistigen Eigentums. ~~Wir~~Deshalb wollen ~~deshalb~~wir auch aus urheberrechtlichen

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A100-Ä004

Änderungsantrag zu A100

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1111 - 1112

1111 und Theatern, Bibliotheken, weltbekannten Bands, ~~Künstlerinnen~~Künstlern, gefeierten
1112 Autoren, renommierten Architekt~~inn~~en, einer kreativen Filmwirtschaft und

Begründung

Konsistenz: In Zeile 1008 wird Genderideologie abgelehnt!

Antrag A100-Ä005

Änderungsantrag zu A100

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1114 - 1117

1114 Breitenkultur. ~~Kunst und Kultur bringen Farbe in unser Land, spenden~~
1115 ~~Kreativität, Wissen, Kraft, Freizeit, Freude und Ideen. Sie bereichern uns und~~
1116 ~~unser Leben - und sie sind ein enormer Standort- und Wirtschaftsfaktor in~~
1117 ~~Stadt und Land.~~ Wir definieren unseren politischen Auftrag darin, gute

Antrag A100-Ä006

Änderungsantrag zu A100

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1114 - 1115

1114 Breitenkultur. Kunst und Kultur bringen Farbe in unser Land, ~~spenden~~
1115 fördern Kreativität~~,~~ und Wissen, ~~Kraft,~~ bereichern die Freizeit~~,~~ und spenden Kraft, Freude und Ideen. Sie bereichern uns und

Begründung

Das Verb "spenden" passt nicht zu allen Begriffen in der Aufzählung, daher sind weitere Verben einzufügen.

Antrag A100-Ä007

Änderungsantrag zu A100

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1116

1116 unser Leben - und sie sind auch ein enormer Standort- und Wirtschaftsfaktor in

Begründung

Es sollte ein „auch“ einfügt werden, um das Wort „enorm“ abzuschwächen, da ohne das „auch“ die beiden Sätze so missverstanden werden könnten, dass Kunst und Kultur zwar auch Freude spenden kann, wirklich wichtig für uns aber die wirtschaftliche Seite ist („enormer Standortfaktor“), wohingegen es unser Gefühl ist, dass mit dem „und (...) auch“ deutlicher wird, dass dies „nur“ ein – wenngleich bedeutender – weiterer Nutzen ist.

Antrag A100-Ä008

Änderungsantrag zu A100

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1119

1119 Schaffens einzugreifen. Kultureinrichtungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung agieren und beispielsweise antisemitische Narrative verbreiten, dürfen keine staatliche Förderung erhalten. Eine ideologische Kulturpolitik lehnen wir ab.

Antrag A100-Ä009

Änderungsantrag zu A100

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1119 - 1120

1119 Schaffens einzugreifen. Eine ideologische Kulturpolitik lehnen wir ab.
1120 Im Rahmen der Kulturförderung ist zu gewährleisten, dass antisemitische und rassistische Projekte keine öffentliche Förderung erhalten.
Leitlinie unserer Politik bleibt der Schutz der Freiheit der Kunst und des

Antrag A100-Ä010

Änderungsantrag zu A100

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1121 - 1123

1121 geistigen Eigentums. Wir ~~wollen deshalb~~erkennen die Chancen einer schöpferischen Zusammenarbeit von Mensch und Maschine durch Technologien auch aus ~~urheberrechtlichen~~
1122 ~~Gründen Transparenz schaffen, wenn Inhalte von Künstlicher~~dem Bereich der Künstlichen Intelligenz
1123 ~~erstellt und veröffentlicht werden~~und wollen diese fördern.

Begründung

Wir sollten neue Technologien primär mit Blick auf ihre Chancen betrachten und nicht versuchen, sie so sehr an die bisherigen Regelungen anzupassen, dass diese Chancen nicht genutzt werden können.

Antrag A100-Ä011

Änderungsantrag zu A100

Antragsteller/in:	KV Bergstrasse
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1122

1122 Gründen Transparenz schaffen, wenn Inhalte unter Verwendung von Künstlicher Intelligenz

Antrag A100-Ä012

Änderungsantrag zu A100

Antragsteller/in:	KV Goettingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1123

1123 erstellt und veröffentlicht werden.

Als Kulturnation treten wir dafür ein, die Errungenschaften unserer deutschen Kultur, unserer Nation und unseres Volkes zu würdigen, zu bewahren und in die Zukunft zu tragen. Hierzu gehören neben unseren materiellen Kulturgütern und immateriellen Traditionen insbesondere die deutsche Sprache, das Grundgesetz, das christliche Menschenbild, die Bewahrung der Schöpfung, Humanismus, die vernunftgeleiteten Prinzipien der Aufklärung, Demokratie, soziale Markwirtschaft, nationale Einigkeit und Souveränität, die Freiheit des Individuums und seine Gleichheit vor dem Gesetz sowie kritisches Hinterfragen und eine offene Debattenkultur. Als tragende Partei unseres demokratischen Staates und unserer freiheitlichen Gesellschaft, stellen wir uns jedem Versuch, unsere kulturellen Wurzeln radikal zu verwerfen entschieden entgegen. Unser kulturelles Selbstverständnis beinhaltet ebenso, das Erreichte regelmäßig zu reflektieren und bei Bedarf anzupassen, wenn dies für einen tatsächlichen Fortschritt notwendig ist.

Begründung

Der Begriff „Kulturnation“ ist bislang nicht definiert. Eine Definition ist schon aus rein inhaltlichen Gründen notwendig. Gerade in der heutigen Zeit, in denen die bürgerliche Kultur unsers Landes durch autoritäre identitäre Gegenentwürfe von linksradikaler, rechtsradikaler und religiösfundamentalistischer Seite zunehmend bedroht wird, ist sie auch politisch dringend notwendig

Antrag A101: Zeile 1124 - 1144: Wir wollen eine lebendige Erinnerungskultur

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1133 - 1134 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1135 - 1140 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1124 **Wir wollen eine lebendige Erinnerungskultur.** Wir wollen der eigenen
1125 Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und
1126 Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der
1127 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-
1128 Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens-
1129 und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen

1130 Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur
1131 für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist
1132 auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre
1133 demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die
1134 Opfer der Vertreibung~~,~~ und an das besondere Kriegsfolgenschicksal der
1135 Aussiedler und Spätaussiedler ~~und~~sowie die Bewahrung ihres kulturellen Erbes~~.~~
1136 ~~Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören~~
1137 ~~in den Erinnerungsbogen~~ im Bewusstsein des ganzen Volkes. ~~Ebenso wenig werden wir die~~
1138 ~~großartige~~ Wir wollen die Erinnerung an die Aufbauleistung und ~~die~~ Integration der ~~Vertriebenen und~~
1139 Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler nach dem Zweiten Weltkrieg ~~vergessen~~ stärken, die zu den großen Erfolgsgeschichten unseres Landes gehören. Sie kann auch eine Brücke zur heutigen Fluchtgeschichte vieler Menschen sein. Wir wollen eine offene,
1140 lebendige, dezentrale Gedenkkultur, die frei von weltanschaulicher
1141 Vereinnahmung jeder Art ist. Wir bauen auf Gedenkstätten und Museen als
1142 Lernorte, die auf dem festen Fundament wissenschaftlicher Forschung
1143 stehen. Wir sind stolz auf die deutsche Einheit. Durch den Mut der Menschen
1144 wurde die Friedliche Revolution möglich.

Antrag A101-Ä001

Änderungsantrag zu A101

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1125 - 1128

1125 Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und
1126 Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der
1127 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-
1128 Unrechtsstaates, der kolonialen Vergangenheit, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens-

Begründung

Umfassendere Betrachtung der deutschen Geschichte.

Antrag A101-Ä002

Änderungsantrag zu A101

Antragsteller/in:	BezV Westhessen, KV Berlin-Wuhletal, KV Hamburg-Mitte
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1125 - 1139

1125 Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und
1126 Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der
1127 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-
1128 Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens-
1129 und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen
1130 Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur
1131 für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist
1132 auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre
1133 demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die
1134 Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der
1135 Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes~~.~~
1136 ~~Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören~~
1137 ~~in den Erinnerungsbogen~~ im Bewusstsein des ganzen Volkes. ~~Ebenso wenig werden wir die~~
1138 ~~großartige~~Wir wollen die Erinnerung an die Aufbauleistung und ~~die~~ Integration der ~~Vertriebenen und~~
1139 Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler nach dem Zweiten Weltkrieg ~~vergessen~~stärken, die zu den großen Erfolgsgeschichten der Bundesrepublik Deutschland gehören. Für die Erneuerung unseres Landes brauchen wir diese Vorbilder. Wir wollen eine offene,

Antrag A101-Ä003

Änderungsantrag zu A101

Antragsteller/in:	BezV Westhessen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1125 - 1139

1125 Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und
1126 Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der
1127 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-
1128 Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens-
1129 und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen
1130 Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur
1131 für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist
1132 auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre
1133 demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die
1134 ~~Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der~~
1135 ~~Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes.~~
1136 ~~Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören~~
1137 ~~in den Erinnerungsbogen~~Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes im Bewusstsein des ganzen Volkes. ~~Ebenso wenig werden wir die~~
1138 ~~großartige~~Wir wollen die Erinnerung an die Aufbauleistung und ~~die~~ Integration der ~~Vertriebenen~~

~~und~~

1139 Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler nach dem Zweiten Weltkrieg ~~vergessen~~stärken, die zu den großen Erfolgsgeschichten der Bundesrepublik Deutschland gehören. Für die Erneuerung unseres Landes brauchen wir diese Vorbilder. Das umfasst auch das Gedenken an die Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes. Wir wollen eine offene,

Begründung

Wir unterstützen die Änderungsanträge mit den laufenden Nummern 567 + 568 des Kreisverbandes Hamburg-Mitte.

Es geht darum, die Verbundenheit der Union mit dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe stärker zum Ausdruck zu bringen.

Antrag A101-Ä004

Änderungsantrag zu A101

Antragsteller/in:	KV Rheingau-Taunus
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1125 - 1139

1125 Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und
1126 Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der
1127 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-
1128 Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens-
1129 und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen
1130 Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur
1131 für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist
1132 auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre
1133 demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die
1134 ~~Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der~~
1135 ~~Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes.~~
1136 ~~Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören~~
1137 ~~in den Erinnerungsbogen~~Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes im Bewusstsein des ganzen Volkes. ~~Ebenso wenig werden wir die~~
1138 ~~großartige~~Wir wollen die Erinnerung an die Aufbauleistung und ~~die~~ Integration der ~~Vertriebenen~~
~~und~~
1139 Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler nach dem Zweiten Weltkrieg ~~vergessen.~~ stärken, die zu den großen Erfolgsgeschichten der Bundesrepublik Deutschland gehören. Für die Erneuerung unseres Landes brauchen wir diese Vorbilder.
Das umfasst auch das Gedenken an die Opfer der Vertreibung, an das besondere

Kriegsfolgenschicksal der Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes.
Wir wollen eine offene,

Begründung

Wir treten dem Antrag des Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes Hamburg-Mitte vom 15.02.2024 bei.
Zweiter Änderungsantrag zum Entwurf des Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands
Kapitel: III. Wo wir hinwollen

Antrag A101-Ä005

Änderungsantrag zu A101

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1125 - 1137

1125 Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und
1126 Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der
1127 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-
1128 Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens-
1129 und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen
1130 Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur
1131 für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist
1132 auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre
1133 demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die
1134 Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der
1135 Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes.
1136 Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören
1137 in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes und bilden eine Brücke zur heutigen Fluchtgeschichte vieler Menschen. Ebenso wenig werden wir die

Antrag A101-Ä006

Änderungsantrag zu A101

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1125 - 1144

1125 Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und
1126 Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der
1127 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-
1128 Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens-

1129 und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen
1130 Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur
1131 für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist
1132 auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre
1133 demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die
1134 Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der
1135 Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes.
1136 Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören
1137 in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden wir die
1138 großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebenen und
1139 Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen. Wir wollen eine offene,
1140 lebendige, dezentrale Gedenkkultur, die frei von weltanschaulicher
1141 Vereinnahmung jeder Art ist. Wir bauen auf Gedenkstätten und Museen als
1142 Lernorte, die auf dem festen Fundament wissenschaftlicher Forschung
1143 stehen. Wir sind stolz auf die deutsche Einheit. Durch den Mut der Menschen
1144 wurde die Friedliche Revolution in den ehemals kommunistischen Ländern in Europa möglich.

Begründung

Genauere Betrachtung der deutschen Geschichte.

Antrag A101-Ä007

Änderungsantrag zu A101

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1125 - 1144

1125 Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und
1126 Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der
1127 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-
1128 Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens-
1129 und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen
1130 Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur
1131 für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist
1132 auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre
1133 demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die
1134 Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der
1135 Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes.
1136 Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören
1137 in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden wir die
1138 großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebenen und
1139 Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen. Wir wollen eine offene,
1140 lebendige, dezentrale Gedenkkultur, die frei von weltanschaulicher

1141 Vereinnahmung jeder Art ist. Wir bauen auf Gedenkstätten und Museen als
1142 Lernorte, die auf dem festen Fundament wissenschaftlicher Forschung
1143 stehen. Wir sind stolz auf die deutsche Einheit. Durch den Mut der Menschen
1144 in Ostdeutschland wurde die Friedliche Revolution möglich.

Begründung

Es sollte betont werden, dass maßgeblich die Menschen im Osten Deutschlands daran beteiligt waren.

Antrag A101-Ä008

Änderungsantrag zu A101

Antragsteller/in:	KV Zollernalb
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A100

Zeile 1125 - 1144

1125 Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und
1126 Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der
1127 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-
1128 Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens-
1129 und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen
1130 Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur
1131 für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist
1132 auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre
1133 demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die
1134 Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der
1135 Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes.
1136 Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören
1137 in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden wir die
1138 großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebenen und
1139 Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen. Wir wollen eine offene,
1140 lebendige, dezentrale Gedenkkultur, die frei von weltanschaulicher
1141 Vereinnahmung jeder Art ist. Wir bauen auf Gedenkstätten und Museen als
1142 Lernorte, die auf dem festen Fundament wissenschaftlicher Forschung
1143 stehen. Wir sind stolz auf die deutsche Einheit. Durch den Mut der Menschen
1144 wurde die Friedliche Revolution möglich. Unsere regionale und kulturelle Vielfalt ist unsere Stärke. Sie zu pflegen und daran zu erinnern, ist unsere Verpflichtung.

Begründung

Der bisherige Absatz reduziert Erinnerung auf den engen Korridor seit 1933 und lässt regionale Aspekte komplett außen vor. Geschichte muss in ihrer Gesamtheit betrachtet werden. Nur dann können wir aus ihr lernen. Dazu bedarf es eines Bezuges zu regionalen Identitäten und der auch positiven Aspekte deutscher Geschichte. Diese Vielfältigkeit unserer Biographie sollten wir berücksichtigen. Nur so werden wir unserer Geschichte angemessen gerecht.

Antrag A101-Ä009

Änderungsantrag zu A101

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1125 - 1144

1125 Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und
1126 Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der
1127 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-
1128 Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens-
1129 und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen
1130 Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur
1131 für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist
1132 auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre
1133 demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die
1134 Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der
1135 Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes.
1136 Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören
1137 in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden wir die
1138 großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebenen und
1139 Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen. Wir wollen eine offene,
1140 lebendige, dezentrale Gedenkkultur, die frei von weltanschaulicher
1141 Vereinnahmung jeder Art ist. Wir bauen auf Gedenkstätten und Museen als
1142 Lernorte, die auf dem festen Fundament wissenschaftlicher Forschung
1143 stehen. Wir sind stolz auf die deutsche Einheit. Durch den Mut der Menschen
1144 in den heutigen östlichen Bundesländern wurde die Friedliche Revolution möglich.

Antrag A102: Zeile 1145 - 1156: Unsere Demokratie braucht freie Medien, sie braucht Meinungs- und Pressefreiheit

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1148 - 1149 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1150 - 1155 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1156 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1145 **Unsere Demokratie braucht freie Medien, sie braucht Meinungs- und**
1146 **Pressefreiheit.** Dieses hohe Gut zu schützen, ist unverrückbare Aufgabe der
1147 staatlichen Gewalt. Es darf nicht missbraucht oder monopolisiert werden.
1148 Deswegen ist es eine Aufgabe von Medienpolitik, dafür Sorge zu tragen, dass ein
1149 fairer Wettbewerb stattfinden kann. Dies gilt insbesondere mit Blick auf

internationale Digitalkonzerne und marktbeherrschende Plattformen, aber auch mit Blick auf das
1150 duale System von öffentlich-rechtlichen und privaten Medienanstalten. Der
1151 öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich stärker auf seinen Kernauftrag
1152 konzentrieren. Ihm kommt in einer freiheitlich verfassten, pluralistischen
1153 Demokratie eine besondere Verantwortung zu, die er besser wahrnehmen
1154 muss. Er muss dem Publikum umfassend, ausgewogen und qualitativ
1155 hochwertig Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anbieten. Nur
1156 dann trägt er zur informierten, politischen Willensbildung bei. Für Beitragsstabilität muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinen Finanzmitteln wirtschaftlich umgehen.

Antrag A102-Ä001

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1145 - 1156

1145 **Unsere Demokratie braucht freie Medien, sie braucht Meinungs- und Pressefreiheit.** Dieses hohe Gut zu schützen, ist unverrückbare Aufgabe der
1147 staatlichen Gewalt. Es darf nicht missbraucht oder monopolisiert werden.
1148 Deswegen ist es Aufgabe von Medienpolitik, dafür Sorge zu tragen, dass ein
1149 fairer Wettbewerb stattfinden kann. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das
1150 duale System von öffentlich-rechtlichen und privaten Medienanstalten. Der
1151 öffentlich-rechtliche Rundfunk ~~muss sich auf seinen Kernauftrag~~
1152 ~~konzentrieren. Ihm kommt in einer freiheitlich verfassten, pluralistischen~~
1153 ~~Demokratie eine besondere Verantwortung zu, die er besser wahrnehmen~~
1154 ~~muss. Er muss dem Publikum umfassend, ausgewogen und qualitativ~~
1155 ~~hochwertig Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anbieten. Nur~~
1156 hat nur dann ~~trägt er zur informierten, politischen Willensbildung bei~~eine Existenzberechtigung, wenn er sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und dem Publikum umfassend, ausgewogen und qualitativ hochwertig Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anbietet.

Begründung

Angesichts der enormen Medienvielfalt sind öffentlich-rechtliche Medien nicht zwangsläufig für eine Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie, aber sie sollten sich als Kernaufgabe darauf konzentrieren, diese zu unterstützen!

Antrag A102-Ä002

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1148 - 1156

1148 Deswegen ist es eine Aufgabe von Medienpolitik, dafür Sorge zu tragen, dass ein
1149 fairer Wettbewerb stattfinden kann. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das
1150 duale System von öffentlich-rechtlichen und privaten Medienanstalten. Der
1151 öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich auf seinen Kernauftrag
1152 konzentrieren. Ihm kommt in einer freiheitlich verfassten, pluralistischen
1153 Demokratie eine besondere Verantwortung zu, die er besser wahrnehmen
1154 muss. Er muss dem Publikum umfassend, ausgewogen und qualitativ
1155 hochwertig Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anbieten. Nur
1156 dann trägt er zur informierten, politischen Willensbildung bei. Die intensive Nutzung sozialer Medien stellt eine weitere Herausforderung dar. Der Verbreitung von Hass, Gewaltbereitschaft, Diffamierung und der systematischen Verbreitung von Desinformation und Falschmeldungen muss aktiv entgegengewirkt werden.

Begründung

Die Formulierung im Grundsatzprogramm ist zu stark reduziert auf den Diskurs zu den öffentliche-rechtlichen Medien. Neben der Problematisierung von Problemen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (genau das wünschen sich aber AFD und Co.) wird das Thema sozialer Medien nicht benannt.

Antrag A102-Ä003

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1149

1149 fairer Wettbewerb stattfinden kann. Deshalb stellen wir sicher, dass Wettbewerber, Nutzer und andere Marktteilnehmer fair behandelt und für die Nutzung ihrer Inhalte, Produkte und Daten von Gatekeepern und marktbeherrschenden Plattformen angemessen vergütet werden. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das

Antrag A102-Ä004

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1151

1151 öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich stärker auf seinen Kernauftrag

Begründung

Die bisherige Formulierung engt zu sehr ein.

Antrag A102-Ä005

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1153

1153 Demokratie eine besondere Verantwortung zu, die er ~~besser~~ wahrnehmen

Begründung

Aufgrund der aktuellen umfangreichen Untersuchungen wird der örR zwar nicht anders als dem privaten Bereich nicht nur eine eindeutig linksliberale Grundtendenz, sondern auch mangelnde Objektivität attestiert ist das Wort besser verzichtbar, weil nichtzutreffend.

Antrag A102-Ä006

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1154 - 1156

1154 muss. ~~Er muss dem Publikum umfassend, ausgewogen und~~Mit umfassenden, qualitativ
1155 ~~hochwertig Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anbieten. Nur~~
1156 ~~dann~~hochwertigen und in ihrer Summe ausgewogenen Informations- und Bildungsangeboten trägt er zur informierten~~,~~ politischen Willensbildung bei. Diese Angebote werden durch hochwertige Angebote aus den Bereichen Kultur und Unterhaltung - einschließlich Sport - ergänzt.

Begründung

Nicht jede einzelne Sendung muss idealtypisch ausgewogen sein; wohl aber die Gesamtheit des Angebots. Außerdem müssen wir von Kultur und Unterhaltung nicht erwarten, dass diese umfassend und ausgewogen sind und zur politischen Willensbildung beitragen. Daher sollte hier differenzierter formuliert werden.

Antrag A102-Ä007

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1155

1155 hochwertig Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung , bei größtmöglicher Staatsferne und Kostenbewusstseinanbieten. Nur

Begründung

Es darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass es an einer Staatsferne mangelt. Die Medien in unserem Land sollen weiter unabhängig von politischer Einflussnahme berichten. Andererseits hat die Politik dafür zu sorgen, dass GEZ-finanzierte Beiträge kostenbewusst ermittelt werden. Staatsferne und Kostenbewusstsein sind grundsätzliche Säulen unserer Medienpolitik.

Antrag A102-Ä008

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1156

1156 dann trägt er zur informierten, politischen Willensbildung bei. Für unsere Demokratie ist eine vielfältige Medienlandschaft unverzichtbar. Private Medien benötigen faire Wettbewerbsbedingungen und tragfähige unternehmerische Refinanzierungsmöglichkeiten. Beides werden wir schützen.

Antrag A102-Ä009

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1156

1156 dann trägt er zur informierten, politischen Willensbildung bei.

Plattformbetreiber von sozialen Medien müssen Transparenz gewährleisten. Sie müssen sicherstellen, dass Algorithmen nicht dazu führen, dass eine pluralistische Meinungsbildung durch Phänomene wie Echokammern und Filterblasen eingeschränkt wird. Dies gilt insbesondere für Plattformbetreiber, die ihre Wurzeln in rivalisierenden Staaten haben. Sie sind gefordert, die Transparenz ihrer Mechanismen herzustellen, um potenzielle Einflussnahmen auf die deutsche und europäische Politik zu minimieren - und dabei die Achtung rechtsstaatlicher Prinzipien und Normen des Grundgesetzes sicherzustellen. Ebenso verpflichten wir Plattformbetreiber dazu, politische Inhalte von Parteien und ihren Funktionären nicht einzuschränken, da sie die Basis für einen fairen politischen Wettbewerb darstellt und die demokratische Debatte lebendig hält. Jegliche Einschränkungen oder Manipulationen politischer Inhalte stören das demokratische Gleichgewicht und behindern den Zugang der Bürger zu umfassenden und aktuellen Informationen.

Antrag A102-Ä010

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	LV Oldenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1156

1156 dann trägt er zur informierten, politischen Willensbildung bei.

Auf der anderen Seite dürfen wir die unkontrollierte Einflussnahme ausländischer Medien auf die allgemeine Meinungsbildung durch Verbreitung sogenannter Fake News und Desinformationen nicht tatenlos hinnehmen. Wir unterstützen daher auf nationaler wie internationaler Ebene Initiativen, um Desinformation zu erkennen und gezielt Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Begründung

Bereits 2018 stellte beispielsweise die EU-Analyseeinheit für hybride Bedrohungen fest, dass die Desinformationsaktivitäten Russlands die größte Bedrohung für die EU darstellen. Infolge des Ukraine-Krieges hat sich diese Entwicklung verstärkt. Aber auch andere Staaten haben mittlerweile z.T. erhebliche eigene Kapazitäten geschaffen, um gezielt Desinformationen zu verbreiten. Desinformationskampagnen gehen dabei aber nicht nur direkt von staatlichen Akteuren aus, sondern u.a. auch von staatlich oder privat finanzierten nichtstaatlichen Akteuren und anderen.

Der Antrag wird gemeinsam gestellt und gestützt vom:

- CDU Landesverband Oldenburg
- CDU Kreisverband Cloppenburg

Antrag A102-Ä011

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	KV Main-Taunus
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1156

1156 dann trägt er zur informierten, politischen Willensbildung bei. Der von den Beitragszahlern finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk soll dabei sparsam wirtschaften und auf eine verhältnismäßige Gestaltung von Gehältern, Gagen und Honoraren achten.

Begründung

Die Kategorie, die endlich Einzug in die Erwägungen der Anstalten finden muss, ist die Akzeptanz. Um den Bestand des öffentlichen Rundfunks und seine Entwicklungen zu sicher, braucht es Akzeptanz durch die Bevölkerung und die erreicht man durch sparsames Haushalten, nachhaltige Programmplanung und mehr Transparenz in den Organisationstrukturen.

Antrag A102-Ä012

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	KV Steinburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1156

1156 dann trägt er zur informierten, politischen Willensbildung bei. **Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk so aufstellen, dass er langfristig mit stabilen Beiträgen auskommt. Dazu werden Strukturreformen erforderlich sein.**

Begründung

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein Sanierungsfall. Das zeigt sich unter anderem darin, dass seine Ausrichtung vor allem in den letzten Jahren inhaltlich immer stärker auf Konsumenten aus dem progressiv-urbanen Milieu und immer weniger auf die Breite der Gesellschaft zugeschnitten war. Diese Einseitigkeit hat dazu beigetragen, dass immer mehr Menschen in Deutschland sich nicht mit dem von ihnen selbst finanzierten Rundfunk identifizieren können und darüber hinaus in manchen Fällen ihre Ablehnung des ÖRR auf Staat und Demokratie übertragen haben. Daneben lassen - bei ständig steigenden Beiträgen - finanzielle Affären (wie etwa beim RBB, die zum Rücktritt der Intendantin führte) und hemmungslose Verschwendung (wie z.B. die Tatsache, dass ARD und ZDF mit je eigenen Teams und hohem Personalaufwand unabhängig voneinander über die Beerdigung Königin Elisabeth II. berichteten) viele Fragen hinsichtlich des pfleglichen Umgangs mit Beiträgen aller Deutschen entstehen. Daher möchten wir explizit festhalten, dass die Beiträge langfristig stabil bleiben sollen. Nur wenn man den Geldzufluss limitiert, wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich dazu gezwungen sehen, die seit langem überfälligen Strukturreformen endlich anzugehen und die teuren Doppelstrukturen und bürokratischen Wasserköpfe zurückzufahren.

Antrag A102-Ä013

Änderungsantrag zu A102

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1156

1156 dann trägt er zur informierten, politischen Willensbildung bei. Aufgaben, Strukturen und Kosten müssen
effizient, zuverlässig und transparent gestaltet sowie ständig überprüft
werden.

Begründung

Antrag A103: Zeile 1157 - 1169: Unsere Gesellschaft braucht eine lebendige Debattenkultur

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1157 - 1169 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1157 **Unsere Gesellschaft braucht eine lebendige Debattenkultur.**
1158 Unterschiedliche Meinungen und das Ringen um den besten Weg machen
1159 unsere Demokratie stark. Viel zu oft reden wir übereinander statt
1160 miteinander. In unserer beschleunigten Gesellschaft fehlen zunehmend
1161 Geduld und die Bereitschaft, sich auf andere Meinungen einzulassen. Die
1162 Debatten- und Gesprächskultur hat Schaden genommen - vor allem während
1163 der Corona-Pandemie. Soziale Medien verstärken das Erregungspotenzial
1164 und den Trend, sich lieber mit Gleichgesinnten auszutauschen, als sich mit
1165 den Argumenten anderer zu befassen. Wir wollen die Debattenkultur und den
1166 verantwortungsvollen Umgang in den sozialen Medien stärken, die
1167 Potenziale sozialer Medien für guten demokratischen Austausch nutzen und
1168 entsprechende Bildungsangebote fördern. Unser Ziel ist es, das Verbindende
1169 in den Vordergrund zu stellen.

Antrag A103-Ä001

Änderungsantrag zu A103

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1162 - 1163

1162 Debatten- und Gesprächskultur hat Schaden genommen~~ - vor allem während~~
1163 ~~der Corona-Pandemie~~. Soziale Medien verstärken das Erregungspotenzial

Begründung

Die Probleme in der deutschen Debatten- und Gesprächskultur sind allgegenwärtig und sollten insgesamt gesehen werden, nicht „vor allem“ in Bezug zur vergangenen Pandemie.

Antrag A103-Ä002

Änderungsantrag zu A103

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1169

1169 in den Vordergrund stellen.

Unsere Demokratie braucht auch die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, damit die Meinungsfreiheit und eine lebendige Debattenkultur auch zu schwierigen Fragen genutzt und gelebt werden können. Wir Christdemokraten setzen uns dabei besonders für die Freiheiten Andersdenkender ein, von denen wir umgekehrt gleichermaßen die Anerkennung der Freiheiten Andersdenkender einfordern. Wir wollen mit allen sprechen, auch wenn sie die Dinge anders beurteilen als wir, aber wir vertreten dabei standfest unsere eigenen Auffassungen und versuchen, unser Gegenüber zu überzeugen.

Begründung

Meinungsfreiheit, zu der auch die Medienfreiheit gehört, kommt nicht ohne die Möglichkeit zur Vereinigung und zur Versammlung aus, weil anderenfalls kein Gehör in der Öffentlichkeit zu finden ist. Es bedarf deshalb an dieser Stelle der Ergänzung.

Antrag A103-Ä003

Änderungsantrag zu A103

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1169

1169 in den Vordergrund stellen. Dazu gehört auch die neutrale Berichterstattung über die Probleme der Gesellschaft und das Aufzeigen der dazu vorgeschlagenen Lösungswege und deren Kommentierung.

Begründung

Ohne Aufklärung und Bewußtmachung der Probleme einer Gesellschaft gelingt es nicht, in der Bevölkerung eine Reformbereitschaft zu erzeugen. Die Privilegien, die die Presse genießt, rechtfertigen es, ihr diese Auflage zu machen. Das ist notwendig, weil die Presse unter dem Gesichtspunkt der Auflage immer weniger darüber berichtet.

Antrag A103-Ä004

Änderungsantrag zu A103

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1169

1169 in den Vordergrund stellen.

Es muß nach Wegen gesucht werden, wie die durch die Anonymität verursachte Verrohung bekämpft werden kann.

Begründung

Meinung setzt immer einen erkennbaren Absender voraus. Wo dieser nicht gegeben ist, handelt es sich nicht um Meinung und der Verrohung sind Tür und Tor geöffnet. Nicht umsonst haben wir bei Demonstrationen das Vermummungsverbot bei öffentlichen Versammlungen erlassen.

Antrag A103-Ä005

Änderungsantrag zu A103

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1169

1169 in den Vordergrund zu stellen.

Begründung

Satzbau

Antrag A104: Zeile 1170 - 1179: Wir sind für eine geschlechtergerechte Sprache, aber gegen Gender-Zwang

Antragsteller/in:	Bundesvorstand	
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1176 Zeile 1177 - 1179	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Streichung

Der Parteitag möge beschließen

1170 **Wir sind für eine geschlechtergerechte Sprache, aber gegen Gender-**
1171 **Zwang.** Sprache als eines der wichtigsten Ausdrucksmittel prägt die Kultur.
1172 Eine Überfrachtung der Menschen durch die Einführung
1173 gesellschaftspolitisch aufgeladener Sprachregelungen verunsichert,
1174 erschwert die Verständlichkeit und führt zu Konflikten. Sprache sollte
1175 zusammenführen und nicht ausschließen. Wir wollen, dass in allen
1176 Behörden, Schulen, ~~Universitäten~~Hochschulen und anderen staatlichen Einrichtungen
1177 sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk keine grammatikalisch falsche
1178 Gender-Sprache verwendet wird.~~ Wir sind für eine den Vorgaben des Rates~~
1179 ~~für deutsche Rechtschreibung entsprechende Schreibweise.~~

Antrag A104-Ä001

Änderungsantrag zu A104

Antragsteller/in:	KV Borken

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1170 - 1179

1170 ~~**Wir sind für eine geschlechtergerechte Sprache, aber gegen Gender-Zwang.**~~**Unsere Sprache muss respektvoll und verständlich bleiben.**~~Sprache als eines der wichtigsten Ausdrucksmittel prägt die Kultur.~~
1172 ~~Eine Überfrachtung der~~Wir müssen unsere Worte sorgsam wählen, besonders wenn wir andere Menschen ~~durch die Einführung~~
1173 ~~gesellschaftspolitisch aufgeladener Sprachregelungen verunsichert,~~
1174 ~~erschwert die Verständlichkeit und führt zu Konflikten. Sprache sollte~~
1175 ansprechen oder über sie sprechen. Sprache soll zusammenführen und nicht ~~ausschließen. Wir wollen, dass in allen~~
1176 ~~Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen~~
1177 ~~sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk keine~~ausgrenzen. Deshalb sind wir für eine geschlechtergerechte Sprache und gegen Gender-Zwang. Denn grammatikalisch falsche
1178 ~~Gender-Sprache verwendet wird. Wir sind für eine den Vorgaben des Rates~~
1179 ~~für deutsche Rechtschreibung entsprechende~~Gender-Sprache in Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk verunsichert, erschwert die Verständlichkeit und führt zu Konflikten. Wir sind für eine Schreibweise, die den Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung entspricht.

Begründung

Damit sollen auch diejenigen, die sich bewusst für das Gendern entscheiden, nicht ausgeklammert werden. Jeder soll frei entscheiden, ob er/sie geschlechtergerechte Sprache anwendet oder nicht. Gleichzeitig sprechen wir uns ebenfalls und weiterhin gegen einen Gender-Zwang aus.

Antrag A104-Ä002

Änderungsantrag zu A104

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1170 - 1171

1170 ~~**Wir sind für eine geschlechtergerechte Sprache, aber gegen Gender-Zwang**~~**Korrekte Rechtschreibung muss korrekt bleiben - eine erzwungene Genderschreibweise lehnen wir ab.** Sprache als eines der wichtigsten Ausdrucksmittel prägt die Kultur.

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung suggeriert, dass eine Sprache mit korrekter Rechtschreibung nicht „geschlechtergerecht“ ist, was Unfug ist. Außerdem geht es nicht darum, einen Zwang zur Gendersprache, den selbst die Grünen nicht fordern, zu vermeiden, sondern selbstverständlich an der

Verbindlichkeit der korrekten Rechtschreibung festzuhalten.

Antrag A104-Ä003

Änderungsantrag zu A104

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1170 - 1179

1170 **Wir sind für eine geschlechtergerechte Sprache, lehnen aber ~~gegen Gender-Zwang~~Gender-Sprache ab.** Sprache als eines der wichtigsten Ausdrucksmittel prägt die Kultur.
1172 Eine Überfrachtung der Menschen durch die Einführung
1173 gesellschaftspolitisch aufgeladener Sprachregelungen verunsichert,
1174 erschwert die Verständlichkeit und führt zu Konflikten. Sprache sollte
1175 zusammenführen und nicht ausschließen. Wir wollen, dass in allen
1176 Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen
1177 sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk keine grammatikalisch falsche
1178 Gender-Sprache verwendet wird. Wir sind für eine den Vorgaben des Rates
1179 für deutsche Rechtschreibung entsprechende Schreibweise. Das generische Maskulinum entspricht dieser Anforderung.

Antrag A104-Ä004

Änderungsantrag zu A104

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1170 - 1178

1170 **Wir sind für eine ~~geschlechtergerechte Sprache, aber gegen Gender-Zwang~~diskriminierungsfreie Sprache.** Sprache als eines der wichtigsten Ausdrucksmittel prägt die Kultur.
1172 Eine Überfrachtung der Menschen durch die Einführung
1173 gesellschaftspolitisch aufgeladener Sprachregelungen verunsichert,
1174 erschwert die Verständlichkeit und führt zu Konflikten. Sprache sollte
1175 zusammenführen und nicht ausschließen. Wir wollen, dass in allen
1176 Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen
1177 sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ~~keine grammatikalisch falsche~~
1178 ~~Gender-Sprache verwendet~~eine Sprachkultur gepflegt wird, die weder diskriminiert noch zu künstlichen Verkomplizierungen führt. Wir sind für eine den Vorgaben des Rates

Antrag A104-Ä005

Änderungsantrag zu A104

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1171 - 1179

1171 **Zwang.** Sprache als eines der wichtigsten Ausdrucksmittel prägt die Kultur~~.~~
1172 ~~Eine Überfrachtung der Menschen durch die Einführung~~
1173 ~~gesellschaftspolitisch aufgeladener Sprachregelungen verunsichert,~~
1174 ~~erschwert die Verständlichkeit und führt zu Konflikten~~, sowie die Kultur unsere Sprache prägt. Sprache sollte
1175 immer zusammenführen und nicht ausschließen. Wir ~~wollen, dass in allen~~
1176 ~~Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen~~
1177 ~~sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk keine grammatikalisch falsche~~
1178 ~~Gender-Sprache verwendet wird. Wir sind für eine~~erkennen an, dass die Gender-Sprache bisher im Widerspruch zu den Vorgaben des Rates
1179 für deutsche Rechtschreibung steht und damit grammatikalisch falsch. Jedoch stellen wir fest, dass es bisher an Vorgaben fehlt, wie geschlechtergerechte Sprache, die auch das dritte Geschlecht berücksichtigt, zu gestalten ist. In Anbetracht dieser Situation wollen wir, dass in allen Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk keine grammatikalisch falsche Gender-Sprache verwendet wird, appelieren aber an den Rat für deutsche Rechtschreibung, entsprechende ~~Schreibweise~~Vorgaben für geschlechtergerechte Sprache zu entwickeln, die dann alsbald in den genannten Institutionen einheitliche Umsetzung finden sollen.

Begründung

Bewahrung von Ordnung, bei gleichzeitiger Anerkennung und Gestaltung der Wirklichkeit.

Antrag A104-Ä006

Änderungsantrag zu A104

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1174 - 1175

1174 erschwert die Verständlichkeit und führt zu Konflikten. Sprache als Grundlage der Verständigung und des Austuschs sollte
1175 nicht politisiert werden, sondern zusammenführen und nicht ausschließen. Wir wollen, dass in allen

Begründung

Es sollte hier etwas expliziter formulieren darf, denn u.E. ist das Problem die „Politisierung“ der Sprache.

Antrag A104-Ä007

Antragsteller/in:	KV Herzogtum Lauenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1174 - 1175

1174 erschwert die Verständlichkeit und führt zu Konflikten. Sprache als Grundlage der Verständigung und des Austausches sollte
1175 nicht politisiert werden, sondern zusammenführen und nicht ausschließen. Wir wollen, dass in allen

Antrag A104-Ä008

Änderungsantrag zu A104

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1176

1176 Behörden, Schulen, ~~Universitäten~~Hochschulen und anderen staatlichen Einrichtungen

Antrag A104-Ä009

Änderungsantrag zu A104

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1177 - 1178

1177 sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk keine grammatikalisch ~~falsche~~
1178 ~~Gender-Sprache~~falschen Gender-Zeichen verwendet w~~ird~~erden. Wir sind für eine den Vorgaben des Rates

Begründung

Formen des Genderns sind unter anderem die Feminisierung (Bürgerinnen und Bürger) und die Neutralisierung (Studierende). Diese sind grammatikalisch korrekt und anerkannt. In der Kritik stehen insbesondere die umständlichen Gender-Zeichen, wie das Binnen-I und das Sternchen. Da die Feminisierung mittlerweile weitestgehend unumstritten verwendet wird, sollte die Kritik an den Gender-Zeichen klarer formuliert und explizit von diesen gesprochen werden.

Antrag A104-Ä010

Änderungsantrag zu A104

Antragsteller/in:	KV Duesseldorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1178 - 1179

1178 Gender-Sprache verwendet wird. ~~Wir sind für eine den Vorgaben des Rates~~
1179 ~~für deutsche Rechtschreibung entsprechende Schreibweise.~~

Begründung

Begründung: Man sollte Wertefragen nicht an Gremien delegieren, auf die man keinen Einfluss hat. Niemand weiß, ob der Rat für deutsche Rechtschreibung in den kommenden Jahren den in Z. 1170-1178 skizzierten Vorstellungen folgt oder davon abweicht.

Antrag A104-Ä011

Änderungsantrag zu A104

Antragsteller/in:	KV Bergstrasse
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1178

1178 Gender-Sprache verwendet wird. Wir sind ~~für eine~~daher für die verbindliche Verwendung einer den Vorgaben des Rates

Antrag A104-Ä012

Änderungsantrag zu A104

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1179

1179 für deutsche Rechtschreibung entsprechende Schreibweise, die in Abstimmung mit anderen deutschsprachigen Ländern erfolgt.

Begründung

Dem Rat für deutsche Rechtsprechung gehören Mitglieder aus sieben Ländern und Regionen an. Die Einheitlichkeit unserer gemeinsamen Sprache ist für uns besonders wichtig. Wir wollen ihre offiziellen Regeln nur in enger Absprache mit unseren Partnern gestalten.

Antrag A104-Ä013

Änderungsantrag zu A104

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1179

1179 für deutsche Rechtschreibung entsprechende Schreibweise.

Sprache hat auch eine wichtige Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die CDU setzt sich für klare allgemeinverständliche Begriffe und für einen Schutz der deutschen Sprache in Texten, Reden und im allgemeinen Sprachgebrauch ein. Der Gebrauch von unnötigen Anglizismen und Fremdwörtern soll vermieden und insbesondere parteiintern nicht praktiziert werden. Existierende deutsche Wörter durch englische Begriffe zu ersetzen, lehnen wir ab. Ausnahmen sind lediglich bei Neuerungen sinnvoll, die nicht mit deutschen Wörtern bezeichnet werden können.

Begründung

Sprach- und Kulturaustausch hat es jahrhundertelang gegeben und war stets befruchtend. Doch die jetzige Anglizismenwelle hat inzwischen eine sprachschädigende Dimension. Was vor gut vierzig Jahren noch harmlos mit „Walkman“ begann, hat zu einer inzwischen bedenklichen Belastung unserer Sprache durch Anglizismen geführt. Youtube, Google, Amazon, Facebook, Apple, Microsoft, Windows usw. bestimmen inzwischen nicht nur unsere Technik und Wirtschaftsnormen, sondern auch das Berufsleben, Bildungsinhalte und nicht zuletzt die Sprache. Das „English-Fever“ hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, an dem wir nachdenklich werden sollten.

Persönlich soll jeder sprechen, wie er will, aber der offizielle Sprachgebrauch braucht Regeln. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, für öffentliche Einrichtungen, Vertragstexte, Bildungseinrichtungen und staatliche Medien. Auch bei ARD und ZDF wimmelt es von Begriffen wie homeschooling, coworking spaces, „WDR-5 das feature“, news room, contact tracing, social distancing, spreading events, racial profiling, life performance, body shaming und viele, viele mehr. Dass es dafür deutsche Äquivalente gibt, gerät dabei zunehmend in Vergessenheit. Unsere Öffentlich-Rechtlichen Medien haben nicht nur einen für jeden verständlichen Informations-, sondern auch einen Bildungsauftrag.

Darüber hinaus besteht durch unreflektiert übernommene Begriffe auch die Gefahr, dass eine Fremdsprache falsch gelernt wird. Beispielsweise ist kaum bekannt, dass es den Begriff „Homeoffice“ als Synonym für das Arbeiten von zuhause in der englischen Sprache gar nicht gibt, wodurch Missverständnisse vorprogrammiert sind.

Es spricht nichts dagegen, für Innovationen den Originalbegriff aus einer Fremdsprache zu übernehmen, wenn es in der deutschen Sprache kein Äquivalent dafür gibt (z.B. scannen). Aber wie sieht die deutsche Sprache in dreißig Jahren aus, wenn wir jede Erfindung, jedes neue Verfahren, jede Mode, jedes neue Phänomen nur mit Anglizismen kennzeichnen? Wenn wir zu sehr dieses „modern talking“ praktizieren, dann ist das gegenüber Bevölkerungsteilen, die bei englischen Wörtern Verständnisprobleme haben, unsozial. Eine solche Sprache schafft Distanz und grenzt aus, nicht nur Ältere. Die digitale Welt der Zukunft braucht nicht nur technische Kenntnisse, sie

braucht auch Moral, Empathie und Toleranz der kulturellen Vielfalt und der Sprachen. Das zu garantieren gehört auch zur Kulturverantwortung des Staates und der öffentlich-rechtlichen Medien.

Antrag A105: Zeile 1180 - 1188: Sport verbindet Menschen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1180 - 1188 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1180 **Sport verbindet Menschen und vermittelt Werte.** Er stärkt, aktiviert, begeistert und integriert.
1181 Sport vermittelt Kompetenzen für das ganze Leben und Werte wie Fairness,
1182 Verantwortung, Teamfähigkeit und Toleranz. Wir verstehen es als
1183 gesellschaftspolitische Aufgabe, unsere Sportvereine fit für die Zukunft zu
1184 machen und unsere Sportinfrastruktur zu stärken. Eine wichtige
1185 gesellschaftliche Bedeutung kommt darüber hinaus dem Schulsport zu. Er
1186 fördert nicht nur das Miteinander, sondern vermittelt auch die Bedeutung
1187 von Leistung, Anstrengung und ~~Bewertung~~Wettbewerb. Breiten- und Spitzensport
1188 bedingen einander. Sie fördern Gesundheit, Zusammenhalt und Wettbewerb.

Wir sind stolz auf unseren Leistungs- und Breitensport. Unser Ziel ist es, Talente früh zu erkennen und gezielt zu fördern. Gerade aus einem funktionierenden Breitensport erwachsen Nachwuchstalente für unser Land, aus denen oft unsere angesehenen und erfolgreichen Topathleten und Identifikationsfiguren reifen. Politik, Vereine und Verbände müssen zusammenwirken, um den Spitzensport bestmöglich zu unterstützen.

Antrag A105-Ä001

Änderungsantrag zu A105

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1180 - 1188

1180 **Sport verbindet Menschen.** Er ~~stärkt, aktiviert, begeistert und integriert.~~
1181 ~~Sport vermittelt Kompetenzen für das ganze Leben und Werte wie Fairness,~~
1182 ~~Verantwortung, Teamfähigkeit und Toleranz. Wir verstehen es als~~
1183 ~~gesellschaftspolitische Aufgabe, unsere Sportvereine fit für die Zukunft zu~~
1184 ~~machen und unsere Sportinfrastruktur zu stärken. Eine wichtige~~
1185 ~~gesellschaftliche Bedeutung kommt darüber hinaus dem Schulsport zu. Er~~
1186 trägt erheblich zu Lebensqualität unseres Landes bei. Er besitzt eine hohe Integrationskraft und fördert ~~nicht nur das Miteinander, sondern vermittelt auch die Bedeutung~~

~~von Leistung, Anstrengung und Bewertung. Breiten- und Spitzensport~~ ~~bedingen einander. Sie fördern~~die Gesundheit~~, Zusammenhalt und Wettbewerb.~~ der Menschen und soziale Beziehungen gleichermaßen. Sport ist ein wichtiger Faktor der Freizeitgestaltung, er eint, bildet, aktiviert, begeistert und integriert. Durch das sportliche Miteinander und den sportlichen Wettbewerb, in dem Toleranz, Fairness, Leistung und Verantwortung, Erkennen eigener Grenzen und Achtung anderer gefragt sind, trägt der Sport wesentlich zu einem friedlicheren Miteinander in unserer Gesellschaft und der Welt bei. Sport ist generationenübergreifend und verbindet Menschen mit und ohne Behinderung, unterschiedlicher sozialer Herkunft und aller Nationalitäten.

Wir wollen den Sport in seiner Gesamtstruktur nachhaltig unterstützen. Sport und Bewegung sind für die körperliche und geistige Entwicklung von großer Bedeutung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Aus diesem Grund befürworten wir eine frühe Ausbildung der Motorik, die bereits im Kindergarten erfolgen sollte. Wir setzen uns dafür ein, dass Sportunterricht in Schulen ein breiter Raum gegeben wird. So sollen Schülerinnen und Schüler auch dazu motiviert werden, weitere sportliche Angebote in Sportvereinen nach eigenen Interessen und körperlichen Möglichkeiten wahrzunehmen. Zudem wollen wir eine engere Verzahnung von Schulen und Sportvereinen besonders im Bereich des offenen Ganztags schaffen, um so mehr Kindern und Jugendlichen sportliche Aktivitäten im Verein zu ermöglichen.

Auch sportliche Leistungen von Menschen mit Behinderungen sind ein Ausdruck von starkem Willen und Einsatz. Möglichkeiten für Menschen mit Behinderung, Sport zu treiben, müssen daher erweitert werden. Unser Ziel ist es, barrierefreie Zugänge zu Sportstätten zu gewährleisten. Der Sport lebt vom Ehrenamt in unseren Sportvereinen. Das Fundament des Sports in unserem Land sind unsere Sportvereine und die dort ehrenamtlich Engagierten. Ohne sie wäre eine Aufrechterhaltung des attraktiven Sportangebots in der Breite nicht möglich.

Wir verstehen es daher als gesellschaftspolitische Aufgabe, unsere Sportvereine fit für die Zukunft zu machen und unsere Sportinfrastruktur zu stärken.

Wir sind stolz auf unseren Leistungssport. Unser Ziel ist es, die Talentsichtung- und -entwicklung in Schulen, im Leistungssport und im Verbandssystem voranzutreiben. Die CDU bekennt sich zum Leistungs- und Wettbewerbsprinzip im Sport. Gerade aus einem gut funktionierenden Breitensport heraus ergeben sich viele Nachwuchstalente für den Spitzensport in unserem Land. Der Leistungssport hat in der Bundesrepublik einen wichtigen Stellenwert und brachte bereits eine Vielzahl von Europameistern, Weltmeistern und Olympiasiegern hervor, die das Ansehen unseres Landes steigern. Wir sind stolz auf unsere Sportlerinnen und Sportler in allen Disziplinen. Ihr Erfolg trägt auch zur Identifikation der Menschen mit unserem Land bei. Für die bestmögliche Sportentwicklung ist ein Zusammenwirken von Politik, Sportvereinen und Verbänden, öffentlicher Verwaltung sowie der Wirtschaft erforderlich. Die CDU spricht sich entschieden gegen jede Form des Dopings aus. Doping darf im Sport keine Rolle spielen. Es schädigt die Athletinnen und Athleten, zerstört den Wettbewerb und täuscht die Mitstreiter. Die erfolgreiche Bekämpfung des Einsatzes von Doping muss zum Erhalt der sportlichen Grundwerte gewährleistet sein.

Begründung

Rund 24 Millionen Bürgerinnen und Bürger treiben in den mehr als 86.000 Sportvereinen unseres Landes Sport. Sport leistet einen maßgeblichen Beitrag zur Gesundheit, zur Integration, zur Gewaltprävention sowie zur Identifikation mit dem Gemeinwesen und erfüllt dadurch eine wichtige gesundheits- und sozialpolitische Aufgabe. Der organisierte Sport wirkt damit tief in unsere Gesellschaft hinein und hat für diese eine besondere Bedeutung. Dies gilt sowohl für den Leistungssport als auch den Breitensport. Für einen Großteil der Bevölkerung gehört aktives Sporttreiben zu einer gesundheitsbewussten Lebensgestaltung. Sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum trägt Sport zur Stiftung von Gemeinschaft bei. Als größte Bürgerbewegung Deutschlands haben die aktiven Sportlerinnen und Sportler und die die Vereine mit ihren ehrenamtlichen Strukturen ein berechtigtes Interesse, im Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands die gebührende Wertschätzung zu erfahren.

Antrag A105-Ä002

Änderungsantrag zu A105

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1184 - 1186

1184 machen und unsere Sportinfrastruktur ~~zu stärken~~weiter auszubauen. Eine wichtige
1185 gesellschaftliche Bedeutung kommt darüber hinaus dem Schulsport ~~zu. Er~~
1186 und der frühkindlichen Bewegung im Kindergarten zu. Er
fördert nicht nur das Miteinander, sondern vermittelt auch die Bedeutung

Antrag A105-Ä003

Änderungsantrag zu A105

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1185 - 1186

1185 gesellschaftliche Bedeutung kommt darüber hinaus dem Schulsport ~~zu. Er~~
1186 sowie den Bewegungs- und Koordinationsangeboten in Kitas und Kindergärten zu. Er
fördert nicht nur das Miteinander, sondern vermittelt auch die Bedeutung

Antrag A105-Ä004

Änderungsantrag zu A105

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1187

1187 von Leistung, Anstrengung und ~~Bewertung~~Wettbewerb. Breiten- und Spitzensport

Antrag A105-Ä005

Änderungsantrag zu A105

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1187

1187 von Leistung, Anstrengung und Bewertung. Breiten-, Leistungs- und Spitzensport

Antrag A105-Ä006

Änderungsantrag zu A105

Antragsteller/in:	KV Oldenburg-Stadt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1188

1188 bedingen einander. Sie fördern Gesundheit, Zusammenhalt und Wettbewerb.
Der Spitzensport fungiert nicht zuletzt auch als ein weltweit angesehener Botschafter Deutschlands.

Begründung

Der Entwurf des neuen Grundsatzprogrammes skizziert an vielen Stellen richtigerweise das Streben nach einem weltoffenen Patriotismus, vor dessen Hintergrund und in Anbetracht einer potenziellen Olympia-Bewerbung Deutschlands für das Jahr 2036 insbesondere auch der Spitzensport als bedeutender Botschafter Deutschlands auf der globalen Bühne fungiert, indem er nicht nur sportliche Exzellenz repräsentiert, sondern auch kulturellen Austausch fördert und das positive Image des Landes weltweit stärkt. Sport verbindet Menschen – um den Titel des Kapitels von Zeile 1180 bis 1188 zu zitieren – und der Spitzensport fungiert dabei als Werte- und Image-Multiplikator Deutschlands in der Welt.

Antrag A106: Zeile 1189 - 1198: Gute Bildung ein Leben lang

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A107-Ä007
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1190 - 1198 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1189 **Gute Bildung ein Leben lang**

1190 **Unser Bildungsideal setzt auf Leistung, Offenheit, Toleranz und Vielfalt.**

Unsere
1191 Vorstellung von Bildung und das dahinterstehende Menschenbild sind tief in
1192 der europäischen Kultur und im Christentum verwurzelt. Im Fokus unserer
1193 Politik steht der einzelne Mensch mit seinen individuellen Begabungen~~.~~
1194 und Fähigkeiten.
Bildung ermöglicht die persönliche Entfaltung des Einzelnen. Sie befähigt~~,~~
1195 zur Leistung und dazu,
sein Leben in selbstverantworteter Freiheit zu gestalten und seinen Platz in der
1196 Gesellschaft zu finden. Ungeachtet seiner Herkunft hat jedes Kind das Recht
1197 auf die bestmögliche Chance. Niemand soll bevorzugt oder benachteiligt
1198 werden.

Antrag A106-Ä001

Änderungsantrag zu A106

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1190

1190 **Unser Bildungsideal setzt auf Leistung, Offenheit, Toleranz und Vielfalt.** Unsere

Antrag A106-Ä002

Änderungsantrag zu A106

Antragsteller/in:	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1190

1190 **Unser Bildungsideal setzt auf Offenheit, ~~Toleranz und Vielfalt~~Innovation und Leistungswillen.**
Unsere

Antrag A106-Ä003

Änderungsantrag zu A106

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1192 - 1194

1192 der europäischen Kultur ~~und im Christentum~~ verwurzelt und vom Geist des Humanismus getragen. Im Fokus unserer
1193 Politik steht der einzelne Mensch mit seinen individuellen Begabungen.
1194 Bildung muss dabei nachhaltig sein. Deshalb setzen wir uns für die Umsetzung und Weiterentwicklung des nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ein.

Bildung ermöglicht die persönliche Entfaltung des Einzelnen. Sie befähigt,

Begründung

- Unser bestehendes Bildungssystem ist wesentlich von Wilhelm von Humboldts Ideen beeinflusst, weniger vom Christentum.
- BNE steht hier dafür, dass wir auch im Bildungsbereich weiter und zukunftsorientiert denken.

Antrag A106-Ä004

Änderungsantrag zu A106

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1192

1192 der europäischen Kultur und im Christentum verwurzelt und vom Geist des Humanismus getragen. Im Fokus unserer

Antrag A106-Ä005

Änderungsantrag zu A106

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1193 - 1194

1193 Politik steht der einzelne Mensch mit seinen individuellen Begabungen~~.~~
1194 und Fähigkeiten.
Bildung ermöglicht die persönliche Entfaltung des Einzelnen. Sie befähigt,

Begründung

Zur Verdeutlichung und Ergänzung.

Antrag A106-Ä006

Änderungsantrag zu A106

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1194 - 1195

1194 Bildung ermöglicht die persönliche Entfaltung des Einzelnen. Sie befähigt~~,~~
1195 zur Leistung und dazu,
sein Leben in verantworteter Freiheit zu gestalten und seinen Platz in der

Antrag A106-Ä007

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1195 - 1196

1195 sein Leben in selbstverantworteter Freiheit zu gestalten und seinen Platz in der
1196 Gesellschaft zu finden. Ungeachtet seiner Herkunft hat jedes Kind das Recht

Antrag A106-Ä008

Änderungsantrag zu A106

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1197

1197 auf die bestmögliche Chance. Auch eine überdurchschnittliche schulische Begabung bedarf besonderer Förderung. Niemand soll bevorzugt oder benachteiligt

Antrag A107: Zeile 1199 - 1204: Wir bauen auf elterliche Erziehungsverantwortung und Erziehungspartnerschaft

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

1199 **Wir bauen auf elterliche Erziehungsverantwortung und**
1200 **Erziehungspartnerschaft.** Wir bekennen uns zum Grundrecht der Eltern,
1201 die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Dies korrespondiert mit der
1202 Verantwortung der Eltern zur Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Wir setzen
1203 in diesem Geiste auf eine neue Erziehungspartnerschaft zwischen
1204 Bildungseinrichtungen und Eltern.

Antrag A107-Ä001

Änderungsantrag zu A107

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1199

1199 **Wir bauen auf den Grundsatz der elterliche Erziehungsverantwortung und**

Begründung

Der Begriff des Grundsatzes verdeutlicht, dass es leider auch einen nicht unwesentlichen Teil von Eltern gibt, die ihrer Erziehungsverantwortung nicht gerecht werden, so dass ein „staatliches Wächteramt“ mit Kontroll- und Eingriffsbefugnissen in diesen Fällen nötig ist.

Antrag A107-Ä002

Änderungsantrag zu A107

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, KV Hagen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1199 - 1204

1199 **Wir ~~bauen auf~~stärken die elterliche Erziehungsverantwortung~~ und Erziehungspartnerschaft.~~~~Wir bekennen uns zum Grundrecht der Eltern,~~
1201 ~~die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Dies korrespondiert mit der~~
1202 ~~Verantwortung der Eltern zur Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Wir~~und setzen
1203 ~~in diesem Geiste auf eine neue Erziehungspartnerschaft~~auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen
1204 Eltern und Bildungseinrichtungen~~ und Eltern~~. Wir stehen uneingeschränkt zum Grundrecht der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Gemeinsam unterstützen wir Familien dabei, die Entwicklung ihrer Kinder aktiv mitzugestalten und verbessern so die Chancengerechtigkeit für jedes Kind. Denn nur gemeinsam können wir eine vielversprechende Zukunft für unsere Kinder schaffen.

Antrag A107-Ä003

Änderungsantrag zu A107

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1199 - 1200

1199 **Wir bauen auf elterliche Erziehungsverantwortung~~ und Erziehungspartnerschaft~~. Wir setzen in diesem Geiste auf eine neue Erziehungspartnerschaft zwischen Bildungseinrichtungen und Eltern.** Wir bekennen uns zum Grundrecht der Eltern,

Begründung

Der Begriff Erziehungspartnerschaft ist missverständlich und es entsteht der Eindruck, dass Hausaufgabenbetreuung und Nachbereitung des Unterrichts auf die Eltern aktiv delegiert werden. Das verstärkt die sozialen Ungleichheiten im Bildungsweg. Wohin das führt, haben wir in der Corona-Pandemie gesehen. Kinder aus bildungsfernen Familien wurden massiv benachteiligt.

Antrag A107-Ä004

Änderungsantrag zu A107

Antragsteller/in:	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1201

1201 die Erziehung ihrer Kinder im Einklang mit der deutschen Leitkultur zu bestimmen. Dies korrespondiert mit der

Antrag A107-Ä005

Änderungsantrag zu A107

Antragsteller/in:	KV Reutlingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1202 - 1203

1202 Verantwortung der Eltern zur Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Wir setzen
1203 in diesem Geiste auf eine ~~neue~~zielführende Erziehungspartnerschaft zwischen

Begründung

Wir benötigen keine neue Erziehungspartnerschaft. Der gemeinsame Erziehungs- und Bildungsauftrag, der bereits besteht, muss zwischen Elternhaus und Schule gelebt und in einem guten Miteinander ausgefüllt werden – zielführend, zum Wohle des Kindes.

Antrag A107-Ä006

Änderungsantrag zu A107

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1203

1203 in diesem Geiste auf eine ~~neu~~erneuerte Erziehungspartnerschaft zwischen

Antrag A107-Ä007

Änderungsantrag zu A107

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A106

Zeile 1204

1204 Bildungseinrichtungen und Eltern unter besonderer Berücksichtigung der individuellen Begabung und Bedürfnisse des Kindes.

Begründung

Als christdemokratische Partei ist uns die Verantwortung der Eltern für die Kinder wichtig, jedoch muss diese Verantwortung den individuellen Bedürfnissen des Kindes gerecht werden und nicht nur den Vorstellungen der Eltern. Die Verantwortung der Eltern endet dort, wo sie die Enfaltung und das Wohlergehen des Kindes gefährdet.

Antrag A107-Ä008

Änderungsantrag zu A107

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1204

1204 Bildungseinrichtungen und Eltern. Wir wollen Eltern dabei unterstützen, diese Aufgabe wahrzunehmen.

Antrag A108: Zeile 1205 - 1220: Wir wollen Bildungs- und Aufstiegschancen für alle

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1208 - 1210 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1216 - 1219 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1205 **Wir wollen Bildungs- und Aufstiegschancen für alle.** Wir wollen gleiche
1206 Startchancen für alle und setzen auf die Leistungsbereitschaft des Einzelnen.
1207 Jeder muss die Chance haben, seine Talente, Fähigkeiten und Begabungen
1208 bestmöglich zu entfalten und einzubringen. Wir setzen auf
1209 ~~Leistungsorientierung.~~ Leistung ~~ist ein gerechter Maßstab, unabhängig von~~
1210 ~~der Herkunft seine Chancen zu entfalten.~~ .
Nur so kann Aufstieg unabhängig
1211 von der sozialen Herkunft gelingen. Daher streben wir ein differenziertes, auf
1212 die individuelle Lernausgangslage passendes Lernangebot an. Wir wollen
1213 Ungleiches ungleich behandeln auch bei einer individuellen
1214 Ressourcenzuweisung. Dazu gehört das gegliederte Schulsystem, dazu
1215 gehören auch freie und private Schulträger und dazu gehört die
1216 Begabtenförderung. Wir bekennen uns zur UN-
1217 Behindertenrechtskonvention und zur Inklusion in unserem
1218 Bildungssystem. ~~Dabei~~Gemeinsamer Unterricht wirkt sich auch auf Kinder ohne Förderbedarf positiv aus und stärkt ihre soziale Kompetenz. Ein inklusives Schulsystem bedeutet eine Vielfalt von Förderansätzen und Förderorten. Wir halten am Prinzip der Wahlfreiheit fest. Denn für uns steht ~~für uns~~ das Kindeswohl im Mittelpunkt. Die

1219 Chancen des Ganztags in der Grundschule für mehr Bildungsgerechtigkeit
1220 wollen wir nutzen.

Antrag A108-Ä001

Änderungsantrag zu A108

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1205 - 1219

1205 **Wir wollen Bildungs- und Aufstiegschancen für alle.**
Wir wollen gleiche
1206 Startchancen für alle und setzen auf die Leistungsbereitschaft des Einzelnen.
1207 Jeder muss die Chance haben, seine Talente, Fähigkeiten und Begabungen
1208 bestmöglich zu entfalten und einzubringen. Wir setzen auf
1209 Leistungsorientierung. Leistung ist ein gerechter Maßstab, unabhängig von
1210 der Herkunft seine Chancen zu entfalten. Nur so kann Aufstieg unabhängig
1211 von der sozialen Herkunft gelingen. Daher streben wir ein differenziertes, auf
1212 die individuelle Lernausgangslage passendes Lernangebot an. Wir wollen
1213 Ungleiches ungleich behandeln auch bei einer individuellen
1214 Ressourcenzuweisung. Dazu gehört das ~~gegliederte Schulsystem, dazu~~
1215 mehrgliedrige Schulwesen, dazu gehören auch freie und private Schulträger und dazu gehört die
1216 Begabtenförderung. Wir bekennen uns zur UN-
1217 Behindertenrechtskonvention und zur Inklusion in unserem
1218 Bildungssystem. Dabei steht für uns das Kindeswohl im Mittelpunkt. Die
1219 Chancen des Ganztags in der Grundschule für mehr Bildungsgerechtigkeit

Begründung

Der Begriff System ist kollektivistisch. Die Bundesrepublik ist kein „System“, sondern ein freiheitlich-demokratisches Staatswesen. Darüber hinaus gibt es in den Bundesländern mannigfaltige Schulkonzepte, die durch den Begriff mehrgliedrig am besten beschrieben werden.

Antrag A108-Ä002

Änderungsantrag zu A108

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1209 - 1210

1209 ~~Leistungsorientierung.~~ Leistung ~~ist ein gerechter Maßstab, unabhängig von~~
1210 ~~der Herkunft seine Chancen zu entfalten~~. Nur so kann Aufstieg unabhängig

Antrag A108-Ä003

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1210

1210 der Herkunft seine Chancen zu entfalten. Deshalb bekennen wir uns zu verbindlichen leistungsgerechten Schullaufbahnempfehlungen in einem durchlässigen Schulsystem. Nur so kann Aufstieg unabhängig

Begründung

Leistungsgerechtigkeit ist die Grundlage einer Aufstiegsgesellschaft. Durch objektive und fundierte Empfehlungen, die auf Leistung und Potential basieren, können soziale Ungleichheiten reduziert werden. Dies stellt sicher, dass alle Kinder, unabhängig von ihrem familiären Hintergrund, gleiche Chancen auf eine Bildung haben, die ihren Fähigkeiten entspricht. Verbindliche Schullaufbahnempfehlungen helfen, Fehlplatzierungen von Schülern in zu anspruchsvollen oder nicht ausreichend fordernden Bildungswegen zu vermeiden. Dies trägt zu einer besseren Passung zwischen den Fähigkeiten der Schüler und den Anforderungen der Schulformen bei, was die Zufriedenheit und den Bildungserfolg erhöht. Auch wenn die Schullaufbahnempfehlung verbindlich ist, kann sie bei entsprechender Durchlässigkeit des Bildungssystems Flexibilität ermöglichen. Schüler, deren Interessen oder Fähigkeiten sich im Laufe der Zeit ändern, können in einem durchlässigen Schulsystem ihren Bildungsweg entsprechend anpassen, was zu einer höheren Bildungsgerechtigkeit und besseren persönlichen Entwicklungschancen führt. Durchlässige Schulsysteme ermöglichen auch bei Entwicklungsverzögerung eine optimale Beschulung.

Antrag A108-Ä004

Änderungsantrag zu A108

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A114

Zeile 1210

1210 der Herkunft seine Chancen zu entfalten. Um eine echte Chancengleichheit herzustellen, bekennen wir uns zu einer tieferen wirtschaftlichen und finanziellen Ausbildung bereits in der Schule. Nur so kann Aufstieg unabhängig

Begründung

Als CDU Wetterau begrüßen wir das Bekenntnis zur Leistungsorientierung bei zeitgleicher Schaffung von Chancengleichheit für alle. Wir sind allerdings überzeugt davon, dass zu einer echten Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft auch eine ausreichende Finanz- und Wirtschaftsausbildung bereits in der Schule nötig ist. Bereits 2015 ging der Twitter-Post „Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann ‘ne Gedichtsanalyse

schreiben. In 4 Sprachen.“ einer Schülerin viral. In Zeiten hoher Inflation, sinkender Renten und dadurch steigender finanzieller Selbstverantwortung ist dies so aktuell wie nie. Um eine echte Chancengleichheit herzustellen, beantragen wir ein Bekenntnis zu einer tieferen wirtschaftlichen und finanziellen Ausbildung bereits in der Schule aufzunehmen.

Antrag A108-Ä005

Änderungsantrag zu A108

Antragsteller/in:	KV Hameln-Pyrmont
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1212 - 1219

1212 die individuelle Lernausgangslage passendes Lernangebot an. Wir ~~wollen~~
1213 ~~Ungleiches ungleich behandeln auch bei~~ widersprechen einer ~~individuellen~~
1214 ~~Ressourcenzuweisung~~ideologisch motivierten Gleichmacherei und wollen unterschiedlichen Voraussetzungen gerecht werden, Ungleiches ungleich behandeln, bei individueller Ressourcenentwicklung. Dazu gehört das gegliederte Schulsystem, dazu
1215 gehören auch freie und private Schulträger und dazu gehört die
1216 Begabtenförderung. Wir bekennen uns zur UN-
1217 Behindertenrechtskonvention und zur Inklusion in unserem
1218 Bildungssystem. Das christliche Menschenbild prägt unsere Haltung, dass alle Mitglieder der Gesellschaft, gleich welcher Leistungsfähigkeit, als Menschen gewertschätzt werden. Sie sind Teil der Gemeinschaft und bringen ihre individuellen Talente ein. Inklusion soll gelebt werden durch niveau- und praxisgerechte Unterstützung. Niemand soll durch Inklusion gehemmt oder geschwächt werden, sondern die Gemeinschaft soll sozial- und leistungsgerecht gestärkt werden. Dabei steht für uns das Kindeswohl im Mittelpunkt. Die
1219 Chancen des Ganztags in der Grundschule für mehr Bildungsgerechtigkeit

Begründung

Das Verständnis guter Bildung setzt voraus, dass persönliche Neigungen und Talente Berücksichtigung finden. Menschen, deren Interessen und Abneigungen, Stärken und Schwächen in Lernprozessen unberücksichtigt bleiben, entwickeln sich widerwillig und lernen schlecht. Eine gute Lernmotivation ist eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Gestaltung guter Lernprozesse. Es ist wissenschaftlich belegt, dass Menschen in ihrer Begabung, ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten unterschiedlich sind und somit auch ihre Entwicklung unterschiedlich sein kann. Unterschiedlich schnell, verschieden komplex und unterschiedlich intensiv. Dieser Erkenntnis wollen wir Rechnung tragen. Es soll deutlich werden, dass eine linksorientierte (sozialistisch anmutende) „Gleichmacherei“ den christlich demokratischen Grundsätzen widerspricht!

Inklusion wird aus unserer Sicht stiefmütterlich behandelt und schlecht bzw. wenig fachlich argumentiert. Allein der Satz, „Wir bekennen uns zur Behindertenrechtskonvention und zur Inklusion…“, sagt nichts aus! Gleichzeitig können und müssen wir als Christlich Demokratische Union Stellung beziehen und deutlich machen, was uns ausmacht und wie wir mit Inklusion umgehen wollen. Das beinhaltet ebenfalls, dass wir mit dem Vorurteil abschließen, dass es uns immer nur um

die Förderung von Leistungsträgern geht, schwächere Mitglieder der Gesellschaft nichts wert sein. Durch die unten vorgenommenen Ergänzungen wird klargestellt, dass auch Schwächere oder wenig bis nichts Leistende ihren individuellen Beitrag zur Gesellschaft erbringen, sei er auch noch so unscheinbar.

Antrag A108-Ä006

Änderungsantrag zu A108

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1216 - 1218

1216 Begabtenförderung. Wir bekennen uns zur UN-
1217 Behindertenrechtskonvention und zur Inklusion in unserem
1218 Bildungssystem, aber auch zu dem bewährten System der Förderschulen. Dabei steht für uns das Kindeswohl im Mittelpunkt. Die

Antrag A108-Ä007

Änderungsantrag zu A108

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1216 - 1220

1216 Begabtenförderung. ~~Wir bekennen uns zur UN-~~
1217 ~~Behindertenrechtskonvention und zur Inklusion in unserem~~
1218 ~~Bildungssystem. Dabei steht für uns das Kindeswohl im Mittelpunkt. Die~~
1219 ~~Chancen des Ganztags in der Grundschule für mehr Bildungsgerechtigkeit~~
1220 ~~wollen wir nutzen.~~

Begründung

Nicht nur die Chancen, auch die Gefahren und Risiken für unsere Kinder sind vielfältig und bedrohlich. Vom ersten Tag mit dem Kontakt mit digitalen Medien an müssen unsere Kinder verantwortungsvoll durch Elternhäuser und Pädagogen begleitet werden. Die Folgen von digitalem Missbrauch können schwerwiegend und lebenslang unsere Kinder schädigen. Davor gilt es sie zu schützen. Dieser wichtige Aspekt muss in dem Kapitel „Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung in der Bildung.“ Mit herausgestellt werden. Vgl. Lektüre Silke Müller „Wir verlieren unsere Kinder“

Antrag A108-Ä008

Änderungsantrag zu A108

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1218 - 1219

1218 Bildungssystem.Deutschland hat sich verpflichtet, ein inklusives Schulsystem weiterzuentwickeln, um die Teilhabechancen behinderter Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Bedarf am gesellschaftlichen Leben zu erhöhen. Gemeinsamer Unterricht wirkt sich auch auf Kinder ohne Förderbedarf positiv aus und stärkt ihre soziale Kompetenz. Daher bedeutet ein inklusives Schulsystem eine Vielfalt von Förderansätzen und Förderorten. Dazu gehören integrative Unterrichtsformen und Förderschulen. Wir halten am Prinzip der Wahlfreiheit fest. Die Wahlfreiheit der Eltern zwischen allgemeinen Schulen und Förderschulen ist zu gewährleisten. Die Förderschulen sind verlässliche Bildungsorte, um gesellschaftliche Integration und individuelle, bedarfsorientierte Förderung zu ermöglichen. Dabei steht für uns das Kindeswohl im Mittelpunkt. Die
1219 Chancen des Ganztags in der Grundschule für mehr Bildungsgerechtigkeit

Begründung

Als CDU unterstützen wir den Ausbau der gemeinsamen Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern und die Entwicklung passgenauer Lösungen für jedes Kind. In diesem Sinne treten wir ein für den Erhalt der Pluralität der Förderorte und für die Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Förderorten, auch wenn dieses zu einer Parallelstruktur von allgemeinen Schulen und Förderschulen führen kann. Unser Ziel ist eine pädagogisch orientierte Wahl zwischen den Lernorten in Abhängigkeit vom Kindeswohl und dem Elternwillen.

Antrag A108-Ä009

Änderungsantrag zu A108

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1218

1218 Bildungssystem. Dabei steht für uns das Kindeswohl im Mittelpunkt. Jedes Kind muss dabei frei nach seinen individuellen Begabungen und Fähigkeiten gefördert werden. Wir sprechen uns daher für die Förderschule als Teil unseres mehrgliedrigen Schulsystems aus. Sowohl den Kindern als auch den Eltern müssen verschiedene Wege zur Förderung offenstehen. Die

Begründung

Der Erhalt von Förderschulen trägt zur Vielfalt im Bildungssystem bei, indem er eine breite Palette an Bildungsoptionen für Schüler mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Begabungen bietet. Eltern sollten die Möglichkeit haben in Kooperation mit Bildungseinrichtungen, die für ihr Kind am besten geeignete Schulform auszuwählen. Förderschulen können auf den individuellen Förderbedarf und die besonderen Bedürfnisse durch einen besseren Personalschlüssel, geeignete Unterrichtsmethoden und pädagogische Ansätze gezielter eingehen. Sie verfügen des weiteren über Fachkräfte, wie Sonderpädagogen, Therapeuten und Sozialarbeiter, die auf die Betreuung und den Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen spezialisiert sind und nicht immer an anderen

Schulformen in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Am Ende muss das Wohl des Kindes bei der Auswahl der Schulform im Mittelpunkt stehen, um Schüler einen sicheren Raum zu bieten, in dem sie sich akzeptiert und verstanden fühlen, und in dem sie positive soziale Beziehungen aufbauen können, sowohl zu ihren Mitschülern als auch zu den Lehrkräften. Das kann sowohl an Förderschulen, als auch an anderen Schulformen in Form von Inklusion möglich sein

Antrag A108-Ä010

Änderungsantrag zu A108

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A108

Zeile 1218

1218 Bildungssystem sowie dort, wo es für die Schülerinnen und Schüler besser ist, zur gezielten Förderung im Rahmen von Förderschulen. Dabei steht für uns das Kindeswohl im Mittelpunkt. Die

Begründung

Klarstellung, dass Inklusion im Schulsystem nicht für alle Kinder der beste Weg ist.

Antrag A108-Ä011

Änderungsantrag zu A108

Antragsteller/in:	BezV Ostfriesland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1218

1218 Bildungssystem. Dabei steht für uns das Kindeswohl im Mittelpunkt. Förderschulen sind als Teil eines inklusiven Bildungssystems für Schülerinnen und Schüler eine wichtige Option, um ihren Förderbedarfen gerecht zu werden. Die

Begründung

Der Bundesparteitag möge beschließen:
Ergänze nach: „Kindeswohl im Mittelpunkt."
Setze: „Förderschulen sind als Teil eines inklusiven Bildungssystems für Schülerinnen und Schüler eine wichtige Option, um ihren Förderbedarfen gerecht zu werden."

Begründung: Die bisherige Formulierung bekennt sich zur Inklusion und zur UN-Behindertenrechtskonvention. Daraus könnte geschlossen werden, dass die CDU sich von den Förderschulen abwendet. Der Satz „Dabei steht für uns das Kindeswohl im Mittelpunkt." ohne das Bekenntnis zur Förderschule als integraler Bestandteil eines inklusiven Bildungssystems ist hier nicht aussagekräftig genug. Denn inklusive Regelschulen bieten nicht für alle Kinder und Jugendliche mit

besonderen, gutachterlich festgestellten, Förderbedarfen die besten Angebote. Förderschulen sind eine wichtige Ergänzung zum inklusiven Regelschulsystem, weil die dortige Sonderpädagogik ihren Förderbedarfen am besten gerecht wird. Dies gilt für die gesamte Bandbreite der Sonderpädagogik, von der Sprachförderung, über die Förderung der geistigen Entwicklung, des Sehens, des Hörens, der körperlichen und motorischen Entwicklung, der geistigen Entwicklung, der emotionalen und sozialen Entwicklung bis hin zum Förderschwerpunkt Lernen. Dabei ist die Förderschule stets eine Wahlmöglichkeit neben der inklusiven Regelschule. So steht sie nicht im Wiederspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention.

Antrag A109: Zeile: 1221 - 1226: Die Länder müssen im Bildungsbereich stärker zusammenarbeiten

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1221 - 1225 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1226 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1221 **Die Länder müssen im Bildungsbereich stärker zusammenarbeiten.** Es
1222 braucht besser aufeinander abgestimmte und vergleichbare Schulsysteme.
1223 Dies wollen wir über ein Kooperationsgebot zwischen den Ländern und eine
1224 Reform der Kultusministerkonferenz erreichen. Es braucht dort mehr
1225 Verbindlichkeit, eine bessere Vergleichbarkeit der Schulformen und
1226 Schulabschlüsse sowie mehr Effizienz. Wir stehen zum föderalen Bildungswesen und dem Wettbewerb um die besten Bildungskonzepte.

Antrag A109-Ä001

Änderungsantrag zu A109

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1221 - 1226

1221 **Die Länder müssen im Bildungsbereich stärker zusammenarbeiten.**~~Es~~
1222 ~~braucht besser aufeinander abgestimmte und vergleichbare Schulsysteme.~~
1223 ~~Dies wollen wir über ein Kooperationsgebot zwischen~~Das Wissen in den ~~Ländern und eine~~
1224 ~~Reform der Kultusministerkonferenz erreichen. Es braucht dort mehr~~
1225 ~~Verbindlichkeit, eine bessere Vergleichbarkeit der Schulformen und~~
1226 ~~Schulabschlüsse sowie mehr Effizienz~~Köpfen unserer Kinder ist unsere wertvollste Ressource in Deutschland. Bildung muss deshalb eine nationale Aufgabe werden. Wir brauchen ein einheitliches und leistungsgerechtes Bildungssystem in Deutschland, das weiter in der Verantwortung der Bundesländer umgesetzt wird und allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Wohnort und ihrem Elternhaus die besten Chancen für Bildung, Ausbildung und

Beruf ermöglicht.

Begründung

Eine nationale Bildungspolitik ist dringend erforderlich, da es unser Ziel sein muss, dass alle Schülerinnen und Schüler eine ihren individuellen Begabungen und Fähigkeiten entsprechende Bildung erhalten und ihre individuellen Potenziale entfalten können. Kurz gesagt: Der Bildungserfolg darf nicht vom Wohnort in dem einen oder anderen Bundesland abhängen. Auf diese Weise kann auch sichergestellt werden, dass in allen Bundesländern eine gleichwertige Ausstattung von Schulen erfolgt. Zudem sollen die Schülerinnen und Schüler zu mehr Leistung durch engagierte Lehrkräfte ermutigt werden. Bereits der „DigitalPakt Schule“ hat gezeigt, dass der Bund und die Länder gemeinsam in der Bildungspolitik erfolgreich agieren können. Die Kompetenzen der Bildungspolitik in den Bund zu verlagern, würde zu einer faireren Bildungspolitik im gesamten Bundesgebiet beitragen, da die Leistungen einheitlicher und somit vergleichbarer wären.

Die Stärkung der nationalen Steuerung der Bildung und des Verbotes des gegenseitigen Abwerbens von Lehrern und pädagogischem Personal ist entscheidend, um Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu gewährleisten. Durch eine zentralisiertere Steuerung mit Einbeziehung der Bundesebene können Ressourcen gerechter verteilt werden, und alle Schülerinnen und Schüler haben die gleichen Möglichkeiten auf eine qualitativ hochwertige Bildung. Zudem würde bei einem vereinheitlichten Bildungssystem das Abwerben von Lehrkräften und anderem Personal verhindert werden. Somit würden die verschiedenen Bundesländer, bestimmte Schulen oder höhere Bildungseinrichtungen durch den Verlust von qualifiziertem Lehrpersonal nicht mehr benachteiligt werden.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A109-Ä002

Änderungsantrag zu A109

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1221 - 1222

1221 ~~**Die Länder müssen im Bildungsbereich stärker zusammenarbeiten.** Es~~
1222 ~~braucht besser aufeinander abgestimmte und vergleichbare Schulsysteme.~~

Begründung

Nicht nur die Chancen, auch die Gefahren und Risiken für unsere Kinder sind vielfältig und bedrohlich. Vom ersten Tag mit dem Kontakt mit digitalen Medien an müssen unsere Kinder verantwortungsvoll durch Elternhäuser und Pädagogen begleitet werden. Die Folgen von digitalem Missbrauch können schwerwiegend und lebenslang unsere Kinder schädigen. Davor gilt es sie zu schützen. Dieser wichtige Aspekt muss in dem Kapitel „Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung in der Bildung.“ Mit herausgestellt werden. Vgl. Lektüre Silke Müller „Wir verlieren unsere Kinder“

Antrag A109-Ä003

Änderungsantrag zu A109

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1223 - 1224

1223 Dies wollen wir über ein Kooperationsgebot zwischen den Ländern ~~und eine~~
1224 , auch bzgl. der Lehrerbildung, und eine
Reform der Kultusministerkonferenz erreichen. Es braucht dort mehr

Begründung

Es ist auch in der Lehrerbildung auf ein vergleichbares, hohes Niveau zu achten.

Antrag A109-Ä004

Änderungsantrag zu A109

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1224 - 1226

1224 Reform der Kultusministerkonferenz erreichen. ~~Es braucht dort mehr~~
1225 ~~Verbindlichkeit~~Sinnvoll sind aufeinander abgestimmte, ~~eine bessere Vergleichbarkeit der Schulformen und~~
1226 ~~Schulabschlüsse sowie mehr Effizienz~~vergleichbare und verlässliche Schulsysteme.

Begründung

Präzisierung des Sachverhalts.

Antrag A109-Ä005

Änderungsantrag zu A109

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1224 - 1226

1224 Reform der Kultusministerkonferenz erreichen. ~~Es braucht dort mehr~~
1225 ~~Verbindlichkeit, eine bessere Vergleichbarkeit der~~Schulleistungen wollen wir verbessern durch verbindliche Bildungsstandards in der Leistungsbewertung und durch selbstständige Schulen mit mehr Entwicklungsmöglichkeiten. Schulen müssen durch ein exzellentes Beratungs- und Fortbildungssystem unterstützt werden. Schulformen und
1226 Schulabschlüsse ~~sowie mehr Effizienz~~müssen zwischen den Ländern vergleichbar sein.

Begründung

Die unzureichenden Schulleistungsergebnisse fordern eine Trendwende in der Steuerung des Schulwesens. Schulen sind aber oft allein gelassen. Sie brauchen mehr Begleitung, Beratung und Unterstützung. Bundesweit müssen die Lernziele mit den Bildungsstandards klarer und verbindlicher ausformuliert sein, damit ein Mindestniveau an Grundbildung für alle Kinder garantiert wird.

Antrag A109-Ä006

Änderungsantrag zu A109

Antragsteller/in:	KV Lingen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1226

1226 Schulabschlüsse sowie mehr Effizienz. Wir stehen zum föderalen Bildungswesen und wollen weiterhin einen Wettbewerb um die besten Konzepte zur Weiterentwicklung unseres vielfältigen Bildungssystems.

Begründung

Ein klares Bekenntnis zum Bildungsföderalismus ist nötig und fehlt bisher. Wenngleich die engere Kooperation erstrebenswert ist, so wollen wir keine Aufgabe der Länderhoheit. Eine vielfältige Schullandschaft mit einem Wettbewerb unter den Ländern ist einem bundesweit vorgegebenen einheitlichem durchschnittlichem Schulmodell mit einem einheitlichen Lehrplan im Interesse einer freien Gesellschaft vorzuziehen.

Antrag A110: Zeile 1227 - 1230: Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

1227 **Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft.** Daher wollen
1228 wir die Mittel dafür erhöhen – unabhängig von der Entwicklung des
1229 Bruttoinlandproduktes. Unser Ziel ist es, die Bildungsinvestitionen
1230 mindestens auf das Niveau des OECD-Durchschnitts anzuheben.

Antrag A110-Ä001

Änderungsantrag zu A110

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1227

1227 **Investitionen in Bildung sind hoch rentierliche Investitionen in die Zukunft.** Daher wollen

Antrag A110-Ä002

Änderungsantrag zu A110

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1230

1230 ~~mindestens~~ auf ~~das~~ein Niveau oberhalb des OECD-Durchschnitts anzuheben.

Begründung

Als Forschungsland mit begrenzten Rohstoffkapazitäten sind wir auf gute Bildung angewiesen. Daher sollte unser Bildungsziel ambitionierter formuliert sein.

Antrag A110-Ä003

Änderungsantrag zu A110

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz, KV Landau-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1230

1230 mindestens auf das Niveau des OECD-Durchschnitts anzuheben. Die Wertigkeit eines jeden Bildungsabschlusses muss bewahrt werden. Wir wollen insgesamt mehr Bildungsniveau wagen.

Antrag A110-Ä004

Änderungsantrag zu A110

Antragsteller/in:	KV Germersheim
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1230

1230 mindestens auf das Niveau des OECD-Durchschnitts anzuheben.

Die Wertigkeit eines jeden Bildungsabschlusses muss bewahrt werden.
Wir wollen insgesamt mehr Bildungsniveau wagen.

Begründung

Deutschland kann auf sein duales Ausbildungssystem stolz sein. Daher sollten alle Bildungsabschlüsse gleichweitig gefördert werden. Gut ausgestattete Schulen, die zu einem beruflichen Bildungsabschluss führen müssen bei der Förderung den gleichen Stellenwert haben, wie Schulen, die auf eine akademische Laufbahn vorbereiten.

Antrag A110-Ä005

Änderungsantrag zu A110

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1230

1230 ~~mindestens~~deutlich oberhalb auf das Niveau des OECD-Durchschnitts anzuheben.

Begründung

Streiche: „mindestens“
Setze: „deutlich oberhalb“

Begründung:

Der PISA Vergleich hat gezeigt, dass Deutschland aufholbedarf im Bereich der Bildung hat. Daher brauchen wir eine gemeinsame Kraftanstrengung, die nicht an finanziellen Mitteln scheitern darf.

Antrag A110-Ä006

Änderungsantrag zu A110

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1230

1230 mindestens ~~auf~~über das Niveau des OECD-Durchschnitts anzuheben.

Antrag A111: Zeile 1231 - 1240: Wir wollen gute Bildung von Anfang an

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1231 - 1240 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1231 **Wir wollen gute Bildung von Anfang an.** Unser Ziel ist es, die frühe Bildung
1232 bundesweit zu stärken. Dafür ~~wollen~~müssen wir Kindertagesstätten und Schulen
1233 insbesondere ~~a~~in sozialen Brennpunkten stärker unterstützen. Wir wollen
1234 Kindertagesstätten, Kindergärten und Grundschulen stärker
1235 zusammendenken. Das schaffen wir, indem die Länder verpflichtende,
1236 institutionenübergreifende Bildungspläne einführen. Die Länder sollen
1237 verbindliche bundeseinheitliche Qualitätsmindeststandards festlegen.

1238 Insbesondere in den ersten Lebensjahren ist es wichtig, dass Kinder auch
1239 motorische Fähigkeiten und Bewegungsfreude entwickeln und lernen, sich
1240 zu konzentrieren.

Antrag A111-Ä001

Änderungsantrag zu A111

Antragsteller/in:	KV Saalekreis, Senioren Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1232

1232 bundesweit zu stärken. Dafür ~~wollen~~müssen wir Kindertagesstätten und Schulen

Begründung

Das Wollen ist zu wenig. Wir müssen Druck machen, denn die Erkenntnis zu lernen ist wichtig für die Zukunft. Deshalb brauchen wir von Anfang an gute Bildung. Dafür MÜSSEN wir Kitas und Schulen stärker unterstützen.

Antrag A111-Ä002

Änderungsantrag zu A111

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1233

1233 insbesondere ~~a~~in sozialen Brennpunkten stärker unterstützen. Wir wollen

Begründung

Falsche Präposition

Antrag A111-Ä003

Änderungsantrag zu A111

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1234 - 1235

1234 Kindertagesstätten, Kindergärten ~~und~~, Grundschulen ~~stärker~~
1235 , weiterführende Schulen und Universitäten stärker
zusammendenken. Das schaffen wir, indem die Länder verpflichtende,

Begründung

Alle Übergänge sind mit Herausforderungen verbunden, daher sollten alle Übergänge an dieser Stelle

berücksichtigt werden.

Antrag A112: Zeile 1241 - 1245: Das Erlernen der Bildungssprache Deutsch hat Priorität

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A123-Ä002

Der Parteitag möge beschließen

1241 **Das Erlernen der Bildungssprache Deutsch hat Priorität.** Jedes Kind soll im
1242 Alter von vier Jahren einen einheitlichen und verpflichtenden Sprachtest
1243 durchlaufen. Kinder mit Förderbedarf müssen zur Teilnahme an einem
1244 vorschulischen Programm in einer Kindertagesstätte, einem Kindergarten
1245 oder einer Vorschule verpflichtet werden.

Antrag A112-Ä001

Änderungsantrag zu A112

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1241

1241 **Das Erlernen der ~~Bildungssprache Deutsch~~deutschen Sprache hat Priorität.** Jedes Kind soll im

Begründung

"Bildungssprache" ist nur eine einzelne Anspruchsebene der Sprache, Spracherwerb muss umfassend sein.

Antrag A112-Ä002

Änderungsantrag zu A112

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1242 - 1245

1242 Alter von vier Jahren in Abstimmung mit den Eltern einen einheitlichen und verpflichtenden Sprachtest
1243 durchlaufen. Kinder mit Förderbedarf müssen zur Teilnahme an einem
1244 vorschulischen Programm in einer Kindertagesstätte, einem Kindergarten

1245 oder einer Vorschule unter Einbindung der Eltern verpflichtet werden.

Begründung

Sensibler Umgang mit Elternrechten.

Antrag A112-Ä003

Änderungsantrag zu A112

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses

Zeile 1245

1245 oder einer Vorschule verpflichtet werden. Fortsetzende Förderprogramme in den Grund- und weiterführenden Schulen sind anzustreben.

Begründung

Sprachförderung ist nicht nur eine Thematik des frühkindlichen Bereichs. Auch in Grund- und weiterführenden Schulen brauchen immer mehr Kinder eine sprachliche Förderung. Dies wollen wir gewährleisten.

Antrag A112-Ä004

Änderungsantrag zu A112

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1245

1245 oder einer Vorschule ~~verpflichte~~ermutigt werden.

Begründung

Die rechtliche Grundlage für eine Verpflichtung ist nicht gegeben und wäre bundesweit kaum zu implementieren. Die Freiwilligkeit in „ermutigen“ ist für beide Seiten angemessen. (s.auch Zeile 60).

Antrag A112-Ä005

Änderungsantrag zu A112

Antragsteller/in:	KV Landau-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1245

1245 oder einer Vorschule verpflichtet werden. Kein Kind soll ohne ausreichende Deutschkenntnisse

eingeschult werden.

Antrag A112-Ä006

Änderungsantrag zu A112

Antragsteller/in:	BezV Ostfriesland
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses

Zeile 1245

1245 oder einer Vorschule verpflichtet werden. Schulpflichtigen Flüchtlingen wird in Willkommensklassen die deutsche Sprache vermittelt, und sie werden entsprechend ihrer Eingangsvoraussetzungen auf den jahrgangsbezogenen Unterricht vorbereitet.

Begründung

Zeile 1245
Der Bundesparteitag möge beschließen:
Ergänze nach: „Vorschule verpflichtet werden."
Ergänze: „Schulpflichtigen Flüchtlingen wird in Willkommensklassen die deutsche Sprache vermittelt, und sie werden entsprechend ihrer Eingangsvoraussetzungen auf den jahrgangsbezogenen Unterricht vorbereitet."
Begründung: Die Integration von schulpflichtigen Flüchtlingen stellt die Schulen vor erhebliche Herausforderungen. Im laufenden Unterricht kann dies regelmäßig nicht geleistet werden. Daher sind vorbereitende Systeme erforderlich, die personell spezifisch ausgestattet sind.

Antrag A113: Zeile 1246 - 1258: Lesen, Schreiben, Rechnen sind die Grundlage für Bildungserfolg

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A114-Ä009
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1247 - 1258 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1246 **Lesen, Schreiben, Rechnen sind die Grundlage für Bildungserfolg.** Auf sie
1247 muss insbesondere in den ersten Schuljahren ~~ein besonderes Augenmerk~~
1248 der Schwerpunkt
gelegt werden. Doch der Auftrag von Schule geht über die Vermittlung von
1249 Wissen hinaus. Junge Menschen brauchen auch Werte und soziale Tugenden,
1250 um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Die Achtung vor Demokratie und
1251 Rechtsstaat muss immer wieder neu vermittelt werden. Dabei kann Bildung

1252 weder weltanschaulich-parteilich noch wertneutral-beliebig sein - sie muss die Vielfalt der demokratischen Meinungen abbilden, darf jedoch nicht überwältigend sein. Politische
1253 und historische Bildung sind unverzichtbar und schaffen Resilienz gegen
1254 Extremismus. Musische ~~und~~, künstlerische, religiöse ~~Bildung sind notwendig für~~ und philosophische Bildung fördern eine
1255 ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit. Bildung für nachhaltige Entwicklung fördert verantwortungsvolles Handeln für künftige Generationen. Wir treten dafür ein, dass
1256 Religionsunterricht in allen ~~Ländern~~Bundesländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt.
1257 Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen findet ~~grundsätzlich~~
1258 generell in deutscher Sprache statt. Wer nicht am Religionsunterricht teilnimmt, soll das Fach Ethik wählen können.

Antrag A113-Ä001

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Dortmund
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1246 - 1258

1246 **Lesen, Schreiben, Rechnen sind die Grundlage für Bildungserfolg.** Auf sie
1247 muss insbesondere in den ersten Schuljahren ein besonderes Augenmerk
1248 gelegt werden. Doch der Auftrag von Schule geht über die Vermittlung von
1249 Wissen hinaus. Junge Menschen brauchen auch Werte und soziale Tugenden,
1250 um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Die Achtung vor Demokratie und
1251 Rechtsstaat muss immer wieder neu vermittelt werden. Dabei kann Bildung
1252 weder weltanschaulich-parteilich noch wertneutral-beliebig sein. Politische
1253 und historische Bildung sind unverzichtbar und schaffen Resilienz gegen
1254 Extremismus. Musische und religiöse Bildung sind notwendig für eine
1255 ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit. Wir treten dafür ein, dass
1256 Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt.
1257 Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen findet ~~grundsätzlich~~
1258 in deutscher Sprache statt und wird nur von in Deutschland ausgebildeten und zertifizierten Lehrkräften gehalten.

Begründung

Es muss sichergestellt sein, dass der islamische Religionsunterricht auch mit dem Christlichen Weltbild in Deutschland einhergeht.

Antrag A113-Ä002

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1247 - 1248

1247 muss insbesondere in den ersten Schuljahren ~~ein besonderes Augenmerk~~
1248 der Schwerpunkt gelegt werden. Doch der Auftrag von Schule geht über die Vermittlung von

Begründung

Mit dem Wort „Schwerpunkt“ wird hier eine klare Forderung formuliert, „besonderes Augenmerk“ ist hier zu wenig.

Antrag A113-Ä003

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Germersheim
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1248

1248 gelegt werden. Kein Kind soll ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult werden. Doch der Auftrag von Schule geht über die Vermittlung von

Antrag A113-Ä004

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	Senioren Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1249 - 1250

1249 Wissen hinaus. Junge Menschen brauchen auch Werte ~~und~~, soziale Tugenden~~,~~
1250 und Respekt vor anderen,
um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Die Achtung vor Demokratie und

Antrag A113-Ä005

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1249 - 1250

1249 Wissen hinaus. Junge Menschen brauchen auch Werte und soziale ~~Tugenden,~~

1250 Verhaltensmuster,
um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Die Achtung vor Demokratie und

Begründung

"Tugenden" ist völlig veraltet und spricht nur wenige an.

Antrag A113-Ä006

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1249 - 1250

1249 Wissen hinaus. Junge Menschen brauchen auch Werte und soziale Tugenden,
1250 insbesondere Respekt und Toleranz,
um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Die Achtung vor Demokratie und

Begründung

Begründung: Respekt und Toleranz sind Bestandteile der Leitkultur (Zeile 39). Dazu muss die Schule einen Beitrag leisten. Die von Kindern begangenen Tötungsdelikte (Freudenberg, Wunsiedel, Wunstorf etc. – lt. BKA-Statistik 2021 19 Verdachtsfälle von Mord und Totschlag durch Kinder) sowie die angestiegene Gewaltkriminalität von Kindern und Jugendlichen (Anstieg von 12% im 1. Halbjahr 2023 gegenüber 1. Halbjahr 2022) sind die Spitze vom Eisberg und lassen einen erschreckenden Mangel erkennen und erahnen.

Antrag A113-Ä007

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1252 - 1258

1252 weder weltanschaulich-parteilich noch wertneutral-beliebig sein, sondern muss sich am Grundgesetz und seinen inhärenten Werten orientieren. Politische
1253 und historische Bildung sind unverzichtbar und schaffen Resilienz gegen
1254 Extremismus. ~~Musische und religiöse Bildung sind notwendig für eine~~
1255 ~~ganzheitliche~~Zur ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit gehört musische Bildung ebenso wie die Auseinandersetzung mit ersten Gründen und letzten Fragen des Lebens. Wir treten ~~dafür~~daher dafür ein, dass
1256 ~~Religionsunterricht~~Religions- und Philosophieunterricht in allen ~~Ländern~~Ländern zum Kanon der ~~Pflichtfächer zählt.~~
1257 Wahlpflichtfächer zählen. Lernenden sollte dabei in der Stundentafel auch die Möglichkeit, beide Fächer zu belegen, eröffnet werden. Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen findet

~~grundsätzlich~~

1258 grundsätzlich in deutscher Sprache statt.

Antrag A113-Ä008

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1252

1252 weder weltanschaulich-parteilich noch wertneutral-beliebig sein~~.~~ - sie muss die Vielfalt der demokratischen Meinungen abbilden und darf indes nicht überwältigend sein. Politische

Antrag A113-Ä009

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1252 - 1253

1252 weder weltanschaulich-parteilich noch wertneutral-beliebig sein. Politische
1253 und historische Bildung, auch als Teil unserer Erinnerungskultur, sind unverzichtbar und schaffen Resilienz gegen

Antrag A113-Ä010

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Warendorf-Beckum
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1253

1253 und historische Bildung sind unverzichtbar und schaffen ~~Resilienz~~Widerstandsfähigkeit gegen

Begründung

Verständlicherer Begriff

Antrag A113-Ä011

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A101

Zeile 1253

1253 und historische Bildung, auch als Teil unserer Erinnerungskultur, sind unverzichtbar und schaffen Resilienz gegen

Antrag A113-Ä012

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1254

1254 Extremismus. Musische, künstlerische und religiöse Bildung sind notwendig für eine

Antrag A113-Ä013

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1255 - 1256

1255 ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit. Wir treten dafür ein, dass
1256 konfessionsübergreifender Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt.

Begründung

Wenn Religionsunterricht zum Pflichtkanon gehören soll, muss er für die Allgemeinbildung zwingend erforderliche Kenntnisse über die Breite aller großen Konfessionen vermitteln. Ein solches Wissen könnte auch im Philosophieunterricht vermittelt werden.

Antrag A113-Ä014

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Borken, KV Oberbergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1256

1256 Religionsunterricht in allen ~~Ländern~~Bundesländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt.

Begründung

Klarstellung.

Antrag A113-Ä015

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1256 - 1258

1256 Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt.
1257 ~~Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen~~Jeglicher Unterricht findet ~~grundsätzlich~~
1258 in deutscher Sprache statt. Ausnahmen sind Sprachunterrichte und Unterrichtsmodelle, die den Sprachunterricht unterstützen, wie zum Beispiel bilinguale Bildungsangebote.

Begründung

Der jetzige Satz ist ausgrenzend formuliert. Die neuen Sätze sind allgemein gültig.

Antrag A113-Ä016

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1256

1256 christlicher Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt.

Begründung

Wenn schon zwei Zeilen später islamischer Religionsunterricht expressis verbis erwähnt wird, sollte diese Hervorhebung zuvor auch dem christlichen Religionsunterricht zuteilwerden.

Antrag A113-Ä017

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1257 - 1258

1257 Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen findet ~~grundsätzlich~~
1258 generell
in deutscher Sprache statt.

Antrag A113-Ä018

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Leverkusen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1257 - 1258

1257 Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen findet ~~grundsätzlich~~
1258
in deutscher Sprache statt.

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A113-Ä019

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1257

1257 Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen findet ~~grundsätzlich~~

Begründung

Das Wort „grundsätzlich“ erwägt den Eindruck, dass es neben der deutschen auch noch eine andere Unterrichtssprache geben könnte.

Antrag A113-Ä020

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1257 - 1258

1257 Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen findet ~~grundsätzlich~~
1258 ausschließlich
in deutscher Sprache statt.

Antrag A113-Ä021

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1258

1258 in deutscher Sprache statt. Für alle, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen, soll das Fach Ethik als Ersatzfach eingerichtet werden. Die Einrichtung eines Faches Ethik neben dem Religionsunterricht verstehen wir als ein Bekenntnis zum ethischen Auftrag der Schule.

Begründung

Werteerziehung darf nicht auf den Religionsunterricht begrenzt bleiben. Als Alternative zum Religionsunterricht sollte das Fach Ethik hier erwähnt werden.

Antrag A113-Ä022

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1258

1258 in deutscher Sprache statt. Die Lehrkräfte benötigen eine Lehrbefähigung, die aus einer deutschen Lehrerausbildung resultiert.

Begründung

Im Rahmen einer klassischen Lehrerausbildung werden die Lehrkräfte für isl. Religionsunterricht befähigt, in Analogie zu den vorgegebenen Curricula zu unterrichten.

Antrag A113-Ä023

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1254

1254 Extremismus. Musische ~~und~~, religiöse und philosophische Bildung sind notwendig für eine

Antrag A113-Ä024

Änderungsantrag zu A113

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1258

1258 in deutscher Sprache und durch in Deutschland ausgebildete Lehrkräfte statt.

Antrag A114: Zeile 1259 - 1272: Bildungseinrichtungen müssen Zukunftswerkstätten sein

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A108-Ä004, A116-Ä012, A117-Ä003
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1259 - 1265 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 1266 - 1272 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1259 **Bildungseinrichtungen müssen Zukunftswerkstätten sein.** Wir wollen
1260 Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken stärken.
1261 Die Vermittlung von MINT- und Medienkompetenzen sowie digitale
1262 Schlüsselkompetenzen müssen ausgebaut werden. In allen Schulformen
1263 ~~müssen Praxisphasen ermöglicht werden. Das Thema Wirtschaft als Basis~~
1264 ~~von Wohlstand und Demokratie~~ muss eine praxisnahe Berufsorientierung ermöglicht werden, in der berufliche und akademische Bildung gleichwertig vorgestellt werden. Die Themen Wirtschaft und Recht als Basis von Wohlstand und Demokratie müssen schon in den Schulen vermittelt
1265 werden.

1266 **Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung in der Bildung.** Dabei muss
1267 sich Schule als ein lernendes System entwickeln. Nicht nur für Kinder aus
1268 bildungsfernen Elternhäusern bietet digitale Bildung große Chancen. Wir
1269 wollen digitale Lerninstrumente nutzen, um Kinder ~~zum Lernen zu~~
1270 ~~motivieren mit~~mit spielerischen Instrumenten ~~der Gamification. Lernmanagementsysteme~~
1271 ~~und digitale Lerninhalte ermöglichen~~zum Lernen zu motivieren. Gleichzeitig wollen wir ihnen einen ~~strukturierten~~ verantwortungsbewussten Umgang mit der digitalen Welt vermitteln. Digitale Lernsysteme können den Unterricht ~~auch~~
1272 ~~dann, wenn Lehrkräfte ausfallen~~bereichern, sie können die Lehrkraft aber nicht ersetzen. Präsenzunterricht hat für uns Priorität. Denn Schulen sind nicht nur Lern-, sondern wichtige Lebensorte für Kinder und Jugendliche.

Antrag A114-Ä001

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1259 - 1265

1259 **Bildungseinrichtungen müssen ~~Zukunftswerkstätten~~zukunftsorientiert sein.** Wir wollen
1260 Kommunikation, Ko~~llabo~~operation, Kreativität und kritisches Denken stärken.
1261 Die Vermittlung von MINT- und Medienkompetenzen sowie digitale
1262 Schlüsselkompetenzen müssen ~~ausgebaut werden~~zukunftsorientiert sein. In allen Schulformen
1263 müssen Praxisphasen ermöglicht werden. ~~Das Thema Wirtschaft als Basis~~
1264 ~~von Wohlstand und Demokratie muss schon in den Schulen vermittelt~~

1265 ~~werden.~~

Begründung

1259: "Zukunftswerkstatt" ist eine unterrichtliche Methode aber kein Ziel.

1260: "Kollaboration" bedeutet: aktive Unterstützung einer feindlichen Besatzungsmacht!

1262: Veralteter Sachstand: Schlüsselkompetenzen existieren bereits.

1263: Das Fach existiert bereits in allen weiterführenden Schulen.

Antrag A114-Ä002

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1260 - 1264

1260 Kommunikation, Ko~~llabo~~operation, Kreativität und kritisches Denken stärken.
1261 Die Vermittlung von MINT- und Medienkompetenzen sowie digitale
1262 Schlüsselkompetenzen müssen ausgebaut werden. In allen Schulformen
1263 müssen Praxisphasen ermöglicht werden. Das Thema Wirtschaft als Basis
1264 von Wohlstand und Demokratie muss im Sinne einer Nachhaltigen Marktwirtschaft schon in den Schulen vermittelt

Antrag A114-Ä003

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1260

1260 Kommunikation, Ko~~llabo~~operation, Kreativität und kritisches Denken stärken.

Antrag A114-Ä004

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1261 - 1263

1261 Die Vermittlung von MINT- und Medienkompetenzen ~~sowie~~, digitale
1262 Schlüsselkompetenzen, finanzielle und wirtschaftliche Bildung, müssen ausgebaut werden. In allen Schulformen
1263 müssen Praxisphasen ermöglicht werden. Das Thema Wirtschaft als Basis

Begründung

Vieles ist in der Wissensvermittlung wichtig (MINT, Religion, Kultur, ...). Darauf wird im Text zu Recht hingewiesen, aber leider verlassen auch viele die Schule ohne jegliche Kenntnis von Wirtschaft und Finanzen.

Antrag A114-Ä005

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Dortmund
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1262

1262 Schlüsselkompetenzen müssen ausgebaut werden. Bei den Medienkompetenzen sollen die Eltern mit einbezogen werden und Schulungsangebote erhalten. In allen Schulformen

Begründung

Eltern sind wesentlicher Baustein der Erziehung junger Menschen. Da die eigene Medienkompetenz unterschiedlich ausgeprägt ist, ist zur Beteiligung der Eltern an der Vermittlung einer Medienkompetenz an die Kinder, den Eltern das Angebot zu machen, wie sie selbst diese Fähigkeiten erlernen können, um die Kompetenzen dann ihren Kindern weitervermitteln zu können.

Antrag A114-Ä006

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Siegen-Wittgenstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1263 - 1265

1263 müssen Praxisphasen ermöglicht werden. Das Thema ~~Wirtschaft als Basis~~
1264 ~~von Wohlstand und Demokratie~~ Alltagskompetenz muss ~~schon~~ in den Schulen vermittelt
1265 werden. Dazu zählen als Basis von Wohlstand und Demokratie die Themen Wirtschaft, Gesundheit, Ernährung, Prävention, Vorsorge, Nachhaltigkeit, digitale Kompetenz, Unrechtsbewusstsein und soziale Verantwortung / ehrenamtliches Engagement.

Begründung

Im Kapitel Bildungseinrichtungen müssen Zukunftswerkstätten sein wird in Zeile 1263 das Thema Wirtschaft als Basis für Wohlstand und Demokratie genannt. Dies ist zu eng gefasst. Es gibt weitere Themen, die relevant für Wohlstand, Demokratie und Zukunftsorientierung sind: Gesundheit, Ernährung, Nachhaltigkeit, Rente, Versicherungen, Digitalisierung, Medienkompetenz, Unrechtsbewußtsein, gesellschaftliche Verantwortung – in einem Begriff Alltagskompetenz. Ein Schulfach „Fit for Life“ ist daher ein geeignetes Mittel, um entsprechendes Wissen zu vermitteln und letztendlich der Gesellschaft und dem Einzelnen Kosten zu sparen. Gerne als Projektfach, in dem

Engagement und Beteiligung für gute Noten sorgen – aber in jedem Fall als Pflichtfach.

Antrag A114-Ä007

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1264

1264 von Wohlstand und Demokratie ~~muss~~müssen schon in den Schulen vermittelt

Begründung

Ebenso wichtig wie wirtschaftliche Kenntnisse sind grundlegende Rechtskenntnisse, zum Beispiel über Geschäftsfähigkeit und das Zustandekommen von Verträgen. Es spricht nichts dagegen, beide Bereiche in einem Fach („Wirtschaft und Recht“) zu vermittel*n.*

Antrag A114-Ä008

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission zu A115

Zeile 1265

1265 werden.

> **Bildung muss auf ein Leben in deiner digitalen Welt vorbereiten.** In der festen Überzeugung, dass Bildung der Schlüssel zur persönlichen Entfaltung und gesellschaftlichen Teilhabe ist, verpflichten wir uns zur Schaffung einer umfassenden digitalen Bildungslandschaft. Diese soll allen Generationen von der frühkindlichen Erziehung bis hin zur lebenslangen Weiterbildung das Rüstzeug für die digitale Welt vermitteln. Hierbei legen wir einen besonderen Fokus auf die Vermittlung digitaler Kompetenzen, die Förderung von Medienkompetenz und den sicheren Umgang mit Daten.

Begründung

Die digitalisierte Gesellschaft ist durch eine sehr hohe Veränderungsgeschwindigkeit und hohe Volatilität und Komplexität (VUKA-Welt) geprägt. Dafür brauche es spezielle und neue Kompetenzen, die über die klassische Wissensvermittlung hinaus geht. Hier sollte die Bildung zukünftig einen zusätzlichen Schwerpunkt haben.

Antrag A114-Ä009

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Rheingau-Taunus
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A113

Zeile 1265

1265 werden. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) befähigt die Menschen, die Zukunft in einer globalisierten Welt aktiv, eigenverantwortlich und verantwortungsbewusst zu gestalten. Dabei geht es insbesondere darum, die drei Dimensionen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft in ihrer Komplexität und gegenseitigen Abhängigkeit deutlich zu machen. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung muss in allen Bereichen der Bildung verankert werden.

Begründung

In dem vorliegenden Entwurf für das Grundsatzprogramm befinden sich sehr gute Aussagen zu den Themenbereichen Klimaschutz und Nachhaltigkeit (Zeilen 1710 bis 1840). Daraus ein paar Kernaussagen:
- "Nachhaltiges Denken und Handeln gehört zur DNA unserer Partei." (1713)
- "Wir sind die Partei der Nachhaltigkeit..." (1727)
- "Wir bekennen uns zu den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen..." (1737)
- auch die Transformation als ein Ziel der BNE wird genannt. (1800)

Fazit: Alle wesentlichen Komponenten der nachhaltigen Entwicklung sind da, es fehlt nur noch die BNE für den Bildungsbereich. Deshalb schlage ich vor, den o.g. Text einzufügen. Dieser Ergänzungstext kann an das Ende des vorhandenen Abschnitts (ab Zeile 1265) angehängt werden.

Antrag A114-Ä010

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Goslar
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1266

1266 **Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung in der Bildung bestmöglich.** Dabei muss

Begründung

Die Aussage sollte an dieser Stelle relativiert werden, da sie von vielen Faktoren abhängig ist und deshalb als Vorgabe zu eng gefasst wäre

Antrag A114-Ä011

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1266 - 1271

1266 **Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung in der Bildung.**

Dabei muss
1267 sich Schule als ein lernendes System entwickeln. Nicht nur für Kinder aus
1268 bildungsfernen Elternhäusern bietet digitale Bildung große Chancen. Wir
1269 wollen auch digitale Lerninstrumente nutzen, um Kinder zum Lernen zu
1270 motivieren ~~mit Instrumenten der Gamification~~. Lernmanagementsysteme
1271 und digitale Lerninhalte ermöglichen einen strukturierten Unterricht auch

Begründung

Die Forschung ist derzeit uneins, inwieweit Digitalprodukte in die frühkindliche Erziehung integriert werden sollten. Gamification kann den gegenteiligen Effekt haben, und ist daher in einem Grundsatzprogramm abzulehnen.

Antrag A114-Ä012

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1267 - 1268

1267 sich Schule als ein lernendes System entwickeln. ~~Nicht nur für Kinder aus~~
1268 ~~bildungsfernen Elternhäusern~~Für unsere Kinder bietet digitale Bildung große Chancen. Wir

Antrag A114-Ä013

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1267 - 1272

1267 sich Schule als ein lernendes System entwickeln. ~~Nicht nur für Kinder aus~~
1268 ~~bildungsfernen Elternhäusern~~ Für Kinder bietet digitale Bildung große Chancen. Wir
1269 wollen digitale Lerninstrumente nutzen, um Kinder zum Lernen zu
1270 motivieren mit Instrumenten der Gamification. Lernmanagementsysteme
1271 und digitale Lerninhalte ermöglichen einen strukturierten Unterricht auch
1272 dann, wenn Lehrkräfte ausfallen. Für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern soll bei Bedarf besondere Unterstützung angeboten werden.

Begründung

Die Formulierung impliziert, dass gerade Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern digitale Bildung besonders nutzen würden. Die erlebte Realität lässt daran zweifeln.

Die Erfahrung zeigt, dass auch Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern digitale Medien nutzen, aber hier oft eine Unterstützung erforderlich ist, um auch die Bildungsangebote und -chancen über digitale Angebote zu nutzen. Dadurch wird die Spreizung in den Bildungschancen für Kinder zwischen

bildungsfernen und bildungsnäheren Elternhäusern tendenziell vergrößert.

Antrag A114-Ä014

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1267

1267 sich Schule als ein lernendes System, unterstützt durch Wissenschaft, entwickeln. Nicht nur für Kinder aus

Antrag A114-Ä015

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1267 - 1269

1267 sich Schule als ein lernendes System entwickeln. ~~Nicht nur für Kinder aus~~
1268 ~~bildungsfernen Elternhäusern bietet digitale Bildung große Chancen. Wir~~
1269 Wir
wollen digitale Lerninstrumente nutzen, um Kinder zum Lernen zu

Begründung

Das ist ein unnötiges und ausgrenzendes Beispiel.

Antrag A114-Ä016

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1268 - 1270

1268 bildungsfernen Elternhäusern bietet digitale Bildung große Chancen~~. Wir~~
1269 , aber auch große Risiken. Wir
wollen ~~digitale Lerninstrumente nutzen, um Kinder zum Lernen zu~~
1270 ~~motivieren~~den Umgang mit digitalen Lerninstrumenten fördern und verantwortungsbewusst vermitteln, um Kinder zum Lernen zu
motivieren, aber auch für die Gefahren zu sensibilisieren. Mit Instrumenten der Gamification. Lernmanagementsysteme

Begründung

Nicht nur die Chancen, auch die Gefahren und Risiken für unsere Kinder sind vielfältig und bedrohlich. Vom ersten Tag mit dem Kontakt mit digitalen Medien an müssen unsere Kinder verantwortungsvoll durch Elternhäuser und Pädagogen begleitet werden. Die Folgen von digitalem Missbrauch können schwerwiegend und lebenslang unsere Kinder schädigen. Davor gilt es sie zu schützen. Dieser wichtige Aspekt muss in dem Kapitel „Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung in der Bildung." Mit herausgestellt werden. Vgl. Lektüre Silke Müller „Wir verlieren unsere Kinder"

Antrag A114-Ä017

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1268 - 1270

1268 bildungsfernen Elternhäusern bietet digitale Bildung große Chancen. Wir
1269 wollen digitale Lerninstrumente nutzen, um Kinder ~~zum Lernen zu~~
1270 ~~motivieren~~ mit Instrumenten der Gamification zum Lernen zu motivieren.
Lernmanagementsysteme

Antrag A114-Ä018

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Muelheim/Ruhr
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1268 - 1269

1268 bildungsfernen Elternhäusern bietet digitale Bildung große Chancen. Wir
1269 wollen digitale Lerninstrumente ~~nutzen~~ergänzend nutzen und gleichsam bewährte Lernmethoden, um Kinder zum Lernen zu

Begründung

Die Chancen der Digitalisierung sind vielfältig und vielversprechend. Viele neue und interaktive Lehrmethoden ermöglichen ein intensiveres Verständnis sowie gesteigertes Interesse und mehr Lernmotivation bei Schülern. Beispiele wie Schweden, wo Schulen bereits wieder zu Stift und Buch zurückkehrten, da die Lernkompetenz mit digitalen Medien zu gering ausfiel und die Nutzung dieser eigene Schwierigkeiten mit sich brachten, zeigen jedoch eindringlich, dass eine vollständige Umstellung auf digital gestütztes Lehren und Lernen seine Nachteile nicht zuletzt auch für die Entwicklung der Schüler nach sich zieht. Daher halten wir es für angebracht, in einzelnen Anwendungsbereichen kritisch zu überprüfen, ob digitale Lehrmethoden einen Mehrwert oder ein Risiko darstellen und insgesamt eine Balance zwischen Erneuerungen und Sicherung bislang erfolgreicher Strategien für die besten Bildungschancen anzustreben.

Antrag A114-Ä019

Antragsteller/in:	KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1269

1269 wollen sinnvolle ergänzende digitale Lerninstrumente nutzen, um Kinder zum Lernen zu

Begründung

Aktuelle Studien zeigen, dass sich die ausschließliche/ überwiegend digitale Wissensvermittlung nicht als erfolgsversprechend gezeigt hat. Daher gilt es, digitale Hilfestellungen sinnvoll ergänzend zur klassischen Wissensvermittlung im Hinblick auf die besten Lernerfolge zu nutzen.

Antrag A114-Ä020

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Bochum
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1269 - 1270

1269 wollen digitale Lerninstrumente nutzen, um Kinder ~~zum Lernen zu~~
1270 ~~motivieren~~ mit spielerischen Instrumenten ~~der Gamification~~zum Lernen zu motivieren. Lernmanagementsysteme

Begründung

Der Begriff Gamification ist vielen unbekannt. Die gewünschte Aussage kann durch das einfachere Wort „spielerisch“ ebenfalls getätigt und somit einer breiten Leserschaft erklärt werden.

Antrag A114-Ä021

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1270 - 1272

1270 motivieren mit Instrumenten der Gamification. ~~Lernmanagementsysteme~~
1271 Wir setzen uns für digitale Bildungskonzepte ein, die Digitalisierung als Ergänzung zum Unterricht nutzen und ~~digitale Lerninhalte~~individuelle Teilhabe ermöglichen ~~einen strukturierten Unterricht auch~~
1272 ~~dann, wenn Lehrkräfte ausfallen~~. Digitale Lernsysteme können den Unterricht bereichern, sie können die Lehrkraft aber nicht ersetzen.

Begründung

Im Zuge der rasanten technologischen Entwicklung der letzten Jahre hat sich die digitale Bildung als ein wesentlicher Faktor für eine zukunftsorientierte Lehr- und Lernkultur etabliert. Digitale Bildungskonzepte bieten eine Vielzahl an Möglichkeiten, den Unterricht zu bereichern, die individuelle Teilhabe zu fördern und die Binnendifferenzierung zu stärken. Diese Konzepte erlauben es, Bildungsinhalte auf innovative Weise zu vermitteln und Lernprozesse effektiver und effizienter zu gestalten. Einer der zentralen Vorteile digitaler Lernsysteme liegt in ihrer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Sie können auf die individuellen Lernbedürfnisse und -geschwindigkeiten der Schülerinnen zugeschnitten werden, wodurch ein personalisiertes Lernerlebnis ermöglicht wird. Dies ist besonders wichtig, um die Heterogenität in Klassenräumen zu adressieren und jedem Schüler die Möglichkeit zu geben, sein volles Potential zu enfalten. Zudem erleichtern digitale Tools die Zugänglichkeit von Lernmaterialien und Bildungsressourcen. Sie ermöglichen einen jederzeitigen und ortsunabhängigen Zugriff auf eine breite Palette an Informationen und Lerninhalten, was die Selbstständigkeit und Eigeninitiative der Schüler fördert. Dies ist ein entscheidender Schritt hin zu einer inklusiveren Bildung, die keinen Schüler zurücklässt.

Es ist jedoch entscheidend zu betonen, dass digitale Lernsysteme den Präsenzunterricht und die Rolle der Lehrkraft nicht ersetzen, sondern vielmehr ergänzen sollen. Lehrkräfte spielen eine unverzichtbare Rolle im Bildungsprozess, indem sie die Lerninhalte vermitteln, den Lernfortschritt überwachen und eine persönliche Beziehung zu den Schülern ausbauen. Die Integration digitaler Bildungskonzepte sollte daher stets mit dem Ziel erfolgen, die pädagogische Arbeit der Lehrkräfte zu unterstützen und zu bereichern, nicht sie zu ersetzen.

Antrag A114-Ä022

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1270

1270 motivieren mit Instrumenten der Gamification, die spielerische Mittel zum Erreichen von Zielen unterstützt. Lernmanagementsysteme

Begründung

Gamification ist erklärungsbedürftig.

Antrag A114-Ä023

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1270 - 1271

1270 motivieren, u.a. mit Instrumenten der Gamification, insbesondere aber, um auf ihre individuellen

Lernbedürfnisse einzugehen. Lernmanagementsysteme
1271 und digitale Lerninhalte ermöglichen einen strukturierten Unterricht auch

Begründung

Offenere Formulierung, die nicht so sehr dem Zeitgeist huldigt.

Antrag A114-Ä024

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1270

1270 motivieren ~~mit Instrumenten der Gamification~~. Lernmanagementsysteme

Begründung

Gamification streichen, weil digitale Lerninstrumente nicht nur Gamification ist. Zudem könnte Gamification manchmal auch der falsche Ansatz sein.

Antrag A114-Ä025

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1271 - 1272

1271 und digitale Lerninhalte ~~ermöglichen~~ergänzen einen strukturierten Unterricht ~~auch~~
1272 ~~dann, wenn Lehrkräfte ausfallen~~sinnvoll.

Begründung

Es sollte nicht der Eindruck vermittelt werden, dass durch Digitalisierung Lehrkräfte vollständig ersetzt werden können.

Antrag A114-Ä026

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1271 - 1272

1271 und digitale Lerninhalte ermöglichen einen strukturierten Unterricht ~~auch~~
1272 gerade dann, wenn ~~Lehrkräfte ausfallen~~unter besonderen Umständen Präsenzunterricht nicht

möglich ist oder nur so an Berufskollegs Lehrgänge aufrecht erhalten bleiben können.

Antrag A114-Ä027

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1272

1272 dann, wenn Lehrkräfte ausfallen. Für uns genießt jedoch Präsenzunterricht weiterhin Priorität, da er für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen die beste Form ist.

Antrag A114-Ä028

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1272

1272 dann, wenn Lehrkräfte ausfallen. Die Digitalisierung der Bildung sowie der Einsatz und die Entwicklung von KI bieten viele Chancen, aber auch Risiken, die zu berücksichtigen sind.

Begründung

Künstliche Intelligenz wird in vielen Bereichen des Lebens zu Umbrüchen führen – natürlich auch im Bereich der Bildung. Dabei gilt es sich vor den Chancen nicht zu verwahren, aber zugleich auch die Risiken bewusst wahrzunehmen, die sich zwangsläufig ergeben werden.

Antrag A114-Ä029

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1272

1272 dann, wenn Lehrkräfte ausfallen. Wir wollen allen Kindern einen verantwortungsvollen Umgang mit der digitalen Welt vermitteln und sie für die Chancen und Risiken sensibilisieren.

Begründung

Der Zugang zur und die Orientierung in einer zunehmend digitaleren Welt ist für die nachfolgenden Generationen von immenser Bedeutung und zählt zu den Kulturfertigkeiten des 21. Jahrhunderts. Die damit verbundenen Risiken dürfen nicht unbeachtet bleiben.

Antrag A114-Ä030

Änderungsantrag zu A114

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1272

1272 dann, wenn Lehrkräfte ausfallen. Ein behutsamer Umgang unter Abwägung von Chancen und Risiken stellt soziale
Kompetenzen sowie Lesen, Schreiben und Rechnen in den Vordergrund. Im Primarbereich sollte daher auf digitale Medien weitestgehend verzichtet werden.

Begründung

„Ein behutsamer Umgang mit digitalen Medien ist insbesondere an Grundschulen wichtig, um den Fokus auf die Kernkompetenzen und die sozialen Fähigkeiten nicht zu gefährden. Heutzutage nutzen Kinder bereits sehr früh digitale Endgeräte. An Grundschule sollten sie nur dort eingesetzt werden, wo dadurch ein konkreter Mehrwert entsteht. Ein zu intensiver Einsatz birgt Gefahren für die psychische Gesundheit, die Sprachentwicklung und den Wissenstand der Kinder, wie Forscher des Karolinska Instituts in Stockholm in einer Stellungnahme zur Digitalisierungsstrategie schreiben. Bei der Digitalisierung von anderen Ländern zu lernen, bedeutet auch, die dort aufgetretenen Probleme zu berücksichtigen. So soll in Schweden nach nur fünf Jahren des Digitalisierungsprozesses an Grundschulen wieder verstärkt auf analoge Medien gesetzt werden, da die Lesegeschwindigkeit, der Wortschatz und das Leseverständnis bei Grundschülern zurückgegangen seien (vgl. Blenker, Christian: „Wir haben zu viel digital gemacht“. In: Tagesschau. URL: https://www.tagesschau.de/ausland/europa/schweden- schulen-buecher-100.html).“

Antrag A115: Zeile 1273 - 1276: Der Lernort Schule muss gelingen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand	
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1273 Zeile 1274 - 1275 Zeile 1276	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ergänzung (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1273 **Der Lernort Schule muss gelingen.** ~~Wir~~Aufgabe der Schule ist es, möglichst allen Schülern zu einem Abschluss zu verhelfen. Dazu wollen wir gelingende
1274 multiprofessionelle Kooperationen an unseren Schulen, in denen das gesamte
1275 Personal an der Schule unter Einschluss der Lehrkräfte, der Jugendhilfe, der Schulsozialarbeit und

1276 Eingliederungshilfe effizient und kindzentriert zusammenarbeitet. Für Lehrer und Schüler muss die Schule ein sicherer Ort sein.

Antrag A115-Ä001

Änderungsantrag zu A115

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1273

1273 **Der Lernort Schule muss gelingen.** Schule hat die Aufgabe, möglichst allen Schülern einen ihren individuellen Kompetenzen entsprechenden Abschluss zu vermitteln. Wir wollen gelingende

Antrag A115-Ä002

Änderungsantrag zu A115

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1274 - 1275

1274 multiprofessionelle Kooperation, d.h. die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Berufsgruppen und Qualifikationen, an unseren Schulen, in denen das gesamte
1275 Personal an der Schule unter Einschluss der Lehrkräfte, unterschiedlicher Berufsgruppen, der Jugendhilfe und

Begründung

Der Begriff "multiprofessionelle Kooperation" ist erklärungsbedürftig und sollte näher erläutert werden bzw. genauer beschrieben werden.

Antrag A115-Ä003

Änderungsantrag zu A115

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1274

1274 multiprofessionelle Kooperationen an unseren Schulen, in denen das gesamte

Begründung

Plural, da Bezug zu "in denen"

Antrag A115-Ä004

Änderungsantrag zu A115

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1275 - 1276

1275 Personal an der Schule unter Einschluss der Lehrkräfte, der Jugendhilfe ~~und~~
1276 , der Schulsozialarbeit und
Eingliederungshilfe effizient und kindzentriert zusammenarbeitet.

Antrag A115-Ä005

Änderungsantrag zu A115

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1275

1275 Personal an der Schule unter Einschluss der ~~Lehrkräfte~~Schulsozialarbeit, der Jugendhilfe und

Begründung

Lehrkräfte gehören grundsätzlich zum Schulpersonal, die Schulsozialarbeit ist eine dringend notwendige Ergänzung des Schulpersonals.

Antrag A115-Ä006

Änderungsantrag zu A115

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1276

1276 Eingliederungshilfe effizient und kindzentriert zusammenarbeitet. Für Lehrer und Schüler muss die Schule ein sicherer Ort sein.

Begründung

Sowohl Lehrer als auch Schüler sind in der Schule vermehrt Aggression und Gewalt ausgesetzt. Schule muss aber für alle am Schulleben Beteiligte ein sicherer Ort sein.

Antrag A115-Ä007

Änderungsantrag zu A115

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1276

Eingliederungshilfe effizient und kindzentriert zusammenarbeitet. Außerschulische Angebote bereichern mit zusätzlichen Entwicklungs- und Förderchancen.

Antrag A116: Zeile 1277 - 1286: Wir wollen die duale Ausbildung stärken

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1279 - 1280 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1281 - 1286 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

Wir wollen die duale Ausbildung stärken. Wir wollen, dass Ausbildungsberufe die gleiche Wertschätzung wie akademische Berufe erhalten, und wir ermutigen junge Menschen, sich für eine berufliche Ausbildung zu entscheiden. Das duale Berufsausbildungssystem ist eine besondere Stärke Deutschlands im internationalen Wettbewerb und die beste Vorbereitung auf den Eintritt in die Erwerbsgesellschaft. Diese Stärke wollen wir dauerhaft sichern und weiterentwickeln. Dazu braucht es ansprechende und moderne ~~Berufsschulen~~berufsbildende Schulen. Wir wollen die deutschlandweite und internationale Mobilität von Auszubildenden fördern. Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen werden wir weiter verbessern. ~~Der Meister~~Die Höhere Berufsbildung muss eine deutsche Qualitätsmarke bleiben. ~~Er muss~~Ihre Abschlüsse wie Meister, Fachwirt, Techniker oder Bachelor Professional müssen gleichwertig ~~zu akademischer~~zur akademischen Ausbildung im Rahmen des ~~Deutschen Qualifizierungsrahmens~~Deutschen Qualifikationsrahmens in der staatlichen Finanzierung und der europaweiten Anerkennung werden. Seiner Bedeutung entsprechend werden wir den Deutschen Qualifikationsrahmen rechtlich verankern.

Antrag A116-Ä001

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1277 - 1279

Wir wollen die duale Ausbildung stärken. Wir ~~wollen, dass~~ ~~Ausbildungsberufe die gleiche Wertschätzung wie akademische Berufe~~ ~~erhalten, und wir~~ ermutigen junge Menschen, sich für eine berufliche

Begründung

Mit dieser Formulierung wird eine Geringschätzung ausgedrückt. Dies wird besonders deutlich, weil der Satz im Absatz zur akademischen Ausbildung nicht wiederholt wird.

Antrag A116-Ä002

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1277 - 1286

1277 **Wir wollen zur Sicherung der Fachkräfte die duale Ausbildung stärken.** Wir wollen, dass
1278 Ausbildungsberufe die gleiche Wertschätzung wie akademische Berufe
1279 erhalten, und wir ermutigen junge Menschen, sich für eine berufliche
1280 Ausbildung zu entscheiden. Dazu braucht es ansprechende und moderne
1281 Berufsschulen. Wir wollen die deutschlandweite und internationale Mobilität von Auszubildenden fördern. Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen werden
1282 wir weiter verbessern. ~~Der Meister~~Die Höhere Berufsbildung muss eine deutsche Qualitätsmarke
1283 bleiben. ~~Er muss~~Ihre Abschlüsse wie Meister, Fachwirte oder Bachelor Professional müssen gleichwertig zu akademischer Ausbildung im Rahmen des
1284 Deutschen Qualifizierungsrahmens in der staatlichen Finanzierung und der
1285 europaweiten Anerkennung werden. Seiner Bedeutung entsprechend
1286 werden wir den Deutschen Qualifikationsrahmen für Tätigkeiten im öffentlichen Dienst rechtlich verankern.

Antrag A116-Ä003

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1277

1277 **Wir wollen zur Sicherung der Fachkräfte die duale Ausbildung stärken.** Wir wollen, dass

Antrag A116-Ä004

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1280 - 1281

1280 Ausbildung zu entscheiden. Das duale Berufsausbildungssystem ist eine besondere Stärke Deutschlands im internationalen Wettbewerb und die

beste Vorbereitung auf den Eintritt in die Erwerbsgesellschaft. Diese Stärke wollen wir dauerhaft sichern und weiterentwickeln. Betriebe und Schulen tragen die gemeinsame Verantwortung für die duale Ausbildung. Sie bietet Grundlagen für Einstiegs- und Aufstiegschancen und für das lebenslange berufliche Lernen. Vollzeitschulische Angebote sind in Branchen notwendig, in denen keine duale Ausbildung existiert bzw. das duale Ausbildungssystem nicht hinreichend Ausbildungsplätze anbietet. Dazu braucht es ansprechende und moderne
1281 Berufsschulen. Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen werden

Begründung

Die Ausführungen zur beruflichen Bildung fallen recht knapp aus. Als CDU unterstützen wir das duale System der beruflichen Bildung, da es erwiesenermaßen die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit ist.

Antrag A116-Ä005

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses

Zeile 1281

1281 Berufsschulen. Wir wollen selbstständige Berufsschulen als gleichberechtigte Partner und Dienstleister der Betriebe im dualen System stärken. Dazu wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich Schulen eigenverantwortlich und flexibel bewegen können. Darüber hinaus wollen wir eine enge Verzahnung der schulischen Bildung mit der beruflichen Bildung. Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen werden

Begründung

Die Rolle der berufsbildenden Schulen im dualen System hätte noch stärker in den Fokus genommen werden können. Eine bildungspolitische Herausforderung ist die Verzahnung der berufsbildenden und der allgemeinbildenden Schulen.

Antrag A116-Ä006

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	KV Cloppenburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1281

1281 ~~Berufsschulen~~berufsbildende Schulen. Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen werden

Begründung

„Berufsbildende Schulen“ ist der korrekte Sammelbegriff für Schulen, die mit einem beruflichen oder einem berufsorientierten Abschluss enden, z.B. Berufsschulen der dualen Berufsausbildung, Berufsfachschulen, aber auch Schulformen, die zum Abitur führen, wie etwa Fachoberschulen oder berufliche Gymnasien. Ebenso zählen private Schulen, die berufliche Abschlüsse vermitteln, zu den berufsbildenden Schulen.

Antrag A116-Ä007

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	KV Bergstrasse
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1281

1281 Berufsschulen. ~~Die~~Digitale Lerninstrumente und insbesondere das Angebot von Teleunterricht sollten ausgebaut werden, um die Teilnahme am Unterricht in seltenen Berufen sowohl für die Auszubildenden einfach zu ermöglichen als auch den Betrieb der Ausbildungsbetriebe organisatorisch nicht übermäßig zu belasten. Hierfür sollen länderübergreifende Schulkooperationen geschaffen werden. Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen werden

Antrag A116-Ä008

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1282 - 1285

1282 wir weiter verbessern. Der Meister sowie Techniker muss eine deutsche Qualitätsmarke
1283 bleiben. Er muss gleichwertig zu akademischer Ausbildung im Rahmen des
1284 Deutschen Qualifizierungsrahmens in der staatlichen Finanzierung und der
1285 europaweiten Anerkennung werden. Dazu wollen wir das elternunabhängige Bafög stärken. Wir brauchen Anreize, damit Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung, Techniker oder Meister in Deutschland leben, arbeiten und Unternehmen gründen. Die duale Ausbildung leistet einen wertvollen Beitrag zur Absicherung des Wirtschafts- und Bildungsstandortes Deutschland. Seiner Bedeutung entsprechend

Begründung

Der Techniker wurde im Grundsatzprogramm bislang nicht berücksichtigt, bietet aber ebenfalls eine

gute Qualifizierung.

Der Absatz zur akademischen Ausbildung bekennt sich zum elternabhängigen Bafög. Das Grundsatzprogramm hat den Tenor, dass akademische und duale Ausbildung gleichwertig zu behandeln sind, somit der Einschub zum elternunabhängigen Bafög, welches für viele Menschen der einzige Weg ist sich fortbilden zu können.

Viele Unternehmen werden in Deutschland von Menschen mit dualer Ausbildung gegründet, vermutlich mehr als von Menschen mit akademischer Ausbildung. Die Wertschätzung für die Gründer mit dualem Hintergrund fehlte bislang, vor allem im Vergleich zum Absatz zur akademischen Ausbildung.

Antrag A116-Ä009

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1282

1282 wir weiter verbessern. Wir wollen die deutschlandweite und internationale Mobilität von Auszubildenden fördern. Der Meister muss eine deutsche Qualitätsmarke

Antrag A116-Ä010

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1282 - 1283

1282 wir weiter verbessern. ~~Der Meister~~Die Höhere Berufsausbildung, insbesondere der Meister, muss eine deutsche Qualitätsmarke

1283 bleiben. ~~Er muss~~Ihre Abschlüsse wie Meister, Fachwirte und Bachelor Professional müssen gleichwertig zu akademischer Ausbildung im Rahmen des

Antrag A116-Ä011

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1282 - 1285

1282 wir weiter verbessern. ~~Der Meister muss eine deutsche Qualitätsmarke~~

1283 ~~bleiben. Er muss gleichwertig zu akademischer Ausbildung im Rahmen des~~

1284 ~~Deutschen Qualifizierungsrahmens in der staatlichen Finanzierung und der~~

1285 ~~europaweiten~~Die Meisterqualifikation erfährt ihre europaweite Anerkennung ~~werden~~durch die

Gleichsetzung zum Bachelorabschluss entsprechend des Deutschen Qualifikationsrahmens. Seiner Bedeutung entsprechend

Begründung

Sachlich existiert die Gleichberechtigung bereits seit 2011, allerdings ist sie in vielen Köpfen "noch nicht angekommen."

Antrag A116-Ä012

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A114

Zeile 1282

1282 wir weiter verbessern. Darum werden wir in allen Schulen eine praxisnahe Berufsorientierung umsetzen, in der berufliche und akademische Bildung mit ihren Entwicklungschancen gleichwertig vorgestellt werden. Der Meister muss eine deutsche Qualitätsmarke

Antrag A116-Ä013

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1285 - 1286

1285 europaweiten Anerkennung werden. ~~Seiner Bedeutung entsprechend~~
1286 ~~werden wir den Deutschen Qualifikationsrahmen rechtlich verankern~~Das Berufsbildungsgesetz werden wir daher um einen Passus der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ergänzt.

Begründung

Um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zu betonen, sind die Berufsorientierung und das spürbare Beheben der Nachteile von Auszubildenden entscheidend. Ein DQR-Gesetz wäre dagegen eine Gefahr für die Tarifautonomie. In Deutschland werden Beschäftigte nach dem Verantwortungslevel ihrer Tätigkeiten vergütet, ein Paradigmenwechsel hin zur Einordnung nach DQR-Stufe würde deutliche Mehrkosten für die Unternehmen, eine Schwächung der Tarifbindung und Abwanderung von Fachkräften aus kleinen Betrieben zu größeren Arbeitgebern in Hochlohnbranchen bedeuten. Eine Verankerung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung im Berufsbildungsgesetz, analog zur Schweiz, wäre dagegen unproblematisch.

Antrag A116-Ä014

Änderungsantrag zu A116

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1286

1286 werden wir den Deutschen Qualifikationsrahmen rechtlich verankern.

Berufliche Ausbildung im ersten Arbeitsmarkt soll vermehrt für Menschen mit Behinderungen ermöglicht werden. Bürokratische Hindernisse und Fehlanreize werden wir abschaffen.

Begründung

Obwohl in den letzten Jahren Instrumente für Ausbildungen im ersten Arbeitsmarkt geschaffen wurden, werden diese kaum genutzt. Das Budget für Ausbildung ist so kompliziert, dass die Budgets in Deutschland in den Betrieben kaum umgesetzt werden. Gleiches gilt für die sog. „Werkerberufe“. Wenn ein Betrieb sich bereit erklärt hat, einen Jugendlichen für einen solchen Beruf auszubilden, muss sich der Ausbilder 320 Stunden in den Themen Medizin, Recht und Didaktik auf eigene Kosten fortbilden lassen. Solche Hürden verbauen einen inklusiven Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Antrag A117: Zeile 1287 - 1293: Unser Ziel ist es, dass jeder Jugendliche einen Schulabschluss macht

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1287 - 1293 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1287 **Unser Ziel ist es, dass jeder ~~Jugendliche einen Schulabschluss~~junge Erwachsene einen Berufsabschluss macht.**
1288 Jeder Ausbildungsinteressierte soll frühestmöglich einen Berufsabschluss
1289 erwerben können. Dazu wollen wir das Übergangssystem zu einem
1290 Chancensystem hin zu beruflicher Ausbildung weiterentwickeln. Dabei leitet
1291 uns die fortlaufende Orientierung an den individuellen Stärken und
1292 ~~Kompetenzen~~Fähigkeiten der jungen Menschen. Gleichzeitig wollen wir die Vermittlung
1293 auf dem Ausbildungsmarkt weiter verbessern. Für bestmöglich qualifizierte Fachkräfte bleibt die duale Ausbildung der Königsweg.

Antrag A117-Ä001

Änderungsantrag zu A117

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1289 - 1292

1289 erwerben können. ~~Dazu wollen wir das Übergangssystem zu einem~~
1290 ~~Chancensystem hin zu beruflicher Ausbildung weiterentwickeln. Dabei leitet~~
1291 ~~uns die fortlaufende Orientierung an den~~ Modulare Berufsabschlüsse sollen mit Blick auf die individuellen ~~Stärken und~~
1292 ~~Kompetenzen der jungen Menschen~~Fähigkeiten des Einzelnen verstärkt in den Fokus gerückt werden. Gleichzeitig wollen wir die Vermittlung

Begründung

Veraltete Rhetorik, ein neues Grundsatzprogramm braucht aktuelle Beschreibungen.

Antrag A117-Ä002

Änderungsantrag zu A117

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1293

1293 auf dem Ausbildungsmarkt weiter verbessern~~.~~ und die Gründung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen unterstützen

Begründung

Nur über eine starke Interessenvertretung, können die Jugendlichen gemeinsam mit BR/PR bessere Ausbildungbedingungen ereichen.

Antrag A117-Ä003

Änderungsantrag zu A117

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A114

Zeile 1293

1293 auf dem Ausbildungsmarkt weiter verbessern, indem wir die zielorientierte, individuelle Berufsorientierung an allen Schulformen stärken.

Antrag A118: Zeile 1294 - 1308: Studium und Lehre brauchen Qualität

Antragsteller/in:	Bundesvorstand	
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1294 Zeile 1295 Zeile 1296 - 1308	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

Studium, Forschung und Lehre brauchen Qualität. Hierfür ist eine starke und ~~zuverlässige~~zuverlässig gewährte finanzielle Ausstattung der Hochschulen unabdingbar. Wir brauchen Spitzenstudienbedingungen. Deshalb müssen wir die Studienumgebungen einschließlich des Wohnungsangebots weiter verbessern, sodass sich mehr exzellente Studenten für Deutschland entscheiden. Wir setzen auf ein Hochschulsystem, das auf Leistungsorientierung basiert. Unser Ziel ist es aber auch, gleiche Ausgangschancen für alle Studenten zu schaffen und dabei die individuelle Leistungsbereitschaft zu fördern. Wir wollen das elternabhängige BAföG als Sozialleistung, die KfW-Studienkredite und die Begabtenförderwerke stärken - aber auch Arbeit neben dem Studium nicht hemmen. Unser Ansatz beinhaltet die Schaffung eines differenzierten und individuell anpassbaren Bildungsangebots. Wir brauchen Anreize, damit Absolventen in Deutschland leben, arbeiten und Unternehmen gründen. Das duale Studium leistet einen wertvollen Beitrag zur Absicherung des Wirtschafts- und Bildungsstandortes Deutschland.

Antrag A118-Ä001

Änderungsantrag zu A118

Antragsteller/in:	KV Dortmund
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1294 - 1307

Studium und Lehre brauchen Qualität. Hierfür ist eine starke und zuverlässige finanzielle Ausstattung der Hochschulen unabdingbar. Wir brauchen Spitzenstudienbedingungen. Deshalb müssen wir die Studienumgebungen weiter verbessern, sodass sich mehr exzellente Studenten für Deutschland entscheiden. Wir setzen auf ein Hochschulsystem, das auf Leistungsorientierung basiert. Unser Ziel ist es aber auch, gleiche Ausgangschancen für alle Studenten zu schaffen und dabei die individuelle Leistungsbereitschaft zu fördern. Wir wollen das ~~elternabhängige~~elternunabhängige BAföG als Sozialleistung einführen, die KfW-Studienkredite und die Begabtenförderwerke stärken - aber auch Arbeit neben dem Studium nicht hemmen. Unser Ansatz beinhaltet die Schaffung eines differenzierten und individuell anpassbaren Bildungsangebots. Wir brauchen Anreize, damit Absolventen in Deutschland leben, arbeiten und Unternehmen gründen. Das duale Studium leistet einen wertvollen Beitrag zur Absicherung des

Begründung

BAföG sollte unabhängig beantragt werden können.

Antrag A118-Ä002

Änderungsantrag zu A118

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1294

1294 **Studium, Forschung und Lehre brauchen Qualität.** Hierfür ist eine starke und

Begründung

Forschung ist ein wesentlicher Aspekt der Leistungen von Hochschulen. Zum Studium gehören sowohl Forschung als auch Lehre.

Antrag A118-Ä003

Änderungsantrag zu A118

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1295

1295 ~~zuverlässige~~zuverlässig gewährte finanzielle Ausstattung der Hochschulen unabdingbar. Wir

Begründung

Eine Person ist zuverlässig, eine Finanzierung wird zuverlässig gewährt.

Antrag A118-Ä004

Änderungsantrag zu A118

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1295

1295 zuverlässige finanzielle Ausstattung und personelle Situation der Hochschulen unabdingbar. Wir

Antrag A118-Ä005

Änderungsantrag zu A118

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1296

1296 brauchen Spitzenstudienbedingungen auch im dualen Studienbereich. Deshalb müssen wir die

Antrag A118-Ä006

Änderungsantrag zu A118

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1297 - 1301

1297 Studienumgebungen weiter verbessern; dazu gehören auch ausreichend ordentliche und bezahlbare Wohnplätze für Studierende aus dem In- und Ausland. Das würde auch unsere Hochschulen und Universitäten im internationalen Ranking verbessern~~, sodass sich mehr exzellente~~

1298 ~~Studenten für Deutschland entscheiden.~~ . Nur, wenn wir die klügsten Köpfe selbst ausbilden und ihnen beste Bedingungen bieten, haben wir im weltweiten Forschungswettbewerb die Chance, vorne dabei zu sein. Starke Bildung und starke Forschung stärken unsere Wirtschaft, Innovationen schaffen Wachstum und Arbeitsplätze.

1299 Wir setzen auf ein

1300 Hochschulsystem, das auf Leistungsorientierung basiert. Unser Ziel ist es

1301 aber auch, gleiche Ausgangschancen für alle ~~Studenten zu schaffen und dabei~~

1302 Studierenden zu schaffen und dabei

die individuelle Leistungsbereitschaft zu fördern. Wir wollen das

Begründung

Die Wohnbedingungen für Studierende sind gerade in den (teuren) Universitätsstädten zu verbessern.

Antrag A118-Ä007

Änderungsantrag zu A118

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1298

1298 Stud~~enten~~ierende für Deutschland entscheiden. Wir setzen auf ein

Begründung

Veraltete Ausdrucksweise. In einem neuen Grundsatzprogramm sollten die aktuellen Bezeichnungen verwandt werden!

Antrag A118-Ä008

Änderungsantrag zu A118

Antragsteller/in:	KV Coesfeld

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1300 - 1305

1300 aber auch, ~~gleiche Ausgangschancen~~Möglichkeiten für alle Stud~~enten~~ierende zu schaffen und dabei
1301 die individuelle Leistungsbereitschaft zu fördern. Wir wollen das
1302 elternabhängige BAföG als Sozialleistung, die KfW-Studienkredite und die
1303 Begabtenförderwerke stärken - aber auch Arbeit neben dem Studium nicht
1304 hemmen. ~~Unser Ansatz beinhaltet die Schaffung eines differenzierten und~~
1305 ~~individuell anpassbaren Bildungsangebots.~~ Wir brauchen Anreize, damit

Begründung

1300: Falsche Bezeichnung, da Ausgangschancen in durch Familie und Finanzen bedingt sind.

1304: Überflüssig, da bereits existent

Antrag A118-Ä009

Änderungsantrag zu A118

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1302 - 1303

1302 elternabhängige BAföG als Sozialleistung, ~~die KfW-Studienkredite und die~~
1303 eine elternunabhängige subsidiäre Bildungsfinanzierung und die Begabtenförderwerke stärken - aber auch Arbeit neben dem Studium nicht

Begründung

Einerseits stellt die Konkretisierung auf den KfW-Studienkredit eine unnötige Spezifzierung auf ein Instrument dar, das für ein Grundsatzprogramm ungeeignet erscheint. Andererseits ist der KfW-Studienkredit als Instrument der Bildungsfinanzierung in den letzten Monaten verstärkt in die Kritik geraten, da durch die Zinsanpassungen viele Kreditnehmer vor erheblichen Herausforderungen stehen.
Neben dem Festhalten am BAföG als elternabhängigen Sozialleistung brauchen wir jedoch auch eine subsidiäre Möglichkeit zur Bildungsfinanzierung für jeden unabhängig von Herkunft, Vermögen und Einkommen. Im aktuellen BAföG-System fallen viele durch das Raster: Auch für Familien mit gutem Haushaltseinkommen kann die Finanzierung von Ausbildungen von mehreren Kindern zur finanziellen Herausforderung werden. Manche junge Menschen wollen aus sehr persönlichen Gründen keine finanzielle Abhängigkeit von ihren Eltern mehr in der Ausbildung. Auch komplizierte und angepasste Mechanismen zur Beurteilung von Vermögen und Einkommen können im Einzelfall unzutreffend sein. Dies spiegelt auch die historisch niedrige BAföG-Förderquoten wieder (11% im Jahr 2019 im Vergleich zu 44% im Jahr 1972). Klar ist, dass hierbei der Staat nicht jeden nach dem Gieskannenprinzip subventionieren kann.

Wir lehnen deshalb aus guten Grund die Einführung des elternunabhängigen BAföG zurecht ab. Aber wir brauchen Konzepte mit Eigenverantwortung, wie beispielsweise nachgelagerte Bildungsfinanzierung ähnlich eines Studienkredits. Eine Alternative zum KfW-Studienkredit kann der „nationale Bildungsfonds“ sein, den wir als Junge Union vorschlagen. Hierbei kann jeder in Ausbildung (egal ob beruflich oder akademisch) Bildungsfinanzierung aus dem Fonds beziehen, womit wir eine echte Gleichwertigkeit von Bildungswegen auch mit Bezug auf Bildungsfinanzierung erreichen. Mit einer an das Einkommen gekoppelten Rückzahlung ist das Konzept sowohl subsidiär als auch solidarisch.

Antrag A118-Ä010

Änderungsantrag zu A118

Antragsteller/in:	LV Saar
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1305

1305 individuell anpassbaren Bildungsangebots. Unser Ziel ist, dass mehr junge Menschen in Lehre und Studium Auslandserfahrung sammeln, um ihre sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen zu stärken. Wir brauchen Anreize, damit

Begründung

In einer globalisierten Welt gehört zum Bildungskanon die notwendige sprachliche und interkulturelle Kompetenz, die wir durch Auslandserfahrungen stärken wollen.

Antrag A118-Ä011

Änderungsantrag zu A118

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1308

1308 Wirtschafts- und Bildungsstandortes Deutschland. Gute Schulen und Universitäten benötigen auch eine gute Ausstattung mit „Lehrenden“ - sowohl von der Anzahl her als auch von der Qualität. Es muss in Deutschland in allen Bundesländern möglichst einheitliche Rahmenbedingungen geben, die es interessant und erstrebenswert machen, hier zu unterrichten und zu lehren.

Antrag A119: Zeile 1309 - 1316: Lebenslanges Lernen muss selbstverständlich sein

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der	Zeile 1309 - 1316 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Änderungen:

Der Parteitag möge beschließen

1309 **Lebenslanges Lernen muss selbstverständlich sein.** In einer sich stetig
1310 wandelnden Gesellschaft sind wir alle gefragt, das ganze Leben lang
1311 dazuzulernen, neugierig und aktiv zu bleiben. Wir wollen die berufliche
1312 Weiterbildung stärken, indem wir den Weiterbildungsmarkt zu einem
1313 nachfrageorientierten Dienstleistungsmarkt entwickeln. Wir ~~müssen auch~~
1314 ~~Erwachsenenbildung als Zukunftsaufgabe~~ begreifen auch die Weiter- und Erwachsenenbildung als Zukunftsaufgabe. Um gerade bei schneller
1315 ~~digital~~technologischer Entwicklung Teilhabe zu garantieren, braucht es eine breite Palette
1316 an Informations- und Weiterbildungsmöglichkeiten, auch an den Hochschulen.

Antrag A119-Ä001

Änderungsantrag zu A119

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1309

1309 ~~**Lebenslanges Lernen muss selbstverständlich sein.**~~In einer sich stetig

Begründung

Überflüssig, da der nächste Satz dies in aller Ausführlichkeit beschreibt.

Antrag A119-Ä002

Änderungsantrag zu A119

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1312 - 1313

1312 Weiterbildung stärken~~, indem wir den Weiterbildungsmarkt zu einem~~
1313 ~~nachfrageorientierten Dienstleistungsmarkt entwickeln~~. Wir müssen auch

Begründung

Halbsatz ist unverständlich und führt in die Irre.

Antrag A119-Ä003

Änderungsantrag zu A119

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1313 - 1314

1313 nachfrageorientierten Dienstleistungsmarkt entwickeln. Wir ~~müssen auch~~
1314 ~~Erwachsenenbildung als Zukunftsaufgabe~~ begreifen auch die allgemeine und gemeinwohlorientierte Weiter- und Erwachsenenbildung als Zukunftsaufgabe. Um gerade bei schneller

Begründung

Die allgemeine und gemeinwohlorientierte Weiterbildung umfasst die Volkshochschulen und freien gemeinnützigen Träger der Weiterbildung. Sie leisten einen bedeutenden und unverzichtbaren Anteil gerade in den Schwerpunkten Arbeit und Beruf, Gesundheitsbildung, Integration, Politik-Gesellschaft-Umwelt, Digitalisierung, Kulturelle Bildung, Sprachen sowie beim Zweiten Bildungsweg (Nachholen von Schulabschlüssen) und bei der Grundbildung und Alphabetisierung. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft.

Antrag A119-Ä004

Änderungsantrag zu A119

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1313

1313 nachfrageorientierten Dienstleistungsmarkt entwickeln und Arbeitgeber bei zielorientierter Weiterbildung unterstützen. Wir müssen auch

Begründung

Die Formulierung unterstützt das Ziel des "lebenslangen Lernens"

Antrag A119-Ä005

Änderungsantrag zu A119

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1315

1315 ~~digital~~technologischer Entwicklung Teilhabe zu garantieren, braucht es eine breite Palette

Begründung

Technologischer Forstschritt umfasst Digitalisierung, geht aber darüber hinaus.

Antrag A119-Ä006

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1316

1316 an Informations- und Weiterbildungsmöglichkeiten, auch an Hochschulen und Universitäten.

Begründung

Bildungsressourcen sollten umfassend genutzt werden.

Antrag A120: Zeile 1317 - 1329: Mit Exzellenz in die Zukunft

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1319 - 1320 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1326 - 1329 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1317 **Mit Exzellenz in die Zukunft**

1318 **Unser Leitbild ist eine innovative, leistungsfähige Wissenschaft.** Wir
1319 treten für die Freiheit und Exzellenz von Forschung und Lehre ein. Keine Theorie oder politische Ideologie ist im Besitz der absoluten Wahrheit. Allen Bestrebungen, die offene und freie Debattenkultur in Forschung und Lehre zu beschneiden, werden wir uns widersetzen. Wir
1320 streben ein Wissenschaftssystem mit eigenverantwortlichen,
1321 konkurrierenden und kooperierenden Hochschulen an. Wir wollen die
1322 Wissenschaftslandschaft sowohl in der Spitzenforschung als auch in der
1323 Breite stärken. Hierzu gehören attraktive Karrierewege in der Wissenschaft.
1324 Die Exzellenz unserer Grundlagenforschung müssen wir erhalten. Die
1325 Kooperationen mit der unternehmerischen Praxis müssen wir weiter
1326 ausbauen. Wir verlangen ~~eine innovationsfreundliche Regulierung.~~
1327 innovationsfördernde regulatorische Rahmenbedingungen. Öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse ~~müssen offen zugänglich sein. Digitale Informationen,~~
1328 ~~vor allem der öffentlichen Hand,~~ sollen ~~zu Forschungszwecken genutzt~~
1329 ~~werden können.~~grundsätzlich frei zugänglich sein.

Antrag A120-Ä001

Änderungsantrag zu A120

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1319 - 1320

1319 treten für die Freiheit und Exzellenz von Forschung und Lehre ein. ~~Wir~~
1320 Ohne offene Debatten kann es keinen wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt geben. Einem ideologisch geprägten Beschneiden der freien Debattenkultur an unseren Hochschulen treten wir deutlich entgegen. Wir
streben ein Wissenschaftssystem mit eigenverantwortlichen,

Begründung

Unseres Erachtens sollte in einem Kapitel zur Wissenschaft eine Positionierung der CDU zu dieser Frage, die an den Universitäten durchaus Relevanz erlangt hat, nicht fehle*n.*

Antrag A120-Ä002

Änderungsantrag zu A120

Antragsteller/in:	KV Herzogtum Lauenburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1319 - 1320

1319 treten für die Freiheit und Exzellenz von Forschung und Lehre ein. ~~Wir~~
1320 Ohne offene Debatten kann es keinen wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt geben. Einem ideologisch geprägten Beschneiden der freien Debattenkultur an unseren Hochschulen treten wir deutlich entgegen. Wir
streben ein Wissenschaftssystem mit eigenverantwortlichen,

Antrag A120-Ä003

Änderungsantrag zu A120

Antragsteller/in:	KV Braunschweig
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1324 - 1325

1324 Die Exzellenz unserer Grundlagenforschung müssen wir erhalten. ~~Die~~
1325 Wir müssen die staatliche Forschungsförderung im naturwissenschaftlichen Bereich bedeutend ausbauen und dabei auch besonders kleine und mittelständische Unternehmen mehr in den Fokus nehmen. Die
Kooperationen mit der unternehmerischen Praxis müssen wir weiter

Begründung

Staatliche Forschungsförderung spielt eine wichtige Rolle bei der Erreichung wissenschaftlichen Fortschrittes und der Grundlagenforschung. Dieser Fortschritt ist seit der Gründung Deutschlands die Basis seiner wirtschaftlichen Stärke. Gerade in einem Hochlohnland kann die Wirtschaft international nur durch Innovation und Erfindungsgeist konkurrenzfähig bleiben. Bis zum Jahr 2025 möchte die

Bundesregierung einen Anteil von 3,5% Bruttoinlandprodukts in Forschung und Entwicklung investieren. Die USA haben dieses Niveau schon 2021 erreicht, Südkorea und Israel diese Quote im gleichen Zeitraum schon weit übertroffen (4,9% bzw. 5,6%). Dazu kommen Feststellungen, dass andere Länder besser kleine und mittelständische Unternehmen bei ihren Forschungsanstrengungen fördern (Thomas Siebel, Deutschland ist in der Forschungsförderung Mittelmaß, 22.03.2022).

Antrag A120-Ä004

Änderungsantrag zu A120

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1326 - 1327

1326 ausbauen. Wir verlangen ~~eine innovationsfreundliche Regulierung.~~
1327 ~~Forschungsergebnisse müssen offen zugänglich sein.~~ innovationsfördernde regulatorische Rahmenbedingungen.
Digitale Informationen,

Begründung

- Wir sollten nicht Regulierung fordern. Rahmenbedingungen kann auch den Abbau von Regulierungen bedeuten.

- Der öffentliche Zugang von Forschungsergebnissen wird vor dem Hintergrund des Schutz geistigen Eigentums kritisch gesehen.

Antrag A120-Ä005

Änderungsantrag zu A120

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1326 - 1327

1326 ausbauen. Wir verlangen ~~eine innovationsfreundliche Regulierung.~~
1327 einen innovationsfreundlichen Rahmen, der ohne bürokratische Hemmnisse umgesetzt wird..
Forschungsergebnisse müssen offen zugänglich sein. Digitale Informationen,

Begründung

Die Begriffe "innovationsfreundlich" und "Regulierung" wirken widersprüchlich, selbst im wissenschaftlichen Kontext.

Antrag A120-Ä006

Änderungsantrag zu A120

Antragsteller/in:	KV Luebeck

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1327

1327 Forschungsergebnisse müssen offen zugänglich sein~~.~~, **s**olange die nationale Sicherheit keine Geheimhaltung erfordert.Digitale Informationen,

Begründung

Die Einschränkung zu Gunsten der nationalen Sicherheit ist gerade wegen der andauernden Bedrohungslage durch Russland und China zwingend. Das gilt insbesondere für wehrtechnisch relevante Forschung der Universitäten ohne die sogenannte Zivilklausel.

Antrag A120-Ä007

Änderungsantrag zu A120

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1327

1327 Forschungsergebnisse ~~müssen~~sollen offen zugänglich sein, sofern nationale Interessen dem nicht entgegenstehen. Digitale Informationen,

Begründung

Sicherheits- und verteidigungsrelevante Forschung ist wichtig, Kooperationen mit Hochschulen sollen möglich sein. Und Zivilklauseln müssen abgeschafft werden. Aber Ergebnisse aus dieser Forschung können nicht öffentlich zugänglich gemacht werden.

Antrag A120-Ä008

Änderungsantrag zu A120

Antragsteller/in:	KV Bergstrasse
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1327

1327 Forschungsergebnisse müssen offen zugänglich und unter fairen und den Technologietransfer fördernden Bedingungen wirtschaftlich verwertbar sein. Digitale Informationen,

Antrag A120-Ä009

Änderungsantrag zu A120

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1329

1329 werden können. Am Ziel, den Anteil der Ausgaben für F&E am BIP auf 3,5 Prozent zu erhöhen, muss unbedingt festgehalten werden.

Antrag A120-Ä010

Änderungsantrag zu A120

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1329

1329 werden können.

Wir bekennen uns zur Wissenschaftsfreiheit. Die grundgesetzlich verankerte Wissenschaftsfreiheit zu schützen ist für uns elementar. Mit Sorge betrachten wir, wenn Verengung des Diskurses und Meinungskorridors an Hochschulen beklagt wird. Hier wollen wir dagegenhalten und Hochschulen als Orte des pluralistischen Diskurses erhalten. Genauso darf Forschung nicht eingeschränkt werden, wie es durch Einführung von Zivilklauseln der Fall ist. Auch gesellschaftlich stark debattierte Forschung wie zum Beispiel im Bereich Genetik und Stammzellenforschung wollen wir unter strenger Berücksichtigung ethischer Standards ermöglichen.

Begründung

Die Wissenschaftsfreiheit, grundgesetzlich in Deutschland verankert, ist ein Pfeiler der demokratischen Gesellschaft, der es Forschern ermöglicht, frei von politischem, wirtschaftlichem oder gesellschaftlichem Druck zu agieren. Die Verengung des Diskurses an Hochschulen und die Einführung von Zivilklauseln, die Forschung aufgrund ethischer oder politischer Bedenken einschränken, bedrohen diese Freiheit. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass bedeutende wissenschaftliche Durchbrüche oft in Bereichen erzielt wurden, die zu ihrer Zeit kontrovers oder ethisch bedenklich erschienen, wie beispielsweise die Forschungen von Galileo Galilei oder die Entwicklung der In-vitro-Fertilisation. Die strenge Einhaltung ethischer Standards ist unerlässlich, doch sollte dies nicht zu einer grundsätzlichen Einschränkung der Forschungsfreiheit führen. Vielmehr müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sowohl den wissenschaftlichen Fortschritt als auch ethische Prinzipien wahren. Indem Hochschulen als Orte des pluralistischen Diskurses erhalten bleiben, fördern wir eine Kultur der Offenheit und des kritischen Denkens, die für die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Gesellschaft unerlässlich ist.

Antrag A120-Ä011

Änderungsantrag zu A120

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1329

1329 werden können.

Deutschlands Hochschullandschaften stärken. Die Vielfalt von Universitäten, Fachhochschulen, dualen Hochschulen und Forschungsinstituten wollen wir bewahren. Wir unterstützen ein Finanzierungssystem, das eine Grundfinanzierung für Forschung und Lehre durch die Länder sicherstellt und zusätzliche Drittmittel des Bundes für spezielle Forschungsprojekte bietet. Um international führend zu werden und attraktive Bedingungen für Spitzenforschung zu schaffen, müssen wir die Hochschulgesetzgebung flexibilisieren.

Begründung

Das Bekenntnis zur Vielfalt in der deutschen Hochschullandschaft ist elementar. Mit besonders forschungsstarken Instituten erreichen wir internationale Aufmerksamkeit in der Wissenschaftscommunity. Duale Hochschulen stellen eine wichtige Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft her und viele Hochschulen für angewandte Wissenschaft stellen mit den dortigen höheren Lehrdeputaten die akademische Ausbildung in Deutschland sicher. Diese Einrichtungen müssen ausreichend finanziert werden. Vor allem die Grundfinanzierung ist dabei von den Ländern zu leisten. Diese Grundfinanzierung muss so umfangreich sein, dass alle für den ordnungsgemäßen Studienbetrieb nötigen Lehrangebote der Hochschulen darüber abgedeckt werden können. Außerdem muss auch für Daueraufgaben in Forschung und Verwaltung das nötige Personal finanziert sein, genauso wie Ausgaben für Labore und Hörsäle. Die Drittmittelfinanzierung von Forschungsprojekten ermöglicht eine on-top Finanzierung an forschungsstarken Einrichtungen. Diese kompetitiv vergebenen Mittel setzen Anreize für Spitzenforschung und mittels spezifischer Drittmipel-Förderlinien kann eine strategische Programmforschungsförderung erreicht werden.

Antrag A121: Zeile 1330 - 1334: Wir stehen für mehr Gleichstellung und Vielfalt

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1331 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1330 **Wir stehen für mehr Gleichstellung und Vielfalt.** Exzellente Wissenschaft
1331 braucht Vielfalt und Originalität. Dazu ~~gehören~~gehört ein breites Spektrum an
1332 Erfahrungen, Kompetenzen und Ideen ebenso wie transparente und faire
1333 Auswahlprozesse, die Familie und wissenschaftliche Karriere unabhängig
1334 vom Geschlecht ermöglichen.

Antrag A121-Ä001

Änderungsantrag zu A121

Antragsteller/in:	Lisa Schäfer, und 627 weitere Mitglieder, Junge Union, Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1330

1330 **Wir stehen für mehr Gleich~~stell~~berechtigung und Vielfalt.** Exzellente Wissenschaft

Begründung

Die CDU Deutschlands tritt für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein. Gleichstellung lehnt die CDU Deutschland als Identitätspolitik ab, denn sie entwertet individuelle Stärken und Kompetenzen.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist nicht nur ein Verfassungsauftrag, sondern Grundlage einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft. Damit Menschen sich frei entfalten können, brauchen sie gleiche Startchancen (Gleichberechtigung) und keine vorgegebene Gleichheit im Ergebnis (Gleichstellung).

Gleichstellungspolitik ist Identitätspolitik. Sie reduziert Menschen auf Gruppenidentitäten und entwertet die Vielfalt individueller Perspektiven. Diese Sichtweise steht im Gegensatz zu den Werten der CDU als konservative, liberale und christlich-soziale Volkspartei. Als CDU nehmen wir Menschen so wie sie sind – mit ihren unterschiedlichen Begabungen und Interessen.

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin," so steht es im Artikel 3 des Grundgesetzes und das ist unser Ziel als CDU Deutschlands.

Als konservative, liberale und christlich-soziale Volkspartei fördern wir Chancengerechtigkeit und ermöglichen Wahlfreiheit für verschiedene Lebensmodelle, ohne Bewertung oder Präferenzen.

Die Aufnahme des Gedankens der Gleichstellung in das neue Grundsatzprogramm würde die Diskurshoheit der politischen Mitbewerber links der Mitte akzeptieren. Stattdessen müssen wir ihnen auf Grundlage unserer Werte konsequent und argumentativ klar entgegentreten.

Begründung JU/MIT:

Gleichstellung und Gleichberechtigung sind grundlegende Gegensätze und nicht miteinander vereinbar. Gleichberechtigung meint, dass der Staat die Unterschiedlichkeit und einzigartige Personalität der Menschen anerkennt und sie deshalb vor dem Recht gleichbehandelt. Gleichstellung meint, dass der Staat die Unterschiedlichkeit der Menschen nicht akzeptiert und gezielt eine Ergebnisgleichheit herstellen will. Dies ist mit einer offenen, regelbasierten Gesellschaftsordnung nicht vereinbar.

Antrag A121-Ä002

Änderungsantrag zu A121

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1330

1330 **Wir stehen für mehr ~~Gleichstellung~~Chancengleichheit und Vielfalt.** Exzellente Wissenschaft

Begründung

Eine zahlenmäßige, paritätische Gleichstellung von Frau und Mann in allen Teilen der Arbeitswelt wie auch der gesamten Gesellschaft lässt sich nicht durch Quotierung erreichen, weswegen Chancengleichheit der bessere Terminus ist.

Antrag A121-Ä003

Änderungsantrag zu A121

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1330 - 1334

~~1330 **Wir stehen für mehr Gleichstellung und Vielfalt.** Exzellente Wissenschaft~~
~~1331 braucht Vielfalt und Originalität. Dazu gehören ein breites Spektrum an~~
~~1332 Erfahrungen, Kompetenzen und Ideen ebenso wie transparente und faire~~
~~1333 Auswahlprozesse, die Familie und wissenschaftliche Karriere unabhängig~~
~~1334 vom Geschlecht ermöglichen.~~

Begründung

„Gleichstellung“ und „Vielfalt“ sind beliebte grüne Kampfbegriffe, mit deren Übernahme wir uns deren Deutungshoheit unterwerfen.

Antrag A121-Ä004

Änderungsantrag zu A121

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1330

1330 **Wir stehen für ~~mehr Gleichstellung~~Gleichberechtigung und Vielfalt.** Exzellente Wissenschaft

Begründung

Gleichstellung ist ein linkes Konzept, welches aus dem Rahmen der Identitätspolitik stammt. So reduziert Gleichstellungspolitik Menschen auf Gruppenidentitäten und entwertet die Vielfalt individueller Perspektiven. Diese Sichtweise steht im Gegensatz zu den Werten der CDU als konservative, liberale und christlich-soziale Volkspartei. Als CDU nehmen wir Menschen so wie sie sind – mit ihren unterschiedlichen Begabungen und Interessen.

Antrag A121-Ä005

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1331

1331 braucht Vielfalt und Originalität. Dazu ~~gehören~~gehört ein breites Spektrum an

Begründung

Grammatischer Bezug , bezieht sich auf das breite Spektrum, daher Singular.

Dass der Satz mit "ebenso wie" fortgesetzt wird, führt im ersten Satzteil nicht zum Plural.

Antrag A121-Ä006

Änderungsantrag zu A121

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1334

1334 vom Geschlecht und sozialer Herkunft ermöglichen.

Begründung

Nicht nur Geschlechterungerechtigkeit, sondern auch die Herkunft aus wenig gebildeten Familien sollte hier betont werden.

Antrag A122: Zeile 1335 - 1341: Es braucht mehr wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1339 - 1340 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1341 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1335 **Es braucht mehr wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa.** Die
1336 Forschungsrahmenprogramme müssen als Innovationsmotoren der Kern
1337 der künftigen europäischen Forschungspolitik bleiben. Gerade kleinen und
1338 mittleren Unternehmen muss der Zugang dazu erleichtert werden.
1339 ~~Hochschulen sollen strategische Partnerschaften~~Hochschulen sollen noch strategischer und enger mit anderen Hochschulen
1340 in der EU ~~eingeh~~kooperieren können. Dafür müssen rechtliche und bürokratische Hindernisse abgebaut werden. Forscher sollen forschen und nicht unnötige

1341 Formulare ausfüllen müssen.

Antrag A122-Ä001

Änderungsantrag zu A122

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1339 - 1340

1339 Hochschulen sollen ~~strategische Partnerschaften~~noch strategischer und enger mit anderen Hochschulen

1340 in der EU ~~eingeh~~kooperieren können. Dafür müssen rechtliche und bürokratische Hindernisse abgebaut werden. Forscher sollen forschen und nicht unnötige

Antrag A122-Ä002

Änderungsantrag zu A122

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1340 - 1341

1340 in der EU eingehen können. ~~Forscher sollen forschen und nicht unnötige~~

1341 ~~Formulare ausfüllen müssen.~~

Antrag A122-Ä003

Änderungsantrag zu A122

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A141

Zeile 1340

1340 in der EU eingehen können. Wir setzen uns dafür ein, dass Abschlüsse von EU-Bildungseinrichtungen gegenseitig leichter und zügiger anerkannt werden, um dem Fachkräftemangel effektiv und schnell zu begegnen. Forscher sollen forschen und nicht unnötige

Antrag A122-Ä004

Änderungsantrag zu A122

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1341

1341 Formulare ausfüllen müssen. Wir treten dafür ein, dass das Erasmus-Programm der Europäischen Union, das jüngere Menschen ermutigen soll, in anderen Ländern Europas zu

studieren oder im Rahmen der beruflichen Bildung zu arbeiten, weiter gestärkt wird.

Begründung

Das Erasmus-Programm gehört zu den größten Erfolgen der Europäischen Union. Bei der Finanzierung besteht immer wieder die Gefahr, dass die Mittel gekürzt werden.

Antrag A123: Zeile 1342 - 1352: Wir wollen mit Kreativität und Know-how die Zukunft gestalten

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A131-Ä002
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1342 - 1352 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1342 **Wir wollen mit Kreativität und Know-how die Zukunft gestalten.** Wir
1343 haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Datenökonomie,
1344 Automatisierung, Künstliche Intelligenz ~~und~~, Robotik und Genmedizin erlauben ungeahnte
1345 Steigerungen in Produktivität und Qualität. Wir wollen diesen Fortschritt für
1346 unser Land und seine Menschen nutzen. Die Menschenwürde bleibt für uns
1347 auch dabei unantastbar. Dank unserer innovativen Forschung und
1348 Entwicklung sind wir in der Lage, die großen Herausforderungen unserer Zeit
1349 zu meistern. Wir sind Technologie-Optimisten. Wir wollen Räume für
1350 Sprunginnovationen schaffen. Hierzu setzen wir auf mehr Unternehmertum
1351 aus der Wissenschaft. Ihnen wollen wir Hochleistungsinfrastruktur zur Verfügung stellen. Deutschland muss ein Land der Talente und Ideen
1352 bleiben.

Antrag A123-Ä001

Änderungsantrag zu A123

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1344

1344 Automatisierung, Künstliche Intelligenz ~~und~~, Robotik und Genchirurgie erlauben ungeahnte

Begründung

Die Genchirurgie (Genom Editing) entwickelt sich derzeit zu einer der führenden Technologien des 21.

Jahrhunderts und wird sowohl die (biobasierte) Wirtschaft und die Medizin maßgeblich voranbringen. Deutschland muss alles unternehmen, um international mit dieser Entwicklung mitzuhalten.

Antrag A123-Ä002

Änderungsantrag zu A123

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A112

Zeile 1345

1345 Steigerungen in Produktivität und Qualität. Kein Kind soll ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult werden. Wir wollen diesen Fortschritt für

Antrag A123-Ä003

Änderungsantrag zu A123

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1346

1346 unser Land und seine Menschen nutzen und die notwendigen infrastrukturellen Rahmenbedingungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglichen. Die Menschenwürde bleibt für uns

Begründung

Es fehlt in diesem Absatz ein Bekenntnis zur Ermöglichung der neuen Infrastruktur, an der es derzeit noch mangelt.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A123-Ä004

Änderungsantrag zu A123

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1347

1347 auch dabei unantastbar. ~~Dank unserer innovativen~~Mit innovativer Forschung und

Antrag A123-Ä005

Änderungsantrag zu A123

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1351

1351 aus der Wissenschaft und wissenschaftsnahem Unternehmertum. Deutschland muss ein Land der Talente und Ideen

Antrag A123-Ä006

Änderungsantrag zu A123

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1352

1352 bleiben. Wir setzen auf die entscheidenden Innovations- und Wachstumspotentiale von Bildung, von der Kita bis zur Weiterbildung, von Wissenschaft und Forschung.

Antrag A124: Zeile 1353 - 1382: Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1355 - 1371 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1372 - 1382 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1353 **Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle**
1354 **schafft**

1355 Wir Christdemokraten setzen auf das erfolgreichste Wirtschafts- und
1356 Gesellschaftsmodell der Welt: die Soziale Marktwirtschaft. Sie leitet sich ab
1357 aus dem christlichen Menschenbild und ist als Werte- ~~und~~
1358 ~~Wirtschaftsordnung~~, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit ihren Grundprinzipien Wettbewerb, Chancengerechtigkeit,
1359 Selbstverantwortung, Schutz des Eigentums, Vertragsfreiheit, private Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft, Subsidiarität und Solidarität
1360 ausgestaltet. Sie vereint den Grundsatz der Freiheit, die Kraft des Marktes
1361 und die Bereitschaft zur Verantwortung füreinander.

1362 Sie hat zu Wirtschaftswunder, jahrzehntelangem Wachstum,
1363 Rekordbeschäftigung, soliden Haushalten, Wohlstand und sozialer Sicherheit
1364 geführt. Sie ist auch zum Leitbild der EU geworden.

1365 Heute ist ganz Deutschland eine erfolgreiche Wirtschaftsnation mit fleißigen
1366 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, kreativen Erfindern und
1367 exzellenten Ingenieurinnen. Wir sind das Land des Mittelstands, der
1368 Familienunternehmen, der Hidden Champions, des Handwerks, der

1369 innovativen Gründer und weltweit erfolgreicher ~~Industrieunternehmen~~Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Die
1370 Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bietet die
1371 beste Garantie für eine stabile Arbeitswelt mit fairer Lohnfindung.

1372 In Zeiten großer Umbrüche und ~~neu~~wachsender Herausforderungen müssen wir das
1373 Wohlstandsversprechen erneuern. Dabei setzen wir auf den Schutz des
1374 Eigentums, das Prinzip der Nachhaltigkeit, auf Ideenreichtum und
1375 Technologieoffenheit, die Kraft des Aufbruchs und der Digitalisierung, auf
1376 fairen Wettbewerb, freien Handel, größere wirtschaftliche Souveränität und soziale Verantwortung.

1377 Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt unser Wirtschafts- und
1378 Gesellschaftsmodell. Sie umfasst auch eine ökologische Dimension. Diese
1379 soziale und ökologische Marktwirtschaft setzt auf die Kräfte und
1380 Steuerungsmechanismen des Marktes, um einen schonenden Umgang mit
1381 Natur und Umwelt zu erreichen.

1382 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Antrag A124-Ä001

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Rhein-Erft
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A045, A131, A197

Zeile 1353 - 1354

Wir beantragen ab Zeile 1352 einzufügen:

1353 ~~**Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle**~~
1354 ~~**schafft**~~**1353 Für ein digitales Land**

1354 **Wir wollen die digitale Infrastruktur ausbauen.** Die Aufgabe des Staates ist es, eine
1355 leistungsfähige und flächendeckende digitale Infrastruktur als Grundvoraussetzung
1356 für weiteren Wohlstand in unserem Land zu sichern.

1357 **Wir wollen einheitliche digitale Plattformen für alle Verwaltungsebenen.** Der Bund
1358 stellt einheitliche digitale Plattformen für alle Verwaltungsebene zur Verfügung
1359 auf denen sie aufbauen sollen. Auf dieser Plattform werden sämtliche Kontaktpunkte
1360 zwischen Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung abgewickelt.

1361 **Wir wollen den rechtlichen Rahmen schaffen.** Im digitalen Raum muss, analog zum 1362
gesellschaftlichen Zusammenleben, ein rechtlicher Rahmen vorherrschen. Ein Raum der 1363
Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Die Digitalisierung ist ein Teil unserer Zukunft 1364 und
unserer Grundversorgung. Freiheit bedeutet, die Rahmenbedingungen für den 1365 digitalen
Raum zu schaffen. Eine verlässliche digitale Identität muss möglich sein, um 1366 sich von
unbekannten Akteuren abheben zu können. 1367 Die mit seiner Identität verbundenen

Einstellungen müssen systemübergreifend gelten, 1368 um digitale Prozesse effizient nutzen zu können.

Begründung

Die Digitalisierung findet sich in zahlreichen Themenfeldern des Grundsatzprogrammentwurfes „In Freiheit leben“ wieder. Wir möchten durch ein Unterkapitel die Wichtigkeit unterstreichen und eine Definition der Zuständigkeiten klar definieren.

Antrag A124-Ä002

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1356

1356 Gesellschaftsmodell der Welt: die Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Sie leitet sich ab

Begründung

Das Grundsatzprogramm darf die Verknüpfung zu Ludwig Erhard tragen.

Antrag A124-Ä003

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1356 - 1358

1356 Gesellschaftsmodell der Welt: die Soziale Marktwirtschaft mit ihrer 'irenischen' Grundidee. Sie leitet sich ab
1357 aus dem christlichen Menschenbild und ist als Werte- ~~und~~
1358 ~~Wirtschaftsordnung~~, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit ihren Grundprinzipien Chancengerechtigkeit,

Begründung

Der Gag, der die Soziale Marktwirtschaft zu dieser Erfolgsstory gemacht hat, ist ihre 'irenische' Grundidee, die Kapital und Arbeit/Soziales 'irenisch' (d. h. friedvoll) miteinander versöhnt hat. Die 'irenische' Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft ist - auch in der CDU - leider etwas in Vergessenheit geraten... Die 'irenische' Grundidee wird auch in einer (erweiterten) Nachhaltigen Marktwirtschaft fortgeführt.

Antrag A124-Ä004

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1356

1356 Gesellschaftsmodell der Welt: die ~~Soziale~~Sozial-ökologische Marktwirtschaft. Sie leitet sich ab

Begründung

Schon unter Helmut Kohl wurde im CDU-Grundsatzprogramm “Freiheit und Verantwortung” 1994 der Begriff “Soziale Marktwirtschaft” zu dem Begriff “Soziale und Ökologische Marktwirtschaft” erweitert. Wir müssen auch in Zukunft die soziale Marktwirtschaft mit der ökologischen Marktwirtschaft zu einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept verbinden.

Antrag A124-Ä005

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden, KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1356

1356 Gesellschaftsmodell der Welt: die ~~Soziale~~Sozial-Ökologische Marktwirtschaft. Sie leitet sich ab

Begründung

Schon unter Helmut Kohl wurde im CDU-Grundsatzprogramm “Freiheit und Verantwortung” 1994 der Begriff “Soziale Marktwirtschaft” zu dem Begriff “Soziale und Ökologische Marktwirtschaft” erweitert. Wir müssen auch in Zukunft die soziale Marktwirtschaft mit der ökologischen Marktwirtschaft zu einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept verbinden.

Antrag A124-Ä006

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1358

1358 Wirtschaftsordnung mit ihren Grundprinzipien Schutz des Eigentums, Chancengerechtigkeit,

Begründung

Die Begründung ergibt sich aus der Formulierung.

Antrag A124-Ä007

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1359

1359 Selbstverantwortung, private Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft, Subsidiarität und Solidarität

Begründung

Die Leistungsbereitschaft der Gesellschaft ist wesentlich für unsere Werte- und Wirtschaftsordnung.

Antrag A124-Ä008

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1359

1359 Selbstverantwortung, Selbstwirksamkeit, private Eigeninitiative, Subsidiarität und Solidarität

Antrag A124-Ä009

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1360

1360 ausgestaltet. Die Soziale Marktwirtschaft steht für die Herstellung eines funktionierenden Preissystems, Währungsstabilität, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung, Konstanz der Wirtschaftspolitik, Monopolkontrolle, Einkommenspolitik, Wirtschaftsrechnung mit Lenkungsabgaben sowie Eingriffe des Staates bei anomalem Verhalten des Angebots, Tarifautonomie, Marktkonformität und das Äquivalenzprinzip. Sie vereint den Grundsatz der Freiheit, die Kraft des Marktes

Begründung

Die Soziale Marktwirtschaft ist Markenkern unserer Partei. Sie umfasst die Prinzipien und Mechanismen unseres Wirtschaftssystems.

Der Entwurf enthält bisher keine präzise Übersicht über die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Es steht der CDU gut zu Gesicht, hier konkreter zu werden.

Antrag A124-Ä010

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1364

1364 geführt. Sie ist auch zum Leitbild der EU geworden.

Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft basiert auf ihrer 'irenischen' Grundidee, wonach Gegensätze - damals Kapital und Arbeit - miteinander zu versöhnen waren. Das ist in der praktischen Umsetzung gelungen. Diese Grundidee ist bei jedweder Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft - auch in einer Nachhaltigen Marktwirtschaft - fortzuführen.

Antrag A124-Ä011

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1365

1365 Heute ist ganz Deutschland eine ~~erfolgreiche~~ Wirtschaftsnation mit hohem Potential mit fleißigen

Begründung

Formulierung im Entwurf verkennt Stagnation und Rückschritte

Antrag A124-Ä012

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1365 - 1367

1365 Heute ist ganz Deutschland eine erfolgreiche Wirtschaftsnation mit fleißigen
1366 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, kreativen Erfindern und
1367 exzellenten ~~Ingenieurinnen~~Fachkräften. Wir sind das Land des Mittelstands, der

Begründung

An dieser Stelle sollte nicht auf Ingenieure verengt werden. Stattdessen wäre eine breite Formulierung besser.

Antrag A124-Ä013

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1367

1367 exzellenten Ingenieure und Ingenieurinnen. Wir sind das Land des Mittelstands, der

Antrag A124-Ä014

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land, LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1369

1369 innovativen Gründer und weltweit erfolgreicher ~~Industrieunternehmen~~Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Die

Begründung

Neben den erfolgreichen Industrieunternehmen haben wir gerade im Finanz- und Versicherungssektor (zB Deutsche Bank, Börse, etc.) international hoch angesehene Unternehmen, die hier betont werden sollten.

Antrag A124-Ä015

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1371

1371 beste Garantie für eine stabile Arbeitswelt mit fairer Lohnfindung. Betriebsräte als Sprachrohr der Belegschaft sind hierzu ein wichtiges Bindeglied zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Antrag A124-Ä016

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Herne
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1371

1371 beste Garantie für eine stabile Arbeitswelt mit fairer Lohnfindung.

Die Führung eines Unternehmens heißt nicht allein Gewinnmaximierung. Vielmehr beinhaltet Unternehmensleitung für uns eine wertegebundene Leistungsverantwortung, die eng mit der Vorbildfunktion der Führung verbunden ist. Sachkenntnisse und Menschenkenntnisse gehören zusammen. Für uns steht letztlich der Mensch im Mittelpunkt allen Wirtschaftens.

Begründung

Die Soziale Marktwirtschaft ruht auf dem Wertefundament eines christlich geprägten

Menschenbilds, das auch Führungskräfte in allen Gesellschaftsbereichen, insbesondere in der Wirtschaft zu einem werteorientierten Denken und Handeln verpflichtet.

Antrag A124-Ä017

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1372

1372 In Zeiten großer Umbrüche und ~~neu~~wachsender Herausforderungen müssen wir das

Begründung

Innerhalb des Satzes wird zweimal der Wortstamm „neu“ verwendet: „In Zeiten...**neuer** Herausforderungen...Wohlstandsversprechen **erneuern.“**

Antrag A124-Ä018

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1372 - 1373

1372 In Zeiten großer Umbrüche und neuer Herausforderungen ~~müssen wir das~~
1373 ~~Wohlstandsversprechen erneuern~~braucht es eine neue gemeinsame Kraftanstrengung, um den erreichten und neuen Wohlstand zu sichern. Dabei setzen wir auf den Schutz des

Begründung

Politik kann Wohlstand nicht versprechen; er wird von den Menschen im Land erarbeitet.

Antrag A124-Ä019

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1373

1373 Wohlstandsversprechen ~~erneuern~~neu definieren. Dabei setzen wir auf den Schutz des

Begründung

Neue Formulierung hebt Bedarf für Reformen hervor.

Antrag A124-Ä020

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1376

1376 fairen Wettbewerb, freien Handel ~~und~~, soziale Verantwortung und im Kontext zunehmender geopolitischer Spannungen auf eine größere wirtschaftliche Sicherheit für unser Land.

Begründung

Die ‚wirtschaftlichen Sicherheit' hat sich in den vergangenen Jahren aufgrund der geopolitischen Spannungen zu einem Kernanliegen in der Außenwirtschaftspolitik geworden und wird in den nächsten Jahren das die Debatte zur internationalen Wirtschaftspolitik maßgeblich prägen. Daher wäre es schwach, wenn dies keine Berücksichtigung im CDU-Grundsatzprogramm finden würde.

Antrag A124-Ä021

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1376

1376 fairen Wettbewerb, freien Handel und soziale Verantwortung.

Das Leitprinzip der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ist zu einem zusätzlichen Staatsziel 'ranggleich' zum Rechts- und Sozialstaatsprinzip zu machen.

Begründung

etwa in einem neuen Art. 20b GG. Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 16/118 vom 11. 10. 2007, S. 12236-12250

Siehe Wieland, Joachim, *Verfassungsrand für Nachhaltigkeit. Rechtsgutachten.* Speyer vom 3. 6. 2016

Schließlich siehe Beschluss 32. ***CDU***-BPT vom 23. 11. 2019, *Nachhaltigkeit, Wachstum, Wohlstand – die Soziale Marktwirtschaft von Morgen*, S. 1f.

Antrag A124-Ä022

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1377 - 1381

1377 Die ~~Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt unser Wirtschafts- und~~
1378 ~~Gesellschaftsmodell. Sie umfasst auch eine ökologische Dimension. Diese~~

1379 ~~soziale und ökologische Marktwirtschaft setzt auf die Kräfte und~~
1380 ~~Steuerungsmechanismen des Marktes,~~Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft setzen wir fort. Das wird aber nur gelingen, indem wir diese um ~~einen schonenden Umgang mit~~
1381 ~~Natur und Umwelt~~ eine ökologische Dimension erweitern und zu ~~erreichen.~~einer Nachhaltigen Marktwirtschaft entwickeln, die die Kräfte und Steuerungswirkungen des Marktes sozial gerecht mit einem nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt verbindet.

Begründung

Von der Sozialen zur Nachhaltigen Marktwirtschaft - unter Beibehalt ihrer 'irenischen' Grundidee sowie in Kontinuität und Tradition von Röpke, Eucken, Müller-Armack und Ludwig Erhard. Damit wird auch der Markenkern der ***CDU*** zukunftsfähig weiterentwickelt. Das ist ein wichtiges Signal insbesondere für die jüngere Wählerschaft, die noch viel Zukunft vor sich hat.

Der neue Begriff der Nachhaltigen Marktwirtschaft ist auch eine Frage des Polit-Marketing. Es ist die vornehmste Aufgabe einer Partei, den Menschen neue, weiterentwickelte (Zukunfts-)Konzepte und die dazugehörenden neuen Begriffe zu erklären.

Antrag A124-Ä023

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1378 - 1379

1378 Gesellschaftsmodell. Sie umfasst auch eine ökologische Dimension. ~~Diese~~
1379 ~~soziale und~~ Die sozial-ökologische Marktwirtschaft setzt auf die Kräfte und

Begründung

Wir sollten den Begriff „sozial-ökologische Marktwirtschaft“ etablieren.

Antrag A124-Ä024

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Zollernalb
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1379

1379 soziale ~~und ökologische~~ Marktwirtschaft setzt auf die Kräfte und

Begründung

Der Begriff „Soziale Markwirtschaft“ impliziert die ökologische Dimension. Wenn wir angesichts der Folgen des Klimawandels diese nicht berücksichtigen würden, hätte das verheerende und auch

wirtschaftliche und damit soziale Auswirkungen für unser Gesellschaft. Nur eine erfolgreiche, technologisch führende Marktwirtschaft ist in der Lage, die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen und damit zur Versöhnung mit der Natur beizutragen. Im Übrigen wird der Begriff der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft bewusst von Bündnis90/Die Grünen instrumentalisiert. Wir sollten uns nicht zu deren Handlangern machen.

Antrag A124-Ä025

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Main-Taunus
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1381

1381 Natur und Umwelt zu erreichen. Aber auch die Soziale Marktwirtschaft braucht Wirtschaftswachstum, um unseren Wohlstand in der Breite zu erhalten.

Begründung

Absage gegen linke "Degrowth"-Bewegungen. Nur in einer Wirtschaft, die wächst, kann Wohlstand erhalten werden.

Antrag A124-Ä026

Änderungsantrag zu A124

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1382

~~1382 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.~~

Begründung

Kein Bezug zu Abschnitt.

Antrag A125: Zeile 1383 - 1390: Wohlstand für alle

Antragsteller/in:	Bundesvorstand	
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1384 Zeile 1385 - 1390	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Streichung

Der Parteitag möge beschließen

1383 **Wohlstand für alle**

1384 **Wohlstand bedeutet mehr als ~~Besitz~~Eigentum und Einkommen.** Wohlstand gibt dem

1385 Einzelnen wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität~~, er ermöglicht Eigentum~~
1386 ~~und Vermögen und er~~. Wohlstand sichert aber auch Teilhabe an Umwelt, Heimat und Gesellschaft~~.~~
1387 und ermöglicht den Erwerb von Eigentum und Vermögen.
Jeder, der mit anpackt, muss es zu Aufstieg und Wohlstand bringen können,
1388 ungeachtet von Herkunft, sozialem Status, persönlichen Präferenzen.
1389 Wohlstand entsteht durch Millionen individuelle Entscheidungen, der Staat
1390 setzt lediglich den Rahmen für diese Entscheidungen.

Antrag A125-Ä001

Änderungsantrag zu A125

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1384

1384 **Wohlstand bedeutet mehr als ~~Besitz~~Eigentum und Einkommen.** Wohlstand gibt dem

Antrag A125-Ä002

Änderungsantrag zu A125

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1385 - 1387

1385 Einzelnen wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität, er ~~ermöglicht Eigentum~~
1386 ~~und Vermögen und er~~ sichert Teilhabe an Umwelt, Heimat und Gesellschaft~~.~~
1387
und er ermöglicht Eigentum und Vermögen.
Jeder, der mit anpackt, muss es zu Aufstieg und Wohlstand bringen können,

Begründung

Eigentum und Vermögen nicht an erste Stelle der Aufzählung setzen, wenn Wohlstand mehr als Besitz und Einkommen ist, wie in der Überschrift benannt.

Antrag A125-Ä003

Änderungsantrag zu A125

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1386 - 1387

1386 und Vermögen und er sichert Teilhabe ~~an Umwelt, Heimat und Gesellschaft.~~

1387 .

Jeder, der mit anpackt, muss es zu Aufstieg und Wohlstand bringen können,

Begründung

Die Bedeutung von "Teilhabe an Umwelt" bzw. "Teilhabe an Heimat" erschließt sich nicht.

Antrag A125-Ä004

Änderungsantrag zu A125

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1387

1387 Jeder~~, der mit anpackt,~~ muss es durch Leistung zu Aufstieg und Wohlstand bringen können,

Begründung

Sprachliche Verfeinerung.

Antrag A125-Ä005

Änderungsantrag zu A125

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1389

1389 Wohlstand entsteht durch ~~Millionen~~ individuelle Entscheidungen, der Staat

Begründung

Unnötige und missverständliche Quantifizierung. Es geht um die individuellen Entscheidungen der Einzelnen.

Antrag A125-Ä006

Änderungsantrag zu A125

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1390

1390 setzt lediglich den Rahmen für diese Entscheidungen.

Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß es keinen Wohlstand ohne Anstrengung aller geben kann.

Begründung

Das Paradies wird es auf Erden nicht wieder geben und kann auch nicht durch den Staat und seine Hilfen ersetzt werden.

Antrag A125-Ä007

Änderungsantrag zu A125

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1390

1390 setzt lediglich den Rahmen für diese Entscheidungen.

Wir begrenzen staatliche Regulierung und bürokratische Vorgaben auf das notwendige Mindestmaß. Unternehmerinnen und Unternehmern begegnen wir mit Vertrauen statt umfassendem Misstrauen.

Begründung

Konkretisierung

Antrag A126: Zeile 1391 - 1396: Wir stehen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1393 - 1395 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1396 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1391 **Wir stehen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum.** Wir setzen auf die
1392 Kraft des technologischen Fortschritts. Er verbessert unser Leben. Er ist
1393 Treiber für Wachstum und Voraussetzung dafür, dass Wohlstand für alle
1394 entsteht. Wir lehnen eine Politik ab, die auf weniger Wachstum und einen
1395 ~~leistungslosen Wohlstand~~Wohlstand ohne Leistung und Anstrengung setzt. Eine Politik, die das Ziel nachhaltigen wirtschaftlichen
1396 Wachstums aufgibt, ist eine Politik ~~der Verkümmerung~~des Niedergangs.

Antrag A126-Ä001

Änderungsantrag zu A126

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1391

1391 **Wir stehen für nachhaltiges, ressourcenschonendes wirtschaftliches Wachstum.** Wir setzen auf die

Begründung

Der Legende, dass wirtschaftliches Wachstum nur zwingend zu Lasten der natürlichen Ressourcen erfolgt, muss entgegengetreten werden. Wirtschaftliches Wachstum gründet heute nicht mehr nur auf rauchenden Schornsteinen, sondern vor allem auf innovativen Bereichen, wie der Digitalwirtschaft und der Biotechnologie.

Antrag A126-Ä002

Änderungsantrag zu A126

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1391

1391 **Wir stehen für ~~nachhaltiges~~ wirtschaftliches Wachstum~~.~~** unter Beachtung des Nachhaltigkeitsprinzips. Wir setzen auf die

Antrag A126-Ä003

Änderungsantrag zu A126

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1394 - 1395

1394 entsteht. Wir lehnen eine Politik ab, die auf weniger Wachstum ~~und einen~~
1395 ~~leistungslosen Wohlstand~~ setzt. Eine Politik, die das Ziel wirtschaftlichen

Begründung

Der Begriff „leistungsloser Wohlstand“ ist zu streichen. Sucht man im Internet nach diesem Begriff, trifft man unweigerlich auf einen Artikel der WirtschaftsWoche, in welchem Andrea Nahles die Besteuerung ererbter Vermögen fordert.(siehe: https://www.wiwo.de/politik/deutschland/andrea-nahles-leistungsloser-wohlstandgefaehrdet-sozialen-zusammenhalt/19754310.html) Dies ist nicht in unserem Sinne.

Antrag A126-Ä004

Änderungsantrag zu A126

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1395

1395 leistungslosen Wohlstand setzt. Eine Politik, die das Ziel nachhaltigen wirtschaftlichen

Begründung

Hier fehlt der Begriff „nachhaltig“, denn Wachstum ist auch in einer Welt möglich, in der die Menschheit mit den natürlichen Ressourcen auskommt.

Antrag A126-Ä005

Änderungsantrag zu A126

Antragsteller/in:	KV Braunschweig
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1396

1396 Wachstums aufgibt, ist eine Politik der Verkümmerung. Dabei wollen wir nachhaltigen, langlebigen Produkten den Weg in den Markt erleichtern und unnötig kurzlebigen, qualitativ minderwertigen Produkten den Weg in den Markt erschweren

Begründung

Die Wirtschaft kann ein einen wertvollen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz dadurch leisten, dass Güter qualitativ und langlebig produziert und so auch sehr lange genutzt werden. Auch der Wohlstand einer Gesellschaft steigt, wenn Anschaffungen lange vorhalten und nicht immer wieder konsumiert und entsorgt werden.
Die deutsche Wirtschaft steht international und auf dem deutschen und europäischen Binnenmarkt auch oft mit hochwertigen, qualitätsvollen Produkten im Wettbewerb mit importierten Produkten die preisgünstig aber oft nur kurzlebig sind. Oft kann der Konsument ohne Hilfe die unterschiedliche Wertigkeit der Produkte gar nicht erkennen und trifft die Entscheidung oft auf Grund des Preises allein. Nicht selten kann der Konsument auch seine Gewährleistungsansprüchen nach schnellem Ausfall gegenüber einem internationalen Importeuer nicht durchsetzen. Hier zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Wirtschaft und der Konkurrenzfähigkeit der deutschen und europäischen beizutragen sollte auch prägend für die zukünftige Politik der CDU sein.

Antrag A126-Ä006

Änderungsantrag zu A126

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1396

1396 Wachstums aufgibt, ist eine Politik ~~der Verkümmerung~~des Niedergangs.

Begründung

Stil, Wortwahl.

Antrag A127: Zeile 1397 - 1408: Wir setzen auf einen starken Mittelstand

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1397 - 1408 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1397 **Wir setzen auf einen starken Mittelstand.** Unsere kleinen und mittleren
1398 Unternehmen sind das Herz und die Seele unserer starken Volkswirtschaft.
1399 Eine konsequente Mittelstandspolitik ist daher Voraussetzung für die
1400 Weiterentwicklung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung~~. Regulatorische~~
1401 ~~Hürden und steuerliche Belastungen~~ und für eine breite Wachstumsdynamik. Rechtliche Rahmenbedingungen müssen immer zuerst aus dem
1402 Blickwinkel des Mittelstands gedacht, bürokratische und steuerliche Belastungen reduziert werden. Wir werben für eine positive
1403 gesellschaftliche Grundhaltung zum Unternehmertum. Mittelständische
1404 Betriebe, das Handwerk, eigentümergeführte und Familienunternehmen,
1405 Dienstleister, Selbständige, freie Berufe, Landwirtschaft, Gastronomie und Einzelhandel
1406 haben in unserem Land eine wichtige wirtschaftliche, gesellschaftliche,
1407 soziale und stabilisierende Bedeutung. Diese gilt es wertzuschätzen und zu
1408 unterstützen.

Antrag A127-Ä001

Änderungsantrag zu A127

Antragsteller/in:	KV Herne
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1397 - 1398

1397 **Wir setzen auf einen starken Mittelstand.** Unsere kleineren und mittleren
1398 Unternehmen, insbesondere inhabergeführte, sind das Herz und die Seele unserer starken Volkswirtschaft.

Antrag A127-Ä002

Änderungsantrag zu A127

Antragsteller/in:	KV Herne
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1398

1398 Unternehmen, insbesondere inhabergeführte, sind das Herz und die Seele unserer starken Volkswirtschaft.

Begründung

Erfolgt gegebenenfalls mündlich.

Antrag A127-Ä003

Änderungsantrag zu A127

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1399

1399 Eine ~~konsequente Mittelstandspolitik~~den Mittelstand bestärkende Politik ist daher Voraussetzung für die

Begründung

Konkreter und greifbarer

Antrag A127-Ä004

Änderungsantrag zu A127

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1399 - 1402

1399 Eine konsequente Mittelstandspolitik ist daher ~~Voraussetzung für die~~
1400 ~~Weiterentwicklung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung.~~ Garant für eine breite Wachstumsdynamik, die Deutschland im Vergleich zu vielen anderen Ländern auszeichnet.Regulatorische
1401 Hürden und steuerliche Belastungen müssen immer ~~zuerst~~auch aus dem
1402 Blickwinkel des Mittelstands gedacht werden. Wir werben für eine positive

Begründung

Die marktwirtschaftliche Ordnung gilt für alle, nicht nur für den Mittelstand. Im Vergleich zu anderen Ländern zeichnet die deutsche Wirtschaft aus, dass es nicht nur große Unternehmen gibt, sondern einen sehr starken Mittelstand mit vielen Weltmarktführern in ihren jeweiligen Märkten. Den gilt es mit einer guten Mittelstandspolitik zu erhalten.

Antrag A127-Ä005

Änderungsantrag zu A127

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1400

1400 Weiterentwicklung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung. Bürokratie muss abgebaut werden und Gesetze, die den Mittelstand belasten, müssen kritisch überprüft werden. Regulatorische

Antrag A127-Ä006

Änderungsantrag zu A127

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1404

1404 Betriebe, das Handwerk, die Landwirtschaft, eigentümergeführte und Familienunternehmen,

Begründung

Die Landwirtschaft ist ein wesentlicher Wirtschaftszweig. Er sollte hier noch einmal explizit bei den mittelständischen Betrieben hervorgehoben werden.

Antrag A127-Ä007

Änderungsantrag zu A127

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1404 - 1405

1404 Betriebe, das Handwerk, ~~eigentümergeführte und Familienunternehmen,~~
1405 durch Inhaber und familiengeführte Unternehmen,
Dienstleister, Selbständige, freie Berufe, Gastronomie und Einzelhandel

Antrag A127-Ä008

Änderungsantrag zu A127

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1404

1404 Betriebe, das Handwerk, ~~eigentümergeführte~~inhabergeführte und Familienunternehmen,

Antrag A127-Ä009

Änderungsantrag zu A127

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1407

1407 soziale und stabilisierende Bedeutung. Diese gilt es wertzuschätzen ~~und~~durch Abbau von Bürokratie und schnellere Entscheidungsprozesse sowie den Kampf gegen den Fachkräftemangel zu

Antrag A127-Ä010

Änderungsantrag zu A127

Antragsteller/in:	KV Herne
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1407 - 1408

1407 soziale und stabilisierende Bedeutung. Diese gilt es wertzuschätzen ~~und zu~~
1408 , sie zu
unterstützen und zu erhalten.

Antrag A127-Ä011

Änderungsantrag zu A127

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1408

1408 unterstützen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Frauen als Unternehmerinnen und Gründerinnen verbessern.

Antrag A128: Zeile 1409 - 1421: Deutschland muss führendes Industrieland bleiben

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1409 - 1421 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1409 **Deutschland muss führendes Industrieland bleiben.** Die Industrie spielt
1410 bei unserer Wertschöpfung eine bedeutende Rolle. Die Stärke der deutschen
1411 Industrie entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist wesentlich für
1412 unsere strategische Resilienz. Wir werden den industriellen Kern unserer
1413 Wirtschaft stärken. ~~Hierfür setzen wir vor allem auf wettbewerbsfähige~~
1414 ~~Rahmenbedingungen in Ost und West.~~ Wir brauchen eine Wachstumsagenda
1415 mit Strukturreformen, die großen wie mittelständischen Unternehmen
1416 gleichermaßen zugutekommt: einen konsequenten Bürokratieabbau~~,~~

1417 und weniger Regulierung,
niedrige Steuern, ein ~~größeres und~~ sicheres, größeres und bezahlbares
Energieangebot, gut ausgebildete
1418 Arbeitskräfte sowie eine Investitions- und Innovationsoffensive für
1419 Wirtschaft, Energie und Klima zur Sicherung unseres Industriestandortes.
1420 ~~Wir werden~~Gleichzeitig müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Deutschland attraktiver für neue industrielle Geschäftsfelder wird. Wir werden deshalb der Digitalisierung und ~~Künstlicher~~Künstlichen Intelligenz einen
deutlich
1421 höheren Stellenwert einräumen.

Antrag A128-Ä001

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1409

1409 **Deutschland muss führendes Industrieland bleiben und führendes klimaneutrales Industrieland werden.** Die Industrie spielt

Antrag A128-Ä002

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1410 - 1412

1410 bei unserer Wertschöpfung eine bedeutende Rolle. Die Stärke der deutschen
1411 Industrie entlang der gesamten Wertschöpfungskette im europäischen Binnenmarkt und weltweit ist wesentlich für
1412 unsere strategische Resilienz. Für den Erhalt des Industriestandorts Deutschlands braucht es eine EU-Strategie für den Industriestandort Europa 2050, die zur Halbierung der bestehenden Gesetzeslast aus Brüssel im Vergleich zum Jahr 2023 führt. Wir werden den industriellen Kern unserer

Antrag A128-Ä003

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1410 - 1413

1410 bei unserer Wertschöpfung eine bedeutende Rolle. ~~Die Stärke der deutschen~~

1411 ~~Industrie entlang der gesamten Wertschöpfungskette~~Eine starke deutsche Industrie ist wesentlich für
1412 unsere strategische Resilienz. Wir werden ~~den industriellen Kern unserer~~
1413 ~~Wirtschaft~~die industrielle Wertschöpfung stärken. Hierfür setzen wir vor allem auf wettbewerbsfähige

Begründung

Volkswirtschaftlich halten wir es für einen Fehler, wenn wir unsere Industrie entlang der „gesamten“ Wertschöpfungskette stärken wollen. Unser Wohlstand beruht zu einem wesentlichen Teil auf der internationalen Arbeits-teilung. Signale, die als Aufbruch in eine geschlossene Volkswirtschaft gedeutet werden könnten, sollten wir im Interesse unserer Exportindustrie – und damit letztlich unseres Wohlstands - vermeiden.

Niemand weiß, was der „Kern“ der Wertschöpfung ist. Dies ändert sich über die Zeit, in der heutigen Zeit sogar dramatisch schnell. Politik sollte nicht den Eindruck erwecken zu wissen, was der „Kern der Wertschöpfung“ ist.

Antrag A128-Ä004

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1412

1412 unsere strategische Resilienz. Wir werden den Abwanderungstendenzen entgegenwirken und den industriellen Kern unserer

Antrag A128-Ä005

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1412 - 1414

1412 unsere strategische Resilienz. Wir werden ~~den industriellen Kern unserer~~
1413 Mittelstand und Industrie als Kerne einer nachhaltigen Wirtschaft stärken. Hierfür setzen wir vor allem auf wettbewerbsfähige
1414 Rahmenbedingungen ~~in Ost und West~~. Wir brauchen eine Wachstumsagenda

Antrag A128-Ä006

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1413 - 1414

1413 Wirtschaft stärken. Hierfür ~~setzen wir vor allem auf~~sind wettbewerbsfähige
1414 Rahmenbedingungen in Ost und West, Nord und Süd Grundvoraussetzungen. Wir brauchen eine Wachstumsagenda

Begründung

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel

Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen sind Grundvoraussetzungen, um den industriellen Kern in unserem Land zu erhalten und zu stärken.

Die Fokussierung auf die Unterschiede zwischen Ost und West ist mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht mehr zeitgemäß.

Antrag A128-Ä007

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1414 - 1421

1414 Rahmenbedingungen in Ost und West. Wir brauchen eine Wachstumsagenda
1415 mit Strukturreformen, die großen wie mittelständischen Unternehmen
1416 gleichermaßen zugutekommt: einen konsequenten Bürokratieabbau,
1417 niedrige Steuern, ein größeres und sicheres Energieangebot, gut ausgebildete
1418 Arbeitskräfte sowie eine Investitions- und Innovationsoffensive für
1419 Wirtschaft, Energie und Klima zur Sicherung unseres Industriestandortes.
1420 ~~Wir werden~~Gleichzeitig müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Deutschland ein attraktiver Standort für neue, industrielle Geschäftsfelder wird und Industrie 4.0 in der Breite Anwendung findet. Zur Weiterentwicklung unseres Industriestandortes werden wir deshalb der Digitalisierung und ~~Künstlicher~~Künstlichen Intelligenz einen ~~deutlich~~
1421 wesentlich höheren Stellenwert einräumen.

Begründung

Die zuvor im Text aufgeführten Maßnahmen reichen nicht aus, damit Deutschland ein attraktiver Standort etwa für neue industrielle Geschäftsfelder wie z.B. ‚Crispr Cas' wird.

Gleichzeitig sollte Industrie 4.0, ein Bereich, in dem Deutschland immer noch führend ist, Erwähnung finden. Wenn Industrie 4.0 in der Breite Anwendung findet, kann dies Produktivität in unserem Land deutlich erhöhen. Zum anderem kann hierdurch dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Industrie 4.0 kann, wenn es in der Breite Anwendung findet, damit das Potenzialwachstum unseres Landes deutlich erhöhen.

Bisher stehen die beiden Begriffe ‚Digitalisierung' und ‚Künstliche Intelligenz' in diesem Absatz (‚Deutschland muss führendes Industrieland bleiben') im luftleeren Raum. So sind sie nun in den Kontext des Absatzes eingebunden.

Antrag A128-Ä008

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1414

1414 Rahmenbedingungen in Ost und West. Wir brauchen eine qualitative Wachstumsagenda

Begründung

Das Wort „Wachstumsagenda“ ohne Qualifizierung könnte sich auf Szenarien mit z. B. großen umweltschädlichen Ergebnissen beziehen, die im Widerspruch zu anderen Abschnitten des Programms stünde.

Antrag A128-Ä009

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1414

1414 Rahmenbedingungen in ~~Ost und West~~allen Regionen. Wir brauchen eine Wachstumsagenda

Begründung

Aufhebung des alten Ost-West-Gegensatzes. Unterschiede bestehen nicht mehr zwischen Ost und West, sondern zwischen Regionen, Stadt und Land etc..

Antrag A128-Ä010

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1414

1414 Rahmenbedingungen in ~~Ost und West~~allen Teilen Deutschlands. Wir brauchen eine Wachstumsagenda

Begründung

Deutschland ist vielseitig, mit teils großen regionalen Unterschieden. Dies gilt nicht nur für Ost und West, sondern auch für Nord und Süd und insbesondere für das Gefälle von Stadt und ländlichem Raum.

Antrag A128-Ä011

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1414

1414 Rahmenbedingungen ~~in Ost und West~~. Wir brauchen eine Wachstumsagenda

Begründung

Die Wiedervereinigung ist inzwischen 34 Jahre her!!!!

Antrag A128-Ä012

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1415

1415 mit Strukturreformen, die großen wie mittelständischen und neuen Unternehmen

Begründung

Gerade mit Blick auf den Wandel der Industrie werden in den nächsten Jahren neue Marktteilnehmer entstehen. Diese sehen wir bereits derzeit in aktuellen Diskussion zur Solarindustrie mit Übernahmeangeboten bestehender Geschäfte durch neue, innovative Unternehmen.

Antrag A128-Ä013

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1415

1415 mit Strukturreformen, die großen wie Klein- und mittelständischen Unternehmen

Begründung

Ob große Unternehmen oder Einmannbetrieb, wir wollen allen die gleichen Möglichkeiten geben. Daher möchten wir explizit auch die kleinen Unternehmen erwähnen und ihnen Mut machen.

Antrag A128-Ä014

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1416 - 1417

1416 gleichermaßen zugutekommt: einen konsequenten ~~Bürokratieabbau,~~
1417 Abbau von unnötigen Regulierungen,
niedrige Steuern, ein größeres und sicheres Energieangebot, gut ausgebildete

Begründung

Bessere Formulierung.

Antrag A128-Ä015

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Saalekreis, LV Sachsen-Anhalt, Senioren Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1417

1417 niedrige Steuern, ein größeres ~~und~~, sicheres und preiswertes Energieangebot, gut ausgebildete

Begründung

Wirtschaftliches Wachstum und internationale Konkurrenzfähigkeit unseres Landes können nur funktionieren, wenn die Energiepreise mit denen anderer Industrieländer vergleichbar und nicht (wie derzeit) sehr viel höher liegen.

Antrag A128-Ä016

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land, LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1417

1417 niedrige Steuern, ein größeres, bezahlbares und sicheres Energieangebot, gut ausgebildete

Begründung

Neben einem großen und sicheren Energieangebot geht es für Industriebetriebe in diesen Zeiten vor allem um ein bezahlbares Angebot, um international wettbewerbsfähig produzieren zu können.

Antrag A128-Ä017

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1417

1417 niedrige Steuern, ein größeres und sicheres und wettbewerbsfähiges Energieangebot, gut ausgebildete

Begründung

Das Wort „wettbewerbsfähig“ soll hier zum Ausdruck bringen, das Energie auch immer bezahlbar sein muss.

Antrag A128-Ä018

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1417

1417 niedrige Steuern, ein größeres und sicheres Energieangebot, ein ökonomisch und ökologisch effizienter Hochlauf erneuerbarer Energien, gut ausgebildete

Antrag A128-Ä019

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1417

1417 niedrige Steuern, ein größeres und sicheres Energieangebot, zu wettbewerbsfähigen Kosten, gut ausgebildete

Antrag A128-Ä020

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Goslar
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1417

1417 niedrige Steuern, ein größeres ~~und~~, sicheres und günstiges Energieangebot, gut ausgebildete

Begründung

Energie muss sicher, aber auch bezahlbar sein!

Antrag A128-Ä021

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1417

1417 niedrige Steuern, ein größeres ~~und~~, sicheres und wettbewerbsfähiges Energieangebot, gut ausgebildete

Begründung

Hohe Energiepreise sind ein Hemmschuh für die deutsche Wirtschaft. Wir wollen die Standortfaktoren durch mehr Wettbewerb verbessern.

Antrag A128-Ä022

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1417

1417 niedrige Steuern, ein größeres, wettbewerbsfähiges und sicheres Energieangebot, gut ausgebildete

Begründung

Bezahlbare Energiepreise sind ein bedeutender Standortfaktor. Dies soll durch die Ergänzung auch hervorgehoben werden.

Antrag A128-Ä023

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1417

1417 ~~niedrig~~angemessene Steuern, ein größeres und sicheres Energieangebot, gut ausgebildete

Begründung

Nur niedrig allein sollte nicht das Ziel sein. Steuern dienen der Finanzierung des Staates und sind angemessen zu gestalten.

Antrag A128-Ä024

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1417

1417 niedrige Steuern, ein größeres und sicheres Energieangebot, gut ausgebaute und funktionierende Infrastruktur, gut ausgebildete

Begründung

Zur Verdeutlichung.

Antrag A128-Ä025

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	LV Sachsen-Anhalt, KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1418 - 1419

1418 Arbeitskräfte sowie eine Investitions- und Innovationsoffensive für
1419 ~~Wirtschaft,~~eine emissionsarme Wirtschaft und Energie ~~und Klima~~ zur Sicherung unseres Industriestandortes.

Begründung

Die Formulierung von einer Offensive für Klima ergibt keinen Sinn, denn Klima ist definitionsgemäß der Mittelwert der Witterung von mindestens 30 (zurückliegenden) Jahren. Allenfalls könnte man von Begrenzung der Erderwärmung sprechen. Das Ziel der Klimafreundlichkeit wird durch die Betonung der Emissionssenkung (emissionsarm) ausreichend dargestellt.

Antrag A128-Ä026

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1419

1419 Wirtschaft, Energie und Klima zur ~~Sicher~~Belebung unseres Industriestandortes.

Begründung

Es sind schon Industriebetriebe und Produktion abgewandert. Statt nur die verbleibende Industrie zu sichern, soll sie belebt werden.

Antrag A128-Ä027

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1419 - 1420

1419 Wirtschaft, Energie und Klima zur Sicherung unseres Industriestandortes.
1420 Hierbei sollen Projekte, die dem Gemeinwohl dienen, priorisiert und in ihrer Umsetzung beschleunigt werden.
Wir werden Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz einen deutlich

Begründung

Viele private Unternehmen arbeiten im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, wie etwa dem Ausbau von Straßen, dem Bau von Gebäuden oder dem Netzausbau. Solche Projekte, die dem Gemeinwohl dienen, sollen vorne angestellt werden.

Antrag A128-Ä028

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1420

1420 ~~Wir werden~~Um diesen Aufgaben zu begegnen, werden wir Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz einen deutlich

Begründung

So entsteht ein engerer Bezug zu den davor genannten Aufgaben und macht die Aussage griffiger.

Antrag A128-Ä029

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Stormarn
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1420 - 1421

1420 Wir werden Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz einen ~~deutlich~~
1421 ~~höheren~~entscheidenden und höchsten Stellenwert einräumen.

Antrag A128-Ä030

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1421

1421 höheren Stellenwert einräumen. Zum Erhalt unserer Arbeitsplätze in

energieintensiven Betrieben sind wettbewerbsfähige Energiekosten essenziell, weshalb wir uns neben der Ausweitung des Angebots auch für einen marktwirtschaftlichen, zeitlich befristeten Transformationsstrompreis einsetzen.

Begründung

Wollen wir die gut bezahlten Industriearbeitsplätze in Deutschland und damit eine Menge Wähler im demokratischen Spektrum erhalten, werden wir für dieses Jahrzehnt eine bezahlbare Brücke für die Industrie bauen müssen. Dieser Realität sollten wir ins Auge blicken und daher auch formulieren.

Antrag A128-Ä031

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Goslar
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1421

1421 höheren Stellenwert einräumen. Es darf keine zusätzlichen Regulierungen geben, die unsere Wettbewerbsfähigkeit schwächen.

Begründung

Wir sind der Meinung, Regulierung hemmt die Betriebe.

Antrag A128-Ä032

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1421

1421 höheren Stellenwert einräumen, wobei wir uns für innovationsfreundliche und praxisnahe Regulierung einsetzen.

Begründung

Die Regulierungsarchitektur für KI und Datenschutz darf nicht zu einem globalen Wettbewerbsnachteil für die EU werden. Daher sprechen wir uns für innovationsfreundliche und praxisnahe Fassungen des AI Acts und der DSGVO aus.

Antrag A128-Ä033

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Rhein-Erft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1421

1421 höheren Stellenwert einräumen.

Nur ein technologischer Rahmen auf neuestem Stand kann die Voraussetzung dafür sein, dass Deutschland auf den auch noch nicht absehbaren Wirtschaftsfeldern der Zukunft innovativ und wettbewerbsfähig bleiben und den Wohlstand langfristig erhalten kann.

Begründung

Die Rückstände beim Ausbau der letzten Jahre müssen aufgeholt werden. Insbesondere hohe Datenverarbeitungskapazitäten ermöglichen erst Innovationen auf dem Feld der Künstlichen Intelligenz. Künstliche Intelligenz bietet ein noch nicht vollständig abzusehendes wirtschaftliches Potenzial. Wir als CDU müssen uns deshalb bewusst sein, dass unser Wohlstand zum einen von der digitalen Infrastruktur abhängt, die wir bereitstellen müssen, und deshalb zum anderen dem Ausbau der digitalen Infrastruktur höchste Priorität einräumen.

Antrag A128-Ä034

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1421

1421 höheren Stellenwert einräumen.

Wir wollen Dienstleistungen zukunftsfähig machen. Der Industriestandort Deutschland behauptet sich nur gemeinsam mit produktiven und wettbewerbsfähigen Dienstleistungen. Innovative und hochwertige Dienstleistungen erschließen Wachstumspotentiale und sind ein Erfolgsfaktor für Produktion und Warenexporte. Die klassischen Dienstleistungen müssen noch stärker in die digitale Wertschöpfungskette eingegliedert werden. Soziale Dienstleistungen müssen durch mehr qualifizierte Beschäftigte ausgebaut werden.

Antrag A128-Ä035

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Steinfurt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A100

Zeile 1421

1421 höheren Stellenwert einräumen.

Deutschland ist ein starkes Reiseland für Urlauber aus dem In- und Ausland, aber auch für wichtige internationale und nationale Messen. Touristische Einrichtungen sind damit ein wichtiges Standbein der deutschen mittelständischen Wirtschaft und für die einheimische Gesellschaft eine wichtige Infrastruktur. Damit der Tourismus als Wirtschaftsfaktor und

Erholungsfaktor seinen Auftrag im Wandel erfüllen kann, sorgen wir für den notwendigen flexiblen Rechtsrahmen.

Begründung

Der Tourismus ist ein starker Wirtschaftsfaktor in Deutschland und gleichsam wichtig für die einheimische Bevölkerung, denn die Infrastruktur von Gasthäusern, Schwimmbädern, Radwegen und Wanderwegen wird gemeinschaftlich genutzt. Im Tourismus selbst arbeiten ca. 3 Mio. Menschen und tragen damit vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes bei.

Ebenso wie in der Industrie ist die Branche durch Klimawandel, Digitalisierung und Fachkräftemangel einem starken Strukturwandel ausgesetzt. Mit mehr passgenauer Flexibilität bei unseren hohen Standards (z.B. Anforderungen an Parkplätze, Toiletten, Arbeitsdokumentationen und Arbeitszeit) können wir dazu beitragen, dass dieser Wandel gelingt und die Branche weiterhin so stark bleibt.

Antrag A128-Ä036

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Hagen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1421

1421 höheren Stellenwert einräumen. Eckpfeiler bei diesen Entwicklungen bleiben die „Menschzentriertheit“ und die „Verantwortung des Menschen für Entscheidungen“ nach „Arbeits- und Fachkräftemangel

Begründung

Algorithmen, digitale Assistenzsysteme, die KI sowie die Robotik spielen für die Arbeitswelt eine immer größere Rolle. Diese gilt es zu nutzen, denn das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und entlastet die arbeitenden Menschen beispielsweise von monotonen und schweren körperlichen Tätigkeiten. Der Mensch gehört aber immer in den Mittelpunkt als entscheidende und steuernde Instanz.

Antrag A128-Ä037

Änderungsantrag zu A128

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1421

1421 höheren Stellenwert einräumen und hierfür einen chancenorientierten Rechtsrahmen schaffen.

Begründung

Rechtssicherheit ist die Basis für erfolgreiches Wirken in Wirtschaft, Verwaltung und Bildung. Hierfür müssen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Dabei ist uns aber die Betonung der

„Chancenorientierung“ sehr wichtig, da es nicht darum geht Innovationen kaputt zu regulieren, sondern ein Handlungsfeld aufzusetzen.

Antrag A129: Zeile 1422 - 1431: Der europäische Binnenmarkt muss wettbewerbsfähig bleiben

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A072-Ä017, A170-Ä002, A170-Ä004, A170-Ä005, A170-Ä006, A170-Ä008
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1422 - 1431 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1422 **Der europäische Binnenmarkt muss wettbewerbsfähig bleiben.**~~Hierzu~~
1423 Er gehört zu den größten Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses und hat den Wohlstand in Europa gemehrt. Für internationale Wettbewerbsfähigkeit setzen wir konsequent auf marktwirtschaftliche Instrumente, Entlastung,
1424 Deregulierung und Bürokratieabbau, Subsidiarität, Anreize, Innovation und
1425 Technologieoffenheit. Europäisches Recht setzen wir eins zu eins in nationales Recht um. Zudem setzen wir auf die geopolitische Souveränität
1426 Europas bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen und wichtigen
1427 Wirtschaftsgütern. Wir wollen durch europäische Forschungskooperationen
1428 Spitzentechnologie unterstützen. Unser Ziel ist ein souveräner europäischer
1429 digitaler Binnenmarkt mit einheitlichen Regeln für Unternehmen, damit
1430 diese schneller und einfacher skalieren können. Auch der
1431 Energiebinnenmarkt muss ausgebaut und vollendet werden.

Antrag A129-Ä001

Änderungsantrag zu A129

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1422

1422 **Der europäische Binnenmarkt muss wettbewerbsfähig bleiben.**Der europäische Binnenmarkt gehört zu den größten Errungenschaften des Europäischen Einigungsprozesses. Er hat den Wohlstand aller beteiligten Länder gemehrt. Allerdings muss die Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Binnenmarktes ständig durch eine Anpassung an sich rasch ändernde Rahmenbedingungen hochgehalten werden. Hierzu

Begründung

Der europäischen Wirtschaft ist derzeit nicht sehr wettbewerbsfähig.

Antrag A129-Ä002

Änderungsantrag zu A129

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1424

1424 Deregulierung und Bürokratieabbau, Subsidiarität, Anreize, Innovation und

Begründung

Subsidiarität ist eines unserer zentralen marktwirtschaftlichen Elemente.

Antrag A129-Ä003

Änderungsantrag zu A129

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen, KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1426

1426 Europas mit unseren gleichgesinnten Partnern in der Welt bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen und wichtigen

Begründung

Wir werden die Versorgung unserer Wirtschaft mit Rohstoffen nur mit "like minded partner" schaffen. Eine vollständige europäische geopolitische Souveränität bleibt ein Wunschdenken.

Antrag A129-Ä004

Änderungsantrag zu A129

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1428

1428 Spitzentechnologie ~~unterstützen~~auch staatlich fördern, um die Markteinführung in Deutschland und Europa sicher zu stellen. Unser Ziel ist ein souveräner europäischer

Begründung

Auch der Staat muss sich hier engagieren.

Antrag A129-Ä005

Änderungsantrag zu A129

Antragsteller/in:	KV Lippe
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A100

Zeile 1431

1431 Energiebinnenmarkt muss ausgebaut und vollendet werden. Deutschland ist ein starkes Reiseland für Urlauber aus dem In- und Ausland, aber auch für wichtige internationale und nationale Messen. Touristische Einrichtungen sind damit ein wichtiges Standbein der deutschen mittelständischen Wirtschaft und für die einheimische Gesellschaft eine wichtige Infrastruktur. Damit der Tourismus als Wirtschaftsfaktor und Erholungsfaktor seinen Auftrag im Wandel erfüllen kann, sorgen wir für den notwendigen flexiblen Rechtsrahmen.

Begründung

Der Tourismus ist ein starker Wirtschaftsfaktor in Deutschland und gleichsam wichtig für die einheimische Bevölkerung, denn die Infrastruktur von Gasthäusern, Schwimmbädern, Radwegen und Wanderwegen wird gemeinschaftlich genutzt. Im Tourismus selbst arbeiten ca. 3 Mio. Menschen und tragen damit vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes bei.

Ebenso wie in der Industrie ist die Branche durch Klimawandel, Digitalisierung und Fachkräftemangel einem starken Strukturwandel ausgesetzt. Mit mehr passgenauer Flexibilität bei unseren hohen Standards (z.B. Anforderungen an Parkplätze, Toiletten, Arbeitsdokumentationen und Arbeitszeit) können wir dazu beitragen, dass dieser Wandel gelingt und die Branche weiterhin so stark bleibt.

Antrag A130: Zeile 1432 - 1453: Wir bekennen uns zum Freihandel

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A070-Ä021
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1432 - 1445 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1446 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1447 - 1453 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1432 **Wir bekennen uns zum Freihandel.** Protektionismus und unlautere Handelspraktiken lehnen wir ab. Freier
1433 Handel muss regelbasiert sein, damit er ~~mehrt~~ den weltweiten Wohlstand mehrt - auch
1434 unseren. Wir bekennen uns zu den Prinzipien des freien Welthandels und
1435 wollen neue Handelsabkommen abschließen. Unsere Handelspolitik basiert
1436 auf Wechselseitigkeit und strategischen Allianzen. Wir streben weltweit
1437 Verbesserungen beim Marktzugang für europäische Güter und
1438 Dienstleistungen an. Handelsabkommen dienen der Verbesserung der

Handelsbeziehungen und dürfen nicht mit wirtschaftsfremden Themen überfrachtet werden. Zudem machen wir uns für die Freiheit der Handelswege stark. Diese müssen wir gegebenenfalls auch militärisch schützen.

Zu große und einseitige Abhängigkeiten lehnen wir ab. Wo möglich, begegnen wir diesem Risiko durch eine ~~möglichst multilaterale und auf verlässliche Partner gestützte~~ Handelsintegration mit unterschiedlichen, möglichst verlässlichen Partnern. Wo nötig, ~~schaffen wir in Deutschland und der EU eigene~~unterstützen wir den Aufbau eigener Kapazitäten in Deutschland und der EU, um wirtschaftlich souveräner und unabhängiger zu sein. Wir schützen unsere kritischen Infrastrukturen und Unternehmen vor Übernahmen durch systemische Rivalen. Denn stabiler Wohlstand braucht Souveränität.

Wir wollen unseren Rohstoffhandel ~~mit verlässlichen Partnern~~breit aufstellen. Mit ~~Rohstoffpartnerschaften auf europäischer Ebene und mit unseren~~ einer größeren Zahl an europäischen, transatlantischen und ~~verlässlichen Partnern weltweit wirken~~internationalen Rohstoffpartnerschaften wollen wir einseitigen und riskanten Abhängigkeiten entgegenwirken. Wir setzen auf De-Risking. Durch die Bevorratung strategischer Rohstoffe ist es möglich, schnell und flexibel auf Marktschwankungen zu reagieren. Dies ist zunächst eine privatwirtschaftliche Aufgabe. Es braucht aber auch koordinierte staatliche Unterstützung~~.~~ für Krisensituationen.

Antrag A130-Ä001

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land, LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1432

Wir bekennen uns zum Freihandel. Protektionismus und unlautere Handelspraktiken lehnen wir ab. Freier

Begründung

Beispielsweise das bewusste Schwemmen von Märkten mit günstigen Produkten, um dortige Marktteilnehmer zu verdrängen, sind unlautere Handelspraktiken, die wir ebenso wie Protektionismus ablehnen.

Antrag A130-Ä002

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1433

1433 Handel muss regelbasiert sein, damit er ~~mehrt~~ den weltweiten Wohlstand mehrt - auch

Begründung

Diese Ergänzung ist notwendig, damit dieses Ziel Gegenstand der Regelungen wird. Ohne eine klare Vorgabe und Zielsetzung besteht das Risiko, dass dieses Ziel nicht genügend beachtet wird. Keine Wohlstandsentwicklung oder Wohlstandsreduzierung sind wesentliche Gründe für die weltweiten Migrationsbewegungen.

Antrag A130-Ä003

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1434 - 1435

1434 unseren. Wir bekennen uns zu den Prinzipien des freien Welthandels ~~und~~
1435 auch auf See und
wollen neue Handelsabkommen abschließen. Unsere Handelspolitik basiert

Antrag A130-Ä004

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Leverkusen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1435

1435 wollen neue EU-basierte Handelsabkommen abschließen. Unsere Handelspolitik basiert

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A130-Ä005

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1435

1435 wollen neue Handelsabkommen abschließen, die die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung aller Handelspartner fördern. Unsere Handelspolitik basiert

Antrag A130-Ä006

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A170

Zeile 1436

1436 auf Wechselseitigkeit und strategischen Allianzen. Wir berücksichtigen dabei die Besonderheiten unserer Landwirtschaft. Wir streben weltweit

Antrag A130-Ä007

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1438 - 1440

1438 Dienstleistungen an. Handelsabkommen ~~dienen der Verbesserung der~~
1439 ~~Handelsbeziehungen und dürfen nicht mit wirtschaftsfremden Themen~~
1440 ~~überfrachtet werden~~berücksichtigen die Standards, die in der EU oder in Deutschland gesetzt sind. Damit unterstützen sie die heimische (Land-) Wirtschaft.

Begründung

In der Vergangenheit wurden viele Handelsabkommen geschlossen, welche die heimische Produktion geschwächt haben.

Antrag A130-Ä008

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1438 - 1440

1438 Dienstleistungen an. Handelsabkommen dienen sowohl der Verbesserung der
1439 Handelsbeziehungen ~~und dürfen nicht mit wirtschaftsfremden Themen~~
1440 ~~überfrachtet werden~~als auch der Förderung internationale Grundsätze und Werte, zu denen die Rechtsstaatlichkeit und soziale und ökologische Standards gehören. Eine politische Überfrachtung von Handelsabkommen lehnen wir ab.

Antrag A130-Ä009

Antragsteller/in:	LV Oldenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1438

1438 Dienstleistungen an. Handelsabkommen berücksichtigen die Standards, die in der EU oder in Deutschland gesetzt sind. Damit unterstützen sie die heimische (Land-) Wirtschaft. Handelsabkommen dienen der Verbesserung der

Begründung

In der Vergangenheit wurden viele Handelsabkommen geschlossen, welche die heimische Produktion geschwächt haben.

Der Antrag wird gemeinsam gestellt und gestützt vom:

- CDU Landesverband Oldenburg
- CDU Kreisverband Vechta

Antrag A130-Ä010

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1440

1440 überfrachtet werden. Neben seiner Mitgliedschaft in EU und NATO hat Deutschland als exportorientierte und auf Rohstoffe angewiesene Industrienation ein großes Interesse, seine Handelspolitik ebenfalls in einer weiteren globalen Bündnisstruktur zu stärken und so für eine attraktive Partnerschaft auf Augenhöhe einzutreten.

Begründung

Die Zeiten, in denen wir rein auf die WTO setzen konnten, sind vorbei. Es gilt der Realität ins Auge zu blicken und neben den bilateralen Abkommen auch neue Clubs zu initiieren. Im Bereich des Klimaclubs sind wir hier auf anderem Feld bereits tätig, während wir bei Handel und Rohstoffen kaum multilaterale Angebote an die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas machen.

Antrag A130-Ä011

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1440

1440 überfrachtet werden. Wir setzen uns für die Freiheit der Handelswege ein und werden diese, wenn nötig, auch mit militärischen Mitteln verteidigen.

Antrag A130-Ä012

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1440

1440 überfrachtet werden. Wir wollen dabei auch unsere heimische Landwirtschaft berücksichtigen.

Antrag A130-Ä013

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1440

1440 überfrachtet werden. Neben seiner Mitgliedschaft in EU und NATO hat Deutschland als exportorientierte und auf Rohstoffe angewiesene Industrienation ein großes Interesse, die EU-Handelspolitik ebenfalls in einer weiteren globalen Bündnisstruktur zu stärken und so für eine attraktive Partnerschaft auf Augenhöhe einzutreten.

Begründung

Die Zeiten in denen wir rein auf die WTO setzen konnten, sind vorbei. Es gilt der Realität ins Auge zu blicken und neben den bilateralen Abkommen auch neue Clubs zu initiieren. Im Bereich des Klimaclubs sind wir hier auf anderem Feld bereits tätig, während wir bei Handel und Rohstoffen kaum multilaterale Angebote an die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas machen.

Antrag A130-Ä014

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1440

1440 überfrachtet werden. Ein europäisches Lieferkettengesetz wird nicht benötigt. Es schafft nur Bürokratie und Wettbewerbsnachteile. Das deutsche Lieferkettengesetz werden wir ersatzlos streichen.

Antrag A130-Ä015

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1440

1440 überfrachtet werden.
Deutschland soll Schifffahrtsnation bleiben. Etwa 90% des Welthandels werden über den Seeweg abgewickelt. Wir setzen uns daher für die Freiheit der Handelswege auch im Seeverkehr ein und werden diese, wenn nötig, auch mit militäreischen Mitteln verteidigen.
Um als Exportnation im globalen Wettbewerb bestehen zu können, wollen wir eine moderne und leistungsstarke deutsche Handelsflotte erhalten und die darür notwendigen Rahmenbedingungen
schaffen. Wir bekennen uns zur strategischen Bedeutung der maritimen Wirtschaft einschließlich der See- und
Binnenhäfen und der Schiffbauindustrie.
Die Seewege und Seehäfen sollen als kritische Infrastruktur von nationaler Bedeutung eingestuft werden. Für
das Erreichen der Klimaziele werden wir den Verkehrsträger Binnenschiff stärken und den notwendigen
Ausbau der Binnenwasserstraßen beschleunigen.

Begründung

Die Maritime Wirtschaft wird im Gegensatz zu u.a. Landwirschaft, Industrie u.a. bisher an keiner Stelle im Grundsatzprogramm erwähnt. Dabei nimmt sie für die Exportnation Deutschland eine auch strategisch wichtige Rolle ein. Mit Blick auf die Energiewende trifft dies auch für die Häfen und Seewege zu. Und mit Blick u.a. auf den Bedarf und strategische Bedeutung von Marinefahrzeugen sollte auch der Erhalt der Schiffbaukompetenz nicht unerwähnt bleiben.

Antrag A130-Ä016

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1440

1440 überfrachtet werden. Zu einem fairen Freihandel gehört auch, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern darauf hinzuwirken, den Subventionswettlauf bei der Ansiedlung bestimmter Branchen zu beenden und vielmehr auf den Wettbewerb der Standortfaktoren zu setzen, wofür wir in Deutschland wieder bessere Rahmenbedingungen schaffen müssen.

Begründung

Derzeit wird unser marktwirtschaftliches System, zu dem wir uns zu Recht bekennen, auch durch massive Subventionsprogramme von China, den USA und anderen herausgefordert. Statt Standortbedingungen für alle zu verbessern, einschließlich der KMU, werden einzelne, meist große Player mit Subventionen „gefüttert“.

Antrag A130-Ä017

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1441 - 1443

1441 **Zu große und einseitige Abhängigkeiten lehnen wir ab.** Wo ~~möglich,~~
1442 notwendig,
begegnen wir diesem Risiko durch eine möglichst multilaterale und auf
1443 verlässliche Partner gestützte Handelsintegration. ~~Wo nötig,~~Für strategisch definierte Segmente
schaffen wir in

Begründung

Die neue Formulierung ist klarer und bestimmter.

Antrag A130-Ä018

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1441 - 1443

1441 **Zu große ~~und~~ einseitige Abhängigkeiten lehnen wir ab.** Wo möglich~~,~~
1442 begegnen wir diesem Risiko durch eine ~~möglichst multilaterale und auf~~
1443 ~~verlässliche Partner gestützte~~ Handelsintegration mit unterschiedlichen, möglichst verlässlichen Partnern. Wo nötig, schaffen wir in

Begründung

Wenn wir Staaten, die uns nicht per se zugeneigt sind, nicht in die Hände von autoritären oder gar diktatorischen Staaten treiben wollen, so sollte sich unsere Zusammenarbeit in Handelsfragen nicht an Begriffen wie ‚verlässlich‘ orientieren. Handelsverträge sind ja gerade so konzipiert, dass sie einen Rahmen für den (bilateralen) Handel schaffen; durch die Bestimmungen im Vertragstext also (mehr) Verlässlichkeit geschaffen bzw. gewährleistet wird. Hinzukommt, dass eine Handelsintegration nicht nur Abhängigkeiten in die eine Richtung, sondern auch in die andere Richtung schafft und damit von beiden Vertragsparteien als Druckmittel eingesetzt werden kann. Am Ende werden unsere einseitigen

Abhängigkeiten also nur dann reduziert, wenn wir mit möglichst vielen Partnern zusammenarbeiten.

Antrag A130-Ä019

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1443 - 1444

1443 verlässliche Partner gestützte Handelsintegration. Wo nötig, ~~schaffen wir in~~
1444 ~~Deutschland und der EU eigene~~unterstützen wir den Aufbau eigener Kapazitäten in Deutschland und der EU, um wirtschaftlich souveräner

Begründung

Kapazitäten sollten von Unternehmen, nicht vom Staat aufgebaut werden.

Antrag A130-Ä020

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1445

1445 und unabhängiger zu sein. Denn stabiler Wohlstand braucht Souveränität. Daraus folgt für Deutschland die Konsequenz einer interessengeleiteten Außenpolitik.

Begründung

Die deutliche Betonung der interessengeleiteten Außenpolitik entspricht der Unterscheidbarkeit zu anderen Parteien und sollte im Programm verankert werden.

Antrag A130-Ä021

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1445

1445 und unabhängiger zu sein. Denn stabiler Wohlstand braucht Souveränität. Dies gilt mit Blick auf die Daseinsvorsorge insbesondere für die Produktion von Arzneimitteln und Medizintechnik.

Begründung

Die Corona-Pandemie und die daraus folgenden Lieferengpässe bei Arzneimitteln und wichtiger

Medizintechnik haben uns die massive Abhängigkeit Deutschlands und Europas von dem reibungslosen Funktionieren globaler Lieferketten vor Augen geführt. Da dieser Produktionsbereich nicht wieder jeder andere ist und eine direkte Auswirkung auf die Gesundheit und das Leben vieler Menschen hat, verdient er eine besondere Nennung im Grundsatzprogramm der CDU. Die CDU sollte sich für eine Sicherstellung der Arzneimittelversorgung der Bevölkerung in Deutschland einsetzen. Dafür streben wir eine heimische Herstellung dieser Produkte in Deutschland und Europa an.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A130-Ä022

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1445

1445 und unabhängiger zu sein. Wir schützen unsere kritische Infrastruktur und Unternehmen vor der Übernahme systemische Rivalen. Denn stabiler Wohlstand braucht Souveränität.

Antrag A130-Ä023

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1445

1445 und unabhängiger zu sein. ~~Denn stabiler Wohlstand braucht Souveränität.~~

Antrag A130-Ä024

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1446 - 1452

1446 ~~**Wir wollen Rohstoffhandel mit verlässlichen Partnern.** Mit~~
1447 ~~Rohstoffpartnerschaften auf europäischer Ebene und mit~~Wir wollen unseren
1448 ~~transatlantischen und verlässlichen Partnern weltweit wirken~~Rohstoffhandel breit aufstellen. Mit einer größeren Zahl an europäischen und internationalen Rohstoffpartnerschaften wollen wir einseitigen und riskanten
1449 Abhängigkeiten entgegenwirken. Wir setzen auf De-Risking. Durch die Bevorratung
1450 strategischer Rohstoffe ist es möglich, schnell und flexibel auf
1451 Marktschwankungen zu reagieren. Dies ist zunächst eine
1452 privatwirtschaftliche Aufgabe. Es braucht aber auch staatliche

Begründung

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel

Antrag A130-Ä025

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1447 - 1448

1447 Rohstoffpartnerschaften auf europäischer Ebene ~~und~~ ,mit unseren
1448 transatlantischen und verlässlichen Partnern weltweit und immer besser geschlossenen Altstoff-Rohstoff-Kreisläufen wirken wir riskanten

Begründung

Ein hoher Grad an Geschlossenheit von Altstoff-Rohstoff-Kreisläufen ist nicht nur umweltpolitisch geboten, sondern senkt den Anteil an Rohstoffen, die auf anderen Wegen beschafft werden müssen.

Antrag A130-Ä026

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1449

1449 Abhängigkeiten entgegen. Wir setzen auf ~~De-Riski~~Risikominimierung. Durch die Bevorratung

Begründung

Man sollte in einem Programm einer deutschen Partei möglichst keine Anglizismen gebrauchen, wenn es dazu deutsche Begriffe gibt.

Antrag A130-Ä027

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1449 - 1452

1449 Abhängigkeiten entgegen. Wir setzen auf De-Risking. ~~Durch~~Dazu gehört bis auf Weiteres die Bevorratung
1450 strategischer Rohstoffe ~~ist es möglich~~, um schnell und flexibel auf
1451 Marktschwankungen zu reagieren. Dies ist zunächst eine

1452 privatwirtschaftliche Aufgabe. Es braucht aber auch staatliche

Begründung

Die Bevorratung insbesondere strategischer Rohstoffe wird zu erheblichen Konflikten führen und ist insofern keine wirklich gute Idee.

Antrag A130-Ä028

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Muelheim/Ruhr
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1449 - 1450

1449 Abhängigkeiten entgegen. Wir setzen auf De-Risking. Durch die Bevorratung
1450 strategischer Rohstoffe sowie den Aufbau benötigter Rohstoffaufbereitungsanlagen ist es möglich, schnell und flexibel auf

Begründung

Für Deutschland und Europa ist eine sichere Rohstoffversorgung unabdingbar. Vor allem sollte es keine Abhängigkeiten von nur einem Land geben. Diesen Fehler haben wir schon in dem Bereich der Energie mit russischem Gas gemacht und dies war katastrophal. Deswegen sollte es logisch sein, diesen Fehler nicht in anderen Bereichen der wirtschaftlichen Versorgung zu wiederholen. Viele metallische Rohstoffe, welche wir u.a. für die Energiewende benötigen, gehören laut der DERA-Rohstoffliste 2023 zur höchsten Risikostufe und es besteht somit eine hohes Risiko für eine sichere Versorgung von diesen Rohstoffen. Dies kommt u.a. daher, dass bestimmte Länder wie China als größte Bergbaunation oder Kongo ein Monopol auf bestimmte kritische Rohstoffe haben. Zudem haben diese Länder keine anspruchsvollen Umweltstandards und gute Arbeitsbedingungen wie in Deutschland, was eine weiteres Problem ist. Aus diesen Gründen erachten wir es für sinnvoll, auch im Hinblick auf die geopolitische Lage, in einer europäischen Kooperation andere Rohstoffversorgungswege zu erschließen, einen Rohstoffvorrat anzulegen und die Kreislaufwirtschaft zu verbessern.

Antrag A130-Ä029

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1450

1450 strategischer Rohstoffe und möglichst mehreren Partnern in der Welt ist es möglich, schnell und flexibel auf

Begründung

Wir werden die Versorgung unserer Wirtschaft mit Rohstoffen nur mit möglichst vielen Partnern schaffen. Allein auf Bevorratung zu setzen wäre sehr gewagt und in manchen Teilen auch nicht realistisch.

Antrag A130-Ä030

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1450

1450 strategischer Rohstoffe und möglichst mehreren Partnern in der Welt ist es möglich, schnell und flexibel auf

Begründung

Wir werden die Versorgung unserer Wirtschaft mit Rohstoffen nur mit möglichst vielen Partnern schaffen. Allein auf Bevorratung zu setzen wäre sehr gewagt und in manchen Teilen auch nicht realistisch.

Antrag A130-Ä031

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1451

1451 Marktschwankungen zu reagieren. Neben dem Rohstoffabbau gilt es stets die gesamte Lieferkette und Verarbeitungsschritte zu betrachten. Dies ist zunächst eine

Begründung

Während der Abbau von Rohstoffen in vielen Teilen der Welt stattfindet, hat China in den letzten Jahren sehr strategisch die ersten und zweiten Verarbeitungsschritte günstig gemacht und zu sich ins Land geholt. Damit kontrollieren sie weite Teile der Wertschöpfungskette. Dies sollten wir, neben dem Rohstoffabbau, mitbetrachten.

Antrag A130-Ä032

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1451

1451 Marktschwankungen zu reagieren. Neben dem Rohstoffabbau gilt es stets die gesamte Lieferkette und Verarbeitungsschritte zu betrachten. Dies ist zunächst eine

Begründung

Während der Abbau von Rohstoffen in vielen Teilen der Welt stattfinden, hat China in den letzten Jahren sehr strategisch die ersten und zweiten Verarbeitungsschritte günstig gemacht und zu sich ins Land geholt. Damit kontrollieren sie weite Teile der Wertschöpfungskette. Dies sollten wir, neben dem Rohstoffabbau, mitbetrachten.

Antrag A130-Ä033

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1452

1452 privatwirtschaftliche Aufgabe. Es braucht aber auch koordinierte staatliche

Begründung

Durch das Wort „koordinierte“ wird klarer was gemeint ist.

Antrag A130-Ä034

Änderungsantrag zu A130

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1453

1453 Unterstützung für Krisensituationen.

Begründung

Bis auf ganz wenige Ausnahmen (vor allem Energie) ist die Bevorratung strategischer Rohstoffe eine Aufgabe der Unternehmen. Sie zu unterstützen, würde den Staat finanziell überfordern, ggf. auch zu hohen finanziellen Verlusten führen.

Antrag A131: Zeile 1454 - 1471: Europa muss Rahmenbedingungen schaffen, die den Ausbau strategischer Basis- und Schlüsseltechnologien fördern

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende	A124-Ä001

Anträge:	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1454 - 1460 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1461 - 1462 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 1466 - 1471 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1454 **Europa muss Rahmenbedingungen schaffen, die den Ausbau**
1455 **strategischer Basis- und Schlüsseltechnologien ~~fördern~~ermöglichen.** Die Bedeutung
1456 digitaler Technologien für unsere Sicherheit, aber auch unseren Wohlstand
1457 und unseren Alltag allgemein wächst stetig. Wir sind als Europa in vielen
1458 Technologiebereichen abhängig von anderen Akteuren. Um künftig unsere
1459 Werte und unseren Platz auch in der digitalen Welt sichern zu können,
1460 müssen wir in Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz und
1461 Quantencomputing eine führende Rolle einnehmen, die es uns ermöglicht, die
1462 Spielregeln ~~zu bestimmen~~mitzubestimmen. Unser Zielbild ist ein digital souveränes Europa,
1463 das seine Sicherheits- und wirtschaftlichen Interessen auch in
1464 Technologiefragen selbstbewusst vertritt und mit eigenen Fähigkeiten
1465 untermauert.

1466 **Wir wollen einen innovationsoffenen Rahmen setzen.** Wir sehen unsere
1467 Aufgabe darin, einen Rahmen für Innovationen zu setzen und leistungsfähige
1468 Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Innovationen entstehen in
1469 Unternehmen: Sie brauchen Freiräume, um führende Technologien ~~und~~
1470 , Anwendungen und neue Arbeitswelten zu entwickeln. Wir müssen Schluss machen mit der Idee, dass der Staat besser weiß, wie sich Menschen und Unternehmen für die Zukunft aufstellen. Freiheit ist Innovationstreiber, Verbote sind es
1471 nicht.

Antrag A131-Ä001

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1455

1455 **strategischer Basis- und Schlüsseltechnologien ~~fördern~~ermöglichen.** Die Bedeutung

Begründung

Mit dem Begriff ‚fördern' ist gedanklich immer ‚staatliche Förderung' verbunden. ‚Staatliche Förderung' sollte in diesem Absatz aber nicht das Ziel sein.

Antrag A131-Ä002

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A123

Zeile 1460 - 1461

1460 müssen wir in Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz ~~und~~
1461 , Quantencomputing und Genchirurgie eine Rolle einnehmen, die es uns ermöglicht, die

Begründung

Die Genchirurgie (Genom Editing) entwickelt sich derzeit zu einer der führenden Technologien des 21. Jahrhunderts und wird sowohl die (biobasierte) Wirtschaft und die Medizin maßgeblich voranbringen. Deutschland muss alles unternehmen, um international mit dieser Entwicklung mitzuhalten.

Antrag A131-Ä003

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1460 - 1462

1460 müssen ~~wir in~~die Bedingungen für die Entwicklung von Schlüsseltechnologien wie ~~Künstlicher~~Künstliche Intelligenz ~~und~~
1461 oder Quantencomputing ~~eine Rolle einnehmen, die es uns ermöglicht, die~~
1462 ~~Spielregeln zu bestimmen~~entscheidend verbessert werden. Unser Zielbild ist ein digital souveränes Europa,

Begründung

Es geht nicht darum, die Spielregeln zu bestimmen, sondern um eine dynamische Entwicklung in diesen Bereichen.

Antrag A131-Ä004

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion, KV Unna
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1461

1461 Quantencomputing eine führende Rolle einnehmen, die es uns ermöglicht, die

Begründung

Es sollte unser Anspruch sein, eine **führende** Rolle in diesen Bereichen einzunehmen.

Antrag A131-Ä005

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1461 - 1462

1461 Quantencomputing eine ~~R~~Vorreiterrolle einnehmen~~, die es uns ermöglicht, die~~
1462 ~~Spielregeln zu bestimmen~~. Unser Zielbild ist ein digital souveränes Europa,

Begründung

Bis Deutschland in KI und in Quantencomputing die Spielregeln bestimmen kann, wird es noch etwas dauern... Wir sollten realistisch bleiben und müssen darauf achten, nicht den Anschluss zu verlieren. Es gilt einiges aufzuholen.

Antrag A131-Ä006

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1461 - 1462

1461 Quantencomputing eine ~~Rolle~~Führungsrolle einnehmen~~, die es uns ermöglicht, die~~
1462 ~~Spielregeln zu bestimmen~~. Unser Zielbild ist ein digital souveränes Europa,

Begründung

Betonung des Ermöglichens, nicht der Regulierung.

Antrag A131-Ä007

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1462

1462 Spielregeln ~~zu bestimmen~~mitzubestimmen. Unser Zielbild ist ein digital souveränes Europa,

Begründung

Deutschland und Europa sind stark, aber dass wir die weltweiten Spielregeln alleine bestimmen, ist gewagt. Mitbestimmen ist daher der bessere Ansatz.

Antrag A131-Ä008

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1462 - 1465

1462 Spielregeln mit zu bestimmen. Unser Zielbild ist ein digital souveränes Europa,
1463 das seine Sicherheits- und wirtschaftlichen Interessen auch in
1464 Technologiefragen selbstbewusst vertritt und mit eigenen Fähigkeiten
1465 untermauert. Zugleich sind wir uns bewusst, dass europäische Regulierung im Bereich der Digitalindustrie berücksichtigen muss, dass wir gegenüber starken Wettbewerbern in anderen Teilen der Welt wettbewerbsfähig werden müssen.“

Begründung

Man muss aufpassen, sich nicht lächerlich zu machen, wenn man im Bereich Digitalindustrie/KI behauptet, Europa sei in der Lage oder könne absehbar in diese kommen, die Spielregeln zu bestimmen. Davon ist Europa weit entfernt und droht durch eigene Regulierung sogar Einfluss in diesem Bereich zu verlieren.

Der zweite Satz nimmt dies auf und warnt davor, dass eine zu europazentrierte Sicht bei der Regulierung nicht zu globalen Standards für die Digitalindustrie führen wird, sondern Europas Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit bremst

Antrag A131-Ä009

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Bergstrasse
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1462

1462 Spielregeln in Europa zu bestimmen. Unser Zielbild ist ein digital souveränes Europa,

Antrag A131-Ä010

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1462

1462 Spielregeln zu ~~bestimm~~gestalten. Unser Zielbild ist ein digital souveränes Europa,

Begründung

Wir begrüßen den hohen Stellenwert den künstliche Intelligenz und Quantencomputing hier einnehmen. Jedoch ist „zu bestimmen“ hier nicht das angebrachte Wording. Die CDU möchte gestalten und die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen, aber nicht bevormunden.

Antrag A131-Ä011

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1465

1465 untermauert. Dabei wenden wir uns gegen jede Überregulierung. Zweifelsohne muss klar sein, wo KI autonom agiert und Entscheidungen durch einen Algorithmus getroffen werden - und wie diese durch einen Menschen überprüft werden können. Es ist aber nicht ersichtlich, warum etwa Kennzeichnungspflichten bei Künstlicher Intelligenz an Stellen eingeführt werden sollten, an denen KI nur als Hilfsmittel eingesetzt wird, aber am Ende ein Mensch für das Ergebnis verantwortlich ist. Ebenso ist eine Unterscheidung von „KI“ und Manipulation durch Menschen oder durch Werkzeuge, die nicht unter die Definition von KI fallen, nicht scharf zu treffen. Zudem gibt es keinen Grund, warum Werke einen größeren Schutz davor haben sollen, von Maschinen als von Menschen betrachtet zu werden.

Begründung

Zu viele Regeln führen zu Rechtsunsicherheit und damit zu einem Standortnachteil für Europa. Wenn KI nur als ein Werkzeug neben vielen anderen eingesetzt wird, muss dies dem Nutzer des Werkzeugs bewusst sein, nicht dem Endkunden.

Antrag A131-Ä012

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1466 - 1468

1466 **Wir wollen einen innovationsoffenen Rahmen setzen.** Wir sehen unsere
1467 Aufgabe darin, einen Rahmen für Innovationen zu setzen und leistungsfähige
1468 Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Hierfür müssen wir die Prozesse und Verfahren für Anträge und Fördermittel beschleunigen und verbessern. Insbesondere bei Europäischen Mittelabfluss befindet sich Deutschland im Mittelfeld. Auch hier muss eine Spitzenposition eingenommen werden. Innovationen entstehen in

Antrag A131-Ä013

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A133

Zeile 1469

1469 ~~Unternehmen:~~Unternehmen und Universitäten: Sie brauchen Freiräume, um führende Technologien und

Begründung

Damit Innovationen entstehen können, ist es wichtig, dass Universitäten enger mit der Wirtschaft zusammenarbeiten.

Antrag A131-Ä014

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1469 - 1470

1469 Unternehmen: Sie brauchen Freiräume, um führende Technologien ~~und~~
1470 ,
Anwendungen und neue Arbeitswelten zu entwickeln. Freiheit ist Innovationstreiber, Verbote sind es

Begründung

Umfassendere Betrachtung der Transformationsprozesse auf dem Arbeitsmarkt.

Antrag A131-Ä015

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1470 - 1471

1470 Anwendungen zu entwickeln. ~~Freiheit ist Innovationstreiber, Verbote sind es~~
1471 ~~nicht~~Innovation muss technologieoffen sein, ohne Denkverbote.

Begründung

Zu oft werden heute Technologien verboten, ohne sich klar zu werden, dass Innovationssprünge möglich sind. Beispiel: FCKW und Kühlschränke.

Antrag A131-Ä016

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1471

1471 nicht. Ebenso verhindern dauerhafte Subventionen echte Innovationen. Wir müssen Schluss machen mit der Idee, der Staat weiß besser, wie Menschen und Unternehmen sich für die Zukunft aufstellen. Mit einer immer komplizierteren Förderpolitik werden Menschen und Unternehmen aber auch staatliche Behörden oder Kommunen überfordert. Wir wollen den Menschen und Unternehmen stattdessen ihr Geld über eine kluge Steuerpolitik sowie verlässlichen Rahmenbedingungen belassen und damit eigenverantwortlich einen größeren Spielraum ermöglichen.

Antrag A131-Ä017

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1471

1471 nicht. Ebenso verhindern dauerhafte Subventionen echte Innovationen. Wir müssen Schluss machen mit der Idee, der Staat weiß besser, wie Menschen und Unternehmen sich für die Zukunft aufstellen. Mit einer immer komplizierteren Förderpolitik werden zwangläufig Menschen und Unternehmen aber auch staatliche Behörden sowie Kommunen überfordert. Wir wollen stattdessen den Menschen und Unternehmen ihr Geld über eine kluge Steuerpolitik lassen und mit verlässlichen Rahmenbedingungen einen größeren eigenverantwortlichen Spielraum ermöglichen.

Antrag A131-Ä018

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	LV Baden-Wuerttemberg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1471

1471 nicht. Ebenso verhindern dauerhafte Subventionen echte Innovationen. Wir müssen Schluss machen mit der Idee, der Staat weiß es besser, wie Menschen und Unternehmen sich für die Zukunft aufstellen. Mit einer immer komplizierteren Förderpolitik werden Menschen und Unternehmen, aber auch staatliche Behörden oder Kommunen überfordert. Wir wollen den Menschen und Unternehmen stattdessen ihr Geld über eine kluge Steuerpolitik sowie verlässliche Rahmenbedingungen belassen und damit eigenverantwortlich einen größeren Spielraum ermöglichen.

Antrag A131-Ä019

Änderungsantrag zu A131

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1471

1471 nicht. Forschung und Wissenschaft soll dabei so frei und unbeschränkt wie möglich stattfinden können.

Begründung

Durch das Hervorheben von Risiken neuer Technologien im gesellschaftlichen und politischen Diskurs sowie strenge Regulierungen in bestimmten Bereichen, liegt z.B. die USA in der Forschung in der Medizintechnik weit vor Europa. Bestehende Regulierungen sind daher kritisch auf ihren Nutzen und die Verhältnismäßigkeit zu prüfen.

Antrag A132: Zeile 1472 - 1478: Deutschland braucht eine neue Gründerzeit

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1472 - 1478 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1472 **Deutschland braucht eine neue Gründerzeit.** Unser Land war schon immer geprägt von seinem Innovations- und Unternehmergeist. Bei technologischen
1473 Durchbrüchen und Sprunginnovationen muss Deutschland wieder Weltspitze ~~sein.~~
1474 werden. Wir unterstützen jene, die bereit sind, unternehmerische Risiken zu tragen und Verantwortung für sich und ihre Beschäftigten zu übernehmen. Rahmenbedingungen und Prozesse für Gründungen müssen ~~nachhaltig~~
1475 erheblich verbessert werden. Ein Gründungsprozess darf nicht länger als ein
1476 Fußballspiel dauern. Mit Gründerschutzzonen in ~~den ersten beiden Jahren~~
1477 der Startphase wollen wir bürokratie- und regulierungsfreie Räume schaffen. Wir setzen uns
1478 ein für bessere Finanzierungsbedingungen in allen Wachstumsphasen.

Antrag A132-Ä001

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1472 - 1478

1472 **Deutschland braucht eine neue Gründerzeit.** ~~Bei technologischen~~
1473 ~~Durchbrüchen und Sprunginnovationen muss Deutschland Weltspitze sein.~~

~~Rahmenbedingungen und Prozesse für Gründungen müssen nachhaltig verbessert werden. Ein Gründungsprozess darf nicht länger als ein Fußballspiel dauern.~~ Mit ~~Gründerschutzzonen in den ersten beiden Jahren~~ einem Abbau der Überregulierung und Bürokratie über alle Branchen hinweg wollen wir ~~bürokratie- und regulierungsfreie Räume~~die nötigen Freiräume schaffen~~. Wir setzen uns ein für bessere Finanzierungsbedingungen in allen Wachstumsphasen~~, damit ein Anreiz für die Gründung und Fortführung von Unternehmen aller Art entsteht und sich wieder ein starkes Unternehmertum in unserem Land entwickeln kann.

Begründung

Mehr Freiheit für Unternehmen zu schaffen, erfordert einen weitreichenden Abbau der Überregulierung und Bürokratie. Notwendig ist dafür eine Abschaffung möglichst vieler Vorschriften, die Wirtschaft und Bürger in ihren Freiheiten einschränken.

Einfach mal machen – das gelingt nur, wenn der Staat sich weniger einmischt. Wir Christdemokraten wollen deshalb für mehr Freiheit sorgen. Dazu bedarf es Abschaffung der überbordenden staatlichen Einmischung durch Vorschriften und Behörden – aber mit gleicher Geltung für alle! Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz sind im freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat unauflöslich miteinander verbunden.

Antrag A132-Ä002

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1472

Deutschland braucht eine neue Gründerzeit. Es war schon immer geprägt von seinem Innovations- und Unternehmergeist. Bei technologischen

Antrag A132-Ä003

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1473 - 1474

Durchbrüchen und Sprunginnovationen muss Deutschland wieder Weltspitze ~~sein.~~ werden.

Rahmenbedingungen und Prozesse für Gründungen müssen nachhaltig

Antrag A132-Ä004

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1473

1473 Durchbrüchen und ~~Sprunginnovationen~~außergewöhnlichen Innovationen muss Deutschland Weltspitze sein.

Begründung

Bessere Verständlichkeit.

Antrag A132-Ä005

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1474

1474 Gleichzeitig wollen wir jene unterstützen, die bereit sind unternehmerische Risiken zu tragen und damit Verantwortung für sich und ihre Angestellten übernehmen. Rahmenbedingungen und Prozesse für Gründungen müssen nachhaltig

Begründung

Durch diese Ergänzung wollen wir die Wertschätzung für das Unternehmertum im Grundsatzprogramm unterstreichen. Wir als CDU sind über jeden Menschen glücklich, der sich mit einer Geschäftsidee selbstständig macht und Verantwortung für die Gesellschaft übernimmt.

Gleichzeitig sorgt er für Arbeitsplätze und bietet seinen Mitarbeitern eine Lebensgrundlage (in Form von Gehaltszahlungen).

Antrag A132-Ä006

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1474 - 1476

1474 Rahmenbedingungen und Prozesse für Gründungen müssen ~~nachhaltig~~
1475 erheblich
verbessert werden. ~~Ein Gründungsprozess darf nicht länger als ein~~
1476 ~~Fußballspiel dauern.~~ Mit Gründerschutzzonen in den ersten beiden Jahren

Antrag A132-Ä007

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz, KV Schaumburg, KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1475 - 1476

1475 verbessert werden. ~~Ein Gründungsprozess darf nicht länger als ein~~
1476 ~~Fußballspiel dauern.~~ Mit Gründerschutzzonen in den ersten beiden Jahren

Begründung

Polemik sollte man sich hier sparen.

Antrag A132-Ä008

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1475 - 1476

1475 verbessert und beschleunigt werden. ~~Ein Gründungsprozess darf nicht länger als ein~~
1476 ~~Fußballspiel dauern.~~ Mit Gründerschutzzonen in den ersten beiden Jahren

Begründung

Der Satz ist zu flapsig. Das Ziel der Beschleunigung ist unbestritten.

Antrag A132-Ä009

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1475 - 1477

1475 verbessert werden. ~~Ein Gründungsprozess darf nicht länger als ein~~
1476 ~~Fußballspiel dauern.~~ Mit Gründerschutzzonen in den ersten beiden Jahren
1477 wollen wir bürokratie- und regulierungs~~frei~~arme Räume schaffen. Wir setzen uns

Begründung

Ist sachlich falsch.

Antrag A132-Ä010

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1475 - 1476

1475 verbessert werden. Ein Gründungsprozess ~~darf nicht länger als ein~~
1476 ~~Fußballspiel dauern~~muss verbessert und beschleunigt werden. Mit Gründerschutzzonen in den ersten beiden Jahren

Antrag A132-Ä011

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	Junge Union, KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1476

1476 Fußballspiel dauern. Mit Gründerschutzzonen in den ersten ~~beiden~~drei Jahren

Begründung

Die ersten Jahre bei der Unternehmensgründung sind entscheidend für das Gelingen. In der Regel entscheidet sich mit dem dritten Jahr, ob eine Idee Marktreife entwickelt oder nicht. Auch die mittelfristige Finanzplanung muss für drei Jahre bei Förderern in der Regel vorgelegt werden. Für dieses dritte Jahr wollen wir Gründern den Rücken frei halten und sie erfolgreich begleiten.

Antrag A132-Ä012

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	KV Herne
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1476 - 1477

1476 Fußballspiel dauern. ~~Mit Gründerschutzzonen in den~~Für die ersten beiden ~~Jahren~~
1477 Jahre
wollen wir bürokratie- und regulierungsfreie Räume schaffen. Wir setzen uns

Antrag A132-Ä013

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau, KV Kleve
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1477

1477 wollen wir bürokratie- und regulierungs~~frei~~arme Räume schaffen. Wir setzen uns

Antrag A132-Ä014

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land

Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1478

1478 ein für bessere Finanzierungsbedingungen und zu initiierende Private Public Partnerships und innovationsfreundliche Regulierungen in allen Wachstumsphasen.

Begründung

Es sollten zusätzliche Rahmenbedingungen für eine neue Gründerzeit geschaffen werden.

Antrag A132-Ä015

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1478

1478 ein für bessere Finanzierungsbedingungen in allen Wachstumsphasen. Wir wollen die Bereitstellung von Risikokapital erleichtern.

Antrag A132-Ä016

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1478

1478 ein für bessere Finanzierungsbedingungen und wollen die Bereitstellung von Risikokapital in allen Wachstumsphasen erleichtern.

Antrag A132-Ä017

Änderungsantrag zu A132

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1478

1478 ein für bessere Finanzierungsbedingungen in allen Wachstumsphasen. Insbesondere braucht es bessere Rahmenbedingungen und stärkere Anreize für Unternehmensgründungen und den Start in die Selbstständigkeit von Frauen.

Antrag A133: Zeile 1479 - 1485: Wissenschaft und Wirtschaft müssen mehr zusammenarbeiten

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A131-Ä013
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1479 - 1485 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1479 **Wissenschaft und Wirtschaft müssen mehr zusammenarbeiten.** In der
1480 Kooperation von Unternehmen, ~~Universitäten~~Hochschulen und Forschungszentren liegen
1481 enorme Chancen, die wir stärker nutzen wollen. Die stärkere Unterstützung von Hochschulen bei gleichzeitiger Erhaltung der Unabhängigkeit der Wissenschaft begrüßen wir ausdrücklich. Wir setzen uns für mehr
1482 Unternehmergeist und Ausgründungen aus der Wissenschaft ein. Wir
1483 brauchen mehr verfügbares Investitionskapital und bessere
1484 Rahmenbedingungen. Hierfür bedarf es eines strategischen Ansatzes auch in
1485 Form einer nationalen ~~Patent~~Ausgründungs- und ~~Ausgründungsstrategie~~ Patentstrategie.

Antrag A133-Ä001

Änderungsantrag zu A133

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion, KV Unna
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1480

1480 Kooperation von Unternehmen, ~~Universitäten~~Hochschulen und Forschungszentren liegen

Begründung

Der Begriff Universitäten sollte durch Hochschulen ersetzt werden, da hier „Fachhochschulen“und „Universitäten“ gemeint sein sollten.

Auch Fachhochschulen sollten Teil von Kooperation sein, nicht nur Universitäten.

Antrag A133-Ä002

Änderungsantrag zu A133

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1481

1481 enorme Chancen, die wir stärker nutzen wollen. Die stärkere Unterstützung von Hochschulen bei gleichzeitiger Erhaltung der Unabhängigkeit der Wissenschaft wird ausdrücklich begrüßt. Wir setzen uns für mehr

Begründung

Um die Ausbildung und Forschung an den Hochschulen auszubauen und auf dem neuesten Stand zu halten, sind enorme Mittel erforderlich. Eine Unterstützung aus der Wirtschaft ist ausdrücklich zu begrüßen.

Antrag A133-Ä003

Änderungsantrag zu A133

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1484 - 1485

1484 Rahmenbedingungen~~. Hierfür bedarf es eines strategischen Ansatzes in~~
1485 ~~Form einer nationalen Patent- und Ausgründungsstrategie~~, unter anderem für Patentanmeldungen und Ausgründungen.

Begründung

„Nationale Strategien“ klingen zu sehr nach staatlichem Eingriff. Die Formulierung sollte neutraler sein.

Antrag A133-Ä004

Änderungsantrag zu A133

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1485

1485 Form einer nationalen Patent- und Ausgründungsstrategie, die unter anderem eine spürbare Erleichterung bei der Anmeldung von Patenten schafft.

Antrag A133-Ä005

Änderungsantrag zu A133

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1485

Form einer nationalen Patent- und Ausgründungsstrategie. Dies soll insbesondere für privates Kapital gelten.

Begründung

Die Staatsverschuldungen steigen immer mehr. Dadurch verringern sich die staatlichen Gestaltungsmöglichkeiten mittelfristig deutlich. Im privaten Kapital liegt hier ein großes Potential. Dieses kann unmittelbar positive Auswirkungen auf die Gesellschaft erzielen und dabei technologischen Fähigkeiten und Innovationen stärken, die im Geopolitischen ein wachsender Machtfaktor sind.

Antrag A134: Zeile 1486 - 1500: Datenschätze müssen zum Wohle aller genutzt werden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1486 - 1489 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 1490 - 1493 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

Datenschätze müssen zum Wohle aller genutzt werden. Wir wollen die automatisierte Erhebung und Nutzung von Daten fördern, denn nur mit Daten können uns Durchbrüche bei Künstlicher Intelligenz gelingen. Dazu erhöhen wir die Verfügbarkeit ~~von Daten und nutzen~~und Nutzbarkeit von Daten und heben deren Innovationspotenziale. Wir setzen vor allem auf Open Data als große Chance für Innovationen und Wachstum. Die Achtung von Persönlichkeitsrechten ~~und~~, des Urheberrechts und verwandter Schutzrechte sowie des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung sind dafür Grundvoraussetzung.

Der Datenschutz muss einfacher und innovationsfreundlicher werden. Wir denken Datenschutz neu. Anstelle von Datenminimierung etablieren wir die Prinzipien Datensouveränität und Datensorgfalt: Jeder muss selbst bestimmen können, wann, wo und wozu Daten von ihm erhoben und genutzt werden. Datenerheber und Datenverarbeiter müssen Sorgfaltsstandards erfüllen. Darüber hinaus bündeln wir die Datenschutzaufsicht und setzen uns für eine Reform der Datenschutz-Grundverordnung ein.

Antrag A134-Ä001

Änderungsantrag zu A134

Antragsteller/in:	KV Kleve

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1489

1489 erhöhen wir die Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von Daten und nutzen deren

Begründung

In Deutschland sind tatsächlich viele Daten verfügbar. Sie dürfen aber häufig nicht genutzt werden. Deshalb erscheint eine Ergänzung um den Begriff ‚Nutzbarkeit' sinnvoll.

Antrag A134-Ä002

Änderungsantrag zu A134

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1491 - 1492

1491 für Innovationen und Wachstum. Die Achtung von Persönlichkeitsrechten
1492 ~~und~~,
des Urheberrechts und verwandter Schutzrechte sowie des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung sind dafür

Begründung

Auch in der Datenwelt sind geistige Schöpfungen Ausgangspunkt jeglicher Innovation. Zu Daten geronnen sind sie wichtiger Baustein bei der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz. Der Schutz urheberrechtlicher Leistungen ist daher essenziell.

Antrag A134-Ä003

Änderungsantrag zu A134

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1493

1493 Grundvoraussetzung. Künstlich Intelligenz (KI)ist eine große Chance für Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ist so zu gestalten, zu entwickeln und einzusetzen, dass sie unseren ethischen, sozialen und rechtlichen Standards entspricht. KI findet ihre Grenzen in Werten wie Fairness, Transparenz, Sicherheit und Datenschutz. KI Systeme müssen von Menschen verantwortlich betrieben, nachvollziehbar und kontrollierbar sein.

Begründung

Ein Grundsatzprogramm für die nächsten Jahre muss sich zwingend auch mit den Chancen und

Risiken von KI beschäftigen, einer Technologie, die die kommenden Jahre prägen wird.

Antrag A134-Ä004

Änderungsantrag zu A134

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1494 - 1500

1494 ~~**Der Datenschutz muss einfacher und innovationsfreundlicher werden.**~~
1495 ~~Wir denken Datenschutz neu. Anstelle von Datenminimierung etablieren wir~~
1496 ~~die Prinzipien Datensouveränität und Datensorgfalt: Jeder muss selbst~~
1497 ~~bestimmen können, wann, wo und wozu Daten von ihm erhoben und genutzt~~
1498 ~~werden. Datenerheber und Datenverarbeiter müssen Sorgfaltsstandards~~
1499 ~~erfüllen. Darüber hinaus bündeln wir die Datenschutzaufsicht und setzen uns~~
1500 ~~für eine Reform der Datenschutz-Grundverordnung ein.~~

Begründung

Der Absatz ergibt in dieser Form ergibt keinen Sinn. Die gegenwärtige DSGVO etabliert bereits die Prinzipien Datensouveränität und Datensorgfalt, zumindest in dem hier definierten Sinne, dass jeder über die Verwendung seiner Daten bestimmen kann. Der Gedanke ist also nicht neu. In welcher Form man die Datenschutzaufsicht "bündeln" möchte, wäre zu erklären.Sofern damit eine Kompetenzverschiebung zulasten der Länder hin zum Bund gemeint ist, gäbe es dafür keinen maßgeblichen Grund. Ohne ein schlüssiges Konzept oder Schwachstellen der DSGVO aufzuzeigen, macht auch die pauschale Forderung nach ihrer Reform keinen Sinn.

Antrag A134-Ä005

Änderungsantrag zu A134

Antragsteller/in:	KV Berlin-Tempelhof/Schoeneberg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1495 - 1497

1495 Wir denken Datenschutz neu. ~~Anstelle von Datenminimierung~~Neben der erforderlichen Datensparsamkeit etablieren wir
1496 die Prinzipien Datensouveränität und ~~Datensorgfalt:~~ Datenverarbeitung mit Sorgfalt: Jeder muss selbst
1497 bestimmen können, wann~~,~~ wo und wozu Daten von ihm erhoben und genutzt

Begründung

Die bisherige Formulierung (vgl. "Anstelle“) könnte dahingehend missverstanden werden, dass dem Aspekt der Datensparsamkeit zukünftig nicht mehr die - aus meiner Sicht - erforderliche

Aufmerksamkeit zugebilligt wird. Jedoch ist eines der Probleme für die überbordende Bürokratie die mehrfache Erhebung von identischen Daten, jedoch für unterschiedliche Zwecke. Dies erzeugt u. a. Herausforderungen bei der Synchronisierung von Datenbeständen als auch Probleme von "identischen" Daten in verschiedenen Datenbanken, jedoch mit unterschiedlicher Versionierung.

Dem soll in verschiedenen nationalen und europäischen Vorhaben - insbesondere auch im Strafverfolgungs- und im Gefahrenabwehrbereich - mit der sogenannten Interoperabilität von Datenbanken begegnet werden. Durch eine reduzierte Datenerhebung (Stichwort: Datensparsamkeit bzw. Datenminimierung), die in sogenannten Kerndatenspeichern gespeichert werden, und durch ein granulares Rechte- und Rollenmanagement (Stichwort: Wahrung des Verwendungszwecks) können Datenfehler und Mehrfachdatenerhebungen vermindert und bestenfalls vermieden werden.

Das Thema Datensparsamkeit war zudem im Jahr 2018 und 2019 zudem auch ein Thema innerhalb der Bundesverwaltung. Im Rahmen eines "Datencockpit"-Projektes sollte eruiert werden, inwieweit einerseits dem Bürger die Möglichkeit gegeben werden kann, Einblick in die von ihm gespeicherten Daten zu erhalten und Hinweise auf die Weitergabe seiner Daten von Behörde A an Behörde B zu erhalten.

Antrag A134-Ä006

Änderungsantrag zu A134

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1495

1495 Wir denken Datenschutz neu. ~~Anstelle von Datenminimierung~~Wir wollen öffentliche Daten nützen und private Daten schützen. Mit Blick auf persönliche Daten bekennen wir uns zum Prinzip der Datensparsamkeit. Dort, wo persönliche Daten zum Vorteil der Menschen verwendet werden können, etablieren wir

Begründung

Wir sollten das Prinzip der Datensparsamkeit mit Blick auf persönliche Daten nicht komplett aufgeben. Daten sollen auch weiterhin nicht um ihrer selbst willen erhoben werden.

Antrag A134-Ä007

Änderungsantrag zu A134

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1495

1495 Dazu muss der Datenschutz wettbewerbsfähig dereguliert werden. Wir denken Datenschutz neu. Anstelle von Datenminimierung etablieren wir

Begründung

Der in Deutschland weltweit am stärksten regulierte Datenschutz bremst heute viele IT-Innovationen aus. Unternehmen der KI oder Medizintechnik wandern aus. Die Bürokratie des Datenschutzes kostet viel Verwaltungsaufwand in Unternehmen.

Antrag A134-Ä008

Änderungsantrag zu A134

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1496 - 1498

1496 die Prinzipien Dateneigentum, Datensouveränität und Datensorgfalt: Jeder muss selbst
1497 bestimmen können, von wem, wann, wo und wozu Daten ~~von ihm erhoben und~~ genutzt
1498 und erhoben werden. Datenerheber und Datenverarbeiter müssen Sorgfaltsstandards

Begründung

Wem gehören Daten? Das ist aus vielerlei Gründen eine der entscheidenden Fragen für die Zukunft unserer Wirtschaft, der Gesellschaft und der Demokratie. Auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft sollte die CDU mittel- und langfristig sicherstellen,
dass das persönliche Eigentum an sensiblen Daten klarer definiert und sowohl in existierenden als auch in neu zu definierenden rechtlichen Ordnungsrahmen integriert wird - als wesentliches Element für eine Soziale Datenwirtschaft.
Jede Person sollte ein individuelles Eigentum an seinen persönlichen Daten transparent erkennen und nutzen können. Der Datenschutz bzw. die Übertragung von Datennutzungsrechten sollte auf Basis dieses Prinzips weiterentwickelt werden. Das ist eine hochkomplexe und wissenschaftlich durchaus umstrittene Frage. Gleichwohl sollte die CDU sich ihrer annehmen und sich deshalb im Grundsatzprogramm entsprechend positionieren. Daher der Vorschlag, den Begriff "Dateneigentum" für die CDU zu prägen und gezielt in das Grundsatzprogramm aufzunehmen.

Antrag A134-Ä009

Änderungsantrag zu A134

Antragsteller/in:	KV Borken
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1500

1500 für eine Reform der Datenschutz-Grundverordnung ein.

Einschub neues Unterkapitel:

Wir wollen, dass Technik dem Menschen dient.

Aus diesem Grund müssen Technologieunternehmen und ihre Märkte staatlichen Rahmenbedingungen folgen, damit nicht der Mensch immer stärker der Technik unterworfen wird. Dies gilt besonders für die Verarbeitung und Verwertung von unbezahlt generierten persönlichen Nutzerdaten durch globale Technologiemonopole, die über eine gewaltige und intransparente Ansammlung von Datenkapital, Geld und Macht verfügen.

Um diesem gefährlichen Ungleichgewicht entgegenzuwirken, brauchen wir einen Paradigmenwechsel hin zu einer Sozialen Datenwirtschaft in Deutschland und Europa. Deshalb wollen wir die datengetriebene Wertschöpfung großer Technologiekonzerne, also ihre Datenarbeit und ihr Datenkapital, angemessen mit Abgaben belegen und diese Einnahmen zukünftig zur Finanzierung staatlicher Aufgaben sowie der Sozialversicherungen nutzen.

Begründung

Wem gehören Daten? Das ist aus vielerlei Gründen eine der entscheidenden Fragen für die Zukunft unserer Wirtschaft, der Gesellschaft und der Demokratie. Auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft sollte die CDU mittel- und langfristig sicherstellen,
dass das persönliche Eigentum an sensiblen Daten klarer definiert und sowohl in existierenden als auch in neu zu definierenden rechtlichen Ordnungsrahmen integriert wird - als wesentliches Element für eine Soziale Datenwirtschaft.
Jede Person sollte ein individuelles Eigentum an seinen persönlichen Daten transparent erkennen und nutzen können. Der Datenschutz bzw. die Übertragung von Datennutzungsrechten sollte auf Basis dieses Prinzips weiterentwickelt werden. Das ist eine hochkomplexe und wissenschaftlich durchaus umstrittene Frage. Gleichwohl sollte die CDU sich ihrer annehmen und sich deshalb im Grundsatzprogramm entsprechend positionieren. Daher der Vorschlag, den Begriff "Dateneigentum" für die CDU zu prägen und gezielt in das Grundsatzprogramm aufzunehmen.

Antrag A134-Ä010

Änderungsantrag zu A134

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1500

1500 für eine Reform der Datenschutz-Grundverordnung ein. Wir fordern bürokratische Entlastungen für kleine Unternehmen und StartUps sowie insbesondere für nicht-kommerzielle Akteure wie Vereine, für die hohe Strafandrohungen etwa bei Datenschutzverstößen eine viel stärkere Wirkung haben, als dies bei global agierenden Unternehmen der Fall ist.

Begründung

Die großen Akteure lassen sich durch die DSGVO nicht abschrecken; es wird durch immer weitere

Regulierungen aber schwieriger, Menschen zu finden, die erstens neue Unternehmen gründen, wenn sie in der Anfangsphase noch nicht die finanziellen Mittel für externe Datenschutz-Profis haben, und zweitens insbesondere in Vereinen Verantwortung übernehmen. Gerade bei Vereinen und Parteien mit einer stark dezentralen Struktur wäre so etwas wie eine „Bagatellgrenze“ denkbar, unterhalb derer nicht alle Anforderungen erfüllt werden müssen.

Antrag A134-Ä011

Änderungsantrag zu A134

Antragsteller/in:	KV Reutlingen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A100

Zeile 1500

1500 für eine Reform der Datenschutz-Grundverordnung ein.

Deutschland ist ein starkes Reiseland für Urlauber aus dem In- und Ausland, aber auch für wichtige internationale und nationale Messen. Touristische Einrichtungen sind damit ein wichtiges Standbein der deutschen mittelständischen Wirtschaft und für die einheimische Gesellschaft eine wichtige Infrastruktur. Damit der Tourismus als Wirtschaftsfaktor und Erholungsfaktor seinen Auftrag im Wandel erfüllen kann, sorgen wir für den notwendigen flexiblen Rechtsrahmen.

Begründung

Der Tourismus ist ein starker Wirtschaftsfaktor in Deutschland und gleichsam wichtig für die einheimische Bevölkerung, denn die Infrastruktur von Gasthäusern, Schwimmbädern, Radwegen und Wanderwegen wird gemeinschaftlich genutzt. Im Tourismus selbst arbeiten ca. 3 Mio. Menschen und tragen damit vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes bei.

Ebenso wie in der Industrie ist die Branche durch Klimawandel, Digitalisierung und Fachkräftemangel einem starken Strukturwandel ausgesetzt. Mit mehr passgenauer Flexibilität bei unseren hohen Standards (z.B. Anforderungen an Parkplätze, Toiletten, Arbeitsdokumentationen und Arbeitszeit) können wir dazu beitragen, dass dieser Wandel gelingt und die Branche weiterhin so stark bleibt.

Antrag A135: Zeile 1501 - 1522: Für wettbewerbsfähige Steuern

Antragsteller/in:	Bundesvorstand	
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1502 - 1505 Zeile 1508 - 1509 Zeile 1514 Zeile 1522	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ergänzung (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

Für wettbewerbsfähige Steuern

Steuern dienen der Finanzierung des Staates und seiner Aufgaben. Je mehr staatliche Ausgaben, desto höher die Steuerlast. ~~Es ist unser~~Unser Ziel~~, dass~~ ~~die Steuerlast~~ ist eine möglichst ~~niedrig bleibt~~geringe Steuerlast. Die Staatsquote muss sinken. Denn wir wissen: Vor dem Verteilen kommt das Erwirtschaften.

Steuerpolitik ist immer auch Standortpolitik. Das Steuersystem spielt eine wichtige Rolle für unsere wirtschaftliche Ordnung und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Steuern sollen ~~den Leistungsanreiz~~ Leistungsanreize bewahren: Damit die Menschen einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, muss sich diese Leistung auch individuell lohnen. Steuern sollen dazu beitragen, den Markt in richtige Bahnen zu lenken: Wo Anreize nötig sind, um den Markt auf langfristige Perspektiven oder akute Notwendigkeiten auszurichten, sind steuerliche Anpassungen das Mittel der Wahl. Dies gilt auch für Anreize zur CO2-Einsparung. Diese Anreize sollen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Das Steuersystem muss im internationalen Vergleich attraktiv und wettbewerbsfähig sein.

Unser Steuersystem muss einfacher, transparenter und gerechter werden. Der Maßstab für die Besteuerung ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Dazu braucht es ein Gesamtkonzept von der Unternehmens- bis zur Einkommensteuer. Es muss Anreize zu Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft setzen und für Vertrauen und Rechtssicherheit sorgen. Anreize sind die Grundlage für Investitionen und Konsum. Wir haben immer die Interessen aller ~~Steuerzahler~~Steuer- und Beitragszahler im Blick. Daher müssen auch die anderen Abgaben auf Transparenz, Gerechtigkeit und Vereinfachung geprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Antrag A135-Ä001

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1502 - 1505

~~**Steuern dienen der Finanzierung des Staates und seiner Aufgaben.** Je mehr staatliche Ausgaben, desto höher die Steuerlast. Es ist unser Ziel, dass die Steuerlast möglichst niedrig bleibt. Die Staatsquote muss sinken. Denn wir wissen: Vor dem Verteilen kommt das Erwirtschaften.~~

Begründung

Der pädagogische Ansatz in Zeilen 1502/1503 ist kontraproduktiv.

Antrag A135-Ä002

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1503

1503 mehr staatliche Au~~s~~fgaben, desto höher die Steuerlast. Es ist unser Ziel, dass

Begründung

Wir brauchen vor allem auch eine Aufgabenkritik und nicht nur eine Ausgabenkritik. Die Ausgaben hängen mit den stetig steigenden Aufgaben zusammen.

Antrag A135-Ä003

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1503 - 1504

1503 mehr staatliche Ausgaben, desto höher die Steuerlast. ~~Es ist unser~~Unser Ziel~~, dass~~
1504 ~~die Steuerlast~~ ist eine möglichst ~~niedrig bleibt~~niedrige Steuerlast. Die Staatsquote muss sinken. Denn

Begründung

Die aktuelle Steuerlast in der Bundesrepublik Deutschland ist nicht niedrig. Die Formulierung ist daher auch im Satzkontext als ZIel formuliert und zu formulieren. Daher ist die Umschreibung "bleibt" falsch.

Antrag A135-Ä004

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1504

1504 die Steuerlast möglichst niedrig ~~bleibt~~wird. Die Staatsquote muss sinken. Denn

Begründung

Wir gehören zu den Spitzenreitern im Bereichsteuerliche Abgaben. Daher muss ein Sinken der Steuerlast **in der Zukunft** angestrebt werden.

Antrag A135-Ä005

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion, KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1504

1504 die Steuerlast möglichst niedrig ~~bleib~~ist. Die Staatsquote muss sinken. Denn

Begründung

Die Aussage in der Originalversion spiegelt nicht die Faktenlage wider. Wir gehören zu den Spitzenreitern im Bereich steuerliche Abgaben.

Antrag A135-Ä006

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1504

1504 die Steuerlast möglichst niedrig ~~bleibt~~wird. Die Staatsquote muss sinken. Denn

Antrag A135-Ä007

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1504

1504 die Steuerlast möglichst niedrig bleibt. Die Staatsquote muss sinken. Es müssen die Ausgaben gesenkt und nicht die Einnahmen erhöht werden. Denn

Begründung

Das kontinuierliche Aufwachsen von Staatsausgaben überfordert den Haushalt trotz Rekordeinnahmen. Es muss klar benannt werden, dass wir nicht die Einnahmen vergrößern sondern die Ausgaben senken wollen. Deutschland hat ein Ausgabe- und kein Einnahmeproblem.

Antrag A135-Ä008

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1506

1506 **Steuerpolitik ist immer auch Standortpolitik.** Es ist unser Ziel, dass die Steuerlast möglichst niedrig bleibt. Die Staatsquote muss sinken. Denn wir wissen: Vor dem Verteilen kommt das Erwirtschaften. Das Steuersystem spielt eine

Begründung

Dafür sollen die Zeilen 1502 bis 1505 gestrichen werden.

Antrag A135-Ä009

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1506

1506 **Steuerpolitik ist immer auch Standortpolitik.** Das ~~Steuersystem~~Steuer- und Abgabesystem spielt eine

Antrag A135-Ä010

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A157

Zeile 1514 - 1515

1514 Wahl. Dies gilt auch für Anreize zur CO2-Einsparung~~. Das Steuersystem muss~~
1515 **, die jedoch nicht zu einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote insgesamt führen dürfen.** Das Steuersystem muss
im internationalen Vergleich attraktiv und wettbewerbsfähig sein.

Begründung

Gerade als CDU sollten wir klarstellen, dass wir Preissignale in der Klimaschutzpolitik nicht zur Erhöhung der Staatseinnahmen „missbrauchen“ werden.

Antrag A135-Ä011

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1514 - 1515

1514 Wahl. Dies gilt auch für Anreize zur CO2-Einsparung. ~~Das Steuersystem muss~~

1515 Diese Anreize sollen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Das Steuer- und Abgabesystem muss
im internationalen Vergleich attraktiv und wettbewerbsfähig sein.

Antrag A135-Ä012

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	KV Leverkusen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1515

1515 im internationalen Vergleich attraktiv und wettbewerbsfähig ~~sei~~werden.

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A135-Ä013

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1516 - 1517

1516 **Unser Steuersystem muss einfacher~~,~~ und transparenter ~~und gerechter~~**

werden. Der Maßstab für die Besteuerung ist die wirtschaftliche

Antrag A135-Ä014

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	KV Siegen-Wittgenstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1519

1519 Unternehmens- bis zur Einkommensteuer. Auch die anderen Steuern und Abgabe müssen auf Transparenz, Gerechtigkeit und Vereinfachung geprüft und angepasst werden“. Es muss Anreize zu

Begründung

Hier sollte aber nicht nur auf Unternehmens- und Einkommensteuer eingegangen werden (wobei der Rahmen von Unternehmens- bis zur Einkommensteuer nicht sehr transparent ist, hier stellt sich die Frage, ob nicht nur die beiden Steuerarten gemeint sind und der Ausdruck von-bis irreführend ist). Die Vereinfachung des Steuersystems sollte auch andere Steuern prüfen, z. B. die diversen

Ökoabgaben, die man jeweils zusammenfassen könnte, die Umsatzsteuer, die aufgeräumt werden könnte und die div. sonstigen Sonderabgaben und Steuern, die das System unübersichtlich machen.

Antrag A135-Ä015

Änderungsantrag zu A135

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1522

1522 Konsum. Wir haben immer die Interessen aller Steuerzahler im Blick. Vor diesem Hintergrund ist das Ehegattensplitting zu modernisieren.

Antrag A136: Zeile 1523 - 1530: Wir wollen die arbeitende Mitte entlasten

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

1523 **Wir wollen die arbeitende Mitte entlasten.** Starke Schultern müssen
1524 weiterhin mehr tragen. Wir halten daher am linear-progressiven
1525 Einkommensteuertarif fest. Der „Mittelstandsbauch“ bestraft Millionen
1526 Leistungsträger. Wir wollen den Einkommensteuertarif anpassen und
1527 spürbar abflachen. Die Einkommensgrenze, ab der der Spitzensteuersatz
1528 greift, soll deutlich erhöht werden. Auch im unteren Einkommensbereich
1529 sorgen wir für spürbare Entlastungen, vor allem bei den
1530 Sozialversicherungsbeiträgen.

Antrag A136-Ä001

Änderungsantrag zu A136

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1526 - 1527

1526 Leistungsträger. Wir wollen den Einkommensteuertarif anpassen und
1527 spürbar abflachen. Alle Formen von Familienmodellen werden steuerlich gleich behandelt. Die Einkommensgrenze, ab der der Spitzensteuersatz

Antrag A136-Ä002

Änderungsantrag zu A136

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess und Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A142

Zeile 1528 - 1530

1528 greift, soll deutlich erhöht werden. Auch ~~im unteren Einkommensbereich~~
1529 ~~sorgen wir für spürbare Entlastungen, vor allem bei den~~
1530 ~~Sozialversicherungsbeiträgen~~die Belastung der Unternehmen und ihrer Beschäftigten in Deutschland durch steigende Sozialversicherungsbeiträge muss durch eine Begrenzung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags auf 40 Prozent wieder eingedämmt werden.

Begründung

Ziel sollte sein, keine einzelnen Gruppen zu entlasten, sondern eine verlässliche und planbare Sozialpolitik durch die Zusage einer Sozialversicherungsbremse zu machen.

Antrag A136-Ä003

Änderungsantrag zu A136

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1529 - 1530

1529 sorgen wir für spürbare Entlastungen~~, vor allem bei den~~
1530 ~~Sozialversicherungsbeiträgen~~.

Antrag A136-Ä004

Änderungsantrag zu A136

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A139 und A143

Zeile 1530

1530 Sozialversicherungsbeiträgen. Bei jedem Einkommen muss spürbar sein: Leistung und Mehrarbeit lohnt sich.

Begründung

Leistungsanreize setzen

Antrag A136-Ä005

Änderungsantrag zu A136

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A142 und A143

Zeile 1530

1530 Sozialversicherungsbeiträgen.

Wir bekennen uns dazu, dass die durchschnittliche Belastung von Einkommen durch Steuern und Abgaben nicht weiter steigen darf.

Begründung

Im OECD-Vergleich gibt es in Deutschland mit die höchsten Belastungen auf das Arbeitseinkommen. Dies weiter aufwachsen zu lassen, senkt die Anreize für Arbeit immer mehr.

Antrag A136-Ä006

Änderungsantrag zu A136

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1530

1530 Sozialversicherungsbeiträgen.

Wir erkennen an, dass es um die besten Köpfe einen internationalen Wettbewerb gibt. Damit deutsche Arbeitgeber bei diesem Mithalten können, lehnen wir die Erhöhung von Steuern über alle Einkommen, explizit auch für hohe Einkommen, ab.

Begründung

Weitere Steuererhöhungen werden negative Auswirkungen auf die Volkswirtschaft haben.

Antrag A136-Ä007

Änderungsantrag zu A136

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A086

Zeile 1530

1530 Sozialversicherungsbeiträgen.

Wir bekennen uns zum Ehegattensplitting und wollen es zu einem Familiensplitting weiterentwickeln. Es entspricht nicht unserem Familienbild, dass jeder Partner in einer Ehe sein Geld für sich behält. Beide Partner tragen zum Lebensunterhalt der Familie bei, wie die Lasten zwischen Arbeit und Kinderbetreuung innerhalb einer Familie aufgeteilt werden entscheidet die Familie für sich und nicht der Staat.

Antrag A137: Zeile 1531 - 1541: Der Standort Deutschland braucht eine attraktive Unternehmensteuer

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A095-Ä008, A146-Ä001
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1536 (Änderungsempfehlung) - Streichung

Der Parteitag möge beschließen

1531 **Der Standort Deutschland braucht eine attraktive Unternehmensteuer.**
1532 Wettbewerbsfähige Steuern für Unternehmen ermöglichen höhere Löhne,
1533 mehr Beschäftigung und stärkeres Wachstum. Wir wollen eine
1534 rechtsformneutrale Unternehmensbesteuerung auf den Weg bringen.
1535 Angesichts neuer und erweiterter Aufgaben brauchen Kommunen eine
1536 ~~verlässlichere~~verlässliche und ~~auskömmlichere~~auskömmliche Finanzausstattung, die zugleich Anreize
1537 zur wirtschaftlichen Initiative und zur Ansiedlung von Arbeitsplätzen setzt.
1538 Familienunternehmen wollen wir in der Erbfolge nicht in der Substanz
1539 belasten und Unternehmensnachfolgen vereinfachen, damit auch die
1540 nächsten Generationen das Unternehmen weiterführen können. Eine
1541 Vermögensteuer lehnen wir ab.

Antrag A137-Ä001

Änderungsantrag zu A137

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1531

1531 **Der Standort Deutschland braucht eine attraktive Unternehmens~~s~~teuer.**

Antrag A137-Ä002

Änderungsantrag zu A137

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1533 - 1534

1533 mehr Beschäftigung und stärkeres Wachstum. Wir wollen eine
1534 im Grundsatz rechtsformneutrale Unternehmensbesteuerung auf den Weg bringen.

Antrag A137-Ä003

Änderungsantrag zu A137

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1534 - 1535

1534 rechtsformneutrale Unternehmensbesteuerung auf den Weg bringen~~.~~
1535 , die sich am Mittelwert der OECD orientiert.
Angesichts neuer und erweiterter Aufgaben brauchen Kommunen eine

Begründung

Ein Vergleich der Steuersätze für Kapitalgesellschaften zeigt, dass Deutschland zu den Hochsteuerländern

Zählt Quelle DIW). Sowohl beim nominalen als auch beim effektiven Steuersatz nimmt Deutschland unter den OECD-Ländern einen Spitzenplatz ein.

Antrag A137-Ä004

Änderungsantrag zu A137

Antragsteller/in:	KV Siegen-Wittgenstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1535 - 1536

1535 Angesichts neuer und erweiterter Aufgaben brauchen Kommunen eine
1536 ~~verlässlichere und auskömmlichere~~verlässliche und auskömmliche Finanzausstattung, die zugleich Anreize

Begründung

„Angesichts neuer und erweiterter Aufgaben brauchen Kommunen eine verlässlichere und auskömmlichere Finanzausstattung, die zugleich Anreize zur wirtschaftlichen Initiative und zur Ansiedlung von Arbeitsplätzen setzt.“ Schreiben: „Angesichts neuer und erweiterter Aufgaben brauchen Kommunen eine verlässliche und auskömmliche Finanzausstattung…“

Antrag A137-Ä005

Änderungsantrag zu A137

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1537 - 1540

1537 zur wirtschaftlichen Initiative und zur Ansiedlung von Arbeitsplätzen setzt.

1538 ~~Familienunternehmen wollen wir in der Erbfolge nicht in der Substanz~~
1539 ~~belasten und Unternehmensnachfolgen vereinfachen, damit auch die~~
1540 ~~nächsten Generationen das Unternehmen weiterführen können.~~ Eine

Begründung

In einem Grundsatzprogramm, dass für viele Jahre die CDU-Politik bestimmen wird, sollten grundsätzlich keine Detail-Festlegungen enthalten sein. Dies gilt insbesondere für Einzelfragen der Steuerpolitik, zumal niemand absehen kann, wie zukünftig der steigende Finanzbedarf aufgebracht werden soll. Schon heute ist fraglich, ob diese weitgehende Privilegierung von Unternehmenserben mit dem Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit (Zeilen 1517-1518) vereinbar ist. Die Formulierung ist zudem nicht konsistent zu dem Grundsatz "Wir haben immer die Interessen aller Steuerzahler im Blick" (Zeile 1522), da hier explizit eine einzelne Gruppe begünstigt wird. Dies erfolgt an keiner anderen Stelle im Grundsatzprogramm.

Antrag A137-Ä006

Änderungsantrag zu A137

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1538

1538 Familienunternehmen ~~wollen wir~~, die in der Erbfolge fortgeführt werden sollen, wollen wir nicht in der Substanz

Begründung

Es muss uns vor allem darum gehen, dass Familienunternehmen, die fortgeführt werden, ohne Substanzverlust vererbbar sind. Wenn Unternehmen hingegen nicht weitergeführt werden, können die Erben auch belastet werden. Diese Unterscheidung sollte für uns als CDU deutlich werden.

Antrag A137-Ä007

Änderungsantrag zu A137

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1538

1538 Familienunternehmen ~~wollen wir~~, die in der Erbfolge fortgeführt werden, wollen wir nicht in der Substanz

Begründung

Es muss uns vor allem darum gehen, dass wir Familienunternehmen, die fortgeführt werden, ohne Substanzverlust zu vererben. Wenn Unternehmen hingegen nicht weitergeführt werden, können die Erben auch belastet werden. Diese Unterscheidung sollte für uns als CDU deutlich werden.

Antrag A137-Ä008

Änderungsantrag zu A137

Antragsteller/in:	KV Grafschaft-Bentheim
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zeile 1540

1540 nächsten Generationen das Unternehmen weiterführen können. Dazu gehört auch, dass Freibeträge in Verbindung mit der Erbfolge regelmäßig der Inflation angepasst werden. Eine

Antrag A137-Ä009

Änderungsantrag zu A137

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1541

1541 Vermögensteuer lehnen wir ab.

Freiheit und Eigenverantwortung bedeuten, dass der Einzelne den Lebensunterhalt für sich und seine Familie zwar selbst erwirtschaften muss, dann aber frei und eigenverantwortlich entscheiden kann, wofür er sein Geld ausgibt. Zu Freiheit und Eigenverantwortung gehört die finanzielle Entscheidungsfreiheit über das selbst erwirtschaftete Einkommen. Damit unvereinbar ist die aktuelle Steuer- und Abgabenlast, die generell bei über 50 Prozent liegt und für viele Menschen und ihre Familien sogar 70 Prozent erreicht (alle Steuerarten, auch indirekte Steuern, und die Sozialabgaben mitgerechnet). Das steht einem Leben in Freiheit entgegen und ist nicht mehr erträglich! Jeder Mensch muss über das von ihm Erwirtschaftete weit überwiegend selbst und frei verfügen können. Wir Christdemokraten sorgen deshalb dafür, dass die Steuer- und Abgabenlast für natürliche Personen (alle Steuer- und Abgabearten, auch für zusammenveranlagte Eheleute) und für Unternehmen (alle Steuer- und Abgabearten) erheblich und spürbar verringert wird. Eine Besteuerung des Vermögens natürlicher Personen lehnen wir ab. Wir bewerkstelligen die Verringerung der Steuer- und Abgabenlast, indem wir den Staat auf seine Kernaufgaben zurückfahren und so die öffentlichen Haushalte verkleinern. Auch den Sozialstaat (Bund, Länder, Kommunen, Sozialversicherungsträger) werden wir auf die Kernaufgabe zurückbauen, Menschen, die in unserem Land in Not geraten, mit dem absoluten Existenzminimum zu versorgen, solange sie und ihre Familie es nicht eigenständig schaffen können. Darüberhinausgehende staatlich erzwungene Umverteilung schaffen wir ab.

Begründung

In Freiheit zu leben, erfordert auch die Freiheit, über die eigenen Einkünfte eigenständig zu verfügen. Ein Rückbau auf das erträgliche Maß ist in Deutschland überfällig!

Antrag A137-Ä010

Änderungsantrag zu A137

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A191 und A198

Zeile 1541

1541 Vermögensteuer lehnen wir ab.

Steuerpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Der Bürger muß erkennen, welche Ebene welche Steuern erhebt und wofür sie verwendet werden. Das setzt voraus, daß jede Ebene nach Art und Höhe eigene Abgaben oder erkennbare sowie gestaltbare Zuschläge erhebt. Nur dann kann der Wahlbürger die Handlungsweise der unterschiedlichen politischen Kräfte erkennen, bewerten und bei Wahlen verantwortlich entscheiden. Deshalb werden wir die gegenwärtige Vermischung, die keinerlei Transparenz und Zurechenbarkeit erlaubt, verändern

Begründung

Der Bürger kann in der gegenwärtigen Vermischung und Verschachtelung nicht erkennen, wer für was zuständig ist und ob die entsprechenden Aufgaben sachgerecht wahrgenommen werden. Das führt zu einem Gefühl der Ohnmacht. Letztendlich kommt er zu dem Ergebnis, daß er mit seiner Wahlstimme nichts ändern kann und damit zur großen Gruppe der Nichtwähler. Durch Transparenz muß dem Bürger wieder das Gefühl vermittelt werden, es geht letztendlich um „sein Geld“ und wie damit umgegangen wird, damit er sich wieder interessiert.

Antrag A137-Ä011

Änderungsantrag zu A137

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A191 und A198

Zeile 1541

1541 Vermögensteuer lehnen wir ab.

Steuerpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Der Bürger muss erkennen, welche Ebene welche Steuern erhebt und wofür sie verwendet werden. Das setzt voraus, dass jede Ebene nach Art und Höhe eigene Abgaben oder erkennbare sowie gestaltbare Zuschläge erhebt. Nur dann kann der Wahlbürger die Handlungsweise der unterschiedlichen politischen Kräfte erkennen, bewerten und bei Wahlen verantwortlich entscheiden. Wir wollen mehr Transparenz, Klarheit und Steuersystem entflechten.

Begründung

Der Bürger kann in der gegenwärtigen Vermischung und Verschachtelung nicht erkennen, wer für was zuständig ist und ob die entsprechenden Aufgaben sachgerecht wahrgenommen werden. Das führt zu einem Gefühl der Ohnmacht und spielt Populisten in die Hände.

Antrag A137-Ä012

Änderungsantrag zu A137

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1541

1541 Vermögensteuer ~~lehnen wir ab~~würde genau diese Unternehmen gefährden und wird daher von uns abgelehnt.

Antrag A138: Zeile 1542 - 1556: Arbeit ist sinnstiftend

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1543 - 1550 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1542 **Arbeit ist sinnstiftend**

1543 **Arbeit gehört zur ~~personalen~~persönlichen Selbstentfaltung.** Arbeit ist sinnstiftend und
1544 Ausdruck von Teilhabe und menschlicher Würde. Wir haben ein positives
1545 Bild von Arbeit: Jeder Einzelne soll nach seinem Talent anpacken und
1546 mitgestalten und dies mit Optimismus und Zuversicht tun können. Arbeit ist
1547 auch ein Weg zu individuellem Wohlstand. Ein bedingungs- und anreizloses
1548 Grundeinkommen lehnen wir entschieden ab. Es entspricht ~~daher~~ nicht unserem Menschen- und
1549 Gesellschaftsbild. Wir sind die Partei der Arbeit. Vollbeschäftigung bleibt
1550 unser Leitbild für einen starken Arbeitsmarkt.

1551 **Arbeit ist vielfältig.** Erwerbsarbeit und ihre gerechte Entlohnung stiften die
1552 materielle Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Ein Beitrag zum
1553 Gemeinwesen besteht aber nicht nur in Erwerbsarbeit, auch in der Erziehung
1554 von Kindern, der häuslichen Pflege, im Ehrenamt und anderswo sind
1555 Menschen als arbeitende Leistungsträger füreinander da. Leistungsträger
1556 erkennt man nicht nur an der Höhe des Einkommens.

Antrag A138-Ä001

Änderungsantrag zu A138

Antragsteller/in:	KV Celle, KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1543

1543 **Arbeit gehört zur ~~personalen~~persönlichen Selbstentfaltung.** Arbeit ist sinnstiftend und

Begründung

Man kann sich nur selbst entfalten, wenn man sich selbst entfaltet. Doppelung vermeiden.

Antrag A138-Ä002

Änderungsantrag zu A138

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1544 - 1549

1544 Ausdruck von Teilhabe und menschlicher Würde. Wir haben ein positives
1545 Bild von Arbeit: Jeder Einzelne soll nach seinem Talent anpacken und
1546 mitgestalten und dies mit Optimismus und Zuversicht tun können. ~~Arbeit ist~~
1547 ~~auch~~ Sie ist ein Beitrag zur Gemeinschaft und ein Weg zu individuellem Wohlstand. ~~Ein bedingungs- und anreizloses~~
1548 ~~Grundeinkommen~~Arbeit entspricht Selbstverwirklichung und Entfaltung. Arbeit bedeutet aber auch Anstrengung. Ein bedingungs- und anreizloses Grundeinkommen ist daher ~~nicht~~unvereinbar mit unserem Menschen- und
1549 Gesellschaftsbild. Wir sind die Partei der Arbeit. Vollbeschäftigung bleibt

Antrag A138-Ä003

Änderungsantrag zu A138

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1549

1549 Gesellschaftsbild und wir lehnen es entschieden ab. Wir sind die Partei der Arbeit. Vollbeschäftigung bleibt

Begründung

Hervorhebung

Antrag A138-Ä004

Änderungsantrag zu A138

Antragsteller/in:	KV Hagen
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A143

Zeile 1549

1549 Gesellschaftsbild. Wir sind die Partei der Arbeit. Arbeitsbedingungen werden wir auch im

digitalen Wandel weiter menschengerecht gestalten. Besonders den Sozialpartnern kommt dabei eine gestaltende Aufgabe zu. Vollbeschäftigung bleibt

Begründung

Wir stehen als Vertreter der sozialen Marktwirtschaft für eine geeignete und wettbewerbsgerechte Regulierung der Arbeitsmarktes und der Arbeitsverhältnisse. Insbesondere den Tarifpartnern kommt dabei eine besondere Aufgabe zu. Aber auch der Staat wirkt regulierend zum Schutz des Menschen in der Arbeit. Dies ist unser gesellschaftlicher Anspruch, erwächst auch aus der Würde des arbeitenden Menschen.

Antrag A138-Ä005

Änderungsantrag zu A138

Antragsteller/in:	KV Hagen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1549

1549 Gesellschaftsbild. Über Arbeit nehmen die Menschen an der Entwicklung ihrer Gemeinschaft teil. Wir sind die Partei der Arbeit. Vollbeschäftigung bleibt

Begründung

Menschen nehmen durch ihre Arbeit, insbesondere durch den Lohn sowie dem durch Arbeit erworbenen gesellschaftlichen Status aktiv am gesellschaftlichen Leben teil. Dies ermöglicht, dass sie sich als aktiven Bürger wahrnehmen. Arbeit entfaltet damit eine enorme gesellschaftliche Integrationskraft. Wir wollen Arbeit fördern und den Zugang befördern. Arbeit ist der Schlüssel gesellschaftlicher Teilhabe, ermöglicht Autonomie und Selbstverwirklichung. Arbeit ist dabei als abhängige Lohnarbeit, selbstständige Arbeit oder Familienarbeit zu verstehen. Dies zeigt die Bedeutung der Arbeit für den Menschen und seine Würde.

Antrag A138-Ä006

Änderungsantrag zu A138

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1549

1549 Gesellschaftsbild. Aus dem gleichen Grund werden wir das „Bürgergeld“ mit seinen Fehlanreizen und der dem Begriff innewohnenden fehlgeleiteten Anspruchshaltung abschaffen und wieder zum Prinzip des Förderns und Forderns zurückkehren. Wir sind die Partei der Arbeit. Vollbeschäftigung bleibt

Begründung

Richtigerweise sprechen wir uns an vielen Stellen im Programm für mehr Leistungsgerechtigkeit und für eine positivere Einstellung zur Arbeit aus. Dies wollen wir noch plakativer herausstellen. Das „Bürgergeld“ ist mittlerweile zum Reizwort für die arbeitende Mitte geworden. Mit der expliziten Forderung nach dessen Abschaffung greifen wir diesen Punkt stärker auf.

Antrag A138-Ä007

Änderungsantrag zu A138

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1549

1549 Gesellschaftsbild. Vielmehr wollen wir Bürokratie abbauen und den Einstieg in Arbeit erleichtern, indem wir das Althaus-Konzept eines „solidarischen Bürgergelds“ wieder aufgreifen und weiterentwickeln. Wir sind die Partei der Arbeit. Vollbeschäftigung bleibt

Begründung

Die Angst vor dem bedingungslosen Grundeinkommen darf nicht wieder dazu führen, dass wir Konzepte, die echte Verbesserungen bringen, zu schnell ad acta legen.

Antrag A139: Zeile 1557 - 1562: Leistung muss sich lohnen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A136-Ä004

Der Parteitag möge beschließen

1557 **Leistung muss sich lohnen.** Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Nur wenn
1558 die eigene Anstrengung auch belohnt wird, gibt es einen selbstbestimmten
1559 Weg zu Eigentum und Vermögen und gesellschaftlichem Wohlstand. Wer
1560 mehr arbeiten möchte als bisher, soll dazu attraktive Rahmenbedingungen
1561 vorfinden. Deshalb wollen wir Überstunden bei Vollzeitbeschäftigung
1562 steuerfrei stellen.

Antrag A139-Ä001

Änderungsantrag zu A139

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1562

1562 steuerfrei stellen - Arbeits- und Ruhezeiten müssen flexibilisiert werden.

Begründung

Die sehr starren Arbeitszeiten strangulieren vor allem kleiner Unternehmen. Sie brauchen freiwillige Flexibilität für Leistungsträger.

Antrag A140: Zeile 1563 - 1571: Es braucht mehr Anreize, Arbeit anzunehmen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1565 - 1566 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 1567 - 1571 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1563 **Es braucht mehr Anreize, Arbeit anzunehmen.** Wer arbeiten kann, soll
1564 arbeiten. Arbeit ist eine solidarische Verpflichtung gegenüber der
1565 Gemeinschaft. Das kann auch eine öffentliche, gemeinnützige Beschäftigung
1566 beinhalten. Wer arbeitsfähig ist, Sozialleistungen erhält und sich angebotener Arbeit, Ausbildung
1567 oder Qualifizierung verweigert, muss finanziell spürbar schlechter stehen als
1568 jemand, der sich aktiv um Arbeit bemüht. Das ist Solidarität gegenüber
1569 denjenigen, die arbeiten und mit ihren Steuern und ~~Abgaben die~~
1570 Beiträgen die Sozialleistungen finanzieren. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss
1571 immer gelten.

Antrag A140-Ä001

Änderungsantrag zu A140

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1563 - 1565

1563 **Es braucht mehr Anreize, Arbeit anzunehmen.** Wer arbeiten kann, ~~soll~~
1564 muss arbeiten. Arbeit ist eine solidarische Verpflichtung gegenüber der
1565 Gemeinschaft. Das kann auch eine öffentliche, gemeinnützige Beschäftigung

Antrag A140-Ä002

Änderungsantrag zu A140

Antragsteller/in:	KV Zollernalb
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1563

1563 **Es braucht weniger Anreize, Arbeit abzulehnen und mehr Anreize, Arbeit anzunehmen.** Wer arbeiten kann, soll

Begründung

Wir wollen den Begriff Arbeit positiv besetzen und nicht als etwas darstellen, zu dem der Mensch per se Anreize benötigt.

Deshalb ist die Kombination weniger Anreize, um Arbeit abzulehnen und mehr Anreize, um Arbeit anzunehmen der Wirklichkeit angemessen und richtig.

Antrag A140-Ä003

Änderungsantrag zu A140

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1566

1566 beinhalten. Wer arbeitsfähig ist und Sozialleistungen bezieht und sich angebotener Arbeit, Ausbildung

Begründung

Sprachliche Klarstellung: Es besteht keine Arbeitspflicht. Sanktionen können sich nur gegen Personen richten, die unsere sozialen Sicherungssysteme in Anspruch nehmen.

Antrag A140-Ä004

Änderungsantrag zu A140

Antragsteller/in:	KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1568

1568 jemand, der sich aktiv um Arbeit bemüht. Er kann auch unter Androhung finanzieller Einbußen zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden.

1569 Das ist Solidarität gegenüber

Begründung

Wir brauchen eine konkrete Aussage, dass dies kein "kann" ist, sondern das arbeitsfähige Menschen, die sich bewusst auf die sozialen Sicherungssystem zurückziehen auch sanktioniert werden.

Antrag A140-Ä005

Änderungsantrag zu A140

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1569 - 1570

1569 denjenigen, die arbeiten und mit ihren Steuern und ~~Abgaben die~~
1570 Beiträgen die
Sozialleistungen finanzieren. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss

Begründung

„Abgaben“ ist ein Sammelbegriff für alle kraft öffentlicher Finanzhoheit zur Erzielung von Einnahmen erhobenen Zahlungen und somit ein Oberbegriff für Steuern, Gebühren und Beiträge. Korrekt müsste es daher "Steuern und Beiträge" heißen.

Antrag A140-Ä006

Änderungsantrag zu A140

Antragsteller/in:	BezV Niederrhein
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1571

1571 immer gelten. Solange junge Menschen nicht in Ausbildung oder Arbeit sind, dürfen sie grundsätzlich auch keinen Anspruch darauf haben, dass der Staat ihnen eine eigene Wohnung finanziert. Die Verweigerung, eine angebotene Ausbildung aufzunehmen, soll ferner ebenso wie die Nichtannahme einer Arbeitstätigkeit zu Sanktionen führen können.

Begründung

Wir sollten diesen Abschnitt zum Fördern und Fordern im Bürgergeld mit einer relevanten, einfach verständlichen und eingängigen Fallgruppe enden lassen: Wer als junger Mensch nicht in Ausbildung und nicht in Arbeit ist, kann idR auch nicht erwarten, dass der Staat ihm den Auszug aus dem Elternhaus finanziert.

Antrag A141: Zeile 1572 - 1592: Wir beheben den Fachkräftemangel

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A015-Ä001, A122-Ä003, A141-Ä006
Zusammenfassung der	Zeile 1572 - 1574 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Änderungen:	Zeile 1575 - 1583	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung
	Zeile 1584 - 1592	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1572 **Wir beheben den Fachkräftemangel.** Das inländische Arbeits- und
1573 Fachkräftepotenzial muss besser ausgeschöpft und das Arbeitsvolumen erhöht werden. Wir helfen
1574 Schulabbrechern und Menschen ohne Ausbildung durch niedrigschwellige
1575 Angebote zur Qualifizierung, eine Arbeit zu finden. Wir ~~wollen die~~
1576 tragen Sorge dafür, dass angehende Schulabsolventen auf ihrem Weg in Ausbildung oder Studium besser begleitet werden, um die Abbrecherquoten zu senken. Wir wollen die Erwerbstätigkeit von Frauen durch attraktive Rahmenbedingungen und
1577 steuerliche Anreize fördern und die bereinigte Lohnlücke schließen. Das Fach- und Arbeitskräftepotenzial von Menschen mit Behinderungen wollen wir ausschöpfen. Zudem wollen wir die Erfahrung und die
1578 Kompetenz älterer Menschen für den Arbeitsmarkt nutzen. Um Arbeit im
1579 Alter attraktiv zu machen, wollen wir eine Aktivrente einführen: Wer das
1580 gesetzliche Rentenalter erreicht hat und freiwillig weiterarbeiten möchte,
1581 sollte sein Gehalt bis zu einem bestimmten Betrag steuerfrei bekommen.
1582 Auch die Digitalisierung ist Teil der Antwort auf den Arbeits- und
1583 Fachkräftemangel.

1584 **Deutschland braucht qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte aus Europa**
1585 **und der Welt.** Wir wollen für sie ein attraktiver und lebenswerter Standort
1586 sein. Wir wollen dem Fachkräftemangel gezielt und langfristig ~~mit einer~~
1587 ~~neuen digitalen Agentur für Einwanderung entgegenwirken, um die~~
1588 ~~deutschen Auslandsvertretungen und die Ausländerbehörden zu entlasten~~
1589 ~~und um Visaverfahren und die Anerkennung von Berufsabschlüssen zu~~
1590 ~~beschleunigen. Für uns ist aber klar: Die berufliche Qualifikation muss das~~
1591 ~~entscheidende Kriterium für~~durch die gesteuerte ~~Zuwanderung von~~Einwanderung von Arbeits- und Fachkräften
1592 ~~sein. Damit~~entgegenwirken. Die berufliche Qualifikation muss dafür das entscheidende Kriterium sein. Auch damit verhindern wir die Zuwanderung in die Sozialsysteme. Entsprechende Visaverfahren und die Anerkennung von Berufsabschlüssen und Qualifikationen wollen wir beschleunigen und vereinfachen, ohne die Anforderungen zu senken. Dazu werden wir unter anderem eine neue digitale Agentur für Einwanderung aufbauen, die die deutschen Auslandsvertretungen und die Ausländerbehörden entlastet.

Antrag A141-Ä001

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1572

1572 **Wir ~~beheben den Fachkräftemangel~~brauchen mehr Fachkräfte.** Das inländische Arbeits- und

Begründung

Die Behebung des Fachkräftemangels ist ein großes Ziel, aber dabei könnte sich die CDU schnell verheben. Wir sollten eher die Realität deutlich machen.

Antrag A141-Ä002

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Mainz-Bingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1572

1572 **Wir ~~beheben~~ergreifen Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel.** Das inländische Arbeits- und

Antrag A141-Ä003

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1573 - 1576

1573 Fachkräftepotenzial muss besser ausgeschöpft werden. Wir helfen
1574 Schulabbrechern und Menschen ohne Ausbildung durch niedrigschwellige
1575 Angebote zur Qualifizierung, eine Arbeit zu finden. Wir ~~wollen die~~
1576 tragen Sorge dafür, dass angehende Schulabsolventen auf ihrem Weg in Ausbildung oder Studium besser begleitet werden, um die Abbrecherquoten spürbar zu senken. Wir wollen die Erwerbstätigkeit von Frauen durch attraktive Rahmenbedingungen und

Begründung

Der deutsche Arbeitsmarkt, auf dem ein Fachkräftemangel herrscht, wird durch die hohen Abbrecherquoten in Ausbildung und Studium belastet. Eine bessere Begleitung der Absolventen (z.B. durch eine gezieltere Beratung, Informationsveranstaltungen in den Schulen, Praktika) kann helfen, die Abbrecherquoten zu senken und damit den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Antrag A141-Ä004

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1573

1573 Fachkräftepotenzial muss besser ausgeschöpft werden. Das Arbeitsvolumen muss insgesamt signifikant erhöht werden. Deshalb sollten vor allem für Teilzeitbeschäftigte, Eltern und ältere Beschäftigte im Betrieb attraktive Bedingungen geschaffen werden, um ihre Arbeitszeit auszuweiten und somit auch mehr Verdienst zu erlangen. Wir helfen

Begründung

Das Potential, das in der Erhöhung der Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten, ist enorm und muss dringend ausgeschöpft werden. Bislang wird diese Zielgruppe nicht ausreichend adressiert.

Antrag A141-Ä005

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1576

1576 Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen durch attraktive Rahmenbedingungen und

Antrag A141-Ä006

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A141 und A086

Zeile 1576 - 1577

1576 Erwerbstätigkeit von Frauen durch attraktive Rahmenbedingungen ~~und~~
1577 ~~steuerliche~~verbessern und die Lohnlücke schließen. Hierzu zählen die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Anreize ~~fördern.~~ , die Arbeitszeit wieder zu erhöhen und in Vollzeit zu arbeiten. Wir wollen mehr Frauen in Handwerk und MINT-Berufen. Wir nehmen es nicht hin, dass soziale Berufe häufig weniger Ansehen genießen, schlechtere Rahmenbedingungen haben und schlechter bezahlt werden als vergleichbare Berufe in anderen Branchen. Deshalb wollen wir diese Berufe attraktiver machen. Die Lohnsteuerklasse V wollen wir unter Beibehaltung des Ehegattensplittings abschaffen.Zudem wollen wir die Erfahrung und die

Antrag A141-Ä007

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, Mittelstands- und Wirtschaftsunion, LV Nordrhein-Westfalen, LV Sachsen, BezV Aachen, KV Essen, KV Heinsberg, KV Koeln
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1577

1577 steuerliche Anreize fördern. Das Fach- und Arbeitskräftepotential von Menschen mit Behinderungen wollen wir ausschöpfen. Zudem wollen wir die Erfahrung und die

Begründung

Wenn wir davon sprechen, wie man dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegentreten kann und dabei erwähnt, dass man die Potentiale im eigenen Land heben möchte, so darf man an dieser Stelle einfach nicht die Potentiale der Menschen mit Behinderungen vergessen. Das wäre ebenfalls ein fataler Fehler und wir bitten eindringlich zu ändern, indem der obige Satz ergänzt wird.

Antrag A141-Ä008

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1577

1577 steuerliche Anreize fördern. Das Fach- und Arbeitskräftepotential von Menschen mit Behinderungen wollen wir noch besser ausschöpfen. Zudem wollen wir die Erfahrung und die

Antrag A141-Ä009

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Hagen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1577

1577 steuerliche Anreize fördern. Wir wollen die Arbeitswelt weiter zukunftsgerecht gestalten. Dazu braucht es einen engen Schulterschluss mit den Sozialpartnern, um weitere unterschiedlicher Arbeits- und Lebensmodelle für die Generationen im Erwerbsleben zu verbessern, die Menschen und Betrieben dienen. Zudem wollen wir die Erfahrung und die

Begründung

Wohlstand wird gemeinsam in einer Gesellschaft durch Arbeit befördert erarbeitet. Wir bekennen uns klar zum Leistungsgrundsatz. Es gibt aber eine Vielzahl von Bedarfslagen des arbeitenden Menschen, die z.B. aus der Kindererziehung, Pflegeaufgaben aber auch dem Streben nach Selbstverwirklichung, erwachsen. Wir brauchen deshalb im Lichte des Arbeits- und Fachkräftemangels zukunfts- und wettbewerbsfähige Arbeitsmodelle, die jüngeren Berufseinstieg ermöglichen, denen in der mittleren Lebensphase kurzzeitige Entlastungen ermöglichen sowie Lebensälteren Entlastungen ohne frühzeitige Verrentung bieten.

Antrag A141-Ä010

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1577

1577 steuerliche Anreize fördern und den Gender Pay Gap nachhaltig beseitigen. Zudem wollen wir die Erfahrung und die

Antrag A141-Ä011

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1578

1578 Kompetenz älterer Menschen für den Arbeitsmarkt nutzen. Die Arbeitsbedingungen sind auf ältere Arbeitnehmer abzustimmen.
Um Arbeit im

Antrag A141-Ä012

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Cloppenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1579 - 1580

1579 Alter attraktiv zu machen, wollen wir eine Aktivrente einführen: ~~Wer das~~
1580 ~~gesetzliche Rentenalter erreicht~~Jeder, der Anspruch auf eine abschlagsfreie Rente hat und freiwillig weiterarbeiten möchte,

Begründung

Mit der bisherigen Sprachregelung werden u.a. besonders langjährige Versicherte (45 Jahre anrechenbare Zeiten in der Rentenversicherung) von der Aktivrente ausgeschlossen, die heute bereits mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können. Wer auf so viele anrechenbare Rentenzeiten kommt und somit einen sehr wichtigen Beitrag zur Rentenversicherung geleistet hat, sollte ebenfalls von der Aktivrente profitieren. Dies dürfte vor allem viele handwerkliche Berufe betreffen, die wir in Deutschland händeringend benötigen und auf deren Erfahrung wir auf diese Weise noch etwas länger profitieren können.

Antrag A141-Ä013

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1579 - 1582

1579 Alter attraktiv zu machen, wollen wir eine Aktivrente einführen: Wer das
1580 ~~gesetzliche Rentenalter erreicht hat und freiwillig weiterarbeiten möchte,~~
1581 gesetzliche Rentenalter erreicht hat und freiwillig weiterarbeiten möchte, muss das mit dem Arbeitgeber frei und ohne Mitbestimmung (Betriebsrat) vereinbaren können. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht hat und freiwillig weiterarbeiten möchte, sollte sein Gehalt bis zu einem bestimmten Betrag ~~steuerfrei~~steuer- und sozialversicherungsfrei bekommen.
1582 In derselben Höhe stellen wir den Verdienst für jeden Menschen jedes Lebensalters steuer- und sozialversicherungsfrei. Auch die Digitalisierung ist Teil der Antwort auf den Arbeits- und

Begründung

Eine umfassende Rentenreform ist unausweichlich, auch die übrigen Sozialleistungen müssen grundlegend überarbeitet werden. Die Sozialbeiträge müssen sinken, es braucht es mehr Freiheit für alle, damit Leistung sich mehr lohnt und der Aufbau von Vermögen über Generationen für möglichst viele Menschen möglich ist.

Ergänzend im Einzelnen:

1) Im Rahmen der Mitbestimmung verhindern Betriebsräte oft die Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern nach Erreichen des gesetzlichen Rentenalters. Das muss ausgeschlossen werden. 2) Steuerfreiheit von Arbeitsentgelt allein reicht nicht, es müssen auch die Sozialabgaben entfallen, damit es sich für Arbeitnehmer und Arbeitgeber lohnt! 3) Die Diskriminierung zu Gunsten alter Menschen ist schon heute extrem (Rentner und Pensionäre beziehen nur aufgrund ihres Alters ein bedingungsloses Grundeinkommen, das die arbeitende Bevölkerung erwirtschaften muss). Dem dürfen nicht noch mehr Vorteile nur aufgrund hohen Lebensalters hinzugefügt werden! Stattdessen müssen Erleichterungen altersunabhängig gewährt werden.

Antrag A141-Ä014

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Cloppenburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1581 - 1582

1581 sollte sein Gehalt bis zu einem bestimmten Betrag steuerfrei bekommen.
1582 Gleichzeitig wollen wir die steuerliche Begünstigung von Altersteilzeitmodellen abschaffen, um Fachkräfte so lange wie möglich für den Arbeitsmarkt zu erhalten.
Auch die Digitalisierung ist Teil der Antwort auf den Arbeits- und

Begründung

Um den Fachkräftemangel zu beheben, wollen wir die Zuwanderung qualifizierter Arbeits- und Fachkräftekräfte ausweiten. Zudem wollen wir dazu die Erfahrung und Kompetenz älterer Menschen für den Arbeitsmarkt nutzen, indem wir die Weiterbeschäftigung im Rentenalter steuerlich fördern.

Gleichzeitig lassen wir es immer noch zu, dass steuerliche Vorteile jedes Jahr vielen tausend Arbeitnehmern als Anreiz dienen, in die Altersteilzeit zu wechseln. Damit verlassen jährlich viele dringend benötigte Fachkräfte noch weit vor ihrem eigentlichen Renteneintritt den Arbeitsmarkt. Das verstärkt den Fachkräftemangel noch weiter. So eine hausgemachte Fachkräfteverknappung konterkariert auch sämtliche Bemühungen, den Mangel an Fach- und Arbeitskräften durch Zuwanderung oder Weiterbeschäftigung von Rentnern zu kompensieren.

Antrag A141-Ä015

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Rhein-Erft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1581 - 1582

1581 sollte sein Gehalt bis zu einem bestimmten Betrag steuerfrei bekommen.

1582 Wir werden Angebote schaffen, um bis ins Rentenalter und darüber hinaus fit für diese freiwillige Weiterarbeit zu bleiben.
Auch die Digitalisierung ist Teil der Antwort auf den Arbeits- und

Antrag A141-Ä016

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1581 - 1582

1581 sollte sein Gehalt bis zu einem bestimmten Betrag steuerfrei bekommen.

1582 Durch den deutlichen Bürokratieabbau werden in den Unternehmen Mitarbeiter für produktive Tätigkeiten verfügbar, während in staatlichen Stellen der Mitarbeiterbedarf sinkt. Auch die Digitalisierung ist Teil der Antwort auf den Arbeits- und

Antrag A141-Ä017

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses · CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zeile 1582 - 1583

1582 Auch die Digitalisierung ist Teil der Antwort auf den Arbeits- und

1583 Fachkräftemangel. Die berufliche Ausbildung und das Studium in Bereichen mit Fachkräftemangel sollen ausdrücklich gefördert werden. Dies wird zu Lasten von Bereichen gehen, die unter „nice to have“ eingeordnet werden können.

Antrag A141-Ä018

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1584 - 1592

1584 **Deutschland braucht qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte aus Europa**
und der Welt~~.~~. Wir wollen für sie ein attraktiver und lebenswerter Standort
1586 sein. Wir wollen dem Fachkräftemangel gezielt und langfristig mit einer
1587 neuen digitalen Agentur für Einwanderung entgegenwirken, um die
1588 deutschen Auslandsvertretungen und die Ausländerbehörden zu entlasten
1589 und um Visaverfahren und die Anerkennung von Berufsabschlüssen zu
1590 beschleunigen. Für uns ist aber klar: Die berufliche Qualifikation muss das
1591 entscheidende Kriterium für die gesteuerte Zuwanderung von hochqualifizierten Fachkräften
1592 sein. Die Zuwanderung von weiteren Arbeitskräften soll weitgehend im Rahmen der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union erfolgen. Damit verhindern wir gleichzeitig die Zuwanderung in die Sozialsysteme und die Überforderung der Integrationskraft Deutschlands.

Begründung

Hochqualifizierte Fachkräfte mit akademischer Ausbildung können und sollten wir weltweit rekrutieren. Einfache Arbeitskräfte in großer Zahl sollten wir jedoch möglichst aus der EU rekrutieren, da wir uns sonst die nächsten Integrationsprobleme schaffen.

Antrag A141-Ä019

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1586 - 1592

1586 sein. Wir wollen dem Fachkräftemangel gezielt und langfristig ~~mit einer~~
1587 ~~neuen digitalen Agentur für Einwanderung entgegenwirken, um die~~
1588 ~~deutschen Auslandsvertretungen und die Ausländerbehörden zu entlasten~~
1589 ~~und um Visaverfahren und die Anerkennung von Berufsabschlüssen zu~~
1590 ~~beschleunigen. Für uns ist aber klar: Die berufliche Qualifikation muss das~~
1591 ~~entscheidende Kriterium für~~auch durch die gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften
1592 ~~sein. Damit~~entgegenwirken. Die berufliche Qualifikation muss dafür das entscheidende Kriterium sein. Auch damit verhindern wir die Zuwanderung in die Sozialsysteme.

Wir möchten entsprechende Visaverfahren und die Anerkennung von Berufsabschlüssen beschleunigen. Dazu möchten wir u.a. eine neue digitale Agentur für Einwanderung aufbauen, die deutschen Auslandsvertretungen und die Ausländerbehörden entlastet.

Antrag A141-Ä020

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1586

1586 sein. Ohne die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften werden wir unsere Wettbewerbsfähigkeit, unseren Wachstum durch Innovationen und unseren Wohlstand nicht auf Dauer sichern können. Wir wollen dem Fachkräftemangel gezielt und langfristig mit einer

Antrag A141-Ä021

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1586

1586 sein. Wir wollen dem Arbeits- und Fachkräftemangel gezielt und langfristig mit einer

Antrag A141-Ä022

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Herne
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1586

1586 sein. Mit dem neu aufgestellten BAMF wollen wir dem Fachkräftemangel gezielt entgegenwirken. Wir wollen dem Fachkräftemangel gezielt und langfristig mit einer

Antrag A141-Ä023

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1587

1587 ~~neuen digitalen Agentur~~neues digitales Portal für Einwanderung entgegenwirken, um die

Begründung

Die Bezeichnung "Agentur" weckt den Eindruck einer neuen (physischen) Behörde und neuer Bürokratie.

Antrag A141-Ä024

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1587

1587 neuen ~~digital~~effizienten Agentur für Einwanderung entgegenwirken, um die

Begründung

Eine Agentur kann nicht nur digital sein; gut wäre es aber, wenn sie effektiv und effizient wäre.

Antrag A141-Ä025

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1589 - 1590

1589 und um Visaverfahren und die Anerkennung von Berufsabschlüssen ~~zu~~
1590 und Qualifikationen zu
beschleunigen. Für uns ist aber klar: Die berufliche Qualifikation muss das

Antrag A141-Ä026

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1590 - 1592

1590 beschleunigen. Für uns ist aber klar: Die berufliche Qualifikation ~~muss das~~
1591 ~~entscheidende Kriterium für die~~, die berufliche Erfahrung und die Sprachkompetenz müssen als standardisierte und vergleichbare Kriterien für eine gesteuerte ~~Zu~~Einwanderung von Fachkräften
1592 ~~sein. Damit verhindern wir die Zuwanderung in die Sozialsysteme~~herangezogen werden, z. B. durch ein Punktesystem.

Begründung

Die Frage der Einwanderung ohne klare Struktur ausschließlich an die berufliche Qualifikationzu binden, greift zu kurz. Es muss deutlich sein, dass ein Systemgebraucht wird, welches die Immigration nach Deutschland attraktiv und fair gestaltet.

Antrag A141-Ä027

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1590

1590 beschleunigen und zu erleichtern. Für uns ist aber klar: Die berufliche Qualifikation muss das

Antrag A141-Ä028

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1591

1591 entscheidende Kriterium für die gesteuerte ~~Zu~~Einwanderung von Fachkräften

Begründung

Semantik: Zuwanderung ungleich Einwanderung

Der Gebrauch der Wörter „Zuwanderung (ungesteuert) und Einwanderung (gesteuert) werden unterschiedlich verwendet und sollten sprachlich eindeutig verwendet werden.

Siehe beispielhaft Zeilen 1591, 1592: (...) entscheidende Kriterium für die gesteuerte Zuwanderung (hier müsste es Einwanderung heißen) von Fachkräften sein. Damit verhindern wir die Zuwanderung (richtig!) in die Sozialsysteme; vergleiche auch Zeile 1069: hier müsste es Eingewanderten heißen; ebenso in Zeile 1090.

Antrag A141-Ä029

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen, KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1591

1591 entscheidende Kriterium für die gesteuerte Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften

Begründung

Deutschland braucht neben der Zuwanderung von Fachkräften auch die Zuwanderung von Arbeitskräften. Dies ist Realität und sollte von der CDU auch deutlich gemacht werden.

Antrag A141-Ä030

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1592

1592 sein. Damit verhindern wir die Zuwanderung in die Sozialsysteme.Es braucht ein gesondertes Einwanderungsgesetz zur Gewinnung von Fachkräften, das vom Asylrecht rechtlich getrennt ist.

Begründung

Die Aufnahme von Asylbewerbern ist eine Aufnahme auf Zeit, d. h. so lange, bis die Gefährdung im Heimatland nicht mehr besteht. Daher kann bei den Asylanten die umfassende Integration nicht im Vordergrund stehen, insbesondere nicht für die Lösung unseres Fachkräftebedarfs (ca. 40% der Bürgergeldempfänger sind Migranten!). Vielmehr sollte die Einwanderung und Integration von Fachkräften gesetzlich durch ein Einwanderungsgesetz vom Asylrecht getrennt werden.

Antrag A141-Ä031

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A097

Zeile 1592

1592 sein. Damit verhindern wir die Zuwanderung in die Sozialsysteme.

Einwanderung darf nicht zum Pull Faktor für die Zuwanderung in die Sozialsysteme werden, deshalb sind die Stränge Asyl und Menschenrechte einerseits und Zuwanderung von Facharbeitern andererseits strikt zu trennen. Ein Spurwechsel ist im Regelfall auszuschließen. Deshalb kann die Zuwanderung als Facharbeiter nur vor der Einreise beantragt werden.

Begründung

Solange die Trennung nicht strikt vollzogen ist, wird es bei dem Versuch bleiben, den leichten Weg der Einreise als Flüchtling mit dem Stichwort „Asyl“ zu nehmen. Solange praktisch jeder, der ins Inland gekommen ist, auch faktisch auf Dauer bleiben kann, wird sich am Asyl-Mißbrauch nichts ändern. Es brauch ein klares Signal in die Welt hinaus, daß dies nicht mehr funktioniert.

Antrag A141-Ä032

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Dresden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1592

1592 sein. Damit verhindern wir die Zuwanderung in die Sozialsysteme. Ferner wollen wir gewährleisten, dass ausländische Fachkräfte in Deutschland wertgeschätzt werden und ihnen ein attraktives Arbeits- und Lebensumfeld geschaffen wird, so dass sie auch langfristig in Deutschland bleiben.

Begründung

Untersuchungen zeigen, dass jedes Jahr eine große Zahl sowohl in- wie auch ausländischer Fachkräfte Deutschland verlassen. Nach Angaben aus der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes sind von 2000 bis 2018 insgesamt 12 Millionen ausländische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Deutschland wieder ausgewandert. Allein im Jahr 2022 wanderten insgesamt 1,2 Millionen Menschen, darunter 270.000 Deutsche, aus Deutschland aus. Laut dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung handelt es sich hierbei vor allem um junge Fachkräfte unter 40 – sie machten 63 Prozent der Abwanderer aus. Die Studie „Expat Insider“ verweist zudem auch auf gravierenden Nachholbedarf Deutschlands in der internationalen Attraktivität für Fachkräfte, aber auch der Fähigkeit, diesen ein den Aufenthalt verlängerndes Umfeld zu bieten.

Antrag A141-Ä033

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1592

1592 sein. Damit verhindern wir die Zuwanderung in die Sozialsysteme. Darüber hinaus stellen die Fähigkeit und Bereitschaft zu kultureller Integration eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Einwanderung dar.

Antrag A141-Ä034

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Helmstedt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1592

1592 sein. Damit verhindern wir die Zuwanderung in die Sozialsysteme.

Wir wollen Fachkräften aus dem Ausland die Möglichkeit bieten, auf den Arbeitnehmerbeitrag für Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung zu verzichten, um für den für die Ausübung der Arbeit begrenzten zeitlichen Aufenthalt mehr netto vom brutto zu erlangen.

Begründung

Jede qualifizierte Fachkraft aus dem Ausland, die den Fachkräftemangel reduziert, ist ein Gewinn für die inländischen Unternehmen und die deutsche Volkswirtschaft. Deutschland steht um diese Fachkräfte in einem internationalen Wettbewerb.

Nicht jede qualifizierte Fachkraft aus dem Ausland möchte dauerhaft in dem Land leben, in dem es (möglicherweise) zur Erzielung eines höheren Arbeitseinkommens (als im Heimatland) zeitlich begrenzt einwandert. In dem Wettbewerb um kluge Köpfe und arbeitswillige Facharbeiter spielt

letztendlich der Nettolohn eine wesentliche Rolle.

Für diese Menschen muss ein Anreiz geschaffen werden, sich für einen Arbeitsplatz in Deutschland zu entscheiden, wenn der Lebensabend womöglich wieder im Heimatland verbracht werden soll. In diesen Fällen sind Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung für den Arbeitnehmer nicht erheblich.

Jede qualifizierte Fachkraft aus dem Ausland, die gewonnen werden kann, leistet einen volkswirtschaftlichen Beitrag und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

Allein schon ein verbleibender Beitrag über die Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen wäre ein Gewinn.

Aufenthaltsrecht und diese Option müssen dann verbunden werden.

Antrag A141-Ä035

Änderungsantrag zu A141

Antragsteller/in:	KV Bergstrasse
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1592

1592 sein. In allen nicht durch eine Staatsprüfung bzw. Approbationsordnung geregelten Berufen soll die Anerkennung der beruflichen Qualifikation durch den Arbeitgeber Prüfungszulassung ohne weitere Zulassungsbedingungen sein. Damit ~~verhindern~~stärken wir die Zuwanderung in ~~die Sozialsysteme~~den Arbeitsmarkt.

Antrag A142: Zeile 1593 - 1606: Für ein solidarisches Miteinander

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A078-Ä006, A136-Ä002, A136-Ä005
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1594 - 1595 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1596 - 1602 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1593 **Für ein solidarisches Miteinander**

1594 **Wir wollen einen starken Sozialstaat.** Jeder soll sich darauf verlassen
1595 können, dass die Solidargemeinschaft ihn trägt, wenn er sie wirklich braucht.
Das ist für uns soziale Gerechtigkeit.
Das setzt voraus, dass sich jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten in diese Solidargemeinschaft einbringt. Solidarische Unterstützung soll daher wo immer möglich zu Eigenverantwortung und Teilhabe befähigen.

Wir stehen für eine soziale ~~Ordnungsp~~Politik, die die aktivierende Vorsorge in den Mittelpunkt stellt und dem Subsidiaritätsprinzip folgt. Unser Sozialsystem ist auf eine starke Wirtschaft mit vielen Arbeitnehmern angewiesen. Wir müssen deshalb stets mitbedenken, dass soziale Leistungen auch finanziert werden müssen und setzen deshalb auch hier auf Generationengerechtigkeit. In den Sozialversicherungen müssen beitragsbezogene Leistungen wieder klarer von steuerfinanzierten Leistungen abgegrenzt und so Transparenz in den Finanzbeziehungen geschaffen werden. Der Gesamtbeitrag zu den Sozialversicherungen muss stabil niedrig gehalten werden, um die Belastung der Unternehmen und ihrer Beschäftigten zu begrenzen.

Wir wollen einen effizienteren Sozialstaat. Dazu werden wir möglichst viele soziale Leistungen zusammenfassen, Rechtsvorschriften verständlicher machen und die Bürger persönlicher begleiten. Wir streben einen vollautomatisierten, intelligenten Datenabgleich an.

Antrag A142-Ä001

Änderungsantrag zu A142

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1594 - 1602

~~**Wir wollen einen starken Sozialstaat.** Jeder soll sich darauf verlassen können, dass die Solidargemeinschaft ihn trägt, wenn er sie wirklich braucht. Wir stehen für eine soziale Ordnungspolitik, die die aktivierende Vorsorge in den Mittelpunkt stellt. Unser Sozialsystem ist auf eine starke Wirtschaft mit vielen Arbeitnehmern angewiesen. Wir müssen deshalb stets mitbedenken, dass soziale Leistungen auch finanziert werden müssen. In den Sozialversicherungen müssen beitragsbezogene Leistungen wieder klarer von steuerfinanzierten Leistungen abgegrenzt und so Transparenz in den Finanzbeziehungen geschaffen werden.~~

Wir wollen einen schlanken und effizienten Sozialstaat! Wir Christdemokraten wollen den Sozialstaat auf seine Kernaufgabe zurückbauen, Menschen, die in unserem Land in Not geraten, mit dem Existenzminimum zu versorgen, solange sie und ihre Familie es nicht eigenständig schaffen können. Die darüber hinausgehende staatlich erzwungene Umverteilung schaffen wir ab. Jeder Mensch muss über das von ihm Erwirtschaftete weit überwiegend selbst und frei verfügen können, dies begrenzt angesichts der sonstigen Steuern (Einkommensteuer, sonstige Steuerarten) auch den Höchstbetrag der Sozialversicherungsbeiträge. Der Verringerung der Einnahmen der Sozialkassen muss die Verringerung der Ausgaben auf dem Fuße folgen, die Sozialkassen (Rente, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung) dürfen nicht mehr ausgeben, als sie einnehmen (ohne Kredite), sachfremde Leistungen dürfen nicht gewährt werden.

Begründung

Wir Christdemokraten verwechseln den Sozialstaat nicht mit Solidarität. Christliche Nächstenliebe gehört nicht ins Gesetzbuch, sondern zum Glaubensbekenntnis. Den Sozialstaat wollen und pflegen wir als Ausdruck des Mindestmaßes an Fürsorge für andere Menschen, die wir jedem zwangsweise abringen. Diesen Zwang wollen wir auf das absolute Mindestmaß beschränken. Nur dann verbleiben dem Einzelnen ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten, um dem Glaubensgebot der christlichen Nächstenliebe überhaupt folgen zu können. Wir Christdemokraten wollen deshalb den Sozialstaat auf seine Kernaufgabe zurückbauen, Menschen, die in unserem Land in Not geraten, mit dem Existenzminimum zu versorgen, solange sie und ihre Familie es nicht eigenständig schaffen können.

Eine umfassende Rentenreform ist unausweichlich, auch die übrigen Sozialleistungen müssen grundlegend überarbeitet werden. Die Sozialbeiträge müssen sinken, es braucht es mehr Freiheit für alle, damit Leistung sich mehr lohnt und der Aufbau von Vermögen über Generationen für möglichst viele Menschen möglich ist.

Antrag A142-Ä002

Änderungsantrag zu A142

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden, KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1595 - 1596

1595 können, dass die Solidargemeinschaft ihn trägt, wenn er sie wirklich braucht.

1596 Das setzt voraus, dass sich jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten in diese Solidargemeinschaft einbringt. Eigenverantwortung, Mitverantwortung für andere sowie das Gemeinwesen insgesamt und starke Solidargemeinschaft gehören zusammen. Solidarische Unterstützung soll daher wo immer möglich zu Eigenverantwortung und Teilhabe befähigen. Daher ist für uns Befähigungsgerechtigkeit ein wesentlicher Maßstab für einen leistungsfähigen Sozialstaat. Wir stehen für eine soziale Ordnungspolitik, die die aktivierende Vorsorge in

Antrag A142-Ä003

Änderungsantrag zu A142

Antragsteller/in:	KV Goslar
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1595

1595 können, dass die Solidargemeinschaft ihn trägt, wenn er sie ~~wirk~~nachweislich braucht.

Begründung

Wir bitten um Konkretisierung der Aussage

Antrag A142-Ä004

Antragsteller/in:	KV Leverkusen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1595 - 1596

1595 können, dass die Solidargemeinschaft ihn trägt, wenn er sie wirklich ~~braucht.~~
1596 benötigt. Deshalb ist das Subsidiaritätsprinzip für uns Grundlage
politischen Handelns. Wir stehen für eine soziale Ordnungspolitik, die die aktivierende Vorsorge
in

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A142-Ä005

Änderungsantrag zu A142

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1596

1596 Wir stehen für eine soziale ~~Ordnungsp~~Politik, die die aktivierende Vorsorge in

Antrag A142-Ä006

Änderungsantrag zu A142

Antragsteller/in:	KV Paderborn
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1598 - 1602

1598 vielen Arbeitnehmern angewiesen. Wir müssen deshalb stets ~~mitbedenken,~~
1599 mit bedenken,
dass soziale Leistungen auch finanziert werden müssen. In den
1600 Sozialversicherungen müssen beitragsbezogene Leistungen wieder klarer
1601 von steuerfinanzierten Leistungen abgegrenzt und so Transparenz in den
1602 Finanzbeziehungen geschaffen werden. Das Lohnabstandsgebot als Sozialstaatsprinzip wird
rechtlich (wieder)
verankert, so dass reguläre Vollzeitbeschäftigung im Verhältnis zu
Sozialtransfers ein signifikant höheres Einkommen garantiert. Dazu werden u.a.
die Hinzuverdienstmöglichkeiten zum Bürgergeld reformiert (Hebel umkehren),
Schnittstellenprobleme von Wohngeld, Kinderzuschlag und Bürgergeld beseitigt
und ein Aktiv-/Passiv-Transfer in der Arbeitsmarktpolitik angestrebt.

Begründung

In Deutschland existieren unterschiedliche Systeme, die Erwerbstätigkeit im Sozialleistungsbezug ermöglichen sollen. Diese sind unabgestimmt und fördern eher kleine Nebentätigkeiten zur Ergänzung des Sozialleistungsbezuges, statt die Aufnahme regulärer Vollzeitarbeit zu honorieren. Das ist vor dem Hintergrund des Fachkräfte- und Erwerbstätigenmangels ökonomisch unsinnig und zudem unvereinbar mit dem christlichen Menschenbild, das auf die Leistungsbereitschaft mündiger Bürger für sich selbst, ihre Familie und schließlich ihr Umfeld setzt (Subsidiarität). Das Sozialsystem hat sich spätestens seit 2005 Zug um Zug vom Wirtschafts- und Gesellschaftsbild der Sozialen Marktwirtschaft hin zu einem bevormundenden Wohlfahrtsstaat entwickelt. Die Einführung des Bürgergeldes hat diese Problematik bereits vertieft und durch die zu erwartenden Anpassungen von Sozialleistungen in Zeiten spürbarer Inflation werden sich die Arbeitsanreize immer weiter verschlechtern. Ohne grundlegende Reformen und Anpassungen insbesondere beim Hinzuverdienst zum Bürgergeld oder Renten, dem Wohngeld oder Kinderzuschlag wird Eigenverantwortung weiter geschwächt.

Antrag A142-Ä007

Änderungsantrag zu A142

Antragsteller/in:	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1599

1599 dass soziale Leistungen auch finanziert werden müssen und setzen deshalb auch hier auf Generationengerechtigkeit und Subsidiarität. In den

Antrag A142-Ä008

Änderungsantrag zu A142

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1602

1602 Finanzbeziehungen geschaffen werden.

Für den Bürger „kostenlose“ Leistungen verleiten zu einem unwirtschaftlichen Umgang und zu überzogenen Qualitätsanforderungen. Deshalb ist es aus Steuerungsgründen notwendig eine Kostenanteil von Nutzer zu erheben.

Begründung

Was nichts kostet ist nichts wert. Das zeigen die Beispiele der kostenlosen KITA-Plätze und der teilweise überlangen Studienzeiten. Letztendlich ist der wirtschaftliche Untergang der DDR ein Beispiel dafür wo ein solches System hinführt. Es ist deshalb besser, die Bedürftigen durch

Bartransferleistungen im objektiv erforderlichen Maße in die Lage zu versetzen, sich entsprechende Leistungen „kaufen“ zu können.

Antrag A142-Ä009

Änderungsantrag zu A142

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1602

1602 Finanzbeziehungen geschaffen werden. Für den Bürger "kostenlose" Leistungen verleiten zu einem unwirtschaftlichen Umgang und zu überzogenen Qualitätsanforderungen.

Begründung

Wirken wir dem Eindruck entgegen, dass "Was nichts kostet ist nichts wert". Es ist besser, die Bedürftigen durch Transferleistungen im objektiv erforderlichen Maße in die Lage zu versetzen, sich entsprechende Leistungen "kaufen" zu können.

Antrag A142-Ä010

Änderungsantrag zu A142

Antragsteller/in:	KV Herne
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1602

1602 Finanzbeziehungen geschaffen werden.

In der Vergangenheit wurden immer wieder neue nicht beitragsgedeckte Leistungen der Kranken- und Rentenversicherung eingeführt, die aus Mitteln der Beitragszahlenden der Sozialversicherungssysteme finanziert werden müssen. Zukünftig soll es keine weiteren nicht beitragsgedeckte Leistungen geben, die durch diesen Personenkreis zu finanzieren sind.

Antrag A143: Zeile 1607 - 1624: Wir wollen die Tarifpartnerschaft und die Mitbestimmung stärken

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A136-Ä004, A136-Ä005, A138-Ä004
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1607 - 1624 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

Wir wollen die Tarifpartnerschaft und die Mitbestimmung stärken. Die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften hat als eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft Deutschland stark gemacht. Die Tarifbindung sorgt für faire Löhne, berechenbare Kosten ~~und~~, gute und gesunde Arbeitsbedingungen sowie höhere Einzahlungen in die Sozialversicherungen. Deshalb streben wir einen hohen Grad an Tarifbindung an. Dazu wollen wir die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen stärken. Die Sozialpartner müssen weiter die zentrale Rolle im Tarifausschuss spielen. Wir setzen zudem auf Öffnungsklauseln, damit die Sozialpartner flexibler verhandeln können. Wir respektieren die positive ebenso wie die negative Koalitionsfreiheit, die im Grundgesetz angelegt ist.

Wir wollen alle Beschäftigten an einer guten Lohnentwicklung beteiligen. Die Lohnfindung muss in der Hand der Tarifpartner und Arbeitsvertragsparteien bleiben. Die Politik darf hier keinen direkten Einfluss haben. Für uns ist klar, dass der Lohn immer auch Ausdruck von Leistung und Produktivität sein muss. Gleichzeitig gilt, wer Vollzeit arbeitet, muss auch selbst davon leben können. Der Mindestlohn ist daher ein ~~unverzichtbar~~wichtiger Teil der Arbeitsmarktordnung. Damit sich Arbeit auch für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen wieder mehr lohnt, wollen wir die Löhne von Steuern und ~~Abgaben~~Beiträgen entlasten. Gute Löhne in Abstand zu zielgenauen Sozialleistungen für Bedürftige sind Anreiz für eigenverantwortliche Erwerbstätigkeit.

Antrag A143-Ä001

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1607 - 1616

Wir wollen die ~~Tarifpartnerschaft und die Mitbestimmung~~Berufs-, Gewerbe- und Vertragsfreiheit stärken.~~Die Sozialpartnerschaft zwischen~~Das individuelle Miteinander von Arbeitgebern und ~~Gewerkschaften hat Deutschland stark gemacht. Die Tarifbindung sorgt für faire Löhne, berechenbare Kosten und gute Arbeitsbedingungen~~Arbeitnehmern darf nicht von zu viel staatlicher Einmischung gestört werden, die dem Kollektiv (Mitbestimmung oder Gewerkschaften) zu viel Macht überträgt. Deshalb ~~streben wir einen hohen Grad an Tarifbindung an. Dazu wollen wir die~~ wollen wir die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ~~stärken. Die Sozialpartner~~

1613 ~~müssen weiter die zentrale Rolle im Tarifausschuss spielen. Wir setzen~~
1614 ~~zudem~~und andere Aspekte des Kollektivarbeitsrechts neu auf ~~Öffnungsklauseln, damit die Sozialpartner flexibler verhandeln~~
1615 ~~können. Wir respektieren die positive ebenso wie die negative~~
1616 ~~Koalitionsfreiheit, die im Grundgesetz angelegt ist~~den Prüfstand stellen. Auch der Mindestlohn muss neu diskutiert werden.

Begründung

Wir Christdemokraten wollen die Soziale Marktwirtschaft in der Tradition Ludwig Erhards, dafür braucht es individuelle Berufs-, Gewerbe- und Vertragsfreiheit und einen Markt mit vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen, in denen der freie Leistungsaustausch möglich ist und der Erfolg vorrangig von der erbrachten Leistung abhängt. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, zu viel Mitbestimmung oder auch der Mindestlohn passen dazu nicht.

Die Mitbestimmung oder auch die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen bedeuten Unfreiheit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir Christdemokraten sollten die freie individuelle Aushandlung von Arbeitsverträgen fördern und fordern.

Antrag A143-Ä002

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Bochum
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission und Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands

Zeile 1608 - 1616

1608 Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ist eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft und hat
1609 Deutschland stark gemacht. Die Tarifbindung sorgt für faire Löhne,
1610 berechenbare Kosten ~~und~~, gute Arbeitsbedingungen und höhere Einzahlungen in die Sozialkassen. Deshalb streben wir
1611 einen hohen Grad an Tarifbindung an. Dazu wollen wir die
1612 Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen stärken. ~~Die Sozialpartner~~
1613 ~~müssen weiter die zentrale Rolle im Tarifausschuss spielen. Wir setzen~~
1614 ~~zudem auf Öffnungsklauseln, damit~~
1615 Wir wollen auch die Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern stärken. Sie fördert den sozialen Frieden und ist ein Element für fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen, der nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Deshalb wollen wir, dass in der Regel Tarif gezahlt wird und Branchentarife die Tarifeinheit in den Unternehmen und in den Wirtschaftsbranchen stärken. Damit die Sozialpartner flexibler verhandeln
1616 ~~können. Wir respektieren die positive ebenso wie die negative~~
1617 ~~Koalitionsfreiheit, die im Grundgesetz angelegt ist.~~können, setzen wir auf Öffnungsklauseln, um den Bedürfnissen von Unternehmen und Beschäftigten vor Ort stärker Rechnung tragen zu können. Dazu ist das Arbeitsrecht flexibler zu gestalten.

Begründung

Faire Regeln für den Wettbewerb und gerechte und solidarische Arbeitsbedingungen sind für den sozialen Frieden und eine zukunftsfähige Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Die Tarifbindung von Unternehmen ist nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung und den neusten Zahlen des Statistischen Bundesamtes in den letzten Jahrzehnten von 65% auf 21% gesunken; nur 49 % aller Beschäftigten werden nach Tarif bezahlt. Die Sozialpartnerschaft als tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft gerät ins Wanken. Inzwischen arbeiten 10 Millionen Menschen in Deutschland im Niedriglohnsektor. Minilöhne fördern soziale Abstiegsängste und erzeugen in breiten Schichten das Potential für ein radikales Wählerverhalten. Denn dem geringen Lohn folgen Minirente, Altersarmut und Armut des Staates, da die Finanzierung von steigenden Sozialleistungen aus Steuermitteln nur schwer leistbar sein wird. Wo Tarifverträge das Entgelt der unteren Lohngruppen regeln, verliert der gesetzliche, zwischen den Sozialpartnern nicht direkt ausgehandelte Mindestlohn an Bedeutung.

Tarifflucht und das Ausscheiden von Unternehmen deren Subunternehmen aus den Branchentarifen zur Absenkung von Löhnen gehört, ist inzwischen zum Geschäftsmodell vieler Unternehmen. Die Zersplitterung der Tariflandschaft ist auch eine der Ursachen für zunehmende Streiks; sie schwächt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die EU-Kommission möchte die Tarifbindung auf 80% anheben und erwartet von Deutschland Maßnahmen gegen die Wettbewerbsverzerrung gegenüber den anderen EU-Ländern durch Niedriglöhne. Es besteht also dringender Handlungsbedarf durch den Gesetzgeber.

Antrag A143-Ä003

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Hagen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1609

1609 Deutschland stark gemacht und ist eine tragende Säule der sozialen Marktwirtschaft. Die Tarifbindung sorgt für faire Löhne,

Begründung

Die Tarifpartnerschaft ist ein wesentliches Element der sozialen Marktwirtschaft,

die wiederum ein unabdingbarer Markenkern der CDU ist.

Antrag A143-Ä004

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1610

1610 berechenbare Kosten ~~und~~sowie gute und gesunde Arbeitsbedingungen. Deshalb streben wir

Begründung

Gute und gesunde Arbeitsbedingungen sind wichtig, um später gesund in Rente zu gehen.

Antrag A143-Ä005

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1611 - 1613

1611 einen hohen Grad an Tarifbindung an. ~~Dazu wollen wir die~~
1612 ~~Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen stärken. Die Sozialpartner~~
1613 ~~müssen weiter die zentrale Rolle im Tarifausschuss spielen.~~ Wir setzen

Begründung

Wenn die Bindekraft von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften stetig abnimmt, ist es m.E. nicht Aufgabe des Staates, durch Allgemeinverbindlicherklärung nach § 5 des Tarifvertragsgesetzes diesen Prozess letztlich zu „unterminieren“, zumal bei der Allgemeinverbindlicherklärung die „Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer“ eingebunden werden.

Zugespitzt formuliert: Nehmen wir den Verbänden/Gewerkschaften nicht den Anreiz, sich um ihre Mitglieder so zu kümmern, dass sie nicht austreten, wenn die Tarifpartner letztlich um die Möglichkeit, die wir laut Entwurf sogar stärken wollen, wissen, dass auch ein Tarifvertrag, der mangels Mitgliedern nicht über Rückhalt in der Branche verfügt, über den Umweg Allgemeinverbindlicherklärung doch für alle – unabhängig von der Mitgliedschaft in den Verbänden – bindend werden kann.

Antrag A143-Ä006

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Hagen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1612

1612 Allgemeinverbindlichkeit und Anerkennung von Tarifverträgen stärken. Die Sozialpartner

Begründung

Tarifverträge müssen auch in Unternehmen gelten, welche nicht im Arbeitsgeberverband vertreten sind und in denen es ebenso keine im Betrieb vertretene Gewerkschaft gibt. Aus diesem Grund gibt es keine Sozialpartner welche verhandeln können.

Antrag A143-Ä007

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Hagen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1612 - 1613

1612 Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen stärken. Die Sozialpartner
1613 , Arbeitgeber, Gewerkschaften und Betriebsräte müssen weiter die zentrale Rolle im Tarifausschuss spielen. Wir setzen

Begründung

Die Betriebsräte sind vor Ort und vertreten oftmals die Gewerkschaften. Umso wichtiger ist es Ihre Rechte und Ihre Mitbestimmung zu stärken und auszubauen. Verhandlungen beinhalten nicht nur Entgeltthemen, sondern ebenfalls soziale Aspekte, Arbeitszeit und vieles mehr

Antrag A143-Ä008

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden, KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1613

1613 müssen weiter die zentrale Rolle im Tarifausschuss spielen. Einigen sich Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften in einer bestimmten Branche gemeinsam darauf, den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung zu stellen, soll dieser nur aus einem gewichtigen Grund und mit Begründung abgelehnt werden können. Wir setzen

Antrag A143-Ä009

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Rhein-Erft
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1615

1615 können. Wir wollen die Arbeit in Betriebsräten stärken und digitale Formen zur Erleichterung fördern. Wir respektieren die positive ebenso wie die negative

Antrag A143-Ä010

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1616

1616 Koalitionsfreiheit, die im Grundgesetz angelegt ist.

Regulierung des Streikrechts bei kritischer Infrastruktur

Wir setzen uns für gesetzliche Rahmenbedingungen ein, die das Streikrecht in Bereichen kritischer Infrastrukturen stärker regulieren, um Bürgerinnen und Bürger vor willkürlichen Streiks zu schützen, die erheblich in das Leben des Einzelnen eingreifen können. Klar definierte Streikregeln müssen gesetzlich verankert werden.

Begründung

Das Streikrecht stellt mittlerweile in einigen Bereichen nicht nur eine Herausforderung für Arbeitgeber dar, sondern auch für viele Bürgerinnen und Bürger. Bestimmte Berufsgruppen haben im Vergleich zu anderen eine deutlich höhere Durchsetzungskraft, indem sie auch unbeteiligte Dritte für ihre Anliegen haftbar machen können. Daher bedarf das Streikrecht für Betriebe kritischer Infrastruktur einer gesetzlichen Regelung, die es bislang nicht gibt. Nicht nur die Interessen der streitenden Parteien, sondern auch die Belange unbeteiligter, jedoch betroffener Dritter müssen berücksichtigt und ausbalanciert werden.

Antrag A143-Ä011

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1617

1617 **Wir wollen alle Beschäftigten an einer guten ~~Lohnentwicklung~~wirtschaftlichen Entwicklung beteiligen.**

Begründung

Die Einseitige Fokussierung auf eine allgemeine Lohnentwicklung greift zu kurz.
Die Beteiligung an der wirtschaftlichen Entwicklung ist die bessere Formulierung.

Antrag A143-Ä012

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1618

1618 Die Lohnfindung muss in der Hand der Tarifpartner und Arbeitsvertragsparteien bleiben. Die Politik darf

Begründung

Lohnfindung findet nicht allein auf Ebene der Tarifpartner statt. Ein großer Teil der Arbeitsbedingungen, insbesondere die Vergütung, werden unmittelbar von den Arbeitsvertragsparteien vereinbart (geschützt durch Art. 12 GG = Arbeitsvertragsfreiheit).

Antrag A143-Ä013

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Bochum
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1619 - 1622

1619 hier keinen direkten Einfluss haben. Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, die aufgrund der im Grundgesetz verankerten Koalitionsfreiheit auf ihre Mitwirkungsrechte in ihren Organisationen verzichten, sollten daraus nicht ableiten können, dass autonom ausgehandelte Tarife für sie nicht gelten. Für uns ist klar, dass der Lohn immer
1620 auch Ausdruck von Produktivität sein muss. Gleichzeitig gilt, wer Vollzeit
1621 arbeitet, muss auch selbst davon leben können. Gute Löhne in Abstand zu zielgenauen Sozialleistungen für Bedürftige sind Anreiz für eigenverantwortliche Erwerbstätigkeit. Der Mindestlohn ist ~~daher~~ ein
1622 unverzichtbarer Teil der Arbeitsmarktordnung, vor allem dort, wo die Sozialpartnerschaft wegen fehlender Tarifbindung nicht funktioniert. Damit sich Arbeit auch für

Antrag A143-Ä014

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1620

1620 auch Ausdruck von Leistung und Produktivität sein muss. Gleichzeitig gilt, wer Vollzeit

Begründung

Viele Beschäftigten sind zum Beispiel im Dienstleistungsbereich, im Erziehungs- oder Pflegebereich tätig. Der Begriff „Produktivität“ alleine orientiert sich sehr stark an der Schaffung von Produkten und anderen messbaren Leistungen als Arbeitsergebnis. Dies könnte zu einer Unterbewertung der Arbeit von vielen anderen Beschäftigten führen und damit die Lohnunterschiede zwischen Beschäftigten im Produktionsbereich, Dienstleistungen usw., die es teilweise gibt, weiter verfestigen.

Antrag A143-Ä015

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1621 - 1622

1621 arbeitet, muss auch selbst davon leben können. ~~Der Mindestlohn ist daher ein~~
1622 ~~unverzichtbarer Teil der Arbeitsmarktordnung.~~ Damit sich Arbeit auch für

Begründung

Wir Christdemokraten wollen die Soziale Marktwirtschaft in der Tradition Ludwig Erhards, dafür braucht es individuelle Berufs-, Gewerbe- und Vertragsfreiheit und einen Markt mit vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen, in denen der freie Leistungsaustausch möglich ist und der Erfolg vorrangig von der erbrachten Leistung abhängt. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, zu viel Mitbestimmung oder auch der Mindestlohn passen dazu nicht. Ob der Mindestlohn positive oder negative Folgen hat, ist unter Ökonomen umstritten. In einem Grundsatzprogramm sollte deshalb dazu keine Festlegung erfolgen.

Antrag A143-Ä016

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen, KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1622

1622 ~~unverzichtbar~~wichtiger Teil der Arbeitsmarktordnung. Damit sich Arbeit auch für

Begründung

Ein Mindestlohn ist ordnungspolitisch mehr als zweifelhaft, aber in Zeit schwacher Tarifbindung nicht mehr wegzudenken. Nichtsdestotrotz wäre er bei stärkerem Einfluss der Tarifpartner nicht unverzichtbar, so dass er vielmehr "wichtiger Teil unserer Arbeitsmarktordnung" ist.

Antrag A143-Ä017

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1624

1624 wir die Löhne von Steuern und ~~Abgaben~~Beiträgen entlasten.

Begründung

„Abgaben“ ist ein Sammelbegriff für alle kraft öffentlicher Finanzhoheit zur Erzielung von Einnahmen erhobenen Zahlungen und somit ein Oberbegriff für Steuern, Gebühren und Beiträge. Korrekt müsste es daher hier "Steuern und Beiträge" heißen.

Antrag A143-Ä018

Änderungsantrag zu A143

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1624

1624 wir die Löhne von Steuern und Abgaben entlasten. Unser Ziel ist es, möglichst viele Menschen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu überführen.

Antrag A144: Zeile 1625 - 1633: Für eine sichere Altersvorsorge

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A145-Ä011
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1629 - 1633 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1625 **Für eine sichere Altersvorsorge**

1626 **Wir werden die Rente langfristig sichern.** Die Rente muss für alle
1627 Generationen gerecht und zuverlässig sein. Uns leitet der Grundsatz der
1628 Leistungsgerechtigkeit: Wer gearbeitet hat und Beiträge gezahlt hat, muss
1629 mehr haben als jemand, der dies nicht getan hat. Deshalb werden wir
1630 langfristig sicherstellen, dass die gesetzliche Rente für Menschen, die 45
1631 Jahre Vollzeit zum Mindestlohn gearbeitet und Beiträge gezahlt haben,
1632 Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, deutlich oberhalb der
1633 Grundsicherung im Alter liegt~~, damit diese davon leben können~~.

Antrag A144-Ä001

Änderungsantrag zu A144

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1626 - 1633

1626 ~~**Wir werden die Rente langfristig sichern.**~~Die ~~Rente muss für alle~~
1627 ~~Generationen gerecht und zuverlässig sein. Uns leitet der Grundsatz der~~
1628 ~~Leistungsgerechtigkeit: Wer gearbeitet hat und Beiträge gezahlt hat, muss~~
1629 ~~mehr haben als jemand, der dies nicht getan hat. Deshalb werden~~Verlängerung der Lebenszeit

und der demografische Wandel (Kinderarmut) machen es notwendig, die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflege- und Arbeitslosenversicherung grundlegend zu reformieren. Wir Christdemokraten folgen dabei den Grundsätzen der Freiheit und Eigenverantwortung und der freiwilligen innerfamiliären Solidarität. Den Reformen stellen wir

1630 ~~langfristig sicherstellen, dass die gesetzliche Rente für Menschen, die 45~~

1631 ~~Jahre Vollzeit zum Mindestlohn gearbeitet und Beiträge gezahlt haben,~~

1632 ~~Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, deutlich oberhalb der~~

1633 ~~Grundsicherung im Alter liegt, damit diese davon leben~~die Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge gegenüber. Jeder Mensch muss über das von ihm Erwirtschaftete weit überwiegend selbst und frei verfügen können, dies begrenzt angesichts der sonstigen Steuern (Einkommensteuer, sonstige Steuerarten) auch den Höchstbetrag der Sozialversicherungsbeiträge. Der Verringerung der Einnahmen der Sozialkassen muss die Verringerung der Ausgaben auf dem Fuße folgen, die Sozialkassen (Rente, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung) dürfen nicht mehr ausgeben, als sie einnehmen (ohne Kredite), sachfremde Leistungen dürfen nicht gewährt werden. Das gesetzliche Rentenalter muss entsprechend der gestiegenen Lebenserwartung erhöht werden, Ausnahmen dürfen (wie bisher schon) nur aufgrund des individuellen Gesundheitszustands zugelassen werden.

Begründung

Wir Christdemokraten verwechseln den Sozialstaat nicht mit Solidarität. Christliche Nächstenliebe gehört nicht ins Gesetzbuch, sondern zum Glaubensbekenntnis. Den Sozialstaat wollen und pflegen wir als Ausdruck des Mindestmaßes an Fürsorge für andere Menschen, die wir jedem zwangsweise abringen. Diesen Zwang wollen wir auf das absolute Mindestmaß beschränken. Nur dann verbleiben dem Einzelnen ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten, um dem Glaubensgebot der christlichen Nächstenliebe überhaupt folgen zu können. Wir Christdemokraten wollen deshalb den Sozialstaat auf seine Kernaufgabe zurückbauen, Menschen, die in unserem Land in Not geraten, mit dem Existenzminimum zu versorgen, solange sie und ihre Familie es nicht eigenständig schaffen können.

Eine umfassende Rentenreform ist unausweichlich, auch die übrigen Sozialleistungen müssen grundlegend überarbeitet werden. Die Sozialbeiträge müssen sinken, es braucht es mehr Freiheit für alle, damit Leistung sich mehr lohnt und der Aufbau von Vermögen über Generationen für möglichst viele Menschen möglich ist.

Antrag A144-Ä002

Änderungsantrag zu A144

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1629

1629 mehr haben als jemand, der dies nicht getan hat. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter würdig und auskömmlich davon leben können. Deshalb werden wir

Antrag A144-Ä003

Antragsteller/in:	LV Thueringen, KV Soemmerda
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1629

1629 mehr haben als jemand, der dies nicht getan hat. ~~Deshalb~~Wir werden an dem Prinzip festhalten, dass Menschen, die 45 Jahren gearbeitet und Beiträge gezahlt haben, Anspruch auf eine ungeminderte Rente haben. Außerdem werden wir

Begründung

Die CDU darf keinen Zweifel daran lassen, dass unabhängig von der Regelaltersgrenze die Rente für besonders langjährig Versicherte erhalten bleibt. Wer 45 Jahre gearbeitet hat, muss, unabhängig vom Lebensalter, einen Anspruch auf Rente haben. Längeres Arbeiten ist nicht ausgeschlossen.

Antrag A144-Ä004

Änderungsantrag zu A144

Antragsteller/in:	LV Sachsen-Anhalt, KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1633

1633 Grundsicherung im Alter liegt, damit diese davon leben können. Dazu gehört, dass die negativen Inflationsauswirkungen für die Rentnergeneration durch die konsequente Einhaltung der Kopplung des Rentenniveaus an die allgemeine Lohnentwicklung (Indexrente) ausgeglichen werden.

Begründung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die teilweise galoppierenden Preissteigerungen für Lebensmittel und die ansteigenden Kosten für den sonstigen Lebensunterhalt , wie Mieten und Energie haben viele Rentner in eine dramatische finanzielle und wirtschaftliche Situationen gebracht .

Auch die ständig steigenden Kosten für die Pflege und Betreuung im Alter haben dazu geführt, dass viel Rentner auf die Unterstützung durch das Sozialamt angewiesen sind.

Für viele alte Menschen , die ihr ganzes Leben schwer und hart gearbeitet haben , ist das belastend und entwürdigend.

Hinzu kommt, das die Preissteigerungen auf allen Gebieten des täglichen Lebens dazu führen, das das Ersparte kontinuierlich an Wert verliert.

Die Durchsetzung der Indexrente , also die Koppelung des Rentenniveaus an die allgemeine Lohnentwicklung, ist geeignet diese Einbußen zu kompensieren.

Wenn man die Forderungen der Gewerkschaften nach erheblichen Lohnerhöhungen ansieht, es sind

teilweise Steigerungen um mehr als 10%, muss man zu dem Schluss kommen, das die Rentner , die unseren noch funktionierenden Sozialstaat aufgebaut haben, die Vergessenen und die Verlierer sind.

Deshalb fordern wir die Durchsetzung der Indexrente, d.h. eine kontinuierliche Steigerung der Rente, die sich an dem allgemeinen Lohnniveau orientiert.

Antrag A144-Ä005

Änderungsantrag zu A144

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1633

1633 Grundsicherung im Alter liegt~~, damit diese davon leben können~~.

Begründung

Der Text in der derzeitigen Fassung suggeriert, dass es eines Einkommens oberhalb der Grundsicherung bedarf, damit ein Mensch von ihm leben kann. Diese Interpretationsmöglichkeit steht im Widerspruch zur gesetzgeberischen Definition der Grundsicherung, die ausdrücklich zur Sicherung der Existenz und des Lebens berechnet wird. Um innere Konsistenz herzustellen, wird der oben genannte Satz gestrichen. Der politische Gestaltunganspruch, dass die Rente oberhalb der Grundsicherung abgesichert werden soll, bleibt weiter bestehen.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A144-Ä006

Änderungsantrag zu A144

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1633

1633 Grundsicherung im Alter liegt, damit diese davon leben können. Eine angemessene Berücksichtigung von Care-Arbeit stellen wir sicher.

Begründung

Der vorherige Satz geht bereits auf Kindererziehung und Pflege ein. Die Berücksichtigung dieser unbezahlten Arbeit in der Lebensarbeitszeit ist für uns Ausdruck unser christlich-sozialer Verantwortung.

Antrag A144-Ä007

Änderungsantrag zu A144

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf

Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1633

1633 Grundsicherung im Alter liegt, damit diese davon leben können.

Nichtstun ist keine Option. Die Rentenausgaben werden in den nächsten Jahren deutlich und dauerhaft steigen. Wir wollen eine Rentenreform auf den Weg bringen, die ihren Namen verdient. Das ist für uns eine Frage der Nachhaltigkeit. Wir schenken den Menschen reinen Wein ein. Veränderungen werden akzeptiert, wenn es fair zugeht. Die derzeitige Gesetzeslage sieht eine ausschließliche Finanzierung des Rentenanstiegs durch den Bundeshaushalt vor. Die Gefahr ist groß, dass dadurch die Finanzierung von anderen wichtigen Zukunftsaufgaben verdrängt wird. Wir werden eine transparente Aufteilung dieser finanziellen Zusatzbelastung im Rahmen der Rentenversicherung dadurch bewerkstelligen, dass wir Beitragssatz und Rentenniveau durch einen Generationen-Gerechtigkeitsfaktor dem demographischen Wandel anpassen. Gleichzeitig wollen wir die Rentenversicherung von versicherungsfremden Leistungen entlasten

Antrag A144-Ä008

Änderungsantrag zu A144

Antragsteller/in:	KV Rhein-Neckar-Kreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1633

1633 Grundsicherung im Alter liegt, damit diese davon leben können. Es muss möglich sein, privat fürs Alter zu sparen, ohne dass diese Anstrengungen massiv besteuert werden. Daher schaffen wir die Voraussetzung den dafür notwendigen Kapitalstock ohne Steuerbelastung anzusparen.

Begründung

Um eine Altersvorsorge auf dem Niveau einer Pension zu finanzieren, bedarf es mit Eintritt in die Rente eines Kapitalstocks von 0,5 - 1,0 Mio. €. Um den Kapitalstock bei 2% Inflation lediglich zu erhalten, braucht es Erträge von 10.000 - 20.000 Euro. Neben der jährlichen Sparrate zur realen Erhöhung des Kapitalstocks müssen also zusätzlich die Steuern auf diese Erträge durch zusätzliche Sparanstrengungen erbracht werden.

Antrag A145: Zeile 1634 - 1646: Es braucht in der Rente differenzierte Lösungen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A016-Ä005, A145-Ä009

Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1634 - 1646 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1634 **Es braucht in der Rente differenzierte Lösungen.** Es gibt viele Menschen,
1635 die aus gesundheitlichen Gründen nicht oder nur noch teilweise bis zur
1636 ~~Regelaltersgrenze arbeiten können~~Regelaltersgrenze arbeiten können und deren tatsächliche Belastung bei der ausgeübten Tätigkeit eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit praktisch ausschließt. Für diese Menschen brauchen wir
1637 passgenaue Lösungen, die ein gutes und sicheres Leben im Alter
1638 ermöglichen. Das ist Ausdruck unserer Solidarität. Gleichzeitig zeigt die
1639 langfristige Entwicklung aber auch, dass wir immer älter werden. Wenn wir
1640 unsere Rente stabil und finanzierbar halten wollen, spricht viel dafür, dass
1641 die Lebensarbeitszeit für diejenigen, die arbeiten können, steigen muss, und
1642 folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird. Wer vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss, soll sich auf eine auskömmliche Alterssicherung verlassen können. Darüber hinaus brauchen wir mehr Flexibilität beim Übergang vom Beruf in die Rente und müssen das Arbeiten im Alter attraktiver machen. Da die
1643 gesetzliche Rente allein eine auskömmliche Alterssicherung in vielen Fällen
1644 nicht garantieren kann, wollen wir für alle eine verpflichtende
1645 kapitalgedeckte Altersvorsorge einführen. Dabei werden bestehende kapitalgedeckte Altersvorsorgen berücksichtigt. Für Menschen mit geringem
1646 Einkommen braucht es dabei staatliche Zuschüsse.

Antrag A145-Ä001

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	KV Helmstedt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1634 - 1645

1634 **Es braucht in der Rente differenzierte Lösungen.** Es gibt viele Menschen,
1635 die aus gesundheitlichen Gründen nicht oder nur noch teilweise bis zur
1636 Regelaltersgrenze arbeiten können und deren tatsächliche körperliche Belastung bei der ausgeübten Tätigkeit eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit praktisch ausschließt. Für diese Menschen brauchen wir
1637 passgenaue Lösungen, die ein gutes und sicheres Leben im Alter
1638 ermöglichen. Das ist Ausdruck unserer Solidarität. Gleichzeitig zeigt die
1639 langfristige Entwicklung aber auch, dass wir immer älter werden. Wenn wir
1640 unsere Rente stabil und finanzierbar halten wollen, spricht viel dafür, dass
1641 die Lebensarbeitszeit für diejenigen, die arbeiten können, steigen muss, und
1642 folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird. Da die

1643 gesetzliche Rente allein eine auskömmliche Alterssicherung in vielen Fällen
1644 nicht garantieren kann, wollen wir für alle eine verpflichtende
1645 kapitalgedeckte Altersvorsorge einführen. Für Menschen mit geringem

Begründung

Die körperliche Belastung der beruflich ausgeübten Tätigkeit bestimmt grundsätzlich auch die Fähigkeit bzw. Dauer einen Beruf auszuüben. Das betrifft gerade auch Berufsbilder, die seit Jahren zunehmend unter Fachkräftemangel leiden. Bspw. ein Dachdecker, der vier Jahrzehnte gearbeitet und Rentenbeiträge geleistet hat, sollte bei vollen Rentenbezügen aus dem Arbeitsleben ausscheiden könne. So etwas könnte ähnlich der Gefahrenklassen der Berufsgenossenschaften geclustert werden. Dies würde die Attraktivität der Berufe und damit im Ergebnis auch das Beitragsaufkommen steigern.

Antrag A145-Ä002

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1639

1639 langfristige Entwicklung aber auch, dass wir immer älter werden. Wir wollen den Steuerzuschuss in das Rentensystem auf maximal ein Viertel des Bundeshaushalts begrenzen, um den kommenden Generationen die Möglichkeit zu erhalten, ihre eigene Zukunft zu gestalten. Wenn wir

Antrag A145-Ä003

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1639

1639 langfristige Entwicklung aber auch, dass wir immer älter werden. Wir brauchen mehr Flexibilität beim Übergang vom Beruf in die Rente und müssen das Arbeiten im Alter attraktiver machen. Wir wollen flexible Lösungen, die die Lebensleistung berücksichtigen. Unser besonderes Augenmerk gilt hierbei der betrieblichen Altersversorgung, die Ausdruck der Sozialpartnerschaft ist. Wenn wir

Antrag A145-Ä004

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1639 - 1642

1639 langfristige Entwicklung aber auch, dass wir immer älter werden. ~~Wenn wir~~
1640 ~~unsere Rente stabil und finanzierbar halten wollen, spricht viel dafür, dass~~
1641 ~~die Lebensarbeitszeit für diejenigen, die arbeiten können, steigen muss, und~~
1642 ~~folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird.~~ Da die

Begründung

Durch den demographischen Wandel steht die Finanzierung des derzeitigen Rentensystems auf tönernen Füßen. Während die starken „Babyboomer"-Jahrgänge nun in den kommenden Jahren nach 45 Berufsjahren in Rente gehen können, soll das Renteneintrittsalter der jüngeren Generation an deren Lebenserwartung gekoppelt werden, um dies zu finanzieren. Dies kann aus Sicht jüngerer Generationen nicht als gerecht empfunden werden. Wir beantragen daher, die Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung aus den Grundsatzprogramm zu streichen.

Antrag A145-Ä005

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1640 - 1642

1640 unsere Rente stabil und finanzierbar halten wollen, ~~spricht viel dafür, dass~~
1641 ~~die Lebensarbeitszeit für diejenigen, die arbeiten können, steigen muss, und~~
1642 ~~folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird~~brauchen wir mehr Flexibilität beim Übergang vom Beruf in die Rente und müssen das Arbeiten im Alter attraktiver machen. Wir wollen flexible Lösungen, die die Lebensleistung berücksichtigen. Da die

Begründung

Die Orientierung an einer gesetzlich festgeschriebenen Regelaltersgrenze ist starr und entspricht nicht den unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten und den individuellen Wünschen und Fähigkeiten der Beschäftigten. Deshalb sollte die Altersgrenze flexibel sein und länger Arbeiten sollte entsprechend attraktiv sein.

Antrag A145-Ä006

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	LV Sachsen-Anhalt, KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1642

1642 folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird. Deshalb setzen wir uns für eine Dynamisierung des Renteneintrittsalters ein. Da die

Begründung

1. Angesichts des demographischen Wandels, des zunehmenden Fachkräftemangels, sowie der älter werdenden Bevölkerung setzt eine nachhaltige Entwicklung die ungebrochene Teilhabe der älteren Menschen am Arbeitsleben voraus. Es müssen Konzepte entwickelt werden, die dieser veränderten Situation Rechnung tragen. in diesem Zusammenhang sind die flexible, auf selbst bestimmte Weise und individuelle Beendigung der Erwerbstätigkeit und die Abschaffung der „ Zwangsverrentung“ für viele Berufs- und Tätigkeitsgruppen erforderlich.
2. Die heutige Generation der über 60-jährigen ist mehrheitlich körperlich und geistig besser aufgestellt, als das in der Vergangenheit der Fall war. Überdies stellt eine berufliche Tätigkeit gerade für viele ältere Beschäftigte mehr als Arbeit im eigentlichen Sinn dar. Vielmehr sind für diese Generation der soziale Kontakt, das Gefühl des Gebrauchtwerdens und der Stolz, eigene Kenntnisse und Fertigkeiten der nachfolgenden Generation weiter zu geben. Letzteres ist für die nachfolgende Generation unverzichtbar.
3. Allerdings muss bei einer Tätigkeit den sich teilweise durch das Alter bedingten unterschiedlichen Belastungsgrenzen Rechnung getragen werden. Arbeitsbeginn und Arbeitsende, Arbeitsrhythmen, Arbeitsabläufe, sowie der Arbeitsumfang an sich und auch der Arbeitsplatz selbst sind entsprechend anzupassen. Es muss beispielsweise möglich sein die wöchentliche Arbeitszeit zu reduzieren oder für Menschen mit Berufen, die mit schwerer körperlicher Arbeit verbunden sind, rechtzeitig eine z.B. staatlich geförderte Umschulung zu einer leichteren Arbeit zu gewähren. Eine Beschäftigung nach der Umschulung muss gesichert sein.
4. Eine angemessene berufliche Tätigkeit beugt besonders im Alter der Entwicklung psychischer und physischer Erkrankungen vor.
5. Der Übergang von der vollen beruflichen Tätigkeit in den Ruhestandsoll soll allmählich, gleichsam „ausschleichend“ erfolgen. Alle damit verbundenen Maßnahmen müssen auf freiwilliger Basis und mit den Betroffenen abgestimmt erfolgen. Auch eine steuerliche Begünstigung der „Rentnerarbeit“ muss überdacht werden.

Antrag A145-Ä007

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1642 - 1646

1642 folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird. ~~Da die~~
1643 ~~gesetzliche Rente allein eine auskömmliche Alterssicherung in vielen Fällen~~
1644 ~~nicht garantieren kann, wollen wir für alle eine verpflichtende~~
1645 ~~kapitalgedeckte Altersvorsorge einführen. Für Menschen mit geringem~~
1646 ~~Einkommen braucht es dabei staatliche Zuschüsse.~~

Begründung

Wir Christdemokraten verwechseln den Sozialstaat nicht mit Solidarität. Christliche Nächstenliebe gehört nicht ins Gesetzbuch, sondern zum Glaubensbekenntnis. Den Sozialstaat wollen und pflegen wir als Ausdruck des Mindestmaßes an Fürsorge für andere Menschen, die wir jedem zwangsweise abringen. Diesen Zwang wollen wir auf das absolute Mindestmaß beschränken. Nur dann verbleiben dem Einzelnen ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten, um dem Glaubensgebot der christlichen Nächstenliebe überhaupt folgen zu können. Wir Christdemokraten wollen deshalb den Sozialstaat auf seine Kernaufgabe zurückbauen, Menschen, die in unserem Land in Not geraten, mit dem Existenzminimum zu versorgen, solange sie und ihre Familie es nicht eigenständig schaffen können.

Eine umfassende Rentenreform ist unausweichlich, auch die übrigen Sozialleistungen müssen grundlegend überarbeitet werden. Die Sozialbeiträge müssen sinken, es braucht es mehr Freiheit für alle, damit Leistung sich mehr lohnt und der Aufbau von Vermögen über Generationen für möglichst viele Menschen möglich ist.

Eine „verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge“ ist nichts anderes als eine staatlich erzwungene Abgabe und letztlich eine Erhöhung der Rentenbeiträge, die direkt an die Vermögensverwalter weitergeleitet wird. Blackrock und andere Vermögensverwalter reiben sich die Hände, wenn der Staat so die Menschen zur Kapitalanlage zwingt. Freiheitsfeindlich! Lassen wir die Menschen mit ihrem Geld machen, was sie wollen! Wer eine kapitalgedeckte Altersvorsorge will, dem steht es frei, diese zu kaufen. Wer stattdessen lieber Land kauft und viele Kinder hat, dem muss auch das freistehen, ohne dass ihm trotzdem mit staatlichem Zwang Geld weggenommen und in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge gesteckt wird.

Antrag A145-Ä008

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	KV Oberbergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1644 - 1645

1644 nicht garantieren kann, wollen wir für alle eine ~~verpflichtende~~
1645
kapitalgedeckte Altersvorsorge verpflichtend einführen. Für Menschen mit geringem

Begründung

Die Formulierung einer "verpflichtenden kapitalgedeckten Altersvorsorge" könnte so interpretiert werden, dass nur eine einzige staatlich normierte Vorsorgeform (z. B. Staatsfond) angeboten wird. Unseres Erachtens sollten die Menschen aber grundsätzlich frei darüber entscheiden können, in welcher Form sie eine zusätzliche Altersvorsorge betreiben.

Antrag A145-Ä009

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A145

Zeile 1645

1645 kapitalgedeckte und staatlich unterstützte Altersvorsorge einführen. Für Menschen mit geringem

Begründung

Bereits heute werden Anlageprodukte vom Staat unterstützt (bspw. Riester). Dies wird auch in Zukunft notwendig sein.

Antrag A145-Ä010

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden, KV Dresden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1645 - 1646

1645 kapitalgedeckte Altersvorsorge einführen. Für Menschen mit geringem
1646 Einkommen braucht es dabei kurzfristig staatliche Zuschüsse. Langfristig streben wir an, die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme umzustellen, sodass nicht mehr ausschließlich Arbeitseinkommen belastet werden, sondern die Wertschöpfung herangezogen wird.

Begründung

Angesichts des demographischen Wandels und der zunehmenden Wertschöpfungsdichte durch Digitalisierung erscheint es zweifelhaft, immer weiter steigende Ausgaben in den Sozialversicherungen fast ausschließlich über Zuschüsse aus dem Staatshaushalt oder über die Löhne von abhängig Beschäftigten zu finanzieren. Dies belastet auch Arbeitgeber, macht Arbeit teurer und damit den Wirtschaftsstandort Deutschland unattraktiver. Eine breitere Finanzierungsbasis auf Grundlage der Wertschöpfung stärkt hingegen die langfristige Finanzierung der Sozialversicherung.

Antrag A145-Ä011

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A144

Zeile 1645

1645 kapitalgedeckte Altersvorsorge einführen. Jegliche Reformen der Rente dürfen nicht einseitig zu Lasten der jüngeren Generationen ausgestaltet sein. Für Menschen mit geringem

Begründung

Unser Rentensystem bedarf zwingender Reformen. Der Generationenvertrag ist allerdings keine Einbahnstraße und darf deswegen nicht allein zu Lasten der jüngeren Generationen ausgestaltet werden

Antrag A145-Ä012

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1645

1645 kapitalgedeckte Altersvorsorge einführen, die privat in Eigenverantwortung ergänzt werden kann. Für Menschen mit geringem

Begründung

Öffnung der kapitalgedeckten Altersvorsorge für privatwirtschaftliche Produkte ähnlich den Vorsorgeplänen in den USA oder Australien.

Antrag A145-Ä013

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1646

1646 Einkommen braucht es dabei staatliche Zuschüsse.

Dabei wollen wir einen fairen Umgang mit denen, die bereits in der Vergangenheit einekapitalgedeckte Altersvorsorge betrieben haben, egal ob Privat- oder Betriebsrente. Ziel musses sein, dass der Finanzierungsanteil durch Steuermittel in der gesetzlichenRentenversicherung in zukünftigen Bundeshaushalten wieder sinkt.

Begründung

Der staatliche Anteil an der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung steigt von Jahr zu Jahr. Diedamit verbundenen Lasten werden auf dienachfolgende Generation geschoben. Eine Entlastung der gesetzlichen Rente durch alternativeRentenfinanzierungsformen muss deshalb gefördert werden.

Antrag A145-Ä014

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1646

1646 Einkommen braucht es dabei staatliche Zuschüsse. Wir werden damit dem der christlichen Soziallehre entspringenden Prinzips der Nachrangigkeit gesellschaftlicher Solidarhilfe gerecht.

Antrag A145-Ä015

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1646

1646 Einkommen braucht es dabei staatliche Zuschüsse.

Wir wollen die Rentenversicherung reformieren.

Das Rentenversicherungssystem hat diesen Staat viele Jahre getragen. Aufgrund des demographischen Wandels und der heutigen sozialen Verhältnisse ist es jedoch nicht mehr tragbar. Daher benötigen wir grundlegende, nachhaltige und strukturelle Reformen.

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A145-Ä016

Änderungsantrag zu A145

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1646

1646 Einkommen braucht es dabei staatliche Zuschüsse. Ergänzend sprechen wir uns dafür aus, den Aufbau einer privat finanzierten weiteren Säule der Altersversorgung zu fördern und durch steuerliche Anreize attraktiv auszugestalten.

Begründung

Die staatlichen oder berufsständischen Säulen der Altersversorgung werden schon bald nicht mehr ausreichen. Deshalb bedarf es einer Stärkung der privaten Säule, die freiwillig genutzt werden kann, damit zusätzlich „Sondervermögen“ aufgebaut werden kann.

Antrag A146: Zeile 1647 - 1654: Wir wollen Deutschland zum Land der Eigentümer machen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A095-Ä008

Der Parteitag möge beschließen

1647 **Wir wollen Deutschland zum Land der Eigentümer machen.** Eigentum
1648 schafft Sicherheit. Eigentum, insbesondere Wohneigentum, ist ein wichtiger
1649 Baustein zur Altersvorsorge. Persönlich verantwortetes Privateigentum ist
1650 die Grundlage einer starken, stabilen und freien Gesellschaft. Privateigentum
1651 und Erspartes müssen deshalb eine sichere Bank bleiben. In der Sozialen
1652 Marktwirtschaft ist der Schutz des Eigentums Voraussetzung dafür, dass es
1653 Nutzen für die Allgemeinheit stiften und damit seiner Sozialpflichtigkeit
1654 gerecht werden kann.

Antrag A146-Ä001

Änderungsantrag zu A146

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A137

Zeile 1651

1651 und Erspartes müssen deshalb eine sichere Bank bleiben und werden nicht durch Kapital- oder Vermögenssteuern in der Substanz belastet. In der Sozialen

Begründung

Konkretisierung

Antrag A146-Ä002

Änderungsantrag zu A146

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1651 - 1652

1651 und Erspartes müssen deshalb eine sichere Bank bleiben. ~~In der Sozialen~~
1652 ~~Marktwirtschaft~~Auch in der Nachhaltigen Marktwirtschaft, die die Soziale Marktwirtschaft umfasst, ist der Schutz des Eigentums Voraussetzung dafür, dass es

Antrag A146-Ä003

Änderungsantrag zu A146

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1651

1651 und Erspartes müssen deshalb eine sichere Bank bleiben. In der Nachhaltigen Sozialen

Antrag A146-Ä004

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A147

Zeile 1654

1654 gerecht werden kann. Unser Ziel ist es, dass auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen mit gezielter Förderung Vermögen aufbauen können.

Begründung

Die Vermögen sind in Deutschland sind in Deutschland sehr ungleich verteilt. Dies ist bis zu einem bestimmten Maß gewollte Folge individueller Entscheidungen, unterschiedlicher Leistungen und unternehmerischer Risiken. Mit 0,8 von 1,0 Punkten zeigt der Gini-Koeffizient allerdings deutlich, dass die Vermögensspreizung in Deutschland strukturell über das gewünschte Maß hinausgeht. Ein niedrigerer Wert kann hingegen als Ausdruck eines starken Mittelstands gesehen werden, der auch gesellschaftlich eine positive, stabilisierende Funktion hat. Ein kleines erspartes Vermögen am Ende eines Arbeitslebens gibt ein Mindestmaß an Sicherheit und Unabhängigkeit, das Eigenverantwortung vielfach erst ermöglicht. Es stellt außerdem einen Mehrwert von Beruf und Einkommen gegenüber dem Bezug von Sozialleistungen dar, wenn auf der Basis selbst verdienten Einkommens

Antrag A147: Zeile 1655 - 1663: Jeder soll vom Erfolg unserer Wirtschaft profitieren können

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A146-Ä004

Der Parteitag möge beschließen

1655 **Jeder soll vom Erfolg unserer Wirtschaft profitieren können.** Wir wollen
1656 private Vermögensbildung vor allem für kleine und mittlere Einkommen
1657 unterstützen, zum Beispiel durch steuerliche Anreize und attraktive
1658 Mitarbeiterkapitalbeteiligungen. Wir werden das Versprechen einer
1659 Beteiligung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital
1660 unseres Landes einlösen. Aus dem Land der Sparer muss ein Land der
1661 Anteilseigner werden. Mit einem Startkapital zur Vermögensbildung für neu
1662 geborene Kinder, das zweckgebunden für Bildung, Wohneigentum oder
1663 Altersvorsorge eingesetzt werden soll, investieren wir in unsere Zukunft.

Antrag A147-Ä001

Änderungsantrag zu A147

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1656 - 1657

1656 private Vermögensbildung grundsätzlich und vor allem für kleine und mittlere Einkommen
1657 unterstützen, zum Beispiel durch steuerliche Anreize wie erhöhte Freibeträge fürKapitalerträgeund attraktive

Begründung

Begründung: Es muss zunächst grundsätzlich um eine Stärkung privater Vermögensbildung gehen, gern dann mit einer gewissen Fokussierung auf kleine und mittlere Einkommen.

Zweite Änderung:

„Mitarbeiterkapitalbeteiligungen“ bieten sich nicht überall an (z.B. Familienbetriebe, freie Berufe, öffentliche Dienst), deshalb sollte durch das zweite Beispiel verdeutlicht werden, dass es verschiedene Varianten gibt, was nicht ganz klar wird, wenn explizit nur eine Maßnahme genannt wird.

Antrag A147-Ä002

Änderungsantrag zu A147

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1658

1658 Mitarbeiterkapitalbeteiligungen. Die positiven Beispiele, die es heute schon gibt, müssen weiter gefördert werden, um auch eine weitere Verbreitung dieser Beteiligungsformen zu erreichen.Wir werden das Versprechen einer

Antrag A147-Ä003

Änderungsantrag zu A147

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1658 - 1660

1658 Mitarbeiterkapitalbeteiligungen. ~~Wir werden das Versprechen einer~~
1659 ~~Beteiligung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital~~
1660 ~~unseres Landes einlösen.~~ Wir wollen die private Vermögensbildung fördern. Aus dem Land der Sparer muss ein Land der

Begründung

Wir Christdemokraten wollen die Soziale Marktwirtschaft in der Tradition Ludwig Erhards, dafür braucht es individuelle Berufs-, Gewerbe- und Vertragsfreiheit und einen Markt mit vom Staat

gesetzten Rahmenbedingungen, in denen der freie Leistungsaustausch möglich ist und der Erfolg vorrangig von der erbrachten Leistung abhängt. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, zu viel Mitbestimmung oder auch der Mindestlohn passen dazu nicht.

Die bisherige Fassung muss ein Schreibfehler gewesen sein! Die „Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital“ ist eine Forderung der Sozialisten, das lehnen wir Christdemokraten doch wohl hoffentlich einhellig ab!

Antrag A147-Ä004

Änderungsantrag zu A147

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1661 - 1663

1661 Anteilseigner werden. ~~Mit einem Startkapital zur Vermögensbildung für neu-~~
1662 ~~geborene Kinder, das zweckgebunden für Bildung, Wohneigentum oder-~~
1663 ~~Altersvorsorge eingesetzt werden soll, investieren wir in unsere Zukunft.~~

Antrag A147-Ä005

Änderungsantrag zu A147

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land, KV Rendsburg-Eckernfoerde, KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1661 - 1663

1661 Anteilseigner werden. ~~Mit einem Startkapital zur Vermögensbildung für neu-~~
1662 ~~geborene Kinder, das zweckgebunden für Bildung, Wohneigentum oder-~~
1663 ~~Altersvorsorge eingesetzt werden soll, investieren wir in unsere Zukunft.~~

Begründung

Wir Christdemokraten verwechseln den Sozialstaat nicht mit Solidarität. Christliche Nächstenliebe gehört nicht ins Gesetzbuch, sondern zum Glaubensbekenntnis. Den Sozialstaat wollen und pflegen wir als Ausdruck des Mindestmaßes an Fürsorge für andere Menschen, die wir jedem zwangsweise abringen. Diesen Zwang wollen wir auf das absolute Mindestmaß beschränken. Nur dann verbleiben dem Einzelnen ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten, um dem Glaubensgebot der christlichen Nächstenliebe überhaupt folgen zu können. Wir Christdemokraten wollen deshalb den Sozialstaat auf seine Kernaufgabe zurückbauen, Menschen, die in unserem Land in Not geraten, mit dem Existenzminimum zu versorgen, solange sie und ihre Familie es nicht eigenständig schaffen können.

Eine umfassende Rentenreform ist unausweichlich, auch die übrigen Sozialleistungen müssen grundlegend überarbeitet werden. Die Sozialbeiträge müssen sinken, es braucht es mehr Freiheit für alle, damit Leistung sich mehr lohnt und der Aufbau von Vermögen über Generationen für möglichst viele Menschen möglich ist.

Ein „Startkapital zur Vermögensbildung für neu geborene Kinder, das zweckgebunden für Bildung, Wohneigentum oder Altersvorsorge eingesetzt werden soll“ – das ist schon wieder noch mehr zwangsweise Umverteilung, das ist nicht der richtige Weg! Stattdessen muss jedem Bürger dauerhaft mehr vom selbst erwirtschafteten Geld bleiben, die Steuer- und Abgabenlast muss gesenkt werden.

Antrag A147-Ä006

Änderungsantrag zu A147

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1661 - 1662

1661 Anteilseigner werden. ~~Mit einem Startkapital zur Vermögensbildung für~~Für alle neu
1662 gebor~~ene~~genen Kinder ein Startkapital zur Vermögensbildung zu schaffen, ist zu prüfen, das zweckgebunden für Bildung, Wohneigentum oder

Antrag A148: Zeile 1664 - 1677: Für ein langes, gesundes Leben

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1664 - 1677 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1664 **Für ein langes, gesundes Leben**

1665 **Wir wollen das Gesundheitswesen zukunftsfest machen.** Unser
1666 Gesundheits- und Pflegewesen bietet den Menschen in unserem Land eine
1667 gute Versorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Grundlage
1668 hierfür ist das duale System mit gesetzlichen und privaten
1669 Krankenversicherungen, das wir erhalten ~~wollen~~und stärken wollen. Wir bekennen uns zum Grundsatz der Freiberuflichkeit. Um auch weiterhin eine
1670 ~~gute~~gute und barrierefreie Versorgung zu sichern, sind strukturelle Anpassungen im
1671 Gesundheitssystem erforderlich. Wir setzen uns für effiziente Strukturen und Prozesse im Gesundheitswesen ein. Wir werden ~~Qualifikationsoffensiven~~
1672 eine Qualifikations- und Fachkräfteoffensive starten ~~und konsequenter~~ sowie medizinisch-technologische Innovationen nutzen~~. Wir setzen~~
1673 und weiterentwickeln. Wir setzen aber auch auf Eigenverantwortung. Es muss sich für jeden Einzelnen lohnen,
1674 sparsam mit den Ressourcen unseres Gesundheitswesens umzugehen. Jeder
1675 von uns ist gefragt, mehr auf seine eigene Gesundheit zu achten. Wir wollen

1676 dafür arbeiten, dass die Menschen in Deutschland schneller von Innovationen in der medizinischen Forschung profitieren können. Wir wollen eine Gesellschaft des langen und gesunden Lebens. Der Staat kann dabei mit
1677 mehr Prävention, Bildung und Forschung unterstützen.

Antrag A148-Ä001

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1665 - 1669

1665 **Wir wollen das Gesundheitswesen zukunftsfest machen.**~~Unser~~
1666 ~~Gesundheits- und Pflegewesen bietet den Menschen in unserem Land eine~~
1667 ~~gute Versorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Grundlage~~
1668 ~~hierfür ist das duale System mit gesetzlichen und privaten~~
1669 ~~Krankenversicherungen, das wir erhalten wollen.~~ Um auch weiterhin eine

Begründung

Allgemeinposten und konkretes Bekenntnis zur dualen Ausgestaltung des Gesundheitswesens weglassen.

Antrag A148-Ä002

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	KV Bernkastel-Wittlich
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1665 - 1677

1665 **Wir wollen das Gesundheitswesen zukunftsfest machen.**~~Unser~~
1666 ~~Gesundheits- und Pflegewesen bietet den Menschen in unserem Land eine~~
1667 ~~gute Versorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Grundlage~~
1668 ~~hierfür ist das duale System mit gesetzlichen und privaten~~
1669 ~~Krankenversicherungen, das wir erhalten wollen. Um auch weiterhin eine~~
1670 ~~gute Versorgung zu sichern, sind strukturelle Anpassungen im~~
1671 ~~Gesundheitssystem erforderlich. Wir werden Qualifikationsoffensiven~~
1672 ~~starten und konsequenter technologische Innovationen nutzen. Wir setzen~~
1673 ~~aber auch auf Eigenverantwortung. Es muss~~ Das deutsche Gesundheitswesen steht vor tiefgreifenden Umbrüchen, da sich ~~für jeden Einzelnen lohnen,~~
1674 ~~sparsam mit den Ressourcen unseres Gesundheitswesens umzugehen. Jeder~~
1675 ~~von uns ist gefragt, mehr auf seine eigene Gesundheit zu achten. Wir wollen~~
1676 ~~eine Gesellschaft des langen und gesunden Lebens. Der Staat kann dabei mit~~
1677 ~~mehr~~die grundlegenden Rahmenbedingungen verändern. Der demografische Wandel und der

Mangel an Fachkräften müssen bei der Gestaltung der Zukunft unseres Gesundheitssystems zunehmend mitgedacht werden.Das duale System mit gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen wollen wir erhalten. Wir wollen eine hochwertige, flächendeckende, wohnortnahe und gleichzeitig bezahlbare medizinische Versorgung für alle Menschen in unserem Land. Um auch weiterhin eine gute Versorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt zu sichern, sind strukturelle Anpassungen im Gesundheitssystem erforderlich. Bei der Ausgestaltung, Entscheidung und Umsetzung dieser Anpassungen wollen wir alle relevanten Akteure des Gesundheitssystems einbeziehen. Zur Behebung des Fachkräftemangels wollen wir Qualifikationsoffensiven starten, die Zahl der Studienplätze erhöhen und die Zugangsvoraussetzungen zum Studium erleichtern. Wir wollen konsequenter technologische Innovationen nutzen und bauen auf mehr Digitalisierung und weniger Bürokratie. Wir setzen aber auch auf Eigenverantwortung und Nachhaltigkeit. Gesundheitskompetenz, Gesundheitsförderung und Prävention~~,~~ sind wichtige Instrumente, um die Gesundheit und Lebensqualität jedes einzelnen Menschen und der Gesellschaft zu verbessern und Gesundheit zu erhalten. Es muss für jeden Einzelnen selbstverständlich werden, sparsam mit den Ressourcen unseres Gesundheitswesens umzugehen. Jeder von uns ist gefragt, mehr auf seine eigene Gesundheit zu achten. Wir wollen eine Gesellschaft des langen und gesunden Lebens. Der Staat kann dabei insbesondere mit mehr Bildung und Forschung unterstützen.

Antrag A148-Ä003

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1667 - 1677

1667 gute Versorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Wir bekennen uns dabei zum Grundsatz der Freiberuflichkeit. Grundlage
1668 hierfür ist das duale System mit gesetzlichen und privaten
1669 Krankenversicherungen, das wir erhalten und stärken wollen. Um auch weiterhin eine
1670 gute und effiziente Versorgung zu sichern, sind strukturelle Anpassungen im
1671 Gesundheitssystem erforderlich. Wir werden Qualifikationsoffensiven
1672 starten und konsequenter technologische Innovationen nutzen. Wir setzen
1673 aber auch auf Eigenverantwortung. Es muss sich für jeden Einzelnen lohnen,
1674 sparsam mit den Ressourcen unseres Gesundheitswesens umzugehen. Jeder
1675 von uns ist gefragt, mehr auf seine eigene Gesundheit zu achten. Wir wollen
1676 eine Gesellschaft des langen und gesunden Lebens. Der Staat ~~kann dabei mit~~
1677 muss dabei verstärkt durch
mehr Prävention, Bildung und Forschung unterstützen.

Antrag A148-Ä004

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	KV Kiel

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1667 - 1669

1667 gute Versorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt. ~~Grundlage~~
1668 ~~hierfür ist das duale System mit gesetzlichen und privaten~~
1669 ~~Krankenversicherungen, das wir erhalten wollen.~~ Um auch weiterhin eine

Antrag A148-Ä005

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen, KV Cuxhaven
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1669

1669 Krankenversicherungen, das wir erhalten wollen. Dabei setzen wir im ambulanten Sektor auf einen Vorrang für Freiberuflichkeit und selbstständig geführte Praxen und Apotheken. Um auch weiterhin eine

Begründung

Der Abschnitt Gesundheitswesen nach unserer Auffassung ist etwas dürftig ausgefallen. Es ist jedoch wichtig, die Freiberuflichkeit im ambulanten Sektor, sowie die selbstständige Praxisführung (auch die der Apotheken), zu betonen.

Antrag A148-Ä006

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1671 - 1672

1671 Gesundheitssystem erforderlich. Wir werden ~~Qualifikationsoffensiven~~
1672 Qualifikations- und Fachkräfteoffensiven starten ~~und konsequenter~~sowie medizinische technologische Innovationen nutzen und weiterentwickeln. Wir setzen

Antrag A148-Ä007

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1671

1671 Gesundheitssystem erforderlich. Wir bekennen uns zur Neugestaltung von Strukturen und

Prozessen im Gesundheitswesen, um Effizienz zu erhöhen und Deutschland wieder handlungsfähiger zu machen. Dies beinhaltet die kritische Hinterfragung bestehender Anforderungen, das Vereinfachen und Zusammenfassen von Prozessen sowie die Verbesserung des Zusammenspiels der Akteure, einschließlich der Krankenkassen, im Sinne einer menschenzentrierten Versorgung. Wir werden Qualifikationsoffensiven

Antrag A148-Ä008

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	KV Oldenburg-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1671 - 1672

1671 Gesundheitssystem erforderlich. Wir werden Qualifikationsoffensiven
1672 starten ~~und~~, konsequenter technologische Innovationen nutzen, Krankheitsursachen bekämpfen und Kostenübernahmen für nachgewiesene Linderung von Krankheitsleiden durchsetzen. Wir setzen

Begründung

Die bestehende Formulierung in der Passage des Grundsatzprogramms ist zwar allgemein gehalten und betont die Notwendigkeit struktureller Anpassungen im Gesundheitssystem. Jedoch fehlt es an konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen von Krankheiten und zur Sicherstellung der Kostenübernahmen für eine wirksame Linderung von Krankheitsleiden.

Diese Ergänzung verdeutlicht unser Engagement für eine umfassende Gesundheitspolitik, die nicht nur auf die Behandlung von Krankheiten abzielt, sondern auch darauf abzielt, ihre Ursachen zu bekämpfen und sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den notwendigen Behandlungen haben, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status.

Antrag A148-Ä009

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1672

1672 ~~starten~~ und konsequenter technologische Innovationen wie Künstliche Intelligenz und Biotechnologie, unter Beachtung auch ethischer Aspekte, nutzen~~.~~ Wir setzen

Begründung

Gerade im Bereich des Gesundheitswesens bedarf es eines ausdrücklichen Bekenntnisses zu den Möglichkeiten der KI und der Biotechnologie, einschließlich der Gentechnologie, aber unter

Berücksichtigung auch ethischer Aspekte.

Antrag A148-Ä010

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	KV Diepholz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1672 - 1673

1672 starten und konsequenter technologische Innovationen nutzen. ~~Wir setzen~~
1673 Um auch weiterhin eine gute Versorgung zu sichern, sind strukturelle Anpassungen im Gesundheitssystem erforderlich. Dabei setzen wir im ambulanten Sektor auf einen Vorrang für Freiberuflichkeit und selbstständig geführte Praxen und Apotheken. Wir setzen aber auch auf Eigenverantwortung. Es muss sich für jeden Einzelnen lohnen,

Begründung

Die Herausforderungen an die flächendeckende ambulante Versorgung in Deutschland sind vielfältig – etwa durch die demographische Entwicklung oder die Urbanisierung. Hinzu kommt, dass immer mehr Krankheiten ambulant therapierbar sind, die bisher stationär behandelt werden mussten. Es bedarf deshalb eines Ausbaus ambulanter Versorgungsangebote bei gleichzeitiger Entlastung der Kliniken von eigentlich ambulant leistbaren Behandlungen

Eine gute und nachhaltige ambulante medizinische Behandlung basiert auf einem starken und zugleich sensiblen Vertrauensverhältnis zwischen Arzt oder Psychotherapeut und Patient. Dieses besondere Vertrauensverhältnis muss zum Wohl der Patientinnen und Patienten erhalten und geschützt bleiben. Elementare Voraussetzungen hierfür sind das Prinzip der freiberuflichen Berufsausübung – vornehmlich in inhabergeführten Praxen – und eine funktionierende Selbstverwaltung.

Antrag A148-Ä011

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	KV Neumuenster
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1673 - 1674

1673 aber auch auf Eigenverantwortung. Es muss sich für jeden Einzelnen lohnen~~,~~
1674 und es muss möglich sein,
sparsam mit den Ressourcen unseres Gesundheitswesens umzugehen. Jeder

Begründung

Es ist aus unserer Sicht wichtig darauf hinzuweisen, dass es dem Einzelnen auch möglich sein muss entsprechend zu handeln oder entsprechende Einsichten zu gewinnen. Ein Beispiel: Wenn Zucker als

gesundheitsschädlich eingestuft wird, der Einzelne aber gar nicht erkennen kann, wie belastet einzelne Produkte sind oder es keine Alternativprodukte gibt, dann ist es ihm wahrscheinlich gar nicht möglich die Ressourcen zu schonen oder auf seine Gesundheit zu achten.

Antrag A148-Ä012

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1675 - 1676

1675 von uns ist gefragt, mehr auf seine eigene Gesundheit zu achten. ~~Wir wollen~~
1676 Mit mehr Patientensteuerung nach medizinischen Kriterien wollen wir erreichen, dass die Ressourcen effizienter genutzt werden und Patienten an der für ihre Erkrankung richtigen fachliche Stelle der Gesundheitsversorgung behandelt werden.Wir wollen
eine Gesellschaft des langen und gesunden Lebens. Der Staat kann dabei mit

Begründung

In der Fachdiskussion gibt es einen durchaus großen Konsens, dass eines der Defizite des deutschen Gesundheitswesens die ungesteuerte Inanspruchnahme durch die Patienten ist. Jeder kann ohne medizinische Einschätzung überall – von der Hausarztpraxis bis zur Notaufnahme des Maximalversorgers - „hingehen“. Dies führt zur Fehlallokation begrenzter (personeller und finanzieller) Ressourcen und ist zudem auch medizinisch nicht sinnvoll. Im Bereich der Notfallversorgung wird bereits stärker auf zielgerichtetere Steuerung durch Ersteinschätzungsverfahren gesetzt

Antrag A148-Ä013

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1675 - 1676

1675 von uns ist gefragt, mehr auf seine eigene Gesundheit zu achten~~. Wir wollen~~
1676 , zum Beispiel durch ein Bonusprogramm Wir wollen
eine Gesellschaft des langen und gesunden Lebens. Der Staat kann dabei mit

Antrag A148-Ä014

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	LV Saar
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1675 - 1676

1675 von uns ist gefragt, mehr auf seine eigene Gesundheit zu achten. Wir wollen
1676 dafür arbeiten, dass die Menschen in Deutschland schneller von Innovationen in der medizinischen Forschung profitieren können. Ohne Abstriche an der Qualität und Sicherheit zu machen, wollen wir die Verfahren zur Zulassung neuer Therapien und Medikamente straffen und damit beschleunigen. Medizinische Spitzenforschung *„made in europe“* wird dadurch den Menschen in unserem Land schneller noch als bisher ein längeres und besseres Leben ermöglichen. Wir wollen eine Gesellschaft des langen und gesunden Lebens. Der Staat kann dabei mit

Begründung

Die Realität der medizinischen Versorgung und der Heilungschancen gerade bei schweren Krankheiten zeigt leider, dass wir Europäer länger auf den Zugang zu den neuesten Errungenschaften der pharmazeutischen Forschung warten müssen als beispielsweise Menschen in den USA. Damit dürfen wir uns gerade als Standort für medizinische Spitzenforschung nicht zufriedengeben. Die grundsätzliche Möglichkeit der beschleunigten Zulassung werden noch nicht genügend genutzt. Wir wollen, dass die Menschen die besten Heilungschancen bekommen, die die Medizin unserer Zeit bieten kann. Dieses Ziel betrifft so viele Menschen so intensiv, dass es Eingang in unser Grundsatzprogramm finden sollte.

Änderungsantrag des CDU Kreisverbands Neunkirchen: Eingereicht durch den CDU Landesverband Saarland nach Annahme des Antrags in der Landesvorstandssitzung am 21. März 2024.

Antrag A148-Ä015

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, LV Nordrhein-Westfalen, LV Sachsen, BezV Aachen, BezV Suedbaden, KV Essen, KV Heinsberg, KV Koeln
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1677

1677 mehr Prävention, Bildung und Forschung unterstützen. Bei der barrierefreien Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen möchten wir Lücken schließen.

Begründung

Im Bereich der Gesundheit darf nicht vergessen werden, dass auch Menschen mit Behinderungen besondere Bedürfnisse haben. Sie können nicht immer in herkömmlichen Praxen behandelt werden, benötigen insbesondere barrierefreie Angebote. Daher würden wir sehr stark kritisiert werden, wenn diese Aspekt im Grundsatzprogramm fehlen würde.

Antrag A148-Ä016

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1677

1677 mehr Prävention, Bildung und Forschung unterstützen. Wir wollen eine barrierefreie Gesundheitsversorgung.

Begründung

Im Bereich der Gesundheit darf nicht vergessen werden, dass auch Menschen mit Behinderungen besondere Bedürfnisse haben. Sie können nicht immer in herkömmlichen Praxen behandelt werden, benötigen insbesondere barrierefreie Angebote. Daher würden wir sehr stark kritisiert werden, wenn dieser Aspekt im Grundsatzprogramm fehlen würde.

Antrag A148-Ä017

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1677

1677 mehr Prävention, Bildung und Forschung unterstützen. Wir befürworten die Widerspruchslösung als Regelung der Organ- und Gewebespende.

Begründung

Trotz intensiver Informationskampagnen haben nach Schätzungen nur rund ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland eine selbstbestimmte Entscheidung über Organspenden getroffen und in einem Ausweis festgehalten. In der Praxis liege bei weniger als 20 Prozent der Fälle möglicher Organspender ein schriftlich dokumentierter Wille vor. Gleichzeitig stehen über 8.000 Menschen auf der Warteliste für ein Organ. Zum großen Teil wird dieses Warten wegen einer nicht getroffenen Entscheidung vergeblich sein. Es ist daher an der Zeit die Organ- und Gewebespende in Deutschland grundsätzlich neu zu regeln und auf die Widerspruchslösung zu setzen, bei der nicht die Einwilligung, sondern der Widerspruch einer Spende aktiv dokumentiert werden muss. Die vorgeschlagene Formulierung ist Ausdruck dieses Vorhabens.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A148-Ä018

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1677

1677 mehr Prävention, Bildung und Forschung unterstützen. Dies umfasst auch eine zukunfts- und bedarfsgerechte Planung von Medizinstudienplätzen und gesundheitlicher Versorgung, die innovative Zugänge zum Studium und Ausbildung berücksichtigt, sowie die Verbesserung der Versorgung in ländlichen Gebieten.

Antrag A148-Ä019

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1677

1677 mehr Prävention, Bildung und Forschung unterstützen. Wir setzen uns für eine Medizin ein, die geschlechterspezifische Unterschiede berücksichtigt.

Antrag A148-Ä020

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1677

1677 mehr Prävention, Bildung und Forschung unterstützen.

Organspende rettet Leben. Noch immer sterben Jahr für Jahr tausende Menschen, weil für sie kein passendes Spenderorgan gefunden wird. Gleichzeitig sind viele Deutsche bereit, Organe zu spenden und besitzen dennoch keine Organspendeausweise. Um die Zahl der Organspender zu erhöhen, wollen wir die Widerspruchslösung einführen.

Antrag A148-Ä021

Änderungsantrag zu A148

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz, KV Germersheim, KV Landau-Stadt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1677

1677 mehr Prävention, Bildung und Forschung unterstützen. Der Staat muss dafür sorgen, dass in Deutschland ausreichend Studienplätze für Medizin geschaffen werden.

Antrag A149: Zeile 1678 - 1687: Psychische Gesundheit darf kein Tabuthema sein

Antragsteller/in:	Bundesvorstand

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A152-Ä010, A152-Ä013
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1678 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1679 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1680 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1681 Zeile 1682 Zeile 1687

Der Parteitag möge beschließen

1678 ~~**Psychische Gesundheit darf kein Tabuthema sein.** Sie muss in unserer~~

Psychische Gesundheit muss in unserer

1679 ~~Gesellschaft mehr Beachtung finden.~~ **Gesellschaft mehr Beachtung finden.** Wir setzen auf ~~die~~präventive Maßnahmen, frühzeitige

1680 Diagnostik und ~~die~~eine ganzheitliche Versorgung von Menschen mit psychischen

1681 Erkrankungen. Auch unsere älteren Bürgerinnen und Bürger, die ~~nach der~~

1682 ~~Corona-Einsamkeit~~ vermehrt unter Einsamkeit und Altersdepressionen leiden, müssen

1683 deutlich mehr und bessere psychosoziale Hilfen bekommen. Wir wollen das

1684 Angebot ambulanter und stationärer Therapieplätze ausbauen. Seit der

1685 Corona-Pandemie ist das Leid von Kindern und Jugendlichen mit

1686 psychischen Belastungen und Erkrankungen besonders deutlich geworden.

1687 Auch für sie müssen Präventions- und Hilfsangebote gestärkt werden.

Wir lehnen eine Legalisierung von Drogen strikt ab. Dafür setzen wir auf Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression. Wir wollen insbesondere Kinder und Jugendliche vor Drogenkonsum und Sucht schützen. Orte, an denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten, müssen drogenfrei sein und stärker kontrolliert werden.

Antrag A149-Ä001

Änderungsantrag zu A149

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1679

1679 Gesellschaft ~~mehr~~ Beachtung finden. Wir setzen auf die frühzeitige

Antrag A149-Ä002

Änderungsantrag zu A149

Antragsteller/in:	KV Bernkastel-Wittlich
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1679 - 1682

1679 Gesellschaft mehr Beachtung finden. Wir setzen im beruflichen und privaten Umfeld auf ~~die~~präventive Maßnahmen, eine frühzeitige
1680 Diagnostik und ~~di~~ganzheitliche Versorgung von Menschen mit psychischen
1681 Erkrankungen. Auch unsere älteren Bürgerinnen und Bürger, die ~~nach der~~
1682 ~~Corona-Einsamkeit~~ vermehrt unter Einsamkeit und Altersdepressionen leiden, müssen

Antrag A149-Ä003

Änderungsantrag zu A149

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1681 - 1682

1681 Erkrankungen. Auch unsere älteren Bürgerinnen und Bürger, die ~~nach der~~
1682 ~~Corona-Einsamkeit~~ vermehrt unter Altersdepressionen leiden, müssen

Begründung

Die Corona-Zeit ist vorbei und Altersdepressionen gab und gibt es auch ohne eine Pandemie.

Antrag A149-Ä004

Änderungsantrag zu A149

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1686

1686 psychischen Belastungen und Erkrankungen ~~besonders deutlich~~offenkundig geworden.

Begründung

Psychische Gesundheit ist weder zeitlich noch sachlich auf den Erfahrungsraum der Pandemie zu beschränken. “Offenkundig“ verdeutlicht die Wahrnehmung, während „deutlich“ eher auf die Schwere der Fälle zu beziehen wäre.

Antrag A149-Ä005

Änderungsantrag zu A149

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1687

1687 Auch für sie müssen Präventions- und Hilfsangebote gestärkt werden. Zur Vermeidung psychischer Erkrankungen muss in den Unternehmen die gesetzliche Erfassung psychischer Belastungen Bestandteil der Gefährdungs- und Belastungsanalyse sein.

Begründung

Wenn man liest, dass noch immer nur ca. 60% der Unternehmen eine gesetzlich vorgeschriebene (seit 21.08.1996) Gefährdungs- und Belastungsanalyse einschließlich psychischer Belastungen durchgeführt haben, ist hier Handlungsbedarf nötig!

Antrag A150: Zeile 1688 - 1693: Unser Gesundheitssystem braucht eine solide Finanzierung

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1688 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1691 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1693

Der Parteitag möge beschließen

1688 **Unser Gesundheitssystem braucht eine solide Finanzierung.** Hierfür braucht es auch Strukturreformen. Um die
1689 Gesundheitsausgaben zu dämpfen, wollen wir den Wettbewerb zwischen den
1690 Krankenkassen stärken. An der solidarischen Beitragsfinanzierung halten
1691 wir fest. ~~Steuerzuschüsse müssen gedeckelt sein~~ Für uns ist Gesundheitsversorgung Teil der Daseinsvorsorge. Wir setzen auf mehr
1692 Eigenvorsorge und wollen das Kostenbewusstsein der Versicherten schärfen.
1693 Wir stehen zur Selbstverwaltung als tragendem Prinzip in allen Zweigen der ~~GKV~~ Sozialversicherung.

Antrag A150-Ä001

Änderungsantrag zu A150

Antragsteller/in:	KV Bernkastel-Wittlich
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1688 - 1693

1688 **Unser Gesundheitssystem braucht eine solide und nachhaltige Finanzierung.** Wir wollen die Beitragssätze stabilisieren und die Sozialabgaben begrenzen. Hierfür braucht es Strukturreformen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite. Um die
1689 ~~Gesundheitsausgaben~~ beste Versorgung hinsichtlich Preis, Leistung und Qualität zu ~~dämpfen~~erreichen, wollen wir den Wettbewerb ~~zwischen den~~
1690 ~~Krankenkassen~~ stärken. An der solidarischen Beitragsfinanzierung halten
1691 wir fest. ~~Steuerzuschüsse müssen gedeckelt sein. Wir setzen auf mehr~~
1692 ~~Eigenvorsorge und wollen das Kostenbewusstsein der Versicherten schärfen.~~
1693 Wir stehen zur Selbstverwaltung als tragendem Prinzip der GKV.

Die Lasten der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben müssen gerecht verteilt werden. Steuerzuschüsse für versicherungsfremde Leistungen müssen gedeckelt sein. Wir setzen auf mehr Eigenvorsorge und wollen das Kostenbewusstsein der Versicherten schärfen.

Antrag A150-Ä002

Änderungsantrag zu A150

Antragsteller/in:	KV Oldenburg-Stadt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1688

1688 **Unser Gesundheitssystem braucht eine solide Finanzierung.** Die Krankenhausfinanzierung muss endlich auf eine solide und verlässliche Grundlage gestellt werden. Um die

Begründung

Die Krankenhausfinanzierung ist von entscheidender Bedeutung für die Sicherstellung einer hochwertigen medizinischen Versorgung in unserem Land. Um diese zu gewährleisten, ist es unerlässlich, die Finanzierung auf eine solide und verlässliche Grundlage zu stellen.

Ein Hauptproblem besteht darin, dass Investitionen in die Krankenhäuser nicht angemessen finanziert werden. Die Notwendigkeit von kommunalen Zuzahlungen belastet die Krankenhäuser zusätzlich und erschwert es ihnen, dringend benötigte Modernisierungen und Infrastrukturverbesserungen vorzunehmen. Durch eine vollständige Finanzierung der Investitionsmaßnahmen aus dem Krankenhausfinanzierungsfonds, ohne dass kommunale Zuzahlungen erforderlich sind, könnten diese finanziellen Belastungen beseitigt und die Krankenhäuser in die Lage versetzt werden, ihre Infrastruktur zu modernisieren und den steigenden Bedarf an medizinischer Versorgung zu decken.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass Krankenkassen tariflich vereinbarte Lohnerhöhungen in Krankenhäusern nicht vollständig übernehmen. Dies führt zu einer finanziellen Belastung der Krankenhäuser und gefährdet ihre finanzielle Stabilität. Durch die vollständige Übernahme tariflich vereinbarter Lohnerhöhungen durch Krankenkassen könnten Krankenhäuser angemessen entlohntes Personal halten und die Qualität der Versorgung aufrechterhalten, was letztendlich allen Patientinnen

und Patienten zugutekommt.

Eine solide Finanzierung der Krankenhäuser ist entscheidend, um die Gesundheitsversorgung in unserem Land zu gewährleisten und sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu hochwertigen medizinischen Leistungen haben. Durch die genannten Maßnahmen können wir sicherstellen, dass die Krankenhausfinanzierung auf eine solide Grundlage gestellt wird und die Krankenhäuser die finanziellen Ressourcen erhalten, die sie benötigen, um ihre wichtige Arbeit zu leisten.

Antrag A150-Ä003

Änderungsantrag zu A150

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1688 - 1690

1688 **Unser Gesundheitssystem braucht eine solide Finanzierung.** Um die
1689 Gesundheitsausgaben zu dämpfen, wollen wir den Wettbewerb zwischen den
1690 Krankenkassen stärken. Gleichzeitig muss die Versorgungssicherheit im ambulanten und stationäre Bereich sichergestellt werden. An der solidarischen Beitragsfinanzierung halten

Antrag A150-Ä004

Änderungsantrag zu A150

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1690 - 1691

1690 Krankenkassen stärken. ~~An~~So wie wir an der solidarischen Beitragsfinanzierung ~~halten~~
1691 ~~wir fest. Steuerzuschüsse~~ festhalten, bekennen wir uns zur Gesundheitsversorgung als staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge. Allerdings müssen Steuerzuschüsse gedeckelt sein. Wir setzen auf mehr

Antrag A150-Ä005

Änderungsantrag zu A150

Antragsteller/in:	KV Herne
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1691

1691 wir fest. ~~Steuerzuschüsse müssen gedeckelt sein.~~ Wir setzen auf mehr

Begründung

Das geht leider nicht immer, man muss nur mal an die Corona-Pandemie denken. Hier wurden sehr

viele Kosten NICHT gegenfinanziert, die eigentlich hätten aus Steuermitteln finanziert werden müssen. Das ist mit ein Grund dafür, dass die meisten Krankenkassen gerade ihre Beiträge erhöht haben, mal ganz abgesehen von den unsäglichen Lauterbach-Eskapaden.

Antrag A150-Ä006

Änderungsantrag zu A150

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1693

1693 Wir stehen zur Selbstverwaltung als tragendem Prinzip ~~der GKV~~des Gesundheitssystems.

Begründung

Im Gesundheitswesen sind Träger der Selbstverwaltung die Sozialversicherungsträger und die berufsständischen Selbstverwaltungseinheiten (z. B. Berufskammern). Aus diesem Grunde erscheint es notwendig, die Formulierung entsprechend zu öffnen. Dies erscheint auch notwendig, um der Forderung nach Stärkung des dualen Krankenversicherungssystems Nachdruck zu verleihen.

Antrag A150-Ä007

Änderungsantrag zu A150

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1693

1693 Wir stehen zur Selbstverwaltung als tragendem Prinzip der GKV. Wir setzen uns ein für eine Stärkung der sozialen Selbstverwaltung in allen Sozialversicherungszweigen.

Antrag A150-Ä008

Änderungsantrag zu A150

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1693

1693 Wir stehen zur Selbstverwaltung als tragende~~m~~s Prinzip ~~der GKV~~in allen Zweigen der Sozialversicherung.

Antrag A150-Ä009

Änderungsantrag zu A150

Antragsteller/in:	KV Berlin-Tempelhof/Schoeneberg

Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zeile 1693

1693 Wir stehen zur Selbstverwaltung als tragendem Prinzip der GKV. Das Prinzip der dualen Krankenhausfinanzierung wird beibehalten. Die CDU steht zu dem Grundsatz, dass die Länder ihren gesetzlichen Finanzierungsverpflichtungen (Investitionskosten) uneingeschränkt nachkommen müssen.

Antrag A151: Zeile 1694 - 1700: Wir setzen auf eine flächendeckende Grund- und Notfallversorgung

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1695 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1696 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1697 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1699 Zeile 1700

Der Parteitag möge beschließen

1694 **Wir setzen auf eine flächendeckende Grund- und Notfallversorgung.**
1695 Unser Ziel ist es, ~~Versorgungslücken zu schließen~~Versorgungssicherheit herzustellen und die gesundheitliche
1696 Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten und zu verbessern. ~~Es~~ Dazu braucht es mehr Studienplätze für Humanmedizin,
1697 mehr regionale Gesundheitszentren mit Notfallversorgung, eine Stärkung der sektorenübergreifenden und ~~sektorenübergreifende~~ überregionalen
1698 Zusammenarbeit, den Ausbau der Telemedizin und eine Stärkung der
1699 Präsenzapotheken. Um Lieferengpässe von Medikamenten zu vermeiden, unterstützen wir die Selbstversorgungsfähigkeit Europas mit Medikamenten und ihre Bevorratung. Die Hausarztpraxis muss die erste Anlaufstelle für
1700 Patientinnen und Patienten vor Ort bleiben. Dies wird ergänzt um ein ambulantes fachärztliches Versorgungsangebot sowie eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und bedarfsgenaue Krankenhausversorgung.

Antrag A151-Ä001

Änderungsantrag zu A151

Antragsteller/in:	KV Bernkastel-Wittlich
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1695 - 1700

1695 Unser Ziel ist es, Versorgungslücken zu schließen und die gesundheitliche
1696 Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern. Wir benötigen ein funktionierendes Rettungssystem und eine effiziente Notfall- und Erstversorgung. Es braucht
1697 mehr regionale Gesundheitszentren und sektorenübergreifende
1698 Zusammenarbeit~~, den Ausbau der Telemedizin und eine Stärkung der~~
1699 ~~Präsenzapotheken~~. Die Hausarztpraxis muss die erste Anlaufstelle ~~für~~
1700 ~~Patientinnen und Patienten~~ vor Ort bleiben. Möglichkeiten der Telemedizin können die Versorgung sinnvoll ergänzen. Präsenzapotheken müssen zur Sicherstellung einer verantwortungsvollen und hochwertigen Arzneimittelversorgung gestärkt und die Verfügbarkeit von notwendigen Arzneimitteln gesichert werden. Wir wollen eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und bedarfsgenaue Krankenhausversorgung.

Antrag A151-Ä002

Änderungsantrag zu A151

Antragsteller/in:	KV Neumuenster
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1695

1695 Unser Ziel ist es, ~~Versorgungslücken zu schließen~~Versorgungssicherheit herzustellen und die gesundheitliche

Begründung

Mit der Versorgungssicherheit eng verbunden ist die Planungssicherheit für alle Leistungsträger im Gesundheitswesen, für den niedergelassenen Arzt und Zahnarzt, für den Apotheker und für den Zahntechniker genau so wie für das Krankenhaus. Der finanzielle Aufwand für die Einrichtung einer Arzt- oder Zahnarztpraxis, einer Apotheke oder eines zahntechnischen Labors ist erheblich. Aus diesem Grund ist der Begriff Versorgungssicherheit an dieser Stelle treffender. Vielleicht ist es sogar sinnvoll auch die Planungssicherheit in dem Abschnitt aufzunehmen. Dann könnte die Passage lauten:
Unser Ziel ist es, Versorgungs- und Planungssicherheit herzustellen und....

Antrag A151-Ä003

Änderungsantrag zu A151

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1696

1696 Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten und wo möglich zu verbessern. Es braucht

Begründung

Vor dem Hintergrund des Ärztemangels (auch des Fachkräftemangels in anderen Gesundheitsberufen) gerade im ländlichen Raum ist es ein zu großes Versprechen, hier „Verbesserungen“ anzukündigen, wo alle Fachleute wissen, dass „Erhalt“ schon großer Anstrengungen bedürfen wird.

Antrag A151-Ä004

Änderungsantrag zu A151

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1696 - 1700

1696 Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern. Es braucht
1697 ~~mehr~~eine regionale Bündelung ambulanter Versorgungsangebote in vorrangig freiberuflich-selbständig getragenen Gesundheitszentren ~~und~~, eine sektorenübergreifende
1698 Zusammenarbeit, ein sich Ergänzen der Gesundheitsberufe sowie den Ausbau der Telemedizin und eine Stärkung der
1699 Präsenzapotheken. Die Hausarztpraxis muss ~~die~~ erste Anlaufstelle für
1700 Patientinnen und Patienten vor Ort bleiben~~.~~, ergänzt um ambulantes fachärztliches Versorgungsangebot.

Begründung

Folgende Aspekte:

Ergänzung Freiberuflichkeit, weil a) der Begriff „Gesundheitszentren“ nicht verbindlich definiert ist und hier auch staatliche Einrichtungen darunter verstanden werden könnten, was aber nicht CDU-Position sein sollte (deshalb die Abgrenzung durch Ergänzung) und b) es der CDU gut zu Gesicht steht, zumindest in Andeutung die Präferenz für die bestehende Struktur und den freien Arztberuf auch in der Selbständigkeit ausgeübt anzudeuten, wenn dies auch im vorherigen Programm klarer formuliert war.

Zum in der Aufzählung ergänzt: Das sich Ergänzen der Gesundheitsberufe, dies, weil eines der großen Themen der Zukunft auch Delegation ist, u.a. an neue Gesundheitsberufe (Bsp. Physican Assistant).

Schließlich im letzten Satz Verweis auf ambulante Facharztversorgung, die von Parteien links der Mitte vielfach auch in Frage gestellt wird, was die CDU klassisch nicht getan hat.

Antrag A151-Ä005

Änderungsantrag zu A151

Antragsteller/in:	KV Paderborn

Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1696

1696 Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern, dabei stehen wir zum Prinzip der Trägervielfalt. Es braucht

Begründung

Die Trägervielfalt bezieht sich auf die Vielfalt der Betreiber oder Träger von Krankenhäusern, Altenheimen, etc. wie beispielsweise öffentliche, private oder freigemeinnützige Organisationen. Diese Vielfalt gilt es zu erhalten, weil verschiedene Träger unterschiedliche Schwerpunkte, Ziele und Ansätze haben können, um die Versorgung anzubieten.

Antrag A151-Ä006

Änderungsantrag zu A151

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1697

1697 mehr Studienplätze für Humanmedizin, mehr regionale Gesundheitszentren und sektorenübergreifende

Begründung

Für jeden heute aus dem Dienst ausscheidenden Arzt werden rund 1,2 neue Ärzte benötigt, um das gleiche Arbeitsvolumen zu erledigen. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass auch in der Humanmedizin die Bereitschaft sinkt, unzählige Überstunden zu leisten, die Work-Life-Balance eine zunehmend wichtige Rolle spielt und rund 70% der Humanmedizin-Absolventen Frauen sind, die nach der Familiengründung häufig nur noch in Teilzeit arbeiten wollen. In einem Land mit einer alternden Bevölkerung, deren Nachfrage nach medizinischer Versorgung weiter steigt, ist es unverzichtbar, mehr Humanmedizin-Studienplätze zu schaffen und damit mehr Humanmedizin-Absolventen zu generieren.

Antrag A151-Ä007

Änderungsantrag zu A151

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1697 - 1699

1697 mehr regionale Gesundheitszentren und ~~sektorenübergreifende~~
1698 eine Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit auch über Landesgrenzen hinweg, den Ausbau der Telemedizin und eine

Stärkung der

1699 Präsenzapotheken. Die Hausarztpraxis ~~muss~~und vergleichbare Strukturen der Grundversorgung müssen die erste Anlaufstelle für

Antrag A151-Ä008

Änderungsantrag zu A151

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1697

1697 mehr regionale Gesundheitszentren mit Notfallversorgung und sektorenübergreifende

Antrag A151-Ä009

Änderungsantrag zu A151

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1700

1700 Patientinnen und Patienten vor Ort bleiben. Wir unterstützen Bestrebungen für die Selbstversorgungsfähigkeit Europas mit kritischen Medikamenten und ihre Bevorratung.

Begründung

In den letzten Jahren kam es durch die Unterbrechung von Lieferketten immer wieder zu erheblichen Versorgungsengpässen deutscher Apotheken mit lebenswichtigen Medikamenten, bspw. Antibiotika und Fiebersäfte für Kinder. Deshalb unterstützen wir sowohl das Reshoring und die Diversifizierung von Lieferketten wie auch die Vorratshaltung kritischer Medikamente.

Antrag A151-Ä010

Änderungsantrag zu A151

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1700

1700 Patientinnen und Patienten vor Ort bleiben. Im Notfall muss die Versorgung des Patienten im Mittelpunkt stehen. Wir wollen die notfallmedizinische Versorgung sektorübergreifend neu denken.

Antrag A152: Zeile 1701 - 1709: Wir wollen eine starke Pflege

Antragsteller/in:	Bundesvorstand

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1701 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1705

Der Parteitag möge beschließen

1701 **Wir wollen eine starke Pflege.** Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, haben auch in dieser Situation das Recht auf Selbstbestimmung und eine gute und menschliche Versorgung. Viele Menschen haben den Wunsch, zuhause
1702 gepflegt zu werden. Wir wollen eine bessere Kooperation zwischen Familien,
1703 Institutionen, hauptamtlichen Pflegekräften und Ehrenamt aus der
1704 Nachbarschaft. Wir wollen die Pflege mit Strategien gegen den
1705 Fachkräftemangel und mit kalkulierbaren Heimkosten stärken. Ein Abbau der Bürokratie muss zu mehr Zeit für die Pflegebedürftigen führen. Wir wollen
1706 bezahlbare Pflegezusatzversicherungen einführen, um die
1707 Finanzierungslücke in der Pflege zu schließen. Wir stehen für mehr
1708 Eigenvorsorge und wollen die Pflegeversicherung als Teilkaskoversicherung
1709 erhalten.

Antrag A152-Ä001

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	KV Zollernalb
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1701 - 1709

1701 ~~**Wir wollen eine starke Pflege.** Viele Menschen haben den Wunsch, zuhause~~
1702 ~~gepflegt zu werden. Wir wollen eine bessere Kooperation zwischen Familien,~~
1703 ~~Institutionen, hauptamtlichen Pflegekräften und Ehrenamt aus der~~
1704 ~~Nachbarschaft. Wir wollen die Pflege mit Strategien gegen den~~
1705 ~~Fachkräftemangel und mit kalkulierbaren Heimkosten stärken. Wir wollen~~
1706 Wir wollen Menschen, die Pflege und Unterstützung brauchen, eine individuelle und passende Versorgung bieten. Sei dies in der eigenen Häuslichkeit, sofern möglich, oder in passenden, den Bedürfnissen der pflegebedürftigen Menschen entsprechenden wohnortnahen Wohnformen. Dazu braucht es eine Auflösung der Sektoren und eine grundlegende Neujustierung der Pflegeversicherung. Altersgerechte Wohnformen, in denen Eigenleistungen von Angehörigen ermöglicht wird und der Fokus auf die Verbesserung des Allgemeinzustandes gelegt wird, wie beispielsweise das „stambulante Konzept“, werden forciert und zugelassen. Im Mittelpunkt einer guten Pflegepolitik stehen die Bedürfnisse alter und hilfsbedürftiger Menschen. Der bisherige Fokus auf Struktur- und Prozessqualität muss auf die Ergebnisqualität umgeleitet und die überzogenen Regulierungen und Kontrollen auf ein vernünftiges Maß reduziert werden. Aktivierende und ressourcenstärkende Pflege muss die prägende Zielrichtung aller

Dienstleistungen werden - weg von der statuserhaltenden Pflege hin zu einer Pflege, die den Allgemeinzustand verbessert und damit den Menschen hilft und kosten spart. Das bundeseinheitliche Leistungsrecht und das länderspezifische Ordnungsrecht muss diesem Ziel folgend zukunftsfähig massiv abgespeckt und neu justiert werden. Die Gewinnung von geeignetem Personal als eine der größten Herausforderungen erfordert eine Anpassung der generalistischen Pflegeausbildung und eine Erleichterung der Zuwanderung und Anerkennung von ausländischen Pflegefachkräften. Wir wollen bezahlbare Pflegezusatzversicherungen einführen, um die
Finanzierungslücke in der Pflege zu schließen. Wir stehen für mehr
Eigenvorsorge und wollen die Pflegeversicherung als Teilkaskoversicherung
erhalten. Die Belastung der jungen Generation muss vertretbar bleiben.

Begründung

Die zentralen Fragen in der Pflege lauten:

- Wie erfüllen wir die Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen?
- Wie sichern wir eine generationengerechte Finanzierung?
- Wie schaffen wir Rahmenbedingungen für eine gute Versorgungsstruktur?
- Wie definieren und sichern wir den Personalbedarf?
- Welche Freiheiten und welche Kontrollmechanismen braucht es, um gute Ergebnisse zu erzielen?
- Wie verschlanken und vereinfachen wir das System?
- Wie sichern wir eine Vereinbarkeit von Beruf und Pflege?

Auf diese Fragen braucht es Antworten. Antworten, die praxisnah, konkret, realistisch, innovativ und in die Zukunft gerichtet sind. Es gilt, alte Zöpfe abzuschneiden und neue Wege für eine bessere Pflege zuzulassen.

Dafür erforderlich ist eine grundlegende Neuausrichtung des Pflegesystems, da die bisherigen Formen finanziell nicht mehr leistbar sind und den Bedürfnissen der Menschen – weder den Angehörigen, noch den Betroffenen, noch den Einrichtungen und Trägern, noch den Mitarbeitern – gerecht werden. Dies gilt auch für die Beitragsentwicklung zur Pflegeversicherung, als auch in Beziehung der hohen Eigenleistungen der Betroffenen. Innovationen, die diesem Ziel folgen, müssen zugelassen und ermöglich werden. Die Steuerung des Staates durch die unterschiedlichen Leistungen bei ambulanter, stationärer und teilstationärer Versorgung führt zu Fehlentwicklungen, die dringend korrigiert werden müssen. Die Leistungen der Pflegeversicherung soll den pflegebedingten Mehraufwand auffangen, unabhängig von der Wohnform zuhause oder in Einrichtungen. Durch eine Deregulierung und Anpassung der überzogenen Kontrollen können Innovationen entstehen, in denen sich die Lebensqualität verbessert und die Kosten gesenkt werden. Als Beispiel dienst das seit acht Jahren in der Erprobung befindliche Modell „stambulant“, das durch eine wissenschaftliche Evaluierung durch das IGES Institut nachgewiesene Verbesserungen und Kosteneinsparungen bringt.

Die bayerische Regierungskoalition hat mit Antrag vom 12.02.2024 eine Gesetzesinitiative gestartet, mit dem Ziel, die sektorenübergreifende, „stambulante“ Versorgung in der Pflege zu ermöglichen (vgl. Drucksache des Bayerischen Landtags Nr. 19/452). Diesem Ziel sollte sich die CDU Deutschlands

ebenfalls verschreiben.

Antrag A152-Ä002

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	KV Bernkastel-Wittlich
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1701 - 1709

1701 **Wir wollen eine starke Pflege.**

1702 Im Sinne der Eigenverantwortung wollen wir die Prävention in allen Lebenswelten der Menschen stärken. Das Ziel muss die Vermeidung und Verzögerung von Pflegebedürftigkeit durch Prävention sein. Hierbei muss der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gelten. Dafür müssen neue Wohnformen wie ambulante betreute Pflege-Wohngemeinschaften besser finanziert und flächendeckend etabliert werden. Viele Menschen haben den Wunsch, zuhause

1703 gepflegt zu werden. ~~Wir wollen eine bessere Kooperation zwischen Familien,~~

1704 ~~Institutionen, hauptamtlichen Pflegekräften und Ehrenamt aus der~~

1705 ~~Nachbarschaft. Wir wollen die Pflege mit Strategien gegen den~~

1706 ~~Fachkräftemangel und mit kalkulierbaren Heimkosten stärken. Wir wollen~~

1707 ~~bezahlbare Pflegezusatzversicherungen einführen, um die~~

1708 ~~Finanzierungslücke in der Pflege zu schließen. Wir stehen~~ Pflegende Angehörige sind eine der tragenden Säulen für ~~mehr~~

1709 ~~Eigenvorsorge und~~die Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgungsstrukturen. Diesem größten „Pflegedienst“ Deutschlands gebührt mehr Respekt und Unterstützung. Wir wollen eine bessere Kooperation zwischen Familien, Institutionen, hauptamtlichen Pflegekräften und Ehrenamt aus der Nachbarschaft. Wir wollen die ambulante und stationäre Pflege mit Strategien gegen den Fachkräftemangel und mit kalkulierbaren Heimkosten stärken. Die Arbeitsbedingungen in der professionellen Pflege müssen durch Entlastung verbessert werden. Ohne gute Ausbildung ist gute Pflege nicht möglich. Dafür werden eine solide und praxisorientierte Ausbildung und ein gestuftes und durchlässiges Bildungssystem benötigt. Immer mehr Pflegebedürftigen stehen immer weniger Beitragszahler gegenüber. Wir wollen die Pflegeversicherung als ~~Teilkaskoversicherung~~

1710 Teilleistungsversicherung erhalten. Dafür benötigen wir einen Finanzierungsmix bestehend aus Beiträgen der gesetzlichen Pflegeversicherung, betrieblicher Mitfinanzierung und eigenverantwortlicher Vorsorge. Wir wollen bezahlbare Pflegezusatzversicherungen einführen, um die Finanzierungslücke in der Pflege zu schließen. Alle Veränderungen im Pflegebereich führen zu Veränderungen in anderen Gesundheits- und Versorgungsbereichen und umgekehrt. Die medizinische wie pflegerische Versorgung muss deshalb verstärkt sektorenübergreifend geplant und gestaltet werden.

Antrag A152-Ä003

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1701

1701 **Wir wollen eine starke Pflege.** Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, haben auch in dieser Situation das Recht auf Selbstbestimmung und eine gute und menschliche Versorgung. Viele Menschen haben den Wunsch, zuhause

Antrag A152-Ä004

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1704

1704 Nachbarschaft. Dazu gehören auch die Stärkung verschiedener Kurzzeitpflegeformen und der Ausbau von Tagespflegeangeboten. Wir wollen die Pflege mit Strategien gegen den

Antrag A152-Ä005

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1705 - 1709

1705 Fachkräftemangel und mit kalkulierbaren Heimkosten stärken. ~~Wir wollen~~
1706 Pflege muss finanzierbar bleiben. Die Menschen müssen sich im Alter und in jeder Lebenssituation gute und bezahlbare ~~Pflegezusatzversicherungen einführen, um die~~
1707 ~~Finanzierungslücke in der Pflege zu schließen. Wir stehen für mehr~~
1708 ~~Eigenvorsorge und wollen die Pflegeversicherung~~Pflege leisten können. Dies kann nur gemeinschaftlich als ~~Teilkaskoversicherung~~
1709 ~~erhalten~~Bevölkerung und in Eigenverantwortung mit bezahlbaren Versicherungen gelingen. Hierfür werden in Personal, Infrastruktur und Versicherungswesen entsprechende Anreize setzen.

Antrag A152-Ä006

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1705 - 1707

1705 Fachkräftemangel und mit kalkulierbaren Heimkosten stärken. Wir ~~wollen~~

1706 ~~bezahlbare Pflegezusatzversicherungen einführen, um die~~
1707 ~~Finanzierungslücke in der Pflege zu schließen. Wir~~ stehen für mehr

Antrag A152-Ä007

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	KV Berlin-Tempelhof/Schoeneberg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1705 - 1706

1705 Fachkräftemangel und mit kalkulierbaren Heimkosten stärken. ~~Wir wollen~~
1706 Pflegekräfte möchten wir von überflüssiger Bürokratie, insbesondere Dokumentationspflichten entlasten. Die Leistungskomplexe der Pflegeversicherung möchten wir flexibilisieren, damit sie den
Bedürfnissen gerade auch jüngerer noch im Berufsleben stehender Pflegebedürftiger mehr gerecht
werden. Wir wollen bezahlbare Pflegezusatzversicherungen einführen, um die

Begründung

Die Sachleistungskomplexe in der Pflegeversicherung sind leider recht starr und können daher vielleicht für ältere Menschen, die einen festen Tagesablauf haben, geeignet sein, für jüngere mobile Menschen, die auch im Berufsleben stehen und passgenaue Lösungen brauchen, im individuellen Fall aber ggf. weniger. Daher sollten flexiblere Lösungen wie eine "Abrechnung nach Zeit" oder auch die Kombination von Pflegeleistungen zukünftig möglich werden. Die aktuellen Dokumentationspflichten für Pflegekräfte sollten soweit möglich reduziert werden, damit die gewonnene Zeit den zu Pflegenden zugute kommt.

Antrag A152-Ä008

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1707 - 1708

1707 Finanzierungslücke in der Pflege zu schließen. Wir ~~stehen für mehr~~
1708 ~~Eigenvorsorge und~~ wollen die Pflegeversicherung als Teilkaskoversicherung

Antrag A152-Ä009

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1707 - 1709

1707 Finanzierungslücke in der Pflege zu schließen. Wir stehen für ~~mehr~~
1708 Eigenvorsorge und betriebliche Lösungen, und wir wollen die Pflegeversicherung als Teilkaskoversicherung
1709 ~~erhalten~~.

Antrag A152-Ä010

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A149

Zeile 1709

1709 erhalten.

Suchtprävention stärken - Sucht verhindern

Wir halten an den vier Säulen Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression fest. Eine Legalisierung von Drogen lehnen wir strikt ab. Wir wollen insbesondere Kinder und Jugendliche vor Drogenkonsum und Sucht schützen. Orte, an denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten, müssen drogenfrei sein und stärker kontrolliert werden.

Begründung

Der Aspekt Such(-prävention) fehlt bisher und sollte ergänzt werden.

Antrag A152-Ä011

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1709

1709 erhalten.

Kinder, die ihre Eltern daheim pflegen oder während der Dauer der häuslichen Pflege finanziell unterstützen, entlasten wir durch zusätzliche Freibeträge bei der Einkommensteuer und der Sozialversicherung.

Begründung

nicht ins Gesetzbuch, sondern zum Glaubensbekenntnis. Den Sozialstaat wollen und pflegen wir als Ausdruck des Mindestmaßes an Fürsorge für andere Menschen, die wir jedem zwangsweise abringen. Diesen Zwang wollen wir auf das absolute Mindestmaß beschränken. Nur dann verbleiben dem Einzelnen ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten, um dem Glaubensgebot der christlichen Nächstenliebe überhaupt folgen zu können. Wir Christdemokraten wollen deshalb den Sozialstaat auf seine Kernaufgabe zurückbauen, Menschen, die in unserem Land in Not geraten, mit dem

Existenzminimum zu versorgen, solange sie und ihre Familie es nicht eigenständig schaffen können.

Eine umfassende Rentenreform ist unausweichlich, auch die übrigen Sozialleistungen müssen grundlegend überarbeitet werden. Die Sozialbeiträge müssen sinken, es braucht es mehr Freiheit für alle, damit Leistung sich mehr lohnt und der Aufbau von Vermögen über Generationen für möglichst viele Menschen möglich ist.

Antrag A152-Ä012

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	Senioren Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1709

1709 erhalten. Für die besondere Zielgruppe der aktuell bereits über 60-jährigen Menschen, die mittelfristig in die stationäre Pflegekommen, werden wir mit einer gesonderten Lösung reagieren.

Antrag A152-Ä013

Änderungsantrag zu A152

Antragsteller/in:	KV Neumuenster
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A149

Zeile 1709

1709 erhalten.

Wir wollen insbesondere Kinder und Jugendliche vor Drogen und Sucht schützen.
Dabei halten wir an den vier Säulen Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression fest.
Eine Legalisierung weiterer Drogen lehnen wir strikt ab.“

Begründung

Für uns ist es wichtig das Thema Drogen und Sucht als eigenes Kapitel mit Überschrift aufzunehmen.

Antrag A153: Zeile 1710 - 1729: Ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist

Antragsteller/in:	Bundesvorstand	
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission	
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A155-Ä002	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1719	(Änderungsempfehlung) - Ergänzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung
	Zeile 1720	(Änderungsempfehlung) - Streichung (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

	Zeile 1721
	Zeile 1722

Der Parteitag möge beschließen

1710 **Ein Deutschland, das nachhaltig und**
1711 **souverän ist**

1712 Wir Christdemokraten sehen uns in der Verantwortung, die Schöpfung zu
1713 bewahren. Wir verstehen Nachhaltigkeit umfassend. Nachhaltiges Denken
1714 und Handeln gehört zur DNA unserer Partei.

1715 Die CDU schuf das erste Bundesumweltministerium, sie stellte die Weichen
1716 für nachhaltiges Wachstum und saubere Energien. Mit der Einführung der
1717 Schuldenbremse haben wir unseren Kindern und Enkelkindern ein
1718 Versprechen für nachhaltige Finanzen gegeben.

1719 Der Klimawandel und die Gefährdung der biologischen Vielfalt sind eine
1720 existenzielle Bedrohung für unsere Erde und uns Menschen. Die Bewältigung dieser Herausforderungen kann
1721 nur im globalen Zusammenwirken mit den Menschen~~, nicht gegen sie~~ gelingen, nicht gegen sie. Daher gehören für uns
1722 Ökologie, Ökonomie und Soziales, auch im Hinblick auf Generationengerechtigkeit, untrennbar zusammen.

1723 Wir Christdemokraten arbeiten für eine Umwelt, in der saubere Luft,
1724 sauberes Wasser und gute Böden eine Selbstverständlichkeit sind. Wir
1725 arbeiten für eine Zukunft, in der Energie sicher, sauber und bezahlbar ist.
1726 Auch hierfür ist die Soziale Marktwirtschaft das Modell der Zukunft. Mit ihr
1727 sorgen wir dafür, dass unsere Heimat lebenswert bleibt. Wir sind die Partei
1728 der Nachhaltigkeit, die Wirtschaft, Umwelt und Soziales zusammenbringt.

1729 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Antrag A153-Ä001

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Main-Taunus
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1710 - 1711

~~1710~~ ~~**Ein Deutschland, das nachhaltig und**~~
~~1711~~ ~~**souverän ist**~~

Ein Deutschland, das nachhaltig handelt und die Umwelt für zukünftige Generationen lebenswert erhält

Begründung

Nachhaltigkeit in allen Dimensionen und Generationengerechtigkeit sind die entscheidenden Maxime der Umweltpolitik. Die Souveränität der Bundesrepublik steht für uns hier nicht auf dem Spiel.

Antrag A153-Ä002

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1712 - 1714

1712 Wir Christdemokraten ~~sehen uns in~~ wollen der Verantwortung~~, die~~ des Menschen für Gottes Schöpfung ~~zu~~
1713 ~~bewahren. Wir verstehen~~gerecht werden und haben daher ein umfassendes Verständnis von Nachhaltigkeit ~~umfassend. Nachhaltiges~~. Dieses Verständnis liegt unserem Denken
1714 und Handeln ~~gehört zur DNA unserer Partei~~in allen Bereichen der Politik zugrunde.

Begründung

Es ist nicht möglich, die Schöpfung, welche ein dynamisches System ist, bei gleichzeitiger Nutzung zu „konservieren“. Aufgabe des Menschen ist es, die ihm für seine kurze Lebenszeit anvertraute Schöpfung zu nutzen, zu entwickeln, zu pflegen und im Sinne der Nachhaltigkeit diese Nutzungschancen auch für die Zukunft zu erhalten. Dass der Schutz der Natur und der ökologische Funktionserhalt ggf. konservierende und erhaltende Maßnahmen erfordert, ist darunter subsumierbar.

Antrag A153-Ä003

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1713

1713 bewahren. Wir verstehen Nachhaltigkeit umfassend, u.a. als den Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Nachhaltiges Denken

Begründung

Begriffsschärfung.

Antrag A153-Ä004

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1713

1713 bewahren. Wir verstehen Nachhaltigkeit ~~umfassend~~gesamtgesellschaftlich. Nachhaltiges Denken

Antrag A153-Ä005

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1714

1714 und Handeln gehört ~~zur DNA~~zum Markenkern unserer Partei.

Begründung

Ein Grundsatzprogramm sollte (wo irgend möglich) für alle Mitglieder verständliche Begriffe verwenden.

Antrag A153-Ä006

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1718

1718 Versprechen für nachhaltige Finanzen als wichtiges Element des nachhaltigen Wirtschaftens gegeben.

Begründung

Die Überschrift des Absatzes betont die Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit im wirtschaftlichen Handeln und mit einer perspektivischen haushaltspolitischen Sichtweise (siehe Zeile 348) bezieht neben den Finanzen auch die Infrastruktur, die Bildung und Kompetenzen der Bevölkerung und andere Aspekte mit ein.

Antrag A153-Ä007

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1718

1718 Versprechen für nachhaltige Finanzen gegeben. Schulden an sich sind wertneutral, aber man kann damit seine Finanzkraft nicht vergrößern, weil sie zurückzuzahlen sind. Im Gegenteil: Sie haben den Preis des Zinses, der künftige Leistungskraft frißt.

Begründung

Gegenwärtig wird die Illusion gestreut, daß man mit Schulden Probleme besser lösen könnte. Dem muß durch deutliche Formulierungen widersprochen werden.

Antrag A153-Ä008

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1719 - 1722

1719 Klimawandel und die Gefährdung der biologischen Vielfalt sind menschengemacht und eine
1720 Bedrohung für ~~unsere Erde. Die~~uns Menschen. Wir sind der Schlüssel zur Bewältigung ~~dieser Herausforderungen kann~~
1721 der beiden Krisen. Klima- und Biodiversitätsschutz geht nur mit ~~den Menschen,~~und nicht gegen ~~sie gelingen~~die Menschen. Daher gehören für uns
1722 Klimaschutz, Ökologie, Ökonomie und Soziales untrennbar zusammen.

Antrag A153-Ä009

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1719

1719 Der Klimawandel und die Gefährdung der Natur sowie der biologischen Vielfalt sind eine

Antrag A153-Ä010

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz, KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1720

1720 Bedrohung für unsere Erde und uns Menschen. Die Bewältigung dieser Herausforderungen kann

Antrag A153-Ä011

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1721

1721 nur mit den Menschen, nicht gegen sie, und im globalen Zusammenwirken gelingen. Daher gehören für uns

Antrag A153-Ä012

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1722

1722 Ökologie, Ökonomie und Soziales untrennbar zusammen, insbesondere im Sinne der Generationsgerechtigkeit.

Antrag A153-Ä013

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1723 - 1727

1723 Wir Christdemokraten arbeiten für eine Umwelt, in der ~~saubere~~ Luft~~,~~
1724 ~~sauberes~~ und Wasser ~~und gute Böden eine Selbstverständlichkeit sind. Wir~~
1725 sauber und Wald und Boden gesund sind. Wir
arbeiten für eine Zukunft, in der Energie sicher, sauber und bezahlbar ist.
1726 ~~Auch hierfür ist die~~Kurz: Wir sind die Partei der Nachhaltigkeit, die Wirtschaft, Umwelt und Soziales in Einklang bringt. Die Soziale Marktwirtschaft bleibt auch hierfür das Modell der Zukunft. Mit ihr
1727 sorgen wir dafür, dass unsere Heimat lebenswert bleibt. Wir sind die Partei

Antrag A153-Ä014

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen, KV Warendorf-Beckum
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission A161

Zeile 1724 - 1725

1724 sauberes Wasser und gute Böden eine Selbstverständlichkeit sind. ~~Wir~~
1725 Ein modernes Ressourcenmanagement vermeidet Knappheiten in der Brauch- sowie Trinkwasserversorgung und erhöht die Resilienz bei Dürren, Starkregen- und Flutereignissen.

Wir arbeiten für eine Zukunft, in der Energie sicher, sauber und bezahlbar ist.

Begründung

Es geht bei den natürlichen Ressourcen nicht nur um ein Qualitäts-, sondern auch um Mengenproblem. Das zeigt sich gerade bei der Ressource Wasser. Hier geht es um Versorgungssicherheit in Dürrephasen zur Sicherung der Brauch-, Kühl- und Trinkwasserversorgung, um Fernleitungssystem, Reduzierung von Netzverlusten, um Rückhalt in der Fläche, Schwammstädte, technischen Hochwasserschutz und viele mehr.

Antrag A153-Ä015

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1725

1725 arbeiten für eine generationsgerechte Zukunft, in der Energie sicher, sauber und bezahlbar ist.

Antrag A153-Ä016

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1725 - 1728

1725 arbeiten für eine Zukunft, in der Energie sicher, sauber und bezahlbar ist.
1726 ~~Auch hierfür ist die Soziale Marktwirtschaft das Modell der Zukunft. Mit ihr~~
1727 ~~sorgen wir dafür, dass unsere Heimat lebenswert bleibt.~~ Wir sind die Partei
1728 der ~~Nachhaltigkeit~~Nachhaltigen Marktwirtschaft, die Wirtschaft, ~~Umwelt und~~ Soziales und Umwelt zusammenbringt.

Antrag A153-Ä017

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1725

1725 arbeiten für eine Zukunft, in der Energie sicher, sauber, nachhaltig und bezahlbar ist.

Antrag A153-Ä018

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1726

1726 Auch hierfür ist die ~~Soziale~~Sozial-ökologische Marktwirtschaft das Modell der Zukunft. Mit ihr

Begründung

Schon unter Helmut Kohl wurde im CDU-Grundsatzprogramm “Freiheit und Verantwortung” 1994 der Begriff “Soziale Marktwirtschaft” zu dem Begriff “Soziale und Ökologische Marktwirtschaft” erweitert. Wir müssen auch in Zukunft die soziale Marktwirtschaft mit der ökologischen Marktwirtschaft zu einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept verbinden.

Antrag A153-Ä019

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	BezV Ostfriesland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1726 - 1727

1726 Auch hierfür ist die Soziale Marktwirtschaft das Modell der Zukunft. Mit ihr
1727 stellen wir sicher, dass Transformationsprozesse ökonomisch sinnvoll und durch Innovationen gestaltet werden, statt durch Verbote und ineffiziente Staatsregulierung. Mit ihr sorgen wir dafür, dass unsere Heimat lebenswert bleibt. Wir sind die Partei

Begründung

Zeile 1726
Der Bundesparteitag möge beschließen:
Ergänze nach: „... das Modell der Zukunft.“
Setze: „Mit ihr stellen wir sicher, dass Transformationsprozesse ökonomisch sinnvoll und durch Innovationen gestaltet werden, statt durch Verbote und ineffiziente Staatsregulierung.“
Begründung: Der Gegensatz von Markt- und Staatswirtschaft in der Nachhaltigkeitspolitik ist elementar und sollte nicht nur plakativ dargestellt, sondern auch inhaltlich untermauert werden.

Antrag A153-Ä020

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	LV Bremen, KV Baden-Baden, KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1726

1726 Auch hierfür ist die ~~Soziale~~Sozial-Ökologische Marktwirtschaft das Modell der Zukunft. Mit ihr

Begründung

Schon unter Helmut Kohl wurde im CDU-Grundsatzprogramm “Freiheit und Verantwortung” 1994 der Begriff “Soziale Marktwirtschaft” zu dem Begriff “Soziale und Ökologische Marktwirtschaft” erweitert. Wir müssen auch in Zukunft die soziale Marktwirtschaft mit der ökologischen Marktwirtschaft zu einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept verbinden.

Antrag A153-Ä021

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1728

1728 der Nachhaltigkeit, die Wirtschaft, Umwelt und Soziales zusammenbringt.

Ein modernes Ressourcenmanagement in der Trink- und Brauchwasserversorgung erhöht die Resilienz bei Starkregenereignissen und Überschwemmungen.

Begründung

Begründung:

Es geht nicht nur um sauberes Wasser. Es muss auch einen quantitativen Aspekt geben, angesichts von Düren, Fluten und regionalen Versorgungsengpässen.

Antrag A153-Ä022

Änderungsantrag zu A153

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1729

~~1729 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.~~

Antrag A154: Zeile 1730 - 1739: Wir wollen eine bessere Welt hinterlassen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1731 - 1739 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1730 **Wir wollen eine bessere Welt hinterlassen**

1731 **Wir denken Politik immer nachhaltig.** Denn wir wollen die Welt besser
1732 hinterlassen, als wir sie heute vorfinden. Deswegen machen wir Politik immer
1733 auch im Sinne der nachfolgenden Generationen. Nachhaltigkeit verpflichtet
1734 uns zu einem Handeln mit Maß und Mitte, das uns als Gesellschaft ökologisch,
1735 ökonomisch und sozial widerstandsfähig macht und unseren Wohlstand
1736 erhält. ~~Ökologie, Ökonomie und Soziales bilden die drei Säulen der~~
1737 ~~Nachhaltigkeit.~~ Wir bekennen uns zu den universellen 17 UN-Nachhaltigkeitszielen und
1738 unterstützen deren nationale Umsetzung durch die deutsche
1739 Nachhaltigkeitsstrategie.

Antrag A154-Ä001

Änderungsantrag zu A154

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder, KV Baden-Baden, KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1730

1730 **Wir wollen eine bessere und gerechtere Welt hinterlassen**

Begründung

Wir wollen nicht nur für eine bessere, sondern auch eine gerechtere Welt sorgen.

Antrag A154-Ä002

Änderungsantrag zu A154

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1735 - 1736

1735 ökonomisch und sozial widerstandsfähig macht und unseren Wohlstand
1736 und Errungenschaften erhält. Ökologie, Ökonomie und Soziales bilden die drei Säulen der

Antrag A154-Ä003

Änderungsantrag zu A154

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1735 - 1737

1735 ökonomisch und sozial widerstandsfähig macht und ~~unser~~den Wohlstand
1736 ~~erhält~~sichert und die Lebensqualität mehrt. Ökologie, Ökonomie und Soziales bilden die drei Säulen der
1737 Nachhaltigkeit. Wir bekennen uns zu den universellen 17 UN-Nachhaltigkeitszielen und

Begründung

Nicht nur wollen wir unseren materiellen Wohlstand erhalten, sondern insgesamt unsere Lebensqualität erhöhen, die nicht nur aus materiellem Wohlstand besteht. Ebenso Betonung der globalen Dimension der UN "SDG 17".

Antrag A154-Ä004

Änderungsantrag zu A154

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder, KV Baden-Baden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1735 - 1736

1735 ökonomisch und sozial widerstandsfähig macht und ~~unser~~den Wohlstand
1736 ~~erhält~~sichert und die Lebensqualität mehrt. Ökologie, Ökonomie und Soziales bilden die drei Säulen der

Begründung

Nicht nur wollen wir unseren materiellen Wohlstand erhalten, sondern insgesamt unsere Lebensqualität erhöhen, die nicht nur aus materiellem Wohlstand besteht.

Antrag A154-Ä005

Änderungsantrag zu A154

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1736 - 1737

1736 erhält. ~~Ökologie, Ökonomie und Soziales bilden die drei Säulen der~~
1737 ~~Nachhaltigkeit.~~ Wir bekennen uns zu den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen und

Begründung

Über 30 Jahre nach der Konferenz von Rio mag man das Phrasenhafte vom Gleichklang von Ökonomie, Ökologie und Soziales bei der Nachhaltigkeit noch bemühen wollen. Aber in 1722 und in 1734-1735 taucht der Dreiklang der Nachhaltigkeit ohnehin schon auf. Dreimal ist mindestens einmal zu viel.

Antrag A154-Ä006

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1737

1737 Nachhaltigkeit. Wir bekennen uns zu den 17 universellen UN-Nachhaltigkeitszielen und

Begründung

Der Einschub soll die globale Dimension der Zielsetzung betonen.

Antrag A155: Zeile 1740 - 1747: Die Pariser Klimaziele sind unsere Richtschnur

Antragsteller/in:	Bundesvorstand	
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1740 Zeile 1744 - 1745	(Änderungsempfehlung) - Streichung (Änderungsempfehlung) - Streichung

Der Parteitag möge beschließen

1740 **Die Einhaltung der Pariser Klimaziele ~~sind unsere Richtschnur~~ist unser Ziel.**
Wir haben den Ehrgeiz,
1741 eine treibende Kraft für den Klimaschutz und Vorbild für andere zu sein. Die
1742 im Klimaschutzgesetz verbindlich verankerte Klimaneutralität bis 2045
1743 haben wir dabei fest im Blick – wohlwissend, dass Klimaschutz nur im
1744 globalen Kontext gelingen kann. Zugleich sehen wir unsere ~~völkerrechtliche~~
1745 Verantwortung für die vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen.
1746 Wir stehen zu unseren Zusagen zur globalen Klimafinanzierung und zur
1747 Verantwortung in der internationalen Zusammenarbeit.

Antrag A155-Ä001

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1740

1740 **Die Einhaltung der Pariser Klimaziele ~~sind unsere Richtschnur~~ist unser Ziel.** Wir haben den Ehrgeiz,

Antrag A155-Ä002

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A153

Zeile 1740

1740 **Die Pariser Klimaziele sind unsere Richtschnur.** Der Klimawandel ist eine existenzielle Bedrohung unserer Zeit. Wir haben den Ehrgeiz,

Begründung

Die menschengemachte Veränderung unseres Klimasystems gefährdet weltweit die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen und auch unseren Wohlstand und unsere Sicherheit in Deutschland.

Antrag A155-Ä003

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1740

1740 **Die Pariser Klimaziele sind ~~unsere Richtschnur~~für uns verbindlich.** Wir haben den Ehrgeiz,

Begründung

Völkerrechtlich geschlossener Vertrag und keine bloße Richtschnur!

Antrag A155-Ä004

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1741 - 1742

1741 eine treibende Kraft für den Klimaschutz und Vorbild für andere bei der Entwicklung und Umsetzung klimafreundlicher Technologien zu sein. ~~Die~~
1742 Dabei wissen wir, dass es sich um eine Generationenaufgabe handelt, die uns und nachfolgende Generationen auch finanziell extrem fordern wird. Die im Klimaschutzgesetz verbindlich verankerte Klimaneutralität bis 2045

Begründung

Die globale Erderwärmung wird die mit Abstand größte finanzielle Herausforderung für die Menschheit, die entsprechender globaler Finanzierung bedarf. Wir sollten uns mit einem fairen prozentualen Anteil über die Generationen hinweg beteiligen.

Antrag A155-Ä005

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	KV Peine
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1741 - 1742

1741 eine treibende Kraft für den Klimaschutz ~~und Vorbild für andere~~und Vorbild für andere zu sein~~. Die~~
1742 und anderen
partnerschaftlich bei der Erreichung der globalen Klimaziele zu helfen. Die
im Klimaschutzgesetz verbindlich verankerte Klimaneutralität bis 2045

Begründung

Der Begriff "Vorbild" kann missverstanden
werden und als „Besserwisser“ und „überheblich“ abgetan werden. Es sind häufig die Länder des globalen Südens, die unsere Unterstützung zur Erreichung
der Pariser Klimaziele bedürfen. Aber auch wir als Exportnation brauchen Hilfe. Aktuell importiert Deutschland den größten Teil seines Primärenergiebedarfes. Es wird uns nicht gelingen, den ganzen Primärenergiebedarf unseres Landes einschließlich unserer wichtigen exportorientierten Industrie durch eigene erneuerbare Energien zu decken.
Auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für immer neue Windräder und Stromleitungen etc. wird abnehmen. Wir brauchen Energie (Wasserstoff oder ähnliches) als Zulieferung von verlässlichen Partnern wie in Zeile 1446 „ Wir wollen Rohstoffhandel mit verlässlichen Partnern“ beschrieben. Das geht nur partnerschaftlich mit politisch stabilen Ländern und nicht nur mit den Händlern.

Antrag A155-Ä006

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1741

1741 eine treibende Kraft für ~~den Klimaschutz~~die Begrenzung der Erderwärmung und Vorbild für andere zu sein. Die

Begründung

Klima ist in der Meteorologie als statistisches Mittel der Witterung von mindestens 30 (zurückliegenden) Jahren definiert und kann daher nicht „geschützt“ werden.

Antrag A155-Ä007

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1741 - 1743

1741 eine treibende Kraft für den Klimaschutz und Vorbild für andere zu sein. ~~Die~~
1742 ~~im Klimaschutzgesetz verbindlich verankerte Klimaneutralität~~Unser Ziel ist es, bis 2045
1743 ~~haben wir dabei fest im Blick~~klimaneutral zu werden - wohlwissend, dass Klimaschutz nur im

Antrag A155-Ä008

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1743

1743 haben wir dabei fest im Blick - wohlwissend, dass ~~Klimaschutz~~die Begrenzung der Erderwärmung nur im

Begründung

Klima ist in der Meteorologie als statistisches Mittel der Witterung von mindestens 30 (zurückliegenden) Jahren definiert und kann daher nicht „geschützt“ werden.

Antrag A155-Ä009

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	BezV Niederrhein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1744 - 1745

1744 globalen Kontext gelingen kann. Zugleich sehen wir unsere ~~völkerrechtliche~~
1745
Verantwortung für die vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen.

Begründung

Eine generelle rechtsverbindliche völkerrechtlich Verantwortung für die besonders vom Klimawandel betroffenen Regionen gibt es (in der hier insinuieren Allgemeinheit) nicht. Unsere Verantwortung besteht aber natürlich - in politischer und ethischer Hinsicht. Den Begriff „Völkerrecht“ sollten wir aber an dieser Stelle streichen, auch um uns künftig nicht unnötig in die argumentative Defensive zu bringen.

Antrag A155-Ä010

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1744

1744 ~~glob~~internationalen Kontext gelingen kann. Zugleich sehen wir unsere völkerrechtliche

Antrag A155-Ä011

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1744 - 1747

1744 globalen Kontext gelingen kann. ~~Zugleich sehen wir unsere völkerrechtliche~~
1745 ~~Verantwortung für die vom~~Im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten werden wir einen Beitrag für von Klimawandel ~~besonders betroffenen~~betroffene Regionen~~.~~
1746 ~~Wir stehen zu unseren Zusagen zur globalen~~ und zu globaler Klimafinanzierung ~~und zur~~
1747 ~~Verantwortung in der internationalen~~leisten sowie die internationale Zusammenarbeit fördern.

Antrag A155-Ä012

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	KV Muenster
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1746 - 1747

1746 Wir stehen zu unseren Zusagen zur ~~globalen Klimafinanzierung und zur~~
1747 Finanzierung der globalen Klimaanpassung und zur Verantwortung in der internationalen Zusammenarbeit.

Begründung

Das Wort „Klimafinanzierung“ konkretisiert nicht genug, um was es genau geht.

Antrag A155-Ä013

Änderungsantrag zu A155

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1747

1747 Verantwortung in der internationalen Zusammenarbeit. Wir priorisieren klar und investieren Geld in den Klimaschutz zunächst dort, wo mit dem kleinsten Aufwand die größte CO2-Reduktion

zu erzielen ist.

Begründung

Wir handeln nicht wie die Ampel, die zunächst ihr Heizungsgesetz beschließt, aber erst Monate später Schätzungen zum Einsparpotential geben kann.

Antrag A156: Zeile 1748 - 1755: Klimaanpassung sichert Lebensgrundlagen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A156-Ä008
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1752 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 1753 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1754 Zeile 1755

Der Parteitag möge beschließen

1748 **Klimaanpassung sichert Lebensgrundlagen.** Maßnahmen zur
1749 Klimaanpassung sind nicht allein Teil der Klimapolitik, sondern sind
1750 grundlegend in allen Politikfeldern. Der nachhaltige Umgang mit dem
1751 Klimawandel ist stets im Einklang mit der Emissionsreduktion und einer
1752 Kohlenstoffkreislaufführung zu sehen. Eine ~~intak~~resilien te Natur und Landschaft ist
1753 unabdingbare Voraussetzung für ein lebenswertes und sicheres Umfeld, für Tourismus,
1754 für unsere Wirtschaft ~~und~~, für eine funktionierende und nachhaltige
1755 ~~Landwirtschaft~~Land- und Forstwirtschaft und damit für unser Leben.

Antrag A156-Ä001

Änderungsantrag zu A156

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1748 - 1755

1748 ~~**Klimaanpassung sichert Lebensgrundlagen.** Maßnahmen zur~~
1749 ~~Klimaanpassung sind nicht allein Teil der Klimapolitik, sondern sind~~
1750 ~~grundlegend in allen Politikfeldern.~~ Der ~~nachhaltige~~ Umgang mit dem

1751 Klimawandel ~~ist stets im Einklang mit der Emissionsreduktion und einer~~
1752 ~~Kohlenstoffkreislaufführung~~bedarf sowohl der Verringerung der Treibhausgasemissionen als auch Anpassungsmaßnahmen, um auf die bisherigen und zukünftigen klimatischen Veränderungen zu ~~sehen. Eine intakte Natur und Landschaft ist~~
1753 ~~unabdingbare Voraussetzung für ein lebenswertes Umfeld, für Tourismus,~~
1754 ~~für unsere Wirtschaft und für eine funktionierende und nachhaltige~~
1755 ~~Landwirtschaft und damit für unser Leben~~reagieren. Vermeidung und Anpassung sind zwei Seiten derselben Medaille.

Begründung

Der wesentliche Inhalt des Absatzes ist, wie in der Überschrift dargestellt, die Betonung der notwendigen Anpassungsmaßnahmen, die von den politischen Mitbewerbern oftmals nicht erwähnt werden. Der Zugriff auf den Kohlenstoffkreislauf (Vermeidungs- statt Anpassungsmaßnahmen) ist an dieser Stelle nicht sinnvoll, da er die Aussage abschwächt. Der Satz ab „Eine intakte Natur…“ ist eine sinngleiche Wiederholung der Zeilen 1723ff. und kann schadlos entfallen. Der Abschnitt: möge an den vorherigen Absatz (1740-1747) angefügt werden.

Antrag A156-Ä002

Änderungsantrag zu A156

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1748

1748 **Klimaanpassung sichert Lebensgrundlagen und ist unausweichlich.** Maßnahmen zur

Antrag A156-Ä003

Änderungsantrag zu A156

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1748 - 1755

~~1748 **Klimaanpassung sichert Lebensgrundlagen.** Maßnahmen zur~~
~~1749 Klimaanpassung sind nicht allein Teil der Klimapolitik, sondern sind~~
~~1750 grundlegend in allen Politikfeldern. Der nachhaltige Umgang mit dem~~
~~1751 Klimawandel ist stets im Einklang mit der Emissionsreduktion und einer~~
~~1752 Kohlenstoffkreislaufführung zu sehen. Eine intakte Natur und Landschaft ist~~
~~1753 unabdingbare Voraussetzung für ein lebenswertes Umfeld, für Tourismus,~~
~~1754 für unsere Wirtschaft und für eine funktionierende und nachhaltige~~
~~1755 Landwirtschaft und damit für unser Leben.~~

Klimaanpassung sichert Lebensgrundlagen. Der Klimawandel ist nicht mehr vollständig aufzuhalten. Die Konsequenzen werden wir in den meisten Gesellschaftsbereichen spüren. Entsprechend muss Politik gezielt steuern, damit vorhandene natürliche Maßnahmen zur Anpassung genutzt und gleichzeitig neue Technologien entwickelt werden. Zum Beispiel senken mehr Bäume in der Stadt die Durchschnittstemperatur und innovative Bauelemente sorgen für verbesserte Gebäudeisolierung. Hier ist auch die Forschung gefragt. Es gilt: wirtschaftliche Anreize vor Verboten. Intelligente, gezielte Regulierung ist gefragt.

1756

Klimaschutz verhindert, dass sich die Folgen des Klimawandels verschlimmern. Deshalb ist er die zweite Säule neben der Anpassung. Emissionsreduktion, Kohlenstoffkreislaufführung, klimafreundliche Energie und Naturschutz stehen hier im Zentrum. Natürliche Maßnahmen haben neben der Schlagkraft neuer Technologien eine bedeutende Rolle.

Begründung

Differenzierung zwischen Klimaschutz und -anpassung in zwei Absätze statt einem.

Antrag A156-Ä004

Änderungsantrag zu A156

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1750 - 1755

1750 grundlegend in allen Politikfeldern. ~~Der nachhaltige Umgang mit dem~~
1751 ~~Klimawandel ist stets im Einklang mit der Emissionsreduktion und einer~~
1752 ~~Kohlenstoffkreislaufführung zu sehen.~~ Eine ~~intak~~resilien te Natur und Landschaft ist
1753 unabdingbare Voraussetzung für ein lebenswertes, sicheres Umfeld, für Tourismus,
1754 für unsere Wirtschaft und für eine funktionierende und nachhaltige
1755 Landwirtschaft und ~~damit~~folglich für unser Leben.

Antrag A156-Ä005

Änderungsantrag zu A156

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1751 - 1752

1751 Klimawandel ist stets im Einklang mit der ~~Emissionsreduktion und einer~~
1752 Emissionskontrolle der Kohlenstoffkreislaufführung zu sehen~~.~~. Eine intakte Natur und Landschaft ist

Begründung

Derzeit ist die Emissionskontrolle, die auf sehr unterschiedliche Weise erfolgen kann, der drängendste Ansatz zur Stabilisierung des Klimas. Zeile 1814f spricht dagegen sinnvollerweise von einem „Kohlenstoff-Management, das CO2 abscheidet, als Rohstoff nutzt oder dauerhaft einlagert“. Es ist nicht in nächster Zukunft, aber auf längere Dauer denkbar, dass starken natürlichen Klimaschwankungen mit bewussten CO2- Emissionen sinnvoll begegnet werden könnte.

Antrag A156-Ä006

Änderungsantrag zu A156

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1751

1751 Klimawandel ist stets im Einklang mit der Emissionsreduktion, dem Zubau von alternativen Energien und einer

Begründung

Der Ausbau erneuerbarer Energie ist ein zentrales Element des Klimaschutzes.

Antrag A156-Ä007

Änderungsantrag zu A156

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1754 - 1755

1754 für unsere Wirtschaft und für eine funktionierende und nachhaltige
1755 Forst- und Landwirtschaft und damit für unser Leben.

Antrag A156-Ä008

Änderungsantrag zu A156

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission A156

Zeile 1755

1755 Landwirtschaft und damit für unser Leben. Die Folgen des Klimawandels spüren wir in Deutschland bereits jetzt - regional sehr unterschiedlich. Hochwasser, Hitze, Stürme und Trockenheit stellen uns vor ganz unterschiedliche Herausforderungen. Hier gilt es, durch gemeinsames und vorausschauendes Handeln von Bund, Ländern sowie Städten und Gemeinden, die negativen Auswirkungen des bereits eingetretenen Klimawandels soweit als möglich abzumildern und neue Risiken einzugrenzen.

Antrag A156-Ä009

Änderungsantrag zu A156

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1755

1755 Landwirtschaft, für Ernährungssicherheit und damit für unser Leben.

Antrag A157: Zeile 1756 - 1766: Wir setzen auf den weltweiten Emissionshandel

Antragsteller/in:	Bundesvorstand	
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission	
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A135-Ä010, A157-Ä005	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1756 Zeile 1759 Zeile 1761 Zeile 1762 - 1766	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ergänzung (Änderungsempfehlung) - Ergänzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1756 **Wir setzen auf ~~d~~einen weltweiten Emissionshandel.** Der Emissionshandel ist
1757 als marktwirtschaftliches Instrument unser Weg, um das Klima effizient zu
1758 schützen. Den Emissionshandel wollen wir international voranbringen und
1759 in der EU durch schrittweise Einbeziehung aller Sektoren mit ihren energiebedingten Emissionen als zentrales
1760 Klimainstrument stärken. Auf dem Weg dahin setzen wir auf Kooperationen
1761 wie Klimaclub ~~und~~ , Energiepartnerschaften und den Schutz vor Verlagerungen von CO2-Emissionen.

1762 **Der Staat muss den Menschen etwas zurückgeben.** Für die Akzeptanz
1763 dieses Instruments ist es wichtig, die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung
1764 grundsätzlich zur Entlastung ~~insbesondere~~ von ~~Haushalten mit kleineren~~
1765 Bürgern und ~~mittleren Einkommen~~Wirtschaft zu nutzen. Die Energiepreise dürfen keine soziale
1766 Frage werden.

Antrag A157-Ä001

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1756 - 1757

1756 **Wir setzen auf ~~d~~einen weltweiten Emissionshandel.** Der Emissionshandel ist
1757 als marktwirtschaftliches Instrument unser Weg, um Treibhausgasemissionen nachhaltig zu senken und somit das Klima effizient zu

Begründung

Es gibt derzeit keinen weltweiten Emissionshandel, daher diese Präzisierung.

Antrag A157-Ä002

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen, KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1756

1756 **Wir setzen auf ~~den~~ weltweiten Emissionshandel.** Der Emissionshandel ist

Begründung

Der Aufbau eines weltweiten Systems muss erst noch folgen. Es besteht noch nicht und ist auch noch nicht ausbuchstabiert.

Antrag A157-Ä003

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1759

1759 in der EU durch schrittweise Einbeziehung aller Sektoren mit ihren CO2-bedingten Emissionen als zentrales

Begründung

Die Eingrenzung auf CO2 für den ETS II ist insbesondere für die Landwirtschaft wichtig, weil die Erfassung von Lachgas- und Methanemissionen in der Landwirtschaft technisch zu kompliziert und für einen bäuerlichen Familienbetrieb kaum zu leisten ist.

Antrag A157-Ä004

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	KV Grafschaft-Bentheim
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1759

1759 in der EU durch schrittweise Einbeziehung aller Sektoren mit ihren energiebedingten Emissionen als zentrales

Antrag A157-Ä005

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission A157

Zeile 1760

1760 Klimainstrument stärken und dabei Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft verhindern. Auf dem Weg dahin setzen wir auf Kooperationen

Begründung

Hohe Energiepreise sind ein Hemmschuh für die deutsche Wirtschaft. Es gilt die Standortfaktoren zu verbessern.

Antrag A157-Ä006

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen, KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1761

1761 wie Klimaclub und Energiepartnerschaften sowie Carbon-Leakage-Schutz.

Begründung

Wollen wir die Industrie in Deutschland halten, wird der Carbon Leakage Schutz unerlässlich sein bis zum Aufbau eines weltweiten Emissionshandelssystems in die vor allem die größten Emittenten China, USA, Indien und Russland einbezogen sind.

Antrag A157-Ä007

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1761

1761 wie Klimaclub und Energiepartnerschaften. Der Emissionshandel ist so zu gestalten, dass für Verbraucher und Industrie in Deutschland keine Nachteile im Vergleich zu anderen Ländern entstehen.

Antrag A157-Ä008

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen, KV Celle, KV Unna
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1762 - 1766

1762 ~~**Der Staat muss den Menschen etwas zurückgeben.** Für die Akzeptanz~~
1763 ~~dieses Instruments ist es wichtig, die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung~~
1764 ~~grundsätzlich zur Entlastung insbesondere von Haushalten mit kleineren~~
1765 ~~und mittleren Einkommen zu nutzen. Die Energiepreise dürfen keine soziale~~
1766 ~~Frage werden.~~

Begründung

Diese Aussage steht im Widerspruch zur Forderung nach Subsidiarität an anderer StelledesProgramms. Sie passt zudem nicht zur Forderung das Bürgergeld abzuschaffen.

Antrag A157-Ä009

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1762 - 1766

1762 **Der Staat muss den Menschen etwas zurückgeben.** Für die Akzeptanz
1763 dieses Instruments ist es wichtig, die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung
1764 grundsätzlich zur Entlastung ~~insbesondere von Haushalten mit kleineren~~
1765 ~~und mittleren Einkommen~~ der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen. Die Energiepreise dürfen keine soziale
1766 Frage werden~~.~~ und insbesondere Haushalte mit kleineren und mittleren Einkommen nicht überfordern

Begründung

Den „Schutz“ der kleineren und mittleren Einkommen würde ich in der Position verschieben, um klar zu machen, CO2-Mehreinnahmen fließen an alle, die diese Abgaben zahlen, und das sind alle Bürger. Da sollten wir uns von der SPD-Diskussion unterschieden, die die Auszahlung des sog. Klimageldes einmal mehr mit ihrem Bestreben nach Umverteilung verbinden will und deshalb eine Sozialstaffelung in die Diskussion gebracht hat. Sollte aber keine CDU-Position sein, deshalb „Entzerrung“ der Aspekte.

Antrag A157-Ä010

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	KV Essen

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1762

1762 **Der Staat muss den Menschen und den Betrieben etwas zurückgeben.** Für die Akzeptanz

Antrag A157-Ä011

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1764 - 1765

1764 und dem zukünftigen Emissionshandel grundsätzlich zur Entlastung ~~insbesondere~~ von ~~Haushalten mit kleineren~~
1765 ~~und mittleren Einkommen~~ Bürgern und Wirtschaft zu nutzen. Hierbei sollen insbesondere Haushalte mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden. Die Energiepreise dürfen keine soziale

Begründung

Die erhöhte CO2-Bepreisung innerhalb des BEHG sorgt nicht nur bei den privaten Bürgern für eine deutlich stärkere finanzielle Belastung. Auch die Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand sind in Deutschland von CO2-Bepreisung betroffen. Daher bedarf es einer Entlastung der privaten Bürger und der Wirtschaft.

Hierbei empfiehlt sich das Klimageld im privaten Bereich, sowie eine Reformierung der Energiesteuern, sowie der Unternehmenssteuern zur Entlastung der Wirtschaft.

Dieser Änderungsvorschlag ist gemeinsam mit der Klimaunion erarbeitet worden und wird von ihr mitgetragen.

Antrag A157-Ä012

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1764 - 1765

1764 grundsätzlich zur Entlastung ~~insbesondere~~ von privaten Haushalten ~~mit kleineren~~
1765 ~~und mittleren Einkommen~~ zu nutzen. Die Energiepreise dürfen keine soziale

Begründung

Das System der CO2-Bepreisung funktioniert dann, wenn jeder Haushalt daran beteiligt wird und Anreize geschaffen werden, den eigenen CO2-Austoß schnell und signifikant zu reduzieren. Nicht sinnvoll ist es allerdings, dieses Instrument in ein Vehikel für soziale Umverteilung zu transformieren.

Dies würde dem eigentlichen Ansinnen entgegenstehen.

Antrag A157-Ä013

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1765

1765 und mittleren Einkommen zu nutzen. Die CO2-Abgabe ist eine Lenkungsabgabe. Deshalb darf das Aufkommen nicht zur Finanzierung von allgemeinen Haushaltszwecken eingesetzt werden sondern muß auf die Erreichung der lenkungszwecke konzentriert werden. Die Energiepreise dürfen keine soziale

Begründung

Nur der Lenkungszweck rechtfertigt die Belastung der Bürger. Ansonsten wäre das eine verdeckte Erhöhung der Steuerquote.

Antrag A157-Ä014

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1765

1765 und mittleren Einkommen zu nutzen. Die CO2-Abgabe ist für uns eine Lenkungsabgabe. Deshalb darf das Aufkommen nicht zur Finanzierung von allgemeinen Haushaltszwecken eingesetzt werden, sondern muss auf die Erreichung der Lenkungszwecke und die CO2-Reduktion konzentriert werden. Die Energiepreise dürfen keine soziale

Begründung

Nur der Lenkungszweck rechtfertigt die Belastung der Konsumenten. Ansonsten wäre das eine verdeckte Erhöhung der Steuerquote. Die Einnahmen müssten eigentlich zur CO2 Reduktion eingesetzt werden, damit der CO2 Preis wieder sinken kann.

Antrag A157-Ä015

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1766

1766 Frage werden. Maßnahmen zur dauerhaften Speicherung von CO2 sollen belohnt werden.

Begründung

CO2-Speicherung in landwirtschaftlich genutzten Böden durch verstärkte Humusbildung oder in Bäumen in der Forstwirtschaft sind einzelne Ansätze neben dem (groß-)technischen Carbon Capture, die durch einfache Förderprogramme unterstützt werden könnten.

Antrag A157-Ä016

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1766

1766 Frage werden. Die CO2-Bepreisung soll eine steuernde Wirkung haben. Wir alle in Deutschland, Menschen wie Unternehmen, wollen uns auf den Weg machen, den Verbrauch unserer Ressourcen durch verantwortungsvolles Handeln zu reduzieren. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass es auch bezahlbare Handlungsoptionen gibt - beim Strom, der Heizung oder im Verkehr. Dort wo das noch nicht der Fall ist, halten wir weitere Anhebungen der CO2-Bepreisung nicht für zielführend.

Antrag A157-Ä017

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	KV Warendorf-Beckum
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission A163

Zeile 1766

1766 Frage werden. Maßnahmen zur dauerhaften natürlichen Speicherung von CO2 sollen belohnt werden.

Begründung

CO2-Speicherung in landwirtschaftlich genutzten Böden durch verstärkte Humusbildung oder in Bäumen in der Forstwirtschaft sind einzelne Ansätze neben dem (groß-)technischen Carbon Capture, die durch einfache Förderprogramme unterstützt werden könnten.

Antrag A157-Ä018

Änderungsantrag zu A157

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1766

Frage werden. Daher darf es keine Doppelbelastung aus CO2-Preis und Energiesteuern geben. Das System der Energiesteuern muss reformiert werden. Vor allem die Stromsteuer werden wir auf das EU-Mindestmaß für alle Verbraucher reduzieren.

Begründung

Der CO2-Emmissionshandel (am besten auf breiter internationaler Basis) ist nachweisbar das richtige Instrument für wirksamen Klimaschutz. Denn jene Sektoren, die ihm unterliegen, erreichen die Klimaziele. Zugleich belastet der CO2-Preis die Verbraucher. Nicht einzusehen ist, dass zusätzlich noch diverse Energiesteuern (Mineralölsteuer, Erdgassteuer, Stromsteuer) erhoben werden, unabhängig vom CO2-Gehalt der jeweiligen Energieart. Dies ist in einem System zu verzahnen. Dabei ist die Entlastung bei der Stromsteuer besonders wichtig, zum einen da sie auch regenerativ erzeugten Strom besteuert. Zum anderen ist eine Entlastung bei der Stromsteuer geboten, um den steigenden Infrastrukturkosten, die auf den Strompreis wirken werden (Netzentgelte für den unbestreitbar notwendigen Netzausbau, Kosten für Kapazitätsmarkt / Reservekraftwerke), eine Entlastungskomponente entgegenzustellen.

Antrag A158: Zeile 1767 - 1778: Wir setzen auf eine sichere, bezahlbare, saubere und technologieoffene Energieversorgung

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A018-Ä013, A159-Ä023, A159-Ä033, A159-Ä036
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1767 - 1778 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

Wir setzen auf eine sichere, ~~bezahlbare,~~ saubere, bezahlbare und technologieoffene
Energieversorgung. Der Energiemix von morgen ist vielfältig ~~und~~
~~energieeffizient~~, effizient und technologieoffen. Es ist unsere zentrale Aufgabe, die Ziele der
Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und der Bezahlbarkeit der
Energieversorgung in Europa sicherzustellen. Wir wollen die Erneuerbaren
Energien deutlich ausbauen~~. Sie~~, die Energieeffizienz steigern sowie die Sektorenkopplung vorantreiben und unser Energienetz anpassen. Die Erneuerbaren Energien allein werden für eine sichere und
bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Daher wird unser Land
weiterhin auf verschiedene Technologien ~~brauchen~~und Energieträger angewiesen sein, wenn kein Wind weht und
die Sonne nicht scheint. ~~Statt Kohle wollen wir~~Wir stehen zum vereinbarten

Kohleausstieg und wollen in der nächsten Dekade mit
1776 Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen
1777 Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten
1778 sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.

Antrag A158-Ä001

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1767 - 1778

1767 ~~**Wir setzen auf eine sichere, bezahlbare, saubere und technologieoffene Energieversorgung.** Der Energiemix von morgen ist vielfältig und~~
1769 ~~energieeffizient. Es ist unsere zentrale Aufgabe, die Ziele der~~
1770 ~~Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und der Bezahlbarkeit der~~
1771 ~~Energieversorgung in Europa sicherzustellen. Wir wollen die Erneuerbaren~~
1772 ~~Energien deutlich ausbauen. Sie allein werden für eine sichere und~~
1773 ~~bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Daher wird unser Land~~
1774 ~~weiterhin verschiedene Technologien brauchen, wenn kein Wind weht und~~
1775 ~~die Sonne nicht scheint. Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade mit~~
1776 ~~Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen~~
1777 ~~Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten~~
1778 ~~sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.~~

Da Wind- und Sonnenergie wegen ihres diskontinuierlichen Anfalls und ihre geringen Energiedichte weder grundlastfähig noch regelbar ist und großtechnische Energiespeicher auf absehbare Zeit nicht verfügbar sind, müssen die „Erneuerbaren“ vorerst durch alle Möglichkeiten CO2 –armer Energiegewinnung unter Einbeziehung einheimischer Quellen ergänzt werden, um unabhängiger von Witterungsbedingungen und Importen zu werden. Ein vorzeitiger Kohleausstieg ist daher nicht anzustreben. Deshalb wollen wir zumindest für die nächste Dekade mit klimafreundlichen (CO2 – emissionsarmen) Gas – und ggf. auch Kohlekraftwerken die erforderliche Grundlast sichern, um die bisher fehlenden Möglichkeiten an langfristigen, großtechnischen und bezahlbaren Energiespeichern auszugleichen. Dazu bedarf es der CO2 –Abscheidung und –Speicherung. Deutschland kann nicht auf die Option Kernkraft verzichten.

Begründung

Wenn wir vorwiegend auf fluktuierend einspeisende Systeme (Sonne, Wind) setzen, funktioniert das nur, wenn die täglichen sporadischen und saisonalen Versorgungslücken, die unabhängig von der Zahl der Anlagen auftreten, zuverlässig geschlossen werden. Das erfordert großtechnische und rentable Stromlangzeitspeicher, die aber auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung stehen. Aktuell kann Versorgungssicherheit in Deutschland nur in Verbindung mit konventionellen Kraftwerken („Back – up – Systemen“) gewährleistet werden In Frage kommen dafür (allein oder in Kombination):

1.Gaskraftwerke (Empfehlung der Kohlekommission 2019), die ausreichend Erdgas unter Einbeziehung heimischen Vorräte (mit Fracking) erfordern.

2.Kohlekraftwerke möglichst mit billiger heimischer Kohle

3.Kernkraftwerke

Dabei müssen Gas- und Kohlekraftwerke mit CO2 –Abscheidung und –Verklappung kombiniert werden, um CO2 - Emissionen zu vermeiden. Da Kernkraftwerke weitgehend CO2 – emissionsarm arbeiten und die begrenzten fossilen Rohstoffvorräte in der Industrie für Stoffsynthesen langfristig benötigt werden, sind Kernkraftwerke aus Gründen der Ressourceneffizienz grundsätzlich zu bevorzugen, weshalb sie vom Weltklimarat und der EU empfohlen werden. Letzteres ist aber von der Ampel ignoriert worden.

Antrag A158-Ä002

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zeile 1767 - 1778

1767 **Wir setzen auf eine sichere, bezahlbare~~,~~ und saubere ~~und technologieoffene~~ Energieversorgung.** Der Energiemix von morgen ist vielfältig ~~und~~
1769 ~~energieeffizient~~, effizient und technologieoffenund. Es ist unsere zentrale Aufgabe, die Ziele der
1770 Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und der Bezahlbarkeit der
1771 Energieversorgung in Europa sicherzustellen. Wir wollen die Erneuerbaren
1772 Energien deutlich ausbauen. ~~Sie allein werden für eine sichere und~~
1773 ~~bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Daher wird unser Land~~
1774 ~~weiterhin verschiedene Technologien brauchen, wenn kein Wind weht und~~
1775 ~~die Sonne nicht scheint. Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade~~Mit marktwirtschaftlich vergüteten Energie- und Wärmespeichern und perspektivisch mit
1776 ~~Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen~~
1777 ~~Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten~~
1778 ~~sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten~~grünem Wasserstoff und Erdwärme betriebenen Kraftwerken wollen wir die Zeiten von wenig verfügbaren erneuerbaren Energien überbrücken. Darüber hinaus setzen wir uns für den Umbau unseres Strommarkts hin zu einem technologieoffenen Kapazitätsmarkt ein. Wir setzen uns für einen möglichst schnellen und geordneten Kohleausstieg ein. Wir unterstützen energieeffiziente Produktionsmethoden und Gebäudetechnologien als wichtigen Baustein einer zukunftsfesten Energieversorgung.

Begründung

Die drei Hauptziele im Energiebereich sollten Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaneutralität sein. Technologische Offenheit ist nur ein Mittel, um diese Ziele marktgetrieben und effizient zu erreichen. Energiemix kann nicht energieeffizient sein. Energieeffizienz bezieht sich

entweder auf physische Strukturen (z.B. Gebäude) oder Prozesse (z.B. in der Industrie). Erneuerbare Energien in all ihren Formen werden perspektivisch unseren Energiebedarf decken können. Allerdings benötigen wir, um die Schwankungen der Energieerzeugung der wetterabhängigen Erzeugungsquellen (insbesondere Photovoltaik und Windkraft) auszugleichen, verschiedene Speichermedien für die kurze, mittlere und intersaisonale Frist. Auch der Strommarkt muss an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Auf das Thema Kernkraft und Fusionsenergie wird bereits in den kommenden Zeilen 1782-1785 eingegangen. Das Themengebiet Energieeffizienz wird im Entwurf des Grundsatzprogramms nicht ausreichend adressiert, ist allerdings ein wichtiger Hebel, um Kosten für Haushalte und Industrie zu senken und CO2 einzusparen.

Antrag A158-Ä003

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1767 - 1778

1767 **Wir setzen auf eine sichere, ~~bezahlbare~~im internationalen Vergleich wettbewerbsfähige, saubere und technologieoffene Energieversorgung.** Der Energiemix von morgen ist vielfältig und
1769 energieeffizient. Es ist unsere zentrale Aufgabe, die Ziele der
1770 Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und der Bezahlbarkeit der
1771 Energieversorgung in Europa sicherzustellen. Wir wollen die Erneuerbaren
1772 Energien deutlich ausbauen. Sie allein werden für eine sichere ~~und~~
1773 ~~bezahlbare Energieversorgung~~Energieversorgung zu im internationalen Vergleich wettbewerbsfähigen Kosten nicht ausreichen. Daher wird unser Land
1774 weiterhin verschiedene Technologien brauchen, wenn kein Wind weht und
1775 die Sonne nicht scheint. Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade mit
1776 Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen
1777 Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten
1778 sichern. Dabei soll die Geschwindigkeit des Kohleausstiegs durch die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten im Rahmen des Neubaus von Gaskraftwerken bestimmt werden. Zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit werden wir das bestehende Frackingverbot aufheben und die Rahmenbedingungen für zügige Genehmigungsverfahren der Gasförderung in Deutschland schaffen. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.

Antrag A158-Ä004

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1767 - 1777

1767 **Wir setzen auf eine sichere, bezahlbare, saubere und technologieoffene Energieversorgung.**
Der Energiemix von morgen ist vielfältig und
1769 energieeffizient. Es ist unsere zentrale Aufgabe, die Ziele der
1770 Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und der Bezahlbarkeit der
1771 Energieversorgung in Europa sicherzustellen. Wir wollen die Erneuerbaren
1772 Energien deutlich ausbauen und unsere Energienetze entsprechend anpassen. Sie allein werden für eine sichere und
1773 bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Daher wird unser Land
1774 weiterhin verschiedene Technologien brauchen, wenn kein Wind weht und
1775 die Sonne nicht scheint. Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade mit
1776 Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen
1777 Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten

Begründung

Wie später in Zeile 1786f. bereits richtig beschrieben, bedarf es nicht nur einer Transformation des Kraftwerkparks, sondern auch der Energienetze.

Antrag A158-Ä005

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1767

1767 **Wir setzen auf eine sichere, ~~bezahlbare,~~ saubere, bezahlbare und technologieoffene**

Begründung

vgl. Absätze vorher

Antrag A158-Ä006

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1768 - 1773

1768 **Energieversorgung.** Der ~~Energiemix~~Energie- und Technologiemix von morgen ist vielfältig und
1769 e~~nergiee~~ffizient. Es ist unsere zentrale Aufgabe, die Ziele der
1770 Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und der Bezahlbarkeit der
1771 Energieversorgung in Europa sicherzustellen. Wir wollen die Erneuerbaren
1772 Energien deutlich ausbauen. Sie allein werden für eine sichere und
1773 bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Langfristig wird Deutschland zur

Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit auf eine Vielzahl von Technologien und Energieträgern angewiesen sein. Daher wird unser Land

Antrag A158-Ä007

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1768 - 1769

1768 **Energieversorgung.** Der Energiemix von morgen ist vielfältig ~~und~~
1769 ~~energieeffizient~~, effizient und technologieoffen. Es ist unsere zentrale Aufgabe, die Ziele der

Begründung

Ein Energiemix kann nicht energieeffizient sein. Energieeffizienz bezieht sich entweder auf physische Strukturen (z.B. Gebäude) oder Prozesse (z.B. in der Industrie).

Antrag A158-Ä008

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1770

1770 Versorgungssicherheit, Netzstabilität, Umweltverträglichkeit und der Bezahlbarkeit der

Antrag A158-Ä009

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1771 - 1778

1771 Energieversorgung in Europa sicherzustellen. ~~Wir wollen die Erneuerbaren~~
1772 ~~Energien deutlich ausbauen. Sie allein werden für eine sichere und~~
1773 ~~bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Daher wird unser Land~~
1774 ~~weiterhin verschiedene Technologien brauchen, wenn kein Wind weht und~~
1775 ~~die~~Die Nutzung der Energien aus Sonne ~~nicht scheint.~~ , Wind, Biomasse und Geothermie wollen wir technologieoffen dort ausbauen, wo sie effizient nutzbar sind. Sie allein werden für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade ~~mit~~
1776 ~~Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen~~
1777 ~~Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten~~

1778 die erforderliche Grundlastfähigkeit durch Kernenergie sichern~~. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten~~ und nur zur Abfederung von Spitzenlasten und Dunkelflauten auf flexible Gaskraftwerke setzen, solange die Möglichkeiten zur langfristigen Speicherung nicht in ausreichendem Maßstab verfügbar sind. Die Weiternutzung der noch wiederanfahrbaren Kernkraftwerke ist unser Ziel.

Begründung

Die zuverlässige Nutzung der „Erneuerbaren“ Energien erfordern aus Gründen der Versorgungssicherheit „Reservekraftwerke“, die **technologieoffen** bzgl. der notwendigen Kapazitäten mit den Kriterien „Cradle to Cradle“ entsprechend des Pariser Klimaabkommens als CO2-Fußabdruck pro zu erzeugender kWh und Kosten pro zu erzeugender kWh entschieden werden muss.

Bekannt ist, dass Gaskraftwerke günstige Errichtungskosten pro MWh, jedoch relativ teure Brennstoffkosten, haben. Diese Nachteile verstärken sich durch Ersatz des Erdgases (inkl. LPG) mit Wasserstoff signifikant. Entsprechend den Bedarfen an Grundlast ist die Weiternutzung noch wiederanfahrbarer Kernkraftwerke ein wesentlicher Teil der Energieversorgungsstrategie der CDU. Ein von den Grünen und Sozialdemokraten eingeleitetes frühzeitiges Unbrauchbarmachen, gilt es so bald als möglich zu stoppen. Ein zusätzliches Argument pro-Kernenergie der vorhandenen Kernkraftwerke ist: Entgegen den Kernkraft-Mythen lassen sich auch Kernkraftwerke wettbewerbsfähig zu Gaskraftwerken schnell transient herab- und herauffahren.

Antrag A158-Ä010

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1771 - 1777

1771 Energieversorgung in Europa sicherzustellen. Wir wollen die ~~Erneuerbaren~~
1772 "erneuerbaren"
Energien deutlich ausbauen. Sie allein werden für eine sichere und
1773 bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Daher wird unser Land
1774 weiterhin verschiedene Technologien brauchen, wenn kein Wind weht und
1775 die Sonne nicht scheint. Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade mit
1776 Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen
1777 Speicherung der ~~Erneuerbaren~~"erneuerbaren" Energien und die erforderlichen Grundlasten

Begründung

Begründung: „Erneuerbare Energien“ ist ein physikalisch unsinniger politischer Kampfbegriff. Auch wenn andere es tun, sollten wir uns nicht gegen die Grundlagen der Physik positionieren

Antrag A158-Ä011

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1772

1772 Energien deutlich ausbauen. Neben der Sonnen- und Windenergie werden wir auch die Energiegewinnung durch Geothermie als weitere erneuerbare Energiequelle fördern. Sie allein werden für eine sichere und

Begründung

Das klare Bekenntnis zu Geothermie und seinen mittel- und langfristigen Potentialen sollte im Programm noch einmal deutlich betont werden.

Antrag A158-Ä012

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1772

1772 Energien deutlich ausbauen, dabei aber auch Aspekte des Naturschutzes und das gewachsenen Landschaftsbildes berücksichtigen. Sie allein werden für eine sichere und

Begründung

Als CDU sollten wir durchaus den Mut haben, zu sagen, dass auch der Ausbau erneuerbarer Energien nicht Vorrang vor jedweden anderen Erwägungen haben kann, d.h. z.B. kein beliebiges Zubauen offener Flächen mit Freiflächen-Photovoltaik und kein Abholzen z.B. landschaftskulturell bedeutender Waldgebiete für Windräder etc. (Kein uneingeschränktes Opfern der „Landschaftsästhetik“)

Antrag A158-Ä013

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1772

1772 Energien deutlich ausbauen insbesondere mit Erleichterungen bei Genehmigungsverfahren. Sie allein werden für eine sichere und

Antrag A158-Ä014

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den

Zeile 1772 - 1778

1772 Energien deutlich ausbauen. ~~Sie allein werden für eine sichere und~~
1773 ~~bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Daher wird unser Land~~
1774 ~~weiterhin verschiedene Technologien brauchen, wenn kein Wind weht und~~
1775 ~~die Sonne nicht scheint. Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade~~Mit marktwirtschaftlich vergüteten Energie- und Wärmespeichern und perspektivisch mit
1776 ~~Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen~~
1777 ~~Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten~~
1778 ~~sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten~~grünem Wasserstoff und Erdwärme betriebenen Kraftwerken wollen wir die Zeiten von wenig verfügbaren erneuerbaren Energien überbrücken. Darüber hinaus setzen wir uns für den Umbau unseres Strommarkts hin zu einem technologieoffenen Kapazitätsmarkt ein. Wir setzen uns für einen möglichst schnellen und geordneten Kohleausstieg ein. Wir unterstützen energieeffiziente Produktionsmethoden und Gebäudetechnologien als wichtigen Baustein einer zukunftsfesten Energieversorgung.

Begründung

Erneuerbare Energien in all ihren Formen werden perspektivisch unseren Energiebedarf decken können. Allerdings benötigen wir, um die Schwankungen der Energieerzeugung der wetterabhängigen Erzeugungsquellen (insbesondere Photovoltaik und Windkraft) auszugleichen, verschiedene Speichermedien für die kurze, mittlere und intersaisonale Frist. Auch der Strommarkt muss an die neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Die Marktreife von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation ist so unsicher, dass ein Bezug hierauf nicht zielführend ist. Bisher scheinen diese nur sehr unwirtschaftlich Strom zu erzeugen, haben lange Entwicklungszeiten und beantworten absehbar nicht die Fragen zur Flexibilitäts-, Entsorgungs- und Akzeptanzproblematik.

Das Themengebiet Energieeffizienz wird im Entwurf des Grundsatzprogramms nicht ausreichend adressiert, ist allerdings ein wichtiger Hebel, um Kosten für Haushalte und Industrie zu senken und CO2 einzusparen.

Antrag A158-Ä015

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1772 - 1778

1772 Energien deutlich ausbauen. ~~Sie allein werden für eine sichere und~~
1773 ~~bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Daher wird unser Land~~

1774 ~~weiterhin verschiedene Technologien brauchen, wenn kein~~Insbesondere bei Wind~~ weht und~~
1775 ~~die Sonne nicht scheint~~- und Solarenergie gibt es in Deutschland noch reichlich Potential, das auszuschöpfen ist. Daneben müssen weitere erneuerbare Energien wie etwa Geothermie und Meeresenergie erschlossen und die bewährte Wasserkraft weiter genutzt werden. Auf absehbare Zeit werden wir unseren Gesamtenergiebedarf jedoch nicht alleine durch erneuerbare Energien decken können. Zumindest zur Überbrückung werden wir daher auch andere Erzeugungsformen benötigen. Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade mit
1776 Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen
1777 Speicherung der ~~E~~erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten
1778 sichern. ~~Deutschland kann zurzeit~~Mittelfristig ist an der Entwicklung und dem Ausbau von Speichertechnologien zu arbeiten. Kernkraftwerke der nächsten Generation können zudem dauerhaft zu einer gesicherten, bezahlbaren und klimaschonenden Energieversorgung beitragen. Deutschland sollte daher nicht auf die Option Kernkraft verzichten.

Begründung

Die vorgeschlagene Formulierung wird der Problematik der gesicherten, bezahlbaren und zugleich klimaschonenden Energieversorgung deutlich besser gerecht, als der bisherige Text. Die Formulierung "wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint" ist schlechtes Argumentationsniveau und eines Grundsatzprogramms im Jahre 2024 nicht würdig. Die wichtigsten Technologien sollten durchaus ausdrücklich genannt werden. Es ist nicht gut, im folgenden Absatz die Brückentechnologien aufzuzählen, hier aber nicht die Erneuerbaren. Bei der Kernkraft sollte man sich zudem bereits in diesem Absatz ehrlich machen und klarstellen, dass es um zukünftige Nutzung durch neue Reaktoren geht, denn ein Weiterbetrieb der bisherigen Reaktoren ist längst nicht mehr möglich.

Antrag A158-Ä016

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1772

1772 Energien deutlich ausbauen und die Sektorenkopplung vorantreiben. Sie allein werden für eine sichere und

Antrag A158-Ä017

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Oldenburg-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1772 - 1773

1772 Energien deutlich ausbauen. Sie allein werden für eine sichere und

1773 bezahlbare Energieversorgung zurzeit nicht ausreichen. Daher wird unser Land

Begründung

Die aktuelle Formulierung könnte missverstanden werden, als ob Erneuerbare Energien grundsätzlich nicht in der Lage wären, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten. Dies könnte als eine Einschränkung ihrer zukünftigen Entwicklung angesehen werden und der Bedeutung dieser Energiequellen nicht gerecht werden. Mit der vorgeschlagenen Änderung wird klarer zum Ausdruck gebracht, dass die Erneuerbaren Energien aktuell allein nicht in der Lage sind, die gesamte Energieversorgung sicherzustellen, jedoch weiterhin einen bedeutenden Beitrag leisten können und zukünftig sollen.

Antrag A158-Ä018

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	LV Sachsen-Anhalt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1773 - 1778

1773 bezahlbare Energieversorgung aber nicht ausreichen. Da Wind- und Sonnenergie wegen ihres diskontinuierlichen Anfalls und ihre geringen Energiedichte weder grundlastfähig noch regelbar ist und großtechnische Energiespeicher auf absehbare Zeit nicht verfügbar sind, müssen die „Erneuerbaren“ vorerst durch alle Möglichkeiten CO2 -armer Energiegewinnung unter Einbeziehung einheimischer Quellen ergänzt werden, um unabhängiger von Witterungsbedingungen und Importen zu werden. Ein vorzeitiger Kohleausstieg ist daher nicht anzustreben. Daher wird unser Land
1774 weiterhin verschiedene Technologien brauchen, wenn kein Wind weht und
1775 die Sonne nicht scheint. ~~Statt Kohle~~Deshalb wollen wir zumindest in der nächsten Dekade mit
1776 ~~Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen~~
1777 ~~Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten~~
1778 klimafreundlichen (CO2 - emissionsarmen) Gas - und ggf. auch Kohlekraftwerken die erforderliche Grundlast sichern, um die bisher fehlenden Möglichkeiten an langfristigen, großtechnischen und bezahlbaren Energiespeichern auszugleichen. Dazu bedarf es der CO2 -Abscheidung und -Speicherung. Deutschland kann ~~zurzeit~~ nicht auf die Option Kernkraft verzichten.

Begründung

Wenn wir vorwiegend auf fluktuierend einspeisende Systeme (Sonne, Wind) setzen, funktioniert das nur, wenn die täglichen sporadischen und saisonalen Versorgungslücken, die unabhängig von der Zahl der Anlagen auftreten, zuverlässig

geschlossen werden. Das erfordert großtechnische und rentable Stromlangzeitspeicher, die aber auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung stehen. Aktuell kann Versorgungssicherheit in Deutschland nur in

Verbindung mit konventionellen Kraftwerken („Back – up – Systemen“) gewährleistet werden In Frage kommen dafür (allein oder in Kombination):

1.Gaskraftwerke (Empfehlung der Kohlekommission 2019), die ausreichend Erdgas unter Einbeziehung heimischer Vorräte (mit Fracking) erfordern.

2.Kohlekraftwerke möglichst mit billiger heimischer Kohle

3.Kernkraftwerke

Dabei müssen Gas- und Kohlekraftwerke mit CO2 –Abscheidung und –Verklappung kombiniert werden, um CO2 - Emissionen zu vermeiden. Da Kernkraftwerke weitgehend CO2 – emissionsarm arbeiten und die begrenzten fossilen Rohstoffvorräte in der Industrie für Stoffsynthesen langfristig benötigt werden, sind Kernkraftwerke aus Gründen der Ressourceneffizienz grundsätzlich zu bevorzugen, weshalb sie vom Weltklimarat und der EU empfohlen werden. Letzteres wird aber von der Ampel ignoriert.

Antrag A158-Ä019

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1773

1773 bezahlbare Energieversorgung voraussichtlich nicht ausreichen. Daher wird unser Land

Antrag A158-Ä020

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zeile 1773 - 1778

1773 bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. ~~Daher wird unser Land~~
1774 ~~weiterhin verschiedene Technologien brauchen, wenn kein Wind weht und~~
1775 ~~die Sonne nicht scheint. Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade~~Mit marktwirtschaftlich vergüteten Energie- und Wärmespeichern und perspektivisch mit
1776 ~~Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen~~
1777 ~~Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten~~
1778 ~~sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten~~grünem Wasserstoff und Erdwärme betriebenen Kraftwerken wollen wir die Zeiten von wenig verfügbaren erneuerbaren Energien überbrücken. Darüber hinaus setzen wir uns für den Umbau unseres Strommarkts hin zu einem technologieoffenen Kapazitätsmarkt ein. Wir setzen uns für einen möglichst schnellen und geordneten Kohleausstieg ein. Wir unterstützen energieeffiziente Produktionsmethoden und Gebäudetechnologien als wichtigen Baustein einer zukunftsfesten Energieversorgung.

Begründung

Erneuerbare Energien in all ihren Formen werden perspektivisch unseren Energiebedarf decken können. Allerdings benötigen wir, um die Schwankungen der Energieerzeugung der wetterabhängigen Erzeugungsquellen (insbesondere Photovoltaik und Windkraft) auszugleichen, verschiedene Speichermedien für die kurze, mittlere und intersaisonale Frist. Auch der Strommarkt muss an die neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Auf das Thema Kernkraft und Fusionsenergie wird bereits in den Zeilen 1782-1785 eingegangen.

Das Themengebiet Energieeffizienz wird im Entwurf des Grundsatzprogramms nicht ausreichend adressiert, ist allerdings ein wichtiger Hebel, um Kosten für Haushalte und Industrie zu senken und CO2 einzusparen.

Antrag A158-Ä021

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1775

1775 die Sonne nicht scheint. Unklar formuliert: Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade mit

Begründung

Hier wird nicht nach Grundlast oder Spitzenlast pp. spezifiziert.

Antrag A158-Ä022

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Peine
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1775 - 1777

1775 die Sonne nicht scheint. Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade ~~mit~~
1776 ~~Gaskraftwerken~~ die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen
1777 Speicherung ~~der Erneuerbaren Energien und~~von erneuerbaren Energien technologieoffen massiv vorantreiben um die erforderlichen Grundlasten

Begründung

Wir fordern eine technologieoffenen Energieversorgung und fordern Gaskraftwerke, das ist nicht technologieoffen. Vielleicht können wir in den nächsten Jahren elektrische Großspeicher einsetzen? Vielleicht müssen wir weiterhin Gaskraftwerke bauen, vielleicht beides, eben technologieoffen. Nur die Zeit drängt massiv, wir brauchen den Rat von Forschung und Industrie und wir dürfen die Strompreise durch die Maßnahmen nicht erhöhen.

Antrag A158-Ä023

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1775 - 1778

1775 die Sonne nicht scheint. Statt fossiler Kohle wollen wir in der nächsten Dekade mit
1776 ~~Gaskraftwerken~~technologieoffenen Kraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen
1777 Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten
1778 sichern. Deutschland ~~kann zurzeit nicht auf die~~sollte sich der Nutzung der Option der eigenen Kernkraft ~~verzichten~~nicht verschließen.

Antrag A158-Ä024

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1775

1775 die Sonne nicht scheint. Statt Kohle wollen wir ~~in der nächsten Dekade~~ mit

Begründung

Der Umbau muss unverzüglich erfolgen und nicht erst in der nächsten Dekade.

Antrag A158-Ä025

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1778

1778 sichern. ~~Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option~~Die Möglichkeiten, die Erneuerbare Energie langfristig zu speichern werden wir mit Nachdruck fördern. Die Nutzung von Kernkraft ~~verzichten~~ist für uns weiterhin eine Option.

Begründung

Die Energiewende ist nur dann mit den definierten Zielen umsetzbar, wenn bestehende Speicherkapazitäten ausgebaut und zusätzliche, neue Technologien zur Speicherung großer Energiemengen kurzfristig bis zur Marktreife geführt werden. Optional kann die Nutzung der Kernkraft ein Lösungsweg sein.

Antrag A158-Ä026

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1778

1778 sichern. Deutschland kann ~~zurzeit~~ nicht auf die Option Kernkraft verzichten.

Internationale Energiepartnerschaften etablieren. Die deutsche Volkswirtschaft war schon immer auf Energieimporte angewiesen und wird es auch in Zukunft bleiben. Wir müssen attraktiver Energiehandelspartner bleiben, um den deutschen aber auch den europäischen Bedarf an Energie langfristig und zunehmend auf erneuerbarer Basis sichern zu können. Eine Diversifizierung der Handelspartner minimiert dabei die Risiken erneuter einseitiger Abhängigkeiten im Bereich der Energieversorgung.

Antrag A158-Ä027

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1778

1778 sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft der vierten und fünften Generation verzichten.

Begründung

Gerade im Bereich der Diskussion um Endlagerfragen pp. muss hier konkret bzw. sauber differenziert werden.

Antrag A158-Ä028

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Cloppenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1778

1778 sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.

Wir werden zudem die weitere Entwicklung bei der Nutzung der Kernkraft aufmerksam verfolgen und die Forschung und Innovation sowohl bei der Kernspaltung als auch der Kernfusion unterstützen.

Begründung

Ergänzung, dass wir als CDU auch die Forschung und Innovation im Bereich der Kernkraft im Blick behalten und aktiv begleiten.

Antrag A158-Ä029

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1778

1778 sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Sollten neue Kernkrafttechnologien die Möglichkeiten eröffnen, die Menge oder Halbwertzeiten atomaren Abfalls reduzieren, könnte auch dies ein Grund für den Wiedereinstieg in die Kernkraft sein.

Begründung

Einer der Hauptgründe, die zum Ausstieg aus der Kernkraft in Deutschland geführt haben, waren die extrem langen Halbwertzeiten des Atommülls. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse könnten die Möglichkeit eröffnen, die Halbwertzeiten des bereits entstandenen Atommülls durch die Behandlung in Kernkraftwerke neuester Technologie erheblich zu verkürzen.

Antrag A158-Ä030

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1778

1778 sichern. Dabei sollen auch heimische Energiepotentiale, wie etwa Schiefergas oder Erdwärme verstärkt genutzt werden. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.

Antrag A158-Ä031

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1778

1778 sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kern~~kraft~~energie verzichten.

Begründung

Mit dem Wort „Kernkraft“ identifizieren die Bürger i.d.R. die alten, abgeschalteten Kraftwerke. Das Wort „Kernenergie“ umfasst alle, auch künftige Formen der Energiegewinnung in diesem Bereich (z.B.

Kernfusion).

Antrag A158-Ä032

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1778

1778 sichern. ~~Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.~~

Begründung

Deutschland sollte eine gemeinsame Energieversorgung mit den Europäischen Partnern sicherstellen. Daher sollten wir uns der Nutzung der Kernenergie als Grundlastversorgung aus Nachbarländern nicht verweigern. Der Bau oder die Wiederinbetriebnahme eigener Kernkraftwerke wird dagegen zu viel Zeit und Ressourcen verbrauchen. Wir halten die Kernkraft daher für keine realistische Option mehr.

Antrag A158-Ä033

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Braunschweig
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1778

1778 sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir unterstützen Lösungen für energieeffiziente Unternehmen, Gebäude und öffentliche Infrastruktur als tragende, konservative Säule für eine erfolgreiche Energiewende.

Begründung

Energieeffizienz ist die 2. tragende Säule der Energiewende und trägt ganz entscheidend zur Defossilisierung bei. Sie ist Schlüssel zu effektivem Klimaschutz, bezahlbarer Energie, Städten und Gebäuden mit hoher Lebensqualität, smarten und sauberen Unternehmen und einer resilienten Infrastruktur. Sie ist entscheidend für nachhaltigen Wohlstand.

Energieeffizienz ist zutiefst marktwirtschaftlich. Sie fördert neue Geschäftsmodelle sowie innovative Technologien und Dienstleistungen, mit denen deutsche Unternehmen auf internationalen Märkten erfolgreich agieren. Energieeffizienz steigert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Antrag A158-Ä034

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Stadt

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1778

1778 sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Auch deshalb bleibt die Suche nach einem Endlager in Deutschland notwendig.

Begründung

Sowohl für die Lagerung der bisher entstandenen nuklearen Abfälle als auch für mögliche zukünftige Abfälle braucht Deutschland einen Endlagerstandort. Dies ist unabdingbarer Bestandteil einer verantwortungsvollen Atompolitik.

Antrag A158-Ä035

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1778

1778 sichern. ~~Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.~~

Antrag A158-Ä036

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zeile 1778

1778 sichern. Deutschland kann ~~zurzeit nicht auf die Option Kernkraft~~auf die Kerntechnologie nicht verzichten. Mit ihrer Nutzung wollen wir jedoch die dauerhaft sichere Entsorgung des Atommülls regeln und die immer häufigeren niedrigen Wasserstände unserer Flüsse berücksichtigen.

Begründung

Insbesondere ist der Rhein im Mittelrheintal für die Binnenschifffahrt ein Problem. Geplante Rheinvertiefung bei Kaub bis 2033.

Antrag A158-Ä037

Änderungsantrag zu A158

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1778

sichern. ~~Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.~~

Begründung

Deutschland verzichtet gerade auf Kernkraft. Es ist keine realistische Annahme, dass die vorhandenen Kraftwerke wieder ans Netz genommen werden können. Wir sollten uns daher auf Erforschung und Bau neuer Kern- und Kernfusionsreaktoren konzentrieren, wie sie im nächsten Absatz zurecht genannt werden.

Antrag A159: Zeile 1779 - 1799: Deutschland muss bei Energieinnovationen an der Spitze stehen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1779 - 1790 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

Deutschland muss bei Energieinnovationen an der Spitze stehen. Wir werden die klimafreundliche Erzeugung und Speicherung gerade von Strom ~~vorantreiben~~und Wasserstoff vorantreiben. Durch energieeffiziente Technologien wollen wir den gesamten Energieverbrauch senken. Wir setzen bei der Gesamtenergieversorgung von morgen auf Technologieoffenheit in Forschung und Anwendung ~~und Forschung. Dazu~~. Aus heutiger Sicht gehören ~~derzeit~~ dazu Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, ~~klimafreundliche~~Geothermie, klimaneutrale Gaskraftwerke, Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation sowie Fusionskraftwerke. Wir wollen den weltweit ersten Fusionsreaktor bauen. Daneben wollen wir die Forschung im Bereich der nuklearen Abfälle vorantreiben. Wir müssen besser beim Speicher- und Netzausbau vorankommen und die Digitalisierung nutzen. Nicht mit Denkverboten, sondern mit neuen Ideen gelingt uns der Aufbruch in das neue Energiezeitalter. Verbraucher und Wirtschaft müssen darauf vertrauen können, dass Energie zu bezahlbaren Preisen zu jeder Tages- und Nachtzeit verfügbar ist.

Wir setzen auf Zukunftstechnologien „Made in Germany“. Deutschland hat ein Prozent der Weltbevölkerung und verursacht zwei Prozent des CO2-Problems. Wir wollen aber 20 Prozent zur Lösung beitragen. Wir wollen mit einer Innovationsoffensive dafür sorgen, dass alle Technologien zur klimafreundlichen Erzeugung und Speicherung von Strom weiterhin mit uns

1796 erforscht, entwickelt, produziert und eingesetzt werden. Deutschland muss
1797 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden. Wir wollen mit
1798 modernen Technologien, die bei uns Wachstum und Wohlstand schaffen,
1799 zum Vorbild für andere Länder werden.

Antrag A159-Ä001

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1779

1779 **Deutschland muss bei der Umsetzung von Energieinnovationen an der Spitze stehen.** Wir

Antrag A159-Ä002

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1779

1779 **Deutschland muss ~~bei~~ Energieinnovationen ~~an der Spitze stehen~~fördern.** Wir

Antrag A159-Ä003

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1779

1779 **Pilotierung zukunftsfähiger Technologien der Gesamtenergieversorgung.** Wir setzen uns für ein ausgeprägtes Förderprogramm (gesteuerte Pilotierungen)
1780 von verschiedenen anwendungsbezogenen Szenarien der Energieerzeugung ein. Ein
1781 enger Schulterschuss mit der Versorgungswirtschaft und der Wissenschaft bilden
1782 dabei die Leitplanken. Die Risiken der Pilotierungen ausschließlich der
1783 Wirtschaft aufzuerlegen wäre fahrlässig. **Deutschland muss bei Energieinnovationen an der Spitze stehen.** Wir

Begründung

Das aktuelle Heizungsgesetzes ist primär auf die Wärmepumpentechnologie ausgerichtet und sieht die Wasserstofftechnologie lediglich bei einer Nutzung seitens der Großabnehmer. Für eine leistungsfähige Volkswirtschaft wäre aber eine breitgefächerte Suche nach einem Optimum an energetischen Versorgungskonzepten unabdingbar.

Ein breiter Mix verschiedener Energieträger sichert die Versorgungssicherheit. Pilotierungen in Bereichen der Kaltwärmeerzeugung / Geothermie, einer kostentechnischen Optimierung der Wasserstofferzeugung und deren Verteilung in kommunalen Verteilnetzen wären hier bespielhaft zu nennen.

Das stets aufgerufene Kostenargument gegen eine Wasserstoffnutzung in Privathaushalten wäre im Rahmen von langfristig ausgerichteten Pilotprojekten zu prüfen. Ebenso wäre dabei die Folgenutzung der vorhandenen Gasverteilnetze durchaus prüfenswert.

Die aktuelle Finanzmittelreduzierung im Bereich der Batterieforschung widerspricht im Kontext der Forderung hin zur E-Mobilität diesem Kerngedanken.

Der Kapazitätsmarkt bei den künftig präferierten Gaskraftwerken (Grundlastsicherung vs. Kostenrisiken der Betreiber) gilt es ebenfalls in Pilotprojekten zu prüfen. Ohne eine dauerhafte staatliche Alimentation wäre es für die Investoren aktuell nicht wirtschaftlich.

Antrag A159-Ä004

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1780 - 1784

1780 Wir werden die klimafreundliche Erzeugung und Speicherung ~~gerade~~ von Strom
1781 vorantreiben. Wir setzen bei der Gesamtenergie~~versor~~erzeugung von morgen auf
1782 Technologieoffenheit ~~in Anwendung und~~und -diversität in Forschung~~. Dazu~~ und Anwendung. Aus heutiger Sicht gehören ~~derzeit~~
1783 dazu Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, klimafreundliche ~~Gaskraftwerke,~~
1784 (CO2 - arme) Gas- und (vorläufig) noch Kohlekraftwerke, Kernkraftwerke der ~~vierten und fünften~~4. und 5. Generation sowie

Begründung

Wenn wir vorwiegend auf fluktuierend einspeisende Systeme (Sonne, Wind) setzen, funktioniert das nur, wenn die täglichen sporadischen und saisonalen Versorgungslücken, die unabhängig von der Zahl der Anlagen auftreten, zuverlässig geschlossen werden. Das erfordert großtechnische und rentable Stromlangzeitspeicher, die aber auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung stehen. Aktuell kann Versorgungssicherheit in Deutschland nur in Verbindung mit konventionellen Kraftwerken („Back – up – Systemen“) gewährleistet werden In Frage kommen dafür (allein oder in Kombination):

1.Gaskraftwerke (Empfehlung der Kohlekommission 2019), die ausreichend Erdgas unter Einbeziehung heimischen Vorräte (mit Fracking) erfordern.

2.Kohlekraftwerke möglichst mit billiger heimischer Kohle

3.Kernkraftwerke

Dabei müssen Gas- und Kohlekraftwerke mit CO2 –Abscheidung und –Verklappung kombiniert werden, um CO2 - Emissionen zu vermeiden. Da Kernkraftwerke weitgehend CO2 – emissionsarm

arbeiten und die begrenzten fossilen Rohstoffvorräte in der Industrie für Stoffsynthesen langfristig benötigt werden, sind Kernkraftwerke aus Gründen der Ressourceneffizienz grundsätzlich zu bevorzugen, weshalb sie vom Weltklimarat und der EU empfohlen werden. Letzteres ist aber von der Ampel ignoriert worden.

Antrag A159-Ä005

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1780 - 1781

1780 werden die klimafreundliche Erzeugung und Speicherung gerade von Strom
1781 und Wasserstoff
vorantreiben. Wir setzen bei der Gesamtenergieversorgung von morgen auf

Antrag A159-Ä006

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Rheinisch-Bergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1781 - 1785

1781 vorantreiben. Wir setzen bei der ~~Gesamtenergieversorgung von morgen auf~~
1782 Energieversorgung aller Energieträger auf Technologieoffenheit in Anwendung und Forschung.
~~Dazu gehören derzeit~~
1783 Neben der Förderung von Anwendung und Forschung von Brennstoffzellen,
~~Wasserstoffkraftwerke, klimafreundliche Gaskraftwerke,~~
1784 ~~Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation sowie~~
1785 ~~Fusionskraftwerke.~~ klimafreundlichen Wasserstoff- und Gaskraftwerken sowie Fusionskraftwerken setzen wir auf neue Reaktor-Konzepte subsumierend als Gen IV bezeichnet. Die Reaktoren der Gen IV bietet gegenüber den bestehenden Reaktortypen der Gen III, die Vorteile, dass sie inhärent sicher, verhältnismäßig klein, aufgrund von Modul- und Serienherstellung in relativ kurzer Zeit bau- und genehmigungsfähig sind sowie als Endlagerungsabfall deklarierte Wertstoffe wie Uran 238, Plutonium und andere langlebige Actinide als Energielieferanten nutzen können. Diese Nutzung führt zu einer signifikanten Minimierung der Halbwertzeiten der Kernbrennstoff-Abfälle für eine Endlagerung.Wir wollen den weltweit ersten Fusionsreaktor bauen.

Begründung

Wie der kürzlich in Brüssel mit der EU-Präsidentin begleitete Kernenergie-IAEA-Kongress unter Teilnahme von 32 Staaten gezeigt hat, setzt auch die EU schwerpunktmäßig auf die sog Small Modular Reactor Projekte (SMR).

80 Vorhaben werden weltweit vorangetrieben. Da in Deutschland kaum noch Kernenergie-know-how vorhanden ist und die Druckwasser Reaktoren EPR2 noch nicht ausgereift sind und eine lange Genehmigungszeit erfordern, ist Deutschlands Möglichkeit gegeben, im weltweiten Wettlauf mit u.a. China, USA, Korea, Russland auch durch Konzentration auf das deutsch/kanadische SMR-Ruanda-Projekt aufzuholen. Das Ruanda-Projekt wird von den deutschen Erfindern des aussichtsreichen SMR-Verfahrens vorangetrieben und ist in der Lage, kWh-Strompreise von ca. 2,7 €ct zu realisieren. Die hohen Prozesstemperaturen von > 980 Grad C erlauben neben der Stromerzeugung eine hocheffiziente Wasserstoff-Herstellung mit einem der Elektrolyse überlegenen Gesamtwirkungsgrad, was erst eine lokalisiert-verlässliche Wasserstoff-Strategie sinnvoll macht.

Antrag A159-Ä007

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	LV Sachsen-Anhalt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1782 - 1784

1782 Technologieoffenheit ~~in Anwendung und~~und - diversität in Forschung~~. Dazu~~ und Anwendung. Aus heutiger Sicht gehören ~~derzeit~~
1783 dazu
Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, klimafreundliche ~~Gaskraftwerke,~~
1784 (CO2 - arme) Gas- und (vorläufig) noch Kohlekraftwerke,
Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation sowie

Antrag A159-Ä008

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1782

1782 Technologieoffenheit in Anwendung und Forschung und werden den Verbrauch durch effiziente Technologien in Gänze reduzieren. Dazu gehören derzeit

Begründung

Weniger Gesamtverbrauch ist die beste Einsparung (Effizienzgedanke).

Antrag A159-Ä009

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1782 - 1789

1782 Technologieoffenheit in Anwendung und Forschung. Dazu gehören derzeit
1783 Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, ~~klimafreundliche~~zukünftig klimaneutrale Gaskraftwerke~~,~~
1784 ~~Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation~~ sowie
1785 Fusionskraftwerke. Wir ~~wollen den weltweit ersten Fusionsreaktor bauen.~~
1786 ~~Wir müssen besser beim~~ schaffen zusammen mit unseren internationalen Partnern einen Rahmen für einen globalen Wasserstoffmarkt. Speicher- und Netzausbau ~~vorankommen und die~~
1787 ~~Digitalisierung nutzen. Nicht mit Denkverboten, sondern mit neuen Ideen~~
1788 ~~gelingt uns der Aufbruch in~~ haben eine hohe Priorität und sind essentiell für das Gelingen der Energiewende. Nicht mit Denkverboten, sondern mit neuen Ideen gelingt uns der Aufbruch in einneues, digitales Energiezeitalter. Verbraucher und
1789 Wirtschaft müssen darauf vertrauen können, dass Energie bezahlbar und zu jeder Tages-

Begründung

Die Zielvorstellung für Gaskraftwerke, welche auch in der Zukunft für die sichere Energieversorgung benötigt werden, ist Klimaneutralität.

Die Marktreife von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation ist so unsicher, dass ein Bezug hierauf nicht zielführend ist. Bisher scheinen diese nur sehr unwirtschaftlich Strom zu erzeugen, haben lange Entwicklungszeiten und beantworten absehbar nicht die Fragen zur Flexibilitäts-, Entsorgungs- und Akzeptanzproblematik.

Die zentrale Bedeutung des Speicher- und Netzausbaus muss deutlicher werden, denn nur so können wir übermäßig steigende Systemkosten begrenzen.

Die Bezahlbarkeit von Energie muss in den Fokus gestellt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern

Antrag A159-Ä010

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1782 - 1789

1782 Technologieoffenheit in Anwendung und Forschung. Dazu gehören derzeit
1783 Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, ~~klimafreundliche~~zukünftig klimaneutrale Gaskraftwerke~~,~~
1784 ~~Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation~~ sowie
1785 Fusionskraftwerke. Wir ~~wollen den weltweit ersten Fusionsreaktor bauen.~~
1786 ~~Wir müssen besser beim~~schaffen zusammen mit unseren internationalen Partnern einen Rahmen für einen globalen Wasserstoffmarkt. Speicher- und Netzausbau ~~vorankommen und die~~
1787 ~~Digitalisierung nutzen. Nicht mit Denkverboten, sondern mit neuen Ideen~~
1788 ~~gelingt uns der Aufbruch in~~ haben eine hohe Priorität und sind essentiell für das ~~neue~~Gelingen der Energiewende. Nicht mit Denkverboten, sondern mit neuen Ideen gelingt uns der Aufbruch in

ein neues digitales Energiezeitalter. Verbraucher und
1789 Wirtschaft müssen darauf vertrauen können, dass Energie bezahlbar und zu jeder Tages-

Begründung

Die Zielvorstellung für Gaskraftwerke, welche auch in der Zukunft für die sichere Energieversorgung benötigt werden, ist Klimaneutralität.

Die Marktreife von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation ist so unsicher, dass ein Bezug hierauf nicht zielführend ist. Bisher scheinen diese nur sehr unwirtschaftlich Strom zu erzeugen, haben lange Entwicklungszeiten und beantworten absehbar nicht die Fragen zur Flexibilitäts-, Entsorgungs- und Akzeptanzproblematik.

Die zentrale Bedeutung des Speicher- und Netzausbaus muss deutlicher werden, denn nur so können wir übermäßig steigende Systemkosten begrenzen. Die Bezahlbarkeit von Energie muss in den Fokus gestellt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern.

Antrag A159-Ä011

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1783 - 1785

1783 Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke~~,~~ und klimafreundliche Gaskraftwerke~~,~~
1784 ~~Kernkraftwerke~~.
Wir wollen zudem unter dem Gesichtspunkt der Technologieoffenheit und Kriterien der Nachhaltigkeit, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit die Forschung und Entwicklung von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation sowie
1785 ~~Fusionskraftwerke~~Fusionskraftwerken vorantreiben. Wir wollen den weltweit ersten Fusionsreaktor bauen.

Begründung

Die Erforschung von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation kann einen Beitrag dazu leisten, die Preisstabilität und Versorgungssicherheit von Energie in Deutschland und Europa zu gewährleisten. Die Erforschung ist aber kein Selbstzweck, sondern muss sich an den oben genannten Kriterien der Nachhaltigkeit, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit orientieren.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A159-Ä012

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1783 - 1784

1783 Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, klimafreundliche Gaskraftwerke~~,~~
1784 ~~Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation~~
sowie

Begründung

Deutschland sollte eine gemeinsame Energieversorgung mit den Europäischen Partnern sicherstellen. Daher sollten wir uns der Nutzung der Kernenergie als Grundlastversorgung aus Nachbarländern nicht verweigern. Der Bau oder die Wiederinbetriebnahme eigener Kernkraftwerke wird dagegen zu viel Zeit und Ressourcen verbrauchen. Wir halten die Kernkraft daher für keine realistische Option mehr.

Antrag A159-Ä013

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1783

1783 Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, Geothermie, klimafreundliche Gaskraftwerke,

Begründung

Ergänzung Geothermie sinnvoll.

Antrag A159-Ä014

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1783 - 1784

1783 Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, klimafreundliche Gaskraftwerke,
1784 Geothermie, Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation sowie

Antrag A159-Ä015

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1783 - 1789

1783 Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, ~~klimafreundliche~~zukünftig klimaneutrale Gaskraftwerke,

1784 ~~Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation~~ sowie
1785 Fusionskraftwerke. Wir schaffen zusammen mit unseren internationalen Partnern einen Rahmen für einen globalen Wasserstoffmarkt. Wir wollen den weltweit ersten Fusionsreaktor bauen.
1786 ~~Wir müssen besser beim~~ Speicher- und Netzausbau ~~vorankommen und die~~
1787 ~~Digitalisierung nutzen. Nicht mit Denkverboten, sondern mit neuen Ideen~~
1788 ~~gelingt uns der Aufbruch in~~ haben eine hohe Priorität und sind essentiell für das ~~neue~~Gelingen der Energiewende. Nicht mit Denkverboten, sondern mit neuen Ideen gelingt uns der Aufbruch in ein neues digitales Energiezeitalter. Verbraucher und
1789 Wirtschaft müssen darauf vertrauen können, dass Energie bezahlbar und zu jeder Tages-

Begründung

Die Zielvorstellung für Gaskraftwerke, welche auch in der Zukunft für die sichere Energieversorgung benötigt werden, ist Klimaneutralität.

Die Marktreife von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation ist so unsicher, dass ein Bezug hierauf nicht zielführend ist. Bisher scheinen diese nur sehr unwirtschaftlich Strom zu erzeugen, haben lange Entwicklungszeiten und beantworten absehbar nicht die Fragen zur Flexibilitäts-, Entsorgungs- und Akzeptanzproblematik.

Die zentrale Bedeutung des Speicher- und Netzausbaus muss deutlicher werden, denn nur so können wir übermäßig steigende Systemkosten begrenzen.

Die Bezahlbarkeit von Energie muss in den Fokus gestellt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern.

Antrag A159-Ä016

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1786

1786 Daher sind staatliche Investitionen zur Erforschung einer zumindest teilweisen Wiederverwertung oder alternativ Neutralisierung des bereits vorhandenen und noch entstehenden Atommülls erforderlich. Wir müssen besser beim Speicher- und Netzausbau vorankommen und die

Begründung

Es ist wichtig auf neue Technologien zu setzen und auch deutlich zu machen, dass die CDU nicht totgesagte Technologien wieder aufleben lässt ohne sich Sorgen um die nächste Generation zu machen.

Antrag A159-Ä017

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1786

1786 Wir müssen besser beim Speicher- und Netzausbau sowie bei Wärmenetzen vorankommen und die

Antrag A159-Ä018

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1787

1787 Digitalisierung nutzen. Digitalisierung nutzen, um die verfügbaren Energien bestmöglich verteilen. Nicht mit Denkverboten, sondern mit neuen Ideen

Begründung

Es fehlt ein Hinweis, wie die Digitalisierung bei Energieinnovationen helfen kann.

Antrag A159-Ä019

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1788

1788 gelingt uns der Aufbruch in das neue Energiezeitalter. Wir bekennen uns zu den erneuerbaren Energien als wichtige Säule der Energieversorgung, gerade unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Verbraucher und

Antrag A159-Ä020

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1789

1789 Wirtschaft müssen darauf vertrauen können, dass Energie zu bezahlbaren Preisen zu jeder Tages-

Begründung

Das energiepolitische Zieldreieck ist: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit sowie Klima- und Umweltverträglichkeit. Im Herbst/Winter 2022/2023 konnten wir sehen, dass Energie (primär und

sekundär) zwar weiterhin verfügbar war, Industrieunternehmen wegen der hohen Energiepreise ihre Produktion aber gedrosselt bzw. ganz eingestellt haben. Wenn die Bezahlbarkeit nicht gewährleistet ist, gefährden wir den Industriestandort Deutschland.

Antrag A159-Ä021

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1789

1789 Wirtschaft müssen darauf vertrauen können, dass Energie bezahlbar und zu jeder Tages-

Antrag A159-Ä022

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1790

1790 und Nachtzeit verfügbar ist.

Mangelbedingten Preissteigerungen kann nur durch Gewinnung von mehr Menge an Energie entgegengewirkt werden.

Begründung

Ergänzung zwecks Klarstellung.

Antrag A159-Ä023

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission A158

Zeile 1790

1790 und Nachtzeit zu im internationalen Vergleich wettbewerbsfähigen Kosten verfügbar ist.

Antrag A159-Ä024

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1791 - 1799

1791 **Wir setzen auf Zukunftstechnologien „Made in Germany“.** Deutschland hat
1792 ein Prozent der Weltbevölkerung und verursacht ~~zwei Prozent des CO2-~~
1793 ~~Problems. Wir wollen aber 20 Prozent zur Lösung beitragen. Wir wollen mit~~
1794 weniger als 1,2 Prozent der Treibhausgasemissionen. Wir wollen mit einer Innovationsoffensive dafür sorgen, dass alle Technologien zur
1795 klimafreundlichen Erzeugung und Speicherung von Strom und grünem Wasserstoff weiterhin mit uns
1796 erforscht, entwickelt, produziert und eingesetzt werden. ~~Deutschland muss~~
1797 ~~zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden. Wir wollen mit~~
1798 ~~modernen Technologien, die bei uns Wachstum und Wohlstand schaffen,~~
1799 ~~zum Vorbild für andere Länder werden~~Wir freuen uns, wenn in Forschung und Wirtschaft ein Kohlenstoff-Management etabliert wird, das Kohlenstoff aus CO2 abscheidet und als Rohstoff nutzt oder dauerhaft einlagert.

Begründung

Deutschland braucht Technologieoffenheit und Energieunabhängigkeit, damit wir als Industrienation im Wettbewerb mithalten können.

2 Prozent Verursachung, aber 20 Prozent “zur Lösung beitragen” scheint schon physikalisch unmöglich. Welche Technologien das Rennen machen, muss außerdem dem freien Markt überlassen bleiben. Wir Christdemokraten wollen keine Planwirtschaft.

Antrag A159-Ä025

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1791 - 1793

1791 **Wir setzen auf Zukunftstechnologien „Made in Germany“.** Deutschland ~~hat~~
1792 ~~ein Prozent der Weltbevölkerung und verursacht zwei Prozent des~~trägt überproportional zum globalen CO2-
1793 ~~Problems. Wir wollen aber 20 Prozent~~Problem~~s~~bei. Daher wollen wir auch im überproportionalen Maße zur Lösung beitragen. Wir wollen mit

Begründung

1.) Solche dynamischen Zahlen passen nicht in ein Grundsatzprogramm.

2.) Wir müssen auch die CO2-Emissionen betrachten, die wir durch die von uns importierten Güter verursachen. Dann tragen wir schon etwa 6% zum CO2-Problem bei.

Antrag A159-Ä026

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1791 - 1794

1791 **Wir setzen auf Zukunftstechnologien „Made in Germany“.**~~Deutschland hat~~
1792 ~~ein Prozent der Weltbevölkerung und verursacht zwei Prozent des CO2-~~
1793 ~~Problems. Wir wollen aber 20 Prozent zur Lösung beitragen. Wir wollen mit~~
1794 Wir wollen mit
einer Innovationsoffensive dafür sorgen, dass alle Technologien zur

Begründung

Die Aussage ist irreführend und in der Herleitung überflüssig. Die Kernbotschaft sollte technologischer Natur sein.

Antrag A159-Ä027

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1791 - 1793

1791 **Wir setzen auf Zukunftstechnologien „Made in Germany“.** Deutschland ~~hat~~
1792 ~~ein Prozent der Weltbevölkerung und verursacht zwei Prozent des~~trägt überproportional zum globalen CO2-
1793 ~~Problems. Wir wollen aber 20 Prozent~~Problem bei. Daher wollen wir auch im überproportionalen Maße zur Lösung beitragen. Wir wollen mit

Begründung

1.) Solche dynamischen Zahlen passen nicht in ein Grundsatzprogramm. 2.) Wir müssen auch die CO2-Emissionen betrachten, die wir durch die von uns importierten Güter verursachen. Dann tragen wir schon etwa 6% zum CO2-Problem bei.

Antrag A159-Ä028

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1791 - 1794

1791 **Wir setzen auf Zukunftstechnologien „Made in Germany“.** Deutschland hat
1792 ein Prozent der Weltbevölkerung und ~~verursach~~fast zwei Prozent des ~~CO2-~~
1793 ~~Problems. Wir wollen aber 20 Prozent zur Lösung beitragen. Wir wollen mit~~
1794 globalen CO2-Ausstoßes. Den CO2-Ausstoß wollen wir daher schnellst möglich entsprechend

reduzieren.

1795 Wir wollen mit einer Innovationsoffensive dafür sorgen, dass alle Technologien zur

Antrag A159-Ä029

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	Senioren Union, LV Sachsen-Anhalt, KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1793

1793 Problems. Wir wollen aber ~~20 Prozent~~überdurchschnittlich zur Lösung beitragen. Wir wollen mit

Begründung

Die präzise Festlegung auf 20% ist global nicht verifizierbar und dürfte auch kaum erreichbar sein.

Antrag A159-Ä030

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	Junge Union, KV Osnabrueck-Land, KV Schaumburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1793 - 1794

1793 Problems. Wir wollen ~~aber 20 Prozent zur Lösung beitragen. Wir wollen mit~~
1794 mit einer Innovationsoffensive dafür sorgen, dass alle Technologien zur

Begründung

Unabhängig davon, dass das Wesen von Maßzahlen ist, sich im Nachhinein daran messen lassen zu müssen, braucht das Programm keine populistischen sprachlichen Wendungen.

Antrag A159-Ä031

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1793 - 1796

1793 Problems. Wir wollen ~~aber 20 Prozent zur Lösung beitragen. Wir wollen mit~~
1794 mit
einer Innovationsoffensive dafür sorgen, dass alle Technologien zur
1795 klimafreundlichen Erzeugung und Speicherung von Strom ~~weiterhin mit uns~~
1796 zukünftig wieder mit uns
erforscht, entwickelt, produziert und eingesetzt werden. Deutschland muss

Antrag A159-Ä032

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Braunschweig
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1794 - 1795

1794 einer ~~Innovationsoffensive~~Innovations- und Skalierungsoffensive dafür sorgen, dass alle Technologien zur
1795 klimafreundlichen Erzeugung ~~und~~, Speicherung und effizienten Nutzung von Strom weiterhin mit uns

Begründung

Energieeffizienz ist die 2. tragende Säule der Energiewende und trägt ganz entscheidend zur Defossilisierung bei. Sie ist Schlüssel zu effektivem Klimaschutz, bezahlbarer Energie, Städten und Gebäuden mit hoher Lebensqualität, smarten und sauberen Unternehmen und einer resilienten Infrastruktur. Sie ist entscheidend für nachhaltigen Wohlstand.

Energieeffizienz ist zutiefst marktwirtschaftlich. Sie fördert neue Geschäftsmodelle sowie innovative Technologien und Dienstleistungen, mit denen deutsche Unternehmen auf internationalen Märkten erfolgreich agieren. Energieeffizienz steigert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Antrag A159-Ä033

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Braunschweig
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A158

Zeile 1794 - 1798

1794 einer ~~Innovationsoffensive~~Innovations- und Skalierungsoffensive dafür sorgen, dass alle Technologien zur
1795 klimafreundlichen Erzeugung ~~und~~, Speicherung und effizienten Nutzung von Strom weiterhin mit uns
1796 erforscht, entwickelt, produziert und eingesetzt werden. Deutschland muss
1797 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien ~~werden. Wir wollen mit~~
1798 und Energieeffizienz werden. Wir wollen mit modernen Technologien und Dienstleistungen, die bei uns Wachstum und Wohlstand schaffen,

Begründung

Energieeffizienz ist die 2. tragende Säule der Energiewende und trägt ganz entscheidend zur Defossilisierung bei. Sie ist Schlüssel zu effektivem Klimaschutz, bezahlbarer Energie, Städten und Gebäuden mit hoher Lebensqualität, smarten und sauberen Unternehmen und einer resilienten Infrastruktur. Sie ist entscheidend für nachhaltigen Wohlstand.

Energieeffizienz ist zutiefst marktwirtschaftlich. Sie fördert neue Geschäftsmodelle sowie innovative Technologien und Dienstleistungen, mit denen deutsche Unternehmen auf internationalen Märkten erfolgreich agieren. Energieeffizienz steigert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Antrag A159-Ä034

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1797 - 1798

1797 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien ~~werden. Wir wollen mit~~
1798 und -infrastruktur werden. Wir wollen mit
modernen Technologien, die bei uns Wachstum und Wohlstand schaffen,

Begründung

Neben der Technologie kann die Infrastruktur und deren Technik ebenso wie die Anwendungen in Industrie, Mobilität sowie Gebäudewärme ein Exportschlager für viele Industriestaaten sein. Wir können zeigen, dass bspw. die bestehende Gasnetzinfrastruktur umgerüstet werden kann, Wasserstoffzüge reichweitenstark unterwegs sind oder Hochöfen auf Direkteinspeisungsanlagen umgebaut werden.

Antrag A159-Ä035

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1797 - 1798

1797 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien ~~werden. Wir wollen mit~~
1798 und andere Zukunftstechnologien wie eFuels werden. Wir wollen mit
modernen Technologien, die bei uns Wachstum und Wohlstand schaffen,

Begründung

Ergänzung aufgrund technologischer Offenheit. eFuels werden für diverse Verkehrsarten wichtig werden, auch bei flächendeckender Verbreitung von Wasserstoff.

Antrag A159-Ä036

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Leverkusen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission A158

Zeile 1798 - 1799

1798 modernen Technologien, die bei uns Wachstum und Wohlstand schaffen,
1799 dass Energie zu jeder Tages- und Nachtzeit zu den geringst möglichen Kosten verfügbar ist, zum Vorbild für andere Länder werden.

Begründung

ggf. mündlich

Antrag A159-Ä037

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	KV Peine
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1799

1799 ~~zum Vorbild für andere Länder werden~~anderen Ländern helfen, diese auch ein zusetzen.

Begründung

In Zeile 1799 sollte das Word „Vorbild“ vermieden werden, weil es „Besserwisser“ verstanden werden kann. Deutschland ist ein dicht besiedeltes Land mit wenigen freien Flächen und vergleichsweise geringer Sonneneinstrahlung. Dadurch sind einige Technologien in Deutschland nur eingeschränkt umsetzbar. Um das Ziel zu erreichen braucht unsere Industrie Partnerländer mit verfügbaren Flächen und hoher Sonneneinstrahlung. Die Aufgabe der Politik ist mit den Partnerländern zum gegenseitigen Vorteil, Rahmenbedingungen zu schaffen um die Entwicklungen unserer Industrie nach europäischen Sicherheits- und Umweltstandard ab zu sichern.

Antrag A159-Ä038

Änderungsantrag zu A159

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1799

1799 zum Vorbild für andere Länder werden. Um dies tun zu können, benötigen wir eine Steigerung im Forschungsvolumen. Wir benötigen Lehrstühle und anwendungsfreundliche Forschungsvorhaben für Wasserstoff und Kernfusion.

Begründung

Ohne Forschung keine technologieoffene Entwicklung.

Antrag A160: Zeile 1800 - 1805: Wir wollen den Rahmen für die Transformation so gestalten, dass unsere Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1800 - 1805 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1800 **Wir wollen den Rahmen für die Transformation so gestalten, dass unsere**
1801 **Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben.** Die notwendigen
1802 Innovationen sehen wir als Chance. Damit einhergehende~~n~~ Belastungen,
1803 insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, wollen wir entschärfen.
1804 Dafür benötigen wir eine ~~Industrie~~Wirtschafts-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die
1805 Perspektiven gibt und Sicherheit schafft.

Antrag A160-Ä001

Änderungsantrag zu A160

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1800

1800 **Wir wollen den Rahmen für die ~~Transformation~~Zukunftsfähigkeit so gestalten, dass unsere**

Antrag A160-Ä002

Änderungsantrag zu A160

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1800 - 1804

1800 **Wir wollen ~~den Rahmen für die Transformation~~die Rahmenbedingungen so gestalten, dass unsere**
Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben.
Die notwendigen
1802 Innovationen sehen wir als Chance. Damit einhergehenden Belastungen,
1803 insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, wollen wir entschärfen.
1804 Dafür benötigen wir eine Industrie-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die

Begründung

Der Begriff Transformation ist ein politischer Kampfbegriff geworden, der oftmals zusammenhanglos vom politischen Wettbewerber genutzt wird, um die Wirtschaft zu verändern. Diese Veränderung sollte aber immer von Unternehmen und unternehmerischen Entscheidungen abhängen und nicht staatlich vorgegeben werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft darf dabei nicht aus den Augen verloren werden, sondern muss zentrale Orientierung sein.

Antrag A160-Ä003

Änderungsantrag zu A160

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1801

1801 **Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben.** Die Unternehmen sind die Hauptakteure der Transformation. Es ist unsere Aufgabe mit ihnen gemeinsam und auf Augenhöhe den Prozess zu gestalten. Die notwendigen

Begründung

Im Vergleich zu anderen Parteien wollen wir den Transformationsprozess nicht bis ins Details vorgeben, weil wir die letzte Antwort nicht kennen. Vielmehr gilt es mit den Unternehmen auf Augenhöhe den Prozess zu gestalten.

Antrag A160-Ä004

Änderungsantrag zu A160

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1801

1801 **Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben bzw. wieder wettbewerbsfähig werden.** Die notwendigen

Antrag A160-Ä005

Änderungsantrag zu A160

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1802

1802 Innovationen sehen wir als Chance. ~~Damit~~Die damit einhergehenden Belastungen,

Antrag A160-Ä006

Änderungsantrag zu A160

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1802

1802 Innovationen sehen wir als Chance. Damit einhergehende~~n~~ Belastungen,

Begründung

Grammatischer Bezug

Antrag A160-Ä007

Änderungsantrag zu A160

Antragsteller/in:	LV Mecklenburg-Vorpommern, LV Niedersachsen, LV Oldenburg, KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1804

1804 Dafür benötigen wir eine Industrie-, **Landwirtschafts-,** Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die

Begründung

Die Transformation umfasst alle Bereiche der Wirtschaft. Mit der expliziten Nennung der Landwirtschaft wird auch diese berücksichtigt.

Antrag A160-Ä008

Änderungsantrag zu A160

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1804

1804 Dafür benötigen wir eine Industrie-, -Landwirtschafts-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die

Begründung

Die Transformation umfasst alle Bereiche der Wirtschaft. Mit der expliziten Nennung der Landwirtschaft wird auch diese berücksichtigt.

Antrag A161: Zeile 1806 - 1816: Wir müssen stärker in Kreisläufen denken

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende	A153-Ä014

Anträge:		
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1809	(Änderungsempfehlung) - Streichung (Änderungsempfehlung) - Ergänzung
	Zeile 1810	(Änderungsempfehlung) - Ergänzung (Änderungsempfehlung) - Streichung
	Zeile 1813	
	Zeile 1815	

Der Parteitag möge beschließen

1806 **Wir müssen stärker in Kreisläufen denken.** Mit der Kreislaufwirtschaft
1807 ermöglichen wir nicht nur nachhaltiges Wachstum, sondern erschließen
1808 enorme Zukunftspotenziale. Wir wollen Kreislaufwirtschaft als
1809 grundlegendes Prinzip zur Schließung von Stoffkreisläufen etablieren; ~~seien~~ sei
1810 es für Ressourcen wie Bodenschätze, aber auch für Lebensmittel, Wasser, Wärme
1811 oder auch Kohlenstoff. Wir wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft und hin
1812 zu einer verantwortungsvollen Kreislaufwirtschaft, die den Grundsätzen
1813 Reduzieren, Wiederverwenden, Reparieren, Recyceln folgt. Wir wollen eine CO2-
1814 Kreislaufwirtschaft. Dafür bauen wir auf Kohlenstoff-Management, das CO2
1815 abscheidet~~,~~ und als Rohstoff ~~nutzt oder dauerhaft einlagert~~verfügbar macht. Wir sehen Kohlenstoff
1816 als wertvollen Rohstoff.

Antrag A161-Ä001

Änderungsantrag zu A161

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1806 - 1815

1806 **Wir müssen stärker in Kreisläufen denken.**
Mit der Kreislaufwirtschaft
1807 ermöglichen wir nicht nur nachhaltiges Wachstum, sondern erschließen
1808 enorme Zukunftspotenziale. Wir wollen Kreislaufwirtschaft als
1809 grundlegendes Prinzip zur Schließung von Stoffkreisläufen etablieren; seien
1810 es Ressourcen wie Bodenschätze, aber auch für Lebensmittel, Wasser, Wärme
1811 oder auch Kohlenstoff. Wir wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft und hin
1812 zu einer verantwortungsvollen Kreislaufwirtschaft, die den Grundsätzen
1813 Reduzieren, Wiederverwenden, Recyceln folgt. Wir wollen eine CO2-
1814 Kreislaufwirtschaft. Dafür bauen wir auf Kohlenstoff-Management, das CO2
1815 abscheidet~~, als Rohstoff nutzt oder dauerhaft einlagert~~ und als Rohstoff verfügbar macht. Wir sehen Kohlenstoff

Begründung

Eine dauerhafte Einlagerung, d.h. Deponierung, von Kohlenstoff entspricht gerade nicht einer Kreislaufwirtschaft. Die Möglichkeit zur Speicherung von CO2 im (Meeres-)Boden bleibt von diesem Anspruch unberührt.

Antrag A161-Ä002

Änderungsantrag zu A161

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1809 - 1810

1809 grundlegendes Prinzip zur Schließung von Stoffkreisläufen etablieren; ~~seien~~
1810 sei
es für Ressourcen wie Bodenschätze, aber auch für Lebensmittel, Wasser, Wärme

Begründung

Sprachstil und grammatischer Bezug, da nachfolgend ebenfalls "für" steht

Antrag A161-Ä003

Änderungsantrag zu A161

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1811

1811 oder auch Kohlenstoff. Wir wollen ~~raus aus~~weg von der Wegwerfgesellschaft und hin

Begründung

Sprachstil, zudem besserer Bezug zum nachfolgenden "hin zu"

Antrag A161-Ä004

Änderungsantrag zu A161

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1813

1813 Reduzieren, Wiederverwenden, Reparieren, Recyceln folgt. Wir wollen eine CO2-

Antrag A161-Ä005

Änderungsantrag zu A161

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1815 - 1816

abscheidet, als Rohstoff nutzt oder dauerhaft einlagert. ~~Wir sehen Kohlenstoff als wertvollen Rohstoff.~~

Antrag A162: Zeile 1817 - 1823: Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist Menschheitsaufgabe

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A163-Ä004
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1817 - 1823 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist Menschheitsaufgabe. Dem weltweiten Rückgang der Biodiversität können wir nur dann entschieden entgegentreten, wenn wir das Bewusstsein für die Verletzlichkeit der Natur schärfen. Mit der Einhaltung internationaler Abkommen zum Schutz der ~~Biodiversität~~Biodiversität und durch Anstrengungen auf regionaler und nationaler Ebene kommen wir unserer gemeinsamen Verantwortung für ~~den Erhalt der~~die Schöpfung nach. Wir nutzen dafür neben Schutzmaßnahmen die Chancen der modernen Technik ~~für den Schutz der Artenvielfalt.~~.

Meere als widerstandsfähige Ökosysteme erhalten. Wenn es um unsere Meere geht, denken wir ihren Schutz und die Nutzung stets zusammen. Für einen echten Interessensausgleich bei der Nutzung von Nord- und Ostsee, wollen wir die besten Lösungen suchen und Ansätze wie etwa den Naturschutz auf Zeit fördern. Die nachhaltige Fischerei unterstützen wir als Teil unserer maritimen Wirtschaft.

Antrag A162-Ä001

Änderungsantrag zu A162

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1817 - 1822

Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist Menschheitsaufgabe. Dem weltweiten Rückgang der Biodiversität können wir nur dann entschieden

1819 entgegentreten, wenn wir das Bewusstsein für die Verletzlichkeit der Natur
1820 schärfen. Mit der Einhaltung internationaler Abkommen zum Schutz der
1821 Biodiversität kommen wir unserer gemeinsamen Verantwortung für ~~den~~
1822 ~~Erhalt der~~die Schöpfung nach. Wir nutzen die Chancen der modernen Technik

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung „Verantwortung für den *Erhalt* der Schöpfung“ ist theologisch problematisch, ja falsch: Wir haben zwar eine Verantwortung für die Schöpfung (Gottes!), für den Erhalt der Schöpfung („conservatio“) sorgt aber – theologisch korrekt – allein der Schöpfer. Gott allein ist, klassisch ausgedrückt, der „conservator mundi“
(= „Erhalter/Bewahrer der Welt“).

Antrag A162-Ä002

Änderungsantrag zu A162

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1817 - 1823

1817 **Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist Menschheitsaufgabe.** Dem
1818 weltweiten Rückgang der Biodiversität können wir nur dann entschieden
1819 entgegentreten, wenn wir das Bewusstsein für die Verletzlichkeit der Natur
1820 und unserer Abhängigkeit von ihr schärfen. Mit der Einhaltung internationaler Abkommen zum Schutz der
1821 Biodiversität kommen wir unserer gemeinsamen Verantwortung für ~~den~~
1822 ~~Erhalt der~~die Schöpfung nach. Wir nutzen dafür neben Schutzmaßnahmen auch die Chancen der modernen Technik
1823 ~~für den Schutz der Artenvielfalt~~.

Begründung

Wesentlich ist die Erkenntnis, dass der Mensch in einer Symbiose mit dem Planeten und im nacheiszeitlichen Ökosystem existiert und die derzeitige Zivilisation und ihr Fortschritt maßgeblich von dessen Funktionalität und Resilienz abhängt. Durch die Neufassung ergibt sich eine angemessene, Instrument-offene wie ordoliberale und auf dem politischen Markt wettbewerbsfähige Haltung zur Artenvielfalt.

Antrag A162-Ä003

Änderungsantrag zu A162

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1817

1817 *Meere als resiliente Ökosysteme erhalten.* Wir denken einen wirksamen Meeresnaturschutz und eine naturverträgliche Nutzung unserer Meere zusammen. Um einen echten Interessenausgleich bei der marinen Raumnutzung in der Nord- und Ostsee zu erreichen, wollen wir auch neue Lösungsansätze wie Mehrfachnutzungen oder Naturschutz auf Zeit stärker fördern. Die nachhaltige Fischerei ist auch in Zukunft ein fester Teil unserer maritimen Wirtschaft.

1818 **Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist Menschheitsaufgabe.** Dem

Antrag A162-Ä004

Änderungsantrag zu A162

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1817 - 1823

1817 **Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist Menschheitsaufgabe.**~~Dem~~
1818 ~~weltweiten~~Neben dem Klimawandel ist der Rückgang der Biodiversität ~~können wir nur dann entschieden~~
1819 ~~entgegentreten, wenn wir das Bewusstsein für die Verletzlichkeit der Natur~~
1820 ~~schärfen. Mit der Einhaltung internationaler Abkommen zum Schutz der~~
1821 ~~Biodiversität~~die zweite existenzielle Herausforderung, der wir uns stellen und für die wir Gegenmaßnahmen entwickeln müssen. Global kommen wir mit der Einhaltung internationaler Abkommen zum Schutz der Biodiversität unserer gemeinsamen Verantwortung für den
1822 Erhalt der Schöpfung nach. Auf nationaler Ebene braucht es weitere Anstrengungen, um Biodiversitätsschutz mit Wirtschafts-, Verkehrs- und Wohnungspolitik in Einklang zu bringen. Das ist keine einfache Aufgabe. Auch hier gilt: Anreize vor Verbote. Intelligente, gezielte Regulierung ist gefragt. Wir nutzen die Chancen der modernen Technik
1823 für den Schutz der Artenvielfalt.

Antrag A162-Ä005

Änderungsantrag zu A162

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1820

1820 schärfen. Mit der Einhaltung ~~internationaler~~bestehender und Förderung weiterer Abkommen zum Schutz der

Begründung

Sprachliche Konkretisierung.

Antrag A162-Ä006

Antragsteller/in:	LV Sachsen-Anhalt, KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1821 - 1822

1821 Biodiversität kommen wir unserer gemeinsamen ~~Verantwortung für den~~
1822 ~~Erhalt~~Aufgabe für den verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung nach. Wir nutzen die Chancen der modernen Technik

Begründung

Die Schöpfung ist seit Urzeiten einem ständigen Wandel unterworfen, weswegen wir sie nicht (unverändert) erhalten können. Vielmehr müssen wir sie als „treue Haushälter“ nachhaltig funktionsfähig gestalten.

Antrag A162-Ä007

Änderungsantrag zu A162

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1822

1822 Erhalt der Schöpfung nach. Der Erhalt der Artenvielfalt bedarf Bemühungen auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene. Wir nutzen die Chancen der modernen Technik

Begründung

Der alleineige Verweis auf intern. Abkommen reicht nicht. Internationale Abkommen zum Schutz der Biodiversität sind zu langwierig, oft zu unspezifisch und berücksichtigen nicht die jeweiligen Gefährdungspotenziale vor Ort. Die Diskussion um das Insektensterben hat dies verdeutlicht.

Antrag A162-Ä008

Änderungsantrag zu A162

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1823

1823 für den Schutz der Artenvielfalt.

Das Bewusstsein für die Ressource Wasser erhöhen. Sauberes Wasser ist unser höchstes Gut. In Anbetracht der Auswirkungen des Klimawandels wollen wir zu einem nachhaltigen und resilienten Wassermanagement kommen. Wir wollen unsere Wassernutzung in Verantwortung für die Gesellschaft besser und effizienter gestalten und setzen dabei auf Innovationen aus Forschung

und Technik sowie auf Erfahrungen in der Praxis.

Antrag A162-Ä009

Änderungsantrag zu A162

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1823

1823 für den Schutz der Artenvielfalt. Eines ist sicher: Eine intakte Natur und Landschaft sind wichtige Voraussetzungen, damit Klimaanpassung und Klimaschutz gelingen. Gleichzeitig sorgen sie für ein lebenswertes Umfeld, für attraktiven Tourismus, für eine wachsende Wirtschaft und für eine funktionierende und nachhaltige Landwirtschaft - und damit für unser Leben.

Antrag A162-Ä010

Änderungsantrag zu A162

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1823

1823 für den Schutz der Artenvielfalt. Wir setzen uns auf örtlicher, regionaler und Landesebene für den Erhalt der Arten ein.

Begründung

Begründung:

Internationale Abkommen sind zu unverbindlich.

Antrag A163: Zeile 1824 - 1828: Wir wollen die Leistungen der Natur sichern

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A157-Ä017, A164-Ä007
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1826 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 1827 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 1828

Der Parteitag möge beschließen

1824 **Wir wollen die Leistungen der Natur sichern.** Wald, Acker und Grünland,
1825 Moore, Auen, Küsten und Meere: Das sind Ökosysteme, die täglich eine große
1826 Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten , Jägern und Fischern
1827 erleichtern, die ~~Leistungen~~Ökosystemleistungen, also die Funktionen der Ökosysteme zu erhalten. All diese Akteure leisten wichtige Arbeit in und für die Natur. Gemeinsam mit ihnen wollen wir Lösungen erarbeiten und sie bei dieser
1828 Aufgabe unbürokratisch und marktwirtschaftlich unterstützen.

Das Bewusstsein für die Ressource Wasser erhöhen. Sauberes Wasser ist unser höchstes Gut. In Anbetracht des Klimawandels brauchen wir einen nachhaltigen Umgang mit Wasser. Wir setzen dabei auf Innovationen sowie auf Erfahrungen in der Praxis.

Antrag A163-Ä001

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1824

1824 **Wir wollen ~~die Leistungen der Natur sichern.~~Ökosysteme erhalten.** Wald, Acker und Grünland,

Begründung

Der Begriff „Leistungen der Natur“ erscheint nicht sachgerecht. In dem Abschnitt wird die Natur als Wirtschaftsfaktor dargestellt. Gemeint ist aber die Erhaltung der Natur als ökologisches System. Später im Abschnitt wird „Leistungen der Ökosysteme“ zum Abschöpfen in der Agrarwirtschaft formuliert. Ökosysteme sind aber darauf ausgelegt, ein natürliches Gleichgewicht zu garantieren oder wiederherzustellen. In dem Sinne sollte es unser Ziel sein, Ökosysteme als Garant für ein natürliches Gleichgewicht zu schützen und die Agrarwirtschaft entsprechend auszurichten.

Antrag A163-Ä002

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	LV Mecklenburg-Vorpommern
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1824 - 1827

1824 **Wir wollen die Leistungen der Natur- & Kulturlandschaft sichern.** Wald, Acker und Grünland,
1825 **Tiere,**Moore, Auen, Küsten und Meere: Das sind Ökosysteme, die täglich eine große
1826 Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten

1827 erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten **. Daher werden wir gemeinsam mit den jeweiligen Akteuren Lösungen erarbeiten** und sie bei dieser

Begründung

Es ist wichtig die Natur- und Kulturlandschaft zu erhalten, denn die ausschließliche Nennung des Naturerhalts führt zu Fragen, ob es eine „reine Natur“ überhaupt gibt. Korrekt ist Kulturlandschaft. Darüber hinaus sind Tiere auch Teil der Natur- und Kulturlandschaft, die Nennung fehlte bislang in der Aufzählung. Mit dem Niedersächsischen Weg hat Niedersachsen gezeigt, dass kooperative Ansätze zu den besten Lösungen führen.

Antrag A163-Ä003

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1824 - 1828

1824 **Wir wollen die Leistungen der Natur- und Kulturlandschaft sichern.** Wald, Acker und Grünland,
1825 ~~Moore~~Tiere, Moor, Auen, Küsten und Meere: Da~~s~~ sind Ökosysteme, die täglich eine große
1826 Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten
1827 erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten. Daher werden wir gemeinsam mit den jeweiligen Akteuren Lösungen erarbeiten und sie bei dieser
1828 Aufgabe unbürokratisch und marktwirtschaftlich unterstützen.

Begründung

Es ist wichtig die Natur- und Kulturlandschaft zu erhalten, denn die ausschließliche Nennung des Naturerhalts führt zu Fragen, ob es eine „reine Natur“ überhaupt gibt. Korrekt ist Kulturlandschaft.

Darüberhinaus sind Tiere auch Teil der Natur- und Kulturlandschaft, die Nennung fehlte bislang in der Aufzählung.

Mit dem Niedersächsischen Weg hat Niedersachsen gezeigt, dass kooperative Ansätze zu den besten Lösungen führen.

Antrag A163-Ä004

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A162

Zeile 1824

1824 *Meere als resiliente Ökosysteme* Wir denken einen wirksamen Meeresnaturschutz und eine naturverträgliche Nutzung unserer Meere zusammen. Um einen echten Interessenausgleich bei

der marinen Raumnutzung in der Nord- und Ostsee zu erreichen, wollen wir auch neue Lösungsansätze wie Mehrfachnutzungen oder Naturschutz auf Zeit stärker fördern. Die nachhaltige Fischerei ist auch in Zukunft ein fester Teil unserer maritimen Wirtschaft.

1825 **Wir wollen die Leistungen der Natur sichern.** Wald, Acker und Grünland,

Antrag A163-Ä005

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1824 - 1828

~~1824 **Wir wollen die Leistungen der Natur sichern.** Wald, Acker und Grünland,~~
~~1825 Moore, Auen, Küsten und Meere: Das sind Ökosysteme, die täglich eine große~~
~~1826 Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten~~
~~1827 erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten und sie bei dieser~~
~~1828 Aufgabe unbürokratisch und marktwirtschaftlich unterstützen.~~

Wir wollen Land-, Forstwirten und Jägern erleichtern, die Leistung der Ökosysteme zu erhalten. Daher werden wir gemeinsam mit den jeweiligen Akteuren Lösungen erarbeiten und sie bei dieser Aufgabe unbürokratisch und marktwirtschaftlich unterstützen. Die Jagd leistet einen wertvollen Beitrag für den Erhalt der Natur in Deutschland.

Antrag A163-Ä006

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1824 - 1827

1824 **Wir wollen die Leistungen der Natur - und Kulturlandschaft sichern.** Wald, Acker und Grünland,
1825 Moore, Auen, Küsten und Meere: Das sind Ökosysteme, die täglich eine große
1826 Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten
1827 erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten. Daher werden wir gemeinsam mit den jeweiligen Akteuren Lösungen erarbeiten und sie bei dieser

Begründung

Es ist wichtig, die Natur- und Kulturlandschaft zu erhalten, denn die ausschließliche Nennung des Naturerhalts führt zu Fragen, ob es eine "reine Natur" überhaupt gibt. Korrekt ist Kulturlandschaft. Darüber hinaus sind Tiere auch Teil der Natur- und Kulturlandschaft, die Nennung fehlte bislang in der Aufzählung. Mit dem Niedersächsischen Weg hat Niedersachsen gezeigt, dass kooperative Ansätze zu den besten Lösungen führen.

Antrag A163-Ä007

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	KV Limburg-Weilburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1826 - 1827

1826 Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten
1827 **sowie Jägern**
erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten und sie bei dieser

Begründung

Auch Jäger übernehmen Naturschutzaufgaben. Ihre Stärke liegt im angewandten, praktischen Naturschutz. Dazu zählt z. B. die Einrichtung von Ruhezonen oder die Schaffung von Äsungs- und Deckungsflächen für das Wild. Solche neu eingesäten oder bepflanzten Flächen sind nicht nur für das Wild wichtig. Gerade in intensiv genutzter Landschaft bieten Wildäcker, Hecken und Gebüsche, Kräuter- und Blütenpflanzen vielen selten gewordenen Reptilien, Vögeln, Schmetterlingen, Hummeln und anderen Insekten neuen Lebensraum. Auch die Pflege von Streuobstwiesen oder die Anlage eines Laichgewässers am Waldrand gehört zu den typischen Naturschutzmaßnahmen der Jäger. Jägern geht es um praktischen Naturschutz, der nicht nur jagdbarem Wild, sondern der gesamten biologischen Vielfalt zugutekommt. Dies gilt es zu unterstützen.

Antrag A163-Ä008

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1826 - 1827

1826 Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- ~~und~~, Forstwirten
1827 , Jägern und der Fischerei
erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten und sie bei dieser

Antrag A163-Ä009

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1826 - 1827

1826 Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten
1827 und Fischern
erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten und sie bei dieser

Begründung

Auch die Ökosysteme Meere, Binnenseen und Flüsse müssen hierbei betrachtet werden und auch der Berufsgruppe Fischer muss eine Perspektive für eine nachhaltige Ausübung ihres Berufs eröffnet werden.

Antrag A163-Ä010

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1826 - 1827

1826 Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten
1827 sowie Fischern erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten und sie bei dieser

Antrag A163-Ä011

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1826 - 1827

1826 Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten
1827 und Fischern
erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten und sie bei dieser

Begründung

Auch die Ökosysteme Meere, Binnenseen und Flüsse müssen hierbei betrachtet werden und auch der Berufsgruppe Fischer muss eine Perspektive für eine nachhaltige Ausübung ihres Berufs eröffnet werden.

Antrag A163-Ä012

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1827

1827 erleichtern, die ~~Leistung~~Funktionen der Ökosysteme zu erhalten und sie bei dieser

Antrag A163-Ä013

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1827

1827 erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten, und sie bei dieser

Begründung

Hier endet der auf "erleichtern" bezogene Einschub, das "und" gehört zum Hauptsatz, daher Komma erforderlich.

Antrag A163-Ä014

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1828 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Zeile 1828

1828 Aufgabe unbürokratisch und marktwirtschaftlich unterstützen.

Bewusstsein für die Ressource Wasser Sauberes Wasser ist unser höchstes Gut. Noch verfügt Deutschland über umfangreiche Wasserressourcen, das soll auch in Zukunft so bleiben. Wir wollen das Bewusstsein für die Ressource Wasser und den nachhaltigen Umgang mit ihr in allen Teilen der Gesellschaft stärker verankern. In Anbetracht der Auswirkungen des Klimawandels, wollen wir zu einem nachhaltigen und resilienten Wassermanagement kommen. Wir wollen unsere Wassernutzung in Verantwortung für die Gesellschaft besser und effizienter gestalten und setzen dabei auf Innovationen aus Forschung und Technik sowie auf Erfahrungen in der Praxis.

Antrag A163-Ä015

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1828

1828 Aufgabe unbürokratisch und marktwirtschaftlich unterstützen. Die Jagd leistet einen Beitrag für den Erhalt der Natur in Deutschland.

Antrag A163-Ä016

Änderungsantrag zu A163

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach

Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion· CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Zeile 1828

1828 Aufgabe unbürokratisch und marktwirtschaftlich unterstützen.

Einer nachhaltigen Beschädigung oder Zerstörung von Ökosystemen ist entgegenzutreten. Wir setzen uns daher für eine konsequente Weiterentwicklung, Verfolgung und Ahndung von Umweltstraftaten ein. Wir unterstützen die einschlägigen Initiativen der EU (und anderer).

Begründung

Insbesondere geht es um eine Erweiterung des Art. 5 Abs. 1 IStGH (Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag/NL) um den Straftatbestand schwerster Umweltverbrechen („Ökozide“).

Antrag A164: Zeile 1829 - 1836: Unser Wald braucht starke Wurzeln

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A164-Ä007
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1829 - 1830 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1832 - 1833 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1829 **Unser Wald braucht starke Wurzeln.**~~Die Waldbäuerinnen und Waldbauern~~
1830 Forstwirtschaft und Jagd
sichern mit ~~d~~einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes seine
1831 vielfältigen Funktionen. Wald ist Heimat, Lebensraum und Erholungsort. Er
1832 liefert den nachwachsenden Rohstoff Holz, ist ~~CO2-Speicher, eines der~~
1833 ~~artenreichsten Biotope der Erde~~Kohlenstoffspeicher, ein artenreiches Biotop und
Ursprung der Nachhaltigkeit. Er hat ein enormes Potenzial für Klimaschutz und Klimaanpassung. Wir
1834 fördern den Auf- und Umbau klimastabiler und standortangepasster Wälder
1835 und wollen die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Holz nutzen und
1836 weiterentwickeln.

Antrag A164-Ä001

Änderungsantrag zu A164

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1829 - 1830

1829 **Unser Wald braucht starke Wurzeln.** Die ~~Waldbäuerinnen und Waldbauern~~
1830 ~~sichern~~Forstwirtschaft
sichert mit der nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes seine

Antrag A164-Ä002

Änderungsantrag zu A164

Antragsteller/in:	KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1829 - 1834

1829 **Unser Wald braucht starke Wurzeln~~.~~.** Die Waldbäuerinnen und Waldbauern
1830 sichern mit der nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes seine
1831 vielfältigen Funktionen. ~~Wald ist Heimat, Lebensraum und Erholungsort.~~ Er
1832 liefert den nachwachsenden Rohstoff Holz, ist CO2-Speicher~~,~~ und eines der
1833 artenreichsten Biotope der Erde ~~und Ursprung der~~. Damit ist er ein Champion für Nachhaltigkeit mit einem enormen Potenzial für Klimaschutz und Klimaanpassung. Wir
1834 fördern den Auf- und Umbau klimastabiler und standortangepasster den Auf- und Umbau klimastabiler und standortangepasster Wälder

Antrag A164-Ä003

Änderungsantrag zu A164

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1829 - 1830

1829 **Unser Wald braucht starke Wurzeln.** Die Waldbäuerinnen und Waldbauern
1830 sowie Jägerinnen und Jäger
sichern mit der nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes seine

Begründung

Die Jäger sind im Grundsatzprogramm nicht mit erwähnt, aber ein wichtiger Teil des Umweltschutzes und der Erhaltung des Waldes.

Antrag A164-Ä004

Änderungsantrag zu A164

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1832 - 1833

1832 liefert den nachwachsenden Rohstoff Holz, ist CO2-Speicher, ~~eines der~~
1833 ~~artenreichsten Biotope der Erde~~ein artenreiches Biotop und Ursprung der Nachhaltigkeit. Wir

Begründung

Es geht in diesem Absatz um unseren heimischen Wald, der etwa im Vergleich zu den Tropen nicht besonders artenreich ist.

Antrag A164-Ä005

Änderungsantrag zu A164

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1832

1832 liefert den nachwachsenden Rohstoff Holz, ist ~~CO2-S~~Kohlenstoffspeicher, eines der

Antrag A164-Ä006

Änderungsantrag zu A164

Antragsteller/in:	KV Warendorf-Beckum
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1834 - 1835

1834 fördern den Auf- und Umbau klimastabiler und standortangepasster ~~Wälder~~
1835 Wirtschaftswälder und wollen die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Holz nutzen und

Antrag A164-Ä007

Änderungsantrag zu A164

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A163 und A164

Zeile 1836

1836 weiterentwickeln.

Dabei sind eine ethische Jagd, sowie jagdliche Hege- und Schutzmaßnahmen einzubeziehen, um die Vielfältigkeit von Wald und Wild zu bewahren und zu fördern.

Begründung

Bei der Durchsicht ist aufgefallen, dass die Jagd, sowie die damit verbundene Hege und der Erhalt des heimischen Wildes keine Erwähnung im Grundsatzprogramm der CDU findet.

Als Jäger muss man leider oftmals feststellen, dass große Teile der eigentlich als CDU-affin zu

bezeichnenden Jägerschaft, sich von uns zunehmend nichtmehr angesprochen fühlen. Sei es durch die permanente Verschärfung irgendwelcher waffenrechtlicher Vorgaben oder eben durch die Devise „Wald vor Wild“, die meist von Grünen Ideologen wenig sachkundig verfolgt und mangels unserer Positionierung oftmals auch durchgesetzt wird.

Antrag A165: Zeile 1837 - 1840: Wir wollen Flächen nachhaltig nutzen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1837 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung (Änderungsempfehlung) - Streichung Zeile 1840

Der Parteitag möge beschließen

1837 **Wir wollen Flächen an Land und Gewässer nachhaltig nutzen.** In einem stark besiedelten Land wie
1838 Deutschland ist ein gemeinsames Bewusstsein für die begrenzte Fläche
1839 unerlässlich. Es ist daher geboten, sorgsam mit der uns zur Verfügung
1840 stehenden Fläche umzugehen und sie mehrfach zu nutzen.

Verantwortliches Verhalten im Umgang mit Tieren sicherstellen. Der Respekt vor der Schöpfung zeigt sich in unserem Umgang mit unseren Mitgeschöpfen, den Tieren. Der Schutz der Tiere, eine artgerechte Haltung und die Unterstützung des verantwortungsvollen Tierschutzes in Tierheimen sind uns wichtige Anliegen.

Antrag A165-Ä001

Änderungsantrag zu A165

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder, KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1837

1837 **Wir wollen ~~Flächen~~Land und Gewässer nachhaltig nutzen.** In einem stark besiedelten Land wie

Begründung

Neben Landflächen sollten auch Wasserflächen nachhaltig bewirtschaftet und genutzt werden.

Antrag A165-Ä002

Änderungsantrag zu A165

Antragsteller/in:	Junge Union

Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1840

1840 stehenden Fläche umzugehen ~~und sie mehrfach~~, statt neue Flächen zu ~~nutze~~versiegeln.

Begründung

Die Konkretisierung verstärkt den Punkt.

Antrag A165-Ä003

Änderungsantrag zu A165

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz, KV Germersheim, KV Landau-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1840

1840 stehenden Fläche umzugehen und sie mehrfach zu nutzen. Die Waldfläche insgesamt soll erhalten bleiben.

Antrag A165-Ä004

Änderungsantrag zu A165

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1840

1840 stehenden Fläche umzugehen und sie mehrfach zu nutzen. Es muss sich mehr lohnen, Flächen mehrfach zu nutzen als neue Fläche zu versiegeln.

Antrag A165-Ä005

Änderungsantrag zu A165

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1840

1840 stehenden Fläche umzugehen und sie mehrfach zu nutzen.

Für eine nachhaltige Welt braucht es auch einen konsequenten Tierschutz. Denn abgeleitet aus unserem christlichen Weltbild ergibt sich eine Verantwortung für alle Mitgeschöpfe. Daher wertschätzen und unterstützen wir die Arbeit von Tierheimen und anderen Akteuren des Tierschutzes.

Begründung

An keiner Stelle des Grundsatzprogramms taucht das Wort Tierschutz auf. Diesen Mangel würden wir gerne durch einen weiteren Absatz, der sich explizit dem Tierschutz widmet, beheben.

Antrag A165-Ä006

Änderungsantrag zu A165

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1840

1840 stehenden Fläche umzugehen und sie mehrfach zu nutzen. Eine Nachverdichtung soll vor einer Außenerweiterung angestrebt werden.

Begründung

Es gibt viele Potenziale in der Nachverdichtung, die einfacher und flächenschonender umgesetzt werden können als im Außengebiet eine Erweiterung zu planen.

Antrag A166: Zeile 1841 - 1850: Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1841 - 1850 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1841 **Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft**

1842 **Unser Leitbild ist eine vor Ort verwurzelte, bäuerliche Landwirtschaft.**
1843 Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen gemeinsam mit Gärtnern, Obst-
1844 und Gemüsebauern, Winzern und Fischern für gesunde und sichere
1845 Lebensmittel. Sie wirtschaften umweltfreundlich, leisten einen wichtigen Beitrag zur Landschaftspflege und gehen gut mit den
1846 Tieren um. Unsere regional verankerte leistungsfähige Landwirtschaft
1847 verbindet Eigentum und Denken in Generationen mit Engagement für die
1848 Heimat und den Umweltschutz. ~~Eine~~Um Innovationen und neue Geschäftsmodelle auf ihren Höfen entwickeln zu können, sind unsere Landwirte auf Investitionen auch von Risikokapitalgebern angewiesen. Einen Ausverkauf der landwirtschaftlichen Flächen an Kapitalinvestoren ~~bestimmte~~
1849 ~~Landwirtschaft~~ lehnen wir jedoch ab. Wir sind die Partei der Land- und
1850 Forstwirtschaft und der ländlichen Räume.

Antrag A166-Ä001

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1845

1845 Lebensmittel. Sie wirtschaften umweltfreundlich, leisten einen wichtigen Beitrag zur Landschaftspflege und gehen gut mit den

Begründung

Der Beitrag der Landwirtschaft zum Erhalt und zur Weiterentwicklung unserer Kulturlandschaft verdient eigenständige Erwähnung. Manche Lebensräume entstehen erst durch die landwirtschaftliche Bewirtschaftung. Durch erhaltende und optimierende Pflege erhält der ländliche Raum in Deutschland erst sein Erscheinungsbild.

Antrag A166-Ä002

Änderungsantrag zu A166

Antragsteller/in:	KV Goslar
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1846 - 1847

1846 Tieren um. Unsere regional ~~verankerte leistungsfähige Landwirtschaft~~
1847 verankerten leistungsfähigen Unternehmer in der Landwirtschaft verbindet Eigentum und Denken in Generationen mit Engagement für die

Begründung

Landwirtschaft ist auch Unternehmertum, das sollte akzeptiert werden und zum Ausdruck kommen

Antrag A166-Ä003

Änderungsantrag zu A166

Antragsteller/in:	KV Harburg-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1847 - 1849

1847 verbindet Eigentum und Denken in ~~Generationen mit Engagement für die~~
1848 Generationen mit Engagement für die Heimat und Umweltschutz. ~~Eine von~~ Unsere landwirtschaftlichen Betriebe brauchen Geld, zunehmend auch Venture Capital, um Innovationen und neue Geschäftsmodelle auf ihren Höfen zu entwickeln. Einen Ausverkauf der landwirtschaftlichen Flächen an außerlandwirtschaftliche Kapitalinvestoren ~~bestimmte~~
1849 ~~Landwirtschaft~~ lehnen wir jedoch ab und wollen diesen mit einem wirkungsvollen Bodenrecht

verhindern. Wir sind die Partei der Land- und

Antrag A166-Ä004

Änderungsantrag zu A166

Antragsteller/in:	KV Goslar
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1848 - 1849

1848 Heimat und Umweltschutz. ~~Eine von Kapitalinvestoren bestimmte~~
1849 Investoren mit Risikokapital in der Landwirtschaft lehnen wir ab. Wir sind die Partei der Land- und

Begründung

Kapital ist notwendig und förderlich, aber nicht fondsbasiert oder risikobehaftet.

Antrag A166-Ä005

Änderungsantrag zu A166

Antragsteller/in:	KV Warendorf-Beckum
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1849

1849 Landwirtschaft lehnen wir ab. Wir sind die Partei der Interessen der Land- und

Antrag A167: Zeile 1851 - 1860: Die Ernährungssicherung ist Basis unserer Unabhängigkeit

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A168-Ä009
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1851 - 1860 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1851 **Die Ernährungssicherung ist Basis unserer Unabhängigkeit.** Die
1852 Erzeugung und die Herstellung von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln
1853 und nachwachsenden Rohstoffen ist eine strategische Aufgabe zur Sicherung
1854 unserer Lebensgrundlagen. Ernährungssicherheit ist Voraussetzung jeder
1855 wirtschaftlichen Entwicklung und grundlegend für das Wohlergehen der
1856 Menschen und für den sozialen Frieden in unserem Land. Wir wollen unsere
1857 Ernährungssouveränität und den Bedarf an nachwachsenden Rohstoffen zu

1858 bezahlbaren Preisen sichern und einen wesentlichen Beitrag zur
1859 Welternährung leisten. Dazu müssen landwirtschaftliche Nutzflächen und
1860 Eigentum besser geschützt werden. Wir wollen mehr Verbindlichkeit für den Schutz landwirtschaftlicher Flächen.

Antrag A167-Ä001

Änderungsantrag zu A167

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1856

1856 Menschen und für den sozialen Frieden in unserem Land. Wir fordern deshalb die Verankerung eines Staatsziels Ernährungssicherheit. Wir wollen unsere

Antrag A167-Ä002

Änderungsantrag zu A167

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1856 - 1860

1856 Menschen und für den sozialen Frieden in unserem Land. Wir ~~wollen~~müssen unsere
1857 Ernährungssouveränität und den Bedarf an nachwachsenden Rohstoffen zu
1858 bezahlbaren Preisen sichern und einen wesentlichen Beitrag zur
1859 Welternährung leisten. Dazu müssen landwirtschaftliche Nutzflächen und
1860 Eigentum besser geschützt werden. Dies bedeutet auch, dass Produktionsfaktoren bezahlbar bleiben und Billigimporte auf ihre Nutzung von Produktionsfaktoren wie z.B. Ressourcenverbrauch hin kontrolliert werden müssen.

Begründung

Verbindlicher.

Antrag A167-Ä003

Änderungsantrag zu A167

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1859 - 1860

1859 Welternährung leisten. ~~Dazu müssen landwirtschaftliche Nutzflächen und~~
1860 ~~Eigentum besser geschützt werden~~Wir wollen den Artikel 20a GG (Schutz der natürlichen

Lebensgrundlagen und der Tiere) um Ernährungssicherheit ergänzen.

Begründung

Ernährungssicherheit durch eine nachhaltige heimische Agrarstruktur und Klimaschutz sind überragend wichtige Gemeinwohlinteressen. Sie haben im Grundgesetz derzeit zu wenig Gewicht, insbesondere, weil Umweltschutz und Tierschutz bereits explizit genannt sind. Die Ernährungssicherheit ist bisher lediglich als optionale Staatsaufgabe definiert. Wie sie umgesetzt werden soll, wird zudem nicht weiter konkretisiert. Erforderlich ist daher eine Aufwertung des Gemeinwohlinteresses der „Ernährungssicherheit durch eine nachhaltige heimische Agrarstruktur“ zu einer objektiv verbindlichen Staatszielbestimmung.

Im Grundsatzprogramm stellen wir die Landwirtschaft unter das Narrativ der „Ernährungssicherheit“. Deshalb in FK-Versorgungssicherheit behandelt. Ernährungssicherheit/Ernährungssouveränität ist ein hohes Gut. Ukrainekrieg und Klimawandel zeigen aktuell, dass Ernährungssicherheit nicht selbstverständlich ist.

Unser Ziel ist, bezahlbare Ernährung und eine starke wettbewerbsfähig produzierende Landwirtschaft in regionaler Verantwortung mit Nachhaltigkeits- und Tierwohlleistungen sowie konkurrierenden Ansprüchen zusammenzubringen und ausgewogene Abwägungsentscheidungen bei Zielkonflikten möglich zu machen.

Derzeit wird die Landwirtschaft durchweg als nachrangig bewertet: bei der kommunalen Planung und Flächenpolitik, beim Grundstücksverkehr sowie bei naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder bei Bauvorhaben für die Tierhaltung.

Eine Verankerung von Ernährungssicherheit als Staatsziel im Grundgesetz verdeutlicht, dass Ernährungssicherung ein übergeordnetes Gut ist und die Landwirtschaft auf Augenhöhe zu bewerten ist.

Antrag A167-Ä004

Änderungsantrag zu A167

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1859 - 1860

1859 Welternährung leisten. Dazu müssen landwirtschaftliche Nutzflächen und
1860 Eigentum besser geschützt werden**:** Wir wollen mehr Verbindlichkeit für den Schutz landwirtschaftlicher Flächen und den Flächenverbrauch signifikant senken. Wenngleich weiterhin Flächen für Siedlungsbau, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, für Industrieansiedlung und Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien gebraucht werden, gilt es eine Mindestfläche für die Erzeugung pflanzlicher und tierischer Rohstofferzeugung zu definieren und als Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft verbindlich festzuschreiben.

Begründung

Die landwirtschaftliche Fläche ist heute Steinbruch für Siedlungs-, Verkehrswege- und

Energieanlagenbau. Außerdem werden für den Natur-, Klima- und Hochwasserschutz weitere Flächen aus der Erzeugung genommen. Die landwirtschaftliche Fläche schrumpft täglich um 94,4 Hektar (34.454 Hektar im Jahr). Das widerspricht dem Ziel der Ernährungs- und Versorgungssicherheit. Deshalb wollen wir den Verlust landwirtschaftlicher Fläche soweit wie möglich verhindern/begrenzen.

Wenngleich weiterhin Flächen für den Siedlungsbau, die Verkehrsinfrastruktur, für Industrieansiedlungen und Erneuerbare Energieanlagen gebraucht werden, brauchen wir zur Ernährungssicherung aus eigener Kraft einen Schutz für eine Mindestfläche für die landwirtschaftliche Urproduktion, die als Vorrang- und Vorbehaltsgebiet festgeschrieben werden muss.

Für den Wald ist der Erhaltungsgrundsatz gesetzlich festgeschrieben. Analog dazu brauchen wir eine Regelung für landwirtschaftliche Nutzflächen.

Antrag A167-Ä005

Änderungsantrag zu A167

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1859

1859 Welternährung leisten. ~~Dazu~~Zur Ernährungssicherheit aus eigener Kraft müssen landwirtschaftliche Nutzflächen und

Antrag A167-Ä006

Änderungsantrag zu A167

Antragsteller/in:	LV Oldenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1859

1859 Welternährung leisten. Wir wollen den Artikel 20a GG (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere) um Ernährungssicherheit ergänzen.
Dazu müssen landwirtschaftliche Nutzflächen und

Begründung

Ernährungssicherheit durch eine nachhaltige heimische Agrarstruktur und Klimaschutz sind überragend wichtige Gemeinwohlinteressen. Sie haben im Grundgesetz derzeit zu wenig Gewicht, insbesondere, weil Umweltschutz und Tierschutz bereits explizit genannt sind. Die Ernährungssicherheit ist bisher lediglich als optionale Staatsaufgabe definiert. Wie sie umgesetzt werden soll, wird zudem nicht weiter konkretisiert.

Erforderlich ist daher eine Aufwertung des Gemeinwohlinteresses der „Ernährungssicherheit durch eine nachhaltige heimische Agrarstruktur“ zu einer objektiv verbindlichen Staatszielbestimmung.

Im Grundsatzprogramm stellen wir die Landwirtschaft unter das Narrativ der „Ernährungssicherheit“.

Deshalb in FK-Versorgungssicherheit behandelt. Ernährungssicherheit/Ernährungssouveränität ist ein hohes Gut. Ukrainekrieg und Klimawandel zeigen aktuell, dass Ernährungssicherheit nicht selbstverständlich ist.

Unser Ziel ist, bezahlbare Ernährung und eine starke wettbewerbsfähig produzierende Landwirtschaft in regionaler Verantwortung mit Nachhaltigkeits- und Tierwohlleistungen sowie konkurrierenden Ansprüchen zusammenzubringen und ausgewogene Abwägungsentscheidungen bei Zielkonflikten möglich zu machen.

Derzeit wird die Landwirtschaft durchweg als nachrangig bewertet: bei der kommunalen Planung und Flächenpolitik, beim Grundstücksverkehr sowie bei naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder bei Bauvorhaben für die Tierhaltung.

Eine Verankerung von Ernährungssicherheit als Staatsziel im Grundgesetz verdeutlicht, dass Ernährungssicherung ein übergeordnetes Gut ist und die Landwirtschaft auf Augenhöhe zu bewerten ist.

Der Antrag wird gemeinsam gestellt und gestützt vom:

- CDU Landesverband Oldenburg
- CDU Kreisverband Vechta

Antrag A167-Ä007

Änderungsantrag zu A167

Antragsteller/in:	LV Mecklenburg-Vorpommern
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1860

1860 Eigentum besser geschützt werden. Es ist wichtig die Natur- und Kulturlandschaft zu erhalten, denn die ausschließliche Nennung des Naturerhalts führt zu Fragen, ob es eine „reine Natur“ überhaupt gibt. Korrekt ist Kulturlandschaft. Darüber hinaus sind Tiere auch Teil der Natur- und Kulturlandschaft, die Nennung fehlte bislang in der Aufzählung. Mit dem Niedersächsischen Weg hat Niedersachsen gezeigt, dass kooperative Ansätze zu den besten Lösungen führen.

Begründung

Die landwirtschaftliche Fläche ist heute Steinbruch für Siedlungs-, Verkehrswege- und Energieanlagenbau. Außerdem werden für den Natur-, Klima- und Hochwasserschutz weitere Flächen aus der Erzeugung genommen. Die landwirtschaftliche Fläche schrumpft täglich um 94,4 Hektar (34.454 Hektar im Jahr). Das widerspricht dem Ziel der Ernährungs- und Versorgungssicherheit. Deshalb wollen wir den Verlust landwirtschaftlicher Fläche soweit wie möglich verhindern/begrenzen.

Wenngleich weiterhin Flächen für den Siedlungsbau, die Verkehrsinfrastruktur, für Industrieansiedlungen und Erneuerbare Energieanlagen gebraucht werden, brauchen wir zur Ernährungssicherung aus eigener Kraft einen Schutz für eine Mindestfläche für die landwirtschaftliche Urproduktion, die als Vorrang- und Vorbehaltsgebiet festgeschrieben werden muss.

Für den Wald ist der Erhaltungsgrundsatz gesetzlich festgeschrieben. Analog dazu brauchen wir eine Regelung für landwirtschaftliche Nutzflächen.

Antrag A167-Ä008

Änderungsantrag zu A167

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1860

1860 Eigentum besser geschützt werden. Der Grundsatz einer Ernährungssicherheit zu unseren Qualitätsstandards soll hierbei Leitbild sein.

Antrag A167-Ä009

Änderungsantrag zu A167

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1860

1860 Eigentum besser geschützt werden. Landwirtschaftliche Flächen müssen von Bauern gekauft werden können. Unser Ziel ist ein Bodenverkehrsrecht, das den Interessen der selbstständig wirtschaftenden Betriebe Rechnung trägt und sie stärkt.

Antrag A167-Ä010

Änderungsantrag zu A167

Antragsteller/in:	KV Warendorf-Beckum
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1860

1860 Eigentum besser geschützt werden. Der Grundsatz einer Ernährungssicherheit zu einheitlichen Qualitätsstandards soll hierbei Leitbild sein.

Antrag A167-Ä011

Änderungsantrag zu A167

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1860

1860 Eigentum besser geschützt werden. Wir wollen mehr Verbindlichkeit für den Schutz

landwirtschaftlicher Flächen und den Flächenverbrauch signifikant senken. Wenngleich weiteerhin Flächen für Siedlungsbau, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, für Industrieansiedlung und Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien gebraucht werden, gilt es, eine Mindestfläche für die Erzeugung pflanzlicher und tierischer Rohstofferzeugung zu definieren und als Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft verbindlich festzuschreiben.

Begründung

Die landwirtschaftliche Fläche ist heute Steinbruch für Siedlungs-, Verkehrswege- und Energieanlagenbau. Außerdem werden für den Natur-, Klima- und Hochwasserschutz weitere Flächen aus der Erzeugung genommen. Die landwirtschaftliche Fläche schrumpft täglich um 94,4 Hektar (34.454 Hektar im Jahr). Das widerspricht dem Ziel der Ernährungs- und Versorgungssicherheit. Deshalb wollen wir den Verlust landwirtschaftlicher Fläche soweit wie möglich verhindern/begrenzen.

Wenngleich weiterhin Flächen für den Siedlungsbau, die Verkehrsinfrastruktur, für Industrieansiedlungen und Erneuerbare Energieanlagen gebraucht werden, brauchen wir zur Ernährungssicherung aus eigener Kraft einen Schutz für eine Mindestfläche für die landwirtschaftliche Urproduktion, die als Vorrang- und Vorbehaltsgebiet festgeschrieben werden muss.

Für den Wald ist der Erhaltungsgrundsatz festgeschrieben. Analog dazu brauchen wir eine Regelung für landwirtschaftliche Nutzflächen.

Antrag A168: Zeile 1861 - 1875: Nachhaltigkeit der Land- und Forstwirtschaft muss objektiv bewertet werden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand	
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1862	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung
	Zeile 1865	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung
	Zeile 1866 - 1868	(Änderungsempfehlung) - Ersetzung
	Zeile 1869	(Änderungsempfehlung) - Ergänzung
	Zeile 1870	(Änderungsempfehlung) - Streichung
	Zeile 1871	(Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1861 **Nachhaltigkeit der Land- und Forstwirtschaft muss objektiv bewertet**
1862 **werden.** Nur eine nachhaltige ~~Landwirtschaft~~ Land- und Forstwirtschaft ist zukunftsfähig. Konventionelle und ökologische Landwirtschaft sind uns gleich wichtig. Wir werden
1863 Indikatoren der Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung, die alle
1864 drei Dimensionen – ökonomisch, ökologisch und sozial – gleichwertig
1865 abbilden, zur Grundlage unserer Politik für unsere Betriebe machen. Wir wollen Eigenverantwortlichkeit stärken und staatliche Feinsteuerung vermeiden.
1866 **Umwelt- und Naturschutz gehen nur mit der Landwirtschaft.** Zur

Erreichung der klima- und umweltpolitischen Ziele braucht die Landwirtschaft Freiräume und Planungssicherheit statt detaillierter Vorgaben. Wir setzen auf Innovationen und auf Anreize statt auf Verbote. Naturschutz- und Umweltleistungen, die die Landwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit erbringt, müssen honoriert werden. Digitalisierung, Präzisionslandwirtschaft und neue ~~genomische~~ Züchtungstechnologien sind eine Chance, die Landwirtschaft umweltfreundlicher, klimaresistenter und wettbewerbsfähiger zu machen. Sie können helfen, unsere Ernten stabil zu halten und dabei weniger Pflanzenschutzmittel einzusetzen und weniger Wasser zu verbrauchen. Wir wollen deshalb einen verantwortungsvollen, auf klaren Regeln basierenden Einsatz neuer Technologien ermöglichen.

Antrag A168-Ä001

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1861

Nachhaltigkeit der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei muss objektiv bewertet

Antrag A168-Ä002

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1862 - 1865

werden. Nur eine nachhaltige ~~Landwirtschaft~~Land- und Forstwirtschaft ist zukunftsfähig. Wir werden Indikatoren der Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung, die alle drei Dimensionen - ökonomisch, ökologisch und sozial - gleichwertig abbilden, ~~zur Grundlage unserer Politik für unsere Betriebe machen~~als Indikatorenset in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie aufnehmen.

Antrag A168-Ä003

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen, KV Warendorf-Beckum
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1865

1865 abbilden, zur Grundlage unserer Politik für unsere Betriebe machen. Wir sehen den eigenverantwortlichen Landwirt und die eigenverantwortliche Landwirtin im Mittelpunkt unserer Nachhaltigkeitsstrategie. Staatliche Feinsteuerung und daraus folgende Bürokratie lehnen wir ab.

Antrag A168-Ä004

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	KV Celle
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1865

1865 abbilden, zur Grundlage unserer Politik für unsere Betriebe machen.
Um die nachhaltige Entwicklung der Land-, Forst- und Viehwirtschaft sicherzustellen, sollen die zu erwartenden klimatischen Veränderungen (z.B. Temperaturanstieg, Trockenheit etc.) dabei berücksichtigt werden.

Begründung

Bereits jetzt richtet der Klimawandel Schäden in diesen Bereichen aus. Wenn Indikatoren für Nachhaltigkeit entwickelt werden sollen, dann konkret und rechtzeitig vor diesem Hintergrund.

Antrag A168-Ä005

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	KV Bautzen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1865

1865 abbilden, zur Grundlage unserer Politik für unsere Betriebe machen. Die Ausrichtung der Landwirtschaft in konventionell und ökologisch soll ausschließlich durch die Verbraucher und nicht durch staatliche Steuerung oder Vorgaben erfolgen.

Antrag A168-Ä006

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	KV Harburg-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1865

1865 abbilden, zur Grundlage unserer Politik für unsere Betriebe machen.

Wir sehen den eigenverantwortlichen Landwirt und die eigenverantwortliche Landwirtin im Mittelpunkt unserer Nachhaltigkeitsstrategie. Staatliche Feinsteuerung und daraus folgende Bürokratie lehnen wir ab.

Antrag A168-Ä007

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	KV Mainz-Stadt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1866

1866 **Umwelt- und Naturschutz gehen nur mit der Landwirtschaft.** Wir betrachten konventionelle und ökologische Landwirtschaft als gleichwertig. Zur

Begründung

Als Union bekennen wir uns sowohl zur ökologischen als auch zur konventionellen Landwirtschaft. Dieses Bekenntnis unterscheidet uns von politischen Mitbewerbern. Wir wollen hier ein starkes Signal an die Landwirte schicken, die uns mit bezahlbaren Lebensmitteln versorgen.

Antrag A168-Ä008

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1868

1868 Landwirtschaft Freiräume und Planungssicherheit statt detaillierter Vorgaben. Wir setzen auf

Begründung

Der zentrale Punkt für die Landwirte in unserem Land ist die Planungssicherheit. Sie sind gerne bereit sich als Unternehmer anzupassen, aber ständig wechselnde Vorgaben machen unternehmerisches Handeln immer schwieriger. Dass wir verstanden haben, sollten wir durch den Begriff noch einmal betonen.

Antrag A168-Ä009

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	LV Sachsen-Anhalt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A167

Zeile 1868

1868 Landwirtschaft Freiräume statt detaillierter Vorgaben. Die Zweckentfremdung landwirtschaftlicher Nutzflächen für andere Ziele (z. B. Versiegelung, Industrieflächen auf der „grünen“ Wiese, Zersiedelung) muss minimiert und die Flächenstilllegung (z. B. bei sog. „Zwangsbrachen“) aufgegeben werden. Wir setzen auf

Begründung

Wegen des Ukrainekriegs sind Getreide-, Mais- und Ölsaatenlieferungen der weltweit wichtigsten Agrarexporteure Russland und der Ukraine stark verringert. Inzwischen ist es global zur Verknappung und infolge der Energiekostenexplosion zur Verteuerung von Nahrungs- und Futtermitteln gekommen. Weltweit drohen insbesondere in den ärmsten Ländern Hungersnöte. Unter diesen Umständen ist es nicht moralisch zu rechtfertigen, dass Deutschland als ein Land mit vorzüglicher naturräumlicher Ausstattung auf der Stilllegung bzw. sehr eingeschränkten Nutzung von mehr als 1,2 Millionen ha Ackerfläche beharrt und durch die Drosselung der Eigenproduktion sogar ein Nettoimporteur an diversen Nahrungs- und Futtermitteln ist, statt Solidarität mit den Notleidenden zu zeigen. Es ist zwingend notwendig, die Produktionskapazitäten zu steigern und nachhaltig zu gewährleisten. Darüber hinaus werden Flächen auch für die Gewinnung von Bioenergie im Rahmen der Energiewende benötigt.

Antrag A168-Ä010

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1868 - 1869

1868 Landwirtschaft Freiräume statt detaillierter Vorgaben. Wir setzen auf
1869 Innovationen und auf Anreize statt auf Verbote, denn unseren Landwirten und den Verbrauchern ist nicht geholfen, wenn sich die Produktion zu schlechteren Bedingungen ins Ausland verlagert. Digitalisierung,

Antrag A168-Ä011

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	LV Mecklenburg-Vorpommern
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1869

1869 Innovationen und auf Anreize statt auf Verbote. Naturschutz- & Umweltleistungen, die die Landwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit erbringt, müssen honoriert werden. Digitalisierung,

Begründung

Eigentum ist ein wichtiges Gut, welches es zu schützen gilt. In der Vergangenheit wurden Naturschutz- und Umweltleistungen der Landwirtschaft nicht immer honoriert, was zu Einkommenseinbußen oder Entwertung von Flächen geführt hat.

Antrag A168-Ä012

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	KV Vechta

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1869 - 1870

1869 Innovationen und auf Anreize statt auf Verbote. Naturschutz- und Umweltleistungen, die die Landwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit erbringt, müssen honoriert werden. Digitalisierung,
1870 Präzisionslandwirtschaft und neue ~~genomische~~ Züchtungstechnologien sind

Begründung

Eigentum ist ein wichtiges Gut, was es zu schützen gilt. In der Vergangenheit wurden Naturschutz- und Umweltleistungen der Landwirtschaft nicht immer honoriert, was zu Einkommenseinbußen oder Entwertung von Flächen geführt hat.

Das Grundsatzprogramm hat eine längere Wirksamkeit als die Forschung. Durch die Streichung eröffnet das Grundsatzprogramm mehr Möglichkeiten zur Züchtungsforschung.

Antrag A168-Ä013

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1869

1869 Innovationen und auf Anreize statt auf Verbote. Naturschutz- und Umweltleistungen, die die Landwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit erbringt, müssen honoriert werden. Digitalisierung,

Antrag A168-Ä014

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1869

1869 Innovationen und auf Anreize statt auf Verbote. Naturschutz und Umweltleistungen, die die Landwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit erbringt, müssen honoriert werden. Digitalisierung,

Begründung

Eigentum ist ein hohes Gut, was es zu schützen gilt. In der Vergangenheit wurden Naturschutz- und Umweltleistungen der Landwirtschaft nicht immer honoriert, was zu Einkommenseinbußen oder Entwertung von Flächen geführt hat.

Antrag A168-Ä015

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1870

1870 Präzisionslandwirtschaft und neue ~~genomische~~ Züchtungstechnologien sind

Antrag A168-Ä016

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1871

1871 eine Chance, die Landwirtschaft klimaresistenter, umweltfreundlicher und

Antrag A168-Ä017

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1875

1875 klaren Regeln basierenden Einsatz neuer Technologien ermöglichen.Die Zweckentfremdung landwirtschaftlicher Nutzflächen für andere Ziele (z. B. Versiegelung, Industrieflächen auf der „grünen“ Wiese, Zersiedelung) muss minimiert und die Flächenstilllegung (z. B. bei sog. „Zwangsbrachen“) aufgegeben werden.

Begründung

Wegen des Ukrainekriegs sind Getreide-, Mais- und Ölsaatenlieferungen der weltweit wichtigsten Agrarexporteure Russland und der Ukraine stark verringert. Inzwischen ist es global zur Verknappung und infolge der Energiekostenexplosion zur Verteuerung von Nahrungs- und Futtermitteln gekommen. Weltweit drohen insbesondere in den ärmsten Ländern Hungersnöte. Unter diesen Umständen ist es nicht moralisch zu rechtfertigen, dass Deutschland als ein Land mit vorzüglicher naturräumlicher Ausstattung auf der Stilllegung bzw. sehr eingeschränkten Nutzung von mehr als 1,2 Millionen ha Ackerfläche beharrt und durch die Drosselung der Eigenproduktion sogar ein Nettoimporteur an diversen Nahrungs- und Futtermitteln ist, statt Solidarität mit den Notleidenden zu zeigen. Es ist zwingend notwendig, die Produktionskapazitäten zu steigern und nachhaltig zu gewährleisten. Darüber hinaus werden Flächen auch für die Gewinnung von Bioenergie im Rahmen der Energiewende benötigt.

Antrag A168-Ä018

Änderungsantrag zu A168

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1875

1875 klaren Regeln basierenden Einsatz neuer Technologien ermöglichen. Den verantwortungsvollen Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft unterstützen wir.

Begründung

Gentechnik ist kein Teufelswerk. Wir sollten einem moderaten verantwortungsvollem Einsatz offen entgegenstehen.

Antrag A169: Zeile 1876 - 1882: Mehr Tierwohl braucht mehr Rechtssicherheit und Transparenz

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1876 - 1882 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1876 ~~**Mehr**~~ **Tierwohl braucht** ~~**mehr**~~ **Rechtssicherheit und Transparenz.**
1877 Tierhaltung ist unverzichtbarer Teil ~~einer kreislauforientierten~~
1878 der Landwirtschaft. Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland und
1879 wollen sie zukunftsfähig weiterentwickeln. Landwirte brauchen dafür einen
1880 verlässlichen Rechtsrahmen, Planungssicherheit und eine sichere finanzielle Honorierung ~~für~~
1881 ~~erhöhte Tierwohlleistungen~~. Die Arbeit der zuständigen Behörden muss verbessert und stärker vernetzt werden, um unnötige Doppelung von Bürokratie zu vermeiden. Verbraucher müssen klar und verbindlich über
1882 Tierwohl und Herkunft tierischer Produkte informiert sein.

Antrag A169-Ä001

Änderungsantrag zu A169

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1876

1876 ~~**Mehr Tierwohl braucht mehr Rechtssicherheit und Transparenz**~~**Tierhaltung ist**

unverzichtbarer Teil der Landwirtschaft.

Antrag A169-Ä002

Änderungsantrag zu A169

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1877 - 1881

1877 Tierhaltung ist unverzichtbarer Teil ~~einer kreislauforientierten~~
1878 der Landwirtschaft. Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland und
1879 wollen sie zukunftsfähig weiterentwickeln. Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland und wollen sie zukunftsfähig weiterentwickeln. Landwirte brauchen dafür einen
1880 verlässlichen ~~Rechtsrahmen und eine~~ Rechtsrahmen“: sichere finanzielle Honorierung und eine Verbesserung der Arbeit der zuständigen Behörden. Diese müssen einerseits für
1881 ~~erhöhte Tierwohlleistungen~~Erzeuger transparenter und andererseits untereinander besser vernetzt werden, um den Eindruck von Bevormundung sowie unnötige Dopplung von Bürokratie zu vermeiden. Verbraucher müssen klar und verbindlich über

Begründung

Es braucht seitens der CDU ein klares Bekenntnis zur Nutztierhaltung. Die einseitige Fokussierung auf Tierwohlleistungen wird den bereits erbrachten Leistungen der Landwirtschaft nicht gerecht.

Nutztierhalter brauchen Perspektiven, um weiterhin am Markt agieren zu können. Stolpersteine der Verwaltung müssen ausgeräumt oder zumindest vereinfacht werden.

Antrag A169-Ä003

Änderungsantrag zu A169

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1879

1879 wollen sie zukunftsfähig zum Schutze des Tierwohls weiterentwickeln. Landwirte brauchen dafür einen

Begründung

In der Überschrift wird von Tierwohl gesprochen. Allerdings taucht dieser Begriff im nachfolgenden Text außer in Verbindung mit Tierwohlleistung nicht mehr auf.

Antrag A169-Ä004

Änderungsantrag zu A169

Antragsteller/in:	LV Mecklenburg-Vorpommern

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1879 - 1881

1879 wollen sie zukunftsfähig weiterentwickeln. Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland und wollen sie zukunftsfähig weiterentwickeln. Landwirte brauchen dafür einen
1880 verlässlichen Rechtsrahmen ~~und eine sichere~~.
Sichere finanzielle Honorierung und eine Verbesserung der Arbeit der zuständigen Behörden. Diese müssen einerseits für
1881 ~~erhöhte Tierwohlleistungen.~~ Erzeuger transparenter und andererseits untereinander besser vernetzt werden, um den Eindruck von Bevormundung sowie unnötige Dopplung von Bürokratie zu vermeiden.
Verbraucher müssen klar und verbindlich über

Begründung

Nutztierhalter brauchen Perspektiven, um weiterhin am Markt agieren zu können. Stolpersteine der Verwaltung müssen ausgeräumt oder zumindest vereinfacht werden.

Antrag A169-Ä005

Änderungsantrag zu A169

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1880

1880 verlässlichen Rechtsrahmen, Planungssicherheit und eine sichere finanzielle Honorierung für

Begründung

Die Landwirte beklagen sich über unzuverlässigen Regelungen und politischeEntscheidungen, die ihnen jegliche Planungssicherheit entziehen. Darüber sind sieberechtigter Weise sehr unzufrieden. Planungssicherheit ist für landwirtschaftliche Betriebe genau wie für alle anderen Unternehmen unerlässlich.

Antrag A169-Ä006

Änderungsantrag zu A169

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1882

1882 Tierwohl und Herkunft tierischer Produkte informiert sein. Unsere Landwirte wissen selbst am besten, was für sie und ihre Familien, ihren Boden, ihre Ernte und ihr Vieh und ihren Betrieb gut ist. Wir Christdemokraten setzen uns deshalb für einen schnellen und weitreichenden Abbau der

Überregulierung der Landwirtschaft ein, damit die Bauern wieder mehr Zeit und Freiraum haben für das, was sie am besten können: das Land bestellen, die Tiere versorgen und für Nahrung sorgen.

Begründung

Ergänzung zwecks Klarstellung.

Antrag A169-Ä007

Änderungsantrag zu A169

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1882

1882 Tierwohl und Herkunft aller tierischer Produkte informiert sein.

Antrag A169-Ä008

Änderungsantrag zu A169

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1882

1882 Tierwohl und Herkunft tierischer Produkte informiert sein. Der Einsatz für Tierwohl bedeutet einen Aufwand, der sich auch in angemessenen Erzeugerpreisen widerspiegeln muss.

Begründung

Tierwohl kostet und zeigt auch den Wert der auf diese Weise produzierten tierischen Lebensmittel. Es gibt kein Recht, Billigfleisch auf Kosten des adäquaten Lebensstandards von Tieren zu erwerben.

Antrag A170: Zeile 1883 - 1889: Wir bekennen uns zu einem freien und fairen Agrarhandel und zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A130-Ä006
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1885 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1886 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1887

Der Parteitag möge beschließen

Wir bekennen uns zu einem freien und fairen Agrarhandel und zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Unsere Bäuerinnen und Bauern brauchen gleiche Chancen im Wettbewerb mit den internationalen und europäischen Nachbarn.
Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss die Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirte stärken und eine ~~starke~~verlässliche ökonomische Säule für die Landwirte bleiben. Sie muss es ihnen erlauben, nachhaltiger zu wirtschaften, ein gutes Einkommen zu erzielen und ihnen Schutz auf hoch volatilen Märkten bieten.

Antrag A170-Ä001

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1883 - 1889

~~**Wir bekennen uns zu einem freien und fairen Agrarhandel und zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU.** Unsere Bäuerinnen und Bauern brauchen gleiche Chancen im Wettbewerb mit den europäischen Nachbarn. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss eine starke ökonomische Säule für die Landwirte bleiben. Sie muss es ihnen erlauben, nachhaltiger zu wirtschaften, ein gutes Einkommen zu erzielen und ihnen Schutz auf hoch volatilen Märkten bieten.~~

Wir setzen uns für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ein, damit diese die Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirte sichert, statt sie zu bevormunden. Subventionen wollen wir abbauen, den Zufluss subventionierter Agrarprodukte aus dem Nicht-EU-Ausland wollen wir im gleichen Maße unterbinden. Im Verbund mit der Steuer- und Sozialreform und der Stärkung des Grundeigentums werden so die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Landwirte in Deutschland sich im Wettbewerb erfolgreich behaupten können.

Begründung

Änderung zwecks Klarstellung.

Antrag A170-Ä002

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A072 und A129

Zeile 1885 - 1889

1885 brauchen gleiche Chancen im Wettbewerb mit den europäischen Nachbarn.
1886 Dazu müssen EU-Regelungen 1:1 umgesetzt werden und nationale Regelungen im Gleichklang mit dem EU-Recht entwickelt werden. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss eine starke ökonomische Säule für
1887 die Landwirte bleiben. Sie muss es ihnen erlauben, nachhaltiger zu
1888 wirtschaften, ein gutes Einkommen zu erzielen und ihnen Schutz auf hoch
1889 volatilen Märkten bieten.

Attraktive vielfältige Landwirtschaft - Chancen für junge Menschen

Die Landwirtschaft soll für junge Menschen attraktiv bleiben. Deshalb wollen wir Junglandwirtinnen, Junglandwirte und Agrar-Start-ups besonders fördern und die landwirtschaftliche Aus- und Fortbildung stärken. Vor allem gilt es, Landwirten und ihrer Arbeit den Respekt entgegenzubringen, der ihnen angesichts ihrer wichtigen Aufgabe gebührt. Sie brauchen Planungssicherheit für ihre Entscheidungen, Freiräume für die Entfaltung ihrer Ideen und Finanzierungsmöglichkeiten für die Entwicklung neuer Geschäftsfelder.

Begründung

Es ist wichtig, dass Deutschlands Landwirtschaft wettbewerbsfähig bleibt. Wenn allerdings immer neue Vorschriften auf Deutschland zukommen und in anderen europäischen Ländern diese nicht gelten, entsteht eine Wettbewerbsverzerrung.

Junge Menschen sind die Zukunft der Landwirtschaft, daher müssen ihnen optimale Startbedingungen geboten werden.

Antrag A170-Ä003

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen, KV Warendorf-Beckum
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1885 - 1887

1885 brauchen gleiche Chancen im Wettbewerb mit den internationalen und europäischen Nachbarn.
1886 Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss eine starke ökonomische Säule für
1887 die Landwirte bleiben, die ihrer Aufgabe gerecht wird, abweichende Bewirtschaftungsstandards im internationalen Vergleich zu entlohnen. Sie muss es ihnen erlauben, nachhaltiger zu

Antrag A170-Ä004

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A072 und A129

Zeile 1885 - 1886

1885 brauchen gleiche Chancen im Wettbewerb mit den europäischen Nachbarn.

1886 Dazu müssen EU-Regelungen eins zu eins umgesetzt werden und nationale Regelungen im Gleichklang mit dem EU-Recht entwickelt werden.
Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss eine starke ökonomische Säule für

Antrag A170-Ä005

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A072 und A129

Zeile 1885 - 1886

1885 brauchen gleiche Chancen im Wettbewerb mit den europäischen Nachbarn.

1886 Dazu müssen EU-Regelungen 1 : 1 umgesetzt werden und nationale Regelungen im Gleichklang mit dem EU-Recht entwickelt werden.
Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss eine starke ökonomische Säule für

Begründung

Es ist wichtig, dass Deutschlands Landwirtschaft wettbewerbsfähig bleibt. Wenn allerdings immer neue Vorschriften auf Deutschland zukommen und in anderen europäischen Ländern diese nicht gelten, entsteht eine wetbbewerbsverzerrung.

Antrag A170-Ä006

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	LV Mecklenburg-Vorpommern
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A072 und A129

Zeile 1886

1886 Dazu müssen EU-Regelungen 1:1 umgesetzt werden und nationale Regelungen im Gleichklang mit dem EU-Recht entwickelt werden. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss eine starke ökonomische Säule für

Begründung

Es ist wichtig, dass Deutschlands Landwirtschaft wettbewerbsfähig bleibt. Wenn allerdings immer neue Vorschriften auf Deutschland zukommen und in anderen europäischen Ländern diese nicht gelten, entsteht eine Wettbewerbsverzerrung.

Antrag A170-Ä007

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen

Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1887 - 1889

1887 die Landwirte bleiben. Sie muss es ihnen erlauben, ~~nachhaltiger zu~~
1888 nachhaltig zu
wirtschaften~~,~~ und ein gutes Einkommen zu erzielen ~~und ihnen Schutz auf hoch~~
1889 ~~volatilen Märkten bieten~~. Wir fördern den Berufsnachwuchs und Betriebsgründungen in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft soll für junge Menschen attraktiv bleiben. Deshalb wollen wir Junglandwirtinnen, Junglandwirte und Agrar-Start-ups besonders fördern und die landwirtschaftliche Aus- und Fortbildung stärken. Vor allem gilt es, Landwirten und ihrer Arbeit die Wertschätzung entgegenzubringen, der ihnen angesichts ihrer wichtigen Aufgabe gebührt. Sie brauchen Planungssicherheit für ihre Entscheidungen, Freiräume für die Entfaltung ihrer Ideen und Finanzierungsmöglichkeiten für die Entwicklung neuer Geschäftsfelder. Wir schaffen Unterstützungsmodelle für Hofnachfolger und Betriebsgründungen von Junglandwirtinnen und Junglandwirten, die keinen Hof innerhalb der Familie übernehmen können.

Antrag A170-Ä008

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	LV Rheinland-Pfalz
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A072 und A129

Zeile 1887

1887 die Landwirte bleiben. ~~Sie~~Wir wollen EU-Richtlinien künftig 1:1 anwenden und bei Umsetzung in Bundes- und Landesrecht diese nicht noch zusätzlich belasten. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss es ihnen erlauben, nachhaltiger zu

Antrag A170-Ä009

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	LV Mecklenburg-Vorpommern
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1889

1889 volatilen Märkten bieten.
Attraktive vielfältige Landwirtschaft - Chancen für junge Menschen. Die Landwirtschaft soll für junge Menschen attraktiv bleiben. Deshalb wollen wir Junglandwirtinnen und Junglandwirten und Agrar Start-ups besonders fördern und die landwirtschaftliche Aus- und Fortbildung stärken. Vor allem gilt es, Landwirten und ihrer Arbeit den Respekt entgegenzubringen, der ihnen angesichts ihrer wichtigen Aufgabe gebührt. Sie brauchen Planungssicherheit für ihre Entscheidungen, Freiräume für die Entfaltung ihrer Ideen und Finanzierungsmöglichkeiten für

die Entwicklung neuer Geschäftsfelder.

Begründung

Junge Menschen sind die Zukunft der Landwirtschaft, daher müssen ihnen optimale Starbedingungen geboten werden.

Antrag A170-Ä010

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	KV Grafschaft-Bentheim
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1889

1889 volatilen Märkten bieten und fairen Wettbewerbsbedingungen.

Antrag A170-Ä011

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1889

1889 volatilen Märkten bieten. Gleichzeitig setzen wir uns für eine verantwortungsbewusste Einbindung der Landwirtschaft in internationale Freihandelsabkommen ein, welche die deutschen und europäischen Landwirte unter fairen und gleichberechtigten Rahmenbedingungen am globalen Agrarhandel teilnehmen lässt.

Begründung

Die Überschrift des Absatzes spricht von freiem und fairen Agrarhandel, nimmt im Übrigen jedoch nur auf die europäische Ebene Bezug. Daher sollte auch der internationale Agrarhandel, der gerade im Bereich des Agrarhandels durch die Weltmärkte bestimmt wird, ebenfalls ins Auge gefasst werden und bedarf einer Positionierung der CDU Deutschlands.

Antrag A170-Ä012

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	KV Rendsburg-Eckernfoerde
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1889

1889 volatilen Märkten bieten. Gemeinwohlleistungen müssen honoriert werden.

Antrag A170-Ä013

Änderungsantrag zu A170

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1889

1889 volatilen Märkten bieten. Wir unterstützen Reformbedingungen für eine angemessene Vergütung der ökologischen Landwirtschaft.

Begründung

Die ökologische Landwirtschaft im kleinteiligen Format, wie sie eh und je von vielen mittelständigen deutschen Landwirten gelebt wird, sollte finanziell stärker gefördert werden.

Antrag A171: Zeile 1890 - 1913: Leben und Wohnen in Stadt und Land

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1899 - 1905 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1906 - 1913 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1890 **Leben und Wohnen in Stadt und Land**

1891 **Wir wollen das Leben in Stadt und Land sowie in Ost und West**
1892 **gleichermaßen stärken.** Viele Menschen leben gerne in der Stadt, viele leben
1893 gerne auf dem Land. Alle Menschen müssen dort gut leben und Heimat finden
1894 können, wo sie leben wollen, vom Dorf bis zur Großstadt. Der Staat trägt die
1895 Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse, dafür dass die
1896 Bedürfnisse aller Berücksichtigung finden. Dabei nehmen wir auf regionale
1897 und kulturelle Unterschiede und verschiedene historische Traditionen
1898 Rücksicht. Dort, wo die Menschen leben, müssen sie sich sicher fühlen.

1899 **Wir wollen gutes Leben in der Stadt.**~~Das Wohnumfeld muss in der~~
1900 ~~Stadtentwicklungspolitik stärker mitgedacht werden. Wo die Nahversorgung~~
1901 ~~nicht mehr sichergestellt~~Unser Leitbild ist~~, werben wir für kreative Modelle, die~~
1902 ~~Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und Orte der~~ eine funktionierende Stadt mit einem ausgeglichenen Miteinander von Leben, Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur~~ und~~
1903 , Gastronomie und Begegnung~~ bündeln~~. Viel Stadtnatur bietet ein Höchstmaß an Lebensqualität,

1904 dient der Gesundheit und der Klimaanpassung. Kluge Stadtentwicklung trägt
1905 zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

1906 **Wir wollen gutes Leben auf dem Land.** Der ländliche Raum ist
1907 Zukunftsraum. Es ist ~~Teil der Daseinsvorsorge~~Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen,
1908 dass Menschen auch auf dem Land alles zum Leben vorfinden. Dazu gehört eine gute kommunale Daseinsvorsorge: Hierzu gehören vor
1909 allem eine ~~ärztliche Grundversorgung~~Gesundheitsgrundversorgung, digitale Angebote und Infrastruktur,
1910 Zugang zu Bildung und öffentlichen Verwaltungsleistungen. Wir
1911 setzen auf eine Strategie der Dezentralisierung und unterstützen Unternehmen, Einrichtungen und Behörden, sich im ländlichen Raum anzusiedeln.
1912 ~~Technologische Entwicklungen wie Telemedizin, autonomes Fahren und~~
1913 ~~Drohnen geben Perspektiven und machen den ländlichen Raum attraktiv.~~

Antrag A171-Ä001

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1891

1891 **Wir wollen das Leben in Stadt und Land, in Nord und Süd sowie in Ost und West**

Begründung

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel

Die Fokussierung auf die Unterschiede zwischen Ost und West ist mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht mehr zeitgemäß.

Antrag A171-Ä002

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	KV Celle, KV Peine
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1891

1891 **Wir wollen das Leben in Stadt und Land ~~sowie in Ost und West~~**

Begründung

Keine Unterscheidung mehr nach über 30 Jahren Wiedervereinigung

Antrag A171-Ä003

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	KV Cloppenburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1891 - 1892

1891 **Wir wollen das Leben in Stadt und Land sowie ~~in Ost und West~~**
deutschlandweit
gleichermaßen stärken. Viele Menschen leben gerne in der Stadt, viele leben

Begründung

Nach 34 Jahren Wiedervereinigung sollten Einteilungen in "Ost" und "West" vermieden werden.

Antrag A171-Ä004

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	KV Bochum
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1891 - 1892

1891 **Wir wollen das Leben in Stadt und Land ~~sowie in Ost und West~~**

gleichermaßen stärken. Viele Menschen leben gerne in der Stadt, viele leben

Begründung

Der nachfolgende Absatz enthält keine geographischen Aussagen, sondern zielt auf das Leben in Stadt und Land. Ost und West in Fettdruck ist an der Stelle irreführend.

Antrag A171-Ä005

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	BezV Ostfriesland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1891 - 1892

1891 **Wir wollen das Leben in Stadt und Land sowie in ~~Ost und West~~**
allen Teilen des Landes
gleichermaßen stärken. Viele Menschen leben gerne in der Stadt, viele leben

Begründung

Zeile 1891
Der Bundesparteitag möge beschließen:
Streiche: „in Ost und West“
Setze: „in allen Teilen des Landes“

Begründung: Es geht um gleiche Lebensverhältnisse im ganzen Land. Das Grundsatzprogramm sollte dabei nicht eine Ost-West-Teilung unterstreichen, sondern die gesamtdeutsche Aufgabe verdeutlichen.

Antrag A171-Ä006

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1894 - 1895

1894 können, wo sie leben wollen, vom Dorf bis zur Großstadt. Der Staat ~~trägt die~~
1895 ~~Verantwortung für gleichwertige~~legt die Grundlagen zum Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse, ~~dafür~~so dass die

Begründung

Die aktuelle Formulierung definiert einen Planungsstaat, dessen Aufgabe und Ziel es ist, verpflichtend allen Mitgliedern der Gesellschaft die gleichen Lebensverhältnisse zuermöglichen. Das widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip.

Antrag A171-Ä007

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1894 - 1895

1894 können, wo sie leben wollen, vom Dorf bis zur Großstadt. Der Staat ~~trägt die~~
1895 ~~Verantwortung für gleichwertige~~legt die Grundlagen zum Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse~~,~~ und dafür, dass die

Begründung

Der Staat schafft den Rahmen, in dem sich gleichwertige Lebensverhältnisse entwickeln können.

Antrag A171-Ä008

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1894

1894 können, wo sie leben wollen, vom Dorf über Klein- und Mittelstädtebis zur Großstadt. Der Staat trägt die

Begründung

Gerade Deutschland zeichnet sich durch eine sehr gemischte Struktur von Städten und Gemeinden aus (nicht nur viel „Land“ und wenige „Metropolen“, sondern viel „dazwischen“). Das sollte sprachlich abgebildet werden, um den Gegensatz der vermeintlichen „Extreme“ Dorf/ Großstadt hier nicht überzubetonen und die Vielschichtigkeit der Siedlungsstruktur zu berücksichtigen.

Antrag A171-Ä009

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1894

1894 können, wo sie leben wollen, vom Dorf bis zur Großstadt. Wir streben die Verwirklichung gleicher Lebenschancen in Ost- und Westdeutschland an. Der Staat trägt die

Antrag A171-Ä010

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1897

1897 und kulturelle Unterschiede sowie besonders auf Regional- und Minderheiten-sprachen und verschiedene historische Traditionen

Begründung

Die Regionalsprachen und Dialekte sind ein kultureller Schatz, den es unbedingt zu pflegen und zu bewahren gilt. Der durch die Sprachencharta der UN als Teil des europäischen Kulturerbes kodifizierte Schutz der Regionalsprachen sollet in unseren Zielen nicht fehlen.

Antrag A171-Ä011

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	LV Sachsen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1898

1898 Rücksicht. Die autochthonen Minderheiten der Sorben, Dänen und Friesen mit ihrer Kultur, Sprache und Geschichte, sind Teil unserer Identität. Dort, wo die Menschen leben, müssen sie sich sicher fühlen.

Antrag A171-Ä012

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1899 - 1905

1899 ~~**Wir wollen gutes Leben in der Stadt.** Das Wohnumfeld muss in der~~
1900 ~~Stadtentwicklungspolitik stärker mitgedacht werden. Wo die Nahversorgung~~
1901 ~~nicht mehr sichergestellt ist, werben wir für kreative Modelle, die~~
1902 ~~Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und Orte der Kultur und~~
1903 ~~Begegnung bündeln. Viel Stadtnatur bietet ein Höchstmaß an Lebensqualität,~~
1904 ~~dient der Gesundheit und der Klimaanpassung. Kluge Stadtentwicklung trägt~~
1905 ~~zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.~~

Begründung

Die Absätze 1899-1905 und 1906-1913 sollen getauscht werden.

Der ländliche Raum sollte hier als erstes genannt werden um dessen Bedeutung klar zu machen.

Antrag A171-Ä013

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1899 - 1904

1899 **Wir wollen gutes Leben in der Stadt.** ~~Das Wohnumfeld muss in der~~
1900 ~~Stadtentwicklungspolitik stärker mitgedacht werden. Wo die Nahversorgung~~
1901 ~~nicht mehr sichergestellt~~Unser Leitbild ist~~, werben wir für kreative Modelle, die~~
1902 ~~Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und Orte der~~ eine funktionierende Stadt mit einem ausgeglichenen Miteinander von Leben, Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur und
1903 ~~Begegnung bündeln~~Freizeit. Diese Funktionsvielfalt mit einem fairen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen wollen wir in der Stadtentwicklung verwirklichen. Wir wollen wieder belebte Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne. Geändertes Konsumverhalten, überkommene Strukturen in den Innenstädten, Gewerbeparks auf der grünen Wiese, neue Wettbewerbsbedingungen, komplizierte bürokratische Rahmenbedingungen und die demographischen Entwicklungen erfordern ein Umdenken und Umsteuern. Wir wollen die betroffenen Kommunen in die Lage versetzen aus eigener Kraft und gemeinsam mit allen Akteuren ihre Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne wiederzubeleben. Viel Stadtnatur bietet dabei ein Höchstmaß an Lebensqualität,
1904 dient der Gesundheit und der Klimaanpassung. Kluge Stadtentwicklung trägt

Begründung

Gute Stadtentwicklung findet in den Kommunen statt. Ohne die Aktivierung der Städte wäre gutes

Leben dort nicht zu verwirklichen. Ansonsten wäre ja gar nicht klar, dass die CDU mehr anzubieten hätte als eine Werbung für kreative Modelle.

Antrag A171-Ä014

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	KV Ammerland
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1904

1904 dient der Gesundheit und der Klimaanpassung. Für die Gärten, Parks und Begleitpflanzen ist eine leistungsstarke Pflanzenproduktion in Baumschulen in Deutschland von besonderer Bedeutung. Kluge Stadtentwicklung trägt

Begründung

Die Produktion von mehrjährigen Pflanzen ist für die Bewältigung des Klimawandels und die Gestaltung urbaner Räume und Straßenrändern von großer Bedeutung. Wir wollen diesen wichtigen Wirtschaftszweig auch weiter in Deutschland behalten. Leider wird dieser Bereich trotz seiner hohen Wertschöpfung bei Regelungen über Pflanzenschutz, Verwendung von Substraten usw. häufig vergessen.

Antrag A171-Ä015

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1905

1905 zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Dabei setzt sie auf eine Berücksichtigung und wo möglich räumliche Trennung unterschiedlicher Verkehrsträger, ohne das Auto als individuelles Fortbewegungsmittel zu vergessen.

Begründung

Ergänzung mit Blick auf (hilfreiche) Diskussionen um baulich getrennte Fahrradwege und (wenig hilfreiche) Diskussionen um autoarme oder -freie Stadtteile.

Antrag A171-Ä016

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1907 - 1911

1907 Zukunftsraum. Es ist ~~Teil der Daseinsvorsorge~~ Aufgabe des Staates~~, dafür~~ für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen~~,~~
1908 ~~dass~~. Menschen müssen auch auf dem Land alles zum Leben vorfinden. Dazu gehört eine gute kommunale Daseinsvorsorge und eine ärztliche Grundversorgung. Hierzu gehören vor
1909 allem eine ärztliche Grundversorgung, digitale Angebote und Infrastruktur,
1910 Zugang zu Bildung und öffentlichen Verwaltungsleistungen. Wir
1911 setzen auf eine Strategie der Dezentralisierung und unterstützen Unternehmen, Einrichtungen und Behörden, sich im ländlichen Raum anzusiedeln.

Begründung

Daseinsvorsorge ist Aufgabe der Kommunen in Selbstverwaltung in Deutschland und nicht des Staates (Subsidiarität).

Wir brauchen eine Dezentralisierungsstrategie, bei der auch Behörden - wie in Bayern - gezielt im ländlichen Raum angesiedelt werden.

Antrag A171-Ä017

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	BezV Ostfriesland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1909

1909 allem eine ärztliche ~~Grundv~~Versorgung, digitale Angebote und Infrastruktur,

Begründung

Zeile 1909
Der Bundesparteitag möge beschließen:
Streiche: „Grundversorgung“
Setze: „Versorgung“
Begründung: Der Begriff Grundversorgung kann missverständlich auch so verstanden werden, dass die CDU die Versorgung im ländlichen Raum faktisch ausdünnen und auf eine Grundversorgung begrenzen will.

Antrag A171-Ä018

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1910 - 1911

1910 Zugang zu Bildung und öffentlichen Verwaltungsleistungen. ~~Wir~~

1911 Vor allem auch den Menschen in kleineren Dörfern, die von den großen Herausforderungen der ländlichen Räume besonders betroffen sind, wollen wir eine verlässliche Zukunftsperspektive für ihre Heimat geben. Wir unterstützen Unternehmen, sich im ländlichen Raum anzusiedeln.

Begründung

Starke und zukunftsfähige ländliche Räume sind ein wichtiges Rückgrat für ganz Deutschland. Sie stehen für starke mittelständische Unternehmen, ein ausgeprägtes ehrenamtliches Engagement seiner Bewohnerinnen und Bewohner sowie für außergewöhnliche und abwechslungsreiche Landschaften. Dabei sind die ländlichen Räume keine einheitlichen Gebilde, sondern sind geprägt von großen und mittleren Kommunen aber auch von kleinen Ortsteilen und Dörfern.

Gerade diese kleineren Ortsteile und Dörfer mit oft weniger als 2.000 Einwohner sehen sich in besonderer Weise den großen Herausforderungen des ländlichen Raums gegenüber. Der demografische Wandel und teilweise fehlende Entwicklungsperspektiven (u.a. bei Baugebieten) haben vor allem hier dazu geführt, dass in vielen kleinen Gemeinden in den letzten Jahren Poststellen, Apotheken oder auch Lebensmittelläden geschlossen wurden.

Der Wegfall von Einrichtungen der alltäglichen Grundversorgung lässt die Attraktivität dieser Gemeinden als Wohnort jedoch weiter sinken, wodurch eine gefährliche Abwärtsspirale in Gang gesetzt werden kann. Bei einem anhaltendem Bevölkerungsrückgang können weitere Versorgungseinrichtungen nicht rentabel bewirtschaftet werden und müssten schließen. Noch weniger Menschen würde es in ihrer Heimat halten, Schulstandorte würden wegen zu geringer Schülerzahlen aufgegeben werden, Vereine müssten aufgrund fehlender Mitglieder ihre ehrenamtliche Arbeit einstellen und eine langsame Verödung der Dörfer würde einsetzen.

Im Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms wird zu Recht festgehalten, dass es Teil der Daseinsvorsorge des Staates sei, dafür zu sorgen, dass Menschen auf dem Land alles zum Leben vorfinden. Dieser berechtigte Anspruch muss gerade auch für die Menschen in kleineren Ortsteilen und Dörfern gelten, wo sich die Herausforderungen des ländlichen Raums in besonderer Weise kanalisieren.

Mit einem klaren Bekenntnis zu diesen kleinen Dörfern wird die CDU auch zukünftig die Partei des ländlichen Raums sein, die Heimat eine Perspektive gibt.

Antrag A171-Ä019

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1910 - 1911

1910 Zugang zu Bildung und öffentlichen Verwaltungsleistungen~~. Wir~~
1911 , sowie ein guter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV).

1912 Wir unterstützen Unternehmen, sich im ländlichen Raum anzusiedeln.

Antrag A171-Ä020

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1913

1913 Drohnen geben Perspektiven und machen den ländlichen Raum attraktiv.

Wir wollen gutes Leben in der Stadt. Das Wohnumfeld muss in der Stadtentwicklungspolitik stärker mitgedacht werden. Wo die Nahversorgung nicht mehr sichergestellt ist, werben wir für kreative Modelle, die Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und Orte der Kultur und Begegnung bündeln. Viel Stadtnatur bietet ein Höchstmaß an Lebensqualität, dient der Gesundheit und der Klimaanpassung. Kluge Stadtentwicklung trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Begründung

Die Absätze 1899-1905 und 1906-1913 sollen getauscht werden.

Der ländliche Raum sollte hier als erstes genannt werden um dessen Bedeutung klar zu machen.

Antrag A171-Ä021

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A186 und A190

Zeile 1913

1913 Drohnen geben Perspektiven und machen den ländlichen Raum attraktiv.

Mehr Respekt für kommunale Mandatsträger. Wir wollen kommunalen Entscheidungsträgern, die sich tagtäglich, meist ehrenamtlich, vor Ort in ihren Kommunen und unsere Demokratie einsetzen, den Rücken stärken. Ein Mehr an Respekt entsteht durch mehr Handlungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten. Daher setzen wir uns für ordentliche finanzielle Rahmenbedingungen unserer Gemeinden und Städte ein und bekennen uns zu den Grundsätzen der Subsidiarität und Konnexität.

Begründung

Die kommunale Selbstverwaltung ist ein in Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes verbrieftes Recht der Gemeinden, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Diese Verantwortung tragen täglich die Kommunalpolitiker in den kommunalen Parlamenten und ehrenamtliche sowie hauptberufliche Bürgermeister. Sie setzen sich für ihr Dorf und ihre Stadt ein, sind erste Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, Kümmerer für die Probleme vor Ort und ein Garant für das Funktionieren der Demokratie. Durch den immer größer

werdenden Aufgabenkatalog für die Gemeinden und Städte bei gleichzeitiger Kostentragung werden die finanziellen Handlungsmöglichkeiten weniger und die Belastungsgrenze ist in weiten Teilen schon längst erreicht. Die Grundsätze der Subsidiarität und Konnexität regeln faire finanzielle Rahmenbedingungen, um auch in Zukunft noch lebens- und liebenswerte sowie funktionierende Kommunen zu sichern.

Antrag A171-Ä022

Änderungsantrag zu A171

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1913

1913 Drohnen geben Perspektiven und machen den ländlichen Raum attraktiv.
Um beim Mobilfunkbetreiber möglichst schnell und effizient eine vollständige Flächenabdeckung zu erreichen, wollen wir nationales Roaming einführen.

Begründung

Die Mobilfunkbetreiber sind bisher dazu verpflichtet, eine Abdeckung zu erreichen, mit der ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung erreicht wird. Diese Regelung benachteiligt regelmäßig den dünner besiedelten ländlichen Raum. Durch ein nationales Roaming wäre kostengünstig eine höhere oder sogar vollständige Abdeckung der Fläche zu erzielen.

Antrag A172: Zeile 1914 - 1922: Es braucht mehr und bezahlbaren Wohnraum

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1915 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1916 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1918

Der Parteitag möge beschließen

1914 **Es braucht mehr und bezahlbaren Wohnraum.** Das beste Mittel für
1915 bezahlbaren Wohnraum ist der Bau neuer Wohnungen und das Ausschöpfen vorhandener Potenziale im Baubestand. Damit sich das
1916 Angebot an Wohnungen erhöht, wollen wir das Bauen und Sanieren erleichtern und
1917 günstiger machen. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen wie

1918 mehr Bauland, weniger Auflagen und Regelungen im Bauordnungsrecht und schnellere
1919 Genehmigungen, die vollständig digital abgewickelt werden. Enteignungen
1920 und Markteingriffe wie Mietendeckel lehnen wir ab. Der soziale
1921 Wohnungsbau muss solide gefördert und das Wohngeld indexiert werden,
1922 damit Mieten bezahlbar bleiben.

Antrag A172-Ä001

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1914

1914 **Es braucht mehr ~~und bezahlbaren Wohnraum.~~Wohnraum: bezahlbar, barrierefrei und für alle Lebenslagen.** Das beste Mittel für

Begründung

Die Nachfrage nach passendem Wohnraum ist so vielfältig, wie unsere Gesellschaft. So brauchen wir neben bezahlbarem Wohnraum auch barrierefreien Wohnraum für zum Beispiel ältere Menschen, die ihr großes Haus verkaufen möchten, um in eine kleinere Wohnung zu ziehen. Außerdem brauchen wir kleine Wohnungen, insbesondere im ländlichen Raum, um jungen Auszubildenden eine Wohnperspektive in ihrem Heimatort zu geben. Darüber hinaus gibt es junge Familien, die sich kein Eigenheim leisten können und daher eine passende Mietwohnung brauchen.

Der Blick auf bezahlbares Wohnen ist richtig, jedoch wird die alleinige Fokussierung hierauf das Problem der Wohnungsnachfrage aufgrund seiner Vielfältigkeit nicht lösen können.

Antrag A172-Ä002

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1914 - 1921

1914 **Es braucht mehr und bezahlbaren Wohnraum.**
~~Das beste Mittel für~~
1915 ~~bezahlbaren Wohnraum ist der~~Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums gelingt am besten durch den Bau ~~neuer~~, Ausbau und die Sanierung von Wohnungen. Damit sich das
1916 Angebot ~~an Wohnungen~~nachhaltig erhöht, wollen wir das Bauen und Sanieren erleichtern und
1917 günstiger machen. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen wie
1918 mehr Bauland, weniger Auflagen im Bauordnungsrecht und schnellere
1919 Genehmigungen, die vollständig digital abgewickelt werden. Enteignungen

1920 und Markteingriffe wie Mietendeckel lehnen wir ab. Der soziale
1921 Wohnungsbau muss solide gefördert und das Wohngeld indexiert werden,

Begründung

Im Sinne der vorher beschriebenen Nachhaltigkeit sollte auch der Gebäudebestand einbezogen werden.

Antrag A172-Ä003

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1915 - 1918

1915 bezahlbaren Wohnraum ist der Bau neuer Wohnungen und das Ausschöpfen vorhandener Potenziale im Baubestand. Damit sich das
1916 Angebot an Wohnungen erhöht, wollen wir das Bauen und Sanieren erleichtern und
1917 günstiger machen. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen wie
1918 mehr Bauland, weniger Auflagen und Regelungen im Bauordnungsrecht und schnellere

Begründung

Auch die Sanierung von Immobilienbestand ist ein wichtiges Mittel, um schnell Wohnraumzu schaffen und gleichzeitig die Klimavorgaben zu erreichen. Daher sollte dies auch als Ziel im Grundsatzprogramm Erwähnung finden.

Antrag A172-Ä004

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1915 - 1916

1915 bezahlbaren Wohnraum ist der Bau neuer Wohnungen und das Ausschöpfen vorhandener Potenziale im Baubestand. Damit sich das
1916 Angebot an Wohnungen erhöht, wollen wir das Bauen und Sanieren erleichtern und

Antrag A172-Ä005

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1915 - 1918

1915 bezahlbaren Wohnraum ist ~~der Bau neuer Wohnungen~~die Schaffung neuen Wohnraums und ressourcenschonender Bauweisen. Damit sich das
1916 Angebot an Wohnungen erhöht, wollen wir das Bauen erleichtern und
1917 günstiger machen. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen wie
1918 mehr Bau~~land~~potenzial, weniger Auflagen im Bauordnungsrecht und schnellere

Antrag A172-Ä006

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU DeutschlandsGeneralsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1915 - 1916

1915 bezahlbaren Wohnraum ist der Bau neuer Wohnungen und der Erhalt bestehenden Wohnraums. Damit sich das
1916 Angebot an Wohnungen erhöht, wollen wir das Bauen und Umbauen erleichtern und

Antrag A172-Ä007

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1916 - 1917

1916 Angebot an Wohnungen erhöht, wollen wir das Bauen erleichtern und
1917 in der Gesamtschau mit den Energiekostengünstiger machen. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen wie

Begründung

Auflagen, die zu einer wesentlichen Senkung der zukünftigen Wohnnebenkosten führen, können weiter sinnvoll sein, um die über längere Zeit entstehende Summe der Wohnkosten zu reduzieren.

Antrag A172-Ä008

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1917 - 1919

1917 günstiger machen. ~~Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen wie~~

1918 ~~mehr~~Wir fordern deshalb eine Reduzierung der Bauauflagen, darunter insbesondere die Rücknahme unrealistischer energetischer Standards. Neben der vermehrten Ausnutzung von Nachverdichtungsmöglichkeiten sollen Kommunen stärker berechtigt und in angespannten Wohnungsmärkten auch verpflichtet sein, neues Bauland~~, weniger Auflagen im Bauordnungsrecht und~~ auszuweisen. Wir brauchen schnellere

1919 ~~Genehmigungen, die~~ Genehmigungsverfahren, die vollständig digital abgewickelt werden können. Beantragte Genehmigungen, die nicht in einer angemessenen Zeit bearbeitet werden, sollen automatisch als erteilt gelten. Enteignungen

Begründung

Da Wohnungsmangel eines der drängendsten Probleme unseres Landes ist, sollte das Grundsatzprogramm an dieser Stelle die größten Hindernisse namentlich ansprechen und konkrete Verbesserungsvorschläge machen.

Insbesondere bei potenziellen Zielkonflikten zwischen Wohnungsbau und Umweltschutz entsteht der Eindruck, dass in den vergangenen Jahren stets Umweltaspekte priorisiert wurden. Als Christdemokraten können wir nicht akzeptieren, wenn dafür in Kauf genommen wird, dass das Grundbedürfnis Wohnen für immer größere Teile der Bevölkerung immer weniger erschwinglich wird. Der erforderliche Beitrag zum Klimaschutz soll durch eine angemessene Berücksichtigung des Gebäudesektors im Emissionshandelssystem abgegolten werden, wodurch die meisten Dämm- und Heizungsvorgaben überflüssig werden. Da Neubauten in Zeiten hoher Energiepreise ohnehin nach hohen energetischen Standards errichtet werden, ist die CO2-Einsparung durch entsprechende Auflagen marginal (nicht zuletzt im Vergleich zu Bestandsgebäuden), die Kosten hingegen hoch. Würde man zu den gleichen Kosten CO2-Zertifikate kaufen, könnte ein Vielfaches an Emissionen vermeiden werden. Die nicht vorgenommene Verschärfung des EH40- statt EH55- Standards für Neubauten hat dabei nur eine weitere Verschlechterung der Fertigstellungszahlen verhindert, wir sollten hingegen auf eine Verbesserung hinarbeiten.

Da Häuser naturgemäß nicht ohne Fläche entstehen können, muss die CDU der allgemeinen Tabuisierung von Flächenversiegelung entgegentreten. Während in Kommunen mit stabiler oder rückläufiger Einwohnerzahl ein stärkerer Fokus auf den Bestand sinnvoll ist, sind in angespannten Wohnungsmärkten Neubaugebiete unerlässlich. Gerade hier fällt jedoch häufig auf, dass entsprechende Pläne auf erbitterten politischen Widerstand von etablierten Einwohnern, Umweltlobbys und den Ratsfraktionen mancher Parteien stoßen. Hier wäre es wünschenswert, die entsprechenden Kommunen stärker in die Pflicht zu nehmen.

Die Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren wird gerne gefordert, ist jedoch eine Sisyphusaufgabe, an der schon viele Regierungen über Parteigrenzen hinweg gescheitert sind. Ein Paradigmenwechsel von einer Zustimmungs- hin zu einer Widerspruchslösung seitens der zuständigen Behörden stellt hingegen einen erfolgversprechenden Lösungsansatz dar.

Antrag A172-Ä009

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den

Zeile 1918 - 1919

1918 mehr Bauland, ~~weniger Auflagen im Bauordnungsrecht~~niedrigere Standards und schnellere
1919 ~~Genehmigung~~Verfahren, die vollständig digital abgewickelt werden. Enteignungen

Begründung

In der Bauordnung stehen keine Auflagen, Auflagen kann die Bauaufsicht in eine Genehmigung schreiben. Genehmigungen selbst sind nicht schnell oder langsam, allenfalls die Verfahren dazu.

Antrag A172-Ä010

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1918

1918 mehr Bauland, weniger Auflagen im Bauordnungsrecht und Bauplanungsrecht und schnellere

Antrag A172-Ä011

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Aachen-Land
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1918 - 1922

1918 mehr Bauland, den Verzicht auf überflüssige Anforderungen bei der Bauausführung, weniger Auflagen im Bauordnungsrecht und schnellere
1919 Genehmigungen, die vollständig digital abgewickelt werden. Enteignungen
1920 und Markteingriffe wie Mietendeckel lehnen wir ab. Der soziale
1921 Wohnungsbau muss solide gefördert und das Wohngeld indexiert werden,
1922 damit Mieten bezahlbar bleiben. Eine Genehmigungsfiktion von Bauanträgen ist geeignet, die Realisierung von Bauvorhaben zu beschleunigen.

Begründung

Die Absichtserklärung für mehr und bezahlbaren Wohnraum einzustehen ist gut und richtig. Hier braucht es jedoch auch konkrete Maßnahmen. Eine wichtige Stellschraube ist der Abbau von überbordenden Anforderungen, die keine signifikante Notwendigkeit aufweist. Dies korrespondiert auch mit der Aussage in Zeile 2105: „Unser Staat braucht für viele Genehmigungsprozesse zu lange.“ Ein weiteres probates Mittel kann außerdem eine Genehmigungsfiktion beantragter Baugenehmigungen sein, um Genehmigungsprozesse jedenfalls in diesem Bereich zu beschleunigen.

Antrag A172-Ä012

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1918 - 1920

1918 mehr Bauland, weniger Auflagen im ~~Bauordnungsrecht~~Bauordnungs- und Bauplanungsrecht und schnellere
1919 Genehmigungen, die vollständig digital abgewickelt werden. Enteignungen
1920 von Wohnungen
und Markteingriffe wie Mietendeckel lehnen wir ab. Der soziale

Begründung

Das Bauplanungsrecht ist Haupthindernis bei der Entwicklung von Grundstücken, insbesondere übertriebene umweltrechtliche Bestimmungen.

Enteignungen sind nicht grundsätzlich abzulehnen, beispielweise für Infrastrukturprojekte. Allerdings ist die massive Enteignung von Wohnungen aus rein wirtschaftlichen Gründen abzulehnen.

Antrag A172-Ä013

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1920

1920 und Markteingriffe wie Mietpreisbremsen und Mietendeckel lehnen wir ab. Der soziale

Antrag A172-Ä014

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1920 - 1922

1920 und Markteingriffe wie Mietendeckel lehnen wir ab. Um die Lücke im Wohnungsbau zu schließen sind umfassende privatwirtschaftliche Investitionen erforderlich. Der soziale
1921 Wohnungsbau ~~muss solide~~soll gefördert und ~~das~~effizienter gestaltet werden. Wohngeld stellt eine zielgenaue Maßnahme dar und muss indexiert werden,
1922 damit ~~M~~mieten bezahlbar bleib~~en~~t.

Begründung

Wie der Antragsentwurf richtigerweise betont, ist das beste Mittel gegen steigende Mieten eine Ausweitung des aktuell knappen Angebots. Sozialer Wohnungsbau genießt dabei sowohl in der Bevölkerung als auch CDU-intern eine hohe Akzeptanz. Problematisch ist jedoch, dass öffentlich geförderte Wohnungen häufig nicht von denjenigen bewohnt werden, für die sie ursprünglich gedacht waren. So ist nach Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft etwa die Hälfte der Bewohner öffentlich geförderten Wohnraumes gar nicht (mehr) anspruchsberechtigt. Selbst wenn in diesem Fall eine sogenannte Fehlbelegungsabgabe erhoben wird, ist die entsprechende Wohnung nicht für einen Anspruchsberechtigten verfügbar. De facto werden daher zwei öffentlich geförderte Wohnungen für einen anspruchsberechtigten Haushalt benötigt.

Andersherum betrachtet hätten etwa 30% der Bevölkerung aufgrund ihres Einkommens Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein, wohingegen nur etwa für 8% der Bevölkerung Sozialwohnungen zur Verfügung stünden. Diese Lücke kann der Staat auch mit vermehrter Förderung nicht ansatzweise schließen.

Folglich ist es umso wichtiger, privatwirtschaftliche Investitionen in den Wohnungsmarkt zu erleichtern, weshalb dies im Grundsatzprogramm explizit erwähnt werden sollte. Hauptpreistreiber auf dem Wohnungsmarkt ist der Staat selbst, sei es in Form von vermehrten Auflagen, Baulandverknappung oder gestiegener Abgabenbelastung, so dass zunächst hier anzusetzen ist. Kritisch zu sehen ist sozialer Wohnungsbau als verpflichtende Auflage für Investoren, da dieser dann zu einem weiteren Investitionshemmnis in Zeiten ohnehin knapper Neubautätigkeiten wird.

Wohngeld stellt aufgrund des klar geregelten Rechtsanspruches eine treffsichere Maßnahme dar und muss, wie der Antragsentwurf zurecht fordert, kontinuierlich angepasst werden, um unterstützungsbedürftigen Haushalten angemessenen Zugang zum Wohnungsmarkt zu ermöglichen.

Antrag A172-Ä015

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1920

1920 und Markteingriffe wie ~~Mietendeckel~~die Mietpreisbremse lehnen wir ab. Der soziale

Begründung

Der sogenannte Berliner Mietendeckel wurde durch das Bundesverfassungsgericht bereits am 15. April 2021 gekippt. Sinnvoller sollte das Grundsatzprogramm daher akute Investitionshindernisse ansprechen.

Die sogenannte Mietpreisbremse nach §556d BGB schränkt den Preissetzungsspielraum auf dem Mietwohnungsmarkt erheblich ein. Kurzfristig mögen Mietentwicklungen dadurch gedämpft werden, langfristig führt künstliche Preisregulierung jedoch zu geringeren Investitionen in den Wohnungsmarkt. Durch das verknappte Angebot wirkt die Mietpreisbremse daher langfristig eher

mieterhöhend statt -reduzierend.

Hinzu kommt, dass es sich bei der Mietpreisbremse um ein wenig zielgenaues Instrument handelt. Da die Methodik der Mietspiegelerstellung es in der Regel nicht gestattet, alle Qualitätsunterschiede präzise zu erfassen, werden primär Mieten im hochpreisigen Segment gedämpft. Dementsprechend profitieren nicht die einkommensschwachen Haushalte, welche eigentlich als unterstützungsbedürftig angesehen werden. Die CDU sollte daher die Forderung nach einer Abschaffung dieses aktuell vorhandenen statt eines bereits gekippten Investitionshindernisses ins Grundsatzprogramm aufnehmen und im Anschluss zielgerichtetere Maßnahmen vorschlagen.

Antrag A172-Ä016

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, LV Nordrhein-Westfalen, LV Sachsen, BezV Aachen, KV Heinsberg, KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1922

1922 damit Mieten bezahlbar bleiben. Zudem wollen wir mehr barrierefreien Wohnraum.

Begründung

Wenn wir über Wohnraum sprechen und dabei erwähnen, dass wir mehr Wohnraum brauchen, so darf man in diesem Absatz einfach nicht die Notwendigkeit von mehr barrierefreien Wohnungen vergessen. Dieser ist nämlich auch knapp. Gerade in dem lebenswichtigen Bereich der Wohnung dürfen Menschen mit Behinderungen nicht vergessen werden.

Antrag A172-Ä017

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1922

1922 damit Mieten bezahlbar bleiben. Zudem wollen wir mehr barrierefreien Wohnraum.

Begründung

Auch Wohnraum für Menschen mit Behinderung ist knapp. Gerade in dem lebenswichtigen Bereich der Wohnung dürfen Menschen mit Behinderungen nicht vergessen werden.

Antrag A172-Ä018

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1922

1922 damit Mieten bezahlbar bleiben. Zudem wollen wir mehr altersgerechten und insbesondere barrierefreien Wohnraum.

Antrag A172-Ä019

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Oldenburg-Stadt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1922

1922 damit Mieten bezahlbar bleiben. Die Gemeinnützigkeit für Wohnungsbaugesellschaften soll ausgebaut werden und deren staatliche Förderung.

Begründung

Die Frage der Gemeinnützigkeit von Wohnungsgesellschaften ist von entscheidender Bedeutung für die Förderung von bezahlbarem Wohnraum und die Sicherstellung einer nachhaltigen Wohnungspolitik. Indem wir die Gemeinnützigkeit für Wohnungsbaugesellschaften ausbauen und staatlich fördern, können wir einen bedeutenden Beitrag zur Lösung der aktuellen Wohnungsnot und zur Schaffung eines sozial gerechten Wohnraums leisten.

Die Förderung der Gemeinnützigkeit bietet eine Reihe von Vorteilen. Erstens ermöglicht sie eine stärkere Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter anstatt auf Profitmaximierung. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften sind in der Regel nicht gewinnorientiert und können daher Mieten niedrig halten und langfristige Mietverträge anbieten, was insbesondere einkommensschwachen Haushalten zugutekommt.

Zweitens fördert die Gemeinnützigkeit eine nachhaltige Entwicklung des Wohnungsbaus, da sie dazu beiträgt, den Fokus auf qualitativ hochwertige, energieeffiziente und sozialverträgliche Wohnprojekte zu legen. Diese Projekte können ökologische und soziale Standards erfüllen und langfristig zur Verbesserung der Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden beitragen.

Drittens trägt die staatliche Förderung gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften dazu bei, Investitionen in den Wohnungsbau zu lenken und den Bau neuer Wohnungen zu erleichtern. Durch gezielte Anreize und finanzielle Unterstützung können wir den Bau von bezahlbarem Wohnraum fördern und die Verfügbarkeit von Wohnraum erhöhen.

Antrag A172-Ä020

Änderungsantrag zu A172

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1922

1922 damit Mieten bezahlbar bleiben. Zudem brauchen wir mehr barrierefreien Wohnraum.

Antrag A173: Zeile 1923 - 1929: Die eigenen vier Wände geben Sicherheit

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1928 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1929

Der Parteitag möge beschließen

1923 **Die eigenen vier Wände geben Sicherheit.** Wir wollen, dass mehr Menschen
1924 in unserem Land Eigentümer werden können. Deshalb wollen wir bei der
1925 Grunderwerbsteuer familienfreundliche Freibeträge für die erste
1926 selbstgenutzte Immobilie einführen und die Nebenkosten beim Erwerb einer
1927 Immobilie senken. Das erfolgreiche Baukindergeld wollen wir dauerhaft
1928 bereitstellen. ~~Wir wollen regional passende und sichere Mietkaufmodelle~~
~~1929 entwickeln. Das Erbbaurecht wollen wir stärken.~~

Antrag A173-Ä001

Änderungsantrag zu A173

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1924

1924 in unserem Land Eigentümer werden können, dies gilt sowohl für Eigentumswohnungen als auch für Eigenheime. Deshalb wollen wir bei der

Begründung

Klarstellung der CDU-Position im Hinblick auf manche aktuelle Diskussionen um das vermeintliche Ende des Einfamilienhauses.

Antrag A173-Ä002

Änderungsantrag zu A173

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1924 - 1926

1924 in unserem Land Eigentümer werden können. Deshalb wollen wir ~~bei der~~

1925 ~~Grunderwerbsteuer familienfreundliche Freibeträge~~die Grunderwerbssteuer für Familien für die erste
1926 selbstgenutzte Immobilie ~~einführen~~streichen und die Nebenkosten beim Erwerb einer

Begründung

Wir fordern die komplette Streichung der Grunderwerbssteuer für Familien für die erste selbstgenutzte Immobilie. Die Begrifflichkeit Freibeträge lässt hier Freiräume offen. Daher sollte die Streichung der Grunderwerbssteuer für die beabsichtigten Fälle klar benannt werden.

Antrag A173-Ä003

Änderungsantrag zu A173

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen, KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1928 - 1929

1928 bereitstellen. Wir wollen regional passende und sichere Mietkaufmodelle
1929 sowie weitere neue Modelle zwischen Miete und Volleigentum entwickeln. Das Erbbaurecht wollen wir stärken.

Begründung

Wer es nicht schafft Volleigentum zu erwerben und im Rahmen seiner Erwerbstätigkeit abzubezahlen, bleibt auf Ewigkeiten Mieter. Diesen Zustand können wir gerade angesichts steigender Bau- und Materialkosten sowie höherer Zinsen und gestiegener Inflation nicht hinnehmen. Bisher fehlen uns die Modelle zwischen den beiden Optionen Volleigentum und Miete. Gleichzeitig sind auch alle Mietkaufmodelle bis dato gescheitert und werden von den Menschen als wenig attraktiv wahrgenommen. Es gilt daher noch einmal weiter zu denken, wie wir über Genossenschaftsmodelle, Teileigentum oder andere Varianten mehr Menschen Eigentum, wenn auch nicht Volleigentum, ermöglichen können.

Antrag A173-Ä004

Änderungsantrag zu A173

Antragsteller/in:	KV Braunschweig
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1928 - 1929 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Zeile 1928 - 1929

1928 bereitstellen. ~~Wir wollen regional passende und sichere Mietkaufmodelle~~
1929 ~~entwickeln.~~ Das Erbbaurecht wollen wir stärken.

Begründung

Der Absatz im Entwurf, der in der Zeile 1923 beginnt, ist ein gelungenes Plädoyer für Wohneigentum. Der letzte Satz dieses Absatzes fordert jedoch eine Stärkung des Erbbaurechts. Erbbaurechte werden vermehrt von den Städten und Gemeinden vergeben, damit diese den Zugriff auf den Boden behalten, d.h. um die dauerhafte Bildung von Eigentum verhindern. Ihre Stärkung ist folglich eine Schwächung von Wohneigentum, sodass der letzte Satz gestrichen werden sollte.

Antrag A173-Ä005

Änderungsantrag zu A173

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1929

1929 entwickeln. Das Erbbaurecht und das genossenschaftliche Bauen und Wohnen wollen wir stärken.

Begründung

Auch genossenschaftliches Bauen schafft die Möglichkeit von niedrigschwelligem Miteigentum und fördert die Vermögensbildung.

Antrag A173-Ä006

Änderungsantrag zu A173

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1929

1929 entwickeln. Das Erbbaurecht wollen wir stärken. Ideologische Angriffe auf bestimmte Wohnformen wie das Einfamilienhaus lehnen wir ab.

Begründung

Ein eigenes Einfamilienhaus ist für viele junge Familien nach wie vor die bevorzugte Wohnform. Regulierung, die de facto oder de jure zu einem Verbot von Einfamilienhäusern führt, lehnen wir ab.

Antrag A173-Ä007

Änderungsantrag zu A173

Antragsteller/in:	KV Helmstedt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1929

1929 entwickeln. Das Erbbaurecht wollen wir stärken.

Wir wollen Schuldzinsen als Anschaffungskosten für den erstmalig von und für Familien erworbenen oder erstellten Wohnraum als Kosten der Zukunfts- und Altersvorsorge gemessen an einem Referenzwohnraum steuerlich abzugsfähig machen. Wir wollen einen Anteil der tatsächlichen Herstellungskosten jährlich für Bewirtschaftung und Instandhaltung steuerlich abzugsfähig machen.

Begründung

Die eigenen vier Wände sind immer noch Teil des Lebenstraums vieler Deutschen. Für die CDU als Partei der Familien liegen viele Gründe auf der Hand, insbesondere den Erwerb von Wohneigentum für Familie zu fördern.

Ein eigenes Zuhause bietet eine stabile Umgebung, was besonders für Kinder wichtig ist. Sie profitieren von der Sicherheit, die durch eine dauerhafte Adresse gegeben ist, und von der Gewissheit, nicht aufgrund von Mietsteigerungen oder Kündigungen umziehen zu müssen, wenn ein langfristiger Hypothekenzins gewährleistet, ist. Diese Stabilität kann zu einem besseren emotionalen Wohlbefinden innerhalb der Familie und höheren Schulleistungen führen. Eine stabile Wohnsituation vermeidet auch häufige Schulwechsel, die die Bildungslaufbahn von Kindern negativ beeinflussen können.

Wenn Familien in ihrem Eigentum leben, neigen sie dazu, langfristig im selben Viertel zu bleiben. Dies fördert langanhaltende Freundschaften und Beziehungen sowohl für Kinder als auch für Erwachsene. Die kontinuierliche Nähe zu Freunden und Schulkameraden kann Kindern helfen, stärkere soziale Bindungen zu entwickeln. Ein eigenes Zuhause in einer Gemeinschaft, in der man langfristig plant zu bleiben, fördert das Engagement für die Nachbarschaft und lokale Ereignisse. Es fördert das friedliche und soziale Miteinander.

Eigentum erlaubt Familien, ihr Zuhause nach Bedarf und Wünschen und persönlichen Entwicklung im Alter anzupassen, was bei Mietwohnungen oft nicht möglich ist. Dies kann von der Einrichtung eines Spielzimmers für die Kinder bis hin zur Gestaltung eines kinderfreundlichen Gartens reichen. Diese Anpassungen können die Lebensqualität verbessern und einen sicheren, anregenden Raum für die Entwicklung der Kinder bieten.

Der Erwerb des Eigentums an einer Wohnimmobilie ist eine Investition in die Zukunft der Familie und stellt ein wertvolles Vermögen dar, das an die Kinder weitergegeben werden kann. Dies kann langfristige finanzielle Sicherheit für das Alter und später die kommenden Generationen bieten.

Der Erwerb des Eigentums an einer Wohnimmobilie führt zu einem Zwangssparen aufgrund der regelmäßigen Hypothekenzahlungen und damit zum Aufbau von Eigenkapital der Familien.

Der Bezug auf einen Referenzwohnraum für eine Familie mit 2+ Kindern mit normierten Referenzgrößen und -herstellkosten und einem Referenzzins zum Zeitpunkt des Baubeginns sorgt für eine Gleichbehandlung und damit Gerechtigkeit.

Die Kosten für Bewirtschaftung und Instandhaltung steuerlich anzusetzen, folgt dem Grundverständnis, dass die Kosten des Familienheims hohe Relevanz für die Zukunfts- und Altersvorsorge besitzen. Es reduziert Schwarzarbeit.

Antrag A173-Ä008

Antragsteller/in:	KV Berlin-Tempelhof/Schoeneberg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1929

1929 entwickeln. ~~Das Erbbaurecht wollen wir stärken.~~

Begründung

Die Union ist die Partei des Eigentums. Insbesondere Familie wollen wir auf dem Weg in die eigenen vier Wände unterstützen. Das Erbbaurecht kann zwar eine Finanzierung erleichtern, weil der Grundstücksanteil dann wegfällt. Auf der anderen Seite steht eine kontinuierliche Belastung durch die Erbbaupacht, ohne dass dem Erbbaupächter wirkliches Eigentum zuwächst. Das von uns als Union verfolgte Ziel Altersvorsorge durch Eigentumsbildung erreicht die Erbbaupacht gerade nicht. Auch beim Vererben und Veräußern ergeben sich, jedenfalls am Ende der Pachtzeit, Schwierigkeiten. Die Erbbaupacht kann im Einzelfall eine sinnvolle Lösung sein, generell zu formulieren, dass wir diese stärken – und damit die „normale“ Eigentumsbildung schwächen – wollen, entspricht allerdings nicht der Programmatik der Union.

Antrag A173-Ä009

Änderungsantrag zu A173

Antragsteller/in:	LV Hamburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1929

1929 entwickeln. ~~Das~~Kommunale Grundstücke sollen zukünftig wieder verstärkt und preisgünstig für Eigentumsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, eine Vergabe nach dem Erbbaurecht ~~wollen wir stärken~~soll nur in begründeten Einzelfällen stattfinden.

Begründung

Begründung:

Antrag Grundsatzprogramm: Kommunale Grundstücke

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands hat vor wenigen Wochen den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms beschlossen, welches auf dem 36. Parteitag verabschiedet wird. Die Union bekennt sich in diesem Programm zur Schaffung von Wohnungseigentum für breitere Schichten der Bevölkerung und möchte insbesondere bei der Grunderwerbsteuer familienfreundliche Freibeträge für die erste selbstgenutzte Immobilie einführen und die Nebenkosten beim Erwerb einer Immobilie senken. Das erfolgreiche Baukindergeld soll dauerhaft bereitgestellt werden, zudem sollen regional passende und sichere Mietkaufmodelle entwickelt werden.

Die CDU ermöglicht mit diesen Maßnahmen vielen Menschen trotz mittlerweile höherer Zinsen und Baukosten den Traum vom Eigenheim und beseitigt investitionsfeindliche Hürden. Der Engpass

vielerorts sind aber auch hohe Grundstückspreise und eine unzureichende Mobilisierung von Bauland für Eigentumsmaßnahmen durch die Kommunen. Gefördert wird maßgeblich preiswerter Wohnraum mit Belegungsbindungen für ärmere Schichten der Bevölkerung. Gemischt genutzte Quartiere entstehen so kaum. Zudem findet immer mehr eine Rekommunalisierung statt, indem die Städte selbst wieder als Investoren, Projektentwickler und Vermieter auftreten und private Investoren kaum geeignete Grundstücke mit dem benötigten Baurecht erhalten. Grundstücke werden vielerorts angekauft, aber dem Markt nicht zur Verfügung gestellt. Das Erbbaurecht, welches früher dann genutzt wurde, wenn strategisch wichtige Areale für die Kommunen erhalten und gesichert werden sollten, wird mittlerweile inflationär genutzt und es besteht für viele Marktteilnehmer immer weniger die Chance, ein wirklicher Eigentümer zu werden und auch ein Grundstück mit einer Immobilie als Wert vererben zu können. Das Erbbaurecht konterkariert somit den Ansatz der Union, mehr Menschen wirkliche Eigentümer werden zu lassen und es zerstört das Vertrauen in Genossenschaften, die bisher maßgeblich zu bezahlbarem Wohnraum beigetragen haben.

Antrag A174: Zeile 1930 - 1938: Für Wahlfreiheit in der Mobilität

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A174-Ä010
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1935 - 1936 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1937 - 1938 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1930 **Für Wahlfreiheit in der Mobilität**

1931 **Mobilität ist Ausdruck von Freiheit.** Die menschlichen Bedürfnisse nach
1932 Mobilität hängen maßgeblich von der individuellen Lebenssituation, dem
1933 Verkehrs-, Wohn- und Arbeitsumfeld und den eigenen Vorlieben ab. Wir
1934 schreiben niemandem vor, welches Verkehrsmittel er nutzen soll. Für uns
1935 müssen Individualverkehr und öffentlicher Personenverkehr zusammen
1936 und auch barrierefrei
gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff und Flugzeug sowie Automobil, Rad- und
1937 Fußverkehr sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich sinnvoll. Wir
1938 stehen zum Automobil, unabhängig von der Antriebsart. Klimaneutralität setzen
wir technologieoffen um.

Antrag A174-Ä001

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1931 - 1938

1931 **Mobilität ist Ausdruck von Freiheit.** Die menschlichen Bedürfnisse nach
1932 Mobilität hängen maßgeblich von der individuellen Lebenssituation, dem
1933 Verkehrs-, Wohn- und Arbeitsumfeld und den eigenen Vorlieben ab. Wir
1934 schreiben niemandem vor, welches Verkehrsmittel er nutzen soll. Für uns
1935 müssen Individualverkehr und öffentlicher Personenverkehr zusammen
1936 gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff und Flugzeug sowie Automobil, Rad- und
1937 Fußverkehr sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich sinnvoll. ~~Wir~~
1938 ~~stehen zum Automobil, unabhängig von der Antriebsart~~Das Automobil ist ein zentrales Element unserer Freiheit und unseres Wohlstands.

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung ist sehr defensiv. Das Automobil und die daran hängenden Unternehmen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, Innovationen und Renommee sind essenziell für den Wirtschaftsstandort Deutschland und sollten entsprechend zum Ausdruck kommen.

Antrag A174-Ä002

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1931 - 1938

1931 ~~**Mobilität ist Ausdruck von Freiheit.**~~**Für Wahlfreiheit in der Mobilität.** Mobilität ist Ausdruck von Freiheit. Die menschlichen Bedürfnisse nach
1932 Mobilität hängen maßgeblich von der individuellen Lebenssituation, dem
1933 Verkehrs-, Wohn- und Arbeitsumfeld und den eigenen Vorlieben ab. Wir
1934 schreiben niemandem vor, welches Verkehrsmittel er nutzen soll. Für uns
1935 ~~müssen Individualverkehr und öffentlicher Personenverkehr zusammen~~
1936 ~~gedacht~~muss Mobilität ganzheitlich betrachtet werden~~. Bus, Bahn, Schiff und Flugzeug sowie Automobil, Rad- und~~
1937 ~~Fußverkehr sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich sinnvoll. Wir~~
1938 ~~stehen zum Automobil, unabhängig von der Antriebsart~~, um die Effizienz der Verkehrsnetze weiter zu steigern, Reiseketten zu schließen, Ressourcen zu schonen.

Antrag A174-Ä003

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1935 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Zeile 1934 - 1935

1934 schreiben niemandem vor, welches Verkehrsmittel er nutzen soll. ~~Für~~Für uns
1935 ~~müssen~~muss Mobilität ganzheitlich betrachtet werden, um die Effizienz der Verkehrsnetze weiter zu steigern, Reiseketten zu schließen, Ressourcen zu schonen. Individualverkehr und ~~öffentlicher~~öffentlicher Personenverkehr müssen zusammen

Antrag A174-Ä004

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion, LV Sachsen, KV Heinsberg, KV Koeln
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1935 - 1936

1935 müssen Individualverkehr und öffentlicher Personenverkehr zusammen
1936 und auch barrierefrei
gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff und Flugzeug sowie Automobil, Rad- und

Begründung

Im Bereich der Mobilität haben es Menschen mit Behinderungen besonders schwer. Wenn die Bahnhöfe und Haltestellen im öffentlichen Personennahverkehr nicht barrierefrei sind, können Menschen mit Behinderungen diese Verkehrsmittel schlicht nicht nutzen. Für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist die Mobilität für Menschen mit Behinderungen allerdings besonders wichtig. Daher dürfen an dieser Stelle die Belange von Menschen mit Behinderungen ganz besonders nicht fehlen.

Antrag A174-Ä005

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1935 - 1936

1935 müssen Individualverkehr und öffentlicher Personenverkehr zusammen
1936 und auch barrierefrei gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff und Flugzeug sowie Automobil, Rad- und

Antrag A174-Ä006

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1935

1935 müssen Individualverkehr- motorisiert und nicht motorisiert - und öffentlicher Personenverkehr zusammen

Begründung

Klarstellung, dass hier der Individualverkehr in seine Bandbreite von Fahrrad bis PKW gemeint ist.

Antrag A174-Ä007

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	BezV Aachen, BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1935 - 1936

1935 müssen Individualverkehr und öffentlicher Personenverkehr zusammen
1936 und auch barrierefrei
gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff und Flugzeug sowie Automobil, Rad- und

Antrag A174-Ä008

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1937 - 1938

1937 Fußverkehr sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich sinnvoll. ~~Wir~~
1938 Eine bessere Anbindung und Vernetzung der ländlichen Räume sind Grundlage für adäquate Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Wir müssen die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um die Verkehrsinfrastruktur zügig zu sanieren und bedarfsgerecht auszubauen. Wir
stehen zum Automobil, unabhängig von der Antriebsart.

Antrag A174-Ä009

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1937 - 1938

1937 Fußverkehr sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich sinnvoll. Wir
1938 stehen zum Automobil~~, unabhängig von der Antriebsart~~ und seiner privaten Nutzung und fördern technologieoffen den Umstieg auf nachhaltige Antriebe.

Begründung

Wir müssen konsistent formulieren, Wenn wir aus umwelt- und aus sicherheitspolitischen Gründen

mehr Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern wollen, müssen wir deutlich aufzeigen, dass dies auch für den Individualverkehr gilt. Wenn Deutschland in der Automobilindustrie dauerhaft führend sein soll, geht das nur mit einer klaren Ausrichtung auf nachhaltige Antriebsarten.

Antrag A174-Ä010

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder, KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A174 und A177

Zeile 1937 - 1938

1937 Fußverkehr sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich sinnvoll. ~~Wir~~
1938 Den Radverkehr wollen wir besser mit anderen Verkehrsmitteln kombinieren, unter anderem durch neue Radwege und den Aufbau von Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen. Wir stehen zum Automobil, ~~unabhängig von der Antriebsart~~künftig mit klimaneutralem Antrieb.

Begründung

Aus systematischen Gründen muss die Aussage zum Radverkehr hier platziert werden.

Wir setzen uns für Technologieoffenheit im Autoverkehr ein. Entscheidend ist allerdings nicht die Antriebsart, sondern deren Klimaneutralität.

Antrag A174-Ä011

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1938

1938 stehen zum Automobil, unabhängig von der Antriebsart. Deshalb setzen wir uns weiterhin für den Erhalt, Aus- und Neubau von Straßen ein.

Begründung

Die Mobilität der Menschen und der Transport von Waren und Gütern hängen von einer leistungsfähigen und intakten Infrastruktur ab. Neben einem verstetigten Ausbau mit hohen Investitionen in die Straßeninfrastruktur geht es auch um Substanzerhalt und Zustandsverbesserung des Bestandsnetzes, denn auch autonome Fahrzeuge mit klimafreundlichen Antrieben werden hierauf fahren. Die Straßen als wichtige Pulsadern Deutschlands sollten nicht durch falsche Schwerpunkte bei dem Erhalt der Verkehrsinfrastruktur vernachlässigt werden. Moratorien für den Neubau von Verkehrsinfrastruktur – gleich welcher Art – müssen ausgeschlossen werden, da es die Umstellung auf Fahrzeuge mit Elektromobilität oder Wasserstoffantrieb ad absurdum führen würde. Gerade neue Ortsumgehungen werten zudem die Lebensqualität in Ortsmitten durch geringere Lärm- und

Umweltbelastungen für die Menschen auf und eröffnen neueMöglichkeiten der Stadtgestaltung. Erst dann können Innenstädte und Ortskerne bei Bedarf verkehrsberuhigt werden.

Antrag A174-Ä012

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1938

1938 stehen zum Automobil, unabhängig von der Antriebsart und lehnen ein allgemeines Tempolimit ab.

Begründung

Ein allgemeines Tempolimit steht konträr zu dem Gedanken einer eigenverantwortlichen Bürgergesellschaft.

Antrag A174-Ä013

Änderungsantrag zu A174

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1938

1938 stehen zum Automobil, unabhängig von der Antriebsart. Ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen lehnen wir ab.

Begründung

„Freie Fahrt für freie Bürger“ gehört weiterhin zu unseren Grundsätzen.

Antrag A175: Zeile 1939 - 1944: Die Bahn muss leistungsfähiger, zuverlässiger und kundenfreundlicher werden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1939 - 1944 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1939 **Die Bahn muss leistungsfähiger, zuverlässiger und kundenfreundlicher**
1940 **werden.** Wir werden massiv in unsere Schieneninfrastruktur investieren, um
1941 Strecken zu elektrifizieren, stillgelegte Strecken wieder in Betrieb zu nehmen
1942 und das Hochgeschwindigkeitsnetz auszubauen. ~~Netz und Betrieb~~ Für mehr Wettbewerb müssen
1943 Netz und Betrieb stärker als bisher voneinander getrennt werden. Das Bahnnetz ist
1944 grundsätzlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Antrag A175-Ä001

Änderungsantrag zu A175

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1939

1939 **Wir haben erkannt: Die Bahn muss leistungsfähiger, zuverlässiger und kundenfreundlicher**

Begründung

Eingeständnis von einem Fehlumgang mit der Bahninfrastruktur in den vergangenen Jahrzehnten.

Antrag A175-Ä002

Änderungsantrag zu A175

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1939 - 1944

1939 **Die Bahn muss leistungsfähiger, zuverlässiger und kundenfreundlicher**
werden. Wir werden massiv in unsere Schieneninfrastruktur investieren, um
1941 Strecken zu elektrifizieren, stillgelegte Strecken wieder in Betrieb zu nehmen
1942 und das Hochgeschwindigkeitsnetz auszubauen. Die Organisation von Netz und Betrieb ~~müssen~~
1943 ~~stärker als bisher voneinander getrennt~~muss optimiert werden. Das Bahnnetz ist
1944 grundsätzlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Strukturen im Öffentlichen Personennahverkehr müssen effizienter werden. Dem Fachkräftemangel wollen wir entschieden entgegenwirken.

Antrag A175-Ä003

Änderungsantrag zu A175

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1941 - 1943

1941 Strecken zu elektrifizieren~~,~~ und stillgelegte Strecken wieder in Betrieb zu nehmen
1942 ~~und das Hochgeschwindigkeitsnetz auszubauen~~. Neben dem Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes ist unser Ziel ein stärkeres Zusammenwachsen des innereuropäischen Streckennetzes durch den Ausbau des Nachtzugnetzes. Netz und Betrieb müssen
1943 stärker als bisher voneinander getrennt werden. Das Bahnnetz ist

Begründung

Der Zugverkehr soll konkurrenzfähig zu Auto und Flugzeug ausgebaut werden. Grundlage dafür sind europaweite grenzüberschreitende High-Speed-Verbindungen. Auf den Strecken, die Teil der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) sind, können Hochgeschwindigkeitszüge, wie auch Nachtzüge, als Pull-Faktor ein attraktives Gegenangebot auf Strecken werden, die derzeit schneller mit dem Auto oder einem Flug zurückzulegen sind. So können im Sinne des europäischen Gedankens die europäischen Metropolen modern und leistungsfähig miteinander vernetzt werden.

Antrag A175-Ä004

Änderungsantrag zu A175

Antragsteller/in:	KV Mannheim
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1942

1942 und das Hochgeschwindigkeitsnetz auszubauen. Besondere Priorität haben dabei die Neubaustrecke Frankfurt - Mannheim, die Neubaustrecke Hannover - Hamburg entlang der A 7 und die Neubaustrecke Hannover - Bielefeld. Netz und Betrieb müssen

Begründung

Die konkrete Nennung dieser Schlüsselprojekte setzt ein deutlicheres Signal als das einfache Bekenntnis zur Investition. Diese drei Neubauprojekte sind besonders wichtig, da sie zum einen durch in der Planung berücksichtige Fahrzeiten essenziell für den Deutschlandtakt im Fernverkehr sind. Zum anderen Entlasten sie durch die Umverteilung des Fernverkehrs auf die Neubaustrecken die Altbaustrecken. Auf diesen Altbaustrecken ist so mehr Kapazität für die langsamen Verkehre (Güterverkehr und SPNV). Durch die Trennung des Fernverkehrs und der langsamen Verkehre steigt darüber hinaus die Kapazität der Strecken an, da weniger Überholvorgänge durchgeführt werden müssen.

Antrag A175-Ä005

Änderungsantrag zu A175

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1943

1943 ~~stärker als bisher~~konsequent voneinander getrennt werden, um mehr Wettbewerb zu erzeugen.
Das Bahnnetz ist

Antrag A175-Ä006

Änderungsantrag zu A175

Antragsteller/in:	KV Mannheim
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1943

1943 langfristig stärker als bisher voneinander getrennt werden. Das Bahnnetz ist

Begründung

Aktuell muss der Fokus auf der Sanierung und auf dem Neubau des Netzes liegen. Durch die Gründung der InfraGO AG sind die Gegebenheiten für diese Aufgaben seitens DB gegeben. Aufgabe der Bundesregierung muss es nun sein, die Projekte zu finanzieren und die Planung zu beschleunigen. Eine stärkere Trennung von Infrastruktur und Betrieb kann langfristig sinnvoll sein. Es gibt international hierfür sowohl positive als auch negative Beispiele. Die in Sachen Pünktlichkeit oft herangezogenen Nachbarländer Österreich und Schweiz haben deutlich integriertere Bahnbetriebe als Deutschland und beweisen damit, dass eine Trennung von Netz und Betrieb nicht zwangsweise notwendig sein muss. Aktuell würde eine grundsätzliche Umstrukturierung des DB-Konzerns den Ausbau des Bahnverkehrs verlangsamen, da die neuen Strukturen erst erprobt werden müssen.

Antrag A175-Ä007

Änderungsantrag zu A175

Antragsteller/in:	KV Peine
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1944

1944 grundsätzlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gilt als kritische Infrastruktur.

Antrag A175-Ä008

Änderungsantrag zu A175

Antragsteller/in:	KV Stormarn
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1944

1944 grundsätzlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Weil das so ist und ein wesentlicher Teil des Bruttosozialproduktes auf und mithilfe der

Schiene erwirtschaftet wird, darf Bahnmobilität nicht übermäßig beschwert werden. Technische Beeinträchtigungen sind abzuschaffen, Arbeitskämpfe kurz und Preise stabil zu halten.

Antrag A175-Ä009

Änderungsantrag zu A175

Antragsteller/in:	KV Wesel
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1944

1944 grundsätzlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Zur Sicherheit aller Bürger sind alle Eisenbahnkreuzungen mit der besten technischen Sicherung (Bahnschranken) auszurüsten. Die zuständigen Gesetze (Eisenbahnkreuzungsgesetz) sind entsprechend zu ändern.

Begründung

In der Entwurfsfassung zum neuen CDU-Grundsatzprogramm wird vermerkt, dass die Bahn leistungsfähiger, zuverlässiger und kundenfreundlicher werden soll. Es wird ausgeführt, dass massiv in die Schieneninfrastruktur investiert werden soll, um zu elektrifizieren, stillgelegte Strecken wieder in Betrieb zu nehmen und das Hochgeschwindigkeitsnetz auszubauen. Es wird ausgeführt, dass das Bahnnetz grundsätzlich ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist. Zur Sicherungsvorsorge aller Bürger im Bereich der Kreuzungen Schiene/Straße wird leider nichts ausgeführt. Aufgrund der Tatsache, dass die vorgenannten Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur eine erhöhte Unfallgefahr an den Eisenbahnkreuzungen bedeutet, ist eine technische Sicherung aller Bahnübergänge erforderlich.

Antrag A175-Ä010

Änderungsantrag zu A175

Antragsteller/in:	KV Mainz-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1944

1944 grundsätzlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir brauchen Investitionen in Bahnhöfe als moderne Eingangstore in Städte.

Begründung

Um eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs zu gewährleisten, braucht es Investitionen in Bahnhöfe. Vielerorts sind Bahnhöfe nicht barrierefrei, aufgrund schlecht gewarteter Fahrtreppen und Aufzüge. Die bauliche Substanz ist für Gewerbetreibende oft unzureichend und wirkt auf viele Pendler abschreckend. Besonders auf Bahnhofsvorplätzen ist das subjektive Sicherheitsempfinden viele Bürger reduziert. Für eine erfolgreiche Attraktivitätssteigerung

der Bahn, müssen Bahnhöfe mitgedacht werden.

Antrag A176: Zeile 1945 - 1949: Der öffentliche Nahverkehr muss attraktiver werden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1945 - 1949 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1945 **Der öffentliche Nahverkehr muss attraktiver werden.** Der öffentliche
1946 Personennahverkehr muss schneller ausgebaut werden, damit das Angebot
1947 sowie die Zuverlässigkeit der Versorgung steigen. Sie sind wichtiger als die
1948 weitere Senkung der Fahrpreise. Es braucht ein robustes Schienennetz und
1949 mehr Mobilität auf Nachfrage.

Antrag A176-Ä001

Änderungsantrag zu A176

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1945

1945 **Der öffentliche Nahverkehr muss attraktiver und barrierefrei werden.** Der öffentliche

Antrag A176-Ä002

Änderungsantrag zu A176

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1945 - 1946

1945 **Der öffentliche Nahverkehr muss attraktiver werden.** Der öffentliche
1946 ~~Personennahverkehr muss schnell ausgebaut~~Nah- und Fernverkehr muss attraktiver und bezahlbar werden, damit das Angebot

Antrag A176-Ä003

Änderungsantrag zu A176

Antragsteller/in:	Thomas Heilmann MdB, und 577 weitere Mitglieder, KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1945 - 1946

1945 **Der öffentliche ~~Nahverkehr~~Nah- und Fernverkehr muss attraktiver werden.** Der öffentliche
1946 Personen~~nah~~verkehr muss schnell ausgebaut werden, damit das Angebot

Begründung

Die richtige Aussage für den Nahverkehr muss erst recht für den schienengebundenen Fernverkehr öffentlicher und privater Anbieter gelten.

Antrag A176-Ä004

Änderungsantrag zu A176

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1945 - 1949

1945 **Der öffentliche Nahverkehr muss attraktiver ~~werden.~~und barrierefrei werden.** ~~Der öffentliche~~

1946 Der öffentliche Personennahverkehr muss schnell bedarfsgerecht ausgebaut werden, damit das Angebot
1947 sowie die Zuverlässigkeit der Versorgung steigen. Sie sind wichtiger als die
1948 weitere Senkung der Fahrpreise. Es braucht ein robustes Schienennetz und
1949 mehr bedarfsorientierte Mobilität auf Nachfrage.

Antrag A176-Ä005

Änderungsantrag zu A176

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, LV Nordrhein-Westfalen, LV Sachsen, BezV Aachen, BezV Suedbaden, KV Heinsberg, KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1946

1946 Personennahverkehr muss schnell und barrierefrei ausgebaut werden, damit das Angebot

Begründung

Siehe Begründung unter Ziffer 9. In diesem Absatz sollte der Begriff "barrierefrei" allerdings auch erwähnt werden, da ansonsten davon ausgegangen wird, dass wir den Ausbau zwar schnell wollen, aber nicht barrierefrei. Das wäre ein Signal an die Menschen mit Behinderungen, das sehr große Kritik aufkommen lassen würde.

Antrag A176-Ä006

Änderungsantrag zu A176

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1946

1946 Personennahverkehr muss schneller ausgebaut werden und nachhaltiger finanziert werden, damit das Angebot

Begründung

Ohne ein Bekenntnis zur nachhaltigen Finanzierung ist die Forderung ohne Wirkung.

Antrag A176-Ä007

Änderungsantrag zu A176

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1947 - 1948

1947 sowie die Zuverlässigkeit der Versorgung steigen. ~~Sie sind wichtiger als die~~
1948 ~~weitere Senkung der Fahrpreise.~~ Es braucht ein robustes Schienennetz und

Begründung

Der Satz muss hier rausgenommen werden.

Antrag A176-Ä008

Änderungsantrag zu A176

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1947

1947 sowie die Zuverlässigkeit der Versorgung steigen. ~~Sie sind~~ Mit On-*Demand*-Verkehren wollen wir Angebote des Personennahverkehr an Orten und zu Zeiten ermöglichen, an denen und zu denen der klassischen ÖPNV an Wirtschaftlichkeitsgrenzen stößt. Eine Ausweitung des Angebots istwichtiger als die

Begründung

Die CDU sollte erkennen lassen, dass auch der politisch erwünschte Ausbau des ÖPNV Überlegungen des Wirtschaftlichkeit folgen muss und Ausbau nicht heißt, dass in jedem Ort und Stadtteil 24/7 Bus und Bahn fahren, sondern dass hier andere und innovative Optionen die Lösung sein können.

Antrag A176-Ä009

Änderungsantrag zu A176

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1947 - 1948

1947 sowie die Zuverlässigkeit der Versorgung steigen. ~~Sie sind wichtiger als die~~
1948 ~~weitere Senkung der Fahrpreise.~~ Es braucht ein robustes Schienennetz und

Antrag A176-Ä010

Änderungsantrag zu A176

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1948

1948 weitere Senkung der Fahrpreise. Es braucht ein robustes Schienennetz, mehr Barrierefreiheit und

Antrag A176-Ä011

Änderungsantrag zu A176

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1949

1949 mehr Mobilität auf Nachfrage. Sicherheit und Sauberkeit sind für uns weitere Voraussetzungen für einen attraktiven öffentlichen Personenverkehr.

Begründung

Dieser Aspekt wird gern nicht genannt, ist aber wesentlich, um weitere Nutzer für den ÖPNV zu gewinnen. Wer, wenn nicht die CDU sollte diesen Aspekt auch klar ansprechen?

Antrag A177: Zeile 1950 - 1958: Wir setzen auf eine moderne Mobilität und Technologieführerschaft

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A174-Ä010, A177-Ä007
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1953 - 1955 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1956 - 1958 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

1950 **Wir setzen auf eine moderne Mobilität und Technologieführerschaft.** Wir
1951 wollen die Technologieführerschaft für nachhaltige Antriebe, in der Luftfahrt,
1952 bei Flugtaxis und Drohnen gewinnen. Den Zukunftsmarkt Shared Mobility
1953 werden wir stärken. Den Radverkehr wollen wir besser mit anderen
1954 Verkehrsmitteln kombinieren, unter anderem durch neue Radwege, Lückenschlüsse im Radwegenetz und den
1955 Aufbau von ~~Fahrradparkhäusern~~Mobilstationen, insbesondere an ~~Bahnhöfen.~~ Verkehrsknotenpunkten.
Die Zukunft des
1956 Güterverkehrs gehört dem emissionsfreien Lastenverkehr, der Schiene und
1957 den Wasserstraßen. Wir werden dabei auch neue Technologien wie den
1958 Hyperloop in den Blick nehmen und Deutschland zum Motor für Forschung und Innovation im Bereich Mobilität machen.

Antrag A177-Ä001

Änderungsantrag zu A177

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1950

1950 **Wir setzen auf eine moderne, klimafreundliche Mobilität und Technologieführerschaft.** Wir

Antrag A177-Ä002

Änderungsantrag zu A177

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Nord
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1950 - 1957

1950 **Wir setzen auf eine moderne Mobilität und Technologieführerschaft.** Wir
1951 wollen die Technologieführerschaft für nachhaltige Antriebe, in der Luftfahrt,
1952 bei Flugtaxis und Drohnen gewinnen. Den Zukunftsmarkt Shared Mobility
1953 werden wir stärken. Den Radverkehr wollen wir besser mit anderen
1954 Verkehrsmitteln kombinieren, unter anderem durch neue Radwege und den
1955 Aufbau von Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen. Die Zukunft des
1956 Güterverkehrs gehört dem emissions~~frei~~neutralen Lastenverkehr, der Schiene und
1957 den Wasserstraßen. Wir werden dabei auch neue Technologien wie den

Begründung

Die derzeit für die Transport- und Logistikbranche angedachten Wasserstoffantriebe sind nicht emissionsfrei (Wasser, Strommix zur Synthese von Wasserstoff etc.). Sie können jedoch hinsichtlich ihrer Klimawirkung emissionsneutral sein, was wiederum im Einklang mit dem in Zeile 186 gesetzten

Ziel der Klimaneutralität ist.

Antrag A177-Ä003

Änderungsantrag zu A177

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1950 - 1958

1950 **Wir setzen auf eine moderne, klimafreundliche Mobilität und Technologieführerschaft.** Wir
1951 wollen die Technologieführerschaft für nachhaltige Antriebe, in der Luftfahrt,
1952 bei Flugtaxis und Drohnen gewinnen. Den Zukunftsmarkt Shared Mobility
1953 werden wir stärken. Den Radverkehr wollen wir besser mit anderen
1954 Verkehrsmitteln kombinieren, unter anderem durch neue Radwege ~~und den~~
1955 , durch Lückenschlüsse im Radwegenetz und den Aufbau von ~~Fahrradparkhäusern~~Mobilstationen, insbesondere an ~~Bahnhöfen~~Verkehrsknotenpunkten. Die Zukunft des
1956 Güterverkehrs gehört dem emissionsfreien Lastenverkehr, der Schiene und
1957 den Wasserstraßen. Wir werden dabei auch neue Technologien wie den
1958 Hyperloop in den Blick nehmen~~.~~

Antrag A177-Ä004

Änderungsantrag zu A177

Antragsteller/in:	KV Saalekreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1952 - 1953

1952 bei Flugtaxis und Drohnen gewinnen. Den Zukunftsmarkt ~~Shared Mobility~~
1953 gemeinsam nutzbarer Verkehrsmittel (Shared Mobility)
werden wir stärken. Den Radverkehr wollen wir besser mit anderen

Begründung

Ein Parteiprogramm sollte für alle Mitglieder ohne ein Wörterbuch verständlich sein.

Antrag A177-Ä005

Änderungsantrag zu A177

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1952

1952 bei Flugtaxis und Drohnen gewinnen. Durch die Schaffung einer Experimentierklausel soll die

Förderung von Mikrohubs und unbemannten (Transport-)Drohnen im Rahmen der Logistik Realität werden und die Ansiedlung neuer Technologien fördern, urbane Zentren entlasten sowie die Versorgung ländlicher Räume und Inseln - etwa mit medizinischen Produkten - verbessern. Den Zukunftsmarkt Shared Mobility

Begründung

Die sogenannte letzte Meile ist im Warenverkehr, die schwierigste und zeitintensivste Station. Insbesondere entlegenere Orte, aber auch überfüllte Verkehrsbereiche könnten durch die Eröffnung einer Zustellung von priorisierten und zeitkritischen Waren über eine neue Ebene der Zustellung von kompakten Gütern Verbesserungen durch Verlässlichkeit und Entlastung erreichen.

Antrag A177-Ä006

Änderungsantrag zu A177

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1954 - 1955

1954 Verkehrsmitteln kombinieren, unter anderem durch neue Radwege ~~und den~~
1955 , durch Lückenschlüsse im Radwegenetz und den Aufbau von ~~Fahrradparkhäusern~~Mobilstationen, insbesondere an ~~Bahnhöfen~~Verkehrsknotenpunkten. Die Zukunft des

Antrag A177-Ä007

Änderungsantrag zu A177

Antragsteller/in:	KV Mainz-Stadt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A177

Zeile 1954 - 1955

1954 Verkehrsmitteln kombinieren, unter anderem durch neue Radwege ~~und den~~
1955 ~~Aufbau von Fahrradparkhäusern~~. Wir setzen uns für eine intelligente Vernetzung aller Verkehrsträger ein, besonders an Verkehrsknotenpunkten wie Bahnhöfen. Die Zukunft des

Begründung

Die bisherige Formulierung ist unnötig konkret. Grundsätzlich (sic!) geht es uns um die Vernetzung von Verkehrsträgern, sodass beispielsweise Pendler, die aus dem Umland einer Metropole per Zug in die Stadt kommen, die letzten Kilometer zum Arbeitsplatz ebenfalls schnell bewältigen können. Dabei können Fahrradparkhäuser eine Option darstellen. Jedoch sind nicht alle Konzepte ausgereift, wie das Beispiel des Fahrradradhauses in Mainz zeigt. Daher ist die einseitige Zuspitzung an der Stelle nicht zielführend.

Antrag A177-Ä008

Änderungsantrag zu A177

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1957 - 1958

1957 den Wasserstraßen. Wir werden dabei auch neue Technologien ~~wie den~~
1958 ~~Hyperloop~~ in den Blick nehmen und Deutschland dabei zum Motor für Forschung und Innovation im Bereich Mobilität machen, der innovative Fortbewegung ermöglicht.

Begründung

Um Entwicklungen voranzutreiben, die den Verkehrsfluss steigern, sollte im Fokus der zukunftsgewandten Mobilitätspolitik verstärkt in die Entwicklung von autonomer Mobilität, Robotik, intelligenter Automatisierung und Sensorik, Edge-AI-Computing sowie in die Schlüsseltechnologien in den Bereichen Batteriezellen, Wasserstoff, E-Fuels, Halbleiter und Software investiert werden. Dies betrifft zahlreiche Unternehmen sowie zahlreiche Prototypen sämtlicher Verkehrsmittel. Mit einer Vorfestlegung auf Hyperloop würde eine Verengung auf nur ein spezifisches Verkehrsmittel / Unternehmen dieser Art einhergehen, das an dieser Stelle zu exklusiv erscheint, da es andere vielversprechende technische Innovationen der Fortbewegung außen vor lässt, die es ansonsten wert wären gleichermaßen explizite Erwähnung zu finden.

Antrag A177-Ä009

Änderungsantrag zu A177

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1957 - 1958

1957 den Wasserstraßen. Wir werden dabei auch neue Technologien ~~wie den~~
1958 ~~Hyperloop~~ in den Blick nehmen.

Antrag A177-Ä010

Änderungsantrag zu A177

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1958

1958 Hyperloop in den Blick nehmen.

Wir werden Deutschland zum Marktführer bei automatisiertem Fahren machen. Wir brauchen ein Straßenverkehrsrecht, dass auch den zukünftigen Anforderungen der Mobilität gerecht wird. Der notwendige Ausbau der Netze muss verstärkt forciert werden, damit es uns gelingt, Fahrzeuge sowohl untereinander als auch mit der Infrastruktur, wie beispielsweise

Ampeln und Lichtanlagen, zu vernetzen.

Begründung

Das weltweit erste Gesetz zum autonomen Fahren bis SAE-Level 4 (Vollautomatisiert - Eingriffsmöglichkeit des Fahrers möglich) von 5 ist dabei ein wichtiger Schritt für die Einführung des automatisierten Fahrens. Ziel muss es sein, autonomes Fahren bis SAE-Level 5 deutschlandweit flächenmäßig möglich zu machen. Für den flächendeckenden Erfolg autonomer Mobilität ist es von maßgeblicher Bedeutung, dass Regularien international, mindestens aber EU-weit, harmonisiert und gemeinsame Standards entwickelt werden. Mobilität muss für Menschen und Güter durch das Teilen, Tauschen und Veredeln von Daten nach dem Open-Data-Prinzip effizienter, flexibler und passgenauer werden. Nur wenn es gelingt, Fahrzeuge sowohl untereinander (Vehicle-2-vehicle) als auch mit der Infrastruktur (Vehicle-2-infrastructure) wie beispielsweise smarten Ampel- und Lichtanlagen zu vernetzen, wird die Anschaffung eines intelligenten Fahrzeugs auch für alle Bürgerinnen und Bürger attraktiv. Dabei müssen die rechtlichen Rahmenbedingen so geändert werden, dass unentbehrliche Daten wie die Position des Autos und die Route mit anderen Fahrzeugen und smarter Infrastruktur geteilt werden können. Datenschutz ist wichtig, darf aber nicht zur Innovationsbremse werden.

Antrag A177-Ä011

Änderungsantrag zu A177

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1958

1958 Hyperloop in den Blick nehmen. Deutschland soll darüber hinaus zu einer führenden Nation in der Raumfahrtindustrie werden und dabei im Rahmen einer nationalen Raumfahrtstrategie die Einrichtung eines fest installierten Weltraumbahnhofs vorantreiben.

Begründung

Deutschen Weltraumunternehmen soll eine Möglichkeit geboten werden, ihre Klein- und Kleinstraketen von Deutschland aus starten zu können und den deutschen Wirtschaftsstandort durch diese spezielle Infrastruktur zu stärken. Andere Länder in der EU planen schön länger an eigenen Startrampen und Weltraumbahnhöfen, um ihre Startups in der Weltraumbranche zu unterstützen. Das Weltraumzeitalter ist spätestens seit den erfolgreichen Starts privater Unternehmen nicht mehr alleine in der Hand staatlicher Unternehmen, sondern wird in Windeseile von der Privatwirtschaft erobert. Auch in Deutschland gibt es Unternehmen (z. B. Isar Aerospace, Rocket Factory Augsburg Unternehmen, ...), die von einem deutschen Weltraumbahnhof profitieren würden. Es gibt auch schon sinnvolle Ideen und Konzepte, wie zum Beispiel eine Startrampe Rostock oder eine schwimmende Startplattform in der Nordsee. Deutschland muss jetzt in diese zukunftsträchtige Infrastruktur investieren.

Antrag A177-Ä012

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 1958

1958 ~~Hyperloop~~Transrapid und ähnliche auf Magnetfeldern basierende Fortbewegungsmittel in den Blick nehmen.

Begründung

Statt ungetestete und teure US-Technologien in unserem Grundsatzprogramm namentlich zu erwähnen, sollten wir zunächst an den gut funktionierenden deutschen Transrapid denken.

Antrag A178: Zeile 1959 - 1978: Finanzielle Spielräume für kommende Generationen sichern

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1962 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1959 **Finanzielle Spielräume für kommende Generationen sichern**

1960 **Solide Finanzen sind ein Gebot der Generationengerechtigkeit.** Die
1961 Garantie dafür ist die Schuldenbremse. Sie sichert die langfristige
1962 Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte. Grundsätzlich sollten öffentliche Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt werden. Wir wollen, dass auch zukünftige
1963 Generationen die Ziele ihrer Politik selbst definieren und eigene
1964 finanzwirksame Entscheidungen treffen können. Es soll der Grundsatz
1965 gelten, dass in Krisenzeiten aufgenommene Schulden in einer Generation
1966 zurückgezahlt werden.

1967 **Wir stehen zu den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und -klarheit.**
1968 Schattenhaushalte wie schuldenfinanzierte „Sondervermögen“ erschweren
1969 die Einhaltung dieser Prinzipien. Deshalb lehnen wir Schattenhaushalte
1970 grundsätzlich ab. Schuldenfinanzierte „Sondervermögen“ dürfen nur in
1971 äußersten Ausnahmefällen eingerichtet und später nicht für andere Zwecke
1972 umgewidmet werden.

1973 **Wir wollen transparente und vergleichbare Haushalte.** Wir wollen, dass
1974 alle staatlichen Leistungen mit Wirkungskennzahlen verknüpft und
1975 regelmäßig überprüft werden.Die Bürger müssen die Möglichkeit erhalten,

sich jährlich und digital darüber zu informieren. Zukunftsausgaben müssen aus dem Kernhaushalt finanziert werden. Haushalte müssen immer auch ihre Zukunftslasten ausweisen.

Antrag A178-Ä001

Änderungsantrag zu A178

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1960 - 1961

Solide Finanzen sind ein Gebot der Generationengerechtigkeit. ~~Die~~ Schulden der öffentlichen Haushalte sind die Steuer- und Abgabenlasten der Zukunft. Wir Christdemokraten fordern deshalb eine verbesserte Haushaltsdisziplin. Jede Änderung von Artikel 109 des Grundgesetzes, die eine erleichterte Kreditaufnahme ermöglichen würde, lehnen wir ab - die “Schuldenbremse” muss bleiben. Wir gehen aber sogar noch weiter und sagen: Die öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Kreise, Kommunen und sonstige) sollen künftig nicht mehr ausgeben als sie einnehmen, ohne dabei Kredite aufzunehmen. Eine weitere Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte wird es mit uns nicht geben. Die Garantie dafür ist die Schuldenbremse. Sie sichert die langfristige

Begründung

Wir Christdemokraten wollen ein Leben in Freiheit ermöglichen und deshalb die Überregulierung abschaffen und Bürokratie abbauen und die Steuer- und Abgabenbelastung senken. Das erfordert auch verbesserte Haushaltsdisziplin der öffentlichen Haushalte einschließlich einer Obergrenze für Kreditaufnahmen. Außerdem muss der Staatsapparat auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen, auch quasi-staatliche Stellen wie Sozialversicherungsträger) verkleinert werden, denn wo weniger Leute die Bürokratie betreiben, gibt es auch weniger Bürokratie, zugleich sinken die Kosten.

Antrag A178-Ä002

Änderungsantrag zu A178

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1964 - 1966

finanzwirksame Entscheidungen treffen können. Es soll der Grundsatz gelten, dass in Krisenzeiten aufgenommene Schulden ~~in einer Generation zurückgezahlt~~einen festen Tilgungsplan erhalten, mit dem kommende Generationen geringstmöglich belastet werden.

Begründung

Tatsächlich leben zu jedem Zeitpunkt drei bis vier Generationen gleichzeitig. Es wäre daher

überambitioniert und würde Investitionsspielräume schmälern, wenn man Schulden in nur einer Generation zurückzahlen wollte.

Antrag A178-Ä003

Änderungsantrag zu A178

Antragsteller/in:	KV Nordfriesland
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1974

1974 alle staatlichen Leistungen ~~mit Wirkungskennzahlen verknüpft und~~

Antrag A178-Ä004

Änderungsantrag zu A178

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1978

1978 ihre Zukunftslasten ausweisen. Damit das Haushaltsgebaren in Bund und Ländern transparent ist, werden wir den Finanzbericht zu einer Konzernbilanz ausbauen, der die Finanzbeziehungen zwischen Haushalt, Sondervermögen und vergleichbaren Töpfen einschließlich der über den Zeitraum der Finanzplanung hinausgehenden Verpflichtungen aufzeigt.

Begründung

Die Zusammenhänge und Verpflichtungen sind nur noch von wenigen Experten überschaubar. Um Überforderungen zu vermeiden, muß auch der interessierte Bürger in die Lage versetzt werden, sich einen Überblick zu verschaffen. In der Wirtschaft und bei den Kommunen haben wir das Instrument der Konzernbilanz. Das brauchen wir auch für Bund und Länder.

Antrag A178-Ä005

Änderungsantrag zu A178

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A190 und A198

Zeile 1978

1978 ihre Zukunftslasten ausweisen.

Wir wollen nachhaltige Kommunalfinanzen. Die Kommunen bilden die Grundlage unseres Staates und sind für die Regelung der örtlichen Belange unverzichtbar. Deshalb stehen wir zu einer soliden finanziellen Ausstattung der Kommunen und wenden das Konnexitätsprinzip an. Auch indirekte Übertragung von Aufgaben an Kommunen ohne Kostendeckung versuchen wir zu

vermeiden."

Begründung

Solide Kommunalfinanzen sind zwingend notwendig, wenn man den Subsidiaritätsgedanken ernst meint. Seit Jahren sind diese jedoch nicht in Lage wirtschaftlich zu agieren und bauen erheblich Eigenkapital ab, während der Bund und die Länder Entscheidungen treffen, die die Kommunen weiter – teilweise indirekt – belasten. Beispiele sind die Kosten für die Unterbringung von Geflüchteten, die Umsetzung des Bürgergeldes oder das 49-Euro-Ticket.

Antrag A179: Zeile 1979 - 1989: Wir verlangen klare Haushaltsregeln in der EU

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

1979 **Wir verlangen klare Haushaltsregeln in der EU.** Eine verlässliche und
1980 stabilitätsorientierte Fiskalpolitik in Europa schafft eine starke EU und ist
1981 wesentlich für den dauerhaften Zusammenhalt der Staatengemeinschaft. Die
1982 Fiskalregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und des Fiskalvertrages
1983 müssen weiterentwickelt werden. Dabei müssen die Maastricht-Kriterien,
1984 insbesondere die Schuldenstandsquote von 60 Prozent des
1985 Bruttoinlandsproduktes (BIP) und das jährliche Defizit-Kriterium von drei
1986 Prozent des BIP, weiterhin für alle Mitgliedstaaten verbindlich bleiben. Damit
1987 setzen wir ein klares Signal für Haushaltsdisziplin. Eine direkte
1988 Verschuldung auf europäischer Ebene, insbesondere verbunden mit einer
1989 gesamtschuldnerischen Haftung, lehnen wir ab.

Antrag A180: Zeile 1990 - 2009: Ein Staat, der funktioniert und vorangeht

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1991 - 1992 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 1993 - 2009 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

1990 Ein Staat, der funktioniert und vorangeht

1991 Wir Christdemokraten wollen einen Staat, der Sicherheit gibt, Freiräume
1992 respektiert und schafft und den Einzelnen nicht bevormundet. Wir sind stolz auf

unser schönes Land
- auf unser Grundgesetz, den Rechtsstaat, unsere föderale Ordnung und unsere stabile Demokratie. All das haben wir seit Gründung der Bundesrepublik entscheidend geprägt.

Mit den Herausforderungen wachsen auch die Anforderungen an einen funktionierenden Staat. Wir blicken heute auf einen modernisierungsbedürftigen Staat. Zuständigkeiten sind oftmals nicht klar verteilt. Vieles läuft zu langsam, zu bürokratisch, zu analog, zu kompliziert.

Wir brauchen für unseren Staat einen Modernisierungsschub. Vieles muss auf den Prüfstand gestellt, Strukturen und Hierarchien müssen neu gedacht, Prozesse schneller und effizienter werden. Leitend dafür ist die Frage, bei welchen Aufgaben die Staatstätigkeit reduziert werden kann. Privat vor Staat ist dabei das bestimmende Grundprinzip. Überflüssige Bürokratie zugunsten einer leistungsfähigen bürgernahen Verwaltung abzubauen, ist eine dringende und ständige Aufgabe.

Die Kraft für diesen Modernisierungsschub, für mehr Aufbruch und Erneuerung steckt in uns. Wir arbeiten entschlossen daran, unser Staatswesen fit für die Zukunft zu machen.

Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Antrag A180-Ä001

Änderungsantrag zu A180

Antragsteller/in:	KV Duesseldorf
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1990

~~1990 Ein Staat, der funktioniert und vorangeht~~

Ein Staat, der funktioniert

Begründung

Begründung: Ein Staat, „der vorangeht“ – das klingt bevormundend und besserwisserisch und passt nicht den folgenden Ausführungen, die zu Recht auf Effizienz, Modernität, Lernfähigkeit, Agilität des Staates ausgerichtet sind.

Antrag A180-Ä002

Änderungsantrag zu A180

Antragsteller/in:	KV Luebeck

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1991 - 1992

1991 Wir Christdemokraten wollen einen Staat, der Sicherheit gibt, Freiräume
1992 respektiert und
schafft und den Einzelnen nicht bevormundet. Wir sind stolz auf unser Land

Begründung

Die Ursprungsformulierung, dass der Staat Freiräume „schafft“, könnte so verstanden werden, dass Handlungsfreiheiten und nicht regulierte Bereiche ein großzügiges Entgegenkommen des Staates sind. Der Zustand des Freiraums ist in vielen Fällen nicht vom Staat zu schaffen, sondern existiert (gewissermaßen „vorstaatlich“) und sollte aus einem CDU-Staatsverständnis auch vom Staat „respektiert“ werden = nicht ohne besonderen Grund „angefasst“ werden.

Antrag A180-Ä003

Änderungsantrag zu A180

Antragsteller/in:	KV Rhein-Kreis Neuss
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 1992

1992 schafft und den Einzelnen nicht bevormundet. Wir sind stolz auf unser schönes Land

Antrag A180-Ä004

Änderungsantrag zu A180

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1995

1995 Bundesrepublik ~~entscheidend geprägt~~wesentlich mitgeprägt.

Begründung

Wir waren in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die wichtigste Regierungspartei. Wir sollten aber nicht den Eindruck erwecken, wir hätten die Entwicklung unseres Landes allein gestaltet.

Antrag A180-Ä005

Änderungsantrag zu A180

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1997

1997 Staat mit einer funktionierenden ~~Staat~~, bürgernahen öffentlichen Verwaltung. Wir blicken heute auf einen

Antrag A180-Ä006

Änderungsantrag zu A180

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 1997 - 1998

1997 funktionierenden Staat. ~~Wir blicken heute auf einen~~
1998 ~~modernisierungsbedürftigen Staat.~~ Zuständigkeiten sind oftmals nicht klar

Antrag A180-Ä007

Änderungsantrag zu A180

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2000 - 2003

2000 Wir brauchen für unseren Staat einen Modernisierungsschub. Wir sind häufig zu hierarchisch, zu bürokratisch und zu langsam. Vieles muss
2001 auf den Prüfstand gestellt, Strukturen und Hierarchien müssen neu gedacht
2002 werden. Leitend dafür ist die Frage, bei welchen Aufgaben die Staatstätigkeit
2003 reduziert werden kann. ~~Überflüssige~~ Bürokratie zugunsten einer

Antrag A180-Ä008

Änderungsantrag zu A180

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2003

2003 reduziert werden kann. Privat vor Staat ist dabei das bestimmende Grundprinzip. Überflüssige Bürokratie zugunsten einer

Antrag A181: Zeile 2010 - 2016: Wie wir den Staat denken

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2010 - 2016 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

2010 **Wie wir den Staat denken**

2011 **Wir wollen einen dienenden Staat.** Der Staat ist nicht für sich selbst,
2012 ~~sondern für die~~sondern für die Bürgerinnen und Bürger gegründet. Er darf ~~die Bürger~~sie nicht bevormunden,
2013 sondern er muss ihre Freiheit schützen, ihnen Sicherheit bieten und die
2014 Grundversorgung sicherstellen. Wir streben konsequent nach einem Staat,
2015 der den Bürgern mehr ermöglicht, als er verhindert. In unserem Staat trägt
2016 dabei jeder und jede Einzelne als Bürger immer auch Verantwortung für das Ganze.

Antrag A181-Ä001

Änderungsantrag zu A181

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2011

2011 **Wir wollen einen dienstleistenden Staat.** Der Staat ist nicht für sich selbst,

Antrag A181-Ä002

Änderungsantrag zu A181

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2011 - 2012

2011 **Wir wollen einen dienenden Staat.** Der Staat ist ~~nicht für sich selbst,~~
2012 ~~sondern für die Bürger gegründet~~kein Selbstzweck, sondern dient den Bürgern und ist durch diese begründet. Er darf die Bürger nicht bevormunden,

Antrag A181-Ä003

Änderungsantrag zu A181

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2012 - 2016

2012 sondern für die Bürgerinnen und Bürger gegründet. Er darf ~~die Bürger~~sie nicht bevormunden,
2013 sondern er muss ihre Freiheit schützen, ihnen Sicherheit bieten und die
2014 Grundversorgung sicherstellen. Wir streben konsequent nach einem Staat,
2015 der den Bürgern mehr ermöglicht, als er verhindert. In unserem Staat trägt
2016 dabei jeder und jede Einzelne als Bürger immer auch Verantwortung für das Ganze.

Antrag A181-Ä004

Änderungsantrag zu A181

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2013

2013 sondern er muss ihre Freiheit schützen,individuelle und Gruppeninteressen gegeneinander abwägen und ausgleichen, ihnen Sicherheit bieten und die

Antrag A181-Ä005

Änderungsantrag zu A181

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2014 - 2015

2014 Grundversorgung sicherstellen. ~~Wir streben konsequent nach einem Staat,~~
2015 Unser Staatsverständnis und politisches Ziel ist es, dass der ~~den Bürgern mehr~~Staat Initiative und Entfaltung ermöglicht, ~~als er verhindert~~statt diese durch Überregulierung zu verhindern. In unserem Staat trägt

Begründung

Die Ursprungsformulierung überbetont den Staat als Institution, die vermeintlich eigenständig Bürgern Freiheiten ermöglichen oder beschneiden kann. Die Neuformulierung betont stärker, dass die Ausrichtung des Staates der durch die Politik vorgegeben Richtung folgt und wir hier explizite Vorstellungen mit Blick auf staatliches Agieren haben.

Antrag A182: Zeile 2017 - 2026: Wir wollen einen funktionierenden Staat

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2017 - 2026 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

2017 **Wir wollen einen funktionierenden Staat.** Als CDU geben wir den Bürgern
2018 in unserem Land ein Versprechen: Wir arbeiten für einen Staat, der
2019 funktioniert~~. Für~~ - für einen Staat, der durch Reformen schneller, funktionaler~~,~~
2020 und effizienter wird. Wir müssen raus aus der Komplexitätsfalle, also Prozesse
2021 verschlanken ~~und~~, vereinfachen und digitalisieren. Dazu werden wir

Führungsebenen
reduzieren, Teamarbeit etablieren, die Möglichkeit zur Besetzung von Führungspositionen mit externen Experten auf Zeit ermöglichen und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung Erfahrungen in privaten Organisationen machen lassen. Kurzum: Wir wollen einen modernen, agilen und handlungsfähigen Staat, auf den sich die Bürger verlassen können.

Antrag A182-Ä001

Änderungsantrag zu A182

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2020

effizienter wird. Wir müssen heraus aus der Komplexitätsfalle, also Prozesse

Begründung

Sprachstil

Antrag A182-Ä002

Änderungsantrag zu A182

Antragsteller/in:	KV Vechta
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2021

verschlanken, digitalisieren, beschleunigen und vereinfachen. Dazu werden wir Führungsebenen

Begründung

Deutschland muss schneller und digitaler werden, das wird so besser zum Ausdruck gebracht.

Antrag A182-Ä003

Änderungsantrag zu A182

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2021

verschlanken und vereinfachen und dort, wo Regulierung nicht erforderlich ist auch beenden.
Dazu werden wir Führungsebenen

Begründung

Ergänzung, dass es nicht nur um Verschlankung / Vereinfachung von Prozessen gehen sollte, sondern

immer auch die Frage nach dem Erfordernis des Prozesses Teil der Reflexion sein sollte.

Antrag A182-Ä004

Änderungsantrag zu A182

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2021

2021 verschlanken und vereinfachen. Dazu gehört auch die Modernisierung unseres Planungsrechts. Insbesondere bei großen binationalen Infrastrukturmaßnahmen müssen wir unser Planungsrecht mit denen unserer Partner harmonisieren.Dazu werden wir Führungsebenen

Begründung

Große Verkehrsprojekte, wie zum Beispiel die feste Fehmarnbelt- Querung zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark, zeigen dass das deutsche Planungsrecht erheblich zeitraubender als das dänische ist, ohne im Bereich Bürgerbeteiligung oder Durchdachtheit der Planung wesentliche Vorteile zu zeigen. Gerade für grenzüberschreitende Projekte bedarf es einer stärkeren Kompatibilität des Planungsrechts. Langfristig könnte auch ein einheitliches europäisches Planungsrecht sinnvoll sein.

Antrag A182-Ä005

Änderungsantrag zu A182

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A198

Zeile 2025

2025 Organisationen machen lassen. Die fortlaufende Stellenmehrung in der Bundesverwaltung werden wir beenden. Kurzum: Wir wollen einen modernen, agilen

Begründung

Der Bundesrechnungshof kritisiert in seinen Berichten an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags den fortlaufend hohen Zuwachs an Spitzenpositionen in der Bundesverwaltung. Diese Entwicklung hat unter der Ampel-Koalition einen neuen Höhepunkt zulasten des Steuerzahlers gefunden und muss beendet werden.

Antrag A183: Zeile 2027 - 2032: Wir wollen einen lernenden Staat

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der	Zeile 2027 - 2032 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Änderungen:

Der Parteitag möge beschließen

2027 **Wir wollen einen lernenden Staat.** Politische Entscheidungen sollen
2028 dynamisch und auf Basis von Daten, Fakten und strategischer Vorausschau
2029 getroffen werden. Jede Maßnahme soll mit klaren, messbaren Zielen
2030 hinterlegt werden. Der lernende Staat muss immer bis zum Ende denken und
2031 muss sich in seinen Prozessen kontinuierlich überprüfen. Er muss ~~die~~
2032 aus eigenen Fehlern sowie aus Erfahrungen anderer Staaten lernen und Chancen der Digitalisierung besser nutzen.

Antrag A183-Ä001

Änderungsantrag zu A183

Antragsteller/in:	KV Landau-Stadt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2027

2027 **Wir wollen einen lernenden Staat.** Wir wollen, dass aus Krisen und Fehlern in der Vergangenheit systematisch für die Zukunft gelernt wird. Politische Entscheidungen sollen

Antrag A183-Ä002

Änderungsantrag zu A183

Antragsteller/in:	KV Germersheim
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2029

2029 getroffen werden. Wir wollen, dass aus Krisen und Fehlern in der Vergangenheit systematisch für die Zukunft gelernt wird. Jede Maßnahme soll mit klaren, messbaren Zielen

Antrag A183-Ä003

Änderungsantrag zu A183

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2030

2030 hinterlegt und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Der lernende Staat muss immer bis zum Ende denken und

Begründung

Wenn messbare Ziele definiert werden, ist es die logische Konsequent, die aber genannt werden sollte,

das Erreichen der Ziele / Wirksamkeit zu prüfen.

Antrag A183-Ä004

Änderungsantrag zu A183

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2032

2032 Chancen der Digitalisierung besser nutzen~~.~~ und dabei auch von Erfahrungen anderer Staaten lernen.“

Antrag A184: Zeile 2033 - 2040: Wir wollen einen krisenfesten Staat

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2033 - 2035 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

2033 **Wir wollen einen krisenfesten Staat.** Er muss in der Lage sein, schnell und
2034 wirksam auf Herausforderungen und Krisen wie Naturkatastrophen und
2035 ~~Cyber-~~ Angriffe zu reagieren. Unser Ziel ist eine stabile, resiliente
2036 Gesellschaft, die auch in schwierigen Zeiten nicht auseinanderbricht,
2037 sondern Krisen abfedern und sogar gestärkt aus ihnen hervorgehen kann.
2038 Wir wollen eine Überarbeitung der Notstandsverfassung unseres
2039 Grundgesetzes. Auch im Krisenfall muss dabei der Deutsche Bundestag das
2040 zentrale Verfassungsorgan bleiben.

Antrag A184-Ä001

Änderungsantrag zu A184

Antragsteller/in:	BezV Ostfriesland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2034 - 2035

2034 wirksam auf Herausforderungen und Krisen wie Naturkatastrophen ~~und~~
2035 ~~Cyber-~~, Angriffe von außen wie von innen zu reagieren. Unser Ziel ist eine stabile, resiliente

Begründung

Zeile 2035

Der Bundesparteitag möge beschließen:
Streiche: „und Cyber-Angriffe“
Setze: „, Angriffe von außen wie von innen “
Begründung: die aktuelle Sicherheitslage zeigt, dass unsere Gesellschaft sich auf weit größere Bedrohungsszenarien vorbereiten muss, als Cyber-Angriffe allein. Diese können ein Teil eines hybriden Angriffsszenariums sein. Sie sind aber nicht das eigentliche unser Schutzbedürfnis bestimmende Szenario.

Antrag A185: Zeile 2041 - 2048: Wir wollen den verbindenden Geist unserer Verfassung stärken

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2041 - 2048 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

2041 **Wir wollen den verbindenden Geist unserer Verfassung stärken.** Unser
2042 Staat, unsere Verfassung und unsere Gemeinschaft leben von einem Geist,
2043 der verbindet. Die Kultur unserer Verfassung beruht auf gemeinsamen
2044 Wertüberzeugungen christlichen Ursprungs und der Aufklärung, die Staat und Gesellschaft
2045 gleichermaßen im Bewusstsein zu halten und zu verteidigen haben. Dieses
2046 Grundverständnis darf nicht beliebig dem Zeitgeist angepasst werden.
2047 Verfassungswandel ist kein Automatismus, sondern für uns gilt:
2048 Verfassungswandel nur durch Verfassungsänderung.

Antrag A185-Ä001

Änderungsantrag zu A185

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2044

2044 Wertüberzeugungen christlichen Ursprungs und der Aufklärung, die Staat und Gesellschaft

Begründung

Neben den frühen christlichen Impulsen für eine humane Gesellschaft hat das Zeitalter der Aufklärung ganz wesentliche Impulse für das Entstehen unserer modernen Gesellschaft gesetzt. Das darf nicht verschwiegen werden und ein Fehlen nicht zum Anlass genommen werden, dass die Aussagen in den Zeilen 211 und 318 nachträglich relativiert werden sollen.

Antrag A185-Ä002

Änderungsantrag zu A185

Antragsteller/in:	KV Bergstrasse
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2047

2047 Verfassungswandel, nämlich eine Änderung des ursprünglichen Sinns einer Verfassungsnorm ohne Änderung des Verfassungstextes durch die vom Bundesverfassungsgericht vorgenommene Verfassungsinterpretation ist kein Automatismus, sondern für uns gilt:

Antrag A186: Zeile 2049 - 2054: Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A171-Ä021
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2049 - 2054 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

2049 **Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie.** In unserer Demokratie
2050 lenken die Bürger durch gewählte Volksvertreter die Geschicke der Politik.
2051 Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Bürgerinnen und Bürger zum
2052 Beispiel als kommunale Mandatsträger für das Gemeinwesen engagieren.
2053 Deshalb wollen wir sie stärken. Mehr Frauen in öffentlichen Ämtern und Mandaten ist unser Ziel. Partizipative Demokratieelemente können eine sinnvolle Ergänzung sein,
2054 aber sie können etablierte Repräsentationsverfahren nicht ersetzen.

Antrag A186-Ä001

Änderungsantrag zu A186

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2050 - 2053

2050 lenken die Bürger durch gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter die Geschicke der Politik.
2051 Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Bürgerinnen und Bürger zum
2052 Beispiel als kommunale Mandatsträger für das Gemeinwesen engagieren.
2053 Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an öffentlichen Ämtern und Mandaten stärkt die

repräsentative Demokratie. Partizipative Demokratieelemente können eine sinnvolle Ergänzung sein,

Antrag A186-Ä002

Änderungsantrag zu A186

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 2052 - 2053

2052 Beispiel als kommunale Mandatsträger für das Gemeinwesen engagieren.
2053 Die Attraktivität kommunaler Wahl- und Ehrenämter muss gesteigert werden.
Partizipative Demokratieelemente können eine sinnvolle Ergänzung sein,

Antrag A186-Ä003

Änderungsantrag zu A186

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2054

2054 aber sie können etablierte Repräsentationsverfahren nicht ersetzen. Dabei sollen die Parlamente stärker als bisher ein Abbild unserer vielfältigen Gesellschaft sein.

Antrag A187: Zeile 2055 - 2069: Unser Ziel sind lebendige, selbstbewusste Parlamente

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2063 - 2064 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

2055 **Unser Ziel sind lebendige, selbstbewusste Parlamente.** Wichtige
2056 Entscheidungen der Regierungen müssen in den vom Volk gewählten
2057 Parlamenten debattiert werden. Denn der Plenarsaal ist das zentrale Forum
2058 der Demokratie. Die Parlamente müssen die Regierungen und die öffentliche
2059 Verwaltung effektiv kontrollieren können. Wir stellen uns einer immer
2060 stärkeren Auslagerung von politischen Entscheidungen in informelle
2061 Gremien und in „Expertenkommissionen“ sowie auf die internationale Ebene
2062 entgegen.

2063 ~~**Das Parlament muss**~~**Die Parlamente müssen leistungsfähiger werden.** Unser Ziel

sind schlanke,
2064 effiziente Parlamente. Dazu braucht es eine Reform der Parlamentsarbeit, die
2065 vermehrt auf eine Erfolgs- und Vollzugskontrolle setzt und sich nicht nur in
2066 Kleinstdetails der Gesetzgebung oder in einer Darstellung von
2067 Regierungsinformationen verlieren soll. Abgeordnete sollten ihre Bezüge
2068 nicht für sich selbst, sondern immer erst für die Abgeordneten der
2069 nachfolgenden Wahlperiode festlegen.

Antrag A187-Ä001

Änderungsantrag zu A187

Antragsteller/in:	KV Oldenburg-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2058

2058 der Demokratie. Hierzu gehört für uns auch die Trennung zwischen Abgeordnetenmandat und Minister sowie das Amt des Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers. Ein Regierungsamt und ein Abgeordnetenmandat sollen nicht gleichzeitig von derselben Person ausgeübt werden können. Die Parlamente müssen die Regierungen und die öffentliche

Begründung

Die Gewaltenteilung ist ein fundamentaler Grundsatz unserer Demokratie, der sicherstellen soll, dass die verschiedenen staatlichen Gewalten unabhängig voneinander agieren können und dadurch eine effektive Kontrolle und Balance gewährleistet wird. In unserem politischen System ist es jedoch möglich, dass ein Ministeramt, das Amt des Ministerpräsidenten oder das des Bundeskanzlers und ein Abgeordnetenmandat gleichzeitig von derselben Person ausgeübt werden können. Dies führt zu potenziellen Interessenkonflikten und kann die notwendige Unabhängigkeit der einzelnen Gewalten beeinträchtigen.

Deshalb ist es an der Zeit, den Gedanken des Grundsatzes der Inkompatibilität konsequent zu Ende zu denken. Durch die klare Trennung zwischen einem Exekutivamt und einem Abgeordnetenmandat wird sichergestellt, dass die Ausübung dieser Ämter nicht miteinander kollidiert und die Unabhängigkeit der jeweiligen Funktionen gewahrt bleibt. Ein Minister, Ministerpräsident oder Bundeskanzler sollte sich vollständig auf die Verantwortung seiner Regierungstätigkeit konzentrieren können, ohne dass potenzielle Interessenkonflikte durch gleichzeitige parlamentarische Tätigkeit entstehen.

Parlamentarische Staatssekretäre sind von dieser Trennung ausgenommen, da ihre Funktion eine unterstützende Rolle innerhalb der Regierung darstellt und keine unmittelbare Leitungsfunktion innehaben. Diese Ausnahme trägt dazu bei, eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament zu gewährleisten, ohne die Grundsätze der Gewaltenteilung zu beeinträchtigen.

Antrag A187-Ä002

Änderungsantrag zu A187

Antragsteller/in:	KV Dortmund
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2061

2061 Gremien ~~und~~, in „Expertenkommissionen“ und in Bürgerräte sowie auf die internationale Ebene

Begründung

Bürgerräte sind ebenfalls Gremien, in welche eine immer stärkere Auslagerung von Entscheidungen, die bei Parlamenten liegen sollten, erfolgt und sollten daher in die Aufzählung aufgenommen werden.

Antrag A187-Ä003

Änderungsantrag zu A187

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 2062

2062 entgegen und setzen uns insbesondere innerhalb der Europäischen Union für transparente Verfahren ein.

Begründung

Viele nationale Gesetze werden aufgrund von EU-Gesetzgebung (Richtlinien) erlassen. Der Gesetzgebungsprozess muss deshalb bereits auf der Ebene der EU transparent und nachvollziehbar sein.

Antrag A187-Ä004

Änderungsantrag zu A187

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion, KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2063

2063 ~~**Das Parlament muss**~~**Die Parlamente müssen leistungsfähiger werden.** Unser Ziel sind schlanke,

Begründung

Anzuregen ist zudem eine Präzisierung, auf welche Parlamente sich der Absatz bezieht (Bundestag? Landtage? EP? Kommunale Vertretungen?)

Antrag A187-Ä005

Änderungsantrag zu A187

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2063 - 2069

2063 **Das Parlament muss leistungsfähiger und weiblicher werden.** Unser Ziel sind schlanke,
2064 effiziente Parlamente. Dazu braucht es eine Reform der Parlamentsarbeit, die
2065 vermehrt auf eine Erfolgs- und Vollzugskontrolle setzt und sich nicht nur in
2066 Kleinstdetails der Gesetzgebung oder in einer Darstellung von
2067 Regierungsinformationen verlieren soll. Abgeordnete sollten ihre Bezüge
2068 nicht für sich selbst, sondern immer erst für die Abgeordneten der
2069 nachfolgenden Wahlperiode festlegen. Die weibliche Perspektive ist für Parlamente unverzichtbar. Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt in den Parlamenten und den Regierungen auf allen Ebenen Verantwortung tragen.

Antrag A187-Ä006

Änderungsantrag zu A187

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2063 - 2064

2063 **Das Parlament muss leistungsfähiger werden.** Unser Ziel ~~sind~~ist es schlanke,
2064 effiziente Parlamente zu bilden. Dazu braucht es eine Reform der Parlamentsarbeit, die

Antrag A187-Ä007

Änderungsantrag zu A187

Antragsteller/in:	KV Esslingen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2067 - 2069

2067 Regierungsinformationen verlieren soll. ~~Abgeordnete sollten ihre Bezüge~~
2068 ~~nicht für sich selbst, sondern immer erst für die Abgeordneten der~~
2069 ~~nachfolgenden Wahlperiode festlegen.~~

Begründung

Wir haben erst in der jüngsten Zeit gesehen, wie eine hohe Inflation zu in früheren Zeiten ungeahnten Tarifabschlüssen führt. Jedenfalls wenn hier die absolute Höhe gemeint ist (und nicht eine Orientierung etwa am TVöD plus Zuschlag) ist dies nicht realistisch; außerdem sollten wir die populistische Diskussion über Abgeordnetenbezüge nicht unterstützen und schon gar nicht in unserem eigenen Grundsatzprogramm führen.

Antrag A188: Zeile 2070 - 2073: Das Wahlrecht muss nachvollziehbar und verständlich sein

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2070 - 2073 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

2070 **Das Wahlrecht muss nachvollziehbar und verständlich sein.** Ein reines
2071 Verhältniswahlrecht lehnen wir ab. Wir setzen auf Elemente des Personen-
2072 und Mehrheitswahlrechts. Von den Bürgern im Wahlkreis direkt gewählte Kandidaten müssen aufgrund ihrer unmittelbaren Legitimation stets dem Parlament angehören. Das Wahlalter bei Bundestagswahlen ist für uns gekoppelt an die
2073 volle Geschäftsfähigkeit und volle Strafmündigkeit junger Menschen.

Antrag A188-Ä001

Änderungsantrag zu A188

Antragsteller/in:	KV Kleve
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2072 - 2073

2072 und Mehrheitswahlrechts. ~~Das Wahlalter ist für uns gekoppelt an die~~
2073 ~~Geschäftsfähigkeit und volle Strafmündigkeit junger Menschen.~~

Begründung

Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreisverbände Kleve und Wesel

Der Satz entspricht nicht der Rechtslage. Bei Kommunal- und Europawahlen haben 16jähriges das Wahlrecht, ohne jedoch voll geschäftsfähig bzw. voll strafmündig zu sein.

Antrag A188-Ä002

Änderungsantrag zu A188

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2072

2072 und Mehrheitswahlrechts. Von den Bürger im Wahlkreis direkt gewählte Bundestagsabgeordnete müssen aufgrund ihrer unmittelbaren Legitimation stets dem Parlament angehören. Eine Vergrößerung des Bundestages werden wir mit einer Neuschneidung in weniger Wahlkreise entgegenwirken. Das Wahlalter ist für uns gekoppelt an die

Begründung

Ergänzung, weil es elementare Frage von Legitimation, Transparenz und Vertrauen betrifft.

Antrag A188-Ä003

Änderungsantrag zu A188

Antragsteller/in:	KV Lahn-Dill
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2073

2073 Geschäftsfähigkeit und volle Strafmündigkeit junger Menschen. Wir unterstützen Sperrklauseln zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit von Parlamenten, von kommunaler bis europäischer Ebene.

Begründung

Sperrklauseln verhindern eine Zersplitterung und Weimarisierung politischer Systeme. Auf europäischer und kommunaler Ebene unterstützen wir im Rahmen der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen eine Wiedereinführung von Prozenthürden.

Antrag A188-Ä004

Änderungsantrag zu A188

Antragsteller/in:	KV Meppen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2073

2073 Geschäftsfähigkeit und volle Strafmündigkeit junger Menschen.
Wer einen Wahlkreis gewinnt, muss als direkt gewählter Abgeordneter in den Bundestag einziehen.

Begründung

Die von der Ampel durchgestze Wahlrechtsreform kann dazu führen,
dass die in ihrem Wahlkreis von der Mehrzahl gewählten Kandidaten nicht in den Bundestag einziehen und damit sogar einige Wahlkreise nicht mehr im Parlament vertreten wären. Das wiederspricht unserem Demokratieverständnis und sollte daher auch deutlich abgelehnt und korrigiert werden.

Antrag A188-Ä005

Änderungsantrag zu A188

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A190

Zeile 2073

2073 Geschäftsfähigkeit und volle Strafmündigkeit junger Menschen.

Wir stehen für echte Selbstverwaltung. Entscheidungen in eigener Sache treffen und das Lebensumfeld selbst gestalten zu können, ist nicht nur eine Frage der Eigenverantwortung, sondern auch zentrale Motivation für Engagement und Ausdruck demokratischer Mitbestimmung vor Ort. Die Wahrung lokaltypischer Bräuche und eine rege Vereinskultur zeugen ebenso wie das ortseigene Feuerwehrhaus oder der Brunnen zur Trinkwassergewinnung von dem Wunsch nach Identität, Anerkennung und Selbstbestimmung. Daher ist die kommunale Selbstverwaltung eines der Grundprinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens und hat in Deutschland durch die Selbstverwaltungsgarantie in Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland Verfassungsrang.
Die Ausgestaltung des Selbstverwaltungsrechts im Grundgesetz ist eine Antwort auf die zentralistischen Tendenzen im Nationalsozialismus und ergibt sich u.a. aus der katholischen Subsidiaritätslehre. Selbstverwaltungsrecht bedeutet für uns vor allem, dass die Gemeinden, Städte und Kreise im Rahmen des eigenen Wirkungskreises ihre Aufgaben unabhängig und eigenverantwortlich ohne Weisungen von übergeordneten Stellen erfüllen können. Das Selbstverwaltungsrecht umfasst auch die notwendige Ausstattung mit eigengestaltbaren und frei verfügbaren finanziellen Mitteln.

Antrag A189: Zeile 2074 - 2079: Wir setzen auf Föderalismus

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2074 - 2079 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

2074 **Wir setzen auf Föderalismus und starke Länder.** Die föderale Struktur
Deutschlands ist
2075 Ausdruck von gewachsenem kulturellen und geschichtlichen
2076 Selbstverständnis, von Heimat und Identität seiner Bürger. Föderalismus
2077 und kommunale Selbstverwaltung sind wesentliche Prinzipien unseres
2078 Staates und funktionieren nur im gemeinsamen Willen zur Gestaltung. Die
2079 Länder haben den Bund gebildet und nicht andersherum.

Antrag A189-Ä001

Änderungsantrag zu A189

Antragsteller/in:	LV Baden-Wuerttemberg, LV Niedersachsen, LV Nordrhein-Westfalen, LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2074

2074 **Wir setzen auf Föderalismus und starke Länder.** Die föderale Struktur Deutschlands ist

Antrag A189-Ä002

Änderungsantrag zu A189

Antragsteller/in:	KV Limburg-Weilburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2079

2079 Länder haben den Bund gebildet und nicht andersherum. Mit einer Föderalismusreform wollen wir die Bund-Länder-Beziehungen neu regeln.

Begründung

Das eine Föderalismusreform gewollt ist, steht zwar in der Übersicht in den Zeilen 98 bis 100, nicht aber im inhaltlichen Teil des Grundsatzprogrammes. Um Irritationen zu vermeiden, möchten wir den Satz aus Zeile 98 bis 100 an eine geeignete Stelle einfügen.

Antrag A189-Ä003

Änderungsantrag zu A189

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2079

2079 Länder haben den Bund gebildet und nicht andersherum. Wir Christdemokraten befürworten eine Reform des Länderfinanzausgleichs, damit künftig die politischen Entscheidungen auf Landesebene deutlicher spürbare finanzielle Auswirkungen auf Landesebene haben.

Begründung

Wir Christdemokraten wollen ein Leben in Freiheit ermöglichen und deshalb die Überregulierung abschaffen und Bürokratie abbauen und die Steuer- und Abgabenbelastung senken. Das erfordert auch verbesserte Haushaltsdisziplin der öffentlichen Haushalte einschließlich einer Obergrenze für Kreditaufnahmen. Außerdem muss der Staatsapparat auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen, auch quasi-staatliche Stellen wie Sozialversicherungsträger) verkleinert werden, denn wo weniger Leute die Bürokratie betreiben, gibt es auch weniger Bürokratie, zugleich sinken die Kosten.

Antrag A189-Ä004

Änderungsantrag zu A189

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A190

Zeile 2079

Länder haben den Bund gebildet und nicht andersherum.

Die Länder stehen untereinander im Wettbewerb. Das fördert die Kreativität.

Begründung

Wettbewerb hebt das Geschäft nicht nur in der Wirtschaft.

Antrag A190: Zeile 2080 - 2099: Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A171-Ä021, A178-Ä005, A188-Ä005, A189-Ä004, A192-Ä003, A192-Ä006
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2080 - 2086 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 2089 - 2093 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 2094 - 2099 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken.~~Nur mit soliden~~
Die Stärke unseres Gemeinwesens zeigt sich für Bürger vor allem durch starke Verwaltungen in den Kommunen. Sie sind es, die die Anliegen der Menschen vor Ort lösen. Grundlage hierfür sind solide Finanzen ~~gelingt Demokratie vor Ort~~. Wir bekennen uns zum Grundsatz der Konnexität („Wer bestellt, bezahlt“) und wollen ihn konsequent umsetzen. Wir werden die Finanzautonomie der Kommunen stärken und den kommunalen Gestaltungsrahmen für eigene kommunale Steuern erweitern. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort mehr Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, damit die Selbstverwaltung, die örtliche Demokratie und die Mitwirkung gestärkt werden.

Wir setzen auf Subsidiarität. Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet für uns, dass übergeordnete Ebenen nur die Aufgaben wahrnehmen, die sie besser lösen können als untergeordnete Ebenen. ~~Im Hinblick darauf wollen~~Wo immer sinnvoll, werden wir~~, dass~~ ~~Bund und Länder ihre~~ die Aufgaben von Bund und Ländern - bei Wahrung und Fortentwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet - entflechten und damit klare politische Verantwortlichkeiten schaffen. Die Länder sollen nicht nur eng zusammenarbeiten, sondern auch stärker in den Wettbewerb um die besten Ideen gehen. Die Kommunen sind und bleiben für uns ein föderaler Bestandteil der Länder. Die Verantwortungsprinzipien müssen sich auch in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen widerspiegeln. Die ausufernde Förderpraxis und Kofinanzierung von Landesaufgaben durch den Bund und die damit verbundenen

Eingriffe des Bundes in die Kompetenzen der Länder wollen wir zurückdrängen. Damit treten wir für mehr Föderalismus und gegen die schleichende Zentralisierung Deutschlands ein. Wir wollen die
~~Subsidiaritätsprüfung der EU stärker nutzen, um unsere Kommunen besser vor dem Durchgriff der EU zu schützen. Auch auf Bundesebene wollen wir~~
Subsidiaritätsprüfung der EU stärken sowie eine ~~Subsidiaritätsprüfung~~solche Prüfung auf Bundes- und Länderebene etablieren, ~~so dass~~sodass vor Gesetzesvorhaben die
Auswirkungen der Gesetzgebung und des Vollzug~~e~~s auf die kommunale
Selbstverwaltung besser abgeschätzt werden.

Antrag A190-Ä001

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen, LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2080 - 2081

Wir wollen den Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung stärken.~~Nur mit soliden~~
Die Stärke unseres Gemeinwesens beweist sich für die Bürgerinnen und Bürger vor allem durch starke Verwaltungen in Ländern und Kommunen. Sie sind für den Vollzug der meisten Gesetze verantwortlich und müssen die Probleme vor Ort lösen.
Grundlage dafür sind solide Finanzen~~gelingt Demokratie vor Ort.~~. Sowohl der Anteil der Länder als auch der Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern (Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer) soll daher dauerhaft strukturell erhöht werden.
Wir bekennen uns zum Grundsatz der

Begründung

Länder und Kommunen brauchen daher eine auskömmliche finanzielle Ausstattung, die ihren Herausforderungen gerecht wird. Diese Herausforderungen sind so groß wie seit langem nicht mehr: Länder und Kommunen schultern die Folgen der hohen Migration. Sie geben den Menschen eine sichere Unterkunft, nehmen Kinder in Schulen und Kitas auf und unterstützen die Integration. Auch über die Migration hinaus stehen Länder und Kommunen vor Jahrhundertaufgaben – gerade im Bildungsbereich. Die Digitalisierung der Bildung verändert das Schulleben und die notwendigen Finanzbedarfe grundlegend. Auch an den Universitäten und Fachhochschulen wachsen die Finanzbedarfe, die notwendig sind, um im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe mithalten zu können. Schließlich erfordert der Kampf gegen die organisierte Kriminalität immer aufwändigere Methoden – gerade im Bereich der Bandenkriminalität und der Cybersicherheit.
Um diesen neuen Herausforderungen gerecht zu werden, braucht es eine stärkere finanzielle Ausstattung von Ländern und Kommunen – und zwar strukturell und dauerhaft. Die neuen Herausforderungen für unsere Länder und Kommunen werden nicht verschwinden. Sie sind Daueraufgaben, für die es auch eine dauerhafte Finanzierung braucht. Zu oft wurden Ländern und Kommunen in der Vergangenheit für solche Daueraufgaben nur befristete Programmittel gewährt. Zu

oft mussten Länder und Kommunen immer wieder neu um Unterstützung beim Bund bitten, insbesondere in Bereichen, in denen sie keine eigenen Steuerungsmöglichkeiten haben, sondern die Folgen von Entscheidungen des Bundes tragen müssen. Das gilt gerade in der Migrationspolitik, aber auch in vielen anderen Politikbereichen.
Diese Politik der kurzfristigen und befristeten Finanzierungen führt zu Unsicherheit und Instabilität. Der von unserer Verfassung vorgesehene Weg für eine stabile Finanzierung von Ländern und Kommunen ist ein höherer Anteil am Steueraufkommen als eigene Finanzmittel. Wir fordern daher, dass sowohl der Anteil der Länder als auch der Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern dauerhaft erhöht wird.
Anders als der Bund haben Länder und Kommunen kaum eigene Einnahmequellen; sie sind zudem von hohen Personalkosten und Pensionslasten überproportional betroffen. Gleichzeitig werden die Haushalte von Ländern und Kommunen durch immer neue bundesgesetzliche Pflichten belastet, die nicht ausreichend kompensiert werden. Die vom Bund angenommenen Kostenlasten für Länder und Kommunen werden oft spürbar überschritten
Die höhere Beteiligung an den Gemeinschaftssteuern ist vor diesem Hintergrund der Weg, der die notwendige Stabilisierung der Haushalte von Ländern und Kommunen bringen kann. Diese Stabilität liegt im gesamtstaatlichen Interesse. Denn um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts lösen zu können, braucht es starke Länder und Kommunen mit stabilen Finanzen.

Antrag A190-Ä002

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	LV Niedersachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2080 - 2086

2080 ~~**Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken.** Nur mit soliden~~
2081 ~~Finanzen gelingt Demokratie vor Ort. Wir bekennen uns zum Grundsatz der~~
2082 ~~Konnexität („Wer bestellt, bezahlt“). Wir werden die Finanzautonomie der~~
2083 ~~Kommunen stärken und den kommunalen Gestaltungsrahmen für eigene~~
2084 ~~kommunale Steuern erweitern. Wir wollen den~~Wir wollen den Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung stärken. Die Stärke unseres Gemeinwesens beweist sich für die Bürgerinnen und ~~Bürgern vor~~
2085 ~~Ort mehr Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, damit die Selbstverwaltung,~~
2086 ~~die örtliche Demokratie und die Mitwirkung gestärkt~~Bürger vor allem durch starke Verwaltungen in Ländern und Kommunen. Sie sind für den Vollzug der meisten Gesetze verantwortlich und müssen die Probleme vor Ort lösen.
Grundlage dafür sind solide Finanzen. Sowohl der Anteil der Länder als auch der Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern (Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer) soll daher dauerhaft strukturell erhöht werden.

Antrag A190-Ä003

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	KV Mettmann
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2081 - 2082

2081 Finanzen gelingt Demokratie vor Ort. Wir bekennen uns zum Grundsatz der
2082 Konnexität („Wer bestellt, bezahlt“) und fordern dies von Bund und Ländern ein. Wir werden die Finanzautonomie der

Begründung

Ein Bekenntnis zum Prinzip der Konnexität reicht nicht aus, wenn dieses nicht gelebt wird. Deswegen ist es wichtig zu betonen, dass die Umsetzung konkret eingefordert werden muss.

Antrag A190-Ä004

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 2082

2082 Konnexität („Wer bestellt, bezahlt“), d.h. bei der zunehmenden Übertragung staatlicher Aufgaben auf die kommunale Ebene muss deren wirtschaftliches und politisches Selbstverwaltungsrecht gewahrt bleiben. Deshalb muss den Kommunen muss ein Widerspruchsrecht oder zumindest ein Mitwirkungsrecht bei den sie betreffenden Gesetzesvorhaben über die kommunalen Spitzenverbände eingeräumt werden. Wir werden die Finanzautonomie der

Begründung

Auch wenn die Kommunen weiterhin verfassungsgemäß als Teil der Bundesländer angesehen werden (Zeile 2092), sind sie kein ausführendes Organ übergeordneter Ebenen. Ansonsten wäre Kommunalpolitik überflüssig.

Antrag A190-Ä005

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2083

2083 Kommunen stärken ~~und~~. Vor Ort wird Demokratie in unmittelbar erlebbar. Daher wollen wir die Voraussetzungen für die zumeist ehrenamtlich geleistete Arbeit der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker weiter verbessern; Engagement muss

wertgeschätzt und angemessen honoriert werden. Und den kommunalen Gestaltungsrahmen für eigene

Antrag A190-Ä006

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	KV Lingen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A194

Zeile 2084

2084 kommunale Steuern erweitern. Zur Effizienzsteigerung und Entbürokratisierung wollen wir unter Federführung der Kommunen eine begleitende Revisionsinstanz zur gesetzgeberischen Fortentwicklung einführen. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern vor

Begründung

Die Kommunen sind für eine Vielzahl der Bundes- und Landesgesetze, insbesondere im Bau und Planungsrecht und im Leistungsvollzug für die Genehmigung bzw. Durchführung zuständig.

Sie sind daher erste, teilweise sogar ausschließliche Ansprechpartner bei Widersprüchlichkeiten und Überregulierungen in der Umsetzung dieser Gesetze. Somit können die größten Impulse des Bürokratieabbaus aus den Kommunen kommen. Dafür benötigen wir entsprechende Möglichkeiten im Rahmen eines ernstzunehmenden Bürokratieabbaus, die es heute aber noch nicht gibt.

Antrag A190-Ä007

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	LV Baden-Wuerttemberg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2084 - 2086

2084 kommunale Steuern erweitern. Wir wollen den ~~Bürgerinnen und Bürgern vor~~
2085 ~~Ort mehr Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen,~~Kommunen und damit ~~die Selbstverwaltung,~~
2086 ~~die örtliche Demokratie und die Mitwirkung gestärkt werden~~den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort mehr Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Die Entscheidungskompetenzen der gewählten kommunalen Gremien wollen wir deswegen erweitern.

Antrag A190-Ä008

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2084 - 2085

2084 kommunale Steuern erweitern. Wir wollen ~~den Bürgerinnen und Bürgern vor~~

2085 ~~Ort mehr~~ Gestaltungsmöglichkeiten ~~eröffnen~~für Bürgerinnen und Bürger attraktiver gestalten, damit die Selbstverwaltung,

Antrag A190-Ä009

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2086

2086 die örtliche Demokratie und die Mitwirkung gestärkt werden. Die kommunale Daseinsvorsorge macht unser Land stark: Wir wollen langfristig die Infrastruktur in öffentlicher Hand und einen fairen Wettbewerb bei der Nutzung dieser Infrastruktur. Infrastruktur muss kontinuierlich erneuert, ausgebaut oder angepasst werden. Der Investitionsbedarf dafür ist enorm und zu sehr von der Kassenlage und den Zinsbedingungen abhängig. Wir wollen langfristig bessere Instrumente, um mehr Investitionen in die Infrastruktur zu günstigen Konditionen für die Kommunen sicherzustellen.

Begründung

Infrastruktur in öffentlicher Hand ist die Versicherung gegen die Privatisierung der Gewinne und Vergesellschaftung der Lasten.

Antrag A190-Ä010

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	LV Baden-Wuerttemberg, LV Niedersachsen, LV Nordrhein-Westfalen, LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2087 - 2092

2087 **Wir setzen auf Subsidiarität.** Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet für uns,
2088 dass ~~übergeordnete~~zentrale Ebenen nur die Aufgaben wahrnehmen, die sie besser
2089 lösen können als ~~untergeordnete Ebenen. Im Hinblick darauf wollen wir, dass~~
2090 ~~Bund und Länder ihre Aufgaben~~bürgernähere Ebenen. Die Realität sieht heute oftmals anders aus. Wir wollen deswegen die Rolle der Länder in der Gesetzgebung stärken und Entscheidungen wieder näher an die Menschen rücken. Wo immer sinnvoll, werden wir die Aufgaben von Bund und Länder entflechten~~. Die Länder sollen~~ und damit wieder klare politische Verantwortlichkeiten schaffen. Wo dies nicht ~~nur eng~~
2091 ~~zusammenarbeiten, sondern auch stärker in den~~möglich ist, werden wir durch eine Ausweitung der Abweichungsgesetzgebung Spielräume für passgenaue Lösungen vor Ort schaffen. Wir wollen Raum für einen echten Wettbewerb ~~um die besten~~
2092 der Ideen ~~gehen~~schaffen und ansonsten die eigenverantwortliche Zusammenarbeit der Länder untereinander stärken. Die Kommunen sind und bleiben für uns ein föderaler

Antrag A190-Ä011

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	LV Saar
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2090

2090 Bund und Länder - bei Wahrung und Fortentwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet - ihre Aufgaben entflechten. Die Länder sollen nicht nur eng

Begründung

Gelingensbedingung für die bundesstaatliche Ordnung ist das Gleichgewicht von Subsidiarität einerseits und gleichwertigen Lebensbedingungen im Bundesgebiet andererseits.

Antrag A190-Ä012

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2092

2092 Ideen gehen. Der Bund muss die Kompetenz zur technischen und digitalen Standardisierung haben.
Die Kommunen sind und bleiben für uns ein föderaler

Antrag A190-Ä013

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2094 - 2098

2094 den Bund-Länder-Finanzbeziehungen widerspiegeln. Wir wollen die
2095 ~~Subsidiaritätsprüfung der EU stärker nutzen, um unsere Kommunen besser~~
2096 ~~vor dem Durchgriff der EU zu schützen. Auch auf Bundesebene wollen wir~~
2097 Subsidiaritätsprüfung der EU stärken, auch eine Subsidiaritätsprüfung auf Bundes- und Landesebene etablieren, so dass vor Gesetzesvorhaben die
2098 Auswirkungen der Gesetzgebung und des Vollzug~~e~~s auf die kommunale

Antrag A190-Ä014

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	LV Baden-Wuerttemberg, LV Niedersachsen, LV Nordrhein-Westfalen

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2094 - 2095

2094 den Bund-Länder-Finanzbeziehungen widerspiegeln. ~~Wir wollen die~~
2095 Die Länder müssen zu Erfüllung Ihrer Aufgaben einen höheren Anteil am gemeinsamen Steueraufkommen erhalten. Die Praxis der ausufernden Förderpraxis und Kofinanzierung von Landesaufgaben durch den Bund und die damit verbundenen Eingriffe des Bundes in die Kompetenzen der Länder wollen wir zurückdrängen. Damit treten wir für mehr Föderalismus und gegen die schleichende Zentralisierung Deutschlands ein. Wir wollen die Subsidiaritätsprüfung der EU stärker nutzen, um unsere Kommunen besser

Antrag A190-Ä015

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2094 - 2098

2094 den Bund-Länder-Finanzbeziehungen widerspiegeln. ~~Wir wollen die~~
2095 Die Länder und Kommunen müssen zur Erfüllung ihrer Aufgaben einen angemessenen Anteil am gemeinsamen Steueraufkommen erhalten. Anstelle der ausufernden Förderpraxis sowie der Kofinanzierung von Landesaufgaben durch den Bund und der damit verbundenen Eingriffe in die Kompetenzen der Länder und Kommunen setzen wir uns für allgemeine Finanzzuweisungen ein. Damit treten wir für mehr Föderalismus und gegen die schleichende Zentralisierung Deutschlands ein. Wir wollen die Subsidiaritätsprüfung der EU stärker nutzen, um unsere Kommunen besser
2096 vor dem Durchgriff der EU zu schützen. Auch auf Bundesebene wollen wir
2097 eine Subsidiaritätsprüfung etablieren, so dass vor Gesetzesvorhaben die
2098 Auswirkungen der Gesetzgebung und des Vollzuges auf die kommunale

Antrag A190-Ä016

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2096 - 2099

2096 vor dem Durchgriff der EU in das Selbstveraltungsrecht zu schützen. Auch auf Bundesebene wollen wir
2097 eine Subsidiaritätsprüfung einschließlich einer qualifizierten Kostenfolgeabschätzung etablieren, so dass vor Gesetzesvorhaben die
2098 Auswirkungen der Gesetzgebung und des Vollzuges auf die kommunale
2099 Selbstverwaltung besser abgeschätzt werden. Wenn die Länder im Bundesrat einer Belastung der

Kommunen zustimmen, müssen sie für einen Kostenausgleich entsprechend ihrer Landesverfassungen sorgen.

Antrag A190-Ä017

Änderungsantrag zu A190

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2099

2099 Selbstverwaltung besser abgeschätzt werden. Die Verantwortlichkeiten müssen für die Bürger klar erkennbar sein. Das Subsidiaritätsprinzip gilt auch im Verhältnis des Staates gegenüber Vereinen, Verbänden, Initiativen und freien Trägern.

Antrag A191: Zeile 2100 - 2103: Die Bund-Länder-Beziehungen müssen reformiert werden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A137-Ä010, A137-Ä011
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2103 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

2100 **Die Bund-Länder-Beziehungen müssen reformiert werden.** Um unsere
2101 Vorstellungen von Föderalismus und Subsidiarität umzusetzen, brauchen
2102 wir eine Föderalismusreform. Diese muss auch die Herausforderungen einer
2103 digitalen und technischen Standardisierung im Bundesstaat lösen. Ziel ist es, staatliche Effizienz zu steigern und gleichzeitig Regionalität und Bürgernähe zu stärken. Bei einer Föderalismusreform sind auch die Einnahmeverteilung zwischen Bund und Ländern sowie der Länderfinanzausgleich in den Blick zu nehmen, um weitere Ansätze für effizientes Handeln und nachhaltige Haushaltspolitik zu setzen.

Antrag A191-Ä001

Änderungsantrag zu A191

Antragsteller/in:	KV Bielefeld
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2100 - 2103

2100 **Die Bund-Länder-Beziehungen müssen reformiert werden.**~~Um unsere~~

2101 ~~Vorstellungen von Föderalismus und Subsidiarität umzusetzen, brauchen~~
2102 ~~wir eine Föderalismusreform.~~ Diese ~~muss auch die Herausforderungen einer~~
2103 ~~digitalen und technischen Standardisierung~~Reform realisiert unsere Vorstellung von Föderalismus, Subsidiarität und Solidarität im ~~Bundesstaat lösen~~Spannungsfeld aus der angestrebten Effizienz staatlichen Handelns, aus Bürgernähe und Regionalität.

Antrag A191-Ä002

Änderungsantrag zu A191

Antragsteller/in:	KV Freiburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2100 - 2103

~~2100 **Die Bund-Länder-Beziehungen müssen reformiert werden.** Um unsere~~
~~2101 Vorstellungen von Föderalismus und Subsidiarität umzusetzen, brauchen~~
~~2102 wir eine Föderalismusreform. Diese muss auch die Herausforderungen einer~~
~~2103 digitalen und technischen Standardisierung im Bundesstaat lösen.~~

Begründung

Föderalismusreformen hat Deutschland in der jüngsten Vergangenheit genug gesehen. Die im Absatz "Subsidiaritätsprinzip" angesprochenen kleinen Änderungen an der Kompetenzverteilung sollten nicht zur "Föderalismusreform" hochstilisiert werden.

Antrag A191-Ä003

Änderungsantrag zu A191

Antragsteller/in:	KV Oberbergischer Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2102

2102 wir eine ~~Föderalismusreform~~Weiterentwicklung des Föderalismus. Diese muss auch die Herausforderungen einer

Begründung

Eine Reform klingt weitreichend und konkret. Im Grundsatzprogramm werden dazu aber keine konkreten Punkte für eine Reform genannt. Daher empfehlen wir von einer "Weiterentwicklung" zu sprechen, die im gesamten Kontext deutlich plausibler klingt.

Antrag A191-Ä004

Änderungsantrag zu A191

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2103

2103 digitalen und technischen Standardisierung im Bundesstaat lösen. Hierzu soll der Bundesrat nach dem Grundgesetz eine Standardisierungskompetenz für bestimmte Aufgaben in Länderzuständigkeiten erhalten, um die technische Kompatibilität der bundesweit eingesetzten Systeme sicherzustellen.

Begründung

Oftmals verwenden die Bundesländer unterschiedliche technische Systeme, die nicht miteinander kompatibel sind. Bundeseinheitliche Rahmenbedingungen und Regelungen wären daher wünschenswert und sinnvoll. Derzeit gibt es allerdings keine verfassungsmäßigen Strukturen, um in diesen Bereichen einheitliche Vorgaben verbindlich beschließen zu können. Verständigungen in Fachministerkonferenzen sind lediglich Selbstverpflichtungen ohne rechtliche und tatsächliche Verbindlichkeit. Die Kompetenzen des Bundesrates sollten daher insofern ausgeweitet werden, dass dort für bestimmte Bereiche durch die Länder verbindliche, einheitliche Vorgaben beschlossen werden können. Bei der Ausgestaltung sind die Rechte der Länderparlamente zu berücksichtigen.

Antrag A192: Zeile 2104 - 2113: Wie wir Verwaltung denken

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2108 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

2104 **Wie wir Verwaltung denken**

2105 **Der Staat muss schneller werden.** Unser Staat braucht für viele
2106 Genehmigungsprozesse zu lange. Wir müssen die Planung konsequent
2107 beschleunigen. Dafür braucht es mehr systematische Zusammenfassung im
2108 Verwaltungsrecht, erleichterte Antragsverfahren und -wege, und weniger kleinteilige Regelungen. Als allgemeiner
2109 Grundsatz soll gelten: „Ein Projekt – ein Verfahren“. Zur schnelleren
2110 Umsetzung national bedeutsamer Infrastrukturprojekte wollen wir verstärkt
2111 Bundesgesetze und Bundesgesellschaften nutzen. Kommunen brauchen
2112 mehr Freiräume durch pauschal zugewiesene Finanzmittel und durch
2113 Experimentierräume.

Antrag A192-Ä001

Änderungsantrag zu A192

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2108

2108 Verwaltungsrecht, erleichterte Antragsverfahren und -wege, und weniger kleinteilige Regelungen. Als allgemeiner

Antrag A192-Ä002

Änderungsantrag zu A192

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2110 - 2111

2110 Umsetzung national bedeutsamer Infrastrukturprojekte wollen wir verstärkt
2111 ~~Bundesgesetze~~die Bundesgesetzgebung und Bundesgesellschaften nutzen. Kommunen brauchen

Antrag A192-Ä003

Änderungsantrag zu A192

Antragsteller/in:	KV Siegen-Wittgenstein
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A190

Zeile 2111 - 2113

2111 Bundesgesetze und Bundesgesellschaften nutzen. ~~Kommunen~~„Kommunen, Kommunalverbände und Kreise brauchen
2112 für die Erfüllung der ihr zugewiesenen Aufgaben eine jeweils auskömmliche und verlässliche Finanzausstattung. Sie sollen darüber mehr Freiräume durch zusätzliche pauschal zugewiesene Finanzmittel und durch
2113 Experimentierräume erhalten“.

Antrag A192-Ä004

Änderungsantrag zu A192

Antragsteller/in:	KV Uelzen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 2113

2113 Experimentierräume. Das Verbandsklagerecht bürokratisiert und verlängert Genehmigungsprozesse und sollte daher abgeschafft werden.

Begründung

Klagen von Windkraftgegnern aus anderen Bundesländern gegen Windparks, die vor Ort hoch akzeptiert sind, verzögern und ggfs. verhindern gewünschte Genehmigungen.

Antrag A192-Ä005

Änderungsantrag zu A192

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 2113

2113 Experimentierräume. Wir Christdemokraten sorgen für die ersatzlose Streichung unnötiger Genehmigungsvorbehalte. Am schnellsten klappt die Umsetzung von Vorhaben, wenn gar nicht erst eine Genehmigung abgewartet werden muss, sondern es gleich losgehen kann.

Begründung

Mehr Freiheit für Unternehmen zu schaffen, erfordert einen weitreichenden Abbau der Überregulierung und Bürokratie. Notwendig ist dafür eine Abschaffung möglichst vieler Vorschriften, die Wirtschaft und Bürger in ihren Freiheiten einschränken.

Einfach mal machen – das gelingt nur, wenn der Staat sich weniger einmischt. Wir Christdemokraten wollen deshalb für mehr Freiheit sorgen. Dazu bedarf es Abschaffung der überbordenden staatlichen Einmischung durch Vorschriften und Behörden – aber mit gleicher Geltung für alle! Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz sind im freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat unauflöslich miteinander verbunden.

Antrag A192-Ä006

Änderungsantrag zu A192

Antragsteller/in:	KV Dresden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A190 und A198

Zeile 2113

2113 Experimentierräume. Das Konnexitätsprinzip muss vollständig gelten.

Begründung

Kommunen sind zwar häufig mit der Umsetzung von Gesetzen betraut, jedoch werden die erforderlichen Aufwendungen seitens des Gesetzgebers nicht ausreichend ausgeglichen. Beispielhaft ist hier auf die Umsetzung der Wohngeldreform zu verweisen. Es muss jedoch das Konnexitätsprinzip gelten, so dass die Staatsebene, die über die Aufgabe entscheidet, auch für deren Finanzierung zuständig ist.

Antrag A193: Zeile 2114 - 2122: Behörden müssen bürgerfreundlicher werden: Digital wird Standard

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2117 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

2114 **Behörden müssen bürgerfreundlicher werden: Digital wird Standard.**
2115 Ämter und Behörden sind für die Bürger da. Wir wollen deshalb
2116 Bearbeitungs- und Verwaltungsprozesse verschlanken und stärker
2117 automatisieren. Durch technologische Innovation, zum Beispiel auch mit Künstlicher Intelligenz, und Verbesserung bestehender Programme und Prozesse entlasten wir die
2118 Mitarbeiter der Verwaltung und erleichtern den Bürgern den Zugang zu
2119 staatlichen Angeboten und Prozessen. Dabei wird der digitale Prozess zum
2120 Standard. Für Menschen, die sich mit dem digitalen Weg schwertun, setzen
2121 wir auf Unterstützung in den Behörden vor Ort und in Form von Digitallotsen.
2122 Der Mensch muss immer im Mittelpunkt stehen.

Antrag A193-Ä001

Änderungsantrag zu A193

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2117

2117 automatisieren. Durch technologische Innovation sowie stetige Verbesserungen bestehender Technologien und Programme entlasten wir die

Begründung

Häufig werden die Prozesse innerhalb der Verwaltung bereits programmgesteuert verwaltungsorientiert begleitet. Hier muss angeknüpft werden.

Antrag A193-Ä002

Änderungsantrag zu A193

Antragsteller/in:	KV Stuttgart
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 2117

2117 automatisieren. E-Government-Services, wie Online-Antragsverfahren, Terminvereinbarungen und elektronische Zahlungsmöglichkeiten, die Bürgern und Unternehmen den Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen erleichtern und die Effizienz steigern, dürfen keine Fremdwörter

mehr sein. Durch technologische Innovation entlasten wir die

Begründung

Damit wird deutlicher, woraus wir hinaus wollen.

Antrag A193-Ä003

Änderungsantrag zu A193

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2119

2119 staatlichen Angeboten und Prozessen. Hierfür werden wir verantwortungsbewusst auch die Chancen aus der Entwicklung der künstlichen Intelligenz nutzen. Dabei wird der digitale Prozess zum

Begründung

Die Künstliche Intelligenz birgt gerade in der Verwaltung enorme Chancen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und zugleich die Prozesse signifikant zu beschleunigen und zugleich zu verbessern. Daher sollte dieser Punkt auch explizit hervorgehoben werden.

Antrag A193-Ä004

Änderungsantrag zu A193

Antragsteller/in:	Kommunalpolitische Vereinigung
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 2120

2120 Standard. Dazu werden wir den elektronischen Personalausweis bzw. Aufenthaltstitel für den Zugang zu Behörden, Anträge und Leistungen der öffentlichen Hand weiterentwickeln, damit die Menschen ihre Daten nur einmal eingeben und zur weiteren Verwendung anderen Behörden, öffentlichen Stellen aber auch Unternehmen freigeben können. Wir wollen eine europaweit gültige bzw. kompatible digitale Unterschrift. Für Menschen, die sich mit dem digitalen Weg schwertun, setzen

Antrag A193-Ä005

Änderungsantrag zu A193

Antragsteller/in:	KV Hannover-Stadt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 2122

Der Mensch muss immer im Mittelpunkt stehen. Ergänzend muss es weiterhin möglich sein, Behörden, Banken, Ärzte und andere Institutionen auch analog zu erreichen.

Begründung

Millionen von Bürgern – nicht nur Ältere – nutzen die Digitalisierung noch nicht bzw. sie fühlen sich im Umgang mit dem Internet unsicher. Sie alle dürfen durch einen Zwang zur Digitalisierung nicht von lebenswichtiger Versorgung abgehängt werden. Es gilt, die Wirkung von Digitallotsen, die sich vor Ort noch nicht optimal entfaltet, zu überbrücken.

Die Forderung wird von der Senioren Union bereits seit einiger Zeit erhoben und entspricht der BAGSO.

Antrag A194: Zeile 2123 - 2133: Der Staat muss unbürokratischer werden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A190-Ä006, A196-Ä003
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2123 - 2133 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

Der Staat muss unbürokratischer werden. Wir brauchen eine funktionierende Bürokratiebremse und eine wirksame staatliche Selbstbeschränkung - nicht nur auf der Ebene der Gesetzgeber und der Regierungen, sondern auch auf der Ebene der mittelbaren Staatsverwaltung und in deren Selbstverwaltungskörperschaften. Es ist dringend notwendig, auf allen staatlichen Ebenen überflüssige Bürokratie abzubauen, auch zugunsten einer leistungsfähigen Verwaltung. In diesem Zusammenhang wollen wir den Nationalen Normenkontrollrat aufwerten und in das Bundeskanzleramt zurückholen. Vergleichbare Einrichtungen in den Ländern befürworten wir. Statt immer mehr externer Berater brauchen wir in den Behörden regelmäßige interne Stresstests und eine flexible „interne Unternehmensberatung“ in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern.

Antrag A194-Ä001

Änderungsantrag zu A194

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2123

2123 **Der Staat muss unbürokratischer werden.** Dazu muß er sich in erster Linie auf das beschränken, was die Gemeinschaft leisten muß. Weil es weder durch die Familie noch durch die Wirtschaft geleistet werden kann. Wir brauchen eine

Begründung

Die Staatsquote von gegenwärtig über 50 % zeigt, daß der Staat viel zu viele Aufgaben an sich gezogen hat. Der geringste Bürokratische Aufwand mit „0“ entsteht, wenn die Bürger etwas eigenverantwortlich erledigen. Die staatliche Erledigung ist immer die teuerste, weil man dazu eine eigenständige Bedarfsermittlung, Berechtigungsermittlung, Einkaufsorganisation und Verteilungsorganisation zusätzlich mit Elementen der Transparenz und Korruptionsbekämpfung benötigt. Man nehme das Beispiel des Schulapfels: Wenn die Familie das erledigt, was sie ohne weiteres kann, dann kostet er vielleicht 60 bis 80 Cent. Wenn dieser durch staatliche oder kommunale Institutionen geliefert wird sind das sicherlich mehrere Euro, wenn man eine Vollkostenrechnung durchführt. Das muß man den Bürgern zusammen mit der Tatsache vor Augen führen, daß sie das selbst mit ihren Steuern bezahlen.

Antrag A194-Ä002

Änderungsantrag zu A194

Antragsteller/in:	BezV Ostfriesland
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2130 - 2131

2130 Normenkontrollrat aufwerten und in das Bundeskanzleramt zurückholen.
2131 Vergleichbare Einrichtungen sind auch in den Ländern zu etablieren.
Statt immer mehr externer Berater brauchen wir in den Behörden

Begründung

Zeile 2130
Der Bundesparteitag möge beschließen:
Ergänze nach: „... in das Bundeskanzleramt zurückholen.“
Setze: „Vergleichbare Einrichtungen sind auch in den Ländern zu etablieren.“
Begründung: Der wesentliche Teil der Verwaltungsstrukturen ist auf der Ebene der Länder und Kommunen organisiert. Auch die für diese maßgeblichen gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen sind dort verfasst. Daher muss auch auf der Ebene der Länder eine konsequente Normenkontrolle etabliert werden. Ansonsten werden Rechtsnormänderungen auf den Ebenen der EU und des Bundes dort nicht nachvollzogen und bleiben etabliert.

Antrag A194-Ä003

Änderungsantrag zu A194

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen

Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2133

2133 Unternehmensberatung“ unter Einbeziehung der Betroffenen.

Begründung

Verbesserung der Strukturen innerhalb der Verwaltung ist notwendig und der Blick von außen dafür unverzichtbar. Jedoch sollte der Blick von innen dabei nicht gänzlich außer Acht gelassen werden.

Antrag A194-Ä004

Änderungsantrag zu A194

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A198

Zeile 2133

2133 Unternehmensberatung“. Wir wollen die Zahl der Dienstposten und -stellen in der Verwaltung und der Regierung reduzieren.

Begründung

Es solllte ein klares, deutliches Bekenntnis zur Verkleinerung und Verschlankung der Regierung und Verwaltung geben. Die gut ausgebildeten eingesparten Mitarbeiter werdden bestimmt in der Wirtschaft mit offenen Armen empfangen, um den Fachkräftemängel entgegenzuwirken.

Antrag A195: Zeile 2134 - 2146: Es braucht nicht mehr, sondern bessere Gesetze

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2136 - 2139 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 2140 - 2146 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

2134 **Es braucht nicht mehr, sondern bessere Gesetze.** Dazu wollen wir eine
2135 Reform unserer Rechtsetzungsprozesse und eine neue Art der Gesetzgebung
2136 anstoßen. ~~Wir wollen weg von~~Statt ausschließlich kleinteiligen Paragrafenregelungen~~, hin zu~~
2137 ~~strategischen Zielen~~ wollen wir einen Fokus auf strategische Ziele und Kennziffern für die Zielerreichung richten. Dazu setzen wir
2138 konsequent auf Evaluationen, Befristungen und eine nachprüfbare
2139 Kennzahlensteuerung und Wirksamkeitskontrolle staatlicher Regelungen.

2140 Gesetze sollen grundsätzlich nur noch zum 1. Januar und 1. Juli in Kraft
2141 treten. Damit schaffen wir Klarheit und Planungssicherheit für Bürgerinnen
2142 und Bürger und Unternehmen. Wir werden neue Gesetze zudem immer auch
2143 in digitaltauglicher Form beschließen, damit diese in einer digitalen
2144 Verwaltung automatisiert ausgeführt werden können. Es muss generell
2145 gelten: Wenn es nicht notwendig ist, eine Regelung zu erlassen, dann ist es
2146 notwendig, keine Regelung zu erlassen. Für EU-Recht bedeutet dies, dass neue Regeln nur eins zu eins in das nationale Recht umgesetzt werden dürfen.

Antrag A195-Ä001

Änderungsantrag zu A195

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2136 - 2137

2136 anstoßen. Wir wollen ~~weg von kleinteiligen Paragrafenregelungen, hin zu~~
2137 ergänzend zu den im Rechtsstaat erforderlichen klaren Regelungen in Einzelparagrafen im Zuge der Gesetzgebung auch strategischen Zielen und Kennziffern für die Zielerreichung~~.~~ definieren.Dazu setzen wir

Begründung

Der Beginn des Ursprungssatzes („Wir wollen weg von kleinteiligen Paragrafenregelungen (...)“) klingt, als ob wir Gesetze ohne konkrete Paragrafen beschließen wollen, was im Rechtsstaat nicht möglich und nicht wünschenswert ist.

Antrag A195-Ä002

Änderungsantrag zu A195

Antragsteller/in:	Junge Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2137 - 2140

2137 strategischen Zielen und Kennziffern für die Zielerreichung. ~~Dazu setzen wir~~
2138 ~~konsequent auf Evaluationen, Befristungen und eine nachprüfbare~~
2139 ~~Kennzahlensteuerung und Wirksamkeitskontrolle staatlicher Regelungen.~~
2140 Gesetze, die neue bürokratischen Hürden schaffen, sind mit einem Ablaufdatum zu versehen. Gesetze sollen grundsätzlich nur noch zum 1. Januar und 1. Juli in Kraft

Antrag A195-Ä003

Änderungsantrag zu A195

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2140

2140 Gesetze sollen ~~grundsätzlich~~im Regelfall nur noch zum 1. Januar und 1. Juli in Kraft

Begründung

Grundsätzlich“ ist zu absolut, da es immer Situationen geben wird, wo kurzfristiger durch den Gesetzgeber gehandelt werden muss, um Schaden abzuwenden. Deshalb die angepasste Formulierung.

Antrag A195-Ä004

Änderungsantrag zu A195

Antragsteller/in:	KV Rhein-Sieg Kreis
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2140 - 2141

2140 ~~Gesetze sollen grundsätzlich nur noch zum 1. Januar und 1. Juli in Kraft~~
2141 ~~treten.~~ Damit schaffen wir Klarheit und Planungssicherheit für Bürgerinnen

Begründung

Eine Fixierung auf nur zwei Termine im Jahr, an denen Gesetze in Kraft treten können, würde (dringend) notwendige, kurzfristige Gesetzesänderungen verhindern und die Effektivität des Parlaments erheblich mindern. Als Beispiel kann an die notwendigen Änderungen des IfsG zur Corona-Hochzeit erinnert werden.

Antrag A195-Ä005

Änderungsantrag zu A195

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2141

2141 treten. Beteiligungs- und Anhörungsrechte sind zu wahren. Damit schaffen wir Klarheit und Planungssicherheit für Bürgerinnen

Antrag A195-Ä006

Änderungsantrag zu A195

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 2146

2146 notwendig, keine Regelung zu erlassen. Vor Erlass einer neuen Regelung müssen zwei gestrichen

werden.

Antrag A195-Ä007

Änderungsantrag zu A195

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2146

2146 notwendig, keine Regelung zu erlassen. Dieser Grundsatz muss gleichermaßen bei der Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union mit Umsetzungsspielraum in nationales Recht gelten. EU-Recht soll in Deutschland nicht grundsätzlich überschießend umgesetzt werden. Insgesamt werden wir uns auf der Ebene der Europäischen Union ebenfalls für eine neue Art der Gesetzgebung einsetzen.

Begründung

Viele nationale Gesetze werden aufgrund von EU-Gesetzgebung (Richtlinien) erlassen. Insbesondere jüngere nationale Gesetze setzen Richtlinien strenger und kleinteiliger um als eigentlich vorgesehen. Darüber hinaus regeln EU-Verordnungen wichtige Lebensbereiche. Bessere Gesetze müssen daher insbesondere auch auf europäischer Ebene erreicht werden

Antrag A196: Zeile 2147 - 2154: Wir wollen Bundesexperimentierräume einführen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

2147 **Wir wollen Bundesexperimentierräume einführen.** Unser Land braucht
2148 eine „Einfach-mal-machen-Mentalität“. Statt mutig neue Wege zu gehen,
2149 verstecken wir uns viel zu oft hinter Paragrafen. Wir wollen deshalb
2150 Bundesexperimentierräume einführen, um neues Recht zu erproben oder
2151 um bestehende Regelungen zu streichen. Dazu wollen wir Pilotregionen –
2152 auch grenzüberschreitend – als regulatorische Reallabore ermöglichen. So
2153 könnte für eine bestimmte Dauer einfach mal getestet und dann analysiert
2154 werden. Was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt.

Antrag A196-Ä001

Änderungsantrag zu A196

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2147 - 2154

2147 ~~**Wir wollen Bundesexperimentierräume einführen.** Unser Land braucht~~
2148 ~~eine „Einfach-mal-machen-Mentalität“. Statt mutig neue Wege zu gehen,~~
2149 ~~verstecken wir uns viel zu oft hinter Paragrafen. Wir wollen deshalb~~
2150 ~~Bundesexperimentierräume einführen, um neues Recht zu erproben oder~~
2151 ~~um bestehende Regelungen zu streichen. Dazu wollen wir Pilotregionen –~~
2152 ~~auch grenzüberschreitend – als regulatorische Reallabore ermöglichen. So~~
2153 ~~könnte für eine bestimmte Dauer einfach mal getestet und dann analysiert~~
2154 ~~werden. Was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt.~~

Antrag A196-Ä002

Änderungsantrag zu A196

Antragsteller/in:	KV Giessen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2151 - 2152

2151 um bestehende Regelungen zu streichen. Dazu wollen wir ~~Pilotregionen -~~
2152 ~~auch grenzüberschreitend - als regulatorische Reallabore ermöglichen~~zum Beispiel Ländern, Kommunen oder den Tarifparteien ermöglichen, in überschaubaren regulatorischen Reallaboren neue Wege zu gehen. So

Begründung

Experimentierräume können in Form von Öffnungsklauseln in regulatorischen Vorgaben Freiräume für Länder, Kommunen oder auch zum Beispiel für die Tarifparteien schaffen. Das Wort „Pilotregionen“ erweckt den Eindruck, die CDU plane ähnlich einer Sonderwirtschaftszone räumlich abgegrenzte Sonderrechte, dies wird sich europarechtlich nicht umsetzen lassen.

Antrag A196-Ä003

Änderungsantrag zu A196

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A194

Zeile 2154

2154 werden. Was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt.

Deutschland braucht weniger staatliche Einmischung in Unternehmen und Privates, weniger Bürokratie und staatliche Verwaltung, weniger Regulierung und weniger staatliche Vorgaben. Mehr Freiheit bringt Mut, Zukunftsorientierung, Leistungsfähigkeit für Menschen und Unternehmen und in der Folge den wirtschaftlichen Aufschwung. Wir Christdemokraten sorgen für umfassende Änderungen der Gesetzeslage in Deutschland und in der Europäischen Union und für den Rückbau der Überregulierung, damit Menschen und Unternehmen diese Freiheit bekommen. Zum Beispiel werden wir die gesetzlichen Berichtspflichten für Unternehmen aller

Größen abschaffen. Soweit deutsche Gesetze oder Rechtsverordnungen der Umsetzung von Rechtsvorschriften der Europäischen Union dienen, stellen wir sicher, dass nicht mehr als das unionsrechtlich vorgegebenen Mindestmaß vorgesehen ist. Diese Schritte sind ein Anfang, aber noch nicht ausreichend. Wir setzen uns deshalb für die ersatzlose Abschaffung von mindestens 25 Prozent der Regulierungsvorschriften ein, die Wirtschaft und Bürger in ihren Freiheiten einschränken.

Begründung

Mehr Freiheit für Unternehmen zu schaffen, erfordert einen weitreichenden Abbau der Überregulierung und Bürokratie. Notwendig ist dafür eine Abschaffung möglichst vieler Vorschriften, die Wirtschaft und Bürger in ihren Freiheiten einschränken.

Einfach mal machen – das gelingt nur, wenn der Staat sich weniger einmischt. Wir Christdemokraten wollen deshalb für mehr Freiheit sorgen. Dazu bedarf es Abschaffung der überbordenden staatlichen Einmischung durch Vorschriften und Behörden – aber mit gleicher Geltung für alle! Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz sind im freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat unauflöslich miteinander verbunden.

Antrag A197: Zeile 2155 - 2164: Wir setzen auf eine datenbasierte Verwaltung

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A124-Ä001
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2155 - 2164 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

2155 **Wir setzen auf eine datenbasierte Verwaltung.** Wir wollen und müssen es
2156 dem Staat ermöglichen, auf relevante Daten zuzugreifen. Nur eine
2157 datenbasierte Verwaltung kann eine digitalisierte Verwaltung gewährleisten.
2158 Privater Datenschutz und staatliche Datennutzung dürfen keine Gegensätze
2159 sein, sondern müssen nebeneinander möglich sein. Wir verstehen
2160 Datenschutz nicht nur als Abwehrrecht gegen den Staat, sondern
2161 Datennutzung auch als Teilhaberecht an staatlichen Leistungen. Beim
2162 Umgang mit Daten orientieren wir uns am „Once-Only“-Prinzip: Bürger und
2163 Unternehmen sollen Standardinformationen nur ein einziges Mal mitteilen
2164 ~~müssen~~müssen. Für eine effiziente digitale Arbeit aller Verwaltungsebenen setzen wir uns für kompatible, interoperable IT-Lösungen in der Verwaltung ein.

Antrag A197-Ä001

Änderungsantrag zu A197

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2155

2155 **Wir setzen auf eine ~~datenbasierte~~effiziente Datennutzung in der Verwaltung.** Wir wollen und müssen es

Begründung

Datenbasiert ist die Verwaltung so oder so. Was wir meinen, sollte hier konkreter gefasst sein.

Antrag A197-Ä002

Änderungsantrag zu A197

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2164

2164 müssen. Auch den Datenaustausch zwischen Behörden werden wir rechtlich prüfen.

Begründung

Austausch unter den Behörden findet aktuell wenig statt. Das lähmt die Verwaltung in ihrem Handeln und macht sie wenig schlagkräftig.

Antrag A198: Zeile 2165 - 2176: Regierungen und Behörden müssen schlanker werden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	A137-Ä010, A137-Ä011, A178-Ä005, A182-Ä005, A192-Ä006, A194-Ä004
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2165 - 2169 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 2170 - 2176 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

2165 **Regierungen und Behörden müssen schlanker werden.** Unser Ziel ist es,
2166 die Zahl der Bundesbehörden zu reduzieren und die Behörden zu verkleinern. Wir wollen das Personalwesen
2167 aller Ministerien bündeln. Regierungen und Behörden müssen mit den
2168 Ressourcen auskommen, die sie haben. Wir brauchen nicht für jedes neue
2169 Problem einen neuen Beauftragten oder eine neue Behörde.

2170 **Unser Staat braucht eine umfassende Aufgabenkritik.** Grundsätzlich gilt: Der

Staat soll nur dann tätig werden, wenn eine Leistung nicht ebenso gut oder besser durch Private erbracht werden kann. Wir setzen uns dafür
2171 ein, dass jede staatliche Aufgabe ein gesamtstaatliches Preisschild erhält.
2172 Wenn der Staat eine Aufgabe übernimmt, muss der Bürger wissen, was für
2173 ein Aufwand dahintersteckt. Die Bürger müssen zudem nachvollziehen
2174 können, welche staatliche Ebene für welche Aufgabe verantwortlich ist und
2175 warum. Das Konnexitätsprinzip ist für uns dabei leitend.
2176 Mischfinanzierungen wollen wir verhindern.

Antrag A198-Ä001

Änderungsantrag zu A198

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2165 - 2169

2165 **Regierungen und Behörden müssen schlanker werden.** Unser Ziel ist es,
2166 die Zahl der ~~Bundesbehörden~~Ministerien und Behörden des Bundes und in den Ländern zu reduzieren und die Ministerien und Behörden deutlich zu verkleinern. Wir wollen das Personalwesen
2167 aller Ministerien bündeln. ~~Regierungen und Behörden müssen mit den~~
2168 Einen weiteren Personalaufbau in Ministerien und Behörden wird es mit uns nicht geben. Regierungen und Behörden müssen mit den Ressourcen auskommen, die sie haben. Wir brauchen nicht für jedes neue
2169 Problem einen neuen Beauftragten oder eine neue Behörde. Der Staatsapparat muss schrumpfen!

Begründung

Wir Christdemokraten wollen ein Leben in Freiheit ermöglichen und deshalb die Überregulierung abschaffen und Bürokratie abbauen und die Steuer- und Abgabenbelastung senken. Das erfordert auch verbesserte Haushaltsdisziplin der öffentlichen Haushalte einschließlich einer Obergrenze für Kreditaufnahmen. Außerdem muss der Staatsapparat auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen, auch quasi-staatliche Stellen wie Sozialversicherungsträger) verkleinert werden, denn wo weniger Leute die Bürokratie betreiben, gibt es auch weniger Bürokratie, zugleich sinken die Kosten.

Antrag A198-Ä002

Änderungsantrag zu A198

Antragsteller/in:	KV Essen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2166 - 2167

2166 die Zahl der Bundesbehörden zu reduzieren. ~~Wir wollen das Personalwesen~~
2167 ~~aller Ministerien bündeln.~~ Regierungen und Behörden müssen mit den

Antrag A198-Ä003

Änderungsantrag zu A198

Antragsteller/in:	KV Koeln
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2166 - 2167

2166 die Zahl der Bundesbehörden zu reduzieren. Wir wollen ~~das~~Synergien im Personalwesen
2167 ~~aller Ministerien bündeln~~der Bundesverwaltung heben. Regierungen und Behörden müssen mit den

Begründung

Bündelung widerspricht dem Ressortprinzip; zudem gibt es Spezifika, etwa hinsichtlich der Statusgruppe der Soldatinnen und Soldaten, die jeweils nur ein Ressort betreffen. Wo möglich, ist die Hebung von Synergien effizient, etwa in der Personalgewinnung.

Antrag A198-Ä004

Änderungsantrag zu A198

Antragsteller/in:	KV Luebeck
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2167

2167 aller ~~M~~Bundesministerien bündeln. Regierungen und Behörden müssen mit den

Begründung

Vermeidung von Irritationen bei den Bundesländern

Antrag A198-Ä005

Änderungsantrag zu A198

Antragsteller/in:	KV Dresden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2169

2169 Problem einen neuen Beauftragten oder eine neue Behörde. Das bedeutet insbesondere, dass in Zeiten eines zurückgehenden Angebots an Fach- und Arbeitskräften auch Staat und Kommunen ihren Personalbestand daran anpassen müssen, anstelle durch Personalaufbau den Fachkräftemangel zu verschärfen.“

Begründung

Steigende Zahlen von Bundesbeschäftigten stehen im strikten Widerspruch zu der prognostizierten

Entwicklung des Fachkräftepotenzials in Deutschland. Es ist für Deutschland wichtig, dass möglichst viele Menschen für die Erwirtschaftung unseres Wohlstandes tätig sein können. Daher muss auch der öffentliche Dienst seine Möglichkeiten für eine effizientere Aufgabenerledigung lösen und dadurch seinen Personalbestand an die Verfügbarkeit von Fach- und Arbeitskräften anpassen.

Antrag A198-Ä006

Änderungsantrag zu A198

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2176

2176 Mischfinanzierungen wollen wir verhindern.

Wir Christdemokraten sind auch überzeugt: Der Staat ist nur für ausgewählte wesentliche Aufgaben zuständig. Auf diese Aufgaben wollen wir die staatliche Aufgabenwahrnehmung wieder zurückführen. Was der Staat nicht tun muss, bleibt ungetan oder wird, je nach Nachfrage, von Unternehmen oder Ehrenamtlichen erledigt - in einer Gesellschaft von freien Bürgern klärt sich dies, ohne dass es staatlicher Einmischung bedarf. Der Staat soll sich wieder deutlich mehr zurückhalten.

Begründung

Wir Christdemokraten wollen ein Leben in Freiheit ermöglichen und deshalb die Überregulierung abschaffen und Bürokratie abbauen und die Steuer- und Abgabenbelastung senken. Das erfordert auch verbesserte Haushaltsdisziplin der öffentlichen Haushalte einschließlich einer Obergrenze für Kreditaufnahmen. Außerdem muss der Staatsapparat auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen, auch quasi-staatliche Stellen wie Sozialversicherungsträger) verkleinert werden, denn wo weniger Leute die Bürokratie betreiben, gibt es auch weniger Bürokratie, zugleich sinken die Kosten.

Antrag A199: Zeile 2177 - 2189: Deutschland braucht einen attraktiven öffentlichen Dienst

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2185 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

2177 **Deutschland braucht einen attraktiven öffentlichen Dienst.** Der Staat ist
2178 auf leistungsfähige Angestellte und Beamte angewiesen. Wir bekennen uns
2179 zu einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Seine Stärke sind seine
2180 qualifizierten und motivierten Mitarbeiter. Mit ihnen gemeinsam wollen wir
2181 die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltungsstrukturen weiter verbessern.

2182 Berufsbeamtentum wollen wir künftig vor allem dort, wo es um hoheitliche
2183 Aufgaben und kritische Infrastrukturen geht. Kosten für
2184 Pensionsrückstellungen müssen klar beziffert werden.

2185 **Der öffentliche Dienst ~~soll~~muss flexibler werden.** Der öffentliche Dienst braucht
2186 flexiblere Einstiegsvoraussetzungen, ein flexibleres Laufbahnrecht, eine
2187 stärker leistungsorientierte Vergütung und attraktivere Arbeitsorte. Wir
2188 wollen die Durchlässigkeit zwischen Verwaltung, privatem Bereich und
2189 Wissenschaft verbessern. Gefragt ist ein aktives Personalmanagement.

Antrag A199-Ä001

Änderungsantrag zu A199

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2181 - 2184

2181 die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltungsstrukturen weiter verbessern.
2182 Zukünftig möchten wir das Berufsbeamtentum ~~wollen wir künftig vor allem dort, wo es um hoheitliche~~
2183 gezielt in den Bereichen hoheitlicher Aufgaben und ~~kritische Infrastrukturen geht. Kosten für~~
2184 der Sicherheit unserer Infrastruktur fördern, um die Stabilität und Effizienz unseres Staatssapparates zu gewährleisten. Pensionsrückstellungen müssen ~~klar beziffert~~gesichert und transparent dargestellt werden.

Antrag A199-Ä002

Änderungsantrag zu A199

Antragsteller/in:	KV Dresden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2182

2182 Berufsbeamtentum wollen wir künftig ~~vor allem~~nur noch dort, wo es um hoheitliche

Begründung

Gegenwärtig werden Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes auch in Bereichen verbeamtet, wo es nicht um hoheitliche Aufgaben und kritische Infrastrukturen geht, wie z.B. auch unter Lehrern. Wir wollen verhindern, dass Verbeamtung in solchen Bereichen als Instrument der Fachkräftegewinnung eingesetzt wird, da dies über den Wettbewerb der Länder dann den faktischen Zwang zur Verbeamtung erhöht. Diese Entwicklung wollen wir umkehren.

Antrag A199-Ä003

Änderungsantrag zu A199

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2182 - 2183

2182 Zukünftig möchten wir das Berufsbeamtentum ~~wollen wir künftig vor allem dort, wo es um hoheitliche~~

2183 gezielt in den Bereichen hoheitlicher Aufgaben und ~~kritische Infrastrukturen geht.~~ der Sicherheit unserer Infrastruktur fördern, um die Stabilität und Effizienz unseres Staatsapparates zu gewährleisten.

2184 Kosten für

Antrag A199-Ä004

Änderungsantrag zu A199

Antragsteller/in:	KV Hamburg-Mitte
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 2183

2183 Aufgaben und kritische Infrastrukturen geht. Personen im Beamtenstatus müssen darauf vertrauen können, dass ihre berufliche und soziale Existenz und die ihrer Familien auch bei schwerwiegenden Vorwürfen nicht durch einfachen Verwaltungsakt beendet werden darf. Es braucht immer eine gerichtliche Klärung und Entscheidung über die unfreiwillige Beendigung eines Beamtenverhältnisses. Kosten für

Begründung

Dass es eine gerichtliche Befassung braucht, um ein Beamtenverhältnis zu beenden, ist dringend notwendig, wenn man sachfremde Erwägungen im Disziplinarverfahren ausschließen will, die es bei Behördenleitungen immer mal wieder gibt (falsche Partei, falsche Gewerkschaft zum Beispiel). Das neue Bundesdisziplinargesetz stellt die Beamtinnen und Beamten schlechter als Tarifbeschäftigte. Das ist völlig unakzeptabel. Denkbare Alternative wäre die Wiedereinführung des „Bundesdisziplinaranwalts“, der die förmlichen Disziplinarverfahren führt (Vorschlag dbb). Oder aber eine Ausweitung des Beamtengesetzes, wo eine rechtskräftige Verurteilung, beispielsweise wegen Volksverhetzung, zur automatischen Beendigung des Beamtenverhältnisses führt. In jedem Fall hätte es dann eine gerichtliche Befassung gegeben, nicht nur die durch eine Behördenleitung.

Antrag A199-Ä005

Änderungsantrag zu A199

Antragsteller/in:	KV Schleswig-Flensburg
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2183 - 2184

2183 Aufgaben und kritische Infrastrukturen geht. ~~Kosten für~~

2184 Pensionsrückstellungen müssen ~~klar beziffert~~gesichert sein und transparent dargestellt werden.

Antrag A199-Ä006

Änderungsantrag zu A199

Antragsteller/in:	KV Osnabrueck-Land
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2185

2185 **Der öffentliche Dienst ~~soll~~muss flexibler werden.** Der öffentliche Dienst braucht

Begründung

Die Änderung gibt der Notwendigkeit eines flexibleren öffentlichen Dienstes mehr Verbindlichkeit.

Antrag A199-Ä007

Änderungsantrag zu A199

Antragsteller/in:	KV Wetterau
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Zeile 2189

2189 Wissenschaft verbessern. Gefragt ist ein aktives Personalmanagement.

> **Bewusste Befähigung zur Digitalisierung.** Der digitale Wandel braucht ein Bewusstsein für die Chancen der Digitalisierung, die Bereitschaft diese Veränderung mitzugehen und die Befähigung, diese aktiv gestalten zu können. Das gilt für Führungskräfte und Mitarbeitende gleichermaßen. Deshalb engagieren wir uns für die Etablierung einer entsprechenden Führungskultur, indem wir nicht nur digitale Kompetenzen stärken, sondern auch die Bedeutung einer digitalen Vorbildfunktion hervorheben. Unser Ziel ist es, eine Generation von Führungskräften zu entwickeln, die Innovation fördert und die Verwaltung mit visionärem Denken in die digitale Zukunft führt. Zudem wollen wir auch in der Breite die Voraussetzungen und Rahmenbedingen, u.a. durch kontinuierliche Weiterbildung für alle Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung, schaffen.

Begründung

Der größte Erfolgsfaktor in der Entwicklung der Verwaltung liegt in dem „richtigen Mindset“ der Beteiligten. Dieser Punkt sollte im Grundsatzprogramm explizit hervorgehoben werden.

Antrag A200: Zeile 2190 - 2212: Mit unseren Werten in die Zukunft

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2191 - 2194 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 2195 - 2196 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Parteitag möge beschließen

2190 Mit unseren Werten in die Zukunft

2191 ~~Deutschland, Europa und unsere Welt liegen uns am Herzen.~~ In diesem
2192 Grundsatzprogramm haben wir das Wertvollste aufgeschrieben, das wir
2193 Christdemokraten besitzen: unsere Grundwerte, unsere Überzeugungen und
2194 Vorstellungen für die Zukunft. Deutschland, Europa und unsere Welt liegen uns am Herzen.

2195 ~~Wir glauben an die Menschen.~~ Wir nehmen ~~sie~~den Menschen so, wie ~~sie sind~~er ist. Wir wollen ~~sie~~
2196 ihn nicht verändern. Dabei wissen wir: Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Darum sind auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung.

2197 Wir wollen unser Land voranbringen. Wir wollen Aufbruch, Erneuerung und
2198 Modernisierung. Dazu müssen wir Veränderungen erkennen, mit unseren
2199 Grundsätzen zusammenbringen und auf der Grundlage unserer Werte
2200 immer wieder neu die Zukunft gestalten. Das macht uns als moderne
2201 Volkspartei aus.

2202 Unser Wesenskern ist das Zusammenführen. Wir bauen auf ein starkes
2203 Fundament und gestalten so Politik für eine Gesellschaft, die zusammenhält.

2204 Wir wollen ein Land, das frei und sicher ist; eine Gesellschaft, die
2205 zusammenhält und Chancen eröffnet; eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle
2206 schafft; ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist; einen Staat, der
2207 funktioniert und vorangeht.

2208 Wir laden jeden, der unsere Werte und Ziele teilt, ein, diese Aufgabe mit uns
2209 zu bewältigen. So wie die Frauen und Männer, die unsere Partei 1945
2210 gründeten, glauben auch wir an eine bessere Zukunft für alle. Wir wollen
2211 diese Zukunft gestalten – mit Mut, Entschlossenheit und Zuversicht.

2212 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Antrag A200-Ä001

Änderungsantrag zu A200

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2191 - 2194

2191 ~~Deutschland, Europa und unsere Welt liegen uns am Herzen.~~ In diesem
2192 Grundsatzprogramm haben wir das Wertvollste aufgeschrieben, das wir
2193 Christdemokraten besitzen: unsere Grundwerte, unsere Überzeugungen und
2194 Vorstellungen für die Zukunft. Deutschland, Europa und unsere Welt liegen uns am Herzen.

Begründung

Satztausch. Der zweite Satz leitet das Fazit besser ein. Es geht um unsere Grundsätze. Andersherum klingt es schon sehr vermessen.

Antrag A200-Ä002

Änderungsantrag zu A200

Antragsteller/in:	LV Bremen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2195

2195 Wir glauben an die Eigenverantwortung der Menschen. Wir nehmen sie so, wie sie sind. Wir wollen sie

Begründung

Die vorgeschlagene Formulierung trifft eher den Kern des Grundsatzprogramms. Ausgehend vom christlichen Menschenbild wissen wir als CDU um die individuellen Stärken der Menschen, aber eben auch um ihre individuellen Schwächen und Fehler. Deswegen sollte auch unterschieden werden, welchen Eigenschaften der Menschen wir vertrauen und wo es ordnungspolitische Rahmenbedingungen braucht.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A200-Ä003

Änderungsantrag zu A200

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2195 - 2196

2195 Wir ~~glauben an die Menschen. Wir~~ nehmen ~~sie~~den Menschen so, wie ~~sie sind~~er ist. Wir wollen ~~sie~~
2196 ihn nicht verändern. Dabei wissen wir: Jeder Mensch kann irren. Darum kann Politik immer nur die vorletzten Antworten geben. Ihrer Planungs- und Gestaltungsfähigkeit sind Grenzen gesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung und zum Kompromiss, die es aktuell mehr bedarf denn je.

Antrag A200-Ä004

Änderungsantrag zu A200

Antragsteller/in:	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, KV Essen
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeile 2195 - 2196

2195 Wir ~~glauben an die Menschen. Wir~~ nehmen ~~sie~~den Menschen so, wie ~~sie sind~~er ist. Wir wollen ~~sie~~
2196 ihn nicht verändern. Dabei wissen wir: Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Darum sind auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung.

Begründung

Der Satz „Wir glauben an die Menschen“ ist in dieser Pauschalisierung missverständlich. Gemeint ist, dass wir dem Menschen an und für sich – so, „wie er geht und steht“ (Heiner Geißler) - etwas zutrauen. Deshalb bedarf es unbedingt der klärenden Ergänzung durch die klassische Formulierung aus „Freiheit und Sicherheit“ (2007), Ziff. 7, die sich vollinhaltlich auch bereits im Ludwigshafener (1978) und Hamburger Grundsatzprogramm (1994) findet, die bisher im gesamten Programmentwurf aber leider nicht auftaucht. Gerade am Ende, gewissermaßen in diesem „Epilog-Teil“ muss die realistische Dimension der Unvollkommenheit und Fehlerhaftigkeit des Menschen als zwingende Bestimmung des Christlichen Menschenbildes Erwähnung finden. So würde auch eine perfekte Klammer zwischen der Präambel am Anfang und dem Ende des neuen Grundsatzprogrammes finden.

Antrag A200-Ä005

Änderungsantrag zu A200

Antragsteller/in:	KV Oldenburg-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2198

2198 Modernisierung. Wir wollen mit den Menschen eine Vision für die Zukunft entwickeln. Dazu müssen wir Veränderungen erkennen, mit unseren

Begründung

Die vorgeschlagene Ergänzung unterstreicht die Bedeutung einer gemeinsamen Vision für die Zukunft, die in Zusammenarbeit mit den Menschen entwickelt wird. Während die Passage bereits die Absicht der Partei betont, das Land voranzubringen und für Aufbruch, Erneuerung und Modernisierung zu stehen, verleiht die vorgeschlagene Ergänzung diesem Ziel eine weitere Dimension.

Indem betont wird, dass die Partei mit den Menschen gemeinsam eine Vision für die Zukunft entwickeln möchte, wird deutlich gemacht, dass die Partei die Beteiligung und Mitgestaltung der

Bürgerinnen und Bürger aktiv anstrebt. Dies unterstreicht das demokratische Verständnis der Partei und ihre Bereitschaft, die Anliegen und Ideen der Menschen ernst zu nehmen und in die politische Arbeit einzubeziehen.

Antrag A200-Ä006

Änderungsantrag zu A200

Antragsteller/in:	KV Gelsenkirchen
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2198

2198 Modernisierung. Dazu müssen wir notwendige Veränderungen erkennen, mit unseren

Begründung

Wir können und wollen nicht auf jede Veränderung reagieren. Konservativ heißt, abzuwägen.

Antrag A200-Ä007

Änderungsantrag zu A200

Antragsteller/in:	LV Oldenburg, KV Oldenburg-Stadt
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Zeile 2210

2210 gründeten, glauben auch wir an eine bessere Zukunft für alle. Unsere Zukunft ist die Europäische Union. Wir wollen

Begründung

Die Europäische Union bietet uns die Chance, gemeinsam Herausforderungen anzugehen, Werte zu teilen und unseren Wohlstand zu sichern. Sie steht für Frieden, Freiheit und Solidarität und verkörpert eine Vision einer geeinten und prosperierenden Gemeinschaft. Daher ist es wichtig, in unserem Grundsatzprogramm deutlich zu machen, dass wir fest hinter der EU stehen und sie als zentralen Baustein für eine positive Zukunft für alle betrachten.

Die vorgeschlagene Änderung verdeutlicht unsere Verbundenheit mit der Europäischen Union und unsere Überzeugung, dass eine erfolgreiche Gestaltung der Zukunft untrennbar mit einer starken und handlungsfähigen EU verbunden ist.

Antrag ZA001: Wir sind christdemokratisch

Antragsteller/in:	KV Baden-Baden
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Der Parteitag möge beschließen

In den Zeilen 313, 316, 320, 327, 336, 345 werden die Wörter „bürgerlich“, „bürgerlicher“ bzw. „bürgerliche“ ersetzt durch „christdemokratisch“, „christdemokratische“ bzw. „christdemokratischer“.

Begründung

Das Christdemokratische beschränkt sich nicht auf den sozialen Teil unserer drei Wurzeln, sondern verbindet die konservative, die liberale und die soziale Wurzel. Das C ist die Klammer, die alles vereint. Im übrigen sollte der Begriff "christdemokratisch" häufiger im Grundsatzprogramm der CDU vorkommen als "bürgerlich".

Antrag ZA002: Verbale Zuspitzungen reduzieren

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Der Parteitag möge beschließen

Wir stellen der Programmredaktion anheim

... verbale Zuspitzungen zu reduzieren

mit voller/aller Härte Z24, Z575/Z408

hart/härter Z450, Z467, Z553, Z590

ohne Wenn und Aber Z36, Z709

mit der ganzen Konsequenz Z452 sowie

entschieden Z355, Z576, Z836, Z1818

Begründung

Nicht *cool*. Nicht seriös. Hat die ***CDU*** nicht nötig!

Bitte weglassen. Danke.

Straftaten sind nicht *härter* zu bestrafen. Wir sollten sie (nach Recht und Gesetz) bestrafen!

Dort, wo die Gesetze nicht hinreichen, muss der Gesetzgeber nachschärfen.

Antrag ZA003: Fluch der Anreize

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Der Parteitag möge beschließen

Wir stellen der Programmredaktion anheim

... mit Anreizen sparsam umzugehen.

Z84

Z1305

Z1305

Z1424

Z1512

Z1514

Z1519ff.

Z1536

Z1563

Z1577

Z1657

Z1869

Begründung

Anreize“ sind in der Politik ein beliebtes Wort. Anreize sind aber für den Staat und eine Gesellschaft/ Wirtschaft ein **zweischneidiges Schwert**. Die Menschen könnten sich allzu sehr an die staatlichen Anreize gewöhnen... Staatskunst besteht darin, den Menschen das, was vom Gemeinwohl her nötig und politisch geboten ist, zu erklären, so dass sie es verstehen und sie sich dann dieser Einsicht folgend verhalten. Quasi freiwillig und aus innerer Überzeugung!

Ein altes Sprichwort: Geld verdirbt den Charakter!

Das Instrument der Anreize ist nur sehr dosiert einzusetzen.

Antrag ZA004: Wir sind Spitze?!?

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Der Parteitag möge beschließen

Wir stellen der Programmredaktion anheim

... etwas zurückhaltender zu formulieren.

Z1296 Spitzenstudienbedingungen

Z1322 Spitzenforschung

Z1428 Spitzentechnologie unterstützen

Z1460ff. ... Schlüsseltechnologien...eine Rolle einnehmen, die es uns ermöglicht, die Spielregeln zu bestimmen.

Z1473 Weltspitze

Z1779 Spitze

Z1950 Technologieführerschaft

Begründung

Natürlich muss ein (Grundsatz-)Programm motivieren, aber wir sollten dabei die Kirche im Dorf lassen. Wir müssen realistisch bleiben, um **glaubwürdig** zu bleiben.

Wir sollten ehrlich mit uns sein: Wir haben - im (Welt-)Vergleich - in den letzten Jahren viele unserer Spitzenpositionen verloren und haben viele unserer Möglichkeiten liegengelassen. Es bedarf kluger und erheblicher Anstrengungen, damit wir uns wieder nach vorne arbeiten.

Wir müssen uns anstrengen... unser Bestes geben! Das sollte betont werden. Vgl. Ludwig Erhard (sinngemäß): Wir müssen mehr arbeiten oder den Gürtel enger schnallen.

Antrag ZA005: Weniger Wettbewerb, mehr Kooperation

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Der Parteitag möge beschließen

1 **Wir stellen der Programmredaktion anheim**

2 **... die Wettbewerbsorientierung etwas zurückzufahren**

3 Wettbewerb Z 138, Z 312, Z 686, Z 773, Z 786, Z 798, Z 1149, Z 1188, Z 1376, Z
4 1413, Z 1422, Z 1501, Z 1508, Z 1514, Z 1532, Z 1689, Z 1801, Z 1872, Z 1885, Z
5 2091

6 **... dafür etwas mehr auf Kooperation und Allianzen zu setzen.**

7 Kooperation Z 669, Z 770, Z 775, Z 1031, Z 1223, Z 1274, Z 1321, Z 1325, Z
8 1427, Z 1480, Z 1702, Z 1760

Begründung

Weniger Wettbewerb, mehr **Kooperation**. Auch Kooperationen und Allianzen beleben das Geschäft, nicht nur, wie es heißt, die Konkurrenz! Kooperationen fördern auch neue Ideen und Innovationen. Kooperationen, wenn nicht jeder alleine, immer das Rad neu erfinden muss, fördern die **Nachhaltigkeit** und **Resilienz** ... und reduzieren die Reibungsverluste und mithin die **Kosten** ... und machen einen **schneller**. Dadurch gewinnen nicht nur Einzelne, einzelne Unternehmen, sondern die gesamte Volkswirtschaft.

Wo bleibt das "C"?

Grundsätzlich: Ich möchte nicht mit jemand zusammenarbeiten, der immer nur dann kooperiert, wenn er selbst nicht mehr weiter weiß. Miteinander sind wir stärker. Egoismen und Abschottungen behindern und sollten abgebaut werden.

Antrag ZA006: Verschiebung eines Kapitels

Antragsteller/in:	KV Gross-Gerau
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Der Parteitag möge beschließen

Das Kapitel „Ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist“ an den Anfang stellen. Direkt nach „Ein Land, das frei und sicher ist“.

Begründung

Abgeleitet aus der Schöpfung definiert dieses Kapitel wesentliche Positionen und sollte am Anfang des Grundsatzprogramms stehen.

Antrag ZA007: Kein Staatscontrolling

Antragsteller/in:	KV Bad Kreuznach
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Der Parteitag möge beschließen

1 **Wir stellen der Programmredaktion anheim**

2 **... so wenig 'Kennzahlen' wie möglich einzusetzen.**

3 Z1974 Wirkungskennzahlen

4 Z2137 Kennziffern für die Zielerreichung

5 Z2139 Kennzahlensteuerung

6 Z2171 ...dass jede staatliche Aufgabe ein gesamtstaatliches Preisschild...

Begründung

Unser Staat funktioniert nicht dadurch besser, indem wir alle möglichen Kennzahlen definieren und erheben.

Mit derartigen Kennzahlen(-systeme) pfropfen wir ziemlich sicher eine gewaltige zusätzliche Bürokratie obendrauf, ohne einen wirklichen Erkenntnisgewinn zu erlangen.

Die Welt ist komplex. Vieles lässt sich nicht quantifizieren. Weil das so ist, brauchen wir die Politik, brauchen wir die (parlamentarische) **Delibaration**.

Viele Unternehmen haben ihr Controlling mit den entsprechenden Zahlenfriedhöfen längst zurückgefahren. Besser ist der ehrliche Dialog mit den Leuten „an der Front“ sowie der offene Austausch mit den Betroffenen...

Antrag ZA008: Umstellungen im Unterkapitel "Familien geben Sicherheit" und ein neues Unterkapitel zur "Gleichberechtigung und Persektivenvielfalt stehen für Chancen und Dynamik" im Grundsatzprogramm einfügen

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen

Das Unterkapitel "Familien geben Sicherheit" des Grundsatzprogramms wird geteilt und in der Reihenfolge umgestellt.

Zu "Familien geben Sicherheit" (neu) gehören die Abschnitte A 083 (Zeile 931-946; Ehe und Familie sind Keimzelle unserer Gesellschaft), A 086 (Zeile 974-981; Familien brauchen Freiräume), A 086 (Zeile 982-988; Familien brauchen verlässliche Kinderbetreuung), A 085 (Zeile 959-973; Wir geben jungen Menschen den Freiraum, sich zu entfalten), A 087 (Zeile 989-994; Wir bekämpfen Einsamkeit), A 088 (Zeile 995 - 1006; Wir sind für Lebensschutz).

Dem folgt ein neues Unterkapitel "Gleichberechtigung und Perspektivenvielfalt stehen für Chancen und Dynamik" mit den Abschnitten A 084 (Zeile 947-958; Wir arbeiten für ein Land, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht sind), A 089 (Zeile 1007-1015; Wir respektieren die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identität, aber lehnen Genderideologie ab) und A 090 (Zeile 1016-1023; Wir wollen Zusammenarbeit statt Identitätspolitik).

Begründung

Für die Themen Gleichberechtigung sowie sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identität ist ein eigenes Unterkapitel sachgerecht, denn diese Fragen betreffen Personen unabhängig von ihrer familiären Situation.

Antrag ZA009: Gleichberechtigung durch Doppelnennung

Antragsteller/in:	KV Kiel
Empfehlung der AK:	Ablehnung

Der Parteitag möge beschließen

Die Doppelnennung beziehungsweise Beidnennung zu benutzen, sowie, wenn möglich, eine neutale Formulierung zu benutzen.

Beispielsweise: Änderung von Christdemokraten in Christdemokraten und Christdemokratinnen

Antrag B001: Statut § 28 Abs. 4: Zusammensetzung des Bundesparteitags

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

28 Abs. 4 (Zusammensetzung des Bundesparteitages) wird wie folgt geändert und die Abs. 5 und 6 neu angefügt:

„(4) Der Bundesparteitag tritt mindestens alle zwei Jahre als Präsenzversammlung nach § 9 Abs. 1 Ziffer 1 PartG zusammen und wird vom Bundesvorstand einberufen. Auf Antrag des Bundesausschusses oder von mindestens einem Drittel der Landesverbände muss er einberufen werden.

(5) Ist die Durchführung als Präsenzversammlung in Folge einer behördlich festgestellten Notlage innerhalb des Gebietsverbandes unmöglich, kann der Bundesparteitag als virtuelle oder hybride Versammlung nach § 9 Abs. 1 Ziffern 2 bis 4 PartG einberufen und durchgeführt werden.

(6) Abs. 4 Satz 1 und Abs. 5 gelten für die Landesverbände entsprechend. Sieht die Satzung eines Landesverbandes die jährliche Durchführung von Landesparteitagen vor, kann ein Landesparteitag, auf dem weder Wahlen zum Vorstand noch Delegiertenwahlen durchgeführt werden sollen, auf Beschluss des Landesvorstandes abweichend von Satz 1 auch als virtuelle oder hybride Versammlung nach § 9 Abs. 1 Ziffern 2 bis 4 PartG einberufen und durchgeführt werden.

Die Landesverbände können durch Satzung für die ihnen nachgeordneten Gebietsverbände die Versammlungsformen für Parteitage nach § 9 Abs. 1 Ziffern 1 bis 4 PartG bestimmen.

Unzulässig ist jedoch die Durchführung virtueller oder hybrider Versammlungen nach § 9 Abs. 1 Ziffern 2 bis 4 PartG im Rahmen von Aufstellungen zu öffentlichen Wahlen, soweit nicht Wahlgesetze eine abweichende Regelung treffen. Auch in diesem Fall gelten die Absätze vier und fünf.“

Antrag B002: Statut §29 Abs. 2 Unterabs. 3: Zuständigkeit des Bundesparteitags

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

29 Abs. 2 Unterabs. 3 Statut (Zuständigkeiten des Bundesparteitags) wird wie folgt geändert:

„Die Mitglieder des Bundesvorstandes werden in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt. Der Generalsekretär kann auf Vorschlag des Vorsitzenden durch den Bundesausschuss vorzeitig von den Pflichten seines Amtes entbunden werden. Für den Beschluss des Bundesausschusses ist die Mehrheit seiner Mitglieder erforderlich."

Antrag B003: Statut § 32: Einberufung Bundesausschuss

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

In § 32 (Einberufung Bundesausschuss) wird folgender Abs. 3 neu eingefügt:

„(3) § 28 Abs. 4 und 5 gelten hinsichtlich der Versammlungsformen nach § 9 Abs. 1 Ziffern 1 bis 4 PartG entsprechend."

Antrag B004: Statut § 39 Abs. 2: Zuständigkeiten der Vereinigungen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

39 Abs. 2 (Zuständigkeiten der Vereinigungen) wird wie folgt geändert:

„(2) Ihr organisatorischer Aufbau soll dem der Partei entsprechen. Die Landesverbände haben die Möglichkeit, im Einvernehmen mit den Vereinigungen abweichende Strukturen vorzusehen. Die Bundesvereinigungen können durch Satzung für alle Organisationsstufen die Versammlungsformen nach § 9 Abs. 1 Ziffern 1 bis 4 PartG für Versammlungen bestimmen, die dem Parteitag entsprechen. Mindestens die Vorsitzenden der Bundes-, Landes- und Bezirksvereinigungen müssen Mitglieder der CDU sein. Die weiteren Mitglieder ihrer Vorstände sollen

Mitglieder der CDU sein. Die Vereinigungen haben eine eigene Satzung, die der Genehmigung durch den Generalsekretär bedarf. Der Hauptgeschäftsführer einer Vereinigung wird im Einvernehmen mit dem Generalsekretär ernannt.“

Antrag B005: Statut § 39 b: Sonderorganisationen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

In § 39 b (Sonderorganisationen) wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) § 39 Abs. 2 Sätze 3 und 6 finden entsprechende Anwendung.“

Antrag B006: Statut § 42 Abs. 1: Abstimmungsarten

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 42 Abs. 1 (Abstimmungsarten) wird wie folgt geändert:

„(1) Abstimmungen erfolgen durch Handzeichen, durch hochgehobene Stimmkarten oder auf elektronischem Wege im Sinne von § 15 Abs. 2a PartG mit einer anerkannten, zertifizierten Methode, die dem Stand der Technik entspricht. Wenn mindestens ein Viertel der anwesenden Stimmberechtigten es verlangt, muss geheim abgestimmt werden.“

Antrag B007: Statut §43 Abs. 1: Wahlen

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 43 Abs. 1 Unterabs. 2 (Wahlen) wird wie folgt geändert:

„Als Stimmzettel im Sinne dieses Statuts gilt auch ein anerkanntes, zertifiziertes elektronisches Stimmformular, das die Einhaltung der demokratischen Wahlgrundsätze, des Datenschutzes und der Datensicherheit sicherstellt. Bei einer elektronischen Stimmabgabe im Sinne von § 15 Abs. 2a PartG erfolgt die Wahl durch eindeutige Markierung hinter dem Namen des

Kandidaten. Der Einsatz im Rahmen von Aufstellungen zu öffentlichen Wahlen ist unzulässig.“

Antrag B008: Finanz- und Beitragsordnung der CDU Deutschlands § 3: Rechenschaftsbericht

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

In § 3 (Rechenschaftsbericht) wird folgender Abs. 11 neu eingefügt:

„(11) Einnahmen aus Sponsoring (§ 8a) sind neben der Berücksichtigung als Einnahme in einem gesonderten Teil aufzuführen (Sponsoring-Bericht), wenn der zugewendete Bruttobetrag im Einzelfall 750 Euro oder bei mehreren Zuwendungen der gleichen Person an den gleichen Gebietsverband im Rechnungsjahr 6.000 Euro übersteigt. Im Sponsoring-Bericht sind Einnahmen aus Sponsoring unter Angabe von Namen und Anschrift des Zuwendenden, des Bruttowertes der Einnahme und der Art des Sponsorings zu verzeichnen. Dieser Absatz tritt am 1.1.2025 in Kraft.“

Antrag B009: Finanz- und Beitragsordnung der CDU Deutschlands § 3: Rechenschaftsbericht

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 3 (Rechenschaftsbericht) Abs. 11 (alt) wird zu Abs. 12 (neu).

Antrag B010: Finanz- und Beitragsordnung der CDU Deutschlands § 3: Rechenschaftsbericht

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 3 (Rechenschaftsbericht) Abs. 12 (alt) wird zu Abs. 13 (neu) und wie folgt geändert:

„(13) Im Übrigen sind bei der Erstellung des Rechenschaftsberichts die Vorschriften des 24 Abs. 8a bis 11 PartG zu berücksichtigen.“

Antrag B011: Finanz- und Beitragsordnung der CDU Deutschlands § 5 Abs. 1: Spenden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 5 Abs. 1 (Spenden) wird wie folgt geändert:

„(1) Spenden sind über Mitgliedsbeiträge und Sonderbeiträge hinausgehende Geld- oder geldwerte Leistungen an die Partei. Dazu gehören auch Satz 1 entsprechende Sonderumlagen, Sammlungen und Freistellungen von üblicherweise entstehenden Verbindlichkeiten sowie geldwerte Zuwendungen aller Art einschließlich der Übernahme von Werbemaßnahmen.“

Antrag B012: Finanz- und Beitragsordnung der CDU Deutschlands § 5 Abs. 2: Spenden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 5 Abs. 2 (Spenden) wird wie folgt neu gefasst:

„(2) Als Werbemaßnahmen gelten auch solche, die zwar nicht den Namen einer Partei beinhalten, aber aufgrund ihrer Gesamterscheinung, nach ihrer Gestaltung oder ihrer Inhalte als Werbemaßnahme für eine bestimmte Partei aufzufassen sind. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der §§ 27 Abs. 1a) und 27a) PartG.“

Antrag B013: Finanz- und Beitragsordnung der CDU Deutschlands § 5 Abs. 3: Spenden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§5 Abs. 3 (Spenden) wird wie folgt neu gefasst:

„(3) Geldwerte Zuwendungen im Sinne von Abs. 1 Sätze 1 und 2 liegen nicht vor, wenn derartige Zuwendungen üblicherweise unentgeltlich Parteien außerhalb eines Geschäftsbetriebs zur Verfügung gestellt werden; dies gilt auch dann, wenn eine hierfür dennoch vereinbarte Vergütung an die Partei zurückgeleitet oder auf eine solche Vergütung verzichtet wird.“

Antrag B014: Finanz- und Beitragsordnung der CDU Deutschlands § 5: Spenden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 5 (Spenden) Abs. 2 (alt) bis Abs. 5 (alt) werden zu § 5 (Spenden) Abs. 4 (neu) bis Abs. 7 (neu).

Antrag B015: Finanz- und Beitragsordnung der CDU Deutschlands § 5 Abs. 6: Spenden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 5 (Spenden) Abs. 6 (neu) wird wie folgt geändert:

„(6) Spenden und Sonderbeiträge an die Partei oder einen oder mehrere ihrer Gebietsverbände, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr (Rechnungsjahr) 10.000 Euro übersteigt, sind unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders oder anderer Angaben, die eine Identifikation der Person vergleichbar ermöglichen, sowie der Gesamthöhe der Spende im Rechenschaftsbericht zu verzeichnen. Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 35.000 Euro übersteigen, sind unverzüglich dem Bundesgeschäftsführer oder dem Finanz- beauftragten schriftlich mitzuteilen. Diese sorgen für die gesetzlich vorgeschriebene Anzeige bei dem Präsidenten des Deutschen Bundestages.“

Antrag B016: Finanz- und Beitragsordnung der CDU Deutschlands § 5 Abs. 7: Spenden

Antragsteller/in:	Bundesvorstand

Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 5 (Spenden) Abs. 7 (neu) wird wie folgt geändert:

„(7) Nach Abs. 5 unzulässige Spenden sind von der Partei unverzüglich, spätestens mit Einreichung des Rechenschaftsberichts für das betreffende Jahr (§ 19a Abs. 3 PartG), über den Bundesgeschäftsführer oder den Finanzbeauftragten an den Präsidenten des Deutschen Bundestages weiterzuleiten.“

Antrag B017: Finanz- und Beitragsordnung der CDU Deutschlands § 8a: Sponsoring

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 8a (Sponsoring) wird wie folgt neu eingefügt:

„§ 8a (Sponsoring)

Einnahmen aus Sponsoring sind Zuwendungen zur Förderung einer Partei, mit denen der Zuwendende als Gegenleistung eine Förderung eigener Ziele der Werbung oder Öffentlichkeitsarbeit verfolgt. Dabei darf die Höhe der jeweiligen Zuwendung nicht außer Verhältnis zu der von der Partei erbrachten Leistung stehen.“

Antrag B018: Geschäftsordnung der CDU Deutschlands § 6 Abs. 2: Antragsrechte

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 6 Abs. 2 (Antragsrechte) wird wie folgt geändert:

„(2) Sachanträge auf dem Bundesparteitag können nur von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Hierzu ist das von der CDU bereitgestellte elektronische Eingabesystem zu verwenden.“

Antrag B019: Änderung des § 28 Absatzes 1 Satz 1 des Bundes-Statuts

Antragsteller/in:	KV Bonn
Empfehlung der AK:	Ablehnung
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

Die Vorsitzenden der parlamentarischen Sprecherkonferenzen werden als Delegierte zum Bundesparteitag aufgenommen.
Dazu wird der § 28 Absatz 1 Satz 1 des Bundes-Statuts entsprechend geändert (Änderung farblich hervorgehoben):

"Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus 1000 Delegierten der Landesverbände, die von den Kreis-, Bezirks- oder Landesparteitagen gewählt werden, den Delegierten der Auslandsverbände ~~und~~ ,den Ehrenvorsitzenden und den Vorsitzenden der parlamentarischen Sprecherkonferenzen."

Begründung

Auf Bundesparteitagen werden die Leitlinien der Politik der CDU Deutschlands und damit aller Gliederungen und Vereinigungen, aber insbesondere auch aller Fraktionen der Union in den Landtagen, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament vorgegeben. Darüber hinaus werden auf Bundesparteitagen auch konkrete inhaltliche Positionen für die parlamentarische Arbeit getroffen. Deshalb bedarf es zum einen einer engen Verknüpfung der Partei zu den parlamentarischen Fachsprecherinnen und -sprechern, aber auch einer Möglichkeit der Fachkonferenzen bei Bundesparteitagen entsprechend vertreten zu sein.

Antrag B020: §28 des Statuts "Zusammensetzung des Parteitags"

Antragsteller/in:	Senioren Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Bundesvorstand der CDU Deutschlands
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§28 Absatz 1 CDU-Statut wird wie folgt zu ändern:

„Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus **750** Delegierten der Landesverbände, die von den Kreis-, Bezirks- oder Landesparteitagen gewählt werden, den Delegierten der Auslandsverbände und den Ehrenvorsitzenden. Von den **750** Delegierten der Landesverbände werden **150** im Verhältnis der bei der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag für die einzelnen Landeslisten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands abgegebenen Zweitstimmen, **600** im Verhältnis

der Mitgliederzahlen der einzelnen Landesverbände entsandt. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Landesverbände erfolgt bei allen Bundesparteitagen im Höchstzahlverfahren nach d'Hondt. Maßgeblich für die Verteilung der Delegiertensitze ist die Mitgliederzahl, die nach § 22 dieses Statuts sechs Monate vor dem Bundesparteitag festgestellt wird."

Begründung

Die Mitgliederzahl der CDU Deutschland hat sich in den letzten vier Jahrzehnten praktisch halbiert; der Bundesparteitag blieb hingegen in seiner Größenordnung unverändert. Vor diesem Hintergrund halten wir eine maßvolle Verkleinerung des Bundesparteitags für geboten.

Antrag B021: Mehr zeitliche Flexibilität für Kreisvorstände bei der Entscheidung über Aufnahmeanträge

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Ablehnung
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	B022
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 5 Absatz 1 des Statuts der CDU Deutschlands wird wie folgt geändert:

„Die Aufnahme als Mitglied erfolgt auf Antrag des Bewerbers. Der Aufnahmeantrag muss auf elektronischem Wege (z. B. online, E-Mail), in Textform oder schriftlich gestellt werden. Über die Aufnahme entscheidet der zuständige Kreisvorstand innerhalb von **vier** Wochen nach Eingang des Aufnahmeantrags beim zuständigen Kreisverband; der Eingang ist durch die Kreisgeschäftsstelle dem Bewerber unverzüglich zu bestätigen. Der zuständige örtliche Verband und der örtliche Verband des Wohnsitzes werden innerhalb dieses Zeitraums angehört. Ist dem Kreisvorstand im Einzelfall aus wichtigem Grund keine Entscheidung innerhalb der vorgenannten Frist möglich, verlängert sich diese **um weitere zwei Wochen**. Hierüber ist der Bewerber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen. Eine erneute Fristverlängerung ist unzulässig. Trifft der Kreisvorstand innerhalb von **sechs** Wochen keine ablehnende Entscheidung, gilt der Antrag als angenommen."

Antrag B022: Aufnahmeverfahren

Antragsteller/in:	KV Leer
Empfehlung der AK:	Ablehnung
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

- **Paragraph 5 Abs. 1 Satz 3 ff des CDU-Statuts erhalten folgende Fassung:**

"Über die Aufnahme entscheidet der zuständige Kreisvorstand innerhalb von **vier Wochen** nach EIngang des Aufnahmeantrages beim zuständigen Kreisverband; die Aufnahmeentscheidung kann auf den geschäftsführenden Vorstand delegiert werden. Der Eingang ist durch die Kreisgeschäftsstelle dem Bewerber **zeitnah** zu bestätigen. Der Zuständige örtliche Verband und der örtliche Verband des Wohnsitzes werden innerhalb dieses Zeitraums angehört. Ist dem Kreisvorstand im Einzelfall keine Entscheidung innerhalb der vorgesehenen Frist möglich, verlängert sich diese um weitere **vier Wochen**. Hierüber soll der Bewerber benachrichtigt werden. Trifft der Kreisvorstand innerhalb von **acht Wochen** keine ablehnende Entscheidung gilt der Antrag als angenommen."

Begründung

Die Aufnahmefiktion wird beibehalten, die Frist für die Aufnahmeentscheidung wird wieder auf den ursprünglichen vier-Wochen-Zeitraum verlängert, die Verlängerungsoption wird ebenfalls erweitert. Die zwingenden zeitlichen Rahmenbedingungen für die Benachrichtigung der Bewerber werden vereinfacht. Eine Delegation auf den geschäftsführenden Vorstand soll ermöglicht werden.

Eine zügige Aufnahme von Neumitgliedern und eine zeitnahe Kommunikation sind definitiv wünschenswert. Die Aufnahmeentscheidung ist jedoch die einzige Möglichkeit, Bewerber, die nicht zur CDU "passen", abzulehnen. Die aktuellen kurzen Fristen nehmen weder Rücksicht auf die Arbeitsweise der **ehrenamtlich arbeitenden Vorstände** noch auf die zunehmend **schwierigere Situation in Bezug auf eine Vollzeit-Besetzung der Geschäftsstellen.** Kreisvorstände tagen im Idealfall einmal monatlich, oft aber nur quartalsweise. Über den Rhythmus entscheiden sie selbst im Rahmen ihrer Organisationshoheit - der Bundesverband sollte hier kein Vorgaben durch die Hintertür machen. Und es ist eben nicht mehr selbstverständlich, daß Post oder elektronische Nachrichten flächendeckend täglich (24/7/365) in den Geschäftsstellen gesichtet werden. Auch müssen Rückmeldungen der Verbände (Kontaktaufnahme mit dem Neumitglied durch örtliche Funktionsträger) abgewartet werden. Es ist den ehrenamtlich Tätigen auf Dauer nicht zumutbar, zu jeder Zeit auf wichtige Nachrichten der Partei zu warten und sofort Rückmeldungen zu geben, wie dies bei einzeln in ein Umlaufverfahren gegebenen Aufnahmeanträgen erforderlich wäre. Durch die Sammlung/Zusammenfassung von AUfnahmeentscheidungen werden Fristen aber regelmäßig überschritten bzw. durch den Zeitdruck Diskussionsmöglichkeiten eingeschränkt. Und die Weiterbearbeitung von Aufnahme- oder Vertagungs-Entscheidungen ist regelmäßig *nur ein* Punkt von vielen im Rahmen der Nachbereitung von Kreisvorstandssitzungen durch die Geschäftsstellen.

Zielführender wäre es, die Bewerber auch ohne förmlichen Mitglieds-Status baldmöglichst in die Aktivitäten der Verbände (Orts- aber auch Kreisebene) einzubinden. Dies ist wiederum Aufgabe der ehrenamtlich Tätigen vor Ort, die hierzu befähigt und motiviert werden müssen.

Antrag B023: Anspruch auf digitale Teilnahme an Präsenzsitzungen von Vorständen erst von der

Kreisverbandsebene an aufwärts

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	B024
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 40a Absatz 1 des Statuts der CDU Deutschlands wird wie folgt geändert:

„Vorstandssitzungen können in Präsenz oder als digitale Sitzungen durchgeführt werden. **Von der Kreisverbandsebene an aufwärts haben Vorstandsmitglieder** das Recht, an den Präsenzsitzungen mittels angebotener Telefon-, Videokonferenz oder anderem digitalen Format teilzunehmen (hybride Sitzung).“

Antrag B024: Hybride Vorstandssitzungen erst ab der Kreisverbandsebene aufwärts

Antragsteller/in:	KV Unna
Empfehlung der AK:	Erledigt durch B023
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

Der CDU Kreisverband Unna beantragt, die Durchführung hybrider Vorstandssitzungen ab der Kreisebene aufwärts festzuschreiben.

Das Statut der CDU Deutschlands soll wie folgt geändert werden:

- *40 a (Durchführung von Vorstandssitzungen)*

(1) Vorstandssitzungen können in Präsenz oder als digitale Sitzungen durchgeführt werden. Vorstandsmitglieder haben das Recht, an den Präsenzsitzungen mittels angebotener Telefon-, Videokonferenz oder anderem digitalen Format teilzunehmen (hybride Sitzung). ***Dies gilt für die Vorstände ab der Kreisebene aufwärts.***

(2) Der Vorstand kann in begründeten Fällen hybride Sitzungen nach Abs. 1 ganz oder teilweise ausschließen.

Begründung

Im Antrag des Bundesvorstandes an den 35. Parteitag der CDU Deutschlands mit dem Titel „Volkspartei der Zukunft: Die CDU erneuern“ heißt es:

„7.1. Digitale Gremiensitzungen ermöglichen

Den Vorständen unserer Verbände soll es künftig ermöglicht werden, nicht nur digital zu tagen, sondern in diesem

Rahmen auf dem Wege des digitalen Umlaufverfahrens auch Beschlüsse fassen zu können. Hierzu wollen wir das Satzungsrecht der CDU

entsprechend anpassen.

...

Auch eine Mischung aus analogen und digitalen Formaten als hybride Sitzung soll ab der Kreisvorstandsebene möglich sein."

Bei der Neufassung des Statuts der CDU Deutschlands wurde leider nicht berücksichtigt, dass hybride Vorstandssitzungen erst ab der Kreisebene aufwärts verpflichtend sein sollen. Aktuell müssen auch die Vorstände der Ortsverbände hybrid tagen, was in der Mehrheit der Fälle technisch/organisatorisch schlicht nicht möglich ist und vom Bundesvorstand auch nicht beabsichtigt war. Darum sollte das Statut der CDU Deutschlands entsprechend geändert werden.

Antrag B025: Verfahrensordnung - Beschlußfähigkeit

Antragsteller/in:	KV Leer
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

- **40 Abs. 1 Satz des CDU-Statuts erhält folgende Fassung:**

(1) Die Organe der Partei sind beschlußfähig, wenn sie mindestens ZWEI Wochen (satzungsgemäß) vorher mit Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen worden sind und wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

Begründung

Die Ergänzung des Tagungsortes dient der Klarstellung, daß neben Zeitpunkt (Datum, Uhrzeit) und Tagesordnung auch ein konkreter Ort (ggfs. auch virtuell) zu den wesentlichen Bestandteilen einer ordnungsgemäßen EInladung gehört. Kurzfristige Änderungen, die rechtzeitig bzw. zumutbar kommuniziert werden erscheinen unschädlich.

Die Verlängerung der Ladungsfrist ist eine Konsequenz aus der Änderung des Postgesetzes, Durch die Angabe der Ladungsfrist soll es allen Teilnehmern ermöglicht werden, ihre Teilnahme an einer Sitzung einzurichten, d.h. bereits bestehende eigene Termine zu verlegen. Die Wochen-Frist war ursprünglich an der normalen Laufzeit eines Briefes (95% erreichen den Empfänger am nächsten tag) ausgerichtet. Aber auch bei einem regelmäßigen Einladungsversand per e-Mail hat eine angemessene Frist ihre Berechtigung. Da aber durch die Neufassung des Postgesetzes, gegen die auch die Union keinen großen Widerstand plant, die allgemeine Postlaufzeit auf regelmäßig bis zu fünf Tagen verlängert wird, ist eine kuzfristige Änderung eigener Pläne i.d.R. nur schwer möglich. Hier ist eine Verlängerung der allgemeinen Ladungsfrist angebracht (ggfs. auch nur auf 10 Tage) - denn es darf Mitgliedern, die bewußt auf elektronische Kommunikation verzichten möchten bzw. wichtige Einladungen nach wie vor in Schriftform erhalten möchten, nicht zum Nachteil gereichen,

traditionelle EInladungswege vorzuziehen.

Antrag B026: Beitragsregelung - Anpassung des Mindestmitgliedsbeitrages auf 10 Euro monatlich

Antragsteller/in:	KV Aurich
Empfehlung der AK:	Ablehnung
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

Die Beitragsregelung wird gem. §9 Abs. 2 Finanz- und Beitragsordnung der CDU wie folgt geändert:

2. Der Mindestbeitrag für eine Mitgliedschaft in der CDU Deutschlands beträgt monatlich 10 Euro.

Begründung

Demokratische Parteien leben sowohl vom ideellen als auch vom finanziellen Engagement ihrer Mitglieder und von der Anerkennung durch die Bürgerinnen und Bürger.

Ohne eine auskömmliche Finanzierung ist eine erfolgreiche politische Arbeit und somit die Überzeugung der Wählerinnen und Wähler von den politischen Inhalten und den handelnden Personen der CDU nicht möglich. Dies gilt im besonderen Maße für die Arbeit in den Kreis-, Regions-, Stadt- und Ortsverbänden.

Die in den Beschlüssen auf Grund der Finanz- und Beitragsordnung vom 28. Parteitag der CDU Deutschlands in Karlsruhe am 14.12.2025 festgesetzten Orientierungsbeiträge anhand des Bruttoeinkommens und das damit vorgesehene Verfahren zur selbstverantwortlichen Festlegung des eigenen Beitrags durch das Mitglied werden in der Praxis leider viel zu selten angewandt, wie der Blick in die Beitragsstatistiken unserer Kreisverbände verrät.

Der Mindestbeitrag von 6 Euro monatlich hat zudem seit 2015 keine Anpassung mehr erfahren!

Antrag B027: CDU Kreisverband Wittmund fordert Erhöhung des Mindestbeitrags

Antragsteller/in:	KV Wittmund
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

Der Bundesverband wird aufgefordert, in seinen Statuten einen monatlichen Beitrag von mindestens acht Euro festzusetzen.

Begründung

Auf Kreisebene wird ein Mindestbeitrag von mindestens acht Euro benötigt, um die erforderlichen Finanzmittel für Bezirks-, Landes- und Bundesverband aufbringen zu können. Auf diese Beträge hat der Kreisverband keinen Einfluss. Vor diesem Hintergrund ist eine bundeseinheitliche Mindestregelung unverzichtbar.

Antrag B028: Beitragsanpassung

Antragsteller/in:	KV Goslar
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

1 Den Mindestbeitrag der Mitgliedsbeiträge auf 8€ pro Monat zu erhöhen.

Begründung

Um Kampagnenfähig zu bleiben, sehen wir die Erhöhung des Beitrages auf einen Satz von 96 € im Jahr als unabdingbar. Uns ist die Sensibilität dieses Themas durchaus bewusst, insbesondere in einer Zeit, in der es den Menschen finanziell schwerfällt, höhere Ausgaben zu tätigen. Eine Erhöhung der Beiträge innerhalb der Partei stellt eine Herausforderung dar. Jedoch wird die genannte Kampagnenfähigkeit in vielen Kreisverbänden erheblich geschwächt, wenn keine Anpassung der Beiträge erfolgt und insbesondere kein Abgeordneter vorhanden ist.

Antrag B029: Beitragsanpassung

Antragsteller/in:	KV Wolfenbuettel
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

1 Den Mindestbeitrag der Mitgliedsbeiträge auf 8€ pro Monat zu erhöhen.

Begründung

Uns ist bewusst, dass die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages ein sehr empfindliches Thema ist. Doch durch die gestiegenen Kosten in allen Bereichen, fällt es den Kreisverbänden immer schwerer Wahlkampffähig zu bleiben. Eine Beitragsanpassung ist nie einfach und wir wissen um die zusätzlichen finanziellen Belastungen der Mitglieder, die dieser Antrag verursacht. Doch müssen wir auch Kampagnenfähig bleiben, um die Chancen vor Ort nutzen zu können.

Antrag B030: Anpassung des Mindestbeitrages

Antragsteller/in:	KV Leer
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

Ziff. 2 des Beschlussses des 28. Parteitages zur Finanz- und Beitragsordnung wird wie folgt geändert: "Der Mindestbeitrag für eine Mitgliedschaft in der CDU Deutschlands beträgt monatlich acht (8,00) Euro"

Begründung

Allgemein steigende Kosten in der Verbandsarbeit und Umlageerhöhungen müssen durch eine Anpassung auch des Mindestbeitrags aufgefangen werden können. Da die letzte allgemeine Beitragsanpassung viele Jahre zurückliegt, besteht Handlungsbedarf. Mit einem Durchschnittsbeitrag, der sich am Mindestbeitrag orientiert, dürfte eine hauptamtliche Geschäftsstellenstruktur flächendeckend nicht mehr lange aufrecht zu erhalten sein.

Antrag B031: Erhöhung des Mindestbeitrages der CDU Deutschlands auf 8 Euro

Antragsteller/in:	KV Helmstedt
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

Die Beitragsregelung wird gem. § 9 Abs. 2 Finanz- und Beitragsordnung der CDU wie folgt neu gefasst:

Der Mindestbeitrag für eine Mitgliedschaft in der CDU Deutschlands beträgt monatlich 8 Euro.

Hierzu erarbeitet der Bundesvorstand einen Vorschlag.

Begründung

Die allgemeinen Kostensteigerungen gehen auch an den Kreisverbänden nicht vorbei. Auch bei sparsamer Haushaltsführung sind in den vergangenen Jahren bei sinkenden Mitgliederzahlen (444.400 Mitglieder zum Zeitpunkt des letzten Beschlusses zum Beitrag 2015, 363.101 Mitglieder 2023) die Personalkosten in den Kreisgeschäftsstellen, Kosten für Informationsmaterialien und technische Infrastruktur gestiegen, die unerlässlich für die politische Arbeit vor Ort sind, um die Politik der CDU effektiv zu kommunizieren und zu fördern.

Die Kreisgeschäftsstellen sind auf Kante genäht. Wollen wir unsere Ziele erfolgreich verfolgen, können wir nicht nur auf Ehrenamt und Spenden vertrauen, sondern benötigen verlässliche finanzielle Mittel, um den Mitgliedern vor Ort eine Anlaufstelle zur Verfügung zu stellen und die politische Präsenz in

der Fläche zu gewährleisten.

Antrag B032: Erhöhung des Mindestbeitrages

Antragsteller/in:	KV Harburg-Land
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

Der Parteitag möge beschließen, dass der Mindestbeitrag auf EUR 8,00 festgelegt wird.

Begründung

Die Mitglieder der CDU Deutschlands können ihren Mitgliedsbeitrag selbst bestimmen. Es ist lediglich ein Mindestbeitrag vorgesehen (EUR 6,00 pro Monat), daneben gibt es eine Orientierungshilfe für eine Selbsteinschätzung. Die Orientierungshilfe wird nur zögerlich angenommen, daher sollte der Mindestbeitrag eine angemessene Höhe erreichen. Sowohl der Mindestbeitrag als auch die Orientierungswerte sind seit 2015 unverändert, eine Anpassung an gestiegene Kosten fand nicht statt.

Antrag B033: Mindestbeiträge auf Kreisverbandsebene festlegen

Antragsteller/in:	KV Lueneburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an Bundesvorstand der CDU Deutschlands
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 9 Abs. 2 der Finanz- und Beitragsordnung (FBO) wird wie folgt ergänzt: " Die Kreisverbände sind berechtigt einen höheren als vom Bundesparteitag beschlossenen Mindest-Mitgliedsbeitrag festzulegen. "

Begründung

Die Finanzausstattung der Kreisverbände sind sehr unterschiedlich. Um es den Kreisverbänden zu ermöglichen sich langfristig finanziell stabil aufzustellen sollte es möglich sein, für einen Kreisverband einen höheren als den vom Bundesparteitag festgesetzten Mindest-Mitgliedsbeitrag fesetzusetzen.

Antrag B034: Mindestbeiträge auf Kreisverbandsebene festlegen

Antragsteller/in:	KV Harburg-Land

Empfehlung der AK:	Überweisung an Bundesvorstand der CDU Deutschlands
Sachgebiet:	B - Statut

Der Parteitag möge beschließen

§ 9 Abs. 2 der Finanz- und Beitragsordnung (FBO) wird wie folgt ergänzt:

"Die Kreisverbände sind berechtigt einen höheren als vom Bundesparteitag beschlossenen Mindest-Mitgliedsbeitrag festzulegen."

Begründung

Die Finanzausstattung der Kreisverbände ist sehr unterschiedlich. Damit sich die Kreisverbände langfristig finanziell stabil aufstellen können, sollte es für einen Kreisverband möglich sein, einen höheren als den vom Bundesparteitag festgesetzten Mindest-Mitgliedsbeitrag festzulegen.

Antrag B035: Ressourcenschonende und effiziente Bearbeitung der Beitrags- und Spendenbescheinigungen

Antragsteller/in:	KV Mittelsachsen
Empfehlung der AK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Statut
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 4 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 5 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

Der Parteitag möge beschließen

die Finanz- und Beitragsordnung (FBO) in §6 Abs. 6 (Spendenbescheinigung) wie folgt zu ändern:

„Als Spenden- und Beitragsbescheinigungen dürfen ausschließlich die von der Bundespartei ausgegebenen schriftlichen ~~oder elektronischen~~ Vordrucke verwendet ~~werden.~~ werden. Zusätzlich dürfen elektronische Vordrucke der Bundespartei verwendet werden, soweit dies steuerrechtlich zulässig ist. Erstellung, Ausdruck und Nummerierung der Spendenbescheinigungen erfolgen ausschließlich durch die von der Bundespartei autorisierte Software. Sie sind zu unterschreiben vom Vorsitzenden, Schatzmeister, dessen Beauftragten oder dem Geschäftsführer. Die Spendenbescheinigungen der Bundespartei werden nur vom Finanzbeauftragten der Bundespartei oder einem von ihm damit Beauftragten unterschrieben.“

Die Bundesgeschäftsstelle wird beauftragt eine geeignete elektronische Dokumentenvorlage bis zum 31.08.2024 zu erstellen.

Begründung

Hinweis: Änderung in gelb hinterlegt.

In der Finanz- und Beitragsordnung (FBO) der CDU Deutschlands ist geregelt, wie Beitrags- und Spendenbescheinigungen erstellt werden dürfen. Die bisherige Form erlaubt es nur auf von der Bundespartei zur Verfügung gestelltem Bescheinigungspapier zu drucken und damit zu versenden.

Die Neuformulierung ist gesetzeskonform und trägt Verantwortung für eine ressourcenschonende und kostengünstige Bearbeitung der Beitrags- und Spendenbescheinigungen der CDU und auch deren Vereinigungen. Mit der elektronischen Dokumentenvorlage (sog. „digitales Briefpapier“) können auch digitale Dienstleister zum Druck und Versand der Bescheinigungen satzungskonform genutzt werden (z.B. EPOST etc.) Dies stellt eine erhebliche personelle und finanzielle Entlastung für die CDU-Geschäftsstellen dar.

Antrag C001: Automatisches Ende der Mitgliedschaften in allen Vereinigungen und Sonderorganisationen bei Ausschluss aus der CDU Deutschlands

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	C - CDU

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands bittet ihre Vereinigungen und Sonderorganisationen darum, ihre jeweiligen Bundessatzungen – soweit nicht bereits geschehen – um eine Regelung zu ergänzen, die Folgendes sicherstellt:

Wer als Mitglied der CDU Deutschlands zugleich Mitglied einer Vereinigung bzw. Sonderorganisation ist und aus der Partei ausgeschlossen wird, verliert damit auch die Mitgliedschaft in der betreffenden Vereinigung bzw. Sonderorganisation.

Antrag C002: Einführung eines Verfahrens zur Findung einer Kanzlerkandidatin oder eines Kanzlerkandidaten

Antragsteller/in:	KV Germersheim
Empfehlung der AK:	Ablehnung
Sachgebiet:	C - CDU

Der Parteitag möge beschließen

Der Bundesvorstand wird dazu aufgefordert den im Jahr 2023 verabschiedeten Antrag zur Einführung eines Verfahrens zur Finung eines Kanzlerkandidatens oder einer Kanzlerkandidatin mit Priorität voranzutreiben und zeitnah mit der CSU in Verhandlungen einzutreten, um ein geeignetes Verfahren zur Findung einer

Kanzlerkandidatin oder eines Kanzlerkandidaten der Union zu etablieren.

Begründung

Ein Gespräch zwischen den beiden Parteivorsitzenden, wie es im Antragserledigungsbericht genannt wird, ist zwar richtig und wichtig. Es ist jedoch im Falle einer Differenz zwischen den beiden keine tragfähige Lösung.

Das Ringen mit der CSU um eine gemeinsame Spitzenkandidatur war im Vorfeld der vergangenen Bundestagswahl mehr als Unwürdig. Die Zeit eine Kandidatur im Hinterzimmer zwischen den Parteispitzen auszuhandeln ist längst vorbei und die letzte Bundestagswahl hat gezeigt, dass es auch nicht (mehr) ohne Kollateralschäden möglich ist. Welches Verfahren schließlich geeignet sein kann (gemeinsame Basisabstimmung aller Mitglieder von CDU und CSU, ein Unionsrat, der aus Fraktion und den beiden Parteien oder deren Landesverbände besetzt wird, ein Losverfahren oder sonstige Möglichkeiten) ist bewusst nicht Bestandteil dieses Antrages. Der klare Auftrag an den Bundesvorstand sollte jedoch sein mit ausreichendem Abstand zu einer Wahl und ohne Blick auf die zur Verfügung stehenden Köpfe ein Verfahren zu etablieren.

Antrag D001: Bürokratisierung stoppen, Ministerien personell auf Kernaufgaben zurückführen

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	D - Innenpolitik und Justiz

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU setzt sich dafür ein, dass spätestens mit Beginn der nächsten
Wahlperiode eine Sperre für alle freien und freiwerdenden Stellen im Kanzleramt
und in allen Bundesministerien beschlossen wird. Ausnahmen in sinnvoll
begründeten Fällen bedürfen in jedem Einzelfall der Zustimmung des
Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags.

Begründung

Angesichts der weiter ausufernder Gesetzes- und Vorschriftenflut des Bundes ist dringend eine echte Staatsreform zur Entbürokratisierung und zum Schutz der Freiheit der Bürger und der mittelständischen Wirtschaft erforderlich. Eine wichtige Säule dieser Staatsreform besteht darin, die weitere Aufblähung der Bundesebene endlich zu stoppen. Nur mit einer strikten Stellenbesetzungssperre wird es gelingen, die personell überdimensioniert besetzten Ministerien davon abzuhalten, weiterhin zur Selbstrechtfertigung ihrer Existenz immer neue Gesetze, Vorschriften und damit Bürokratielasten für die Gesellschaft zu produzieren. Stattdessen ist es geboten, die Ministerien wieder auf ihre Kernaufgaben zurückzuführen. Ohne die strikte und effektive Stellenbesetzungssperre über einen Zeitraum von mindestens einer Wahlperiode wird dieser Kulturwandel in den Bundesbehörden nicht durchsetzbar sein.

Für die ausufernde Flut an Gesetzen und Verordnungen sind in erster Linie die Bundesministerien und die diesen nachgeordneten Behörden verantwortlich. Der stetig steigende Personalbestand führt zu immer weiteren bürokratischen Vorgaben. Dieser Teufelskreis lässt sich nur mit einer Reduzierung des Personals in diesen Behörden erreichen, die sich dadurch sukzessive im Sinne einer Priorisierung auf die wichtigen und unabdingbar notwendig zu regelnden Angelegenheiten zu konzentrieren haben. Das einzig wirksame Instrument für einen solchen Stellen- und Personalabbau ist eine spätestens mit der neuen Legislaturperiode für alle Ministerien grundsätzlich wirkende Stellenbesetzungssperre für alle freien und freiwerdenden Stellen.

Antrag D002: Schöffenmangel bekämpfen – Ehrenamt in der Justiz für junge Menschen attraktiver gestalten

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen
Sachgebiet:	D - Innenpolitik und Justiz

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands fordert zur Stärkung des Schöffenamts eine Amtszeitverkürzung auf drei Jahre und eine verpflichtende Einführungsveranstaltung für alle Berufene. Um mehr Schöffen zu gewinnen, muss eine Aufklärungs- und Werbekampagne, die auch jüngere Menschen mit einbezieht, aufgebaut werden.

Antrag D003: Opfer ist man ein Leben lang - Verjährungsfristen für bestimmte Straftaten reformieren

Antragsteller/in:	KV Darmstadt-Stadt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen
Sachgebiet:	D - Innenpolitik und Justiz

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bzw. die unionsgeführten Bundesländer bringen eine Initiative zur Änderung der Gesetzgebung hinsichtlich der Verjährungsfristen von Straftaten ein, um Opfern von (Kindes-)Missbrauch und vergleichbarer Gewalttaten dauerhaft die Option zu eröffnen, diese Taten anzuzeigen. Hiermit verschaffen wir dem Opferschutz mehr Geltung.

Begründung

Die Opfer von sexuellem Missbrauch sind leider u. a. auch Kinder und/oder minderjährige

Jugendliche, die oft nie über die Tat sprechen oder dies erst im Erwachsenenalter tun. Meistens ist die Tat dann nach heutiger Gesetzgebung verjährt, so dass der Täter nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Es ist jedoch eine extreme psychische Belastung für die Opfer, wenn sie beispielsweise ihren Tätern nach Jahren wieder begegnen und diese dem Opfer gegenüber verdeutlichen, dass die Tat verjährt ist. Diesem „Triumph“ der Täter könnte mit der Aufhebung der Verjährungsfristen, entgegengewirkt werden.

Der Opferschutz sollte hier in der Gesetzgebung in besonderem Maß gewürdigt werden. Damit wird ermöglicht, dass Opfer jederzeit die Taten anzeigen können, auch wenn diese Jahre zurückliegen und die Opfer eine lange Zeit gebraucht haben, um diese anzuzeigen.

Antrag D004: Erhöhung des Höchstalters für Schöffinnen und Schöffen

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich
Empfehlung der AK:	Überweisung an Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen
Sachgebiet:	D - Innenpolitik und Justiz

Der Parteitag möge beschließen

Hiermit wird beantragt das Höchstalter für Schöffinnen und Schöffen nach § 33
Nr. 2 GVG von derzeit
70 Jahren auf 75 Jahre anzuheben. Hierzu soll der Wortlaut der Norm wir folgt
geändert werden:
„Zu dem Amt eines Schöffen sollen nicht berufen werden:
1. [...]
2. Personen, die das fünfundsiebzigste Lebensjahr vollendet haben oder es bis
zum Beginn der Amtsperiode vollenden würden;“

Begründung

Aus den Gründen:

- Viele Schöffinnen und Schöffen möchten ihr Ehrenamt auch über das derzeitige Höchstalter von 70 Jahren nach § 33 Nr. 2 GVG gerne mit großem Engagement weiter ausüben und dem Rechtsstaat in dieser Weise zur Verfügung stehen. Hieran werden sie jedoch durch die gesetzliche Regelung gehindert. Wie sich aus den nachfolgenden Erwägungen ergibt ist dieses Höchstalter jedoch nicht mehr zeitgemäß und stellt in dieser Pauschalität überdies eine unzulässige, da willkürliche Altersdiskriminierung dar. Daher bedarf es der beantragten Anpassung.
- Seit dem Beschluss des Altersregelung im Gerichtsverfassungsgesetz wie es in seiner jetzigen Fassung seit Bekanntmachung am 9. Mai 1975 besteht, hat sich die gesellschaftliche Stellung von Menschen im Alter von 70 bis 75 Jahren massiv gewandelt. Nicht nur hat sich die

Lebenserwartung zwischenzeitlich um circa zehn Jahre erhöht. (https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbetafel.html) Darüber hinaus nehmen Seniorinnen und Senioren auch in ganz anderer Weise als vor knapp 50 Jahren am gesellschaftlichen Leben Teil. Einerseits hat sich seit 1975 das gesetzliche Renteneintrittsalter schrittweise erhöht und wird bis 2031 noch auf 67 Jahre steigen. Andererseits hat jedoch auch der Anteil Erwerbstätiger jenseits des Renteneintrittsalters, konkret im Alter von 65 bis 69 Jahren, hat sich von 11 % im Jahr 2012 auf 19 % im Jahr 2022 fast verdoppelt. (https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aeltere-Menschen/erwerbstaetigkeit.html) Daneben nehmen viele junge Seniorinnen und Senioren auch am sonst am gesellschaftlichen Leben unter anderem in Form von Ehrenämtern viel umfassender Teil als früher. Ältere Schöffinnen und Schöffen können überdies mit ihrer langjährigen Lebenserfahrung einen sehr wertvollen Beitrag in ihr Ehrenamt einfließen lassen.

- Daneben schafft jedoch auch der demografische Wandel ein faktisches Bedürfnis nach dieser Anhebung der Altersgrenze. Schöffinnen und Schöffen werden bereits jetzt händeringend gesucht und es besteht vielerorts ein Bewerbermangel, sodass bereits jetzt nicht alle Schöffinnen und Schöffen freiwillig verpflichtet werden. Während somit jetzt schon teilweise auf die zwangsweise Verpflichtung von Schöffinnen und Schöffen zurückgegriffen werden muss, erscheint es unbillig und geradezu willkürlich an anderer Stelle erfahrenen, motivierten und überdies geistig und körperlich hierzu uneingeschränkt befähigten Bewerberinnen und Bewerber aufgrund ihres Alters den Zugang zu diesem Ehrenamt grundsätzlich zu verwehren.
- Auch der Vergleich zu anderen Gerichtsbarkeiten zeigt, dass die Altersgrenze von 70 Jahren nicht zwingend ist. Vielmehr ergeben die sehr unterschiedlichen Regelungen in einer Gesamtschau ein sehr inkonsistentes Bild, das eine konkrete Altersgrenze von 70 Jahren geradezu willkürlich erscheinen lässt. Bei den Verwaltungsgerichten gibt es für ehrenamtliche Richterinnen und Richter beispielsweise gar keine Altersgrenze. Ebenso wenig spielt das Alter bei den Sozialgerichten eine Rolle, bei denen die Schöffinnen und Schöffen von diversen Statusgruppen nominiert werden. Hinzu tritt, dass es bei sämtlichen Gerichten keinerlei Altersbegrenzung für Anwältinnen und Anwälte gibt.
- Hieraus ergibt sich ein Bedürfnis nach einer stärkeren Einzelfallabwägung. Bewerberinnen und Bewerber mit eingeschränkten Fähigkeiten könnten nach wie vor aufgrund konkreter Anhaltspunkte begründet abgelehnt und anderen Bewerberinnen und Bewerbern der Vorzug gegeben werden. Gleiches gilt für das in § 36 Abs. 2 GVG normierte Ziel einer möglichst breiten Abbildung der gesellschaftlichen Vielfalt, die sich somit auch auf das Alter erstreckt. Soweit es ausreichend geeignete jüngere Bewerberinnen und Bewerber gibt, besteht weiterhin die Möglichkeit und gerade aufgrund dieses übergeordneten Ziels bei der Auswahl und Besetzung der Schöffenämter auch die sachliche Rechtfertigung diesen den Vorzug zu gewähren. Im Hinblick auf eine individuelle Beurteilung der über 70-jährigen Bewerberinnen und Bewerber besteht überdies der Vorteil, dass es sich zumeist um Wiederbewerbungen handelt, sodass sowohl die Bewerberinnen und Bewerber selbst sich der Anforderungen an das Amt umfassend bewusst sind, aber auch die Gerichte auf Grundlage dessen bereits eine gute Einschätzung über die konkrete Eignung haben.

Antrag D005: Den Rechtsstaat stärken: Justiznachwuchs fördern anstatt abschrecken

Antragsteller/in:	KV Hannover-Land
Empfehlung der AK:	Überweisung an Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen
Sachgebiet:	D - Innenpolitik und Justiz

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands ist sich der demografischen Herausforderungen, denen sich die Justiz den Rechtsstaat absichernde Staatsgewalt gegenübersieht, bewusst. Um für die Bürger eine qualitativ hochwertige und zugleich zügige Rechtsprechung zu gewährleisten ist es erforderlich, den zunehmenden Nachwuchsproblemen angemessen zu begegnen und Referendare für dieses Betätigungsfeld stärker zu begeistern, als dies bislang der Fall ist. Aus diesem Grunde fordert die CDU Deutschlands eine Reform des § 5b DRiG dahingehend, dass die bisher in den meisten Bundesländern übliche Referendarausbildung im Rahmen eines sogenannten öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses abgeschafft wird und durch eine Ausbildung in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf ersetzt wird.

Begründung

Der juristische Vorbereitungsdienst ist nach wie vor auf die Befähigung zum Richteramt zugeschnitten. Gleichwohl fällt die Justiz in Anbetracht sinkender Studentenzahlen bei gleichzeitigem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand in der Attraktivität weiter zurück, sodass nunmehr für den Eintritt in den Justizdienst, für den einst ein Doppelprädikat erforderlich war, befriedigende Examensergebnisse bereits ausreichen. Durch den Wegfall der anwaltlichen Singularzulassung sieht sich die Justiz zudem mit einer „Waffenungleichheit“ konfrontiert: Hochspezialisierte Kanzleien treffen auf Gerichte, die „Allrounder-Funktionen“ erfüllen müssen. Um diesen steigenden Anforderungen gerecht zu werden, ist eine weitere Herabsetzung der Anforderungen für den Eintritt in den Justizdienst nicht zu vertreten.

Die aktuelle Ausgestaltung des Vorbereitungsdienstes ist jedoch noch im Wesentlichen auf die Situation der „Juristenschwemme“ vor Jahrzehnten zugeschnitten. So wurde die einst obligatorische Verbeamtung auf Widerruf zugunsten eines sogenannten öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses in den Juristenausbildungsgesetzen der Länder aufgegeben, welches sich als bizarres Zwitterwesen darstellt: Den Referendar treffen in diesem Verhältnis so gut wie alle beamtenrechtlichen Pflichten, während er von den beamtenrechtlichen Rechten ausgeschlossen ist. Der Referendar hat wie ein Arbeitnehmer in die Arbeitslosenversicherung einzuzahlen, Beihilfe wird ihm nicht gewährt, Rentenversicherungsbeiträge werden nicht geleistet, von den für Tarifbeschäftigte und Anwälte obligatorischen Sonderzahlungen wird er ausgeschlossen, und zumeist wird obendrein noch eine „Unterhaltsbeihilfe“ gezahlt, welche weit unter dem Mindestlohn liegt und bisweilen den von der jeweiligen Besoldungsordnung vorgesehenen Anwärtergrundbetrag noch einmal kürzt. Im Ergebnis erhalten somit die Referendare als Anwärter für den höheren Dienst teils eine niedrigere

Unterhaltsbeihilfe als Anwärter für den gehobenen Dienst. Da sich der Referendar gleichwohl „mit vollem Einsatz seiner Ausbildung“ zu widmen hat, sind die Hinzuverdienstgrenzen auch derart niedrig angesetzt, dass besonders in Großstädten das Existenzminimum je nach Ausbildungsort nicht mehr abgedeckt werden kann.

Zum einen begegnet ein solches öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis verfassungsrechtlichen Bedenken. Für die Eingriffe in die Rechte des Beamten gewährt Art. 33 V GG im Gegenzug nach den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums Fürsorge, das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis führt aber zu Rosinenpickerei seitens der Dienstherren: hinsichtlich der Nachteile hat sich der Referendar den beamtenrechtlichen Schärfungen zu fügen, die beamtenrechtlichen Vorteile will der Staat hierfür aber nicht leisten. Eine verfassungsrechtliche Grundlage für solche „Quasi-Beamtenverhältnisse“, die bezogen auf berufsmäßig ausgeübte Tätigkeiten nur eine Pflichtenseite kennen, ist nicht ersichtlich. Vielmehr handelt es sich um einen Umgehungstatbestand bezogen auf Art. 33 V GG.

Zum anderen führt diese Behandlung verbunden mit weiteren hinzutretenden Aspekten dazu, dass juristischer Nachwuchs von der Justiz und dem öffentlichen Dienst abgeschreckt wird. Das Referendariat prägt den Eindruck des aus dem Studenten- ins Berufsleben einsteigenden Juristen nachhaltig und dies aktuell nachhaltig negativ. Der Eindruck entsteht, dass die öffentliche Hand Referendare allenfalls als finanzielle Belastung wahrnimmt und das Referendariat nicht etwa als Chance zur Werbung für sich versteht. Die Abschaffung des sogenannten öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses zugunsten der Wiedereinführung der Verbeamtung auf Widerruf kann dazu beitragen, die Wertschätzung der Referendare für den öffentlichen Dienst zu steigern und einheitliche Standards stärker zu sichern als bislang, und wurde bereits in einigen wenigen Bundesländern umgesetzt.

Als grundlegende, den § 5b Deutsches Richtergesetz sowie das BeamtStG betreffende Frage ist dieses Problem auch keines, welches auf Landesebene zu lösen ist.

Antrag D006: Gesetz zur Demokratieförderung stoppen!

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	D - Innenpolitik und Justiz

Der Parteitag möge beschließen

1 Die CDU Deutschlands spricht sich gegen das geplante „Gesetz zur
2 Demokratieförderung“ und das „Hinweisgeberschutzgesetz“ aus. Denunziation und
3 Zensur helfen nicht, die Gemeinschaft zu stärken, und schützen Deutschland
4 nicht vor den tatsächlichen Gefahren für unsere Demokratie und unsere Freiheit!

Antrag F001: Ehrenamtliche Arbeit von Rettungskräften steuerfrei gestalten

Antragsteller/in:	LV Oldenburg

Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	F - Ehrenamt, Sport und Kommunales

Der Parteitag möge beschließen

Helferinnen und Helfer von Feuerwehr, THW, Sanitäts-Diensten und den anderen Hilfsorganisationen, welche eine Aufwandentschädigung erhalten, sollen steuerlich analog zum Übungsleiterfreibetrag im Vereinssport (3.000€ pro Jahr) freigestellt werden. Die steuerlichen Meldepflichten sollen entsprechend so angepasst werden, dass erst eine Überschreitung dieser Grenze mitgeteilt werden muss.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine entsprechende Gesetzesinitiative zu prüfen, auszuarbeiten und in den Bundestag einzubringen, welche steuerliche Freibeträge enthält, die gesetzlichen Mitteilungspflichten neu regelt und auch die eindeutige Einordnung von ehrenamtlicher Arbeit im Unterschied zu einem Arbeitnehmer/Arbeitgeber-Verhältnis ermöglicht.

Begründung

Die steuerliche Freistellung ehrenamtlicher Arbeit von Rettungskräften ist von essenzieller Bedeutung, um die Wertschätzung und Anerkennung für deren selbstlose Dienste angemessen zu würdigen. **Die Entscheidung des Finanzamts Bonn-Mitte, Aufwandsentschädigungen an Einsatzkräfte steuerrechtlichen Mitteilungspflichten zu unterwerfen, führt bundesweit zu einem unverhältnismäßigen bürokratischen Aufwand.**

Diese Aufwandsentschädigungen, die häufig lediglich einen geringen Betrag zwischen 50 und 250 Euro pro Jahr ausmachen und oft an zusätzliche ehrenamtliche Funktionen gebunden sind, werden nun separat erfasst, was die Verwaltungsprozesse unnötig kompliziert gestaltet.

Die ehrenamtlichen Rettungskräfte leisten im Durchschnitt zwischen 200 und 2000 Stunden pro Jahr, und ihre wertvolle Arbeit ist unverzichtbar für die Sicherheit und das Wohlergehen unserer Gesellschaft. Es ist daher unerlässlich, dass diese Freiwilligen nicht durch bürokratische Hürden entmutigt oder belastet werden. Die Entscheidung der Finanzverwaltung NRW, Ehrenamtliche als Arbeitnehmer im steuerrechtlichen Sinne anzusehen, da die Einbindung in die Organisation sowie die entsprechende Weisungsgebundenheit ausschlaggebend ist und somit kein Arbeitsvertrag erforderlich sei, mag rechtlich derzeit korrekt ausgelegt sein und doch ist sie falsch. Denn dies führt zu einer Verengung des Verständnisses von Ehrenamtlichkeit und unterschätzt die spezifische Natur dieser Tätigkeit, die sich durch Freiwilligkeit, Engagement und Selbstlosigkeit von einem Arbeitsverhältnis massiv unterscheidet.

Die bundesweiten Auswirkungen dieser Entscheidung betreffen nicht nur das THW, sondern könnten sich auch auf andere Rettungs- und Hilfsorganisationen ausdehnen, was eine weitere Belastung für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer darstellen würde. Es ist daher dringend geboten, diesen Trend umzukehren und die steuerliche Freistellung für ehrenamtliche Arbeit von Rettungskräften sicherzustellen.

Die vorgeschlagene Gesetzesinitiative zielt darauf ab, den ehrenamtlichen Einsatzkräften die Last zusätzlicher steuerlicher Mitteilungspflichten zu ersparen und ihre wertvolle Arbeit angemessen zu würdigen. Indem wir eine steuerliche Freistellung analog zum Übungsleiterfreibetrag im Vereinssport einführen, zeigen wir als Partei unsere Unterstützung und Anerkennung für die selbstlose Arbeit der Rettungskräfte. Diese Maßnahme trägt dazu bei, die bürokratischen Hindernisse zu beseitigen, die Zusammenarbeit zu erleichtern und das ehrenamtliche Engagement in unserer Gesellschaft zu stärken.

Der Antrag wird gemeinsam gestellt und gestützt vom:

- CDU Landesverband Oldenburg
- CDU Kreisverband Oldenburg-Stadt

Antrag F002: Umsetzung des Konnexitätsprinzips – Entlastung der Kommunen von Verwaltungsaufgaben

Antragsteller/in:	KV Dresden
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A190 des Leitantrags des Bundesvorstands (Grundsatzprogramm)
Sachgebiet:	F - Ehrenamt, Sport und Kommunales

Der Parteitag möge beschließen

Angesichts des Fachkraft- und Personalmangels in den öffentlichen Verwaltungen sowie angesichts der finanziellen Herausforderungen der öffentlichen Haushalte müssen die Potenziale zur Automatisierung von Verfahren konsequent genutzt werden. Wir fordern daher Bund und Länder auf, ausgehend von den sog. „Dresdner Forderungen“ unter Einbeziehung der kommunalen Ebene im Laufe des Jahres 2024 Vorschläge zu erarbeiten, für welche auf die kommunale Ebene bundesgesetzlich übertragenen Aufgaben eine dezentrale technische Abwicklung verzichtbar bzw. ineffektiv ist. Auf Basis dieser Vorschläge fordern wir die Bundesregierung auf, zu prüfen, für welche dieser Aufgaben der Bund diese Aufgaben zurücknimmt oder aber nach § 4 OZG zentrale digitale Verfahren bereitstellt.

Begründung

Oft scheitert die Verwaltungsdigitalisierung daran, dass auf kommunaler Ebene jede Kommune für sich digitale Lösungen schaffen muss, da die Verantwortung für die Umsetzung bundesgesetzlich auf die kommunale Ebene gelegt wurde. Das führt zu Inkompatibilitäten zwischen den gewählten Systemen und bindet über Gebühr finanzielle und personelle Ressourcen. Digitalisierung wird dann besonders wirkungsvoll, wenn Skaleneffekte genutzt werden können. Daher sollen geeignete, seitens des Bundesgesetzgebers auf die Kommunen übertragene Aufgaben durch die Rückverlagerung auf die Bundesebene als einheitlicher Prozess digitalisiert werden. Dies ermöglicht die Entlastung der Kommunen, die sich dann auf ergänzende Beratung konzentrieren können, sowie eine konsequentere Umsetzung des Konnexitätsprinzips.
Diese Forderung entspricht den Vorschlägen der „Eckpunkte für eine moderne und zukunftsgerichtete

Verwaltung“ des BMI vom 23.5.2023, S. 5.

Antrag G001: Bahnverbindung Deutschland – Polen

Antragsteller/in:	LV Sachsen
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	G - Verkehr und Infrastruktur, Bauen und Wohnen

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands setzt sich für die Neubewertung des Bedarfs für eine durchgehende elektrifizierte Bahnverbindung zwischen Dresden und Breslau, als Teil einer größeren Ost-West-Magistrale, ein. Diese sollte nicht nur die seit der letzten Bedarfsermittlung geänderten Rahmenbedingungen und insbesondere die EU-Beitrittsperspektive der Ukraine mit bewerten, sondern auch die Entwicklung und Entstehung einer grenzüberschreitenden Mikroelektronik-Region von Mitteldeutschland bis Niederschlesien berücksichtigen, die durch die dynamische Entwicklung der Halbleiterstandorte beiderseits der Grenze zu einem regen Wirtschaftsaustausch zwischen Deutschland und Polen führen wird. Mittelfristig streben wir eine direkte Schnellzugverbindung von Frankfurt/Main bis Krakau/Rzeszów an, die die bedeutenden Ballungsgebiete entlang dieser Strecke verbindet.

Begründung

Deutschland braucht als attraktiver Wirtschaftsstandort eine gut ausgebaute und effiziente Infrastruktur. Mobilität hat als Standortfaktor eine hohe Priorität, denn der reibungslose Personen- und Güterverkehr ist als Exportnation sowie Transitland in Zentraleuropa immens wichtig. Als führende Hochtechnologieland muss für Deutschland die Kooperation mit seinem Nachbarland Polen dabei einen besonderen Stellenwert einnehmen. Die Verkehrsverbindungen haben hier eine besondere Rolle, gerade auch bei der Verbindung des enormen deutsch-polnischen Ballungsraums entlang der Strecke von Frankfurt bis Krakau. Für Europa wir durch die geplante Chipfabrik von Intel in Breslau der Schritt hin zu einer größeren Unabhängigkeit in der Chipproduktion möglich sein. Somit ergeben sich ein neuer Halbleiter-Großraum Sachsen-Niederschlesien, welcher durch Infrastruktur-Ertüchtigung wächst und gefördert werden muss.

Antrag H001: Inflationsausgleich für Seniorinnen und Senioren

Antragsteller/in:	Senioren Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	H - Familie, Frauen, Jugend und Senioren

Der Parteitag möge beschließen

dass die CDU/CSU Bundestagsfraktion sich für die einmalige und angemessene Zahlung eines steuer-, anrechnungs- und abgabenfreien Inflationsausgleichs für Rentnerinnen und Rentner sowie Pensionsempfänger einsetzt.

Begründung

Im Sinne der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der Senioren in der Gesellschaft ist es notwendig, dass diesen eine angemessene Zahlung ermöglicht wird. Die Inflation trifft alle Teile der Gesellschaft und Seniorinnen und Senioren, die ihr Leben lang gearbeitet haben und große Beiträge für das Land geleistet haben, verdienen einen respektablen Umgang und eine Wertschätzung.

Antrag H002: Ergänzung Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz mit dem Begriff „Lebensalter“

Antragsteller/in:	Senioren Union
Empfehlung der AK:	Ablehnung
Sachgebiet:	H - Familie, Frauen, Jugend und Senioren

Der Parteitag möge beschließen

dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert wird, durch entsprechende Initiativen eine Änderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen. Dem Artikel 3 Absatz 3 GG soll das Wort „Lebensalter“ hinzugefügt werden.

Er soll lauten:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen, **seines Lebensalters** benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Begründung

Diskriminierung und Benachteiligung auf Grundlage des Lebensalters ist in allen Lebensbereichen und in jeder Form auszuschließen.

Antrag H003: Reform des Elterngeldes rückgängig machen

Antragsteller/in:	KV Karlsruhe-Land
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	H - Familie, Frauen, Jugend und Senioren

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands hält die Kürzungen der Bezugsgrenzen des Elterngeldes und die Abschaffung der der Wahlfreiheit der Partnermonate beim Elterngeld für falsch und fordert, dies rückgängig zu machen.

Antrag H004: Perspektiv- und Paradigmenwechsel in der Prostitution - Sexkauf bestrafen

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A043 des Leitantrags des Bundesvorstands (Grundsatzprogramm)
Sachgebiet:	H - Familie, Frauen, Jugend und Senioren

Der Parteitag möge beschließen

Wir wollen den Perspektiv- und Paradigmenwechsel in der Prostitution auch in Deutschland und fordern dazu neben umfassenden Ausstiegshilfen, Aufklärung und Prävention ein strafbewehrtes Sexkaufverbot für Freier bei gleichzeitiger Straffreiheit für Prostituierte.

Nur sehr wenige Frauen gehen selbstbestimmt der Prostitution nach. Das immer wieder bemühte Bild der selbstbestimmten Sexarbeiterin versperrt den Blick auf die brutale und menschenwürdelose Realität der übergroßen Mehrheit entrechteter Frauen. Mehr als 90 Prozent der Prostituierten sind ihrer sexuellen Autonomie beraubt und Gewalt, Zwang und Erniedrigung durch Menschenhändler, Zuhälter und Freier ausgesetzt. Es ist erschreckend, wie gleichgültig viele Freier die körperlichen und seelischen Leiden der Frauen akzeptieren. Die meisten Frauen, die in Deutschland der Prostitution nachgehen, tun das unfreiwillig oder unter Zwang. Oft sind sie der deutschen Sprache nicht mächtig und kennen ihre Rechte nicht.

Das Prostitutionsgesetz der rot-grünen Bundesregierung von 2002 hat mit der Legalisierung der Prostitution den grundrechtlich gebotenen Würdeschutz verletzt und seine Ziele nicht erreicht. Deutschland ist seitdem zu einem Zielland von Menschenhandel, sexueller Ausbeutung und Prostitution geworden. Eine Vielzahl anderer Länder wie Schweden, Norwegen, Island, Kanada, Nordirland, Frankreich, Irland und Israel gehen längst andere Wege.

Es muss Schluss damit sein, dass Frauen zur Ware gemacht werden. Deshalb brauchen wir auch in Deutschland ein strafbewehrtes Sexkaufverbot für Freier bei gleichzeitiger Straffreiheit für Prostituierte. Wir wollen nach dem Vorbild des sog. Nordischen Modells für Deutschland ein Dreisäulenmodell entwickeln, mit dem wir Präventions- und Ausstiegsangebote fördern, die Bestrafung des Sexkaufs durchsetzen und eine effektive Arbeit der Strafverfolgungsbehörden ermöglichen.

Zur ersten Säule gehören die Aufklärungsarbeit und Ausstiegshilfen. Unsere Gesellschaft muss stärker für die Menschenrechtsverletzungen im Menschenhandel

und in der Zwangsprostitution sensibilisiert werden. Frauenfeindliche Einstellungen von Freiern gehören an den Pranger. Viele setzen sich über das Leid der Prostituierten hinweg, weil sie für die Dienstleistung zahlen. Frauen werden zum Objekt degradiert und gedemütigt. Zu den konkreten Ausstiegshilfen gehören die Unterstützung bei der Suche nach einer sicheren Wohnung, psychosozialer Begleitung sowie die Unterstützung bei der Aufnahme einer Ausbildung oder sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Dies lässt sich nur mit einem Netz aus Fachberatungsstellen im ganzen Land verwirklichen.

Im Mittelpunkt der zweiten Säule steht der Opferschutz und die Bestrafung des Sexkaufs. Dies ist der Paradigmenwechsel: Prostituierte werden nicht bestraft, sondern die Freier und Zuhälter.

Die dritte Säule stärkt und entlastet die Ermittlungsbehörden. Sexkauf ist einfach nachzuweisen und Prostituierte können ohne Sorge vor Sanktionen mit der Polizei zusammenarbeiten. Mit spezialisierten Polizeieinheiten soll der Kampf gegen Menschenhandel, Zuhälterei und Organisierte Kriminalität effektiver werden.

Antrag J001: Innovationskraft des Mittelstandes stärken

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	J - Wirtschaft und Finanzen

Der Parteitag möge beschließen

- Die **Ausgaben in Deutschland für Forschung und Entwicklung** liegen mit 3,13 Prozent (2020) weiterhin deutlich zu niedrig. Am Ziel, den Anteil der Ausgaben für F&E am BIP auf 3,5 Prozent zu erhöhen, muss unbedingt festgehalten werden. Die F&E-Ausgaben müssen in die Zukunft orientiert sein und die für Deutschland relevanten Schlüsseltechnologien adressieren, was ein systematisches Monitoring (Technology Foresights) und den strategischen Aufbau eines entsprechenden Portfolios erfordert. Der Grundsatz der Technologieoffenheit muss konsequent beibehalten werden.
- Allzu häufig stehen Kompetenzstreitigkeiten zwischen Ministerien der Erreichung von Innovations- und Forschungszielen im Weg. Anstatt Silodenken brauchen wir mehr **interministerielle Zusammenarbeit**. Um Forschungsförderung und Innovationsprogramme schnell und zielgerichtet auszugestalten, sollten unter Federführung des Bundeskanzleramtes zeitlich befristete Projektarbeitsgruppen verschiedener Ministerien eingerichtet werden. Das Kanzleramt muss für jede Projektarbeitsgruppe die Kompetenzen der Ministerien bündeln und koordinieren. Die Einrichtung solcher Projektarbeitsgruppen ließe sich zügig und unkompliziert umsetzen.

- Die **Gründungs- und Transferinfrastruktur** muss weiter ausgebaut und effektiver gestaltet werden. In den letzten Jahren wurde viel in den Ausbau der Gründungs- und Innovationsförderung in der Wissenschaft investiert. Trotzdem gelingt es nicht, stärker von der Forschung in die Anwendung zu kommen. Die Förder- und Transferlandschaft ist aus Sicht von KMU zu kleinteilig und unübersichtlich, viele Programme sind nicht ausreichend aufeinander abgestimmt. Auch bei Professionalisierung und Digitalisierung hinken die Transferstrukturen hinterher. Bestehende Angebote an die Wissenschaft sind zu schärfen und stärker auf den Weg zur Marktreife auszurichten. Derartige Förderprojekte sollten von Vertretern des Mittelstands begleitet und die Ergebnisse stärker nachgehalten werden, damit der Weg in die Anwendung auch wirklich gelingt (Output-Evaluierung).
- **Gründungen, Startups und auch Betriebsübernahmen** müssen noch stärker Bestandteil der Forschungs- und Innovationspolitik werden. Neu gegründete Unternehmen sind der Mittelstand von morgen und sollten nach der Gründung durch entsprechende Programme weiter unterstützt werden. Ausgründungen aus der Wissenschaft spielen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen in Innovationen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Der Transfer von IP (Intellectual Property) aus den wissenschaftlichen Einrichtungen in die Ausgründungen muss erleichtert werden. Die Rahmenbedingungen für Gründungen, Betriebsübernahmen und die Vergabe von Risikokapital müssen weiter verbessert und möglichst bürokratiearm ausgestaltet werden. Kosten und Dauer von Unternehmensgründungen und Betriebsübergaben müssen weiter sinken.
- Zur Verbesserung des Technologietransfers zwischen Universitäten und KMU ist die Gründung einer **staatlichen Agentur** nach dem Vorbild Kanadas, Israels oder Finnlands zu prüfen. Bei der Ausgestaltung kann an die Planungen für eine Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) angeknüpft werden. Aufgabe einer solchen Agentur sollte die Förderung und Umsetzung von Technologietransfer sein. Hierzu gehören die Vermittlung von Kontakten zwischen KMU bzw. Start-up-Unternehmen und Forschern, sowie die Finanzierung von Projekten und Unternehmen, die Forschungsergebnisse zur Marktreife führen wollen (z.B. mit Wagniskapital). Dabei sollte auch der Informationsfluss hinsichtlich Leistungen und Bedarfen von den KMU in Richtung der Hochschulen verbessert werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren (Wirtschaft, Hochschulen für angewandte Wissenschaft, Universitäten, außeruniversitäre Institute, F&E-unterstützende Stiftungen) muss effektiver werden. Die mittelständische Wirtschaft muss in Planung und Durchführung von Fördermaßnahmen einbezogen sein. Die Finanzausstattung erfordert die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel und darf in keiner Weise zu Lasten bereits bestehender F&E-Infrastruktur erfolgen.

- Die **Fördermöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen** müssen ausgebaut werden. Eine vereinfachte und überschaubare Förderlandschaft muss einen lückenlosen Übergang von der Forschung bis zur Anwendung ermöglichen. Der Mittelstand spielt eine zentrale Rolle auf dem Weg zur Marktreife. Die Unternehmen kennen die Anwendungsmöglichkeiten, die industriellen Zusammenhänge, die Anforderungen und Kundenwünsche. Die Weiterführung des Zentralen Innovationsprogramms für den Mittelstand (ZIM) ist zu begrüßen, das Budget muss aber erheblich erhöht werden. Darüber hinaus sollen auch andere Programme wie die industrielle Gemeinschaftsforschung weiter gestärkt werden. Bei größeren Verbundvorhaben von Forschung und Industrie sollte eine Beteiligung von KMU verpflichtend sein. Die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung war ein wichtiges Signal zur Stärkung der Innovationsanstrengungen von KMU. Zugangsbarrieren müssen beseitigt werden, auch, indem das Instrument stärker beworben wird.
- Der **Zugang von KMU zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen** muss verbessert werden. Der Mittelstand profitiert von der Verfügbarkeit von Publikation in Open Access-Plattformen. Viele Zuwendungsgeber wie das BMBF oder die EU-Kommission verlangen bereits die Publikation von Forschungsergebnissen über solche Plattformen. Die Publikation über Open Access-Plattformen muss weiter gefördert werden. Hierbei muss auch dafür gesorgt werden, dass die Informationen so aufbereitet sind, dass sie von KMU gefunden und verwertet werden können. KMU sollten aktiv auf Open Access-Plattformen aufmerksam gemacht werden.
- Das Potenzial von **Normen und Standards** bei Förderprogrammen muss zur Stärkung von Innovationen und für einen gezielteren Transfer besser ausgeschöpft werden. Um die Verwertung von Projektergebnissen zu verbessern, muss das Bewusstsein für die wirtschaftliche Bedeutung von Normen und Standards geschaffen werden. Neben dem Schutz von geistigem Eigentum (Patentierung) müssen auch die Chancen im Bereich Normung und Standardisierung ausgelotet werden. Fester Bestandteil von F&E-Strategien für wichtige Zukunftstechnologiefelder muss immer auch eine Normungsstrategie sein. Normungsbedingte Kosten sollten Bestandteil von F&E-Förderprogrammen sein. Die Mitarbeit von KMU und KMU-Verbänden in Normungsgremien muss ausgebaut werden.
- **Lokale und regionale Transferverbünde** müssen gestärkt und führende **Cluster** herausgebildet werden. Hierbei sollten Hochschulen für angewandte Wissenschaften eine zentrale und federführende Funktion erhalten. Zur Stärkung bestehender regionaler Kooperationen zwischen Mittelstand und Wissenschaft über Branchennetzwerke sollten auch die Regionalförderung sowie Clusterwettbewerbe weiterentwickelt werden.
- **B2B-Plattformen** sind digitale Marktplätze für Unternehmen, beispielsweise

die Handelsplattform für Stahlprodukte XOM Material. Diese Plattformen bieten KMU große Chancen, aber es gibt große Zugangshindernisse. Der Staat muss KMU bei der Nutzung von B2B-Plattformen aktiv unterstützen, etwa durch Schulungsangebote und Kostenübernahmen für KMU.

- Die Kapazitäten im Bereich der **MINT-Fächer in den Schulen** müssen ausgebaut werden. Die schulische Ausbildung muss verstärkt die individuellen Fähigkeiten in den Blick nehmen. Moderne digitale Unterrichtsmethoden müssen genutzt werden, um den Unterricht zielgerichtet auf diese persönlichen Stärken auszurichten. Forschergeist und unternehmerisches Denken müssen zur persönlichen Profilbildung in der Schule gehören. Hierzu müssen auch die Anforderungen von KMU stärker in der Ausbildung für Fachkräfte berücksichtigt werden, denn Innovationen brauchen Fachkräfte, die sie umsetzen. Die Berufsorientierung für Schüler muss besser werden. Schon in der Schule muss das Interesse an Handwerks- und MINT-Berufen geweckt und mit Schnuppertagen und Praktika vertieft werden. Eltern müssen über die Angebote informiert werden. Die Gleichwertigkeit der Dualen Ausbildung und des akademischen Studiums bei Erreichen entsprechender Abschlüsse muss allgemeine Kenntnis erlangen.

Begründung

Kaum ein Land ist so sehr angewiesen auf Forschung, Innovationskraft und technologische Spitzenleistungen wie das rohstoffarme Industrieland Deutschland. Doch Forschung und Produktentwicklung erfordern hohe Investitionen. Allein der Mittelstand investiert in diesem Jahr 24,4 Mrd. Euro in Forschung und Entwicklung (EFI-Gutachten 2022). Die Unterstützung durch staatliche Innovations- und Forschungsförderung ist dabei gerade für den deutschen Mittelstand unverzichtbar. Doch trotz der großen Anstrengungen von Wirtschaft und Staat werden deutsche Unternehmen im internationalen Innovationswettlauf zunehmend abgehängt. Während es China gelungen ist, seinen Anteil an den weltweiten Hochtechnologieexporten in den letzten 20 Jahren von 3,6 Prozent auf 23,8 Prozent zu steigern, sank der Anteil der deutschen Exporte von 6,7 Prozent auf 5,6 Prozent (GTAI).

Die rasanten Fortschritte der asiatischen Wettbewerber in den Hochtechnologie-Märkten hängen untrennbar zusammen mit ihren F&E-Erfolgen. Beispielsweise sind die Patentanmeldungen im Bereich der Produktionstechnologie in China in den letzten zwei Jahrzehnten um den Faktor 52,8 geradezu explodiert (2017-2019 verglichen mit 2000-2002, EFI-Gutachten 2022). Die deutschen Patentanmeldungen im Bereich Produktionstechnologie haben im gleichen Zeitraum hingegen nur um das 1,5-fache zugelegt. Diese Entwicklung ist für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland sehr gefährlich und muss gestoppt werden. Deutschland muss mit technologischem Vorsprung international wieder zum Innovationstreiber werden. Die Forschungs- und Innovationspolitik muss dafür die richtigen Weichen stellen. Wir haben eines der besten Wissenschaftssysteme der Welt, müssen aber dafür sorgen, dass anwendungsnahe Forschungsergebnisse zügiger zur Marktreife gelangen.

Antrag J002: Gegen neue Werbeverbote: Wettbewerb stärken, Innovation ermöglichen

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	J - Wirtschaft und Finanzen

Der Parteitag möge beschließen

- **Wettbewerb und Innovation ermöglichen**
  Innovation und Wachstum sind ohne Wettbewerb nicht denkbar. Werbung ist ein zentraler Hebel für den Wettbewerb, für den Markterfolg von Unternehmen und Innovationen. Unsere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik anerkennt: Der Verbraucherschutz setzt der kommerziellen Kommunikation der Wirtschaft unter Beachtung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit Grenzen. In der Sozialen Marktwirtschaft werden die Verbraucher aber nicht bevormundet, die Wirtschaft wird nicht staatlich gelenkt. Unsere Wirtschaftspolitik stellt sicher, dass Produkte, die legal hergestellt und vertrieben werden, in diesem Rahmen auch beworben werden dürfen.

- **Medienvielfalt erhalten und schützen**
  Eine vielfältige Medienvielfalt ist Daseinsvorsorge für unsere Demokratie. Unabhängige qualitativ hochwertige Berichterstattung in den Medien war noch nie so wichtig wie heute. Sie muss für alle Gesellschaftsschichten und Altersgruppen verfügbar sein. Unsere privaten Medien benötigen hierfür tragfähige werbewirtschaftliche Refinanzierungsmöglichkeiten. Sie gilt es zu schützen, nicht durch Werbeverbote zu beschneiden.

- **Sport und Kultur ermöglichen und stärken**
  Sport und Kultur sind der Kitt unserer Gesellschaft. Sport und Kultur stehen für eine gesunde Entwicklung, sozialen Zusammenhalt und Integration. Der Breiten- wie der Spitzensport sind ebenso wie Kulturveranstaltungen und kulturelle Bildung auf die Unterstützung der Wirtschaft angewiesen. Sponsoring ist für den Sport- und Kultursektor unverzichtbar, um in die Breite der Gesellschaft zu wirken. Diese Möglichkeiten müssen erhalten und gestärkt werden.

- **Wirksamer Verbraucherschutz statt Scheinlösungen**
  Nachhaltiger Verbraucherschutz basiert auf der systematischen Analyse und Integration aller empirischen Befunde und hochwertiger wissenschaftlicher Forschung. Werbeverbote erweisen sich demgegenüber als unterkomplex; sie sind Scheinlösungen und kein nachhaltiger Beitrag zur Bewältigung komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen.

Begründung

Der bevormundend lenkende Staat ist mit dem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der CDU – der Sozialen Marktwirtschaft - nicht vereinbar: Die CDU spricht sich gegen neue Werbeverbote für legal hergestellte und vertriebene Produkte aus – sowohl auf nationaler wie europäischer Ebene.

Antrag J003: Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen sichern

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	J - Wirtschaft und Finanzen

Der Parteitag möge beschließen

Schuldenbremse konsequent anwenden

- Die **Schuldenbremse muss bestehen bleiben** und rechtstreu angewendet werden. Die Regeln dürfen nicht aufgeweicht werden. Vorgesehene Tilgungsverpflichtungen müssen umgesetzt werden.
- Die **Ausnahmen in Krisenfällen müssen klar definiert und abschließend geregelt werden. Sichtbar gewordene Gestaltungslücken zur** Umgehung der Schuldenbremse müssen geschlossen werden. Ausnahmen müssen im betreffenden Haushaltsgesetz klar bezeichnet werden (entsprechend Art. 19. Abs. 1 Satz 2 GG)
- Die **impliziten Staatsschulden** (z.B. Sondervermögen, Pensionsverpflichtungen, Haftung für Betriebe mit staatlichen Anteilen) sind regelmäßig transparent und vollständig auszuweisen, um künftige Belastungen zu verdeutlichen.

Transparenter Umgang mit Sondervermögen und Nachtragshaushalten

- Nicht jede unvorhergesehene wirtschaftliche oder politische Entwicklung darf zur Rechtfertigung für Sondervermögen und Schattenhaushalte als Notsituation deklariert werden. Bei **unerwarteten Herausforderungen** ist die Politik gefordert, Haushalte entsprechend der angepassten Lage zu überprüfen, **Prioritäten zu setzen** und ggf. den **Rotstift anzusetzen, die notwendigen Ausgaben aber im Haushalt zu veranschlagen.**
- **Zukunftsaufgaben** müssen ebenso aus dem **Kernhaushalt** finanziert werden. Eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Klimaschutz“ soll hierfür die Grundlage bilden.
- **Sondervermögen** dürfen **nur** in Ausnahmefällen und nurzum Zweck der **Abwendung von akuten Notlagen** eingerichtet werden, deren Bewältigung nicht im Kernhaushalt abgebildet werden kann. Eine solche Notlage darf **weder vorhersehbar noch abwendbar** gewesen sein. Politische Versäumnisse

rechtfertigen keine Sondervermögen.

- Sondervermögen müssen, **soweit möglich, aus echtem Vermögen** gebildet werden, das **zuvor aus Rücklagen** gebildet wurde. Soweit dies nicht möglich ist, sind Zuwendungen Dritter (andere Bundesländer, Bund, EU) oder Unternehmensbeteiligungen oder Immobilienvermögen zur Finanzierung heranzuziehen. Nur, sofern auch dies nicht möglich ist, dürfen Sondervermögen über die Aufnahme von Schulden finanziert werden. Diese sind entsprechend eines verbindlichen Tilgungsplans zurückzuzahlen. Parlamentarisch bewilligtes **Sondervermögen darf nicht für andere Zwecke umgewidmet** Sobald der Zweck der Kreditbewilligung (Abwendung einer spezifischen Notlage) wegfällt, sind die noch nicht ausgeschöpften Mittel zur Schuldentilgung einzusetzen, Kreditermächtigungen dürfen nicht weiter in Anspruch genommen werden und sind durch den Bundestag aufzuheben. Für die im Rahmen von Sondervermögen und Nebenhaushalten eingegangenen Kreditermächtigungen bedarf es eines **im Vorfeld festgelegten Tilgungspfades**. Die Tilgungsregel sollen sich an der Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts aus dem Vorjahr orientieren. Um langfristig eine stabile und automatisch geregelte Rückzahlquote erreichen zu können, sollen Sockelbeträge, die bspw. alle fünf Jahre erreicht sein müssen, den Tilgungspfad bestimmen.

Einhaltung von Haushaltsgrundsätzen und klare föderale Finanzbeziehungen

- Eine übergeordnete Ebene sollte eine Aufgabe nur an sich ziehen, wenn sie von der untergeordneten nicht erfüllt werden kann (**Subsidiaritätsprinzip**).
- Die Kosten für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe müssen von der gleichen öffentlichen Einheit finanziert werden, die darüber entscheidet, wie diese Aufgabe zu erfüllen ist (**Konnexitätsgrundsatz**). Darüber hinaus ist anzustreben, dass nicht nur **Entscheidungsträger** und **Steuerzahler**, sondern auch **Nutznießer** der Ausgaben zur jeweils gleichen öffentlichen Einheit gehören (**Institutionelle Kongruenz**).
- Auch angesichts von Notlagen müssen die Grundsätze der **Haushaltswahrheit** und **Haushaltsklarheit** konsequent eingehalten werden. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen auf jeder föderalen Ebene im Haushalt inkl. Nachtragshaushalte abgebildet werden.
- Im Falle der nachträglichen verfassungsgerichtlichen Feststellung der Rechtswidrigkeit eines Haushaltes müssen geeignete **Sanktionsmöglichkeiten** geschaffen werden, die der Gerichtsentscheidung tatsächliche Durchschlagskraft in der Politik verleihen.
- Die gemeinsame Finanzierung von Ausgaben durch verschiedene Gebietskörperschaften (**Mischfinanzierung**) muss abgebaut werden und ist **grundsätzlich zu vermeiden**.Mischfinanzierung führt zu Intransparenz, unklaren Verantwortlichkeiten und senkt den Anreiz zur sparsamen Mittelverwendung. Mischfinanzierung beschneidet außerdem das Budgetrecht

anderer Länder oder

- Anstelle von Mischfinanzierungen sollen die **Anteile von Bund und Ländern am Steueraufkommen neu bemessen** Im Rahmen der bestehenden Finanzverfassung kann das über die Anteile am Aufkommen der Mehrwertsteuer erfolgen, langfristig sollten die steuerrechtlichen Gesetzgebungskompetenzen im Sinne einer klareren Aufgabentrennung der Gebietskörperschaften neu geregelt werden.

Begründung

Zur Sicherung nachhaltiger Staatsfinanzen hat sich die seit 2009 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse in den Dauerkrisenjahren bewährt. Kern von Art. 109 Abs. 3 GG ist der Grundsatz, dass dem Bund nahezu und den Ländern gänzlich Nettoneuverschuldung untersagt ist. Ausgaben müssen ohne Kreditaufnahme durch die Einnahmen ausgeglichen werden. Nur in besonderen Notlagen darf der Bund von diesem Grundsatz abweichen. Seit ihrem Inkrafttreten 2011 konnte der seit der Finanzkrise hohe Schuldenstand (2010: 82,4 Prozent des BIP) rasch unter die innerhalb der EU vereinbarte Grenze von 60 Prozent des BIP zurückgeführt werden (2019: 59,8 Prozent). Die Mehrheit der Euro-Staaten (und erst recht alle großen Ländern) halten die 60-Prozent Marke nicht ein. Die Schuldenbremse war über die Grenzen unseres Landes hinaus ein Erfolg. Andere europäische Länder wie Österreich, Slowenien oder Spanien haben entsprechende Regeln eingeführt. Neben der Schuldenbremse ist nach wie vor die Einhaltung bewährter Haushaltsgrundsätze Grundlage solider Staatsfinanzen.

Die Schuldenbremse schafft Generationengerechtigkeit. Jede Generation hat mit ihren eigenen Krisen zu kämpfen. Die Herausforderungen der heutigen Generation dürfen nicht über hohe Schulden auf dem Rücken der kommenden Generation bewältigt werden.

Die Schuldenbremse bremst Inflation. Schuldenfinanzierte Staatsausgaben vergrößern die umlaufende Geldmenge und heizen Preissteigerungen an. Deshalb ist die Schuldenbremse ein wirksames Instrument zur Verhinderung von Inflation. Eine solide Haushaltsführung in Bund und Ländern hat einen dämpfenden Effekt auf die Preise.

Die Schuldenbremse ermöglicht gute Politik. Seit Einführung der Schuldenbremse hat es dem Staat bei der Bewältigung von Zukunftsausgaben nie an Geld gefehlt. Im Gegenteil: Die Regelbindung ist ein Signal an die Finanzmärkte und wird mit sehr guten Finanzierungskonditionen für deutsche Staatsanleihen belohnt.

Krisen sind der politische Normalfall. In den letzten Jahren häufen sich Anlässe für die Aufnahme zusätzlicher Schulden. Das zeigt: Krisen sind keine Ausnahmeerscheinungen, sondern gehören zur politischen Normalität.

Mit Unwägbarkeiten ist zur rechnen. Geopolitische Spannungen, Pandemien und Turbulenzen an Finanzmärkten sind Risiken, mit denen sowohl Staaten genauso wie Unternehmen und auch alle Menschen rechnen müssen. Analog den bestehenden Anforderungen an Unternehmen in § 91 Abs. 2 Aktiengesetz ist auch für den Haushalt ein Überwachungssystem einzurichten, damit Risiken, die die kurz-, mittel- oder langfristige Haushaltsplanung gefährden, früh erkannt werden.

Prioritätensetzung ist Aufgabe der Politik. Corona, Energiewende, Krieg, Lieferkettenprobleme – der

Staat kann nicht alle Folgen dieser Krisen ausfinanzieren. Die Herausforderung für Regierungen besteht zunehmend darin, die richtigen Prioritäten bei der Verwendung der vor allem durch Steuern vereinnahmten Haushaltsmittel zu setzen.

Rückzahlverpflichtungen glaubwürdig eingehen. Zu einem fiskalpolitisch glaubwürdigen Umgang mit sogenannten Sondervermögen und Nebenhaushalten zählt auch eine glaubwürdige Verpflichtung zur Rückzahlung eingegangener Kreditermächtigungen. Der Tilgungspfad soll synchron zur Tilgungsregel der Schuldenbremse verlaufen.

Das Subsidiaritätsprinzip ist Teil des Wertefundaments von CDU und CSU. Eine übergeordnete Ebene darf eine Aufgabe nur an sich ziehen, wenn die untergeordnete Ebene sie nicht erfüllen kann. Das Prinzip hat sich bewährt und hat Eingang in den Vertrag über die Europäische Union gefunden. Insbesondere in Haushalts- und Finanzfragen muss es mit Leben gefüllt werden.

Wer bestellt, muss bezahlen. Was in der Wirtschaft selbstverständlich ist, hat sich auch als Prinzip für öffentliche Haushalte bewährt: Wer über eine öffentliche Aufgabe entscheidet, muss nach dem Prinzip der Konnexität auch die Kosten für sie tragen. Das gilt im Bund-Länder-Verhältnis ebenso wie im Verhältnis der Länder zu ihren Kommunen. Dieser bewährte Grundsatz wird immer häufiger durch Mischfinanzierungen ausgehebelt. Damit verschwimmen Verantwortlichkeiten und es schwindet der Anreiz zur Sparsamkeit.

Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit statt Verschleierung von Belastungen. Der Grundsatz der Klarheit fordert, dass im öffentlichen Haushalt die Ausgaben transparent und übersichtlich ausgewiesen werden müssen. Der Grundsatz der Wahrheit fordert, dass alle in einem Haushaltsjahr zu erwartenden Belastungen so genau und sorgfältig wie möglich zu bestimmen sind. Sondervermögen und Nachtragshaushalte erschweren die Einhaltung dieser Prinzipien zunehmend.

Antrag J004: Hände weg vom GWB: Grundgesetz der Marktwirtschaft in der Wirtschaftskrise schützen

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	J - Wirtschaft und Finanzen

Der Parteitag möge beschließen

Das GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) gilt zurecht als „Grundgesetz der Sozialen Marktwirtschaft“ und Wettbewerbskontrolle ist Teil der wirtschaftspolitischen DNA der Union. Die CDU lehnt eine rein politisch motivierte erneute Änderung des GWB ab und fordert die Bundesregierung auf:

1. Die Arbeiten an der inhaltlich verfehlten und zeitlich unpassenden **GWB-Novelle sofort einzustellen** und sich wirtschaftlich wichtigen Fragen zum Nutzen der deutschen Wirtschaft zuzuwenden.
2. Beabsichtigte **kartellrechtlich kleinteilige und rein nationale Regelungen** unterhalb der Schwellenwerte der europarechtlichen Vorschriften **aufzugeben**, da die Einheitlichkeit der Binnenmarktregelungen dadurch gefährdet wird

und Nachteile für deutsche Unternehmen entstehen.

3. Die mögliche **missbrauchsunabhängige Verfolgung aller Wirtschaftsteilnehmer** infolge von Sektoruntersuchungen aus der 11. GWB-Novelle zukünftig wieder **zu unterbinden** und zu einem europarechts- und verfassungskonformen Kartellrecht zurückzukehren.

Begründung

Schon kurz nach der Bundestagswahl hatte die Ampel-Koalition mit der 11. GWB-Novelle damit begonnen, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) um politisch motivierte Eingriffsrechte zu erweitern. Am 7. November 2023 traten die Änderungen in Kraft. Schon am gleichen Tag stellte das BMWK mit einer öffentlichen Konsultation die Weichen für eine neue, 12. GWB-Novelle. Die gestellten Fragen lassen darauf schließen, dass eine weitere Politisierung des GWB geplant ist. Thematisiert wurde etwa der Umgang mit der Ministererlaubnis, die Verankerung von Kompetenzen im Verbraucherschutz beim Bundeskartellamt, die privatrechtliche Durchsetzung von Kartellschadenersatzklagen, die besondere Berücksichtigung von Nachhaltigkeitszielen und Unternehmenskooperationen im Kartellrecht und weiteren Veränderungsbedarf im Fusionskontrollrecht. Es steht außerdem zu befürchten, dass deutsche Unternehmen unterhalb der Schwellen der europarechtlichen Kartellvorschriften mit neuer kartellrechtlicher Regulierung zu rechnen haben. Damit wären sie im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedsstaaten im Binnenmarkt erheblich benachteiligt, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit wäre erheblich geschwächt. Wachstumschancen würden so mitten in einer Wirtschaftskrise weiter eingeschränkt.

Zurzeit gibt es keinerlei empirischen Befunde, die eine Gesetzesänderung zu einem so frühen Zeitpunkt nach einer gerade erfolgten 11. GWB-Novelle nahelegen. Auch bei der Ministererlaubnis, die zuletzt 2019 eine Rolle spielte, gibt es keinen Veränderungsbedarf. Der Verbraucherschutz ist in Deutschland umfassend privatrechtlich geregelt, durch Stiftungen unterstützt und durch Beschwerdeverfahren bei der BaFin, der BNA und anderen Institutionen flankiert.

Antrag J005: Erweiterung des Witwen-/Witwersplitting auf drei Jahre

Antragsteller/in:	KV Bochum
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	J - Wirtschaft und Finanzen

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU setzt sich dafür ein, dass das sogenannte „Witwen-/Witwersplitting“ (vgl. § 32a (6) 1 EStG) von bisher einem Jahr nach Eintritt der Verwitwung auf drei Jahre ausgeweitet wird.

Begründung

Sozialpolitik aus christlich-sozialer Überzeugung bedeutet zuvorderst, unverschuldet in Not geratene Mitbürger zu unterstützen und ihnen möglichst konkret zu helfen. Dabei werden insbesondere die Nöte von Ehepaaren und Familien, welche das Fundament unserer Gesellschaft bilden und „unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“ (Art. 6 GG) stehen, in den Blick genommen.

Es gibt wohl kaum eine größere Herausforderung für eine Familie als den Tod eines Ehepartners, gerade im erwerbsfähigen Alter und bei Vorhandensein von Kindern: Zu dem durch nichts zu ersetzenden Verlust eines geliebten Menschen und der um ein Vielfaches erhöhten Belastung für das nunmehr alleinerziehende Elternteil kommen in vielen Fällen ernste bis existenzbedrohende finanzielle Sorgen hinzu, da das Einkommen des verstorbenen Ehepartners fehlt. Auch die „Witwen-/Witwerrente“ sowie die „Halbwaisenrente“ schließen diese Versorgungslücke nicht.

Zwar sieht das Steuerrecht bereits heute vor, dass das „Ehegattensplitting“ als „Witwen-/Witwersplitting“ auch für das auf die Verwitwung folgende Jahr gewährt wird (vgl. § 32a (6) 1 EStG); danach erlischt dieser steuerliche Vorteil jedoch: Im Verhältnis zu einer vergleichbaren Familie, der dieser Schicksalsschlag glücklicherweise erspart blieb, wird der hinterbliebene Ehepartner dann steuerlich de facto sogar schlechter gestellt. Dabei ist doch gerade dieser Ehepartner, insbesondere, wenn im eigenen Haushalt minderjährige Kinder zu erziehen sind, auf die Solidarität der Sozialgemeinschaft angewiesen, und zwar in der Regel deutlich länger als dieses eine Jahr.

Politik kann einen geliebten Menschen nicht ersetzen, aber eine von christlichen Werten inspirierte Politik wird sich verpflichtet fühlen, das ihr Mögliche zu tun, um die damit verbundenen finanziellen Folgen nicht nur kurz-, sondern zumindest auch mittelfristig abzufedern: Im Sinne einer möglichst praktikablen und unbürokratischen Lösung ist es daher geboten, das „Witwen-/Witwersplitting“ über einen deutlich längeren Zeitraum als bisher zu gewähren.

Antrag J006: Senkung des Umsatzsteuersatzes für Windeln

Antragsteller/in:	KV Helmstedt
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	J - Wirtschaft und Finanzen

Der Parteitag möge beschließen

Der Bundesvorstand möge sich dafür einsetzten, dass folgende Gesetzesinitiative in den Bundestag eingebracht wird:

Der Umsatzsteuersatz für absorbierende Hygieneartikel (Windeln) möge von derzeit 19% auf 7% gesenkt werden.

Begründung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 124. Sitzung am 7. November 2019 aufgrund der Beschlussempfehlung und des Berichtes des Finanzausschusses – Drucksachen 19/14873, 19/14909

– den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften– Drucksachen 19/13436, 19/19/13712 – angenommen. Nach dem Bundestag hat auch der Bundesrat am 29.11.2019 dem Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften ("JStG 2019") zugestimmt. Dieses Gesetz wurde am 17.12.2019 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

Im Ergebnis wurde der Umsatzsteuersatz auf Erzeugnisse der Monatshygiene von bisher 19% auf nunmehr 7% gesenkt.

Nicht gesenkt wurde dabei der Umsatzsteuersatz für Windeln.

In der Praxis erfüllen die Erzeugnisse der Monatshygiene und Windeln aber denselben Zweck: Sie sorgen dafür, dass im Falle des Falles, die Angelegenheit nicht in die Hose geht.

Anlage 2 Nummer 55 zu § 12 Absatz 2 Nummer 1 und 2 UStG verweist unter Buchstabe a) ausdrücklich auf die Position 9619 des Europäischer Zolltarifs.

Unter ABS. XX in Kap. 96 der Warennomenklatur befindet sich die Pos. FS[00] 9619 welche wie folgt bezeichnet ist:

"Hygienische Binden (Einlagen) und Tampons, Windeln und Windeleinlagen für Säuglinge und Kleinkinder und ähnliche Waren, aus Stoffen aller Art"

Erkennbar hat sich der Bundesgesetzgeber fast wörtlich der Formulierung aus der Position 9619 bedient, wenngleich die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes jedoch auf Erzeugnisse der Monatshygiene beschränkt wurde. Der Zolltarif unterscheidet in Position 9619 aber gerade nicht zwischen Erzeugnissen der Monatshygiene und vergleichbaren Erzeugnissen, insbesondere Windeln.

Menstruierende Menschen sind zur Vermeidung eines „Malheurs“ genauso auf die Erzeugnisse der Monatshygiene angewiesen, wie unsere Kinder auf Windeln angewiesen sind.

Wenn nunmehr bestimmte Menschen umsatzsteuerlich privilegiert werden, weil sie Ihre biologisch "normalen" Ausscheidungen nicht gezielt kontrollieren können, und hierfür zur Hygiene bestimme nunmehr ermäßigt besteuerte Erzeugnisse benötigen, dann sollte kein Spielraum bestehen, nicht im gleichen Maße auch den ermäßigten Steuersatz für Windeln für Kleinkinder zu gewähren.

Ein ermäßigter Steuersatz sollte daher auch für Windeln gelten. Dieses würde gerade auch junge und einkommensschwache Familien finanziell entlasten.

Antrag J007: Bürokratieabbau ernsthaft angehen!

Antragsteller/in:	KV Biberach
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	J - Wirtschaft und Finanzen

Der Parteitag möge beschließen

1 Die Bürokratie auf allen Ebenen unserer Gesellschaft wird mittlerweile von
2 weiten Teilen der Bevölkerung als ernste Bedrohung für das Zusammenleben, den
3 Wohlstand und die individuelle Freiheit angesehen. Deshalb beantragt der CDU-

Kreisverband Biberach in Erweiterung der Vorschläge zur Bürokratieverringerung im Grundsatzprogramm, im Bund und bei Bedarf auch in den Ländern, die Installation eines Entbürokratisierungsministeriums mit dazugehörigem ständigen Bundestagsausschuss. Jeder Bürger und jede Organisation könnte sich mit Entbürokratisierungsvorschlägen an den Ausschuss bzw. das Ministerium wenden. Der Entbürokratisierungsminister/in müsste den gleichen Stellenwert wie etwa der Bundesfinanzminister/in haben. Um insgesamt die Anzahl der Ministerien nicht zu erhöhen, schlagen wir eine Zusammenlegung einzelner Ministerien vor, z.B. Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und/oder Bauministerium mit dem Umweltministerium.

Begründung

Schon seit geraumer Zeit wird auch von der CDU in jedem Wahlkampf von Entbürokratisierung gesprochen. Die bisherigen Bemühungen und zuständigen Personen bzw. Institutionen reichen erwiesenermaßen nicht aus. Tatsächlich wachsen die Bürokratie und die Bürokratiekosten kontinuierlich an. Deshalb ist hier eine grundsätzliche, strukturelle Änderung notwendig, um das Bürokratieproblem ernsthaft und nachhaltig anzugehen und dadurch wieder mehr Glaubwürdigkeit in die Politik in Deutschland zu erreichen. Weitere Begründungen ggf. mündlich.

Antrag J008: Abschaffung der kalten Progression – Inflations-Kopplung der Grenzsteuersätze & einmalige Anpassung

Antragsteller/in:	KV Ostalbkreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	J - Wirtschaft und Finanzen

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Abschaffung der kalten Progression durch die Kopplung der Einkommensgrenzen für Grenzsteuersätze an die allgemeine Inflationsrate in Deutschland aus. Zudem wird sich dafür ausgesprochen, die Einkommensgrenzen der Grenzsteuersätze einmalig an die historischen Inflationsraten anzugleichen, um die Einkommenssteuerlast wieder auf das richtige Belastungsniveau zurückzuführen und damit eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der hart arbeitenden Teile der Gesellschaft zu bewirken

Begründung

In Zeiten von Inflation, Preiserhöhungen und steigenden Löhnen ist es schlicht nicht vermittelbar, dass trotz Lohnerhöhungen den Menschen real nicht mehr, sondern weniger Geld zum Leben zur Verfügung steht.

Das Phänomen der kalten Progression beschreibt die Steuermehrbelastung, die bei einer Lohnerhöhung entsteht, wenn die Erhöhung dazu führt, dass dadurch ein neuer Grenzsteuersatz greift und somit mehr Steuern gezahlt werden müssen, als mit dem vorigen Grenzsteuersatz.

Bisher ist die Politik dafür verantwortlich, der kalten Progression eine Kompensation durch die Erhöhung der Einkommensgrenzen für die Grenzsteuersätze entgegen zu stellen. Jedoch ist damit immer ein Eingreifen durch die Politik erforderlich. Stattdessen sollte eine Kompensation der Inflation in Zukunft zum Automatismus werden, indem die Einkommensgrenzen an die Inflationsraten gekoppelt werden. Die Steuerfairness für die Menschen sollte nicht auf die Reaktion der Politik auf allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen angewiesen sein.

Um bisherige Versäumnisse der Politik auszubessern sollen die Grenzen zudem einmalig angepasst werden, um wieder auf das gleiche Belastungsniveau, wie zum Anfang der Regelung gegeben, zurückzukommen. Dies ist zwingend erforderlich, um das Problem der kalten Progression zu lösen und den Menschen wieder Spielräume in ihrer finanziellen Situation zu geben.

Da die Anpassungen allen Menschen gleichermaßen mit einer niedrigeren effektiven Steuerbelastung zum Vorteil werden, trägt die Maßnahme auch dazu bei, die soziale Gerechtigkeit zu fördern und die Wirtschaft anzukurbeln, da mehr Geld für Konsum und Investitionen zur Verfügung steht sowie die Motivation für mehr Arbeit geschaffen wird.

Weitere Begründung ggf. mündlich.

Antrag J009: Vereinfachung des Steuerrechts

Antragsteller/in:	KV Wittmund
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	J - Wirtschaft und Finanzen

Der Parteitag möge beschließen

1 CDU Bundesparteitag spricht sich für eine deutliche
2 Vereinfachung des Steuerrechts aus - insbesondere der für Klein- und
3 Mittelbetriebe

Begründung

Kleine und mittlere Unternehmen sind häufig überproportional von bürokratischen Aufgaben betroffen, weil sie für diese oftmals kein eigenes zusätzliches Personal haben oder entsprechende Tätigkeiten aus finanziellen Gründen nicht an Externe vergeben können. Teilweise erfüllen die Unternehmerinnen und Unternehmer die Dokumentations- oder Berichtspflichten selbst. Im Steuerrecht belastet beispielsweise die "Einnahme-Überschuss-Rechnung" (EÜR) die Betriebe. Mit der EÜR können Kleinstunternehmen (Gewinn weniger als 60.000 Euro und Umsatz weniger als 600.000 Euro jährlich) ihren Gewinn ermitteln. Für steuerliche Zwecke müssen sie jedoch ein standardisiertes Formular (Anlage EÜR) verwenden,

das so komplex ist, dass es ohne externe Expertenhilfe meist nicht ausfüllbar ist.
Vereinfachungen können beispielsweise erreicht werden, wenn spezielle Daten in einer Anlage beziehungsweise per elektronischer Verlinkung abgefragt werden. Gleichzeitig profitieren auch die Finanzverwaltungen von einer einfacheren Einnahmen Überschussrechnung (EÜR)

Antrag K001: Reform des Mindestlohngesetzes

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Überweisung an Bundesvorstand der CDU Deutschlands
Sachgebiet:	K - Arbeit, Soziales und Teilhabe

Der Parteitag möge beschließen

Jeder soll von seiner Arbeit leben können. Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie sind die besten Garantien für eine faire Lohnfindung. Ein gerechter Lohn wird auf Augenhöhe von Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelt. Die seit Jahrzehnten sinkende Tarifbindung hat 2015 jedoch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns als untere Auffanglinie notwendig gemacht. Seine Höhe entscheidet derzeit über das Einkommen von rund 5,8 Millionen Menschen. Der Mindestlohn ist zu einem unverzichtbaren Teil der Arbeitsmarktordnung geworden.

Bei seiner Einführung haben wir uns für die Einführung einer Mindestlohnkommission aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern entschieden. Innerhalb dieser Kommission sollten die Sozialpartner über die Höhe der Lohnuntergrenze verhandeln. Allerdings ermöglicht die Konstellation – Zwang zur Einigung ohne Streikrecht – keine Verhandlung auf Augenhöhe. Über Jahre hat die Kommission per Geschäftsordnung den Mindestlohn nur an den Tarif-Index anpasst. Zuletzt wurde ein Beschluss gegen den Willen der Arbeitnehmervertreter und nur durch die Stimme der Vorsitzenden erzwungen. Im Ergebnis gab es über Jahre minimale Erhöhungen und die Höhe des Mindestlohns wird von vielen Menschen in Deutschland mittlerweile als ungerecht empfunden. Der Mindestlohn wurde deshalb bereits 2021 zum Wahlkampfthema und nach der Bundestagswahl durch die Ampel-Regierung erhöht. Die Idee einer Mindestlohnkommission funktioniert nicht: Statt Konsens zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, entscheiden mittlerweile Mehrheitsbeschlüsse und Wahlkämpfe über die Höhe des Mindestlohns. Das ist nicht im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft.

Die CDU Deutschlands wird deshalb das Mindestlohngesetz reformieren. Wir wollen keinen politischen Mindestlohn, der zum Spielball des Wahlkampfs wird. Gleichzeitig wollen wir eine verlässliche Beteiligung aller Menschen an der Lohnentwicklung in unserem Land. Wir werden deshalb die Empfehlung der Mindestlohnrichtlinie der EU umsetzen und die Höhe des Mindestlohns gesetzlich

auf 60 Prozent des Medianlohns festlegen. Aktuell würde das etwa einem Mindestlohn von 14 Euro entsprechen.

Antrag K002: Verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge für alle

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, KV Borken
Empfehlung der AK:	Überweisung an Bundesvorstand der CDU Deutschlands
Sachgebiet:	K - Arbeit, Soziales und Teilhabe

Der Parteitag möge beschließen

Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung. Sie allein kann den Lebensstandard im Alter jedoch nicht sicherstellen. Trotzdem sorgen zu viele Menschen nicht oder nicht ausreichend zusätzlich vor. Die CDU Deutschlands will deshalb eine verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge für alle einführen. Für Menschen mit geringem Einkommen wird der zu leistende Beitrag staatlich bezuschusst.

Diese verpflichtende Vorsorge kann auf verschiedenen Wegen umgesetzt werden, dazu zählt auch die Mitgliedschaft in berufsständischen Versorgungswerken, Angebote der betrieblichen Altersvorsorge oder andere Formen kapitalgedeckter Altersvorsorgeverträge. Die Bürgerinnen und Bürger können frei wählen, welchen Weg zur Umsetzung der Verpflichtung sie wählen. Die zur Wahl stehenden Produkte müssen dabei staatlich festzulegenden Kriterien folgen. Sie müssen kapitalgedeckt und pfändungssicher sein.

Für diejenigen, die sich nicht aktiv für ein Produkt bzw. einen Weg entscheiden, legt der Staat einheitlich fest, durch welches Produkt die Verpflichtung erfüllt wird. Dieses Produkt nennen wir Deutschlandrente. Die Deutschlandrente wird auf gesetzlicher Grundlage organisiert und privatrechtlich verwaltet. In sie wird individuell und eigentumsrechtlich geschützt eingezahlt. Die Deutschlandrente soll keine Abschlusskosten, möglichst niedrige Verwaltungskosten und keine renditebeschränkenden Garantien haben. Außerdem soll sie in der Ansparphase aktienbasiert und damit möglichst renditestark sein.

Begründung

Erfolgt ggf. mündlich.

Antrag K003: Arbeits- und Fachkräftemangel gegensteuern, steuerliche Fehlanreize abschaffen

Antragsteller/in:	Frauen Union

Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	K - Arbeit, Soziales und Teilhabe

Der Parteitag möge beschließen

Das inländische Arbeits- und Fachkräftepotenzial muss besser ausgeschöpft werden. Deshalb wollen wir steuerliche Fehlanreize für die Erwerbstätigkeit vor allem von Frauen abbauen.

Die Lohnsteuerklasse V wirkt wie eine angezogene Handbremse: Der monatliche Nettolohn ist wegen überproportional hoher Steuerabzüge geringer, eine Aufstockung der Arbeitszeit ist finanziell unattraktiv und wenn aufgrund der Elternzeit, Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit das Geld besonders knapp ist, ist die Lohnersatzleistung überdies geringer, denn diese richtet sich nach dem Nettoeinkommen.

Deshalb muss die Lohnsteuerklasse V bei Beibehaltung des Ehegattensplittings ersatzlos entfallen.

Die jährliche Steuerschuld eines Ehepaars verändert sich dadurch nicht. Die Lohnsteuerklassenkombination IV/IV mit Faktorverfahren gewährleistet beim bestehenden Ehegattensplitting, dass die monatlichen Steuerabzüge fair unter den Ehepartnern aufgeteilt werden und Lohnersatzleistungen auch für den geringer verdienenden Ehepartner, meist die Frau, nicht unverhältnismäßig niedrig ausfallen.

Antrag K004: Sonderregelungen für auf Dauer angelegte Mini-Jobs streichen

Antragsteller/in:	Frauen Union
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	K - Arbeit, Soziales und Teilhabe

Der Parteitag möge beschließen

Die sozialversicherungsrechtlichen Sonderregelungen für auf Dauer angelegte Mini-Jobs müssen entfallen. Ausnahmen sollen nur für Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie Rentnerinnen und Rentner weiter möglich sein.

Mini-Jobs sind nicht geeignet, um dauerhaft den Lebensunterhalt zu sichern oder die eigene Rente aufzubauen. Die Erfahrung lehrt, dass Mini-Jobs in Krisenzeiten zuerst wegfallen. Gegen diesen Verdienstausfall gibt es keine Absicherung durch Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld, weil Minijobber nicht in die Arbeitslosenversicherung einzahlen.

Der größte Anteil der ausschließlich im Mini-Job Beschäftigten sind Frauen.

Über die Hälfte der im Nebenjob geringfügig entlohnt Beschäftigten im erwerbsfähigen Alter und fast zwei Drittel der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten sind Frauen.

Anreize, die dazu führen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Krisen nicht abgesichert und im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind, müssen abgebaut werden. Das ist auch ein Beitrag zur eigenständigen Existenzsicherung von Frauen und zum Abbau der Altersarmut von Frauen.

Antrag K005: Verhältnismäßigkeit im Streikrecht wahren

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	K - Arbeit, Soziales und Teilhabe

Der Parteitag möge beschließen

- Feiertage bedürfen des besonderen Schutzes. Streiks im unmittelbaren zeitlichen Umfeld bundesweiter Feiertage sind vor dem Hintergrund der Bedeutung dieser Tage für unser Land unverhältnismäßig, wenn diese Streiks primär zu Belastungen bei unbeteiligten Dritten führen, und sollten entsprechend untersagt werden.
- Streiks, auch Warnstreiks, dürfen bei der kritischen Infrastruktur / Daseinsvorsorge (wie z. B. Flug-, Bahn- und Schiffsverkehr, Energie- und Wasserversorgung, Rettungsdienste) nur nach einem verbindlichen abgeschlossenen Schlichtungsverfahren durchgeführt werden.
- Sämtliche Streiks in Bereichen der kritischen Infrastruktur / Daseinsvorsorge müssen mindestens vier Tage vorher angekündigt werden.
- In Bereichen der kritischen Infrastruktur / Daseinsvorsorge soll ein Streik nur zulässig sein, wenn eine Grundversorgung aufrecht erhalten bleibt („Notdienstarbeiten“).
- Streiks in der kritischen Infrastruktur / Daseinsvorsorge dürfen nur nach einer Urabstimmung mit einem Quorum von mindestens 50 Prozent aller Beschäftigten durchgeführt werden.
- Zusätzlich soll die Beurteilung unverhältnismäßiger Streiks in diesem Bereich durch gesetzliche Regelbeispiele klarer gefasst werden. Die Regelbeispieltechnik belässt den Arbeitsgerichten den Spielraum für eine verhältnismäßige Anwendung im Einzelfall. Die Regelung ist also lediglich eine maßvolle Kodifizierung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.

Begründung

Die Tarifautonomie in Deutschland ist ein hohes Gut, das über Jahrzehnte Stabilität und einen fairen

Ausgleich zwischen den Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gebracht hat. Tarifautonomie schließt als Ultima Ratio auch Kampfmaßnahmen wie das Recht der Gewerkschaften auf Streik und das Recht der Arbeitgeber auf Aussperrungen ein.

Bundesweite, insbesondere religiöse Feiertage haben eine Sonderstellung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade in angespannten Zeiten wie diesen sind sie unentbehrlich. Wer diesen Frieden gezielt und bewusst durch Streiks stören will, muss qua Gesetz daran gehindert werden.

Das Streikrecht darf zudem nicht missbraucht werden, um in einem frühen Stadium von Tarifverhandlungen unverhältnismäßigen Druck auszuüben und durch die Einbeziehung kritischer Infrastrukturen schweren Schaden anzurichten.

Antrag K006: Fachkräfteeinwanderung durch Zeitarbeit aus Drittstaaten ermöglichen

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	K - Arbeit, Soziales und Teilhabe

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU fordert das Beschäftigungsverbot in der Zeitarbeit für Drittstaatsangehörige abzuschaffen.

Das Aufenthaltsgesetz (AufenthG) verbietet Zeitarbeits- und Personalvermittlungsunternehmen weitgehend die Rekrutierung von Personen aus Nicht-EU-Ländern. Der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist es untersagt, der Erteilung eines Aufenthaltstitels zur Ausübung einer Beschäftigung zuzustimmen. Dieses Zustimmungsverbot nach § 40 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG sollte daher ersatzlos gestrichen werden.

Begründung

Das Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) hat ermittelt, dass nur mit einer jährlichen Nettozuwanderung von 400.000 Personen das Arbeitskräfteangebot in Deutschland langfristig konstant bleiben kann. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte ist daher eine der zentralen Herausforderungen der kommen Jahre und Jahrzehnte.

Zeitarbeitsfirmen können bei der Bewältigung dieser Herausforderung ein wichtiges Instrument sein, denn sie verfügen bereits über verlässliche und etablierte Strukturen zur Anwerbung von Fach- und Arbeitskräften. Die Erfahrung bei der Auswahl, Betreuung und Qualifizierung ihrer Beschäftigten kann ein Erfolgsfaktor für eine nachhaltige und gesteuerte Arbeitsmigration aus Drittstaaten sein. Zeitarbeitsfirmen investieren in die Qualifizierung und haben daher auch großen Anreiz, ihre Beschäftigten langfristig zu halten. Dies ist Teil ihres Geschäftsmodells. Mit diesem Geschäftsmodell ist auch besonders große Expertise bei der Integration von Ausländern verbunden. Eine Beschäftigung in der Zeitarbeit muss bei der Arbeitsmigration ermöglicht werden, damit die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften für Unternehmen erleichtert wird.

Gerade für kleine und mittlere Unternehmen oder Unternehmen ohne Vorerfahrung ist die Rekrutierung im Ausland ohne Unterstützung nur schwer zu organisieren. Die Zeitarbeits- und Personalvermittlungsunternehmen können hier mit ihrer Expertise und Erfahrung in Vermittlung und Qualifizierung unterstützen. Aktuell dürfen Zeitarbeits- und Personalvermittlungsunternehmen in Deutschland außer in wenigen Ausnahmen (z. B. bei Hochqualifizierten) keine ausländischen Arbeitskräfte aus Drittstaaten rekrutieren und dann beschäftigen. Sobald für die Aufnahme einer Beschäftigung die Zustimmung der BA erforderlich ist, ist die Beschäftigung in der Zeitarbeit untersagt (§ 40 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG). Dieses Verbot ist nicht mehr zeitgemäß. Ein Beschäftigungsverhältnis in der Zeitarbeit ist ein reguläres sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis. Zeitarbeits- und Personalvermittlungsunternehmen brauchen zudem als Voraussetzung für die Arbeitnehmerüberlassung eine Erlaubnis der BA, die regelmäßig überprüft wird. Hinzu kommt, dass die Tarifabdeckung in der Branche bei nahezu 100 % liegt.

Für Zeitarbeits- und Personalvermittlungsunternehmen ist dabei nicht nur die Vermittlung, sondern auch die Beschäftigung der ausländischen Arbeitskräfte notwendig. Nur durch ein bestehendes Beschäftigungsverhältnis ist eine Einreise, Einarbeitung und ggf. Nachqualifizierung im Inland möglich. Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen können eine ausländische Arbeitskraft im Unternehmen kennenlernen und die Risiken der Rekrutierung und Beschäftigung an das Zeitarbeitsunternehmen abgeben. Bei der Zeitarbeit ist zudem das Risiko geringer, dass ausländische Arbeitskraft und Arbeitgeber nicht zusammenpassen. Zu den Kernkompetenzen von Personaldienstleistern gehören gerade das Recruiting sowie das Matching von Arbeitskräften mit Kundenunternehmen.

Antrag K007: Tragfähigkeitsbericht für die Sozialversicherung einführen

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Senioren Union
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	K - Arbeit, Soziales und Teilhabe

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands fordert die Einführung eines jährlichen „Sozialstaatstragfähigkeitsberichts“. Bisher gibt es neben dem Rentenversicherungsbericht keinerlei Berichte oder Projektionen der Bundesregierung, die die voraussichtliche langfristige Entwicklung der Beitragssätze für alle Zweige der Sozialversicherung darstellen. Damit fehlt eine Grundlage für die notwendige Diskussion über die künftige Gestaltung und die langfristige Finanzierbarkeit der Sozialversicherung.

Die CDU Deutschlands fordert daher:

- Nachhaltigkeitsberichterstattung in allen Zweigen der Sozialversicherung (Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung, Unfallversicherung sowie die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau)

- Kostendarstellung und -berechnung von Reformen in den Sozialversicherungen zukünftig transparenter darzustellen; langfristige Auswirkungen auf die Beitragssatzentwicklung sollen schon im Referentenentwurf dargelegt werden
- Der Rentenversicherungsbericht soll in den Sozialstaatstragfähigkeitsbericht überführt werden und künftig ergänzend zur Entwicklung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung auch auf die Entwicklung des Beitragssatzes abstellen, der bei der Bemessung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags (§ 28d SGB IV) durchschnittlich Anwendung findet

Begründung

Dieser Antrag der MIT wird von der Jungen Union und der Senioren Union unterstützt.

Antragsbegründung:
In der Energie-, Umwelt- und Klimapolitik ist langfristiges Denken und Planen längst Selbstverständlichkeit. Aber auch in anderen Politikbereichen ist eine langfristige Ausrichtung etabliert. So informiert z.B. das Bundesministerium der Finanzen mit dem Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen („Tragfähigkeitsbericht“) in der Regel einmal pro Legislaturperiode über die langfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Im Bereich der Sozialversicherung fehlen dagegen weitgehend langfristige Vorausberechnungen der zuständigen Ressorts, die darüber Auskunft geben, inwieweit die Sozialversicherung langfristig finanzierbar ist. Lediglich für den Bereich der Rentenversicherung erfolgt mit dem jährlichen Rentenversicherungsbericht eine regelmäßige Berichterstattung seitens der Bundesregierung. Allerdings umfasst auch dieser Bericht nur einen Vorausberechnungszeitraum von lediglich 15 Jahren, was angesichts der generationenübergreifenden Absicherung durch die Rentenversicherung ein eher kurzer Zeitraum ist, wie mehrfach bereits vom Sozialbeirat der Bundesregierung kritisiert worden ist (vgl. Sozialbeirat – Jahresgutachten 2023, S. 12).Eine für alle Zweige der Sozialversicherung erfolgende Berichterstattung der Bundesregierung zur langfristigen Finanzentwicklung fehlt jedenfalls nach wie vor vollständig. Dabei hatte auch die von der Bundesregierung eingesetzte Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ im Jahr 2020 gefordert, im Rentenversicherungsbericht künftig ergänzend zur Entwicklung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung auch die Entwicklung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags (§ 28d SGB IV) darzustellen, um eine künftig drohende Überforderung der Beitragszahlenden besser erkennen zu können (vgl. Bericht der Kommission Verlässlicher Generationenvertrag, 2020)Von der Einhaltung von Nachhaltigkeitszielen in der Sozialversicherung scheint sich die Bundesregierung verabschiedet zu haben. Die Sozialgarantie, nach der die Sozialbeiträge auf maximal 40 % gedeckelt werden sollten, und die auch in den Koalitionsvereinbarungen der letzten vier Legislaturperioden eingehalten wurde, wird seit Anfang 2023 nicht mehr eingehalten. Eine Rückkehr zu diesem Ziel ist auch nicht absehbar.Vielmehr werden – auch den Bürgerinnen und Bürgern – die drohenden finanziellen Belastungen verschleiert und der bestehende Reformdruck kaschiert. Ebenso besteht die Notwendigkeit, dass bei allen Reformen der Sozialversicherung schon im Referentenentwurf die langfristigen Auswirkungen auf die Beitragssatzentwicklung in Form eines „Preisschildes“ genau dargelegt werden, um ein Bewusstsein hierfür zu schärfen.

Antrag K008: Transferrechtlicher Einkommensbegriff

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	K - Arbeit, Soziales und Teilhabe

Der Parteitag möge beschließen

Die Bürokratie zum Erhalt staatlicher Transferleistungen und/oder Zuschüsse für die Empfänger, die Arbeitgeber, die Vermieter und die Kommunen aber auch Berater, Helfer etc. hat sich in den letzten Jahr(zehnt)en exorbitant gesteigert. Hier besteht eine immense Möglichkeit der Vereinfachung, der Entlastung für alle Betroffenen, vor allem aber auch negative Gefühle der Menschen, denen geholfen werden soll, abzubauen. Somit besteht eine große Möglichkeit, die Akzeptanz des sozialen Rechtsstaats in vielen gesellschaftlichen Bereichen wieder deutlich zu erhöhen.

Die CDU Deutschlands spricht sich daher dafür aus, dass der Einkommensbegriff für den Empfang staatlicher Transferleistungen nicht mehr in (fast) jedem Gesetz einzeln – und damit individuell – geregelt wird, sondern zu einem einheitlichen transferrechtlichen Einkommensbegriff zusammengeführt wird.

Zur ersten Umsetzung dieser Zielsetzung spricht sich die CDU Deuschlands dafür aus, zu prüfen, ob ein einheitlicher Einkommensbegriff für die einzelnen Bücher des Sozialgesetzbuches festgelegt werden kann.

Antrag K009: Zuverdienstgrenze bei Hinterbliebenenrente erhöhen

Antragsteller/in:	KV Uelzen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	K - Arbeit, Soziales und Teilhabe

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, die Hinzuverdienstgrenze bei der Hinterbliebenenrente von 950,93 Euro im Westen und 937,73 Euro im Osten auf etwa 2.000 Euro im Monat zu erhöhen, um eine gerechte und verhältnismäßige Anpassung der Hinzuverdienstgrenzen von Hinterbliebenen zu Frührentnern (vorgezogene Altersrente) zu gewährleisten. Dazu ist Paragraph 97 Absatz 2 Satz 1 SGB VI dahingehend zu ändern, dass nur der Betrag angerechnet wird, der das 50-fache des aktuellen Rentenwerts übersteigt.

Begründung

Witwen und Witwer können sich derzeit zu ihrer Hinterbliebenenrente etwas dazuverdienen. Allerdings unterscheiden sich die Hinzuverdienstgrenzen von Hinterbliebenen zu Frührentnern dahingehend, dass die Hinzuverdienstgrenze bei der Hinterbliebenenrente das Arbeiten unattraktiv macht.

Übersteigen die Nettoeinkünfte einer Witwe bzw. eines Witwers den Freibetrag von 950,93 Euro im Westen oder 937,73 Euro im Osten im Monat, werden die übersteigenden Einnahmen zu 40 Prozent auf die Hinterbliebenenrente angerechnet. Für Frührentner einer vorgezogenen Altersrente entfällt seit dem 01. Januar 2023 die Hinzuverdienstgrenze gänzlich (von zuvor 46.060 Euro im Jahr). Frührentner können nunmehr eine ungekürzte Rente beziehen, unabhängig von der Höhe des erzielten Einkommens.

Insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels macht die derzeitige Hinzuverdienstgrenze
für Hinterbliebene das Arbeiten unattraktiv, obwohl wir jede Arbeitskraft brauchen! Gleichwohl gebührt Menschen im höheren Alter, ob Frührentner oder Hinterbliebener unser Dank, ihre Erfahrungen im Alter noch weitergeben und ein zusätzliches Einkommen erzielen zu wollen. Diesen Dank müssen wir auch finanziell zurückgeben können und fordern daher die Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze von Hinterbliebenen.

Antrag L001: Ausbildung von Imamen an staatlichen Universitäten

Antragsteller/in:	LV Sachsen-Anhalt
Empfehlung der AK:	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A094 des Leitantrags des Bundesvorstands (Grundsatzprogramm)
Sachgebiet:	L - Asyl, Flucht, Zuwanderung und Integration

Der Parteitag möge beschließen

Imame an deutschen Moscheen müssen ihre Ausbildung an staatlichen Universitäten erworben haben. Die versuchte Einflussnahme ausländischer Staaten auf die islamische Glaubenspraxis in Deutschland lehnen wir ab.

Begründung

In Deutschland leben derzeit etwa 5,5 Mio. Muslime. Viele Muslime sind sehr gut integriert und leben ihren Glauben in Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz. Jedoch gibt es nicht zu leugnende Probleme bei der Integration und Konflikte mit dem Grundgesetz, die teilweise auf religiöse Wertvorstellungen zurückzuführen sind. Die Imame und deren Predigten prägen die religiös-kulturellen Wertvorstellungen ihrer Gemeinden, werden jedoch oftmals im arabischen Ausland ausgebildet. Für eine erfolgreiche Integration ist es jedoch wichtig, dass der Islam in Deutschland eingebettet im

deutschen Grundgesetz und in Wechselwirkung mit der deutschen Kultur gelebt und nicht von religiösen und kulturellen Ansichten anderer Länder gelenkt wird. Für die Demokratisierung und kulturellen Unabhängigkeit der deutschen Muslime ist es daher wichtig, dass die Imame an deutschen Universitäten ausgebildet werden und der Einfluss ausländischer Muslime beim Errichten von Moscheen in Deutschland reduziert wird.

Antrag L002: Wehrfähige Ukrainische Männer zur Rückkehr ermuntern

Antragsteller/in:	KV Uelzen
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	L - Asyl, Flucht, Zuwanderung und Integration

Der Parteitag möge beschließen

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Ukrainische Regierung bei ihren Bestrebungen zu unterstützen, geflohene wehrfähige Männer ukrainischer Staatsangehörigkeit mit Aufenthalt in Deutschland zu einer alsbaldigen Rückkehr in die Ukraine zu motivieren. Dabei ist bei einer Weigerung eine Kürzung des Bürgergeldes vorzunehmen und es ist rechtlich zu prüfen, inwiefern Abschiebungen gesetzlich umsetzbar sind.

Der Kanzler Olaf Scholz hat sich in einer offenen Ansprache an diese Zielgruppe zu richten und sie zu bitten, für die Ukraine in den Kampf zu gehen.

Begründung

„Die Ukraine strebt eine weitere Mobilmachung an. Dabei sollen 500.000 Soldaten eingezogen werden. Das Problem: Immer mehr ukrainische Männer befinden sich im europäischen Ausland, obwohl sie eigentlich gar nicht das Land verlassen dürfen. Dies ist aus zweierlei Gründen zu kritisieren:
1. Ist die Ukraine auf diese Menschen angewiesen. Die Ukraine verteidigt unsere Freiheit und muss dabei über sämtlich mögliche Stärke verfügen. Wenn wir diesen Männern eine Heimat bieten, schwächen wir die Ukraine und Erhöhen die Möglichkeit einer Niederlage mit unabsehbar negativen Folgen für die deutsche Sicherheitslage.
2. Ist davon auszugehen, dass ein Großteil dieser Männer unter Bruch ukrainischer Gesetze nach Deutschland gekommen ist. Es ist schlichtweg unfair, wenn ältere, nicht gesunde Männer kämpfen müssen, weil sie gesetzestreu in der Ukraine verblieben sind und junge Männer, die das Gesetz gebrochen haben, dafür auch noch „belohnt“ werden.
Die Ukrainische Regierung hat ihre Partner explizit darum gebeten, sie bei der Rückholung junger Menschen zu unterstützen. Wir sollten dieser Bitte folgen. Für uns steht fest: Wir stehen hinter der Ukraine und möchten insbesondere ukrainischen Frauen und Kindern, aber auch wirklich schutzbedürftigen ukrainischen Männern Schutz und Unterkunft in Deutschland gewähren.

Antrag L003: Fluchtursachen Vorort bekämpfen

Antragsteller/in:	KV Ostalbkreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	L - Asyl, Flucht, Zuwanderung und Integration

Der Parteitag möge beschließen

1 Die CDU Deutschlands spricht sich für die Bekämpfung der Fluchtursachen Vorort
2 aus, um die Einreise nach Europa bzw. Deutschland erheblich zu verringern und
3 die oft lebensbedrohliche Reisegefahren für die Geflüchteten zu minimieren.

Begründung

Oft müssen Geflüchtete sich auf eine lange, höchst gefährliche Reise nach Europa machen und landen dann meistens in Deutschland, auf Grund des deutschen Sozialsystems, was bedauerlicherweise festgestellt werden muss. Allerdings ist die Last für die Kommunen (Ort ihres unmittelbaren Lebensraumes) leider nicht zu übersehen. Die Frage ist: Können wir alle aufnehmen und warten bis sie hier sind? Die Antwort lautet ganz eindeutig: NEIN! Der CDU Ansatz muss sein: Fluchtursachen Vorort bekämpfen durch die Etablierung von „Perspektiv-Partnerschaften/Allianzen“ mit Anrainerstaaten von Hauptfluchtländer und die Einrichtung von „Perspektivzentren“ in diesen Ländern, um Geflüchtete dort aufzufangen und ihnen Perspektiven z.B. durch Ausbildung zu bieten. Dies ist zumeist effektiver und letztlich günstiger.
Das **Beispiel des EU-Türkei-Abkommens** 2016 hat gezeigt, dass dieses Modell erfolgsversprechend ist. Für die Regionen im globalen Süden bietet sich dieser Ansatz nicht nur für die Sicherheit der Geflüchteten an, sondern ist zudem auch kostengünstig und effektiv mit konkreter Perspektive für die Geflüchteten sowie einer sinnvollen Unterstützung der Anrainerstaaten, die sowieso von der Fluchtbewegung belastet sind.
Beispiel Hauptfluchtländer und Anrainerstaaten als Perspektivallianzen mit Perspektivzentren
Stand Dezember 2022 gehören die Demokratische Republik Kongo, der Sudan, Somalia und die Zentralafrikanische Republik zu den zehn Länder, aus denen die meisten Flüchtlinge stammen. Hier bieten sich mehrere Länder für die Perspektivallianz an: Sambia, Malawi, Tansania, Äthiopien, Ägypten, Ruanda...

Antrag M001: Keine deutschen Steuergelder für antisemitischen Terror!

Antragsteller/in:	LV Hamburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion und CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
Sachgebiet:	M - Außenpolitik, Europa, Verteidigung und Entwicklung

Der Parteitag möge beschließen

Die Hamburger CDU fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die EVP-Fraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass

- Deutschland und die Europäische Union Zahlungen für Hilfsprojekte oder andere Zwecke an die Hamas sowie an alle von ihnen dominierte Strukturen im Gazastreifen einstellen;
- allen Vorwürfen, dass Mittel oder Aktivitäten des UNRWA für antiisraelische, antisemitische und/oder terroristische Zwecke missbraucht werden, von den UN, der EU und der Bundesregierung konsequent nachgegangen wird und die Mittelbereitstellung an das UNRWA sofort und dauerhaft eingestellt wird, soweit sich die Vorwürfe bestätigen;
- weiterhin im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Mittel für Hilfsprojekte und -organisationen im Westjordanland und im Gazastreifen bereitgestellt werden, soweit diese nicht mit der verbunden sind und zweifelsfrei nachgewiesen wird, dass diese Mittel nicht für antiisraelische, antisemitische und/oder terroristische Zwecke missbraucht werden;
- die Bundesrepublik Deutschland auf andere Staaten einwirkt, ebenso zu verfahren.

Im Übrigen unterstützt die CDU Hamburg die Beiträge deutscher Entwicklungszusammenarbeit im Nahen Osten, die dem Ziel dienen, zu einer Friedenslösung im Nahost-Konflikt beizutragen. Seit vielen Jahren engagieren sich die Vereinten Nationen, die Europäische Union und Deutschland auch in den Palästinensergebieten und leisten mit ihrer humanitären Arbeit wichtige Beiträge für die Sicherheit und Stabilität in der Region

Begründung

Sowohl Deutschland als auch die EU überweisen jedes Jahr dreistellige Millionenbeträge an das UNRWA bzw. an Hilfsprojekte in Gaza, wo die Terrororganisation Hamas regiert. Bedauerlicherweise wird dieses Geld jedoch häufig veruntreut und in antisemitische Propaganda, Terrortunnel und Raketen statt in Infrastruktur und hochwertige Bildung investiert.

Am besten ist dies am Beispiel palästinensischer Schulbücher, finanziert von der EU und damit indirekt von Deutschland, zu erkennen, in denen Verschwörungstheorien über Juden verbreitet werden. Außerdem wird darin zum Mord an Juden aufgerufen. Da für uns klar ist, dass Deutschland und die EU sich klar an die Seite Israels stellen müssen, sollten jegliche Gelder, die potenziell für die Finanzierung von Propaganda und Waffen, welche gegen Israel benutzt werden, gestrichen werden.

Die EU, Deutschland und deren internationale Partner sollten sich in diesen schwierigen Zeiten hinter Israel stellen und jegliche potenzielle Finanzierung von Propaganda und Waffen, die von Terroristen benutzt werden, unterbinden!

Antrag M002: Deutsch-Polnisches Jugendwerk

Antragsteller/in:	LV Sachsen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	M - Außenpolitik, Europa, Verteidigung und Entwicklung

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine gleiche Mittelausstattung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks und des Deutsch-Französischen Jugendwerks ein. In gegenseitigem Einvernehmen sollen beide Länder das Niveau der Finanzierung für das Deutsch-Polnische Jugendwerk entsprechend anheben.

Begründung

Mit dem Ziel das Weimarer Dreieck wiederzubeleben, betonen wir den Wunsch nach einer besonderen Zusammenarbeit von Deutschland, Frankreich und Polen. Diese Zusammenarbeit muss sich auch in der Gleichwertigkeit der Finanzierung des Deutsch-Französischen sowie des Deutsch-Polnischen Jugendwerks widerspiegeln, denn unsere Partner in Ost und West sind für gleichsam von Bedeutung. In der aktuellen Finanzierung der Jugendwerke ist es so, dass das deutsch-französische Jugendwerk mehr als doppelt so viel Förderung erhält wie das deutsch-polnische, wenngleich in ersterem auch der Hochschulaustausch formal mit enthalten ist. Im Vergleich zum Deutsch-Französischen Jugendwerk ist das Deutsch-Polnische Jugendwerk unterfinanziert. Diesen Mangel gilt es zu beheben.

Antrag M003: Erhöhung des Wehr-Etats als rote Linie für Koalition

Antragsteller/in:	KV Uelzen
Empfehlung der AK:	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	M - Außenpolitik, Europa, Verteidigung und Entwicklung

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU-Parteispitze wird aufgefordert, eine Erhöhung des Wehretats zur roten Linie für künftige Koalitionsgespräche zu machen. Dabei ist von einer Koalition Abstand zu nehmen, wenn sich der potentielle Partner nicht auf zumindest folgende Punkte einlässt:

1. Eine Erhöhung des Militärbudgets auf mindestens 3 % des Bruttoinlandproduktes.

2. Eine umfangreiche Reform des Beschaffungswesens.

3. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

4. Die Anschaffung mindestens 100.000 bewaffneter Drohnen.

5. Beitritt unter den französischen Atomschirm und finanzielle sowie logistische Unterstützung dieser nuklearen Teilhabe.

6. Enorme Ausweitung der Muntionsvorräte, sodass diese für mehrere Monate reichen und eine Kriegsproduktion schnell hochgefahren werden kann.

Begründung

Unsere Sicherheit ist wieder in Gefahr. Russland strebt nach Westen und wird nach einem etwaigen Sieg über die Ukraine vermutlich nicht vor einem Schlag gegen einen unserer Partner zurückschrecken. Zeigt die Bundesrepublik sich schwach, ist auch eine Aggression gegenüber Deutschland nicht ausgeschlossen. Besonders brenzlig wird dies für uns, wenn in den USA Donald Trump erneut Präsident wird. Dann müssen wir im Stande sein, unsere eigene Sicherheit militärisch garantieren zu können.

Antrag N001: Industrieland retten, Arbeitsplätze erhalten, Staatseinnahmen sichern

Antragsteller/in:	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Empfehlung der AK:	Überweisung an Bundesvorstand der CDU Deutschlands
Sachgebiet:	N - Klima, Energie und Umwelt

Der Parteitag möge beschließen

Die Industrie ist seit dem Zweiten Weltkrieg der Motor des Aufstiegs Deutschlands. Auto, Chemie, Maschinenbau, Stahl, Zement und viele weitere Branchen sind entscheidende Treiber für den Erfolg unserer Volkswirtschaft. Durch sie wurde Ludwig Erhards Vision vom „Wohlstand für alle“ möglich - anstatt Reichtum für Wenige. Mit den Steuern, die die deutschen Industrieunternehmen am Standort Deutschland zahlen, schaffen sie eine wichtige Basis für die öffentlichen Haushalte und die Finanzierung der Sozialversicherungen.

In den Krisen der zurückliegenden Jahrzehnte war die Industrie der starke Garant für Sicherheit, Wachstum und Wohlstand - ob Finanz- und Immobilienkrise oder Corona-Pandemie. Die Polykrisen unserer Zeit bedrohen den Industriestandort Deutschland aktuell wie nie zuvor. Seit mehreren Quartalen sinkt oder stagniert die Geschäftsentwicklung. Deutschland liegt beim Wirtschaftswachstum in Europa knapp über null Prozent auf einem hinteren Platz. Große und mittelständische Industriebetriebe in Deutschland haben Stellenabbau von mehr als 50.000 Arbeitsplätzen angekündigt.

Industriearbeitsplätze sichern gute Arbeit. In den Branchen der Industrie werden gute Löhne bezahlt, weil Arbeitgeber und Mitbestimmung in Verantwortung für Gegenwart und Zukunft agieren. Sie handeln in dem Bewusstsein, dass die

Fachkräfte der Industrie das Rückgrat unserer Volkswirtschaft sind – heute und morgen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der deutschen Industrie schaffen die Bedingungen für wettbewerbsfähige Produkte, da sie aufgrund ihrer innovativen Ideen trotz guter Löhne auf den Weltmärkten konkurrenzfähig platzieren.

Die Facharbeiter und Angestellten in der Industrie bilden als angestellter Mittelstand die „arbeitende Mitte“. Jeder Industriearbeitsplatz, der verloren geht, bedeutet eine Schrumpfung der Mittelschicht und damit eine Stärkung populistischer und demokratiefeindlicher Kräfte von Rechts und Links.

Um den qualifizierten Fachkräftebedarf der Industrie zu sichern, muss die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung endlich konsequent umgesetzt, Bildungschancen verbessert, Aus- und Weiterbildung gestärkt und die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren erhöht werden. Ebenso sollten die Chancen von Digitalisierung und Automatisierung konsequent genutzt und über die Qualifizierung von Quereinsteigern neue Fachkräftepotenziale erschlossen werden, auch durch qualifizierte Zuwanderung. Trotz der richtigen Intention des entsprechenden Gesetzes ist die Umsetzung in der Praxis noch zäh. Die Verfahrensdauer zur Erteilung eines Visums oder zur Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland dauert zu lang. Um als Einwanderungsland attraktiv zu sein, ist es unabdingbar, die Verfahren an die jetzigen Gegebenheiten anzupassen. Es gilt die Hürden zu beseitigen, die zugewanderten Arbeitskräften den Start bei uns schwer machen und Unternehmen die Einstellung neuer Arbeitskräfte erschweren.

Die Produkte der deutschen Industrie sichern nicht nur die Zukunft von Wachstum und Beschäftigung. Mit ihnen wird die nachhaltige Transformation unserer Gesellschaft erst möglich. Dazu bedarf es innovativer Produkte, ressourcenschonender Prozesse, einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft sowie moderner Anwendungen, die unsere Schöpfung schonen, um den nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen.

Die nächste EU-Kommission muss den „Green Deal“ um einen „Industrial Deal“ ergänzen. Ein solcher Aktionsplan muss Maßnahmen zur Beseitigung von inkohärenten Vorschriften, widersprüchlichen Zielen, unnötiger Komplexität in der Gesetzgebung und übermäßiger Berichterstattung enthalten. In einem ersten Rechtsakt müssen bestehende EU-Verordnungen korrigiert werden, die Wachstum hemmen, Entwicklung bremsen und Bürokratie aufbauen. Der Erste Vizepräsident der EU-Kommission soll künftig für die Umsetzung eines Europäischen Industriepakts verantwortlich zeichnen und die nahtlose Integration der Gesetzgebung und die Anpassung an die Agenda der nächsten EU-Kommission sicherstellen. (vgl. Antwerp Declaration von CEFIC)

Politik muss jetzt entschlossen und konkret handeln, um den Industriestandort Deutschland zukunftsfest zu machen. „Die Wirtschaft braucht ein gesundes Klima, braucht Einsatzfreude, Risikobereitschaft, Solidarität.“ (Ludwig Erhard) Die CDU legt dazu einen Fünf-Punkte-Plan „Industrieland retten, Arbeitsplätze

erhalten, Staatseinnahmen sichern“ vor:

Erstens: Industrielle Wertschöpfungsketten grundlegend sichern

Industrielle Grundstoffunternehmen benötigen weiterhin immens viel Energie, um erfolgreich produzieren zu können. Ihre Produkte schaffen die Basis für viele Wertschöpfungsketten, sie bilden den Versorgungsanker für unsere Volkswirtschaft. Es gilt, die industriellen Wertschöpfungsketten zu sichern. Entscheidend ist eine technologieoffene Industriepolitik um Fehlentwicklungen wie beim Verbrenner-Verbot zu vermeiden.

Energie- und Stromkosten müssen stabilisiert und bestmöglich gelenkt werden. Ein marktwirtschaftlicher Industriestrompreis muss Mittelstand und Großindustrie gleichermaßen entlasten. Die Stromsteuer muss frühzeitig bis spätestens Sommer 2025 gesetzlich verstetigt werden, um das europäische Niveau zu erreichen. Die stark steigenden Netzentgelte müssen wieder aus dem Bundeshaushalt mitfinanziert und gesenkt werden.

Um Deutschland insgesamt mit „grüner Energie“ zu versorgen, muss der Ausbau weiter erheblich beschleunigt und die Stromversorgung sichergestellt werden. Die CDU bekennt sich zum Ausbau Erneuerbarer Energien, stellt aber gleichzeitig fest: der Ausstieg aus bestehenden Energiepfaden ist vor dem gesicherten Einstieg in Erneuerbare nicht möglich. Oberstes Ziel muss frühzeitiges und belastbares Vertrauen in die Versorgungssicherheit sein, denn ohne Vertrauen gibt es keine neuen Investitionen. Die Industrie muss vorrangig Zugang zu grünem Strom erhalten, solange nicht genug grüne Energie für alle vorhanden ist. Für Unternehmen, die nachhaltig produzieren, muss der Strompreis so festgelegt werden, dass eine wettbewerbsfähige Herstellung dieser Produkte möglich ist.

Wir wollen den europäischen Binnenmarkt in der Energieerzeugung fortentwickeln, um marktwirtschaftliche Preisbildungen zu ermöglichen. Unser Ziel ist die europäische Energie Union.

Zweitens: Bürokratie wirksam abbauen

Unzählige Vorschriften, komplizierte Prozesse und unkoordiniertes Behördenhandeln bremsen unternehmerisches Handeln. Es gilt, neue Bürokratie zu stoppen und bestehende Abläufe weiter zu optimieren. Motto: So viel Regelung wie nötig, so wenig Bürokratie wie möglich. Der drohende Verlust unserer Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Fachkräftemangel der Behörden erzwingen ein Umdenken.

Der Gesetzgeber darf nicht weiter den potenziellen Einzelfall zum Maßstab neuer Verordnungen und Gesetze machen. Der Grundsatz „Mehr Vertrauen – weniger Misstrauen“ muss Maßstab des Handelns werden. EU-Gesetze dürfen maximal 1:1 in

nationales Recht umgesetzt werden; dem Bundestag muss regelmäßig in einem Monitoring dazu berichtet werden. Gleiches gilt für den Grundsatz „One in – one out“. Für jede neue Vorschrift muss eine bestehende gestrichen werden.

Neue Regelungen dürfen nur minimal belastend und maximal umsetzungseffizient sind. Mit der Einführung eines Praxischecks durch den Mittelstand (wie in den Niederlanden) wird die Handhabung neuer Vorschriften erleichtert.

Mit einer Generalrevision müssen bestehende Regelungen kritisch nach dem Grundsatz „Mehr Vertrauen – weniger Misstrauen“ durch eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages überprüft werden. Praxischeck und Vollzug auf Länderebene werden hierbei mit in den Blick genommen.

Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen sind nach den gleichen Maßstäben zu beschleunigen wie Verfahren für EE-Anlagen.

Behördlicher Verfahren müssen über den gesamten Prozess hinweg digitalisiert werden (ohne Geschäftsgeheimnisse zu beeinträchtigen); dazu gilt es, bundeseinheitlicher Tools unter Einbindung der Nutzer (Behörden und Unternehmen) zu entwickeln bei gleichzeitiger Gewährleistung einer hohen Datensicherheit .

Drittens: Transformation pragmatisch ermöglichen

Mit pragmatischen Stufenlösungen gelingt die Transformation von Volkswirtschaft und Industrie eher als mit radikalen Revolutionen. Hauruck-Politik überfordert die Unternehmen und die Gesellschaft – und begünstigt im schlimmsten Fall nur radikale politische Akteure.

Beim weiter zu beschleunigenden Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft darf nicht einzig und allein auf „grünen Wasserstoff“ gesetzt werden. Gerade während der Aufbau- und Ausbauphase kommt es auf Farbneutralität an.

Nutzung von CCS (CO2-Speicherung) muss überall dort in der Industrie ermöglicht werden, wo andere klimaneutrale Lösungen noch nicht vorhanden oder unwirtschaftlich sind.

Die neuen Instrumente des europäischen Strommarktdesigns wie Contracts for Difference (CCFD) und Garantien für Power Purchase Agreements (PPA) müssen so ausgestaltet werden, dass sie die Industrie beim sicheren Zugang zu grünem Strom zusätzlich unterstützen.

Solange tragfähige Geschäftsmodelle fehlen, gehen Bund und Länder in die Vorfinanzierung notwendiger Infrastruktur. Die Refinanzierung erfolgt vertraglich abgesichert (Infrastruktur-Zukunftsverträge) zu einer späteren Phase, wenn diese Geschäftsmodelle bestehen.

Öffentliches Finanzierungskapital kann mit einem „Clean Tech Deployment Fund“ zusätzlich ermöglicht werden, der es dem Staat erlaubt, das Risiko privater

Investitionen in saubere Technologien sowohl durch CAPEX- als auch OPEX-Förderung zu verringern. Gleichzeitig kann dadurch die Erhaltung und Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in Europa gewährleistet und ein wettbewerbsfähiges und nachhaltiges Steuerniveau in ganz Europa ermöglicht werden. (vgl. Antwerp Declaration)

Das Europäisches Beihilferecht muss angepasst werden, um Investitionen der Industrieunternehmen in neue Technologie mit hohem Risiko zu erleichtern und besser zu unterstützen.

Ein neuer Geist der Rechtssetzung auf europäischer Ebene ist notwendig. Um beste Lösungen entwickeln zu können, soll das Unternehmertum sich entfalten können. Die Gesetzgebung muss Anreize für Unternehmen schaffen, in saubere Technologien zu investieren. Auf die politischen Ziele des „Green Deal“ dürfen keine übermäßigen, detaillierten Durchführungsbestimmungen und redundante Berichtspflichten folgen. (vgl. Antwerp Declaration)

Viertens: Innovationspotentiale zielgenauer heben

Mit der Transformation zu klimaneutralen Prozessen und Rohstoffen betreten Unternehmen Neuland, das mit erheblichen technologischen und wirtschaftlichen Risiken verbunden ist und für das der aktuelle Rechtsrahmen nur bedingt passt. Ideologische Vorbehalte und Verbote (z.B. bei der Gen- und Biotechnologie) sind Wachstumshemmer. Sie grenzen deutsche Unternehmen vom internationalen Wettbewerb aus. Es bedarf weniger Ideologie und mehr Pragmatismus.

Mit einem bundeseinheitlichen Rahmenkonzepts für Reallabore muss die rechtsichere Erprobung neuer Technologien und neuer Konzepte ermöglicht werden, wie z.B. zirkulärer Kunststoffnutzung auf Basis neuer Recyclingtechnologien für unterschiedlichste Abfallarten.

Um echte innovative Durchbrüche zu erzielen, muss neben der Förderung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung als „3. Säule“ eine Förderung von Pilot- und Demonstrationsanlagen geschaffen werden. Durch sie können die technologischen und wirtschaftlichen Risiken beim Aufbau neuer innovativer Geschäftsfeldern gemindert werden.

Politische Rahmenbedingungen für nachhaltige und wirtschaftliche Rohstoffe müssen praxisnah entwickelt werden - gerade bei kritischen Rohstoffen (Lithium, Kobalt, Nickel etc.) ist eine glasklare Interessenartikulation zwischen Industrie und nationalem Interesse erforderlich.

Industrielle Biotechnologie als wichtiger Schlüssel für die nachhaltige Transformation der Wirtschaft muss gefördert werden. Veraltete regulatorische Einschränkungen müssen abgebaut werden, es braucht Zugang zu (biogenen) Rohstoffen, Handelshemmnisse

müssen beseitigt werden, Forschungs- und Innovationsvorhaben müssen unterstützt werden, Vorsorgeprinzip beibehalten, bei etwas mehr Fokussierung auf das Innovationsprinzip, um hier international Schritt halten zu können.

Den Innovationsstandortes Deutschland müssen wir insgesamt stärken durch verstärkte Einbindung und Beteiligung der Industrie an relevanten Forschungs- und Innovationsstrategien der Bundesregierung. Anwendungsorientierte Industrieforschung muss finanziell stärker gefördert werden, in dem die Fördersätze angehoben werden. Innovationspolitische Entscheidungen müssen deutlich stringenter und fokussierter werden, vor allem: schneller!

Zu einem starken Standort für Forschung und Wissenschaft gehört für uns als CDU ganz selbstverständlich eine starke berufliche Bildung. Duale Ausbildung ist einer der Schlüssel, um auch in Zukunft Fachkräfte zu sichern und zu entwickeln und den Standort Deutschland zu stärken.

Fünftens: Infrastruktur sinnvoll ertüchtigen

Der Erhalt und Ausbau aller Verkehrsträger ist entsprechend dem Sanierungsbedarf und dem Verkehrsaufkommen voranzutreiben. Dabei müssen alle Verkehrswege gleichberechtigt gefördert und intelligent miteinander verknüpft werden. Es braucht verlässliche Umsetzungspläne – und den rechtzeitigen Dialog und die Kommunikation mit den industriellen Nutzern auf Straße oder Schiene bei Großbaustellen durch die jeweiligen Maßnahmenträger.

Die schon jetzt dramatischen Kapazitätsengpässe im Schienennetz werden durch die anstehende Generalsanierung der hochausgelasteten Hauptstrecken noch zunehmen. Für den Güterverkehr müssen leistungsfähige Umleitungsstrecken eingerichtet, bei Streckensperrungen muss der Zugang zu Gleisanschlüssen sichergestellt werden.

Damit die Wasserstraßen als klimafreundlicher Verkehrsträger auch bei Niedrigwasser zuverlässig genutzt werden können, müssen bestehende Engstellen deutlich zügiger beseitigt werden als geplant. Dabei müssen – ebenso wie bei der Sanierung der Infrastruktur der Kanäle – alle Möglichkeiten zur Beschleunigung genutzt werden. Die Dauer von Planung und Genehmigung übersteigt die eigentliche Bauzeit oft um ein Vielfaches. Daher bedarf es weiterer Anstrengungen, um die Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. In den zuständigen Behörden müssen ausreichende Stellen geschaffen und besetzt werden.

Antrag N002: Volle Kraft für Kernkraft: Nutzen und erforschen, Energieangebot sichern, Klima schützen

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	N - Klima, Energie und Umwelt

Der Parteitag möge beschließen

1. Deutschland muss das Angebot an klimafreundlicher Energie konsequent nutzen. Dazu gehört an zentraler Stelle die Kernenergie. Für die

verbliebenen letzten drei sich noch nicht im Rückbau befindlichen AKW muss unmittelbar ein Rückbaumoratorium beschlossen und die Wiederinbetriebnahme vorbereitet werden.

2. Für diese letzten drei sich noch nicht im Rückbau befindlichen Kernkraftwerke (AKW Brokdorf, AKW Emsland, AKW Isar II) ist die Berechtigung zum weiteren Leistungsbetrieb zu erteilen und das Atomgesetz dementsprechend anzupassen und zu entfristen. Der Kernenergieausstieg darf nicht wirksam werden, bevor Deutschland flächendeckend wieder über ausreichend gesicherte Leistung und Stromtransportkapazitäten verfügt.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dem Bündnis der 22 Staaten anzuschließen, die sich auf der COP28 zu einer Erhöhung der Kernkraftnutzung verpflichtet haben.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, zudem die Forschung und Entwicklung für Kernreaktoren der nächsten Generation beschleunigen. Dazu gehört die Forschung an Dual-Fluid-Reaktoren sowie an „Small Modular Reactors“. Dass ein Demonstrationswerk für die Dual-Fluid-Technologie, die einen sicheren Betrieb und das „Verbrennen“ von Atommüll ermöglichen soll, in Ruanda gebaut wird, ist für einen Industrie- und Technologieland wie Deutschland nicht hinnehmbar. Deutschland muss wieder zum Forschungs- und Entwicklungscluster für jede Form der friedlichen Nutzung der Kernenergie werden mit der Perspektive auch der Planung und des Neubaus von Reaktoren der vierten Generation, die keine Endlagerung benötigen.
5. Wir wollen wieder führend bei der Kernfusion werden und die entstehende Fusionswirtschaft in Deutschland fördern. Das Ziel muss es sei, das erste Fusionskraftwerk weltweit in Deutschland zu bauen.
6. Die Nutzung der Kernenergie für die CO2-freie Herstellung von Wasserstoff ist zumindest vorübergehend notwendig, um einen Schub für den Energieträger Wasserstoff zu erreichen, der am Ende ausschließlich mithilfe von erneuerbaren Energien produziert werden soll.

Begründung

Auf der Weltklimakonferenz 2023 (COP28) hat sich eine internationale Staatenallianz für den Ausbau der Kernenergie gegründet. Diese verpflichtet sich und fordert, die installierte Leistung der Kernkraftwerke weltweit bis 2050 zu verdreifachen - gegenüber dem Stand von 2020. Zu den 22 unterzeichnenden Staaten zählen unter anderem die USA, Frankreich, Großbritannien, Japan, Polen, Finnland, die Niederlande, Schweden, Belgien und die Ukraine und damit einige der größten Volkswirtschaften der Welt. Diese Nationen bekennen sich dazu, dass die Nutzung der Kernenergie dem Klimaschutz dient, die Energieversorgung sichert und die Energiepreise durch ein größeres Energieangebot senkt.

Die Allianz spricht der Atomkraft eine Schlüsselrolle dabei zu, bis Mitte des Jahrhunderts Klimaneutralität zu erreichen und das 1,5-Grad-Ziel im Rahmen des Möglichen zu halten. Andere

Länder werden aufgerufen, sich anzuschließen und in den Ausbau von Atomkraft zu investieren.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich dieser Allianz nicht angeschlossen. Damit setzt die Bundesregierung den deutschen Sonderweg in der Energie- und Klimapolitik fort. Mit dieser Atom-Geisterfahrt stößt Deutschland bei Partnerländern auf Unverständnis und setzt die energiepolitische Solidarität innerhalb der EU aufs Spiel. Denn die Energieversorgungssicherheit Deutschlands ist aktuell gefährdeter denn je, die Abschaltung der letzten in Deutschland verbliebenen Kernkraftwerke hat zu einer verstärkten Abhängigkeit von Stromimporten aus dem europäischen Ausland geführt. Zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit mit günstigem CO2-armen Strom ist es notwendig, den Atomausstieg zu kippen und wieder verstärkt in die friedliche Nutzung der Kernkraft einzusteigen.

Antrag N003: Strommarkt für Wirtschaft und Verbraucher zukunftsfähig ausrichten

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	N - Klima, Energie und Umwelt

Der Parteitag möge beschließen

1. Stromtrassen und Übertragungsinfrastruktur sind entsprechend eines gemeinsam von Bundes- und Landesregierung(en) festzulegenden zeitlichen Masterplan zu errichten. Das derzeitige Tempo reicht nicht. Eine zeitliche Verbindlichkeit und somit Planbarkeit für die Energieversorgungsunternehmen müssen entstehen.

2. Die Ausweitung des Stromangebotes ist bei vorhandenen Stromtrassen und damit minimierten Abschaltzeiten in der Energieerzeugung der entscheidende Schlüssel für wettbewerbsfähigere Strompreise. Alle Energieträger sollen wettbewerbsoffen und ohne Subventionen genutzt werden können. Der Markt entscheidet:

   a. Genehmigungen für Stromerzeugungsanlagen sind nach einem standardisierten Antrags- und kurzem Genehmigungsverfahren zu erteilen. Die Verfahren sind heute weiterhin zu lang. Die kürzlich dazu getroffenen Beschlüsse sind in Ihrer Wirkung an dieser Forderung zu messen.

   b. Eine marktwirtschaftliche Preisbildung im Energiemarkt muss zukünftig oberster Grundsatz der energiepolitischen Vorgaben sein. Garantierte Mindeststrompreise widersprechen einer marktwirtschaftlichen Preisbildung und müssen daher entfallen. Dies gilt insbesondere auch für die erneuerbaren Kraftwerkskapazitäten. Somit können und sollen auch komplexe Vereinbarungen zur Abschöpfung von Gewinnen bei hohen Strompreisen

entfallen. Risiko und Chance liegen beim Investor. Bestehende Stromerzeugungsanlagen sollen nur abgeschaltet werden dürfen, wenn entsprechender Ersatz am Netz ist und die Systemstabilität nicht gefährdet wird.

c. Der Gesetzgeber erlaubt wieder den Betrieb bestehender und neuer Atomkraftwerke. Damit erübrigt sich auch die Diskussion, ob dieser Energieträger wettbewerbsfähig ist. Sind Atomkraftwerke nicht wettbewerbsfähig, wird kein privater Investor in einen solchen Energieträger investieren.

d. Tertiäre Förderverfahren wie das Fracking sind auch in Deutschland auf Basis international bewährter sicherer Verfahren zu erlauben. Auch hier erübrigt sich die Diskussion, ob dieser Energieträger wettbewerbsfähig ist. Ist er es nicht, erfolgt keine weitere Förderung.

3. Die CO2-Bepreisung ist entsprechend den von der CDU beschlossenen Konzepten konsequent bei allen Energieerzeugern durchzusetzen und auf alle Branchen auszuweiten.

4. Die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung der Sektoren Mobilität und Wärme sind den Bürgern und den Unternehmen sichtbar zurückzugeben. Ein Konzept für die genaue Erstattung ist durch Expertengremien zu erarbeiten. Dabei soll ein angemessener, für jeden Bürger sichtbarer Ausgleich für die Belastung durch die CO2- Abgabe erreicht werden. Auf diese Weise wird die CO2-Abgabe beim Bürger breite Akzeptanz finden. Jeder Bürger entscheidet, wofür er die Einkünfte aus dem Rückfluss der CO2-Abgabe verwendet. Neben der Belastung der privaten Verbraucher führt die CO2-Bepreisung der Sektoren Mobilität und Gebäude ebenso zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung der mittelständischen Wirtschaft. Auch hier gilt es wirksame Kompensationsmechanismen zu erarbeiten.

5. Die CDU bekennt sich zur marktwirtschaftlichen Preisbildung an den Energiemärkten. In Märkten mit identischen Waren bestimmt bei bekannter Nachfrage der Anbieter mit seinen Kosten für die zu diesem Preis nachgefragte letzte Einheit der Ware (Grenzkosten) den Marktpreis. Dieses „Gesetz der Ökonomie“ wird beim sogenannten Merit-Orderverfahren angewandt. Wo die Preisbildung nicht über die Börse erfolgt, ist das Merit-Order-Verfahren ein bewährtes System für eine marktwirtschaftlichen Preisbildung.

6. Die CDU begrüßt den jüngsten Beschluss der Bundesregierung, die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe auf das in der Europäischen

Union gesetzlich erlaubte Mindestniveau zu senken. Die CDU fordert diese Absenkung auf alle Unternehmen unabhängig von der Energieintensität sowie der Branche auszuweiten. Zielsetzung muss sein, mittelfristig den Strommarkt und die Wettbewerbsbedingungen für energieintensive Unternehmen so zu gestalten, dass auf jegliche Energiesubventionen verzichtet werden kann.

7. Deutschland wird die erforderlichen Anstrengungen unternehmen, international wieder einen Spitzenplatz in der Grundlagenforschung zur Kernfusion zu erlangen. Bund und Länder sollen dazu ihre Forschungsanstrengungen deutlich ausweiten und investieren die dazu notwendigen finanziellen Mittel.

8. Die Bundesregierung überlegt derzeit, zur Sicherung der Stromversorgung bei sogenannten „Dunkelflauten“ ohne Wind und Sonne Investitionen für (Gas)Kraftwerke durch Subventionen zu mobilisieren. Die CDU lehnt diese teuren interventionistischen Staatseingriffe ab und fordert ein marktwirtschaftliches Vorgehen im Rahmen bereits heutiger bestehender Strukturen von Anbietern und Netzagentur.

Begründung

Die verstärkte Abschaltung grundlastfähiger Kraftwerke, sowie der singulär vorangetriebene Ausbau der erneuerbaren Energien ohne den dazugehörigen Netzausbau haben die Strompreise in Deutschland nach oben getrieben. Das Angebot wird aufgrund des wachsenden Anteils erneuerbarer Energien volatiler, und die Nachfrage nach Strom wird aufgrund der klimapolitisch gewollten Reduzierung von fossilen Energieverbräuchen langfristig deutlich steigen. Auf den Strommarkt hat die deutsche Bundesregierung wesentlichen Einfluss. Der Strommarkt muss neu gedacht werden, sowie das Angebot konsequent ausgeweitet werden. Die deutsche Energiepolitik ist deshalb strukturell auf die veränderten Angebots- und Nachfragebedingungen anzupassen.

Antrag N004: Nachhaltige Energieversorgung durch Technologieoffenheit

Antragsteller/in:	LV Thueringen
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	N - Klima, Energie und Umwelt

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU bekennt sich:

1. zur Technologieoffenheit bei der Nutzung der Energieträger zur energetischen Versorgung unseres Landes, auch im Rahmen der Europäischen

Union, zur Erreichung der entsprechenden Klimaschutzziele.

2. zur Wiedernutzung der noch wiederanfahrbaren 6 Kernkraftwerke (KKW) zur Sicherung einer Grundversorgung, Entlastung der Netzstrukturen und Beschleunigung des Ausstiegs aus fossilen Energieträgern mit deutlich höherem CO2-Fußabdruck. Fakt ist, dass die vorgetragenen angeblichen Sicherheitsrisiken deutscher KKW ins Reich der Mythen gehören. Im Gegensatz zur Genehmigungspraxis anderer Staaten, bestand in Deutschland nicht nur die Pflicht der GAU-Beherrschung, sondern der GAU-Verhinderung.
3. zur Förderung der Forschung in neue Reaktor-Konzepte; subsumierend als Gen IV bezeichnet. Die Technik bietet gegenüber den in Deutschland bestehenden Reaktortypen folgende Vorteile:
    - Sie sind inhärent sicher (d.h. noch eine Sicherheitsstufe vor der Gau-Vermeidung)
    - Relativ kurze Bau- und Genehmigungszeiten als Folge der Modul- und Serienherstellung. Die Größen der Reaktoren und damit der Kraftwerke sind deutlich kleiner.
    - Nutzung der heute noch politisch als „Endlagerung-Abfall“ deklarierten Wertstoffe, unter anderem Uran 238 und Plutonium als Energielieferanten.
    - Erforschung des Dual Fluid Reaktorsystems als Brennstoff Brüter, welcher als deutsche Entwicklung mit Vorteilen über die Gen IV hinaus heute in Canada zur Serienreife entwickelt wird.
    - Signifikante Minimierung der Kernbrennstoff-Abfälle für eine Endlagerung (ca. 300a Halbwertszeiten).
    - Reduzierung und Transmutation wie beispielsweise von Actiniden mit hohen Halbwertzeiten.
4. zur Öffnung für die potenzielle Nutzung der Forschungsergebnisse für den Bau von Reaktoren der Gen IV nach sorgfältiger Prüfung der Erfüllung der zutreffenden Nachhaltigkeitskriterien bzw. der Klima-Wirtschaftlichkeit.

Begründung

Die CDU ist eine Partei, die sich zu den UN-Nachhaltigkeitszielen bekennt. Die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele stehen gleichberechtigt nebeneinander. Das 7. Ziel „Bezahlbare und saubere Energie“ muss somit gleichwertig mit dem 13. Ziel „Maßnahmen zum Klimaschutz“ und Zielen zur Sicherung des Wohlstands wie dem Bekenntnis zu einer „Menschenwürdigen Arbeit und Wirtschaftswachstum“ (Ziel 8) sowie sozialen Zielen wie „Keine Armut“ und „Kein Hunger“ erreicht werden.

Gleichzeitig hat sich die EU auferlegt, das Pariser Klimaabkommen der CO2-Neutralität bis 2050 (2045) zu erfüllen. Aufgrund dieser Zielsetzungen entsteht ein großer Druck, ein Gleichgewicht zwischen den Nachhaltigkeitszielen zu erreichen. Im Sinne der Förderung einer „Nachhaltigen Soziale

Marktwirtschaft“ ist es notwendig, zum Erreichen sowohl von Klimaschutzzielen wie auch dem Ziel des Ausbaus einer nachhaltigen Energieversorgung die Klima-Wirtschaftlichkeit aller Energieträger ohne ideologische Scheuklappen im Auge zu behalten.

Antrag N005: Schutz und Sicherung unseres Wassers, zügiger Aufbau und Ausbau von Infrastrukturen zur Verbesserung des Hochwasserschutz

Antragsteller/in:	KV Aschendorf/Huemmling
Empfehlung der AK:	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	N - Klima, Energie und Umwelt

Der Parteitag möge beschließen

"Wasser" den besonderen Schutzstatus verleihen - und als Lebenselixier der Gesamtbevölkerung zu sichern und durch folgende Maßnahmen zu schützen;

a) Erstellung eines nationalen Wassermanagementkonzeptes in Verbindung mit dem Aufbau regionaler Strukturen.

b) die Wassernutzung zu sensibilisieren und die Bevölkerung zur Sparsamkeit aufzurufen durch bundesweite Bildungs- und Aufklärungskampagnen

c) der Trinkwasser- Sicherheit den Vorrang einzuräumen

d) alle technischen Möglichkeiten für den Hochwasserschutz der Zukunft zu nutzen und schnellere Genehmigungsverfahren sicherzustellen

e) flächendeckende Lösungen zur Wasserspeicherung einzurichten

f) sparsame und einsatzorientierte Bewässerungsmethoden für die Landwirtschaft schaffen und fördern

g) Beschleunigung von rechtlichen Verfahren für den Erhalt und den Neubau von Querbauwerken, zum gezielten Wasserrückhalt

h) die Herstellung und Durchgängigkeit von Gewässern

i) die Beschleunigung des Verfahrens zur Umsetzung der Tidesteuerung des Emssperrwerkes

j) Mehrfachnutzung und Wideraufbereitung von Wasser technisch umsetzbar lösen. Dabei die Wasser-, Energie- und Stoffkreisläufe verbinden,

k) dem Deichschutz die höchste Priorität zum Schutz der Bevölkerung einräumen

Begründung

Wasser ist unser kostbarstes Gut! Aufgrund aktueller Klimaentwicklungen ist dieses zu schützende Gut in Gefahr. Der Klimawandel mit längeren Hitzeperioden sowie ausbleibende, oder zu umfangreiche Niederschlagmengen sorgen dafür, dass die Wassernachfrage und das Wasserangebot zu neuen Entwicklungen und erheblichen Auswirkungen führt.

Gerade in unserem flächenreichen Landkreis Emsland mit einer starken landwirtschaftlichen Nutzung, wird die Beregnungsbedürftigkeit für diese Flächen zunehmen. Diese steigende Nachfrage aber wird bei einem begrenzten Wasserangebot immer schwieriger im Einklang mit anderen Verbrauchern zu bringen sein.

Wir benötigen in der Fläche neue und verlässliche Infrastrukturen, die nicht nur Wasserabläufe und Regulierungen vorsehen, sondern gezielt auch Wasser speichern.

Die jetzt aktuell zurückliegenden Hochwasserproblematiken gerade im Emsland zeigen sehr deutlich, wie wichtig diese Aufgabe auch für unsere nachfolgenden Generationen ist. Auch die Bedeutung des Küsten- und Hochwasserschutzes muss stärker in den Fokus der Bewertung und Zukunftssicherung gelangen. Unsere Deiche müssen höher und stärker ausgebaut werden. Wir müssen den Deichbewuchs nicht mit Saatmischungen ökologischer Bewertung stärken, sondern der Durchwurzelungs- und Widerstandsfähigkeit der Saaten den Vorrang einräumen.

Antrag N006: Sicherstellung der Gasversorgung in den kommunalen Verteilnetzen bis mind. 2045

Antragsteller/in:	KV Coesfeld
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	N - Klima, Energie und Umwelt

Der Parteitag möge beschließen

Wir fordern im Sinne der Bürgerinnen und Bürger eine bis 2045 weiterhin hinreichende, leistungsstarke und flächendeckende Gasversorgung über die kommunalen Gasverteilnetze. Dieses ist zudem in der im Gesetz vorgesehenen kommunalen Wärmeplanung zu berücksichtigen.

Den Anforderungen der Gasversorger, der Wirtschaftsverbände, der Kommunen, Kreise und Länder, aber auch der Immobilieneigentümer ist dabei zu entsprechen.

Begründung

Auf der Basis des aktuellen Heizungsgesetzes und nach den weiteren Plänen des Bundeswirtschaftsministeriums könnten die vorhandenen kommunalen Gasverteilnetze bereits im Vorfeld des geplanten endgültigen Ausstiegs aus der Gasversorgung im Jahr 2045 zurückgebaut bzw. stillgelegt werden. Den Versorgungsunternehmen soll es nach aktuellen Plänen zudem erlaubt sein, neben einem Rückbau der Netze bereits im Vorfeld entsprechende Versorgungsverträge zu kündigen.

Aktuell gibt es in Deutschland rund 500.000 Km Gasverteilnetze, die rund 19 Millionen Wohnungen mit Gas versorgen.

Im Kern geht es darum Millionen von Haushalten eine weiterhin rechtssichere Versorgungsgarantie zu gewährleisten. Völlig unbenommen davon sind mögliche Versorgungsszenarien auf der Basis der Wasserstofftechnologie, der Kaltwärmetechnologie (u.a. Geothermie) und andere Energieträger. Neue

Energieträger / Versorgungsalternativen sollten im Rahmen von richtungsweisenden Pilotierungen entsprechend geprüft werden und könnten im Ergebnis als eine Blaupause für eine flächendeckende Versorgungsalternative in Betracht kommen.

Antrag N007: „Uelzener Erklärung zum Wolf“

Antragsteller/in:	KV Uelzen
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	N - Klima, Energie und Umwelt

Der Parteitag möge beschließen

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. die Europäische Kommission aufzufordern, den Schutzstatus der Tierart Wolf (canis lupus) auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland unverzüglich (und künftig jährlich) regional differenziert zu überprüfen mit dem Ziel festzustellen, dass der Wolf in der Bundesrepublik, jedenfalls aber in mehreren Bundesländern, wie z.B. Niedersachsen, keine gefährdete Art mehr ist und somit den strengen Schutz durch Listung im Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFHRichtlinie) nicht mehr benötigt, sondern bezogen auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, jedenfalls aber bezogen auf das Gebiet einiger Bundesländer, dem Anhang V der FFH-Richtlinie zugeordnet wird, und dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat eine entsprechende Änderung der FFH-Richtlinie vorzuschlagen.

2. unverzüglich nach einer Herausnahme des Wolfes aus der Liste der streng zu schützenden Tier- und Pflanzenarten von gemeinschaftlichem Interesse (Anhang IV der FFH-Richtlinie) die naturschutz- und jagdrechtlichen Bundesgesetze so zu ändern, dass a) eine regelhafte Bejagung des Wolfs auf Grundlage eines pro Landkreis festzusetzenden Abschussplans in den Monaten, in denen die Welpen nicht zwingend auf ihre laktierende Fähe angewiesen sind (Jagdzeit), b) in den übrigen Monaten des Jahres die Entnahme von sogenannten Problemwölfen und -rudeln zum Schutz insbesondere von Weidetieren oder Menschen durch die unteren Naturschutzbehörden zügig sowie praktikabel, insbesondere ohne großen Verwaltungsaufwand, ermöglicht wird.

Begründung

Wegen der erhöhten Wolfsdichte ist eine Akzeptanz der Tierart insbesondere im ländlichen Raum nicht mehr gegeben. So ist z.B. die ökologisch gewollte Weidetierhaltung in der Lüneburger Heide gefährdet. Übergriffe auf Weidetiere - trotz Einhaltens des Grundschutzes - belasten die Weidetierhalter extrem – wirtschaftlich wie emotional. Ein von einem Wolf verletzter Hund musste eingeschläfert werden. Die zahlreichen, auch ortsnahen Übergriffe und die häufig fehlende Scheu der Wölfe gegenüber Siedlungen und

Menschen beunruhigt immer größere Teile der Bevölkerung. Um dem zu begegnen, ist es erforderlich, den Wolfsbestand durch eine regelhafte Bejagung (Ziffer 2. lit. a) managen zu können, bis hin zu einer regionalen Absenkung der Bestände. Diese regelhafte Bejagung ist auch erforderlich, um dem Wolf eine Scheu vor dem Menschen zu vermitteln. Es geht ausdrücklich nicht darum, den Erhaltungszustand zu gefährden. Zudem muss (Ziffer 2. lit. b) im Hinblick auf Problemwölfe eine anwendungsfähige Regelung geschaffen werden. Die jetzigen Bestimmungen im Bundesnaturschutzgesetz mit ihrer sehr hohen Regelungsdichte sind praxisuntauglich.

Zwischenzeitlich prüfen viele Landkreise fortlaufend, ob die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Entnahme von Wölfen rechtlich möglich ist. Die gegenwärtige Rechtslage lässt eine Entnahme von Wölfen mittels Erteilung einer Ausnahmegenehmigung aufgrund der sehr strengen Voraussetzungen meist gar nicht zu, im Übrigen nur unter unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand, der im Einzelfall Monate in Anspruch nimmt.

Im Einzelnen: Grundlage für eine Ausnahmegenehmigung ist das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), das die FFH-Richtlinie der Europäischen Union umsetzt. Die FFH-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen) geht aktuell davon aus, dass die Tierart Wolf eine in ihrem Bestand gefährdete Art ist und stellt sie deshalb unter den strengen Schutz des Anhangs IV der FFH-Richtlinie. Daher sieht das BNatSchG eine Entnahmemöglichkeit nur im Ausnahmefall unter sehr engen Voraussetzungen vor. Die FFH-Richtlinie unterscheidet zwischen streng geschützten Arten (Anhang IV) und geschützten Arten (Anhang V). Die Tierart Wolf ist nicht in der gesamten EU eine streng geschützte Art, sondern für einige Landstriche in der EU gilt sie nur als geschützte Art und ist insoweit in Anhang V aufgeführt. Für Arten aus dem Anhang V ist gem. Artikel 14 der FFH-Richtlinie grundsätzlich eine Entnahme zulässig, wobei die Mitgliedsstaaten notwendige Maßnahmen zu treffen haben, damit die Entnahmen mit der Aufrechterhaltung des günstigen Erhaltungszustands dieser Art vereinbar sind. Wenn also in Abänderung der Anhänge IV und V der FFH-Richtlinie auf EU-Ebene festgestellt würde, dass die Tierart Wolf auf dem Gebiet einiger Bundesländer eine geschützte Art ist und im Anhang V erfasst wird, ist auf Bundesebene die Änderung des BNatSchG möglich, was den Weg zur kontrollierten Entnahme von Wölfen ohne Erfordernis einer Ausnahmegenehmigung eröffnen würde.

Der hiesige Antrag wurde als sogenannte „Uelzener Erklärung zum Wolf“ erstmals vom Kreistag des Landkreises Uelzen und danach von zahlreichen anderen Kreistagen und Institutionen beschlossen.

Antrag N008: Kommunale Wärmeleitplanung

Antragsteller/in:	KV Wittmund
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

Sachgebiet:	N - Klima, Energie und Umwelt

Der Parteitag möge beschließen

1 Der CDU Bundesparteitag fordert, dass die Kosten für die
2 kommunale Wärmeplanung zu 100 Prozent von Land und Bund
3 übernommen werden.

Begründung

Mittel von 11,7 Millionen Euro pro Jahr für die Erstellung von Klimaschutzkonzepten und die Wärmeplanung sind nur ein erster Schritt in Richtung der angestrebten Transformation und bei weitem nicht ausreichend, um die seitens des Bundes und auch des Landes Niedersachsen gesteckten Ziele im Hinblick auf eine Energiewende auch nur annähernd zu erreichen. Bei der augenblicklichen Situation haben die Kommunen den Großteil der Kosten zu tragen, ohne dafür originär zuständig zu sein.

Antrag N009: Kommunale Planungshoheit bei der Ansiedlung Erneuerbarer Energieträger

Antragsteller/in:	KV Wittmund
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	N - Klima, Energie und Umwelt

Der Parteitag möge beschließen

1 Der CDU Bundesparteitag spricht sich für eine Beibehaltung der
2 kommunalen Planungshoheit bei der Ansiedlung Erneuerbarer
3 Energieträger aus.

Begründung

Mittels einer überbordenden Gesetzgebung versuchen Land und Bund die erforderliche Energiewende voranzutreiben. Hierbei wird zunehmend über die Köpfe der Gemeinden und Landkreise hinweg entschieden, Beispiel Repoweringvorhaben. Dabei waren sie es in den vergangenen zwei Jahrzehnten, die ganz wesentlich den Ausbau gestaltet und vorangetrieben haben. Im Übrigen sind sie am nächsten am Bürger. Eine jüngst in der Samtgemeinde Esens durchgeführte Befragung hat ergeben, dass es vor Ort eine überwiegende Zustimmung gibt. Wichtig sei, Bürger frühzeitig bei Planung, aber auch beim Betrieb zu beteiligen

Antrag N010: Nachhaltige Energieversorgung durch

Technologieoffenheit

Antragsteller/in:	KV Wartburgkreis
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	N - Klima, Energie und Umwelt

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU ist eine Partei, die sich zu den UN-Nachhaltigkeitszielen bekennt. Die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele stehen gleichberechtigt nebeneinander. Das 7. Ziel „Bezahlbare und sauber Energie“ muss somit gleichwertig mit dem 13. Ziel „Maßnahmen zum Klimaschutz“ und Zielen zur Sicherung des Wohlstands wie dem Bekenntnis zu einer „Menschenwürdigen Arbeit und Wirtschaftswachstum“ (Ziel 8) sowie sozialen Zielen wie „Keine Armut“ und „Kein Hunger“ erreicht werden.

Gleichzeitig hat sich die EU auferlegt, das Pariser Klimaabkommen der CO2-Neutralität bis 2050 (2045) zu erfüllen. Aufgrund dieser Zielsetzungen entsteht ein großer Druck, ein Gleichgewicht zwischen den Nachhaltigkeitszielen zu erreichen. Im Sinne der Förderung einer „Nachhaltigen Soziale Marktwirtschaft“ ist es notwendig, zum Erreichen sowohl von Klimaschutzzielen wie auch dem Ziel des Ausbaus einer nachhaltigen Energieversorgung die Klima-Wirtschaftlichkeit aller Energieträger ohne ideologische Scheuklappen im Auge zu behalten.

Daher bekennt sich die CDU:

1. zur Technologieoffenheit bei der Nutzung der Energieträger zur energetischen Versorgung unseres Landes, auch im Rahmen der Europäischen Union, zur Erreichung der entsprechenden Klimaschutzziele.
2. zur Wiedernutzung der noch wiederanfahrbaren 6 Kernkraftwerke (KKW) zur Sicherung einer Grundversorgung, Entlastung der Netzstrukturen und Beschleunigung des Ausstiegs aus fossilen Energieträgern mit deutlich höherem CO2-Fußabdruck. Fakt ist, dass die vorgetragenen angeblichen Sicherheitsrisiken deutscher KKW ins Reich der Mythen gehören. Im Gegensatz zur Genehmigungspraxis anderer Staaten, bestand in Deutschland nicht nur die Pflicht der GAU-Beherrschung, sondern der GAU-Verhinderung.
3. zur Förderung der Forschung in neue in Reaktor-Konzepte; subsumierend als Gen IV bezeichnet. Die Technik bietet gegenüber den in Deutschland bestehenden Reaktortypen folgende Vorteile:

- sie sind inhärent sicher (d.h. noch eine Sicherheitsstufe vor der Gau-Vermeidung)
- Relativ kurze Bau- und Genehmigungszeiten als Folge der Modul- und Serienherstellung. Die Größen der Reaktoren und damit der Kraftwerke sind deutlich kleiner.
- Nutzung der heute noch politisch als Endlagerung-Abfall deklarierten

Wertstoffe, unter anderem Uran 238 und Plutonium als Energielieferanten.

- Erforschung des Dual Fluid Reaktorsystems als Brennstoff Brüter, welcher als deutsche Entwicklung mit Vorteilen über die Gen IV hinaus heute in Canada zur Serienreife entwickelt wird.
- Signifikante Minimierung der Kernbrennstoff-Abfälle für eine Endlagerung (ca. 300a Halbwertszeiten).
- Reduzierung und Transmutation wie beispielsweise von Actiniden mit hohen Halbwertzeiten.

4. Öffnung für die potenzielle Nutzung der Forschungsergebnisse für den Bau von Reaktoren der Gen IV nach sorgfältiger Prüfung der Erfüllung der zutreffenden Nachhaltigkeitskriterien bzw. der Klima-Wirtschaftlichkeit.

Antrag N011: Agrardiesel

Antragsteller/in:	KV Ravensburg
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	N - Klima, Energie und Umwelt

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands wird die Forderung einer sofortigen Wiedereinführung der Agrardieselrückersstattung auf dem Niveau des Jahres 2023 in ihr Bundestagswahlprogramm aufnehmen.

Begründung

Begründung: Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft im europäischen Umfeld zu erhalten ist die Fortführung der bisherigen Agrardieselrückerstattung von großer Bedeutung, da es in fast allen EU-Ländern eine derartige Unterstützung gibt.

Antrag P001: Mindestlohn für Saisonkräfte in der Landwirtschaft

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	P - Ernährung und Landwirtschaft, Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass für Saisonkräfte in der

2 Landwirtschaft vom Mindestlohn abgewichen werden kann.

Begründung

Der Mindestlohn wurde in Deutschland im Jahr 2015 eingeführt und beträgt zur Zeit 12,41 Euro. Mit dem Mindestlohn soll ein Mindestlebensstandard ermöglicht werden. Das Ziel ist richtig: man muss mit seiner Vollzeitbeschäftigung auch sein Leben auskömmlich gestalten können.
Saisonkräfte in der Landwirtschaft sind jedoch in einer doppelten Ausnahmesituation:

Erstens helfen diese Kräfte nur in Spitzenzeiten, während der Ernte, und üben keine Vollerwerbstätigkeit aus.

Und zweitens kommen die Saison Kräfte aus dem Ausland, wo ein Stundenlohn unter dem Mindestlohn auch noch deutlich über den dortigen Standards liegt. Bei niedrigeren Löhnen können sogar mehr Saisonkräfte davon profitieren.
Weiter sind auch die landwirtschaftlichen Betriebe in einer Sondersituation:
Trotz des Mindestlohnes können nicht ausreichend Arbeitskräfte aus dem Inland gefunden werden. Die Landwirtschaft ist auf ausländische Saisonkräfte (ca. 275.000 für 1-3 Monate für idR einfachere Tätigkeiten) zur Produktion angewiesen. Wie kein anderer Sektor brauchen die Betriebe kurzzeitige zusätzliche Unterstützung in der Erntezeit. Diese Tätigkeiten sind also keine „Vollzeitstellen“, die einen Lebensstandard voll finanzieren müssen.

Der Agrarsektor ist wie kein zweiter internationalem Wettbewerb ausgesetzt. Aus aller Welt kommen Lebensmittel nach Deutschland, die mit heimischen Produktionsstandards nicht vergleichbar sind. Für Baumobst wie Äpfel, Zwetschgen sind beispielsweise etwa 400 Arbeitsstunden (entspricht rd 5000€) pro Hektar Anbaufläche pro Jahr erforderlich; bei Himbeeren sind es ca. 5000 Stunden (also rd 62.000€). Die Lohnkosten sind in anderen Ländern erheblich geringer, so beispielsweise in Chile bei 2,50 €, Griechenland 4,54 € und Polen 6,10 €. Damit sind die Lohnkosten lediglich 1/5 bis 1/2 so hoch.

Der Mindestlohn schwächt die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Betriebe und damit unsere Versorgungssicherheit i Deutschland. Nur weniger als 30% der Lebensmittel werden noch im Inland produziert. In der Folge sterben Betriebe und die inländische Nahrungsmittelproduktion mit hohen Sozialstandards sowie Standards für Umwelt, Natur- und Artenschutz nimmt ab.
Den Saisonkräften könnte bei Abweichungen vom Mindestlohn auch durch Tarifvereinbarungen ein gutes Einkommen gewährleistet werden.
Bitte stimmen Sie dem Antrag zu:
- weil wir weiterhin hochqualitative, feine, heimische und lokale Lebensmittel wollen.
- weil Saisonkräfte nur für die Erntezeit in Ausnahmesituationen mithelfen und ein Tariflohn einen guten Lebensstandard im Herkunftsland sichert.
- weil wir eine international wettbewerbsfähige Landwirtschaft wollen, die mit den hohen Standards zum Umwelt- und Artenschutz sowie zu fairen Löhnen beitragen.
- weil wir Versorgungssicherheit brauchen.

Antrag P002: Änderung des Grundgesetzes / Art. 20a, mit der Festlegung des Staatszieles, die Sicherung der Ernährung in Deutschland verbindlich zu gewährleisten.

Antragsteller/in:	KV Aschendorf/Huemmling
Empfehlung der AK:	Erledigt durch A167 des Leitantrags des Bundesvorstands
Sachgebiet:	P - Ernährung und Landwirtschaft, Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Der Parteitag möge beschließen

Das Grundgesetz §20a zu ändern und eine Festlegung des Staatszieles aufzunehmen, dass die Sicherstellung der Ernährung in Deutschland verbindlich gewährleistet.

Begründung

Aus der Mitteilung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung unter den rechtlichen Grundlagen der Ernährungssicherheit und Vorsorge heißt es dazu wie folgt:

"Deutschland ist als Mitglied der Europäischen Union und des Nordatlantikpakts in internationale Verträge eingebunden. Diese Verträge beinhalten aber keine verbindlichen Regelungen über Hilfeleistungen für den Fall von Krisen in der Lebensmittelversorgung. Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung in Krisenfällen liegen in Deutschland - wie auch bei allen anderen Mitgliedsstaaten der genannten Verträge - allein in nationaler Verantwortung und Zuständigkeit".

Aus Sicht des CDU-Kreisverbandes Aschendorf- Hümmling muss die Sicherstellung der Ernährung in Deutschland verbindlich gewährleistet sein.

Antrag Q001: KI in der Hochschulbildung – Anpassung der Hochschulbildung an den digitalen Wandel und die technologischen Entwicklungen und KI als Tool der Bildung

Antragsteller/in:	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	Q - Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation

Der Parteitag möge beschließen

1. MOOCs: Von der Eroberungsphase zur Integration in die traditionelle Hochschulbildung

Massive Open Online Courses („MOOCs“) sollten kein Bildungsphänomen bleiben, sondern sich zunächst durch Pilotprojekte an den Hochschulen etablieren und in die traditionelle Bildung integriert werden, um jedem Zugang zur Hochschulbildung zu ermöglichen.

2. Digitalisierung der Hochschulbildung: Ausbau von Open Online Courses und Anerkennung von MOOC-Zertifikaten

Es ist erforderlich, dass digitale Universitäten und Open Online Courses

ausgebaut werden, für jeden mit einer Hochschulberechtigung, als eine Art öffentliches Gut zugänglich sind und MOOC-Zertifikate als offizielle Abschlüsse anerkannt werden.

3. Optimierung der Lehre durch künstliche Intelligenz: Richtlinien für verantwortungsvollen Einsatz an Universitäten

Eine methodische Bereicherung der Lehre durch künstliche Intelligenz wird nur ermöglicht durch eine aktive KI-basierte Anwendung in geeigneten Fächern und Lehrveranstaltungen. KI sollte nicht nur Studenten, sondern auch Dozenten als Werkzeug zur Verfügung stehen und eigenverantwortlich, kritisch und reflektiert verwendet werden können, weshalb breitere Fortbildungsmaßnahmen an allen Universitäten gefordert werden. Dennoch müssen Studenten an den Hochschulen über die Funktionsweisen und Risiken aufgeklärt und belehrt werden. Es bedarf Mindeststandards durch Beschlüsse und rechtliche Grundlagen.

4. Stärkung der KI-Kompetenzen in Bildung und Forschung: Forderung nach gezielten Schulungsformaten

Es wird gefordert, dass Schulungsformate eingeführt werden, um die Integration von KI-basierten Anwendungen in wissenschaftliche Arbeiten, Forschung, Studium und Lehre zu erleichtern. Diese Schulungen sollen sowohl die Möglichkeit als auch die Auswirkungen von KI-Anwendungen auf die jeweilige Zielgruppe vermitteln. Insbesondere sollen gezielte Angebote für Studenten und Doktoranden geschaffen werden, um ihnen die vorteilhafte Nutzung von KI-Anwendungen sowie einen kritischen Umgang damit beizubringen. Dozenten sollen Weiterbildungsangebote erhalten, um den Einsatz dieser Technologie zu verstehen und entsprechende Anpassungen vorzunehmen. Es wird betont, dass die Lehrfreiheit gewahrt bleiben muss. Diese Schu-lungsformate sollen an jeder Hochschule in einem Digital Learning Center gebündelt werden.

5. Effektive Förderpolitik für KI-basierte Innovationen: Notwendigkeit gezielter Finanzierung und Weiterbildung

Eine zielgerichtete finanzielle Ausstattung von Forschungsprojekten und Unternehmen durch die deutsche Förderpolitik in Bezug auf KI-basierte Anwendungen sind unabdingbar, um Weiterbildungsmaßnahmen und Austauschprogramme für Dozenten zu schaffen und eine effektive Integration in das Hochschulsystem zu gewährleisten, weshalb 10% des Bildungsetats in KI-Forschung und Unternehmensförderung investiert werden sollen.

6. Zukunft der Hausarbeit: Erfordernis einer Neuausrichtung und Standardisierung

Die Hausarbeit in ihrer aktuellen Form steht vor dem Ende, ein Verbot von KI-Tools ist weder realisierbar noch zukunftsfähig. Es bedarf einer Standardisierung neuer Prüfungsformen durch Beschlüsse der KMK und einer bundesweiten Prüfung rechtlicher Grundlage für die Etablierung neuer Prüfungsformen.

Begründung

Künstliche Intelligenz (KI) gilt als Schlüsseltechnologie und wird bereits in verschiedenen Bereichen eingesetzt. Auch in der deutschen Wirtschaft findet KI immer mehr Anwendung und wird in Zukunft immer wichtiger. So auch in der Hochschulbildung, denn seit der Veröffentlichung der OpenAI mit dem Namen Chat GPT, im November 2022, gerät das Thema immer wieder in den Diskurs.

Die Grundlage solcher KI-basierten Anwendungen basieren in der Regel auf maschinellem Lernen. Dabei werden einem Algorithmus Trainingsdaten präsentiert, die verschiedene Lösungsstrategien für Probleme enthalten. Mit zunehmender Menge an Trainingsdaten erlernt der Algorithmus bekannte Probleme zu lösen und kann auch neue Probleme eigenständig durch Analyse und Bewertung von Datensätzen angehen. Die eingegebenen Daten werden selbstständig interpretiert, um Aufgaben zu lösen, wobei die algorithmischen Strategien oft schwer, manchmal sogar unmöglich nachzuvollziehen sind (Blackbox).

Durch die neueste Version des Chatbots (GPT-4), ist es Nutzern möglich, dass komplexe Eingaben besser verstanden und verarbeitet werden können. Es bietet außerdem die Möglichkeit, auf 26 Sprachen zu kommunizieren, was dazu führt, dass Fragen auf Deutsch besser beantwortet werden.

Ein weiteres Tool, welches Einfluss auf das wissenschaftliche Arbeiten an Hochschulen haben kann, ist die GoThesis KI. Hier können sich Studenten Themen für ihre Bachelor- oder Masterarbeit erstellen und sich ganze Inhaltsverzeichnisse generieren lassen. Auch mögliche Forschungsfragen und ein Exposé können durch diese künstliche Intelligenz verfasst werden.

Die technologische Entwicklung in Zeiten von künstlicher Intelligenz und automatisierenden Algorithmen stellt die Hochschulen und das Bildungssystem vor neue Herausforderungen und bietet gleichzeitig zahlreiche Chancen und Möglichkeiten, das Bildungsangebot effizienter zu gestalten und auszubauen. Bei der Digitalisierung ist Deutschland ins Hintertreffen geraten. Das darf sich bei der KI-Revolution nicht wiederholen; stattdessen müssen wir auf-holen und in enger Kooperation mit Forschung und Unternehmen mutig das Morgen der Bildung durch KI denken.

So auch durch die Nutzung interaktiver Online-Kurse, sogenannter MOOCs („Massive Open Online Courses“), welche einem internationalen Publikum Zugang zu Bildung auf höchstem Niveau ermöglichen. Digitale Lernwelten sind gleichermaßen geeignet für Berufseinsteiger, Studenten und Führungspersonen und bieten zahlreiche Vorteile, wie ein selbst-bestimmtes, flexibles Lernen, einen einfachen und schnellen Online-Zugang, eine enorme Themenvielfalt und eine didaktische Aufbereitung. Damit dies gewährleistet werden kann, bedarf es einem Ausbau der digitalen Universitäten und Lehrprogrammen, sowie einer Anerkennung der Abschlüsse und MOOC-Zertifikate.

Künstliche Intelligenz sollte als Tool in der Lehre genutzt werden, so können Studenten KI generierte Ergebnisse auf ihre Richtigkeit überprüfen oder eigene Argumente mit solchen vergleichen die durch KI-Anwendungen gefunden wurden. Es wird auf die Eigenverantwortlichkeit gesetzt und kann den Studenten in Form von Learning Analytics , KI-gestützter Assistenzsysteme und Chatbot-basierten Assistenten im Studium und beim wissenschaftlichen Arbeiten unterstützen.

Auch seitens der Dozenten sind Weiterbildungsmöglichkeiten für einen sinnvollen Umgang mit KI-basierten Anwendungen essenziell. Es muss für Austauschmöglichkeiten im Fachzusammenhang

gesorgt werden, welche durch best-practice-Beispiele vorgestellt und diskutiert werden könnten. Die Ansatzstelle der Förderpolitik liegt dabei im Ausbau der finanziellen Ausstattung der Forschungsprojekte und -Unternehmen in diesem Entwicklungsbereich.

Ein Verbot der KI-Tools im Studium und in der Lehre erscheint laut des Vizepräsidenten für Studium und Lehre und Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, Sven Chojnacki, als nicht umsetzbar und sei nicht zukunftsfähig. Vielmehr sei ein potenzialorientierter Ansatz nötig, um die aktuellen Entwicklungen kritisch begleiten und bildungs-sensibel mitgestalten zu können. Weiterführend müsse die erprobende Nutzung besagter Tools, in der Hochschulbildung umfassend reflektiert werden und unter den Gesichtspunkten der didaktischen, rechtlichen, ethischen und gesellschaftlichen Dimensionen einhergehen, so Chojnacki.

Die Abschaffung der Hausarbeit in ihrer aktuellen Form, könnte ersetzt werden durch Änderungen der Themenstellungen unter Berücksichtigung, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass Studenten künstliche Intelligenzen nutzen. Hierfür könnten in der Aufgabenstellung bereits KI-generierten Text verwenden, dessen Ergebnisse kritisiert, angepasst und weiterentwickelt werden sollen, oder der Prozess des Ergebnis-Findens und die Verwendung moderner Methoden und Technologien neben dem Arbeitsergebnis schriftlich niedergelegt werden und in Bewertung mit einfließen lassen. In der Rahmstudien- und Prüfungsordnung sollte eine Rechtsgrundlage für stichprobenartige mündliche Prüfungen geschaffen werden, um die Eigenständigkeit zu prüfen. Unbeschadet sollte weiterhin das Recht der Prüfenden sein, die Hilfsmittel so zu beschränken, dass KI-basierte Anwendungen eingeschränkt oder ausgeschlossen werden können. Hierfür braucht es die in den Forderungen erwähnten standardisierten Beschlüsse, rechtlichen Grundlagen und neuen Prüfungsformen.

Durch die genannten Maßnahmen und Forderungen kann das Bildungssystem effizienter gestaltet werden. Es wird dafür plädiert, künstliche Intelligenzen als Lerninstrumente einzusetzen, wobei sowohl Studenten als auch Dozenten entsprechende Weiterbildungen benötigen. Es wird ein zukunftsorientierter Ansatz für Studium und Lehre befürwortet, während die vorgeschlagenen Änderungen von Hausarbeiten darauf abzielen, KI innovativ mit einzubeziehen. Es ist zu betonen, dass die Nutzung der KI-Tools und der Hochschulbildung sorgfältig reflektiert und mitgestaltet werden sollte und es hierbei einer Förderung bedarf.

Antrag Q002: Forschungsstandort Deutschland stärken

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	Q - Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU fordert folgende Impulse zur Stärkung des Forschungsstandorts Deutschlands:

- Vereinfachung der Vertragsgestaltung zwischen medizinischen und universitären Einrichtungen sowie Studiensponsoren über gesetzlich

verpflichtende Musterverträge bzw. Musterklauseln

- Entbürokratisierung der Beratungs- und Genehmigungsverfahren von klinischen Prüfungen, u.a. durch
    - Bundesweite Harmonisierung der Anforderungen der Ethikkommissionen
    - Bundesweite Harmonisierung der Datenschutzrichtlinien
    - Sicherstellung des systematischen Zugangs zu Daten für die gesamte Forschung
- Stärkung bzw. Etablierung von Test- und Translationszentren an und für Universitätskliniken zur organisatorischen Begleitung von klinischen Studien und zur Überführung von Forschungsprojekten aus der klinischen Forschung in die industrielle Produktentwicklung
- Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz und der öffentlichen Wahrnehmung des Patientennutzens klinischer Forschung durch Aufklärungsarbeit
- Aufbau zentraler Studienregister unter Nutzung der Chancen der Digitalisierung und Etablierung von Standards für den Datenaustausch sowie Gewährleistung des Datenzugangs für industrielle Forschung am Forschungsdatenzentrum (FDZ)

Begründung

Die Anzahl der klinischen Studien in Deutschland in den letzten Jahren deutlich rückläufig. Lange Zeit war Deutschland Nummer eins in Europa. Nun führen Länder wie China, Frankreich, Spanien, Großbritannien und Kanada deutlich mehr Studien durch.

Deutschland kann nur eine starke Wirtschafts- und Industrienation sowie ein starker Pharmastandort bleiben, wenn es auch ein starker Forschungsstandort ist. Der Abbau bürokratischer Hürden ist dafür unumgänglich.

Antrag Q003: Für eine Weiterentwicklung des DigitalPakts Schule

Antragsteller/in:	LV Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	Q - Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine inhaltlich wie strukturelle Weiterentwicklung des Digitalpakts Schule in Form eines Digitalpakts 2 ein. Große Investitionen von Bund und Ländern in digitale Bildung dürfen nicht ins Leere laufen, wenn der erste Digitalpakt in diesem Jahr endet. Hier soll neben digitaler Infrastruktur an Schulen fortan der Fokus auf digitale Lehr- und

Lernprogramme, die Qualifizierung von Lehrkräften und Schulleitungen sowie der Entwicklung verbindlicher, pragmatischer Datenschutzstandards liegen. Dabei sollen insbesondere die kommunale Spitzenverbände einbezogen werden.

Begründung

In einer Lebens- und Arbeitswelt, in der innovative Technologien, digitale Vernetzung und die Nutzung von Daten eine immer größere Rolle spielen, sind neue Kompetenzen für ein selbstbestimmtes Leben erforderlich. Das deutsche Bildungssystem muss mit diesen Entwicklungen Schritt halten. Heutige und künftige Generationen müssen zu mündigen Bürgern ausgebildet werden. Zum einen müssen die erforderlichen Kompetenzen an Kinder und Jugendliche vermittelt und zum anderen moderne, digitale Technologien an Schulen und Berufsschulen pädagogisch sinnvoll eingesetzt werden.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat mit dem DigitalPakt Schule eine wichtige Anschubfinanzierung geleistet, um die digitale Ausstattung an Schulen auf- und auszubauen. In der Folge konnten die Digitalkompetenzen von Schulleitungen, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern maßgeblich gestärkt werden. Das Bund-Länder-Programm läuft am 16. Mai 2024 aus. Das FDP-geführte Bundesbildungsministerium bekennt sich bisher nicht klar zu einem Digitalpakt 2.0. Schulen und Kommunen brauchen dringend Planungssicherheit. Der aktuell bestehenden Gefahr, dass Verträge mit IT-Fachkräften gekündigt werden, und mühevoll aufgebaute Strukturen abgebaut werden, muss schnell Einhalt geboten werden.

Antrag Q004: Deutsch-Polnische Wissenschaftszusammenarbeit

Antragsteller/in:	LV Sachsen
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	Q - Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands setzt sich für die deutliche Stärkung der grenzüberschreitenden Kooperation zwischen Deutschland und Polen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung ein. Bestehende bilaterale Forschungskooperationen sollen langfristige Perspektiven erhalten. Sie sollen weiter als zentraler Knotenpunkt für die deutsch-polnische Wissenschaftszusammenarbeit dienen.

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass die grenzüberschreitende Kooperation und die Fördermaßnahmen der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung (DPWS), welche den Austausch deutscher und polnischer Wissenschaftler aus den Geistes-, Sozial-, Kultur-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften ermöglicht, auf die Disziplinen der Naturwissenschaften und der Medizin ausgeweitet wird. Dies soll helfen, neue

Kooperationen in den Zukunftsfeldern zu fördern und zu initiieren.

Begründung

Polen ist der fünftgrößte Handelspartner Deutschlands. Das deutsch-polnische Handelsvolumen lag 2022 bei knapp 170 Milliarden Euro. Vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklungen im Bereich der Energiewende, der Elektromobilität und der Digitalisierung dürfte die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen zukünftig weiter zunehmen. Daher ist ein mitteleuropäischer Brückenschlag in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung von immenser Bedeutung.

Antrag Q005: Sprachförderung von Polnisch und Tschechisch in Deutschland

Antragsteller/in:	LV Sachsen
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	Q - Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands setzt sich in Bund und Ländern für eine Weiterentwicklung der Förderung des Erlernens der polnischen und tschechischen Sprache – als Fremd- und Muttersprache – in Deutschland ein. Darüber hinaus streben wir eine institutionalisierte Förderung des schulischen- und außerschulischen Polnischunterrichts aus Bundesmitteln an, um in dieser Form den Verpflichtungen des Artikel 20 Abs. 1 des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags von 1991 in angemessener Form nachzukommen. Gleiches gilt für die Förderung des Tschechischunterrichts gemäß Artikel 20 Abs. 2 des Vertrags über gute Nachbarschaft. Dies soll insbesondere unter dem Einbezug der Kultusministerkonferenz geschehen.

Begründung

Im Jahr 2022 waren Menschen polnischer Staatsbürgerschaft die fünfgrößte Gruppe von Migranten in Deutschland. Sie waren aus dem EU-Ausland zahlenmäßig die zweitgrößte Gruppe knapp hinter den Rumänen. Die enge Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen im Rahmen des Weimarer Dreiecks erlebt aktuell eine Renaissance. Die polnische Regierung hat Ende 2023 die einseitige und als Diskriminierung der deutschen Minderheit in Polen wahrgenommene Reduzierung des Sprachunterrichts abgeschafft. Ab 01. September 2024 wird Deutsch als Minderheitensprache in Polen wieder mit drei Stunden pro Woche unterrichtet. Hintergrund des Konfliktes war die von polnischer Seite als nicht zufriedenstellend wahrgenommene Entwicklung des Polnischunterrichts für Menschen mit polnischer Herkunft in Deutschland, aber auch als an Schulen erlernbare Fremdsprache. Deutschland hat sich im Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrag zur Förderung der polnischen Sprache verpflichtet.

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass eine Förderung der tschechischen Sprache für uns

gleichermaßen wichtig ist.

Antrag Q006: Lesen bildet - Sonntagsöffnung von Bibliotheken ermöglichen

Antragsteller/in:	KV Dueren-Juelich, KV Dresden
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	Q - Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation

Der Parteitag möge beschließen

Bildung ist die wichtigste Währung für die Zukunft unseres Landes und Lesen bildet. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands setzt sich deshalb dafür ein, dass Familien in Bibliotheken das Wissen und die Literatur der Welt noch mehr nutzen können als bisher. Die Möglichkeit zur Öffnung von Bibliotheken an Sonntagen gehört für uns dazu. In diesem Sinne wollen wir in Artikel 10 Absatz 7 des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG, §10 Abs. 7) die Formulierung „wissenschaftliche Präsenzbibliotheken“ durch den allgemeinen Begriff „Bibliotheken“ ersetzen.

Begründung

Bibliotheken stellen einen wesentlichen Bestandteil unseres kulturellen Lebens und Lernens dar. Während Kinos, Opern und Theater ganz selbstverständlich an Sonntagen ihre Türen öffnen dürfen, sind Bibliotheken das einzige Kulturangebot, dem die Öffnung an Sonntagen untersagt ist. Für die Möglichkeit der Sonntagsöffnung von Bibliotheken werden daher folgende Gründe aufgeführt:

1. Erhöhte Zugänglichkeit: Der Sonntagsbetrieb von Bibliotheken ermöglicht einer breiten Bevölkerungsgruppe, die unter der Woche arbeitet oder anderweitig verpflichtet ist, von den vielseitigen Angeboten der Bibliotheken zu profitieren.

2. Förderung des lebenslangen Lernens: Bibliotheken stellen einen Ort des lebenslangen Lernens dar. Egal ob Schüler, Studierende oder Berufstätige, für jede Altersgruppe bieten Bibliotheken einen Raum zur intellektuellen Weiterbildung. Um sicherzustellen, dass lebenslanges Lernen für alle – eben auch Berufstätige - zugänglich ist, sind flexiblere Öffnungszeiten erforderlich.

3. Bibliotheken als dritter Ort: Bibliotheken sind nicht mehr nur Orte des Lesens, Lernens und Ausleihens, sondern werden immer mehr als "dritte Orte" angesehen – als Räume neben dem Zuhause und der Arbeit, die soziales (Zusammen-)Leben fördern und gleichzeitig für Menschen aller Gesellschaftsschichten zugänglich sind. Sie bieten vielfältige Möglichkeiten für Treffen, Studiengruppen, Vorleserunden und vieles mehr. Für diesen Transformationsprozess stellt die Sonntagsöffnung einen wesentlichen Bestandteil dar und trägt somit zur Stärkung der Gemeinschaft bei.

4. Positive Beispiele aus anderen Ländern: Länder wie die Schweiz oder in Skandinavien, die regional eine liberalere Politik in der Sonntagsöffnung verfolgen, können sehr positive Effekte verzeichnen. So hat sich beispielsweise gezeigt, dass in kleinen Städten und Gemeinden, die sich sonst durch leere Innenstädte auszeichnen, mit sonntags geöffneten Bibliotheken zu neuen Orten des gesellschaftlichen Lebens geworden sind. Besonders für Familien hat die Bedeutung von Bibliotheken in diesem Zusammenhang zugenommen.

Auch innerhalb der Reihen der Bibliothekare existiert große Zustimmung für diese Weiterentwicklung. Der Offene Brief des Vereins Deutscher Bibliothekarinnen und Bibliothekare an die Bundesregierung konnte über 700 Mitunterzeichner für sich gewinnen. Wir wollen ermöglichen, dass Bibliotheken sonntags öffnen dürfen im Rahmen ihrer jeweiligen Ressourcen und der Nachfrage vor Ort.

Antrag Q007: Schaffung eines Kompetenzzentrums für inklusive Bildung

Antragsteller/in:	KV Dresden
Empfehlung der AK:	Überweisung an an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	Q - Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands setzt sich für die Etablierung eines Kompetenzzentrums für inklusive Bildung ein, in dem forschungsbasiertes Erfahrungswissen von unserer Lehrerschaft und von Eltern abgerufen werden kann. Ziel ist es, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern das inklusive Schulsystem in Deutschland nachhaltig zu stärken und eine richtungsweisende Gesamtstrategie in der inklusiven Bildung zu schaffen. Gleichzeitig stellt sich die CDU Deutschlands hinter die Förderschulen und macht sich für den Erhalt dieser stark, denn Menschen mit Einschränkungen benötigen unsere Hilfe und Unterstützung sowie geschützte Räume für ein optimales Bildungsumfeld.

Begründung

Die CDU Deutschland bekennt sich zu einem vielfältigen Schulsystem in Deutschland. Sie spricht sich klar für den Erhalt von Förderschulen in den Ländern aus. Die Förderschulen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Bildung von Schülerinnen und Schülern mit speziellem Förderbedarf. Sie bieten individuell angepasste Lernumgebungen und spezialisierte pädagogische Ansätze, die an die verschiedenen Förderschwerpunkte wie z. B. emotionale und soziale Entwicklung, Hören und Kommunikation oder körperliche und motorische Entwicklung angepasst sind. Sie können bestimmten Bedürfnissen gerecht werden, die an Regelschulen nicht immer geleistet werden können. Die Förderschule bündelt Fachkräfte sowie Expertise an einem Ort und kann sich daher individueller

und intensiver jeden einzelnen Schüler und seinen speziellen Förder- und Betreuungsbedarf widmen.

Gleichzeitig bekennt sich die CDU Deutschland zur Förderung von inklusiver Schulbildung. Das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen kann für viele Kinder und Jugendliche der ideale Weg in der Schulausbildung sein. Die Partei ist davon überzeugt, dass betroffene Schülerinnen und Schüler an der Schulform unterrichtet werden sollen, die für sie individuell am besten zugeschnitten ist. Spezifische Bedürfnisse und Fähigkeiten benötigen eine individuelle schulische Ausbildung, ob an einer Förderschule oder einer Regelschule.
Mit der Ratifizierung der UN-Menschenrechtskonvention durch den Deutschen Bundestag im Jahr 2009 verpflichtete sich der Bund zur Förderung und Umsetzung inklusiver Bildung auf allen staatlichen Ebenen. Damit bekennt sich Deutschland zur Gewährleistung eines qualitätsvollen inklusiven Schulsystems in den Ländern. Offenkundig ist jedoch, dass die inklusive Bildung an Qualität dazugewinnen muss. Nur so kann ein inklusives Bildungssystem funktionieren und sicherstellen, dass diejenigen mit besonderem Förderbedarf an Regelschulen nicht durch das Raster fallen. Die CDU Deutschland achtet die Zuständigkeit der Länder in Bildungsangelegenheiten, sieht jedoch einen Handlungsbedarf und strebt daher die Schaffung eines gemeinsamen Kompetenzzentrums in Kooperation mit Bund und Ländern an.

Für die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für inklusive Bildung lassen sich vielfältige Gründe aufführen:

1.) Bündelung von Expertise: Ziel des Kompetenzzentrums ist es, Fachwissen, Forschungsergebnisse und Best-Practice-Modelle an einer Stelle zusammenzuführen. Dadurch soll nicht jedes der 16 Länder diese Recherchearbeit einzeln bewerkstelligen müssen.

2.) Stärkung der digitalen inklusiven Bildung: Digitale Technologien bieten besondere Chancen für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen. Das Kompetenzzentrum kann die Möglichkeiten der Diklusion und der digitalen Teilhabe aufzeigen und Hilfestellungen für den Umgang mit den Technologien bieten.

3.) Bereitstellung einer Beratungsmöglichkeit: Lehrpersonal oder betroffenen Eltern fehlt es oftmals an Informationen und genauem Fachwissen zu ihren spezifischen Fällen. Hier soll das Kompetenzzentrum ansetzen und Online-Beratungsmöglichkeiten mit Expertinnen und Experten für einen schnellen und niederschwelligen Austausch anbieten, um dieses Erfahrungswissen in der Praxis unmittelbar anzuwenden.

Seit der Verpflichtung Deutschlands zur Umsetzung inklusiver Bildung vor 15 Jahren, hat sich das inklusive Bildungssystem kontinuierlich weiterentwickelt. Der Bund hat immer wieder Schwerpunkte zur Stärkung des inklusiven Schulsystems gesetzt wie z.B. durch die BMBF-Förderrichtlinie „Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte für inklusive Bildung“ (InkBi 1). Die Bundesregierung und das BMBF von Ministerin Stark-Watzinger schenken der inklusiven Bildung jedoch seit über zwei Jahren keinerlei Aufmerksamkeit. Hier muss die CDU ihre Chance ergreifen und mit dem

Kompetenzzentrum für inklusive Bildung das Thema proaktiv gestalten sowie einen eigenen inhaltlichen Fokus setzen.

Antrag R001: Fatalen Fehler korrigieren – Cannabis-Legalisierung zurücknehmen

Antragsteller/in:	LV Sachsen
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	R - Gesundheit und Pflege

Der Parteitag möge beschließen

Als CDU Deutschlands sind wir strikt gegen das neue Cannabisgesetz der Ampel-Regierung in Berlin. Ärzteverbände, Polizeigewerkschaften, Justiz- und Innenminister, Verkehrsexperten, Kinderärzte, Psychologen und Psychiater sowie Sozialverbände kritisieren das Gesetz aufs Schärfste und unterstreichen die Gefahren, die dieses schlecht gemachte und gefährliche Gesetz birgt.

Experten kritisieren, dass der Schwarzmarkt so nicht effektiv bekämpft werden kann, der Jugendschutz nicht gewährleistet ist und steigende Konsumentenzahlen zu erwarten sind.

Als CDU Deutschlands ist deswegen für uns klar: Bei einer Regierungsbeteiligung der CDU/CSU auf Bundesebene werden wir darauf drängen, dass dieses Gesetz umgehend und vollständig zurückgenommen wird!

Antrag R002: Faires PJ

Antragsteller/in:	LV Schleswig-Holstein
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	R - Gesundheit und Pflege

Der Parteitag möge beschließen

- Die Ermöglichung effektiver Krankmeldungen im Praktischen Jahr (PJ) der Medizinerausbildung durch die Trennung von Krankheits- und Fehltagen in der Approbationsordnung für Ärztinnen und Ärzte. Bei eigener Krankheit oder Krankheit des eigenen Kindes ist dazu ein zusätzliches Fehlzeitenkontingent von mindestens 10% der zu absolvierenden Ausbildungszeit zu schaffen.
- Die Einführung einer möglichst bundesweit geregelten und angemessenen Aufwandsentschädigung, orientiert am BAföG-Höchstsatz, für Medizinstudentinnen und -studenten im PJ. Im Sinne des BAföG ist diese Summe in voller Höhe als Nebenverdienst anzurechnen und entsprechend den

aktuellen Bestimmungen bei vom BAföG geförderten Personen mit dem BAföG-Bedarfssatz zu verrechnen.

- Die Umsetzung einer Lehrpflicht mit mindestens vier Stunden Lehrveranstaltungen und mindestens acht Stunden Selbststudium pro Woche gemäß §§ 55, 56 aus dem Referentenentwurf des BMG vom 17. November 2020 zu Approbationsordnung (ÄApprO).
- Die Möglichkeit, auch als Medizinstudentin oder Medizinstudent im PJ mit vorheriger Berufsausbildung einen KfW-Studienkredit zu beziehen.

Antrag R003: Regeln zur Corona Bekämpfung

Antragsteller/in:	BezV Suedbaden
Empfehlung der AK:	Ablehnung
Sachgebiet:	R - Gesundheit und Pflege

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, dass alle gesetzlichen Regelungen, die zur Zeit der Coronapandemie beschlossen worden sind und die Persönlichkeitsrechte der Menschen einschränken, sofort außer Kraft gesetzt und abgeschafft werden.

Begründung

Die im Zuge der Bekämpfung von Corona beschlossenen Gesetze und erlassenen Rechtsverordnungen haben sich im Nachhinein meistens als wirkungslos und überzogen, teilweise als unzulässig (Voraussetzung von Art. 80 GG fehlten) und/oder rechtwidrig herausgestellt.

Die Persönlichkeits- und Freiheitsrechte von Kindern, Erwachsenen und alten Menschen, insbesondere Hilfsbedürften, wurden mitunter unnötigerweise erheblich eingeschränkt. Gerade sie haben sehr darunter gelitten und leiden noch heute unter den dadurch entstandenen Defiziten.

Kinder durften nicht mehr oder nur eingeschränkt in Kita und Schulen, während Kranke und alte Menschen nicht mehr von Verwandten besucht und betreut werden konnten. Sterbende mussten ohne familiäre Begleitung gehen. Die grundgesetzlich garantierte Freiheit aller in Deutschland Lebenden wurden bis ins Unerträgliche eingeschränkt. Oft unnötig, wie sich leider heute herausstellt. Wir alle hoffen, dass unser Land weiterhin und immer durch demokratische Parteien regiert wird, aber Demokratie ist auch verwundbar. Die Zersplitterung und Aggressivität in der Parteienlandschaft gibt Anlass zur Sorge. Aus diesem Grunde müssen – vorausschauend – alle diese Gesetze und Verordnungen sofort ersatzlos aufgehoben werden. Wenn beschlossene Freiheitseinschränkungen als Freibrief gezogen werden könnten, wäre dies für unsere Demokratie existenzbedrohend.

Antrag R004: Hodenkrebsfürsorge erweitern

Antragsteller/in:	KV Bonn
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für

	den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	R - Gesundheit und Pflege

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands wird aufgefordert, sich dahingehend für die Erweiterung der Hodenkrebsfürsorge einzusetzen, sodass Vorsorgeuntersuchungen für Hodenkrebs bereits ab dem 25. Lebensjahr von den Krankenkassen übernommen werden.

Begründung

Die Krankheit Hodenkrebs stand in den letzten Wochen und Monaten immer stärker im Vordergrund der Presse. Vor allem im Sport erkranken derzeit immer mehr junge Männer unter 30 an Hodenkrebs. So zum Beispiel auch Sébastien Haller (Borussia Dortmund), der mit 28 Jahren die Diagnose Hodenkrebs erhalten hat. Nicht nur Haller erhielt die Diagnose Krebs. Auch andere Fußballspieler, wie Marco Richter (26, 1. FSV Mainz 05) und Timo Baumgartl (28, FC Schalke 04)[1].

Laut der Krebsregisterkarten des Robert-Koch-Instituts werden die häufigsten Fälle im Alter zwischen 25 und 45 registriert. Nach deren Schätzung erkranken demnach in Deutschland etwa 4.200 Männer jährlich neu an Hodenkrebs. Auch wenn über 95 Prozent der Betroffenen geheilt werden können, schränkt diese frühzeitig erkennbare Krankheit das Leben der Betroffenen und ihrer Angehörigen immens ein. Vor allem durch eine Hodenentfernung (Orchiektomie), bei dem der erkrankte Hoden mitsamt Nebenhoden und Samenstrang entnommen wird, wird die Samenbildung – damit einhergehend die Zeugungsfähigkeit – eingeschränkt bzw. dauerhaft aufgehoben. Im Unterschied zu den meisten anderen Tumorerkrankungen sind die Betroffenen meist noch sehr jung.

Auch die Annahme, dass hauptsächlich Männer mit familiären Vorerkrankungen daran erkranken, ist nicht korrekt. Meist haben Männer ein erhöhtes Risiko, an Hodenkrebs zu erkranken, wenn eine Hodenfehllage wie Leisten- oder Pendelhoden bzw. Hochstand vorliegen. Denn Hodenkrebs selbst entsteht aus sogenannten Keimzellen, aus denen sich Spermien bilden. Aufgrund dessen werden Hodentumore oft auch „Keimzellentumore“ genannt. Dabei sind 80% der von Hodenkrebs Betroffenen jünger als 50 Jahre.

Da die Kosten für ein Abtasten der Hoden von einer Krankenkasse erst ab einem hohen Alter übernommen werden, scheuen sich viele Männer diese kostenpflichtige Untersuchung bei einem Urologen in Anspruch zu nehmen. Besonders junge Männer, die aus Familien und Haushalten mit niedrigerem Einkommen stammen, können sich eine so kurze Untersuchung (Abtasten ca. zehn Minuten) nicht leisten.

„Umso wichtiger ist die Früherkennung und optimale Behandlung. Wird die Krankheit frühzeitig erkannt und adäquat therapiert, beträgt die Heilungsquote nahezu 100%. Bei Diagnose im stark metastasierten Stadium sinkt sie auf ca. 70%“, erklärt prof. Mark Schrader (Chefarzt der Klinik für Urologie am HELIOS Klinikum, Berlin-Buch).[2]

[1]https://www.tz.de/sport/fussball/stars-hodenkrebs-haller-baumgartl-richter-tabuthema-fussball-91694875.html

[2]https://www.krebsgesellschaft.de/onko-internetportal/basis-informationen-krebs/krebsarten/

weitere-krebsarten/hodenkrebs/hodenkrebs-fruehes-erkrankungsalter-aber-.html

Antrag R005: CDU-Kreisverband-Wittmund zur Finanzierung kleinerer Krankenhäuser

Antragsteller/in:	KV Wittmund
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess und CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses
Sachgebiet:	R - Gesundheit und Pflege

Der Parteitag möge beschließen

Um die kommunalen Krankenhäuser zu erhalten, fordert der CDU Bundesparteitag eine deutlich bessere und kurzfristig abrufbare finanzielle Unterstützung von Bund und Land. Ansonsten drohe insbesondere kleineren Häusern der finanzielle Kollaps.

Begründung

Wenn es nicht schnell vom Bund einen Inflationsausgleich gebe, könnten in diesem Jahr nach Einschätzung des Deutschen Krankenhausgesellschaft 80 Kliniken Pleite gehen. Seit Ende 2022 hätten mehr als 40 Standorte Insolvenz angemeldet, und alleine im Januar seien sechs weitere hinzugekommen. Seit Januar 2022 schrieben fast alle Kliniken rote Zahlen. Bis heute sei ein Defizit von 8,5 Milliarden Euro aufgelaufen – trotz der Energiehilfen des Bundes. Zuletzt seien jeden Monat 500 Millionen Euro hinzugekommen, ab März seien es wegen der Tarifsteigerungen für das Personal 700 Millionen Euro zusätzlich pro Monat.

Antrag S001: Verwaltungsmodernisierung für den Mittelstand: Standardisieren, digitalisieren, Entscheidungsfreiheit vor Ort stärken

Antragsteller/in:	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Empfehlung der AK:	Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Sachgebiet:	S - Digitales, Medien und Kultur

Der Parteitag möge beschließen

Die CDU Deutschlands fordert eine auf allen Ebenen moderne, flächendeckend digitalisierte, bürger- und auch und mittelstandsfreundliche Verwaltung, die für die Bürger, die Unternehmer und Vereine zur Unterstützung da ist und nie nur zum Selbstzweck handelt.

Die CDU Deutschlands fordert eine digitalisierte, leistungsfähige und schlanke Verwaltung mit niedrigen Bürokratiekosten und einer schnellen und verlässlichen Reaktionszeit. Alle Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht werden und online mit einer Genehmigungsfiktion angeboten werden.

Die CDU Deutschlands fordert „An die Kleinen zuerst denken“: Der Staat darf nur solche Vorschriften machen, die auch der kleinste Betroffene einhalten kann. Jegliches Verwaltungshandeln muss deshalb aus Sicht der Bürger, Vereine und Unternehmer gedacht werden. Hierzu muss den Möglichkeiten, die neue Technologien erlauben, umfassend Rechnung getragen und der europäische Rechtsrahmen vollständig ohne deutsche Sonderlösungen ausgeschöpft werden.

Die CDU Deutschlands fordert „Verwaltung lernen lassen“: Gesetzgeber und Verwaltung können in einer komplexen Welt nicht vorab alles besser wissen, sondern müssen Regulierung und Aufsicht begleitend und kooperativ mit den Anwendern entwickeln und eine offene Fehlerkultur etablieren. Starre Vorgaben müssen deshalb entfallen und den örtlichen Akteuren Freiräume innerhalb eines bundesweiten Rahmens eingeräumt werden.

Die CDU Deutschlands fordert, das Once-Only-Prinzip auf allen Verwaltungsebenen bundesweit einzuführen und durchzusetzen. Über alle Ebenen hinweg, muss die Verwaltung ertüchtigt werden, Widersprüche in bestehende Rechtsvorschriften im Sinne des Unternehmens aufzulösen.

Die CDU Deutschlands fordert, dass Verwaltungsaufgaben für die Wirtschaft vollständig und ausnahmslos digital und ohne das Aufsuchen einer örtlichen Stelle wahrgenommen werden können.

Die CDU Deutschlands fordert dauerhaft ein bundesweites Umsetzungs- und Standardisierungsboard für alle die Unternehmen betreffenden Verwaltungsverfahren einzurichten, das nach den bewährten Regeln des DIN Standards setzt und auch aus verschiedenen Rechtsbereichen harmonisiert und die Arbeitsergebnisse leicht zugänglich, verständlich und rechtskonform umsetzt.

In diesem Normungs- und Kontrollgremium wird zur Steuerung und Erfolgskontrolle ein Bürokratieindex zu jeder Verwaltungsleistung definiert, der bezogen auf kleine und mittelständische Unternehmen Auskunft über die Aufwands- und Kostenbelastung gibt.

Die CDU Deutschlands fordert, dass unter Beibehaltung des Wettbewerbs beim Ringen um gute Verwaltungslösungen bundesweiteinheitliche und flächendeckend wirkende digitale Lösungen etabliert werden.

Die CDU Deutschlands fordert bei allen Vorhaben der Verwaltungsmodernisierung sowie der Digitalisierung von Leistungen der öffentlichen Verwaltungen, die bestehenden Prozesse zu hinterfragen und zu optimieren. Die Entbürokratisierung durch Digitalisierung sollte dabei stets im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen. Bevor zukünftig neue oder geänderte Gesetze mit hoher finanzieller oder organisatorischer Bedeutung für Bürger oder Unternehmen

Rechtskraft erlangen, sollen siein zeitlich vertretbarem Rahmen in Reallaboren durch Protagonisten auf ihre Praxistauglichkeit pilotiert undgetestet werden.

Begründung

Die Arbeit der Verwaltung muss zwingend auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit ausgerichtet sein und dauerhaft, sicher und zukunftsorientiert ihre Leistung digital erbringen.

Eine klare Aufgabenkritik, Reduzierung von Komplexität und Zuständigkeiten und Konzentration auf die Pflichtaufgaben des Staates und die Einhaltung von Konnexitätsprinzips auf allen Ebenen sind dafür Voraussetzung.

Das Verwaltungshandeln muss im Wettbewerb mit den Besten auf der Welt standhalten (z.B. Gewerbeanmeldung Online in 18 Minuten)

Jedes Unternehmen, Verein oder Bürger muss unter einer Digitalen Identität alle Aufgaben erledigen können. Bis zum Ende des Jahres 2028 müssen alle Verwaltungsleistungen über Datenverarbeitungsschnittstellen von Unternehmen ausführbar sein, um so eine medienbruchfreie und rechtssichere Weiterverarbeitung in den digitalen Unternehmensanwendungen sicherzustellen. Die Verwaltung muss proaktiv handeln und Unternehmen und Bürger auf Wunsch aus dem bekannten Datenbestand ersichtlichen Zusammenhängen automatisch auf einzuhaltende Fristen hinweisen.

Die Kommunalverwaltung ist in Deutschland traditionell föderal und lokal als Dienstleister für den Bürger und die Wirtschaft aufgestellt. Hier muss dringend umgesteuert werden.

Neue Verwaltungsverfahren müssen gemäß des mittelständischen Bürokratieindex darstellen, wie durch Ihre Einführung sich die Aufwände für die Verfahrensbeteiligen entwickeln. Hierbei werden sowohl die Kosten des Unternehmens selbst, der Verwaltung und eventuell involvierter Dritte aufgezeigt. Diese Gesamtbetrachtung sollte im Sinne einer guten Wirksamkeit eines Verfahrens als das Hauptzuschlagskriterium für die Vergabe an Dienstleister der öffentlichen Verwaltung gelten. Hiermit würde ein Paradigmenwechsel mit einer Fokussierung auf die Wirksamkeit von Verwaltungsverfahren weg von der reinen Kostenbetrachtung der Anschaffungs- und Betriebskosten hin zu einer Nutzenbetrachtung stattfinden.

Dabei sind die Belange, Kosten und Effizienz (bei öffentlichen Verwaltungen, Unternehmen und Bürgern), Vollzug im Sinne der operativen Vollziehbarkeit sowie die Usability für Verwaltungsbeschäftigte, Unternehmen und Bürger besonders relevant. In diesen Reallaboren sollen die öffentlichen Verwaltungen, Wissenschaft, Wirtschaft und Bürger gehört werden, bevor ein landes- bzw. bundesweiter Roll-Out von Gesetzen mit hoher Tragweite stattfindet.

Bei der Entbürokratisierung müssen wir uns eher die Frage des „ob?“ stellen, bei der Digitalisierung die Frage des „wie“?